



Michael Gehler / Maximilian Graf (Hg.)

Österreich und die deutsche Frage 1987-1990

Vom Honecker-Besuch in Bonn bis zur Einheit

Österreich und die deutsche Frage 1987–1990

Vom Honecker-Besuch in Bonn bis zur Einheit

Herausgegeben von
Michael Gehler und Maximilian Graf

Unter Mitarbeit von Philipp Greilinger, Sarah Knoll
und Sophie Bitter-Smirnov

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim sowie des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



 Konrad
Adenauer
Stiftung





Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

© 2018, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen
Dieses Werk ist als Open-Access-Publikation im Sinne der Creative-Commons-Lizenz
BY-NC-ND International 4.0 (»Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen«)
unter dem DOI 10.13109/9783666355875 abzurufen. Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen,
besuchen Sie <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.
Jede Verwertung in anderen als den durch diese Lizenz zugelassenen Fällen bedarf der
vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Erich Honecker mit dem Bundeskanzler von Österreich,
Franz Vranitzky (r), beim Abschreiten der Ehrenformation, 14. Juni 1988 © ullstein bild –
ADN-Bildarchiv

Satz: textformart, Göttingen | www.text-form-art.de

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-666-35587-5

Inhalt

Einleitung: Österreich und die deutsche Frage 1945–1990	7
I. Vorbemerkungen	7
II. Ausgangsbedingungen und Vorgeschichte: Von der „doppelten Staatsgründung“ zur Perpetuierung deutscher Zweistaatlichkeit (1949–1987)	11
1. Die Entwicklung bis zum Entscheidungs- und Zäsurjahr 1955	11
2. Gescheiterte Vermittlungsversuche (1958–1963)	19
3. Die Entwicklung bis zum Grundlagenvertrag 1972	23
4. Österreich, die europäische Integration und die Anerkennung der DDR im Zeichen der Entspannung (1961–1972)	28
5. Das Verhältnis Österreichs zu den beiden deutschen Staaten bis zum Bonn-Besuch Honeckers (1972–1987)	32
III. Österreich und die deutsche Frage 1987–1990	38
1. Österreich und die scheinbare Stabilität des SED-Regimes	38
2. Die Grenzöffnung im Kontext der Langzeitentwicklungen und ihre direkten Folgen	43
3. Österreichs Annäherungen an das gemeinschaftliche Europa, die Bundesrepublik und die deutsche Frage	50
4. „Mauerfall“ und „Wiedervereinigung“: Die Haltung Österreichs bis Ende 1989	63
5. Österreich und die deutsche Frage Anfang 1990	75
6. Der Einigungsprozess und seine internationale Durchsetzung aus österreichischer Sicht	86
7. Österreichs Abschied von der DDR	92
8. Österreich, die deutsche Einheit und der Weg nach Europa – Bilanz und Ausblick	95
IV. Editorische Vorbemerkungen	99
Verzeichnis der Dokumente	103
Dokumente	111
Abkürzungsverzeichnis	723
Literaturverzeichnis	731
Personenregister	735
Sachregister	773

Einleitung: Österreich und die deutsche Frage 1945–1990

Michael Gehler und Maximilian Graf

I. Vorbemerkungen

Die Entstehung der vorliegenden Aktenedition¹ geht auf Vorarbeiten der beiden Herausgeber zurück. Während Michael Gehler seit 2007 erste Pionierstudien auf Aktenbasis veröffentlichte,² hat sich Maximilian Graf dem Thema über die Beziehungen zwischen Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) angenähert.³ Gemeinsam mit Andrea Brait, die diesem Editionsprojekt eng verbunden war und ebenfalls einen Beitrag zu Österreichs Haltung zur deutschen Vereinigung vorgelegt hat,⁴ hat Gehler auch Projekte zu Österreich und 1989 im größeren Kontext realisiert.⁵ Im Rahmen des Editionsprojekts „Österreich und

- 1 Die vorliegende Edition ist das Ergebnis des FWF-Projekts P 26439-G15 „Aktenedition: Österreich und die Deutsche Frage 1987 bis 1990“. Eine Auswahl von 20 Schlüsseldokumenten in englischer Übersetzung ist auf der Onlineplattform des Cold War International History Project des Woodrow Wilson International Center for Scholars zugänglich (siehe: <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/collection/495/austria-and-german-unification>). Die Arbeiten an diesem Projekt wurden am Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien durchgeführt.
- 2 Michael Gehler, Eine Außenpolitik der Anpassung an veränderte Verhältnisse: Österreich und die Vereinigung Bundesrepublik Deutschland-DDR 1989/90, in: idem/Ingrid Böhler (Hg.), Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 493–530; Michael Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands 1989/1990, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 57 (2009) 5, S. 427–452.
- 3 Maximilian Graf, Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung, Wien 2016, darin zur deutschen Einheit, S. 570–607. Siehe auch: idem, Österreich und das „Verschwinden“ der DDR. Ostdeutsche Perzeptionen im Kontext der Langzeitentwicklungen, in: Andrea Brait/Michael Gehler (Hg.), Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich, Wien/Köln/Weimar 2014, S. 221–242.
- 4 Andrea Brait, „Österreich hat weder gegen die deutsche Wiedervereinigung agitiert, noch haben wir sie besonders begrüßt“. Österreichische Reaktionen auf die Bemühungen um die deutsche Einheit, in: Deutschland Archiv 2014, Bonn 2015, S. 82–102.
- 5 Andrea Brait/Michael Gehler (Hg.), Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich, Wien/Köln/Weimar 2014. Der Sammelband ist ein erstes Teilergebnis des Projekts „Offene Grenzen, neue Barrieren und gewandelte Identitäten. Österreich, seine Nachbarn und die Transformationsprozesse in Politik, Wirtschaft und Kultur seit 1989“. Für einen konzisen Überblick zur Thematik siehe Michael Gehler, Austria, the Revolutions, and the Unification of Germany, in: Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Hg.), The Revolutions of 1989. A Handbook, Wien 2015, S. 437–466. Für weitere Informationen und die in Vorbereitung befindlichen Publikationen (Edition und Zeitzeugenerinnerungen) siehe: <https://www.univie.ac.at/offenegrenzen/index.htm>, zuletzt abgerufen

die deutsche Frage 1987 bis 1990⁴, das parallel auch bemüht war, die deutsche Einigung im gesamteuropäischen Kontext zu verorten,⁶ legte Graf Synthesen zur Haltung Österreichs zum Ende der DDR⁷ und zur deutschen Einheit⁸ vor. Gehler analysierte insbesondere die europäische Integration im österreichisch-doppel-deutschen Kontext vor dem Hintergrund der deutschen Frage.⁹ Die beiden Projektmitarbeiter Philipp Greilinger und Sarah Knoll haben ein Panorama der internationalen Wahrnehmungen des deutschen Einigungsprozesses im Spiegel der österreichischen diplomatischen Akten veröffentlicht.¹⁰ Darüber hinaus wurde das Editionsteam im letzten Projektjahr von Sophie Bitter-Smirnov verstärkt. Es war ein Vergnügen mit diesem engagierten Team zusammenzuarbeiten, auf das man sich blind verlassen konnte.

Unverzichtbar für das Gelingen der Edition war es, dass für den Projektbeirat und einen internen Editionsworkshop zur Projektmitte erfahrene und renommierte Editoren sowie Herausgeber großer, an ein internationales Publikum adressierter Quellenpublikationen gewonnen werden konnten. Ihre Expertise war nicht nur auf dem Weg zur finalen Dokumentenauswahl, sondern auch hinsichtlich der Diskussion editorischer Standards, wie des Kommentierungsausmaßes, ein großer Gewinn. Darüber hinaus war dieser erlauchte internationale Expertenkreis auch bei der Auflösung der kniffligsten Kommentierungsfragen und der komplexesten Sachverhalte sowie bei so manchem biografischen Detail stets mit Rat und Tat zur Stelle. Wir sehen eine derartige selbstlose Unterstützung keineswegs als selbstverständlich an und danken daher in alphabetischer Reihenfolge ganz herzlich: Heike Amos, Tim Geiger, Andreas Hilger, Hanns Jürgen Küsters, Wolfgang Mueller, Christian Ostermann, Ilse-Dorothee Pautsch, Andreas Schmidt-Schweizer und Hermann Wentker. Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

am 25. August 2017. Michael Gehler/Andreas Brait (Hg.), *Am Ort des Geschehens in Zeiten des Umbruchs. Lebensgeschichtliche Erinnerungen aus Politik und Ballhausplatzdiplomatie vor und nach 1989* (Historische Europa-Studien 17/Teilband 3), Hildesheim/Zürich/New York 2017; Michael Gehler/Andrea Brait (Hg.), *Von den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa bis zum Zerfall der Sowjetunion 1985–1991. Eine Dokumentation aus der Perspektive der Ballhausplatzdiplomatie*, 2 Bde., Hildesheim/Zürich/New York 2019 (in Vorbereitung).

- 6 Michael Gehler/Maximilian Graf (Hg.), *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*, Göttingen 2017. Siehe auch: Frédéric Bozo/Andreas Rödder/Mary Elise Sarotte (Hg.), *German Reunification. A multinational history*, London/New York 2017.
- 7 Maximilian Graf, *Österreich und das Ende der DDR*, in: Michael Gehler/Maximilian Graf (Hg.), *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*, Göttingen 2017, S. 259–294.
- 8 Maximilian Graf, *Österreich und die deutsche Einheit*, in: Wolfgang Mueller (Hg.), 1989. *Die Samtenen Revolutionen, Österreich und die Transformation in Europa*, Wien 2017, S. 131–159.
- 9 Michael Gehler, *Von der Befürwortung zur Verzögerung und Verhinderung: Österreichs EG-Antragsgesuch, die Bundesrepublik und die Annäherungen der DDR an die Europäischen Gemeinschaften 1989–1990*, in: idem/Maximilian Graf (Hg.), *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*, Göttingen 2017, S. 295–347.
- 10 Philipp Greilinger/Sarah Knoll, *Die deutsche Einheit. Internationale Reaktionen aus Sicht der österreichischen Diplomatie*, in: ebd., S. 375–396.

und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur haben maßgeblich zum Erscheinen der Edition beigetragen.

Alle Genannten waren an den bis dato wichtigsten Quelleneditionen und Publikationen zur Geschichte der Revolutionen 1989 und der deutschen Einheit beteiligt. Bereits in den 1990er-Jahren sind eine Fülle von bis heute nützlichen Dokumentsammlungen aus ostdeutschen Archiven entstanden.¹¹ Einen Quantensprung stellte dann die 1998 erschienene Sonderedition der Dokumente zur Deutschlandpolitik dar, die die Akten des Bundeskanzleramts herausgab.¹² Nachdem zuvor eine Dokumentation zur DDR-Außenpolitik 1989/90 erschienen war,¹³ lag dann pünktlich zum 25. Jahrestag der Einheit eine Edition der Quellen beider deutscher Außenministerien vor.¹⁴ Bereits zuvor wurden die deutschen Akten zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90 veröffentlicht.¹⁵ Zu diesem Zeitpunkt lag auch eine Reihe von Akteneditionen zur Haltung anderer Staaten zum deutschen Einigungsprozess vor. Insbesondere der sowjetischen Deutschlandpolitik wurde viel Aufmerksamkeit zuteil. Nachdem Michail Gorbatschow selbst nicht nur umfangreiche Erinnerungen,¹⁶ sondern auch einzelne einschlägige Dokumente aus seiner Amtszeit veröffentlicht hatte,¹⁷ wurden seit Anfang der 2000er-Jahre sukzessive weitere sowjetische Dokumente zu Tage gefördert.¹⁸ Eine zuerst 2006 auf Russisch erschienene Edition liegt mit einer entsprechenden historischen Einleitung versehen seit 2011 auch in deutscher Übersetzung vor.¹⁹ In den Jahren 2014 und 2015 legten Stefan Karner und sein internationales For-

- 11 Siehe hierzu unter anderem: Daniel Küchenmeister (Hg.), Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993; Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994; Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987–1990, Berlin 1996; Detlef Nakath/Gero Neugebauer/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), „Im Kreml brennt noch Licht“. Die Spitzenkontakte zwischen SED, PDS und KPdSU 1989–1991, Berlin 1998; Hans-Hermann Hertle/Gerd Rüdiger Stephan (Hg.), Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. Mit einem Vorwort von Peter Steinbach, 2. Aufl., Berlin 1997.
- 12 Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hg.), Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearb. von Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann, München 1998.
- 13 Ines Lehmann, Die Außenpolitik der DDR 1989/1990. Eine dokumentierte Rekonstruktion, Baden-Baden 2010.
- 14 Heike Amos/Tim Geiger (Bearb.), Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, hg. von Horst Möller/Ilse Dorothee Pautsch/Gregor Schöllgen/Hermann Wentker/Andreas Wirsching, Göttingen 2015.
- 15 Andreas Hilger (Hg.), Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90, München 2011.
- 16 Michail Gorbatschow, Erinnerungen, München 1996.
- 17 Michail Gorbatschow, Wie es war: die deutsche Wiedervereinigung, Berlin 1999.
- 18 Alexander von Plato, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel, Berlin 2002.
- 19 Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München 2011.

schernetzwerk zwei gewichtige Bände – zur Haltung des Kremls zur „Wende“ 1989²⁰ und zur „Wiedervereinigung“ 1990²¹ – vor. Zudem existieren Editionen britischer,²² französischer²³ und polnischer Außenamtsakten.²⁴ Darüber hinaus wurden internationale Editionsprojekte zum Warschauer Pakt,²⁵ den Schlüssel-dokumenten des Jahres 1989²⁶ und den Gipfeltreffen der Supermächte in diesen entscheidenden Jahren realisiert.²⁷ Sondereditionen anderer europäischer Staaten sind mit Ausnahme Polens und Ungarns²⁸ bisher eine Seltenheit. Jene zur Tschechoslowakei fokussieren auf die Botschaftsflüchtlinge.²⁹ Auf die vorhandenen Einzelstudien kann hier nicht näher eingegangen werden.³⁰ Sie sind aber wie im Falle Österreichs unverzichtbare Vorarbeiten für künftige Editionen.

Bei der vorliegenden Edition „Österreich und die deutsche Frage 1987 bis 1990“ handelt es sich um eine Auswahl-edition. Nach umfangreichen Vorarbeiten von Gehler und Graf in österreichischen und deutschen Archiven, die auf Basis einer Sondergenehmigung möglich waren,³¹ konnten für dieses Projekt erstmals syste-

20 Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke (Hg.), *Der Kreml und die Wende 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Regime*, Innsbruck/Wien/Bozen 2014.

21 Stefan Karner et al. (Hg.), *Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990*, Berlin 2015.

22 *Documents on British Policy Overseas* (DBPO), Series III, Volume VII: *German Unification 1989–1990*, hg. von Patrick Salmon, Keith Hamilton und Stephen Twigge, London 2010.

23 Maurice Vaïsse/Christian Wenkel (Hg.), *La diplomatie française face à l'unification allemande*, Paris 2011.

24 Włodzimierz Borodziej (Hg.), *Polska wobec zjednoczenia Niemiec 1989–1991. Dokumenty dyplomatyczne*, Warschau 2006.

25 Vojtech Mastny/Malcolm Byrne (Hg.), *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact 1955–1991*, Budapest 2005.

26 Svetlana Savranskaya/Thomas Blanton/Vladislav Zubok, *Masterpieces of History. The peaceful end of the Cold War in Eastern Europe, 1989*, Budapest/New York 2010. Für ein repräsentatives Handbuch siehe: Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Hg.), *The Revolutions of 1989. A Handbook*, Wien 2015,

27 Svetlana Savranskaya/Thomas Blanton (Hg.), *The Last Superpower Summits. Gorbachev, Reagan, and Bush. Conversations that Ended the Cold War*, Budapest/New York 2016.

28 Andreas Schmidt-Schweizer (Hg.), *Die politisch-diplomatischen Beziehungen in der Wendezeit 1987–1990*, Berlin/Boston 2018.

29 Karel Vodička, *Die Prager Botschaftsflüchtlinge 1989. Geschichte und Dokumente* (Berichte und Studien 67), Osnabrück 2014; und leicht gekürzt, aber weitgehend textident: idem/Hans Dietrich Genscher, *Zündfunke Prag. Wie 1989 der Mut zur Freiheit die Geschichte veränderte*, München 2014.

30 Siehe dazu die Beiträge von Georg Kreis (Schweiz), Aryo Makko (Schweden), Thorsten Borring Olesen und Niels Wium Olesen (Dänemark), Hans Otto Frøland (Norwegen), Anjo Harryvan und Jan van der Harst (Niederlande), Steven Van Hecke (Belgien), Siebo Janssen (Luxemburg) und Miroslav Kunštát (Tschechoslowakei), in: Michael Gehler/Maximilian Graf (Hg.), *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*, Göttingen 2017.

31 Die Regelung des Zugangs zu den Akten des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) betreffend Österreichs Einschätzungen der deutschen Frage 1987–1990 wurde im Jahre 2006 auf Anregung und Fürsprache von Österreichs Botschafter (2003–2009) in Berlin, Christian Prosl, ermöglicht und sodann unter maßgeblicher Mithilfe von Bot-

matisch sämtliche relevanten Bestände der im Archiv des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres lagernden Botschaftsakten, die im Zwischenarchiv des Österreichischen Staatsarchivs befindliche Überlieferung der Politischen Sektion des österreichischen Außenministeriums und die Akten im Depositum Franz Vranitzky im Kreisky-Archiv ausgewertet werden.³² Darüber hinaus wurden Recherchen in deutschen und weiteren europäischen Archiven angestellt.

Zunächst ist es geboten, den historischen Kontext, Österreichs Umgang mit der deutschen Frage seit 1945 und insbesondere mit den beiden deutschen Staaten im europäischen Umfeld kurz zu erläutern, um eine bessere Einordnung der Dokumente in Langzeitentwicklungen zu ermöglichen. Der einleitende Abschnitt kann ob der Größe des Themas und der gebotenen Kürze keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, er nimmt aber die wichtigsten Entwicklungen in den Blick und verweist auf weiterhin fortbestehende Desiderata, die durch künftige Forschungen in Angriff genommen werden sollten. Während die Vorgeschichte mitunter umfassend mit Literaturbelegen dokumentiert wird, basiert der Abschnitt zu Österreich und der deutschen Frage von 1987 bis 1990 weitgehend auf den in weiterer Folge präsentierten Dokumenten und den in der Kommentierung erarbeiteten Kontexten.

II. Ausgangsbedingungen und Vorgeschichte: Von der „doppelten Staatsgründung“ zur Perpetuierung deutscher Zweistaatlichkeit (1949–1987)

1. Die Entwicklung bis zum Entscheidungs- und Zäsurjahr 1955

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Österreich aus Sicht der Alliierten zum einen ehemaliger Bestandteil Hitler-Deutschlands, zum anderen aber auch ein befreites Land, dessen Wiedererrichtung seit der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 ein Kriegsziel der Alliierten war.³³ Österreich geriet 1945, wie Deutschland unter Viermächtebesatzung. Im Unterschied zu den deutschen Zonen kam es jedoch zur Bildung eines Alliierten Rates, der am 11. September 1945 zum ersten Mal zusammentrat, und nicht eines Kontrollrates, sowie einer pro-

schafter Friedrich Bauer durch eine Sondergenehmigung auf Antrag von Prof. Michael Gehler ermöglicht, so dass die Herausgeber in den Folgejahren systematisch die Aktenbestände eingehend sichten und schließlich für diese Aktenedition systematisch erschließen konnten. Hierbei waren im Hause besonders Ministerialrat Dr. Gottfried Loibl und Gesandte Gudrun Graf stets behilflich, wofür wir Ihnen sehr zu Dank verpflichtet sind. Bundeskanzler a. D., Dr. Franz Vranitzky gewährte uns dankenswerter Weise Einsicht in die im Kreisky-Archiv lagernden einschlägigen Akten aus seiner Amtszeit (1986–1997).

32 Siehe dazu auch die „Editorischen Vorbemerkungen“ am Ende dieser Einleitung.

33 Stefan Karner/Alexander Tschubarjan (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“, Wien/Köln/Weimar 2015.

visorischen gesamtstaatlichen Regierung unter Karl Renner,³⁴ zu freien Wahlen am 25. November 1945 und zum Zweiten Alliierten Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946, das die Vetorechte der Okkupanten reduzierte. Dieses erlaubte auf außenpolitischem Gebiet die Aufnahme offizieller Beziehungen, jedoch nur zu Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, denen sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR erst 1973 beitreten konnten.

Des Weiteren erfolgte keine Zwangsvereinigung der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) und der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ), wie sie 1946 zwischen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) vollzogen wurde und deren Resultat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) war. Österreich erhielt als Ganzes mit seiner sowjetischen Besatzungszone finanzielle Mittel aus dem Marshall-Plan. Während die UdSSR eine Teilnahme der deutschen SBZ an diesem ausgeschlossen hatte, flossen Mittel des European Recovery Program (ERP) unter sowjetischer Duldung auch in ihre österreichische Zone.³⁵ Ökonomisch zog Österreich zunächst nicht nur aus den Vorteilen der Handelsliberalisierung beim Export großen Nutzen, sondern auch aus quantitativen Restriktionen für den gesamten Warenimport aus den ERP-Teilnehmerländern. Das Land war von Anfang an Netto-Schuldner unter den ERP-Ländern, während schon die anglo-amerikanische Bizone in den Jahren ab 1947 bzw. die Bundesrepublik Deutschland ab ihrer Gründung mit Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 Netto-Gläubiger der übrigen westeuropäischen Staaten waren.³⁶

Österreich erhielt insgesamt Zahlungen in der Höhe von über einer Milliarde Dollar von den USA. Das Land hatte damit vom Marshall-Plan stark profitiert. Es konnte im Vergleich zu anderen ERP-Teilnehmerländern sowohl seine Produktion, als auch den Lebensstandard beträchtlich steigern. Österreich erhielt mit 130 Dollar neben Norwegen die zweithöchste Pro-Kopf-Rate von allen ERP-Empfängerstaaten – Island bekam mit 209 Dollar die höchste Quote, die deutschen Westzonen bzw. die Bundesrepublik erhielten im Unterschied dazu lediglich

34 Reinhard Bollmus, Staatliche Einheit trotz Zonentrennung. Zur Politik des Staatskanzlers Karl Renner gegenüber den Besatzungsmächten in Österreich im Jahre 1945, in: Ulrich Engelhardt/Volker Sellin/Horst Stuke (Hg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt (= Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Sonderband), Stuttgart 1976, S. 677–712.

35 Siehe dazu: Wolfgang Mueller, Sowjetische Deutschland- und Österreichpolitik 1941 bis 1955 im Vergleich: Die Frage der staatlichen Einheit und des Friedensvertrages, in: Michael Gehler/Ingrid Böhler (Hg.), Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 123–154.

36 Alan S. Milward, The Reconstruction of Western Europe 1945–51, London 1984, Berkeley/Los Angeles 1986, S. 18, 103 (Table), 177, 205–206, 332, 354 (Table), 360–361 und 422; Werner Abelshauser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948, Stuttgart 1975; idem, Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37 (1989) 1, S. 85–113.

19 Dollar pro Kopf! Die Güter bekam Österreich zur Gänze geschenkt, während sie Westdeutschland zurückzahlen hatte. Im ersten ERP-Jahr 1948/49 empfing die Alpenrepublik mit 14 % des nationalen Einkommens den höchsten Anteil des Marshall-Plans.³⁷ Nicht zuletzt deshalb blieb Österreich im Gegensatz zu Deutschland eine handels-, wirtschafts- und währungspolitische Einheit,³⁸ auch wenn die KPÖ durchaus politische Teilungsabsichten hegte.³⁹

Nach 1945 wahrte Österreich gegenüber Deutschland bewußt Distanz. Doch kannte diese Haltung auch Grenzen. Dies zeigte sich nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Ihr strikt prowestlicher Kurs wurde von Österreich als nicht unvorteilhaft für sich selbst angesehen. 1949 erfolgte die „doppelte Staatsgründung“ (Christoph Kleßmann) in Deutschland.⁴⁰ Besondere unmittelbare Reaktionen auf die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 aus Österreich liegen nicht vor, zumal sich diese im Schatten der am darauffolgenden Wochenende stattfindenden Nationalratswahlen in Österreich ereignete. Offizielle Beziehungen zu beiden deutschen Staaten waren weiterhin unmöglich und wurden vom Ballhausplatz zur DDR wegen des im Grundgesetz der Bundesrepublik verkündeten Alleinvertretungsanspruchs auch nicht angestrebt. Obwohl man in Wien die deutsche „Weststaatgründung“ wohlwollend kommentiert hatte, sollte das Verhältnis zwischen Österreich und der Bundesrepublik Mitte der 1950er-Jahre erheblichen Spannungen ausgesetzt sein.⁴¹ In diesem Zusammenhang ist angesichts

37 Siehe zuletzt Günter Bischof/Hans Petschar, *Der Marshallplan. Die Rettung Europas und der Wiederaufbau Österreichs*, Wien 2017.

38 Michael Gehler, *Österreich, die Bundesrepublik und die deutsche Frage 1945/49–1955. Zur Geschichte der gegenseitigen Wahrnehmungen zwischen Abhängigkeit und gemeinsamen Interessen*, in: *Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft* 8 (1995) 2, S. 221–264.

39 Zu den Teilungsabsichten der KPÖ siehe: Wolfgang Mueller, *Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948*, in: *Zeitgeschichte* 32 (2005) 1, S. 47–54.

40 Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, 5. Aufl., Göttingen 1991.

41 Zur Haltung Österreichs in der deutschen Frage bis 1955 unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zur Bundesrepublik siehe: Michael Gehler, „Kein Anschluß, aber auch keine chinesische Mauer“. Österreichs außenpolitische Emanzipation und die deutsche Frage 1945–1955, in: Alfred Ableitinger/Siegfried Beer/Eduard G. Staudinger (Hg.), *Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955*, Wien/Köln/Graz 1998, S. 205–268; Michael Gehler, *Österreich, die Bundesrepublik und die deutsche Frage 1945/49–1955. Zur Geschichte der gegenseitigen Wahrnehmungen zwischen Abhängigkeit und gemeinsamen Interessen*, in: idem/Rainer F. Schmidt/Harm-Hinrich Brandt/Rolf Steininger, *Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1996, S. 535–580. Für österreichische Dokumente zur Deutschlandfrage siehe: Michael Gehler/Rudolf Agstner (Hg.), *Einheit und Teilung. Österreich und die Deutschlandfrage 1945–1960. Festgabe für Rolf Steininger zum 70. Geburtstag*, Innsbruck/Wien/Bozen 2013. Zu den österreichisch-westdeutschen Nachkriegsbeziehungen bis in die 1960er-Jahre siehe: Matthias Pape, *Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945–1965*, Köln/Weimar/Wien 2000; Rolf Pfeiffer, *Eine schwierige und konfliktreiche Nachbarschaft – Österreich und das Deutschland Adenauers 1953–1963*, Münster/Hamburg/London 2003; Michael Ebert, *Bonn – Wien. Die deutsch-österreichischen Beziehungen von 1945 bis*

der österreichisch-deutschen Vorgeschichte, trotz aller gewünschter bilateraler Annäherung an die Bundesrepublik, die gleichzeitige Notwendigkeit einer deutlichen Abgrenzung Österreichs von der Bundesrepublik als Teil der staatlichen österreichischen Nachkriegsidentität mitzudenken.

Zunächst nahm Wien in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre eine wohlwollende Allianzfreiheit gegenüber Bonn ein – es war dann bereits „Tauwetter“ nach Stalins Tod angesagt, wenn auch der Ost-West-Konflikt manifest blieb. Die Bedeutung der gestiegenen Handelsbeziehungen mit Westdeutschland spielte außerdem eine nicht unerhebliche Rolle. Der erste offizielle Besuch österreichischer Regierungsmitglieder fand am 19./20. Mai 1953 statt, als der im gleichen Jahr im November dann abgelöste Außenminister Karl Gruber und Staatssekretär Bruno Kreisky in Bonn mit Bundespräsident Theodor Heuss und Bundeskanzler Konrad Adenauer zusammentrafen, um über die zukünftigen bilateralen Beziehungen zu sprechen. Gruber versuchte Adenauer in Bonn verständlich zu machen, dass die politische Lage Österreichs von jener Deutschlands „grundlegend verschieden“, zumal das Land von Beginn an „durch östliche Initiative in zwei Teile gespalten worden“ sei – eine Auslegung, die der westdeutschen Lesart entsprach. Aufgabe der deutschen Bundesregierung könne es, so Gruber, nur sein, durch Stärkung seiner wirtschaftlichen Kraft, den Aufbau neuen internationalen Vertrauens und besonders durch Entwicklung eines *modus vivendi* mit den Besatzungsmächten „die beste Voraussetzung für die künftige Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen“. Das war geradezu prophetisch und entsprach ebenfalls der Zukunftsprognose der „Politik der Stärke“ Adenauers. Anders gestaltete sich, so Gruber, dagegen die Lage Österreichs, ein Land, welches vereint geblieben sei. Er argumentierte, Österreich dürfe keine Politik betreiben, die einen Spaltungsprozess einleiten würde. Adenauer schien für Österreichs Lage „volles Verständnis“ zu haben.⁴²

Nicht frei von Opportunismus setzte Wien weiter auf die Existenz eines stabilen und auch militärisch verteidigungsbereiten Systems in Westeuropa, dem die Bundesrepublik angehören sollte. Dies schloss konsequenterweise jede Empfehlung einer Neutralitätspolitik für Deutschland bzw. die Bundesrepublik aus. Gruber pflichtete Adenauer auch bei, dass es schwer vorstellbar sei, eine „natürliche Großmacht zu neutralisieren“ und es „keinen Präzedenzfall dieser Art“ gebe.

1961 aus westdeutscher Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der Österreichpolitik des Auswärtigen Amtes, Berlin 2003; Jochen Staadt (Hg.), *Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten* (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin 18), Frankfurt am Main 2013; Rolf Pfeiffer, *Die DDR und Österreich 1949–1972. Beziehungen in den Jahren offizieller Beziehungslosigkeit*, Aachen 2015; Graf, *Österreich und die DDR. Für einen Aufriss zur Haltung Österreichs zur deutschen Frage* siehe: idem, *Österreich und die Deutsche Frage 1945–1990. Realpolitik wider Willen?*, in: Roman Kodet/Lukaš Novotný (Hg.), *The Chapters to the History of „Realpolitik“/Die Kapitel aus der Geschichte der Realpolitik*, Pilsen 2013, S. 115–142. Sämtliche hier zitierten Werke enthalten umfangreiche weiterführende Literaturverweise.

42 Karl Gruber, *Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich*, Berlin 1953, S. 303–306.

Nicht ohne Eigeninteresse fügte er noch als Draufgabe hinzu, dass die Bundesdeutschen „eine Neutralisierung Deutschlands weder für möglich noch für wünschenswert“⁴³ hielten. Interessanterweise sprach Gruber nur von Neutralisierung, nicht aber von Neutralität. Er knüpfte vollständig an die Adenauer-Rhetorik an. Wien befürwortete aus ureigenstem Interesse die „Normalisierung“⁴⁴ der Beziehungen und die Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation mit der Bundesrepublik als Mittel zur Stärkung der territorialen Integrität und nationalen Konsolidierung.⁴⁵

Im Nationalratsklub der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) bemerkte Gruber nach seiner Rückkehr aus Bonn auf die Frage nach der Lebhaftigkeit des Anschlussgedankens in Deutschland, „daß dieser Wunsch bei den Deutschen vermutlich immer vorhanden sein wird“. Er habe aber den Eindruck, „daß die deutsche Regierung den Anschluß nicht durchführen wird“ (!), wohingegen er auf dem Standpunkt „kein Anschluß, aber auch keine chinesische Mauer“ stehe.⁴⁶

Da durch das Veto der Sowjetunion noch keine diplomatischen Dienststellen errichtet werden durften, einigte man sich in Bonn darauf, noch im selben Jahr Handelsdelegationen einzurichten. Die deutsche Wirtschaftsdelegation in Wien wurde mit Carl Hermann Mueller-Graaf besetzt. Er hatte die Aufgabe, unter dem „Deckmantel“ dieser Handelsdelegation, einen diplomatischen „Routinebetrieb“⁴⁷ in Österreich aufzubauen, ohne die Sowjetunion zu weiteren „Anschluß“-Verdächtigungen zu veranlassen. Der österreichische Vertreter in Bonn, Adrian Rotter, konnte sich dagegen freier bewegen. Seine Mission wurde am 2. April 1954 in „österreichische Vertretung“ umbenannt. Beide Staaten bemühten sich, die Beziehungen untereinander so natürlich wie möglich zu gestalten. Außenminister Leopold Figl, der Gruber im Amt gefolgt war, pflegte von „freundschaftlicher Nachbarkeit“ zu sprechen.⁴⁸

Das Jahr 1955 stellt dann eine Zäsur in der Geschichte des Dreiecksverhältnisses Bonn, Ost-Berlin und Wien dar. Die Bundesrepublik war der NATO beigetreten. Österreich hatte durch den Staatsvertrag (abgesehen von den im Vertrag

43 Reinhard Bollmus, Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Österreich 1950–1958. Stationen einer skeptischen Freundschaft, in: Christliche Demokratie 1 (1983) 3, S. 9–23, hier S. 14; zur Geschichte und Problematik von Neutralisierungskonzepten vgl. Andreas Hillgruber, Alliierte Pläne für eine „Neutralisierung“ Deutschlands 1945–1955 (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften Vorträge G 286), Opladen 1987, S. 5–31.

44 So lauteten die Pressekommentare: Neues Österreich, 20. Mai 1953; Wiener Kurier, 21. Mai 1953.

45 Vgl. die Replik des Außenministers auf VdU-Positionen Anfang des Jahres: „Dr. Gruber antwortet dem VdU“, 29.1.1953, in: Michael Gehler (Hg.), Karl Gruber. Reden und Dokumente 1945–1953. Eine Auswahl (Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 2), Wien/Köln/Weimar 1994, S. 418.

46 Protokoll über die 8. Sitzung des Nationalratsklubs der ÖVP, 27. Mai 1953. Archiv des Karl-von-Vogelsang-Instituts, Ordner NR-Klub 1953.

47 Engelbert Washietl, Österreich und die Deutschen, Wien 1987, S. 62.

48 Ebd., S. 63.

enthaltenen Einschränkungen)⁴⁹ seine volle Souveränität zurückerhalten und das Neutralitätsgesetz beschloss. Die sogenannte Souveränität der DDR war dagegen durch die Sowjetunion in einem Freundschaftsvertrag bekräftigt worden und nicht zuletzt wurde während des Besuchs Adenauers in Moskau die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik vereinbart.⁵⁰ In Moskau saßen von nun an ein ost- und ein westdeutscher Botschafter. Angesichts dieser veränderten Lage, wurde es in Bonn nunmehr auch für nötig erachtet, durch die Formulierung der sogenannten „Hallstein-Doktrin“ zu betonen, aufgrund des verfassungsrechtlich legitimierten bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs für ganz Deutschland zu sprechen. Die Hallstein-Doktrin wurde nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, benannt, ging aber auf den Hofjuristen und Völkerrechtler Wilhelm Georg Grewe zurück, der im NS-Staat seine Karriere gemacht hatte. Diese drohte jedem Staat, der die DDR anerkennen würde, den Abbruch der bilateralen Beziehungen durch

49 Österreich auferlegte Bedingungen und Souveränitätseinschränkungen betrafen das Ablieferungs- und Ablösungsgebot des deutschen Eigentums bzw. das Rückstellungsverbot an frühere deutsche Eigentümer, das Anschlussverbot, d.h. keine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland (Artikel 4), die Gewährleistung von Minderheitenrechten für die slowenische und kroatische Bevölkerungsgruppe in Österreich (Artikel 7, Absatz 2 und 3); das Verbot aller nationalsozialistischen Organisationen und die Unterlassung von Wiederbetätigung faschistischer oder nationalsozialistischer Organisationen (Artikel 9 und 10); die Fortführung der [Anti-]Habsburgergesetzgebung (Artikel 10) sowie militärische und Luftfahrtbestimmungen (Artikel 12–16), u. a. die Nichtaufnahme von Personen in das österreichische Bundesheer, die in der Deutschen Wehrmacht im Rang eines Obersts oder höherrangig gedient hatten bzw. als nachweisbar nicht-entlastete Nationalsozialisten galten (Artikel 12) sowie ein Nicht-Mitwirkungsgebot an der „Wiederbewaffnung“ Deutschlands (Artikel 15, Zusatz 2). Aufgrund der veränderten politischen Verhältnisse 1989/90 hatte die österreichische Bundesregierung in einer Erklärung vom 20. November 1990 an die vier Signatäre des Staatsvertrages (Frankreich, UdSSR, USA, Vereinigtes Königreich) die militärischen und Luftfahrtbestimmungen (Art. 12–16) für obsolet erklärt. Die Artikel 12 und 15 Zusatz 2 wurden zudem im Jahre 2008 als nicht mehr geltend festgestellt, siehe zum Gesamtkomplex: Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955*, 4. aktualisierte Auflage, Wien/Köln/Weimar 2005.

50 Zu Adenauers Moskau-Besuch siehe: Helmut Altrichter (Hg.), *Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext* (Rhöndorfer Gespräche 22), Bonn 2007; Werner Kilian, *Adenauers Reise nach Moskau*, Freiburg im Breisgau 2005. Zu den sowjetischen Motiven siehe Gerhard Wettig, *Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 82), München 2011, S. 49–58. Zuletzt Hanns Jürgen Küsters/Faina Nowik, *Der Besuch Konrad Adenauers in Moskau 1955*, in: Helmut Altrichter/Wiktor Ischtschenko/Horst Möller/Alexander Tschubarjan (Hg.), *Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung – Das 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 227–236; eingehend zum Moskau-Besuch Adenauers auch aus österreichischer Sicht: Michael Gehler, *Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945–1955*, Innsbruck/Wien/Bozen 2015, S. 988–1027.

die Bundesrepublik an und gab fortan den Rahmen des Möglichen für die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR vor.⁵¹

Der österreichische Staatsvertrag erzürnte Adenauer unter anderem aufgrund der Regelung der Frage des „deutschen Eigentums“ in Österreich und seiner Furcht vor dem „Neutralitätsdrachen“.⁵² Der neue außenpolitische Status Österreichs kann zwar durchaus als Preis für den Staatsvertrag gesehen werden, beschlossen wurde er aber durch den österreichischen Nationalrat und demnach – als aus freien Stücken gewählt – deklariert und notifiziert.⁵³ Die Frage, ob Staatsvertrag und Neutralität seitens der Sowjetunion als „Modellfall“ zur Lösung der deutschen Frage gedacht waren, bleibt nach wie vor in Diskussion. Bereits zeitgenössisch wurde darüber im Westen sehr ernsthaft und intensiv diskutiert.⁵⁴ Auf die Forschungsdiskussion zur sowjetischen Deutschlandpolitik die in der Regel ohne Berücksichtigung der Rolle Österreichs in der sowjetischen Politik erfolgt, kann hier nicht näher eingegangen werden.⁵⁵ Von Seiten der DDR wurde der Staats-

51 Zur Hallstein-Doktrin siehe: Werner Kilian, *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973*. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001; William Glenn Gray, *Germany's Cold War. The Global Campaign to Isolate East Germany, 1949–1969*, Chapel Hill/London 2003. Für eine kritische Einschätzung zum Stellenwert der Hallstein-Doktrin siehe: Torben Gölstorff, *Die Hallstein-Doktrin – Abschied von einem Mythos*, in: *Deutschland Archiv* 2017, Bonn 2018, S. 177–190.

52 Pape, Brüder, insbesondere S. 325–349 spricht vom „Krisenjahr 1955“; Ebert, Bonn – Wien, S. 125–143 fragt zu den österreichisch-westdeutschen Beziehungen im Kontext des Staatsvertrags „Schwarzer Tag der deutsch-österreichischen Geschichte? – Der 15. Mai 1955“; Pfeiffer, Nachbarschaft, S. 57–97 übertitelt den betreffenden Abschnitt mit „Der ‚heiße‘ Sommer 1955: Wien im Bannstrahl des Bonner Zorns“.

53 Zum österreichischen Staatsvertrag siehe: Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*; Arnold Suppan/Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller (Hg.), *Der Österreichische Staatsvertrag. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität*, Wien/Köln/Weimar 2005; Rolf Steininger, *Der Staatvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938–1955*, Innsbruck/Wien/Bozen 2005.

54 Siehe hierzu zusammenfassend Gehler, *Modellfall für Deutschland?*, S. 1113–1242.

55 Zu den sowjetischen Absichten und Planungen sowie deren Umsetzung im Rahmen der Besatzungspolitik in der SBZ siehe die umfassende Überblicksdarstellung von Norman Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945–1949*, Berlin 1997; sowie die organisationsgeschichtliche Arbeit von Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion*, Berlin 1999; zudem liegen umfassende Dokumenteneditionen in deutscher Sprache vor: Jochen P. Laufer/Georgij P. Kynin (Hg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, 3 Bde., Berlin 2004; weiters: Wettig (Hg.), *Der Tjul'panov-Bericht*; sowie zuletzt Jan Foitzik (Hg.), *Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte 18)*, München 2012. Foitzik hat weitere Editionen zur Thematik herausgegeben. Siehe zudem den nützlichen Sammelband Michael Lemke (Hg.), *Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)*, Köln/Weimar/Wien 1999. Die Hauptkontroverse über die sowjetische Deutschlandpolitik wird bis heute zwischen Wilfried Loth und Gerhard Wettig ausgetragen. Ein weiterer Schwerpunkt dieser Auseinandersetzung lag auf der Frage nach der Ernsthaftigkeit der Stalin-Noten von 1952. Siehe hierzu Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*,

vertrag jedenfalls als „erfolgversprechende Variante zur Lösung der Deutschlandfrage“ gepriesen. Dies geschah nicht nur aus Gründen der propagandistischen Unterstützung der sowjetischen Politik, sondern auch, da man – auch wenn es keinen direkten Beweis für die Annahme gibt – die Hoffnung in Berufung auf den Neutralitätsstatus Österreichs als begründet ansah, von Österreich analog zu Finnland einen gleichberechtigten Status zur Bundesrepublik eingeräumt zu bekommen.⁵⁶

Zu Beginn dieser Einleitung wurden die – trotz Parallelen – grundverschiedenen Ausgangsbedingungen und Entwicklungen in Österreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg umrissen. 1949 wurde die deutsche Teilung formalisiert. Trotz fortdauernder Besatzung zeigte sich rasch, zu welchem deutschen Staat Österreich Beziehungen anstrebte und wessen Haltung in der deutschen Frage es unterstützte. Manifest wurde dies 1955, als Österreich nach dem Abschluss des Staatsvertrags und trotz eines angespannten Verhältnisses diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik etablierte, während der DDR die diplomatische Anerkennung bis 1972 verweigert wurde. Österreich nahm das als Hallstein-Doktrin bezeichnete Dogma der westdeutschen Politik zur Kenntnis – auch wenn dies zeitweise einzelnen österreichischen Interessen widersprach. In manchen Fällen wurden die engen Grenzen des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs auch nur widerwillig eingehalten. Der Neutrale handelte hier realpolitisch und dies galt auch für die Sowjetunion, der Anerkennungsdruck von östlicher Seite hinsichtlich der DDR hielt sich in Grenzen. Die Bundesrepublik

Berlin 1994; Gerhard Wettig, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955*, München 1999; Peter Ruggenthaler, *Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung*, München 2007; Wilfried Loth, *Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik von Stalin bis Chruschtschow*, Göttingen 2007; für eine ausgewogene Besprechung der jüngeren Forschungsliteratur bis 2008 siehe Bernd Bonwetsch, *Die Stalin-Note 1952 – kein Ende der Debatte*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2008, S. 106–113. Dem Titel von Bonwetsch entsprechend, seither wiederum Wilfried Loth, *The Crucial Issues of the Early Cold War. The German question from Stalin to Khrushchev: The meaning of new documents*, in: *Cold War History* 10 (2010) 2, S. 229–245; und Wettig (Hg.), *Der Tjul'panov-Bericht*, S. 13–138; idem, *Die Stalin-Note. Historische Kontroversen im Spiegel der Quellen (Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert I)*, Berlin 2015; sowie Peter Ruggenthaler: *Neutrality for Germany or stabilization of the Eastern bloc? New evidence on the decision-making process of the Stalin Note*, in: Mark Kramer/Vit Smetana (Hg.) *Imposing, maintaining, and Tearing Open the Iron Curtain. The Cold War and East-Central Europe, 1945–1989*, Lanham 2014, S. 149–169. Zur Position Michael Gehlers siehe ausführlich: *Modellfall für Deutschland?*; und zuletzt: ders., *Form an Offer for all Cases to a Model Case? Aspects of the Controversy about the Soviets' Germany, Austria, and Neutrality Policy, 1952–1955*, in: *Current and Recent Research*, in: Heinz Gärtner (Hg.), *Engaged Neutrality. An Evolved Approach to the Cold War*, Lanham 2017, S. 37–71. Darin auch eine ausführliche Bibliografie der jüngeren Forschungsliteratur.

56 Dazu mit leicht abweichenden Bewertungen: Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, 478–480; Gehler, *Modellfall für Deutschland?*, S. 719–737; Graf, *Österreich und die DDR*, S. 98–108.

war mit der österreichischen Politik gegenüber den beiden deutschen Staaten im Großen und Ganzen zufrieden. Diese Einstellung war nicht zuletzt gegeben, da eine „Wiedervereinigung“ stets als ein Fernziel der europäischen Entspannungspolitik gesehen wurde.

2. Gescheiterte Vermittlungsversuche (1958–1963)

Obwohl Österreich während der zweiten Berlin-Krise durch das Gipfeltreffen zwischen Nikita S. Chruschtschow und John F. Kennedy im Juni 1961 zu einer Begegnungsstätte im Kalten Krieg avancierte,⁵⁷ hatten im Endeffekt – wie bereits zuvor offenkundig geworden war – weder Ost noch West ein ernsthaftes Interesse an einer Vermittlertätigkeit des neutralen Österreichs in der deutschen Frage. Diesbezügliche Aktivitäten von Julius Raab (ÖVP) und Bruno Kreisky (SPÖ) verpufften letztendlich ohne Wirkung – auch wenn Kreiskys „Initiative“ von sowjetischer Seite angestoßen worden war.⁵⁸

Bereits vor dem Ausbruch der zweiten Berlin-Krise startete Bundeskanzler Raab im März 1958 einen „zunächst geheim gehaltenen, dann öffentlich gemachten und schlussendlich erfolglosen Versuch“, der darauf abzielte, eine alliierte Kommission zur Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen zu initiieren, ein Vorhaben, das sowohl von amerikanischer als auch von sowjetischer Seite abgelehnt wurde. Raabs Plan dürfte Adenauer bei einem inoffiziellen Besuch des österreichischen Kanzlers am 10. März vorgeschlagen und mit dessen Einverständnis dem sowjetischen Botschafter mitgeteilt worden sein. Aus Moskau erfolgte aber keine Reaktion. Adenauer wollte durch Raab das Moskauer Terrain für seine eigenen deutschlandpolitischen Pläne, eine Neutralisierung der DDR nach österreichischem Vorbild, sondieren lassen. Nachdem Raab seinen Vorschlag im April in höchst optimistischer Art und Weise publik gemacht hatte, war die Reaktion von west- und ostdeutscher Seite ablehnend. Walter Ulbricht hatte bereits am V. Parteitag der SED im Juli, an dem auch Chruschtschow teilnahm, den Raab-Plan als „ebenso unrealen wie antiquierten Vorschlag“ abgelehnt. Auch im Zuge von

57 Karner, Stefan/et al. (Hg.), *Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy – Chruschtschow*, Innsbruck/Wien/Bozen 2011.

58 Hierzu existiert eine vergleichsweise umfangreiche und kontroverse Forschungsliteratur. Zur Rolle Österreichs im Kontext des österreichisch-amerikanischen Verhältnisses siehe: Martin Kofler, *Kennedy und Österreich. Neutralität im Kalten Krieg*, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003; idem, Kreisky – Brandt – Khrushchev: *The United States and Austrian Mediation during the Berlin Crisis, 1958–1963*, in: Günter Bischof/Anton Pelinka/Michael Gehler (Hg.), *Austrian Foreign Policy in Historical Context (Contemporary Austrian Studies 14)*, New Brunswick 2006, S. 170–185. Für eine bündige Zusammenfassung zu Raabs Deutschland-Initiative siehe: Michael Gehler, *Deutschland. Von der Teilung zur Einigung 1945 bis heute*, Wien/Köln/Weimar 2010, S. 161–165; idem, *Modellfall für Deutschland?*, S. 1212–1215; und ausführlich: Matthias Pape, *Die Deutschlandinitiative des österreichischen Bundeskanzlers Julius Raab im Frühjahr 1958*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48 (2000) 2, S. 281–318; zur Haltung der DDR siehe Graf, *Österreich und die DDR*, S. 155–175.

Raabs Moskau-Besuch, der ein wenig später im Juli 1958 stattfand, kam sein Vorschlag nicht zur Sprache. Hingegen machte er im Anschluss den „offenbaren“ sowjetischen Wunsch nach einem Gipfeltreffen in Wien öffentlich. Von der westlichen Diplomatie wurde Raabs Vorschlag hauptsächlich als naiv gewertet. Nichtsdestotrotz wies er im Oktober erneut öffentlich im westdeutschen Fernsehen auf seine Idee hin.⁵⁹

Im ostdeutschen Außenministerium wertete man Raabs Initiative als „fast überraschende Aktivität der österreichischen Regierung in der Deutschlandfrage“.⁶⁰ Seinen Vorschlag, „eine Alliiertenkommission zu bilden, der die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen obliegen sollte“, klassifizierte man eindeutig: „Das entspricht dem Adenauer-Konzept.“⁶¹ Man war der Ansicht, dass Raab „Adenauer einen guten Dienst erwiesen“ hätte.⁶² Dass die österreichische Haltung zur Deutschlandfrage während Raabs Moskau-Besuch im Juli 1958 nicht thematisiert wurde, vermerkte man daher im MfAA wohlwollend.⁶³ Eine dementsprechende Information erging auch an das SED-Politbüro.⁶⁴ Die während seines Moskau-Besuchs geäußerte Kritik an den Verletzungen des österreichischen Luftraums durch die USA während der Libanon-Krise wurde als Teil der „sporadisch“ erkennbaren Kritik an der amerikanischen und westdeutschen Politik gewertet.⁶⁵

Im August hatte sich sogar die monatlich in der DDR erscheinende Zeitschrift *Deutsche Außenpolitik*, die Raum für parteioffizielle Abhandlungen zu außenpolitischen Fragen bot, mit der Initiative Raabs befasst.⁶⁶ Die österreichische Diplomatie erkannte in den Ausführungen „eine gewisse Nuancierung der bisher verwendeten Argumentation“:

59 Gehler, Deutschland, S. 161–165; Gehler, Modellfall für Deutschland?, S. 1187–1201. Siehe zudem kurz: Kofler, Kennedy, 58–59 und ausführlich: Pape, Deutschlandinitiative, S. 281–318.

60 Notizen zur Reise Bundeskanzlers Raab in die USA vom 16.–28. Mai 1958, gezeichnet Haupt, Berlin, 15. Juni 1958, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA/AA), Berlin, Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA), A 12824, Bl. 32–37.

61 Hierzu die von Außenminister Bolz angeforderte Ausarbeitung: Österreich, Berlin, 4. November 1958, PA/AA, MfAA, A 12824, Bl. 60–63.

62 Quartalsanalyse III. Quartal 1958 (abgeschlossen von Keilholz, Wien, 10. Oktober 1958), übersandt durch Peuker an Haupt, Wien, 27. Oktober 1958, PA/AA, MfAA, A 12824, Bl. 78–100, hier Bl. 82.

63 Bericht über den Aufenthalt des österreichischen Bundeskanzlers Raab in der Sowjetunion vom 21.–22. Juli 1958, PA/AA, MfAA, A 12822, Bl. 3–9, hier Bl. 8–9.

64 Aktenvermerk über die Verhandlungen der Regierungsdelegation der UdSSR und Österreich, vom 28. Juli 1956, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Berlin, DY 30/J IV 2/2J/504.

65 Übersicht über die innen- und außenpolitische Entwicklung Österreichs im Jahre 1958, PA/AA, MfAA, A 12824, Bl. 101–122, 108. Zu den Libanon-Überflügen im Speziellen siehe: Walter Blasi, Die Libanonkrise 1958 und die US-Überflüge, in: Erwin A. Schmidl (Hg.), Österreich im frühen Kalten Krieg 1945–1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne, Wien 2000, S. 239–259.

66 Karl Seidel, Bundeskanzler Raab und die Deutschlandfrage, in: Deutsche Außenpolitik 3 (1958), S. 755–759.

„Der Autor des Aufsatzes meint abschließend, es wäre nur begrüßenswert, wenn sich Österreich für die Schaffung eines ‚einheitlichen, friedliebenden und demokratischen‘ Deutschlands einsetzen würde, aber es sei bezeichnend, daß der Herr Bundeskanzler bei Abfassung seines Vorschlages nur die Bundesrepublik und nicht auch die DDR konsultiert habe. Wenn der Herr Bundeskanzler einen konstruktiven Beitrag zu Deutschlandfrage leisten wolle, dann möge er sich dafür einsetzen, daß die Frage eines deutschen Friedensvertrages auf der Gipfelkonferenz behandelt werde.“⁶⁷

Hiermit war die Beschäftigung der DDR mit dem Raab-Plan abgeschlossen. Die Sowjetunion bediente sich, nach einer im September 1958 ergangenen einschlägigen diplomatischen Note an die Bundesrepublik, im November des österreichischen Botschafters in Moskau, Norbert Bischoff, um mit dem bundesdeutschen Botschafter Hans Kroll in der deutschen Frage Fühlung zu nehmen. Via Bischoff wurde die Idee lanciert, nach dem österreichischen Beispiel von 1955, Direktverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion aufzunehmen. In einer von Bischoff an Kroll übergebenen Notiz vom 22. November, die von vom sowjetischen Außenminister Andrej A. Gromyko stammte, griff der Kreml das österreichische Beispiel auf und ließ im Kontext bzw. Vorfeld des Berlin-Ultimatums von Chruschtschow wissen: „Sollte die Bundesregierung der Bundesrepublik es wünschen, so könnte sie [...] dem Beispiel der österreichischen Regierung folgen“. Das seit 1955 neutrale Österreich sollte offensichtlich zu Vermittlungen herangezogen werden. Den Moment dieser sowjetischen Fühler bezeichnete Kroll so, „daß der jetzige Augenblick vermutlich die letzte Gelegenheit ist, um ein Gespräch mit der Sowjetunion über die deutsche Frage aufzunehmen“, sonst müsse man mit „dem endgültigen Verlust der Zone an die Sowjetunion rechnen“. Die bereits parallel dazu von Chruschtschow ausgelöste Berlin-Krise überschattete dann allerdings diese Initiative, die von Adenauer, der nicht an Zugeständnisse Moskaus glaubte und amerikanisches Misstrauen in diesem Zusammenhang fürchtete, abgelehnt wurde.⁶⁸

Wenig später sollte Österreich jedoch erneut als „Vermittler“ ins Spiel kommen. Chruschtschow versuchte mehrmals über den zu diesem Zeitpunkt noch als Staatssekretär im österreichischen Außenamt fungierenden Bruno Kreisky, mit dem seit 1957 als West-Berliner Bürgermeister amtierenden Willy Brandt einen Kontakt herzustellen. Im März 1959 kurz nach dem Angebot der Westmächte zu einer Außenministerkonferenz in Genf unter Beteiligung von Bundesrepublik und DDR startete Chruschtschow seine Initiative. Brandt hatte derartige Gesprächsabsichten im Herbst 1958 gegenüber Kreisky angedeutet. Im Frühjahr 1959 regte Kreisky in einer Rede und in einem Artikel in der *Arbeiter-Zeitung* ein Sonderstatut für ganz Berlin an. Von sowjetischer Seite dürfte vermutet worden sein, dass die Idee von Brandt stammte und man versuchte, über Kreisky ein

67 Generalkonsul Thalberg an BM Figl, 5. August 1958, Zl. 17-Pol/58, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Wien, Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (BKA/AA), II-Pol 1958, Politische Berichte Berlin 1958.

68 Siehe dazu: Gehler, Modellfall für Deutschland?, S. 1212–1215.

Treffen zwischen Brandt und Chruschtschow zu arrangieren. Adenauer hatte zu diesem Zeitpunkt die Neutralisierung der DDR nach österreichischem Muster erwogen und stellte Brandt frei, ein derartiges Treffen zu realisieren. Nachdem sich der US-Gesandte in West-Berlin, Bernhard Gufler, gegen ein solches Treffen ausgesprochen hatte, entschied sich Brandt dagegen. Kreisky war tief getroffen und beklagte sich bei Brandt über die ihm zuteil gewordene Bloßstellung, die unter Umständen auch seine außenpolitische Laufbahn, bereits vor deren eigentlichen Beginn, hätte beenden können.⁶⁹ Doch blieb Kreisky als Vermittler weiter gefragt. Im Zuge des Besuchs von Chruschtschow in Österreich vom 30. Juni bis 8. Juli 1960 wurde Kreisky erneut zumindest als „Briefträger“ zu gewinnen versucht. Außenminister Gromyko übergab Kreisky ein „Berlin-Memorandum“, das die sowjetischen Positionen bekräftigte und ersuchte um Weiterleitung an Brandt. Kreisky kam dieser Bitte nach, informierte jedoch auch die Bundesrepublik und die USA und lehnte jede Rolle als Vermittler ab. Dies lag an seinen schlechten Erfahrungen aus dem Jahr 1959. Dennoch fungierte er als Informationskanal. Seine Geheimkontakte kamen erneut in die Presse, was Kreisky sehr verärgerte. Die USA hatten keine Mittlerrolle Kreiskys gewünscht, jedoch wurde es als nützlich angesehen, wenn der Außenminister „dem sowjetischen Botschafter die ‚Festigkeit des Westens‘ in der Berlin-Frage näher bringen könnte“.⁷⁰ Im Rahmen der UNO-Vollversammlung im September 1960 wurde nun auch von Seiten der Bundesrepublik versucht, Kreisky als Mittler zu gewinnen. Kreisky wollte aber nur auf Basis schriftlicher Unterlagen handeln. Daraufhin wurde das Thema nicht mehr angesprochen beziehungsweise von Seiten der Bundesrepublik nicht mehr weiter verfolgt. Gespräche auf Basis des von Kreisky übermittelten Memorandums fanden nicht mehr statt, v. a. aufgrund der weltpolitischen Gegebenheiten der Zeit.⁷¹ Auch 1961, nach dem Vienna Summit, benutzte Chruschtschow den „Kreisky-Kanal“. Der österreichische Außenminister berichtete zwar dem amerikanischen Botschafter, nicht mehr jedoch Brandt und Adenauer. Bis 1963, also auch über den Mauerbau hinaus, sollte Kreisky immer wieder als Vermittler ins Spiel gebracht werden.⁷²

69 Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Bd. 1, Wien 2005, S. 198–205; Kofler, Kennedy, S. 59–60; Elisabeth Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (Zeitgeschichte im Kontext 2), Göttingen 2009, S. 184–194; Peter Ruggenthaler/Harald Knoll, Nikita Chruščev und Österreich, Die österreichische Neutralität als Instrument der sowjetischen Außenpolitik, in: Stefan Karner/et al. (Hg.), Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy – Chruschtschow, Innsbruck/Wien/Bozen 2011, S. 759–807, hier S. 775–798.

70 Kofler, Kennedy, S. 60–61.

71 Erhard Sammer: Die Berlin-Krise von 1958–1961. Ihre Wahrnehmung durch die österreichische Diplomatie, Diplomarbeit Graz 2000, S. 151–152.

72 1962–1963 fungierte Kreisky zunehmend als politischer Informant über die Sowjetunion und den Ostblock für die USA. 1963 war der österreichische Generalkonsul Peter Müller an der Übermittlung eines erneuten Gesprächsangebots Chruschtschows an Brandt beteiligt. Diesmal sagte Brandt wegen der ablehnenden Haltung seines Koalitionspartners in West-Berlin, der Christlich Demokratischen Union (CDU), ab. Siehe hierzu: Kofler, Kennedy, S. 62, 64–65, 126.

3. Die Entwicklung bis zum Grundlagenvertrag 1972

Nach Abschluss des Staatsvertrags 1955 waren für Österreich theoretisch auch diplomatische Beziehungen zu beiden deutschen Staaten möglich. Die Bundesrepublik nahm mit Österreich trotz seiner Neutralität Ende 1955 diplomatische Beziehungen auf, freilich erst nachdem sich Bonn ausreichend vergewissert hatte, dass Österreich nicht auf sowjetischen Druck auch die DDR anerkennen würde.⁷³ Für Wien war dies aufgrund der westlichen Orientierung und der großen Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik eine im höchsten Maße pragmatische Entscheidung der Staatsräson.

Erst als das deutsch-deutsche Verhältnis im Zuge einer Entspannung im Kalten Krieg durch den sogenannten Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 geregelt werden konnte, war der Weg für offizielle Beziehungen zwischen Österreich und der DDR frei. Bis dahin war man in Wien unter Berufung auf das Verhalten anderer neutraler Staaten, wie Schweden und der Schweiz, auf dem Standpunkt geblieben, in der Frage der Anerkennung kein politisches Präjudiz schaffen zu wollen. In Österreich trat nur die KPÖ für eine Anerkennung der DDR ein. In seinen Kontakten zur DDR ging das offizielle Österreich nie über das von der Bundesrepublik geduldete Maß hinaus, auch wenn immer wieder die Grenzen ausgelotet wurden. Insbesondere Wirtschaftskreise drängten ab Mitte der 1960er-Jahre gelegentlich auf engere Beziehungen zur DDR. Inoffizielle politische Kontakte brachten keine substantielle Annäherung und blieben sogar dem argwöhnisch über die Einhaltung der Hallstein-Doktrin wachenden Bonner Auswärtigen Amt verborgen. Für Probleme sorgte zudem die Lage der bis zu 20.000 in der DDR lebenden Österreicher, die in Ermangelung diplomatischer Beziehungen nicht effektiv vertreten werden konnten. Hier erfolgte die Akzeptanz der Hallstein-Doktrin zwar nur sehr widerstrebend – man unterwarf sich aber weiter dieser Priorität der westdeutschen Politik.⁷⁴ Stellvertretend hierfür sei eine Aussage des österreichischen Vizekanzlers Bruno Pittermann (SPÖ) in einer Ministerrats-sitzung im Oktober 1962 zitiert: „Es ist kein Zweifel, daß wir sofort mit der DDR die gleichen Vereinbarungen treffen könnten, wie mit den anderen Oststaaten. [...] Aber verhandelt darf nicht werden wegen der BRD. Was ist das für eine Einstellung der Bundesrepublik Deutschland, daß unsere Staatsbürger dort geschädigt werden sollen. Irgendjemand muß ihnen doch beistehen.“⁷⁵

73 Stefan August Lütgenau, Widersprüchliche Gemeinsamkeiten. Das deutsche Österreichbild, in: Oliver Rathkolb/Otto M. Maschke/Stefan August Lütgenau (Hg.), Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955–1990 (Österreichische Nationalgeschichte nach 1945 2), Wien/Köln/Weimar 2002, S. 161–198, hier S. 168.

74 Zusammenfassend hierzu: Maximilian Graf, Austria and the GDR 1949–1972. Diplomatic and Political Contacts in the Period of Non-recognition, in: Arnold Suppan/Maximilian Graf (Hg.), From the Austrian Empire to Communist East Central Europe (Europa Orientalis 10), Wien 2010, S. 151–177; ausführlich: idem, Österreich und die DDR.

75 Protokoll der Sitzung des Ministerrates vom 23. Oktober 1962, ÖStA, AdR, Bundeskanzleramt (BKA), Ministerratsprotokolle (MRP), 2. Republik Kabinett Gorbach I, Protokoll Nr. 64/

Zu den gelegentlichen Grenzgängen entlang der Vorgaben der Hallstein-Doktrin gehörten beispielsweise die Zulassung einer „Verkehrsvertretung der DDR“ in Wien 1960, die offiziell jedoch nicht mehr als ein Reisebüro war, und die sogenannte „Interflug-Affäre“ im Jahre 1963. Bis dahin hatte es zwischen Wien und Ost-Berlin nur „Bedarfsflüge“ beispielsweise anlässlich der Leipziger Messen gegeben. Als im Juni 1963 durch die Austrian Airlines (AUA) und die staatliche Fluglinie der DDR „Interflug“ eine wöchentliche Luftverkehrsverbindung zwischen Wien und dem Ost-Berliner Flughafen Schönefeld aufgenommen wurde, protestierte nicht nur die Bundesrepublik lauthals, sondern auch die westlichen Alliierten, die ihr Monopol auf den Flugverkehr mit West-Berlin gefährdet sahen und in der neuen Verbindung eine Konkurrenz erblickten. Dieses Experiment musste bald eingestellt werden. Die DDR hatte den Flugverkehr via *Neues Deutschland* vehement verteidigt und nahm das Auslaufenlassen der Vereinbarung nur widerwillig zur Kenntnis.⁷⁶

Die „Interflug-Affäre“ hatte mit der Berlin-Frage eines der heißesten Themen des Kalten Kriegs in Europa berührt und war zum Scheitern verurteilt worden. Da solche Aktionen die Ausnahme blieben, war man in der Regel in Bonn mit der Haltung Österreichs in der deutschen, wie auch in der Berlin-Frage zufrieden. 1964 hielt das Auswärtige Amt würdigend fest, dass die Haltung Österreichs in der „Anerkennungsfrage“ trotz der „Interflug-Affäre“ und einer starken Aktivität der DDR sowie einem ständigen „Drängen der Ostblockstaaten“ eindeutig und unverändert geblieben sei: „Österreich nimmt in der Deutschland-Frage grundsätzlich eine für uns sehr positive Haltung ein. Die österreichische Öffentlichkeit verfolgt alle Ereignisse um Deutschland und Berlin mit lebhafter Anteilnahme. In ihrer ganz überwiegenden Mehrheit unterstützt sie den Wunsch der Deutschen nach Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit.“ Des Weiteren führte man aus, dass die österreichische Regierung „stets Verständnis“ für die Haltung der Bundesrepublik „in der Deutschland- und Berlin-Frage“ gezeigt habe.⁷⁷ Jedoch war man sich in Bonn der speziellen österreichischen Lage bewusst:

„Die Neutralität ihres Landes legt den österreichischen Politikern jedoch Zurückhaltung nahe. In amtlichen Kreisen ist immerhin die Auffassung zu hören, dass eine sowjetische Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung in absehbarer Zukunft nicht zu erreichen sei. Die in der Öffentlichkeit früher verbreitete Vorstellung, dass der ‚Modellfall Österreich‘ auch für die Lösung der deutschen Frage anwendbar sei, dürfte heute in österreichischen Regierungskreisen weniger geteilt werden. Die Auffassung der öster-

Tagesordnungspunkt 8. Vortrag an den Ministerrat „Die Lage der österreichischen Staatsbürger in der DDR“ (Verschluss!), gezeichnet Kreisky, Wien, 19. Oktober 1962, ÖStA, AdR, BKA, MRP, 2. Republik Kabinett Gorbach I, Protokoll Nr. 64/Tagesordnungspunkt 8.

76 Zur „Interflug-Affäre“ siehe: Stefan Gron, „Partner DDR“? Zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR, Diplomarbeit Wien 2005, S. 26–30. Für eine Zusammenfassung basierend auf westdeutschen Quellen siehe: Pfeiffer, Nachbarschaft, S. 187–192.

77 Vorbereitungsmappe Besuch Bundespräsident Adolf Schärf in der Sowjetunion 1964, Abschnitt: Österreich und die Deutschlandfrage, PA/AA, B 26, Bd. 264.

reichischen Regierung in der Berlin-Frage stimmt mit derjenigen der Bundesregierung überein. Die Errichtung der Berliner Mauer hat die Abneigung der österreichischen Bevölkerung gegen das SBZ-Regime und den Kommunismus ganz erheblich verstärkt. Presse, Rundfunk und Fernsehen in Österreich bringen immer wieder ausführliche Berichte über die Mauer und das zweigeteilte Berlin, wobei sie mit scharfer Kritik an dem Zonenregime nicht zurückhalten.“⁷⁸

Der politische Jahresbericht der westdeutschen Botschaft in Wien aus dem Jahre 1965 zeugt von einer fortgesetzten positiven Wertung der österreichischen Haltung. So bestimmt wie optimistisch und zuversichtlich hielt man fest: „Es unterliegt keinem Zweifel, dass Österreich die deutsche Wiedervereinigung nach Kräften unterstützen würde, wenn sich einmal eine konkrete Lösungsmöglichkeit abzeichnet.“ Als „besonderes Aktivum“ für die bundesdeutsche Außenpolitik wertete man die „freimütigen Äußerungen“, die Außenminister Kreisky in seinen offiziellen Gesprächen mit Vertretern sozialistischer Staaten tätigte. Stets betonte er die große wirtschaftliche, kulturelle und politische Bedeutung der Bundesrepublik sowie die sich gut entwickelnden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Wien und Bonn: „Es gäbe keine Ressentiments und Reminiszenzen und es sei selbstverständlich, dass Österreich der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands grosse Aufmerksamkeit schenke.“⁷⁹

Wie weit dies letztendlich seiner innersten Überzeugung entsprach, ist schwer zu entscheiden. Seine Stellungnahmen waren jedenfalls eindeutig. Im Gespräch mit dem ungarischen Außenminister János Péter am 9. April 1965 führte Kreisky aus: „Der österreichischen Auffassung zufolge würde es zu einer vollkommenen Stabilisierung in Europa kommen, wenn die beiden Teile Deutschlands vereinigt werden würden. Das würde eine Spannung beseitigen.“⁸⁰ Zur Frage der Anerkennung der DDR hielt er, nachdem er zuerst zu den Handelsbeziehungen gesprochen hatte, in aller Deutlichkeit fest:

„Ich hoffe, Herr Minister, dass ich hier offen und klar war. Die österreichische Regierung sieht in dieser Hinsicht vollkommen klar, und zwar nicht nur aus einer politischen Überzeugung heraus, sondern auch aus einem anderen Grund: Die Beziehungen zur BRD sind für Österreich wichtiger, bedeutungsvoller und interessanter als die Beziehungen zur DDR. Wenn ich sehe, dass die Beziehungen mit der BRD gefährdet wären, wenn ich ähnliche zur DDR aufnehmen würde, dann sagt uns der Opportunismus, dass wir eben kein solches Risiko in Kauf nehmen dürfen. Das ist unsere realistische Basis. Es kommt uns gar nicht in den Sinn, irgendein diplomatisches oder para-diplomatisches Verhältnis mit der DDR aufzunehmen. Wir denken nicht einmal darüber nach, das hat nichts mit politischer Solidarität mit der BRD zu tun.“⁸¹

78 Ebd.

79 Politischer Jahresbericht der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien 1965, PA/AA, B 26, B. 314.

80 Gesprächsprotokoll Kreisky – Péter, Wien, 9. April 1965 ÖStA, AdR, Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (BMAA), II-Pol 1965, Ungarn 2, Gr.Zl. 130.292–6/65.

81 Ebd.

Nachdem Péter seiner Meinung Ausdruck gegeben hatte, „dass die Lösung des Problems der deutschen Frage nur durch eine Annäherung zwischen der BRD und der DDR“ erfolgen könne, sagte Kreisky:

„Wenn wir hier schon so offen sprechen, will ich meiner persönlichen Meinung Ausdruck geben, dass sich eine interessante politische Entwicklung in der BRD anbahnen wird, wenn es zu einem politischen Gleichgewicht der beiden Parteien kommen wird. Und damit wird sich eine neue politische Situation ergeben. Vielleicht wird das zu einer grösseren Koalition führen, was man nicht ausschliessen kann. Dann würde es sicher zu einer Veränderung in gewissen Fragen kommen, zu einer Auflockerung und zwar nicht aus idealistischen Gründen, sondern weil eine Regierung, die eine starke parlamentarische Grundlage hat, in aussenpolitischen Fragen sehr stark ist, weil sie nicht riskiert, dass eine andere politische Partei daraus Kapital schlägt. Wäre das nicht im Jahre 1955 in Österreich der Fall gewesen, so weiss ich nicht, ob nicht eine andere Partei am Staatsvertrag etwas auszusetzen gehabt hätte. Eine andere Aussenpolitik, die über die verschiedenen Nuancen hinausgeht, kann nur von einer Regierung geführt werden, die nicht Gefahr läuft, dass eine andere Partei bei den kommenden Wahlen daraus Kapital schlägt.“⁸²

Damit gab Kreisky eine weitsichtige Prognose zur Entwicklung der „neuen“ Ost- und Deutschlandpolitik bereits unter der ab 1966 regierenden großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Außenminister Willy Brandt (SPD) ab.

Die DDR, wie auch die Sowjetunion – diese wie jede andere Macht jedoch stets im Rahmen ihrer eigenen Interessen – hatten beständig darauf insistiert, dass die österreichische Neutralität entsprechend der sowjetischen Neutralitätskonzeption eigentlich eine Anerkennung beider deutscher Staaten verlangen würde. Wien positionierte sich in der deutsch-deutschen Konstellation einseitig pro-westlich – wie die anderen Neutralen außer dem etwas sowjetabhängigeren Finnland, das gleich beide deutschen Staaten nicht anerkannte. Österreichs Politik hinsichtlich der geteilten Staaten war jedenfalls konsequent, da jeweils nur die nichtkommunistische Hälfte anerkannt wurde. Freilich war auch deren demokratische Legitimierung bei den außereuropäischen Fällen mitunter fragwürdig. Diese Haltung weichte erst ab 1971 auf, als Österreich die Volksrepublik China anerkannte.⁸³

82 Ebd.

83 Siehe zu den außereuropäischen Beispielen, stets mit Vergleich zur DDR: Wolfgang Mueller/Maximilian Graf, *An Austrian mediation in Vietnam? The superpowers, neutrality, and Kurt Waldheim's good offices*, in: Sandra Bott/Jussi Hanhimäki/Janick Schaufelbuehl/Marco Wyss (Hg.), *Neutrality and Neutralism in the Global Cold War. Between or within the blocs?*, London 2016, S. 127–143; Maximilian Graf/Wolfgang Mueller, *Austria and China 1949–89: A Slow Rapprochement*, in: Valeria Zanier/Marco Wyss/Janick Schaufelbuehl (Hg.), *The Smaller European Powers and China in the Cold War, 1949–1989* (erscheint 2018).

Verbal wurde von der Sowjetunion zwar die Anerkennung der DDR gefordert, aber kaum Druck auf Österreich ausgeübt. Österreichische Diplomaten erkannten dieses Vorgehen Moskaus früh. Nach einem Gespräch mit einem ostdeutschen und einem sowjetischen Diplomaten in Moskau berichtete Botschaftsrat Franz Karasek Anfang 1962 dahingehend an Kreisky. Die Begegnung verfolgte ausschließlich den Zweck, darzulegen, dass Österreich durch eine Anerkennung der DDR der Welt seine neutrale Position beweisen würde. Karasek parierte die Argumentation durch die Auflistung der einer Anerkennung im Wege stehenden realpolitischen Gegebenheiten. In seiner Interpretation hatte der sowjetische Vertreter auch keine anderen Antworten von ihm erwartet. Zudem hatte er den Eindruck, dass dieses Gespräch weniger der Beeinflussung der österreichischen Politik dienen sollte, „sondern um dem ostdeutschen Alliierten zu demonstrieren, daß die Sowjetunion nicht nur intern hinter der DDR steht, sondern auch nach außen hin jederzeit bereit ist, für die Anerkennung der Existenz des ostdeutschen Regimes einzutreten“. Karasek schloss aber auch nicht aus, dass die Initiative zu diesem Gespräch überhaupt vom DDR-Diplomaten in Moskau ausging.⁸⁴

An der sowjetischen Vorgehensweise sollte sich auch im Verlauf der 1960er-Jahre nur wenig ändern. Nachdem der neue österreichische Außenminister Kurt Waldheim im März 1968 die Sowjetunion besucht hatte, erwähnte er die DDR in seinem Bericht an den Ministerrat mit keinem Wort.⁸⁵ Das sowjetische Außenministerium informierte Ost-Berlin, „daß die Gespräche mit Waldheim keine neuen Momente in der Haltung Österreichs zur DDR gebracht haben. Waldheim war in dieser Frage äußerst zurückhaltend. Sobald von sowjetischer Seite die Rede auf die DDR kam, versuchte er immer der Frage auszuweichen, um keine Position beziehen zu müssen.“⁸⁶ Im Mai 1968 begleitete Waldheim Bundespräsident Franz Jonas auf dessen Moskau-Besuch. Diesmal berichtete der Außenminister dem Ministerrat hinsichtlich der Frage der Anerkennung der DDR wie folgt: „Erstmals wurden wir auch [vom sowjetischen Staatsoberhaupt Nikolaj W.] Podgorny bedrängt, die DDR anzuerkennen oder zumindest die Beziehungen enger zu gestalten. Der Bundespräsident hat sich rezeptiv verhalten. Diese Frage, die beim Begrüßungsgespräch angeschnitten wurde, wurde jedoch danach nicht mehr erwähnt.“⁸⁷ Das sowjetische Außenministerium informierte die DDR erneut nuch-

84 Botschaftsrat Karasek an Bundesminister (BM) Kreisky, Moskau, 11. Januar 1962, ÖStA, AdR, BMAA, Sektion II-Pol (II-Pol) 1962, Deutschland-Ost 2, GZ. 61.377-Pol/62, Zl. 2-Pol/61 [sic!, 62], Karton 762.

85 Mündlicher Vortrag an den Ministerrat von BM Waldheim über seinen Besuch in der Sowjetunion, ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 77/Beilage B vom 26. März 1968, Karton 268.

86 Information über den Besuch des österreichischen Außenministers Waldheim in der Sowjetunion, gezeichnet Gesandter Rossmesl, Moskau, 8. April 1968, PA/AA, MfAA, C 1491/74, Bl. 98–106.

87 Verhandlungsniederschrift Nr. 85 über die Sitzung des Ministerrats am 28. Mai 1968, ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 85/ATO, Karton 271.

tern: „Die österreichische Seite wich einer Antwort auf die sowjetischen Darlegungen zur deutschen Frage aus.“⁸⁸

Diese Beispiele zeigen, dass die Sowjetunion stets darauf insistierte, dass die österreichische Neutralität eine Anerkennung beider deutscher Staaten verlangen würde. Das gut funktionierende bilaterale Verhältnis zu Österreich sollte aber nicht durch ein allzu vehementes Drängen auf die Anerkennung der DDR belastet werden. Dies lag daran, dass für die Sowjetunion die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen zum neutralen Österreich von größerer Bedeutung war, als dessen Beziehungen zum ostdeutschen Staat. Moskaus Ziel bestand darin, das Verhältnis mit Österreich zu einem „Musterbeispiel“ der sowjetischen Politik der „friedlichen Koexistenz“ auszugestalten.⁸⁹ Raab hatte schon im Vorfeld der Unterzeichnung des Staatsvertrags am 15. Mai 1955 die Absicht der UdSSR erkannt, „Österreich als einen Musterknaben zum Schwarzen Peter Deutschland darzustellen“ und die sich daraus erwachsenden souveränitätspolitischen Möglichkeiten genutzt. In der Neutralität sah er eine identitätsstiftende Funktion für sein Land. Von den Finnen hatte er bezüglich der vermögensrechtlichen Regelungen erfahren, daß „die Russen bis auf das i-Tüpfelchen vertragstreu“ seien.⁹⁰ Die Sowjetunion behielt ihre Vorgehensweise auch noch im Herbst 1972 bei, als die Anerkennung der DDR bereits bevorstand.⁹¹

4. Österreich, die europäische Integration und die Anerkennung der DDR im Zeichen der Entspannung (1961–1972)

Während Moskau hinsichtlich der Anerkennungsfrage gegenüber Österreich sehr behutsam vorgeing, war der Ton der Sowjetunion, wenn es um das Verhältnis zur Bundesrepublik ging, schon viel schärfer. Eine erste Belastungsprobe stellte das österreichische Ansinnen vom 15. Dezember 1961 dar, eine Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zu erreichen. Aus sowjetischer Sicht war jede Verbindung mit der EWG dem Anschlussverbot des Artikels 4 aus

88 Vermerk über ein Gespräch mit dem Leiter der DDR-Sektion im MID, Genossen Scharkow, am 22. Juni 1968, gezeichnet Botschaftsrat Seidel, Moskau, 1. Juli 1968, PA/AA, MfAA, C 1491/74, Bl. 93–97.

89 Wolfgang Mueller, *A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union, Austria, and Neutrality 1955–1991*, Wien 2011, S. 156–157, 165–166, 169 und 173.

90 Michel Gehler, Raab, Julius, in: *Neue Deutsche Biographie*, hg. v. d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 21, Pütter-Rohlf, Berlin 2003, S. 51–53.

91 Botschafter Haymerle an BMAA, Moskau, 14. November 1972, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1972, DDR 2, Gr.Zl. 150.188–6/72, GZ. 166.433–6(Pol)/72, Karton Pol-72–15; Amtsvermerk, Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR; Gespräch mit dem sowjetischen Geschäftsträger, gezeichnet Generalsekretär Wodak, Wien, 30. November 1972, Zl. 2908-GS/72, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1972, DDR 2, Gr.Zl. 150.188–6/72, GZ. 167.650–4/72, Karton Pol-72–15.

dem Staatsvertrag, der eine vertragliche Verbindung Österreichs mit der Bundesrepublik untersagte, zuwiderlaufend – ein Standpunkt der bis in die letzten Jahre des Kalten Krieges unverändert blieb. Daher konnte Bonn als stärkste Handels- und Wirtschaftsmacht in der EWG die österreichischen Ziele nur sehr vorsichtig unterstützen. Die angestrebte Assoziierung scheiterte aber weder an der aufgrund des französischen Vetos gegen einen Beitritt Großbritanniens zu dieser Zeit reservierten Aufnahmebereitschaft der EWG oder der eindeutig ablehnenden Haltung der Sowjetunion, sondern an einer italienischen „Totalblockade“, die sich von 1967 bis 1969 aufgrund der nach Bombenanschlägen zugespitzten Lage im Südtirol-Konflikt in einem Veto gegen EWG-Verhandlungen mit Österreich manifestierte. Hier konnte und wollte auch die Bundesrepublik als NATO-Partner Italiens nicht erfolgreich vermittelnd eingreifen. Erst nachdem der Südtirol-Konflikt mit Italien 1969 durch „Paket“ und „Operationskalender“ einer für beide Seiten akzeptablen bilateralen Lösung zugeführt werden konnte und Charles de Gaulle aus der Politik ausgeschieden war, konnte Österreich sein Ziel einer formellen Beziehung zur EWG erreichen.⁹² 1972 wurden Zoll- und Handelsverträge geschlossen.⁹³ Diese blieben mit Blick auf die Tiefe der Integration jedoch hinter den Bestrebungen der 1960er-Jahre deutlich zurück, brachten aber die lange angestrebte handelspolitisch intensivere Bindung hinsichtlich industriell-gewerblicher Produkte an den EWG-Raum, gleichwohl landwirtschaftliche Güter davon ausgenommen waren.⁹⁴ Eine aktive Teilhabe des Gründungsmitglieds der European Free Trade Association (EFTA) an der westeuropäischen Integration wurde erst mit dem Ende des Kalten Krieges möglich, wie weiter unten zu zeigen sein wird.

Aufgrund der veränderten internationalen Lage Anfang der 1970er-Jahre, zu der die „neue Ostpolitik“ der Bundesrepublik einen bedeutenden Beitrag geleistet hatte, konnte nun auch das Verhältnis der beiden deutschen Staaten geregelt werden. Österreich begrüßte die westdeutsche „neue Ostpolitik“ obwohl diese von Diplomaten insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht auch in Konkurrenz

92 Michael Gehler, *Österreichs Weg in die Europäische Union*, Innsbruck/Wien/Bozen 2009, S. 58–80; zur sowjetischen Position siehe: Mueller, *Example*, S. 133–174. Zur Südtirolfrage siehe Michael Gehler, *Kursaal von Meran am 22./23.11.1969: Die Paketentscheidung vor 40 Jahren. Analyse und Bilanz einer Weichenstellung der Geschichte Südtirols*, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2009, Wien/Köln/Weimar 2010, S. 417–425; idem, *Von St. Germain bis zum „Paket“ und „Operationskalender“: Der 50jährige steinige Weg zur Autonomielösung der Südtirolfrage 1919–1969*, in: Melani Barlai/Christina Griessler/Richard Lein (Hg.), *Südtirol. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft* (Andrássy Studien zur Europaforschung 17), Baden-Baden 2014, S. 13–48.

93 Michael Gehler, *From Multilateral to Bilateral Free Trade: Austria's Bridging the Gap and the Failure of „Going-It-Alone“ to Brussels 1955–1972*, in: *The Journal of European Economic History* 33 (2004) 1, S. 127–178.

94 Zum Inhalt der Abkommen mit EWG und EGKS 1972 siehe: Michael Gehler, *Vom Marshall-Plan zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart*, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 137–142.

zur österreichischen Ostpolitik gesehen wurde.⁹⁵ Gelegentlich wurde die österreichische Form der Ostpolitik sogar als Vorbild für deren westdeutsche Ausformung betrachtet,⁹⁶ wobei die Problematik einer Überbewertung der Rolle Österreichs besteht. Im Bonner Auswärtigen Amt finden sich in jenen Jahren keine Hinweise auf eine derartige Vorbildwirkung, gleichwohl die Akten nicht immer alles enthalten und die Gläubigkeit an sie nicht zu weit gehen sollte. Eine solche kann daher nur informell oder durch direkte Kontakte zwischen den politischen Akteuren zustande gekommen sein.⁹⁷ Inwieweit der persönliche Austausch zwischen österreichischen und westdeutschen Politikern in die Gestaltung der „neuen Ostpolitik“ einfluss, ist jedenfalls nicht hinreichend erforscht. Wien als Informationsquelle, Orientierungs- und Referenzpunkt für Bonn sollte nicht unterschätzt werden. Jedenfalls maß sich Bruno Kreisky aufgrund seiner engen Beziehungen zu Willy Brandt durchaus eine bedeutende Rolle bei der Entstehung der „neuen Ostpolitik“ bei. In einem Gespräch mit einem ostdeutschen Diplomaten, das er 1967 – die SPÖ war in Opposition – führte, betonte Kreisky, dass er „seinem Freund Brandt“ bereits früh die Notwendigkeit der Entwicklung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten dargelegt habe. Des Weiteren bekräftigte er sein Eintreten für eine Politik der Entspannung und ging sogar so weit, sich selbst als den „Initiator der Entspannungspolitik nach dem Osten“ zu bezeichnen.⁹⁸ Weitere Aussagen Kreiskys, die in diese Richtung weisen, sind überliefert.⁹⁹

Der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde am 21. Dezember 1972 unterzeichnet. Für einen neutralen Staat wie Österreich war es nicht inkonsequent, bereits am gleichen Tag die diplomatische Anerkennung des zweiten deutschen Staates zu vollziehen.¹⁰⁰ Seitens der Bundesrepublik wertete man diesen Schritt auch unaufgeregt. In Bonn war man sich darüber im Klaren, dass Österreich „nach Unterzeichnung des Grundvertrags auch zur

95 Dazu ausführlich und im Vergleich mit den anderen neutralen Staaten: Graf, Österreich und die DDR, S. 274–318.

96 André Biever, *L'Autriche et les origines de l'Ostpolitik de la République fédérale d'Allemagne*, in: *Relations Internationales* 114 (2003), S. 213–230. Gehler, Österreichs Außenpolitik, S. 297–300.

97 Karl-Günther von Hase, im deutschen Bundeskanzleramt 1962–1967 und später als Chef des Presse- und Informationsamtes der deutschen Bundesregierung tätig, berichtete bei einer Zeitzeugen-Konferenz am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz 1993, dass die Wiener Ballhausplatz-Diplomatie in den 1960er-Jahren mehrfach wertvolle Kanäle für die Bundesrepublik in den Staaten Mittel- und Osteuropas öffnete und man in Bonn wiederholt auf die „Osterfahung“ der österreichischen Außenpolitik rekurrierte. Mitteilung an Michael Gehler.

98 Zusammenfassender Bericht über die Kontakte des Leiters der Abteilung Westeuropa, Genosse Dr. Oeser, während der Dienstreise nach Österreich in der Zeit vom 12.–17. Juni 1967, gezeichnet Oeser, Berlin, 19. Juni 1967, PA/AA, MfAA, C 143/70, Bl. 14–25.

99 Siehe dazu: Graf, Österreich und die DDR, S. 422–424.

100 Zur Anerkennung siehe: Enrico Seewald, *Im Windschatten der Ostpolitik. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Österreich*, in: *Zeitschrift des Forschungsbundes SED-Staat* 23/2008, S. 17–24.

DDR diplomatische Beziehungen aufnehmen würde“. Hinsichtlich deren weiterer Entwicklung besaß man eine realistische Einschätzung: „Wie sich das zukünftige Verhältnis zwischen beiden Ländern gestalten wird, hängt indessen weniger von diesem formalen Akt [der Anerkennung] ab. Als wichtiger dürften sich die Verhandlungen erweisen, die man in nächster Zeit über wirtschaftliche und konsularische Fragen, Verkehrsbeziehungen und vermögensrechtliche Angelegenheiten führen wird.“ Schwierigkeiten erwartete man zutreffenderweise insbesondere im Bereich der Vermögens- und Staatsbürgerschaftsfragen.¹⁰¹

Die DDR wurde nun jedenfalls ein fester Bestandteil der politischen Landkarte Europas und kaum jemand erwartete eine „Wiedervereinigung“ der beiden deutschen Staaten. Insbesondere durch die KSZE-Schlussakte vom 1. August 1975 schien das geteilte Europa zementiert – dies war allerdings ein Trugschluss wie sich nur 15 Jahre später zeigen sollte, nicht zuletzt weil das realpolitische Streben der Sowjetunion nach Anerkennung des Status quo in Europa durch den Helsinki-Prozess eine größere Dimension bekam, die wiederum auf die politischen Verhältnisse im Osten auf lange Sicht destabilisierend wirken sollte.¹⁰² Der Historiker Vladislav Zubok hat es auf den Punkt gebracht: „In 1975, the Kremlin once again celebrated geopolitical victory without anticipating its dire consequences.“¹⁰³

In Europa aber auch in der Bundesrepublik hielt kaum jemand eine deutsche „Wiedervereinigung“ in näherer Zukunft für möglich. Da die DDR dem sozialistischen Lager angehörte, war es für Österreich folgerichtig, diese trotz der Besonderheiten der deutschen Zweistaatlichkeit in sein größeres außenpolitische Konzept der „Ostpolitik“, die offiziell als „Nachbarschaftspolitik“ titulierte wurde, einzubeziehen.¹⁰⁴ Nach dem Abschluss der Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und der DDR führte Außenminister Rudolf Kirchschläger am 6. Dezember 1972 in einem Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik die Beweggründe für diesen Schritt aus: Mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags sei „jener markante und politisch relevante Zeitpunkt erreicht“, zu dem „durch eine österreichische Anerkennung nicht mehr in die Verhandlungen über die Regelung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten eingegriffen wird, und [...] auch die

101 Politischer Jahresbericht der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien 1972, PA/AA, Zwischenarchiv, Bd. 109.208.

102 Oliver Bange/Gottfried Niedhart (Hg.), Helsinki 1975 and the Transformation of Europe, New York 2008, siehe insbesondere die Einleitung S. 1–21; Wilfried Loth, Der KSZE-Prozess 1975–1990: eine Bilanz, in: Matthias Peter/Hermann Wentker (Hg.), Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990 (Schriftenreihe der Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte Sondernummer), München 2012, S. 323–331.

103 Vladislav M. Zubok, A Failed Empire: The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill 2007, S. 237–238.

104 Maximilian Graf, Österreichs „Ostpolitik“ im Kalten Krieg. Eine doppeldeutsche Sicht, in: idem/Agnes Meisinger (Hg.), Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext, Göttingen 2016, S. 145–173.

Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen gesichert ist“. Jedoch betonte er, Österreich werde „jede weitere künftige Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten begrüßen, insbesondere dann, wenn sie einer Milderung der durch die Teilung bedingten menschlichen Härten dient“ und schloss „die Möglichkeit einer Wiedervereinigung als Endziel dieses Prozesses“ nicht aus. Mit Blick auf die kommenden Beziehungen erklärte er, dass die Anerkennung nicht nur ein „Formalakt“ sei. Österreich werde in Hinkunft „nicht nur über jene dringenden Probleme“ sprechen, die „als dringend verhandlungsbedürftig“ angesehen würden, sondern Österreich werde „das gesamte Verhältnis zur DDR“ im beiderseitigen Interesse mit einem der „neuen Situation im Zentrum Europas“ Rechnung tragenden Inhalt füllen.¹⁰⁵ Dementsprechend gestaltete sich auch das Verhältnis. Auch wenn man mit Übertreibungen vorsichtig sein sollte: Österreich wurde zu einem diplomatischen „Eisbrecher“ für die DDR. Die Bundesrepublik verfolgte diese Entwicklung in der Regel mit Wohlwollen, zeitweise aber auch mit Sorge.

5. Das Verhältnis Österreichs zu den beiden deutschen Staaten bis zum Bonn-Besuch Honeckers (1972–1987)

Für Österreich hatte sich der Umgang mit den beiden deutschen Staaten ab 1972 grundlegend verändert. Obwohl die Bundesrepublik aufgrund von Außenhandel, Arbeitsmarkt, Fremdenverkehr und Unternehmenskooperationen – um nur die wirtschaftlichen Komponenten zu benennen – der bevorzugte und wichtigere Partner blieb, begann Österreich zunehmend eine eigenständige Politik gegenüber der DDR zu entwickeln.¹⁰⁶ Zumindest in den ersten Jahren nach der Anerkennung bestand allerdings eine enge Abstimmung – insbesondere zwischen den beiden sozialdemokratischen Regierungschefs Bruno Kreisky und Willy Brandt – fort. Dennoch nahmen die Beziehungen zur DDR rasch Fahrt auf, was nach dem Rücktritt Brandts 1974 auch zu Konflikten mit Bonn führen konnte. Dies lag daran, dass Österreich die DDR, trotz der aus der deutschen Zweistaatlichkeit resultierenden Besonderheiten, wie alle anderen sozialistischen Staaten behandelte,¹⁰⁷ gegenüber denen man im Rahmen des Möglichen im Sinne der

105 Auszug aus dem Vortrag von Bundesminister Dr. Kirchschläger zum Thema „Österreichische Außenpolitik – Rückblick und Ausblick“ am 6. Dezember 1972, in: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1972, DDR 2, [o. Gr.Zl., o. GZ.], Karton Pol-72–15.

106 Hierzu mit Fokus auf die Rolle Kreiskys: Michael Gehler, Bruno Kreisky, Italien und die Deutsche Frage, in: Michael Gehler/Maddalena Guiotto (Hg.), Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar 2012, S. 173–208.

107 Hierzu und dies gegen die bisherigen Darstellungen: Maximilian Graf, Ein verdrängtes bilaterales Verhältnis: Österreich und die DDR 1949–1989/90, in: Zeitgeschichte 39 (2012) 2, S. 75–97, hier S. 88.

sogenannten „aktiven Neutralitätspolitik“ eine Politik der Entspannung und der „guten Nachbarschaft“ zu betreiben trachtete.¹⁰⁸ Der Erfolg stellte sich nicht mit allen Nachbarstaaten gleichermaßen ein. Während sich die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn ab Mitte der 1960er-Jahre sukzessive zu einem Musterbeispiel der europäischen Entspannung im Kalten Krieg entwickelten,¹⁰⁹ blieb das Verhältnis zur Tschechoslowakei für die gesamte Dauer des Kalten Krieges zumindest konjunkturell belastet.¹¹⁰ Zurück aber zum Umgang Österreichs mit der deutschen Frage nach der Anerkennung der DDR.

Offiziell hatte Österreich auch nach der Anerkennung der DDR an der deutschen Einheit als einem der Friedensziele am europäischen Kontinent festgehalten. Es ist allerdings zu bezweifeln, ob man diese auch für möglich hielt. Tief blicken lässt beispielsweise das Protokoll des Gesprächs von Außenminister Kirchschlä-

108 Zur österreichischen „Ostpolitik“ siehe als komplettesten Überblick in Form eines Sammelbandes: Arnold Suppan/Wolfgang Mueller (Hg.), *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe in the Cold War and Détente* (Europa Orientalis 7), 1955–1989, Wien 2009.

109 Maximilian Graf, Ein Musterbeispiel der europäischen Entspannung? Die österreichisch-ungarischen Beziehungen von 1964 bis 1989, in: Csaba Szabó (Hg.), *Österreich und Ungarn im 20. Jahrhundert*, Wien 2014, S. 261–280; Tamás Baranyi/Maximilian Graf/Melinda Krajczar/Isabella Lehner, A Masterpiece of European Détente? Austrian-Hungarian Relations from 1964 until the Peaceful End of the Cold War, in: *Zeitgeschichte* 41 (2014) 5, S. 311–338. Darin jeweils weiterführende Literaturverweise. Siehe zudem: Andreas Gémes, *Austrian-Hungarian Relations, 1945–1989*, in: Arnold Suppan/Wolfgang Mueller (Hg.), *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989* (Europa Orientalis 7), Wien 2009, S. 310–336.

110 Zu den österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen siehe: Paul Ullmann, *Eine schwierige Nachbarschaft. Die Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei 1945–1968*, Wien 2006; Martin David, *Österreichisch-tschechoslowakische Beziehungen 1945 bis 1974 unter besonderer Berücksichtigung aktueller Themen*, Dissertation Wien 2002. Für den Zeitraum nach 1968 liegen bisher kaum quellengestützte Forschungen vor. Zur Ära Kreisky existiert eine Darstellung basierend auf der zeitgenössischen Medienberichterstattung: Alexander Jehn, *Nachbarschaftspolitik im Donauraum. Die besonderen Beziehungen Österreichs zur Tschechoslowakei, zu Ungarn und zu Jugoslawien in der Ära Kreisky 1970–1983*, Dissertation Würzburg 1996, S. 373–480. Zu den gegenseitigen Wahrnehmungen von den 1960er-Jahren bis Anfang der 1990er-Jahre siehe: Karl Peterlik, *Komplexe Beziehungen. ČSSR*, in: Oliver Rathkolb/Otto M. Maschke/Stefan August Lütgenau (Hg.), *Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955–1990* (Österreichische Nationalgeschichte nach 1945 2), Wien/Köln/Weimar 2002, S. 611–645. Siehe zudem den kenntnisreichen Ausblick bei: Ullmann, *Nachbarschaft*, S. 223–234. Zu den Wirtschaftsbeziehungen siehe: Maximilian Graf, *Die Wirtschaftsbeziehungen in der Ära Kreisky. Entwicklung und Probleme des österreichischen Osthandels mit der ČSSR 1970–1983*, in: *Prague Papers on the History of International Relations* (2016) 2, S. 98–120. Zu den Beziehungen am Ende der 1980er-Jahre siehe: Miroslav Kunštát, *Die Tschechoslowakei und Österreich vor dem Umbruch 1989/90*, in: Andrea Brait/Michael Gehler (Hg.), *Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich*, Wien 2014, S. 367–384.

ger mit dem chinesischen Premierminister Zhou Enlai am 6. April 1974. Als diese in der Diskussion über die Frage der „Unvermeidbarkeit des Krieges“ an einem toten Punkt angelangt waren, fragte Zhou sein Gegenüber unvermittelt, ob er glaube, dass die Deutschen „eine Einheit wollen“? Kirschschräger erwiderte, „er glaube, dass die einen Deutschen mit dem Wirtschaftswunder und die anderen mit ihrer Kapazitaet zufrieden seien“. Während Zhou angab, an die Revolution in Deutschland zu glauben, warf der österreichische Außenminister ein, „dass er nicht an die Deutsche Einheit glaube“.¹¹¹

Bereits 1974 hatte die westdeutsche Botschaft in Wien ein gesteigertes Bemühen Österreichs zu einer Intensivierung der Beziehungen zur DDR registriert.¹¹² 1975 wurde sehr zum Missfallen der Bundesrepublik ein Konsularvertrag geschlossen, der ausdrücklich die DDR-Staatsbürgerschaft anerkannte. Dies hatte im Vorfeld der Unterzeichnung auch zu öffentlich ausgetragenen Kontroversen geführt. Österreichs erstem Botschafter in der DDR, Friedrich Bauer, dem wir Ende der 1980er-Jahre in Bonn wieder begegnen werden, ist es zu verdanken, dass der Abschluss des Konsularvertrags an entsprechende humanitäre Konzessionen der DDR gekoppelt wurde.¹¹³

Der weitere Ausbau der Vertragsbeziehungen wurde von Bonn aufmerksam verfolgt. Die Einschätzungen in der Berichterstattung über das österreichisch-ostdeutsche Verhältnis blieben aber besonnen.¹¹⁴ Österreich übernahm in weiterer Folge sukzessive eine besuchtsdiplomatische Vorreiterrolle für die DDR, die von Ost-Berlin mit Großaufträgen für die verstaatlichte Industrie und Konzessionen in humanitären Angelegenheiten honoriert wurde. Bundeskanzler Bruno Kreisky besuchte vom 30. März bis 1. April 1978 als erster westlicher Regierungschef offiziell die DDR.¹¹⁵ Der ostdeutsche Staats- und Parteichef Erich Honecker absolvierte seinen ersten offiziellen Besuch im Westen vom 10. bis 13. November 1980 – wenig überraschend – in Österreich. Diese Visite fand bereits inmitten der letzten Hochphase des Kalten Kriegs und zu einem Zeitpunkt statt, als sich auch das deutsch-deutsche Verhältnis eingetrübt hatte. Zu allem Überduss von Bonn vergab Honecker im Rahmen des Besuchs einen Milliardenauftrag an

111 Gespräch Kirschschräger – Zhou Enlai, Peking, 6. April 1974, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1974, GZ. 502.03.19/42–6/74.

112 Politischer Jahresbericht der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien 1974, PA/AA, Zwischenarchiv, Bd. 109.208.

113 Zum Konsularvertrag ausführlich siehe: Enrico Seewald, Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und Österreich, in: Jochen Staadt (Hg.), Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin 18), Frankfurt am Main 2013, S. 81–136, hier S. 101–118; Graf, Österreich und die DDR, S. 346–369.

114 Jahresbericht der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Wien 1976, PA/AA, Zwischenarchiv, Bd. 115.670.

115 Friedrich Bauer/Enrico Seewald, Bruno Kreisky in Ost-Berlin. Ein Besuch der besonderen Art, Innsbruck/Wien/Bozen 2011.

Österreichs verstaatlichte Industrie, den westdeutsche Unternehmen bereits unter Dach und Fach geglaubt hatten.¹¹⁶

Während der Kreisky-Aufenthalt in der DDR 1978 seitens des Bonner Auswärtigen Amts noch sehr positiv bewertet wurde,¹¹⁷ kamen anlässlich des Honecker-Besuchs in Wien Zweifel an der österreichischen und insbesondere Kreiskys Standfestigkeit in der Deutschlandfrage auf.¹¹⁸ Bald aber schwenkten westdeutsche Beobachter wieder auf eine wohlwollendere Bewertung der Beziehungen zwischen Österreich und der DDR um.¹¹⁹

Kreisky war der Auffassung, dass die deutsche Teilung aufgrund der Weichenstellungen der Nachkriegszeit trotz aller deklaratorischen und rhetorischen Lippenbekenntnisse noch lange anhalten würde, zumal sich die beiden Staaten aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit wechselseitig in ihrer Existenz bedingten, aber auch aufgrund des wirtschaftlichen Wohlstands der Bundesrepublik. Er hatte bei seinem Besuch des Vereinigten Königreichs auf Nachfrage keinen Zweifel an der geringen Aussicht auf eine deutsche Einigung gelassen, was er auf die Grundsatzentscheidung des bundesdeutschen Kanzlers Konrad Adenauer aus den 1950er-Jahren zurückführte. Im Jahr 1978 brachte Kreisky seine Erinnerungen an vertrauliche Gespräche mit Adenauer dem britischen Premier James Callaghan nahe, als dieser ihn gefragt hatte, was denn die westliche Haltung sein sollte, „if the two Germanys revived the issue of reunification“. Österreichs Bundeskanzler antwortete:

„As a Catholic, Adenauer had never favoured reunification since he knew that a Catholic majority would be unobtainable in a united Germany. For years everybody had talked about unification but very few really believed in it. If it became a real issue, the German people might rally to it; but it was unlikely to figure as an issue at, for example, the next General Election in the FRG. The FRG was now richer and more influential than ever before and had no reason to wish for change.“¹²⁰

Adenauer hatte nach Kreiskys Einschätzung auch ein konfessionelles, parteipolitisches und wahltaktisches Motiv, basierend auf seinen historischen, kulturellen

116 Für den ostdeutschen Besuchsbericht siehe: Bericht über den Staatsbesuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen E. Honecker, vom 10. bis 13. November 1980 in der Republik Österreich, Berichterstatte Erich Honecker, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des SED-Politbüros vom 18. November 1980 (= Protokoll Nr. 46/80), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1866, Bl. 15–28.

117 Bauer/Seewald, Bruno Kreisky in Ost-Berlin, insbesondere S. 44–46.

118 Vorlage für den Staatssekretär. Staatsbesuch Honeckers in Österreich vom 10.–13.11.1980, gezeichnet Kastrup, Bonn, 21. November 1980, PA/AA, B 38–210, Zwischenarchiv, Bd. 132.449. Dazu mehr bei Graf, Österreich und die DDR, S. 456–458.

119 Sachstand. Beziehungen Österreich-DDR, 18. August 1982, Bundesarchiv Koblenz, B 136/20334. Ausführlicher dazu: Graf, Österreich und die DDR, S. 472–475, 485–490.

120 Confidential Record of the Prime Minister's discussion with the Chancellor Kreisky of Austria, in plenary session at 10 Downing Street on 4 July 1978, AT 1725. The National Archives of the United Kingdom (TNA), London-Kew, Visit of Dr. Kreisky, Chancellor of Austria, to UK, July 1978, FCO 33/3367.

und religiösen Prägungen im Zeichen eines rheinischen Katholizismus und entsprechender Differenzen mit dem protestantischen Osten Deutschlands: Viele der Stammgebiete der SPD-Wähler befanden sich in der DDR. Mit der „Sowjetzone“ wäre Gesamtdeutschland, wenn nicht sozialdemokratischer, so doch stärker protestantischer geworden als die rheinisch-katholische Bundesrepublik. Das war ein kaum von der Hand zu weisendes Argument, das jedenfalls Kreisky sehr einleuchtete.

Zahlreiche weitere österreichisch-ostdeutsche Begegnungen auf höchster diplomatischer Ebene sollten folgen. Insbesondere die heikle Berlin-Frage konnte dabei für Missstimmungen sorgen. 1982 hatte Österreichs Bundespräsident Rudolf Kirchschläger die Bundesrepublik besucht. Seine Weigerung, den Besuch mit einer Visite in West-Berlin zu verbinden, wurde von den westdeutschen Medien negativ aufgenommen. Der Grund dafür wurde nicht zuletzt in den Beziehungen Österreichs zur DDR gesehen. Kirchschläger wurde kritisch vorgehalten, wohl kaum bei seinem DDR-Besuch im Jahr darauf einen Bogen um Ost-Berlin machen zu wollen. Die Lage Berlins war belastet und sensibel geblieben.¹²¹ Im Vorfeld seines DDR-Besuchs im Jahr 1983 war Kirchschläger daher darauf eingestellt, dass Angriffe wegen seiner Präsenz in der „DDR-Hauptstadt“ erfolgen würden. Ende September erklärte er gegenüber einer Journalistengruppe aus der DDR, schon Protestbriefe erhalten zu haben, aber damit „leben“ zu müssen.¹²² Derartige Episoden waren kein Einzelfall, sondern eher die Regel.

Mit der intensivierten Besuchsdiplomatie, im Rahmen derer 1984 mit Fred Sinowatz ein weiterer österreichischer Kanzler die DDR besuchte, ging eine veritable Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen einher. Die österreichische Handelsbilanz mit der DDR war immer deutlich aktiv. In den 1980er-Jahren wurde die Unterzeichnung jährlicher Wirtschaftsabkommen die Regel. Sie kamen den österreichischen Exportwünschen stark entgegen. Die Handelsbeziehungen wurden zur tragenden Säule im österreichisch-ostdeutschen Verhältnis. Die österreichischen Kredite trugen insbesondere im Jahr 1982 erheblich zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit der DDR bei. Österreich garantierte zu dieser Zeit 20 % der Devisenschulden Ost-Berlins. Damals wurden auch Öltransitgeschäfte der VÖEST Handelsgesellschaft „Intertrading“ durch staatlich garantierte Kredite finanziert; die aus ebendiesen „Operationen“ resultierenden Verluste hatten einen Löwenanteil am 1985 offenkundig werdenden „VÖEST-Debakel“. Das österreichische Streben nach einer Ausweitung des Handels mit der DDR dauerte bis ins Jahr 1990 an. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen können spätestens ab Ende der 1970er-Jahre nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Im Gefolge der Milliardenkredite, die der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß der DDR 1983/84 vermittelte, gab es jedoch einen Rückschlag in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und der DDR. Wien sah sich – zuvor noch be-

121 Washietl, Österreich und die Deutschen, S. 147–150.

122 Telegramm von Botschafter Grunert an Honecker, Axen, Herrmann und Fischer, Wien, 28. September 1983, SAPMO-BArch, DY 30/13652.

vorzugter Partner – nun zeitweise hinter die Bundesrepublik zurückversetzt.¹²³ In jener Zeit reduzierte sich auch die Zahl der politischen Spitzenkontakte. Gegen Ende der 1980er-Jahre stieg das bilaterale Handelsvolumen aber wieder an – nicht zuletzt da die marode DDR massiv Strom importieren musste.¹²⁴ Trotz des leicht veränderten Charakters der Beziehungen fand ein regelmäßiger diplomatischer Austausch statt¹²⁵ und auch die Besuchsdiplomatie lebte gegen Ende der 1980er-Jahre wieder verstärkt auf.

Im Mai 1988 kam DDR-Außenminister Oskar Fischer zum wiederholten Male zu einem offiziellen Besuch nach Wien.¹²⁶ Im Juni 1988 hatte mit Franz Vranitzky (SPÖ) bereits der dritte österreichische Bundeskanzler der DDR einen stark wirtschaftspolitisch motivierten offiziellen Besuch abgestattet.¹²⁷ Auch der weitere Besuchsaustausch wurde bis 1989 ungestört fortgesetzt.¹²⁸ Österreich zeigte vor dem Hintergrund der sich wieder intensivierenden Beziehungen sogar verstärktes Interesse am SED-Abrüstungsdialog.¹²⁹ Dieser war auf westlicher Seite vor allem der sogenannten „Nebenaußenpolitik“ der SPD zuzurechnen.¹³⁰ Die Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der DDR führte die österreichische Diplomatie im Frühjahr 1987 vor allem auf die Entspannung zwischen Bonn und Moskau zurück.¹³¹ Nachdem die Sowjetunion Honeckers Besuchsabsichten in der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre zu seiner großen Enttäuschung mehrfach durchkreuzt hatte, stand die Ampel im Sommer 1987 auf Grün.¹³² Honeckers Staatsbesuch im Westen schien die deutsche Teilung zementiert zu haben, doch hatten beide Seiten ihre grundsätzlichen Positionen in der deutschen Frage beibehalten. Die Westabteilung des Ballhausplatzes, dem historischen und seinerzeitigen Sitz des österreichischen Außen-

123 Zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und der DDR siehe: Graf, Österreich und die DDR, S. 381–404, 425–433, 459–470, 497–528, 535–547; sowie als weitere Überblicke: Christoph Boyer, Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland (SBZ) bzw. der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) (1945–1989/90), in: Gertrude Enderle-Burcel/Dieter Stiefel/Alice Teichova (Hg.), „Zarte Bande“. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder – „Delicate Relationships“. Austria and Europe's Planned Economies (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Sonderband 9), Wien 2006, 165–183. Zur Entwicklung des Handelsvolumens in tabellarischer Form siehe: Andrea Rögner-Francke, Die Beziehungen zwischen der DDR und Österreich, in: Hans-Joachim Veen/Peter R. Weilemann (Hg.), Die Westpolitik der DDR. Beziehungen der DDR zu ausgewählten westlichen Industriestaaten in den 70er und 80er Jahren, Melle 1989, S. 133–189, hier S. 170.

124 Siehe Dok. 1 und 7.

125 Siehe Dok. 18 und 19.

126 Siehe Dok. 21.

127 Siehe Dok. 22–23.

128 1988 reiste u. a. auch noch SPÖ-Klubobmann Heinz Fischer in die DDR. Siehe Dok. 25.

129 Siehe Dok. 24.

130 Frank Fischer, „Im deutschen Interesse“. Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001.

131 Siehe Dok. 6.

132 Siehe Dok. 8.

ministeriums, sah ihn als „Beitrag zur weiteren Ost-West-Entspannung und somit zur Friedenssicherung“.¹³³ Für die DDR standen jedenfalls die Beibehaltung der Zweistaatlichkeit und ihre Bündniszugehörigkeit im Vordergrund.¹³⁴ Daran änderte sich auch Anfang 1988 nichts, als anlässlich der „Kampfdemonstration zu Ehren Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts“ oppositionelle Regungen sichtbar wurden und das SED-Regime mit Verfahren und der Abschiebung einiger Demonstranten reagierte.¹³⁵

III. Österreich und die deutsche Frage 1987–1990

1. Österreich und die scheinbare Stabilität des SED-Regimes

Seit 1986/87 verfolgten die österreichischen Medien und die Diplomatie die Auswirkungen von Michail Gorbatschows Reformpolitik auf die Warschauer-Pakt-Staaten mit großer Aufmerksamkeit. Obwohl der „Kontrast zwischen Theorie und Realität“ immer augenscheinlicher wurde, wertete die österreichische Botschaft in Ost-Berlin die Ära Honecker immer noch als „recht erfolgreich“.¹³⁶ Unter Betonung ihrer Eigenständigkeit verfolgte die SED ihre eigenen außenpolitischen Schwerpunkte, wie die Beziehungen zur SPD. In den deutsch-deutschen Beziehungen sah es ein Jahr vor dem Honecker-Besuch noch nach „Selbstbeschränkung“ auf Moskaus Wunsch aus.¹³⁷ Die wachsenden Divergenzen zwischen der Sowjetunion und der DDR waren aber auch der österreichischen Diplomatie nicht gänzlich verborgen geblieben. Im März 1987 wurde die Haltung der DDR-Führung zur Perestroika am Wiener Ballhausplatz als „zwiespältig“ gewertet. Trotz offizieller Zustimmung zum Kurs Gorbatschows war nun in Äußerungen Honeckers eine „deutliche Distanz“ zu dessen Reformpolitik auszumachen. Ihre Wirkung auf die DDR war aber nicht abzustreiten.¹³⁸ Noch ging es der SED-Spitze darum, die „Eigenständigkeit“ und die „besonderen Bedingungen“ jedes einzelnen Warschauer-Pakt-Staats herauszustreichen. Am Ballhausplatz schien klar: „Stabilität hat Vorrang vor Experimenten“. Auch von der Sowjetunion nahm man an, kein Interesse an „Experimenten im industriell am weitesten entwickelten RGW-Partnerland“ zu haben.¹³⁹

133 Siehe Dok. 9.

134 Siehe Dok. 10.

135 Siehe Dok. 15.

136 Siehe Dok. 3.

137 Siehe Dok. 4.

138 Siehe Dok. 5.

139 Siehe Dok. 7 (Hervorhebung im Original). Ein Bericht der österreichischen Botschaft in Ost-Berlin zu den Auswirkungen der Perestroika auf die DDR vertrat auch die Ansicht, dass ihre Situation im Vergleich „einzigartig“ war und die Sowjetunion selbst kein Interesse an ihrer Destabilisierung haben konnte. Siehe Dok. 12.

Trotz aller Selbstzufriedenheit der SED-Führung waren „in der DDR eine Reihe schwieriger sozialer und innenpolitischer Entwicklungen nicht zu übersehen“. Grundsätzlich herrschte in der DDR eine Mangelwirtschaft. Daran hatten auch die inszenierten außenpolitischen und die vermeintlichen wirtschaftlichen Erfolge nichts geändert. Die gegen Devisen erwerbenden Importprodukte spalteten die Gesellschaft viel mehr, als sie einen positiven Effekt erzielten. Das allgemein verfügbare Warenangebot hielt mit den Ansprüchen der Menschen nicht Schritt, so war beispielsweise die Wartezeit beim Erwerb eines PKWs unverändert lang. Die absolut steigenden Reisezahlen verstärkten zudem die Ungleichheit in der Bevölkerung: während manche Bürger mehrfach in die Bundesrepublik reisen konnten, blieb dies anderen ohne Zugang zur D-Mark versagt. Gorbatschows Reformpolitik hatte Erwartungen geweckt, der Dialog der SED mit der westdeutschen SPD gewisse Irritationen verursacht, jedoch stand jede oppositionelle Regung noch unter den strengen Augen des Staatssicherheitsdienstes. Der Ballhausplatz erwartete dennoch weiterhin eine stabile Entwicklung der augenscheinlich in einer prekären Situation befindlichen DDR.¹⁴⁰ Das stärkere Sichtbarwerden oppositioneller Strömungen Anfang 1988 sowie auch die Reaktionen des Regimes wurden durchaus als Resultat von Glasnost und Perestroika gewertet.¹⁴¹

Im Laufe des Jahres 1988 blieb unklar, ob „die Forderungen nach Offenheit, Umgestaltung und vermehrten Chancen in der DDR selbst zunehmen“ würden. Klar war aber: „Zum jetzigen Zeitpunkt und beim jetzigen Führungsteam der DDR unter Honecker ist jedoch keine Änderung des Weges abzusehen.“¹⁴² Ironischerweise stützte die SED-Führung ihre Argumentation zur Beibehaltung ihres bisherigen Weges auf die von Gorbatschow postulierte Eigenständigkeit der Bruderstaaten. Für jeden Beobachter war aber klar, dass die DDR seine Reformen, mit Ausnahme Rumäniens, am zurückhaltendsten aufgenommen hatten.¹⁴³ Diese Unterschiede wurden auch in den Beziehungen der Warschauer-Pakt-Staaten untereinander immer offensichtlicher. Während im Verlauf des Jahres 1988 deutlich wurde, wie kompliziert das Verhältnis zu dem mit Reformen voranschreitenden Ungarn geworden war,¹⁴⁴ rückten die reformresistenten Führungen der DDR, der Tschechoslowakei und sogar Rumäniens enger zusammen.¹⁴⁵ Von entscheidender Bedeutung war aber das Verhältnis zur Sowjetunion. Als Honecker im Oktober 1988 die UdSSR besuchte, gelang es nur noch beschränkt, die grundunterschiedlichen Zugangsweisen zu kaschieren. Diese waren auch für

140 Siehe Dok. 16.

141 Siehe Dok. 17.

142 Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 6. Oktober 1988, Zl. 225-RES/88, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1988 (01–06), Karton 22 (Hervorhebung im Original).

143 Siehe Dok. 14.

144 Siehe Dok. 26. Ungarische Diplomaten führten die Reformresistenz der DDR in ihren Konsultationen mit der Ballhausplatzdiplomatie auf die „offene Frage der Existenz von 2 deutschen Staaten“ zurück. Siehe Dok. 28.

145 Siehe Dok. 31.

die auf die Medienberichterstattung angewiesenen österreichischen Diplomaten offenkundig.¹⁴⁶

Ende 1988 wurde am Ballhausplatz gefragt, ob die durch Gorbatschows Reformen angestoßenen Prozesse einen „Wandel“ in Osteuropa ausgelöst hätten. Während diese Frage mit Blick auf Polen oder Ungarn ausdrücklich mit einem Ja zu beantworten war, stellte sich die Lage in der DDR noch etwas anders dar. Trotz der stets hervorgestrichenen „Zufriedenheit mit dem Erreichten“ war auch offenkundig, dass „in letzter Zeit verstärkt Probleme“ aufgetreten waren. Die Notwendigkeit eines Wechsels in der überalterten Führung war „evident“. Wann und in welcher Form dieser stattfinden würde, war aber genauso unabsehbar wie dessen Auswirkungen auf die künftige Ausrichtung des ostdeutschen Regimes. Trotz „eines kontinuierlichen Zunehmens an Protestpotential unter den DDR-Bürgern“ und „Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung“ blieb der Ballhausplatz der Überzeugung, dass „die DDR ihre Stabilität beibehalten“ werde.¹⁴⁷ Österreichs Botschafter in Ost-Berlin, Franz Wunderbaldinger, meinte sogar, die „entwickelte innere Sicherheit in der DDR garantiere die innere Stabilität voraussichtlich noch auf Jahre hinaus. Allenfalls wird punktuell auf kulturellem Gebiet zeitweilig das Ventil geöffnet.“¹⁴⁸

Anfang 1989 war in Wien das seit 1986 tagende dritte KSZE-Folgetreffen zu Ende gegangen. Auf diesem war der Westen hart aufgetreten und hatte gefordert, dass Fortschritte in humanitären Fragen nicht nur auf dem Papier erreicht, sondern auch in die Tat umgesetzt werden müssten. Einen Schwerpunkt stellte die Reisefreiheit dar. Die DDR-Diplomatie und Politik hatten sich die längste Zeit gegen weitreichende Formulierungen zu humanitären Fragen gestäubt und schließlich nur auf sowjetischen Druck dem Schlussdokument vom 15. Jänner ihre Zustimmung gegeben. Einige Ergebnisse von Wien, wie beispielsweise die Abschaffung des Zwangsumtausches bei Besuchsreisen, wollte die SED-Führung in gewohnter Manier schlichtweg nicht umsetzen. Die Formulierungen des Abschlussdokuments wurden von der SED auch nur in verfälschter Weise veröffentlicht.¹⁴⁹

Im Gespräch der Außenminister Alois Mock und Hans-Dietrich Genscher am Rande des Abschlusses der Wiener KSZE-Folgekonferenz wurde deutlich, wie sehr die Differenzen zwischen der Sowjetunion und der DDR bereits bewusst waren – nicht zuletzt mit Blick auf die Mauer. Genscher war über die erste Konferenz

146 Siehe Dok. 27.

147 Siehe Dok. 30 (Hervorhebungen im Original).

148 Siehe Dok. 32.

149 Zum Wiener-Folgetreffen siehe: Stefan Lehne, *The Vienna Meeting of the Conference on Security and Cooperation in Europe, 1986–1989. A Turning Point in East-West Relations*, Boulder 1991; Hans-Heinrich Wrede, *KSZE in Wien: Kursbestimmung für Europas Zukunft*, Köln 1990; Erhard Crome/Jochen Franzke, *Die SED-Führung und die Wiener KSZE-Konferenz 1986 bis 1989. Dokumente aus dem Parteiarchiv*, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993), S. 905–914; Peter Schlotter, *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution*, Frankfurt a. M./New York 1999. Zum Umgang der DDR mit dem Wiener-Folgetreffen siehe weiter unten ausführlicher.

mit „Qualitätssprung“ erfreut.¹⁵⁰ Für die österreichische Botschaft in Ost-Berlin war bald klar: „Die Zeichen werden immer deutlicher, dass der innere Dialog in der DDR in nächster Zeit aufgenommen werden muss.“¹⁵¹ Trotzdem schienen die deutsch-deutschen Beziehungen in gewohnten Bahnen zu verlaufen, ja jenseits medialer Schlagabtausche wirkten sie sogar besser „als die Leute glauben“.¹⁵²

Auch in den bilateralen Beziehungen Österreichs und der DDR deutete zu Beginn des Jahres 1989 zunächst nichts auf rasante Veränderungen hin. Der diplomatische Austausch erweckte auch im Februar 1989 den Eindruck der Normalität.¹⁵³ Nachdem Wirtschaftsminister Robert Graf (ÖVP) bereits im Jänner Ost-Berlin besucht hatte, wurde anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse der Import von „hochveredelten Konsumgütern im Wert von über 1 Milliarde Schilling“ vereinbart. Diese Erzeugnisse sollten bereits vor den „Kommunalwahlen“ in der DDR im Mai in den Verkauf gelangen. Die österreichische Konsumgüterindustrie sollte also die „Wahlzuckerln“ der SED herstellen.¹⁵⁴

Die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 wurden von der SED in gewohnter Manier zur Akklamation der von ihr aufgestellten Kandidaten inszeniert. Neben allerlei Maßnahmen zur „Hebung der Stimmung“ wurden auch mehr als eine Million Wahlveranstaltungen durchgeführt. Bereits im Rahmen dieser wurde Kritik am Wahlsystem geübt, was unter anderem zur Umbesetzung einiger Kandidatenlisten führte. Als Egon Krenz am Wahlabend das übliche Ergebnis von fast 99 % Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von ebenfalls fast 99 % verkündete, war das Entsetzen über die unveränderte Vorgehensweise der SED groß, gleichzeitig aber auch klar, dass man die Wahlfälschung diesmal zweifelsfrei belegen konnte. Darauf folgten erste Demonstrationen, in den Wochen danach wurden erste Dokumentationen über das Ausmaß der Manipulationen veröffentlicht. Fortan war jeder gesellschaftliche Protest mit einem Verweis auf die gefälschten Ergebnisse verbunden. Diese verfolgten die SED fortan, und auch bisher linientreue Bürger hinterfragten stärker als bisher die Vorgehensweise der Einheitspartei.¹⁵⁵ Botschafter Wunderbaldinger maß der Wahlfälschung anfangs offenbar keine große Bedeutung bei und erwartete zunächst keine Auswirkungen auf die Stabilität der DDR: „Die Pressestimmen in der BRD werden in einigen Tagen verstummen und der Markstein des 7. Mai wird in das historische Gedenkjahr 1989 eingetragen werden.“¹⁵⁶ Diese Einschätzung sollte sich dann in gegenteiliger Interpretation als zutreffend erweisen.

150 Siehe Dok. 34.

151 Siehe Dok. 35.

152 Siehe Dok. 36.

153 Siehe Dok. 37.

154 Graf, Österreich und das „Verschwinden“ der DDR, S. 222–223.

155 Zu Vorbereitung, Ablauf und Fälschung der „Kommunalwahlen“ im Mai 1989 in der DDR siehe: Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 318–333.

156 Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 10. Mai 1989, Zl. 91-Res/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24.

Am Ballhausplatz wurden die „Wahlfarce“ vom Mai und die daraus resultierenden Proteste in der DDR hingegen aufmerksam registriert und zunehmend wurde erkennbar, dass eine Wachablöse in der DDR-Führung überfällig war. Sorgen bereiteten vor allem die ökonomischen Daten, die eine Fortsetzung der bisher dogmatisch verfochtenen „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ fraglich erschienen ließen. Neue Weichenstellungen erwartete man dennoch frühestens auf dem nächsten Parteitag der SED, der zu diesem Zeitpunkt für Mai 1990 geplant war. Vor dem Hintergrund der rasch fortschreitenden Reformen in Polen und Ungarn hielt man mit Blick auf die deutsche Teilung weitsichtig fest: „Generell steht [die] DDR vor dem Problem, dass politische Reformen tendenziell [ihre] nationalstaatliche Identität gefährden.“¹⁵⁷

Weitere Proteste folgten, als die SED-Führung das Massaker am Tiananmen-Platz nicht verurteilte, sondern rechtfertigte. Fortan traute man auch dieser eine „chinesische Lösung“ im Umgang mit sich massenhaft artikulierender Opposition zu.¹⁵⁸ Nun schien erstmals die weitere sowjetische Unterstützung der DDR fraglich¹⁵⁹ und die Reformresistenz ließ auch die Frage aufkommen, was denn von der DDR „ohne ideologisch prononcierte Ausrichtung und Abgrenzung“ bliebe?¹⁶⁰ Von ungarischer Seite waren bereits Zweifel an der künftigen Stabilität der DDR zu vernehmen gewesen.¹⁶¹ Überhaupt waren die Entfremdungserscheinungen im Warschauer Pakt bereits vor dem Sommer 1989 unübersehbar geworden.¹⁶²

Zudem wuchs die Ausreisebewegung – nicht zuletzt infolge des Abschlussdokuments des am 15. Jänner 1989 zu Ende gegangenen Wiener KSZE-Folgetreffens – weiterhin stetig an und suchte nach einem Ventil, das eben an den Außengrenzen der DDR (noch) nicht zu finden war. Daran änderte auch die höhere Zahl der genehmigten Ausreisen im Frühjahr 1989 nichts. Das Wiener Schlussdokument hatte überdies zur Folge, dass nach einem weiteren Todesfall an der Berliner Mauer – Chris Gueffroy war am 5. Februar bei seinem Versuch der „Republikflucht“ erschossen worden – schließlich im Frühjahr 1989 der Schießbefehl de facto ausgesetzt wurde. Dadurch konnten bereits vor der „friedlichen Revolution“ 400 Personen über die deutsch-deutsche Grenze fliehen.¹⁶³ Innenpolitisch hatte

157 Siehe Dok. 39.

158 Zur Reaktion auf die „chinesischen Ereignisse“ siehe: Kowalczyk, Endspiel, S. 337–343. Siehe zudem: Bernd Schäfer, Die DDR und die „chinesische Lösung“. Gewalt in der Volksrepublik China im Sommer 1989, in: Martin Sabrow (Hg.), 1989 und die Rolle der Gewalt, Göttingen 2012, S. 153–172.

159 Dieses Eindrucks konnte sich die österreichische Diplomatie nicht verwehren als Schewardnades vor Gorbatschows Bonn-Besuch de facto nur einen Zwischenstopp in Ost-Berlin einlegte. Siehe Dok. 40. Zum Gorbatschow-Besuch siehe weiter unten mehr und die Dok. 41–44.

160 Siehe Dok. 46.

161 Siehe Dok. 38.

162 Siehe Dok. 37.

163 Anja Hanisch, Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung München 2012, S. 373–374; Walter Süß, Die Wiener KSZE-Folgekonferenz und der Handlungsspielraum des DDR-Sicherheitsapparates 1989, in:

es in der DDR also just im 40. Jahr ihres Bestehens massiv zu brodeln begonnen. Viele DDR-Bürger waren nun schlichtweg nicht mehr gewillt, im SED-Staat auszuharren oder diesen aktiv herauszufordern, sondern sie suchten verstärkt nach einem Ausweg aus diesem. Während im bilateralen Verhältnis zu Österreich alles seinen normalen Gang ging, begann an der österreichisch-ungarischen Grenze der Anfang vom Ende der bereits ins Wanken geratenen DDR.

2. Die Grenzöffnung im Kontext der Langzeitentwicklungen und ihre direkten Folgen

Die Öffnung der Grenze zwischen Österreich und Ungarn am 11. September 1989 gehört zu den am besten aufgearbeiteten Kapiteln der Geschichte des Jahres 1989.¹⁶⁴ Dennoch werden der Beitrag dieser Entwicklungen und die Rolle Österreichs auf dem Weg zur Öffnung der Mauer mangels ausreichender Kontextualisierung in der Geschichtsschreibung des Jahres 1989 nach wie vor unterschätzt. Bedeutende Aspekte der Vorgeschichte und unmittelbare Hintergründe werden dabei oftmals ausgeblendet. Daher wird an dieser Stelle zu einer Rückblende auf die Langzeitentwicklungen ausgeholt.

Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn entwickelten sich in den 1970er- und 1980er-Jahren zu einem Paradebeispiel der europäischen Entspannung im Kalten Krieg. Ausdruck fand dies nicht nur in zahlreichen Staatsbesuchen, sondern in ihrer besonderen Qualität, die das zwischen westlichen und Warschauer-Pakt-Staaten übliche Maß bei Weitem überstieg. Die seit 1964 beständig verbesserten Beziehungen führten auch zu einer – im Vergleich zu anderen Abschnitten der den Kontinent teilenden Ost-West-Grenze – entspannten Lage am Eisernen Vorhang. Grenzüberschreitender Verkehr, wechselseitiger Tourismus, aber auch regionale Ost-West-Kooperationen hatten sich beständig intensiviert. Eine wichtige Vorbedingung hierfür war die Entschärfung der Lage an der Grenze. Nach zahlreichen Zwischenfällen in den 1960er-Jahren war die Grenze ab 1971 endgültig entmint. Mit Anfang 1979 trat ein Abkommen über den visafreien Reiseverkehr in Kraft. Dies war ein von Österreich seit langem ver-

Matthias Peter/Hermann Wentker (Hg.), *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990* München 2012, S. 219–231; Bernd Eisenfeld, *Reaktionen der DDR-Staatssicherheit auf Korb III des KSZE-Prozesses*, in: *Deutschland Archiv* 38 (2005), S. 1000–1008; Erhard Crome/Jochen Franzke, *Die SED-Führung und die Wiener KSZE-Konferenz 1986 bis 1989. Dokumente aus dem Parteiarchiv*, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993) 8, S. 905–914.

- 164 Zur Grenzöffnung grundlegend Andreas Oplatka, *Der erste Riß in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze*, Wien 2009. Zu den Ereignissen 1989 im deutsch-österreichisch-ungarischen Kontext zuletzt Michael Gehler, *Bonn – Budapest – Wien. Das deutsch-österreichisch-ungarische Zusammenspiel als Katalysator für die Erosion des SED-Regimes 1989/90*, in: Andrea Brait/Michael Gehler (Hg.), *Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich*, Wien/Köln/Weimar 2014, S. 135–162.

folgte Ziel, das nach Kreditgewährungen durch Österreich Realität wurde und den wechselseitigen Reiseverkehr deutlich ausweitete. Insgesamt bildete sich ein Verhältnis heraus, dass das Niveau der Beziehungen Österreichs zu vielen westlichen Staaten bereits überstieg. Grundlage hierfür war nicht nur das im Vergleich zu anderen Staaten entspannte Verhältnis an der Grenze, sondern auch der als „Gulaschkommunismus“ bekannt gewordene – und von Österreich wohlwollend bewertete – ungarische, etwas lockerere Weg im sozialistischen Lager sowie die in den 1980er-Jahren einsetzenden, zunächst vor allem wirtschaftlichen Reformen. Ab 1988 erhöhte sich das Tempo der Veränderungen in Ungarn dann rasant. Ausdruck hierfür war auch die seit Jahresbeginn gewährte Reisefreiheit.¹⁶⁵

Ab dem 1. Jänner 1988 hatte jeder ungarische Staatsbürger Anspruch auf den sogenannten „Weltpass“. Mit diesem konnte man das Land jederzeit, ohne die früheren Einschränkungen verlassen und, was im Ostblock ebenfalls nicht selbstverständlich war, man durfte auch jederzeit wieder zurückkehren. Bisher nicht bekannt war, dass das ungarische Politbüro die Frage der Reisefreiheit ausgehend von dem österreichischen Ansinnen, ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zu schließen, diskutierte. Ein solches Abkommen wurde mit der Gewährung der Reisefreiheit überflüssig. Bald entstand ein echter Reiseboom. Bereits im Jahr 1988 überschritten Millionen Ungarn die Grenze zu Österreich und nutzten ihre Ausflüge in den Westen primär zum Einkaufen. Der Einkaufstourismus hatte neben dem grenznahen Gebiet größtenteils Wien zum Ziel. Die relativ plötzlich über Wien hereinbrechende Welle von Ungarn führte dazu, dass die bekannte Wiener Einkaufsstraße namens „Mariahilferstraße“ von spöttelnden Einheimischen als „Magyarhilferstraße“ bezeichnet wurde. Am stärksten betroffen war aber das Burgenland. Ohne den zwei Jahrzehnte andauernden Prozess, der zu einer zunehmend durchlässiger werdenden Grenze führte, sind die rasanten Entwicklungen des Jahres 1989 nicht zu verstehen. Endgültig möglich wurden sie schließlich nicht zuletzt aufgrund der innerungarischen politischen Veränderungen. Im Frühjahr wurde nach vorheriger Ankündigung im Rahmen eines Treffens der Regierungschefs Miklós Németh und Franz Vranitzky mit dem Abbau der technischen Grenzsperrern an der österreichisch-ungarischen Grenze begonnen. Die Bilder von den Abbrucharbeiten, von Alois Mock und Gyula Horn bei der inszenierten Durchschneidung des Eisernen Vorhangs am 27. Juni 1989¹⁶⁶ und jene vom sogenannten „Paneuropäischen Picknick“ am 19. August 1989 waren hochgradig dafür verantwortlich, dass sich die Fluchtbewegung der DDR-Bürger

165 Hierzu und zum Folgenden: Maximilian Graf, Eine neue Geschichte des „Falls“ des Eisernen Vorhangs. Die Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze 1989 in Langzeitperspektive und ihre unmittelbaren Folgen für die DDR, in: Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien 2014/2015, Wien 2016, S. 347–371; idem, The opening of the Austrian – Hungarian border revisited. How European détente contributed to overcoming the „Iron Curtain“, in: Bernhard Blumenau/Jussi M. Hanhimäki/Barbara Zanchetta (Hg.), New Perspectives on the End of the Cold War. Unexpected Transformations?, London 2018, S. 139–158.

166 Zu den Gesprächen Mock – Horn am Vortag der Entstehung der Bilder siehe Dok. 45.

ausweitete.¹⁶⁷ Diese erfasste nicht nur Ungarn, neben der Budapester Botschaft waren auch jene in Warschau und Prag von nicht heimkehrwilligen DDR-Bürgern besetzt, deren Ausreise es in mühsamen und langwierigen Verhandlungen zu erwirken galt.¹⁶⁸

Deutlich war für Österreich bei aller Abstimmung zwischen Ballhausplatz und Auswärtigem Amt, wie viel für die Bundesrepublik auf dem Spiel zu stehen schien, zumal die von der Ausreisewelle ausgehende Dynamik noch nicht voll erfasst werden konnte.¹⁶⁹ Die Ständige Vertretung in Ost-Berlin war geschlossen und das Erreichen einer Lösung mit Warschau und Prag gestaltete sich für Bonn schwierig. Einfacher war es mit Budapest, obwohl sich auch die ungarische Regierung auf den Standpunkt gestellt hatte, dass die Lösung der Frage der DDR-Flüchtlinge Aufgabe der beiden deutschen Staaten sei. Die Intransigenz, mit der die DDR-Führung der Lösung des Problems entgegentrat und ihrerseits auf die Rückführung der Ausreisewilligen in den SED-Staat beharrte, führte dazu, dass sich die reformierte ungarische Führung dazu entschloss, deren Ausreise nach Österreich zu ermöglichen. Nach dem Abbau des Eisernen Vorhangs und dem Wirksamwerden des ungarischen Beitritts zur Genfer Flüchtlingskonvention, der insbesondere wegen der seit 1988 zunehmenden Zahl ungarischer Flüchtlinge aus Rumänien erfolgt war, schien nur eine derartige Lösung dem neuerworbenen ungarischen Prestige gerecht zu werden.¹⁷⁰

Der seit mehr als zwei Jahrzehnten mit vielen Fort- und Rückschritten kontinuierliche und seit 1988 rasant voranschreitende Reformprozess hatte nicht nur das österreichisch-ungarische Musterbeispiel der europäischen Entspannung im Kalten Krieg ermöglicht, auch die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn hatten sich insbesondere seit den 1970er-Jahren konsequent verbessert. Im ungarischen Außenhandel mit dem Westen stand Bonn schon lange an erster Stelle. Vor dem Hintergrund der massiven ungarischen Wirtschafts-

167 Maximilian Graf, Das Paneuropäische Picknick im Kontext. Wie Österreich zum Tor in die Freiheit werden konnte und welche Folgen dies hatte, in: Stefan Karner/Philipp Lesiak (Hg.), Der erste Stein aus der Berliner Mauer. Das paneuropäische Picknick 1989 (erscheint Graz/Wien 2018).

168 Siehe dazu zuletzt: Katarzyna Stokłosa, „Die letzte Fluchtwelle aus der DDR im Jahr 1989. Aus den Berichten der westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau,“ in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 64 (2015) 1, S. 40–80.

169 Siehe Dok. 50.

170 Siehe dazu die Beiträge von György Gyarmati, Das Vorspiel für das Endspiel. Die Staatssicherheit Ungarns 1989; und Imre Tóth, Die Auswirkungen der ostdeutschen Flüchtlingsfrage auf die „Dreiecksbeziehung“ Berlin–Bonn–Budapest in: György Gyarmati/Krisztina Slachta (Hg.), Das Vorspiel für die Grenzöffnung. Das Paneuropäische Picknick in Sopron am 19. August 1989, Sopron/Budapest 2014. Zusammenfassend: Gehler, Bonn – Budapest – Wien, S. 143–145; Andreas Schmidt-Schweizer, Die Öffnung der ungarischen Westgrenze für die DDR-Bürger im Sommer 1989. Vorgeschichte, Hintergründe und Schlussfolgerungen, in: Südosteuropa Mitteilungen 37 (1997) 1, S. 33–53; idem, Motive im Vorfeld der Demontage des „Eisernen Vorhangs“ 1987–1989, in: Peter Haslinger (Hg.), Grenze im Kopf, Frankfurt am Main/Berlin/Bern 1999, S. 127–139.

krise, die sich mit der einsetzenden Transformation noch weiter verschärfte, war die Bundesrepublik als Kreditgeber von ungeheurer Bedeutung.¹⁷¹ Jedoch schien auch in Bonn – wie in so vielen anderen westlichen Kapitalen – der Ausgang der ungarischen Entwicklung noch unsicher. Auch in der Flüchtlingsfrage war die längste Zeit ungewiss, ob eine Regelung im Sinne der Bundesrepublik möglich sein würde.

Einen ersten handfesten Beleg dafür lieferte Budapest, wo die grundsätzliche Entscheidung bereits gefallen war, die Ausreise der DDR-Bürger zu ermöglichen, sollten die beiden deutschen Staaten zu keiner Lösung gelangen, als in der Nacht vom 23. auf 24. August die Budapester Botschaftsflüchtlinge nach Wien ausgeflogen werden konnten. Tags darauf trafen Außenminister Horn und Ministerpräsident Németh am 25. August unter strengster Geheimhaltung auf Schloß Gýmnic bei Bonn mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher zusammen und unterrichteten die Bundesrepublik über die ungarische Entscheidung. Zum Leidwesen der ungarischen Politiker gelang es nicht, die Annahme eines Zusammenhangs zwischen der humanitären Entscheidung und der Hoffnung auf weitere bundesdeutschen Kredite, die bald darauf vergeben wurden, zu vermeiden. Nach dem Treffen begannen jedenfalls umgehend die Vorbereitungen auf den terminlich noch nicht festgelegten – denn noch immer hätte Ungarn eine Lösung im Einvernehmen mit der DDR bevorzugt – Tag X der Grenzöffnung. In diese musste natürlich auch das Transitland Österreich sofort eingebunden werden.¹⁷²

Österreich sagte in Absprache mit der Bundesrepublik und Ungarn seine volle Unterstützung bei der Ausreise der DDR-Bürger zu. Der bundesdeutsche Botschafter Dietrich Graf von Brühl vermerkte zur Haltung Österreichs in der Flüchtlingsfrage: „Diese Zustimmung Österreichs wurde sofort erteilt.“¹⁷³ Um die – trotz allem – guten Beziehungen zur noch gänzlich unreformierten DDR nicht zu gefährden und die bilateralen Verträge einzuhalten, fand man eine „sehr österreichische“ Lösung. In jeden Ausweis eines Flüchtlings wurde von den Grenzbeamten ein loses Blatt mit Visumsstempel eingelegt und der Name des Flücht-

171 Den umfassendsten deutschsprachigen Überblick zu den ungarisch-westdeutschen Beziehungen bietet die der Memoirenliteratur zuzurechnende Publikation des ehemaligen ungarischen Botschafters in der Bundesrepublik István Horváth, *Die Sonne ging in Ungarn auf. Erinnerungen an eine besondere Freundschaft*, München 2000; siehe weiters mit Überblickscharakter Haus der Geschichte Baden-Württemberg/Kulturinstitut der Republik Ungarn (Hg.) *Ungarn und Deutschland – eine besondere Beziehung*, Tübingen 2002. Zusammenfassend aus der zeitgenössischen Perspektive vor 1989 siehe Gyula Józsa, *Die Bundesrepublik Deutschland und Ungarn – Traditionell gute Beziehungen über Systemgrenzen hinweg*, in: Othmar Nikola Haberl/Hans Hecker (Hg.), *Unfertige Nachbarschaften. Die Staaten Osteuropas und die Bundesrepublik Deutschland*, Essen 1989. Quellengestützt wird die Thematik von Andreas Schmidt-Schweizer bearbeitet. Ein erster Überblick liegt nun in Form einer monografischen Einleitung vor. Schmidt-Schweizer, *Die politisch-diplomatischen Beziehungen in der Wendezeit*, S. 11–213.

172 Gehler, Bonn – Budapest – Wien, S. 145–148.

173 Dietrich Graf Brühl, *Flucht in die Freiheit*, in: Manfred Rauchensteiner (Hg.), *Aufbruch in eine neue Zeit. 1989 im Rückblick*, Wien 2000, S. 9–34, hier S. 22 und 30–34.

lings vermerkt, damit war die Einreise genehmigt. Das Einlegeblatt wurde an der Grenze zur Bundesrepublik wieder herausgenommen. Dem Visumsabkommen mit der DDR war damit Genüge getan.¹⁷⁴

Am 11. September 1989 öffnete Ungarn schließlich die Grenze und Österreich unterstützte die Aus- und Weiterreise der DDR-Bürger in die Bundesrepublik. Die Welle hatte sich nun Bahn gebrochen. Im Angesicht der Freude schwang aber auch Sorge vor Flüchtlingsströmen aus weiteren Ländern mit.¹⁷⁵ Genscher dankte Österreich und zeigte sich hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung in der DDR vorsichtig.¹⁷⁶ Die Durchreise in den Folgetagen wurde maßgeblich vom österreichischen Roten Kreuz betreut und verlief reibungslos. Nach dem ersten großen Ansturm reduzierte sich die Zahl der Einreisenden rasch. Insgesamt dürften ca. 50.000 DDR-Deutsche über Österreich in die Bundesrepublik ausgereist sein. Rückwirkungen auf die Beziehungen zur DDR erwartete man eine Woche nach der Grenzöffnung keine.¹⁷⁷

An dieser Stelle erscheint es geboten, einen Blick auf die ostdeutsche Perzeption der Vorgeschichte und der Entwicklungen des Jahres 1989 zu werfen. Bereits Anfang der 1970er-Jahre hatte man in Ost-Berlin sorgenvoll auf die Situation an der österreichisch-ungarischen Grenze geblickt. Im Zuge der Verhandlungen über die Regelung des deutsch-deutschen Verhältnisses 1972 befürchtete man, die Zusammenarbeit an diesem Abschnitt des Eisernen Vorhangs als Beispiel für die Grenzsituation zwischen der Bundesrepublik und der DDR vorgehalten zu bekommen. Der 1979 zwischen Österreich und Ungarn in Kraft getretene visafreie Reiseverkehr wurde durch die Stasi argwöhnisch verfolgt. Während Ungarn die DDR über die gute Entwicklung informierte und eine weitere Forcierung des Reiseverkehrs anstrebte, blieb man in Ost-Berlin skeptisch. Bezeichnenderweise hatte man in Budapest freimütig bekannt: „Vielfach machen uns Staatsbürger einiger sozialistischer Länder mehr Schwierigkeiten als die Österreicher.“¹⁷⁸

174 Oplatka, Der erste Riß in der Mauer, S. 195; Gehler, Bonn – Budapest – Wien, S. 147–149; Helene Thiesen, „Einreisesichtvermerk“ – Hilfe für DDR-Flüchtlinge, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Verfreundete Nachbarn. Deutschland – Österreich (Ausstellungskatalog), Bonn/Bielefeld 2005, S. 220–221.

175 Siehe Dok. 53. Siehe zu dieser Problematik weiterführend: Maximilian Graf/Sarah Knoll, In Transit or Asylum Seekers? Austria and the Cold War Refugees from the Communist Bloc, in: Günter Bischof/Dirk Rupnow (Hg.), Migration in Austria (Contemporary Austrian Studies 26), Innsbruck/New Orleans 2017, S. 91–111; Maximilian Graf/Sarah Knoll, Das Ende eines Mythos? Österreich und die Kommunismusflüchtlinge, in: Börries Kuzmany/Rita Garstenauer (Hg.), Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert, Wien 2017, S. 206–229.

176 Siehe Dok. 54.

177 Siehe Dok. 56. Im Dokument werden nur die registrierten Durchreisezahlen der ersten Woche nach der Grenzöffnung angegeben. Für die gemeinhin angenommene Zahl von insgesamt bis zu 50.000 siehe stellvertretend für viele: Oplatka, Der erste Riß in der Mauer, S. 231.

178 Ausführlich dazu: Maximilian Graf, Die Welt blickt auf das Burgenland. 1989 – die Grenze wird zum Abbild der Veränderung, in: Maximilian Graf/Alexander Lass/Karlo Ruzicic-Kessler (Hg.), Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert, Wien 2012, S. 135–179, hier S. 143–144, für das wörtliche Zitat S. 144.

Die 1989 offenkundig werdende beginnende politische Transformation Ungarns und den Abbau des Eisernen Vorhangs zu Österreich sah die SED als Beweis dafür, dass Ungarn für die „Sache des Sozialismus“ verloren sei. Als Erich Honecker in der Sitzung des SED-Politbüros vom 15. Juni 1989 „die Befürchtung“ äußerte, „daß die Entwicklung in Ungarn nicht mehr aufzuhalten“ sei und „Ungarn weiter in das bürgerliche Lager abgleiten“ werde,¹⁷⁹ war dies nur eine Etappe einer zunächst schleichenden, sich aber ständig beschleunigenden Entwicklung.¹⁸⁰ Das bevorstehende Szenario der Grenzöffnung blieb der DDR-Staatsführung ebenfalls nicht verborgen. Frank und frei hatten die Ungarn den in Agonie gefallenen SED-Vertretern erklärt, dass die zigtausenden DDR-Flüchtlinge in Ungarn eine unhaltbare Situation darstellten, diese aber keinesfalls in die DDR zurückgeschickt würden und man daher die Grenze öffnen werde. Dies bedeutete nichts anderes, als dass Ungarn „alle DDR-Bürger nach Österreich ausreisen lassen würde, die durch ein Einreisevisum auf ihrem Reisedokument nachweisen können, daß sie in Österreich aufgenommen werden“.¹⁸¹ Zudem hatte der ungarische Außenminister Gyula Horn in einem Gespräch mit DDR-Außenminister Oskar Fischer darauf hingewiesen, dass Ungarn „auch nicht zum früheren Grenzregime gegenüber Österreich zurückkehren könne“, da es die „große Bedeutung der Beziehungen zu Österreich“ berücksichtigen müsse.¹⁸²

Fünf vor Zwölf dachte das SED-Politbüro noch über ein direktes Herantreten an Österreich nach.¹⁸³ Eine entsprechende Intervention fand aber nicht mehr

179 Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 15. Juni 1989, Aufzeichnungen von Egon Krenz, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/74, Bl. 24.

180 Die Beziehungen zwischen der DDR und Ungarn sind bisher kaum Gegenstand der wissenschaftlichen Aufarbeitung geworden. Vgl. zu diesem Faktum: Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 528–529. Die Akten der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED lassen eine schleichende „Entfremdung“ seit den 1970er-Jahren erkennen: SAPMO-BArch, DY 30/12636; SAPMO-BArch, DY 30/12637; SAPMO-BArch, DY 30/12626.

181 Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Genossen Günter Mittag, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31. August 1989, gezeichnet Schindler, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees vom 5. September 1989 (= Protokoll Nr. 35/89), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3238, Bl. 30–34. Zum SED-internen Umgang mit dem Abbau des Eisernen Vorhangs durch Ungarn Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Wiesbaden 1996, S. 91–109, hier insbesondere S. 92–98; Gereon Schuch, „Verleumdung, Beleidigung und grobe Einmischung“. Die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze im Herbst 1989 im Spiegel der SED-Akten, in: Deutschland Archiv 32 (1999) 2, S. 242–253, hier S. 242–243.

182 Vermerk über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Oskar Fischer, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31. August 1989, gezeichnet Schindler, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees vom 5. September 1989 (= Protokoll Nr. 35/89), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3238, Bl. 34–39.

183 Siehe hierzu die Aufzeichnungen von Egon Krenz über die betreffende Sitzung: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/77, Bl. 1–5.

statt.¹⁸⁴ Mit der Grenzöffnung hatten sich die seit den 1970er-Jahren vorhandenen schlimmsten Befürchtungen der DDR bewahrheitet. Dennoch erfolgten keine direkten Angriffe auf Österreich. Medial wurde in gewohnter Manier die Bundesrepublik und diesmal auch Ungarn attackiert.¹⁸⁵ Die österreichische Botschaft in Ost-Berlin drängte zwar darauf, den während der Flüchtlingskrise unverändert fortgesetzten militärischen Delegationsaustausch zwischen Ost-Berlin und Wien angesichts der entstandenen Lage einzuschränken,¹⁸⁶ doch auch Österreich war um Schadensbegrenzung bemüht. Insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen sollten trotz der sich zuspitzenden Krise der DDR keine Einschränkung erfahren. Dafür war aber auch ein gutes bilaterales Verhältnis notwendig, das nach der österreichischen Unterstützung bei der Ausreise der DDR-Bürger nicht mehr gesichert scheinen konnte. Bereits inmitten der sich im August akut zuspitzenden „Flüchtlingskrise“ wollte Bundeskanzler Vranitzky im Rahmen eines privaten DDR-Besuchs am 25. September das direkte Gespräch mit Honecker suchen. Dieser war aber krank und schlussendlich sagte Vranitzky seinen Besuch reichlich kurzfristig am 22. September, also erst mehr als eine Woche nach der Grenzöffnung, ab.¹⁸⁷ Jeder Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik wurde kategorisch in Abrede gestellt. Agenturmeldungen gingen vom Gegenteil aus. Vermutlich wollte Vranitzky in Anbetracht der sich beschleunigenden Ereignisse die weitere Entwicklung abwarten.¹⁸⁸

Beruhigend war für Österreich aber zunächst die Feststellung, dass die Sowjetunion nicht merklich in das Grenzöffnungsszenario einzugreifen versucht hatte.¹⁸⁹ Der einer konservativen Elite des sowjetischen Außenministeriums angehörige, seit jeher mit Deutschland befasste Diplomat Alexander Bondarenko vertrat hingegen im Gespräch mit Nationalratsabgeordneten Ludwig Steiner (ÖVP) nachdrücklich den DDR-Standpunkt und informierte nach Schewardnadsches Rede vor der UNO-Vollversammlung am 26. September 1989, in der dieser vor dem „deutschen Revanchismus“ gewarnt hatte, über die sowjetische Haltung zur deutschen Frage. Dies sollte sich in den kommenden zwölf Monaten zu einer Routineübung der sowjetischen Diplomatie entwickeln. Seitens der österreichischen Botschaft in Moskau verband man die in der sowjetischen Außenpolitik offenkundig bestehenden Meinungsverschiedenheiten durchaus mit einer gewissen Hoffnung – nicht zuletzt in Blickrichtung des österreichischen EG-Beitrittsantrags.¹⁹⁰ Seit 1988 zeichnete sich ab, dass die sowjetischen Widerstände gegen einen solchen

184 Zumindest konnte bisher kein derartiges Dokument in den Archiven ausfindig gemacht werden. Auch Botschafter Friedrich Bauer bestätigte den Autoren, dass er über ein Herantreten der DDR an Österreich in diesem Zusammenhang auf seinem Posten in Bonn informiert worden wäre.

185 Siehe Dok. 52.

186 Siehe Dok. 55.

187 Siehe Dok. 49.

188 Siehe dazu auch: Graf, Österreich und die DDR, S. 583–584.

189 Siehe Dok. 58.

190 Siehe Dok. 61.

Schritt im Zurückgehen begriffen waren. Nach einem intensiven innerösterreichischen Klärungsprozess 1987/88 hatte die Regierung einen diesbezüglichen Entschluss gefasst und datiert mit 14. Juli 1989 drei Tage später ihr Gesuch in Brüssel deponiert. Der Weg dorthin war ein weiter gewesen.¹⁹¹

3. Österreichs Annäherungen an das gemeinschaftliche Europa, die Bundesrepublik und die deutsche Frage

Österreich musste in den Jahren 1960–1969 die Spaltung Westeuropas in EWG und EFTA zur Kenntnis nehmen, die auf dem integrationspolitischen Interessenkonflikt zwischen der Bundesrepublik und Frankreich einerseits und Großbritannien andererseits basierte. Erst der politische Abgang Charles de Gaulles und der Haager EG-Gipfel am 1. und 2. Dezember 1969 schufen Voraussetzungen für bilaterale Zoll- und Handelsverträge mit allen EFTA-Staaten im Jahre 1972, die zwar für Österreich integrationspolitische Vorteile bewirkten, aber keine wirkliche Gleichberechtigung der EFTA gegenüber der EG. Mit diesen Vereinbarungen wurde Österreich im Westen durchaus als „erzwungen“ gesehene Neutralität einmal mehr auch von westlicher Seite bestätigt und festgeschrieben.¹⁹²

Österreichs Integrationspolitik der 1960er-Jahre ging 1972 unter der SPÖ-Alleinregierung, geführt von Bruno Kreisky, Außenminister Rudolf Kirchschläger und Handelsminister Josef Staribacher, ansatzweise in Form von Zoll- und Handelsverträgen mit der EWG und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) in Erfüllung. Zehn Jahre nach de Gaulles historischem Veto gegen das Vereinigte Königreich, welches auch Österreichs Assoziierungsgesuch vom 15. Dezember 1961 negativ präjudiziert hatte, trat am 1. Jänner 1973 ein von Österreich gemeinsam mit Schweden und der Schweiz sowie anderen EFTA-Staaten angestrebtes Arrangement in Kraft, welches die Neutralen wieder mehr zusammenführte. Am Ausschluss dieser Staaten vom „Gemeinsamen Markt“ änderte dies nur partiell-tendenziell etwas, nämlich in der Handelspolitik, nicht aber formell-grundsätzlich, besonders in der Institutionen- und Gemeinschaftspolitik. Es wäre dabei unzutreffend, anzunehmen, Kreiskys Vorstellung vom europäischen Integrationsprozess wäre sowohl einzig von Vorbehalten geprägt als auch seine Politik den Europäischen Gemeinschaften (EG) gegenüber im gesamten Zeitraum seiner Regierungszeit 1970–1983 allein statisch gewesen. Auch geht

191 Hierzu aus einer Zeitzeugenperspektive: Manfred Scheich, *Der Tabubruch. Österreichs Entscheidung für die EU*, Wien/Köln/Weimar 2005; zuletzt Michael Gehler, *Kontinuität und Wandel: Österreichs Europa- und Integrationspolitik vor und nach dem Epochenjahr 1989*, in: Thomas Fischer/Michael Gehler (Hg.), *Tür an Tür. Vergleichende Aspekte zu Schweiz, Liechtenstein, Österreich und Deutschland*, Wien/Köln/Weimar 2014, S. 259–292.

192 Soweit das Fazit von Michael Gehler, *Staatsvertrag, Neutralität und die Integrationsfrage 1955–1972. Die Sicht des Westens*, in: Arnold Suppan/Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller (Hg.), *Der österreichische Staatsvertrag. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität* Wien 2005, S. 841–890, hier S. 888–890.

die Auffassung fehl, Österreichs Beziehungen zu den EG hätten ab den Freihandelsabkommen von 1972 bis in die 1980er-Jahre hinein nur stagniert. Für Kreisky gab es aber klare Begrenzungen: Staatsvertrag und Neutralität sowie letztlich Österreichs Souveränität. Ein Faktum war allerdings auch für ihn zur Kenntnis zu nehmen: Österreichs Außenhandel war in den 1970er-Jahren von der Dominanz der Verflechtungen mit dem EG-Raum und hierbei v. a. mit der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet, wenngleich der EFTA-Anteil beträchtlich ausgebaut werden konnte und erst zu Beginn der 1980er-Jahre einen rückläufigen Trend aufwies. Die österreichischen Exporte in die Oststaaten, ein besonderes Anliegen von Kreisky, zwischen zehn und 15 %, stellten weiterhin einen nicht zu unterschätzenden Faktor für die österreichische Außenwirtschaft dar. Seine Außen- und Europapolitik, die Kreisky deutlich mehr an internationalen und globalen als an europäischen Fragestellungen orientierte, behielt weiter Vorrang vor einer zu intensivierten Teilnahme an der europäischen Integration und nahm wenigstens zeitweise Wachstumsminierungen in Kauf, um die Neutralität zu wahren und damit die Souveränität zu behaupten. Kreisky legte stets auf zwei weitere Grundkonstanten Wert: Koordination mit den übrigen neutralen Mitgliedern der EFTA sowie ihren Fortbestand. Er betrieb eine Politik in Wartestellung gegenüber der EG, die offen war für Annäherungen. In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre wurden neue Akzente gesetzt. Auf Initiative des Bundeskanzlers fand am 13. Mai 1977 eine EFTA-Gipfelkonferenz in Wien statt, bei der in einem 10-Punkte-Programm zwar einerseits für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der EFTA, koordinierte Anstrengungen zur Sicherung des Freihandels, aber auch für eine Ausweitung der Kooperation mit der EG plädiert wurde.¹⁹³

Weitere Befunde machen auch darauf aufmerksam, dass Kreisky das Verhältnis zur EG dynamisieren wollte, zumal es auch Druck seitens der Opposition (Industriellenvereinigung, Wirtschaftsbund, ÖVP) gab. Der erfolgreiche Abschluss der Währungsgespräche in Brüssel zur Schaffung eines Europäischen Währungssystems (EWS) im Dezember 1978 veranlasste Kreisky an Helmut Schmidt in dessen Funktion als Präsident des Europäischen Rates heranzutreten: Die Schaffung einer Zone stabiler Wechselkurse in einem großen Teil Europas sei für Österreich von großer Bedeutung. Österreich habe durch seine bisherige Währungspolitik aktiv dazu beigetragen, die seit dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods entstandenen internationalen Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Wechselkurse auf ein erträgliches Maß zu beschränken und sich in seiner Kurspolitik „de facto seit vielen Jahren der Wechselkurspolitik, der sogenannten ‚Schlange‘, nahegehalten“. Es erschien Kreisky umso wichtiger, die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen Österreich, „unter Wahrung aller seiner legitimen Interessen“, „mit dem neuen System flexibel zusammenarbeiten“ könne. Die geographische Lage und die wirtschaftliche Verflechtung Österreichs mit Europa ließen eine

193 Paul Luif, Der Weg zum 12. Juni: 1955, 1957, 1962, 1972/73, in: Anton Pelinka (Hg.), EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung 6), Wien 1994, S. 23–48, hier S. 44.

solche Mitarbeit seiner Auffassung nach „für alle Teile nützlich erscheinen“. Kreisky bat daher Schmidt „Österreich die Gelegenheit zu geben, die für beide Seiten sich ergebenden Fragen zu prüfen, wobei Form und Vorgangsweise nach beidseitigem Interesse abgestimmt werden“ sollten.¹⁹⁴

Der deutsche Bundeskanzler reagierte positiv. Kreiskys Hinweise auf die geographische Lage und die engen wirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs mit der EG und die Nützlichkeit einer möglichen Mitarbeit Österreichs „für alle Teile“ wurden von Schmidt „voll geteilt“. Im Interesse der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen begrüßte er es sehr, wenn sich Österreichs Regierung zu einer Zusammenarbeit mit dem neuen System entschließen könnte. Schmidt hatte Kreiskys Schreiben sofort Finanzminister Hans Matthöfer sowie dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank Otmar Emminger zur Kenntnis gebracht. Gleichzeitig hatte Schmidt Matthöfer gebeten, „sich möglichst bald mit Herrn Finanzminister [Hannes] Androsch in Verbindung zu setzen, um die Probleme zu erörtern, die mit einer Mitarbeit Österreichs an dem System verbunden sind“. Schmidt hegte die Hoffnung, „daß diese Gespräche bald abgeschlossen werden können und auch die anschließenden Verhandlungen zwischen den Notenbanken erfolgreich verlaufen“.¹⁹⁵

Damit war auf höchster politischer Ebene zwischen der Bundesrepublik und Österreich bereits im Dezember 1978 Einverständnis über eine Einbindung des österreichischen Schilling in das EWS und eine zukünftige Kooperation mit demselben erzielt worden. Die Fühlungnahme Kreiskys verlief jenseits der öffentlichen Wahrnehmung. Sie führte letztlich nach Klärung der technischen Fragen zu einer weitgehenden EWS-Mitwirkung Österreichs, welches aufgrund seiner Schilling-Währung und deren enger Anlehnung, ja Anbindung an die D-Mark implizit in das EWS eingeführt werden sollte und die entsprechenden Schritte umsetzte. Österreich war damit stiller Teilnehmer der westeuropäischen Währungsintegration. Bei allen Vorteilen der Währungsstabilität und Währungssicherheit: Damit war währungspolitisch bereits ein gewisses Maß an Souveränität an das integrierte Europa abgetreten worden, was auch Kreisky wusste.¹⁹⁶

Nach der Ära Kreisky (1970–1983) war in Österreich eine Koalition aus SPÖ und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) gebildet worden. 1985 begann sich das Bild des Landes in der Welt gehörig zu ändern, auch wenn dies zunächst in einem kleineren Rahmen begann. Anfang des Jahres 1985 ereignete sich die „Reder-Frischenschlager-Affäre“, als der österreichische Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) den ehemaligen SS-Major Walter Reder bei

194 Der Bundeskanzler der Republik Österreich, Bruno Kreisky, an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, 12.12.1978, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdSD), Bonn, Bestand Helmut Schmidt, Mappe 6604.

195 Bundeskanzler Helmut Schmidt an Bundeskanzler Bruno Kreisky, 20.12.1978. AdSD, Bestand Helmut Schmidt, Mappe 6604.

196 Michael Gehler, Bruno Kreisky, European Integration, the German Issue and Transnational Socialist Party Cooperation, in: Johnny Laursen (Hg.), *The Institutions and Dynamics of the European Community, 1973–83*, Baden-Baden 2014, S. 243–273, hier S. 261–267.

seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft in Italien per Handschlag begrüßte.¹⁹⁷ Im Sommer 1985 wurde der „Weinskandal“, die Verseuchung österreichischen Weins mit Diethylenglykol, aufgedeckt.¹⁹⁸ Ende des Jahres wurde die mit milliardenschweren Verlusten behaftete „VÖEST-Krise“, die einen ihrer Ursprünge in den DDR-Geschäften hatte, publik. Mit der „Affäre Waldheim“ ab 1986 war der internationale Ruf Österreichs definitiv schwer beschädigt.¹⁹⁹

In den Jahren 1986–1988 wurde heftig über Österreichs Bundespräsidenten Kurt Waldheim debattiert. Auslöser war dessen Umgang mit seiner Kriegsvergangenheit als Wehrmachtsoffizier am Balkan, wo sich Kriegsverbrechen ereignet hatten. Als Aufdecker, Enthüller und Skandalisierer fungierten das Nachrichtenmagazin *profil* und der World Jewish Congress (WJC) sowie Teile des SPÖ-Führungsumfelds und internationale Medien. Die politische Affäre wirkte über die Grenzen des Landes hinaus und das internationale Echo stark zurück. Österreich musste sich mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzen. Waldheim wurde von den USA auf die *watch list* gesetzt, was einem Einreiseverbot als Privatperson und damit auch als Bundespräsident gleichkam. Sonderbotschafter (Karl Gruber, Fritz Molden und Hans Reichmann) waren im Einsatz und eine internationale Historikerkommission urteilte kritisch über Waldheim, konnte aber keine Kriegsverbrechen feststellen, gleichwohl aber eine spezifische Mitwisserschaft und Unterlassungen nachweisen.²⁰⁰

Die Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten, die viel mehr wegen der anhaltenden internationalen Kritik an seiner Person als trotz dieser erfolgte, führte zum Rücktritt von Bundeskanzler Fred Sinowatz. Ihm folgte Franz Vranitzky als Regierungschef nach. Nur wenige Wochen später am 13. September 1986 wurde Jörg Haider auf dem Innsbrucker Parteitag der FPÖ in einer Kampfabstimmung zum neuen Parteiobmann gewählt. Dies bedeutete eine Abkehr vom liberaleren Kurs Norbert Stegers und eine Stärkung des rechten Flügels der Partei. Für Vranitzky war eine solche Wandlung der FPÖ inakzeptabel und er beendete die Koalition. Trotz schlechter Umfragewerte riskierte er Neuwahlen, die bereits am 23. November 1986 stattfanden. Diese brachten der SPÖ zwar erhebliche Verluste, es gelang aber, die ÖVP auf Distanz zu halten. Die FPÖ hatte mit einem populis-

197 Barbara Tóth, Der Handschlag. Die Affäre Frischenschlager – Reder, Innsbruck/Wien 2017.

198 Jakob Perschy, Der Weinskandal – Ein Desaster mit exzellenten Ergebnissen, in: Burgenländisches Landesarchiv (Hg.), 9 Jahrzehnte – 9 Themen. Eine Nachlese zu 90 Jahre Burgenland (Burgenländische Forschungen 103), Eisenstadt 2012, 143–146; Sebastian Pumberger, Na dann: Prost! (Agenda: Weinskandal), in: Der Standard, 4./5./6. April 2015, S. 4–5.

199 Barbara Tóth/Hubertus Czernin (Hg.), 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte, Wien 2006; Michael Gehler, „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes ...“. Die Waldheim-Affäre 1986–1992, in: ders./Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur/Wien/München 1995, 2. Auflage: 1996, Nachdruck: Innsbruck/Wien/Bozen 2008, S. 614–665.

200 Zuletzt Michael Gehler, Die Affäre Waldheim. Eine Fallstudie zur Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit zur politischen Vorteilsverschaffung 1986–1988, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 69 (2018) 1/2, S. 67–85.

tischen Wahlkampf ihren Stimmanteil verdoppelt. Den Grünen gelang erstmals der Einzug in den Nationalrat. Im Januar 1987 wurde nach über zwanzig Jahren erneut eine große Koalition unter Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) gebildet. Österreichs Außenpolitik wurde seitens bürgerlich-konservativer Seite von Alois Mock (ÖVP) übernommen und im Wesentlichen auf westeuropäische Belange konzentriert.²⁰¹ Vor diesem Hintergrund schickte sich Österreich an, ein engeres Verhältnis zu den Europäischen Gemeinschaften anzustreben.

Mock hatte ein sehr gutes Arbeitsverhältnis zum deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl, der dem österreichischen Integrationsanliegen schon sehr früh wohl gesonnen gegenüberstand. Es setzte am Ballhausplatz zunächst eine beträchtliche Europäisierung der österreichischen Politik ein, was sich durch eine breitere Europa-Berichterstattung in den Medien und in deren Folge auch durch eine Internationalisierung der öffentlichen Debatte manifestierte. Sodann erfolgte eine gezielt angestrebte Anpassung des österreichischen Rechtssystems an den gemeinschaftlichen Rechtsbestand (*acquis communautaire*), welcher zunehmend wichtiger werden sollte als die nationale Gesetzgebung. Weiters wurden mit dem intensivierten Integrationsprozess notwendige Reformimpulse für das politische System gegeben, die langfristig nicht nur zu einer Veränderung von österreichischen Institutionen führen, sondern auch bereits zur dringend gewordenen Budgetsanierung beitragen sollten.²⁰²

Der nach den Annäherungen an die Europäischen Gemeinschaften in den 1970er-Jahren nun tatsächlich einsetzende Aufbruch Österreichs nach Europa bis zum EU-Beitritt kann mit fünf Schritten gekennzeichnet werden: 1. Intensivierung der Debatte über die EG in Österreich korrespondierend mit einer Europäisierung der innerösterreichischen politischen Diskurse und der Artikulation des Partizipationsdesiderats (1987–1989), verbunden mit dem „Brief nach Brüssel“ (Beitrittsantrag) vom 14. Juli 1989, überreicht am 17. Juli; 2. Evaluation des Beitrittskandidaten durch Avisierung der Kommission (1989–1991); 3. Antizipation und Implementierung des *acquis communautaire* (1990/91–1994); 4. Kommunikation in formellen Verhandlungen mit der EG/EU (1993–1994); 5. Aufnahme in die Europäische Union (ab 1. Januar 1995).²⁰³ Zurück in das Jahr der Bildung der Großen Koalition.

Nicht zuletzt aufgrund der *watch list*-Entscheidung der USA im April 1987 kam Bundeskanzler Vranitzky mehr außenpolitische Verantwortung zu, der die internationale Ächtung und außenpolitische Isolation Waldheims – er erhielt während seiner Amtszeit von 1986 bis 1992 keine Einladung zu einem offiziellen Staatsbesuch aus einem Land des Ostens und des Westens – dazu nutzen konnte, sich vermehrt internationales Ansehen zu erwerben. Das Bild Österreichs hatte hingegen gelitten – auch in der Bundesrepublik. Botschafter Friedrich Bauer berichtete im Sommer 1987 nach Wien:

201 Siehe hierzu zusammenfassend: Gehler, Österreichs Weg, S. 102–106.

202 Gehler, Vom Marshall-Plan zur EU, S. 167–170, 181–187.

203 Ebd., S. 209.

„Das Image Österreichs in der Bundesrepublik hat sich signifikant verschlechtert. Um diese Feststellung wird man, spricht man mit der Bevölkerung, Entscheidungsträgern und Medienvertretern, nicht herumkommen. Wenn auch noch große Sympathien und Wertschätzung für unser Land bestehen, so haben doch Glykol, ein ‚Krank- (bzw. Tod) beten‘ [sic!] unserer Wirtschaft, die Ereignisse um den Herrn Bundespräsidenten sowie neuerdings die Berichte über Antisemitismus unseren Ruf beeinträchtigt.“²⁰⁴

204 Zu den einzelnen Punkten führte Bauer im Detail aus: „Die ‚Glykolaffäre‘ hat gegenüber dem Vorjahr dabei an Bedeutung verloren. Man lacht heute mehr darüber, als daß man sich noch ärgert. Allerdings ist auch Lächerlichkeit, besonders aber die oft damit verbundenen Charakteristiken ‚Unverlässlichkeit‘ und ‚mangelnde Seriosität‘, schädlich. Wenn auch der Einfluß des Glykols auf das bundesdeutsche Bild von Österreich abgenommen hat, so ist es keineswegs vergessen und mag sich im Zusammenhang mit einer anderen, im Endeffekt viel bedeutsameren Entwicklung auswirken: Seit mehreren Monaten zeichnen seriöse deutsche Printmedien wie Handelsblatt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung ein sehr negatives Bild der österreichischen Wirtschaft. Es findet dabei weder eine Polemik noch gar eine Verfälschung von Fakten statt, sondern es werden, in fast allen Fällen unter Zitierung österreichischer Quellen, negative Ereignisse und Meldungen besonders unterstrichen. Insgesamt entsteht dadurch der Eindruck, daß Österreich knapp vor einer größeren wirtschaftlichen Krise steht. Kontakte der Botschaft mit wichtigen Vertretern der Wirtschaft und der politischen Szene zeigen, daß man zwar die Wirtschaftssituation in Österreich nicht so düster einschätzt wie dargestellt, die negativen Berichte aber deutliche Spuren hinterlassen haben. Die besondere Gefahr liegt aber nach ha. Ansicht darin, daß die genannten deutschen Medien von maßgeblichen internationalen Wirtschaftskreisen aufmerksam gelesen werden. Auswirkungen, z. B. auf die Bankrate für österreichischerseits aufgenommene Kredite, wären daher nicht überraschend. Die Berichterstattung über die Ereignisse um den Herrn Bundespräsidenten hat die Bundesrepublik weniger berührt als viele andere westliche Länder. Allerdings ist das in der Regel geäußerte Unverständnis für die Kampagne und insbesondere für die US-Maßnahmen meist gepaart mit einer negativen Beurteilung des Verhaltens des Herrn Bundespräsidenten gegenüber den erhobenen Vorwürfen. Wesentlich beunruhigender ist jedoch die nunmehr auftretende Tendenz, Österreich als antisemitisches Land abzustempeln, das nicht bereit ist, (gemeinsame) geschichtliche Verantwortung zu tragen. [...] Die besonderen Voraussetzungen der Bundesrepublik führen auch zu einer besonderen Einschätzung der Entwicklung. Einerseits wird nicht ungern gesehen, daß nun auch Österreich auf einem Gebiet zur Verantwortung herangezogen wird, wo die Bundesrepublik bisher allein gestanden ist: Es bereitet sicherlich vielen Schadenfreude, zu beobachten, daß das aus hiesiger Sicht österreichische ‚Hinausschleichen‘ aus der Geschichte des 2. Weltkrieges ein Ende gefunden hat. Ausserdem erhofft man sich mancherorts, daß dadurch von eigenen rechtsradikalen Entwicklungen, der Historikerdiskussion, Bitburg usw. abgelenkt wird. Andererseits befürchtet man ein ‚Überschwappen‘ der Kampagne auf die Bundesrepublik. Viele der heutigen politischen Entscheidungsträger haben eine ähnliche Vergangenheit wie der Herr Bundespräsident. Antisemitische Strömungen sind hier keineswegs ausgerottet und können jederzeit – auch im Zusammenhang mit dem zwar derzeit nicht aktuellen, aber latent immer noch vorhandenen Fremdenhaß – ausbrechen.“ Bauer hielt es daher für „dringend erforderlich“ dem gegenwärtigen Bild der österreichischen Wirtschaft und dem „Antisemitismusimage“ entgegenzuwirken sowie das Gedenken an den 50. Jahrestag des „Anschlusses“ von 1938 im Folgejahr sorgfältig vorzubereiten. Siehe Botschafter Bauer an BMAA, Bonn, 22. Juli 1987, Zl. 314-Res/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, Res-Berichte Bonn (Hervorhebungen im Original). Siehe dazu auch: Katrin Hammerstein, Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich, Göttingen 2017.

Bundeskanzler Vranitzky besuchte vom 4. bis 6. November 1987 offiziell die Bundesrepublik. Die Notwendigkeit der skizzierten integrationspolitischen Schritte ließe sich allein aus der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Österreich und der Bundesrepublik begründen. In der für den Kanzler erstellten „Wirtschaftsinformation“ stand zu lesen: „Im bilateralen Warenverkehr ist die BRD für Österreich deutlich wichtiger als umgekehrt. Im deutschen Export kommt Österreich als Handelspartner erst an 8. Stelle. [...] Für Österreich ist die BRD jedoch bei weitem der wichtigste Handelspartner.“ Im Jahr 1986 hatten sich die österreichischen Exporte in die Bundesrepublik auf gut 112 Milliarden österreichische Schilling belaufen – Tendenz weiter steigend. Die Importe Österreichs hatten fast den Wert von 180 Milliarden erreicht. In den ersten acht Monaten des Jahres hatten die österreichischen Einfuhren aus der Bundesrepublik einen Anteil von 43,8 % am gesamten Import des Landes. Obwohl es Österreich in der vorangegangenen Dekade gelungen war, seinen Marktanteil in der Bundesrepublik auszubauen, während der westdeutsche Marktanteil in Österreich „ziemlich konstant“ geblieben war, hatte sich das österreichische Defizit im bilateralen Handel „stetig vergrößert“ und kratzte beständig an der 70-Milliarden-Schilling-Marke. Dass ein derartiges Defizit auf Dauer verkraftbar war, lag an den Besonderheiten der ökonomischen Verflechtung der beiden Nachbarstaaten. Während die Österreicher nicht in überwältigend hohen Zahlen ihren Urlaub in der Bundesrepublik verbrachten und dort „nur“ 20 Milliarden Schilling ausgaben, hatten die bundesdeutschen Urlauber einen Anteil von mehr als 65 % an den gesamten Nächtigungen von Ausländern in Österreich und gaben hier rund 60 Milliarden Schilling aus, was 57 % der Gesamteinnahmen ausmachte. Dies war ein massiver Ausgleich für das Handelsbilanzdefizit.²⁰⁵

Einer der alljährlich wiederkehrenden Stammgäste aus der Bundesrepublik war übrigens Bundeskanzler Helmut Kohl, der Sommer für Sommer in St. Gilgen am Wolfgangsee abstieg und seine Anwesenheit stets zu informellen Arbeitsgesprächen mit österreichischen und anderen urlaubenden Politikern aus aller Welt nutzte. Mit Vranitzky war er sowohl im Sommer 1986 als auch 1987 zusammengetroffen. Leider wissen wir bisher nichts über die Inhalte seiner Gespräche mit Kohl, dem üblicherweise ein „besonderes“ Naheverhältnis und spezifisches Verständnis für Österreich nachgesagt wird.²⁰⁶

205 Wirtschaftsinformation für den Herrn Bundeskanzler anlässlich des offiziellen Besuches des Herrn Bundeskanzlers vom 3.–5. November 1987 in der Bundesrepublik Deutschland, Stand 30. Oktober 1987, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, Bestand AP, Karton „BK – Ungarn, BK – BRD (Bonn), BK – Belgien, BK – Berlin, BK – Paris 3.–5. Feb. 88, BK – Spanien“, Mappe „BK – BRD“ (Hervorhebungen im Original).

206 Siehe dazu: Hanns Jürgen Küsters, Helmut Kohl, Österreich und die europäische Integration, in: Historisch-Politische Mitteilungen 20 (2013), S. 1–16. Siehe auch: idem, Europa- und Integrationspolitische Strategien Helmut Kohls vor und nach der Wende 1989/90, in: Thomas Fischer/Michael Gehler (Hg. unter Mitarbeit von Claudia Schmidt-Hahn), Tür an Tür. Vergleichende Aspekte zu Schweiz, Liechtenstein, Österreich und Deutschland. Next Door.

Zu Vranitzkys Besuch in der Bundesrepublik im Rahmen dessen er zu Gesprächen mit Kohl, Genscher und auch Vertretern der SPD zusammenkam, konnte bisher kein österreichisches Gesprächsprotokoll ausfindig gemacht werden.²⁰⁷ Die Vorbereitungsunterlagen des Kanzlers machen ausgehend von der wirtschaftlichen Dimension deutlich, welchen Stellenwert das Thema Österreich und die europäische Integration in seinen Gesprächen haben sollte. Noch ging es aber nicht direkt um die Frage einer österreichischen Mitgliedschaft, über die die innerösterreichische Entscheidung noch ausstand, sondern zu allererst um die Möglichkeiten einer österreichischen Teilhabe am sich formierenden Binnenmarkt. Was die beiden Regierungschefs unter vier Augen ohne „Note-taker“ besprachen, wissen wir nicht. Die deutsche Aufzeichnung über den weiteren Verlauf des Gesprächs hält fest, dass Vranitzky „abschließend kurz auf die Haltung seines Landes zur EG zu sprechen“ kam und erklärte, „die Frage einer Mitgliedschaft stünde jetzt nicht im Vordergrund“. Kohl ging „davon aus, daß sich diese Frage Mitte der 90er Jahre stellen werde“.²⁰⁸

In der bundesdeutschen Medienberichterstattung stand das Thema Österreich-EG im Mittelpunkt. Während Kohls Haltung als Unterstützung Österreichs gewertet wurde, war auch das Bild einer österreichischen „Rosinenpickerei“ präsent.²⁰⁹ *Die Welt* berichtete bereits im Vorfeld des Besuchs auf Basis eines Gesprächs mit Vranitzky, dass dieser „in Bonn Beistand für die Verhandlungen mit der EG“ suche.²¹⁰ Nach dem ersten Besuchstag verlautete der Berliner *Tagespiegel*: „Bonn will Bemühungen Wiens um Annäherung an die EG unterstützen.“²¹¹ Vranitzky hatte sich während des Besuchs auch klar deklariert, ein „EG-Beitritt [sei] möglich“ und die Neutralität stelle „kein Hindernis“ dar.²¹² Gleichzeitig betonte er vor dem Hintergrund der Annäherung einiger Warschauer-Pakt-Staaten an die EG-Länder Österreichs Funktion als „Brücke zwischen West und Ost“.²¹³

Aspects of Switzerland, Liechtenstein, Austria and Germany in Comparison (Institut für Geschichte der Universität Hildesheim, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 9), Wien/Köln/Weimar 2014, S. 293–308.

207 Weder im Depositum Vranitzky im Kreisky-Archiv (wo eine umfangreiche Sammlung Medienberichte erhalten ist) noch im Österreichischen Staatsarchiv. Im einschlägigen Akt des BMAA ist eine vollständige Dokumentation inklusive der seitens des Außenministeriums erarbeiteten Vorbereitungsmaterialien bis zum Besuchsbeginn erhalten. Ein Protokoll wurde dem Akt offenbar niemals hinzugefügt. Siehe: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 518.01.12.

208 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Bundeskanzler Vranitzky, 4. November 1987 (= Dokument 306), in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1987, S. 1541–1545, hier S. 1545.

209 Für eine umfangreiche Sammlung von Zeitungsausschnitten siehe: Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, Bestand AP, Karton „BK – Ungarn, BK – BRD (Bonn), BK – Belgien, BK – Berlin, BK – Paris 3.–5. Feb. 88, BK – Spanien“, Mappe „BK – BRD“.

210 *Die Welt*, 3. November 1987.

211 *Tagespiegel*, 5. November 1987.

212 *Süddeutsche Zeitung*, 6. November 1987, S. 7.

213 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. November 1987, S. 1–2.

Als genereller Eindruck der Berichterstattung des westdeutschen Blätterwalds kann festgehalten werden, dass man erwartete, Österreich würde den Schritt Richtung Beitritt wagen. *Der Spiegel* hielt vor dem Hintergrund der Entwicklung zum Binnenmarkt mit Blick auf das große Ganze fest:

„Nun finden alle, daß die Zeit reif ist für eine Korrektur der alten Positionen. Am weitesten haben sich die Österreicher auf dem Weg nach Brüssel vorgewagt. Bundeskanzler Franz Vranitzky machte vergangene Woche in Bonn kein Hehl daraus, daß die Annäherung Wiens an die EG das wichtigste Thema seiner Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl war und daß er fest auf deutsche Unterstützung baut.“²¹⁴

Helmut Kohl stand dem österreichischen EG-Beitrittsanliegen seit 1987/88 überaus positiv gegenüber. Im Alpentransit sah er dabei das größte zu überwindende Hindernis. Zunächst musste allerdings noch der innerösterreichische Klärungsprozess voranschreiten. In der Koalition gab es jedoch unterschiedliche außenpolitische Präferenzen und Zugänge zur Integrationspolitik. Vranitzky betrachtete den mittelosteuropäischen Raum eher von einer nüchternen Warte²¹⁵ – im Unterschied zu Erhard Busek (ÖVP), wie er selbst einräumt:

„Es gab mehrere Ansätze unter der Überschrift ‚Mitteleuropakooperation‘. Ich bemühte mich dazu auf der bilateralen Ebene mit den jeweiligen Regierungen – notwendigerweise schon vor der sanften Revolution und selbstverständlich danach. Erhard Busek leistete wichtige Schrittmacherdienste durch Kontakte mit den ‚Dissidenten‘ während der KP-Zeit, von denen nicht wenige ‚danach‘ wichtige Funktionen bekleiden und bekleideten.“²¹⁶

Der Blick von außen bestätigt den pragmatischen Zugang Vranitzkys und eine Priorität für die Annäherung an die EG. Der deutsche Journalist Theo Sommer meinte hierzu:

„Gedankliche Versuchungen wie das mythische Konzept ‚Mitteleuropa‘ oder das italienische Konstrukt der ‚Pentagonale‘ waren dem Bundeskanzler Vranitzky eher suspekt, jedenfalls als politische Projekte. ‚Auf keinen Fall eine Alternative oder ein Ersatz für die EG‘, befand er bündig. Den Beitrittsantrag stellte er in Brüssel unter zwei Aspekten. Zum einen: ‚... daß es nach der Festlegung des Binnenmarktes für uns notwendig ist, dabei zu sein.‘ Zum anderen: ‚... daß wir zum europäischen Integrationsprozeß einen wichtigen Beitrag leisten können.“²¹⁷

214 *Der Spiegel*, 9. November 1987, S. 95.

215 Siehe hierzu im ersten Überblick: Michael Gehler, *Paving Austria's Way to Brussels: Chancellor Franz Vranitzky (1986–1997) – A Banker, Social Democrat and Pragmatic European Leader*, in: *Journal of European Integration History* 18 (2012) 2, S. 159–182.

216 Persönliche schriftliche Mitteilungen von Dr. Franz Vranitzky an Michael Gehler, 5. Juni 2008, S. 3; Armin Thurnher, *Franz Vranitzky*, *Franz Vranitzky im Gespräch mit Armin Thurnher*, Frankfurt am Main 1992, S. 75.

217 Theo Sommer, *Österreich, Deutschland und darüber hinaus*, in: Edi Keck/Karl Krammer/Heinz Lederer/Andreas Mailath-Pokorny/Oliver Rathkolb (Hg.), *Die ersten 10 Jahre. Franz Vranitzky* Wien 1996, S. 146–155, hier S. 152.

Vranitzky räumte den Ereignissen 1989/90 in seinen Erinnerungen keinen prominenten Platz ein. Innenpolitik dominiert seine Darstellung. Mitteleuropa hatte für ihn eine geographische Dimension ohne Politikgehalt, allerdings mit einer spezifisch wirtschaftlich-kulturellen Dimension:

„Von Mitteleuropa als politischer Einheit oder politischem Projekt halte ich gar nichts – noch weniger von einem mythischen Konzept Mitteleuropa. Da spielt zu sehr die Sehnsucht nach einer gar nicht so guten alten Zeit mit. Mitteleuropa ist für mich ein geographischer Begriff, in dessen Rahmen sich bestimmte Kooperationen der Regionen durchaus sinnvoll durchführen lassen, er stellt jedoch keine Alternative zum Projekt der westeuropäischen Integration dar.“²¹⁸

Vranitzky war international, allerdings keineswegs einseitig westorientiert:

„So verstanden, geht der Europagedanke weit über das hinaus, was heute Brüssel darstellt. Ich füge hinzu, daß ein umfassend kulturell verstandenes Europa nicht ausschließlich westlich fixiert sein darf. Es wäre kurzsichtig, auf das kreative Potential Osteuropas mutwillig oder fahrlässig zu verzichten. Hochmut steht uns im Westen nicht an. Wir sollten versuchen, unsererseits auch vom Osten zu lernen.“²¹⁹

Im Unterschied zu Mock fiel Vranitzkys Verhältnis zur EG nüchtern aus. Mock war „glühender Verfechter“, während Vranitzky als „milder Befürworter“ galt.²²⁰ Die Große Koalition in Wien hatte erhebliche Abstimmungsprobleme und agierte nicht einheitlich. Eifersucht und Kompetenzstreitigkeiten erzeugten immer wieder Uneinigkeit. Dennoch war es gelungen, den Entschluss zum Beitrittsantrag zu fassen und diesen inmitten des Revolutionsjahres 1989 in Brüssel zu deponieren. Nur wenige Monate, nachdem man das Beitrittsgesuch in Brüssel deponiert hatte, fand sich dieses im Schatten der deutschen Frage wieder.

Mit dem 9. November 1989 hatten sich die Ausgangsbedingungen für den österreichischen EG-Beitrittswunsch fundamental verändert. In Bonn gab es zunächst zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt partielle und temporäre Auffassungsunterschiede gegenüber Österreichs EG-Annäherungskurs, allerdings nur in Nuancen. Die österreichische Sorge vor einer Vorzugsbehandlung der DDR als eigener EG-Beitrittskandidat sollte nicht unberechtigt sein. Bonn betonte ausgehend von Jacques Delors' Auffassung nun die Sonderfall-These für die DDR: Österreichs EG-Ambitionen sollten deswegen nicht zurückgestuft werden, faktisch traten sie jedoch automatisch in den Hintergrund. Mock bekannte sich – wie zu zeigen sein wird – als erster Außenminister in Europa eindeutig und entschieden zur deutschen Einheit und vertrat parallel dazu weiterhin die österreichische Priorität für den EG-Beitritt. Bundesdeutsche Ermutigungen zu mehr Aktivität gab es zwar seitens Bonns. Alle Beschwichtigungen und

218 Thurnher/Vranitzky, Vranitzky im Gespräch, S. 86.

219 Ebd., S. 49.

220 Österreich: Debatte über das strittige Thema Europa: Die Angst vor dem Echo aus Brüssel, in: Süddeutsche Zeitung, 30. Juni 1989.

Besänftigungen halfen jedoch nur wenig. Österreichs Beitrittsge- such trat für Brüssel 1990 völlig zurück. Vor dem Hintergrund der sich vollziehenden deutschen Einheit und angesichts der gesamtdeutschen Wahlen Ende 1990 sank das Bonner Interesse am österreichischen EG-Beitritt. Nach erfolgreich geschlagener Wahl in Deutschland bekräftigte Kohl die Unterstützung für Österreichs EG-Beitritt, relativierte aber seine frühere überaus optimistische Prognose für den Zeitpunkt. Es galt, sich auf ein längeres Warten einzustellen: Die deutsche Einheit musste in der EG erst verarbeitet, der Binnenmarkt geschaffen und ein neuer Unionsvertrag ausgearbeitet werden. In der Folge riet Kohl aber von einem Umweg über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab und empfahl den direkten Weg zur EG. Mit seiner Vorhersage des Beitritts im Jahre 1995 lag er goldrichtig und Einwände wegen Österreichs Neutralität von Teilen der Kommission, EG-Mitgliedern und aus Kreisen der Europäischen Volkspartei (EVP) blieben folgenlos.²²¹

Die Frage der deutschen Einheit war ein parteienübergreifendes Anliegen auch österreichischer Politik. So sehr sich Mock hier für Kohls Position aufgeschlossen zeigte, so war dies auch in früheren Zeiten schon auf sozialdemokratischer Ebene so auch gegeben. Als Bundeskanzler Bruno Kreisky und sein westdeutscher Counterpart Helmut Schmidt im Mai 1980 zusammentrafen, sprach der deutsche Kanzler auch die Frage der „Wiedervereinigung“ an und meinte, dass diese für Frankreich „wie auch für andere Nachbarn“ trotz aller sonstigen Übereinstimmung bei der Bewertung der internationalen Lage „nicht ganz unproblematisch“ sei. Kreisky warf ein: „für Österreich nicht“.²²²

Kreisky tätigte diese Aussage aus Überzeugung, auch wenn er keinesfalls damit rechnete, dass diese Frage bald zurück auf die Tagesordnung der Weltpolitik kommen würde. Seine Politik gegenüber den sozialistischen Staaten war vor dem Hintergrund der verschärften internationalen Lage eben entspannungsorientiert. Daher galt es, die Beziehungen zur DDR insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht zu intensivieren und den Dialog fortzusetzen. Genau diese Politik führte aber letztendlich dazu, dass Österreichs Haltung zur Frage der deutschen Einheit eher ein Lippenbekenntnis war, das seiner Überprüfung um den Jahreswechsel 1989/90 schließlich nicht in dieser Deutlichkeit standhielt. Nach der Überwindung eines gewissen Missfallens gegenüber der österreichischen DDR-Politik Anfang der 1980er-Jahre waren die österreichisch-bundesdeutschen Beziehungen abgesehen von kleineren Nachbarschaftsproblemen wie der Transitfrage, grenznahen Atomkraftwerken, etc. Mitte der 1980er-Jahre weitgehend problemfrei.²²³

Die in der Bundesrepublik medial mittlerweile als „Skandalrepublik“ in Verruf geratene Alpenrepublik fand bei der Bonner politischen Führung sogar Verständnis. Dies wurde insbesondere im Gespräch Mocks mit Kohl in Bonn im Oktober 1987 deutlich. Mit seinem Amtskollegen Genscher tauschte sich der öster-

221 Gehler, Von der Befürwortung zur Verzögerung und Verhinderung, S. 343–347.

222 Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundeskanzler Kreisky, 6. Mai 1980 (= Dokument 136), in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1980, S. 706–717.

223 Siehe dazu Dok. 2.

reichische Außenminister intensiv über die Entspannungspolitik sowie über die Hoffnungen und Ungewissheiten betreffend Gorbatschows Reformpolitik aus.²²⁴

Bereits früh im Jahr 1987 hatte Genscher in einer Rede in Davos gefordert „Gorbatschow beim Wort zu nehmen“. Im Verlauf des Jahres hatte sich aber gezeigt, dass dies kein bundesrepublikanischer Konsens war. Nicht nur Kanzler Kohl war skeptischer, auch im Auswärtigen Amt wurde eine vorsichtigere Sicht der Dinge eingeräumt. Aus Sicht der österreichischen Diplomatie oszillierte die Außenpolitik der Bundesrepublik in jenen Jahren zwischen Westbindung und Ostpolitik hin und her, was wiederum die Beziehungen Bonns sowohl mit Ost als auch West in mannigfaltiger Weise beeinflusste und stets Rücksichtnahmen notwendig machte. Botschafter Bauer schloss: „Eine schmerzliche Lage für ein wirtschaftlich grosses Land, das seine aussenpolitische Stärke wegen der vielen Abhängigkeiten nicht voll einzusetzen wagen kann.“²²⁵

Offenkundig war das Bonner Bemühen um eine Verbesserung der Ostbeziehungen. Hierbei stellte das seit jeher komplizierte Verhältnis zu Polen einen Schwerpunkt der österreichischen diplomatischen Berichterstattung dar. Ein endgültiger Durchbruch blieb zunächst sogar mit dem sich transformierenden Regime versagt. Nicht zuletzt, da der als Krönung gedachte Besuch Kohls in Warschau im November 1989 wegen des „Mauerfalls“ unterbrochen werden musste und plötzlich die Frage der „Wiedervereinigung“ und damit auch jene der Grenzen Deutschlands ganz real wieder auf der Tagesordnung stand.²²⁶

Das Verhältnis Bonns zur Sowjetunion war unter Kohl zunächst sehr kompliziert. Moskau gab vorerst klar zu verstehen, dass es – bei aller Annäherung – an der deutschen Teilung festhalten würde.²²⁷ Eine gewisse Nuancierung wurde allerdings bereits anlässlich des Besuchs von Gorbatschow in der Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989 sichtbar. Trotz verschiedener dahinterstehender Zielsetzungen waren im gemeinsamen Kommuniqué erstaunliche Formulierungen zur „Überwindung der Teilung Europas“ und zum Selbstbestimmungsrecht gefunden worden. Die aus unterschiedlichen Gründen sowohl seitens der Bundesrepublik (entspannungs- und deutschlandpolitische) als auch der Sowjetunion (wirtschaftspolitische) gesuchte Annäherung wurde nicht zuletzt aufgrund der Sympathiebezeugungen der westdeutschen Bevölkerung für Gorbatschow im Westen auch mit Sorge verfolgt.²²⁸ Die Sowjetunion gab Österreich zu verstehen, dass das Erreichte nicht überbewertet und keinesfalls als Aufforderung zur Destabilisierung Osteuropas oder gar zu einer intensivierten Wiedervereinigungsdiskussion verstanden werden sollte.²²⁹ Auch das Auswärtige Amt warnte angesichts

224 Siehe Dok. 11.

225 Siehe Dok. 13. Dieser, der westdeutschen Außenpolitik inhärente Dualismus, wirkte auch bereits titelgebend: Stefan Creuzberger, *Westintegration und Neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bundesrepublik*, Berlin 2009.

226 Siehe Dok. 33, 74 und 76.

227 Siehe Dok. 29.

228 Siehe Dok. 41.

229 Siehe Dok. 42 und 48.

der sowjetischen Wirtschaftsprobleme vor übertriebenen Hoffnungen.²³⁰ Aus Sicht der österreichischen Botschaft in Ost-Berlin war die Gorbatschow-Visite – trotz anderslautender vorhergehender Befürchtungen – auch für die DDR „glimpflich“ verlaufen.²³¹

Die österreichische Botschaft in Bonn hatte die seit dem Honecker-Besuch 1987 intensivierte öffentliche Diskussion über die Deutschlandfrage (Wiedervereinigungsanspruch versus staatliche Anerkennung der DDR) aufmerksam verfolgt. Die politische Partizipation in dieser wirkte wie ein aus verfassungsrechtlichen Zwängen resultierender Balanceakt. Trotz aller Rhetorik war jedem Beteiligten klar, dass eine „Wiedervereinigung“ nicht gegen den Willen der Nachbarn und nur friedlich durchzusetzen sein würde. Dennoch schien es eine theoretische Diskussion zu sein, denn nach Ansicht von Botschafter Friedrich Bauer sah „die überwiegende Mehrheit der bundesdeutschen Politiker aller Parteien [...] keine konkreten Aussichten auf [eine] Wiedervereinigung“.²³² Auch nach der Grenzöffnung im September 1989 sprach Bauer nur von einem „Wiedervereinigungs“-Getöse“, das auf die bundesdeutsche Vorwahlkampfatmosphäre und die Auswirkungen von Gorbatschows Reformpolitik auf die in die Krise geratene DDR zurückzuführen sei. Bauer erwartete eine Fortführung der parteiübergreifenden pragmatischen Deutschlandpolitik und hatte den Eindruck, dass niemand „mit einer zwangsläufigen, unaufhaltsamen Eigenentwicklung in Richtung Wiedervereinigung“ rechne. Abschließend vermeldete Bauer nach Wien, dass Bonn – in seiner Hoffnung auf Reformen, nicht aber Destabilisierung der Lage in der DDR – „für jede Einwirkung auf die DDR in Richtung Stabilisierung und Demokratisierung dankbar“ sei, denn „auch der DDR (und gerade auch den reformfreundlicheren Kräften)“ wäre „mit einer Isolierung nicht geholfen“. Hinsichtlich Äußerungen zur Frage einer „Wiedervereinigung“ mahnte er Zurückhaltung an, da Österreich diese im Fall der Fälle weder „herbeiführen“ noch „verhindern“ würde.²³³ Wie sehr seine Einschätzung auch vor dem Hintergrund der „friedlichen Revolution“ Gültigkeit hatte, zeigten die Informationen, die Österreichs Botschaft in Bern Anfang November nach einem Besuch Genschers erhalten hatte. Dort soll der Außenminister die Ansicht vertreten haben, dass die Sowjetunion die Entwicklung in der DDR „laufen lassen“ würde, solange nicht der „Ruf nach Einheit“ ertöne, wovon er auch ausging.²³⁴

Für Österreichs Botschaft in Bonn schien noch Stunden vor dem „Mauerfall“ am 9. November 1989 die sowjetische „Akzeptierung eines deutschen Einheitsstaates auf absehbare Zeit undenkbar“.²³⁵ Den Abend verbrachte Botschafter Bauer laut eigener Darstellung bis zur Gewissheit über die Maueröffnung im

230 Siehe Dok. 43.

231 Siehe Dok. 44.

232 Siehe Dok. 20.

233 Siehe Dok. 59.

234 Siehe Dok. 64.

235 Siehe Dok. 66.

Kreis von CDU-Abgeordneten: „Wir trauten unseren Augen und Ohren nicht. Die Stimmung war weniger fröhlich denn nachdenklich. Als wir uns verabschiedeten, sagte ich zu meinen Gastgebern: ‚Jetzt kommt die Wiedervereinigung.‘ Sie wollten es noch nicht glauben.“²³⁶

4. „Mauerfall“ und „Wiedervereinigung“: Die Haltung Österreichs bis Ende 1989

Während Österreichs Botschafter in Bonn und Ost-Berlin im Rahmen der Botschafterkonferenz des Ballhausplatzes am 8. September 1989 die Ansicht vertraten, dass „niemand in politischer Verantwortung“ eine „Wiedervereinigung“ anstreben würde,²³⁷ sah der in der Zentrale des Wiener Außenamts in der Abteilung „Grundsatzfragen“ tätige Thomas Nowotny Anzeichen dafür. Über die DDR urteilte er, dass es zwar eine gewisse „Heimatverbundenheit“ gebe, eine „Nationalität“ habe sich aber in dem sozialistischen Staat nicht herausgebildet, und auf Dauer erwartete er, dass die soziale Sicherheit keine ausreichende Klammer darstellen würde. Für ihn stand daher die „Wiedervereinigung“ zukünftig „sehr wohl auf der politischen Tagesordnung beider deutscher Staaten“. Der Westen konnte seiner Ansicht nach formell nichts dagegen einwenden, auch wenn „natürlich niemand“ eine „Wiedervereinigung“ wolle. Da diesbezügliche Resentiments allerdings nicht offen ausgesprochen wurden, sprach Nowotny von „eine[r] uneingestandene[n] stumme[n] Furcht“. Zwar teilte er die auch im Westen gehegten grundsätzlichen Befürchtungen vor einem geeinten Deutschland nicht, seine Analyse nahm aber das sich nach dem „Mauerfall“ offenbarende Szenario sehr treffend vorweg.²³⁸ Seitens des Leiters der Ostabteilung des Ballhausplatzes, Ernst Sucharipa, wurde Nowotnys „Essay“ als „Gespensterbahnfahrt“ bezeichnet. Er sah darin eine Verniedlichung der „Dimension eines aus der BRD und DDR bestehenden Deutschlands“, dem „in Ost- (und wohl auch West-) Europa“ weiterhin die „Furcht“, „dass ein solches Gebilde in eine europäische Friedensordnung nicht integriert werden kann“, entgegenstünde. Zudem vertrat er die Ansicht, dass es in der DDR durchaus eine Mehrheit gebe, die die Existenz des Staates bejahe.²³⁹

So sehr sich in der Folge immer wieder Meinungsverschiedenheiten zwischen der Ost- und der Westabteilung des Ballhausplatzes zeigen sollten, so klar war, dass sich die DDR nunmehr dem Wandel in Mittel- und Osteuropa nicht mehr entziehen konnte. Nach der Grenzöffnung durch Ungarn war immer offensichtlicher geworden, dass es kaum noch Rückendeckung aus Moskau gab. Daraufhin

236 Friedrich Bauer, Botschafter in zwei deutschen Staaten. Die DDR zwischen Anerkennung und Auflösung (1973–1990). Die aktive Neutralitätspolitik Österreichs, Wien 2006, S. 266.

237 Siehe Dok. 51a und 51b.

238 Siehe Dok. 57.

239 Siehe Dok. 57, Anm. 1.

begann für die SED-Führung, an deren Basis längst über die Notwendigkeit von Reformen diskutiert wurde, ihr Überlebenskampf. Das Entstehen und Auftreten neuer Oppositionsgruppen vor dem 40. Jahrestag der DDR, dem die SED-Führung trotz aller Krisen alles unterzuordnen schien, wurde von der österreichischen Diplomatie aufmerksam verfolgt. Trotz der Reformverweigerung vermochte Botschafter Franz Wunderbaldinger sich keine Gewaltlösung in Europa vorzustellen.²⁴⁰ Noch vor der Ablöse Honeckers stellte sich die Lage in der DDR wie folgt dar: Auch wenn die Staats- und Parteiführung der DDR seit Jahren „jeden Reformbedarf“ bestritten hatte, war sie nun – nach Massenflucht, wachsender Opposition und sich ausweitenden Protesten – gezwungen zu reagieren. Auch wenn die Tage der SED zunehmend gezählt schienen, hielt man in Wien mit Blick auf die Haltung der Opposition zumindest einen Fortbestand der DDR für wahrscheinlich. Klar war aber: „Die Absicherung der staatlichen Identität hängt jedoch davon ab, ob es zu ausreichend tiefgreifenden Reformen kommt.“²⁴¹

Da es in der DDR politisch und ökonomisch nicht mehr so weitergehen konnte wie bisher, rollten im Oktober reihenweise die Köpfe. Die am 18. Oktober vollzogene Ablöse von Erich Honecker, dem sein „politischer Ziehsohn“ Egon Krenz nachfolgte, und vom Hauptverantwortlichen für die Wirtschaft, Günter Mittag,²⁴² wurde am Ballhausplatz als „die Rettung der DDR vor dem totalen Verfall“ gewertet. Auch wenn die Zukunft alles andere als klar war, rechnete man zunächst mit einer raschen Erholung und damit, dass die DDR „ein noch viel bedeutsamerer Partner für Österreich als in der Vergangenheit werden könnte“ – wie die Stasi treffend zusammenfasste.²⁴³ Da die Demonstrationen aber anwuchsen, wurden die Einschätzungen der österreichischen Diplomatie zur von Krenz verkündeten „Wende“ in der DDR zunehmend pessimistischer. Hauptgrund hierfür war sein Festhalten am Führungsanspruch der SED. Aufgrund der jüngsten Demonstrationen bezweifelte man, „ob dieser Kurs einer beschränkten Liberalisierung und deutlich eingegrenzter Reformen noch lange haltbar“ sein würde. Daher vertrat man die Ansicht, dass nur rasche tiefgreifende Reformen und die Zulassung eines echten politischen Pluralismus die Aufrechterhaltung eines zwar grundlegend geänderten aber doch eigenständigen und eigenstaatlichen Gesellschaftssystems in der DDR ermöglichen könnten.²⁴⁴ Die sowjetische Position zu dieser Frage wurde Wien Ende Oktober zugetragen: „Hoffnung, daß es zu keiner Explosion kommt; zum Bestehen zweier deutscher Staaten gäbe es heute keine realistische

240 Siehe Dok. 60.

241 Siehe Dok. 62.

242 Hierzu zuletzt Andreas Malycha, *Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989*, München 2014, S. 389–408.

243 Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Berlin, Ministerium für Staatssicherheit (MfS), A 239/89, Bd. 11, Bl. 334–335.

244 Siehe Dok. 65.

Alternative. Krenz könne sich noch entwickeln. Man müsse der DDR-Bevölkerung ein akzeptableres, besseres Leben ermöglichen.“²⁴⁵

Nach dem geschlossenen Rücktritt des SED-Politbüros und der DDR-Regierung am 7. und 8. November bei gleichzeitiger Fortdauer der friedlichen Demonstrationen hoffte man seitens der österreichischen Botschaft in Ost-Berlin am 9. November auf die Aufrechterhaltung eines labilen Gleichgewichts in der Krisensituation.²⁴⁶ Noch in derselben Nacht erfolgte aber die in dieser Form unbeabsichtigte Öffnung des Grenzübergangs in Berlin Bornholmer-Straße,²⁴⁷ wodurch eine völlig neue Situation eintrat. Vor diesem Hintergrund mahnte die österreichische Botschaft in Ost-Berlin nun an, „dass Österreich die besondere Stellung zur DDR im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht verspielen“ dürfe und daher in der die Menschen betreffenden Reisefrage großzügig sein müsse.²⁴⁸

Das Anliegen hatte einen konkreten Grund, denn bereits am 15. November stand in Wien das alles entscheidende Qualifikationsspiel zwischen Österreich und der DDR für die Endrunde der Fußballweltmeisterschaft in Italien 1990 an. Es reiste eine bisher ungekannte Zahl von Anhängern der DDR-Equipe nach Wien und musste mitansehen, wie Österreich auf dieser Spielwiese des österreichisch-ostdeutschen Verhältnisses bereits so kurz nach dem Mauerfall das Ende der DDR besiegelte. Die österreichische Fußball-Nationalmannschaft besiegte die ostdeutsche Auswahl und qualifizierte sich dadurch für die Endrunde in Italien 1990. Hauptverantwortlich für den 3:0-Sieg zeichnete Anton „Toni“ Polster, der das Spiel mit einem Triplepack zum letzten Wettbewerbsspiel der DDR machte,²⁴⁹ und später auch als Torjäger und Stimmungskanone in der deutschen Fußball-Bundesliga beim 1. FC Köln und Borussia Mönchengladbach für Furore sorgen sollte. Zu diesem Zeitpunkt konnte freilich keiner wissen, dass die DDR zu Beginn der nächsten anstehenden Qualifikation für eine Endrunde bereits Geschichte sein sollte. Spätestens nach dem Mauerfall war die deutsche Frage aber endgültig wie-

245 Amtsvermerk. Vorsprache des Leiters des Presse zentrums des sowj. Aussenministeriums, Gremitskich, beim HSL II (27.10.89), Erich Maximilian Schmidt, Wien, 31. Oktober 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 228.18.31/1-II.SL/89.

246 Siehe Dok. 67.

247 Mary Elise Sarotte, *The Collapse. The Accidental Opening of the Berlin Wall*, New York 2014; Hans-Hermann Hertle, *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*, Opladen 1996; idem, *Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989*, Berlin 1996. Beide Werke Hertles sind seither in mehreren Auflagen erschienen.

248 Siehe Dok. 68.

249 Ausführlicher und breit kontextualisiert zu diesem Spiel Georg Spitaler, *Das Endspiel. Österreich-DDR 3:0. 15. November 1989, Wien – Praterstadion*, in: Matthias Marschik (Hg.), *Sternstunden der österreichischen Nationalmannschaft. Erzählungen zur nationalen Fußballkultur*, Wien/Berlin/Münster 2008, S. 161–173; sowie zudem Maximilian Graf, „Ösis“ versus „Ossis“ – Österreich gegen die DDR. Zur Länderspielgeschichte der anderen österreichisch-deutschen Fußballkonkurrenz, in: Johannes Gießauf/Walter Iber/Harald Knoll (Hg.), *Fußball, Macht und Diktatur. Streiflichter auf den Stand der historischen Forschung*, Innsbruck/Wien/Bozen 2014, S. 207–227, hier S. 223–227.

der auf der Tagesordnung der internationalen Politik gelandet und verlangte nach einer Positionierung.

Mock brachte im Gespräch mit dem belgischen Außenminister Mark Eyskens am 10. November seine Genugtuung über die Maueröffnung zum Ausdruck, erwartete aber weiterhin durchaus Rückschläge in der bis dahin so glatt verlaufenen Entwicklung des Jahres 1989.²⁵⁰ Am selben Tag gab der Ballhausplatz an seine Auslandsvertretungen eine seit einiger Zeit in Diskussion stehende und angesichts der Entwicklungen lange überfällige Weisung über die vorläufige Haltung Österreichs zur Frage der „Wiedervereinigung“ aus, die das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR betonte. Gleichzeitig wurde vor dem Hintergrund der Ungewissheiten und der zu erwartenden Widerstände gegen eine „Wiedervereinigung“ festgehalten: „Jede Veränderung im deutsch-deutschen Verhältnis sollte jedoch so erfolgen, dass der Prozess der Entspannung und der Frieden in Europa nicht gefährdet“ werden. Bei der Formulierung der Sprachregelung waren erneut große Auffassungsunterschiede zwischen der Ost- und der Westabteilung des Ballhausplatzes sichtbar geworden.²⁵¹

Was die deutsche Einheit anging, rechnete man in Wien im Herbst 1989 jedenfalls noch in Jahren. Die zukünftige politische und ökonomische Entwicklung der DDR war jedoch akut unsicher. Den Oppositionsgruppen traute man anfangs jedenfalls keine entscheidende Rolle zu und zunächst schien die deutsche Einheit in der DDR kein Thema. Auch der Bundesrepublik attestierte die österreichische Diplomatie, noch keine Antwort auf die in der DDR eingetretenen Veränderungen zu haben. Jedoch schien es dort, als ob man wie selbstverständlich davon ausging, dass alle DDR-Bürger die Einheit wollten,²⁵² was nicht der Fall war. Mit Blick auf die bilateralen Beziehungen erwartete die Botschaft in Ost-Berlin konkret eine noch weitergehende Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen: „Österreich hat heute die Chance, seine besondere Stellung in der DDR mit diesem Neubeginn weiter auszubauen.“²⁵³ Am Ballhausplatz glaubte man also zunächst jedenfalls an einen Fortbestand der DDR und wollte das bilaterale Verhältnis sogar noch weiter intensivieren.

Trotz der österreichischen Mitwirkung an der ungarischen Grenzöffnung wollte auch die SED-Führung die Beziehungen zu Österreich in gewohnter Manier fortsetzen. Noch am 24. Oktober stimmte das Politbüro einer Reise von Ministerpräsident Willi Stoph zu einem Arbeitsbesuch in Österreich, mit dem Zweck der Unterzeichnung des jährlichen Wirtschaftsabkommens, zu.²⁵⁴ Günter Mittag, der üblicherweise diese Aufgabe wahrgenommen hatte, war bereits gemeinsam mit

250 Siehe Dok. 70.

251 Siehe Dok. 69.

252 Siehe Dok. 71.

253 Hans Modrow und seine Mannschaft; Neue Regierung in der DDR (Info), Wunderbaldinger und Graf an BMAA, Berlin (Ost), 17. November 1989, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24.

254 Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 24. Oktober 1989 (Protokoll Nr. 45/89), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2354, Bl. 10.

Honecker entmachtet worden. Stoph trat aber am 8. November mit dem gesamten Politbüro zurück und legte auch seine Funktion als Ministerpräsident nieder, woraufhin die Reise nicht mehr stattfand. Sein Nachfolger Hans Modrow hatte alle Hände voll zu tun, um eine neue Regierung zu bilden und die Situation im Lande unter Kontrolle zu halten. Daher war er vermutlich froh, dass Vranitzky auf seine Einladung hin²⁵⁵ rasch in die DDR reiste. Am 24. November – also nur zwei Wochen nach dem „Mauerfall“ – war es so weit. Außenminister Mock wurde über den kurzfristig anberaumten Arbeitsbesuch, im Rahmen dessen das „Rahmenabkommen über wirtschaftliche Kooperation“ unterzeichnet werden sollte, „courtoisiehalber“ sofort informiert.²⁵⁶ Für Modrow selbst hatte der Besuch Vranitzkys jedenfalls sogar Priorität vor einer von Egon Krenz erbetenen Besprechung der DDR-Politik gegenüber der Bundesrepublik und West-Berlin mit dem sowjetischen Diplomaten und vormaligen Botschafter der UdSSR in Bonn Valentin Falin.²⁵⁷

Der bisherigen Entwicklung der österreichisch-ostdeutschen Beziehungen nach zu urteilen, könnte man Vranitzkys Besuch als rein wirtschaftlich motiviert bezeichnen, was auch der Eindruck vieler zeitgenössischer Beobachter war.²⁵⁸ Der Besuch des ersten westlichen Regierungschefs bei der Regierung Modrow kann allerdings allein aufgrund seiner Außenwirkung nicht auf dieses Motiv reduziert werden.

Bezogen auf die deutsche Einigung ließ Vranitzky in einem ausführlichen Zeitzeugengespräch wissen, er sei davon überzeugt gewesen, dass es in Österreich „keine nennenswerte Anti-Stimmung zum größer gewordenen Deutschland gab, weil wir im Großen und Ganzen gewöhnt daran waren, mit der DDR zu kooperieren“. Wie von der Forschung bereits nachgewiesen werden konnte,²⁵⁹ verhielt sich Vranitzky gegenüber der Frage der deutschen Einigung distanziert und zögerlich. Gegenüber *Neues Deutschland* betonte er, dass Österreich die „traditionell

255 Eva Nowotny an Botschafter Wunderbaldinger, Wien, 21. November 1989, in: Folder „HBK in Berlin 24.11.1989“, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „Staatsbesuche 1991, 1988“.

256 Handschriftliche Notiz: „Bitte courtoisiehalber Büro Mock ü[ber] DDR-Reise informieren. Noch Vormittag.“, in: Folder „HBK in Berlin 24.11.1989“, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „Staatsbesuche 1991, 1988“.

257 Krenz notierte: „Ich habe Modrow eingeladen, an der Begegnung teilzunehmen. Der Regierungschef soll in diesen wichtigen Kontakt, den ich wahrnehme einbezogen werden. Er hat jedoch Gespräche mit dem österreichischen Bundeskanzler Vranitzky. Deshalb kommt er erst einige Stunden später in diese Runde.“ Egon Krenz, Herbst ’89, 3. Auflage, Berlin 1999, S. 310. Die bisher umfassendste Rekonstruktion zur DDR-Außenpolitik 1989/90 erwähnt den Besuch Vranitzkys nicht. Siehe: Die Außenpolitik der DDR.

258 So hier ungenannt bleibende ranghohe österreichische Diplomaten im privaten Gespräch und auch der Journalist Ewald König in einem Statement sowie im Gespräch mit dem Autor im Rahmen der Konferenz „Vor 25 Jahren: Der Kreml und der Fall des Eisernen Vorhangs“, die von 23. bis 25. Oktober 2014 an der Diplomatischen Akademie in Wien stattfand. Siehe auch: Ewald König, Kohls Einheit unter drei. Weitere deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten, Halle/Saale 2014; idem, Menschen Mauern Mythen. Deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten, Halle/Saale 2014.

259 Siehe zuletzt auch Brait, „Österreich hat weder gegen die deutsche Wiedervereinigung agitiert, noch haben wir sie besonders begrüßt“; Graf, Österreich und die DDR, S. 588–593.

guten, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der DDR [...] auch in Zukunft fortsetzen“ wolle.²⁶⁰ Im Gegensatz zu Mock, der schon am 10. November gegenüber den Medien die Meinung vertrat, dass er eine Chance sehe, „daß die leid- und schmerzvolle Teilung Europas und die darin verborgene Gefahr für den Frieden wegfällt“,²⁶¹ wollte Vranitzky zur Frage einer möglichen „Wiedervereinigung“ Mitte November keine Stellungnahme abgeben. Eine solche „käme einer Einmischung gleich. Die DDR solle ihre Probleme zunächst allein lösen“, zitierte ihn das SED-Organ.²⁶² Er setzte auf eine Politik der Äquidistanz und des Abwartens. Im Gespräch mit Michael Gehler meinte er dazu: „Da sich niemand wirklich ausgekannt hat, ob sich etwas Neues entwickeln werde, hat niemand am Status quo gerüttelt.“²⁶³

Bezeichnend für diese Grundeinstellung war sein Besuch in der DDR am 24. November 1989 und die Gegeneinladung an Modrow, dessen Besuch in Wien bereits am 26. Jänner 1990 zustande kam. Zu diesen bezog Vranitzky im Gespräch nicht genauer Stellung. Er betonte jedoch, dass er sich mit Kohl abgestimmt habe, um kein Störfaktor in dessen Deutschlandpolitik zu sein.²⁶⁴ Vranitzky meint, keine Politik für den Erhalt der DDR betrieben zu haben – die Wirkung nach außen und die Wahrnehmung in der DDR waren aber wohl eine andere.²⁶⁵

Definitive Klarheit darüber, mit wem der Besuch abgestimmt war, gibt es bis heute nicht und wird es aufgrund der dürftigen Aktenlage auch in Zukunft ver-

260 Gute Beziehungen werden fortgesetzt, in: Neues Deutschland, 11. November 1989, S. 15.

261 Die DDR öffnet den Eisernen Vorhang – Reaktionen 3 Wien, Austria Presse Agentur (APA), Meldung Nr. APA0009 5 AI, 10.11.1989.

262 Keine Einmischung in DDR-Probleme, in: Neues Deutschland, 13. November 1989, S. 1.

263 Siehe das Zeitzeugengespräch mit Franz Vranitzky, „Es gibt in der Politik sowieso keine Patentlösungen, wie auch 1989/90 keine endgültigen Lösungen möglich waren“, in: Michael Gehler/Andrea Brait (Hg.), Am Ort des Geschehens in Zeiten des Umbruchs. Lebensgeschichtliche Erinnerungen aus Politik und Ballhausplatzdiplomatie vor und nach 1989, Hildesheim/Zürich/New York 2017, S. 333–381, hier S. 342–343, und besonders S. 347.

264 In einem Interview erklärte Vranitzky, dass es diese Abstimmung vor seinem Besuch in Ost-Berlin gegeben habe, siehe „Kohl sagte: ‚Ich bitte dich, mach das‘“, Interview von Oliver Pink mit Franz Vranitzky, in: Die Presse am Sonntag, 1./2.11.2014, S. 4–5. Vranitzky erwähnt dies auch in seinen Memoiren, allerdings vermengt er dort seine heutigen Erläuterungen zum Zustandekommen seines DDR-Besuchs am 24. November 1989 mit dem Gegenbesuch Modrows in Österreich am 26. Jänner 1990, weshalb die Quelle wenig aussagekräftig bleibt. Siehe: Franz Vranitzky, Politische Erinnerungen, Wien 2004, S. 208–209. Botschafter Bauer betont, dass Vranitzky auch von François Mitterrand ermutigt worden sei, diesen Besuch zu machen. siehe Friedrich Bauer, „Der Sinn der Kulturpolitik, als noch der Eiserner Vorhang da war, war in diesen kleine Löcher zu bohren“, in: Gehler/Brait (Hg.), Am Ort des Geschehens, S. 159–183, hier S. 161. Bauer merkt darüber hinaus an, dass die Bundesrepublik nicht auf diesen Besuch reagiert habe; es gab keine negativen Reaktionen aus dem Bundeskanzleramt oder dem Auswärtigen Amt. Mit der später erfolgten Einladung von de Maizières wollte Vranitzky, Bauer zufolge, wohl die österreichische Position auch nach der Einigung festigen.

265 Michael Gehler/Andrea Brait, Erweiterte Diplomatiegeschichte durch Oral History im Zeichen von Internationaler Geschichte. Umbruchszeiten in Mittel- und Osteuropa vor und nach 1989 in Erinnerungen von Akteuren und Beobachtern, in: idem (Hg.), Am Ort des Geschehens, S. 9–77, hier S. 42–43.

mutlich nicht geben. 25 Jahre nach dem „Mauerfall“ erklärte Vranitzky (der sich zuvor nur ungern an den Besuch erinnern wollte), dass er sich im Vorfeld des Besuchs, da er keinesfalls die Deutschlandpolitik seines Amtskollegen Helmut Kohl stören wollte, telefonisch mit ihm beraten und nach seiner Meinung dazu gefragt hatte. Darauf soll der bundesdeutsche Kanzler gesagt haben: „Ich bitte dich, mach das auf alle Fälle. Der Modrow ist einer, mit dem man über die Zukunft reden kann.“²⁶⁶ Diese Version wiederholte Vranitzky auch im Rahmen einer Fernsehdiskussion, in der er betonte, dass Modrow den Besuch dringend wollte. Zudem hielt er fest, dass man zu diesem Zeitpunkt nicht wissen konnte, wie es mit der DDR weitergehen würde. Noch deutlicher als im oben zitierten Interview kam zum Ausdruck, wie sehr seine „Ostpolitik“ nüchtern-pragmatisch von wirtschaftlichen Motiven geleitet war. Von diesem Standpunkt ausgehend war sein Besuch bei Modrow nur logisch.²⁶⁷ Kohls außenpolitischer Berater Horst Teltschik (einer der ersten Chronisten der deutschen Einheit)²⁶⁸ äußerte sich dazu folgendermaßen:

„Also an Ärger Kohls kann ich mich nicht erinnern. Dieser Besuch war aber wenig hilfreich für unsere Verhandlungen. Wir wussten, dass die DDR praktisch bankrott und alleine nicht überlebensfähig war. Das war ja auch unser Hauptargument gegenüber der sowjetischen Führung. Die DDR brauchte dringend finanzielle Hilfe. Doch dazu hätten die Mittel in Österreich sicher nicht ausgereicht.“²⁶⁹

Anlässlich des Besuchs Vranitzkys in der DDR hielten die Analysten der Stasi-Nachfolgebehörde, des Amts für Nationale Sicherheit, fest: „Aus politischen, historischen und ökonomischen Gründen wende sich Österreich gegen ein ‚Wegreformieren‘ der DDR und die Entstehung eines ‚Großdeutschland‘, dessen potentielle Dominanz für das Kräftegleichgewicht in Europa unkalkulierbare Folgen hätte.“ Als einzige Ausnahme von dieser Tendenz sah man den Chef der österreichischen Außenpolitik:

„Die Vorstellungen von Außenminister Mock, der sich insgesamt stark an die Auffassungen von Bundeskanzler Kohl anlehne, würden von anderen ÖVP-Politikern sowie Führungskreisen des ÖVP-Wirtschaftsbundes nicht geteilt. Von diesen Kräften werde befürchtet, daß eine Unterstützung der BRD-Politik in Richtung Wiedervereinigung letztendlich die Position Österreichs in Europa schwächen und negative Folgen für die Wirtschaft Österreichs haben werde – aufgrund der Verlagerung ökonomischer Interessen der BRD von Österreich auf die DDR.“²⁷⁰

266 Siehe nochmals das Interview mit Vranitzky, in: Die Presse am Sonntag, 1./2. November 2014, S. 4–5, für das wörtliche Zitat 4.

267 Im Zentrum, ORF 2, 9. November 2014, 22–23 Uhr.

268 Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.

269 Interview von Otmar Lahodynsky mit Horst Teltschik, in: profil, 20. Oktober 2014, S. 65.

270 Amt für Nationale Sicherheit, Nr. 508/89, Information über aktuelle österreichische Einschätzungen zur Lage der DDR und zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen Österreich-DDR, Berlin, 24. November 1989, BStU, MfS, ZAIG Nr. 5759, Bl. 1–4, 5–8; sowie auch BStU, MfS, ZAIG Nr. 8420, Bl. 1–4. Für eine ausführlichere Befassung mit diesem Schlüsseldokument siehe Graf, Österreich und die DDR, S. 590–592.

Damit war ein recht treffliches Bild der österreichischen Haltung gezeichnet. Die Furcht vor einer Verschlechterung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie möglichen Auswirkungen auf die eigenen EG-Beitrittsambitionen waren in Österreich augenscheinlich vorhanden. Das Stattfinden und der Verlauf des Besuches schienen die DDR-Einschätzung zu bestätigen. Durch das erneut unterzeichnete jährliche Wirtschaftsabkommen war Österreich hier mit der DDR weiter als jeder andere westliche Staat. Im Gespräch mit Modrow hielt Vranitzky zur Haltung Österreichs betreffend eine „Wiedervereinigung“ fest: „Österreich betrachte dies primär als eine Entscheidung, die von den deutschen Staaten zu treffen sei, und würde auch diese Entscheidung respektieren. Andererseits müsse man aber auch den gesamteuropäischen Zusammenhang und in diesem Sinne auch die Beschlüsse der KSZE über die Stabilität in Europa in Betracht ziehen.“²⁷¹ Vranitzky führte während des Besuchs auch Gespräche mit der Opposition, u. a. mit Steffen Reiche, und mit dem West-Berliner Bürgermeister Walter Momper von der SPD.²⁷² Das Gespräch mit dem zaudernden Momper, der lange an einen Fortbestand der DDR glaubte und nicht von einer „Wiedervereinigung“, sondern vom „Wiedervereinigungsgequatsche“ sprach,²⁷³ dürfte Vranitzky in seiner auf Fortbestand ausgerichteten Haltung gegenüber der DDR eher bestärkt haben. Im Gegensatz zum belgischen Außenminister Mark Eyskens der zwei Wochen später als nächster, nicht aber letzter prominenter ausländischer Staatsmann die DDR besuchte,²⁷⁴ war Vranitzky nicht mit Egon Krenz, sondern mit Vertretern der Opposition zusammengetroffen. Das Nichtstattfinden solcher Treffen bei früheren Staatenbesuchen in Mittel- und Osteuropa in den Jahren zuvor war dem österreichischen Kanzler immer wieder zum Vorwurf gemacht worden.

Die Bundesrepublik hatte am 20. November durch Kanzleramtsminister Rudolf Seiters ihre Sondierungen mit der neuen DDR-Führung aufgenommen. Konkrete Versprechungen waren aber ausgeblieben, was die ostdeutsche Bevölkerung aus Sicht der österreichischen Botschaft Ost-Berlin enttäuscht haben soll und als eher kontraproduktiv im Ringen der Opposition mit der noch herrschenden SED um einen Reformprozess erschien.²⁷⁵ Der große bundesdeutsche Coup im Rahmen einer „One-Man-Show“ ließ aber nur wenige Tage auf sich warten.

Am 28. November 1989 präsentierte Bundeskanzler Helmut Kohl im Deutschen Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm, das einen Fahrplan für einen über Zwischenschritte zu erreichenden möglichen Weg zur deutschen Einheit

271 Zum Besuch siehe Dok. 77–78.

272 BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 5723; BStU, MfS, ZOS, Nr. 1099, Bl. 10–13.

273 Für die Wendung „Wiedervereinigungsgequatsche“ siehe: Dok. 79. Zur Haltung Mompers siehe Wilfried Rott, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990*, München 2009, S. 411–421; sowie Walter Momper, *Grenzfall. Berlin im Brennpunkt deutscher Geschichte*, München 1991. Am 9. November 1989 hatte Momper vom „Wiedersehen“ gesprochen.

274 Siehe Dok. 90.

275 Siehe Dok. 75. Rudolf Seiters, *Vertrauensverhältnisse. Autobiographie* (Unter Mitarbeit von Carsten Tergast), Freiburg/Basel/Wien 2016, S. 135–143.

entwarf. Kohl selbst dachte dabei an einen Jahre dauernden Prozess.²⁷⁶ Am Ballhausplatz fasste man das Programm zusammen und urteilte, dass sich dieser „Vorstoß“ Kohls „aus innenpolitischen Gründen [...] als zweckmäßig erwiesen haben“ mag, jedoch „vom Standpunkt der Europa-Politik aus gesehen [...] wohl eine vorsichtiger, zuwartende Haltung der Bonner Regierung wünschenswert gewesen“ wäre. Abschließend wurde festgehalten: „Bei allen westeuropäischen Staaten ist eine gewisse Zurückhaltung in der Frage unverkennbar, wenngleich sich keiner dieser Staaten offen gegen eine Wiedervereinigung ausgesprochen hat.“²⁷⁷ Aus eben diesen Gründen hielt auch der bereits resigniert scherzende DDR-Botschafter in Moskau, Gerd König, eine vollkommene staatliche Vereinigung „für nicht sehr realistisch“. Über die Haltung der Sowjetunion meinte er „in sarkastischem Ton“, dass er „bis dato überhaupt keine Linie“ feststellen konnte.²⁷⁸

Wie üblich brachte die Diplomatie der Sowjetunion ihre offiziellen Ansichten zu Deutschland betreffenden Fragen Österreichs Außendienst umgehend zur Kenntnis. Am 29. November stattete der sowjetische Botschafter in Österreich, Gennadi S. Schikin, Außenminister Mock einen Besuch ab. Auf das Zehn-Punkte-Programm Kohls eingehend, sprach er von „eine[r] unzulässige[n] Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR“ die „potentiell das sicherheitspolitische Gleichgewicht“ gefährde. Dem hielt Mock u. a. entgegen: „Der 10-Punkte-Plan BK Kohls könne aber als Versuch gewertet werden, eine sonst unkontrolliert verlaufende Strömung in der politischen Willensbildung aufzufangen.“²⁷⁹ Außenminister Mock unterstützte Kohls Programm auch öffentlich. Dies dürfte nicht zuletzt an der Kooperation zwischen den christdemokratisch-konservativen Parteien Westeuropas bereits in Fragen der politischen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa gelegen haben.²⁸⁰ Von Seiten der SPÖ war die Reaktion verhaltener. Klubobmann Heinz Fischer mahnte zur Zurückhaltung bei Äußerungen zur „Wiedervereinigung“, gegenüber der in weiten Kreisen ein gehöriges Maß an Skepsis fortbestanden haben dürfte.²⁸¹

Für Österreichs Botschafter in Bonn, Friedrich Bauer, der auch detailliert über die innen- und deutschlandpolitischen Beweggründe für den Schritt des Kanzlers berichtete,²⁸² waren die „Zehn-Punkte“ eine „defensiv motivierte – innen-

276 Dazu mit Blick auf die Rolle und das Denken Kohls Hans-Peter Schwarz, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2014, S. 527–535, insbesondere S. 533–535. Zusammenfassend von einer „nationalen Wende“ spricht Andreas Rödter, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 137–142.

277 Siehe Dok. 80.

278 Siehe Dok. 81. Für Königs Erinnerungen siehe: Gerd König, Fiasko eines Bruderbundes. Erinnerungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau, Berlin 2011, S. 376–439.

279 Siehe Dok. 82.

280 Michael Gehler/Johannes Schöner, The European Democrat Union and the Revolutionary Events in Central Europe in 1989, in: Michael Gehler/Maximilian Graf (Hg.), Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen, Göttingen 2017, S. 739–766.

281 Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands, S. 435–437.

282 Siehe Dok. 84.

politische Flucht nach vorne“ die „augenblicklich geglückt“ war. Kohl hatte klare Forderungen an die DDR gerichtet, die Voraussetzung für eine Annäherung und westdeutsche Hilfe waren. Die zurückhaltenden bis offen skeptischen, ja sogar warnenden westlichen Reaktionen verunsicherten Bonn jedoch. 40 Jahre hatte sich die Bundesrepublik demokratisch bewährt und ihre Partner hatten zumindest rhetorisch am Selbstbestimmungsrecht der Deutschen festgehalten. Nun da dieses zum Thema wurde, blieb die westeuropäische Unterstützung dafür aus. Bauer beschlich der Eindruck, „dass man angesichts solcher Verbündeter keinen Feind zu fürchten hat“.²⁸³

Seit der Grenzöffnung und verstärkt nach dem „Mauerfall“ waren am Ballhausplatz vermehrt Berichte eingegangen, die über Skepsis gegenüber einer „Wiedervereinigung“ informierten. Beispielsweise wurde nun in Paris wieder darüber diskutiert.²⁸⁴ Im Falle Frankreichs zeigte sich, obwohl das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen stets öffentlich betont wurde,²⁸⁵ zudem, dass vor diesem Hintergrund auch das österreichische EG-Beitrittsge such mit anderen Augen gesehen wurde – es wurde sogar vom „dritten deutschen Staat“ gesprochen.²⁸⁶ Auch die Haltung Italiens zur Frage der deutschen Einheit erschien zumindest zwiespältig, wobei Giulio Andreottis Präferenz für zwei deutsche Staaten herausstach. Der Premierminister musste sich erst, in den zumindest formal fortbestehenden, die deutsche Einheit bejahenden, westeuropäisch-integrierten Standpunkt einfügen.²⁸⁷

Sowohl die innere Entwicklung der DDR, als auch die internationalen Reaktionen waren vorerst noch unabsehbar. Die „Zehn-Punkte“ Kohls wurden am Ballhausplatz aber durchaus auch als Versuch gewertet, den Wiedervereinigungsgedanken in die DDR hineinzutragen. Mit Distanz von mehr als einer Woche wurde zusammenfassend festgehalten: „Der Charakter der Reaktionen der westlichen Staaten auf das Programm Kohls ist von Zurückhaltung, einer gewissen Skepsis und gelegentlich einem Unterton des Unbehagens gezeichnet.“²⁸⁸ In Polen herrschte in der gesamten politischen Landschaft insbesondere angesichts der von der Bundesrepublik bewusst offen gelassenen Grenzfrage Besorgnis über die weitere Entwicklung.²⁸⁹ Insgesamt waren unter den Warschauer-Pakt-Staaten aber sehr unterschiedliche Haltungen zur Frage der Wiedervereinigung auszumachen.²⁹⁰

Die Sowjetunion war nach der Verkündung der „Zehn-Punkte“ Kohls bestrebt gewesen, die Diskussion über das Thema Wiedervereinigung zu dämpfen. Gleich-

283 Siehe Dok. 83.

284 Siehe Dok. 63.

285 Siehe Dok. 72.

286 Siehe Dok. 73.

287 Siehe Dok. 85, zur weiteren Entwicklung der italienischen Haltung im Dezember siehe auch Dok. 96.

288 Siehe Dok. 92.

289 Siehe Dok. 91.

290 Siehe Dok. 100.

zeitig erkannte die österreichische Diplomatie, dass es durchaus bei einem entsprechenden „Preis“ wirtschaftlicher Natur zu einem sowjetischen Einlenken kommen könnte – denn in den Augen der österreichischen Botschaft Moskau war die Entwicklung in der DDR für Moskau nicht mehr steuerbar und auch in Krenz schien man keine Hoffnungen mehr zu setzen. Vielmehr hoffte man auf westliche Widerstände.²⁹¹ Als Ausdruck dafür kann neben der bilateralen Besuchsdiplomatie auch das auf sowjetischen Wunsch erfolgte Vier-Mächte-Treffen in Berlin am 11. Dezember im ehemaligen Alliierten Kontrollratsgebäude gesehen werden, das vor dem Hintergrund einer weiterhin unklaren Entwicklung in der DDR abgehalten wurde.²⁹²

Mit den fortlaufenden Enthüllungen über Korruption, Miss- und Privilegienwirtschaft der früheren SED-Führung wuchs die Empörung der Bevölkerung an. Botschafter Wunderbaldinger hoffte Anfang Dezember, dass Modrow „in dieser weiterhin verschärften Situation in der Lage sein wird, ein Umkippen der Verhältnisse zu verhindern“.²⁹³ Stabilisierend sollte der sich am 7. Dezember 1989 konstituierende „Zentrale Runde Tisch“ wirken. Dessen Gewicht schien zunächst noch unklar. Man hoffte, dass die dort zu treffenden Entscheidungen „eine halbwegs geordnete Übergangszeit bis zu den freien Wahlen“ ermöglichen würden.²⁹⁴ Auch wenn sich die SED auf ihrem außerordentlichen Parteitag am 8./9. Dezember 1989 eine neue Führung gab, so schien die Zukunft der einstigen Staatspartei, der nunmehr die Mitglieder in Scharen davonliefen, mehr als ungewiss.²⁹⁵ Daran änderte auch die Namensänderung auf der Fortsetzung dieses Parteitags am 16./17. Dezember, als die SED sich den Zusatz „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (SED-PDS) verpasste, wenig. Nun hatte die österreichische Botschaft aber den Eindruck, dass diese „noch einmal über die Runde gekommen“ sei. Die in Angriff genommene Aufarbeitung der sozialistischen Vergangenheit der Einheitspartei wurde wohlwollend registriert und eine gewisse politische Aufbruchstimmung diagnostiziert.²⁹⁶

Der deutsch-deutsche Verflechtungsprozess hatte unterdessen mit der erneuten DDR-Reise von Kanzleramtsminister Rudolf Seiters Anfang Dezember bereits eine weitere Verdichtung erfahren. Bei seinen Gesprächen in Ost-Berlin stand unter anderem der Reiseverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten im Mittelpunkt, wobei der Verzicht auf jegliche Art von Sichtvermerk überraschte. Wunderbaldinger zeigte sich auch besorgt, da er von diesem Schritt keine Stabilisierung der Lage erwartete, sondern, dass die Menschen weiter gen Westen strömen würden.²⁹⁷

291 Siehe Dok. 89.

292 Siehe Dok. 95.

293 Siehe Dok. 87.

294 Siehe Dok. 94.

295 Siehe Dok. 93.

296 Siehe Dok. 97.

297 Siehe Dok. 88.

Mit Kohls vielumjubelten Besuch in Dresden am 19. Dezember 1989 wurde offenkundig, wie viele Menschen in der DDR die Einheit wünschten, und fortan war der bundesdeutsche Kanzler auch entschlossen, diese rasch anzustreben. Für die österreichische Botschaft in Ost-Berlin war diese Entwicklung augenscheinlich. Sie hielt fest: „Die Verflechtung der beiden deutschen Staaten scheint unerschwinglich aber schon so weit gediehen zu sein, insbesondere wirtschaftlich, dass die Frage der Ein- oder Zweistaatlichkeit im Lauf der Jahre immer mehr zu einer hypothetischen Frage werden wird.“²⁹⁸ Die Botschaft Bonn vermeldete jedoch (gewohnt gut gebrieft durch einen deutschlandpolitischen Berater Kohls) nach Wien, „dass die BRD auf überschaubare Zeit für eine Stabilisierung – und damit zunächst Stärkung der Staatlichkeit – der DDR arbeitet. Das geschichtliche Ergebnis hängt zum weitaus größeren Teil von der weiteren Entwicklung in der DDR ab.“²⁹⁹ In gewisser Weise war das zutreffend, denn der fortschreitende Eindruck, dass die DDR nicht mehr zu stabilisieren war, beeinflusste die weiteren Entscheidungen Bonns in Richtung Einheit.

Während Kohl bei seiner Rede in Dresden vor der Ruine der Frauenkirche in der Menge badete, weilte Alois Mock in Großbritannien. Im Gespräch mit Außenminister Douglas Hurd standen die europäische Integration und der österreichische Beitrittswunsch im Zentrum. Die deutsche Frage spielte nur am Rande eine Rolle.³⁰⁰ Mock erinnert sich, dass ihn Margaret Thatcher (in einer aktenmäßig offenbar nicht erfassten Unterredung) fragte, was er „von der deutschen Wiedervereinigung“ halte. Mock „meinte, dass wir froh sein könnten, wenn ein Volk, das zwei Generationen lang getrennt gewesen war, derart friedlich“ zusammenfinde. Allerdings sagte er „auch, dass alles das, das möglicherweise aus dieser Vereinigung entstünde, für Europa und den Frieden gefährlich werden könnte“.³⁰¹ Im Vergleich zu seinen öffentlichen und gegenüber dem sowjetischen Botschafter getätigten Aussagen, schwang hier doch eine gewisse Sorge mit. Im Rahmen der Beamtengespräche im Foreign Office betonte Österreich das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, hielt aber fest, dass eine Vereinigung im Rahmen des europäischen Friedensprozesses erfolgen müsse. Daraufhin erklärten die Briten, ihre „Haltung entspreche im großen und ganzen der österreichischen“, um anschließend ihren Sorgen und Vorbehalten freien Lauf zu lassen und abschließend zu bemerken: „Die britische Regierung halte sich mit Kritik an Bundeskanzler Kohl aus Solidaritätsgründen mit der CDU zurück und überlasse die

298 Siehe Dok. 101.

299 Siehe Dok. 102.

300 Siehe Dok. 98.

301 Für Mocks Erinnerungen an sein Gespräch mit Thatcher über die deutsche Einheit siehe das Zeitzeugengespräch von Helmut Wohnout/Michael Gehler, Alois Mock, „... die Interessen unseres Landes vertreten“, in: Helmut Wohnout (Hg.), *Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der christlichen Demokratie in Österreich* 5, Wien 2001, S. 39–63, hier S. 54.

Kritik Frankreich und Holland.“³⁰² In diesem Zusammenhang wurden offenbar große Hoffnungen auf den französischen Präsidenten Mitterrand gesetzt, der vom 20. bis 22. Dezember der DDR einen bereits länger vereinbarten Staatsbesuch abstattete. Der scheidende österreichische Botschafter in der DDR Wunderbaldinger erkannte Mitterrands Zwiespalt, einerseits das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen anzuerkennen, andererseits jedoch ob des eingeschlagenen Tempos insbesondere mit Blick auf die europäische Integration besorgt zu sein.³⁰³ Aus DDR-Perspektive sah dies freilich anders aus. Der ostdeutsche Botschafter in Wien, Klaus Wolf, informierte den Ballhausplatz, dass das potentiell „kontrover-sielle“ Thema der Wiedervereinigung bei Kohls Dresden-Besuch „ausgeklammert worden“ sei und sich nach DDR-Analyse aus Mitterrands Aussagen bei seinem DDR-Besuch schließen lässt, „dass Frankreich am Fortbestehen der DDR – bei aller Annäherung BRD-DDR – interessiert sei“.³⁰⁴

5. Österreich und die deutsche Frage Anfang 1990

Nach dem Vranitzky-Besuch im November 1989 und ungeachtet der inneren Entwicklung der DDR sowie der internationalen Diskussion über die Frage der „Wiedervereinigung“ hatte die DDR-Führung auf die rasche Realisierung eines Gegenbesuchs von Modrow in Wien sowie auf eine weitere Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen gedrängt.³⁰⁵ Dies war Teil der immer verzweifelter werdenden Versuche, auf außenpolitischem Terrain Unterstützer der Eigenstaatlichkeit der DDR zu finden.³⁰⁶ Bei der österreichischen Wirtschaft stieß man damit auf offene Ohren. Ihre Vertreter bekundeten gegenüber der DDR konsequent das Interesse an einem Fortbestand des ostdeutschen Staates.³⁰⁷ Die Wiener Diplomatie äußerte sich laut DDR-Aufzeichnungen Anfang des Jahres 1990 dahingehend,

302 Siehe Dok. 99.

303 Siehe Dok. 103. Zur Argumentation einer Strategie die sowohl das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen anerkannte und gleichzeitig nach einem stabilen Ablauf im europäischen Rahmen verlangte Frédéric Bozo, Mitterrand, la diplomatie française et la fin de la guerre froide, Paris 2005; Tilo Schabert, Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2002; Christian Wenkel, Auf der Suche nach einem „anderen Deutschland“. Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie, München 2014, S. 497–504; dagegen mit Blick auf das Deutschlandbild Mitterrands in Langzeitperspektive Ulrich Lappenküper, Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx, München 2011.

304 Siehe Dok. 104.

305 Siehe Dok. 86.

306 Eine umfassende Analyse der Außenpolitik der Regierung Modrow steht noch aus. Siehe zusammenfassend: Die Außenpolitik der DDR, S. 59–64.

307 Information über ein Gespräch mit dem Handelsrat der Botschaft der Republik Österreich in der DDR, Herrn Stephan Kuzmich, am 18. Januar 1990 in Berlin, verfasst von Budig (Ministerium für Wissenschaft und Technik), Berlin, 22. Januar 1990, BAArch, Abteilung DDR, DC/20/4961, Bl. 30.

dass Österreich „sehr daran interessiert [sei], daß diese Prozesse ruhig verlaufen und sich in den europäischen Rahmen einordnen“. Österreich sei „gegen [eine] rasche Vereinigung“³⁰⁸

In den diplomatischen Berichten nach Wien stand die von Modrow vermittelte unabsehbare weitere Entwicklung insbesondere in der DDR im Vordergrund.³⁰⁹ Die Gespräche und Verhandlungen am „Zentralen Runden Tisch“ in der DDR waren ins Stocken geraten, was die österreichische Diplomatie auf den bereits einsetzenden ersten echten Wahlkampf in der DDR zurückführte. Ein Sturz der Regierung Modrow wurde jederzeit für möglich gehalten. Zudem mahnte die Botschaft in Ost-Berlin seit Jahresbeginn ein, dass es wichtig wäre, nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Kontakte zur DDR zu pflegen, sondern auch die, die ostdeutsche Gesellschaft direkt betreffenden Felder zu bedienen – nicht zuletzt da der Bevölkerung das Vertrauen in ihre derzeitige politische Führung fehle.³¹⁰

Die Vorbereitungsmaterialien für Modrows Gegenbesuch in Österreich, der bereits am 26. Jänner 1990 stattfand, zeigen ebenfalls deutlich, dass man seitens der DDR von einem starken österreichischen Interesse am Erhalt der DDR ausging. Auch die österreichischen Sorgen bezüglich der möglichen Rückwirkungen auf die eigenen EG-Beitrittsambitionen waren bewusst. In diesem Zusammenhang wollte man kalmierend wirken.³¹¹ Zudem beschworen DDR-Vertreter Österreich, das wirtschaftliche Feld nicht alleine der Bundesrepublik zu überlassen³¹² – eine Aufforderung, der man während des erneut stark wirtschaftlich geprägten Besuch Modrows in Wien gerne nachkam. Jedoch sollten auch neue Felder in den Beziehungen eine Belebung erfahren. So wurde beispielsweise die Aufhebung des Visumszwangs angestrebt und im Zuge des Besuchs auch vereinbart.³¹³

Als das Gespräch der Regierungschefs auf die Frage der Vereinigung der beiden deutschen Staaten kam, verhielt sich Bundeskanzler Vranitzky angesichts der fortschreitenden Entwicklung bei gleichzeitig noch unklarer Haltung der Sowjetunion vorsichtig:

„Falls sich die Deutschen für eine Vereinigung der beiden Staaten entscheiden sollten, so müsse man das respektieren. Österreich sei aber an solchen Rahmenbedingungen interessiert, die Europa nicht in Gefahr bringen und das bestehende Gleichgewicht nicht

308 Gesprächsempfehlungen. Antrittsbesuch des Botschafters der Republik Österreich, Dr. Erich Binder, beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Dr. Hans Modrow, am 24. Januar 1990, BAArch, Abteilung DDR, DC 20/4961, Bl. 31.

309 Siehe Dok. 110.

310 Siehe Dok. 105 und 107. Siehe zudem: „Runder Tisch“, weiter Schwierigkeiten (Info), Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 4. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1990, GZ. 43.03.00/3-II.3/90; Modrows Lage der Nation (Info), Wunderbaldinger und Graf an BMAA, Berlin (Ost), 11. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.03.00/4-II.3/90.

311 Fischer übersandte diese an Modrow, Berlin, 23. Januar 1990, BAArch, Abteilung DDR, DC 20/4961, Bl. 17.

312 Siehe Dok. 109.

313 Siehe Dok. 111. Zum Besuch ausführlicher Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands, S. 437–443; Graf, Österreich und die DDR, S. 596–601.

zerstören. Ein zu schneller Ablauf der Ereignisse würde jedoch ein solches Risiko in sich bergen. Alles müsse unter europäischen Aspekten beurteilt werden.“³¹⁴

Etwas anders gestaltete sich das im Zuge des Modrow-Besuchs stattgehabte Gespräch der Außenminister Oskar Fischer und Alois Mock. Fischer hatte einige Tage zuvor im Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse erfahren, dass Gorbatschow grundsätzlich der deutschen Einheit zustimme.³¹⁵ Daher unterstrich er gegenüber Mock, „dass es zur Vereinigung kommen werde; sie müsse in die Überwindung der europäischen Spaltung eingebettet sein.“³¹⁶ Damit war Mock vermutlich der erste westliche Außenminister, der in dieser Deutlichkeit über diesen Befund der Akzeptanz der deutschen Einigung seitens des KPdSU-Chefs informiert wurde, die fortan vor allem noch an der Frage der NATO-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands und in weiterer Folge an dessen Gegenleistungen an die Sowjetunion hing. Noch hoffte man in Moskau den Prozess der Vereinigung zumindest hinauszögern zu können.³¹⁷

314 Siehe Dok. 112.

315 Auch wenn Schewardnadse sinngemäß betonte, dass eigentlich niemand in Moskau oder im gesamten Europa ein Ende der deutschen Zweistaatlichkeit wollte, hielt er unmissverständlich fest, „daß die Sowjetunion den Deutschen keinesfalls das Recht auf Selbstbestimmung abspreche. Dieses Recht hätten die Deutschen in der DDR ebenso wie die Deutschen in der BRD. Ihr Wunsch nach engerer Zusammenarbeit und – wenn es die Deutschen so entscheiden – staatlicher Einheit werde respektiert, wobei es sich verstehe, daß Einheit entsprechende Bedingungen voraussetzt. Für die Sowjetunion sei z. B. ein Deutschland in der NATO nicht hinnehmbar. Gegenwärtig sei auch nicht zu erkennen, wie bei einem Verbleib der BRD in der NATO und der DDR im Warschauer Vertrag eine staatliche Einheit der Deutschen praktisch möglich sei. Und Neutralisierungsverfahren würden vielerorts abgelehnt, sie seien nicht real.“ Zitiert nach: Vier-Augen-Gespräch Oskar Fischers mit E. A. Schewardnadse anlässlich des Arbeitsbesuches des Ministers für Auswärtige Angelegenheit[en] der DDR in der UdSSR. Vermerk. [Auszug], 20. Januar 1990 (= Dokument 33), in: Die Außenpolitik der DDR, S. 441–443, für das wörtliche Zitat S. 441. Mit dieser Einschätzung war Schewardnadse den wenig später offenbarten Plänen Modrows um Welten voraus. Aus den bisher veröffentlichten sowjetischen Dokumenten wissen wir auch, dass Gorbatschow – erstmals dokumentarisch erwähnt – just während Modrows Wien-Besuch am 26. Jänner im Kreis der sowjetischen Führung von einer „Wiedervereinigung“ sprach, deren Realisierung es „in die Länge zu ziehen“ galt. Siehe: Diskussion der deutschen Frage im Beraterstab von Generalsekretär Gorbachev am 26. Januar 1990. Erörterung der deutschen Frage im kleinen Kreis im Arbeitszimmer des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, 26. Januar 1990 (= Dokument Nr. 66), in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 286–291.

316 Siehe Dok. 113.

317 Siehe dazu rezent Andreas Hilger, Die getriebene Großmacht – Moskau und die deutsche Einheit 1989/1990, in: Michael Gehler/Maximilian Graf (Hg.), Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen, Göttingen 2017, S. 117–139; Wolfgang Mueller, The USSR and the Reunification of Germany, 1989–90, in: idem/Michael Gehler/Arnold Suppan (Hg.), The Revolutions of 1989. A Handbook Wien 2015, S. 321–353; idem, Die Lage gleitet uns aus den Händen: Motive und Faktoren in Gorbatschows Entscheidungsprozess zur Wiedervereinigung Deutschlands, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 39 (2016), S. 3–28; Stefan Karner/Mark Kramer/Olga Pavlenko/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke, Der Kreml und der deutsche Vereinigungsprozess 1989/90, in: Stefan Karner et al. (Hg.),

Die österreichisch-sowjetischen diplomatischen Interaktionen seit Jahresbeginn hatten keineswegs auf eine sowjetische Haltungsänderung hingedeutet.³¹⁸ Auch im größeren Rahmen des KSZE-Europa schien der österreichischen Diplomatie unklar, wann und unter welchen Bedingungen die Sowjetunion der deutschen Einheit zustimmen könnte.³¹⁹ Ende Jänner 1990 vermeldete die österreichische Botschaft in Moskau jedoch nach Wien: „Sowjetischerseits scheint man erkannt zu haben, dass die ‚Zeit davonzulaufen drohe‘. Die Vereinigungstendenzen in der DDR werden überhand nehmen und die S[owjetunion] wird dies nolens volens zur Kenntnis nehmen müssen.“ Zu diesem Zeitpunkt ging man davon aus, dass die Sowjetunion so lange wie möglich an der „Eigenständigkeit der DDR“ festhalten werde; eine unflexible Position aber aufgrund der Entwicklungen in der DDR nicht auf Dauer durchzustehen sein werde. Daher würde Moskau die Viermächte-Verantwortung für Deutschland hervorkehren, habe aber „im Augenblick offensichtlich auf offizieller Ebene kein Konzept, wie diese mit dem Willen der Deutschen selbst zu vereinbaren ist“.³²⁰ Mit dieser Lagebeurteilung hatte man den Nagel auf den Kopf getroffen.

Aufgrund der immer offenkundiger in Richtung deutsche Einheit weisenden Stimmung in der DDR-Bevölkerung lancierte Modrow Anfang Februar nach Rücksprache mit Moskau seinen bereits in Wien angedeuteten Plan einer – aus Sicht der Ostabteilung bereits sehr weitgehenden – Konföderation zwischen den beiden deutschen Staaten,³²¹ der auch eine Neutralitätsdimension hatte.³²² Diese wurde im Westen abgelehnt und auch Österreich fühlte sich – erneut in einer „kleinen“ Modellfalldebatte angekommen – sichtlich unwohl.³²³ Am Ballhausplatz war die Position dazu eindeutig. Nachdem der sowjetische Botschafter Schikin gegenüber Mock die DDR-Konzeption als „realistisch“ bezeichnet und sich nach der Haltung Österreichs dazu erkundigt hatte, erwiderte der österreichische Außenminister, dass Österreich „für sich keine besondere Beziehung zu diesem Problem“ sehe, „welche über dessen Bedeutung für alle europäischen Staaten hinausgehen würde“. Schikin sprach Mock daraufhin auf dessen „kritische Bemerkungen [...] zur Frage der Neutralisierung Deutschlands“ an „und wies darauf hin, daß die Sowjetunion den Eintritt der DDR in die NATO nicht hinnehmen

Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990, Berlin 2015, S. 13–108, hierzu S. 58–60. Kurz und prägnant auch György Dalos, Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie, München 2011, S. 215–217.

318 Siehe Dok. 106.

319 Siehe Dok. 108.

320 Siehe Dok. 114.

321 Siehe Dok. 116.

322 Siehe Dok. 115. Gabriele Lindner, Die Eigenart der Implosion. Lange Genese bis zur Modrow-Regierung und Rundem Tisch in der DDR, Berlin 1994.

323 Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands, S. 444–446; idem, Modellfall?, S. 1230–1231; Oliver Rathkolb, Deutsches Unbehagen an der Neutralität Österreichs 1955 und 1990. Ein „unhistorischer“ Vergleich mit verblüffenden Parallelen, in: idem/Georg Schmid/Gernot Heiß (Hg.), Österreich und Deutschlands Größe. Ein schlampiges Verhältnis, Salzburg 1990, S. 85–92.

könnte“. Mock stimmte einerseits „zu, daß keine Verschiebung des Gewichtes der militärischen Allianzen erfolgen sollte. Andererseits wäre eine Entlassung Deutschlands aus seinen Bindungen durch Neutralisierung gefährlich.“ Nachdem Schikin erneut „auf die Verantwortung der vier Alliierten“ hingewiesen hatte, plädierte Mock dafür, dass nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene „System der Patronanz über Deutschland in einen Status der Normalität“ zu überführen.³²⁴

Modrows Plan wurde ohnehin rasch von den Entwicklungen überholt. Der Exodus aus der DDR und die Übersiedlerzahlen in die Bundesrepublik drohten zu einem echten Problem für Bonn zu werden, weshalb man zunehmend auf eine rasche Realisierung der deutschen Einheit drängte. Sowohl die äußeren als auch die inneren Aspekte stellten aber noch ein „Minenfeld“ dar.³²⁵ Der Übersiedlerstrom von Ost nach West riss nicht ab und Modrow konnte von seinem Besuch in der Bundesrepublik am 13./14. Februar 1990 nur wenig Zählbares nach Hause bringen. Die Bundesrepublik wollte die nicht frei gewählte DDR-Regierung nicht alimentierten,³²⁶ sah sich aber dennoch zum Handeln gezwungen. Mit dem im Februar erfolgten Angebot einer „Wirtschafts- und Währungsunion“ hatte Kohl im deutschen Einigungsprozess endgültig die Initiative übernommen.³²⁷

Ende Februar 1990 war die deutsche Einheit das wichtigste – ja nahezu alles bestimmende – internationale Gesprächsthema. Im Dreieck Bonn, Moskau und Washington ging es in der ersten Februarhälfte, als Gorbatschow am 10. Februar im Kreml gegenüber Kohl erstmals grundsätzlich grünes Licht für die unaufhaltsam scheinende deutsche Einheit gegeben hatte, insbesondere um die Frage der NATO-Mitgliedschaft des künftigen Deutschlands und deren Ausgestaltung. Dessen war man sich am Ballhausplatz bewusst, auch wenn man dort natürlich keine Detailkenntnis über die heute im Blick auf die NATO-Osterweiterung so umstrittenen bilateralen Gespräche dieser Dreieckskonstellations hatte.³²⁸ Die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands stand zwar aus Wiener Sicht nicht in Frage, aber die Art und Weise der Inkorporierung des Gebiets der DDR unter sowjetischer Zustimmung schien offen – wie auch die Zukunft der Militärbündnisse insgesamt.³²⁹ Das amerikanische Misstrauen gegenüber Genscher in dieser Frage

324 Siehe Dok. 117.

325 Siehe Dok. 118.

326 Siehe Dok. 123.

327 Siehe dazu Dok. 125, 132. Hanns Jürgen Küsters, *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*, Freiburg im Breisgau 2009, S. 155–159; ausführlich: Dieter Grosser, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln*, Stuttgart 1998.

328 Siehe dazu in allen Details: Mary Elise Sarotte, 1989: *The Struggle to Create Post-Cold War Europe*, rev. ed., Princeton 2014. Zur Kontroverse um die Legende vom Wortbruch. Die NATO-„Osterweiterung“ – eine nicht eingehaltene Zusicherung des Westens an Russland?, siehe Michael Gehler, *Revolutionäre Ereignisse und geoökonomisch-strategische Ergebnisse: Die EU- und NATO-„Osterweiterungen“ 1989–2015 im Vergleich* (Zentrum für Europäische Integrationsforschung Discussion Paper C 239), Bonn 2017, S. 66–81.

329 Siehe Dok. 119–120.

wurde registriert.³³⁰ Worum es zumindest auch manchen amerikanischen Diplomaten und Politikern ging, sprach Deputy Secretary of State Lawrence Eagleburger anlässlich eines Besuches in Wien aus. Nachdem Mock darauf hingewiesen hatte „dass es gefährlich wäre, die NATO als eine Art Wachhund für die Deutschen anzusehen“, bejahte Eagleburger dies zwar, wollte „aber doch ein Körnchen Wahrheit in einer derartigen, mancherorts vertretenen Auffassung sehen“. Jedenfalls hielt Eagleburger ein „subtiles“ Vorgehen der Bundesrepublik für nötig.³³¹

Die Sowjetunion hatte zwar noch keine definitive Haltung betreffend die Realisierung der deutschen Einheit eingenommen, jedoch bereits dem „Zwei-plus-Vier“-Prozess zugestimmt, auf den man sich am 13. Februar 1990 am Rande der „Open Skies“-Konferenz in Ottawa verständigt hatte. Dieser sah Verhandlungen der beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs vor, die schließlich in eine abschließende Regelung über Deutschland anstelle eines Friedensvertrags mündeten. Insbesondere die Sowjetunion vermochte sich während der bis September dauernden Gesprächsrunden nur langsam von der Vorstellung der Notwendigkeit eines Friedensvertrags für Deutschland zu lösen.³³²

Als Schewardnadse in jenen Tagen unter Bezugnahme auf die künftigen Grenzen Deutschlands auch Österreich erwähnte, maß man dieser Aussage am Ballhausplatz kaum Bedeutung bei,³³³ obwohl derartige Anspielungen wiederkehrten. Deutlich war für die österreichische Diplomatie, dass es der sowjetischen Deutschlandpolitik an einem Konzept mangelte und es auch echte Ängste vor der deutschen Einheit gab, die aber weniger aus der Rolle Deutschlands als aus dem durch die historischen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs geprägten Deutschlandbild in der sowjetischen Gesellschaft abzuleiten waren und die in den kremlinternen Machtkämpfen instrumentalisiert wurden, während auf der Hand lag, dass man deutscher wirtschaftlicher Unterstützung bedürfen würde. Sich auf dieses komplexe Geflecht einen Reim zu machen, fiel nicht nur der sowjetischen Führung, sondern auch der österreichischen Diplomatie schwer.³³⁴

Es war im Moskauer diplomatischen Corps durchaus andeutungsweise zu vernehmen, dass es auch in der sowjetischen Führung Stimmen gab, die in einer Einbeziehung des gesamten Deutschlands in die NATO die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion besser gewährleistet sahen als in einer Neutralisierung,³³⁵ die auch in fortschreitendem Maße unrealisierbar schien.³³⁶ Ende März vermeinte die österreichische Botschaft in Moskau erstmals auch in öffentlichen Äußerungen eine Nuancierung der sowjetischen Haltung in dieser Frage ausmachen zu

330 Siehe dazu auch noch Dok. 143.

331 Siehe Dok. 131.

332 Siehe Dok. 124.

333 Siehe Dok. 121.

334 Siehe Dok. 130.

335 Siehe Dok. 134.

336 Siehe Dok. 135.

können.³³⁷ Gleichzeitig war man in Wien über die mannigfaltigen Sorgen und Nöte Gorbatschows gut unterrichtet. Ende April hatte man aus „dritter Hand [...] über persönliche Einschätzungen“ des KPdSU-Generalsekretärs erfahren. Aus seiner Sicht waren die Hauptprobleme: 1) die „katastrophale Wirtschaftssituation“, 2) die „Nationalitätenfrage, insbesondere Litauen“, 3) die „Deutsche Frage“ und 4) die „Vorbereitung des kommenden Parteitags“. Jedes einzelne dieser Probleme erschien zwar verkraftbar, aber das „Zusammenfallen aller vier“ bereitete ihm beachtliche Schwierigkeiten. Während die Wirtschaft schlichtweg nicht über Nacht zu sanieren war und die Frage Litauen noch lösbar schien, machte ihm der deutsche Einigungsprozess und dessen unklarer Ablauf offenbar zu schaffen: „Hier ginge es um die Gefahr, dass eine Lösung der Deutschen Frage, wie immer sie letztlich aussehe, sichtbar ohne entsprechende Mitwirkung der Sowjetunion zustandekomme; dies könne von seinen Gegnern als Beweis für den durch seine Politik des neuen Denkens ausgelösten ‚Ausverkauf‘ der Sowjetunion ins Treffen geführt werden.“ In dieser Hinsicht blickte Gorbatschow angesichts seiner sich formierenden internen Gegner in der KPdSU sorgenvoll auf den Parteitag im Juli.³³⁸

Neben der Haltung der Sowjetunion zur deutschen Einheit und zu der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands stellte auch die Frage der polnischen Westgrenze einen weiteren international vielbeachteten Gegenstand dar, dem sich auch Österreich nicht gänzlich entziehen konnte. Polen anerkannte trotz allem gesamtgesellschaftlichen historisch verständlichen „Unbehagen“ angesichts der sich anbahnenden deutschen Einheit das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und hatte auch gegen eine NATO-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands nichts einzuwenden, jedoch wollte die politische Führung in Warschau zuerst die bestehende deutsch-polnische Grenze garantiert wissen. Öffentliche Erklärungen Kohls und Genschers, die trotz des weiterbestehenden Vorbehalts, dass nur ein geeintes Deutschland über seine Grenzen befinden könne, betonten, dass Deutschland die Grenze nicht in Frage stellen würde, reichten für Warschau nicht aus. Daher forderte Polen die Teilnahme an den „Zwei-Plus-Vier“-Gesprächen. Das von der polnischen Regierung bevorzugte Szenario wäre die Aushandlung eines Grenzvertrages und dessen Paraphierung durch beide deutschen Staaten, gefolgt von der Ratifizierung durch das geeinte Deutschland, gewesen.³³⁹

337 Siehe Dok. 139.

338 Aktenvermerk. Sowjetunion; interne Situation, persönliche Einschätzung Michael [sic!] Gorbatschows, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 27. April 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 225.03.00/26-II.3/90.

339 Siehe Dok. 127. Zur Haltung Polens siehe u. a. Klaus Ziemer, Zwischen Misstrauen und Hoffnung: Polen und die deutsche Vereinigung, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 509–524; Mięczyński Tomala, Polen und die deutsche Wiedervereinigung, Warschau 2004; Dominik Pick, Deutsch-polnische Beziehungen und die deutsche Einheit, in: Michael Gehler/Maximilian Graf (Hg.), Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entschei-

Da dies seitens der Bundesrepublik abgelehnt wurde und auch eine Einbeziehung Polens in die „Zwei-Plus-Vier“-Gespräche noch nicht feststand, suchte Polen unter den Nachbarstaaten Deutschlands nach Verbündeten. Am 2. März wandte sich Außenminister Krzysztof Skubiszewski mit einem Brief an seine Amtskollegen, darunter auch Außenminister Mock.³⁴⁰ In diesem führte er neben dem gewünschten Szenario – hier im Wortlaut des Ballhausplatzes – aus: „Alle Nachbarstaaten der BRD und der DDR hätten gewisse gemeinsame Interessen und Rechte, soweit ihre Sicherheit betroffen ist. [Eine] Vereinigung dürfe [die] Sicherheit und [die] territoriale Integrität dieser Staaten nicht in Frage stellen.“ Daraufhin betonte er das vitale Interesse Polens an der „Beseitigung jeder Zweideutigkeit hinsichtlich [der] Oder-Neiße-Grenze“ und erklärte, dass Polen bereit sei, „an Arbeiten an einem Friedensvertrag teilzunehmen und diesen zu unterzeichnen“. Die Beteiligung der Nachbarstaaten Deutschlands am „Zwei-plus-Vier“-Prozess war für ihn „unerlässlich“. Daher ersuchte er um „österreichische Unterstützung der polnischen Haltung“. Am Ballhausplatz holte man daraufhin die Reaktionen der anderen angesprochenen Staaten ein und konzipierte ein Antwortschreiben, in dem die österreichische Position dargelegt wurde: 1) „Österreich tritt traditionell für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker ein. Dies gilt selbstverständlich auch für das deutsche Volk.“ 2) Die Vereinigung müsse aber jedenfalls demokratisch ablaufen und in den „europäischen Sicherheitsprozeß“ eingebettet sein. 3) „Die territoriale Integrität aller europäischen Staaten und da-

dungen und Folgen, Göttingen 2017, S. 599–626; sowie die dem Aufsatz zugrundeliegende polnische Edition Borodziej (Hg.), *Polska wobec zjednoczenia Niemiec* 1989–1991.

- 340 Die Arbeitsübersetzung des Schreibens Skubiszewskis erliegt in: Amtsvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 12. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/58-II.3/90. Nebst Übermittlung des Wortlauts des Schreibens berichtete die österreichische Botschaft Warschau am 5. März: „Wie bereits mit ha. Berichten 54-Res/90 vom 20.2.1990 und 25020 vom 26.2.1990 ausgeführt, ist die deutsche Vereinigung und im Zusammenhang damit die Garantie der poln. Westgrenze ein die poln. Regierung, aber, wie aus den hiesigen Medien deutl. ersichtl. ist, auch die gesamte poln. Bevölkerung zutiefst berührendes Problem. [...] Sämtliche Politiker, auf welcher Seite sie auch stehen, teilen in dieser Frage die Haltung des Premierministers. Im Gespräch des Unterfertigten mit PM Mazowiecki war dieser sehr bestimmt und wirkte, wiewohl von Natur aus eher nachdenklichen Charakters, sehr entschlossen. Er machte deutlich, dass die Garantie der poln. Westgrenze und eine Teilnahme Polens an den Gesprächen der 4 und 2 für ihn kein Streit um einen juristischen Standpunkt, sondern eine grundsätzliche Frage der Existenz seines Landes sei, die er in seinem Sinn international vertreten werde. AM Skubiszewski sieht das Problem eher mit den Augen eines Völkerrechtlers, für ihn ist die Klärung der Grenzfrage eine Vorbedingung der deutschen Einigung. Nach Ansicht des Unterfertigten ist für die Gespräche über die Einigung eine Teilnehmerformel, die über die 6 hinausgeht, durchaus im Bereich des Möglichen, also auch eine Einladung sämtlicher Nachbarstaaten der beiden Deutschland. Das Argument, dass die deutsche Einigung nicht bloss eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten sei, sondern in Konsultationen und in Abstimmung mit den Nachbarstaaten erfolgen müsse, arbeitet für Mazowiecki. Von Präsident Mitterrand erhoffen sich Jaruzelski und Mazowiecki massive Unterstützung und Druck auf Kohl in ihrem Sinne.“ Botschafter Gerhard Wagner an BMAA, Warschau, 5. März 1990. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/55-II.3/90.

mit die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, sowie die Einhaltung aller relevanten Abkommen und Vereinbarungen stehen für Österreich außer Frage.³⁴¹

Wien wollte sich in dieser Frage nicht durch offizielle Äußerungen exponieren. Im Gegenteil mit Blick auf die „Zwei-plus-Vier“-Gespräche wurde intern ausdrücklich festgehalten: „Österreich kann kein Interesse daran haben, daß von den ‚2+4‘-Staaten über ‚seine Sicherheit in einer frühen Phase der Konferenz als separater Teil diskutiert‘ wird.“³⁴² Kurz nach Fertigstellung des Antwortschreibens stand für den Ballhausplatz nach dem ersten „Zwei-Plus-Vier“-Beamntentreffen am 14. März 1990 in Bonn³⁴³ fest, „daß Polen zur Deutschlandkonferenz eingeladen würde, sobald Fragen berührt werden, die mit Polens Grenzen zusammenhängen. Nachdem damit dem polnischen Anliegen Genüge getan zu sein“ schien, wurde der Brief im Hinblick auf eine ohnehin bevorstehende Begegnung Mocks mit seinem polnischen Amtskollegen nicht mehr abgesendet. Die in den anderen Empfangsstaaten eingeholten Informationen auf das Schreiben Skubiszewskis zeigten: „Allgemein spiegelt sich die österreichische Haltung auch in den Reaktionen der anderen betroffenen Regierungen wider. Unterschiede ergeben sich lediglich hinsichtlich der Betonung der Notwendigkeit, Polen in die Deutschlandgespräche (2+4) einzubinden.“ Dänemark und die Schweiz hatten sich wie Österreich nicht „zur allfälligen Form der Einbindung“ geäußert. Belgien, die Niederlande und Luxemburg hatten sich für die Beteiligung Polens ausgesprochen. Belgien war das einzige Land, das schriftlich geantwortet hatte und dem polnischen Ansinnen am weitesten entgegenkam, indem es die „Konsultierung aller Staaten, die in ihren Sicherheitsinteressen berührt werden“, befürwortete. Die Tschechoslowakei hatte beim Treffen der Warschauer-Pakt-Staaten am 17. März 1990 in Prag mündlich geantwortet, wo sich die Mitgliedsstaaten auf eine einheitliche Position des Bündnisses verständigt hatten: „Bedingung für Zustimmung zur Einheit Deutschlands ist die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa.“ Auch Mock hatte sich für eine mündliche Rückmeldung entschieden.³⁴⁴

Gelegenheit dazu bot sich am Rande der Außenministertagung des Europarats am 23. und 24. März in Lissabon, zu der auch die Außenminister osteuropäischer Staaten eingeladen worden waren. Nachdem Mock die österreichische Haltung dargelegt hatte, zeigte Skubiszewski „durchaus Verständnis dafür, dass keine schriftliche Beantwortung seines Briefes“ erfolgen werde und gab „auch zu verstehen, dass durch die bekanntgewordene Willensbildung der im Gegenstand massgebenden Staaten in letzter Zeit dem polnischen Anliegen (Teilnahme an

341 Zirkulardepesche an die österreichischen Botschaften in Brüssel, Prag, Kopenhagen, Den Haag, Luxemburg und Bern, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 6. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/55-II.3/90.

342 Amtsvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 12. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/58-II.3/90.

343 Siehe dazu auch Dok. 140–141.

344 Amtsvermerk, Gesprächsnotiz und Kurzinformation für den Bundesminister, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 19. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/92-II.3/90.

2+4 Gesprächen, wenn polnische Interessen berührt werden) doch einigermaßen befriedigend Rechnung getragen werden dürfte“.³⁴⁵

Während dieses Thema den „Zwei-plus-Vier“-Prozess noch bis in den Juli hinein begleitete und Polen seinen Grenzvertrag trotzdem erst mit dem geeinten Deutschland aushandeln konnte, war die Angelegenheit für Österreich hiermit erledigt. Als Bundeskanzler Vranitzky Anfang Juli bei seinem Besuch in Warschau mit dem polnischen Regierungschef Tadeusz Mazowiecki und dem Staatspräsidenten Wojciech Jaruzelski zusammentraf, kamen beide nicht mehr auf das Schreiben des Außenministers zurück. Bilaterale und Wirtschaftsfragen standen im Vordergrund der Unterredungen. Zur Grenzfrage betonte Mazowiecki aber noch einmal: „Im Vereinigungsprozess müßten alle Zweideutigkeiten betreffend die polnisch-deutsche Grenze geklärt werden.“ Ähnlich ließ sich Jaruzelski vernehmen.³⁴⁶

Auch wenn die DDR weiterhin bestrebt war für ihre Eigenstaatlichkeit zu kämpfen und in diesem Zusammenhang mit ihren Vorstellungen an Österreich herantrat,³⁴⁷ hatte sich in der österreichischen Diplomatie bereits im Verlauf der ersten beiden Monate des Jahres 1990 die Überzeugung durchgesetzt, dass die deutsche Einheit komme. Im Februar schätzte die österreichische Botschaft in Bonn ein, dass es „früher oder später“ im Jahr 1991 so weit sein würde.³⁴⁸

Die österreichische Botschaft in Ost-Berlin meldete: „Kohl dränge mit sehr großem Tempo zur deutschen Einheit und es ist damit zu rechnen, dass diese noch heuer, spätestens aber nächstes Jahr verwirklicht werde.“³⁴⁹ Damit hatte man den zeitlichen Fahrplan recht gut erkannt. Man rechnete in Wien damit, dass es nach den Wahlen in der DDR am 18. März und mit dem einsetzenden „Zwei-plus-Vier“-Prozess zu einer Beschleunigung des Einigungsprozesses kommen würde. Mittlerweile waren auch die Widerstände gegen die deutsche Einigung im Westen zurückgegangen.³⁵⁰ Dazu hatte nicht nur Kohls, sondern auch Genschers intensive Gesprächsdiplomatie seit Jahresbeginn beigetragen.³⁵¹

Während die französische Haltung aufgrund der parallelen Intensivierung der europäischen Integration in Frühjahr 1990 kaum noch Anlass zu Zweifeln gab,³⁵² gestaltete sich der Umdenkprozess in Großbritannien langwieriger. Dort bestanden Differenzen zwischen dem Foreign Office und der einer deutschen

345 Gesandter Ernst Sucharipa an die österreichischen Botschaften in Bonn und Warschau, Wien, 26. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/92-II.3/90.

346 Siehe Dok. 158.

347 Siehe Dok. 133.

348 BRD; Deutsche Einheit „2+4“ (Info), Telefax Botschafter Bauer und Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, [nach dem 21. Februar 1990], ÖStA, BMAA, II-Pol. 1990, GZ. 22.17.01/48-II.1/90.

349 Siehe Dok. 126.

350 Siehe Dok. 129.

351 Am Beispiel Italiens siehe Dok. 128. Zur Rolle Genschers insbesondere auch Gerhard A. Ritter, Hans-Dietrich Genscher das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung, München 2013.

352 Siehe Dok. 145.

Einheit ablehnend gegenüberstehenden Premierministerin Margaret Thatcher,³⁵³ die aber durchaus einen Teil der öffentlichen Meinung repräsentierte. Dies zeigte sich auch noch als die „Iron Lady“ eingesehen hatte, dass der Zug zur deutschen Einheit nicht aufzuhalten war.³⁵⁴

Die britische Diplomatie erkundigte sich im März erneut nach der österreichischen Haltung zur deutschen Frage. Konkret interessierte sich der britische Diplomat Christopher Hulse auf der Durchreise nach Rumänien in Wien beim Leiter der Ostabteilung Ernst Sucharipa mit Blick auf die bevorstehenden Volkskammerwahlen für die Frage, ob „die Unterstützung für die CDU tatsächlich“ zunehme. Außerdem wollte er die „Meinung des Durchschnittsösterreichers über eine neue europäische Grossmacht (vereinigtes Deutschland)“ erfahren. Sucharipa setzte seine Antworten als bekannt voraus, sodass diese in den österreichischen Außenamtsakten schriftlich nicht überliefert sind.³⁵⁵ In der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage zur österreichischen Haltung wurde wenig später noch einmal festgehalten:

„Österreich tritt immer und überall für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Dies muß selbstverständlich auch für die Menschen in der DDR gelten. Eine Einigung Deutschlands muß jedoch auf friedlichem und demokratischem Wege unter Einhaltung der bestehenden Verträge und unter Respektierung der Grenzen erfolgen. Es besteht allgemein Einvernehmen darüber, daß die deutsche Einigung in den gesamt-europäischen Friedensprozeß eingebettet werden muß.“³⁵⁶

353 Damit isolierte sie sich im Frühjahr 1990 auch in ihrem eigenen Kabinett, die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen fielen zur Gänze in die Verantwortung des Foreign Office, das eine wesentlich konstruktivere Rolle spielte. Dennoch prägte ihre persönliche Haltung lange Zeit das Bild der britischen Haltung zur deutschen Einheit. Eindrücklich hierzu die Schlussbetrachtung von Klaus-Rainer Jackisch, *Eisern gegen die Einheit. Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung*, Frankfurt 2004, S. 303–319. Dieses Bild wurde durch Aktenveröffentlichungen in der Zwischenzeit klarer. Siehe: DBPO III/VII: German Unification. Für eine rezente Analyse unter Berücksichtigung dieser Edition siehe Klaus Larres, *Margaret Thatcher and German Unification Revisited*, in: Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Hg.), *The Revolutions of 1989. A Handbook*, Wien 2015, S. 355–384. Zuletzt: Hinnerk Meyer, *Participation on limited cooperation – Großbritanniens schwierige Rolle im deutschen Einigungsprozess 1989/90*, in: Michael Gehler/Maximilian Graf (Hg.), *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*, Göttingen 2017, S. 141–160.

354 Siehe Dok. 122, 138 und 142.

355 Aktenvermerk. Vorsprache des Abteilungsleiters für Osteuropa im britischen Außenministerium, Christopher Hulse, beim HAL II.3 (13.3.1990), Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 13. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 66.18.05/1-II.3/90.

356 Amtsvermerk. Frage der Einigung Deutschlands, österreichische Haltung, Gesandter Johann Plattner, Wien, 21. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/87-II.1/90.

6. Der Einigungsprozess und seine internationale Durchsetzung aus österreichischer Sicht

Genau unter diesen Vorzeichen entwickelte sich im Frühjahr der innere und der äußere Einigungsprozess. So klar war dies zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht. „Nachdem in den ersten Monaten nach der Wende eine richtige Euphorie bezüglich der Vereinigung mit der BRD geherrscht“ hatte, war laut einem Bericht der österreichischen Botschaft in Ost-Berlin von Mitte März, „seit etwa einem Monat in weiten Kreisen“ der DDR-Bevölkerung „eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Hatte man bis dahin in einer Vereinigung mit der BRD nur positive Seiten gesehen, so kommt man nun darauf, dass die Vereinigung auf gewissen Gebieten, insbesondere dem sozialen, auch Nachteile mit sich bringen dürfte.“³⁵⁷

Die ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 endeten nach einem von den bundesdeutschen Parteien massiv mitgeprägten Wahlkampf dennoch mit einem auch für Österreich überraschenden und überlegenen Sieg der von der Christlich-Demokratischen Union (CDU) geführten „Allianz für Deutschland“.³⁵⁸ Mock stattete Bonn wenig später einen Besuch ab, im Rahmen dessen er Kohl das „Große Goldene Ehrenzeichen am Bande“ überreichte, für den österreichischen EG-Beitritt warb und sich mit ihm über die jüngsten Entwicklungen in der DDR austauschte. Vor der Presse dankte der österreichische Außenminister Kohl für sein Verständnis für den Beitrittswunsch Österreichs und gratulierte „zum großartigen Wahlerfolg in der DDR“. Eine austrospezifische mediale Polemik, wonach Mock die „Wiedervereinigung“ vorweggenommen hätte, folgte auf den Fuß.³⁵⁹

Nach der Bildung einer breiten Koalition, die neben den Parteien der „Allianz“ auch den Bund der Freien Demokraten und die SPD umfasste, wurde Lothar de Maizière (CDU) am 12. April zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Auch wenn nun selbst de Maizière „vor einer Überstürzung des Prozesses der Einigung“ warnte und damit laut der österreichischen Botschaft in der DDR „ohne Zweifel den heutigen Vorstellungen des größeren Teils der hiesigen Bevölkerung“ aus der Seele sprach, bestanden weder in Ost-Berlin noch Bonn „Zweifel, dass dieser Prozess positiv abgeschlossen werden wird“. Lediglich die Haltung der UdSSR in diesem galt noch als unbestimmt.³⁶⁰ Trotz dieser und anderer Unbekannten waren nun auch in der DDR in politischer Hinsicht die Weichen ganz klar auf Einheit gestellt. Dies und der bevorstehende Fahrplan waren für den Ballhausplatz offenkundig.³⁶¹

357 Siehe Dok. 136.

358 Siehe Dok. 137.

359 Siehe dazu ausführlicher: Gehler, Von der Befürwortung zur Verzögerung und Verhinderung, S. 330.

360 Siehe Dok. 144.

361 Siehe Dok. 141.

Die Bundesrepublik registrierte die österreichische Haltung zur deutschen Frage Ende April uneingeschränkt positiv und bekräftigte ihre Unterstützung für den von Österreich angestrebten EG-Beitritt – ein Drängen auf eine beschleunigte Behandlung des österreichischen Beitrittsgesuchs hielt man aber für unangebracht. In den Spitzenkontakten der Außenministerien wurde Österreich über den Einigungsprozess ausführlich und detailreich informiert. Durch Gespräche mit Vertretern des Bundeskanzleramts kannte man auch die bundesrepublikanischen Divergenzen recht gut.³⁶² Im „Zwei-plus-Vier“-Prozess selbst war Österreich nur außenstehender Beobachter. Botschafter Bauer wurde aber sowohl im Auswärtigen Amt als auch durch Kontakte zum Bundeskanzleramt regelmäßig über die Fortschritte der Verhandlungen informiert.

Das erste „Zwei-plus-Vier“-Außenministertreffen fand am 5. Mai 1990 in Bonn statt. Auf diesem einigte man sich vor allem über das weitere Vorgehen, wie der an den Verhandlungen führend mitwirkende Spitzendiplomat des Auswärtigen Amts, Wilhelm Friedrich Höynck, den österreichischen Botschafter Bauer informierte. Die Hauptfrage blieb die Moskauer Haltung zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands, die aber nicht Gegenstand der „Zwei-plus-Vier“-Gespräche sein sollte. Dem sowjetischen Bestreben, den unaufhaltsamen inneren Einigungsprozess vom äußeren und durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs blockierbaren zu entkoppeln, wollte man entgegenwirken.³⁶³ Diese Frage beschäftigte auch das Department of State, wo man nach wie vor nicht sicher war, wie weit Genscher bereit war, seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse in Fragen der Bündniszugehörigkeit entgegenzukommen.³⁶⁴ Die Reise Kohls und Genschers nach Washington Mitte Mai diente dann der amerikanisch-bundesdeutschen Abstimmung³⁶⁵ für das bevorstehende Gipfeltreffen von George H. W. Bush mit Gorbatschow zwei Wochen später. Wie weitgehend sich der sowjetische Präsident dort bereits hinsichtlich der Akzeptanz einer NATO-Mitgliedschaft Deutschlands geäußert hatte, wusste die österreichische Diplomatie freilich nicht. Aber es war offenkundig, dass nicht nur Erfolge bei den Abrüstungsverhandlungen, sondern auch eine Neuausrichtung des atlantischen Bündnisses den Schlüssel zur Lösung darstellen könnten.³⁶⁶

Nachdem die Frage der „Entkoppelung“ vom Tisch war, erschien dem Ballhausplatz in einer Analyse vom 11. Juni „vorsichtiger Optimismus gerechtfertigt“: „Entsprechende Konzessionen des Westens lassen die Zustimmung der Sowjetunion zur NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands möglich erscheinen.“ Unterdessen war die zwischen Bonn und Ost-Berlin ausgehandelte Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion unter Dach und Fach gebracht worden und sollte am 1. Juli 1990 in Kraft treten. Als „wesentliche Maßnahme“ betrachtete man in

362 Siehe Dok. 146 und 153.

363 Siehe Dok. 149.

364 Siehe Dok. 150.

365 Siehe Dok. 152.

366 Siehe Dok. 154.

Wien „die Einführung der D-Mark in der DDR“. Den Zweck und Effekt der Union wertete man wie folgt: „Durch die wirtschaftliche Vereinigung soll die Entwicklung zum gesamtdeutschen Staat irreversibel gemacht werden.“³⁶⁷ In einem Brief an Kohl rühmte Mock die „Richtigkeit der Perspektiven für die deutsche Einheit“, die der deutsche Kanzler im vergangenen November entworfen hatte, gratulierte „anlässlich dieses entscheidenden Schrittes zur staatlichen Einheit des deutschen Volkes herzlichst“ und übermittelte die „besten Wünsche für den erfolgreichen Abschluß des Verfahrens zur Herstellung der Einheit Deutschlands“, die er als einen „entscheidende[n] Beitrag zur wachsenden Einheit Europas“ wertete.³⁶⁸ Für Österreich bedeutete die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion freilich auch, sich im Handel mit der DDR auf die neuen Gegebenheiten einzustellen.³⁶⁹

Bereits Mitte Juni hatten der für Ostfragen zuständige Kanzler-Berater Horst Teltschik und das Auswärtige Amt Botschafter Bauer übereinstimmend ihre Einschätzung mitgeteilt, die Sowjetunion „akzeptiere [die] unbeeinflussbare Unausweichlichkeit deutscher Einheit und dränge deshalb (weil auch Gorbatschow kein DDR-Chaos wolle) selbst auf rasche Klärung der inneren Aspekte“. Bauers Bericht zeigt, dass man in Bonn Gorbatschows Probleme genau erkannt hatte. Man wusste welche Bedeutung deutscher Wirtschaftshilfe auf dem Weg zur Einheit zukommen würde. Gleichzeitig legten Bauers Gesprächspartner auch ein bemerkenswertes Bewusstsein für das Gewicht eines geeinten Deutschlands in Europa an den Tag, weshalb man dessen Einbettung in ein vertieft-integriertes Europa betrieb.³⁷⁰

Aus DDR-Perspektive sah die Wertung des Stands der Dinge und der bundesdeutschen Politik nach dem zweiten „Zwei-Plus-Vier“-Außenministertreffen am 22. Juni 1990 in Ost-Berlin, das keine wesentlichen Fortschritte gebracht hatte, anders aus. Botschafter Erich Binder, seit Anfang 1990 in der DDR eingesetzt, schloss seinen Bericht mit dem Eindruck: „Die BRD sei der Meinung, dass die heutige wirtschaftliche Lage der Sowjetunion so schlecht sei, dass man ihr die Zustimmung zur Vereinigung einfach ‚abkaufen‘ könne. Maßgeblich sei nur der Preis.“³⁷¹ Sowohl Binders als auch Bauers Einschätzung reflektieren eine gewisse Identifikation mit den Positionen des jeweiligen Empfangsstaates, wobei Bauer aufgrund seiner früheren Erfahrungen als Botschafter in Ost-Berlin und als Leiter der Ostabteilung des Ballhausplatzes auch aus Bonn die DDR-Sicht stärker in seine Berichte zu integrieren vermochte.³⁷²

367 Siehe Dok. 155.

368 Mock an Kohl, Wien, 2. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/167-II.1/90.

369 Siehe Dok. 160, Anm. 17 und Dok. 165.

370 Siehe Dok. 156.

371 Siehe Dok. 157.

372 Zur Sicht Bauers zudem erhellend: Friedrich Bauer, „Der Sinn der Kulturpolitik, als noch der Eisener Vorhang da war, war in diesen kleine Löcher zu bohren“, in: Gehler/Brait (Hg.), *Am Ort des Geschehens*, S. 159–183; und Bauer im Interview mit Michael Gehler „Ich habe bis heute größere Sympathien für Deutsche in der ehemaligen DDR“, in: Michael Gehler/Hinnerk Meyer (Hg.), *Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus* (Hildesheimer Europagespräche I), Hildesheim/Zürich/New York 2011, S. 52–88.

Für Wien stellte die vom NATO-Gipfel in London am 5./6. Juli 1990 von den Staats- und Regierungschefs der Staaten des atlantischen Bündnisses verabschiedete „Londoner Deklaration über eine veränderte nordatlantische Allianz“ ein „klares Bekenntnis der Allianz dar, auf die veränderte Lage in Europa einzugehen und die in Aussicht gestellte Umwandlung in eine stärker politische Organisation durchzuführen“. Sie wurde zudem als „ein Signal der außenpolitischen Hilfestellung für den bedrängten Gorbatschow“ und der Bereitschaft, in der „Frage der deutschen Einigung [...] auf sowjetische Sicherheitsinteressen Rücksicht nehmen zu wollen“ gewertet – insbesondere im Hinblick auf die künftige Truppenstärke eines geeinten Deutschlands.³⁷³ Diese wurde nach langen Verhandlungen und zähem innerdeutschen Ringen auf eine Obergrenze von 370.000 Mann festgelegt. Darin sah das österreichische Außenministerium schließlich auch einen der maßgeblichen Gründe für Gorbatschows Entscheidung die Ampel zur deutschen Einheit endgültig auf Grün zu stellen.³⁷⁴

Die Entscheidung fiel, als Kohl und Gorbatschow am 16. Juli 1990 in Archys im Kaukasus verhandelten und eine Paketlösung aus Einheit mit ausdefinierter NATO-Mitgliedschaft, deutscher Wirtschaftshilfe und anderen finanziellen Abgeltungen sowie der Perspektive eines künftig auch vertraglich engeren deutsch-sowjetischen Verhältnisses erreichten, deren Details freilich noch Expertenverhandlungen in den folgenden Wochen und Monaten vorbehalten blieben. Alois Mock reagierte bereits am 17. Juli mit Glückwunschschreiben zum „großartigen Verhandlungserfolg“ an Kohl³⁷⁵ und seinen Amtskollegen Genscher, dem er attestierte, daran „in so hervorragender Weise beteiligt“ gewesen zu sein.³⁷⁶ In einer ersten Einschätzung des „Durchbruchs im Kaukasus“ bemerkte die österreichische Botschaft in Moskau, wie vage die Nachrichten und Verlautbarungen

373 Siehe Dok. 159.

374 Siehe Dok. 162.

375 „Lieber Freund! Zu dem großartigen Verhandlungserfolg in Moskau möchte ich Dir meine herzlichsten Glückwünsche ausdrücken. Die erzielte grundsätzliche Einigung ist nicht nur für Deutschland, sondern darüber hinaus für ganz Europa von größter Bedeutung. Ich bin zuversichtlich, daß damit die Grundlage für eine dauernde Friedensordnung, die über unseren Kontinent hinausreicht, geschaffen wurde.“ Mock an Kohl, Wien, 17. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/172-II.SL/90. Auch Bundeskanzler Vranitzky hatte Kohl wenig später per Schreiben gratuliert. Kohl bedankte sich für die „Glückwünsche zu den Ergebnissen meiner Begegnung mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow“ und fügte hinzu: „Wir sind unseren Verbündeten und Nachbarn dankbar, daß sie den Weg des deutschen Volkes zur Herstellung der Einheit mit Verständnis und Vertrauen unterstützen.“ Kohl an Vranitzky, Bonn, 8. August 1990, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, Bestand AP, Karton „KRAZAF, KUWEIT, Dr. Kohl Helmut BK. d. BRD“, Mappe „Kohl Helmut, Dr. BK d. BRD u. VS d. CDU“.

376 „Ich möchte Ihnen zu dem Erfolg der Moskauer Verhandlungen, an dem Sie in so hervorragender Weise beteiligt waren, aufrichtig gratulieren. Als Nachbarstaat verfolgen wir die Bemühungen um die Einigung Deutschlands in Frieden und Freiheit mit besonderem Interesse. Nunmehr besteht erstmals die Aussicht auf eine dauernde europäische Friedensordnung in Freiheit und Demokratie.“ Mock an Genscher, Wien, 17. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/172-II.SL/90.

hinsichtlich des künftigen militärischen Status' Deutschlands gehalten waren, gleichzeitig war der „Link“ zwischen der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands und deutscher Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion offensichtlich. Schwierigkeiten sah man auf Gorbatschow bei der internen Argumentation und Durchsetzung dieses Pakets zukommen. Man erwartete, dass dem Generalsekretär „Nachgiebigkeit“ und „leichtfertige Konzessionen“ vorgeworfen werden würden. Auch Putschgerüchte kursierten in diesem Zusammenhang. Nach Ansicht der Botschaft hing die tatsächliche Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen „in einem großen Maße auch vom Takt und Fingerspitzengefühl der Deutschen selbst in den kommenden Tagen und Wochen“ ab.³⁷⁷ Auch der Leiter der Ostabteilung Sucharipa vertrat die Ansicht, dass eine innenpolitische Absicherung der Verhandlungsergebnisse „von der weiteren Reaktion im Westen abhängen“ würde. Ein potentiell schädliches zu „lautes Triumphieren“ erwartete er aber „angesichts des deutschen ‚Alleinganges‘“ nicht.³⁷⁸ Damit hatte er Recht.

Die österreichische Botschaft in Washington berichtete, dass die USA die erzielte Einigung inhaltlich zwar begrüßen, jedoch gerne bei den entscheidenden Gesprächen mitgeredet hätten. Dies führte auch dazu, dass umgehend Überlegungen zum künftigen deutsch-sowjetischen Verhältnis angestellt wurden.³⁷⁹ Sucharipa, der die Einigung vom Kaukasus auch als Zeichen für „eine künftige Eigenständigkeit deutscher Außenpolitik“ interpretierte, sah das Ergebnis als „gelungene ‚Realpolitik‘“ an.³⁸⁰ Für die Westabteilung des Ballhausplatzes stand nach Auflistung der für alle Seiten Positives beinhaltenden Ergebnisse fest, „daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten noch vor Jahresende Wirklichkeit“ würde. „Für Österreich“ – so Abteilungsleiter Plattner – „wird u. a. von Interesse sein, welche Auswirkungen die Bemühungen der westeuropäischen Staaten um die feste ‚Westbindung‘ Deutschlands auf die Entwicklung der EG (Vertiefung, Europäische Union!) haben werden“.³⁸¹

Das dritte „Zwei-plus-Vier“-Außenministertreffen hatte am Tag nach der Einigung von Archys am 17. Juli in Paris stattgefunden, wo nun auch viele wichtige Details gelöst werden konnten. Nun stand endgültig fest, dass die „Zwei-plus-Vier“-Regelung einen Friedensvertrag ersetzen würde, wodurch laut erleichterter Auskunft des Auswärtigen Amts auch die Frage möglicher Reparationen vom Tisch war.³⁸² Daraufhin galt es, binnen kürzester Frist den deutschen Einigungsvertrag fertig zu stellen, den „Zwei-plus-Vier“-Prozess abzuschließen und umgehend mit den Verhandlungen über ein umfangreiches deutsch-sowjetisches Vertragswerk sowie die entsprechenden deutschen Wirtschaftshilfen an die Sowjetunion zu beginnen. Der Gesamtkomplex war kaum zu überblicken und

377 Siehe Dok. 161.

378 Siehe Dok. 163.

379 Siehe Dok. 164.

380 Siehe Dok. 163.

381 Siehe Dok. 162.

382 Siehe Dok. 166.

vieles war noch lange nicht in trockenen Tüchern.³⁸³ Anfang September sprach die österreichische Botschaft in Moskau „von faktisch permanenten Verhandlungen“ zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, bei denen bis zum letzten Augenblick offene Fragen, die mit hohen Kosten verbunden waren, zu klären blieben.³⁸⁴

Das Verhandlungstempo war beeindruckend. Der „Einigungsvertrag“ über die politischen und rechtlichen Aspekte der deutschen Einheit zwischen der Bundesrepublik und der DDR war am 31. August unterzeichnet worden, beim vierten „Zwei-plus-Vier“-Außenministertreffen am 12. September in Moskau folgte der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ und bereits am 13. September 1990 wurde der deutsch-sowjetische Vertrag über „gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ paraphiert. Bonn und Moskau hatten sich in diesem vor allem ein wechselseitiges Neutralitätsversprechen im Falle eines Angriffs von dritter Seite gegeben, was bemerkenswert war, zumal Sicherheitsgarantien für die sowjetische Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg immer wichtig waren.³⁸⁵ Nachdem in der Substanz des Vertrags alle Fragen gelöst und für die Sowjetunion zufriedenstellende wirtschaftliche Gegenleistungen absehbar waren, gelang es Außenminister Genscher, „auch noch die sowjetische Zustimmung zur Suspendierung der alliierten Rechte und Vorbehalte für Berlin und Deutschland ab dem Datum der deutschen Vereinigung zu erreichen“.³⁸⁶ Die Westabteilung des Ballhausplatzes sah damit die „politischen Ziele der Bonner Regierung, die Verwirklichung der deutschen Einheit unter Beibehaltung der Westbindung, [...] bei Gewährung nur geringfügiger politischer Zugeständnisse“ als erreicht an.³⁸⁷

Die Ostabteilung des Ballhausplatzes wertete „die – aus einer Position der relativen Schwäche – erzielten Regelungen“ als „bedeutende[n] Erfolg der sowjetischen Außenpolitik“. Nach Ansicht Sucharipas hatte die Sowjetunion „für aus ihrer Sicht verhältnismäßig geringe (weil mittelfristig praktisch unvermeidliche) Konzession eine hohe Abgeltung“ erhalten „und gleichzeitig ihre Position in Europa“ gestärkt, worin er Gorbatschows „(vermutlich letzte) Chance“ sah, die Sowjetunion „unter der Bedingung eines geordneten Übergangs zu Marktwirtschaft und Föderalismus – weitgehend zusammenzuhalten“. Zudem ent-

383 Siehe Dok. 167.

384 Siehe Dok. 169.

385 Gesetz zu dem Vertrag vom 9. November 1990 über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 31. Mai 1991, siehe darin Artikel 3: „Sollte eine der beiden Seiten zum Gegenstand eines Angriffs werden, so wird die andere Seite dem Angreifer keine militärische Hilfe oder sonstigen Beistand leisten und alle Maßnahmen ergreifen, um den Konflikt unter Anwendung der Grundsätze und Verfahren der Vereinten Nationen und anderer Strukturen der kollektiven Sicherheit beizulegen“, Bundesgesetzblatt 1991, II, Nr. 15.

386 Siehe Dok. 171

387 Siehe Dok. 170.

sprach das Ergebnis den österreichischen Vorstellungen „einer neuen europäischen Architektur“.³⁸⁸

Vor diesem Hintergrund erklärte Österreich nach Vollzug der deutschen Einheit auch einige in direktem Bezug zur Lösung der Deutschlandfrage stehende Passagen des österreichischen Staatsvertrags von 1955 für obsolet.³⁸⁹ Damit wurde ein Teil der im Kalten Krieg entstandenen Beschränkungen für Österreich abgelegt und die Zukunft des Landes sollte „Europa“ heißen. Botschafter Bauer, dessen Amtszeitsende in Bonn mit der deutschen Einheit zusammenfiel, gestaltete seinen Abschlussbericht zu einem Plädoyer für die raschestmögliche Teilnahme Österreichs am integrierten Europa: „Jetzt sollten wir alles daran setzen, sobald als möglich als gleichberechtigtes Mitglied in die EG einzuziehen. [...] An Europas Gestaltung im 3. Jahrtausend, die heute beginnt, sollten wir nicht als Zaungast, sondern als voll Mitwirkende in den EG teilnehmen können.“ Er sah ebendarin auch den besten Weg, um von einem größeren Deutschland, mit dem man noch enger zusammenarbeiten würde, emanzipiert zu bleiben.³⁹⁰ Auf dem Weg dorthin hieß es zunächst aber noch, vom „zweiten deutschen Staat“ Abschied zu nehmen.

7. Österreichs Abschied von der DDR

Bereits seit Juni 1990 hatte man am Ballhausplatz damit begonnen, sich mit der Frage der Weitergeltung der Verträge mit der DDR auseinanderzusetzen.³⁹¹ Mit Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 musste sich Österreich in seinen Handelsbeziehungen mit der DDR, insbesondere in Zollfragen, auf die neuen Gegebenheiten einstellen.³⁹² Sorgen der österreichischen Wirtschaftstreibenden, die durch den Wegfall der DDR-Geschäfte Einbußen befürchteten, sollten sich nicht bewahrheiten. Tatsächlich „profitierte Österreich von der westdeutschen Investitionswelle in die Infrastruktur der ehemaligen DDR“ in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre.³⁹³

388 Siehe Dok. 172.

389 Siehe Dok. 178–179. Siehe dazu auch Wolfgang Schallenberg, Obsoleterklärung einiger Artikel des österreichischen Staatsvertrages, in: Manfred Rauchensteiner/Robert Kriechbaumer (Hg.), *Die Gunst des Augenblicks. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität*, Wien/Köln/Weimar 2005, S. 503–517.

390 Siehe Dok. 173.

391 Vereinigung BRD-DDR; Frage der Weitergeltung von Verträgen zwischen Österreich und der DDR, Gesandter Johann Plattner, Wien 21. Juni 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/160-II.1/90.

392 Siehe zur Sicht Österreichs ausführlicher Gehler, *Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands*, S. 447–449; sowie Dok. 160, Anm. 17 und Dok. 165.

393 Felix Butschek, *Vom Staatsvertrag zur EU. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart*, Wien/Köln/Weimar 2004, S. 200.

Im Mai wurden die österreichisch-ostdeutschen Beziehungen zur DDR noch um ein Kuriosum ergänzt. Obwohl sich das Ende der DDR abzeichnete, machten sich der österreichische Vizekanzler Josef Riegler (ÖVP) und Lothar de Maizière noch daran, zumindest zum Schein Parteikontakte zwischen der ÖVP und der CDU-Ost zu etablieren.³⁹⁴ Die beiden waren im Mai trotz de Maizières „sehr gedrängten Terminkalenders“ anlässlich des World Economic Forum in Berlin zu einem Meinungsaustausch zusammengetroffen, den der DDR-Ministerpräsident zu einer ausführlichen Darlegung der eigenständigen Politik seiner Regierung nutzte und Zweifel am Vereinigungswillen der ostdeutschen Bevölkerung äußerte.³⁹⁵ Daraufhin hatte Riegler den Leiter der Politischen Akademie der ÖVP Andreas Khol damit beauftragt, die vereinbarte Intensivierung der Kontakte zwischen den beiden Parteien in Angriff zu nehmen. Zudem lud er de Maizière zur Eröffnung der Salzburger Festspiele nach Österreich ein,³⁹⁶ was dieser dankend annahm.³⁹⁷ Da Rieglers Vorgehen nicht mit der CDU abgestimmt war, sorgte es für eine „beträchtliche Irritation“ in Rieglers Verhältnis zu Kohl – nicht zuletzt, da dessen Beziehung zu de Maizière zu jener Zeit eben „nicht frei von Spannungen war“.³⁹⁸

Kurz nach dem EG-Gipfel in Dublin Ende Juni 1990 gab Lothar de Maizière dem Brüsseler Korrespondenten der Tageszeitung *Die Presse*, Otmar Lahodynsky, ein Interview. Darin betonte er vor dem Hintergrund der anstehenden Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, dass Moskaus Führung die deutsche Einheit nicht mehr aufhalten, „nur noch erschweren“ könne. Bei diesem Gespräch im Kölner Maritim-Hotel hatte de Maizière zwei Mitarbeiterinnen im Gefolge. Seine Pressesprecherin war damals Angela Merkel. Zehn Jahre später traf Lahodynsky Merkel wieder bei einem Interview in Berlin. Sie war bereits zur CDU-Generalsekretärin avanciert und wollte nicht an die Zeit als Pressesprecherin erinnert werden: „Da wechselte sie ganz schnell das Thema“, so Lahodynsky.³⁹⁹

Im Sommer 1990, als der Weg für die Einheit endgültig frei geworden war, absolvierte de Maizière am 25. Juli noch einen offiziellen Besuch in Österreich.⁴⁰⁰ Es

394 Vgl. dazu Helmut Wohnout, Vom Durchschneiden des Eisernen Vorhangs bis zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Österreichs Außenminister Alois Mock und die europäischen Umbrüche 1989–1992, in: Andrea Brait/Michael Gehler (Hg.), Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich, Wien/Köln/Weimar 2014, S. 185–219, hier S. 200.

395 Siehe Dok. 151.

396 Riegler an de Maizière, Wien, 21. Mai 1990, BArch, Abt. DDR, DC 20/6075, Bl. 66.

397 De Maizière an Riegler, Berlin, 28. Juni 1990, BArch, Abt. DDR, DC 20/6075, Bl. 65; profil, 12. Oktober 2009 und 19. Oktober 2009.

398 Wohnout, Vom Durchschneiden des Eisernen Vorhangs, S. 200 und Fußnote 47.

399 Wir danken Otmar Lahodynsky (seit 1998 beim Nachrichtenmagazin *profil* und derzeit Präsident der Association of European Journalists) für diese Auskunft. Für das Interview siehe „Wer immer in Moskau das Sagen hätte“. DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière hält die deutsche Vereinigung für unumkehrbar, höchstens erschwerbar, in: *Die Presse*, 27. Juni 1990, S. 3.

400 Siehe Dok. 160 und 165.

war das dritte Zusammentreffen auf Ebene der Regierungschefs zwischen Österreich und der DDR seit dem „Mauerfall“. Als ihn Bundeskanzler Vranitzky am Flughafen fragte, ob er das erste Mal in Österreich sei, antwortete er in seiner typisch lakonischen Art: „Ich bin überall zum ersten Mal.“⁴⁰¹

Ursprünglich war für den Folgetag ein Treffen zwischen de Maizière und Kohl an dessen Urlaubsort St. Gilgen vorgesehen, das dann aber nicht stattfand. Das Unterbleiben der deutsch-deutschen Begegnung in Österreich war der österreichischen Regierung schon angesichts der möglichen Optik im Ausland nur allzu recht.⁴⁰² Ein Schwerpunkt des Besuchs – zu dem bisher kein Gesprächsprotokoll aufgefunden werden konnte – lag darauf, zu betonen, dass die traditionell guten Beziehungen zu diesem „Raum“ im vereinigten Deutschland aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden sollten.⁴⁰³ In diesem Sinne wurden auch noch im Sommer 1990 kulturelle Vereinbarungen mit der DDR geschlossen.⁴⁰⁴

De Maizière blieb Österreich auch danach eng verbunden. So dachte er nicht nur über einen Urlaub in der Alpenrepublik nach dem 3. Oktober nach, sondern informierte die österreichische Diplomatie auch persönlich über die letzten Aufgaben der DDR-Regierung bis zu diesem Datum. Das Tempo des Übergangs bereitete ihm in mancherlei Hinsicht Sorgen.⁴⁰⁵ Auch die österreichische Botschaft in Ost-Berlin hatte ob der nahenden Einheit den Eindruck: „Die Stimmungslage jedoch erscheint gespalten.“ Zu groß war das Bewusstsein, dass „nicht in wenigen Monaten alle Schwierigkeiten“ überwunden werden können. So machte sich ein „gewisses Maß an Verunsicherung“ breit und Botschafter Binder vermutete bereits, dass sich die „Deutschen des Ostens“ noch einige Jahre „als Deutsche zweiter Klasse fühlen“ würden. „Trotz der mitunter zwiespältigen Stimmung im Lande“ – so urteilte Binder – „dürfte dennoch bei der Mehrheit der Optimismus überwiegen, daß diese Schwierigkeiten in wenigen Jahren überwunden sein werden und sich Außenminister Genschers Vorhersage vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, daß von Deutschland nunmehr Frieden ausgehen wird, bewahrheitet.“⁴⁰⁶

An diesen Punkt knüpfte das von der österreichischen Generalkonsulin im vormaligen West-Berlin, Gabriele Matzner-Holzner, verfasste „positive, auf per-

401 Vranitzky, Politische Erinnerungen, S. 209.

402 De Maizière reiste allerdings bereits am 31. Juli erneut nach Österreich und traf mit Kohl in St. Gilgen am Wolfgangsee zusammen, wo sich die beiden deutschen Regierungschefs über „die Verhandlungen zum Einigungsvertrag und zum Wahlvertrag“ austauschten. Siehe Europa-Archiv 16/1990, Z. 170.

403 Siehe Dok. 165, Anm. 4.

404 Andrea Brait, „Vor Torschluss“: Österreichs Kulturbeziehungen zur DDR 1989/90, in: Michael Gehler/Maximilian Graf (Hg.), Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen, Göttingen 2017, S. 349–374; idem, Kultur als Grenzöffner? Motive und Schwerpunkte der österreichischen Kulturaußenpolitik im Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarn in den Jahren 1989–91, in: Zeitgeschichte 41 (2014) 3, S. 166–183.

405 Siehe Dok. 168.

406 Siehe Dok. 174.

sönlichen Wahrnehmungen des Generalkonsulats beruhende Stimmungsbild eine Woche nach der deutschen Einheit“ an. Sie sah „potentielle Störfaktoren“ fortbestehen und meinte: „Viel Fingerspitzengefühl, gewaltige Anstrengungen und Solidarität werden in den nächsten Monaten erforderlich sein, um diese abzubauen.“⁴⁰⁷

Anders als einige mit Skepsis behaftete diplomatische Stimmen, gab sich die österreichische Politik von der künftigen Rolle Deutschlands in Europa positiv überzeugt. Mock richtete ein Gratulationsschreiben an seinen Amtskollegen Genscher, Bundeskanzler Vranitzky gab am 3. Oktober 1990 anlässlich des Vollzugs der deutschen Einheit eine Erklärung ab und brachte diese Einschätzung auch in einem Brief an Kohl zum Ausdruck: „Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland auch in seiner neuen Form und unbeschadet der großen innen- und wirtschaftspolitischen Aufgaben, die nun vor Ihnen liegen, immer seinen Beitrag zu der neuen Architektur Europas, zu einem Europa der immer stärkeren Gemeinsamkeit in Freiheit, Frieden und Sicherheit, leisten wird.“⁴⁰⁸

8. Österreich, die deutsche Einheit und der Weg nach Europa – Bilanz und Ausblick

Schlussendlich stand Österreich einhellig positiv zu deutscher Einheit. Dies war im Herbst 1989 noch weniger klar und kann durch eine Langzeitperspektive, insbesondere vor dem Hintergrund der gut ausgebauten Beziehungen zur DDR eine Einordnung erfahren. Während Mocks Haltung von Anfang an klar pro deutsche Einheit war, wird Vranitzkys Positionierung in Diskussion bleiben. Inwiefern Vranitzkys Haltung primär der unabsehbaren Entwicklung und wirtschaftlichen Interessen geschuldet war oder doch eine andere (parteipolitische) Schlagseite hatte, kann derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. Aus den nun vorliegenden Akten lässt sich vor allem eine gewisse Analogie zu dem bremsenden und zurückhaltenden Mitterrand erkennen, der – nachdem ihn die rasante Abfolge der Ereignisse vom Herbst 1989 überrollt hatte – eine Einbettung der deutschen Einheit in den europäischen Einigungsprozess anstrebte.⁴⁰⁹ Dagegen war es auch im Frühjahr 1990 noch unmöglich, die in dieser Frage zunehmend isolierte britische Premierministerin zu einer positiven Haltung zur deutschen Einheit zu bewegen. Als Vranitzky Anfang Mai in London mit Thatcher, die die deutsche Einheit jedenfalls aus Überzeugung abgelehnt hatte, zusammentraf, stimmten

407 Siehe Dok. 177. Matzner-Holzner hat ihre Erinnerungen und Reflexionen zur Thematik auch publiziert: Gabriele Matzner-Holzner, *Verfreundete Nachbarn. Österreich – Deutschland. Ein Verhältnis*, Wien 2005.

408 Siehe Dok. 176, für das Zitat Anm. 1.

409 Ulrich Lappenküper, „Le plus germanophile des chefs d’Etat français“? François Mitterrand und Deutschland 1916–1996, in: *Historische Zeitschrift* 297 (2013), S. 390–416; Ulrich Pfeil, *Bremser oder Wegbereiter? Frankreich und die deutsche Einheit 1989/90*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 67 (2016) 1/2, S. 23–38.

die beiden überein, dass die bundesdeutsche Führung die nach der Erlangung der Einheit anstehenden Aufgaben, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, unterschätze. Eine gewisse (in dieser Hinsicht aber jedenfalls berechnete) Skepsis war also beiden geblieben.⁴¹⁰

Ein entscheidender „Hintergrund“ bei der Veränderung der österreichischen Haltung lag „im Wunsch nach gesamtdeutscher Unterstützung für den angestrebten EG-Beitritt“ – einen Beitritt, den das Gebiet der DDR mit Vollzug der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 bereits erreicht hatte. Vermutlich auch deshalb „blieb das französische Misstrauen bezüglich einer weiteren Stärkung der ‚deutschen Stimme‘ in der EG“, ⁴¹¹ das bereits 1989 deutlich zu verspüren war, noch eine Weile bestehen. 1988 hatte Jacques Chirac als französischer Premierminister gegenüber Vranitzky noch betont, dass auch kleinere bilaterale Kalamitäten, „nichts an dem [französischen] Willen, die Integrationspolitik Österreichs zu unterstützen, ändern“ würden.⁴¹² Kurz nach dem „Mauerfall“ tätigte er als Bürgermeister von Paris eine öffentliche Äußerung, in der er von Österreich als einem der drei deutschen Staaten sprach.⁴¹³ Die Gespräche Vranitzkys mit Mitterrand 1990 waren ausschließlich von der Integrationsfrage bestimmt.⁴¹⁴ Bundeskanzler Franz Vranitzky hat besonders genaue Erinnerung an die Reaktionen Italiens und Frankreichs:

„Italiens Ministerpräsident Bettino Craxi ließ mich über eine Vertrauensperson, die er nach Wien schickte, wissen, so schnell wie möglich der EG beizutreten, um die deutsche Hegemonie zu relativieren. Was die deutsche Frage – nennen wir sie einmal so – betrifft, war einzig und allein Mitterrand jemand, der lang gebraucht hat, um mir zu sagen: ‚Ich unterstütze dein Vorhaben.‘ Gemeint war unser Vorhaben, der EG beizutreten. Ich bin in der Vorbereitungszeit, also zwischen 1989 und 1994, jedes Jahr in fast allen Hauptstädten der EG-Staaten gewesen, um immer wieder zu sagen: ‚Wir sind gut vorbereitet, wir machen dieses, wir machen jenes und so weiter.‘ Das ging von González bis Thatcher, die alle gesagt haben: ‚Seid willkommen.‘ Nur nicht Mitterrand. Er hat lange Zeit gesagt: ‚Ja, es ist gut zu hören, dass Vorbereitungen getroffen sind, aber letztendlich muss das österreichische Volk wissen, dass es alle Bedingungen zu erfüllen hat.‘ Ich schätze, es wird erst 1993 gewesen sein, als er bei einem Besuch im Elysée mir gesagt hat: ‚D'accord – ich unterstütze euch.‘ Zu dem Zeitpunkt ging es schon in die Endrunde. Er hat – ich erinnere mich noch gut – mich dann die Stiegen herunter begleitet im Elysée und gesagt: ‚Na ja, heute habe ich also zugestimmt, dass der dritte deutsche Staat bei-

410 Siehe Dok. 148.

411 Gehler, Eine Außenpolitik der Anpassung an veränderte Verhältnisse, S. 525.

412 Besuch des Herr Bundeskanzlers in Paris. Gespräch mit Premierminister CHIRAC am 4.2.1988 inhaltliche Zusammenfassung, verfasst von Botschafter Wolfgang Schallenberg, Paris, im Februar 1988, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, Bestand AP, Karton „BK – Ungarn, BK – BRD (Bonn), BK – Belgien, BK – Berlin, BK – Paris 3.–5. Feb. 88, BK – Spanien“, Mappe „BK – Paris (Frankreich)“.

413 Siehe Dok. 73, Anm 6.

414 Siehe Dok. 147 und 175.

tritt.‘ Ich war sehr entrüstet und habe ihm gesagt: ‚Wir sind nicht der dritte deutsche Staat, sondern der erste und einzige österreichische Staat.‘ Darauf hat er gesagt: ‚Excusé! Excusé! Ich hab’s nicht so gemeint‘, aber ich glaube, er hat es so gemeint.“⁴¹⁵

Erst am 1. August 1991 bekam der Beitrittswerber Österreich von der EG-Kommission ein positives Zeugnis ausgestellt, die Beitrittsverhandlungen begannen im Februar 1993. Während die in den Jahren 1993/94 abliefen, unterschieden sich die Positionen der EU-Mitglieder zum österreichischen Anliegen kaum. Sie waren überwiegend positiv und unterstützend, wobei auch die anderen Mitbewerber einkalkuliert werden mussten. Einer Auflistung des österreichischen Außenministeriums über die Einstellungen ist zu entnehmen, dass keine größeren Schwierigkeiten für die Beitrittsverhandlungen zu erwarten waren. Belgien war inzwischen „sehr positiv“ gestimmt, da es sich eine Stärkung der Positionen der kleineren EG-Mitgliedstaaten erwartete. Was die Weiterentwicklung der EU anging, vertrat Belgien den Standpunkt, dass die Vertiefung der Integration nicht behindert werden dürfe, d. h. dass der gemeinsame Rechtsbestand „einschließlich politischer Finalität“ zu übernehmen sei. Übergangsregelungen seien akzeptabel, Ausnahmen jedoch nicht, was auch den EWR betraf. Für Dänemark hatte die Erweiterung um die nordischen Kandidatenländer „absolute Priorität“. Österreich erschien dennoch als „interessanter Partner“ wegen seiner Sozial- und Umweltpolitik sowie dem Gedanken der Subsidiarität und der Menschenrechte. Dänemark sah vor allem den Vorteil der „Stärkung der nordischen Komponente“ und „die Milderung der peripheren Lage“. Institutionelle Regelungen bedurften aus Kopenhagener Sicht vorläufig keiner Anpassung.⁴¹⁶

Die Bundesrepublik Deutschland trat nach Erkundungen am Ballhausplatz „mit größtem Nachdruck“ für die gesamte Erweiterung ein. Bonn empfahl Österreich, dass es seine Positionen auf realistische Forderungen zu Bereichen beschränken solle, in denen dies unabdingbar sei: Übergangsregelungen seien akzeptabel, jedoch keine permanenten Ausnahmeregelungen denkbar. Angesichts der bevorstehenden Erweiterung waren spanische Forderungen hinsichtlich der Aufstockung des EG-Kohäsionsfonds für strukturschwache Regionen zu erwarten. Das eher reservierte Spanien war seit dem Wien-Besuch von Ministerpräsident Felipe González Österreich gegenüber gewogener. Im Falle Frankreichs war die Haltung ähnlich. Es sollte aus der Sicht von Paris jedenfalls „keine Aufweichung des Integrationsprozesses“ geben. Übergangsfristen sollten nach französischer Auffassung „kurz gehalten werden“.⁴¹⁷

415 Franz Vranitzky, „Es gibt in der Politik sowieso keine Patentlösungen, wie auch 1989/90 keine endgültigen Lösungen möglich waren“, in: Gehler/Brait (Hg.), *Am Ort des Geschehens in Zeiten des Umbruchs*, S. 351–352.

416 [Undatierte] Gegenüberstellung, Positionen der EG-MS [Mitgliedstaaten] zu den laufenden Beitrittsverhandlungen [1993/94]. Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Botschafter Dr. Hans Winkler danken wir die Einsichtnahme.

417 Ebd.

Bei aller Sympathie und Zuwendung stand fest: Die Dänemark und Großbritannien gewährten Sonderregelungen sollten für die neuen Mitgliedstaaten nicht gelten. Die Luxemburger waren wie die Niederlande „grundsätzlich positiv“ zu Österreichs Anliegen eingestellt, ebenso Portugal, das ebenfalls den Beitritt kleinerer Staaten wünschte. Es ging davon aus, dass Ausnahmeregelungen „auf das Nötige beschränkt“ werden sollten und das institutionelle Gewicht der kleineren Mitgliedsstaaten aufrechterhalten bleiben würde. Lissabon sprach sich gegen die Junktimierung zwischen Erweiterung und der Reform der Institutionen aus. Luxemburg war der Meinung, dass numerische Anpassungen in den Institutionen ausreichen müssten. Alles Weitere könnte nach Maastricht bei einer Revisionskonferenz im Jahre 1996 behandelt werden. Zweifel bestanden an einem künftigen Beitritt Schwedens und Norwegens, wobei sich in diesem Falle institutionelle Fragen gar nicht stellen würden. Der EWR sollte nicht automatisch weiter gelten. Großbritannien begrüßte Österreichs Anliegen vor allem aufgrund seiner Kontakte in Mittel- und Osteuropa. Das britische Ziel bestand grundsätzlich in der „Schaffung eines dezentralen, pragmatischen Europas“. Griechenland war ebenfalls positiv gestimmt. Die Stärkung der kleineren Mitgliedsstaaten wurde von Athen befürwortet, gleichwohl es gewisse Befürchtungen hinsichtlich einer Schwerpunktverlagerung in der EU angesichts der „Norderweiterung“ hegte. Irland war zu Österreich aus politischen Gründen „uneingeschränkt positiv“ eingestellt. Es lehnte grundlegende institutionelle Reformen ab, während Italien institutionelle Anpassungen zur Verhinderung einer Verwässerung für erforderlich hielt. Rom war – umso mehr nach der erfolgten österreichischen Abgabe der Streitbeilegung in der Südtirolfrage vor den Vereinten Nationen 1992 – Österreich gegenüber genauso positiv eingestellt mehr noch als gegenüber Schweden, Finnland und Norwegen.⁴¹⁸

Am 1. Jänner 1995 wurde Österreich nach einer Volksabstimmung vom 12. Juni 1994, bei der sich rund zwei Drittel der Wähler für einen Beitritt aussprachen, und nicht zuletzt dank deutscher Unterstützung – auf die man von Anfang an gebaut hatte – Mitglied der Europäischen Union (EU). Auf halbem Weg dorthin verließ 1993 Botschafter Herbert Grubmayer seinen Posten in Bonn und verfasste einen Abschlussbericht, in dem er die ersten Jahre des geeinten Deutschlands in den Blick nahm. Während die Probleme des inneren Zusammenwachsens mittlerweile offenkundig waren, befand sich die Rolle des größeren Deutschlands in Europa und der Welt noch in Entwicklung. Das Verhältnis Österreichs zu Deutschland charakterisierte er als „ausgezeichnet“. Dennoch schien ihm die Ambivalenz von „Abgrenzung“ und „Anlehnung“ auch mit Blick auf den österreichischen Beitrittsprozess weiter stark ausgeprägt. Grubmayer sprach bewußt von einem

418 Ebd.; Michael Gehler, Vollendung der Bilateralisierung als diplomatisch-juristisches Kunststück: Die Streitbeilegungserklärung zwischen Italien und Österreich 1992, in: Siglinde Clementi/Jens Woelk (Hg.), 1992: Ende eines Streits. Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich, Baden-Baden 2003, S. 17–82.

„Sonderverhältnis“⁴¹⁹ dessen Europäisierung er durch die europäische Integration für erwartbar hielt. Die Zukunft im gemeinsamen Europa begann nun mit Österreichs EU-Beitritt 1995 – 50 Jahre nachdem die Geschichte der nun wieder zwei Staaten – wohlgemerkt eines deutschen und eines österreichischen – bedingt durch den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und den darauffolgenden Kalten Krieg sehr unterschiedliche Richtungen genommen hatte.

IV. Editorische Vorbemerkungen

Die vorliegende Auswahledition präsentiert primär Dokumente des österreichischen Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (BMAA) aus den Jahren 1985 bis 1990. Den Schwerpunkt stellt die Überlieferung der maßgeblichen Politischen Sektion des BMAA dar. Dort langten die diplomatischen Berichte der österreichischen Auslandsvertretungen ein und wurden ausgewertet. Es wurden Direktiven und Sprachregelungen erarbeitet sowie Staatsbesuche vorbereitet. Darüber hinaus wurden die meisten Gesprächsprotokolle von Mitarbeitern der Politischen Sektion verfasst. Leider ist die Überlieferung der Politischen Sektion des BMAA nicht vollständig auffindbar. Just in den Jahren 1988/89 fehlen die einschlägigen Bestände zur DDR. Dieses Manko wurde weitestmöglich durch die im Archiv des heutigen Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres lagernden Botschaftsakten kompensiert. Dort sind nicht nur die Originale der Berichte überliefert, sondern auch die Schriftstücke, die seitens des BMAA an die Botschaften gerichtet wurden. In manchen Fällen konnte der komplette Aktenlauf dennoch nicht vollständig aufgelöst werden. Entsprechende Angaben dazu finden sich jeweils in der ersten Anmerkung (Anm.) zum Dokument (Dok.). Aus diesem Grund danken wir auch Andrea Brait, die das Archiv der österreichischen Botschaft in Budapest konsultiert hat und ein wichtiges Dokument zum Thema Grenzöffnung beisteuern konnte. Michael Gehler konnte zudem Kopien aus dem Archiv der mittlerweile aufgelassen ehemaligen österreichischen Botschaft in Bonn beisteuern, die heute im Archiv des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim aufbewahrt werden. Neben den Außenamtsakten wurde auch die zum Teil im Kreisky-Archiv lagernde Überlieferung der Akten von Bundeskanzler Franz Vranitzky konsultiert und bedeutende (nicht in den Akten des BMAA überlieferte) Dokumente wurden in die Edition einbezogen. Grundsätzlich handelt es sich um eine Auswahledition der maßgeblichen österreichischen Überlieferung. Die Ausnahme von der Regel stellt Dok. 112 dar. Hier wurde in Ermangelung eines aussagekräftigen österreichischen Protokolls über die Gespräche Franz Vranitzkys mit Hans Modrow am 26. Jänner 1990 die ostdeutsche Überlieferung herangezogen. Wie gewinnbringend die umfassende Einbeziehung der deutschen Überlieferung ist, sollte in der Einleitung deutlich geworden sein.

419 Siehe Dok. 180.

Die im Folgenden präsentierten Dokumente werden so originalgetreu wie möglich wiedergegeben. Eigenwillige Groß- und Kleinschreibungen der österreichischen Diplomatie bei im Prinzip stehenden Begriffen wurden belassen. Abkürzungen wie hierorts (ho.) oder hieramts (ha.) entspringen der speziellen Sprache der österreichischen Diplomatie und wurden kommentarlos beibehalten. Gleiches gilt für heute eher unübliche Wortverkürzungen wie „hiebei“ oder „hiezuh“. Auf eine Ergänzung des fehlenden „r“ wurde verzichtet. Stillschweigend korrigiert wurden lediglich offensichtliche Tipp- und Grammatikfehler. Auf darüberhinausgehende Eingriffe wird stets durch [...] beziehungsweise in einer Anmerkung hingewiesen. Nicht zuletzt aus Platzgründen werden die bei einigen Dokumenten vorkommenden Randglossen in der Edition ihrem Zweck entsprechend als Zwischenüberschriften wiedergegeben und kursiv hervorgehoben. Bei sehr umfangreichen Dokumenten und im Falle der ausführlichen Wiedergabe von Inhalten ohne näheren Bezug zur Thematik der Edition wurden gelegentlich Auslassungen vorgenommen. Diese sind stets durch [...] kenntlich gemacht und werden zudem durch eine Anm. erläutert.

Die offiziell nichtexistierende Abkürzung „BRD“ für die Bundesrepublik Deutschland wurde – wie bereits aus den wörtlichen Zitaten dieser Einleitung ersichtlich wurde – von der österreichischen Diplomatie durchgängig verwendet und ist daher Bestandteil dieser Edition. Österreich etablierte nach der Anerkennung der DDR 1972 eine Botschaft „in der DDR“ und nicht wie so viele andere Staaten „bei der DDR“. ⁴²⁰ Daraus resultiert auch, dass in der Regel eine Unterscheidung in Ost- und West-Berlin unterbleibt. Sowohl die in West-Berlin ansässige österreichische Delegation, als auch die Botschaft in Ost-Berlin berichteten aus Berlin. Nur auf dem Berichtspapier der Delegation wurde in der Regel auf ihren Standort im Westen der Stadt hingewiesen. Trotz dieser Praxis hatte sich Österreich in allen bilateralen Dokumenten mit der DDR konsequent gegen die Bezeichnung „Berlin, Hauptstadt der DDR“ verwahrt.

Die vorliegenden Dokumente wurden ausgiebig kommentiert. Nicht zuletzt galt es, Verweise auf die Vielzahl der bisher erschienenen Editionen und Quellensammlungen herzustellen. All diese Werke haben die Arbeit an dieser Edition erheblich erleichtert und ihre Erkenntnisse spiegeln sich in den Fußnoten wider. Im Falle themenfremder Passagen in Gesprächsprotokollen, d. h. über die deutsche Frage hinausweisender Gesprächsinhalte (wie z. B. dem Nahost-Konflikt) wurde die Kommentierung sparsam gestaltet. Generell wurde die Kommentierung soweit als möglich aus den Akten des BMAA, Akten aus anderer österreichischer und deutscher Provenienz, der zeitgenössischen Medienberichterstattung und anderen zeitgenössischen Veröffentlichungen sowie den in anderen Editionen veröffentlichten Akten zur deutschen Einheit und zum Ende des Kalten Kriegs erarbeitet. In einigen Fällen wurde bei der Erläuterung komplexer Sachverhalte auf

420 Zu den österreichischen Vertretungsbehörden in Deutschland siehe: Rudolf Agstner, 130 Jahre Österreichische Botschaft Berlin. Von der Moltkestraße zur Stauffenbergstraße. Handbuch der Vertretungsbehörden von Österreich(-Ungarn) in Deutschland seit 1720, Wien 2003.

die rezente Forschungsliteratur zurückgegriffen.⁴²¹ Während beim Verweis auf andernorts publizierte Dokumente das Wort „Dokument“ ausgeschrieben wird, erfolgt bei den internen Verweisen innerhalb der Edition eine Reduzierung auf „Dok.“ und gegebenenfalls beim Verweis auf eine Anmerkung auf „Dok., Anm.“, ergänzt um die jeweilige Nummer. Damit wird eine nutzerfreundliche Navigation sichergestellt. Diesem Zweck dienen auch das von Sarah Knoll erarbeitete ausführliche Personenregister, in dem die wichtigsten Funktionen der erwähnten Akteure ausgeführt sind, und das von Phillip Greilinger und Frank Binkowski erstellte Sachregister am Ende des Bandes.

421 Für eine Liste häufig verwendeter Literatur und publizierter Quellen siehe den Anhang sowie den Anfang dieser Einleitung.

Verzeichnis der Dokumente

Dok. 1: [Auszug] Grundbericht Österreich und die DDR, Anfang 1985 . .	111
Dok. 2: Abschlussbericht Botschafter Willibald Pahr (Bonn), 5.12.1985 . .	124
Dok. 3: Bericht. Beziehungen DDR-Sowjetunion unter Gorbatschow, 12.8.1986	127
Dok. 4: [Auszug] Information. Beziehungen der Warschauer-Pakt-Staaten unter Gorbatschow, 12.9.1986	130
Dok. 5: [Auszug] Analyse. Reaktionen der Warschauer-Pakt-Staaten auf die Perestroika, 19.3.1987	133
Dok. 6: Bericht. Stand der deutsch-deutschen Beziehungen, 2.4.1987	137
Dok. 7: [Auszug] Vorbereitungsunterlagen für das Treffen Vranitzky – Mittag, Salzburg, 20./21.8.1987	140
Dok. 8: Bericht. Die DDR vor dem Honecker-Besuch in der BRD, 25.8.1987	149
Dok. 9: Information. Der Besuch Honeckers in der BRD, 18.9.1987	151
Dok. 10: Amtsvermerk. Honeckers Bonn-Besuch aus Sicht der DDR, 28.9.1987	152
Dok. 11: Gespräche Mocks mit Kohl und Genscher, 6./7.10.1987	155
Dok. 12: Bericht. Auswirkungen der Perestroika auf die DDR, 22.10.1987 . .	164
Dok. 13: Bericht. Die BRD zwischen Westbindung und Ostpolitik, 23.10.1987	166
Dok. 14: [Auszug] Analyse. Bewegungsspielraum der DDR im Warschauer Pakt, 14.12.1987	170
Dok. 15: Bericht. DDR-Haltung zur deutschen Teilung, 26.1.1988	170
Dok. 16: [Auszug] Länderberichte. Warschauer Pakt und Jugoslawien, 28.1.1988	173
Dok. 17: Aktenvermerk. Opposition in der DDR, 12.2.1988	178
Dok. 18: Gespräch Klestil – Nier, Berlin (Ost), 24.3.1988	182
Dok. 19: Gespräch Klestil – Krolkowski, Berlin (Ost), 24.3.1988	184
Dok. 20: Bericht. Diskussion über Wiedervereinigung in der BRD, 27.4.1988	186
Dok. 21: Delegationsgespräch Mock – Fischer, Wien, 18.5.1988	192

Dok. 22: [Auszüge] Informationen für den DDR-Besuch Vranitzkys 14.–16.6.1988	198
Dok. 23: Aktenvermerk. Besuch Vranitzkys in der DDR, 14.–16.6.1988 . . .	208
Dok. 24: [Auszug] Information. Internationales Treffen für atomwaffenfreie Zonen, Berlin 20.–22.6.1988	213
Dok. 25: Bericht. Besuch von Heinz Fischer in der DDR, 8.–11.9.1988	214
Dok. 26: Bericht. Besuch Grósz in der DDR, 15.9.1988	217
Dok. 27: Bericht. Honeckers Besuch in der Sowjetunion, 6.10.1988	221
Dok. 28: Gespräche Botschafter Schmid mit Kovács und Őszi, 13.10.1988 .	225
Dok. 29: Bericht. Bondarenko in Berlin (Ost), 3.11.1988	226
Dok. 30: [Auszug] Information. Osteuropa im Wandel?, 11.11.1988	227
Dok. 31: Bericht. Treffen Honecker-Ceauşescu, Ost-Berlin, 23.11.1988 . . .	231
Dok. 32: Bericht. Die DDR vor dem Jahreswechsel, 7.12.1988	234
Dok. 33: Bericht. Deutsch-polnische Beziehungen, 20.12.1988	237
Dok. 34: Gespräch Mock – Genscher, Wien, 18.1.1989	241
Dok. 35: Bericht. Maßnahmen der DDR nach dem Wiener KSZE- Folgetreffen, 24.1.1989	245
Dok. 36: Bericht. Besuch Engholms in der DDR; Stand der deutsch- deutschen Beziehungen, 8.2.1989	247
Dok. 37: Information. Konsultationen der Außenministerien Österreichs und der DDR, Berlin, 27./28.2.1989	249
Dok. 38: Gespräch Klestil – Horn, Wien, 17.3.1989	252
Dok. 39: [Auszug] Information. Aktuelle Lagebeurteilung Osteuropa, 8.6.1989	253
Dok. 40: Bericht. Besuch Schewardnadses in Ost-Berlin, 14.6.1989	254
Dok. 41: Information. Besuch Gorbatschows in der BRD, 16.6.1989	258
Dok. 42: Vorsprache Botschafter Schikins bei Generalsekretär Klestil, 20.6.1989	261
Dok. 43: Bericht. Gorbatschows BRD-Besuch aus Sicht des deutschen Bundeskanzleramts, 21.6.1989	263
Dok. 44: Bericht. Gorbatschows BRD-Besuch und die DDR, 26.6.1989 . . .	265
Dok. 45: Gespräch Mock – Horn, 26.6.1989	268

Dok. 46: Bericht. Neues Denken in der SED?, 26.6.1989	272
Dok. 47: Bericht. DDR-Sicht auf die Tagung des Warschauer Pakts, 11.7.1989	276
Dok. 48: Konsultationen der Außenministerien Österreichs und der Sowjetunion, 13./14.7.1989	278
Dok. 49: Depesche. Geplanter Privatbesuch Vranitzkys in der DDR, 18.8.1989	283
Dok. 50: Bericht. Bonn und die Botschaftsflüchtlinge, 25.8.1989	284
Dok. 51a: Protokoll der Botschafterkonferenz (Ost-West), 8.9.1989	288
Dok. 51b: Protokoll der Botschafterkonferenz (Westeuropa und USA), 8.9.1989	291
Dok. 52: Aktenvermerk. Die DDR und die Fluchtwelle durch Österreich, 11.9.1989	296
Dok. 53: Bericht. Erklärung Ungarns zur Ausreise der DDR-Flüchtlinge, 12.9.1989	297
Dok. 54: Bericht. Dank Genschers an Österreich, 13.9.1989	298
Dok. 55: Bericht. Militärische Besuche der DDR in Österreich, 13.9.1989 . .	300
Dok. 56: Runderlass. Durchreise der DDR-Bürger durch Österreich, 18.9.1989	301
Dok. 57: Information. Das Gespenst der deutschen Wiedervereinigung, 19.9.1989	303
Dok. 58: Bericht. Sowjetische Haltung zur Fluchtwelle aus der DDR, 21.9.1989	313
Dok. 59: Bericht. Die BRD und die Wiedervereinigungsdiskussion, 29.9.1989	314
Dok. 60: Bericht. Die Lage in der DDR nach der Fluchtwelle, 29.9.1989 . . .	322
Dok. 61: Bericht. Gespräch Nationalrat Steiner – Bondarenko, 6.10.1989 . .	326
Dok. 62: [Auszug] Information. Lage in Osteuropa, 12.10.1989	329
Dok. 63: Bericht. Frankreich und die Frage der Wiedervereinigung, 30.10.1989	332
Dok. 64: Bericht. Treffen Genscher – Felber, 2.11.1989	335
Dok. 65: Aktenvermerk. Lage in der DDR Anfang November, 6.11.1989 . .	336
Dok. 66: Bericht. Die DDR und die deutsche Frage aus Bonner Sicht, 9.11.1989	339

Dok. 67: Bericht. 10. Tagung des ZK der SED, 9.11.1989	342
Dok. 68: Bericht. Die Maueröffnung, 10.11.1989	345
Dok. 69: Information und Sprachregelung. Wiedervereinigung, 10.11.1989	347
Dok. 70: Gespräch Mock – Eyskens, 10.11.1989	354
Dok. 71: Bericht. Die Lage in der DDR aus Bonner Sicht, 14.11.1989	357
Dok. 72: [Auszug] Bericht. Besuch Dumas in Moskau, 15.11.1989	361
Dok. 73: Bericht. Frankreich, die Wiedervereinigung und Österreich, 20.11.1989	362
Dok. 74: Aktenvermerk. Polen zum Treffen der Warschauer-Pakt- Außenminister im Oktober, 20.11.1989	364
Dok. 75: Bericht. Kanzleramtsminister Seiders in der DDR (I), 22.11.1989 . .	366
Dok. 76: Bericht. Kohls Polen-Besuch aus Bonner Sicht, 23.11.1989	369
Dok. 77: Vorbereitungsunterlagen für den DDR-Besuch Vranitzkys, 24.11.1989	372
Dok. 78: Gespräch Vranitzky – Modrow, 24.11.1989	378
Dok. 79: Bericht. Berlin im November 1989, 27.11.1989	383
Dok. 80: Information. Kohls Zehn-Punkte-Programm, 29.11.1989	390
Dok. 81: Bericht. Gespräch mit DDR-Botschafter König in Moskau, 29.11.1989	393
Dok. 82: [Auszug] Gespräch Mock – Botschafter Schikin, 29.11.1989	395
Dok. 83: Bericht. Kohls Zehn-Punkte-Programm (Bonn I), 30.11.1989 . . .	396
Dok. 84: Bericht. Kohls Zehn-Punkte-Programm (Bonn II), 30.11.1989 . .	399
Dok. 85: Bericht. Haltung Italiens zu Kohls Zehn-Punkte-Programm, 30.11.1989	403
Dok. 86: Amtsvermerk. Besuch Niers in Österreich, 30.11.–1.12.1989	406
Dok. 87: Bericht. Entwicklungen in der SED, 4.12.1989	413
Dok. 88: Bericht. Kanzleramtsminister Seiders in der DDR (II), 6.12.1989 . .	416
Dok. 89: Bericht. Sowjetische Reaktionen auf Kohls Zehn-Punkte- Programm, 6.12.1989	418
Dok. 90: Bericht. Besuch Eyskens in der DDR, 7.12.1989	421
Dok. 91: Bericht. Haltung Polens zu Kohls Zehn-Punkte-Programm, 7.12.1989	423

Dok. 92: Information. Westliche Reaktionen auf Kohls Zehn-Punkte-Programm, 7.12.1989	426
Dok. 93: Bericht. Der außerordentliche Parteitag der SED (I), 11.12.1989 . .	427
Dok. 94: Bericht. Der Zentrale Runde Tisch, 11.12.1989	428
Dok. 95: Bericht. Vier-Mächte-Treffen in Berlin, 15.12.1989	431
Dok. 96: Bericht. Haltung Italiens zur Wiedervereinigung, 18.12.1989 . . .	434
Dok. 97: Bericht. Der außerordentliche Parteitag der SED (I), 18.12.1989 . .	437
Dok. 98: Gespräch Mock – Hurd, 20.12.1989	439
Dok. 99: Gespräch Plattner – Synott im Foreign Office, 21.12.1989	443
Dok. 100: Aktenvermerk. Haltung der Warschauer-Pakt-Staaten und Jugoslawiens zur Wiedervereinigung, 21.12.1989	444
Dok. 101: Bericht. Besuch Kohls in Dresden aus Sicht der DDR, 21.12.1989	445
Dok. 102: Bericht. Besuch Kohls in Dresden aus Bonner Sicht, 22.12.1989 .	448
Dok. 103: Bericht. Besuch Mitterrands in der DDR, 22.12.1989	450
Dok. 104: Vorsprache von DDR-Botschafter Wolf bei Botschafter Schmid, 4.1.1990	453
Dok. 105: Abschlussbericht von Botschafter Wunderbaldinger, 9.1.1990 . .	455
Dok. 106: Bericht über ein Gespräch mit Botschafter Bondarenko, 10.1.1990	461
Dok. 107: Vorbereitender Bericht für den Modrow-Besuch, 19.1.1990	466
Dok. 108: [Auszug] Information. Überlegungen zur Neuordnung Europas am KSZE-Gipfel, 22.1.1990	471
Dok. 109: Gespräch Botschafter Binder – Staatssekretär Krolkowski, 23.1.1990	472
Dok. 110: Bericht. Botschafter Binders Antrittsbesuch bei Modrow, 24.1.1990	473
Dok. 111: Delegationsgespräch im Rahmen des Modrow-Besuchs, 26.1.1990	475
Dok. 112: [Auszug] Gespräch Vranitzky – Modrow, Wien, 26.1.1990	479
Dok. 113: Gespräch Mock – Fischer, 26.1.1990	483
Dok. 114: Bericht. Die Sowjetunion zur Lage in der DDR und zur deutschen Einheit, 30.1.1990	485
Dok. 115: Bericht. Modrows deutschlandpolitische Konzeption, 2.2.1990 . .	489

Dok. 116: Information. Österreichs Einschätzung zur DDR-Deutschlandpolitik, 4.2.1990	491
Dok. 117: Vorsprache des sowjetischen Botschafters Schikin bei Mock, 5.2.1990	493
Dok. 118: Bericht. Vertragsgemeinschaft BRD-DDR, 6.2.1990	497
Dok. 119: Bericht. Genschers Besuch in den USA, 8.2.1990	501
Dok. 120: Bericht. Die deutsche Einheit und die Zukunft der Militärbündnisse, 9.2.1990	504
Dok. 121: Bericht. Schewardnadse erwähnt Österreich im Zusammenhang mit den Grenzen Deutschlands, 12.2.1990	509
Dok. 122: Bericht. Großbritannien und die deutsche Frage, 13.2.1990	510
Dok. 123: Bericht. Modrows Besuch in Bonn, 14.2.1990	512
Dok. 124: Bericht. Die Open Skies-Konferenz und die deutsche Frage, 14.2.1990	515
Dok. 125: Bericht. Die Anfänge der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, 19.2.1990	517
Dok. 126: Bericht. Die DDR-Führung findet sich mit der Einheit ab, 19.2.1990	521
Dok. 127: Bericht. Die Haltung Polens zur Vereinigung Deutschlands, 19.2.1990	524
Dok. 128: Bericht. Besuch Genschers in Rom, 21.2.1990	529
Dok. 129: Information. Frage der deutschen Einheit (Stand Februar), 21.2.1990	530
Dok. 130: Bericht. Sowjetische Ängste vor einer überstürzten Einheit, 22.2.1990	537
Dok. 131: Gespräche Eagleburgers in Wien, 23.–25.3.1990	541
Dok. 132: Bericht. Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, 27.2.1990	549
Dok. 133: Gespräch Botschafter Schmid – DDR-Botschafter Wolf, 27.2.1990	551
Dok. 134: Bericht. Die Sowjetunion und die deutsche Frage – Gespräche im Moskauer diplomatischen Corps, 2.3.1990	553
Dok. 135: Bericht. Sowjetische Haltung vor Beginn der „2+4“-Verhandlungen, 13.3.1990	557

Dok. 136: Bericht. Soziale Ängste in der DDR, 14.3.1990	563
Dok. 137: Bericht. Die Wahlen vom 18. März, 21.3.1990	564
Dok. 138: Bericht. Großbritannien und die „2+4“-Gespräche, 23.3.1990 . .	568
Dok. 139: Bericht. Änderung der sowjetischen Haltung zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands, 26.3.1990	570
Dok. 140: Bericht. Die „2+4“-Verhandlungen aus Sicht des Auswärtigen Amts, 27.3.1990	573
Dok. 141: Information. Deutsche Einheit, Stand April, 2.4.1990	576
Dok. 142: Bericht. Kohls Besuch in Großbritannien, 4.4.1990	580
Dok. 143: Bericht. Genscher in Washington, 10.4.1990	585
Dok. 144: Bericht. Die DDR nach der Regierungsbildung, 18.4.1990	587
Dok. 145: Bericht. Frankreich und die „2+4“-Verhandlungen, 20.4.1990 . .	589
Dok. 146: Resümeeprotokoll. Gespräche Klestils in Bonn, 24.4.1990	592
Dok. 147: Gespräch Vranitzky – Mitterrand, Bordeaux, 7.5.1990	602
Dok. 148: Gespräch Vranitzky – Thatcher, London, 8.5.1990	605
Dok. 149: Bericht. „2+4“-Gespräche der Außenminister in Bonn, 8.5.1990	607
Dok. 150: Bericht. US-Wertung der „2+4“-Außenminister-Gespräche in Bonn, 11.5.1990	612
Dok. 151: Bericht. Gespräch Riegler – de Maiziére, 18.5.1990	614
Dok. 152: Bericht. Besuch Kohls in Washington, 22.5.1990	618
Dok. 153: Politischer Meinungsaustausch Botschafter Schmidts in Bonn, 31.5.1990	622
Dok. 154: Bericht. US-Wertung des Gipfels Bush-Gorbatschow in Washington, 6.6.1990	629
Dok. 155: Information. Deutsche Einheit, Stand Juni 1990, 11.6.1990	633
Dok. 156: Bericht. Deutsche Einheit und Ost-West-Beziehungen aus Bonner Sicht, 15.6.1990	636
Dok. 157: Bericht. „2+4“-Gespräche der Außenminister in Ost-Berlin, 25.6.1990	642
Dok. 158: Gespräche Vranitzkys mit Mazowiecki und Jaruzelski in Warschau, 5.7.1990	643
Dok. 159: Information. Der NATO-Gipfel in London, 9.7.1990	649

Dok. 160: Vorbereitungsmaterial für den Besuch de Maizières in Österreich, 16.7.1990	652
Dok. 161: Bericht. Erste Wertung des Kohl-Besuchs in Moskau, 17.7.1990 . .	656
Dok. 162: Information. Deutsche Einheit, Stand Mitte Juli 1990, 18.7.1990	659
Dok. 163: Information. Sowjetische Position zur Deutschen Einheit, 19.7.1990	663
Dok. 164: Bericht. US-Reaktionen auf die deutsch-sowjetische Einigung, 19.7.1990	665
Dok. 165: Information. Besuch de Maizière in Österreich, 25.7.1990	667
Dok. 166: Bericht. Gegenwärtiger Stand der „2+4“-Gespräche, 27.7.1990 . .	673
Dok. 167: Bericht. Äußere Aspekte der deutschen Einigung, 27.8.1990 . . .	675
Dok. 168: Gespräch de Maizière – Brandstetter über DDR-Vorhaben für die letzten Wochen vor der Vereinigung, 30.8.1990	680
Dok. 169: Bericht. Bundesrepublik-Sowjetunion. Äußere und bilaterale Aspekte der deutschen Vereinigung, 3.9.1990	682
Dok. 170: Information. Verwirklichung der deutschen Einheit, 14.9.1990 . .	686
Dok. 171: Bericht. Deutsche Wertung des „2+4“-Vertrages, 18.9.1990	689
Dok. 172: Aktenvermerk. Sowjetische Bewertung des „2+4“-Abkommens, 19.9.1990	692
Dok. 173: Bericht: 4 ½ Jahre in Bonn. Versuch eines Ausblicks, 20.9.1990 . .	694
Dok. 174: Bericht. Die letzten Tage der DDR, 28.9.1990	696
Dok. 175: Bericht. Besuch Vranitzkys in Paris, 1.10.1990	700
Dok. 176: Erklärung Vranitzkys zur deutschen Einigung, 3.10.1990	705
Dok. 177: Bericht. Der Tag der deutschen Einheit und danach, 9.10.1990 . .	707
Dok. 178: Gespräch Mock – Schewardnadse in Wien, 18.10.1990	709
Dok. 179: Information. Mitteilung Österreichs an die Signatarstaaten des Staatsvertrages, 27.11.1990	712
Dok. 180: Bericht. Deutschlands zukünftiger Weg und das Verhältnis zu Österreich, 18.1.1993	714

Dokumente

Dok. 1: [Auszug] Grundbericht Österreich und die DDR, Anfang 1985

Botschafter Hellmuth Straßer an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (BMAA), Berlin (Ost), 8. Februar 1985, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), BMAA, Sektion II-Pol (II-Pol) 1985, GZ. 43.16.01/1-II.3/85¹

Grundbericht DDR, Stand 31. Jänner 1985

1. Außenpolitik

[...]²

1.3. Beziehungen zur Sowjetunion

„Kernstück der Außenpolitik der DDR ist die stete Festigung des brüderlichen Bündnisses mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft“ (Erich Honecker³ anlässlich des 25. Jahrestages der DDR, 1974).⁴

Es besteht kein Zweifel, daß die DDR unverändert einer der wichtigsten, wenn nicht gar der wichtigste Bündnispartner der Sowjetunion im militärischen und wirtschaftlichen Bereich ist. Diese Stellung hat sich in der Polen-Krise⁵ bestätigt,

1 In Entsprechung des Erlasses Zl. 516.00.00/1-II.1/83 vom 25. August 1983 legte die österreichische Botschaft in Berlin (Ost) im Februar 1985 einen von den Sachbearbeitern Botschafter Hellmuth Straßer, Botschaftssekretär Gerhard Deiss und Presse- und Kulturrat Artur Kremsner erarbeiteten kompletten Grundbericht betreffend die DDR (Stand: 31. Jänner 1985) vor. Dieser langte am 18. Februar 1985 im BMAA ein. Sämtliche Unterstreichungen im Dokument entsprechen dem Original und wurden seitens der Sachbearbeiter in Ost-Berlin vorgenommen.

2 Ausgelassen wurden die Abschnitte 1.1 (Allgemeines) und 1.2 (Aktuelle außenpolitische Fragen).

3 Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Siegesbewußt auf sozialistischem Weg. Ansprache von Erich Honecker, Erster Sekretär des ZK der SED, in: Neues Deutschland, 7. Oktober 1974, S. 3–4, hier S. 4.

5 Die Gewerkschaftsbewegung Solidarność wurde am 17. September 1980 gegründet, als es nach Preiserhöhungen in Polen zu Streiks kam. Vorsitzender war Lech Wałęsa. Im folgenden Jahr spitzte sich die innerpolnische Krise trotz des Dialogs zwischen der Solidarność und dem Regime immer weiter zu. Im Rahmen des Warschauer Paktes drängte insbesondere die DDR auf eine militärische Intervention zum „Schutze des Sozialismus“. Schließlich wurde insbesondere seitens der Sowjetunion einer innerpolnischen Lösung der Vorzug gegeben. Die Verhängung des Kriegsrechts erfolgte am 13. Dezember 1981. Trotz der Bereitschaft der Solidarność zu Kompromissen übernahm die Polnische Volksarmee samt weiteren Sicherheitsorganen die Macht. Mehr als 3.000 Personen wurden zudem in Haft genommen, darunter fast die gesamte Führung der Solidarność, viele oppositionell eingestellte Intellektuelle, aber auch

als es der DDR-Führung gelang, das eigene Land erfolgreich abzuschotten und damit entscheidend zur Lokalisierung des Konfliktes beizutragen.

Auch die Wechsel an der Spitze des KPdSU⁶ in den letzten Jahren brachten keine Änderungen in der Einschätzung der Bedeutung der DDR für die Sowjetunion. Die Beziehungen Erich Honeckers zu Juri Andropow⁷ und Aleksander [sic!] Tschernenko⁸ beruhen auf langer Bekanntschaft und auch persönlicher Wertschätzung.

Es ist eine offene Frage, ob es gerade diese Sonderrolle Erich Honeckers war oder/und die durch den Wechsel in Moskau und die damit aufgetretenen Führungs- und Entscheidungsschwächen, welche die Voraussetzungen dafür geschaffen hatten, daß sich 1984 unübersehbare Tendenzen in der DDR-Politik gegenüber der Sowjetunion zeigten, die man als „partnerschaftlich“ bezeichnen könnte.

Der von E. Honecker betriebene Austausch des sowjetischen Botschafters Abrassimow,⁹ dessen jahrzehntelangen Erfahrungen in der Deutschlandpolitik dazu verleiteten, in Ostberlin als Vizekönig aufzutreten; die Vorwärtsstrategie Erich Honeckers, mit der er schon kurz nach dem Beschluß des BRD-Bundestages vom 23. November 1983 zur Raketenstationierung für die „Schadensbegrenzung“ und die Fortführung des Dialoges eintrat und dies, anders als damals die Sowjetunion, nicht unbedingt vom Status quo ante abhängig machte und schließlich seine offen ausgesprochene Ansicht, die vom Warschauer Pakt beschlossenen „Gegenmaßnahmen“ machten der DDR keine besondere Freude, waren Zeichen eines solchen neuen DDR-Selbstbewußtseins auch gegenüber der Sowjetunion.

Dazu kam die DDR-Haltung, gemeinsam mit Ungarn in der Frage der Beschlüsse des solange hinausgeschobenen RGW-Gipfels.¹⁰ Wie es sich zeigte, gelang es dort nicht, die ursprünglichen sowjetischen Pläne für größere Unabhängigkeit vom Westhandel etc. durchzusetzen, vielmehr konnten sich die DDR und andere hochentwickelte RGW-Mitglieder ihre wirtschaftspolitischen Grundausrichtungen bewahren und erfolgreich gegen Autarkiebemühungen des RGW als Ganzes ankämpfen.

frühere Spitzenfunktionäre der PVAP, darunter Edward Gierек und Piotr Jaroszewicz. Die Solidarność wurde im Jahr 1982 endgültig verboten. Zur Haltung der SED siehe: Michael Kubina/Manfred Wilke, „Hart und kompromisslos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995.

6 Gemeint sind die Wechsel von Leonid I. Breschnew auf Juri Andropow 1982 und jener von Andropow auf Konstantin U. Tschernenko 1984. Die Wechsel erfolgten jeweils nach dem Ableben des Amtsinhabers.

7 Juri W. Andropow, Generalsekretär des ZK der KPdSU (1982–1984) Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (1983/84), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Konstantin U. Tschernenko, Generalsekretär der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (1984/85), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Pjotr A. Abrassimow, sowjetischer Botschafter in der DDR (1975–1983), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

10 Das Exekutivkomitee des RGW tagte vom 24. bis 26. Jänner 1984 in Moskau.

Und schließlich schien es, als habe Erich Honecker seinen sowjetischen Partnern im Laufe des Jahres 1984 die Zustimmung zur Fortführung seines auf Normalisierung ausgerichteten Kurses in den bilateralen Beziehungen zur BRD, einschließlich der Möglichkeit eines Arbeitsbesuches in der BRD abgerungen, nachdem im Frühjahr 1983 ein solches Treffen am sowjetischen Veto gescheitert war.¹¹

Die „Falken“ in der Sowjetführung um Außenminister Gromyko¹² dürften aber im Sommer 1984 immer weniger mit der Dynamik einverstanden gewesen sein, mit der die DDR den Dialog mit westlichen (darunter NATO-) Ländern führte und der sich zu verselbständigen schien. Auch der Zeitpunkt für diesen Dialog eines „Stellvertreters“ schien ihnen immer weniger geeignet. Schließlich kam es sogar über die Wünschbarkeit zu weiteren Normalisierungsschritten zwischen DDR und BRD zu beträchtlichen Meinungsunterschieden zwischen der DDR und der UdSSR. Sie wurden sogar in der Presse ausgetragen und fanden jeweils Parteigänger in Ungarn und Polen, sodaß sich im Laufe des August 1984 eine Achse Ostberlin-Budapest-Bukarest bzw. Moskau-Prag-Warschau für bzw. gegen die Wiederaufnahme des Ost-Westdialoges ergab.

Anfang September, nicht zuletzt angesichts der Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Generalsekretär Tschernenko,¹³ waren jedoch beide Seiten wieder bemüht, nach außen hin Einvernehmen zu dokumentieren. Es half, daß die DDR in ihren Verhandlungen mit der BRD über den Honecker-Besuch als BRD-Leistung für Reiseerleichterungen lediglich einen (freilich diesmal ungebundenen) 1-Milliarden-DM-Kredit zugesagt erhielt, aber keine Aussicht auf ein west-deutsches Entgegenkommen in grundsätzlichen Fragen (Gera-Forderungen)¹⁴ möglich schien. Die mündliche Vereinbarung über eine weitere DM-Milliarde (die dritte in zwei Jahren) hätte die Ausdehnung der Reiseerleichterungen auf

11 1984 scheiterte der geplante Besuch erneut, da die KPdSU-Führung bei einem Geheimtreffen zwischen Honecker und Tschernenko in Moskau am 17. August 1984 ihr Veto einlegte. Vgl. dazu: Niederschrift über das Geheimtreffen Honecker mit Tschernenko in Moskau. 17. August 1984, in: Die Häber-Protokolle, S. 398–421.

12 Andrej A. Gromyko, sowjetischer Außenminister (1957–1985), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

13 Tschernenko verstarb am 10. März 1985 in Moskau.

14 Üblicherweise als „Geraer Forderungen“ bezeichnet. Am 13. Oktober 1980 richtete Honecker in seiner Rede zur Eröffnung des Parteilehrjahres in Gera vier Forderungen an die Bundesrepublik. Diese umfassten 1) die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR, 2) die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, 3) die Anerkennung der Flussmitte der Elbe als Staatsgrenze, 4) die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltung für DDR-Verbrechen in Salzgitter. Zudem forderte er die Einstellung des „Missbrauchs des Transitabkommens“. Siehe: Zu aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik der DDR. Aus der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, auf der Aktivtagung zur Eröffnung des Parteilehrjahres 1980/81 in Gera, in: Neues Deutschland, 14. Oktober 1980, S. 3–5. Ausführlicher zu den deutsch-deutschen Beziehungen und den Strauß-Krediten siehe Abschnitt 1.4 dieses Dokuments und die entsprechende Kommentierung.

Westberlin gebracht, scheiterte aber am direkten Veto der Sowjetunion, die (und nicht nur sie allein) gewisse Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen verstärkter Freizügigkeit zwischen den beiden deutschen Staaten bzw. der DDR und Westberlin hegt.

Gewiß sind aus alledem keine grundsätzlichen, dauerhaften Widersprüche zwischen der DDR und der Sowjetunion abzuleiten. Die Bandbreite der DDR-Politik in gewissen Fragen ist aber, wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, limitiert.

1.4 Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland

Das eingangs zitierte Hauptaxiom der DDR-Außenpolitik Friedenssicherung ist sehr stark mit dem Verhältnis zur BRD verbunden.

Ausgehend vom Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971¹⁵ wurde am 21. September 1972 der Vertrag über die Grundlage der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR zwischen den beiden deutschen Staaten geschlossen, in dessen Artikel 1 sich die beiden Teile zur Entwicklung normaler gutnachbarschaftlicher Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung verpflichten.¹⁶

Nach Abschluß dieses sogenannten Grundvertrages wie überhaupt nach Abschluß des Komplexes der Ostverträge¹⁷ zu Beginn der siebziger Jahre entwickel-

15 Im Viermächte-Abkommen über Berlin wurde festgehalten, dass West-Berlin kein Bestandteil der Bundesrepublik sei, gleichzeitig aber seitens der Sowjetunion die enge Bindung zwischen Bundesrepublik und West-Berlin anerkannt und zugesichert, diese Verbindungen künftig nicht zu behindern. Die Aushandlung der Modalitäten wurde den beiden deutschen Staaten überlassen. Das Viermächte-Abkommen wurde am 3. September 1971 von den vier Siegermächten (Frankreich, Großbritannien, UdSSR, USA) unterzeichnet und trat am 3. Juni 1972 in Kraft, siehe Viermächte-Abkommen (mit den Anlagen I, II, III und V) vom 3. September 1971 (= Dokument 24), in: Zehn Jahre Deutschlandpolitik, S. 158–162. Für eine vollständige Dokumentation siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Die Berlin Regelung. Das Viermächte-Abkommen über Berlin und die ergänzenden Vereinbarungen, Bonn 1971.

16 Artikel 1 lautet: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.“ Der am 8. November 1972 paraphierte „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ (1972), auch bekannt unter der Bezeichnung „Grundlagenvertrag“, wurde am 21. Dezember 1972 unterzeichnet und regelte das künftige Verhältnis der beiden deutschen Staaten unter Aufrechterhaltung der beiderseitigen Standpunkte in Grundsatzfragen. Siehe Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 21. Dezember 1972 (= Dokument 53), in: Zehn Jahre Deutschlandpolitik, S. 205–208 (Erstveröffentlicht in: BGBl. 1973, II, S. 423–427), für die Briefwechsel, Erläuterungen und Erklärungen im Zusammenhang mit dem Vertrag siehe S. 208–213.

17 Dazu zählen insbesondere der „Moskauer Vertrag“ mit dem „Brief zur deutschen Einheit“ (1970), der „Warschauer Vertrag“ (1970), der Transitvertrag (1971), der Verkehrsvertrag (1972), der Grundlagenvertrag (1972, siehe Anm. 16) und schließlich noch der „Prager Vertrag“ (1973). Den Anfang machte der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 in dem sich die

ten sich die bilateralen Beziehungen zwischen DDR und BRD im wesentlichen zufriedenstellend. Sowohl der Wirtschaftsverkehr als auch die im Herbst 1978 erfolgte Unterzeichnung neuer erweiterter Verkehrsvereinbarungen¹⁸ spiegelten dies wider. Trotz Mauer, Abgrenzungspolitik und Berührungsangst auf Seiten der DDR waren laufend auch Schritte in Richtung Normalisierung zu registrieren. Sogar im menschenrechtlich-humanitären Bereich konnte die Frage des Häft-

Bundesrepublik und die Sowjetunion dazu verpflichteten, die Entspannung und den Frieden in Europa zu fördern, in Streitfragen auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten und die in Europa bestehenden Grenzen anzuerkennen (Artikel 3). Siehe Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 12. August 1970 (= Dokument 19), in: Zehn Jahre Deutschlandpolitik, S. 156 (Erstveröffentlicht in: BGBl. 1972, II, S. 354–355). Aufgrund der Formulierungen in Artikel 3 des Moskauer Vertrags übergab die Bundesrepublik anlässlich der Unterzeichnung den „Brief zur deutschen Einheit“ in dem festgehalten wurde, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Siehe: Brief zur deutschen Einheit, 12. August 1970 (= Dokument 20), in: Zehn Jahre Deutschlandpolitik, S. 156–157. Erstveröffentlicht in: BGBl. 1972, II, S. 356. Als nächster Schritt folgte der „Warschauer Vertrag“, in dem die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze anerkannte, eine Anerkennung, die aber gemäß bundesdeutscher Sicht nicht als für Gesamtdeutschland verbindlich gelten konnte. Siehe: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 („Warschauer Vertrag“), BGBl. 1972, II, S. 361. Nachdem die Sowjetunion im Viermächte-Abkommen (siehe Anm. 15) den ungehinderten Transitverkehr durch die DDR nach West-Berlin zugesagt hatte, konnten die Verhandlungen über das Transitabkommen mit der DDR rasch abgeschlossen werden. Siehe: Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) (mit Anlage und Protokollvermerken), 17. Dezember 1971 (= Dokument 31), in: Zehn Jahre Deutschlandpolitik, S. 169–174. Die sogenannten „Ostverträge“ wurden am 17. Mai 1972 vom Bundestag ratifiziert. Das Viermächte-Abkommen und der Transitvertrag traten am 3. Juni 1972 in Kraft. Bereits am 26. Mai 1972 erfolgte die Unterzeichnung des „Verkehrsvertrags“. Siehe Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen des Verkehrs (mit Protokollvermerken sowie Briefwechseln und Erklärungen der Staatssekretäre Bahr und Kohl) vom 26. Mai 1972 (= Dokument 38), in: Zehn Jahre Deutschlandpolitik, S. 183–188. Durch den „Prager Vertrag“ vom 11. Dezember 1973 wurde schließlich nach zähen Verhandlungen auch das Verhältnis zur Tschechoslowakei normalisiert und durch die Bundesrepublik die bestehenden Grenzen anerkannt. Siehe Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, BGBl. 1974 II, S. 990–992.

- 18 Diese betrafen insbesondere den Transitverkehr nach West-Berlin und wurden daher in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin und in Abstimmung mit den Drei Mächten verhandelt. Im Gegenzug erhielt die DDR erhebliche finanzielle Mittel zur Realisierung konkreter vereinbarter Projekte im Bereich des Verkehrswesens. Siehe dazu Mitteilung der Bundesregierung zum Ergebnis der Verhandlungen mit der DDR zu Verkehrsfragen und zum Zahlungsverkehr (= Dokument 157), in: Zehn Jahre Deutschlandpolitik, S. 341–353.

lingsaustausches und der Familienzusammenführung langsam quantitative Fortschritte erzielen.¹⁹

Andererseits waren die Beziehungen von den berühmten vier Gera-Forderungen der DDR (Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, praktische Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR, Festlegung der Grenze in der Elbmitte, Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter) sowie die Erhöhung des Mindestumtausches im Herbst 1980²⁰ belastet, hatten jedoch nicht – nach mehreren Anläufen – das Treffen von Bundeskanzler Schmidt²¹ mit SED-Generalsekretär Honecker am Werbellinsee im Dezember 1981 verhindert.²²

Die Beziehungen sind seit diesem Treffen auf DDR-Seite verstärkt vom Wunsch auf Normalisierung (was dies auch im deutsch-deutschen Verhältnis heißen mag) bestimmt. Daran hat der Regierungswechsel in Bonn²³ nichts geändert, als sich zeigte, daß die Regierung Kohl die Kontinuität der Deutschlandpolitik beachtete.

Zu dieser Normalisierungstendenz gesellte sich im Zuge der Verschärfung der Ost-West-Konfrontation auch die von der DDR gezeigte Neigung, das deutsch-deutsche Verhältnis zu einem gewissen Maße von der Gesamtlage „abzukoppeln“, um die mit dem Grundlagenvertrag und den nachfolgenden Vereinbarungen erzielten Fortschritte nicht zu gefährden. In diesem Sinne hat Erich Honecker, freilich nicht ohne Kritik in den eigenen Reihen, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik²⁴ keineswegs zum Anlaß der Einschränkung der Beziehungen genommen, sondern die Dialogbereitschaft verstärkt und mit Blick auf die beiden deutschen Staaten zwei Tage nach dem Tode Juri Andropows in einer grundsätzlichen Rede vor der XXV.²⁵ Bezirksdelegiertenkonferenz der SED Berlin am 11. Februar 1984 festgestellt: „Wir gehen mit

19 Diese waren insbesondere eine Folge der „Strauß-Kredite“ 1983/84, die jeweils an Gegenleistungen der DDR im humanitären Bereich und beim Grenzregime geknüpft waren.

20 Am 9. Oktober 1980 verkündete die DDR eine mit 13. Oktober in Kraft tretende Erhöhung des Mindestumtausches auf 25 D-Mark pro Person und Tag für Reisen nach Ost-Berlin (zuvor seit 1974 6,50 D-Mark) und in die DDR (zuvor seit 1974 13 D-Mark). Dies galt auch in voller Höhe für die bis dahin vom Mindestumtausch ausgenommenen Rentner und Kinder. Während Rentner den vollen Betrag wechseln mussten, musste für Kinder unter 14 Jahren nun 6,50 D-Mark gewechselt werden. Nur Kinder unter sechs Jahren waren vom Mindestumtausch befreit.

21 Helmut Schmidt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1974–1982), siehe Personregister mit Funktionsangaben.

22 Das Treffen zwischen Schmidt und Honecker fand vom 11. bis 13. Dezember 1981 statt. Vgl. dazu die Dokumente 3–6, in: Von Hubertusstock nach Bonn. Siehe auch Dokument 61, in: Bonn und Ost-Berlin.

23 Am 1. Oktober 1982 wurde die SPD-FDP-Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt durch ein konstruktives Misstrauensvotum des Deutschen Bundestages gestürzt, und eine CDU/CSU-FDP-Koalition unter Führung von Helmut Kohl übernahm die Regierung.

24 Der Deutsche Bundestag stimmte der Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern (BGM-109 Tomahawk) am 22. November 1983 mit 286 zu 255 Stimmen zu. Diese wurde wenige Tage später in Angriff genommen.

25 Gemeint ist die XV. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Ost-Berlin am 11. Februar 1984.

allen zusammen, die sich von der Einsicht leiten lassen, daß es zur friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung keine vernünftige Alternative gibt, mit allen, die den Frieden aufrichtig wollen, unabhängig davon, in welchem weltanschaulichen oder politischen Lager sie sich befinden“.²⁶

In diesem Sinne erbrachte das Jahr 1984 viele bilaterale Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten, darunter auf sehr hoher Ebene (Besuch Günter Mittag in Bonn bei Bundeskanzler Kohl,²⁷ Treffen von Bundesminister Lambsdorff²⁸ und Ministerpräsident Strauß²⁹ mit Erich Honecker etc.³⁰) und die Eröffnung von Verhandlungen über eine Reihe von beiderseits interessierenden Fragen, wie z.B. Umweltprobleme, ein Kulturabkommen usw. Das Programm der Familienzusammenführung wurde, zumindest vorübergehend, wesentlich ausgeweitet (siehe unten, Punkt 2.4.3. Ausreisendruck),³¹ der 1983 stark gestiegene Handels-

26 Für die Rede Honeckers siehe: Stärke des Sozialismus – entscheidendes Unterpfand im Kampf um den Frieden, in: Neues Deutschland, 13. Februar 1984, S. 3–4, für das wörtliche Zitat siehe S. 3.

27 Günter Mittag (der anlässlich der Messe in Hannover in der Bundesrepublik weilte) und Helmut Kohl trafen am 18. April 1984 in Bonn zu einem Gespräch zusammen.

28 Otto Graf Lambsdorff, Bundesminister für Wirtschaft der BRD (1977–1984), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

29 Franz Josef Strauß, Ministerpräsident Bayerns (1978–1988), siehe Personenregister mit Funktionsangaben

30 Zum Treffen Honeckers mit Lambsdorff und Strauß am 11. März 1984 siehe Dokument 13, in: „Koalition der Vernunft“.

31 Dort hieß es: „Die Besetzung westlicher Botschaften in Ostberlin sowie in der Folge von Bonner Vertretungen insbesondere in Prag, Budapest und Warschau durch DDR-Bürger, die damit ihre Ausreise aus der DDR erzwingen wollten, hat zusammen mit der Anfang 1984 verfügbaren ‚Ausreisewelle‘ von knapp 40.000 Personen (1984) drastisch die Aufmerksamkeit auf die fehlende Freizügigkeit der DDR-Bürger gelenkt. Die Meinungen über das Ausmaß der potentiellen Ausreisewilligen aus der DDR sind verschieden. Die DDR-Staats- und Parteiführung selbst scheint davon auszugehen, daß eine Liberalisierung der Ausreisebedingungen oder gar die Aufhebung der Ausreisebeschränkungen zu einer neuerlichen Massenflucht, wie sie vor 1961 zu verzeichnen war, führen könnte. Tatsächlich dürften mehrere hunderttausend Ausreisearchen bei den zuständigen DDR-Behörden liegen und die erwähnte Ausreisewelle im Frühjahr 1984, die rund vier Monate andauerte, hat nach den Eindrücken westlicher Botschaften nicht ausgereicht, die Nachfrage nach einer Auswanderung entscheidend zu dämpfen.“

Die Motive für die Neigung zur Ausreise sind vielfältig und häufig individuell. Sie sind in den wenigsten Fällen in wirtschaftlichen Erwägungen zu suchen, sondern – wie der Umgang der Österreichischen Botschaft Berlin mit tausenden Ausreisewilligen pro Jahr zeigt – entweder durch ein irreparables Zerwürfnis des Bürgers mit dem polizeistaatlichen Apparat der DDR bestimmt, der nach patriarchalischen Gesichtspunkten willkürlich gibt und nimmt, belohnt und bestraft. Sehr entscheidend ist auch die psychologische Situation vieler Ausreisewilliger, vor allem von Eltern mit Kindern. Nicht für sich streben die Eltern die Ausreise an, sondern für ihre Kinder, da sie ihnen eine Entwicklung in einer gesellschaftlichen Umwelt wünschen, in der sie selbst Entscheidung über Fortkommen und Lebensgestaltung treffen können. Dies erklärt auch, warum viele Eltern mit Kindern unter den Ausreisewilligen sind.

Dazu kommen noch all jene, die das Opfer der DDR-Propaganda in der Friedens- und Raketenfrage geworden sind und daher aus Kriegsfurcht und Zukunftsangst den einengenden Verhältnissen in der DDR entgehen wollen.

verkehr auch 1984 vorangetrieben (wobei die DDR erstmals seit langen einen beachtlichen Überschuß – rund 1,7 Mrd. DM – erzielen konnte) und im Bereich des Kapitalverkehrs beträchtliche Kredithingaben seitens der BRD getätigt.

Gespräche im Bereich des Verkehrswesens, Vereinbarungen über die Aufnahme des direkten Luftverkehrs zwischen Städten in der DDR und der BRD, zunächst während der Leipziger Messe u. ä. kennzeichneten die Situation zwischen den beiden deutschen Staaten am Vorabend des für die letzte Septemberwoche 1984 geplanten dreitägigen Arbeitsbesuches Erich Honeckers in der BRD.

Im Vorfeld dieses Besuches hat die DDR nach entsprechenden Verhandlungen mit der BRD eine Reihe von menschlichen Erleichterungen im Besuchsreiseverkehr zugestanden, die ab 1. August 1984 praktiziert werden.

Es handelt sich hierbei jedoch nicht um substantielle Neuregelungen, aber immerhin um die Senkung des zwangsweisen Mindestumtausches für Rentner, Invalidenvollrentner und Unfallvollrentner von 25,- auf 15,- DM (pro Tag) sowie um die großzügigere Handhabung der Mitnahme von Literatur und Druckerzeugnissen, der großzügigeren Gestaltung des Schallplattenversandes und der Genehmigung für die Mitführung von Wohnmobilen auch mit Nutzlast von mehr als 1 Tonne. Die Reiseerleichterungen sind in der DDR bisher nicht publiziert worden, erfassen aber auch zum Teil Angehörige von Drittstaaten, also auch Österreicher.

Als Gegenleistung hat die BRD der DDR einen weiteren, diesmal ungebundenen („untied“) Kredit in der Höhe von 1 Milliarde DM gewährt.³² Eine weitere Milliarde DM hätte die BRD gewährt für den Fall, daß auch Reiseerleichterungen für Westberliner gewährt worden wären. Dies soll (siehe Punkt 1.3.) am Widerspruch der Sowjetunion gescheitert sein.

In der Folge ist der Arbeitsbesuch E. Honeckers „verschoben“ worden, wofür es verschiedene Gründe geben dürfte. In erster Linie scheint für die Absage der Widerstand der Sowjetunion maßgeblich gewesen zu sein, welche den „Dialog der Stellvertreter“ als im Augenblick nicht (mehr) zweckmäßig ansieht und vom deutsch-deutschen Dialog keine, ihr erwünschten Ergebnisse erwartet. Da eine unterstützende Entscheidung des damals schwer erkrankten Generalsekretärs Tschernenko für Generalsekretär Honecker nicht mehr zu erwarten war, verzich-

Wenn im Zuge der Vorbereitung eines (nun verschobenen) Arbeitsbesuches von Erich Honecker in der BRD im August 1984 Maßnahmen getroffen wurden, die eine Reiseerleichterung bedeuten (Senkung des Mindestumtausches; Verbesserung im grenznahen Verkehr etc.), so werden diese Maßnahmen langfristig nicht entscheidend zu einer Änderung des Ausreisedrucks beitragen. Erstens weil diese Maßnahmen nur geeignet sind, das Reisen von West nach Ost, aber nicht auch von Ost nach West zu fördern. Auch sollen angeblich noch immer 30 % der DDR-Bevölkerung verwandtschaftliche Verbindungen in der BRD besitzen, sodaß dem Problem nur mit einer umfassenden und großzügigen Besuchsreiseregulation beigegeben werden kann.

Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die DDR-Staats- und Parteiführung sich in absehbarer Zeit zu einer solchen Liberalisierung bereitfinden könnte, obgleich Pläne hiefür schon seit längerem diskutiert werden. Ursache hiefür scheinen nicht zuletzt auch Bedenken der UdSSR zu sein, die eine größere Freizügigkeit als Gefahr für die innere Stabilität der DDR ansieht.“

32 Der Abschluss des zweiten Milliardenkredits war am 25. Juli 1984 bekannt geworden.

tete er auf die Reise, um sie nicht im Widerspruch zu Außenminister Gromyko durchführen zu müssen. Bei dieser Entscheidung half ihm, daß das Ergebnis der Gespräche mit Bundeskanzler Kohl vorhersehbar dürftig gewesen wäre.

Nach dieser Absage hat sich das Verhältnis zur BRD, d.h. zu Vertretern der Regierungskoalition etwas abgekühlt, wenngleich die Bereitschaft zum Dialog immer wieder DDR-seits bekräftigt wird. Im Vorfeld des 40. Jahrestages der Kapitulation des Deutschen Reiches³³ am 8.5.1985 (dieser Tag wurde in der DDR ostentativ zum Feiertag erklärt) hat die DDR sich in ihren Medien der Revanchismuskampagne der anderen „Bruderländer“ angeschlossen, sodaß Kontakte der DDR mit der BRD auf politischer Ebene zunächst nur auf Oppositionspolitiker beschränkt bleiben durften (zuletzt Besuch des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau in Ostberlin, 8.–11.1.1985).³⁴

Andererseits zeigt die Lösung des Problems der Botschaftsbesetzer in Prag, daß die bisher eingespielten Kanäle weiter funktionieren.³⁵

[...]³⁶

8. Beziehungen zu Österreich

8.1. Allgemeines

Die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR können unter Beachtung der unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ausgangslage als sehr gut und im wesentlichen als problemfrei angesehen werden. Von beiden Seiten wurden sie bereits wiederholt und bei offiziellen Gelegenheiten als im weiteren Sinn gut-nachbarlich bezeichnet. Sie sind darüber hinaus dadurch charakterisiert, daß sie sich – 12 Jahre nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 21. Dezember 1972 – noch immer in einer starken Entwicklung und Auffächerung befinden. Dies hängt damit zusammen, daß die späte Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, trotz der schon vorher bestandenen Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis von Kammervereinbarungen, einen Nachholbedarf bewirkte.

33 Die bedingungslose Kapitulation erfolgte durch die Führung der Deutschen Wehrmacht am 7. Mai 1945 im Obersten Hauptquartier der Alliierten Expeditionsstreitkräfte in Reims mit den westalliierten Militäarchefs. Generaloberst Alfred Jodl war von Hitlers Nachfolger Großadmiral Karl Dönitz dazu eingesetzt, das Dokument zu unterfertigen. Die Erklärung wurde aus protokollarischen Gründen in Berlin-Karlshorst im Hauptquartier der sowjetischen 5. Armee am 8. Mai (Moskauer Ortszeit 9. Mai) wiederholt. Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel unterzeichnete dort die zu ratifizierende Urkunde.

34 Für das Gespräch Honecker – Rau siehe Dokument 15, in: Die „Koalition der Vernunft“.

35 Nachdem im Herbst 1984 immer mehr DDR-Bürger in der Deutschen Botschaft in Prag Zuflucht gesucht hatten, wurde diese am 4. Oktober 1984 wegen Überfüllung geschlossen. Am 13. Dezember trat die Mehrheit der sich in der Botschaft befindenden DDR-Flüchtlinge in einen Hungerstreik. Erst nachdem die DDR die wohlwollende Prüfung ihrer Ausreisearträge zugesagt hatte, verließen am 15. Januar 1985 die letzten DDR-Bürger die Botschaft. Sie durften anschließend von der DDR in die Bundesrepublik ausreisen. Siehe auch Anm. 31

36 Ausgelassen wurden die weiteren Abschnitte von Punkt 1 sowie die Punkte Innenpolitik, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Unterricht und Wissenschaft, Pressewesen.

Die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR haben sich auch im Jahre 1984 weiter verstärkt und nach dem im Oktober 1983 erfolgten Staatsbesuch von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger³⁷ und dem offiziellen Besuch von Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz in der DDR am 5./6. November 1984 einen weiteren Höhepunkt erreicht. Dieser Staatsbesuch, an dem auch der Bundesminister für Verkehr, Dkfm. Ferdinand Lacina, und der Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Dr. Erich Schmidt, teilnahmen, ist geeignet, gerade in einer spannungsvollen Zeit beispielhaft für den Dialog unter Völkern und Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu sein. An die positiven Auswirkungen des Staatsbesuches des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Österreich (10.–13. November 1980 und des Gegenbesuchs von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger – siehe oben) anknüpfend, wird er weitere Impulse für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten, vor allem auf wirtschaftlichem und kulturellem aber auch auf wissenschaftlich-technischem und rechtlich-humanitärem Gebiet vermitteln.

Ungeachtet des Nachholbedarfs und der Ausbaumöglichkeiten bestätigte selbst ein oberflächlicher Blick auf die bilateralen Beziehungen, daß sich das Verhältnis Österreich-DDR in den letzten Jahren mehr als nur normalisiert hat.

Gewiß ist das Interesse der DDR an den Beziehungen zu Österreich vorrangig in gesamteuropäischem Zusammenhang zu sehen: als Beispiel für den Grundsatz der friedlichen Koexistenz und als über das Bilaterale hinausgehendes Beispiel zur Sicherung der Entspannung.

Für die DDR bedeuten gute Beziehungen zu Österreich aber auch die Möglichkeit, sich den selbst oder von anderen auferlegten Folgen der Abgrenzungspolitik gegenüber der BRD zumindest teilweise zu entziehen und am Beispiel Österreichs die eigenen Chancen und Dimensionen einer Staats- und Nationswerdung zu bewerten. Für die Partei- und Staatsführung der DDR sind die guten Beziehungen zu Österreich ein Mittel, die eigene Bevölkerung, die Österreich und Österreicher schätzt, ein wenig aus der Fixierung auf die Bundesrepublik zu lösen. In diesem Sinn sah sich Erich Honecker veranlaßt, in seiner Erklärung vom 10. Oktober 1982 zu den deutschlandpolitischen Fragen der Bonner Regierungserklärung ausdrücklich hervorzuheben, daß Österreich auch ein Staat sei, „in dem man deutsch spricht“.³⁸

37 Kirchschläger hatte vom 11. bis 14. Oktober 1983 die DDR besucht.

38 So im Original. Diese Aussage entstammt den Ausführungen Honeckers zur Bonner Deutschlandpolitik, die am 15. Oktober veröffentlicht wurden: „Und was das Besondere angeht: Jetzt gibt es auf deutschem Boden zwei souveräne, voneinander unabhängige Staaten – die sozialistische DDR und die kapitalistische BRD. Es entspricht den Interessen des Friedens, den Interessen der Menschheit, wenn beide deutsche Staaten und nicht nur die DDR von dieser Realität ausgehen. Es ist zu hoffen, daß dies mit der Zeit die Grundlage des Handelns der BRD wird. Die DDR ist, wie bekannt, dazu bereit. Aus der Asche des zweiten Weltkrieges ging kein geteiltes Deutschland hervor, sondern zwei deutsche Staaten. Ganz zu schweigen von der Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs, eines Staates, in dem man auch deutsch spricht und mit dem die DDR bekanntlich gutnachbarliche Beziehungen unterhält.“ Erich Honecker: Auch Bonn muß von den Realitäten ausgehen, in: Neues Deutschland, 15. Oktober 1982, S. 1.

Der verbale Schritt vom „deutschsprachigen Österreich“ zum „dritten deutschen Staat“ fällt gelegentlich hohen DDR-Funktionären übrigens nicht allzu schwer. Wie im oben erwähnten Zitat E. Honeckers will man dies zwar [sic!] meist so verstanden wissen, daß es neben der Bundesrepublik ein anderes deutschsprachiges Land gebe, für das sich der DDR-Bürger interessieren könne, ja solle.

Im Aufruf zum „40. Jahrestag der Befreiung“ wurde Österreich als eines der ersten Opfer des Hitlerfaschismus genannt.

Was die offizielle Haltung der DDR zum Staatsvertrag von 1955 und die immerwährende Neutralität betrifft, so sieht sie diese als wesentliche und völkerrechtswirksame Faktoren zur Stabilisierung der Situation in Mitteleuropa an, denen sie „hohe Wertschätzung bezeugt“ („Außenpolitik der DDR“, Staatsverlag der DDR, 1982, Seite 258).³⁹

In diesem Zusammenhang wäre auch zu erwähnen, daß die DDR-Staats- und Parteiführung und die DDR-Massenmedien keine Gelegenheit außer acht lassen, um österreichische Stellungnahmen und Stimmen zur Abrüstungs- und Friedenspolitik zu zitieren und der DDR-Bevölkerung zu vermitteln, sofern sie mit der offiziellen DDR-Auffassung nicht im Widerspruch stehen. Das neutrale Österreich und seine Repräsentanten sind laufend Kronzeugen für eine auf friedliche Koexistenz und Entspannung gerichtete Politik.

So positiv das Interesse der DDR an guten Beziehungen zu Österreich ist, so kann nicht übersehen werden, daß sie sich aus den verschiedensten Gründen mit Nachdruck auch um die Intensivierung ihrer Beziehungen zu anderen westlichen Staaten, einschließlich großer und kleiner NATO-Mitglieder bemüht. Dabei hat sie gerade im Jahr 1984 politisch nicht unwesentliche Erfolge erzielt, konnte sie doch drei NATO-Ministerpräsidenten, davon zwei zu offiziellen Besuchen in Berlin begrüßen.⁴⁰

Die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR im multilateralen Bereich sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangslage im gesellschaftspolitischen Bereich, ebenfalls gut. So hat sich die DDR stets für die Stärkung der UN-Präsenz in Wien eingesetzt. Auch das Interesse an Konsultationen in den Vereinten Nationen und in der ECE⁴¹ wird laufend manifestiert. Zwischen den Vertretern bei den KSZE/KVAE-Verhandlungen⁴² bestehen gute Arbeitsverbindungen.

39 Stefan Doernberg, Außenpolitik der DDR. Sozialistische deutsche Friedenspolitik, Berlin (Ost) 1982, S. 258.

40 Der kanadische Ministerpräsident Pierre Trudeau besuchte vom 30. Jänner bis 1. Februar 1984, der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreu vom 4. bis 6. Juli 1984 und der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi vom 9. bis 10. Juli die DDR.

41 ECE = Economic Commission for Europe, eine UN-Einrichtung mit Sitz in Genf.

42 Die Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) fand von 17. Jänner 1984 bis 19. September 1986 in Stockholm statt. Dort einigte man sich unter anderem auf Vor-Ort-Inspektionen. Der Abschluss des Treffens ebnete den Weg zu weiteren Abrüstungsschritten.

8.2 Einzelbereiche

8.2.1 Österreich ist mit der DDR bereits durch ein sehr ausgedehntes Netz vertraglicher Beziehungen (hievon 18 Verträge und Regierungsabkommen, siehe Liste unter Punkt 8.3)⁴³ verbunden. Offen ist derzeit insbesondere der Abschluß eines Vermögensvertrages.⁴⁴ Die Verhandlungen hierüber werden fortgesetzt. Der Abschluß eines Abkommens über die Gebührenfreiheit für Sichtvermerke für gewisse Kategorien von Reisen (Sport, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft) dürfte bald zustande kommen.⁴⁵

8.2.2 Ungeachtet der vielen Impulse, die die bilateralen Beziehungen durch die offiziellen Besuche von Bundeskanzler Kreisky (30. März–1. April 1978) in der DDR, des Staatsratsvorsitzenden E. Honecker in Österreich (10.–13. November 1980), des Herrn Bundespräsidenten in der DDR (11.–14. Oktober 1983) und zuletzt des Herrn Bundeskanzlers in der DDR (5./6. November 1984) und zahlreichen Besuchen auf Ministerebene (siehe Punkt 8.4)⁴⁶ erhielten, sind die bilateralen Beziehungen auf zahlreichen Gebieten noch steigerungsfähig.

43 Die Auflistung der Verträge entfällt hier.

44 Die Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen gehörte zu den prioritären Anliegen Österreichs gegenüber der DDR nach der diplomatischen Anerkennung am 21. Dezember 1972. Nachdem der Gesamtumfang des Komplexes Vermögensfragen anfänglich nicht überschaubar war, wurden erst 1974 Verhandlungen aufgenommen und rasch zeigte sich, dass grundgegensätzliche Auffassungen bestanden. Seitens der DDR gab es lange Zeit überhaupt kein Bestreben, den Vertrag zu einem Abschluss zu bringen. Dies änderte sich auch mit der Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre nicht. Erst anlässlich des Besuches von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger in der DDR im Oktober 1983 insistierte Österreich nachdrücklich auf die Notwendigkeit des Abschlusses eines Vertrages. Daraufhin entschied das SED-Politbüro im April 1984, dass diese offene Frage mit dem hohen Niveau der Beziehungen nicht vereinbar sei. Fortan wurde ernsthaft über einen Vermögensvertrag verhandelt. In langwierigen und schwierigen Verhandlungen wurde nach einer politischen Lösung in Form eines Kompromisses gesucht. Im September 1986 einigte man sich schließlich auf einen Vertrag, der eine globale Entschädigungssumme in der Höhe von 136,4 Millionen Österreichischen Schilling vorsah. Die DDR versuchte die Unterzeichnung des vom österreichischen Ministerrat bereits am 12. November 1986 gebilligten Abkommens durch die Herstellung eines Junktims mit dem ebenfalls in Verhandlung stehenden Vertrag über den gegenseitigen „Schutz von Herkunftsangaben“ noch weiter zu verzögern. Schlussendlich wurde diese Forderung fallen gelassen. Die Unterzeichnung erfolgte am 21. August 1987 im Rahmen von Wirtschaftsverhandlungen in Salzburg und wurde durch den stellvertretenden Außenhandelsminister Gerhard Beil und Außenminister Alois Mock vorgenommen (siehe Dok. 7). Die Ratifikation durch den Staatsrat der DDR erfolgte am 15. Jänner 1988, eine Veröffentlichung im Gesetzblatt der DDR jedoch nicht. Vgl. dazu Graf, Österreich und die DDR, S. 549–558.

45 Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die gebührenfreie Erteilung von Sichtvermerken beziehungsweise Visa für Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben samt Anlagen, BGBl. Nr. 428/1987.

46 Die Auflistung der Besuche auf Fachministerebene entfällt.

8.2.3 Wirtschaftliche Beziehungen

8.2.3.1 Entwicklung

Der Handel zwischen Österreich und der DDR hat sich seit 1980 stark aufwärts entwickelt, 1983 ein Rekordergebnis erbracht und sich entgegen aller Erwartungen auch 1984 überdurchschnittlich weiterentwickelt.

Insgesamt haben sich die Ein- und Ausfuhr Österreich/DDR in den letzten Jahren in Millionen Schilling wie folgt entwickelt:

Jahr	Österr. Einfuhr	Österr. Ausfuhr	Gesamt
1979	1.579	2.256	3.835
1980	2.132 + 35 %	2.963 + 31,4 %	5.095
1981	2.580 + 21 %	3.347 + 12,9 %	5.927
1982	2.952 + 14,4 %	3.580 + 6,9 %	6.532
1983	2.726 – 7,7 %	6.328 + 76,8 %	9.054
1984 I-X	2.001 – 8,5 %	5.7862 + 14,8 %	7.7872
XI	2.2732 – 7,8 %	6.3611 + 13,2 %	8.6343

In der Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1984 wird Österreich als eines der vier kapitalistischen Industrieländer genannt, mit dem die Handelsbeziehungen besonders intensiviert wurden.

8.2.3.2 Zur Position Österreichs im Außenhandel mit der DDR in den kommenden Jahren

Die österreichischen Exportmöglichkeiten werden im besonderen Maße von der Anpassungsmöglichkeit an die in der DDR-Wirtschaftspolitik gesetzten Prioritäten abhängig sein. Zugleich wird es in hohem Maße darauf ankommen, DDR-Produkte für den österreichischen Markt oder für den Transithandel zu übernehmen. Da von deutscher Seite die Exportqualitäten laufend verbessert werden, wird es möglicherweise auch leichter, DDR-Produkte in Konkurrenz zu Drittländern am österreichischen Markt unterzubringen und – ohne dabei die österreichische Produktion zu tangieren – einen notwendigen Verdrängungswettbewerb einzuleiten.

Die österreichische Position im Handel mit der DDR wird jedenfalls im besonderen davon abhängen, wie sehr Österreich in der Lage ist, das gute Klima in den Handelsbeziehungen zu erhalten und umzusetzen und dabei auch eigene und unorthodoxe Wege zu gehen.

Daß es Österreich gelingen müßte, die DDR als einen besonderen Markt weiterhin zu sichern – sie nimmt derzeit immerhin den 2. Platz im österreichischen Osthandel ein – ergibt sich nicht zuletzt aus der Gleichsprachigkeit, den jahrzehntelangen Kontakten zwischen österreichischen und DDR-Unternehmen und last not least aus dem Umstand, daß Österreich in der DDR eine weitverbreitete Sympathie genießt, die die Anbahnung von Kontakten und Geschäften außeror-

dentlich begünstigt. Vielleicht ist Österreich auch Ersatz dafür, daß das Verhältnis zu Schweizer Firmen eher mühsam ist und die Interessen im deutsch-deutschen Warenverkehr letztlich ihre gewissen Grenzen haben. Österreich ist daher auch irgendwie Ersatz für vieles, was anderweitig nicht möglich oder tunlich ist.

Diesen günstigen Gelegenheiten, die sich von der Basis her – also von der Firmenseite – aufbauen, steht das besondere Niveau der Beziehungen zwischen Österreich und der DDR und die Kontakte der hochrangigen Persönlichkeiten gegenüber. Es begegnen sich somit Interesse von der Basis und Einfluß von der Spitze in idealer Weise, sodaß eine günstige weitere Entfaltung der gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen als gesichert erscheinen könnte.

[...] ⁴⁷

Dok. 2: Abschlussbericht Botschafter Willibald Pahr (Bonn), 5.12.1985

Botschafter Willibald Pahr an BMAA, Bonn, 5. Dezember 1985, Zl. 211-Res/85, ÖstA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 502.01.18/27-II.1/85¹

Eindrücke aus zwei Jahren in Bonn

Zwei Jahre Bonn ist zu wenig, um echte Aussagen über Deutschland und die Politik der Bundesrepublik Deutschland, d. h. Aussagen über das aus den Medien bereits Bekannte hinaus machen zu können. Trotzdem sollen einige Eindrücke nicht unerwähnt bleiben.

Die „Wende“ hat tatsächlich stattgefunden. Der soziale Rechtsstaat ist weit weniger sozial geworden. Haushaltssanierung und Wirtschaftswachstum haben höheren Stellenwert als die Sorge um die Armen und Schwachen. Der Rechtsstaat hat manches von seiner Liberalität verloren. Sicherheit steht im Vordergrund, auch wenn damit eine Beschränkung der Freiheit verbunden ist.² Das gilt für Demonstranten ebenso wie für Asylwerber.

Innenpolitisch ist sehr viel in Bewegung gekommen. Innerhalb der Parteien genauso wie in der Koalition.

Die SPD hat trotz mancher Erfolge gerade im letzten Jahr in den Ländern nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung noch immer nicht voll Tritt gefunden.

47 Ausgelassen wurden die Abschnitte zur Struktur der österreichischen Exporte (8.2.3.3, 8.2.3.4, 8.2.3.5) und zu den Aussichten 1985 (8.2.3.6, 8.2.4, 8.2.5, 8.2.6, 8.2.7, 8.2.8, 8.2.9, 8.2.10).

1 Der Bericht lag dem Kabinett des Bundesministers, dem Generalsekretär und den Sektionen II (Politische Sektion), III (Wirtschaftspolitische Sektion) und V (Kulturpolitische Sektion) des BMAA vor. Die Unterstreichungen erfolgten soweit nicht anders ausgewiesen handschriftlich in der Abteilung II.1 (Westabteilung).

2 Dieser Satz wurde von der Abteilung II.1 handschriftlich mit einem Fragezeichen versehen.

Das Triumvirat Brandt,³ Vogel⁴ und Rau⁵ und das spektakuläre Ausscheiden Wischniewski⁶ aus dem Parteivorstand oder die Suche nach einem Mandat bei den kommenden Bundestagswahlen für Apel⁷ und Koschnick⁸ sind sichtbare Zeichen dafür.

Kohl⁹ ist sowohl als Bundeskanzler als auch als Parteiführer wohl in den Medien sehr umstritten, innerhalb der CDU ist seine Stellung zumindest nach außen fest. Trotzdem deutet manches darauf hin, dass es selbst nach für die Union erfolgreichen Wahlen¹⁰ zu Veränderungen kommen könnte.

Der Wechsel von Genscher¹¹ auf Bangemann¹² ging scheinbar reibungslos vor sich.¹³ Durch die unbestreitbaren Erfolge der FDP bei den letzten Wahlen wurde die Stellung Bangemanns, der sich auch des deutlichen Wohlwollens Kohls und Strauß¹⁴ erfreut, gefestigt. Trotzdem ruht der Schatten Genschers nach wie vor über ihm.

Strauß, der heute die CSU und damit Bayern mehr denn je fest in seinen Händen hat, betrachtet die Probleme in den anderen Parteien insbesondere auch innerhalb der CDU mit einer gewissen Schadenfreude.

3 Willy Brandt (SPD), Vorsitzender der SPD (1964–1987), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Hans-Jochen Vogel (SPD), Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (1983–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Johannes Rau (SPD), Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (1978–1998) und stellvertretender Vorsitzender der SPD (1982–1999), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Hans-Jürgen Wischniewski (SPD), Mitglied des Parteivorstandes der SPD und des Parteipräsidiums (1970–1985) und SPD-Schatzmeister (1984/85). Differenzen mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Jochen Vogel führten 1985 zum Rücktritt als Schatzmeister und zur Niederlegung des Sitzes im Präsidium und Vorstand der SPD, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Hans Apel (SPD), stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag (1983–1988), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Hans Koschnick (SPD), Mitglied des Bundesvorstands der SPD (1970–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Helmut Kohl (CDU), Bundesvorsitzender der CDU (1973–1998), Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1982–1998), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

10 Bei den Bundestagswahlen in der Bundesrepublik am 6. März 1983 erreichte die CDU/CSU 48,8 %, die SPD 38,2 %, die FDP 7,0 % und die Grünen 5,6 %. Die nächste Bundestagswahl fand am 25. Januar 1987 statt. CDU/CSU kamen auf 44,3 %, die SPD auf 37,0 %, die FDP auf 9,1 % und die Grünen auf 8,3 %.

11 Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister für Auswärtiges und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland (1974–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

12 Martin Bangemann (FDP), Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (1984–1988) und Bundesvorsitzender der FDP (1985–1988), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

13 Genscher war vom 1. Oktober 1974 bis zum 23. Februar 1985 Bundesvorsitzender der FDP. 1985 verzichtete er auf dieses Amt und übergab es an Bangemann. Ihm folgte 1988 Otto Graf Lambsdorff (1988–1993).

14 Franz Josef Strauß (CSU), Ministerpräsident Bayerns (1978–1988), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Die Grünen haben wohl ihren Gipfel bereits überschritten und zeigen eine deutliche Tendenz, sich zu institutionalisieren. Damit verlieren sie aber ein entscheidendes Element ihres Wesens, nämlich kein Teil der von ihnen ja bekämpften Institutionalisierung zu sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist zweifellos positiv, Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt lassen jedoch noch wie vor auf sich warten.

Besonders hervorstechend ist der Imageverlust der Bundesrepublik Deutschland auf außenpolitischem Gebiet.¹⁵ Vor wenigen Jahren noch war Bonn ein entscheidender Faktor in den Ost-West-Beziehungen und ein gesuchter Gesprächspartner in Ost und West, der Motor der Europäischen Einigung und ein mitbestimmender Faktor in vielen Fragen der internationalen Politik (Namibia, Entwicklungspolitik etc.). Davon ist heute nur sehr wenig geblieben. Ja es stellt sich sogar die Frage, was eigentlich Deutschlands Außenpolitik ist. Die Streitigkeiten in der Bonner Regierungskoalition rücken die außenpolitische Linie der Bundesrepublik Deutschland immer mehr ins Zwielicht.

In dieser schwierigen Situation bemüht sich Genscher trotz allem und bisher mit einem gewissen Erfolg, die Kontinuität der Außenpolitik zu wahren.

Bilateral sind die Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Vielleicht sogar „zu gut“.¹⁶ Die engen Beziehungen verführen nämlich dazu, auftauchende Fragen möglichst auf direktem Weg zu lösen. Das ist meist zweckmäßig und auch erfolgreich, manchmal führt das aber wie im „Weinskandal“¹⁷ zu zusätzlichen Problemen. Übrigens hat dieser „Weinskandal“ Österreich hier viel weniger geschadet als man befürchtet hat. Es kam zu zahlreichen Zeichen der Solidarität, die uns insgesamt sehr genutzt haben. Eines müssen wir jedenfalls zur Kenntnis nehmen: sehr viele Deutsche haben eine große Zuneigung für Österreich, nicht alle davon aber auch für die Österreicher.¹⁸

15 Dieser Satz wurde von der Abteilung II.1 handschriftlich mit einem Fragezeichen versehen.

16 Dieser Satz wurde von der Abteilung II.1 handschriftlich mit einem Fragezeichen versehen.

17 Im Sommer 1985 wurde der „Weinskandal“ aufgedeckt. Es handelte sich um einen „der größten Wirtschafts- und Lebensmittelskandale in Europa“. Insbesondere burgenländische Weine waren jahrelang mit Diethylenglycol (minderwertigem Alkohol, der auch als Frostschutzmittel verwendet wurde) gepanscht worden. In einer Zeit fallender Weinpreise waren insbesondere die Bundesrepublik, aber auch die DDR bedeutende Abnehmer des exportierten verseuchten süßen österreichischen Tankweins. Als der Skandal aufflog, wurden die Weine großflächig aus dem Verkehr gezogen und der durch die massive internationale Medienberichterstattung ausgelöste Imageschaden war enorm. Ein entsprechendes juristisches Nachspiel folgte und die Weinexporte brachen nahezu vollkommen zusammen. Die daraufhin eingeführten Qualitätskontrollen machten die Weinregion auf lange Sicht jedoch wieder zu einem Exportschlager, heute für Flaschenweine von hoher Qualität. Vgl. dazu Jakob Perschy, Der Weinskandal – Ein Desaster mit exzellenten Ergebnissen, in: Burgenländisches Landesarchiv (Hg.), 9 Jahrzehnte – 9 Themen. Eine Nachlese zu 90 Jahre Burgenland (Burgenländische Forschungen 103), Eisenstadt 2012, S. 143–146; Sebastian Pumberger, Na dann: Prost! (Agenda: Weinskandal), in: Der Standard, 4./5./6. April 2015, S. 4–5.

18 Dieser Satz wurde vermutlich von Gesandten Christoph Parisini (Abteilung II.1) handschriftlich markiert.

Die Probleme der österreichischen Kulturarbeit in der Bundesrepublik Deutschland habe ich seinerzeit aufgezeigt.¹⁹ Sie sind eine Konsequenz der gemeinsamen Sprache, eines zumindest teilweise gemeinsamen kulturellen Rahmens und der engen Verflechtung des kulturellen Lebens Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland auf allen nur erdenklichen Gebieten.

Alles in allem waren die zwei Jahre in Bonn eine interessante und lehrreiche Zeit.

Der Botschafter

Dok. 3: Bericht. Beziehungen DDR-Sowjetunion unter Gorbatschow, 12.8.1986

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 12. August 1986, Zl. 126-RES/86, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1986, GZ. 701.03/6-II.3/86¹

Beziehungen der DDR zur Sowjetunion in der Ära Gorbatschow

Bei einem Versuch, vier Monate nach dem Parteitag² eine Wertung des von Honecker erstatteten Berichtes des Zentralkomitees³ vorzunehmen, stößt man unweigerlich auf den Kontrast zwischen Theorie und Realität.

Auf der einen Seite Kontinuität, geringe Personalveränderungen im ZK, wobei weder von diesem noch vom Politbüro Innovationsimpulse zu erwarten sind.

Auf der anderen Seite, besonders in der Außen- und Wirtschaftspolitik, war die Politik der SED seit Honeckers Amtsantritt 1971 keinesfalls unbeweglich, sondern recht erfolgreich. Ein begrenzter gesellschaftspolitischer Wandel und eine außenpolitische Stabilisierung sind festzustellen.

19 Dieser vermutlich in der Sektion V abgelegte Bericht Pahrs war nicht aufzufinden. Für Pahrs Ansichten zum österreichisch-deutschen Verhältnis im Bereich der Kultur siehe Detlef Klei-
nert, Willibald Pahr. Außenminister unter Kreisky. Analysen zum Zeitgeschehen, Wien/Köln/
Weimar 2010, S. 48–49, 51–54.

1 Offenbar angespornt durch die Berichterstattung in Die Presse vom 5./6. und 7. Juli 1986 (siehe Dok. 4, Anm. 1 und 2) hatte das BMAA mit Erlass Zl. 701.03/2-II.3/86 vom 8. Juli 1986 die Aus-
landsvertretungen in den sozialistischen Staaten zur Berichterstattung über das Verhältnis des
Gastlandes zur Sowjetunion seit dem Amtsantritt von Generalsekretär Michail Gorbatschow
1985 aufgefordert. Der Bericht Wunderbaldingers lag den Sektionen II und III vor. Die Aus-
wertung erfolgte durch Georg Woutsas in der Abteilung II.8.

2 Der XI. Parteitag der SED fand vom 17. bis 21. April 1986 statt.

3 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Par-
teitag der SED. Berichtersteller: Genosse Erich Honecker, in: Neues Deutschland, 18. April
1986, S. 3–9.

Gesellschaftspolitische Perspektiven⁴

Über die nächsten gesellschaftspolitischen Ziele wurde wenig gesagt, da man einen Vergleich mit der Sowjetunion vermeiden will. Gorbatschow übte am Parteitag der KPdSU heftige Kritik an vielen Missständen und umriss das zu erreichende gesellschaftspolitische Ziel mit dem Satz: „Beschleunigung der sozialen ökonomischen Entwicklung unseres Landes“. Honecker hat sich Kritik erspart und bewertet die Leistungen der SED als sehr gut, gab sich außerordentlich selbstbewusst und ist heute mit Recht sicher nicht bereit, den Entwicklungsstand der DDR-Gesellschaft unterhalb dem der Sowjetunion einzuordnen. Er hat aber den Eindruck, den realen Sozialismus in der DDR als Modell für die Entwicklung anderer sozialistischer Staaten hinzustellen, peinlichst vermieden.

Beziehungen zu Parteien

Bemerkenswert ist, dass die SED für die Selbständigkeit der kommunistischen Parteien eintrat. Neben der festen Kampfgemeinschaft mit der KPdSU und der effektiven Zusammenarbeit mit den marxistisch-leninistischen Parteien wird festgehalten, dass die Vertiefung des internationalen Zusammenwirkens der kommunistischen Parteien sich heute auf Selbständigkeit und eigene Verantwortung jeder Partei bei der Ausarbeitung und Durchführung ihrer Politik, bei der Berücksichtigung der nationalen und internationalen Bedingungen gründet. Die Beziehungen zu westlichen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien sollen daher weiter ausgebaut werden. Die Haltung der Sozialistischen Internationale zur Abrüstung und ihre Ablehnung des SDI-Programms⁵ wird begrüßt. In diesem letzteren Fall ergibt sich kein Widerspruch mit Gorbatschow.

Deutsch-deutsche Beziehungen

Beibehaltung der bisherigen Linie der „Politik der Vernunft und des Realismus“, aber eine stärkere Anpassung an die sicherheitspolitischen Erwartungen Moskaus. Zu dieser Politik gehört die Anerkennung von Realitäten, die als Ergebnis des II. Weltkrieges entstanden sind und in diesem Zusammenhang die Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten.

Die Sicherung des Friedens ist auch in den Beziehungen DDR–BRD die entscheidende Frage. Eine Formel, mit der sich die Fortsetzung der bestehenden Kontakte ebenso begründen lässt wie ihre Erweiterung oder Einschränkung. Immer wird die gemeinsame Erklärung Honeckers und Kohls vom März 1985 in Moskau⁶ über die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territori-

4 Die Randglossen werden in der Edition als Zwischenüberschriften wiedergegeben und kursiv hervorgehoben.

5 Die Strategic Defense Initiative (SDI) wurde von US-Präsident Ronald Reagan am 23. März 1983 offiziell angeordnet und zielte auf den Aufbau eines Abwehrschirms gegen Interkontinentalraketen ab. Es blieb ein virtuelles Projekt.

6 Am 12. März 1985 veröffentlichten Honecker und Kohl nach einem Gespräch am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen sowjetischen Generalsekretär Konstantin U. Tschernenko eine gemeinsame Erklärung, siehe: Texte zur Deutschlandpolitik III/3 – 1985, S. 160–161.

alen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen zitiert. Dies soll wohl auch zur Beruhigung der Verbündeten dienen. Für Westberlin wird die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Berlin-Abkommens zugesichert. Die SED werde sich auch in Zukunft Versuchungen widersetzen, dieses Abkommen auf seine Belastbarkeit zu testen.

Den Dialog mit der BRD – er war in der letzten Zeit intensiver und fruchtbarer als je zuvor – will sich die SED erhalten; begründet werden die Kontakte mit der Leistung eines Beitrages zur Wiederbelebung und Entspannung in Europa an der Grenze der beiden Paktsysteme. Die an der BRD geübte Kritik war wohl nicht mehr als eine Pflichtübung.

In der Reaktion Gorbatschows war ein Drängen auf mehr Zurückhaltung gegenüber der BRD unüberhörbar. Wenn er sagte: In der Politik der BRD sei keine Logik zu erkennen. Es gebe keine andere Regierung in Westeuropa, die das amerikanische militärische SDI-Programm so beflissen unterstützt. Die UdSSR sei jedoch bereit, ihre Beziehungen zur BRD auf gleichberechtigter Grundlage und zum beiderseitigen Vorteil auch weiterhin auszubauen, vorausgesetzt, dass die Politik Bonns tatsächlich den Interessen des Friedens und der Sicherheit entspricht. So muss dieser Maßstab auch für das Verhältnis zwischen DDR und BRD gelten.

Politbüromitglieder erklärten auch bald darauf, dass die Politik gegenüber der BRD zwar von einer komplizierter gewordenen Situation auszugehen hat, dass die bisherige Generallinie jedoch nicht verlassen wird. Das Interesse der SED an der Fortsetzung des Dialogs bleibt aufrecht, wird allerdings durch den Zusatz „ergebnisorientierter Dialog“ eingeschränkt.

Wirtschaftspolitik RGW

Die DDR hat auf wirtschaftlichem Gebiet nicht nur nach dem ZK-Bericht, sondern in der Tat Fortschritte gemacht. Mit 4,5 % Wachstum im Durchschnitt der Jahre 1981–1985 war sie eindeutig an der Spitze der Partner im RGW. Für die kommenden fünf Jahre wird eine Wachstumsrate von 4,4 bis 4,7 % angestrebt. Aus sowjetischer Sicht scheint die DDR eine realistische und fundierte Plandirektive erstellt zu haben. Gorbatschow befasste sich daher erwartungsgemäß mit der Frage, wie stark sich die Wirtschaft der DDR auf sowjetische Bedürfnisse einstellen muss. Er sprach sich nicht nur für mehr Zusammenarbeit aus, sondern verlangte eine Korrektur der gegenwärtigen Situation. Unter anderem mehr direkte Beziehungen auf allen Ebenen, die Überwindung alter Denkschemata und eine Entlastung der RGW-Organisationen von operativen Instruktionen.

Konferenz des Warschauer Paktes in Budapest

Die Verankerung der Dialogbereitschaft mit dem Westen und die Bereitschaft zur Weiterführung des Helsinki-Prozesses in den Budapester Dokumenten⁷ zeigt,

7 Die Staats- und Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten waren am 10. und 11. Juni 1986 zu einem Gipfeltreffen in Budapest zusammengekommen und verabschiedeten eine Erklärung, die u. a. in Neues Deutschland veröffentlicht wurde. Siehe: Appell der Teilnehmerstaaten

dass auch Interessen der Verbündeten berücksichtigt wurden. Die kleinen osteuropäischen Staaten können daraus ein Recht machen, die DDR auf Fortsetzung ihres innerdeutschen Dialogs.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger

Dok. 4: [Auszug] Information. Beziehungen der Warschauer-Pakt-Staaten unter Gorbatschow, 12.9.1986

Information für den Herrn Bundesminister, Gesandter Andreas Somogyi, Wien, 12. September 1986, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1986, GZ. 701.03/11-II.3/86¹

Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes in der Ära Gorbatschow

Am 11. März 1985 hat Michail Gorbatschow die Funktion des Generalsekretärs der KPdSU übernommen. Nach einer Amtsperiode von knapp 1 ½ Jahren stellt sich die Frage nach den Auswirkungen des Führungswechsels auf die bilateralen Beziehungen innerhalb des Warschauer Pakts.

Die „Presse“ hat sich in ihren Ausgaben vom 5./6. bzw. 7. Juli 1986² ausführlich mit dieser Thematik befasst: Gorbatschows neuer Führungsstil des „do ut

des Warschauer Vertrages an die Mitgliedstaaten der NATO, an alle europäischen Länder zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa, in: Neues Deutschland, 12. Juni 1986, S. 1, für das Kommuniqué über das Treffen siehe S. 2.

- 1 Offenbar angespornt durch die Berichterstattung in der Tageszeitung Die Presse vom 5./6. und 7. Juli 1986 hatte das BMAA mit Erlass Zl. 701.03/2-II.3/86 vom 8. Juli 1986 die Auslandsvertretungen in den sozialistischen Staaten zur Berichterstattung über das Verhältnis des Gastlandes zur Sowjetunion seit dem Amtsantritt von Generalsekretär Michail Gorbatschow 1985 aufgefordert. Legationsrat Josef Litschauer (für den Bundesminister) an die österreichischen Botschaften in Berlin, Budapest, Bukarest, Moskau, Prag, Sofia, Warschau, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1986, GZ. 701.03/2-II.3/86. Auf Basis der Berichterstattung (zur DDR vgl. Dok. 3) wurde in der Abteilung II/3 (Ostabteilung) unter der Leitung von Gesandten Andreas Somogyi (Sachbearbeiter Georg Woutsas) eine Information für den Herrn Bundesminister (HBM) Alois Mock erstellt. Diese wurde am 12. September 1986 an das Kabinett des HBM, das Generalsekretariat, an alle Abteilungen der Sektionen I und II, die Sektionen III, IV, V, VII sowie die Auslandsvertretungen gemäß „Liste KSZE“ verteilt.
- 2 Peter Martos, Im Würgegriff von Wirtschaft und Politik. Gorbatschows Ostblock: Der neue Stil bringt Lösungen für alte Konflikte, in: Die Presse, 5./6. Juli 1986, S. 5; Osteuropa: Nach den Parteitagen, in: Die Presse, 7. Juli 1986, S. 4; Burkhard Bischof, Kreml setzt auf die weiche Integration, in: ebd.

des“ räume den osteuropäischen Verbündeten mehr innenpolitischen Spielraum ein, der ihren Eigenheiten besser gerecht werde. Er verlange ihnen aber eine mit „sanftem Druck“ (DDR und Ungarn) erzwungene engere wirtschaftliche Kooperation im RGW und selbstverständlich absolute Linientreue in außenpolitischen Belangen ab. Zu diesem Zweck setze Gorbatschow auf ständige Konsultation im östlichen Bündnis (WP und RGW), denn der eigene Weg dürfe mit sowjetischen Interessen nicht kollidieren und müsse der Gemeinschaft insgesamt nützen.

Zu dieser Problematik wurden die zuständigen Botschaften zu Stellungnahmen eingeladen. Sie lassen sich wie folgt resümieren.

[...]³

ÖB Berlin:

Unter Betonung der Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Kommunistischen Parteien sucht die SED den Ausbau der Beziehungen zu den westlichen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien. In den deutsch-deutschen Beziehungen übt man auf Moskaus Wunsch Selbstbeschränkung und sucht das weitere Vorgehen mit einem „ergebnisorientierten Dialog“ zu rechtfertigen. Wirtschaftlich verlangt Moskau vom innerhalb des RGW wirtschaftlich stärksten Partner eine engere Kooperation und eine Ausrichtung nach sowjetischen Bedürfnissen.⁴

[...]⁵

Wertung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Gorbatschow auf wirtschaftlichem Gebiet und in Fragen der Abrüstung zweifellos eine stärkere Zusammenarbeit verlangt, wobei sanfter Druck und Dialog praktiziert werden. Ob und inwieweit sich Gorbatschow mit seinen weitgehenden Plänen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet letztlich durchsetzen wird, ist nicht absehbar.

Wenn auch ein anderer Ton in den Beziehungen der SU zu den anderen WP-Staaten eingekehrt ist, dürfte jedoch kein Zweifel daran bestehen, dass die Breschnew-Doktrin⁶ nach wie vor Gültigkeit besitzt.

3 Ausgelassen wurden die Zusammenfassungen der Berichte der Botschaften Moskau und Warschau.

4 Die Informationen zur DDR beruhen auf dem Bericht des österreichischen Botschafters in der DDR Franz Wunderbaldinger, siehe Dok. 3.

5 Ausgelassen wurden die Zusammenfassungen der Berichte der Botschaften Prag, Budapest, Bukarest und Sofia.

6 Mit der „Breschnew-Doktrin“ wird die beschränkte Souveränität sozialistischer Staaten bezeichnet. Das Schicksal und der Schutz des Sozialismus in anderen Ländern wurden von den Sowjetführern bereits vor der Intervention in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 als außenpolitische Pflicht gesehen. Nach der Intervention wurde die These der „beschränkten Souveränität“ in Grundsatzartikeln in der Prawda ausdefiniert. Demzufolge konnte die Souveränität eines Staates nicht über die Interessen des Weltsozialismus, und der revolutionären Bewegung der Welt gestellt werden. Die Selbstbestimmung wurde insofern eingeschränkt, als dass die Schwächung eines Glieds des sozialistischen Weltsystems sich direkt auf die Interessen aller

Gorbatschow am X. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei: „... Das bedeutet, dass die sozialistischen Errungenschaften unumkehrbar sind. ... Die sozialistische Ordnung anzugreifen, Versuche, sie von außen her auszuhöhlen sowie das eine oder andere Land aus der sozialistischen Gemeinschaft herauszubrechen, bedeuten einen Anschlag nicht nur auf den Willen des Volkes, sondern auch auf die ganze Nachkriegsordnung und letzten Endes auf den Frieden.“

Wien, am 12. September 1986
Somogyi m.p.

sozialistischen Staaten auswirkt. Der sowjetischen Argumentation folgend, wäre im Falle der Tschechoslowakei eine Abtrennung vom sozialistischen Lager einem Vorrücken der Truppen der NATO bis an die sowjetische Grenze gleichgekommen, dies hätte einen Anschlag auf die Lebensinteressen der sozialistischen Länder dargestellt und somit dem Recht dieser Völker auf „sozialistische Selbstbestimmung“ widersprochen. Die „internationalistische Pflicht“ widersprach im Falle der Intervention in der Tschechoslowakei zwar dem Völkerrecht, dieses wurde jedoch den Gesetzen des Klassenkampfes untergeordnet. Diese neue Linie machte sich Breschnew zu eigen, deshalb wird von der „Breschnew-Doktrin“ gesprochen. Auf seiner Rede am V. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 12. November 1968 bezeichnete er die Intervention in der Tschechoslowakei als eine außerordentliche Maßnahme, die berechtigt sei, wenn der Sozialismus in einem Land durch Aktionen äußerer und innerer Feinde, die die gemeinsamen Interessen des sozialistischen Lagers gefährden, bedroht ist. Vgl. dazu als Dokumentation Boris Meissner, Die „Breshnew-Doktrin“. Dokumentation, Köln 1969. Der Westen ging von der Fortdauer dieser Doktrin aus, auch wenn sie im Falle der Krise in Polen 1980–1982 bereits nicht mehr konsequent angewandt wurde und einer innerpolnischen Lösung der Vorzug gegeben wurde. Erst unter Michail S. Gorbatschow verlor die Doktrin an Bedeutung, ob sie aber faktisch noch existierte, war den direkt Beteiligten und Betroffenen auch im Jahr 1989 die längste Zeit noch unklar.

Dok. 5: [Auszug] Analyse. Reaktionen der Warschauer-Pakt-Staaten auf die Perestroika, 19.3.1987

Analyse, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 19. März 1987, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 225.03.00/34-II.3/87¹

Reaktionen in den Warschauer Pakt-Staaten auf die Gorbatschowsche Politik der Perestroika im Anschluss an die Jänner-Plenartagung des ZK der KPdSU;² Analyse

Vorbemerkung: Zweifel an der Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der Gorbatschowschen Reformpolitik werden nicht nur im Westen laut, sondern auch auf sowjetischer Seite selbst. Wenn auch diese Zweifel vornehmlich von dissidenten Kreisen geäußert werden, so beruhen sie dennoch auf deren persönlichen Kenntnis und den eigenen Erfahrungen mit dem sowjetischen System. Äußerungen

- 1 Auf der Plenartagung des ZK der KPdSU vom 27./28. Januar 1987 hatte Gorbatschow Kritik an den Entwicklungen in der UdSSR in den 1970er- und 1980er-Jahren geübt und eine Ausweitung seiner Reformen auf das politische System angekündigt. Daraufhin forderte der Leiter der Abteilung II.3 (Ostabteilung) Ernst Sucharipa am 2. Februar 1987 die Österreichischen Vertretungsbehörden laut Verteilerliste „West“ und „Ost“ (außer Moskau) zur Berichterstattung über „Niederschlag und allfällige Auswirkung der Reformpläne Gorbatschows“ im Empfangsstaat auf (GZ. 225.03.00/4-II.3/87). Bereits am 16. Februar 1987 wurde durch Sucharipa eine erste Information für den Bundesminister erstellt. Diese wurde an das Kabinett des Herrn Bundesministers, das Generalsekretariat, die Herrn Sektionsleiter, die Herrn Leiter der Sektionen III, IV, V, sowie an die Auslandsvertretungen gemäß „Liste KSZE“ verteilt (GZ. 225.03.00/10-II.3/87). In dieser wurde zur DDR festgehalten: „Berichterstattung in Massenmedien ist betont zurückhaltend (kein vollständiger Text des von Gorbatschow gehaltenen Eröffnungsreferates; kein Kommentar). Die SED-Spitze die selbst vor allem auf Wirtschaftsmaßnahmen setzt (Schlagwort von der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik) steht den gesellschaftspolitischen Reformen Gorbatschows skeptisch gegenüber. Honecker vor 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen: ‚Wenn es um die sozialistische Demokratie in der DDR geht, ist sie durch nichts zu ersetzen.‘ Vor allem für Intellektuelle und Künstler in der DDR ist Gorbatschow ein neuer Hoffnungsträger geworden. Wenn er in Moskau Erfolg hat, wird es über längere Sicht auch der SED-Führung schwerfallen, ein Übergreifen seiner Ideen auf die DDR zu vermeiden.“ Das hier auszugsweise wiedergegebene Dokument wurde ebenfalls in der Abteilung II.3 erarbeitet (Sachbearbeitung: Legationsrat Josef Litschauer) und stellt eine erweiterte Analyse der Informationen vom 16. Februar dar; sie wurde an das Kabinett des Herrn Bundesministers, das Generalsekretariat, die Herrn Sektionsleiter, die Herrn Leiter der Sektion III, IV, V, sowie an die Auslandsvertretungen gemäß „Liste KSZE“ verteilt (GZ. 225.03.00/34-II.3/87). In diese ausführlichere Analyse dürfte der Bericht der österreichischen Botschaft in der DDR eingeflossen sein, nicht aber meinungsbildend gewirkt haben, da er weitgehend die offizielle SED-Position wiedergab. Botschafter Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 12. März 1987, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 43.03.00/1-II.3/87.
- 2 Die Plenartagung des ZK der KPdSU fand am 27./28. Jänner 1987 statt. In seiner Rede „Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei“ übte Gorbatschow scharfe Kritik an der Politik seiner Vorgänger.

hoher Sowjet-Funktionäre (insbesondere Ligatschow,³ Ryschkow⁴) betreffend den Gorbatschow-Kurs, die zumindest dem ersten Anschein nach „bremsenden“ Charakter hatten, vermehrten noch die Unsicherheitsfaktoren hinsichtlich der Dauerhaftigkeit und des letztlichen Erfolges des vom KPdSU-GS eingeleiteten Prozesses. Dementsprechend uneinheitlich und bisweilen vieldeutig sind daher die bisherigen Reaktionen in mehreren der der Sowjetunion verbündeten WP-Staaten. [...] ⁵

5) Deutsche Demokratische Republik: Zwiespältig wie in der ČSSR⁶ ist die Reaktion der DDR-Führung auf Gorbatschows Perestroika. Nach dem Jänner-Plenum des ZK der KPdSU veröffentlichten die DDR-Medien nur wenige ausgewählte Passagen aus Gorbatschows Rede. Ein Absatz aus der „Gemeinsamen Mitteilung“⁷ der Sowjetunion und der DDR zum Abschluss eines Anfang Februar stattgefundenen Besuches Außenministers Schewardnadse⁸ in Ost-Berlin deutet zwar darauf hin, dass die DDR die Zustimmung Moskaus für den gegenwärtigen Kurs der SED erhalten habe,⁹ doch markiert eine Grundsatzrede, die Honecker kurz

3 Jegor K. Ligatschow, Mitglied des ZK und der KPdSU (1976–1990). Vollmitglied des Politbüros (1985–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Nikolai I. Ryschkow, Mitglied des ZK der KPdSU (1981–1991), Mitglied des Politbüros (1985–1990), Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR (1985–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Ausgelassen wurden die Abschnitte zu Bulgarien, Rumänien, Ungarn und der ČSSR.

6 Die Wertung zur ČSSR lautete wie folgt: „Ein verstärkter Konflikt innerhalb der čsl. Führung ist erkennbar. Reaktionen aus dem pragmatischen Flügel der Parteiführung ([Lubomír] Štrougal, [Miloš] Jakeš) lassen es möglich erscheinen, daß orthodoxe Widerstände ([Vasil] Biľak, [Jan] Fojtik, [Alois] Indra) nach und nach abgebaut werden und durchaus Elemente der sowjetischen Reformpolitik – einschließlich einer ‚Demokratisierung‘ in Partei und Gesellschaft – in der ČSSR Eingang finden. Weite Teile der Bevölkerung bewundern die Zielstrebigkeit Gorbatschows bei der Verfolgung seiner Politik des ‚Umbaus‘ und erwarten ähnliche Entwicklungen auch für die ČSSR. Auch in der Partei selbst finden seine Reformbestrebungen – vor allem an der Basis – durchaus Anklang, ohne daß jedoch eine öffentliche Diskussion stattfindet. Es ist davon auszugehen, daß eine neue, pragmatisch orientierte Führung durchaus Chancen hätte, eine auf die ČSSR zugeschnittene Reform- und Demokratisierungspolitik mit breiter öffentlicher Zustimmung tatsächlich in die Tat umzusetzen.“

7 Gemeinsame Mitteilung über den offiziellen Freundschaftsbesuch des sowjetischen Außenministers in der DDR, in: Neues Deutschland, 5. Februar 1987, S. 2.

8 Eduard Schewardnadse, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1985–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Außenminister Schewardnadse besuchte vom 2. bis 4. Februar 1987 die DDR. Die österreichische Botschaft in der DDR berichtete: „Der sowjetische Gesprächspartner räumte eher freimütig ein, dass viele der in der UdSSR zur Zeit aufgeworfenen Fragen (Reformen in Partei und Staat) für die DDR nicht aktuell seien. Ja, die DDR-Wirtschaft gelte sogar in vielen Bereichen als Modell für die Sowjetunion. Ganz in diesem Sinne äußerten sich die DDR-Gesprächspartner, indem sie darauf verwiesen, dass die Gegebenheiten in der DDR eben durchaus anders seien als in der Sowjetunion. Im Hinblick auf den Entwicklungsstand der DDR findet Glasnost (noch) nicht statt, da die nationalen Bedingungen zum Aufbau des Sozialismus in der DDR offensichtlich doch anders gestaltet sind als in der Sowjetunion. [...] Nach dem Besuch von Schewardnadse in Berlin kann festgehalten werden, dass die Dialogpolitik der DDR mit west-

danach vor hohen Parteifunktionären¹⁰ hielt, deutliche Distanz zu Gorbatschows Reformkonzept. Westlichen Politikern und Medien gegenüber wurde seitens der DDR aber versichert, dass die Perestroika „mit Wertschätzung“ betrachtet würde, und jede Skepsis ihr gegenüber in Abrede gestellt. Allerdings wurde auch auf Unterschiede in der Entwicklungsmethodik hingewiesen und festgehalten, dass es kein sozialistisches Land gebe, das die Kopie eines anderen sei. Zur Bestätigung der Richtigkeit des schon vor längerer Zeit (namentlich genannt wurde der VIII. SED-Kongress 1971!)¹¹ in der DDR eingeschlagenen Wirtschaftskurses wurde eine Reihe von Leitern großer sowjetischer Unternehmen zitiert, die nach dem Besuch in der DDR die zentralistische Kombinatverfassung sehr gelobt und als vorbildlich bezeichnet hätten. In Ost-Berlin dürfte man überzeugt sein, dass Moskau an ökonomischen Experimenten im industriell am weitesten entwickelten RGW-Partnerland kaum interessiert sein dürfte, da die Sowjetunion erhebliche Unterstützung von Seiten der DDR bei der Realisierung und Modernisierung ihrer eigenen Wirtschaft erwartet.

lichen Staaten weitergehen wird und der Ausbau der Beziehungen zur BRD eine Fortsetzung findet. Eine nennenswerte Selbstkritik wird in der DDR in absehbarer Zeit nicht zum Vorschein kommen.“ Geschäftsträger a.i. Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 11. Februar 1987, Zl. 24-RES 1987, ÖStA, AdR, BMAA II-Pol 1987, GZ. 225.18.03/2-II.3/87.

- 10 „Fünftens erfordert ideologische Arbeit ständige Wachsamkeit, um das Eindringen antimarxistischer, antisozialistischer bürgerlicher Ideologien zu verhindern. Nach wie vor gilt der Leninsche Grundsatz: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht. Die Kommunisten sind verpflichtet, Angriffen auf die Politik der Partei, auf den sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern entschieden entgegenzutreten, gegen Entstellungen und Verfälschungen der marxistisch-leninistischen Theorie und der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen, ganz gleich, woher sie kommen.“ Die Aufgaben der Parteiorganisationen bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitag der SED. Aus dem Referat des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, auf der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, in: Neues Deutschland, 7./8. Februar 1987, S. 3–11. Botschafter Wunderbaldinger hatte in seinem Bericht festgehalten: „In Gesprächen mit führenden Funktionären muß man immer wieder feststellen, daß die westlichen Interpretationen, die SED fürchtet Moskaus Reformen, nicht ganz den Tatsachen entsprechen.“ Auch Honecker selbst hat in seinem viel zitierten Referat vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED letztlich sein prinzipielles und festes Einverständnis zur Freundschaft mit der Sowjetunion unterstrichen, da er ausdrücklich sein Einverständnis und seine Unterstützung gab, die Entscheidung, die sozialistische Demokratie und ihren Inhalt unter den Bedingungen und Traditionen der Sowjetunion auf breiter Basis zu entwickeln. Dabei wird allerdings vermutlich mit Recht darauf hingewiesen, daß die nationalen Bedingungen unterschiedlich sind und aufgrund des Gefalles DDR-Sowjetunion die Reformbewegung nicht einfach kopiert werden kann. Ein weiterer, immer wieder zu hörender Einwand ist, daß man jetzt den Verlauf der Veränderungspolitik noch nicht vorhersehen könne.“ Botschafter Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 12. März 1987, Zl. 1-POL/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 43.03.00/1-II.3/87 (Die Unterstreichungen erfolgten handschriftlich durch Sucharipa).
- 11 Gemeint ist der VIII. Parteitag der SED, der vom 15. bis 19. Juni 1971 in Berlin (Ost) stattfand. Er markiert den formalen Beginn der „Ära Honecker“ und die Festlegung auf die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Reformideen Gorbatschows findet in der SED nach wie vor höchstens hinter verschlossenen Türen statt. In der Öffentlichkeit schweigt die Parteiführung jedenfalls zu diesem Thema. Für Intellektuelle und Künstler scheint Gorbatschow aber ein neuer Hoffnungsträger geworden zu sein. Ein Großteil der Parteibasis dürfte eine Wartestellung bezogen haben. Auffallend ist aber, dass offenbar als Ersatz für eine Diskussion über die Reformidee Gorbatschows eine in den Zeitungen und Zeitschriften der DDR von der SED gesteuerte Debatte zu Grundsatzfragen des Kommunismus stattfindet.

Konklusionen: Es gibt unterschiedliche Bewertungen der neuen Moskauer Linie. Ein Teil der Funktionäre dürfte nicht bereit sein, sich schon jetzt für eine Parteilinie zu exponieren, die noch nicht einmal in der Spitze feststeht. Wenn Gorbatschow auf längere Sicht Erfolg hat, wird die DDR-Führung kaum ein Übergreifen von Gorbatschows Ideen auf die DDR verhindern können.

[...] ¹²

7) Zusammenfassende Wertung der Haltung der sowjetischen WP-Verbündeten:

Die Reaktionen sind primär durch die spezifische Interessenlage der jeweiligen Staaten bzw. deren Parteiführung bedingt. Der polnische Außenminister Orzechowski ¹³ hat sich aber gesprächsweise dahingehend geäußert, dass – vielleicht mit Ausnahme Rumäniens – alle Paktstaaten der Reform gegenüber prinzipiell positiv eingestellt seien. Der in westlichen Medien erweckte Eindruck, in der ČSSR und der DDR würde man sich direkter sowjetischer Einflussnahme in Richtung auf eine Übernahme des Reformkurses widersetzen, scheint nicht begründet: Ein gewisses Einwirken dürfte es im Wirtschaftsbereich geben (RGW-Erfordernisse, Komplexprogramm, gemeinsame Unternehmen), aber – wie oben ausgeführt – auch nicht mit gleicher Intensität gegenüber den Bruderländern (sh. DDR, Rumänien). Gorbatschow dürfte Versuche von Einflussnahme gerade beim „Demokratisierungs- bzw. Liberalisierungsprozess“ unterlassen – wohl wissend, dass er den unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen WP-Staaten Rechnung tragen muss. Ein von Moskau ausgehender direkter Zwang zur Übernahme des noch lange nicht fertig entwickelten Reformprogramms könnte zu Unsicherheiten, Unruhe und Destabilisierung führen – Erscheinungen, die nicht zu einer offensichtlich angestrebten Ruhigstellung der Außenpolitik beitragen und somit Gorbatschows Interessen diametral entgegenlaufen würden.

Wohl aber wird man in der Annahme nicht fehlgehen, dass Äußerungen insbesondere in Prag und Ost-Berlin, wonach Gorbatschows Programm Inspiration und Wertschätzung verdienten, durchaus ernst gemeint sein könnten; sie wären dann eine Quelle oder wenigstens ein Stimulans für den Weiterbau des eigenen „nationalen“ Weges.

12 Ausgelassen wurde der Abschnitt zu Polen.

13 Marian Orzechowski, Außenminister Polens (1985–1988), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Dok. 6: Bericht. Stand der deutsch-deutschen Beziehungen, 2.4.1987

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 2. April 1987, Zl. 70-Res/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 22.18.06/1-II.1/87¹

Kanzleramtsminister Schäuble bei Honecker und Fischer; innerdeutsche Bilanz und Ausblick

Der Besuch von Kanzleramtsminister Dr. Wolfgang Schäuble² in Berlin am 26. und 27. März 1987 ist die Antwort der BRD auf die Einladung des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, dass eigens nominierte Vertreter der jeweiligen Regierung direkt über Fragen der „innerdeutschen Abrüstung“ sprechen sollten.³ Bonn hat hierauf Kanzleramtsminister Schäuble als Regierungsvertreter nominiert; eine Nominierung eines Vertreters auf Seiten der DDR erfolgte (bisher) nicht. Bei seinem Besuch in Berlin konnte Minister Schäuble eine deutliche Arbeitsteilung zwischen Staatsratsvorsitzenden Honecker und Außenminister Fischer⁴ feststellen. Außenminister Fischer konferierte fast ausschließlich über Fragen der Abrüstung, während sich Honecker mehr oder weniger auf innerdeutsche Fragen beschränkte.⁵

Außenminister Fischer, der knapp vor dem Besuch von Dr. Schäuble aus Moskau zurückkam,⁶ trug die bekannte Haltung der DDR in Abrüstungsfragen vor. Beide Seiten stimmten überein, dass Verhandlungen zur Beseitigung der Systeme kürzerer Reichweite unverzüglich beginnen sollten.⁷ Bemerkenswert war für die Seite der BRD, dass die DDR zustimmte, auch Gefechtsfeldwaffen in die Verhandlungen einzubeziehen.⁸ Weiters wurde registriert, dass Außenminister Fischer im Gegensatz zu früheren Gelegenheiten nicht widersprach, als Minister Schäuble das Ungleichgewicht bei konventionellen Waffen in beiden Bündnissystemen ansprach.

1 Sachbearbeiter des Berichts in Ost-Berlin war Gesandter Lorenz Graf. Im BMAA lag der Bericht den Abteilungen II.1 (Westabteilung), II.3 (Ostabteilung), II.7 (Sicherheitspolitik) und II.8 (Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung) vor. Der Leiter der federführenden Abteilung II.1, Gesandter Johann Plattner, veranlasste am 7. April 1987 seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn, Washington und Moskau sowie an die Delegation Berlin und die Vertretung in Genf.

2 Wolfgang Schäuble, CDU, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes (1984–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Handschriftlicher Randvermerk: II.3.

4 Oskar Fischer, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (1975–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Für die SED-Aufzeichnung zum Gespräch Honecker-Schäuble am 27. März 1987 siehe Dokument 37, in: Die „Koalition der Vernunft“.

6 Am 24. und 25. März 1987 tagte das Außenministerkomitee der Warschauer Vertragsstaaten in Moskau.

7 Handschriftlicher Randvermerk: II.7.

8 Handschriftlicher Randvermerk: II.8.

Hinsichtlich der chemischen Waffen sprach Kanzleramtsminister Schäuble die Erwartung aus, dass es noch in diesem Jahr zu einem weltweiten Abkommen kommen könnte. Außenminister Fischer brachte bei dieser Gelegenheit nicht – wie erwartet – das regionale Projekt der Beseitigung von chemischen Waffen zwischen SED und SPD zur Sprache.⁹ Beide Seiten erklärten übereinstimmend, dass sie für eine Reduzierung der strategischen Waffen um 50 % eintreten und betonten die Notwendigkeit der Einhaltung des ABM-Vertrages,¹⁰ und zwar in seiner engen Interpretation.

Staatsratsvorsitzender Honecker sprach in seinem Gespräch mit Kanzleramtsminister Schäuble gleich einleitend die bekannten Geraer-Forderungen¹¹ an, ohne jedoch – wie in der Vergangenheit üblich – allzu sehr zu insistieren. Er unterstrich die große Zahl von Westreisen,¹² die im Jahre 1986 durchgeführt werden konnten und führte dazu aus, dass die normative Grundlage dieser Reisen zwar unverändert bleiben werde, die DDR aber eine weitherzigere Anwendung dieser Bestimmungen vornehmen werde. Es sei daher damit zu rechnen, dass im laufenden Jahr die Reisen von DDR-Bürgern in die BRD weiter ansteigen werden. Er verwies darauf, dass es bereits in der Vergangenheit Parteimitgliedern ermöglicht wurde, in die BRD zu reisen. Diese Westreisen würden der DDR im Jahr 150 Millionen Mark kosten.

Auf die Frage der „Grenzverteidigung“ ging Honecker diesmal eher freimütig ein, während in der Vergangenheit dieser Punkt immer als innere Angelegenheit bezeichnet wurde. Er erklärte dazu, dass niemand an der Grenze getötet oder verletzt werden sollte. Diesbezüglich dürften auch die in letzter Zeit festgestellten Anstrengungen verstanden werden, dass potentielle Flüchtlinge durch ein System technischer „Vorne-Verteidigung“ nicht mehr direkt bis zur Grenze gelangen sollen und dadurch nach Möglichkeit der Gebrauch der Schusswaffe verhindert werden soll.

In ihrer Bestandsaufnahme kamen beide Gesprächspartner überein, dass die Abkommen über Umweltschutz und über die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik bereits weit gediehen seien und mit einem Abschluss noch in diesem Jahr gerechnet werden kann. Die Verhandlungen über ein Abkommen zur Entsalzung der Werra¹³ wurden hingegen als schwierig und langwieriger eingestuft. Als wünschenswertes „gemeinsames Investitionsvorhaben“ in den nächsten Jah-

9 SED und SPD hatten am 19. Juni 1985 den in einer 1984 eingesetzten Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Rahmen für ein Abkommen über eine chemiewaffenfreie Zone vorgelegt. Siehe für das gemeinsame Kommuniqué und den „Rahmen für ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa“, in: Neues Deutschland, 20. Juni 1985, S. 3.

10 Der Anti-Ballistic Missiles (ABM)-Vertrag wurde am 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR geschlossen und regelte unbefristet die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen.

11 Siehe Dok. 1, Anm. 14.

12 Handschriftlicher Randvermerk: IV.2. (Humanitäre Fragen, Flüchtlingsangelegenheiten, Reise- und Grenzverkehr).

13 Das Problem der Verunreinigung der Werra durch Abwässer des Kalisalzabbaus ist bis heute nicht gelöst.

ren wurde der Bau einer durchgehenden Autobahnverbindung von Eisenach nach Wildeck/Obersuhl an der Autobahn nach Hersfeld erörtert. Dieses Projekt erfordert jedoch noch eingehende Studien der entsprechenden Fachleute.

Beiderseitiges Interesse besteht auch an der Elektrifizierung und dem Ausbau der Schienenwege nach West-Berlin. Die BRD musste in den letzten Jahren einen stetigen Rückgang der Reisenden auf der Schiene nach Berlin feststellen und ist an der Herstellung eines leistungsfähigen Schienenweges nach West-Berlin interessiert. Die DDR wiederum erwartet sich durch dieses Projekt eine Modernisierung, zumindest einer Strecke, ihres eher auf bescheidenem Niveau befindlichen Schienennetzes. Die Herstellung eines Stromverbundes zwischen beiden Staaten findet sowohl das Interesse der DDR als auch der BRD. Die DDR würde den Bau eines von der BRD zu liefernden sauberen Kraftwerkes durch Stromlieferungen nach West-Berlin bezahlen. Darüber hinaus bestünde die Möglichkeit, in Krisensituationen – wie etwa in den vergangenen zwei strengen Wintern – auch Strom aus West zu beziehen. Die BRD wiederum hat aus Umweltschutzgründen Interesse, ein Heizkraftwerk mit modernster Umwelttechnik zur Reinhaltung der Luft zu liefern sowie West-Berlin in den Energieverbund zwischen Ost und West einzubeziehen.

Im Nachhang zum Besuch von Kanzleramtsminister Schäuble kann festgestellt werden, dass die seinerzeitigen Äußerungen von Bundeskanzler Kohl¹⁴ die innerdeutschen Beziehungen nicht weiter belasten. Der gegenständliche Besuch kurz nach Bildung der neuen Regierung in Bonn¹⁵ wurde dazu benützt, die Möglichkeiten der innerdeutschen Beziehungen für die nächsten vier Jahre zu sondieren. Deutlich zum Vorschein ist gekommen, dass der innerdeutsche Dialog von Seiten der DDR allein durch den Staatsratsvorsitzenden geführt wird und dass er – wohl mit Zustimmung in einem größeren Rahmen durch Moskau – bei Gestaltung dieser Beziehungen doch einigen Spielraum hat. Beiden Seiten ist allerdings klar, dass die Qualität dieses Dialoges vom jeweiligen Stand der Beziehungen zu Moskau abhängig ist. Der bevorstehende Besuch von Bundespräsident von Weizsäcker in Moskau¹⁶ und der in der Folge erwartete Besuch von Außenminister Schewardnadse in Bonn¹⁷ verdeutlichen das verbesserte Klima zwischen

14 Im Bundestagswahlkampf hatte Helmut Kohl am 4. Jänner 1987 in Dortmund die politischen Kontakte mit den SED-Granden dahingehend gerechtfertigt, „daß wir dabei auch mit einem politischen Regime sprechen, das immerhin 2.000 unserer Landsleute als politische Gefangene drüben in der DDR in Gefängnissen und Konzentrationslagern hält“. Nach dieser Aussage brauchte es einige Zeit, um die hochgegangenen Wogen zu glätten. Zitiert nach Potthoff, Im Schatten der Mauer, S. 258.

15 Die erneut aus CDU/CSU und FDP gebildete Regierung trat am 25. Jänner 1987 ihr Amt an.

16 Bundespräsident Richard von Weizsäcker weilte vom 6. bis 11. August 1987 auf Staatsbesuch in der UdSSR. Nach dem Besuch hatte der sowjetische Botschafter Gennadi Schikin bei der Gesandten Eva Nowotny im Bundeskanzleramt vorgesprochen, um Bundeskanzler Franz Vranitzky über die sowjetische Wertung des Besuchs zu informieren. Amtsvermerk, BRD; Besuch BP von Weizsäckers in der UdSSR, Wien, 31. August 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 22.01.01/6-II.3/87.

17 Der lange verschobene Besuch Eduard Schewardnadses in der Bundesrepublik fand schließlich am 18. Jänner 1988 statt.

der BRD und der UdSSR, das die Grundlage für die Intensivierung des deutsch-deutschen Dialoges darstellt.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger m. p.

Dok. 7: [Auszug] Vorbereitungsunterlagen für das Treffen Vranitzky – Mittag, Salzburg, 20./21.8.1987

ÖSTERREICH-DDR, Kontakte; Zusammentreffen des HBK mit stv. Vors. des Staatsrates MITTAG und Außenhandelsminister BEIL (20./21. August, Salzburg), Information, Wien, 10. August 1987, Kreisky-Archiv, Depositum Vranitzky, Karton „Staatsbesuche 1987/90, 1991–1996“¹

DDR. Kurzinformation²

1) Aktueller Stand der bilateralen Beziehungen

Die bilateralen politischen Beziehungen sind sehr gut und im wesentlichen problemfrei, seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 21. Jänner 1972 kontinuierlich entwickelt und stark aufgefächert, aber noch ausbaufähig. Wichtige Impulse durch seit 1980 regelmäßig stattfindenden Besuchsaustausche auf höchster politischer Ebene³

1 Das Treffen diente der Unterzeichnung des jährlichen wirtschaftlichen Rahmenabkommens zwischen Österreich und der DDR und wurde im Juni vereinbart. Daraufhin bat Gesandte Eva Nowotny im Namen des Kabinetts des Bundeskanzlers das BMAA „um die Erstellung einer kurzen Information zu diesem Zweck“. Amtsvermerk, Gegenstand: Österreich – DDR, Kontakte; Zusammentreffen des HBK mit StV des Staatsrates MITTAG und Außenhandelsminister BEIL (20./21. August 1987), genehmigt von Ernst Sucharipa, Wien, 11. Juni 1987, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 43.18.08/9-II.3/87. Die im BMAA erarbeiteten und hier auszugsweise wiedergegebenen „Kurzinformationen“ wurden nach Genehmigung durch Legationsrat Josef Litschauer (Abteilung II.3) Franz Vranitzky für das Treffen mit Günter Mittag als Vorbereitungsmaterial zur Verfügung gestellt. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 43.18.08/3–11.3/87. Leider konnten bisher keine österreichischen Aufzeichnungen über das Treffen aufgefunden werden. Für eine Zusammenfassung der wirtschaftspolitischen Inhalte auf Basis der SED-Akten siehe: Graf, Österreich und die DDR, S. 563.

2 Erstellt von Dr. Kempel (Abteilung II.3), August 1987.

3 Fußnote im Originaldokument:

Besuchsaustausch seit 1980:

Staatsratsvorsitzender Honecker in Österreich, November 1980

Bundespräsident Rudolf Kirchschläger in der DDR, Oktober 1983

Bundesminister Willibald Pahr in Berlin (1982)

Außenminister Oskar Fischer in Wien, April 1984

Bundeskanzler Fred Sinowatz in der DDR, November 1984

Bundesminister Leopold Gratz in Berlin, November 1985

[...]⁴

2) Österreichische Anliegen

Möglichst rasche Unterzeichnung des im September 1986 in Berlin paraphierten Vermögensvertrages⁵ (neben Finnland war Österreich das erste westliche Land, mit dem DDR derartige Vertrag verhandelt hat; der später paraphierte Vertrag DDR-Schweden konnte mittlerweile unterzeichnet werden). Hinsichtlich des Vertrages mit Österreich wurde bislang von DDR-Seite auf noch nicht abgeschlossene interministerielle Behandlungen verwiesen, sodass ho. vermutet wurde, DDR-Seite wolle Regelung der offenen Problematik des Schutzes von Herkunftsbezeichnungen abwarten.⁶ Nunmehr liegt Zusage AM Fischers gegenüber Bot. Wun-

Zahlreiche Fachministerbesuche (u. a. BMLV Dr. [Helmut] Krünes in der DDR, Mai 1986, bzw. DDR-Verteidigungsminister [Heinz] KESSLER in Österreich, Juni 1987); Besuch Generaltruppeninspektor [Othmar] TAUSCHITZ in der DDR vom 7.–12. September

Einladung an Staatsratsvorsitzenden HONECKER liegt vor.

- 4 Auf eine Wiedergabe der Auflistung der zahlreichen rezenten Fachministerkontakte wurde verzichtet.
- 5 Zum Vermögensvertrag siehe grundlegend Dok. 1, Anm. 44. Im Jahr 1987 wurde zur Problematik in den einschlägigen vom Leiter der Sektion IV „Rechts- und Konsularsektion“ Botschafter Walter Magrutsch erarbeiteten Vorbereitungsunterlagen für Vranitzky en detail festgehalten: „Nach schleppendem Fortgang (da in allen Grundsatzfragen unvereinbare beiderseitige Positionen) und mehrjähriger Unterbrechung Neubeginn im Jahr 1984. Nach 7 Verhandlungsrunden über sehr komplexe Thematik wurde am 18. September in Berlin der ‚Vertrag der Regelung offener Vermögensrechtlicher Fragen‘ von den beiden Verhandlungsleitern paraphiert. Genehmigung durch österreichischen Ministerrat am 11.11.1988. Globalentschädigungssumme: 136,4 Mio. ÖS, etwa 800–1.000 österreichische Anspruchsberechtigte. Trotz wiederholten Drängens war die DDR-Seite lange zu keiner Terminfestsetzung für Unterzeichnungen bereit (‚Prozess der innerstaatlichen Abstimmung noch nicht abgeschlossen‘). Wenngleich formell zurückgewiesen, schien de facto Junktimierungsabsicht bezüglich laufender Verhandlungen über ein Abkommen betreffend geographische Herkunftsbezeichnungen [siehe Anm. 6] gegeben. DDR beansprucht ausschließliches Entscheidungsrecht hinsichtlich Herkunftsbezeichnung aus DDR-Gebiet; in Abkommen Österreich-BRD 1981 (bis heute wegen Nichtkonformität mit EG-Bestimmungen von BRD nicht ratifiziert) waren in 250 Herkunftsbezeichnungen auch 6 Bezeichnungen aufgenommen worden, die eindeutig DDR-Gebiet betreffen. Bei Gespräch HBM mit DDR-Botschafter am 5. Juni stand nochmalig Deponierung des österreichischen Wunsches nach ehestmöglicher Vertragsunterzeichnung im Mittelpunkt: letzter noch offener politischer Vertrag; unverhältnismäßig langer Zeitraum seit Paraphierung; Österreich erwarte keine ‚Schlechterstellung‘ als Finnland und Schweden (bisher einzige westliche Staaten, mit denen DDR Vermögensabkommen abgeschlossen hat). Laut Bericht der ÖB Berlin vom 12.8. will die DDR den Vermögensvertrag anlässlich des Treffens des HBK mit Dr. Mittag und Minister Beil unterzeichnen.“ Kreisky-Archiv, Depositum Vranitzky, Karton „Staatsbesuche 1987/90, 1991–1996“.
- 6 Den Unterlagen für Vranitzky liegt eine vom Völkerrechtsbüro (Abteilung I.2) durch Sachbearbeiter Dr. Dossi erstellte Information für den Herrn Bundeskanzler vom 11. August 1987 bei: „DDR-Österreich; Verhandlungen über ein Abkommen betreffend den Schutz von Herkunftsangaben und anderer geographischer Bezeichnungen“. In dieser wurde festgehalten, dass die Verhandlungen im November 1986 „aufgrund einer Initiative der DDR“ begannen und, dass dem in Verhandlung stehenden Vertrag „nach Auskunft der beteiligten Wirtschafts-

derbaldiger vor, dass Lösung des „letzten Problems (Vermögensvertrages)“ bis spätestens Anfang August erfolge.

Sollte diese Frage bis zum ggst. Treffen nicht gelöst sein, so wird angeregt, dieses für Österreich so wichtige Anliegen zur Sprache zu bringen.⁷

Bezüglich des Umweltschutzabkommens wird österreichischerseits die parlamentarische Verabschiedung (Ratifikation) erst im Herbst 1987 abgeschlossen sein.⁸

3) Verhältnis der DDR zum Reformkurs Gorbatschows:

Zwiespältig; der außen- und sicherheitspolitische Teil des Reformkonzeptes wird gegenüber dem Westen ohne Vorbehalte vertreten. Innen- und wirtschaftspolitisch dagegen Betonung der „Eigenständigkeit“ und „besonderen Bedingungen“ jedes WP-Staates, Absage an „Kopieren“, Hervorhebung der „Bewährtheit des DDR-Wirtschaftskurses“: Stabilität hat Vorrang vor Experimenten.

kreise österreichischerseits und wohl auch von seiten der DDR kein wirtschaftliches Interesse“ zugrunde liege. „Vielmehr ist die ggstdl. Problematik vor dem politischen Hintergrund zu sehen, dass in das Herkunftsabkommen Österreichs mit der BRD (von BRD wegen Nichtkonformität mit EG-Bestimmungen noch nicht ratifiziert) sechs Bezeichnungen aufgenommen wurden, die geographisch dem Gebiet der DDR zuzurechnen sind (z. B.: Thüringer Wurst, Dresdner Christollen,...). Die DDR hat großes politisches Interesse daran, dass diese sechs Bezeichnungen ausschließlich für sie geschützt werden und macht den Abschluss der Verhandlungen von Lösungen dieser Frage abhängig. Die kompromisslose Haltung der DDR in dieser Frage wurde durch informelle Kontakte am Rande von Expertengesprächen i.G. in Berlin am 27.7.1987 bestätigt. DDR versuchte bisher, eine de-facto-Junktimierung mit dem Vermögensvertrag (siehe Information i.G. der ho. Sektion IV) herzustellen. Diese ist sachlich nicht gerechtfertigt. Österreich ist derzeit bemüht, eine Herausnahme der sechs Bezeichnungen aus Vertrag mit BRD zu erreichen.“ Kreisky-Archiv, Depositum Vranitzky, Karton „Staatsbesuche 1987/90, 1991–1996“.

7 Die Unterzeichnung erfolgte am 21. August durch Außenminister Alois Mock und Außenhandelsminister Gerhard Beil.

8 Gesandter Peter Leitenbauer von der Abteilung III.4 (ECE, Energie, Umweltschutz, Raumordnung) erstellte für Vranitzky eine Kurzinformation „Umweltschutzvertrag Österreich–DDR“. In dieser wurde festgehalten: „Eine Regierungsvorlage betreffend die Ratifikation des am 24. Oktober 1985 in Wien unterzeichneten Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes war dem Nationalrat bereits während der XVI. Gesetzgebungsperiode vorgelegen, von diesem aber wegen der dazwischengetretenen Neuwahlen [1986] nicht mehr behandelt worden. Eine neue einschlägige Regierungsvorlage wurde dem Parlament Anfang Juli 1987 zugeteilt. Ihre Behandlung sollte zu Beginn der Herbstsession stattfinden, der Abschluss des österreichischen Ratifikationsverfahrens noch im Laufe dieser Session erfolgen. Ein von Österreich im Oktober v.J. den DDR-Behörden übermittelter Entwurf eines Arbeitsprogrammes zur näheren Durchführung des obigen Vertrages wurde von DDR-Seite noch nicht kommentiert.“ Kreisky-Archiv, Depositum Vranitzky, Karton „Staatsbesuche 1987/90, 1991–1996“; vgl. auch: Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, BGBl. Nr. 253/1988.

Auch Sowjetunion dürfte an Experimenten im industriell am weitesten entwickelten RGW-Partnerland kaum interessiert sein.

4) 750-Jahr-Feieren in Berlin

„Einladungskrieg“ anlässlich der 750-Jahr-Feiern Berlins wurden von DDR-Seite ohne großen Schaden überstanden. StRV⁹ Honecker unterstreicht nach wie vor Dialogbereitschaft; siehe Besuch der BRD im September 1987 (unten).

5) 4. Tagung des Zentralkomitees der SED, Juni 1987

Routinemäßige Bilanz der Partei; Steigerung des BIP um 3 % seit 3. Tagung hervorgehoben. Im Verhältnis zu Moskau Vertiefung der wirtschaftlichen Integration angestrebt. Koordinierung der beiden Volkswirtschaften sowie der techn.-wissenschaftl. Zusammenarbeit bis zum Jahr 2000 waren Gesprächsthemen einer Partei- und Regierungsdelegation unter dem Ministerratsvorsitzenden Stoph¹⁰ und dem StV des Staatsrates Mittag¹¹ in Moskau.¹² Spekulationen, dass Stoph durch Mittag abgelöst werden könne, haben sich nicht bewahrheitet; Mittag war Delegationsleiter, da es sich um Wirtschaftsdelegation handelte.

6) 1. DDR-Katholikentreffen in Dresden, Juli 1987¹³

Teilnehmer aus der ganzen DDR; Teilnehmerzahl beim feierlichen Hochamt sowie zur Abschlussfeier fast 100.000. Charakter des Treffens va. geistlich-religiös, kaum politisch-gesellschaftlich.

Katholische Kirche (800.000 Mitglieder) hat gegenüber dem Staat eine größere Distanz gewahrt als die evangelische (ca. 5 Millionen Mitglieder). Dem Katholikentreffen in Dresden sollen nach Ansicht der katholischen Bischöfe und der Administration weitere folgen.

7) Besuch Staatsratsvorsitzender Erich Honecker in der BRD, 7. bis 11. September 1987

Die vom 7.–11. September 1987 vereinbarte Reise des StRV Erich Honecker in die BRD beschäftigt derzeit die Behörden der DDR sehr intensiv. Mit Befriedung und Erleichterung hat die DDR vermerkt, dass offizielle Stellen und politische Parteien in der BRD die als Klimaverbesserung gedachte allgemeine Amnestie bzw.

9 StRV = Staatsratsvorsitzender.

10 Willi Stoph, Vorsitzender des Ministerrates und stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates (1976–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Günter Mittag, stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates (1984–1989), Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED (1976–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

12 Die Partei- und Regierungsdelegation der DDR unter der Leitung von Mittag und Stoph weilte vom 22. bis 23. Juni 1987 in Moskau. Ihr gehörten zudem Günther Kleiber und Gerhard Schürer an, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

13 Das Katholikentreffen fand vom 10. bis 12. Juli 1987 statt.

Abschaffung der Todesstrafe im Vorfeld des Besuches positiv aufgenommen haben. Allerdings ist man in Ostberlin etwas irritiert, dass Medien in der BRD nunmehr beginnen, diese Schritte der DDR als nicht ausreichend einzustufen. Da früher in Aussicht genommene Besuche kurz vor deren Verwirklichung gescheitert sind, wird die DDR alles versuchen, um bis zum September Stolpersteinen aus dem Weg zu gehen.

Vom 13. bis 15. Oktober 1987 wird Erich Honecker auch dem Königreich Belgien einen offiziellen Besuch abstatten.

[...] ¹⁴

Deutsche Demokratische Republik
Wirtschaftsfragen

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

1. Abkommen auf wirtschaftlichem Gebiet

[...] ¹⁵

14 Ausgelassen wurden: Executive Summary, Information zur DDR-Abrüstung, Information zur nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, Beilage zur chemiewaffenfreien Zone in Europa, Zusammenfassung des Treffens des HBK mit dem stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden Günter Mittag, Beilage zur Unterzeichnung des Vermögensvertrages mit der DDR, Information bezüglich der Verhandlungen zwischen der DDR und Österreich über ein Abkommen betreffend den Schutz von Herkunftsangaben und anderer geographischer Bezeichnungen, Beilage zum Umweltschutzvertrag DDR-Österreich, Beilage zum Vertrag über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen DDR und Österreich.

15 Bestehende Abkommen: Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der DDR über den internationalen Straßenverkehr vom 15. Juli 1974 (BGBl. 556/1974); Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft Österreichs und der Kammer für Außenhandel der DDR vom 16. Jänner 1975; Rahmenvereinbarungen zur Förderung von Kooperationsprojekten, insbesondere zur Förderung gemeinsamer Exporte in Drittländer vom 9. Juni 1975 zwischen der Österreichischen Kontrollbank AG und der Deutschen Außenhandelsbank AG; Abkommen zwischen der Republik Österreich und der DDR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens vom 31. März 1978 (BGBl. 214/1979); Arbeitsplan für die Jahre 1985 bis 1987; Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft Österreichs und der Kammer für Außenhandel der DDR auf dem Gebiet der Handelsgerichtsbarkeit vom 18. Juni 1979; Langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der DDR samt Briefwechsel vom 10. November 1980 (BGBl. 20/1981); Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der DDR über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit vom 5. November 1984 (BGBl. 497/1984, ersetzt das Abkommen vom 7. Dezember 1974); Vertrag zwischen der Republik Österreich und der DDR über den Rechtsschutz von Erfindungen, industriellen Mustern und Modellen sowie von Warenzeichen vom 11. November 1980 und Durchführungsabkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der DDR vom 11. Dezember 1981 (BGBl. 46/1985); Auf eine Wiedergabe der aufgelisteten „Gemeinsamen Institutionen auf wirtschaftlichem Gebiet“ (2.) wird verzichtet.

3. Bilateral Warenverkehr

3.1. Umfang

	Einfuhr		Ausfuhr		Saldo
Jahr	Mio. ÖS	%	Mio. ÖS	%	Mio. ÖS
1975	1.220,6		2.015,4		+794,8
1976	1.334,2	+9,3	1.775,2	-12,0	+440,9
1977	1.416,6	+3,2	1.713,7	-3,5	+297,1
1978	1.413,0	-0,3	1.766,6	+3,1	+353,6
1979	1.578,9	+11,7	2.255,5	+27,7	+676,6
1980	2.132,3	+35,0	2.963,9	+31,4	+831,6
1981	2.580,0	+21,0	3.347,6	+12,9	+767,6
1982	2.952,3	+14,4	3.579,9	+6,9	+627,6
1983	2.726,3	-7,7	6.327,8	+76,8	+3.601,5
1984	2.540,7	-6,8	6.807,0	+7,6	+4.266,3
1985	2.641,6	+4,0	4.413,9	-35,2	+1.772,3
1986	2.392	-9,5	3.787,0	-14,2	+1.395

Von 1980 bis 1984 hat sich die österreichische Ausfuhr gegenüber der DDR mit einer Zunahme von 129,6 % im Vergleich zu den anderen RGW-Länder am stärksten gesteigert. Hingegen gingen die österreichischen Einfuhren bereits seit 1983 zurück. 1985 gingen die österreichischen Exporte um 35,2 % auf 4,41 Mrd. ÖS zurück. Die Importe verzeichneten im gleichen Zeitraum einen Anstieg um 4 % auf 2,64 Mrd. ÖS.

Im Jahr 1986 bezifferten sich die österr. Exporte auf 3,79 Mrd. ÖS, was, im Vorjahresvergleich einen Rückgang von 14,15 % entspricht. Der Anteil der DDR an den österr. Gesamtexporten belief sich damit in diesem Jahr (342,48 Mrd. ÖS) auf 1,1 %, der Anteil an den österr. Exporten in die RGW-Ländern (33,03 Mrd. ÖS) auf 11,5 %. Auch die Importe aus der DDR verzeichneten mit einem Einfuhrwert von 2,39 Mrd. ÖS einen Rückgang um 9,47 %.

[...] ¹⁶

16 Von den zahlreichen Anlagen zur Kurzinformation werden hier ausschließlich jene zum Verhältnis RGW-EG und zu „Österreichs Teilnahme am Prozess der Europäischen Integration“ wiedergegeben, da die europapolitische Dimension im Jahr 1989 eine große Bedeutung bekam.

Information

Nachdem bereits früher Gespräche zwischen den EG und dem RGW über ein Abkommen stattgefunden haben und 1980 ergebnislos abgebrochen worden waren, kam es im Juni 1985 zu einem neuerlichen Vorstoß von östlicher Seite: Der Sekretär des RGW, Wjatscheslaw Sytschow,¹⁷ schlug in einem Brief an EG-Präsident [sic!] Delors¹⁸ die Aufnahme „offizieller Beziehungen“ zwischen beiden Organisationen in Form einer „Gemeinsamen Erklärung“ vor. Ein diesbezüglicher Entwurf wurde im September 1985 übermittelt. Die Gemeinschaft hat in der Zwischenzeit ihre Politik gegenüber Staatshandelsländern in drei Leitlinien zusammengefasst:

1. Normalisierung

Die Gemeinschaft ist bereit, normale Beziehungen und den Dialog bezüglich aller Probleme aufzunehmen, die beide Wirtschaftsblöcke betreffen sowie geeignete Verträge abzuschließen. Sie besteht grundsätzlich auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen ihr und den einzelnen RGW-Mitgliedstaaten (die Errichtung von Missionen) und fordert die Anerkennung als politische Einheit im Rahmen von Verhandlungen in multilateralen Wirtschaftsorganisationen.

2. Parallelismus

Die Gemeinschaft strebt einerseits die Entwicklung ihrer Beziehungen zum RGW (Rahmenabkommen), andererseits, parallel dazu, den Ausbau ihrer schon bestehenden Beziehungen zu jedem individuellen RGW-Mitgliedsland (Wirtschafts- und/oder Handelsabkommen) an. Bisher wurde diese Politik der Gemeinschaft von den RGW-Mitgliedsstaaten generell anerkannt.

3. Differenzierung

Daraus ergibt sich, dass auf die jeweiligen spezifischen Situationen und Charakteristika der einzelnen RGW-Mitgliedsstaaten Rücksicht genommen werden muss und ein „approche bloc-à-bloc“, welcher der Sowjetunion zu viel Gewicht einräumen würde, verhindert wird.

Nach verschiedenen Begegnungen im Rahmen der Wiener KSZE Folgekonferenz und Sondierungsgesprächen, kam es in Genf, Sept. 86, zur Aufnahme von Gesprächen auf Expertenebenen. Diese „Bewegung“ in den Beziehungen zwischen beiden Wirtschaftsorganisationen wird im wesentlichen auf zwei Faktoren zurückgeführt: erstens, auf das Abgehen der EG-Kommission von der bisherigen „Doktrin“, wonach dem Abschluss von Handelsvereinbarungen mit RGW-Mitgliedstaaten die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen vorauszugehen habe

17 Wjatscheslaw W. Sytschow, Generalsekretär des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, 1983–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

18 Jacques Delors, Präsident der EG- bzw. EU-Kommission (1985–1995), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

und zweitens, sowjetischerseits, die konkludente Anerkennung der EG als politische Einheit und Gesprächspartner. Bei der letzten Gesprächsrunde zwischen EG und RGW in Genf, im März d. J., zeigte sich, dass nurmehr schwerwiegende Hindernisse in der Frage der „Berlin-Klausel“ bestehen: Für den RGW sei es bislang nicht möglich gewesen, diese Territorialklausel in die „Gemeinsame Erklärung“ aufzunehmen, während die EG (unter deutschem Druck) darauf bestehen. Kompromissvorschläge (Briefwechsel, Erwähnung der Klausel in der Präambel oder in einem Procès-verbal) werden derzeit geprüft.

Die Interessen der einzelnen RGW-Mitgliedsstaaten an bilateralen Abkommen mit den EG sind unterschiedlich: Rumänien unterhält mit den EG bereits seit 1980 ein Handels- und Wirtschaftsabkommen, das jetzt erweitert werden soll. Für Handelsvertragsverhandlungen mit der ČSSR, an deren baldigem Abschluss Prag starkes Interesse hat, besteht bereits ein Kommissionsmandat. Für die Verhandlungen mit Ungarn hat die EG-K¹⁹ im April d. J. ein Mandat für ein Handels- und Kooperationsabkommen erteilt, welches allerdings nach den „hochgespannten“ ungarischen Erwartungen kaum ein akzeptables Verhandlungsergebnis erlauben wird. Polen und Bulgarien sind an bilateralen Abkommen sehr interessiert, wollen aber das Rahmenabkommen abwarten. Der Sowjetunion ist mehr an politischen Aspekten eines Abkommens EG-RGW gelegen, und die DDR schließlich ist am wenigsten an Verhandlungen mit den EG interessiert, da sie ohnedies durch das „Protokoll über den innerdeutschen Handel“ direkten Zugang zu dem für sie bedeutendsten westlichen Markt hat und ihren Sonderstatus nicht beeinträchtigen lassen will.

[...] ²⁰

Österreichs Teilnahme am Prozess der Europäischen Integration III.2 08/87

Die Regierungserklärung vom 28. Jänner d. J. sowie das „Arbeitsübereinkommen“ der SPÖ und der ÖVP über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung vom 16. Jänner d. J.²¹ haben eine neue Phase der österr. Integrationspolitik mit umfassenden Charakter eingeleitet, die eine Weiterentwicklung der „Politik der kleinen Schritte“, die die Jahre seit Abschluss der Freihandelsverträge von 1972²² geprägt

19 EG-Kommission

20 Ausgelassen wurde das Executive Summary.

21 Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates. 16. Jänner 1987, Wien 1987.

22 Österreich schloss 1972 Abkommen mit den Europäischen Teilgemeinschaften (EWG und EGKS), die laut Artikel 113 des Römischen EWG-Vertrags einfache Zoll- und Handelsverträge waren, d. h. keine Assoziationsverträge. Außenminister Rudolf Kirchschläger und Handelsminister Josef Staribacher unterzeichneten am 22. Juli 1972 die beiden Freihandels- bzw. jeweils ein Interimsabkommen mit den zwei der drei westeuropäischen Teilgemeinschaften, die Österreich bei seiner Mitwirkung am Integrationsprozess die Wahrung seiner Neutralitätsverpflichtungen zuerkannten. Die Interimsabkommen sahen einen um sechs Monate

hat, darstellen soll. Die neugebildete „Arbeitsgruppe für europäische Integration“ wird diesen politischen Auftrag initiativ und offensiv wahrnehmen.

Wesentlicher Bezugspunkt für diese Politik ist das Weißbuch der EG-Kommission,²³ das die volle Verwirklichung des „Binnenmarktes“, d.h. die Verwirklichung der sogenannten „Vier Freiheiten“ (im Waren-, Personen-, Dienstleistung- und Kapitalverkehr) vorsieht. Österreich strebt die umfassende Teilnahme an der Substanz des EG-Binnenmarkt-Prozesses an.

Österreichischerseits wurde konzeptiv ein „global approach“ gewählt, um sich dem Binnenmarktprogramm der Gemeinschaft in seiner Gänze zu stellen, und verschiedene Bereiche a priori nicht vom Integrationsprozess auszuschließen. Nur damit können längerfristig das Risiko der Abkoppelung, Probleme im Rahmen des GATT hintangehalten und volle Reziprozität sowie die Überwindung und Aufgabe verschiedener Einzelinteressen auf beiden Seiten gewährleistet werden.

In der Praxis werden für die Verwirklichung dieses Konzeptes drei Wege angestrebt: multilateral, auf Basis der Luxemburger Ministererklärung von 1984

vorgezogenen Beginn des Zollabbaus vor. Die Vereinbarungen, die am 1. Januar 1973 in Kraft traten, beinhalteten im wesentlichen völligen Abbau der Zölle und Handelsschranken zwischen Österreich und der EWG für gewerbliche und industrielle Waren bis zum 1. Juli 1977 und Handelsliberalisierung auf dem Agrarsektor. Die österreichische Seite hatte ursprünglich die volle Einbeziehung des Landwirtschaftssektors in die Freihandelszone verlangt, was EG-Kommission und EG-Ministerrat aber ablehnten. Im sogenannten „Agrarbriefwechsel“ konnten gegenseitige Konzessionen vereinbart werden. Österreich wurde „volle Handlungsfreiheit“ gegenüber dritten Staaten, besonders jenen Osteuropas, und im Neutralitätsfall eingeräumt sowie „jederzeitiges Kündigungsrecht“ und Freiheit von politischen Bindungen „jeder Art“ gewährt. Die Berücksichtigung der Verpflichtungen, die dem Land aus dem Staatsvertrag erwuchsen, waren zugesichert worden. Die vertraglichen Regelungen ließen sich jedoch nicht im ursprünglichen Sinne des (völkerrechtlich allerdings bedeutungslosen) Begriffs vom „Brückenschlag“ verwirklichen, d.h. weder im Sinne einer multilateralen Assoziierung, noch durch eine alle Wirtschaftssektoren umfassende Freihandelszone. Die bilateralen Zoll- und Handelsverträge waren also kein wirklicher Ersatz für die in den 1960er-Jahren schon anvisierte De-facto-Zollunion, die im Wege einer Assoziierung und durch Etablierung eines Assoziationsrats ihren institutionellen Ausdruck hätte finden können. Siehe dazu Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, BGBl. Nr. 466/1972; Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits, BGBl. Nr. 467/1972; Bundesgesetz vom 25. Oktober 1972 über die Durchführung der Zollbestimmungen des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie des Abkommens zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits (EG-Abkommen-Durchführungsgesetz), BGBl. Nr. 468/1972. Siehe dazu weiterführend Michael Gehler, Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck/Bozen/Wien 2009, S. 81–84; idem, Austria's Bridging the Gap and the Failure of „Going-It-Alone“ to Brussels 1955–1972, in: The Journal of European Economic History 33 (2004) 1, S. 127–178.

- 23 Vgl. Vollendung des Binnenmarktes. Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat (Mailand, 28.–29. Juni 1985), Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1985.

(Verhandlungen zwischen EG und EFTA-Ländern),²⁴ bilateral (Verhandlungen zwischen Österreich und den EG), wenn spezifische österr. Interessen vorliegen, oder schließlich durch autonome Übernahme von EG-Regelungen durch Österreich, um harmonisierte Ausgangspositionen für parallele Integrationsschritte herzustellen. Daneben werden die Harmonisierung des Agrarhandels, Transitfragen, die Teilnahme Österreichs an der „europäischen Technologiegemeinschaft“, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Währungswesen, weitgehende Annäherungen an das EG-Programm „Europa der Bürger“ sowie ein intensiver Informationsaustausch mit der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ weitere Schwerpunkte der österr. Integrationspolitik bleiben.

Dok. 8: Bericht. Die DDR vor dem Honecker-Besuch in der BRD, 25.8.1987

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 25. August 1987, Zl. 157-RES/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 43.01.01/2-II.3/87¹

Die DDR vor dem Besuch Honeckers in der BRD²

Der Staatsbesuch Honeckers in Österreich 1980 – der erste offizielle im Westen – und die Besuche der NATO-Staaten Italien, Griechenland und Holland³ brachten außenpolitische Erfolge, insbesondere eine größere Anerkennung.

Vom Besuch Honeckers in der BRD erwartet sich die DDR weitreichende innen- und außenpolitische Wirkungen. Obwohl Honecker bei allem Bemühen der Flexibilität und den Abbau von Spannungen nie Zweifel aufkommen ließ, dass „Aufweichungen“ in der Partei nicht geduldet würden, und immer die ideologische Abgrenzung zum Westen, die vertragliche Regelungen nicht ausschließt, die enge Anlehnung an die Sowjetunion und die Einbindung ins sozialistische

24 Die „Luxemburger Erklärung“ vom 9. April 1984 (nicht zu verwechseln mit dem „Luxemburger Kompromiss“ von 29. Jänner 1966) erfolgte anlässlich eines gemeinsamen EG- und EFTA-Ministertreffens zur Dynamisierung der Beziehungen und Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), der allerdings erst am 1. Januar 1994 Realität werden sollte. Abgedruckt in: EFTA-Bulletin 1984, 2, S. 6–7.

1 Der Bericht wurde im BMAA von der Abteilung II.3 durch Legationsrat Josef Litschauer bearbeitet. Im BMAA lag er daraufhin den Abteilungen II.1, II.7, II. 8 und den Sektionen III und IV vor, wo er Anfang September zur Kenntnis genommen wurde. Zudem gelangte er unter den Vertretungsbehörden gemäß Liste „Ost“ zur Verteilung und wurde der österreichischen Botschaft in Bonn zur Kenntnis gebracht.

2 Erich Honecker besuchte vom 7. bis 11. September die Bundesrepublik. Zum Besuch siehe Dok. 9 und 10.

3 Honecker besuchte vom 10. bis 13. November 1980 Österreich, vom 23. bis 24. April 1985 Italien, vom 9. bis 11. Oktober 1985 Griechenland und vom 3. bis 5. Juni 1987 die Niederlande.

Lager betonte, hatten im Herbst 1984 Irritationen zwischen ihm und der überalterten Sowjetführung unter Tschernenko zur Absage des bereits terminisierten Bonn-Besuches geführt.⁴ Die Enttäuschung darüber war groß, da schon seinerzeit enorme Erwartungen in diesen Besuch gesetzt worden waren.

Entsprechend behutsam laufen die Vorbereitungen diesmal, und zwar auf beiden Seiten. Die DDR hat sich z. B. jedes Kommentars zur gegenwärtigen Debatte über die Einbeziehung der 72 Pershing-Raketen der BRD enthalten und sich damit begnügt, die diesbezüglichen Artikel der „Prawda“ kommentarlos abzudrucken.⁵

Vom Honecker-Besuch in Bonn erwartet man sich, dass mehr als normale Beziehungen zwischen beiden Staaten ausgebaut werden und eine Stabilisierung und Verbesserung des Klimas in ganz Europa eintritt. Die DDR wolle insbesondere einen Beitrag zur Intensivierung des europäischen Dialogs und zur globalen Abrüstung leisten. Je größer die Fortschritte auf diesem Gebiet, desto mehr Erleichterungen seien auch im Verhältnis der beiden deutschen Staaten absehbar. Auch regelmäßige Konsultationen der beiden Außenminister wird die DDR vorschlagen.

Zusätzliche Reiseerleichterungen stoßen derzeit vor allem auf das finanzielle Problem. Man sei aber bereit, die derzeitige Zahl von 2,2 Millionen DDR-Bürgern, die heuer die BRD besuchten bzw. besuchen können werden, nicht als Endziel zu betrachten.

Naturgemäß wird auf wirtschaftlichem Gebiet eine weitgehende Hilfestellung der BRD erwartet. Durch die bestehende Energieknappheit ist man besonders am Ausbau eines Stromverbundnetzes interessiert, ferner auch an der Bewältigung des Verkehrsaufkommens durch Verbesserung und Ausbau der Transitstrecken von Bahn und Straße (z. B.: Zahlung einer größeren Transitspauschale durch die BRD, Anhebung der Bahntarife seitens der DDR).

Das derzeit in Vorbereitung stehende Kommuniqué liest sich trotz allem dürftig. In dieser Abschlusserklärung werden Frieden und Abrüstung beschworen, die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und eine Zusammenarbeit bei der Sicherung des Friedens im Interesse der Menschen festgeschrieben. Über die von BRD-Seite vorgebrachte Forderung und⁶ ausdrückliche Erwähnung von Menschenrechten sucht man noch eine tragbare Formulierung.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger m. p.

4 Siehe Dok. 1, Anm. 11.

5 „Prawda“: Zur Haltung der USA und der BRD zu den Pershing-Ia-Raketen, in: Neues Deutschland, 18. August 1987, S. 2. Die Pershing Ia war eine Kurzstreckenrakete mit einer Reichweite von ca. 740 km. In der Bundesrepublik lagerten 79 Stück. Diese wurden gemäß dem INF-Vertrag (Siehe Dok. 11, Anm. 21) bis 1991 demontiert und vernichtet.

6 So im Original.

Dok. 9: Information. Der Besuch Honeckers in der BRD, 18.9.1987

Information, Gesandter Johann Plattner und Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 18. September 1987, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 43.01.01/6-II.1/87¹

Besuch Honeckers in der BRD;² politische Wertung

- 1.) Wie nicht anders zu erwarten war, ist weder die BRD noch die DDR von ihrer grundsätzlichen politischen Position abgegangen. Die BRD anerkennt zwar die politische Realität der Existenz eines zweiten deutschen Staates, hält aber an langfristiger Zielsetzung der Wiederherstellung der deutschen Einheit im Wege der Selbstbestimmung fest.

Die DDR sieht sich als unabhängiger souveräner und gleichberechtigter (zweiter) deutscher Staat. Diesen grundsätzlichen Positionen entsprechend wurde daher während des Besuches von BRD-Seite der Gedanke der deutschen Einheit immer wieder angesprochen, während Honecker die Bedeutung eines guten Verhältnisses zwischen der BRD und der DDR für die Erhaltung des Friedens hervorhob und die Existenz zweier deutscher Staaten auf der Basis ideologischer Differenzierung bekräftigte.

- 2.) Für die DDR stellt der Honecker-Besuch in der BRD Anerkennung und Bestätigung für die Souveränität und Eigenstaatlichkeit gerade durch jenen Staat dar, der diesen DDR-Bemühungen lange Zeit im Wege stand.

Die BRD hat sich mit dem Besuch weitere Erleichterungen im menschlichen Bereich des deutsch-deutschen Verhältnisses „erkauft“: Reiseerleichterungen, Verbesserung der Telefonverbindungen, Einfuhr von BRD-Fachzeitschriften, Aufnahme von Gesprächen über die Einbeziehung von Kiel, Hamburg und Hannover in den kleinen Grenzverkehr und über den Ausbau des Eisenbahnverkehrs für den Berlin-Transit.³ Nach Bonner Hochrechnung würden für 1987 unter Einbeziehung der DDR-Rentner 3,2 Mio. DDR-Bürger die BRD besuchen; (Ost-Berlin hatte schon vor dem Besuch die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen).⁴

1 Die Information wurde durch die Abteilungen II.1 und II.3 auf Basis der Berichterstattung der österreichischen Botschaften Bonn und Berlin (Ost) sowie einer Vorsprache des bundesdeutschen Botschafters (GZ. 43.01.01/3-II.1/87 vom 10. September 1987) erstellt und an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Abteilung II.7 (Sicherheitspolitik) sowie sämtliche Auslandsvertretungen gemäß Liste „KSZE“ verteilt.

2 Erich Honecker besuchte von 7. bis 11. September die Bundesrepublik. Zum Besuch siehe auch Dok. 10.

3 Siehe dazu: Information des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen Nr. 17 vom 18. September 1987: Erleichterungen im grenzüberschreitenden Verkehr, in: Deutschland Archiv 20 (1987) 10, S. 1115–1116.

4 Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Abschaffung der Todesstrafe in der Deutschen Demokratischen Republik vom 17. Juli 1987, in: Deutschland Archiv 20 (1987) 9, S. 991.

- 3.) Der BRD-Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Honecker, kann als Beitrag zur weiteren Ost-West-Entspannung und somit zur Friedenssicherung angesehen werden.

Wien, am 18. September 1987
Plattner/Sucharipa

Dok. 10: Amtsvermerk. Honeckers Bonn-Besuch aus Sicht der DDR, 28.9.1987

Amtsvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 28. September 1987, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 43.01.01/12-II.3/87¹

Offizieller Besuch des GS des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker in der BRD (7.–11.9.1987); DDR-Einschätzung

- 1) Die minutiöse DDR-Medienberichterstattung über den ggstl. Besuch hat vor allem das Protokoll und die Symbolik (Gleichberechtigung beider Fahnen, etc.) unterstrichen. Die langwierigen Verhandlungen über das Zeremoniell haben sich für die DDR bezahlt gemacht: Die optische Gleichwertigkeit mit der BRD ist aus DDR-Sicht das herausragende Besuchsergebnis.
- 2) In dem im Zentralorgan der SED, Neues Deutschland, am 16.9. abgedruckten (und vom Politbüro genehmigten) Kommentar² heißt es hiezu: „Der Besuch ... war eine wichtige Etappe in unserer langfristig konzipierten Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber der BRD und leitete eine neue Phase in den bilateralen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ein. ... E. Honecker hat ... eine große, für unsere Republik, für alle ihre Bürger, für den Sozialismus und für den Frieden wichtige Arbeit geleistet, die langfristig wirken wird.“!! Deutlicher lässt sich die „Erfolgsstimmung“ auf DDR-Seite wohl kaum dokumentieren.
- 3) Zugleich ist die DDR sichtlich bemüht, gegenüber ihren WP-Partnern die deutsch-deutsche Komponente des Besuches nicht allzu stark werden zu lassen. So enthält der erwähnte Kommentar an mehreren Stellen (übrigens nicht unähnlich dem gemeinsamen Besuchskommuniqué!) deutliche und sozusagen vertrauensbestätigende Beteuerungen des Bekenntnisses zur Pakt-

1 Der Amtsvermerk wurde als „Information“ dem Kabinett des Bundesministers, dem Generalsekretariat, den Sektionsleitern, den Abteilungen II.1 und II.7 sowie allen Auslandsvertretungen gemäß Liste „KSZE“ zur Kenntnis gebracht.

2 Ein Erfolg der Politik der Vernunft und des Realismus, in: Neues Deutschland, 16. September 1987, S. 2.

zugehörigkeit („Keine der beiden Seiten hat die Absicht, die andere von deren Bündnis abzukoppeln. Träumereien am Kamin sind fehl am Platz“, etc.). Dem selben Zweck dient wohl auch die starke Einbettung des Besuches in die „internationale Großwetterlage“: Um die Bedeutung des Besuches beurteilen zu können, müsse man ihn in den [sic!] internationalen Umfeld sehen, in dem er stattfand.

- 4) Durch die starke Betonung von Friedenssicherung und Abrüstungsbemühungen in der Berichterstattung und – sichtlich auf DDR-Wunsch – auch im gemeinsamen Communiqué sollten wohl bewusst die bilateralen Aspekte überdeckt werden.

Der ND-Kommentar enthielt demnach auch – ganz entgegen dem tatsächlichen Gesprächsverlauf – nur einen einzigen Absatz zu bilateralen Themen. In diesem Absatz werden allerdings auch sensible Bereiche (Reise- und Besuchsverkehr, humanitäre Fragen, Familienzusammenführungen und Härtefälle) namentlich angeführt.³

- 5) Besondere Rücksicht hatte die DDR-Seite offenbar gegenüber den polnischen Sensibilitäten zu üben: Gleichsam zur Besänftigung fand die DDR besonders lobende Worte für den Jaruzelski-Plan.⁴ Der polnischen Skepsis angesichts zu enger deutsch-deutscher Verbindungen hat Honecker auch dadurch Tribut gezollt, dass er die Grenze an der Oder zum Vorbild für eine verbesserte Regelung an der Elbe hochstilisierte.

Im übrigen ist der Besuch Jaruzelskis in der DDR vom 16.9.⁵ bereits im Mai und sichtlich im Hinblick auf die damals bereits erfolgte Terminisierung des

3 „Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen nahm in den Gesprächen selbstverständlich großen Raum ein. Das Spektrum reichte von Wirtschaft und Landwirtschaft über Städte- und Wohnungsbau, Kultur und Sport, Gesundheitswesen und Umweltschutz, Verkehrs- und Fernmeldewesen, Reise- und Besucherverkehr, Städtepartnerschaft, Jugendaustausch und Tourismus bis zu humanitären Fragen einschließlich Familienzusammenführung und Lösung von Härtefällen.“ Ebd.

4 Der polnische Staatschef Wojciech Jaruzelski hatte im Mai 1987 den Plan für eine europäische Abrüstungsinitiative veröffentlicht. Er stützte sich dabei auf frühere polnische Vorschläge („Rapacki-Plan“) zur Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors. Neben einem Forum der 35 KSZE-Staaten sollte ein weiteres geschaffen werden, welches die elf an den Mutual and Balanced Force Reductions (MBFR)-Verhandlungen teilnehmenden Staaten sowie Dänemark und Ungarn einschließen und auf Zentraleuropa fokussieren sollte, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Probleme der Abrüstung sich im Zentrum Europas anders darstellten, als in den Peripherien.

5 Über den Besuch Jaruzelskis in der DDR berichtete die österreichische Botschaft in Berlin (Ost): „Polen ist mit dem Ergebnis des Besuches von Honecker in der BRD zufrieden und sieht ihn als Ergebnis der konsequenten Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft. Polen wird jedoch auch in Zukunft die deutsch-deutschen Kontakte und Verbindungen mit größter Aufmerksamkeit und auf einigen Gebieten auch mit Skepsis verfolgen. Die polnische

Honeckerbesuches festgelegt worden. Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, dass diese Unterredung in erster Linie einer Darlegung des Ergebnisses des BRD-Besuches diene, wenn auch das magere Kommuniké (das im übrigen die Beziehungen Polen-BRD und DDR-BRD betont gleichrangig behandelt) hierüber nur einen kurzen Hinweis enthält.

Wien, am 28. September 1987
Sucharipa m. p.

Seite hat nicht nur die Festsetzung dieses Treffens zwischen Honecker und Jaruzelski unmittelbar nach dem Besuch in der BRD, sondern auch die publizistische Aufmachung und die hochrangige Begrüßung sehr geschätzt. Die Zusammenarbeit der Parteien auf verschiedenen Ebenen verläuft für beide Seiten zufriedenstellend. Schwierigkeiten gibt es hingegen bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Die direkten Kontakte zwischen den Betrieben beider Staaten erfolgen noch nicht reibungslos. Der Reiseverkehr hat sich keineswegs zufriedenstellend entwickelt. Allerdings hat Polen für die Situation der DDR einiges Verständnis gezeigt und nicht sehr darauf gedrängt, den Reiseverkehr auszuweiten. Neben einem Kinder- und Jugendaustausch von bis zu 200.000 Personen jährlich ist auch der Urlaubsaustausch auf Gewerkschaftsebene in einer Größenordnung von etwa 70.000 bis 80.000 Personen zu erwähnen. Für einen Reiseverkehr mit einem Umfang von mehreren Millionen wie vor dem Jahr 1980 sei die Zeit noch nicht reif. Siehe Geschäftsträger a.i. Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 23. September 1987, Zl. 177-RES/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 166.01.01/8-II.3/87. Die Botschaft Warschau vermittelte ein anderes Bild: „General Jaruzelski habe sich genauestens über den Besuchsverlauf informieren lassen und seine schon früher geäußerten Bedenken hinsichtlich einer politischen Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten vorgebracht. Es ist ein offenes Geheimnis, dass man in Polen einem ‚wiedervereinigten‘ Deutschland mit abgrundtiefer Skepsis entgegentritt. Dementsprechend ließen sich auch die Kommentare in den polnischen Zeitungen nach der Honecker-Reise kritisch vernehmen. Außerdem sei man in Polen darüber irritiert, dass Ostberlin offensichtlich für sich in Anspruch nehme, der alleinige Interessenvertreter des Ostblocks gegenüber der BRD zu sein und Ostberlin auch gleichzeitig den Alleinvertretungsanspruch der ‚deutschen Kultur‘ in Polen für sich reklamieren. Dies habe die Vertiefung der polnisch-westdeutschen Beziehungen nicht erst einmal erschwert.“ Siehe Botschafter Andreas Somogyi an BMAA, Warschau, 28. September 1987, Zl. 340-RES/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 166.01.01/9-II.3/87.

Dok. 11: Gespräche Mocks mit Kohl und Genscher, 6./7.10.1987

Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 12. Oktober 1987, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 518.02.42/18-II.1/87¹

Besuch des HVK in Bonn; Gespräch mit BK Kohl und AM Genscher

Gespräch Bundeskanzler Dr. Kohl mit Vizekanzler
Dr. Mock in Bonn am 6. Oktober 1987

Bundeskanzler Kohl erwähnt einleitend psychologische Schwierigkeiten, denen sich Österreich derzeit gegenüber sieht,² und hält die Geringschätzung der öster-

- 1 Die Protokolle der Gespräche Mocks mit Kohl und Genscher (Sachbearbeiter Legationsrat Marius Calligaris) wurden vom Leiter der Abteilung II.1, Johann Plattner, am 12. Oktober genehmigt. Sie lagen den Abteilungen II.3, II.6, II.7 sowie der Sektion III vor und wurden der österreichischen Botschaft Bonn übermittelt. Die Information erging zudem an Bundeskanzler Vranitzky. Sämtliche Unterstreichungen gemäß der von der Abteilung II.1 erstellten Fassung der Protokolle. Die Protokolle sind im Akt in mehrfacher Ausführung erhalten. Da die handschriftlichen Unterstreichungen stark voneinander abweichen wird auf deren Wiedergabe verzichtet. Siehe hierzu die dem Akt inliegenden GZ. 518.02.42/19-II.1/87 und GZ. 518.02.42/20-II.1/87.
- 2 Damit sprach Kohl die sogenannte „Affäre Waldheim“ an. Nachdem im ersten Bundespräsidentenwahlgang am 4. Mai 1986 keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreichen konnte, errang Kurt Waldheim in der Stichwahl gegen Kurt Steyrer (SPÖ) am 8. Juni bei einer 87-prozentigen Beteiligung 54% der Stimmen, ein Ergebnis, welches kein amtierender Bundespräsident bisher erzielt hatte. Bundeskanzler Fred Sinowatz trat daraufhin zurück. Der zweite innenpolitische Paukenschlag folgte, als sich der neue Bundeskanzler Franz Vranitzky nach dem FPÖ-Parteitag am 13. September 1986 in Innsbruck, der in einer Kampf- abstimmung den Populisten Jörg Haider an die Spitze katapultiert hatte, von der Koalition mit den Freiheitlichen löste. Die FPÖ hatte unter Haiders Führung die politische Atmosphäre der Waldheim-Debatte genutzt. Die Nationalratswahl erbrachte trotz Verlusten eine relative Mehrheit für die SPÖ. Die ÖVP konnte zwar den Abstand verringern, vom erhofften Sog des Waldheim-Siegs aber nicht profitieren. Die FPÖ verdoppelte ihre Stimmen während die Grünen erstmals ins Parlament einzogen. Die Vorwürfe wegen Waldheims verschwiegener Kriegsvorgangenheit verstummten nicht. Sie kreisten nicht mehr um die Mitgliedschaften in den NS-Gliederungen (NS-Studentenbund, SA-Reiterstandarte), sondern zielten nun auf seine Verwendung in der Wehrmacht. Die Diskussion erfuhr eine neuerliche Emotionalisierung als die Entscheidung des US-Justizministeriums und State Departments vom 27. April 1987 bekannt wurde, dem gewählten Staatsoberhaupt als Privatperson die Einreise in die USA zu verwehren. Obwohl es sich „nur“ um einen Verwaltungsakt und kein gerichtliches Urteil handelte, war es ein politischer Vorgang. Botschafter Thomas Klestil hatte vergeblich Justizminister Edwin Meese und Außenminister George Shultz auf die außenpolitischen und internationalen Dimensionen hingewiesen. Die neuerlichen Vorwürfe im Zusammenhang mit der „Watchlist“-Entscheidung bezogen sich auf die Involvierung Waldheims in die Überstellung von Zivilgefangenen durch eine italienische Gebirgsdivision an die SS zur Sklavenarbeit, angebliche Deportationsbefehle und den Einsatz bei der Partisanenbekämpfung, die Dienstleistung beim Armeeoberkommando 12 unter Generaloberst Alexander von Löhrr sowie die Tätigkeit in Athen beim Verbindungsstab zur italienischen 11. Armee. Waldheim war vom 26. Juli bis 4. Oktober 1943 Ordonnanzoffizier und führte das Kriegstagebuch des

reichischen Aufbauleistungen nach dem Weltkrieg für ein großes Unrecht. Man dürfe sich in der Fortsetzung des seit dem Staatsvertrag eingeschlagenen Weges nicht beeinträchtigen lassen. Sofern es in diesem Bereich für ihn eine Handlungsmöglichkeit gibt, ist er gerne bereit hilfreich zu sein.

Stabes vom 19. Juli bis 22. August 1943. Die Vorwürfe gingen soweit, er habe Einfluss auf die Planung und Durchführung von Handlungen gegen die jüdische Bevölkerung in Saloniki und am griechischen Festland gehabt. Daneben wurde sein Verschweigen des Kriegsdienstes am Balkan 1942–1945 in der deutschsprachigen Version seines Buches „Im Glaspalast der Weltpolitik“ gebrandmarkt, die als Memoiren betrachtet wurden. In einer Richtigstellung versuchte Waldheim die Anschuldigungen von sich zu weisen, wobei der Vorwurf der „Kriegsverbrechen“ angesichts der untergeordneten Position eines ohne Befehlsgewalt ausgestatteten Ordonnanzoffiziers im Range eines Oberleutnants Zweifel an der Seriosität seiner Kritiker weckte. Die Bundesregierung zeigte sich bestürzt ob der Watchlist-Entscheidung, die sie als inakzeptabel bezeichnete. Vranitzky, der sich aus Gründen des Koalitionserhalts (SPÖ-ÖVP) hinter Waldheim stellte, bekräftigte diesen Standpunkt bei einem Besuch in USA. In einer Verbalnote wurden die Anschuldigungen als unbewiesen bezeichnet und betont, dass der Bundespräsident vom Volk in demokratischer Weise gewählt worden sei und gemäß der Verfassung die Republik nach außen vertrete. Siehe dazu: Michael Gehler „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...“ Die Waldheim-Affäre 1986–1992, in: idem/Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien/Thaur/München 1995, 2. Auflage 1996, Nachdruck: Innsbruck/Wien/Bozen 2008, S. 614–665. Für Kohls retrospektive Einschätzung zur „Affäre Waldheim“ siehe Tilman Jens auf Basis der Interviews folgend: „Kohl aber nennt Waldheim, mit dem er sich regelmäßig austauschte, wenn er am Wolfgangsee Ferien machte, einen ‚anständigen Mann, der viel zu feige war, um unanständig zu sein‘. Er sei ein klassisches Opfer der Medien gewesen, dem ‚himmelschreiendes Unrecht‘ widerfuhr. [...] Obwohl ‚kein Waldheim-Fan‘, scheint Kohl sich wie ein Wahlverwandter zu fühlen: ‚Ich bin ein freier Bürger in einem freien Land. Ich muss mich den Ausführungen dieser Waldheim-Gegner nicht fügen. Das sind ja die gleichen Leute, die ohne jede Hemmung jede Denunziation betreiben, wenn es ihnen nützlich ist.‘ [...] Kurt Waldheim hat er letztlich den gleichen Rat erteilt: Er solle im ORF auf einen ‚mindestens einstündigen Bericht zur besten Sendezeit‘ drängen. ‚Und dann erzählst du, wo dein Elternhaus war, und dass es noch andere zehntausend Österreicher gab, die deutsche Offiziere waren. Und du warst einer von ihnen. Du hattest zwar mit diesen Dingen direkt nichts zu tun gehabt, hast aber natürlich genau gewusst, dass das der barbarischste Kriegsschauplatz im Westen war. Es ist Schreckliches in Jugoslawien passiert, aber auch Schreckliches an deutschen Soldaten. Und sage, es tut dir Leid!‘“ Heribert Schwan/Tilman Jens, Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle, München 2014, S. 199–200. Siehe auch Kohls Äußerungen im Bundesvorstand der CDU am 22. April 1996: „Wir haben uns damals mit Themen beschäftigt, über die kein Mensch mehr redet. Beispielsweise ging es darum, daß die Amerikaner den damaligen Präsidenten der Republik Österreich sozusagen auf die Anklagebank gesetzt haben und wir Europäer versucht haben, unseren österreichischen Freunden in dieser Auseinandersetzung zu helfen. Heute kümmert das keinen Menschen mehr.“ Sowie am 9./10. Jänner 1998: „Das eine war das Verhalten der Amerikaner zum damaligen österreichischen Bundespräsident Waldheim. Ich war nie ein Waldheim-Fan, aber was sie gemacht haben, ist unglaublich. Was in diesen Tagen an Dokumenten veröffentlicht wurde, ist für einen Rechtsstaat unfasslich.“ Beide Zitate aus: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (Bearb.), Helmut Kohl. Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 64), Düsseldorf 2012, S. 746–747; 958.

Was die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften betrifft, ist BK Kohl der Ansicht, dass in 10 Jahren eine durchaus neue Lage vorstellbar sei. Er gehe davon aus, dass eine weitere Zunahme an Mitgliedern mit einer Entfernung von den Grundideen des Römervertrages³ Hand in Hand gehen wird. Die Bundesrepublik werde, vor allem wenn sie demnächst die EG-Präsidentschaft übernimmt, nachdrücklich darum bemüht sein, sämtliche für die Verwirklichung des Binnenmarktes⁴ erforderlichen Vorhaben zur Entscheidung zu bringen. Er hege allerdings Zweifel, ob der politische Integrationsprozess im vorgegebenen Rahmen vorangehen wird. Diesbezüglich gehe er eher von der Bildung eines politischen Nukleus aus, der neben der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich weitere 3–4 Staaten umfassen könnte. Diese engere Gruppierung wäre auf die Grundlagen eines Annexes oder einer spezifischen Interpretation der Römerverträge zu bilden. Im Mittelpunkt eines politischen Nukleus der EG sollte wohl die Sicherheitszusammenarbeit stehen.

Angesichts dieser Perspektiven für die Weiterentwicklung der Gemeinschaften wäre es für Österreich wichtig, keine weiteren Abschottungen gegenüber der EG zu errichten. Auf der anderen Seite sollte die EG möglichst alle Tore gegenüber Österreich öffnen bzw. offen halten. In dieser Hinsicht sei er bereit, Österreich in jeder Beziehung entgegenzukommen.

In Anspielung an das Gedenkjahr 1988⁵ meint BK Kohl spontan, dass man angesichts dieser bevorstehenden Reminiszenzen „Rückgrat zeigen“ sollte, um weiterhin glaubwürdig zu erscheinen.

Zum Vertrag über die Sicherheit von Kernanlagen meint BK Kohl, dass er an einer pragmatischen und politischen Lösung interessiert sei. Man müsse in Wien verstehen, dass auch in München⁶ ein gewisser Lernprozess Platz greifen müsse.

3 Die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) wurden am 25. März 1957 von Vertretern der Regierungen Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, der Bundesrepublik, Frankreichs und Italiens unterzeichnet. Vgl. BGBl. 1957 II, S. 753–1224.

4 Ursprünglich war ein „Gemeinsamer Markt“ schon im Rahmen der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vorgesehen als Wirtschaftsraum ohne Binnenzölle, in dem freier Verkehr von Personen, Dienstleistungen, Kapital und Waren gegeben ist. Erst seit dem 1. Januar 1993 gilt jedoch der „Binnenmarkt“ in vielen Bereichen als erfüllt.

5 Das Gedenkjahr 1988 (offiziell auch „Bedenkjahr“ genannt) stand, 50 Jahre nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich und den Novemberpogromen, im Zeichen des Gedenkens an die Verbrechen des NS-Regimes. In Folge der Diskussion um die NS-Vergangenheit von Kurt Waldheim entbrannte in diesem Jahr eine heftige Diskussion um Österreichs Verhältnis zur NS-Zeit. Weiterführend dazu: Heidemarie Uhl, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluss“ (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek 17), Wien/Köln/Weimar 1992.

6 Im bayerischen Wackersdorf/Oberpfalz sollte eine zentrale Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) für abgebrannte Brennstäbe aus Kernreaktoren in Deutschland errichtet werden. Diese war eines der politisch umstrittensten Bauprojekte der 1980er-Jahre in der Bundesrepublik. Die Bauarbeiten starteten im Jahr 1985. Bei heftigen Protesten von Atomgegnern und Umweltschützern kamen drei Personen, darunter ein Polizist ums Leben. Am 31. Mai 1989 wurden die Arbeiten eingestellt, nachdem der Energiekonzern VEBA (EON) als wichtigster Anteils-

Hinsichtlich der Ausdehnung des Geltungsbereiches über einen 30 km Streifen hinaus sollte es doch wohl genügen, wenn man eine solche Ausdehnung als bloße Möglichkeit und nicht als unbedingte Pflicht festschreibt.⁷

Zu den Fragen des Nord-Süd-Transits stellt BK Kohl fest, dass er persönlich der österreichischen Sorge wegen einer Überflutung durch den Durchzugsverkehr mit Sympathie gegenüberstehe. Allerdings müssten Maßnahmen, wie die Aufhebung der Jahresmautkarte⁸ früher oder später zu bundesdeutschen Gegenmaßnahmen führen. Eine weitere Klage der bundesdeutschen Frächter bestünde darin, dass am Brenner auf österreichischer Seite 6 Spuren verfügbar seien, jedoch nur 2 zur Abfertigung offen gehalten würden. Er fürchte sehr, dass die bundesdeutschen Maßnahmen für Österreich schmerzlich sein werden. Man brauche dringend eine politische Lösung, die nicht ausschließlich den Verkehrsspezialisten überlassen werden dürfe. Hiebei verweist BK Kohl auf die bevorstehenden trilateralen Gespräche zwischen den Verkehrsministern der BRD, der Schweiz und Österreichs.⁹

Der HVK¹⁰ geht in seiner Replik sofort auf die Frage des Nord-Süd-Transits ein und stellt den österreichischen Beschluss betreffend die Jahresmautkarte als

eigner der geplanten Betreibergesellschaft mit Cogemar, einer Betreiberfirma für eine WAA in La Hague einen Kooperationsvertrag signiert hatte und die Anlage in Wackersdorf als zu langwierig und kostspielig bezeichnete. Da auch österreichische AKW-Gegner und Umweltgruppen unter Beteiligung der Umweltministerin Marilies Flemming in Wackersdorf demonstrierten, waren die Beziehungen zwischen dem Freistaat Bayern unter Ministerpräsident Franz Josef Strauß und der Republik Österreich unter Bundeskanzler Franz Vranitzky zeitweise sehr angespannt.

- 7 Die seit 1985 in Bau befindliche Wiederaufbereitungsanlage im bayrischen Wackersdorf rief nicht nur in der Bundesrepublik umfassende Proteste seitens der Anti-Atombewegung hervor, sondern führte in weiterer Folge auch zu bilateralen Verstimmungen mit den Nachbarstaaten. Neben den Verhandlungen über ein Abkommen betreffend Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen fanden seit Sommer 1986 einschlägige Kontakte auf Regierungsebene statt. Am 17. Dezember hatte das Bundesverwaltungsgericht klargestellt, „daß auch ausländischen Anrainern Parteistellung im deutschen atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zukommen kann“. Österreich sah seine Position dadurch gestärkt. Aufgrund der zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschlossenen Vertragsverhandlungen mit der Bundesrepublik sprach sich die österreichische Bundesregierung gegen die Unterstützung von Klagen durch Privatpersonen aus, da ein solches Vorgehen „einem gedeihlichen Verhandlungsklima nicht förderlich“ wäre und „die Unterstützung von Klagen von Privatpersonen gegen den Nachbarstaat grundsätzlich negative Auswirkungen auf die gutnachbarlichen Beziehungen haben würde“. Anfragebeantwortung. Bundeskanzler Franz Vranitzky, 24. August 1987, Zl. 353.110/59-I/6/87.
- 8 In den 1980er-Jahren war die Transitbelastung Tirols nach einer Verlagerung der LKW-Routen nach Österreich beständig angestiegen und führte zu zunehmenden Protesten seitens der Anrainer. Österreich reagierte 1986 zunächst mit einer Verteuerung der Jahresmautkarte und nachdem dies keine verkehrsreduzierende Wirkung zeitigte, 1987 mit der Abschaffung der LKW-Jahreskarte, wodurch sich der Transit massiv verteuerte.
- 9 Über die Gespräche der Verkehrsminister konnte weder in den Akten noch in den Medien Näheres in Erfahrung gebracht werden.
- 10 HVK = Herr Vizekanzler, hier Alois Mock, Vizekanzler (1987–1989) und Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten (1987–1995), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Notwehrmaßnahme dar, die angesichts der hohen Belastungen der lokalen Bevölkerung mehr als gerechtfertigt sei. Diese Maßnahme sei vor allem im Zusammenhang mit dem Hinausziehen der EG-Beschlüsse betreffend die Erteilung eines Verhandlungsmandates zu sehen. Außerdem sei zu bedenken, dass es im Bereich der Jahresmautkarte wiederholt zu Missbräuchen gekommen sei. Er werde jedenfalls nach seiner Rückkehr nach Wien, Bundesminister Streicher¹¹ kontaktieren, um vor allem diesen in Richtung einer politischen Lösung zu motivieren.

BK Kohl sagt zu, dass er bereit sei, in den EG zugunsten rascher Beschlüsse über ein Verhandlungsmandat zu intervenieren. Er werde sich in dieser Angelegenheit an den Präsidenten Jaques Delors¹² wenden¹³ und diese Frage auch beim nächsten EG-Gipfel in Kopenhagen aufgreifen.¹⁴

11 Rudolf Streicher (SPÖ), Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr (1986–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

12 Jacques Delors, Präsident der EG- bzw. EU-Kommission (1985–1995), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

13 Am 27. Oktober 1987 schrieb Kohl an Delors: „Der österreichische Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Vizekanzler Dr. Mock, hat mir gegenüber mit aller Deutlichkeit auf die starke Belastung seines Landes durch den EG-Straßentransitverkehr hingewiesen. Nach österreichischer Auffassung sind durch den überproportionalen Anstieg dieses Verkehrs die Grenzen der Kapazität erreicht. Die betroffene Bevölkerung ist nicht länger bereit, die damit verbundenen Umweltbelastungen und Beeinträchtigungen ihres Lebensraumes weiter hinzunehmen.“

Zwar gibt es seit längerer Zeit Kontakte der Verkehrsminister der unmittelbar betroffenen Mitgliedstaaten Italien und Deutschland mit ihren Kollegen aus Österreich und der Schweiz, bei denen nach Lösungen der Transitproblematik gesucht wird. Seit dem vergangenen Jahr haben an solchen Treffen wiederholt auch der jeweilige Präsident des Verkehrsministerrates und das zuständige Kommissionsmitglied teilgenommen. Diese Bemühungen müssen aber durch eine konkrete Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft ergänzt werden.

Die Kommission hat im Juli d. J. nach Aufforderung durch den Rat den Vorschlag für ein Verhandlungsmandat zur Erleichterung des Transitverkehrs durch Österreich, die Schweiz und Jugoslawien vorgelegt. Dieser Vorschlag wird z. Z. in dem zuständigen Ratsgremium in Brüssel beraten.

Nachdem die seit rd. 10 Jahren auf dem Gebiet des Verkehrs bestehenden Kontakte zwischen der Gemeinschaft und Österreich bisher keine konkreten Ergebnisse gebracht haben, messe ich den Verhandlungen, die nach Verabschiedung des Mandats aufgenommen werden, große Bedeutung bei, denn Österreich ist das für den Transitverkehr der Gemeinschaft bei weitem wichtigste Land geworden. Diese Bedeutung wird mit Vollendung des Binnenmarktes, den wir ja gemeinsam für 1992 anstreben, noch zunehmen.

Ich wäre Ihnen daher sehr dankbar, sehr geehrter Herr Präsident, wenn auch Sie Ihren Einfluß geltend machen könnten, damit das Mandat auf der nächsten Ratstagung der Verkehrsminister am 07.12.1987 verabschiedet wird.“ Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, Karton „Staatsbesuche 1987/90, 1991–1996“.

14 Am 4. und 5. Dezember 1987 fand in Kopenhagen der 37. Europäische Rat statt. Es war der erste nach dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte. Dort blieb eine Einigung über den vorgelegten EG-Haushalt aus. Im Rahmen der EPZ (Anm. 15) gab der Rat drei Erklärungen ab: zu den Ost-West-Beziehungen, zum Nahen und Mittleren Osten und zu Afghanistan. Daraufhin vertagte sich der Rat auf den 11. und 12. Februar 1988.

Der HVK merkt zum Problem des Kernanlagenvertrages an, dass die Verhandlungen bis Ende des Vorjahres sehr gut gelaufen seien. Was den Notenwechsel betreffend die Ausdehnung des Geltungsbereiches über die Grenzzone hinaus betrifft, sollte [man] die Möglichkeit einer leichteren Rücknahme dieser Verpflichtung prüfen, um auf diese Weise eher eine Akzeptanz auf bayrischer Seite zu erzielen.

Zum Gedenkjahr 1938–1988 meinte der HVK, dass dieses sicher Anlass zu sehr vielseitigen und kontroversiellen Kommentaren sein werde; er bitte um Verständnis und Nachsicht, falls die eine oder andere Äußerung etwas über das Ziel schießt und der Qualität der heutigen bilateralen Beziehungen nicht voll gerecht wird.

Schließlich bittet der HVK BK Kohl um Unterstützung bei der Frage der Beherbergung der KSZE-Abrüstungskonferenzen in Wien und verweist auf den bekannten Widerstand Frankreichs. BK Kohl erklärt sich gerne bereit, diesbezüglich bei seinem französischen Amtskollegen zu intervenieren.

Abschließend kommt BK Kohl auf eine Bitte der Stadt Bonn zu sprechen, welche anlässlich einer Ausstellung „2000 Jahre Bonn“ im kommenden Jahr die Reichskleinodien der Wr. Schatzkammer herzeigen möchte. Hiezu meint der HVK, dass es diesbezüglich wahrscheinlich Widerstände der Museumsdirektoren geben werde, worauf BK Kohl repliziert, es müsse nicht der gesamte Schatz sein; die Bonner würden sich auch mit einzelnen Teilen desselben begnügen.

Gespräch Vizekanzler Genscher mit Vizekanzler Dr. Mock
in Bonn 7. Oktober 1987

Der HVK leitet das Frühstücksgespräch mit einer Darstellung der neuen österreichischen Integrationspolitik ein und verweist insbesondere auf die in Hinkunft bei Gesetzesvorlagen anzubringende Konformitätsklausel, die darlegen soll, ob und inwieweit die österreichischen Regelungen dem Gemeinschaftsrecht entsprechen. Der HVK dankt dann für die „briefings“ durch das Auswärtige Amt in Angelegenheiten EPZ.¹⁵ Außerdem unterstreicht er das österreichische Interesse an einer Zusammenarbeit im Währungsbereich und im Bereich von EUREKA;¹⁶ das

15 Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) sah zwischen den EG-Mitgliedstaaten von 1970–1992 Konsultation und Kooperation im Bereich der Außenpolitik vor. Die Initiative ging auf den Gipfel von Den Haag 1969 und den Davignon-Bericht von Oktober 1970 zurück. Zunächst ohne vertragliche Grundlage basierte die EPZ auf der freiwilligen Zusammenarbeit der beteiligten Regierungen. Die Kommission und das Europäische Parlament besaßen keine Kompetenzen. Die Entscheidungen wurden im Europäischen Rat auf Ebene der Staats- und Regierungschefs getroffen. Erst in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) von 1986 wurde die EPZ auch vertraglich verankert, behielt jedoch ihren intergouvernementalen Charakter. Im Vertrag von Maastricht 1992 wurde die EPZ suspendiert und an deren Stelle die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) geschaffen.

16 EUREKA = European Research Coordination Agency. Die European Research Coordination Agency wurde von 17 Staaten Europas und Repräsentanten der Europäischen Gemeinschaften 1985 ins Leben gerufen. Der Impuls ging von Frankreich und der Bundesrepublik aus.

letztenannte Interesse werde durch den für das übernächste Jahr vorgesehenen Vorsitz Österreichs in EUREKA dokumentiert.

Hinsichtlich der Verkehrspolitik meint der HVK, dass in der österreichischen Bevölkerung eine große Beunruhigung über die Belastung durch den Transitverkehr entstanden sei. Die Gemeinschaften müssten endlich zu einem Beschluss über ein Verhandlungsmandat gelangen.

Gleichzeitig meldet der HVK das österreichische Interesse an der EG-Aussenpolitik an und zwar insbesondere am Euro-arabischen Dialog, sowie den Beziehungen der EG zu ASEAN und Lateinamerika.

Schließlich erinnert der HVK an einen Brief, den er an VK Genscher zur Frage der Erhöhung des Budgets des Europarates geschrieben habe; der Europarat bleibe ein nützliches und wichtiges Forum; er selbst unterstütze GS Oreja¹⁷ in seinen Bemühungen um eine Strukturbereinigung im Verhältnis zu der EG (s. auch Bericht der COLOMBO-Kommission).¹⁸

In seiner Antwort meint VK Genscher, dass die österr. Strategie einer völligen Einbindung in den Binnenmarkt die einzig richtige sei; Österreich müsste sich gänzlich auf diesen neuen Wirtschaftsraum einstellen und sich nicht in Einzel- oder Sonderregelungen verzetteln.

VK Genscher anerkennt die Bedeutung des ER¹⁹ als notwendige politische Ergänzung zur Wirtschaftskooperation zwischen EG und EFTA; wie auch schon das Beispiel EUREKA zeigt, muss Europa offen angelegt werden.

Über Ersuchen des HVK gibt dann VK Genscher seine Bewertung des Ost-West-Verhältnisses wieder:

Gorbatschow, aber auch schon Andropow, seien die richtigen Personen zur richtigen Zeit. Die technologische Entwicklung dränge zu mehr Offenheit; wenn sich ein Land dieser Entwicklung verschließe, fällt es zurück. Abgesehen vom militärischen Sektor sei die Sowjetunion überall zurückgeblieben. Dass die Sowjetunion nur auf dem militärischen Sektor an der Spitze liege, in den meisten Wirtschaftsbereichen aber weit abgeschlagen sei, erkläre sich unter anderem daraus dass es innerhalb des sowjetischen Systems eine Art Technologiesperre gibt, die den Transfer von „know-how“ aus dem Rüstungsbereich in den zivilen Bereich weitgehend verhindere. Die Reformen in China, das weniger bürokratisiert sei, hätten ebenfalls einen gewissen Einfluss auf die sowjetische Reform gehabt. Ob Gorbatschow mit seiner Reform durchkomme oder nicht, sei allerdings ungewiss.

17 Marcelino Oreja Aguirre, Generalsekretär des Europarates (1984–1989), Mitglied des Europäischen Parlaments (1989–1993).

18 Die Commission of Eminent European Personalities („Colombo Commission“) wurde 1984 unter dem Vorsitz des christdemokratischen italienischen Spitzenpolitikers Emilio Colombo gegründet und legte im Juni 1986 dem Europarat ihren Bericht vor, der sich unter anderem für eine engere Kooperation zwischen dem Europarat und dem Europäischen Parlament aussprach. Die Versammlung des europäischen Parlaments befasste sich am 27. Jänner 1987 mit dem Bericht und fasste die zustimmende Resolution 871 (1987).

19 Europarats

Die echte Frage, die sich dem Westen stelle, sei, ob diese Kombination von innerer Reform mit einer weniger kostspieligen Aussenpolitik im Interesse des Westens liege. Er, Genscher bejahe diese Frage, da das sowjetische Verhalten jetzt berechenbarer geworden sei. Allerdings bedeute dies nicht unbedingt eine Vereinfachung für den Westen. Man müsse diese neue Entwicklung in Osteuropa vielmehr als große Herausforderung für den Westen ansehen. Er habe schon wiederholt den Standpunkt vertreten, dass die West-West-Dynamik nicht hinter der Ost-West-Dynamik zurückbleiben dürfe. Der Westen könne diese Situation nur nützen, wenn er zusammenstehe, sich also nicht selbst schwäche, etwa durch wechselseitige Protektionismen und einen West-West-Handelskrieg.

Offenkundig sei, dass Gorbatschow keine Demokratisierung anstrebe, sondern nur eine Reform innerhalb des bestehenden Systems. Diesbezüglich stelle sich allerdings die andere Frage, wie weit dieses System überhaupt reformfähig sei und wie bald die Grenzen einer solchen Reform erreicht seien. Vorläufig begnüge man sich in der Sowjetunion mit einer Rückkehr zu den Prinzipien der 20er Jahre (Lenin), was leichter zu verkraften wäre.

Am Westen liege es, die Sowjetunion bei ihren Reformbemühungen zu ermutigen. Diese Reformbemühungen hätten sich auch schon in der Aussenpolitik fortgesetzt. Dies zeige sich in erster Linie beim Verzicht Gorbatschows auf die dogmatische Ablehnung von „on-site-Inspektionen; erst durch diese Wende sei der positive Abschluss der KVAE²⁰ in Stockholm und auch das INF-Abkommen²¹ möglich geworden.

Die sowjetische Gesellschaft wisse auf die meisten Fragen, die sich derzeit stellen, keine Antwort und stehe der Reform völlig unvorbereitet gegenüber. Sacharow²² habe im Gespräch mit Weizsäcker und Genscher²³ um Unterstützung des Westens für den Kurs von Gorbatschow gebeten, da bei dessen Scheitern mit einer Remilitarisierung der sowjetischen Gesellschaft zu rechnen sei.

20 Die Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) fand von 17. Jänner 1984 bis 19. September 1986 in Stockholm statt. Siehe dazu bereits Dok. 1, Anm. 42.

21 INF = Intermediate Range Nuclear Forces. The Treaty Between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on the Elimination of Their Intermediate-Range and Shorter-Range Missiles, der INF-Vertrag, wurde am 8. Dezember 1987 durch die Sowjetunion und die USA unterzeichnet und trat am 1. Juni 1988 in Kraft. Er sah die Vernichtung und das Produktionsverbot nuklearer Flugkörper mit mittlerer Reichweite (500 bis 5500 Meter) vor. Der amerikanische Senat ratifizierte den Vertrag am 27. Mai 1988, am 1. Juni trat er in Kraft. Der INF-Vertrag gilt als die erste tatsächliche Abrüstungsvereinbarung, mit der eine vollständige Kategorie von Kernwaffen beseitigt wurde. Durch die Einigung der Vertragspartner auf Inspektionen vor Ort und regelmäßige Verdachtskontrollen wurde nicht nur die Wirksamkeit des INF-Vertrages sichergestellt, vielmehr erhielt er Beispielcharakter für weitere Abrüstungsverträge, insbesondere für die Verträge zu START auf dem Gebiet der nuklearen Langstreckenraketen sowie die Verträge im Bereich der konventionellen Streitkräfte in Europa.

22 Andrei D. Sacharow, Physiker, Dissident, Friedensnobelpreisträger (1975), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

23 Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1984–1994) war in Begleitung von Außenminister Genscher vom 6. bis 11. August 1987 auf Staatsbesuch in der UdSSR.

VK Genscher stellt mit Befriedigung fest, dass nunmehr auch AM Shultz²⁴ diese positive Einschätzung der Entwicklung in der Sowjetunion teile. Dass es zu diesem Umdenken in der Sowjetunion gekommen sei, wäre nicht zuletzt auch die Folge der beharrlichen Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses durch die Staaten der Allianz; wenn man sich etwas vorgenommen habe, dann müsse man es auch durchziehen. Als abschreckendes Beispiel diene das Weizenembargo Präsident Carters²⁵ gegenüber der Sowjetunion, das dann von Präsident Reagan²⁶ zurückgenommen worden sei, ohne dass die Entwicklung in Afghanistan ein derartiges Entgegenkommen gerechtfertigt hätte.

VK Genscher unterstreicht seine Zuversicht hinsichtlich der Zwangsläufigkeit der sowjetischen Entwicklung, wobei allerdings Rückschläge nicht auszuschließen seien und daher das definitive Tempo nicht vorhergesagt werden könne. Tschernobyl²⁷ sei für die sowjetische Führung ein Schlüsselerlebnis gewesen, weil die ersten Meldungen über das Unglück aus dem Westen kamen und der Führung erstmals klar wurde, dass sie ihre bisherige totale Informationskontrolle über wichtige Vorgänge im eigenen Land verloren hatte.

VK Genscher erwähnt noch das Bemühen der Bundesrepublik, die Beziehungen zu Ungarn exemplarisch weiterzuentwickeln. Was Jugoslawien betrifft, so teilt er die vom HVK ausgesprochene große Sorge über die Entwicklung in diesem Land und streicht hervor, dass sich die Bundesrepublik im Rahmen der EG mit großem Nachdruck für die Interessen Jugoslawiens einsetze.

Abschließend kommt der HVK auf die österreichisch-deutschen Verhandlungen betreffend die Sicherheit von Kernanlagen zu sprechen und hofft, dass es gelingen wird, durch persönliche Kontakte die erstarrten Fronten aufzulockern. Er verweist auf die in diesem Zusammenhang bereits bestehenden und zum Teil auch schon funktionierenden Verträge mit der ČSSR²⁸ und Ungarn;²⁹ es wäre im höchsten Maße unangenehm, wenn es zwar gelinge, derartige Verträge mit kommunistischen Nachbarstaaten abzuschließen, man jedoch mit einem befreundeten westlichen Nachbar diesbezüglich nicht weiterkomme. Er hoffe sehr, dass bis Jahresende der Inhalt dieses Vertrages feststehe.

24 George P. Shultz, Außenminister der USA (1982–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

25 James E. Carter, Präsident der USA (1977–1981), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

26 Ronald Reagan, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika (1981–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

27 Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ereignete sich am 26. April 1986 in Block 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl nahe der ukrainischen Stadt Prypjat. Auf der siebenstufigen internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse wurde sie als erstes Ereignis der Kategorie „katastrophaler Unfall“ eingeordnet.

28 Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses in Zusammenhang mit Kernanlagen, BGBl. Nr. 208/1984.

29 Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen, BGBl. Nr. 454/1987.

Der HVK spricht kurz den französischen Widerstand gegen die Abhaltung der KSZE-Abrüstungsverhandlungen in Wien³⁰ an, und bittet um deutsche Unterstützung zur Überwindung dieses Widerstandes. Darauf repliziert VK Genscher, dass man sich gerne bemühen werde, man aber in der Vergangenheit bei Frankreich stets gegen Betonwände angeknallt sei.

Dok. 12: Bericht. Auswirkungen der Perestroika auf die DDR, 22.10.1987

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 22. Oktober 1987, Zl. 200-RES/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 225.03.00/61-II.3/87¹

Auswirkungen der Gorbatschowschen Reformpolitik auf die DDR

Wenn die Gorbatschowschen Reformbestrebungen darauf ausgerichtet sind, eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Straffung und Umgestaltung in der Sowjet-

30 Damit sind die im KSZE-Rahmen stattfindenden und schließlich im Frühjahr 1989 aufgenommen „Wiener Gespräche“ gemeint. Es handelte sich um die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) und über „Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen“ (VSBM).

1 Mit Erlass Zl. 225.03.00/50-II.3/87 vom 1. Oktober 1987 forderte die Ostabteilung des BMAA (Abteilung II.3) die österreichischen Botschaften in Berlin, Bukarest, Prag, Warschau, Budapest, Moskau und Sofia erneut zur Berichterstattung über die Auswirkungen der sowjetischen Außenpolitik auf die Warschauer-Pakt-Staaten auf: „Bis jetzt hat sich kein klares Bild von den Auswirkungen der Gorbatschowschen Reformpolitik auf die Beziehungen innerhalb des Warschauer Pakts bzw. der Sowjetunion mit den einzelnen anderen WP-Staaten ergeben. Von besonderem Interesse wäre, ob in der Sowjetunion bereits mit einem ausreichend tiefgreifenden Wandel gerechnet werden kann, um den Verbündeten einen spürbar größeren innen- und außenpolitischen Handlungsspielraum zu geben, oder, ob es ganz im Gegenteil zu einer noch engeren Bindung an Moskau einschließlich ständiger Sanktionsdrohungen (Breschnew-Doktrin) kommen wird.“

An einer zusammenfassenden Berichterstattung i.G. besteht ho. großes Interesse, wobei folgende Punkte behandelt werden mögen: Generelle Einschätzung des Gorbatschow-Kurses für die WP-internen Beziehungen, Entwicklung des Handlungsspielraumes für den Empfangsstaat, vor allem betreffend innenpolitische Lockerung (Menschenrechte, Wirtschaftsorganisation, Rolle des Militärs und der Staatssicherheitsdienste), bilaterale Beziehungen, vor allem mit westlichen Staaten. Neben aktuellen Tendenzen geht es auch um die Frage, ob allenfalls konkrete Ansätze zu einer Überwindung der Breschnew-Doktrin vorhanden sind und wie die Erfolgsaussichten einer solchen Entwicklung gegebenenfalls eingeschätzt werden.“ Sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow mehr Bewegungsspielraum für Bruderstaaten, gez. für den Bundesminister Ernst Sucharipa, Sachbearbeiter Legationssekretär Hans Peter Manz, Wien, 1. Oktober 1987, 199-Res/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 225.03.00/50-II.3/87. Nach einem weiteren fernschriftlichen Erlass Zl. 225.03.00/55-a2.3/87 (FS 85298) vom 21. Oktober 1987 lieferte Botschafter Wunderbaldinger den hier wiedergegebenen Bericht. Basierend auf den Botschaftsberichten wurde in der Ostabteilung eine Analyse erstellt. Siehe Dok. 14.

union herbeizuführen, so hat die DDR-Führung nicht unrecht, wenn sie feststellt, daß diese Bestrebungen auf die Sowjetunion beschränkt sind, Gorbatschow nicht verlange, daß andere Bruderstaaten diesen Anstrengungen folgen und selbst eingeräumt habe, dass jedes sozialistische Land den jeweiligen Gegebenheiten entsprechend einen eigenständigen Weg zum Sozialismus finden könne. Zweifellos werden von oben herab die Gorbatschowschen Reformanstrengungen in der DDR mit der Begründung nicht nachvollzogen, daß hierfür in der DDR keine Notwendigkeit sei. Dies ist im großen und ganzen auf wirtschaftlichem Gebiet zutreffend. Die DDR-Wirtschaft steht im COMECON² deutlich an der Spitze, wobei allerdings der Rückstand gegenüber westlichen Industrienationen nicht übersehen werden darf.

Auswirkungen haben die Gorbatschowschen Äußerungen zur Umgestaltung zweifellos in der DDR gehabt. Die Kirche konnte auf Regionalsynoden z. B. offen einen Wehrersatzdienst und eine normative Regelung für Westreisen verlangen. Dieser größere Spielraum der evangelischen Kirche wird jedoch von staatlicher Seite eingeräumt und die Kirche versucht in einer Selbstbeschränkung die gezogene Grenze nicht zu überschreiten.

Jugendliche Randgruppen in der DDR können sich in den letzten Monaten freier artikulieren. Die Sicherheitskräfte zeigen bei gruppenhaftem Auftreten in der Öffentlichkeit zum Teil erhebliche Geduld und greifen nicht ein. Die Reisen in westliche Länder – vor allem in die Bundesrepublik Deutschland – haben in den letzten Jahren von einigen zigtausend auf über 3 Millionen zugenommen. Die Neudefinition der als Geheimnisträger eingestuften Bürger wird eine Reduzierung der Geheimnisträger um zwei Drittel nach sich ziehen und damit einem weiteren Personenkreis die Reise in den Westen ermöglichen.³

Diese Punkte sowie die Reisen des Staatsratsvorsitzenden in bisher bereits vier NATO-Staaten⁴ waren sicherlich nur mit Duldung und zum Teil mit Zustimmung der Sowjetunion möglich. Nach wie vor folgt die DDR jedoch der Sowjetunion vollkommen in der Verteidigungs-, Abrüstungs- und internationalen Politik. Die bilateralen Beziehungen mit westlichen Staaten, besonders mit der Bundesrepublik Deutschland unterliegen darüber hinaus der wachsenden Beobachtung und zum Teil Kontrolle durch Polen und die Tschechoslowakei.

Kein anderer Bruderstaat im kommunistischen Lager hat wie die DDR ein größeres, wirtschaftlich stärkeres, kapitalistisches Gegenüber, das durch Massenmedien und in letzter Zeit nicht unbedeutende Besucherströme täglich auf die

2 COMECON = Council for Mutual Economic Assistance (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)

3 Bis Mitte der 1980er-Jahre war die Zahl der „Geheimnisträger“ – für die gesonderte Reisebestimmungen galten – aufgrund der ausufernden Klassifizierung von Vorgängen als Verschlusssachen auf ca. 190.000 Personen angewachsen. 1987 und 1988 erfolgten Neuregelungen. Dennoch reduzierte sich die Zahl bis 1989 nur auf ca. 127.000 Personen.

4 Honecker hatte 1985 Italien und Griechenland sowie 1987 die Niederlande und Belgien besucht.

eigene Bevölkerung einwirkt. Die Situation der DDR ist daher auch hinsichtlich der reformatorischen [sic!] Bestrebungen Gorbatschows durchaus einzigartig. Die Sowjetunion selbst kann nicht daran interessiert sein und ist nicht daran interessiert, dass ihr stärkster Bündnispartner durch die Entwicklung im eigenen Land, die noch – lange – nicht abgeschlossen ist, aus dem Tritt kommt.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger

Dok. 13: Bericht. Die BRD zwischen Westbindung und Ostpolitik, 23.10.1987

Botschafter Friedrich Bauer an BMAA, Bonn, 23. Oktober 1987, Zl. 471-RES/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 22.17.00/1-II.1/87¹

BRD; Zwischen Westbindung und Ostpolitik

Mit seiner Davos-Rede vom 1.2.1987 (Ber. Zl. 45.29/55-A/87 vom 29.5.1987)² war AM Genscher zu einem frühen Zeitpunkt öffentlich dafür eingetreten, „Gorbatschow beim Wort zu nehmen“. Aus der Umgebung des Bundeskanzlers (und noch viel stärker vom Verteidigungsminister)³ kamen vorsichtiger Bewertungen der Bemühungen Gorbatschows, welche die positiv beurteilten Ankündigungen des Generalsekretärs mit dem bisher Erreichten verglichen. Auch zuständige höhere Beamte im Auswärtigen Amt räumen ein, dass sich Genscher zu früh etwas „zu weit aus dem Fenster gelehnt“ habe, und bringen dies mit den innen- und aussenpolitischen Profilierungsnotwendigkeiten des Aussenministers in Verbindung. Ohne Zweifel erweist sich Genscher aber auch hier (wie schon bei der

1 Der Bericht (Sachbearbeiter Wolfgang Loibl) wurde in Verfolg der Berichte Zl. 132-RES/87 vom 3. April 1987 (siehe Botschafter Bauer an BMAA, Bonn, 3. April 1987, Zl. 132-RES/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 225.03.00/40-II.3/87) und Zl. 45.29/51-A/86 vom 4. Dezember 1986 (nicht erhalten bzw. nicht auffindbar) erstellt. Er lagte am 2. November 1987 am Ballhausplatz ein und lag der Abteilung II.1, dem Generalsekretär und dem Kabinett des Ministers vor. Sofern nicht separat gekennzeichnet erfolgten die Unterstreichungen bereits maschinell in Bonn.

2 Der Bericht konnte nicht aufgefunden werden. In einer vielbeachteten, als neue Version von Appeasement-Politik und „Genscherismus“ gebrandmarkten Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 1. Februar 1987 forderte Genscher den Westen zur Aufgeschlossenheit und Kooperation mit Gorbatschow auf: „Nehmen wir Gorbatschow ernst, nehmen wir ihn beim Wort.“ Für die Rede in Davos siehe: Nehmen wir Gorbatschow ernst, nehmen wir ihn beim Wort!, in: Genscher, Unterwegs zur Einheit, S. 137–150.

3 Manfred Wörner (CDU), Minister für Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland (1982–1988), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Pershing IA)⁴ als der Politiker mit dem grösseren politischen Gespür – seine Gegner würden von Opportunismus sprechen. Denn offensichtlich ist die Friedens- und Entspannungssehnsucht auch in der BRD-Bevölkerung tiefer verwurzelt, und es ist daher publikumswirksamer und politisch klüger, auf einer von aussen nicht beeinflussbaren Welle (wie der „Perestrojka“) zu reiten als sich ihr entgegenzustellen; die weitere Entwicklung wird ohnedies zeigen, inwieweit sich Gorbatschow durchsetzen kann, und der Aussenpolitiker Genscher sieht die Gefahr einer leichtfertigen Entspannungseuphorie (die dem Westen, der sich die Schuld daran allerdings selbst zuzuschreiben hat, in den 70er Jahren nicht genützt hat) mit anderen Augen als die Verteidigungspolitiker. Kommt Gorbatschow durch, so hat Genscher es im Interesse der deutsch-sowjetischen Beziehungen als Erster gesagt; anderenfalls hat sich bedauerlicherweise seine Stimme der Vernunft eben nicht durchgesetzt.

Dennoch scheint sich der Aussenminister mit dieser einseitigen Betonung nicht mehr ganz wohl zu fühlen (Spötter behaupten, seine Aktien stünden in Washington nicht sehr hoch, weshalb er sich mit solcher Begeisterung auf die deutsch-französische Freundschaft werfe), oder aber er meint, im Westen bereits eine hinreichend positive Haltung gegenüber Gorbatschow bewirkt zu haben. Denn seit dem geglückten Honecker-Besuch⁵ sind wieder verstärkt im letzten Jahr zu kurz gekommene Akzente zu hören, die sich auf die Notwendigkeit einer Pflege des transatlantischen Verhältnisses und der EG-Beziehungen konzentrieren. Symptomatisch dafür ist Genschers Beitrag für die „Nordsee-Zeitung“ (Beilage)⁶ und verschiedene darauffolgende Interviews; daneben tritt der Aussenminister freilich weiterhin für eine aktive Ostpolitik auf Grundlage einer gemeinsamen westlichen Strategie (vergleiche dazu die beiliegende ausführliche Rede in Minnesota)⁷ ein.

Obwohl das Auswärtige Amt mit Interpretationen eher zugeknöpft ist, lässt sich doch aus diesen öffentlichen Erklärungen wie aus der ständigen Informierung aller westlichen Besuche über den Honecker-Besuch (über den sie durch ihre Botschaften ohnedies Bescheid wissen) das geflissentliche Bemühen ablesen,

4 Siehe Dok. 8, Anm. 5

5 Erich Honecker besuchte von 7. bis 11. September die Bundesrepublik. Zum Besuch siehe Dok. 9 und 10.

6 „Wir sind verankert in der Gemeinschaft der europäischen Demokratien der EG und im westlichen Bündnis. Wir haben für die Entwicklung unserer Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn mit unserer Vertragspolitik stabile und dynamische Grundlagen geschaffen. Als Unterzeichner der Schlussakte von Helsinki bemühen wir uns um die Entwicklung einer Friedensordnung für Europa.“ Zudem erteilte er in diesem Artikel jedweden „Neutralismus“ und Alleingängen im Ost-West-Verhältnis eine Absage. Siehe: Hans-Dietrich Genscher, Europa zukunftsfähig machen, in: Nordsee Zeitung, 19. September 1987.

7 Genscher hielt seine Rede am 9. Oktober 1987 im Rahmen der vom 9. bis 11. Oktober 1987 stattfindenden Tagung des Institute for East-West-Security-Studies in St. Paul, Minnesota/USA. Hans-Dietrich Genscher, Strategie für den Fortschritt der Menschheit, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 14. Oktober 1987, S. 893–898.

möglicherweise vorhandenes Misstrauen (besonders in den USA und in Frankreich; die Davos-Rede hatte nicht überall begeisterte Aufnahme gefunden) über einen deutschen Sonderweg des Neutralismus usw. zu beschwichtigen. Auch der BK hat verschiedene öffentliche Anlässe benutzt, um die feste Westverankerung seines Landes zu unterstreichen. Bei diesen Erklärungsbemühungen mag auch eine Rolle spielen, dass die westlichen Verbündeten der BRD Angst und Eifersucht plagen könnten, Bonn würde ihnen in Moskau und in Osteuropa den Rang ablaufen (besonders im wirtschaftlichen Bereich).

Die BRD knüpft mit dieser Akzentverschiebung wieder an eine Tradition der frühen 70er Jahre an, als sie eine aktive Ostpolitik mit gleichzeitigen Schritten im Westen auszugleichen bemüht war (erhöhter Verteidigungsbeitrag; große Bemühungen um eine Stärkung der EG usw.). Dies geschieht in der Erkenntnis, dass eine aktive Ostpolitik nur mit Duldung, Verständnis und Unterstützung der westlichen Partner möglich ist.

Dahinter steht aber auch die zutreffende Einsicht der BRD, dass der Westen bisher keine gemeinsame kohärente Strategie gegenüber dem Osten entwickeln konnte und daher Gorbatschows-Initiativen vor der Öffentlichkeit weitgehend hilflos gegenübersteht. Die Arbeiten an einer solchen Strategie laufen in KSZE, bei der EG und NATO wie auch auf den Weltwirtschaftsgipfeln, haben aber bisher noch wenig sichtbare Ergebnisse gebracht. Genschers Werben für eine Ostpolitik auf gesicherter westlicher Grundlage ist auch in diesem Rahmen zu sehen.

Darüberhinaus glaubt die BRD aber auch, dass sie und die Westeuropäer überhaupt im Zuge der stürmischen positiven Entwicklung zwischen den USA und der SU ihr eigenes Gewicht besser zur Geltung bringen müssen: Denn immer sind die Westeuropäer (ähnlich wie die N+N) von der doppelten Angst beherrscht, die Supermächte bzw. das Ost-West-Verhältnis könnten zu schlecht (Einfrieren der Ostbeziehungen) oder zu gut (Einigung über ihre Köpfe hinweg) sein.

Niemand bestreitet in der BRD, dass ein „zivilisierteres“ inneres und äußeres Verhalten der SU auch im westlichen Interesse liegen würde. Eine verstärkte Informationspolitik würde in der SU-Öffentlichkeit die Erkenntnisse über den Westen verbreitern und damit zum Abbau von Feindbildern und des tief verwurzelten Misstrauens gegenüber der Außenwelt beitragen, das eines der Hauptprobleme der Ost-West-Beziehungen darstellt.⁸

Die Bemühungen um das deutsch-sowjetische Verhältnis sind aber nicht nur in die Stärkung der Westbeziehungen, sondern auch in das Bestreben der BRD eingebettet, im gleichen Takt auch die Beziehungen zu den anderen osteuropäischen Staaten zu verbessern und zu intensivieren (Besuche Honeckers,⁹ Schifkows¹⁰ und

8 Die Unterstreichung dieser Passage erfolgte handschriftlich im BMAA.

9 Siehe Dok. 9 und 10

10 Der Vorsitzende des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien, Todor Ch. Schiwkow, stattete der Bundesrepublik vom 2. bis 5. Juni 1987 einen offiziellen Besuch ab.

Grósz' in Bonn;¹¹ Genscher in Bulgarien¹² sowie noch heuer Reisen nach Albanien,¹³ Bukarest¹⁴ und spätestens im Frühjahr 1988 nach Polen;¹⁵ BK-Besuch in der ČSSR wahrscheinlich Jänner 1988).¹⁶ Dabei war Bonn bemüht, am Beispiel Ungarns (vor allem durch den staatlich garantierten, frei verfügbaren Milliardenkredit) ein Vorbild für die möglichen Beziehungen mit den anderen osteuropäischen Staaten – vor allem der VR Polen – vorzuzeigen. Denn Bonn ist sich der zentralen Rolle der Beziehungen zur SU zwar bewusst, will aber gerade im Zuge der Verbesserung der Supermachtsbeziehungen auch sein Verhältnis zu den Verbündeten der SU (die besonders wirtschaftlich auch darauf angewiesen sind) nicht verkümmern oder vom eigenen Verhältnis zur SU ausschliesslich abhängig werden lassen.

So ist die BRD in einen vielfältigen aussenpolitischen Bezugsrahmen eingespant (Washington; EG; SU; Osteuropa; Deutschlandpolitik), in dessen Koordinatensystem jede Bewegung sorgfältig bedacht und entsprechend kompensiert werden muss: Eine schmerzliche Lage für ein wirtschaftlich grosses Land, das seine aussenpolitische Stärke wegen der vielen Abhängigkeiten nicht voll einzusetzen wagen kann.

Der Botschafter:
Bauer m. p.

11 Der ungarische Ministerpräsident Károly Grósz (1987/88) hatte von 7. bis 10. Oktober 1987 die Bundesrepublik besucht. Für den Bericht des stellvertretenden Außenministers László Kovács an das Zentralkomitee über den Besuch Grósz' in Bonn siehe: Bericht für das Zentralkomitee und den Ministerrat über den offiziellen Besuch von Genossen Károly Grósz in der Bundesrepublik Deutschland (vom 7. bis 10. Oktober 1987), in: Herder-Institut (Hg.), Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul „Umbruch in Ungarn 1985–1990“, bearb. von Andreas Schmidt-Schweizer (Budapest). <https://www.herder-institut.de/resolve/qid/2287.html> (zuletzt abgerufen am 28. Dezember 2016). Siehe: Dokumente 2–6 in: Andreas Schmidt-Schweizer (Hg.), Die politisch-diplomatischen Beziehungen in der Wendezeit 1987–1990, Berlin/Boston 2018.

12 Außenminister Hans-Dietrich Genscher besuchte Bulgarien vom 16. bis 19. Juli 1987.

13 Außenminister Hans-Dietrich Genscher stattete der albanischen Hauptstadt Tirana am 23. Oktober 1987 einen Kurzbesuch ab.

14 Außenminister Hans-Dietrich Genscher besuchte Rumänien vom 16. bis 17. Dezember 1987. Im Mittelpunkt der Visite standen die Belange der deutschstämmigen Minderheit und die Frage ihrer weiteren Ausreise.

15 Außenminister Hans-Dietrich Genscher besuchte vom 10. bis 13. Jänner 1988 Polen. Siehe zu den polnisch-westdeutschen Beziehungen auch Dok. 33

16 Bundeskanzler Helmut Kohl besuchte am 25. und 26. Jänner 1988 die Tschechoslowakei.

Dok. 14: [Auszug] Analyse. Bewegungsspielraum der DDR im Warschauer Pakt, 14.12.1987

Analyse, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 14. Dezember 1987, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 225.03.00/78-II.3/87¹

Sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow; Bewegungsspielraum für WP-Staaten?

[...]²

- b) DDR: Mit Ausnahme Rumäniens das Land, in dem der Reformkurs Gorbatschows mit der größten Zurückhaltung aufgenommen wurde. Gewisse Erleichterungen im inneren Bereich (Reisegenehmigung, Reduzierung der Zahl der „Geheimnisträger“, etwas größerer Spielraum der Kirche) sind eher im Zusammenhang mit der Entwicklung des deutsch-deutschen Verhältnisses zu sehen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn seitens der DDR die Beibehaltung der bisherigen Linie auf den von Gorbatschow postulierten eigenständigen Weg jedes sozialistischen Landes gestützt wird.

[...]³

Dok. 15: Bericht. DDR-Haltung zur deutschen Teilung, 26.1.1988

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 26. Jänner 1988, Zl. 17-RES/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 22.17.01/1-II.3/88¹

„Pangermanische“ Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Deutschlandpolitik²

In einem scharfen Kommentar des Zentralorgans der SED „Neues Deutschland“ über das Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Deutschlandpolitik³ heißt

- 1 Die Analyse erging nach Genehmigung durch den Leiter der Abteilung II.3 Ernst Sucharipa (abgezeichnet von Legationssekretär Hans Peter Manz am 14. Dezember 1987) an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Abteilungen II.1, II.7 und die österreichischen Auslandsvertretungen gemäß Liste KSZE. Den österreichischen Botschaften in Berlin, Budapest, Bukarest, Moskau, Prag, Sofia und Warschau erhielten zudem die der Analyse zugrundeliegenden Berichte eben dieser Botschaften. Das BMAA dankte für die Berichterstattung.
- 2 Ausgelassen wurden die allgemeine Einschätzung und die Kurzeinschätzung a) Rumänien.
- 3 Ausgelassen wurden die Kurzeinschätzungen zur Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen und Ungarn.

- 1 Der Bericht wurde im BMAA den Abteilungen II.1, II.3 und I.2 zur Kenntnis gebracht und am 5. Februar 1988 durch Legationsrat Josef Litschauer (Abteilung II.3) an die österreichischen Botschaften in Bonn, Washington, Moskau, Paris und London sowie an die Österreichische Delegation Berlin weitergeleitet.
- 2 Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur aktuellen Lage der Berlin- und Deutschlandpolitik in Berlin (West) vom 19. Januar 1988, in: Texte zur Deutschlandpolitik III/6 – 1988, S. 19–20.
- 3 „Das am Dienstag von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU veröffentlichte Papier zur Deutschlandpolitik“ ist das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt ist. Mit ihm wird der schon seit

es, dass die CDU/CSU-Führung heute vor dem Scherbenhaufen ihrer Illusionen steht und keine noch so realitätsferne, um nicht zu sagen, nationalistische, großdeutsche, pangermanische Resolution kann daran etwas ändern. Mit dem CDU/CSU-Papier, das das Papier nicht wert ist, auf dem es gedruckt ist, wird der schon seit über 40 Jahren gescheiterte Versuch unternommen, europäische Politik unter Umgehung der Realitäten zu machen, wie sie im Ergebnis des 2. Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden sind.

Heute weiß es schließlich jedes Schulkind, dass gerade die Führungsgruppe um Konrad Adenauer unter dem irreführenden Motto „Lieber Freiheit statt Einheit“ alles getan hat, um durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland ein demokratisches Deutschland entsprechend den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zu verhindern. Die von ihnen an die Wand gemalte „Rote Gefahr“ steckte den Gründern der Bundesrepublik so tief in den Knochen, dass sie jegliche Vorschläge aus dem Osten ablehnten, die dem unbeirrbaren Willen nach Schaffung eines Separatstaates entgegenstanden. Die Hymnen der DDR und der BRD und die Ehrerweisung durch ein Bataillon der Bundeswehr in Bonn bestätigten im September 1987 vor aller Welt, dass es auf deutschem Boden zwei voneinander unabhängige souveräne Staaten gibt: die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik, auf deren Territorium Berlin (West) liegt.⁴ Im Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971⁵ ist eindeutig klargestellt, dass Berlin (West) kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und nicht von ihr regiert werden darf. Alle konnten damit gut leben. Es wird für Berlin (West) und für Europa auf jeden Fall gut sein, die Belastbarkeit des Vierseitigen Abkommens nicht zu testen.

Dieser scharfe Kommentar der SED zu einem Deutschland-Papier, das die CDU/CSU mit mehr oder weniger gleichem Inhalt alle Jahre wieder bringt, hat hier einige Überraschung ausgelöst. Vielleicht hat sich die Parteiführung vom Besuch Erich Honeckers in Bonn⁶ und Anfang Jänner dieses Jahres in Paris doch größere Folgewirkungen erwartet.⁷ Zweifellos hat auch der Besuch von

über 40 Jahren gescheiterte Versuch europäische Politik unter Umgehung der Realitäten zu machen. [...] Kurz und gut, mit einem Papier, das an allen Realitäten vorbeigeht, wie sie im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden sind, ist nichts anzufangen. Mit ihm kann auch nicht eine einzige Frage gelöst werden, die im Interesse der Bürger der BRD wie der DDR zu lösen wäre. Dies zu übersehen, liegt auch nicht im Interesse der Völker Europas und der Welt, geschweige denn der Westberliner selbst. [...] Es wird für die Westberliner und für Europa auf jeden Fall gut sein, die Belastbarkeit des Vierseitigen Abkommens nicht zu testen.“ Siehe: „Honni soit, qui mal y pense“. Ein Schelm sei, wer Arges dabei denkt, in: Neues Deutschland, 20. Januar 1988, S. 2.

4 Zum Honecker-Besuch in der Bundesrepublik siehe Dok. 9 und 10.

5 Siehe Dok. 1, Anm. 15.

6 Siehe Dok. 9 und 10.

7 Botschafter Wunderbaldinger hatte über den vom 7. bis 9. Jänner 1988 absolvierten Besuch wie folgt berichtet: „Die Bedeutung des Besuches selbst liegt für die DDR in der Tatsache seiner Absolvierung. Nach dem Besuch in der BRD war Paris der logische nächste Schritt. Die seitenlangen Berichte in den hiesigen Tageszeitungen und die ausführliche Wiedergabe

Generalsekretär Gorbatschow in Bonn [sic!]⁸ und die dabei geäußerten Überlegungen zur Berlin-Frage einiges an Nervosität beigetragen. Die DDR wiederholt stereotyp ihre Interpretation des Vier-Mächte-Abkommens und kann naturgemäß nicht daran interessiert sein, dass der für sie wichtigste Schirmherr dieses Abkommens öffentliche Überlegungen anstellt darüber, dass die Möglichkeiten, die in diesem Abkommen vorgezeichnet sind, noch lange nicht ausgeschöpft sind. Einige Beobachter hier sehen in dieser scharfen und fast sarkastischen Kritik des Deutschland-Papiers der CDU/CSU ein weiteres Anzeichen für eine Kursänderung in der DDR. Trotz der Vorgänge um die „eigenmächtige“ Teilnahme an der Kampfdemonstration zu Ehren Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts (Abschiebung von ausreisewilligen Demonstranten, Einleitung von Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf landesverräterische Beziehungen)⁹ ist zum jetzi-

des republikanischen Pops im hiesigen Fernsehen waren Ausdruck des weiter gestiegenen Prestiges des zweiten deutschen Staates. Es war für Erich Honecker fast sichtbar schmerzlich, sich die Ausführungen seiner Gastgeber über Menschenrechte und die Berliner Mauer anhören zu müssen. Er kannte jedoch diesen Preis seines Besuches bereits vor Antritt der Reise und war gewillt, ihn auch zu bezahlen. Darüber hinaus war es nicht das erste Mal, dass sich Erich Honecker deutliche Worte zu den Fragen der Menschenrechte anhören musste. In Paris waren diese Worte nur noch etwas härter formuliert. Aber dass es so sein würde, wusste Erich Honecker auch bereits vor seinem Eintreffen in Paris.“ Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 12. Jänner 1988, Zl. 8-RES/88, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES 1988 (1-6), Karton 22.

8 Gorbatschow war im Zeitraum 1985–1988 nicht in Bonn zu Besuch, Wunderbaldinger muss hier irren. Obwohl ein Besuch Gorbatschows in Bonn seitens der Bundesrepublik bereits länger in Aussicht genommen war, fand dieser erst im vom 12. bis 15. Juni 1989 statt (siehe Dok. 41–44). Gorbatschow hatte vom 17. bis 21. April 1986 den XI. Parteitag der SED in Ost-Berlin besucht. Im Rahmen des Konsultativtreffens des Warschauer Pakts in Ost-Berlin vom 27. bis 29. Mai 1987 soll er sogar den Fortbestand der Berliner Mauer in Frage gestellt haben. So in Berufung auf die Tagebücher von Teimuraz Stepanov-Mamaladze u. a. zuletzt Service, *End of the Cold War*, S. 320; Sollte die Mauer schon 1987 fallen?, in: *Der Spiegel*, 45/2014, S. 18. Dies war freilich zeitgenössisch nicht bekannt. Daher ist davon auszugehen, dass nicht ein Besuch „von Generalsekretär Gorbatschow“ sondern jener von Außenminister Eduard Schewardnadse gemeint ist, der vom 18. bis 20. Jänner 1988 mit seinem westdeutschen Gegenüber Hans-Dietrich Genscher in Bonn zusammentraf. In zeitgenössischer Wahrnehmung waren seine Aussagen betreffend Berlin unklar geblieben: „Er tat [so], als ob Moskau noch einen Koffer in Berlin habe – aber er öffnete ihn nicht. Es gebe ungenutzte Möglichkeiten, alles sei erlaubt, was das Viermächteabkommen nicht ausdrücklich verbiete, verriet Eduard Schewardnadse dem Bundespräsidenten – doch in den Details blieb er unkonkret und ‚hartnäckig‘ (Genscher).“ Siehe: *Die Zeit*, 22. Jänner 1988. Auch die österreichische Diplomatie hatte weder von westdeutscher noch von sowjetischer Seite etwas Konkretes zu den Berlin-Bezügen im Rahmen des Besuches in Erfahrung bringen können. Siehe dazu: BRD; Besuch des sowjetischen Aussenministers Schewardnadse, Wien, 27. Jänner 1988, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 225.18.05/1-II.1/88.

9 Am 17. Jänner 1988 hatte in Berlin (Ost) die alljährliche Kampfdemonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stattgefunden. Botschafter Wunderbaldinger berichtete: „Bemerkenswert wurde diese ‚offizielle Demonstration‘ erst durch den Versuch einer Gruppe von Personen, sich ‚eigenständig‘ und mit eigenen Kampfparolen an dieser Demonstration zu beteiligen. [...] Die Meldungen über die Zahl der Festgenommenen schwankte von

gen Zeitpunkt diese Befürchtung eines „grundsätzlichen Kurswechsels“ noch als Spekulation abzutun.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger

Dok. 16: [Auszug] Länderberichte. Warschauer Pakt und Jugoslawien, 28.1.1988

Information und Runderlass des BMAA an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Verteilerliste „KSZE“, Ernst Sucharipa, Wien, 28. Jänner 1988, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 713/1-II.3/88¹

Osteuropa zum Jahresbeginn 1988; Assessment papers für Staaten des WP sowie Jugoslawien

Der von der sowjetischen Führung unter Generalsekretär Gorbatschow eingeleitete Kurs der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltung in der UdSSR, der durch ein höheres Maß an „sozialistischer Demokratie“ abgestützt und durch eine offener Diskussions über Mängel und Probleme („glasnost“) vorangetrieben werden soll, hat zweifellos Auswirkungen auf die Entwicklung innerhalb jedes einzelnen Staates der „sozialistischen Gemeinschaft“.

ursprünglich 30 bis über 100. Der Bekannteste unter den festgenommenen ist der Liedermacher Stefan Krawczyk. [...] Dieser neuerliche Vorfall zeigt deutlich, dass die zahlenmäßig noch eher kleinen gesellschaftskritischen Gruppen nach wie vor bereit sind, ihre Kritik auch in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Sicherheitskräfte versuchen durch Abschiebung von Ausreisewilligen in diesen Gruppen und durch Betonung, dass ihre Aktionen nicht gegen die Kirche, sondern gegen einzelne Gruppen im Schatten der Kirche gerichtet sind, diese Gruppen zu spalten und von der Kirche zu trennen. [...] Gewisse Medienbeobachter warten quasi bereits auf Anlässe, wo solche Aktionen wieder zu erwarten sind.“ Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 20. Jänner 1988, Zl. 12-RES/88, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES 1988 (1–6), Karton 22.

- 1 Die Ausarbeitung erging als Information des Kabinetts des Ministers, an die Sektionsleiter II, III, IV, V, und VI, das Generalsekretariat, die Abteilungen II.1, 2, 6, sowie an alle österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß „Liste KSZE“. Gesandter Ernst Sucharipa (Ostabteilung) informierte im Begleitschreiben im Namen des Bundesministers: „Die beiliegenden Länderberichte („assessment papers“) zum Jahresbeginn 1988 betreffend die Staaten des Warschauer Pakts und Jugoslawien wurden in dieser Form gem. einer Anregung des Herrn Generalsekretärs unter Mitwirkung der zuständigen Vertretungsbehörden erstellt.“ Dem Schreiben an die an der Erarbeitung beteiligten Vertretungsbehörden wurde hinzugefügt: „Den Vertretungsbehörden in Osteuropa wird für ihre Mitwirkung und für die entsprechende laufende Berichterstattung gedankt.“ Der Länderbericht zur DDR stellt eine erweiterte Fassung des Berichts zur innenpolitischen Situation der DDR zur Jahreswende 1987 dar, siehe Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 28. Dezember 1987, Zl. 252-Res/87, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), Res 1987 (1–10), Karton 20.

Wenn Gorbatschow eine Meinungsvielfalt innerhalb des sozialistischen Rahmens („sozialistischer Pluralismus“) für die UdSSR als erstrebenswert bezeichnet, da nur auf diese Weise das „schöpferische Potential des Sozialismus“ voll ausgenutzt werden kann, so ist es nur konsequent, wenn der sowjetische Parteichef eine Pluralität von Meinungen und Konzepten auch innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft als natürliche Erscheinung betrachtet.

Wenngleich die sowjetische Führung zweifellos von den mit ihr im Rahmen des Warschauer Paktes verbündeten Staaten neben außenpolitischer Blockdisziplin und wirtschaftlicher Integration im Rahmen des RGW auch ein gewisses Maß an ideologischem Gleichklang verlangt, so ist heute doch ein größeres Verständnis der sowjetischen Führung für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen jedes einzelnen Pakt-Staates unübersehbar.

Die Schaffung eines effizienten Wirtschaftssystems in der UdSSR, das nicht bloß den sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und technologischen Interessen der Supermacht UdSSR gerecht wird, sondern auch eine Befriedigung der materiellen und sozialen Bedürfnisse der sowjetischen Bevölkerung ermöglicht, soll das „internationale Ansehen und die Macht des Sozialismus“ stärken. Zur Verwirklichung dieses Zieles sollen auch die übrigen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft nach Kräften beitragen. Gorbatschow verlangt zwar von keinem Ostblockführer, das sowjetische „perestrojka“-Modell blind zu kopieren; er erwartet aber von allen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, daß sie – sofern sie dies nicht schon getan haben – im Interesse ihrer eigenen Prosperität und der der sozialistischen Gemeinschaft den Weg wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Reformen beschreiten. Dabei können die mit der UdSSR verbündeten europäischen Staaten innerhalb bestimmter Grenzen eigene, durch nationale und historische Tradition bedingte Wege bei der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gehen. Die „eigenen Wege“ haben jedoch stets zur Voraussetzung, daß sie mit der politischen Stabilität dieser Länder (insbesondere Festhalten an der führenden Rolle der jeweiligen KP) vereinbar sind.

In diesem Sinne zeigen die beiliegenden Länderberichte („assessment papers zum Jahresbeginn 1988“), die vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in dieser Form erstmalig erstellt wurden, daß trotz vieler Gemeinsamkeiten (insbesondere generelle Bemühungen zur Wirtschaftsreform unter Einführung einiger marktwirtschaftlicher Elemente) in den einzelnen Staaten (WP und Jugoslawien), durchaus unterschiedliche Situationen und Zukunftsaussichten bestehen und somit einer generalisierenden Betrachtung Osteuropas Grenzen setzen.

[...]²

2 Ausgelassen wurden die Länderberichte zu Bulgarien und der ČSSR.

DDR zum Jahresbeginn 19881) Ausgangslage

Die Staats- und Parteiführung der DDR kann zum Jahresende 1987 weitgehend befriedigt auf das vergangene Jahr zurückblicken.

Die Feiern zum 750jährigen Bestehen Berlins haben der Stadt und auch dem Staat neues Prestige gebracht. Die Angst, gegenüber dem reicheren West-Berlin an Glanz nachzustehen, war unbegründet. Durch seine Besuche in Belgien,³ den Niederlanden,⁴ BRD⁵ und Frankreich⁶ konnte der Staats- und Parteichef Honecker nunmehr mit sichtbarem Stolz eine international so gut wie vollwertig anerkannte DDR repräsentieren. Im wirtschaftlichen Bereich ist die DDR mit ihrer voll entwickelten Kombinatiatsverfassung in vieler Hinsicht Vorbild für andere RGW-Staaten. Als industriell am weitesten entwickeltes und wirtschaftlich stabilstes Land Osteuropas ist sich die DDR-Führung der gewichtigen Rolle ihres Landes bei der Modernisierung der rückständigen sowjetischen Wirtschaft durchaus bewußt. Von dieser Basis aus konnte auch von DDR-Seite gegenüber den sowjetischen Reformbestrebungen im ökonomischen Bereich auf die eigene, weit effizienter arbeitende Wirtschaft verwiesen werden.

Dennoch sind in der DDR eine Reihe schwieriger sozialer und innenpolitischer Entwicklungen nicht zu übersehen, wobei hier sicherlich das sowjetische Reformmodell Hoffnungen erweckt hat, die – zumindest in der DDR – schon aufgrund ihrer speziellen Randlage – nicht eingelöst werden können.

2) Unerfüllte Aspirationen der Bevölkerung

Auch in diesem Jahr ist es nicht gelungen, das weitverbreitete politische Unbehagen mancher Kreise abzubauen sowie Konsum- und Reisewünsche in befriedigendem Maße zu erfüllen. Die außenpolitischen Erfolge der DDR mit den Reisen Erich Honeckers in das Königreich Belgien und in das Königreich der Niederlande sowie – als Höhepunkt – in die BRD konnten innenpolitisch nicht voll genutzt werden. Der Durchschnittsbürger hat sich von diesen Reisen keine Verbesserung seiner privaten Situation erwartet und daher diese Ereignisse eher nur beiläufig verfolgt. Für ihn hat sich dadurch die Wartezeit auf seinen heißbegehrten PKW nicht verkürzt. Das Angebot an Obst und Gemüse hat sich nicht verbessert und gehobene Konsumgüter sind nicht in größerem Ausmaß oder zu kleineren Preisen erhältlich. Die Teilung der Bevölkerung in der DDR in Leute, die, aus welchen Quellen immer, über DM-Beiträge verfügen, und solche, die nur mit Mark der DDR auskommen müssen, ist weiter verschärft worden. Die selbst

3 Staats- und Parteichef Erich Honecker war vom 13. bis 15. Oktober 1987 auf Staatsbesuch in Belgien.

4 Erich Honecker besuchte vom 3. bis 5. Juni 1987 die Niederlande.

5 Erich Honecker besuchte vom 7. bis 11. September 1987 die Bundesrepublik. Siehe Dok. 9 und 10.

6 Erich Honecker stattete Frankreich vom 7. bis 9. Jänner 1988 einen Staatsbesuch ab. Siehe Dok. 15, Anm. 7.

von Bundeskanzler Kohl als großer Erfolg bezeichneten Reisebewegungen in die BRD haben den Druck der Reise- und Ausreisewilligen nicht vermindert.⁷

Die schon lange bestehenden Kontakte der SED-Parteiführung mit der politischen Opposition in Bonn gipfelten in der Unterzeichnung eines Grundsatzpapiers zwischen SED und SPD.⁸ Der Inhalt des Papiers hat der Führung in der Folge jedoch einige offenbar für sie überraschende Schwierigkeiten bereitet, da sich die Parteibasis durch den eher plötzlich verordneten friedlichen Wettstreit der beiden Gesellschaftssysteme verunsichert fühlte. Zahlreiche Anfragen und Diskussionen veranlaßten Kurt Hager, Sekretär des Zentralkomitees für Kultur, Wissenschaft und Ideologie, in einer eher scharfen Stellungnahme das alte Feindbild wieder „zurechtzurücken“.⁹

7 Die SED-Führung sah sich seit Anfang der 1980er-Jahre in Folge des KSZE-Nachfolgeprozesses zunehmend unter Druck gesetzt, um zum ersten Mal eine förmliche Regelung zu veröffentlichen, die ein Antragsrecht auf Ausreise enthielt. Es handelt sich um die „Verordnung zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern der DDR und Ausländern“ vom 15. September 1983. Sie gab Ausreisewilligen erstmals die Möglichkeit, sich auf eine Norm zu beziehen. Antragsteller konnten den Arbeitsplatz verlieren und die Kinder von höheren Bildungseinrichtungen ausgeschlossen werden. Wer dem Antrag öffentliche Wirksamkeit verlieh oder um westliche Unterstützung bat, konnte strafrechtlich belangt werden. Zwischen 1976 und 1988 wurden etwa 20.000 Ermittlungsverfahren gegen Antragsteller geführt, die zumeist mit Gefängnisstrafen zwischen einem und zwei Jahren endeten. Von Mitte der 1970er-Jahre bis Oktober 1989 stellten dennoch circa 250.000 Menschen einen Ausreiseantrag. Ende 1988 hatten in der DDR rund 110.000 Menschen Ausreiseanträge gestellt. Siehe generell Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Lexikon. Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin/München 2000.

8 Seit 1984 trafen sich Vertreter der SPD-Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED zu Gesprächen. Das Ergebnis war ein am 27. August 1987 sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik publiziertes Dialogpapier mit dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Siehe Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 3. September 1987, Zl. 160-RES/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 22.17.01/2-II.1/87. Hier fasste Gesandter Graf folgendes zusammen: „Die Zukunft wird erst zeigen, ob die Bemerkung von Prof. Reißig, daß dem Papier historische Bedeutung zukomme, zu hoch gegriffen war. Die Tatsache des Zustandekommens dieses Papiers ist jedoch zweifellos bemerkenswert. Nach fast siebenjähriger Trennung von Sozialdemokraten und Kommunisten ist dies das erste derartige Papier. Im Alltag der Menschen wird zu beobachten sein, was von den Formulierungen der jeweiligen Ideologen in die praktische Politik eingeflossen ist. Wenn sich beide Seiten Reformfähigkeit zusprechen und damit eine Flexibilität des jeweiligen Systems voraussetzen, so bleibt abzuwarten, ob Eppler mit seiner Hoffnung auf einen „systemöffnenden Dialog“ recht behalten wird. Mit dem Zustandekommen dieses Papiers vor dem Besuch Erich Honeckers in Bonn konnte die SED öffentlichkeitswirksam ihre immer betonte Bereitschaft zum politischen Dialog unterstreichen und zweifellos einen atmosphärischen Beitrag zur deutsch-deutschen Diskussion leisten. Darüber hinaus hat die SED mit deutlicher Blickrichtung auf Moskau unterstrichen, daß man auch in der DDR zu einem neuen Denken bereit sei. Vertreter der SPD müßten sich jedoch im klaren sein, daß die angekündigte Diskussion nichts Grundsätzliches berühren wird und nur dort punktuell zum Tragen kommen wird, wo es dem Regime um kontrollierte Bewegung geht.“

9 Siehe Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Wien, 17. November 1987, Zl. 224-Res/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol, GZ. 43.03.00/5-II.3/87. Hier wurde folgendes festgehalten:

Die Gorbatschowschen Reformbestrebungen haben vor allem bei Intellektuellen, Jugendlichen und in Kreisen von alternativen Gruppen einige Erwartungen geweckt. Im Zusammenhang mit dem BRD-Besuch von Erich Honecker ergab sich für die Staats- und Parteiführung im Vorfeld dieses Besuches die Notwendigkeit, gegenüber diesen kleinen Gruppen der Gesellschaft größere Duldung an den Tag zu legen. Verschiedene Gruppen und Initiativen, die sich für Frieden, Menschenrechte und Umweltschutz einsetzen, konnten über die Hilfestellung der BRD-Medien verstärkt zu Gehör kommen. In letzter Zeit wird hier offenbar (durch verschiedene Repressionsmaßnahmen, einschließlich Verhaftungen und Abschiebungen in die BRD) wieder stärker versucht, diese Gruppierungen unter Kontrolle zu halten.

Die Evangelische Kirche in der DDR hat die in ihrem Randkreis agierenden alternativen Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen vor dem Zugriff des Staates geschützt. Diese Solidarisierung der Kirchenleitung mit den alternativen Gruppen ist bei manchen Gläubigen in der Kirche nicht unumstritten geblieben.

Umweltschutz und Umweltzerstörung beschäftigen auch die Bevölkerung in der DDR in zunehmendem Maße. Hier sah sich die Führung genötigt, zum ersten Mal deutlich das Vorhandensein dieser Probleme zuzugeben. Die Versicherung, dass der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden alles unternehme, um dem Schädigungsprozeß Einhalt zu gebieten, findet in der Bevölkerung wenig Glaubwürdigkeit. Zu vielen ist bekannt, dass die hierfür notwendigen enormen Investitionen nicht getätigt werden können. Die zumindest mittelfristigen Pläne der DDR, die Energieversorgung vor allem auf die heimische Braunkohle auszurichten, wird von vielen schon heute als Fehleinschätzung betrachtet.

Im wirtschaftlichen Bereich konnte trotz grundsätzlich weiterhin positiver Entwicklung das für 1987 vorgesehene Wachstum des Nationaleinkommens um 4,4 % nicht erreicht werden (ca. 4 %). Einer der Gründe liegt nach wie vor in der fehlenden Effizienz der wissenschaftlich-technischen Entwicklung. In kleinen Schritten wird jedoch die direkte Planung reduziert und der Entscheidungsspielraum der Betriebe vor allem durch die schrittweise Erhöhung der „Eigenwirtschaft der Mittel“ vergrößert werden. Grundsätzliches kann sich jedoch nicht ändern, solange die Eckpfeiler des Wirtschaftssystems in der DDR nicht geändert

„Zum Streit der Ideologen meldeten sich auch zwei Ideologen aus der DDR zu Wort. Politbüromitglied und Sekretär des ZK der SED, Kurt Hager, hielt vor einer Parteiaktivtagung der Bezirksparteiorganisation Frankfurt an der Oder ein Referat, das am 28. Oktober 1987 im ‚Neuen Deutschland‘ veröffentlicht wurde. Professor Dr. Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und Mitautor des Dokuments ‚Der Streit der Ideologen und die gemeinsame Sicherheit‘ gab ein Interview, das am 11. November 1987 im ‚Neuen Deutschland‘ erschien. Durch diese zwei Veröffentlichungen wurde deutlich, dass Parteikreise durch das zwischen der SPD und der SED gemeinsam vereinbarte Papier verunsichert wurden und dass es für die ideologische Kampfrichtung im Inneren für notwendig erachtet wurde, eine deutliche und doppelte Sprachregelung herauszugeben.“ Diese Vorgangsweise bedeute noch keineswegs eine Verstärkung der Abgrenzung nach außen, wertete Botschafter Wunderbaldinger.

werden; hierfür besteht aber offenbar weder Veranlassung noch politischer Wille. Dennoch bringt die von der DDR-Führung praktizierte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ heute bei geringer werdenden Zuwachsraten tendenziell weniger Spielraum für Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards.

3) Ausblick

Bei den jetzigen Gegebenheiten ist in der DDR im Jahr 1988 nicht mit spektakulären Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu rechnen. Vorsichtig und im kleinen Rahmen dürften leichte Anpassungen vorgenommen werden; die Grundpfeiler der Wirtschaftsverfassung und der gesellschaftlichen Realität werden bestehen bleiben. Spekulationen über Änderungen in der veralteten Führungsspitze sind nicht neu und werden in der DDR periodisch angestellt.

Trotz der erwähnten Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung wird die DDR ihre Stabilität auch 1988 beibehalten. Hiefür sorgen das stark entwickelte Realitätsbewußtsein der DDR-Bürger wie auch der im Vergleich zu anderen RGW-Ländern hohe Lebensstandard. Die grundsätzlich prekäre Situation der DDR, die sich aus ihrer Position an der Systemgrenze ergibt, bleibt freilich bestehen. Sie wird durch die Gorbatschowsche Reformpolitik und auch durch eine weitere Ost-West-Annäherung keineswegs aufgehoben.

[...] ¹⁰

Dok. 17: Aktenvermerk. Opposition in der DDR, 12.2.1988

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 12. Februar 1988, Archiv des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA), ÖB Berlin (Ost), RES-1988 (01–06), Karton 22, GZ. 43.03.05/6-II.3/88¹

DDR; Opposition; Unruhen vom 17. Jänner; Grenzen der „Perestroika“ in der DDR

Laut Pressemeldungen vom 9. Februar d. J. hat die DDR die Freilassung aller im Zusammenhang mit den schweren Unruhen vom 17. Jänner 1988 Inhaftierten vorgenommen.² Damit wurde doch noch eine einigermaßen glimpfliche Lösung

10 Ausgelassen wurden die Länderberichte zu Polen, Rumänien, Ungarn, der UdSSR und Jugoslawien.

1 Dieser in der Abteilung II.3 (Ostabteilung) erstellte Aktenvermerk erging an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Herrn Sektionsleiter der Abteilung II, die Abteilungen II.1 und II.7, an die österreichischen Botschaften in Berlin und Bonn sowie an die Österreichische Delegation Berlin.

2 Am 17. Jänner 1988 hatte in Berlin (Ost) die alljährliche Kampfdemonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stattgefunden. Dabei war es zu spontanen Demonstrationen und Verhaftungen gekommen. Vgl. Dok. 15, Anm. 9. Insgesamt wurden 105 Personen verhaftet. Daraufhin erfolgten Solidarisierungsaktionen (insbesondere der evangelischen Kirche)

der unangenehmen Affäre erreicht, die die neuentwickelten Beziehungen der DDR gegenüber Westeuropa entscheidend zu gefährden imstande gewesen wäre und darüber hinaus auch negative Auswirkungen auf den Fortgang der KSZE-Verhandlungen befürchten ließ. Am Höhepunkt der Krise hatte sich der Leiter der US-Delegation beim Wiener Folgetreffen,³ Botschafter Zimmermann,⁴ dahingehend geäußert.

Etwa 100 Regimekritiker hatten sich an der diesjährigen Kundgebung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit eigenen Transparenten beteiligt, wobei unter anderem demonstrativ das Rosa-Luxemburg-Zitat „Freiheit ist immer nur die Freiheit des Andersdenkenden“ verwendet wurde. Die DDR-Behörden reagierten mit Verhaftungen und der Einleitung von mindestens 40 Ermittlungsverfahren seitens der DDR-Generalstaatsanwaltschaft gegen Mitglieder sogenannter „unabhängiger Gruppen“, die an der Demonstration teilgenommen hatten. Unter den Verhafteten befand sich auch der prominente Liedermacher Stephan Krawczyk⁵ sowie seine Gattin, die Regisseurin Freya Klier.⁶

und die westliche Medienberichterstattung riss nicht ab, was in der DDR in gewohnter Manier als „Einmischung“ gewertet wurde. Für die österreichische Botschaft in Berlin (Ost) war es erstaunlich, dass auch die DDR-Medien über die Vorkommnisse und die Einleitung der Strafverfolgung der Beteiligten berichteten. Botschafter Wunderbaldinger, Berlin (Ost), 28. Jänner 1988, Zl. 19-RES/88, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES 1988 (1–6), Karton 22. Bereits am 2. Februar berichtete Wunderbaldinger: „Die Andersdenkenden werden in die Freiheit entlassen und im anderen Deutschland anders denken können. Die Grundsatzentscheidung hiefür ist getroffen; Detailfragen werden noch ausgehandelt. [...] Das ursprünglich ins Auge gefasste harte Vorgehen gegen das Sakrileg der Störung einer Kampfdemonstration für kommunistische Märtyrer wurde nach einiger Diskussion nun doch aufgegeben. Die eher spontan in bis zu dreißig Städten abgehaltenen Fürbitte-Gottesdienste und der doch deutliche Zulauf und die Solidarisierung mit den ‚besonders Betroffenen‘ haben ein leichtes Unbehagen geschaffen. Der Ausgang muss jedoch durchaus positiv bewertet werden. Es ist zu keiner neuen Belastung im deutsch-deutschen Verhältnis und auch zu keiner Belastung mit der Evangelischen Kirche gekommen. Ja, man kann sich sogar fragen, ob nicht die DDR, die Evangelische Kirche in der DDR und die BRD durch die Lösung dieses Problems vom 17. Jänner 1988 einen Schritt weitergekommen sind auf dem steinigten Weg der Kultur des Streits und ob es nicht durch die Erfahrung aus diesen Vorkommnissen bereits bei dem nächsten Vorfall leichter sein wird, eine Lösung zu finden.“ Botschafter Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 2. Februar 1988, Zl. 22-RES/88, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES 1988 (1–6), Karton 22.

3 Das III. KSZE-Folgetreffen fand von 4. November 1986 bis 19. Jänner 1989 in Wien statt. Im den weiteren Dokumenten wird das Wiener Folgetreffen in der Regel mit WTF abgekürzt.

4 Warren Zimmermann, Leiter der US-Delegation beim Wiener KSZE-Folgetreffen (1986–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Stefan Krawczyk, Liedermacher, Schriftsteller und Dissident, Mitglied der Folk-Gruppe Liedehrlich, Mitarbeit beim illegalen Radiosender „Schwarzer Kanal“ (1987), Verhaftung und Abschiebung in die Bundesrepublik (1988), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Freya Klier, DDR-Bürgerrechtlerin, 1980 Mitbegründerin der autonomen Friedensbewegung, 1988 unfreiwillige Ausbürgerung, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Nachdem die DDR-Behörden zunächst offensichtlich hart gegen die Demonstranten vorgehen wollten und die Oppositionelle Vera Wollenberger⁷ demgemäß zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung wegen „Zusammenrottung“ verurteilt wurde, kam es in weiterer Folge zu einem offensichtlichen Richtungswechsel bei der Behandlung der Krisensituation. Nicht zuletzt dürfte dies auf heftige Proteste aus dem Ausland zurückzuführen gewesen sein. (Auch der österreichische P.E.N.-Club beteiligte sich an den Protesten.)⁸ Aber auch im Inland reagierten die Menschen mit Appellen an die DDR-Führung für die Freilassung der Verhafteten. In diesem Sinne wurden zahlreiche Fürbittengottesdienste abgehalten, die sich mehr und mehr zu politischen Manifestationen entwickelten.

Mit der Freilassung von Stephan Krawczyk und seiner Frau sowie anderer an der Demonstration Beteiligter und deren Ausreise bzw. Abschiebung in die Bundesrepublik Deutschland erfolgte schließlich eine offenkundige Wende in der kritischen Affäre. Insgesamt waren mehr als 20 Oppositionelle von einer solchen Abschiebung betroffen, wobei die Ausreise von Vera Wollenberger in die Bundesrepublik Deutschland als Schlußpunkt der Krise am 8. Februar d. J. erfolgte. 5 der Betroffenen wurde eine Ausreise ohne Aberkennung der Staatsbürgerschaft gestattet. Diesem Personenkreis wäre demgemäß – zumindest theoretisch – die Wiedereinreise in die DDR zu einem späteren Zeitpunkt möglich. Mit dieser Vorgangsweise hat die DDR zugleich die Möglichkeit einer größeren Flexibilität für die Zukunft angedeutet, sowie gegen die westdeutsche Theorie einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft Position bezogen.

Aus den Ereignissen lassen sich folgende Schlußfolgerungen ziehen:

1. Es wird immer offensichtlicher, daß die Gedanken an „glasnost“ und „perestrojka“ in zunehmendem Maße auf oppositionelle intellektuelle Kreise in der DDR ausstrahlen und trotz einer äußerst restriktiven Haltung der DDR-Führung gegenüber derartigen Konzepten eine gewisse Eigendynamik Platz greift. (So wurde – wenn auch in verzerrter Form – im SED-Organ „Neues Deutschland“ über die genannten Ereignisse berichtet; Dies ist eine Vorgangsweise, die bisher eher unüblich war.)⁹
2. Auch die Öffnung der DDR nach außen, die der Staatsführung zweifellos außenpolitische Prestigegewinne gebracht hat (Staatsbesuch Honeckers in den Niederlanden, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich), hat oppositionelle Gruppen ermuntert, ihr Unbehagen verstärkt zum Ausdruck zu bringen.

7 Vera Wollenberger (geb. Lengsfeld, die 1991 wieder ihren Mädchenamen annahm), 1975 Beitritt zur SED, 1975 bis 1980 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1981 Mitbegründerin des Friedenskreises Pankow, 1983 SED-Ausschluss und Berufsverbot, ab 1986 Mitglied der Gruppe „Gegenstimmen“, Mitorganisatorin aller Friedenswerkstätten und Ökoseminare bis Ende 1987, Mitbegründerin der „Kirche von unten“, Jänner 1988 Verhaftung und Verurteilung wegen versuchter „Zusammenrottung“ bei der Berliner-Liebkecht-Luxemburg-Demonstration, Februar 1988 Abschiebung nach England.

8 Trotz Bemühungen des österreichischen PEN-Clubs konnte der Protest nicht ausfindig gemacht werden.

9 Vgl. Anm. 2; vgl. Neues Deutschland ab dem 26. Jänner 1988.

3. Die offensichtlich von den Ereignissen überraschte DDR-Regierung wollte durch ihr hartes Durchgreifen in der ersten Phase der Unruhen anscheinend den eigenen Staatsangehörigen die Grenzen einer „Öffnung“ der DDR bzw. einer grundsätzlichen Umgestaltung aufzeigen.
4. Gleichzeitig sollte möglicherweise dem Westen signalisiert werden, daß auch in Zeiten einer Öffnung nach außen die „innere Stabilität“ des Staates eisern verteidigt wird, wobei jedoch das Interesse an einer Fortsetzung des Besuchsaustausches offen demonstriert wurde. So empfing Staats- und Parteichef Honecker ungeachtet der gespannten Situation den westdeutschen FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff planmäßig zu einem bereits früher vereinbarten Gespräch.¹⁰ Ebenso fand der schon seit längerem geplante Meinungsaustausch des regierenden Oberbürgermeisters von Berlin, Diepgen, mit dem Staatsratsvorsitzenden statt.¹¹
5. Die Evangelische Kirchenleitung, die zuletzt wiederholt in ihrem Randkreis agierende alternative Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen vor dem Zugriff des Staates geschützt hatte, war auch diesmal offensichtlich bemüht, mittels eines konstruktiven Dialogs mit der DDR-Führung eine „stille Lösung“ zu erreichen. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß die Demonstrationen „nicht gutgeheißen werden können“. Eine solche Äußerung war zweifellos seitens der DDR-Behörden zur Voraussetzung für die weitere Verhandlungsbereitschaft gemacht worden. Hierbei spielte wiederum der immer wieder in humanitären Angelegenheiten aktiv werdende DDR-Rechtsanwalt Dr. Vogel¹² eine bedeutsame Rolle als Vermittler.
6. Der Umstand, daß die Sowjetunion der DDR-Führung erst zu einem relativ späteren Zeitpunkt verbale Unterstützung gewährte (2 ½ Wochen nach Beginn der Ereignisse, und erst, nachdem sich ein Wechsel der Vorgangsweise seitens der DDR-Behörden bereits angekündigt hatte), läßt es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß ein Signal aus Moskau für die schließlich eingeschlagene relativ „milde“ Gangart der DDR mit maßgeblich war. Dies umso mehr, als eine „harte Lösung“ der Krise der Sowjetunion gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt äußerst unangelegen gekommen wäre.

Wien, am 12. Februar 1988

Sucharipa m. p.

10 Otto Graf Lambsdorff und Erich Honecker trafen am 4. Februar 1988 in Berlin (Ost) zusammen. Zum Gespräch siehe Dokument 63, in: „Koalition der Vernunft“.

11 Eberhard Diepgen besuchte Berlin (Ost) am 11. Februar 1988 und traf mit Erich Honecker zusammen. Zum Gespräch siehe Dokument 64, in: „Koalition der Vernunft“. Siehe auch Generalkonsulin Gabriele Matzner an BMAA, Berlin (West), 19. Februar 1988, Zl. 30-RES/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 22.18.13/2-II.1/88; Geschäftsträger Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 18. Februar 1988, Zl. 42-RES/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 22.18.13/1-II.3/88.

12 Wolfgang Vogel, Rechtsanwalt, ab 1963 Beauftragter der Regierung der DDR für die Regelung humanitärer Fragen, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Dok. 18: Gespräch Klestil – Nier, Berlin (Ost), 24.3.1988

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 28. März 1988, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ.502.16.10/18-II.3/88¹

Österreich-DDR; politischer Meinungsaustausch des HGS² mit Vizeaußenminister Nier³ (24. März 1988)

Aus einem längeren Meinungsaustausch des HGS mit dem für Westeuropa zuständigen Vizeaußenminister der DDR sind folgende Punkte festzuhalten:

Internationales Treffen für kernwaffenfreie Zonen (20.–22.6.88 Berlin)⁴ VAM Nier nimmt Bezug auf eine in Kürze im Wege des DDR-Botschafters in Wien an den HBK⁵ gelangende Einladung an die österr. Bundesregierung zur Teilnahme an diesem Treffen. Neben Regierungsvertretern würden aber auch Vertreter sämtlicher gesellschaftlich relevanten Gruppen begrüßt werden. Das Treffen sollte einen breiten Meinungsaustausch zum Thema „kernwaffenfreie Zonen“ und zwar nicht nur auf Europa beschränkt bringen. Die Annahme eines Schlußdokumentes sei nicht notwendigerweise vorgesehen.

Österreichische Europapolitik

HGS erläutert die österr. Europa(EG)politik unter Betonung des festen Grundsatzes der Wahrung der Neutralität. VAM Nier stellt fest, dass man in der DDR die Neutralitätspolitik Österreichs stets als stabilisierenden Faktor empfunden und daher sehr geschätzt habe. Gerade in der gegenwärtigen Situation wäre die Rolle und die Verantwortung der neutralen und auch blockfreien Staaten Europas besonders groß (KSZE-Prozeß). Er habe daher mit großem Interesse die Feststellung des HGS zur Kenntnis genommen, dass, wie immer sich Österreichs Zusammenarbeit mit der EG gestalten werde, diese nicht die traditionelle Neutralitätspolitik beeinflussen werde.

Es wäre im gesamteuropäischen Interesse gelegen, dass diese Rolle Österreichs nicht nur erhalten bleibe, sondern weitergeführt und gefestigt werde.

1 Der vom Leiter der Ostabteilung Ernst Sucharipa (Abteilung II.3) erstellte Aktenvermerk über das Gespräch erging an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Abteilungen II.7, II.8 und III.2 sowie an die österreichische Botschaft Berlin.

2 HGS = Herr Generalsekretär, hier Thomas Klestil, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten im Außenministerium der Republik Österreich (1987–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Kurt Nier, stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (1973–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Siehe Dok. 24.

5 Bundeskanzler Franz Vranitzky.

Wiener Folgetreffen

VAM Nier betonte ausdrücklich die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden KSZE-Delegationen in Wien. Die DDR trete für eine Beschleunigung der Redaktionsarbeit ein, damit das WFT⁶ noch im Sommer abgeschlossen werden könne. Hierbei werde sicherlich Fragen der militärischen Sicherheit eine Schlüsselstellung zukommen, wobei es hier schon Elemente einer Einigung gebe. Es wäre wichtig, dass die N+N-Staaten in dieser Frage den Prozeß der eigenen Positionsfindung beschleunigen.

Die DDR habe es sehr begrüßt, dass vor kurzem Österreich erste konkrete Schritte für eine Spezifizierung des österr. Angebotes zur Beherbergung von Folgetreffen gesetzt habe. Die DDR sei dem österr. Angebot gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt und werde dieses sorgfältig prüfen.⁷

Bilaterale Beziehungen

Beiderseitig sehr positive Einschätzung (Nier: „beispielhafte, gut nachbarliche Beziehungen“). HGS tritt für weitere Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen ein und verweist auf bestehende österr. Projekte sowie auf Eröffnung der Länderbankpräsenz in Berlin.⁸

VAM Nier nimmt Bezug auf kommende Begegnungen auf hoher politischer Ebene (HVK,⁹ HBK).¹⁰ HBK-Besuch könnte zu neuen Impulsen führen, die im ökonomischen Bereich erwartet werden.

Beim Höflichkeitsbesuch, den der HGS dem DDR-Außenminister Oskar Fischer abstattete, kam ebenfalls die Themenbereiche KSZE und EG-Politik zur Sprache.

KSZE

Laut Fischer läge es nunmehr an den N+N-Staaten, ein Verhandlungsergebnis vorzubereiten. Die DDR würde ein stärkeres Engagement der N+N begrüßen. Der von den NATO-Staaten offenbar nach wie vor gehegte Gedanke, dass man mit brutalem Druck etwas vorantreiben könne, entspreche nicht dem neuen Denken in der Außenpolitik.

6 WFT = Wiener Folgetreffen.

7 Damit dürften die im KSZE-Rahmen stattfindenden und schließlich im Frühjahr 1989 aufgenommen „Wiener Gespräche“ gemeint sein. Dabei handelte es sich um die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) und über „Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen“ (VSBM).

8 Seit 1987 gab es Verhandlungen über die Etablierung von Vertretungen der Creditanstalt und der Länderbank in Ost-Berlin. Dies dürfte nicht zuletzt an deren Kreditengagement in der DDR gelegen haben. Die Eröffnung der Länderbank-Repräsentanz erfolgte schließlich am 25. März 1988 im Beisein von Finanzminister Ferdinand Lacina.

9 DDR-Außenminister Oskar Fischer kam am 17. und 18. Mai 1987 zu einem Besuch nach Österreich. Er traf im Zuge dessen zu einem Gespräch mit Vizekanzler und Außenminister Alois Mock zusammen, siehe Dok. 21.

10 Bundeskanzler Franz Vranitzky besuchte vom 14. bis 16. Juni 1988 die DDR. Siehe Dok. 22 und 23.

EG-Politik

Die Neutralität Österreichs gehöre zum internationalen Kräfteverhältnis. Österreich werde sicher in seinem Verhältnis zur EG eine Form finden, die dieser Grundvoraussetzung Rechnung trage.

Wien, am 28. März 1988

Sucharipa m. p.

Dok. 19: Gespräch Klestil – Krolikowski, Berlin (Ost), 24.3.1988

Beilage zu Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 30. März 1988, Zl. 84-RES/88, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1988 (01–06), Karton 22.¹

Besuch des Herrn Generalsekretärs in Berlin (24. bis 26. März 1988)

[...]²

[Vermerk über das Gespräch mit] Staatssekretär Krolikowski:

Internationale Fragen:

Darlegung des DDR-Standpunktes zur Abrüstung:

Offen für jeden Vorschlag, allerdings bei Beibehaltung des Gleichgewichtes. Die Schwierigkeiten derzeit sind die Asymmetrie im konventionellen Sektor und die Überwachung der Abrüstungsmaßnahmen.

Beim Washingtoner Gipfel³ ist trotz allem ein Durchbruch gelungen, der mit zäher Verhandlungstätigkeit sicherlich erweitert werden kann, ein gewisser Optimismus herrscht seit damals. Die DDR werde daher weiter sämtliche Initiativen, wie chemiewaffen- und atomwaffenfreie Zonen und Korridore unterstützen und auf eine Null-Lösung bei atomaren Waffen hinarbeiten.

1 Sachbearbeiter: Botschafter Franz Wunderbaldinger Gesandter Lorenz Graf. Der Gesprächsvermerk erliegt als Anlage zum hier nicht wiedergegebenen Botschaftsbericht über den Besuch von Generalsekretär Thomas Klestil vom 24. bis 26. März 1988 in der DDR (siehe dazu bereits Dok. 18) in den Akten der Botschaft. Für den Bericht ohne den hier wiedergegebenen Vermerk zum Gespräch mit Krolikowski siehe Botschafter Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 30. März 1988, Zl. 84-RES/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 502.16.10/19-II.3/88.

2 Ausgelassen wurde der Bericht über den Besuch Klestils. Siehe dazu bereits Dok. 18.

3 Gemeint ist das Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Washington im Rahmen dessen am 8. Dezember 1987 der INF-Vertrag (siehe Dok. 11, Anm. 21) unterzeichnet wurde. Zum Gipfeltreffen das vom 8. bis 10. Dezember dauerte, siehe Dokumente 45–54, in: The Last Superpower Summits.

KSZE:

Die DDR ist über den bisherigen schleppenden Verlauf enttäuscht, aber überzeugt, dass sich gerade das Mandatsproblem lösen lässt.

Für Korb 2 sieht Krolikowski keine Probleme. Im Korb 3 wird es allerdings nicht möglich sein, durch multilaterale Absprachen, die in den einzelnen Ländern geltende innerstaatliche Gesetzgebung auszuschalten.

Demokratisierungsprozeß in Osteuropa:

Laut Krolikowski macht die Sowjetunion eine Umgestaltungsperiode durch, die schon vor ca. 20 Jahren notwendig gewesen wäre, um den technischen Anschluß an den Westen nicht zu verlieren. Die Umgestaltung bezieht sich allerdings nicht nur auf die Veränderung der industriellen Strukturen, sondern umfasst auch gesellschaftliche Reformen. Dass es dabei zu Schwierigkeiten kommt, ist selbstverständlich. Man braucht nur an Aserbaidjan,⁴ Estland und Lettland denken, doch konnten diese Schwierigkeiten bisher mit demokratischen Mitteln beseitigt werden. Für die DDR besteht, wie für die ČSSR und Ungarn kein Grund, die derzeitige Umgestaltung in der Sowjetunion zu übernehmen, da die Wirtschaft in diesen Ländern von vornherein anders strukturiert ist und Wege, die heute in der Sowjetunion beschritten werden, hier schon vor Jahren beschritten wurden. Man denke nur an die Arbeitsproduktivität, Qualität, die Heranziehung von Wissenschaft und Technik, was in der DDR permanent geschehe.

HGS:

Dankt für die Einladung zum Besuch. Er entspricht der Nachbarschaftspolitik, die Österreich betreibt. Mit der Beurteilung der internationalen Lage stimmt er überein. Teilt auch die Enttäuschung über den langsamen Verlauf der KSZE. Österreichischerseits werden seit längeren Überlegungen angestellt, wie man dieser Konferenz weitere Impulse geben kann. Es ist allenfalls daran gedacht, im Mai in Wien ein N+N-Ministertreffen zu veranstalten. HGS dankt auch für die Unterstützung der DDR für die Kandidatur Wiens als Gastland für die nächsten Foren der KSZE. Von den 35 Mitgliedsstaaten der KSZE haben sich bisher 30 für Wien ausgesprochen.⁵

EG:

Die österreichische Verflechtung mit der EG beträgt derzeit über 60 % und das österreichische Bemühen, am europäischen Binnenmarkt teilzunehmen, ist daher leicht begreiflich. Trotzdem ist für Österreich Europa nicht am Neusiedler See zu Ende. Die EG-Annäherung kann nur durch Beibehaltung der österreichischen Neutralität erfolgen. Gerade diese Mitteilung wurde von Staatssekretär Krolikowski positiv aufgenommen. In dem Zusammenhang stellte Krolikowski fest, daß die verschiedenen Aussagen über Annäherung bzw. Beitritt zur EG eine gewisse

4 So im Original.

5 Siehe dazu Dok. 18, Anm. 7.

Unsicherheit hervorgerufen haben und eine Aufgabe der Neutralität Österreichs zu einer Kräfteverschiebung in Mitteleuropa führen würde, die vermutlich nicht geduldet werden könnte. Die Neutralitätspolitik Österreichs im Ost-West-Verhältnis wird besonders in der DDR hoch geschätzt.

Dok. 20: Bericht. Diskussion über Wiedervereinigung in der BRD, 27.4.1988

Botschafter Friedrich Bauer an BMAA, Bonn, 27. April 1988, Zl. 196-Res/88, ÖStA, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 22.17.01/2-II.1/88¹

BRD; Wiedervereinigung?

Die öffentliche Diskussion in der BRD über die Deutschlandfrage ist, zunächst belebt durch den Honecker-Besuch im vergangenen Herbst² und die damit verbundene Debatte um die „Anerkennung“ der DDR, mit unverminderter Intensität weitergegangen, was umso erstaunlicher ist, als auch Regierungsvertreter – selbst der Parlamentarische Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium³ – im Gespräch einräumen, dass eine Wiedervereinigung derzeit nicht absehbar ist. Erst vor kurzem hatte sich der Bundeskanzler für „Augenmaß, Nüchternheit und Geduld“ in der Deutschlandpolitik ausgesprochen (Bericht 21.22.51/2-A/88 vom 15.4.88).⁴

1 Dieser Bericht wurde im Verfolg von Zl. 200-Res/87 vom 22. Mai 1987 (die weder in der Sektion II noch in den RES-Berichten Bonn überliefert ist) verfasst und langte am 4. Mai im BMAA ein und wurde dort in der Sektion 2 bearbeitet. Nach Rücksprache mit Sektion II.1. (Legationsrat Marius Calligaris) erfolgte auf Ersuchen der Kanzlei die Weiterleitung an die österreichischen Botschaften Berlin und Moskau. Sofern nicht separat angemerkt, erfolgten die Unterstreichungen bereits in Bonn. Dem Bericht liegt eine Pressemeldung der CDU vom 26. April 1988 bei, in der Ottfried Hennig (Anm. 3) nachdrücklich den Zusammenhang von deutscher und europäischer Einigung betonte.

2 Erich Honecker besuchte vom 7. bis 11. September 1987 die Bundesrepublik. Siehe Dok. 9 und 10.

3 Ottfried Hennig, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (1982–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Der Bericht konnte nicht aufgefunden werden. Kohl sagte: „Ich sage das nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer Diskussion der letzten Monate, die sich um eine Kernfrage unserer nationalen Existenz dreht, um die deutsche Frage. Die Leidenschaft dieser Diskussion beweist, wie lebendig die Hoffnung ist, eines Tages Freiheit und Einheit für alle Deutschen erringen zu können. Aber es ist auch unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese Sehnsucht und diese Hoffnung politisch nicht mißbraucht werden, von welcher Seite auch immer. Diese Gefahr besteht dann, wenn der Sinn für die Realitäten verloren geht. Gerade die Deutschlandpolitik erfordert Augenmaß, Geduld und Nüchternheit.“ Siehe für den vollen Wortlaut der Rede: Freiheit – Sicherheit – Zusammenarbeit. Außenpolitik für die Zukunft Deutschlands. Rede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Außenpolitischer Kongreß der CDU in Bonn, 14. April 1988 (= CDU-Dokumentation 13/1988) http://www.kas.de/wf/doc/kas_26916-544-1-30.pdf?110902100930 zuletzt abgerufen am 28. Juli 2017.

Die Bundesregierung befindet sich dabei allerdings in einem Dilemma, da sie aus innen- und außenpolitischen Rücksichten zwar Geduld haben muß, möglichst aber nicht zuviel davon zeigen darf.

Irgendwelche Hinweise auf bevorstehende sowjetische Initiativen im Zusammenhang mit der „Einheit der deutschen Nation“ sind derzeit nicht zu erwarten, die äußeren Umstände sprechen gegen diesbezügliche Erwartungen. Gorbatschow scheint zum einen mit seinen inneren Reformbemühungen ohnedies hinreichend ausgelastet, zum anderen ist nicht zu erkennen, welche Vorteile eine deutschlandpolitische Initiative in Richtung Wiedervereinigung der Sowjetunion, der DDR (die ohnedies durch die Entwicklung im Inneren verunsichert ist) und überhaupt dem Zusammenhalt des WP bringen könnte. Staatssekretär Hennig wertet deshalb im privaten Gespräch die Erklärung Gerassimows⁵ über eine sowjetische Bereitschaft zum Abzug aus der DDR⁶ im Falle eines US-Rückzuges aus Europa⁷ als einen für Bonn uninteressanten propagandistischen Schachzug und kein „Vorspiel“ zur Wiedervereinigung; das könne sich Gorbatschow aufgrund seiner inneren Schwierigkeiten (einschl. des Nationalitätenproblems)⁸ und der Demütigung in Afghanistan⁹ auch nicht leisten. Auch nach Ansicht der Botschaft handelt es sich dabei eher um einen Gedanken, der mit der Politik Moskaus gegenüber der NATO und möglicherweise hinsichtlich KRK¹⁰ in Zusammenhang steht.

5 Gennadij Gerassimow, Leiter der Hauptabteilung für Information im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Unterstreichung im BMAA. Die Erklärung Gerassimows konnte nicht aufgefunden werden.

7 Unterstreichung im BMAA.

8 Insbesondere Mitte 1987 waren diverse Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion immer deutlicher und durchaus überraschend zu Tage getreten. Es war dies eine Folge der innenpolitischen Lockerungen, aber auch dem Entstehen neuer „nationaler“ Eliten innerhalb der Sowjetunion geschuldet. Seit Februar 1988 befanden sich die Sowjetrepublik Armenien und das Autonome Gebiet Berg-Karabach in einer Art Ausnahmezustand. Streiks und Massendemonstrationen verliefen zumeist noch friedlich, es dauerte aber nicht mehr lange, bis die Konflikte eskalierten, immer mehr Randgebiete der Sowjetunion erfassten und schließlich zu deren Zerfall mit beitrugen. Hierzu weiterführend: Helmut Altrichter, *Russland 1989. Der Untergang des Sowjetischen Imperiums*, München 2009.

9 Am 25. Dezember 1979 marschierten Streitkräfte der Sowjetunion in Afghanistan ein. Den sowjetischen Truppen gelang es jedoch nicht, das Land unter ihre Kontrolle zu bringen. Am 9. Februar 1988 ließ Generalsekretär Gorbatschow in der Prawda den Abzug der sowjetischen Streitkräfte verkünden. Am 15. April 1988 wurde das Genfer Abkommen zwischen der Sowjetunion, Afghanistan, Pakistan und den USA geschlossen, mit dem der Krieg offiziell beendet wurde. Am 15. Februar 1989 verließ der letzte sowjetische Soldat Afghanistan.

10 KRK = Konventionelle Rüstungskontrolle. Die diesem Bereich zuzuordnenden Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) fanden schließlich gemäß dem Mandat des Wiener KSZE-Folgetreffens vom 10. Januar 1989, ab 9. März 1989 in Wien statt und zwar parallel zu neuen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in Europa (VSBM). Nach schwierigen Beratungen gelang es den 16 NATO-Staaten und den sieben Warschauer-Pakt-Staaten, der „Gruppe der 23“ sich auf ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Abrüstung zu verständigen. Ziel war die Festigung der Stabilität und Sicherheit in Europa durch die Schaffung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts der konventionellen Streitkräfte, das konventionelle Bewaffnung und Ausrüstung einschloss, auf niedrigem Niveau; die Besei-

Die Bundesregierung sieht sich andererseits aus politischen und verfassungsrechtlichen Gründen genötigt, immer wieder auf ihren Wiedervereinigungsauftrag hinzuweisen. Aus innenpolitischen Gründen wegen der Besorgnis, dass bei Vernachlässigung der Wiedervereinigungsvision dieses Thema von extremen Gruppen besetzt werden könnte, wobei vor allem ein Anwachsen unzufriedener Stimmen auf dem rechten Wählerspektrum zu Lasten der CDU/CSU befürchtet würde. Aus außenpolitischen Gründen, weil nur so der heute abstrakte Anspruch auf Wiedervereinigung in der internationalen Politik am Leben erhalten¹¹ werden kann. Außerdem will man nicht Gefahr laufen, die Thematik möglicherweise der DDR zu überlassen: Honecker wollte zu Anfang der 80er-Jahre eine Wiedervereinigung unter „sozialistischen“ Vorzeichen nicht ausschließen!¹² Aus verfassungsrechtlichen Gründen schließlich, weil die Bundesregierung verhalten ist, das Ziel der Wiedervereinigung mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern und seine Erreichung nicht zu behindern.¹³

Aus all diesen Gründen, bestätigt Staatssekretär Hennig, genüge es nicht, wie unter früheren Regierungen geschehen, nur „einmal jährlich am 17. Juni“ über Deutschland zu sprechen; die Bundesregierung müsse in der Öffentlichkeit verstärkt auf das Wiedervereinigungsthema eingehen: Daraus erklärt sich die in den

tigung von Ungleichgewichten, die nachteilig für die Stabilität und Sicherheit waren, vor allem die Beseitigung der Fähigkeit zur Auslösung von Überraschungsangriffen und zur Einleitung großangelegter offensiver Handlungen. Als Methoden sollten Begrenzungen, Obergrenzen und Verlagerungen angewendet werden. Die Verhandlungen mündeten in den Vertrag über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), den die Mitglieder der NATO und des Warschauer Pakts am 19. November 1990 in Paris unterzeichneten. Für den Vertragstext siehe: 20 Jahre KSZE, S. 369–392.

11 Unterstreichung im BMAA.

12 Tatsächlich hatte Honecker im Februar 1981 „auf der SED-Bezirksdelegierten-Konferenz in Ost-Berlin öffentlich erklärt, „dass eines Tages der Sozialismus auch an die Tür der BRD anklopft“ und dann die Frage der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wieder zur Entscheidung anstehe“. Diese Aussage sorgte in der Bundesrepublik für einige Irritation. Jedoch wurde auch durch SED-Funktionäre rasch bestätigt, dass dies keineswegs eine Abkehr von der „eigenständigen sozialistischen Nation in der DDR“ bedeutete. Zitiert nach Heike Amos, Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte, Göttingen 2015, S. 345. Ähnliche Aussagen tauchen auch in den Folgejahren immer wieder auf, ja sogar noch Anfang 1989. Vgl. ebd., S. 431 und 573. Derartige Wortmeldungen entsprachen aber nicht der tatsächlichen Konzeption der SED-Deutschlandpolitik, die die deutsche Frage seit Anfang der 1970er-Jahre für erledigt hielt.

13 Der Originalwortlaut der Präambel des Grundgesetzes 1949 lautet: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

letzten Jahren sichtbar gewachsene Anzahl von Aktivitäten, Reden, Erklärungen, Diskussionen usw., die führende Regierungspolitiker und insbesondere das innerdeutsche Ministerium im In- und Ausland dieser Thematik widmen. Gleichzeitig bedauert die Bundesregierung, dass die SPD an der nationalen Frage immer weniger Interesse zeige,¹⁴ weil dies die Schlagkraft der Bemühungen gegenüber dem Ausland schwäche: Bahr¹⁵ liege zwar mit seinen Gedanken über zwei getrennte deutsche Friedensverträge¹⁶ auch in der eigenen Partei abseits, doch hätte Brandt (und Bahr), nach dem Mauerbau offensichtlich entmutigt, den Glauben an eine Wiedervereinigungsmöglichkeit im Laufe der Geschichte verloren.

Für die Bundesregierung ergibt sich damit ein schwieriger Balancegang: Sie muß stets über die Deutschlandfrage reden, ohne in der Öffentlichkeit übertriebene Hoffnungen oder Illusionen wecken zu dürfen. Die letzte Episode in dieser Gleichgewichtsübung war die Ausarbeitung des CDU-Leitantrages für den Mitte Juni bevorstehenden Parteitag,¹⁷ an dessen Formulierung ursprünglich keine Vertriebenen-Vertreter beteiligt wurden und in dem die Vokabel „Wiedervereinigung“ fehlte. Die Ständige Vertretung der DDR sah darin ein bewußt gesetztes Signal und ließ ihre positive Bewertung auch den verantwortlichen CDU-Generalsekretär¹⁸ wissen.¹⁹ StS Hennig leugnet hingegen eine solche Absicht und verweist darauf, dass auch im Grundsatzprogramm der CDU²⁰ das Wort selbst

- 14 Am 1. Dezember 1988 brach im Deutschen Bundestag Streit über das Fernziel der Wiedervereinigung aus. Der SPD-Fraktions- und Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel erklärte „die Zugehörigkeit der beiden deutschen Staaten zu ihren jeweiligen Bündnissen“ sei mit „ihrer Vereinigung oder gar der Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 unvereinbar“. Das sei laut Vogel die Realität. Aus der CDU/CSU-FDP-Regierung wurde daraufhin der Vorwurf laut, die SPD habe dem Ziel Wiedervereinigung längst abgeschworen. Siehe Frank Fischer, „Im deutschen Interesse“. Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Huum 2001, S. 355.
- 15 Egon Bahr, SPD, Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstungs- und Rüstungskontrolle des deutschen Bundestages (1980–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 16 Egon Bahr, Zum europäischen Frieden. Eine Antwort auf Gorbatschow, Berlin 1988, S. 38–48, 95–100; Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996, S. 533–538.
- 17 Vom 13. bis 15. Juni 1988 fand in Wiesbaden der 36. Bundesparteitag der CDU statt. Der Leitantrag zu den Bereichen Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik führte innerhalb der CDU zu einer Diskussion über die Deutschlandpolitik. Auf Grund der Diskussion ließ Kohl das Papier nochmals überarbeiten, siehe dazu ausführlich Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989 (Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 1), Stuttgart 1998, S. 398–401; für eine Zusammenfassung siehe Hans-Peter Schwarz, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, Berlin 2012, S. 470–471.
- 18 Heiner Geißler Generalsekretär der CDU (1977–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 19 Für die CDU-interne Kritik siehe z. B. Jürgen Todenhöfer an Heiner Geißler, 15. März 1988, in: Jürgen Todenhöfer, Ich denke Deutsch. Abrechnung mit dem Zeitgeist, Erlangen/Bonn/Wien 1989, S. 201–211.
- 20 Für das damals gültige jedoch sehr wohl den Verweis auf den Brief zur deutschen Einheit (siehe Dok. 1, Anm. 17) enthaltende Grundsatzprogramm der CDU siehe: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1978_Grundsatzprogramm_Ludwigshafen.pdf

nicht vorkommt. Die Botschaft will dennoch nicht ausschließen, dass es sich um einen – letztlich fehlgeschlagenen – Versuch handelte, durch Unterbetonung der „Wiedervereinigung“ auch „linkere“ Wählerschichten ansprechen zu können, und hat Schwierigkeiten mit der Vorstellung, dass angesichts der Brisanz der Thematik die anfänglich entfallene „Wiedervereinigung“ (die nun im überarbeiteten Entwurf in Form eines Adenauer-Zitats wieder aufscheint) eine Unachtsamkeit gewesen sein soll. Eine weitere, allerdings weniger überzeugendere Kritik galt dem Passus, „das Ziel der Einheit ist von den Deutschen nur mit Einverständnis ihrer Nachbarn in West und Ost zu erreichen“, der den Nachbarn ein „Vetorecht“ einräumen würde – in seiner überwiegend gelobten Rede vom 7.9.1987²¹ anlässlich des Honecker-Besuches hatte der Bundeskanzler eben diese Formulierung verwendet, die eine realpolitische Selbstverständlichkeit beinhaltet: Dass nämlich eine Wiedervereinigung gegen den Willen der Nachbarn mit friedlichen Mitteln nicht durchsetzbar ist.

Die Schlußfolgerungen des einleitend zitierten Berichts, der keinerlei Anhaltspunkte für bevorstehende Deutschland-Initiativen der SU sah, gelten somit weiterhin unverändert. Botschafter Kwizinskij²² hat vor kurzem (Bericht 21.22.51/2-A/88)²³ die Verankerung der BRD in der NATO im Interesse der „bestehenden territorial-politischen Strukturen in Europa“ begrüßt. Falin²⁴ hatte in einem kürzlich in Bonn gehaltenen Vortrag erläutert, das „gemeinsame Haus Europa“²⁵ hätte die bestehenden Strukturen in Europa zu überdachen, kein Bewohner dürfe sich auf Kosten des anderen ausbreiten. StS. Hennig meint freilich (schon aufgrund seiner Rolle im innerdeutschen Ministerium verständlich), dass Kwizinskijs Äußerung morgen auch anders ausfallen könnte, wobei er an sowjetische Überlegungen bezüglich einer Konföderation beider deutschen Staaten sowie den Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus der DDR und der Streitkräfte der westlichen Alliierten aus der BRD glaubt. Die Bundesregierung müsse sich vorausschauend auf solche Eventualitäten einrichten, um nicht außen- und innenpolitisch unvorbereitet unter Zugzwang zu geraten. Zum anderen lassen aber die Hinweise Hennigs und anderer Politiker auf die Schwierigkeiten Gorbatschows

21 Tischrede des Bundeskanzlers Kohl beim Besuch von Erich Honecker, 7. September 1987, in: Europa-Archiv, 1987, D 533; Praktische Zusammenarbeit trotz aller Gegensätze. Toast von Helmut Kohl bei dem Essen in der „Redoute“, in: Neues Deutschland, 8. September 1987, S. 3.

22 Julij A. Kwizinskij, Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

23 Der Bericht konnte nicht aufgefunden werden.

24 Valentin Falin, Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU (1988–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

25 Die von Gorbatschow erstmals bei dessen Frankreich-Besuch im Oktober 1985 erwähnte und in den folgenden Jahren geprägte Metapher umschreibt die Zusammenarbeit in Europa zwischen Ost und West, gleich wie Bewohner eines Hauses, die aufeinander Rücksicht zu nehmen haben. Das dahinterstehende Konzept skizzierte Gorbatschow in seinem 1987 erschienenen Buch „Perestrojka und das Neue Denken für unser Land und die ganze Welt“. Siehe dazu auch ausführlicher Michail Gorbatschow, Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Perestroika, Düsseldorf/Wien/New York 1989.

erkennen, dass die „Gefahr“ derartiger sowjetischer Initiativen in Bonn nicht überbewertet wird, weil das Politbüro wohl noch für geraume Zeit ganz andere Sorgen haben dürfte. Das sowjetische Unbehagen über die rasante Entwicklung der internen bundesdeutschen Diskussion, der möglicherweise ein Dämpfer aufgesetzt werden sollte, könnte auch das tieferliegende Motiv für den der Botschaft nicht vorliegenden jüngsten „Prawda“-Artikel „Gefährlicher Archaismus“ gewesen sein.²⁶

Deshalb sollten die beschwichtigenden Versicherungen der Bundesregierung gegenüber ihren Verbündeten glaubwürdig sein, dass ihr „Freiheit vor Einheit“ geht – die West-Bindung der Bundesrepublik somit als höheres Gut keinesfalls zur Disposition stünde (kein Neutralismus) und eine Wiedervereinigung jedenfalls an die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes durch die DDR gebunden sei (in der stillschweigenden, hier etwas überspitzt formulierten Annahme, das Selbstbestimmungsrecht könne nur für Pluralismus, Demokratie, Reisefreiheit – und damit die BRD und den Westen – ausfallen). Gerade hier setzt aber Egon Bahrs Kritik ein: Selbstbestimmungsrecht und NATO-Mitgliedschaft sind für ihn einander ausschließende Widersprüche, woraus sich angesichts des zu erwartenden Fortbestehens der Bündnisse jedenfalls für die voraussehbare Zukunft, d. h. mindestens in die ersten Jahrzehnte des nächsten Jahrtausends hinein, keine Wiedervereinigungsansätze ergeben werden.

Und so wird die theoretische Diskussion um Neutralismus, Deutschland- und Ostpolitik sowie West-Bindung noch lange fortgeführt werden können, obwohl oder gerade weil die überwiegende Mehrheit der bundesdeutschen Politiker aller Parteien heute keine konkreten Aussichten auf Wiedervereinigung sieht. Es geht in Wirklichkeit nur um die Aufrechterhaltung von Wiedervereinigungsansprüchen, derer man sich international nicht verschweigen möchte; im übrigen soll die deutsche Frage durch pragmatische Schritte zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Kontakte und Beziehungen zwischen den Menschen, was in Bonn als Voraussetzung für die Erhaltung eines einheitlichen Nationalgefühls betrachtet wird, offengehalten werden. In dieser praktischen Ausformung der Politik hat seit 1982 „keine Wende“ stattgefunden.²⁷

Der Botschafter:

Bauer m. p.

26 Der *Prawda*-Artikel liegt auch dem Akt nicht bei. Für die deutsche Übersetzung siehe: Revanchismus unvereinbar mit dem neuen Denken. Von W. Michailow, „Prawda“, in: Neues Deutschland, 26. April 1988, S. 2. Dort stand zu lesen: „Wie archaisch und gefährlich diese Thesen sind, die vom Geist der militärpolitischen Konfrontation geboren wurden, ist jetzt besonders deutlich geworden: Sie sind unvereinbar mit dem neuen Denken, mit seiner Priorität des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit.“

27 In der Bundesrepublik war im Herbst 1982 ein Regierungswechsel erfolgt. In der Koalition von SPD und FDP kam es zum Bruch. Durch ein Misstrauensvotum am 1. Oktober 1982 stürzte die FDP gemeinsam mit der CDU/CSU Bundeskanzler Helmut Schmidt und wählte Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler. Neuwahlen am 6. März 1983 verschafften der CDU/CSU-FDP-Koalition eine deutliche Mehrheit im Deutschen Bundestag. Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 23.

Dok. 21: Delegationsgespräch Mock – Fischer, Wien, 18.5.1988

Protokoll, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 18. Mai 1988, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1988 (01–06), Karton 22, GZ. 43.18.03/25-II.3/88¹

Österreich-DDR; offizieller Besuch von AM Fischer in Wien; Gespräch mit HBM am 18.5.1988; Protokoll

Im Rahmen des offiziellen Besuches, den Außenminister Oskar Fischer Österreich in der Zeit vom 17.–20. Mai 1988 abstattete, fand am 18.5. d. J. ein ein-
halbstündiges Delegationsgespräch statt.

Daraus wären insbesondere folgende Punkte festzuhalten:

Bilaterales:

Der Herr Bundesminister betonte einleitend, dass sich mit der DDR ausgezeichnete Beziehungen nicht nur auf dem Papier sondern auch in der Praxis entwickelt hätten.

Außenminister Fischer hielt fest, dass Österreich und die DDR auch in welt-politisch schwierigen Zeiten den ständigen Dialog aufrechterhalten hätten. Die mittlerweile entwickelten beispielhaften bilateralen Beziehungen würden ihre Ausstrahlung auch auf andere Staaten nicht verfehlen und damit einen wichtigen Baustein für das zu errichtende „Europäische Haus“² darstellen.

Außenminister Fischer sprach eine offizielle Einladung an den Herrn Bundes-minister aus³ und gab der Hoffnung Ausdruck, dass der politische Dialog auf al-len Ebenen fortgesetzt werde. So hoffe er auch auf verstärkte Kontakte im Bereich der Legislative.

Der nächste Schritt bei den bilateralen Beziehungen müsse nun generell sein, bereits bestehende Kontakte kontinuierlich weiter zu entwickeln.

1 Das Protokoll wurde am 20. Mai 1988 in der Abteilung II.3 von Sachbearbeiter Dr. Ernst-Peter Brezovsky erstellt und erging durch Ernst Sucharipa mit selben Datum an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektionsleiter, die Sektionen III, IV, V, die Abteilungen I.2, II.5, II.6, II.7, II.8 sowie als Zl. 160-Res/88 an die österreichische Botschaft Berlin. Zur Terminfestlegung für den Besuch im Jahr 1987 siehe: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, DDR, GZ. 43.18.01/1-II.3/87 bis GZ. 43.18.01/9-II.3/87. Die Einladung wurde im Januar 1986 ausgesprochen: DDR; offizieller Besuch von Außenminister Oskar Fischer nach Österreich; Einladungsschreiben des HBM, Wien 16. Januar 1986, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1986, DDR, GZ. 43.18.01/1-II.3/86.

2 Hierbei handelt es sich um eine Anspielung auf Gorbatschows „Gemeinsames Haus Europa“. Siehe dazu Dok. 20, Anm. 25.

3 Der Gegenbesuch fand nicht mehr statt. Mock und Fischer trafen einander im Rahmen des Abschlusses des Wiener KSZE-Folgetreffens am 18. Jänner 1990 (siehe dazu ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 750.04/39-II.3/89) und am 26. Jänner 1990 (siehe Dok. 113) jeweils in Wien.

In diesem Sinne stellten die wirtschaftlichen Beziehungen eine wesentliche Säule des bilateralen Verhältnisses dar und müßten demgemäß weiter ausgebaut werden.

Ebenso sollte die weitere Förderung u. a. der wissenschaftlich-technischen Beziehungen sowie der Kontakte in den Bereichen Kultur, Verkehr, Fach- und Hochschulwesen, Umweltschutz und Justiz betrieben werden.

Im Bereich der bilateralen Vertragsbeziehungen erwarte man sich Fortschritte auf den Gebieten „Rechtshilfe in Strafsachen“⁴ sowie eine baldige Klärung der im Zusammenhang mit dem Herkunftsabkommen entstandenen Problematik, letzteres insbesondere in Anbetracht der bekannten DDR-Haltung beim Vermögensvertrag Ö-DDR. („Sicherung der DDR-Rechte“)⁵

Der Herr Bundesminister dankte für die Einladung in die DDR und stellte in Aussicht, den Präsidenten des Nationalrates sowie den Vorsitzenden des Bundesrates über das DDR-Interesse betreffend verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten in Kenntnis zu setzen.

Er messe auch den sehr dichten Fachministertreffen große Bedeutung für den weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen bei: So sei etwa Frau Bundesminister Flemming⁶ von ihrem DDR-Besuch mit sehr positiven Eindrücken zurückgekehrt.

Der weitere Ausbau der Beziehungen im wissenschaftlich-technischen Bereich böte sich aufgrund der diesbezüglichen hochentwickelten Struktur der DDR an. Ebenso wäre auch ein Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen anzustreben.

Hier sei die Zusammenarbeit im Bereich des Tourismus,⁷ wo Österreich mit einiger Expertise aufwarten könne, ein gutes Beispiel, dies umso mehr, als es sich bei der DDR um ein Nachbarland im weiteren Sinne handle.

Der Herr Bundesminister ersuchte Außenminister Fischer, seine Aufmerksamkeit den Schwierigkeiten, die in der Vergangenheit wiederholt bei der Überweisung von Honoraren österreichischer Künstler aus der DDR aufgetreten seien,

4 Die DDR strebte seit geraumer Zeit einen Vertrag über „Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferung“ sowie über die „Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen sowie Anerkennung und Vollstreckung diesbezüglicher Entscheidungen“ an und hatte Vertragsentwürfe übergeben. Ein Auslieferungsvertrag und ein bilateraler Vertrag über Unterhaltsansprüche wurde österreichischerseits nicht für erforderlich gehalten, insbesondere da im letzteren Falle die Möglichkeit bestand, durch einen Beitritt zu bestehenden multilateralen Übereinkommen eine vertragliche Regelung im Verhältnis zu Österreich herbeizuführen. Zur „Rechtshilfe in Strafsachen“ hatte Österreich bereits im September 1986 einen eigenen Vertragsentwurf übermittelt, auf den die DDR aber noch nicht reagiert hatte. Siehe auch Dok. 7, Anm. 14.

5 Siehe Dok. 7, Anm. 5, 6 und 7 sowie Dok. 1, Anm. 44.

6 Marilies Flemming (ÖVP), Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie (1987–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Flemming hatte vom 6. bis 8. April 1988 die DDR besucht.

7 Vgl. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus, BGBl. Nr. 63/1988, S. 661–662.

zu schenken, da hier eines der wenigen aus österreichischer Sicht noch nicht gelösten Probleme vorliege. Er ersuchte um eine großzügiger gehandhabte Anrechnungspraxis. (Auslegung des Transferabkommens)⁸

Bezüglich der von seinem Amtskollegen angesprochenen Fragen im Zusammenhang mit dem Herkunftsabkommen sei sich Österreich der Problematik bewußt. Was den Vertrag über Rechtshilfe in Strafsachen anbelange, habe man ja 1986 einen Entwurf übergeben und stehe zur Verfügung für substantielle Gespräche.

Außenminister Fischer nahm die Aussagen des HBM zu den angesprochenen konkreten Fragen positiv auf. Er sagte zu, seinerseits die Frage der Honorarüberweisungen für österreichische Künstler sofort nach seiner Rückkehr überprüfen zu lassen.⁹

Internationale Fragen:

Abrüstung:

AM Fischer stellte fest, dass die Welt nach Unterzeichnung des INF-Abkommens¹⁰ am 8. Dezember 1987 anders aussehe. Es sei bewiesen worden, dass atomare Abrüstung möglich sei. Nun müsse man den einmal eingeschlagenen Weg fortsetzen, wobei weder Fragen betreffend eine bestimmte Waffengattung noch Fragen der Kontrolle ausgespart bleiben dürften. In diesem Sinne hätten sich auch die Außenminister Shultz und Schewardnadse bei ihrem Treffen in Genf¹¹ für ein Zug-um-Zug Voranschreiten¹² ausgesprochen.

Der Warschauer Pakt habe der NATO das Angebot gemacht, die Zahlen betreffend vorhandene Rüstungsbestände offenzulegen. Jeder solle nach einem Wort Erich Honeckers „das wegschaffen, was er zuviel habe“.

Bei der Frage der Beseitigung chemischer Waffen sei er – im Gegensatz zum westdeutschen Außenminister Genscher – der Auffassung, dass regionale Abkommen ein weltweites Abkommen unterstützen könnten. Regionale Initiativen hätten ein ermutigendes Element und böten Erprobungsmöglichkeiten verschiedener Methoden und Ideen auf regionaler Ebene.

Außenminister Fischer betonte, dass ihm Bundeskanzler Dr. Vranitzky anlässlich ihres Gesprächs am 17.5.1988 zugesagt habe,¹³ die österreichische Entschei-

8 Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr, BGBl. 598/1982, S. 2679–2680.

9 Der Ausgang der Angelegenheit konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

10 Zum INF-Vertrag siehe Dok. 11, Anm. 21.

11 Die beiden Außenminister Eduard Schewardnadse und George Shultz trafen am 24. November 1987 im Rahmen der Genfer Abrüstungsverhandlungen zusammen und gaben gemeinsam bekannt, dass eine Einigung über den INF-Vertrag erzielt wurde.

12 So im Original.

13 Ein österreichischer Vermerk über das Gespräch konnte nicht ausfindig gemacht werden. Der SED-Bericht über den Besuch Fischers erwähnt die Zusage im Abschnitt über das Gespräch mit Vranitzky nicht. In den Schlussfolgerungen wurde aber festgehalten: „Nach der Benennung des offiziellen Vertreters der österreichischen Regierung (Generalsekretär Klestil,

derung über die Teilnahme bzw. den Teilnehmer am Internationalen Treffen für Kernwaffenfreie Zonen, zu dem die DDR von 20.–22. Juni 1988 eingeladen habe, noch während Fischers Aufenthalt in Wien bekanntzugeben.

Er erhoffe sich eine Entsendung, die dem ausgezeichneten Stand der Beziehungen entspreche und könne seinerseits einen konstruktiven und sachlichen Verlauf der Veranstaltung versprechen. (Der Herr Bundesminister hat inzwischen entschieden, dass Österreich bei ggstdl. Treffen durch den Herrn Generalsekretär vertreten sein wird).¹⁴

Der Herr Bundesminister hielt zum Thema Abrüstung fest, dass Österreich jederzeit bereit sei, größere Vorhaben in diesem Bereich zu unterstützen, wobei es jedoch kein „diplomatischer Adabei“ sein wolle.

Abkommen müssten kontrollierbar und verifizierbar sein, um ihre Wirkung in der Praxis auch tatsächlich entfalten zu können. In diesem Sinne habe die Stockholmer Konferenz¹⁵ einen entscheidenden Durchbruch gebracht, da die Großmächte dort instrumentale Fragen der Verifikation geregelt hätten.

Trotz der neugewonnenen Dynamik müsse man sich jedoch bewußt sein, dass nach wie vor zahlreiche Probleme der Lösung harren.

Bezüglich des Bereichs chemische Waffen sei auf die Expertise österreichischer Experten hinzuweisen, die jederzeit zur Verfügung gestellt werden könnten. Die IAEO¹⁶ habe aufgrund ihrer Kontrolltätigkeit im Zusammenhang mit dem „Non-Proliferation-Treaty“¹⁷ praktische Erfahrung, die bei der allfälligen späteren Errichtung von Kontrollagenturen von großem Wert sein könnte.

Schließlich hoffe er, dass auch die Abrüstungsgespräche über konventionelle Waffen neuerlich in Gang kämen und die Frage der Kurzstreckenraketen befriedigend gelöst werden könne.

1. Stellvertreter des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten) sind weiterhin alle Möglichkeiten zu nutzen, um eine repräsentative Teilnahme von Parlamentariern und gesellschaftlichen Kräften Österreichs am ‚Internationalen Treffen für kernwaffenfreie Zonen‘ zu sichern.“ Bericht über den offiziellen Besuch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen O. Fischer, vom 17. bis 20. Mai 1988 in der Republik Österreich, Bericht-erstatte H. Krolkowski, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees vom 31. Mai 1988 (Protokoll Nr. 22/88), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3127, Bl. 193–201, hier Bl. 202.

14 Schließlich nahm der Stellvertreter des Generalsekretärs Botschafter Dietrich Bukowski teil. Siehe Dok. 24.

15 Die Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa fand zwischen dem 17. Januar 1984 und dem 19. September 1986 statt. Siehe dazu bereits Dok. 1, Anm. 42.

16 IAEO = Internationale Atomenergie-Organisation.

17 Der Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (Atomwaffensperrvertrag) ist ein internationaler Vertrag, der auf die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und Abrüstung abzielt. Zudem behandelt er die friedliche Nutzung von Atomenergie. Er wurde am 1. Juli 1968 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet und trat am 5. März 1970 in Kraft. Seither sind insgesamt 191 Staaten dem Vertrag beigetreten.

KSZE:

Außenminister Fischer stellte fest, dass sich bei der KSZE zuletzt zu stark Konferenzroutine breitgemacht habe. Seitens der DDR werde ein baldiger Abschluß der Gespräche mit einem konstruktiven Ergebnis gewünscht.

In diesem Zusammenhang sei der nunmehr von den N+N-Staaten vorgelegte Entwurf eines Schlußdokuments sehr zu begrüßen, wenngleich er relativ spät entstanden sei. Der Entwurf dürfte einen positiven Abschluß des WFT¹⁸ und damit einen weiteren Baustein für das „Europäische Haus“ sicherstellen.

Der Herr Bundesminister dankte für die gute Zusammenarbeit der DDR-Delegation mit Österreich im Rahmen der KSZE.

Er deponierte die österreichische Bereitschaft, auch für Nachfolgekonferenzen Wien zur Verfügung zu stellen und erklärte, dass Österreich mit der Veranstaltung einer Konferenz immer auch eine gewisse Verantwortung für den erfolgreichen Verlauf der Gespräche verbunden sehe. Er dankte für die positive DDR-Haltung in dieser Frage.

Bezüglich des N+N-Kompromißvorschlages für ein WFT-Schlußdokument habe man für dessen Vorlage bewußt Mitte Mai gewählt. Nunmehr bestünden berechnete Hoffnungen, die Konferenz bis Ende Juli d.J. und somit noch vor der Sommerpause beenden zu können. In ersten Reaktionen sei der Schlußdokument-Entwurf von mehreren Seiten als wertvolle Arbeitsunterlage beurteilt worden.

UNO:

Der Herr Bundesminister stellte fest, dass die UNO wesentlich zur Verrechtlichung und zur Institutionalisierung der Internationalen Politik beigetragen habe. Dies sei eine gerade für kleinere Staaten besonders wichtige Entwicklung. Österreich unterstütze den Generalsekretär der Vereinten Nationen und sei bereit, seinen Beitrag zur Stärkung des Ansehens der UNO zu leisten.

So seien die Einsätze österreichischer UNO-Soldaten in Zypern, auf dem Golan und nunmehr auch in Afghanistan durchaus in diesem Sinne zu verstehen.¹⁹

18 WFT = Wiener Folgetreffen.

19 Zwischen Mai 1988 und März 1990 lief die Friedensmission der Vereinten Nationen – United Nations Good Offices Mission in Afghanistan and Pakistan (UNGOMAP) – an der zehn Länder (Kanada, Dänemark, Fiji, Finnland, Ghana, Irland, Nepal, Polen, Schweden und Österreich) beteiligt waren. Dabei sollte sowohl die Einhaltung der Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan sichergestellt als auch der sowjetische Truppenabzug aus Afghanistan überwacht werden. Österreich wirkte bereits seit den 1960er-Jahren an friedensschoffenden Operationen mit, so etwa ab 1964 auf Zypern (UNFICYP) und ab 1974 auf den Golanhöhen (UNDOF). Für einen Gesamtüberblick der österreichischen Beteiligungen an UNO-Missionen, vgl. Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Bd. 1, S. 467–474, hier insbesondere S. 473. Siehe zudem Erwin A. Schmidl, Blaue Helme, Rotes Kreuz. Das österreichische Sanitätskontingent im Kongo, 1960 bis 1963, 2. Aufl., Innsbruck/Wien/Bozen 2010.

Wien habe als jüngster UN-Sitz²⁰ unter den aktuellen Sparmaßnahmen besonders zu leiden, da hier niemals personelle Überbesetzungen aufgebaut worden wären und lineare Kürzungen demgemäß viel härter treffen als Genf und New York. Dabei bringe u. a. gerade der vom Wiener UN-Sitz aus geleitete Kampf gegen den Mißbrauch von Drogen den Vereinten Nationen besonderes Ansehen.

Der Herr Bundesminister erklärte, dass Österreich dankbar wäre, falls auch die DDR-Delegation in New York auf die spezielle Situation Wiens hinweisen könnte.

Außenminister Fischer stellte in Aussicht, die DDR-Delegation über die Situation Wiens als UN-Sitz zu informieren und zu sensibilisieren, damit diese im Bedarfsfall richtig reagieren könne.

Europapolitik:

Der Herr Bundesminister stellte fest, dass die österreichische Europapolitik sich aus 2 Elementen zusammensetze, der Annäherung an die EG sowie der intensiven Nachbarschaftspolitik.

Bezüglich der EG sei die möglichst vollständige Teilnahme am gemeinsamen Binnenmarkt erklärtes Ziel. Dabei stelle aber der „Optionsbeschuß“ der Österreichischen Bundesregierung unmißverständlich fest, dass jeder Schritt nur unter Beibehaltung der Neutralität gesetzt werde.²¹ Diese stelle einen wesentlichen Bestandteil der europäischen Friedensordnung nach 1945 dar und müsse erhalten werden.

Den Begriff „Nachbarschaftspolitik“ verstehe man durchaus im weitern Sinne und erfasse damit auch das Verhältnis zur DDR, wobei gerade im Verhältnis Ö-DDR sehr gute wirtschaftliche Beziehungen bestünden. Die praktische Zusammenarbeit verdichte sich ständig.

Außenminister Fischer erklärte zur Frage der österreichischen Europapolitik, dass er „hier keine Ratschläge zu erteilen habe, aber stets die Auffassung vertrete,

20 In Wien wurde von 1973 bis 1979 das Vienna International Centre (VIC) errichtet. Im Jahr 1979 wurde es den Vereinten Nationen übergeben, wodurch Wien endgültig zum dritten ständigen Sitz der UNO wurde. Die United Nations Industrial Development Organization (UNIDO, Organisation für industrielle Entwicklung) wurde bereits am 17. November 1966 mit Sitz in Wien gegründet und setzte sich das Ziel der Förderung der Industrialisierung in Entwicklungs- und Transformationsländern durch Beratung und Vermittlung technischer Hilfe, Entwicklung von Forschungs- und Studienprogrammen, womit die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in wenig entwickelten Ländern und die Förderung weniger umweltbelastender industrieller Produkte sowie die Schaffung von produktiver Beschäftigung ermöglicht werden sollte. Vgl. Erwin A. Schmidl, Wien als internationales Zentrum, in: Michael Dippelreiter (Hg.), Wien. Die Metamorphose einer Stadt (= Geschichte der österreichischen Bundesländer 6), Wien/Köln/Weimar 2013, S. 703–730.

21 Am 30. November 1987 hatte der österreichische Ministerrat mit Blick auf die europäische Integration und Österreichs Teilhabe daran beschlossen: „In diesem Zusammenhang soll auch die Option eines EG-Beitritts unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse der immerwährenden Neutralität für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.“ Diese Erklärung wurde veröffentlicht in: Wiener Zeitung, 1. Dezember 1987.

Österreich werde bei seiner weiteren Vorgangsweise seine internationalen Verpflichtungen hundertprozentig erfüllen“.

Im Anschluß an das Gespräch unterzeichneten der Herr Bundesminister und Außenminister Fischer das 4. Kulturübereinkommen zwischen Österreich und der DDR (Arbeitsprogramm bis 30. Juni 1991).²²

Sucharipa m. p.

Dok. 22: [Auszüge] Informationen für den DDR-Besuch Vranitzkys 14.–16.6.1988

Informationen für Bundeskanzler Vranitzky anlässlich seines DDR-Besuchs, Wien, 15. Juni 1988, Mappe „Besuch des HBK in der DDR“, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „BK – Luxemburg, BK – DDR 14.- 16.6.88/89, BK – Portugal“¹

Besuch des HBK in der DDR, 15.–17. Juni 1988

[...] ²

Executive Summary, Außenpolitik ³

Als Maxime der Außenpolitik hat nach wie vor die anlässlich des 25. Jahrestages der DDR (1974) getroffene Aussage von Erich Honecker Gültigkeit, wonach das „Kernstück der Außenpolitik der DDR die stete Festigung des brüderlichen Bündnisses mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ist“. Die DDR muss weiterhin als einer der wichtigsten Bündnispartner der Sowjetunion im militärischen und wirtschaftlichen Bereich angesehen werden.

22 Viertes Übereinkommen über ein Arbeitsprogramm zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für die Jahre 1988 bis 1991, BGBl. 311/1988.

1 Der erste Teil der Information wurde im BMAA von der Sektion II (Sachbearbeiter Ernst-Peter Brezovsky) u. a. auf Basis eines Berichts der ÖB Berlin (Ost), erstellt. Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 26. Mai 1988, Zl. 137-RES/88, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1988 (01–06), Karton 22. Dieser Bericht erfolgte nach fernschriftlicher Weisung (FS 55021) Erlass (Zl. 298-GS/88) vom 6. Mai 1988. In diesem wurde die Botschaft ersucht, Informationen zu folgenden Punkten zu übermitteln: 1) Kurzinformationen zur DDR Innen- und Außenpolitik sowie zu den bilateralen Beziehungen, 2) Gesprächsthemenkatalog (samt Kurzinformationen), 3) Entwurf einer Tischrede des HBK. Der Beitrag der Sektion II wurde am 6. Juni 1988 abgeschlossen und von Abteilungsleiter II.3 Ernst Sucharipa dem Generalsekretariat übermittelt. Die insgesamt 90 Seiten umfassende Vorbereitungsmappe wird hier nur in Auszügen wiedergegeben. Die abschließend wiedergegebenen Wirtschaftsinformationen stammen aus einer anderen Quelle als der Sektion II.

2 Ausgelassen wurden das Inhaltsverzeichnis der Vorbereitungsmappe und der Entwurf der Tischrede Vranitzkys.

3 Sachbearbeitung: Abteilung II.3, Dr. Ernst-Peter Brezovsky am 3. Juni 1988.

(Hinsichtlich der möglichen Ausstrahlung der Reformpolitik Gorbatschows befindet sich die DDR freilich unverändert in einer kritischen Wartehaltung.)

DDR–Polen: Bemühungen um Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen (Rückschlag von 1980/81 noch nicht überwunden).⁴

DDR–ČSSR: Gemeinsamer Vorschlag zur Schaffung eines nuklearwaffenfreien Korridors sowie einer chemiewaffenfreien Zone in Europa.⁵ Der ČSSR wird eine tragende Rolle für das bevorstehende internationale Treffen für kernwaffenfreie Zonen (20.–22. Juni 1988 in Berlin)⁶ zugemessen.

Im Vorjahr wurde unter der Federführung des Staatsratsvorsitzenden auch die Dialogpolitik mit westlichen Staaten weiter ausgebaut. (Besuche in den NATO-Staaten Belgien, Holland, Bundesrepublik Deutschland und Frankreich; großer Widerhall in Ost und West).

Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland entwickelten sich in den letzten Jahren stetig aufwärts (Handel, Familienaustausch, Reiseerleichterung, Kreditgewährung, Kulturaustausch, Umweltschutz). Die DDR betrachtet den offiziellen Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland (7.–11. September 1987)⁷ als Beweis für die Existenz zweier deutscher Staaten als politische Realität.

Auch zwischen der DDR und Westberlin lassen sich Normalisierungstendenzen feststellen, wobei davon die Statusprobleme rund um Westberlin unberührt geblieben sind.

[...] ⁸

Sucharipa m. p.

[...] ⁹

DDR Hintergrundinformationen für den Herrn Bundeskanzler
Innenpolitik¹⁰

Die Innenpolitik der DDR ist – wie schon seit Jahren – durch eine relative Stabilität der Machtstrukturen gekennzeichnet. So ist auch im Jahr 1988 nicht mit

4 Siehe dazu Dok 1, Anm. 5.

5 DDR und ČSSR hatten im April 1987 eine gemeinsame Initiative für Verhandlungen über einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa ergriffen. Am 3. April richteten Honecker und der tschechoslowakische Ministerpräsident Lubomír Štrougal gleichlautende Schreiben an Kohl, in denen sie Verhandlungen über einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa vorschlugen. Siehe dazu: Neues Deutschland, 4. April 1987, S. 1.

6 Siehe Dok. 24.

7 Siehe Dok. 9 und 10.

8 Ausgelassen wurden die Ausführungen zum Verhältnis DDR-USA und der Verweis auf die detaillierte Information zu Abrüstungsfragen und zur KSZE, die im Folgenden nicht weiter ausgeführt werden.

9 Ausgelassen wurden die ausführlichen Hintergrundinformationen zur Außenpolitik, die sich im Wesentlichen auf die Auflistung der Besuchsdiplomatie der vergangenen Jahre beschränken und das Executive Summary, Innenpolitik DDR.

10 Sachbearbeitung: Abteilung II.3, Dr. Ernst-Peter Brezovsky an 3. Juni 1988.

spektakulären Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu rechnen.

Das Jahr 1987 brachte für die Staats- und Parteiführung weitgehend befriedigende Ergebnisse mit sich.

- Die Feiern zum 750-jährigen Bestehen Berlins brachten Stadt und Staat neues Prestige.
- Staats- und Parteichef Honecker konnte durch seine Besuche in Belgien, den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich¹¹ mit sichtbarem Stolz eine international so gut wie vollwertig anerkannte DDR repräsentieren.
- Im wirtschaftlichen Bereich stellte die DDR mit ihrer vollentwickelten Kombi-natsverfassung in vielerlei Hinsicht ein Vorbild für andere RGW-Staaten dar. Die DDR-Führung ist sich der gewichtigen Rolle, die die DDR als industriell am weitesten entwickeltes und wirtschaftlich stabilstes Land Osteuropas bei der Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft zu spielen hat, durchaus be-wußt. Aus dieser Position heraus konnte und kann auch von DDR-Seite gegen-über den sowjetischen Reformbestrebungen im ökonomischen Bereich auf die eigene, weil effizienter arbeitende Wirtschaft verwiesen werden.

Dennoch sind in der DDR eine Reihe schwieriger sozialer und innenpolitischer Entwicklungen nicht zu übersehen. Einerseits konnte den außenpolitischen Erfolgen der letzten Zeit keine dementsprechenden unmittelbaren wirtschafts-politischen Ergebnisse, die zu einer tatsächlichen Verbesserung des allgemei-nen Lebensstandards geführt hätten, zur Seite gestellt werden. Andererseits hat sicherlich das sowjetische Reformmodell Hoffnungen erweckt, die – zumin-dest in der DDR aufgrund ihrer speziellen Randlage – nicht eingelöst werden können.

So führe der Versuch von etwa 100 regimekritischen Personen, sich an der heu-rigen Kundgebung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (17. Jänner 1988) mit eigenen Parolen zu beteiligen, zu zahlreichen Verhaftungen und beträcht-lichen Unruhen im Lande. Die Ereignisse lösen Fürbitte-Gottesdienste in vielen Städten der DDR aus und brachten eine angespannte Beziehung zwischen Staat und Kirche mit sich. Die Affäre endete schließlich relativ „glimpflich“ mit der Freilassung und Ausweisung der Verhafteten in die Bundesrepublik Deutschland, wobei einigen Betroffenen die Staatsbürgerschaft nicht aberkannt wurde, sodaß sie mit einem Reisepass der DDR ausreisen konnten.¹² Wenige Wochen später kam es jedoch – interessanterweise unmittelbar nach einer von den SED-Medien pu-blizistisch stark ausgewerteten Unterredung Erich Honeckers mit dem Vorsitzen-

11 Erich Honecker stattete Frankreich vom 7. bis 9. Jänner 1988 einen Staatsbesuch ab. Siehe Dok. 15, Anm. 7.

12 Siehe Dok. 15, Anm. 9 und Dok. 17.

den des Evangelischen Kirchenbundes, Bischof Leich¹³ – neuerlich zu einer Verhaftungsaktion gegen oppositionelle Gruppen und ausreisewillige Bürger. Auch im Zusammenhang mit den Kundgebungen zum 1. Mai erfolgten Festnahmen regimekritischer Personen.

Die uneinheitliche Haltung der DDR-Führung hat – wieder einmal – Anlaß für Spekulationen geboten, wonach die Machtposition Erich Honeckers erschüttert oder zumindest geschwächt sein könnte.

Jedenfalls kann man davon ausgehen, daß starke Kräfte innerhalb des Politbüros der SED sich weiterhin für die Durchsetzung eines harten Kurses gegenüber kritischen Bürgern einsetzen werden, sodaß die Haltung der DDR-Behörden gegenüber Kirche, oppositionellen Gruppen und Bürgern auch in Zukunft unberechenbar bleibt. Allerdings dürften generell sowohl Kirche als auch Staat auch in Hinkunft an einer Fortsetzung der konstruktiven Beziehungen zueinander interessiert sein. Der seit dem Jahr 1978 in Folge eines Gesprächs zwischen Erich Honecker und der evangelischen Kirchenleitung entwickelte „modus vivendi“¹⁴ wird nach wie vor von beiden Seiten als im Großen und Ganzen vorteilhaft angesehen.

Umweltschutz und Umweltzerstörung beschäftigen in zunehmenden Maß auch die Bevölkerung der DDR. Die Versicherung der DDR-Behörden, alles zu unternehmen, um dem Schädigungsprozeß Einhalt zu gebieten, stößt bei den Menschen auf wenig Glauben.

Im wirtschaftlichen Bereich konnte trotz grundsätzlich weiterhin positiver Entwicklung das für 1987 vorgesehene Wachstum des Nationaleinkommens um 4,4 % nicht erreicht werden (ca. 4 %). Die von der DDR-Führung praktizierte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bietet heute aufgrund der geringer werdenden Zuwachsraten tendenziell weniger Spielraum für Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards.

Trotz der erwähnten „Krisenfaktoren“ und einer offensichtlichen Unzufriedenheit weite[r] Kreise der Bevölkerung kann man davon ausgehen, daß die DDR ihre Stabilität auch 1988 beibehalten wird. Sowohl das stark entwickelte Realitätsbewusstsein der DDR-Bürger als auch der im Vergleich zu anderen RGW-Ländern hohe Lebensstandard dürfte dem förderlich sein. Die grundsätzlich prekäre Situation der DDR, die sich aus ihrer Position an der Systemgrenze ergibt, bleibt freilich bestehen. Dabei wird nun immer offensichtlicher, daß sowohl die Gorbatschow-

13 Werner Leich, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen (1978–1992), Vorsitzender der Konferenz der evangelischen Kirchenleitung in der DDR (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

14 Am 6. März 1978 fand ein Treffen zwischen dem Vorstand des Kirchenbundes und Generalsekretär Honecker statt. Im Zuge des Treffens wurden einige Grundlagen im Hinblick auf das weitere Verhältnis zwischen Kirche und Staat vereinbart, jedoch kein Vertrag unterzeichnet. Die Regelungen betrafen unter anderem die Altersversorgung der Pfarrer, die Pachtzahlungen für von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften genutztes Land der Kirche, die Sendezeit von kirchlichen Sendungen in Radio und Fernsehen und Erleichterungen bei konfessionellen Kindergärten. Vgl. Wolle, Die heile Welt der Diktatur, S. 253–254.

sche Reformpolitik als auch eine weiter fortgesetzte Ost-West-Annäherung diese Lage noch kritischer werden lassen und damit die DDR-Führung vor die zusätzliche Herausforderung stellen [wird], den neuen Strömungen mittels einer einheitlichen Linie zu begegnen.

Sucharipa m. p.

[...]¹⁵

DDR Hintergrundinformation für den Herrn Bundeskanzler, Bilaterale Beziehungen¹⁶

Die bilateralen Beziehungen sind sehr gut und im wesentlichen problemfrei, seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 21. Jänner 1972 kontinuierlich entwickelt und stark aufgefächert, aber noch ausbaufähig. Eine wichtige Komponente stellen die wirtschaftlichen Beziehungen dar (1987: Exporte +57,7 %, 5,97 Mrd. ÖS; Importe –15,02 %, 2,03 Mrd. ÖS).

Wichtige Impulse durch seit 1980 regelmäßig stattfindenden Besuchsaustausche auf höchster politischer Ebene¹⁷).

- Letzten hochrangigen DDR-Kontakt stellte der offizielle Besuch von Außenminister Fischer in Österreich (17.–20. Mai 1988) dar.¹⁸ Zusammentreffen HBK mit StvStRV Mittag und AHMin. Beil am 28. August 1987 in Salzburg.¹⁹ Dabei Unterzeichnung des im September 1986 in Berlin paraphierten Vermögensvertrags, der das größte österr. Anliegen gegenüber der DDR darstellte; neben

15 Ausgelassen wurde das Executive Summary: Der Status Berlins; Informationen zum „Status Berlin“; das Executive Summary zum Wiener Folgetreffen; Kurzinformation zum Wiener Folgetreffen; Informationen zu den Ost-West Beziehungen; Gesprächsnotizen zur Afghanistanfrage und Informationen zur DDR zum Thema Abrüstung. Weiters ausgelassen wurden ein Aktenvermerk mit dem Betreff „Sowjet.-amerikan. Gipfeltreffen, Ergebnisse im Rüstungskontroll- und Abrüstungsbereich“; Informationen zur DDR in den Vereinten Nationen: Allgemeines, Abrüstung, Internationale Sicherheit, friedliche Nutzung des Welt- raumes, UN-Reform, Wien als drittes UN-Zentrum und UN-Informationsdienst Wien und Sicherheitsratskandidatur Österreichs für die Periode 1991/92; zudem Informationen zum UN-Amtssitz in Wien, Information zu EG-Fragen; und Informationen zum Europarat: Kontakte mit dem europäischen Osten, Länderüberblick (Ungarn, Polen, ČSSR, DDR, UdSSR).

16 Sachbearbeitung: Abteilung II.3, Dr. Ernst-Peter Brezovsky am 3. Juni 1988.

17 Fußnote in Originaldokument:

Besuchsaustausch seit 1980:

Staatsratsvorsitzender Honecker in Österreich, November 1980, Bundespräsident Kirchschrä- ger in der DDR, Oktober 1983, BM Pahr in Berlin (1982), AM Fischer in Wien, April 1984, BK Sinowatz in der DDR, November 1984, BM Gratz in Berlin, November 1985, Zahlreiche Fach- ministerbesuche (u. a. BMLV Dr. Krünes in der DDR, Mai 1986, bzw. DDR-Verteidigungs- minister Kessler in Österreich, Juni 1987); Besuch Generaltruppeninspektor Tauschitz in der DDR vom 7.–12. September 1987, Einladung an Staatsratsvorsitzenden Honecker liegt vor.

18 Siehe Dok. 21.

19 Siehe Dok. 7.

Österreich haben bisher Schweden und Finnland einen solchen Vertrag mit der DDR unterzeichnet.

- Am 24./25. März 1988 weilte der HGS zu Arbeitsgesprächen in Berlin.²⁰ Bei diesem Anlass wurden die Ratifikationsurkunden betreffend den Vermögensvertrag ausgetauscht.
- In der Zeit vom 17.–20. Juni 1988 stattete Außenminister Fischer Österreich einen offiziellen Besuch ab.
- Zahlreiche Fachministertreffen (BM Flemming in Berlin, April 1988)
- Die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR im multilateralen Bereich sind, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangslagen im gesellschaftspolitischen Bereich, ebenfalls gut. Zwischen den Vertretern bei den KSZE-Verhandlungen bestehen gute Arbeitskontakte.

Aktuelle Vertragsvorhaben

- Am 30. November 1987 erfolgte in Wien die Unterzeichnung eines Abkommens über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus, das am 1. Februar d. J. in Kraft getreten ist.²¹ Mittel- bis langfristig könnten Pauschalreisende aus der DDR für österreichischen Fremdenverkehr von Interesse werden.
- Am 3. Mai d. J. unterzeichnete der HBM sowie Staatssekretär Sitzlack²² ein Abkommen über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes.²³
- Anlässlich eines offiziellen Besuches von Frau BM Flemming in Berlin (April d. J.) erfolgte der Austausch der Ratifikationsurkunden betreffend den Umweltschutzvertrag. (Inkrafttreten: 1. Juli 1988).²⁴
- Anlässlich des Besuchs von Außenminister Fischer in Wien wurde das am 23. März 1988 in Wien paraphierte Kulturübereinkommen (Arbeitsprogramm bis 30. Juni 1991) unterzeichnet.²⁵

Nicht initiativ:

Außenminister Fischer erwähnte in seinem Gespräch mit dem HBM am 18. Mai 1988 ausdrücklich das Herkunftsabkommen („Sicherung der DDR-Rechte“ werde erwartet) sowie den Vertrag über Rechtshilfe in Strafsachen.

Der HBM erklärte zum Rechtshilfevertrag Österreichs prinzipielle Verhandlungsbereitschaft. Österreich habe ja im Jahr 1986 einen Gegenentwurf zum ggstdl. DDR-Vertragsentwurf übermittelt (ausführliche Informationen seitens

20 Siehe dazu auch Dok. 18 und 19.

21 Dok. 21, Anm. 7.

22 Georg Sitzlack, Staatssekretär und Leiter des Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz beim Ministerrat der DDR, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

23 Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes samt Anlage, BGBl Nr. 128/1989.

24 Siehe Dok. 7, Anm. 8.

25 Siehe Dok. 21, Anm. 22.

der Abteilung IV.1). Bezüglich des Herkunftsabkommens (ausführliche Informationen seitens des VRB)²⁶ meinte der HBM, Österreich sei sich der Problematik bewusst.

Sucharipa m. p.

DDR Gesprächsnotizen; Bilaterale Verbindungen²⁷

Österreich betrachtet die DDR durchaus als Nachbarstaat im weiteren Sinn. Gerade deshalb freut es mich außerordentlich, dass man die bilateralen Beziehungen zwischen unseren Staaten als sehr gut und problemfrei bezeichnen kann.

Unsere geopolitische Lage im Zentrum Europas, an der Schnittstelle zweier miteinander konkurrierender politischer Systeme, bringt gemeinsame sicherheitspolitischen Interessen der DDR und Österreichs mit sich, denen es Rechnung zu tragen gilt.

Nicht zuletzt aus diesem Grund wird Österreich der Einladung zum Internationale Treffen für kernwaffenfreie Zonen, das vom 20.–22. Juni 1988 in Berlin stattfindet, durch Entsendung einer ranghohen Delegation unter Leitung des Generalsekretärs des BMfAA Folge leisten.²⁸

Die Kontakte haben sich seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 1972 kontinuierlich entwickelt. Sie sind mittlerweile erfreulicherweise stark aufgefächert, bieten dabei aber sicherlich noch Gelegenheit zu weiterem Ausbau.

In diesem Sinne möchte ich die Eröffnung der ersten Filiale einer österreichischen Bank in der DDR im März d. J.²⁹ als Zeichen für die Möglichkeiten, die noch vor uns liegen, werten und gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck geben, dass die wirtschaftlichen Beziehungen, die sich bereits bisher positiv gestaltet haben, in Hinkunft noch enger und umfassender werden mögen.

Die hohe Qualität unserer Beziehungen kommt aber vielleicht am besten zum Ausdruck, wenn man sich kurz den in den letzten Jahren zur erfreulichen Regel gewordenen Besuchsaustausch auf höchster politischer Ebene vor Augen hält.

So konnten wir 1980 den Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker bei uns begrüßen, 1983 reiste der damalige Bundespräsident Dr. Kirchschräger zu einer Visite nach Berlin. (Wir würden uns sehr freuen, falls trotz der zahlreichen Verpflichtungen ihres Staatsratsvorsitzenden ein neuerlicher Besuch in Wien sich

26 Hiermit sind die den Vorbereitungsunterlagen beiliegenden Ausarbeitungen des Völkerrechtsbüros (VRB) und der Abteilung Rechtsschutz, Rechts- und Amtshilfe; allgemeine Rechtsangelegenheiten (IV.1) des BMAA gemeint Zum Abkommen über Herkunftsangaben und anderer geographischer Bezeichnungen siehe bereits Dok. 7, Anm. 6. Zum Vertrag über Rechtshilfe in Strafsachen siehe bereits Dok. 21, Anm. 4.

27 Sachbearbeitung: Abteilung II.3, Dr. Ernst-Peter Brezovsky am 3. Juni 1988.

28 Der Stellvertreter des Generalsekretärs Thomas Klestil, Botschafter Dietrich Bukowski, nahm schließlich an diesem Treffen teil. Siehe dazu auch Dok. 24.

29 Siehe Dok. 18, Anm. 8.

ermöglichen lassen sollte.) 1984 stattete schließlich mein Amtsvorgänger, Bundeskanzler Dr. Sinowatz, der DDR einen offiziellen Besuch ab.³⁰

Darüberhinaus kam es zu zahlreichen Besuchen auf der Ebene der Außenminister unserer beiden Staaten (Außenminister Fischer befand sich ja erst von 17.–20. Mai 1988 in Österreich), aber auch auf der Ebene der verschiedenen Fachminister. Man kann nicht zuletzt auch diesen Umstand als Beweis für die Reichhaltigkeit unserer Beziehungen ansehen.

Aber nicht nur der Besuchs Austausch lässt sich als Beispiel für das Freundschaftliche, das Österreich und die DDR verbindet, anführen.

Werfen wir einen kurzen Blick auf das Gebiet der bilateralen völkerrechtlichen Verträge, so können wir feststellen, dass gerade auch diesbezüglich in jüngster Vergangenheit sehr erfreuliche Ereignisse stattgefunden haben bzw. in allernächster Zeit stattfinden werden.

Erst am 3. Mai haben Staatssekretär Sitzlack und Bundesminister Dr. Mock in Wien den Vertrag über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes unterzeichnet.³¹

Dass es sich dabei aber durchaus um keinen Einzelfall handelt, geht daraus hervor, dass am 7. April d. J. anlässlich eines Besuchs, den Frau Bundesministerin Flemming in der DDR absolvierte, die Ratifikationsurkunden betreffend den Umweltschutzvertrag ausgetauscht wurden.³² Der Vertrag wird am 1. Juli d. J. in Kraft treten und ein weiteres Beispiel für die positive Zusammenarbeit unserer Staaten zum unmittelbaren Wohl unserer Völker darstellen.

Am 1. Februar d. J. ist das Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus in Kraft getreten. Auch dies stellt einen Fortschritt in der Beziehung zwischen unseren Staaten dar, denn gerade in einer Zeit, da allerorten die Rede vom „gemeinsamen Haus Europa“³³ ist, kann jeder Schritt, der zu einer Beseitigung noch bestehender Barrieren führt, nur begrüßt werden. Selbst wenn in einem Haus Stützmauern notwendig sind, ist es sicherlich ebenso notwendig, dass diese auch Türen der Kommunikation aufweisen.

Im Zusammenhang mit den 750-Jahr-Feierlichkeiten für Berlin ist es zu einer merkbaren Intensivierung des Kulturaustausches gekommen. Ich freue mich besonders, dass dafür auch in diesem Jahr mittels zahlreicher Veranstaltungen eine Fortsetzung gefunden werden konnte. In diesem Sinne wird das im März d. J. paraphierte Kulturübereinkommen, das anlässlich des Aufenthalts von Außenminister Fischer in Wien unterzeichnet wurde, zu diesem Prozess beitragen.

Nicht zuletzt sei aber auch erwähnt, dass mit dem Austausch der Ratifikationsurkunde betreffend den Vermögensvertrag im März d. J. ein wesentlicher Fort-

30 Zur Besuchsdiplomatie bis 1984 siehe Dok. 1.

31 Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes samt Anlage, BGBl. Nr. 128/1989.

32 Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, BGBl. Nr. 253/1988.

33 Siehe dazu Dok. 20, Anm. 25.

schritt in den bilateralen Beziehungen erzielt werden konnte. Mit dem Inkrafttreten dieses lange verhandelten Vertragswerkes ist eines der letzten verbleibenden Probleme in unseren ansonsten auch schon bisher so positiven Beziehungen obsolet geworden.

Abschließend möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, dass es uns gelingen wird, die Qualität unserer Beziehungen weiter aufrechtzuerhalten und auf der mittlerweile geschaffenen Basis weiter auszubauen und zu festigen.

Sucharipa m. p

[...]³⁴

DDR, Wirtschaftsinformationen³⁵

I. Potentielle Gesprächsthemen

1. Österreichisches Interesse im Wirtschaftsverkehr

Die Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR sind traditionell problemlos. Aus der Sicht des BMfaA ergeben sich jedenfalls keine bilateralen wirtschaftspolitischen Problemstellungen, die der HBK initiativ aufgreifen müsste.

[...]³⁶

II. Bilaterale Handelsbeziehungen

1. Bilateraler Warenverkehr

Der bilaterale Warenverkehr schließt traditionell mit einem jährlichen österreichischen Handelsbilanzüberschuß. Bis 1982 verzeichnete der Warenverkehr balancierte Zuwachsraten. Ab 1983 sind die österreichischen Importe aus der DDR tendenziell rückläufig. In den Jahren 1985 und 1986 waren auch die österreichischen Exporte in die DDR rückläufig, wobei der Hauptgrund im Auslaufen großer Industrieanlagengeschäfte lag. Die neuerliche außerordentliche Zunahme der Exporte im Jahre 1987 um 57,7% geht auf die Aufnahme österreichischer Stromlieferungen (ab November 1986) zurück, die 1987 einen Wert von 1,8 Mrd.

34 Ausgelassen wurden Informationen zum Umweltschutzabkommen Österreich-DDR, zum Rechtshilfevertrag in Strafsachen und zu humanitären Härtefällen sowie Listen zu Familienzusammenführungen aus der DDR, zu Besuchsreisen aus der DDR, zu Eheschließungen in der DDR, zu Reisen in die DDR, zu Reisen nach Österreich und zu Ausreiseersuchen. Zudem wurden Informationen zum österreichischen Vermögensvertrag mit der DDR, zu Auslandsösterreichern in der DDR, zu den Kulturbeziehungen zwischen Österreich und der DDR, zu Vertraglichen Vereinbarungen des kulturell-wissenschaftlichen Bereiches, zum 4. Kulturübereinkommen, zum Fachministerbesuch des kulturell-wissenschaftlichen Bereiches, zum Ausstellungs- und Filmbereich und zur österreichischen Kulturarbeit in der DDR ausgelassen.

35 Sachbearbeitung: Abteilung III.1 Stand: 1.6.1988; zudem stand dem HBK eine ausführliche Wirtschaftsinformation zur Verfügung. Diese umfasste ohne Anhänge 32 Seiten.

36 Ausgelassen wurde der Punkt 2 „Österreichische Interessen im nicht kommerziellen Zahlungsverkehr“, Punkt 3 „österreichische Wirtschaftsprojekte“ und Punkt 4 „Potentielle DDR-Anliegen“.

ÖS erreichen; für 1988 sind weitere österreichische Stromlieferungen im Wert von 1,4 Mrd. ÖS geplant.

Tabelle: Warenaustausch Österreich-DDR 1975–1987

Einfuhr			Ausfuhr		Saldo
Jahr	Mio. ÖS	%	Mio. ÖS	%	Mio. ÖS
1975	1.220,6		2.015,4		+794,8
1976	1.334,2	+9,3	1.775,2	-12,0	+440,9
1977	1.416,6	+3,2	1.713,7	-3,5	+297,1
1978	1.413,0	-0,3	1.766,6	+3,1	+353,6
1979	1.578,9	+11,7	2.255,5	+27,7	+676,6
1980	2.132,3	+35,0	2.963,9	+31,4	+831,6
1981	2.580,0	+21,0	3.347,6	+12,9	+767,6
1982	2.952,3	+14,4	3.579,9	+6,9	+627,6
1983	2.726,3	-7,7	6.327,8	+76,8	+3.601,5
1984	2.540,7	-6,8	6.807,0	+7,6	+4.266,3
1985	2.641,6	+4,0	4.413,9	-35,2	+1.772,3
1986	2.392,0	-9,5	3.787,0	-14,2	+1.395,0
1987	2.027,7	-15,2	5.970,4	+57,7	+3.942,7

2. Institutionelle Grundlagen des Warenverkehrs

Der Warenverkehr zwischen Österreich und der DDR ist durch ein langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen vom 10. November 1980 geregelt (Gültigkeitsdauer 10 Jahre). Das Abkommen sieht eine jährliche substantielle Steigerung der österreichischen Exporte um 7 bis 10 % vor, und bildet die Grundlage für jährliche detaillierte Regierungsvereinbarungen.

Am 20.8.1987 wurde durch BK Dr. Vranitzky und den Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates, Dr. Günter Mittag, die wirtschaftliche Rahmenvereinbarung für 1988 unterzeichnet; diese ist inhaltlich weitgehend analog zu der Vereinbarung für 1987; ein besonderer Stellenwert wird den Geschäftsbeziehungen der VOEST-Alpine AG, der Chemie Linz AG und der Simmering-Graz-Pauker AG sowie der Intensivierung der Zusammenarbeit auf Drittmärkten eingeräumt, auch bedeutende österreichische Konsumgüterlieferungen sind wieder vorgesehen. Neu aufgenommen wurden die österreichischen Stromlieferungen sowie – auf DDR Wunsch – die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Vor-

schlagen zur Verbesserung der Einfuhrbedingungen, die am 21.1.1988 anlässlich des Wienbesuches von Vizeaußenhandelsminister Dipl. oec. Christian Meyer erstmals zusammentrat.

Der Abschluss einer Vereinbarung für 1989 ist vorgesehen.

3. Kooperation auf Firmenebene

Auf Firmenebene besteht eine Reihe von Konsortialverträgen und anderen langfristigen Vereinbarungen, insbesondere der Firmen VOEST-Alpine AG, Chemie Linz AG, Semperit AG, Waagner-Biro AG, VEW, Plasser & Theurer und Simmering-Graz-Pauker AG; diese haben sich sehr gut bewährt, sodass auch andere österreichische Unternehmen um derartige Vereinbarungen bemüht sind. [...]³⁷

Dok. 23: Aktenvermerk. Besuch Vranitzkys in der DDR, 14.–16.6.1988

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 17. Juni 1988, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 518.01.07/23-II.3/88¹

Österreich-DDR; offizieller Besuch des HBK (14. bis 16. Juni 1988)

Der HBK stattete in der Zeit vom 14. bis 16. Juni 1988 der DDR auf Einladung von Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker einen offiziellen Besuch ab. Der Delegation gehörten auch Bundesminister Streicher² und die Vizepräsidentin der

37 Ausgelassen wurden Informationen zum Depot des österreichischen Bundestheaterverbandes bei der österreichischen Botschaft Berlin, Informationen zum Regierungsabkommen über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr DDR-Österreich, ein Memorandum zur Überproportionalen Ausnützung der Rahmenbeträge im Kostentransfer DDR-Österreich durch Künstler, Informationen Österreich-DDR zu Verhandlungen über ein Abkommen betreffend den Schutz von Herkunftsangaben und anderer geographischer Bezeichnungen, Informationen EG-RGW zu Fragen der gegenseitigen Beziehungen, sowjetische Stellungnahme zur österreichischen Integrationspolitik, Informationen zu Pläne von PANAM-Express zur Aufnahme einer Flugverbindung zwischen West-Berlin und Wien bzw. Salzburg und ein Interview des HBK mit DDR-Journalisten.

1 Der vom Leiter der Abteilung II.3, Ernst Sucharipa, erstellte Aktenvermerk erging am 17. Juni 1988 („sofort“) an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, die Sektion III, die Abteilungen II.1, II.7, II.8 und an sämtliche Auslandsvertretungen gemäß Liste „KSZE“. Botschafter Franz Wunderbaldinger erstellte zwei inhaltlich weitgehend deckungsgleiche Berichte zu dem Besuch, siehe Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 17. Juni 1988, Zl. 156-Res/88 (FS 25062), ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 518.01.07/24-II.3/88 und Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 22. Juni 1988, Zl. 165-RES/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 518.01.07/25-II.3/88.

2 Rudolf Streicher (SPÖ), Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr (1986–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Frau Abgeordnete Tichy-Schreder,³ an. In Begleitung des HBK befand sich auch eine etwa 25-köpfige Wirtschaftsdelegation.⁴

Als wesentliche Gesprächspunkte sind festzuhalten:

A) Internationale Fragen

Honecker bezeichnete die INF-Ratifizierung⁵ als Wende in den internationalen Beziehungen; für eine 50 % Reduktion der strategischen Nukleararsenale sind weitere intensive Verhandlungen erforderlich; als Ziel habe eine atomwaffenfreie Welt zu gelten. Im Zusammenhang mit der nunmehr eingeleiteten nuklearen Abrüstung komme aber auch der Abrüstung auf konventionellem Gebiet größte Bedeutung zu; in diesem Zusammenhang nahm Honecker Bezug auf den entsprechenden 3-Stufen-Abrüstungsvorschlag Gorbatschows.⁶ Im allgemeinen gelte es, von der Abschreckungsdoktrin zur Nichtangriffsfähigkeit der Militärblocks zu gelangen.⁷

Honecker erwähnte ebenfalls das große internationale Echo auf die Einladungen für das am 20. Juni 1988 in Berlin beginnende Treffen zum Thema nuklearwaffenfreier Zonen.⁸

Der HBK verwies auf die über weite Strecken grundsätzliche Übereinstimmung der Ansichten beider Länder in der Abrüstungsfrage; Österreich werde bei dem Berliner Treffen, das auch in Österreich auf großes Interesse gestoßen ist, durch einen hochrangigen Beamten vertreten sein. Allgemein trete Österreich für eine Verringerung von Kernwaffen und für die Schaffung von Stabilitätszonen ein. Ebenfalls stelle sich Österreich gegen eine Kompensation der Entnuklearisie-

3 Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP), Abgeordnete zum Nationalrat (1979–1994), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Auch die SED-Unterlagen enthalten keine vollständige Liste der Delegationsteilnehmer.

5 Der amerikanische Senat ratifizierte den Vertrag am 27. Mai 1988. Siehe Dok. 11, Anm. 21.

6 Das vierte Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow fand vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau statt. Den Höhepunkt stellte der Austausch der Ratifikationsurkunden des INF-Vertrags dar (siehe Dok. 11, Anm. 21). Der SED-Bericht über das Gespräch Honecker-Vranitzky hielt fest: „Die DDR betrachte den von Michail Gorbatschow auf dem Moskauer Gipfel vorgelegten 3-Etappen-Abrüstungsplan für Europa als gangbaren Weg zum Einstieg in die konventionelle Abrüstung.“ Bericht über den offiziellen Besuch des Bundeskanzlers der Republik Österreich, Dr. Franz Vranitzky, vom 14. bis 16. Juni 1988 in der DDR, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees vom 28. Juni 1988 (Protokoll Nr. 25/88), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3138, Bl. 94–107, hier Bl. 98. Gorbatschows Plan wurde am 8. Juni in der Rede von Außenminister Eduard Schewardnadse auf der UN-Generalversammlung vorgestellt und auf der Sitzung des Politisch Beratenden Ausschusses des Warschauer-Pakts am 15. und 16. Juli 1988 in Warschau konkretisiert. Vgl. Europa-Archiv, Nr. 15, D420–429.

7 Handschriftliche Randnotiz: II.8. Diese Abteilung der Politischen Sektion des Wiener Außenministeriums war für die Themenbereiche Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie die Internationale Atomenergiebehörde und friedliche Nutzung der Atomenergie zuständig.

8 Siehe Dok. 24.

rung durch konventionelle Rüstung. Zum Thema KSZE wies der HBK auf die Notwendigkeit verstärkter Bemühungen jener Staaten hin, die das Wiener Folgetreffen nunmehr zu einem positiven Abschluß bringen wollen. Insbesondere ginge es darum, auch Rumänien zu einer positiven Haltung zu bewegen. Der HBK dankt der DDR für ihre positive Haltung in der Frage der Abhaltung der Abrüstungsfolgeveranstaltungen in Wien.⁹

B) Bilaterales

Zu bilateralen Wirtschaftsfragen fanden vor den Delegationsgesprächen Unterredungen von Bundesminister Streicher mit Außenhandelsminister Beil statt, in deren Verlauf auch die Vertreter der österr. Firmen zugezogen wurden. Hierbei wurde Einigung über die Fortführung der jährlichen wirtschaftlichen Rahmenvereinbarungen (Abschluß der diesjährigen Vereinbarung ist im Herbst vorgesehen) erzielt und konkrete Firmenprojekte dargestellt.¹⁰

Im Delegationsgespräch verwies der HBK auf die große Anerkennung und Wertschätzung, mit der Österreich die seit Jahren von der DDR geführte Wirtschafts- und Handelspolitik verfolge, die die Entwicklung reger Exportgeschäfte der österr. Wirtschaft mit der DDR fördere. Österreich sehe darin nicht nur eine kommerziell bestimmte Zusammenarbeit, sondern auch den Ausdruck einer politischen Grundsatzlinie. Zur weiteren Verbesserung dieser Handels- und Wirtschaftsbeziehungen stellte der HBK in allgemeiner Form entsprechende österr. Maßnahmen auf dem Gebiet der Einfuhrabgaben in Aussicht (für Uruguay-Runde¹¹ geplante Zollsenkungsformel, die im Wege des GATT-Ausdehnungsgesetzes 1970¹² auch der DDR zugute kommen wird). Der HBK verwies auf den

9 Handschriftliche Randnotiz: II.7. Damit waren die im KSZE-Rahmen stattfindenden und schließlich im Frühjahr 1989 aufgenommen „Wiener Gespräche“ gemeint. Es handelte es sich um die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) und über „Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen“ (VSBM). Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

10 Handschriftliche Randnotiz: III.1. Der Abschluss erfolgte im Oktober. Bericht über die Beratungen des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Genossen Günter Mittag, am 20. und 21. Oktober 1988 in Österreich, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees vom 25. Oktober 1988 (Protokoll Nr. 43/88), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3167, Bl. 81–88.

11 Die sogenannte „Uruguay-Runde“ war die achte im Rahmen des GATT durchgeführte Welthandelsrunde (1986–1994), die mit der Schlussakte von Marrakesch über die Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen (die sogenannten Marrakesch-Abkommen) endete. In dieser Verhandlungsrunde verlagerten die Industrieländer ihren Fokus erstmals von der Liberalisierung des Warenhandels auf den sogenannten „Handel mit Dienstleistungen“ und den Schutz geistigen Eigentums. Die Entwicklungsländer dagegen forderten einen besseren Marktzugang für ihre Produkte, insbesondere Textilien und Agrarprodukte, in den Industrieländern. Weitere Verhandlungen beinhalteten institutionelle Reformen, welche die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) zur Folge hatten.

12 Handschriftliche Randnotiz: III.3. Mit dem „GATT-Ausdehnungsgesetz“ räumte Österreich Staaten, die nicht dem GATT angehörten, einseitig die gleichen Vorzugszollsätze ein. Österreich versuchte dadurch seine neutrale Positionierung zu unterstreichen. Dies führte auf dem Gebiet der Zölle zur Gleichbehandlung von GATT- und Nicht-GATT-Staaten. Vgl. Bundesgesetz

jährlichen Abschluß bilateraler Handelsabkommen, der sich bestens bewährt habe. Hinsichtlich des im Vorjahr abgeschlossenen Fremdenverkehrsabkommens seien bereits erste Schritte zu einer konkreten Umsetzung erfolgt, denen jedoch noch weitere Schritte zu folgen hätten.¹³ Zur weiteren Belebung der Handelsbeziehungen könne die österr. Wirtschaft auf eine Reihe neuer Projekte verweisen; Österreich freue sich über deren positive Aufnahme seitens der DDR. Es sei eine positive Entwicklung zu einer grenzüberschreitenden Industriepolitik festzustellen.¹⁴

Der HBK nahm auch in allgemeiner Form zur österr. Integrationspolitik Stellung und verwies darauf, daß die neuen Entwicklungen innerhalb der EG auch Österreich vor die Notwendigkeit stellten, Überlegungen für ein neues Verhältnis zur EG anzustellen. Mit großer Deutlichkeit wolle er jedoch feststellen, dass diese Bemühungen nichts an den bewährten Wirtschaftsbeziehungen zu den kommunistischen Ländern ändern werden. Die Teilnahme an der europäischen Wirtschaftsintegration bedeute für Österreich kein Abgehen vom politischen Standort: Österreich werde auch in der Endfassung seines erst zu bestimmenden Verhältnisses mit den EG an der österr. Neutralität festhalten. Staatsratsvorsitzender Honecker dankte für diese Mitteilung und verwies darauf, dass die österr. Neutralität ein stabilisierendes Element in Europa und für die bilateralen Beziehungen darstelle. In allgemeiner Hinsicht verwies Honecker auf das bestehende hohe Niveau in Qualität und Umfang der Beziehungen DDR-Österreich.¹⁵ Die Potenzen der beiden Staaten geben Möglichkeit für eine weitere Steigerung des Handelsaustausches und der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Die jährlichen Rahmenabkommen wirkten sich stimulierend auf die gesamtökonomischen Beziehungen aus. Die DDR werde ihren Wirtschaftskurs auch im kommenden 5-Jahresplan (91–95) weiter verfolgen, wozu auch eine Weiterführung der bestehenden Außenhandelspolitik zähle. In Verbindung mit der seitens des HBK gemachten Ankündigung für eine Senkung der österr. Einfuhrabgaben würden sich in diesem Zusammenhang Möglichkeiten für weitere Importsteigerungen aus Österreich ergeben.¹⁶

vom 19. Dezember 1970 über zollrechtliche Maßnahmen gegenüber Staaten, Gebieten und Gebietsteilen, auf die die Bestimmungen des GATT nicht angewandt werden, BGBl. 419/1970. Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wurden die genannten Bestimmungen mit dem Bundesgesetz vom 23. August 1994 betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Europäischen Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz ZollR-DG) außer Kraft gesetzt. Vgl. BGBl. 659/1994.

13 Handschriftliche Randnotiz: III.1. Zum Tourismusabkommen siehe auch Dok. 21, Anm. 7.

14 Im Dokument handschriftliche Randnotiz: II.7.

15 Im Dokument handschriftliche Randnotiz: III.2.

16 Im Dokument handschriftliche Randnotiz: III.1. Siehe dazu auch Anm. 11 und 12. Vranitzky hatte im Gespräch mit Honecker „die grundsätzliche Bereitschaft der österreichischen Bundesregierung, auf dem Gebiet der Einfuhrzölle Veränderungen vorzunehmen, um den DDR-Export nach Österreich zu erleichtern“ erklärt. Bericht über den offiziellen Besuch des Bundeskanzlers der Republik Österreich, Dr. Franz Vranitzky, vom 14. bis 16. Juni 1988 in der DDR, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees vom 28. Juni 1988

Zur Integrationspolitik stellte Honecker fest, dass auch die DDR auf dem Weg zu einem neuen Verhältnis zur EG wäre (Verabschiedung der Erklärung EG-RGW,¹⁷ damit im Zusammenhang stehende Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und den EG und Entsendung eines Botschafters zu den EG). Wesentlich wäre, dass in der zukünftigen Entwicklung bestehende Handelshemmnisse abgebaut und nicht neue aufgebaut werden. Honecker kam hierbei deutlich auf die COCOM-Bestimmungen¹⁸ zu sprechen, die nur zu neuen Hemmnissen führen und Mißtrauen aufbauen könnten.¹⁹

Bei einem kurzen von Honecker gegebenen Resümee der bilateralen Beziehungen der DDR zu anderen Staaten, trat das deutliche Bestreben zutage, durch eine forcierte Entwicklung der Beziehungen mit Frankreich aber auch etwa den Niederlanden und Belgien, eine Art Gegengewicht zu den deutsch-deutschen Beziehungen zu schaffen. Was das Verhältnis zur BRD anlange, habe sein Besuch²⁰ positive Resultate erbracht; es gebe aber auch weiterhin retardierende Elemente in der BRD; die DDR wäre jedoch jedenfalls an einer positiven Weiterentwicklung interessiert und bereit, an diesem Ziel konstruktiv zu arbeiten.²¹

Der gegenständliche Besuch hat insgesamt die weitere Trag- und Ausbaufähigkeit der auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden bilateralen Beziehungen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet bestätigt.

Wien, am 17. Juni 1988

Sucharipa m. p.

(Protokoll Nr. 25/88), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3138, Bl. 94–107. Trotz Widerstandes im Beamtenapparat des Wirtschaftsministeriums wurden (vorbehaltlich der Bestätigung des österreichischen Parlaments) mit Anfang 1990 wirksam werdende Zollsenkungen zugesagt. Die Einfuhrzölle für Erzeugnisse des industriell-gewerblichen Sektors sollten um 50 Prozent der Differenz zwischen dem EG-Außenzolltarif und dem jeweiligen österreichischen Zollsatz gesenkt werden. „Dadurch können Mehrerlöse bzw. Preisvorteile in Höhe von ca. 4,5 Mio VM erzielt werden.“ Information, gez. Beil, Berlin, 16. Dezember 1988, SAPMO-BArch, DY 30/2987 (Büro Mittag), Bl. 304. Dazu ausführlicher Graf, Österreich und die DDR, S. 561 und 567.

17 Am 25. Juni 1988 unterzeichneten die EG sowie der RGW eine gemeinsame Erklärung, die die Aufnahme von offiziellen Beziehungen zum Ziel hatte: Gemeinsame Erklärung für die Aufnahme offizieller Beziehungen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der EG und dem RGW, in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. L 157/35 vom 24. Juni 1988.

18 COCOM = Coordinating Committee on Multilateral Export Controls (dt. Koordinationsausschuss für multilaterale Ausfuhrkontrollen; ursprünglich Coordinating Committee for East West Trade Policy, gegründet am 22. November 1949 und aktiv ab 1. Januar 1950 im Rahmen der Organization for European Economic Cooperation (OEEC) und der US-amerikanischen Osteuropa-Politik, verfolgte drei Stoßrichtungen: die Erstellung von Verbotslisten betreffend in den Osten auszuführende Güter, Konsultationen zur Aktualisierung für neueste Technologien und Konferenzen zur Kontrolle der Wirksamkeit der Handelsembargos und -limitierungen, Vor dem Hintergrund der verschlechterten internationalen Lage erfuhren die COCOM-Bestimmungen auf Betreiben der USA Anfang der 1980er-Jahre eine Verschärfung.

19 Im Dokument handschriftliche Randnotiz: III.2.

20 Erich Honecker besuchte vom 7. bis 11. September 1987 die Bundesrepublik. Siehe Dok. 9 und 10.

21 Im Dokument handschriftliche Randnotiz: II.1.

Dok. 24: [Auszug] Information. Internationales Treffen für atomwaffenfreie Zonen, Berlin 20.–22.6.1988

Information für den Herrn Bundesminister, Wien 20. Juni 1988, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 414.08.05/43-II.8b/88¹

DDR; Internationales Treffen für atomwaffenfreie Zonen, Berlin 20.–22. Juni 1988

[...]²

Executive Summary³

- An gegenständlichem Treffen unter dem Ehrenschatz von Staats- und Parteichef Honecker nahmen Delegationen aus 113 Staaten (Staats- und Regierungsvertreter, internationale Organisationen, politische Parteien, Massen- und Berufsorganisationen, Einzelpersonlichkeiten) teil. Österreich war durch persönliches Schreiben von GS Honecker an den HBK⁴ und Präsident Gratz⁵ eingeladen worden und war durch den stellvertretenden HGS, Botschafter Dr. Bukowski⁶ vertreten.
- Auch dem Konzept atomwaffenfreier Zonen negativ gegenüberstehenden Staaten (die meisten NATO-Mitglieder) waren auf diplomatischem Wege von dem Treffen informiert und ihnen eine Teilnahme freigestellt worden, nahmen jedoch nicht daran teil.
- Die im Sinne des von den Organisatoren angestrebten Diskussionsprozesses bedauerlicherweise einzige klar negative Stellungnahme zum Thema gab der FDP-Delegationsleiter Ronneburger⁷ ab, der die auch von BK Kohl und den meisten NATO-Staaten vertretene Haltung einnahm, daß atomwaffenfreie Zonen bloß eine „Illusion größerer Sicherheit“ schaffen.
- Dagegen wies der SPD-Delegationsleiter Bahr insbesondere darauf hin, dass keiner der erhobenen Einwände das Hauptargument der Befürworter entkräftete, dass nämlich Atomwaffen heute so weit vorne stationiert sind, dass sie im Fall eines Konfliktes schnell benützt werden müssen oder verloren wären (use them or lose them).

1 Die Information für den Bundesminister erging zudem an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektionsleiter, die Abteilungen II.1, II.2, II.3, II.4, II.5, II.6, II.7, die österreichischen Auslandsvertretungen in Genf und New York sowie an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE.

2 Ausgelassen wurde der ausführliche Bericht zum Treffen.

3 Handschriftliche Notiz: 183-Res/88.

4 Franz Vranitzky.

5 Leopold Gratz (SPÖ), Präsident des österreichischen Nationalrates (1986–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Dietrich Bukowski, Stellvertreter des Generalsekretärs Thomas Klestil (1985–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Uwe Ronneburger (FDP), stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag (1983–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

- Österreich konnte seine vorbereitete Erklärung, in der auch seine grundsätzliche positive Haltung zum Konzept atomwaffenfreier Zonen erläutert wurde, in einem spezifischen Treffen offizieller Vertreter als erster Redner unmittelbar nach der Eröffnung durch DDR-Außenminister Fischer abgeben. Die österreichische Teilnahme auf hoher Beamtenebene ist nicht nur von den Organisatoren sondern auch zahlreichen anderen Delegationen verzeichnet worden und hat damit unser konsequentes Interesse an Abrüstungsfragen neuerlich unter Beweis gestellt.

Dok. 25: Bericht. Besuch von Heinz Fischer in der DDR, 8.–11.9.1988

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 13. September 1988, Zl. 212-RES/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 518.04.21/1-II.3/88¹

Besuch des Klubobmannes der Sozialistischen Partei Österreichs im Nationalrat, Dr. Heinz Fischer, in der DDR (8. bis 11. September 1988)

Über Einladung von Horst Sindermann, Präsident der Volkskammer der DDR, stattete der Klubobmann der Sozialistischen Partei Österreichs, Dr. Heinz Fischer, Berlin und der DDR in der Zeit vom 8. bis 11. September 1988 einen Besuch ab. Während seines Aufenthaltes hatte Heinz Fischer Gespräche mit Horst Sindermann, mit Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED sowie Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, und mit Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

Horst Sindermann würdigte die guten und langjährigen Beziehungen zwischen den Volksvertretungen beider Länder. Die Volkskammer bemühe sich, „um die BRD herum“ Beziehungen und Kontakte mit Parlamenten einzelner Länder aufzunehmen und zu pflegen. So weile derzeit auch eine irische Parlamentarierdelegation unter Leitung des Parlamentspräsidenten in Berlin. Noch im Herbst werden zum ersten Mal Parlamentarier aus der Schweiz nach Berlin kommen. (Diese Bemühungen sind offensichtlich darauf abgestellt, dem Bundestag in der BRD, mit dem die Volkskammer noch keine Beziehungen hat, zu zeigen, dass die

1 Der von Sachbearbeiter Gesandter Lorenz Graf erstellte Bericht wurde am 16. September 1988 in der Abteilung II.3 des BMAA durch Sachbearbeiter Ernst-Peter Brezovsky in Bearbeitung genommen und den Abteilungen II.1, II.4, II.6, III.2, dem Generalsekretariat und (vermutlich, die handschriftliche Weiterleitung wurde gestrichen) dem Kabinett des Bundesministers vorgelegt sowie der österreichischen Botschaft Moskau zugeleitet. Die Unterstreichungen im Dokument erfolgten sofern nicht separat ausgewiesen bereits durch Graf in Ost-Berlin.

Volksvertretung der DDR praktisch mit allen westlichen Parlamenten in regem Kontakt steht.)

Auf das Wiederaufleben des Nationalismus angesprochen (Balkan, Baltikum und Berg-Karabach) erklärte Sindermann, dass er dieses Phänomen selbstverständlich bedaure. Es sei für einen Türken in Bulgarien schwer begreifbar, sich über Nacht als Bulgare erklärt zu sehen.² Analoges sei früher mit den Mazedoniern in Bulgarien passiert. Die DDR sei auch über das Los der Deutschen und Ungarn in Rumänien beunruhigt. Im Grunde müssten aber die betroffenen Länder diese Probleme selbst lösen. Man sei in der DDR überzeugt, dass diese Nationalitätenprobleme überall sozio-ökonomische Ursachen haben. So wurde z. B. festgestellt, dass in Berg-Karabach für 20 Schüler nur 1 Lehrbuch in armenischer Sprache zur Verfügung stand.

Auf die Frage, ob die DDR in nächster Zeit diplomatische Beziehungen mit Israel aufnehmen werde, erwiderte Horst Sindermann, dass daran nicht gedacht sei. Das Verhältnis der DDR zu den jüdischen Mitbürgern sei jedoch sehr gut. Es habe der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in West-Berlin, Dr. Heinz Galinski, vor nicht allzu langer Zeit ein Gespräch mit Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker geführt.³ Das Präsidium der Volkskammer hat beschlossen, dass die Volkskammer zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Pogromnacht⁴ am 8. November 1988 zu einer Sondersitzung zusammentreten wird. Heinz Galinski habe sich bei seinem Gespräch mit Erich Honecker beschwert, dass die DDR-Medien zu ausführlich (und einseitig) über die Vorgangsweise der israelischen Armee in den besetzten Gebieten berichteten. Die DDR hat diese Beschwerde zur Kenntnis genommen und man findet heute wesentlich mehr Berichte über die Ausschreitungen der israelischen Soldaten im BRD-Fernsehen als im Fernsehen der DDR.⁵

2 Im Laufe der 1980er-Jahre spitzte sich die bulgarische Assimilierungspolitik gegenüber nationalen Minderheiten, allen voran der türkischen Minderheit, des Landes, rasant zu und führte das Land in internationale Isolation. Angehöriger der Minderheitengruppierungen wurden unter Androhung und Ausübung von Gewalt gezwungen, bulgarische Namen anzunehmen und ihre ethnische Zugehörigkeit zu verleugnen.

3 Dieses Gespräch fand am 6. Juni 1988 statt.

4 Die „Reichspogromnacht“ fand in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 statt. Es handelte sich um vom NS-Staat organisierte Ausschreitungen und Gewaltmaßnahmen der SA und SS gegen Juden im gesamten Deutschen Reich, eingeschlossen die „Ostmark“. Schon Tage zuvor und bis zum 13. November wurden hunderte Juden getötet oder in den Selbstmord getrieben. Weit über 1.000 jüdische Bethäuser, Friedhöfe, Synagogen, Versammlungsstätten, Unternehmen und Wohnungen wurden niedergebrannt bzw. zerstört. Nach der Pogromnacht wurden zehntausende Juden in Konzentrationslager verbracht, siehe zuletzt dazu: Angela Hermann, Hitler und sein Stoßtrupp in der ‚Reichskristallnacht‘, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008) 4, S. 603–619; Alan E. Steinweis, Kristallnacht 1938. Ein deutscher Pogrom, Stuttgart 2013; zur Vorgeschichte siehe auch: Raphael Gross, November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe, München 2013.

5 Handschriftliche Randnotiz: „Fürwahr ein Fortschritt!“

Heinz Fischer begrüßte diese Initiative der Volkskammer zum 50. Jahrestag der Kristallnacht und meinte, auch in Österreich wäre eine Gedenkfeier an den 8. November 1938 [sic!] angebracht. Hierzu müsste man allerdings das Staatsoberhaupt einladen und das könne er sich mit Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim nicht vorstellen.

Heinz Fischer fragte Hermann Axen nach seinen Eindrücken während seines Besuches in den Vereinigten Staaten Anfang Mai d. J.⁶ Hermann Axen zeigte sich sehr zufrieden, dass er mit dem Ersten Stellvertreter des US-Außenministers, John C. Whitehead, sowie mit dem früheren Verteidigungsminister Robert McNamara und vor allem auch mit Außenminister George Shultz zusammentreffen konnte. Ein Gespräch mit Präsident Ronald Reagan konnte schon im Hinblick auf den laufenden Wahlkampf nicht zustande kommen.

Im Anschluss an diesen Gesprächspunkt erfolgte ein Meinungsaustausch über Abrüstung und Rüstungskontrolle, wobei Hermann Axen den bekannten Standpunkt der DDR vortrug.

Die DDR begrüße und unterstütze die Reformbestrebungen von Generalsekretär Gorbatschow in der UdSSR. Die einzelnen sozialistischen Länder sollen selbstverständlich von positiven Erfahrungen eines anderen sozialistischen Landes lernen. Die Formen und Wege zur Verwirklichung des Sozialismus seien jedoch abhängig von den jeweiligen Bedingungen in einem Land. Maßnahmen in einem sozialistischen Land könnten nicht ohne weiteres imitiert werden.

Die Ausgangslage der DDR bei ihrer Entstehung sowie der (ost)deutschen Kommunisten in den letzten zwei Kriegsjahren und in den 40er Jahren nach dem Krieg waren grundverschieden von der Situation der Sowjetunion in den 20er und 30er Jahren. In der DDR wurde nur ein geringer Bruchteil des Bodens nationalisiert. Nur 4 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche wurden in Staatsgütern zusammengefasst. Der Rest des Agrarbodens gehört den Genossenschaftsbauern. In der DDR habe es immer privates Handwerk und privaten Handel gegeben. Die DDR und im besonderen Berlin liegen an der empfindlichen Nahtstelle zwischen NATO und Warschauer Pakt. Darüber hinaus stehe die DDR in einem permanenten Wettbewerb mit der BRD. Versorgungsengpässe in Krasnojarsk haben keine politischen Auswirkungen in Moskau. Sie wären jedoch undenkbar in Berlin oder auch in Dresden oder Leipzig.

Heinz Fischer legte den Stand der österreichischen Bemühungen zur Annäherung an die EG dar. Er versicherte, dass die österreichische Haltung zur europäischen Integration von der strikten Einhaltung der Position der immerwährenden Neutralität bestimmt ist. Im Falle eines Beitritts zur EG wäre Österreich in Brüssel zweifellos ein Nettozahler.

Hermann Axen verwies darauf, dass die Position Österreichs bei Verhandlungen mit der EG so schwach nicht sei. Österreich habe eine starke und gesunde Wirtschaft, die weniger krisenanfällig ist als die mancher großer EG-Länder. Die österreichische Verhandlungsposition ist zweifellos auch günstiger als die der

6 Hermann Axen besuchte vom 1. bis 7. Mai 1988 die USA.

EG-Staaten in Südeuropa. Er könne sich durchaus vorstellen, dass die österreichische Neutralität unangetastet bleibt, denn „selbst in der NATO gibt es Ausnahmebestimmungen“.⁷

Abschließend bekräftigte Hermann Axen, dass die sehr guten Beziehungen zu Österreich eine langfristige strategische Entscheidung der DDR sind.

Im Anschluss an seinen Aufenthalt in Berlin reiste der Klubobmann der SPÖ nach Erfurt, Weimar und Gotha. Er kehrte am Sonntag, dem 11. September 1988, nach Wien zurück.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger

Dok. 26: Bericht. Besuch Grósz in der DDR, 15.9.1988

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 15. September 1988, Zl. 215-RES/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 222.18.14/1-II.3/88¹

Offizieller Freundschaftsbesuch des Generalsekretärs der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) und Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik, Károly Grósz, in der DDR (8. und 9. September 1988)

Károly Grósz, Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und Vorsitzender des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik, ist am Donnerstag, dem 8. September 1988, zu einem zweitägigen offiziellen Freundschaftsbesuch in der DDR eingetroffen. Der Besuchstermin wurde seinerzeit mit dem früheren Generalsekretär der USAP, János Kádár, als Arbeitsbesuch vereinbart.

7 Unterstreichungen durch Brezovsky, am Seitenrand mit einem Rufzeichen und dem Vermerk Abt. III.2 versehen.

1 Der Bericht wurde in der österreichischen Botschaft in Ost-Berlin von Sachbearbeiter Botschaftsrat Gesandter Lorenz Graf erstellt. Im BMAA wurde er von der Abteilung II. am 20. September in Bearbeitung genommen und umgehend an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß „Liste Warschauer Pakt“ zirkuliert. Darüber hinaus lag er den Abteilungen II.8, III.1, V.1 und Legationsrat Litschauer vor. Sämtliche Unterstreichungen wurden sofern nicht separat ausgewiesen durch Graf vorgenommen. Die Darstellung des Besuchs stützt sich – abgesehen von der Wertung im letzten Absatz – weitgehend auf die Berichterstattung von Neues Deutschland, 9. September und 10./11. September 1988, jeweils S. 1 und S. 3–4. Dem Bericht lagen Ausschnitte aus Neues Deutschland vom 10./11. September 1988 bei. Für den tatsächlichen Gesprächsverlauf siehe Stenografische Niederschrift der offiziellen Gespräche des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Károly Grósz, im Hause des ZK der SED, 8. September 1988, SAPMO-BArch, DY 30/2490.

Da dies der erste Besuch von Károly Grósz in seiner Eigenschaft als Generalsekretär und Vorsitzender des Ministerrates war, wurde der ursprünglich mit János Kádár vereinbarte Arbeitsbesuch in einen offiziellen Freundschaftsbesuch umgewandelt.

Károly Grósz kam hauptsächlich in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der USAP und nicht so sehr als Vorsitzender des Ministerrates. Dies ist auch der Zusammensetzung seiner Begleitung zu ersehen: Miklós Németh, Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und Sekretär des ZK, József Marjai, Mitglied des ZK der USAP und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Géza Kotái, Mitglied des ZK der USAP und Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK, László Major, Mitglied des ZK der USAP und Leiter des Büros des ZK der USAP.

Erich Honecker und Károly Grósz konnten zu Recht eine vollständige Übereinstimmung in der Beurteilung der internationalen Lage feststellen. Honecker betonte, dass sich dank der Bemühungen der sozialistischen Länder sowie auch vernünftig und realistisch denkender Kräfte des Westens in den internationalen Beziehungen schrittweise positive Tendenzen festigen. Waren früher die Konfrontation und deren Verschärfung bestimmend, so beginne sich nunmehr vieles zum Besseren zu wenden. Beide Seiten begrüßten die Wiederaufnahme des amerikanisch-sowjetischen Dialoges und werteten die Vereinbarung über die Abschaffung von Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite als eine historische Tat.

Honecker verwies erneut auf die Unterstützung der DDR, die strategischen Offensivwaffen der beiden Großmächte bei strikter Einhaltung des ABM-Vertrages² um 50 Prozent zu reduzieren, die Einstellung der Kernwaffenversuche, das völlige Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen und den Abbau der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen vom Atlantik bis zum Ural zu erreichen. Er sprach sich dafür aus, dass Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung noch im Jahre 1988 begonnen werden sollten.

Károly Grósz stellte zur Frage der konventionellen Abrüstung fest, dass Ungarn daran interessiert ist, zu den Ländern zu gehören, die von den ersten Reduzierungen betroffen sein werden.³

Mit Nachdruck wird die DDR ihre Ziele der Errichtung von kern- und chemiewaffenfreien Zonen verfolgen.⁴ Ungarn habe wiederholt erklärt, sein Territorium für eine solche Zone zur Verfügung zu stellen. Gemeinsam mit den für Nord- und Süd- und für den Balkan vorgesehenen Zonen würde so in Europa ein zusammenhängendes kernwaffenfreies Gebiet in Nord-Süd-Richtung entstehen. Die Bedeutung von kern- und chemiewaffenfreien Zonen habe sich in letzter Zeit deutlich vergrößert.⁵ Schon vor einem Jahr rechnete man fest mit dem Abschluss

2 Zum ABM-Vertrag siehe Dok. 6, Anm. 10.

3 Dieser Absatz wurde vom Leiter der u. a. für Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zuständigen Leiter der Abteilung II.8 Gesandter Heinrich Gleissner am Seitenrand handschriftlich markiert.

4 Diese Unterstreichung wurde ebenfalls von Gleissner vorgenommen.

5 Dieser Satz wurde ebenfalls von Gleissner am Seitenrand handschriftlich markiert und mit einem Rufzeichen versehen.

eines globalen Abkommens über Chemiewaffen. Dieses Abkommen ist aber bis heute nicht zustande gekommen.

Als nächsten Punkt behandelten Erich Honecker und Károly Grósz die innere Lage in der DDR bzw. in Ungarn. Dies stellte sich als Monolog dar, wobei der jeweilige Gesprächspartner in den Monolog nicht eingriff und auch keine Fragen stellte. Erich Honecker charakterisierte die innenpolitische Entwicklung der DDR, ausgehend von dem durch den IX. Parteitag der SED 1976 beschlossenen Parteiprogramm. In diesem Programm werde die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR als ein historischer Prozess tiefgreifender, politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen charakterisiert.

Károly Grósz erklärte demgegenüber, dass auch der DDR bekannt sei, dass sich in Ungarn die Entwicklung des Sozialismus in den vergangenen Jahren verlangsamt hat und dass die Probleme in Ungarn zugenommen haben. Nach einer breiten Diskussion sei die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei zur Schlussfolgerung gelangt, dass es nur einen annehmbaren Ausweg aus den Sorgen gibt: die tiefgreifende Erneuerung des Sozialismus, die Modernisierung des Denkens und des Handelns. Es sei feste Absicht der USAP, zur Partei des ganzen Volkes zu werden und auf dem Wege der Erneuerung der ungarischen Gesellschaft konsequent voranzuschreiten.

Wie bei Besuchen von sozialistischen Staats- und Regierungschefs üblich, wollte man auch für Károly Grósz während seines Aufenthaltes in der DDR die Besichtigung eines Betriebes im Besuchsprogramm einplanen. Die ungarische Seite ersuchte jedoch, anstelle dieser Betriebsbesichtigung eine Zusammenkunft mit Generaldirektoren von Kombinat und Außenhandelsbetrieben zu organisieren. Dieses Ansinnen hat die DDR ursprünglich zurückgewiesen, sodass Erich Honecker persönlich grünes Licht für diesen Erfahrungsaustausch geben musste. Károly Grósz wollte von den anwesenden Wirtschaftsfachleuten eine offene Darlegung der Schwierigkeiten und Hindernisse in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Betrieben der DDR und Ungarns erhalten. Trotz fast nachdrücklicher Fragen blieben die 30 Generaldirektoren jedoch bezüglich vorhandener Schwierigkeiten sehr zurückhaltend und zeichneten eher ein Bild funktionierender Zusammenarbeit. Beide Seiten wollen in den strukturbestimmenden Zweigen, wie Mikroelektronik, Rechen- und Robotertechnik sowie Biotechnologie, die Zusammenarbeit intensivieren.

In seiner Tischrede bezeichnete der ungarische Gast den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe auch langfristig als wichtigen Faktor der Wirtschaftsentwicklung der sozialistischen Länder. Er schränkte jedoch ein, dass bei der unaufschiebbaren Modernisierung der Zusammenarbeit die Waren- und Geldverhältnisse, die modernen ökonomischen Mittel eine bestimmende Rolle erhalten müssen. Für Ungarn seien Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Industrieländern unumgänglich: „Es ist für uns eine Existenzfrage, dass sich die Weltwirtschaft mit uns und nicht ohne uns entwickelt.“ Ungarn strebe nach einem geordneten Verhältnis und nach vertraglich geregelter Zusammenarbeit mit der Europäischen Wirtschafts-

gemeinschaft. Eine günstige Voraussetzung dafür sei, dass die Beziehungen zwischen dem COMECON und der EG mit der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung auf ein neues offizielles Niveau gehoben worden seien.

Bei Darstellung der innenpolitischen Situation Ungarns kam Grósz auch auf die Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien zu sprechen. Er informierte seine Gastgeber über sein Treffen mit Nicolae Ceaușescu in Arad. Erich Honecker erklärte hiezu lediglich, dass dies ein Problem der beiden betroffenen sozialistischen Staaten sei und von ihnen gelöst werden müsse. In seiner Tischrede verwies Károly Grósz auch auf die „in Ungarn lebende deutsche Nationalität“. Es sei humanistische Pflicht, im Geiste der Prinzipien der Leninschen Nationalitätenpolitik die Bewahrung ihres nationalen Antlitzes und die Entwicklung ihrer Kultur zu fördern. Er dankte der DDR für ihre internationalistische Haltung und Hilfe (jährlich kommen etwa 200 bis 300 ungarische Deutschlehrer für ein Semester zu Germanistikstudien in die DDR).

Zum ersten Mal hat Honecker quasi offiziell bestätigt, dass der XII. Parteitag bereits im Jahre 1990 stattfinden wird. Gerüchte über ein Vorziehen des nächsten Parteitages zirkulierten in Berlin schon seit einiger Zeit. Als Grund gab Honecker die erwünschte Synchronisation zwischen 5-Jahres-Plan und Parteitag an.

Als Programmwunsch brachte die ungarische Seite während der Vorbereitungen des Besuches die Abhaltung einer gemeinsamen Pressekonferenz von Erich Honecker und Károly Grósz vor. Dieses Ansinnen hat die DDR glattweg abgelehnt.

Der sozialistische Freundschaftsbesuch des dynamischen Károly Grósz in der DDR brachte für hiesige Beobachter – und nicht nur für solche aus dem Westen – deutlich zum Vorschein, welch tiefgreifende Unterschiede bereits zwischen einzelnen sozialistischen Bruderstaaten bestehen. Die fast schon lakonisch anmutende Beschwichtigung von seiten der DDR, dass natürlich bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auch unterschiedliche Wege beschritten werden, überzeugt den Beobachter nicht mehr so ganz. Ja man stellt sich die Frage, ob die jeweiligen national verschiedenen Wege nicht allmählich auch zu einem anderen Ziel führen könnten. Ein unterschiedlicher Grad der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaften wird ja wohl zum Teil auch schon von diesen Gesellschaften selbst festgestellt. Jedoch nicht nur der Grad der Entwicklung ist unterschiedlich: allmählich könnten die einzelnen Gesellschaften in den Bruderstaaten auch verschieden sozialistisch sein.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger

Dok. 27: Bericht. Honeckers Besuch in der Sowjetunion, 6.10.1988

Geschäftsträger a.i. Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 6. Oktober 1988, Zl. 225-RES/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, RES-Berichte Berlin (Botschaft)¹

Erich Honecker, Vorsitzender des Staatsrates der DDR; Arbeitsbesuch in der Sowjetunion (27. bis 29. September 1988)²

Über Einladung des ZK der KPdSU hat der Vorsitzende des Staatsrates der DDR und Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, der UdSSR in der Zeit vom 27. bis 29. September 1988 einen Arbeitsbesuch abgestattet. Er wurde am Dienstagabend, den 27. September 1988, von Nikolai Sljunktow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, sowie von weiteren sowjetischen Persönlichkeiten brüderlich empfangen und herzlich willkommen geheißen.

Bei seinem Besuch in Moskau war Erich Honecker – wie bei ähnlichen Auslandsreisen – begleitet vom Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Günter Mittag, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates, von den Mitgliedern des ZK der SED, Oskar Fischer, Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Gerhard Beil, Minister für Außenhandel, Staatssekretär Frank-Joachim Herrmann, Leiter der Kanzlei des Vorsitzenden des Staatsrates und Gerd König, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der DDR in der UdSSR.

Beide Seiten bezeichneten als Grundlage der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 7. Oktober 1975. Laut gemeinsamer Pressemitteilung (die in der Anlage vorgelegt wird)³ schätzen beide Staaten die wachsende Dynamik der bilateralen Beziehungen und die Vereinbarungen für ein qualitativ neues Niveau der Zusammenarbeit hoch ein. In der Pressemitteilung wird darüber hinaus der brüderliche und gleichberechtigte Charakter der Beziehungen zwischen beiden Parteien zum Ausdruck gebracht.

Am Mittwoch, den 28. September 1988, kamen beide Staatschefs zu einem freundschaftlichen Treffen zusammen, bei dem die Erfahrungen über den sozialistischen Aufbau in der DDR und in der Sowjetunion ausgetauscht wurden. Bei dieser Begegnung kam – selbstverständlich auch – die internationale Lage zur Sprache.

Gorbatschow betonte, dass die weitere Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und die Verwirklichung seiner Reformen des politischen Systems ent-

1 Der Bericht langte am 7. Oktober 1988 im BMAA in der Abteilung II.3 ein. Die Darstellung des Besuchs stützt sich – abgesehen von der Wertung im letzten Absatz – weitgehend auf die Berichterstattung von Neues Deutschland, 28. September 1988, S. 1; Neues Deutschland, 29. September 1988, S. 1–4; und Neues Deutschland, 30. September 1988, S. 1 und 3.

2 Siehe Dokument 18 in: Honecker – Gorbatschow und Dokumente 25 und 26 in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage.

3 Gemeinsame Pressemitteilung über das Treffen zwischen Erich Honecker und Michail Gorbatschow, in: Neues Deutschland, 30. September 1988, S. 1 und 3.

scheidend für die Beschleunigung der sozialistischen Entwicklung in der UdSSR seien. Die derzeit in der UdSSR vor sich gehende Umgestaltung finde in der Partei und im Volk breite Unterstützung. Erich Honecker äußerte sich zu den Entwicklungen in der Sowjetunion dahingehend, dass diese in der DDR „mit nicht nachlassender Aufmerksamkeit“ verfolgt werden. Die Kommunisten der DDR wünschen den sowjetischen Freunden Erfolg bei der Fortsetzung dieses historischen Prozesses.

In der gemeinsamen Pressemitteilung wurde zu dem Stand der bilateralen Beziehungen auf den Gebieten von Wirtschaft und Technik lediglich auf zusätzliche Anstrengungen verwiesen. Schon deutlicher ist der Hinweis auf das Erfordernis der Erhöhung des technischen Niveaus und der Qualität der gegenseitigen Lieferungen. Zu den brüderlichen Beziehungen stellte Gorbatschow in seiner Tischrede dezidiert fest, dass es ihm angenehm sei festzustellen, dass diese jetzt reifer werden. Elemente deklarativen Charakters und des Formalismus gehören der Vergangenheit an. Noch konkreter wurde Gorbatschow, als er auf seinen Besuch anlässlich des Parteitages der SED in Berlin vor zwei Jahren⁴ verwies und erinnerte, dass bei dieser Gelegenheit die Herstellung direkter Beziehungen zwischen Betrieben und Forschungszentren beider Länder beschlossen wurde. Er räumte in seiner Tischrede – die im „Neuen Deutschland“ vom 29. September 1988 im vollen Wortlaut veröffentlicht wurde – weiters noch ein, dass seither viel getan worden sei. Darüber hinaus schätzt er mit „Genossen Honecker“ die geleistete Arbeit (auch noch) positiv ein. Dessenungeachtet kamen jedoch beide zur Schlussfolgerung, dass das Erreichte noch weit hinter den Möglichkeiten und den Bedürfnissen (beider Länder) liegt. Die Zusammenarbeit werde unter anderem durch ungenügendes Stimulieren und durch verkrustete Verwaltungsmechanismen gebremst.

In dem Teil der Tischrede, in dem Gorbatschow auf die sowjetische Umgestaltung zu sprechen kommt, stellt er klar und deutlich fest, dass die Sowjetunion und die Bruderländer ein gemeinsames Schicksal haben. Und dieses gemeinsame Schicksal sei keine leere Redensart: Tausende Fäden verbinden die Sowjetunion mit den Bruderländern und große Wandlungen in jedem Land wirken sich so oder so auf die Lage der Freunde und Verbündeten aus. Es sei lebensnotwendig, kompromisslos die Vergangenheit zu analysieren, um durch die Lehren aus der Vergangenheit eine Wiederholung der Fehler, die mit der Abkehr vom Leninismus (durch Breschniew?)⁵ verbunden sind, auszuschließen. Den Tenor seiner Wortwahl beibehaltend, spricht Gorbatschow in der gegenwärtigen akuten Problemsituation von der Notwendigkeit radikaler Wandlungen. Diese radikalen Wandlungen sind vor allem im Bewusstsein der Menschen, in ihrer Einstellung zur Arbeit, in ihrem Verhältnis zueinander, zu sich selbst vonnöten.

4 Gorbatschow hatte den XI. Parteitag der SED besucht, der vom 17. bis 21. April 1986 stattfand. Für seine Gespräche mit Honecker siehe die Dokumente 9 und 10 in: Honecker – Gorbatschow.

5 Leonid Breschniew, Parteichef der KPdSU (1964–1982) und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (1977–1982), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Die Sowjetunion verhehle weder vor ihren Freunden noch vor der übrigen Welt, dass die Umgestaltung viele Schwierigkeiten in sich birgt. Mit Befriedigung habe er jedoch auf seiner jüngsten Reise in die Krasnojarsker Region feststellen können, dass sich immer breitere Massen (der Werktätigen) dem Prozess der Gesundung und der Erneuerung des Lebens anschließen.

In den internationalen Beziehungen seien bereits Ergebnisse des neuen politischen Denkens feststellbar (Mittelstreckenraketen-Vertrag).⁶ Vorläufig gebe es jedoch (noch) keine Garantien, dass die eingeleiteten positiven Prozesse unumkehrbar seien. Zu den Verhandlungen in Wien hielt er fest, dass das Mandat der Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Rüstungen nahe sei und dass es (gute) Voraussetzungen dafür gebe, dass die Wiener Verhandlungen eine qualitativ neue Etappe für den KSZE-Prozess eröffnen werden.

Im Unterschied zu den kritischen Äußerungen Gorbatschows zeichnen die Worte Honeckers ein Bild der Genugtuung und Zufriedenheit über das Erreichte. Beide Seiten hätten erneut ihre Entschlossenheit bekräftigt, beim sozialistischen Aufbau auch künftig auf das engste zusammenzuarbeiten. Honecker spricht von vertrauensvoller Zusammenarbeit auf allen Ebenen und ersprißlichen Arbeitskontakten zwischen den Werktätigen. Auf wirtschaftlichem Gebiet stellte Honecker fest, dass die UdSSR seit Jahrzehnten der bedeutendste Außenhandelspartner der DDR ist und dass höchste Maßstäbe für das weitere Zusammenwirken auf diesem Gebiet gesetzt sind. Er konstatierte weiters, dass die DDR mit größtem Interesse und aufrichtiger Sympathie die schöpferischen Anstrengungen der sowjetischen Menschen verfolge, die sozial-ökonomische Entwicklung der UdSSR zu beschleunigen, das Lebensniveau der Menschen zu heben, den Sozialismus (in der UdSSR) zu stärken und attraktiver zu machen. Der Erneuerungsprozess in der UdSSR habe daher die Sympathie und Unterstützung der DDR.

Mit Blickrichtung auf den 40. Jahrestag der Gründung des ersten sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden stellt Honecker mit Genugtuung fest, dass aufopferungsvoller Fleiß und Schöpferkraft mehrerer Generationen bewirkt haben, dass die DDR zu einem stabilen Staat geworden ist. Bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft verstehe es sich von selbst, dass die DDR mit der UdSSR und den anderen Bruderländern die Erfahrungen austauschen und von den Erfahrungen der anderen lernen wird. Honecker vermerkte mit einigem Stolz, dass die DDR mit berechenbarer und konstruktiver Politik die jüngste ermutigende Entwicklung auf dem Gebiete der Abrüstung und Rüstungsbeschränkung initiativreich mitgestaltet hat. Er erinnerte daran, dass die DDR an der Trennlinie von NATO und Warschauer Pakt ein Eckpfeiler des Sozialismus im Herzen Europas sei.

Im Hinblick auf den für Ende Oktober vorgesehenen Besuch von Bundeskanzler Kohl in der DDR⁷ war es für die DDR eine Notwendigkeit, gemeinsam mit

6 Zum INF-Vertrag siehe Dok. 11, Anm. 19.

7 Ein offizieller Besuch war für Oktober 1987 nicht geplant, Kohl besuchte aber 1988 privat die DDR. Diesen Besuch hatte Kohl mit Honecker bei dessen Besuch in Bonn 1987 vereinbart. In

der UdSSR die territorialen und politischen Realitäten zu bekräftigen und darauf hinzuweisen, dass Souveränität und territoriale Integrität der Staaten in Europa grundlegende Bedingung für die Wahrung des Friedens und der Sicherheit (in Europa) sind. Beide Seiten sprachen sich für eine weitere Entwicklung der Zusammenarbeit mit der BRD auf Grundlage der bestehenden (Ost)Verträge aus. Eine weitere Verbesserung der Lage um Westberlin sei auf der Grundlage der „dort bestehenden Realitäten“ und der strikten Beachtung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 (wohl in der durch die UdSSR und die DDR praktizierten Interpretation) möglich.⁸

Oberflächlich betrachtet, erscheint auch nach diesem Besuch Honeckers in Moskau das bisherige Bild bestätigt: Die DDR anerkennt die Notwendigkeit der Umgestaltung in der Sowjetunion und begrüßt die Reformbestrebungen Gorbatschows in der Sowjetunion zur Stärkung des Sozialismus und der Sowjetmacht. Da die DDR Umstrukturierungen bereits seit dem VII. Parteitag (Beginn der Ära Honecker) unternommen habe und die (wirtschaftliche) Lage der DDR zufriedenstellend sei, ergeben sich für die DDR keine Notwendigkeiten, zum jetzigen Zeitpunkt Wandlungen à la Gorbatschow durchzuführen.

Dieses Bild trägt jedoch. Bei näherem Hinsehen muss festgehalten werden, dass Gorbatschows deutliche (Selbst)Kritik, sein vehementes Eintreten für radikale Wandlungen im krassen Gegensatz stehen zur selbstgefälligen Selbstdarstellung der Erfolge der SED und der DDR. Gorbatschow hat bei diesem Besuch zum ersten Mal (auch direkt) und öffentlich Kritik an der DDR geäußert; zwar nicht an den Verhältnissen in der DDR selbst, wohl aber an der Form und Güte der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Die vor zwei Jahren vereinbarten Direktbeziehungen hat Gorbatschow einer Prüfung unterzogen und festgehalten, dass die in diesem Zeitraum gemachten Fortschritte ungenügend seien. Deutlich ausgesprochen hat er auch, dass sich die Veränderungen in der Sowjetunion so oder so auf die Verbündeten auswirken werden. Honecker hat demgegenüber in Moskau nicht mehr betont, dass sich der Sozialismus in jedem Staat unterschiedlich entsprechend den jeweiligen Gegebenheiten entwickeln soll.

Durch die nachdrücklich gewordenen Forderungen der Sowjetunion nach vermehrten Lieferungen und nach höherer Qualität dieser Lieferungen in die UdSSR wird sich die Wirtschaft der DDR aus dieser Richtung weiterem Druck ausgesetzt sehen. Hinzu kommen könnte auch – das bleibt abzuwarten –, dass die Forderungen nach Offenheit, Umgestaltung und vermehrten Chancen in der DDR selbst zunehmen könnten. Zum jetzigen Zeitpunkt und beim jetzigen Führungsteam

einem Gespräch im kleinen Kreis hatte der SED-Generalsekretär den Bundeskanzler zu einem offiziellen Gegenbesuch in die DDR eingeladen, aber auch die Möglichkeit eines privaten Besuchs offeriert, was Kohl annahm. Zur geheimen Privatreise des deutschen Bundeskanzlers in Ostdeutschland, u. a. in Gotha, Erfurt, Weimar und Dresden, Ende Mai 1988, siehe Rainer Erices/Jan Schönfelder, Westbesuch. Die geheime DDR-Reise von Helmut Kohl, Jena 2006; dies., Kohls geheime Reise in die DDR, in: Deutschland Archiv 40 (2007) 2, S. 288–296.

⁸ Vgl. Dok. 1, Anm. 15.

der DDR unter Honecker ist jedoch keine Änderung des Weges abzusehen. Unter den gegebenen Voraussetzungen muss davon ausgegangen werden, dass Honecker seine Linie bis zum (vorgezogenen) XI. Parteitag im Jahre 1990 beibehalten wird.

Der Geschäftsträger a. i.:
Graf

Dok. 28: Gespräche Botschafter Schmid mit Kovács und Ószi, 13.10.1988

Amtsvermerk, Botschafter Erich Maximilian Schmid, Wien, 13. Oktober 1988, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 502.16.36/7-II.SL/88¹

Österreich-Ungarn; Meinungsaustausch der Politischen Direktoren; internationale Themen

Im Rahmen des Meinungsaustausches der Politischen Direktoren am 7.10.1988 in Budapest wurden auch folgende internationale Themen erörtert:

[...]²

d) DDR

In der DDR sei die Frage der Reformen einfach nicht aktuell, was nicht so sehr auf die deutsche Mentalität als auf die offene Frage der Existenz von 2 deutschen Staaten zurückzuführen sei. Dies sei die Existenzfrage des dortigen Systems und daher viel wichtiger als eine Umgestaltung der Politik.

[...]³

Wien, am 13. Oktober 1988
E. M. Schmid m. p.

- 1 Der Amtsvermerk wurde vom Leiter der Abteilung II.3 Gesandten Sucharipa auf Basis eines Konzepts des Leiters der Sektion II Botschafter Schmid erstellt, lag diesem, Legationsrat Josef Litschauer und Attaché Ernst Peter Brezovsky vor und erging nach Genehmigung von Sucharipa und Abzeichnung von Legationssekretär Hans Peter Manz am 13. Oktober 1988 an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Abteilungen I.2, II.1, II.4, II.7 sowie die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „Warschauer Pakt“.
- 2 Ausgelassen wurden die allgemeinen Ausführungen zur ungarischen Außenpolitik und die länderspezifischen Ausführungen über die Entwicklungen innerhalb des sozialistischen Lagers (UdSSR, Polen, ČSSR).
- 3 Ausgelassen wurden die weiteren länderspezifischen Ausführungen über die Entwicklungen in Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien.

Dok. 29: Bericht. Bondarenko in Berlin (Ost), 3.11.1988

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 3. November 1988, Zl. 241-RES/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 225.18.36/1-II.3/88¹

Alexander Pawlowitsch Bondarenko, Leiter der 3. Abteilung im sowjetischen Außenministerium; Besuch in Berlin

Bondarenko hat Sonntag, den 30. Oktober d. J. den Staatsvorsitzenden Honecker im Auftrag von Generalsekretär Gorbatschow über die Ergebnisse des Besuches Bundeskanzler Kohls in der UdSSR² informiert.

Der sowjetische Botschafter in der DDR, der bei diesem Gespräch anwesend war, gab mir zu verstehen, dass Bondarenko der DDR-Führung erneut die Versicherung gab, dass eine Normalisierung und Ausbau der Beziehungen zur BRD niemals auf Kosten anderer Länder gehen wird. Mit dem Besuch Kohls seien der Zusammenarbeit der UdSSR und der BRD wesentliche Impulse verliehen worden, was gleichzeitig zu einer weiteren Beruhigung der Lage in Europa beigetragen habe. Es besteht aber keinerlei Anlass anzunehmen, dass die Sowjetunion gegenüber der BRD so etwas wie eine „deutsche Karte“ hervorgeholt habe. Als grundlegende Bedingungen wurden nach wie vor 1. die Unverletzbarkeit der Grenzen, 2. die bedingungslose Achtung der bestehenden territorialen Integrität der Staaten, ihrer Souveränität und Unabhängigkeit, 3. das Prinzip der Nichteinmischung sowie andere Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen genannt.

Zur Berlin-Frage sei der entscheidende Passus wie folgt festgelegt worden: „Bezüglich der weiteren Verbesserung der Lage um Berlin-West und der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zu dieser Stadt als konstruktives Element der Friedenssicherung wurde auf die Respektierung der bestehenden Realitäten und die strikte Beachtung des vierseitigen Abkommens verwiesen“.

- 1 Der Bericht wurde im BMAA am 8. November 1988 von der Abteilung II.3 (Legationsräte Josef Litschauer und Ernst Peter Brezovsky) in Bearbeitung genommen, lag in weiterer Folge der Abteilung II.1 vor und wurde am 10. November an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß „Liste Ost“ sowie die österreichische Botschaft Bonn zirkuliert.
- 2 Kohl besuchte vom 24. bis 27. Oktober 1988 die Sowjetunion. Siehe dazu Dokument 29, in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Laut der österreichischen Botschaft in Moskau hatte der Moskau-Besuch Kohls nach entsprechenden Informationen durch die bundesdeutsche Botschaft „vor allem eine Intensivierung der sowjetisch-westdeutschen Zusammenarbeit und eine politische Klimaverbesserung zum Ziel. Dieses Ziel sei erreicht worden: Nach übereinstimmender Meinung war der Besuch durch ‚Offenheit, Realismus und Optimismus‘ gekennzeichnet.“ Botschafter Herbert Grubmayr und Gesandter Martin Vukovich an BMAA, Moskau, 31. Oktober 1988, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1988 (07–19), Karton 23. Die österreichische Botschaft in Bonn schloss ihren Bericht mit der Einschätzung: „Die Voraussetzungen für bilaterale Vorzeigergebnisse auch beim nächstjährigen Gorbatschow-Besuch liegen deshalb nicht schlecht.“ Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 4. November 1988, BMEIA, ÖB Bonn, RES-1988 (1–2), Karton 55.

Seitens der DDR wurden die Ergebnisse der Verhandlungen in Moskau für den Frieden und die Entspannung in Europa als bedeutsam bezeichnet.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger

Dok. 30: [Auszug] Information. Osteuropa im Wandel?, 11.11.1988

Information, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 11. November 1988, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 701.03/19-II-3/88¹

Osteuropa im Wandel? Zur innenpolitischen Bewegung in den WP-Staaten und Jugoslawien

1. Allgemein:

Seit etwa drei Jahren ist die innen- (gesellschafts- und wirtschafts-) politische Situation in den meisten (nicht allen!) osteuropäischen Staaten deutlich in Bewegung geraten. Diese Tendenz wurde durch das Wirken GS Gorbatschows zwar nicht eigentlich ausgelöst, aber jedenfalls markant beschleunigt bzw. erleichtert.

Das Aufbrechen alter Verkrustungen und das Einsetzen von Reformprozessen bringt Mobilität und Veränderung für Osteuropa. Die weitere Entwicklung kann bei positivem Verlauf stabil (d.h. Veränderungen erfolgen systemkonform), aber auch instabil sein. In jedem Fall muss sich Österreich auf das Bild sich beschleunigender Veränderungen (mit ungewissem Ausgang einstellen).

Die osteuropäischen Staaten sehen sich einer Reihe von Herausforderungen gegenübergestellt, die im wesentlichen für sie alle – wenn auch in verschiedener Intensität – maßgebend sind. Die Art der Bewältigung (oder Nicht-Bewältigung) dieser Herausforderungen ist unterschiedlich und wird unterschiedlich bleiben. Eine entsprechende übersichtsartige Detailanalyse erfolgt in Punkt 3.

2. Herausforderungen:

2.1. Dringende Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Reformen: In zunehmendem Maße wird die Unmöglichkeit anerkannt, mit rein planungswirtschafts-

1 Die Analyse wurde auf Weisung von Bundesminister Alois Mock von den Sachbearbeitern, Gesandter Ernst Sucharipa (Leiter der Abteilung II.3), Legationsrat Josef Litschauer, Legationssekretär Hans Peter Manz und Attaché Ernst Peter Brezovsky erstellt. Sie erging an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Herrn Sektionsleiter II, III, IV, V, VI, alle Abteilungen der Sektion II sowie an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß „Liste KSZE“. Ein Exemplar wurde durch Sucharipa „persönlich“ an Bundespräsident Kurt Waldheim übergeben. Sämtliche Unterstreichungen wurden maschinschriftlich vorgenommen.

lichen Methoden eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen bzw. nicht total von der wirtschaftlichen Entwicklung in den westlichen Industriestaaten abgekapselt zu werden. Relativ hohe wirtschaftliche Zuwachsraten bis Anfang der 70er Jahre wurden von wirtschaftlicher Stagnation abgelöst. Die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente soll hier Abhilfe schaffen. Die Frage bleibt offen, inwieweit dies ohne tiefgreifendere gesellschaftspolitische Veränderungen möglich sein wird.

- 2.2. Fast alle osteuropäischen Staaten stehen (oder standen bis vor kurzem) vor dem Problem einer zur Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit notwendig gewordenen Generationenablöse in der politischen Führungsmannschaft, wobei es vor allem auf eine „geistige“ Verjüngung ankommt, bei der die erhöhte Flexibilität und Bereitschaft zu neuen Lösungsansätzen nicht notwendigerweise (nur) am Lebensalter gemessen werden kann.
- 2.3. Das „Phänomen Gorbatschow“ kann auf Dauer keinen der in Betracht kommenden Staaten (auch nicht Rumänien) unberührt lassen. In einigen erleichtert der sowjetische Reformkurs eigenständige Reformbewegungen (Polen, Ungarn), in anderen zwingt er zu zumindest zaghaften und (zunächst aufs Wirtschaftspolitische) beschränkten Reformmaßnahmen (ČSSR, Bulgarien), in wieder anderen fördert er den Widerspruch zwischen äußerer Stabilität (= Stagnation) und Druck zum Wandel mit bislang unklarem Ausgang (Rumänien, aber auch DDR). Insgesamt geht es um gesellschaftspolitische Veränderungen, die mit den wirtschaftspolitischen Reformmaßnahmen (notwendigerweise) einhergehen müssen. Auch in Polen und Ungarn bleibt – ebenso wie letztlich in der SU selbst – vorderhand offen, ob das Konzept eines „sozialistischen Pluralismus“ unter Aufrechterhaltung des Anspruches auf den Primat der kommunistischen Partei ausreichen wird, um diese Entwicklung aufzufangen. Hinzu kommen Einflüsse der modernen (zunächst westlichen) Informations- und Kommunikationsgesellschaft, der sich auch die osteuropäischen Staaten immer weniger entziehen können (grenzüberschreitende Ausstrahlung moderner Medien, Computertechnik, Notwendigkeit wissenschaftlicher Zusammenarbeit).
- 2.4. Letztlich ist auch in einzelnen osteuropäischen Staaten ein rasches Anwachsen der Minderheiten- und Nationalitätenproblematik unverkennbar. Akzentuiert wird diese Entwicklung durch die durch Wirtschaftsreform, gesellschaftspolitische Liberalisierung und „neues Denken“ gewachsenen Freiräume.

3. Einzeldarstellungen:

[...]²

2 Ausgelassen wurden die Einzeldarstellungen zur Sowjetunion, der ČSSR, Ungarn, Jugoslawien und Polen.

3.6. DDR:

- Die wirtschaftliche Situation der DDR hat auf Grund verschiedener Faktoren unter allen Staaten Osteuropas die positivste Entwicklung genommen, wobei in letzter Zeit verstärkt Probleme auftreten (Rückgang des Wirtschaftswachstums; Erstarrung der Kombinatverfassung; Fehlen zukunftsweisender Konzepte).
- Trotzdem ist nach wie vor ein Superioritätsgefühl gegenüber den „Bruderländern“ festzustellen, das die DDR auf die „Herausforderung Gorbatschow“ – neben Rumänien – am zurückhaltendsten reagieren lässt.
- Während GS Gorbatschow im Zusammenhang mit der sowjetischen Umgestaltung ausdrücklich das gemeinsame Schicksal der Sowjetunion mit seinen Bruderländern betont und sich über die Fehler der Vergangenheit sehr kritisch äußert, hebt die DDR-Führung immer wieder ihre Zufriedenheit mit dem Erreichten hervor.
- Die Problematik, in absehbarer Zeit einen Generationswechsel durchführen zu müssen, ist evident und hat in letzter Zeit zu verstärkten Ablösespekulationen um die Person Honeckers geführt. Dabei ist derzeit völlig offen, ob sich ein „Hardliner“ oder ein Vertreter einer liberalen Linie in der Nachfolgerfrage durchsetzen wird.
- Diese Frage ist nicht zuletzt auf Grund eines kontinuierlichen Zunehmens an Protestpotential unter den DDR-Bürgern von größter Relevanz. Die evangelische Kirche, der spätestens seit dem 1978 getroffenen „Modus Vivendi“ zwischen Staatsführung und Kirchenleitung³ seitens des Staates offensichtlich die Aufgabe zugedacht war, auf kritische Kreise besänftigend einzuwirken, ist immer weniger in der Lage oder auch willens, diese Funktion zu erfüllen.⁴
- Trotz der Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung wird die DDR ihre Stabilität beibehalten. Hierfür sorgen das stark entwickelte Realitätsbewusstsein der DDR-Bürger wie auch der im Vergleich zu anderen RGW-Ländern noch immer hohe Lebensstandard. Die grundsätzlich prekäre Situation der DDR, die sich aus ihrer Position an der Systemgrenze ergibt, bleibt freilich bestehen. Sie wird durch die Gorbatschowsche Reformpolitik und auch durch eine weitere Ost-West-Annäherung keineswegs aufgehoben.

[...]⁵4. Schlussfolgerungen für die österreichische Politik:4.1. Grundsätzliche Haltung:

Die konstatierte oder allenfalls zu erwartende stärkere innenpolitische Bewegung in den osteuropäischen Ländern stellt auch für Österreich eine doppelte

3 Siehe Dok. 22, Anm. 14.

4 In den Hintergrundinformationen für Bundeskanzler Vranitzky für dessen DDR-Besuch im Juni 1988 wurde ausführlicher auf das Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche und der Staats- und Parteiführung in der DDR eingegangen, siehe Dok. 22.

5 Ausgelassen wurden die Einzeldarstellungen zu Bulgarien und Rumänien.

Herausforderung dar: Weder wäre eine Art blinder Optimismus, d. h. ein Nicht-erkennen der mögliche Krisen verursachenden Wirkungen dieser Entwicklungen angezeigt, noch aber ein Sichverschließen vor dem vielfältigen Potential in wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Hinsicht, das sich aus den eingeleiteten Reformprozessen ergibt oder zumindest ergeben kann: Die Vision eines demokratisch legitimierten und auch wirtschaftlich interessanten Osteuropas darf nicht aus den Augen verloren werden. In diesem Sinn hat Instabilität auch eine durchaus positive Bedeutung und könnte auch für den Westen die Vision vom Gemeinsamen Europäischen Haus⁶ erst „richtig“ interessant machen.

4.2. Beobachtung der Entwicklung:

Die erste Anforderung an Österreich besteht daher in einer genauen Beobachtung der sich abzeichnenden Entwicklungen. Wenn diese Forderung mehr sein soll als die Wiederholung eines Gemeinplatzes, ist sie mit konkreten Inhalten zu erfüllen: zumindest punktuell verstärkte Berichterstattung der Vertretungsbehörden; intensivierte Zusammenarbeit des BMfaA mit anderen Institutionen (z. B. BMfLV,⁷ Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche,⁸ etc.) bei der jeweiligen Analyse (Ansätze hierfür vorhanden, budgetäre und personalpolitische Engpässe bekannt).

4.3. Individuelle Gestaltung der Beziehungen:

Die obige Detaildarstellung (Punkt 3.) verdeutlicht die Unterschiedlichkeit des Herangehens der einzelnen Staaten an die gegebenen Probleme: Daraus resultiert die Bestätigung der von Österreich traditionell praktizierten Politik der individuellen Gestaltung der bilateralen Beziehungen. Das gilt auch für die jeweilige Kernfrage nach der Möglichkeit/Wahrscheinlichkeit eines systemkonformen Wandels.

4.4. Vorgehen auf internationaler Ebene:

Österreich kommt aber auch eine Rolle zu, die über jene eines – angesichts der eingeleiteten Entwicklungen sympathieerfüllten oder beunruhigten – Beobachters hinausgeht: Die eigene Stabilität und allseits anerkannte feste Verankerung im Gefüge westlich-pluralistischer Staaten sowie die bewährte dauernde Neutralität ermöglicht Österreich konkrete Maßnahmen der Hilfestellung. Dies gilt für den politischen Bereich ebenso wie für den wirtschaftlich-finanziellen und humanitären im weitesten Sinne.

In politischer Hinsicht bedeutet dies eine bewusste Betonung gesamteuropäischen Gedankenguts (KSZE-Initiativen systemüberschreitenden Charakters).

6 Siehe dazu Dok. 20, Anm. 25.

7 BMfLV = Bundesministerium für Landesverteidigung.

8 Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) wurde 1973 gegründet und ist ein österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut mit Fokus auf Osteuropa. Es führt theoretische und empirische wirtschaftswissenschaftliche Forschung durch. Seine Ostexpertise wurde seitens der österreichischen Politik stets geschätzt.

In wirtschaftlich-finanzieller Hinsicht wird auch in Zukunft eine Politik zu führen sein, die – selbstverständlich in dem für Österreich vertretbaren Ausmaß – sich an Maßnahmen der Unterstützung wirtschaftlicher Reformen orientiert und ein Heranführen der osteuropäischen Staaten an die westeuropäischen Integrationsräume erleichtert.

In humanitärer Hinsicht muss Österreich auch in Zukunft ein Platz der Begegnung zwischen einzelnen Menschen über die bestehenden Grenzen hinweg bleiben.

4.5. Vorkehrungen für den Fall negativer Entwicklungen:

Schließlich darf sich jedoch die österreichische Beurteilung nicht nur an einem „best case scenario“ (reformorientierte evolutive Entwicklung oder „instabile“, sprunghafte Entwicklung ohne negative Auswirkung auf das politische Umfeld) orientieren, sondern muss auch ein mögliches „worst case scenario“ in Rechnung stellen, bei dem eine negativ verlaufende instabile Entwicklung zu entsprechenden Auswirkungen auf Österreich führt (plötzlich stark anwachsende Flüchtlingsströme, Unterbrechung von für Österreich wichtigen Warenlieferungen und von Teilen der österreichischen Energieversorgung etc. bis hin zum akuten Neutralitätsfall).

Wien, am 11. November 1988

Sucharipa m. p.

Dok. 31: Bericht. Treffen Honecker-Ceaușescu, Ost-Berlin, 23.11.1988

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 23. November 1988, Zl. 262-RES/88, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1988 (01–06) Karton 22¹

Erich Honecker – Nicolae Ceaușescu; Die letzten aufrechten Kommunisten?

Nicolae Ceaușescu, Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien und Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, hat über Einladung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, Erich Honecker, am 17. und 18. November 1988 der DDR einen zweitägigen Arbeitsbesuch abgestattet. Dieser Gegenbesuch kam fast genau ein Jahr nach dem Aufenthalt von Erich Honecker in Rumänien zustande.²

1 Dem von Botschafter Franz Wunderbaldinger genehmigten und von Botschaftsrat Lorenz Graf abgezeichneten Bericht lag die „Gemeinsame Pressemitteilung“ (siehe Anm. 3) bei.

2 Honecker stattete Rumänien vom 28. bis 29. Oktober 1987 einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab.

Voll unterschreiben kann man die in der Gemeinsamen Pressemitteilung³ zum Ausdruck gebrachte übereinstimmende Auffassung zu den Hauptfragen des „internationalen Lebens“. Beide Seiten sagten sich wechselseitig die Unterstützung ihrer Bemühungen um die Schaffung waffenfreier (Chemie, Atom) Zonen zu. Übereinstimmend forderten sie auch den raschestmöglichen Abschluss des Wiener Treffens mit einem ausgewogenen und substantiellen Dokument. Sie sprachen sich des weiteren für die Einberufung einer internationalen Konferenz im Rahmen der UNO aus, um die Probleme der Unterentwicklung und der Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu betreiben.

In der Darstellung der Erfolge des Sozialismus im jeweiligen Land brachten die beiden Staatsführer nur Positives vor. Erich Honecker vermerkte mit Stolz, dass sich die sozialistische Umgestaltung in der DDR während ihrer fast 40-jährigen Existenz als ein Prozess tiefgreifender Wandlungen vollziehe, der selbstverständlich nicht abgeschlossen sei, sondern weitergehe. An die Adresse seines Gastes richtete er die artigen Worte, dass er sich von der fruchtbaren und schöpferischen Arbeit des rumänischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus während seines Aufenthaltes in Rumänien überzeugen konnte. Ziemlich deutlich grenzten sich beide Staatsführer in der Frage der Entwicklung des Sozialismus von Moskau ab und betonten die eigenständigen Entwicklungen. Honecker: Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gemäß den nationalen Bedingungen. Ceaușescu: Der Sozialismus entwickelte sich in jedem Land unter anderen Bedingungen.

Die rumänische Seite sah in diesem Besuch vor allem wirtschaftliche Fragen im Vordergrund. Sie wünscht eine Steigerung des Warenaustausches innerhalb eines Jahres in der Größenordnung von 10 bis 20 %. Der hiesige rumänische Kollege ist jedoch Realist genug festzustellen, dass dies nicht möglich sein werde. Die DDR habe Schwierigkeiten, ihre Lieferverpflichtungen in die Sowjetunion und in den Westen einzuhalten. Schon eine geringfügige Erhöhung wäre daher ein Erfolg. Man müsse aber davon ausgehen, dass im Wirtschaftsaustausch eine Stagnation eintreten werde. Die DDR-Seite hat die Qualität rumänischer technischer Erzeugnisse bemängelt.

Zur Zeit gibt es etwa 40.000 in Gruppen organisierte DDR-Bürger, die Rumänien als Touristen besuchen. Rumänien hätte genug Kapazität, um bis zu 100.000 Reisende aufzunehmen. Die DDR-Seite wäre jedoch nicht in der Lage, die touristischen Dienstleistungen Rumäniens durch erhöhte Warenlieferung auszugleichen. Mit einer Steigerung auf 45.000 bis 50.000 Touristen könne jedoch gerechnet werden.

Schon seit Bekanntwerden des Besuches von Nicolae Ceaușescu in Berlin kam es zu Unmutsäußerungen. Friedens- und Menschenrechtsgruppen haben auf die Verletzung der Grundrechte sowie auf die katastrophale Versorgungslage in Rumänien als Folge einer verfehlten Politik hingewiesen. Darüber hinaus zeigte

3 Gemeinsame Pressemitteilung, in: Neues Deutschland, 18. November 1988, S. 1–2.

aber auch der berühmte kleine Mann von der Straße Unverständnis dafür, dass die DDR (und in der Folge Honecker) Ceaușescu zu einem Zeitpunkt empfange, wo dieser zusehends in eine internationale Isolierung komme. Der Staatsführung oder zumindest den für Sicherheit zuständigen Kreisen war diese Stimmung in der Bevölkerung sicherlich bekannt. Die Durchführung des Besuches und die äußerst freundliche Aufnahme des rumänischen Gastes müssen daher wohl als bewusste, politische Geste verstanden werden.

In diesem Zusammenhang muss auch das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“⁴ und die Absetzung von fünf sowjetischen Spielfilmen⁵ gesehen werden. Das Verbot für diese Filme dürfte in der versuchten kritischen Aufarbeitung der Geschichte der Sowjetunion zu sehen sein. Überraschung und Verärgerung hat auch die Absetzung des neuesten Programmes des (politischen) Kabaretts „Die Distel“ ausgelöst.⁶ Einigen Staub wirbelt nach wie vor das Schicksal der acht Schüler der Carl-von-Ossietzky-Oberschule auf, die ein Papier unterzeichnet hatten, in dem der Sinn von Militärparaden in Frage gestellt worden war. Die Schulleitung hatte gegen vier Schüler Schulverweis und gegen weitere vier Schüler den Wechsel der Schule verfügt.

Diese Vorfälle und der Besuch von Nicolae Ceaușescu unmittelbar vor der Sitzung des Zentralkomitees der SED im Dezember⁷ vermitteln nachdrücklich den Eindruck einer deutlichen Verhärtung in der Haltung der DDR gegenüber den mög-

4 Das Magazin Sputnik (russisch für „Begleiter“) wurde 1967 von der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti mehrsprachig publiziert und zwar mit der Hauptzielrichtung des sozialistischen Auslands und des Westens. Die Ausgabennummer 10 des Jahrgangs 1988 thematisierte erstmals „Stalin und der Krieg“ und wandte sich damit gegen das von der offiziellen Parteilinie unterdrückte Faktum des geheimen Zusatzprotokolls des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August 1939, das der Ausgangspunkt für weitere Abmachungen zwischen Berlin und Moskau zur Aufteilung Polens und der Zuteilung des Baltikums an die Sowjetunion war. Stalin galt in der Perspektive der SED-Dogmatik als Antifaschist und Antiimperialist, der nur gegen Hitler gekämpft hatte. Mit der Indizierung der Nummer dieser Zeitung und ihrer Verbannung in Giftschränke der Bibliotheken verstärkten sich Ärgere, Gegnerschaft und Unverständnis in breiteren Bevölkerungskreisen wie in intellektuellen Schichten. Der Begriff „Sputnik“ wurde auf Flugblättern und Inschriften zum Symbol für die Einschränkung der Informationsfreiheit. Zum „Sputnik“-Verbot siehe u. a. Gunter Holzweißig, Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln/Wien/Weimar 2002, S. 147–156.

5 Zeitgleich mit dem Sputnik-Verbot wurden Mitte November 1988 auch sowjetische Filme aus den Kinos der DDR verbannt, die kurz zuvor beim „Festival des sowjetischen Films“ noch ihre DDR-Premiere feierten: „Die Kommissarin“ (1967/1987), „Der kalte Sommer des Jahres 53“ (1987), „Morgen war Krieg“ (1987), „Das Thema“ (1979), „Die Vogelscheuche“ (1987).

6 Das Kabarett-Theater DISTEL ist ein Ensemble-Kabarett und wurde 1953 als Ost-Berliner Gegenpol zu älteren West-Berliner Kabaretts ins Leben gerufen. Es wirkte als politischer Gegenpol zum RIAS-Rundfunkkabarett „Die Insulaner“ und den „Stachelschweinen“, die von West-Berlin aus, gegen die DDR polemisierten.

7 Die 7. Tagung des ZK der SED fand am 1. und 2. Dezember 1988 statt. Siehe Dok. 32.

lichen Auswirkungen der sowjetischen Reformbemühungen. Zur Zeit kann nicht mehr davon gesprochen werden, dass sich die DDR nur abwartend und reserviert gegenüber diesen Bemühungen verhält. Voraussichtlich wird bei der ZK-Sitzung diese Haltung nur bekräftigt werden.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger

Dok. 32: Bericht. Die DDR vor dem Jahreswechsel, 7.12.1988

Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 7. Dezember 1988, Zl. 274-RES/88, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES 1988 (1-6), Karton 22¹

Mit Erich Honecker ins Jahr 2000: 7. Tagung des ZK der SED (Info)

Ein erster Eindruck nach der 7. Tagung des ZK der SED am 1. und 2. Dezember 1988 ergibt nachstehendes Bild:

1. Friedenssicherung

In seiner Eigenschaft als Berichterstatter des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED² würdigt Erich Honecker das initiativreiche Wirken, das engagierte Eintreten des Genossen Michail Gorbatschow für das Friedensprogramm der Staaten des Warschauer Paktes. Wiederholt werden die üblichen Punkte zur Abrüstung wie die 50 %ige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen, die Schaffung von waffenfreien Zonen (Chemie, Atom u. a.).

Anzumerken ist die auch in der Wortwahl eher harte Kritik an der BRD. Sie trete zwar in Worten für die Abrüstung ein, in der Tat blockiere sie aber unter dem Motto „wir sind schon was“ (wörtlich) den Entspannungsprozeß. Darüber hinaus trete der Verteidigungsminister der BRD Scholz³ sogar für die Modernisierung nuklearer und konventioneller Waffen ein.

Jene Kreise, die Profite aus der Aufrüstung ziehen und jene denen die Nachkriegsgrenzen nicht gefallen, wollen die Umkehr von der Konfrontation zur Entspannung nicht.

1 Der Bericht erging als Depesche in Ziffern mit der Nr. 25120 an die Sektion II des BMAA.

2 Mit dem Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen. Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des Zentralkomitees der SED. Berichterstatter: Erich Honecker Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Neues Deutschland, 2. Dezember 1988, S. 3-10.

3 Rupert Scholz, Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland (1988/89), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

2. Stellung zur Sowjetunion

Bei seinem Treffen mit Michail Gorbatschow in Moskau stimmte Erich Honecker mit ihm überein, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit wächst, breit das neue politische Denken durchzusetzen. In den prinzipiellen Fragen der Außenpolitik und des sozialistischen Aufbaus wurde die Gemeinsamkeit bestätigt. In ihrer Intensität und Vielfalt seien die deutsch-sowjetischen Beziehungen beispiellos.

Nach Marx und Engels werde die neue Gesellschaft unter Berücksichtigung der Bedingungen eines jeden Landes aufgebaut: „So ist es z. B. für uns nicht neu, daß es kein für alle sozialistischen Länder geltendes Modell gibt“. Kopieren habe die DDR noch nie als Ersatz für das notwendige eigene theoretische Denken und praktische Handeln betrachtet.

3. Errungenschaften des Sozialismus

Beim weiteren Ausbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wird die DDR Bewährtes erhalten, alles, was am Vorwärtsschreiten hindert, über Bord werfen und vieles auf neue Weise in Angriff nehmen. Die SED ist eine Partei der Neuerer, die schon auf eine 140-jährige Tradition zurückblicken kann. Das Volk der DDR habe einen Lebensstandard erreicht, wie noch nie in seiner Geschichte. Im Grunde genommen, sei er höher als der Lebensstandard der, wie Bundeskanzler Kohl jüngst erklärte, „nicht nur stärksten Industrie- sondern auch Militärmacht in Westeuropa“.

Die DDR habe rechtzeitig und zwar seit 17 Jahren ihre Volkswirtschaft umgestaltet auf Intensivierung und auf moderne Grundfonds. Die DDR habe auch Wiedergutmachung geleistet für die Länder, die unter dem Hitlerfaschismus am meisten gelitten haben!⁴

Im Kapitel Rohstoffversorgung räumt Erich Honecker ein, daß in den kommenden Jahren beträchtliche Anstrengungen notwendig sein werden, um die energetische Basis weiter zu stärken.

Mit dem Wohnungsbauprogramm habe die DDR eine Leistung vollbracht, die noch in ferner Zukunft davon künden werde, daß es unter Führung der SED möglich wurde, die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen. Die Mieten sind seit mehr als 40 Jahren niedrig und stabil. Jeder 2. Haushalt in der DDR verfüge über einen Personenkraftwagen.

Erich Honecker räumt allerdings ein, daß die insgesamt gute Versorgung durch Produktions- und Vertragsrückstände gegenüber dem Plan und auch durch manche Qualitätsbeanstandungen beeinträchtigt wird. Honecker rügt auch einen unnötig hohen Repräsentationsaufwand, übertriebene Zahlungen für Tagungen und Beratungen und Gastgeschenke.

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion um 8 % gegenüber dem Vorjahr wird praktisch ausschließlich durch die widrigen Wetterbedingungen erklärt.

4 Diese Aussage wurde dem offiziellen Bericht unkritisch entnommen und nicht weiter kommentiert.

4. Weitere Ausgestaltung des sozialistischen Rechtsstaates

Im Sinne dieser Überschrift bereitet der Ministerrat Vorschläge über die gerichtliche Nachprüfung bei bestimmten Verwaltungsentscheidungen vor. Anmerkung: Diese Verordnung soll angeblich noch im Dezember veröffentlicht werden, der Zeitpunkt des Inkrafttretens ist noch unbekannt, eine separate Berichterstattung darf vorbehalten bleiben.

5. XII. Parteitag

Der XII. Parteitag der SED wird für die Zeit vom 15. bis 20. Mai 1990 einberufen. Dieser (um ein Jahr vorverlegte) Termin war seit Monaten ein offenes Geheimnis. Nicht unüblich ist, daß das ZK gleich die Tagesordnung für den XII. Parteitag im Mai 1990 beschlossen hat. Neu ist allerdings, daß bereits jetzt bekannt gegeben wurde, daß der Parteitag durch den dann 75-jährigen Genossen Horst Sindermann eröffnet wird. Berichterstatte wird ein gewisser dann 77-jähriger Erich Honecker sein und der dann (erst) 74-jährige [sic!] und herzkrankte Volkskammerpräsident Horst Sindermann wird als Hauptredner auftreten.

Damit hat Erich Honecker bestätigt, daß er die Führung von Staat und Partei nach wie vor fest in seinen Händen hält. Mit Blickrichtung auf 1989 hat er die Erfolge der DDR für dieses Jubiläum (40-jähriges Bestehen des Staates) stark herausgestrichen. Fehler und Versäumnisse werden nicht nur kaum eingestanden, sondern auch tatsächlich nicht gesehen. Tatsache bleibt, daß die DDR im östlichen Bündnisystem nicht nur der wirtschaftlich stärkste Partner, sondern (derzeit noch?) auch der politisch stabilste ist. Eine Destabilisierung von außen muß Erich Honecker nicht fürchten: Dem großen Bruder im Osten käme zu diesem Zeitpunkt dieses wohl mehr als ungelegen. Aber auch die BRD und der Westen müssen an der Stabilität der DDR interessiert sein.

Die entwickelte innere Sicherheit in der DDR garantiere die innere Stabilität voraussichtlich noch auf Jahre hinaus. Allenfalls wird punktuell auf kulturellem Gebiet zeitweilig das Ventil geöffnet.

Graf

Dok. 33: Bericht. Deutsch-polnische Beziehungen, 20.12.1988

Botschafter Friedrich Bauer an BMAA, Bonn, 20. Dezember 1988, Zl. 555-Res/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 22.17.06/2-II.1/88¹

BRD; deutsch-polnische Beziehungen

Aus Bonner Sicht hätte 1988 einen Durchbruch in den bilateralen Verbindungen bringen sollen. Nach Genschers Warschau-Besuch im Jänner d. J.² wurden 3 Arbeitsgruppen gebildet

- für politische, kulturelle und humanitäre Fragen
- für wirtschaftliche und finanzielle Fragen
- für Abrüstungs- und RK-Fragen.³

Fortschritte in einer Arbeitsgruppe wären an das Vorankommen in den anderen geknüpft worden, wobei die polnische Seite von einem Paket sprach, die BRD hingegen von einem „Gesamtzusammenhang“ ausging. Der polnische Außenminister hätte im ersten Halbjahr 1988 zu einer Bestandsaufnahme nach Bonn kommen sollen, und noch 1988 wäre BK Kohl zu Besuch nach Polen gekommen; dieser Kanzlerbesuch hätte bald nach seinem Moskau-Besuch und somit noch vor 1989 stattfinden sollen, das mit dem 50. Jahrestag des deutschen Angriffs auf Polen zu Beginn des 2. Weltkrieges zusammenfallen wird. Tatsächlich konnte jedoch heuer keiner der ins Auge gefaßten Besuche durchgeführt werden, und es

1 Dieser Bericht (Sachbearbeiter Wolfgang Loibl) wurde in Verfolg des Berichts 227-Res/88 vom 13. Mai 1988 (ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, RES-Berichte Bonn) und des Berichts Zl. 28-Res/88 vom 21. Jänner 1988 (Botschafter Friedrich Bauer an BMAA, Bonn, 21. Jänner 1988, Zl. 28-Res/88, (ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, RES-Berichte Bonn) sowie des Fernschreibens 25012 vom 19. Jänner 1988 (ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 22.18.05/1-II.1/88) erstellt. Er langte am 28. Dezember 1988 im BMAA ein und wurde am 29. Dezember 1988 an die österreichischen Botschaften in Warschau und dem Vatikan weitergeleitet. Im BMAA wurde er verteilt an: Abteilung II.2 (Südtirol- und Südeuropaabteilung) Gesandter Michael Breisky gesehen am 1. Jänner 1989, Abteilung II.3 (Ostabteilung) Gesandter Ernst Sucharipa gesehen am 4. Jänner 1989, Abteilung II.8 (Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung: IAE0, Friedliche Nutzung der Atomenergie) Gesandter Heinrich Gleissner gesehen am 5. Jänner 1989, Abteilung III (Wirtschaftspolitische Sektion) gesehen Gesandter Viktor Segalla am 24. Jänner 1989, einen weiteren Gesandten [Unterschrift unleserlich, vermutlich Harald Kreid] gesehen am 27. Jänner 1989 und Gesandten Georg Calice (Abteilung III.4 ECE, Energie, Umweltschutz, Raumordnung) gesehen am 30. Jänner 1989.

2 Hans-Dietrich Genscher hatte vom 10. bis 13. Jänner 1988 Polen besucht. Siehe dazu Botschaftssekretär Michael Weninger an BMAA, Warschau, 15. Jänner 1988, Zl. 166.03.10/2-A/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 22.18.05/3-II.1/88; Botschaftssekretär Michael Weninger an BMAA, Warschau, 18. Jänner 1988, Zl. 166.03.10/3-A/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 22.18.05/4-II.1/88; ÖB Bonn an BMAA, Bonn, 19. Jänner 1988, FS 25012, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 22.18.05/1-II.1/88; Botschafter Friedrich Bauer an BMAA, Bonn, 21. Jänner 1988, Zl. 28-Res/88, BMEIA, ÖB Bonn, RES-1988 (1–2), Karton 55.

3 RK = Rüstungskontrolle.

findet sich bisher nicht einmal ein Termin für einen polnischen Außenministerbesuch in Bonn. Bundesdeutsche Medien sprechen daher von einer totalen Blockierung der Beziehungen und behaupteten sogar, daß die Abrüstungs-Arbeitsgruppen eingestellt worden wären. In einem umfassenden Interview in der „Welt“ vom 12.12.1988 gab sich MP Rakowski weniger düster und bezeichnete 1989 als „Jahr des Umbruchs“.⁴

Lt. AA ist die Arbeitsgruppe für Abrüstungsfragen entgegen früheren Pressemeldungen am 23.11.1988 in Bonn zusammengetreten, wobei Vorbereitungen für ein bilaterales Seminarium betreffend Militärdoktrinen besprochen wurden. Da allerdings in der Erklärung der NATO-Außenminister vom 8.12.1988 unter Pkt. 11 Modalitäten für einen Meinungsaustausch über Militärdoktrinen im VSBM-Zusammenhang angekündigt wurden, kommt den polnisch-deutschen Bemühungen dadurch praktisch verminderte Bedeutung zu.

Von sozialdemokratischer Seite war als Argument gegen eine Kernwaffenmodernisierung angeführt worden, daß ein Lance-Nachfolgemodell⁵ v.a. gegen militärische Ziele auf polnischem Staatsgebiet eingesetzt würde, während keine Raketen von Polen aus die BRD bedrohten. Dem AA zufolge hätte jedoch Polen weder in der Arbeitsgruppe noch früher die Lance-Modernisierung als Hindernis für die Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen aufgegriffen.

Die beiden anderen Arbeitsgruppen sind hingegen seit Ende Mai d. J. nicht mehr zusammengetreten, und neue Termine sind nicht vorgesehen. Die Diplomaten wären nun „am Ende ihres Lateins“ und benötigten Anstöße von hoher politischer Ebene, um ihre Arbeiten fortführen zu können. Zwar wären polnischerseits verschiedene Signale in der für Bonn wichtigen politischen Arbeits-

4 Auf die Frage des Chefredakteurs Manfred Schell: „Zwischen Warschau und Bonn wird ja seit geraumer Zeit über einen Besuch von Bundeskanzler Kohl in Polen gesprochen. Woran ‚hängt‘ dieser Besuch?“ hatte Rakowski geantwortet: „Der Bundeskanzler kennt unsere Haltung. Wir haben ein Paket von Vorschlägen unterbreitet, es geht dort um Lösungen von Fragen, über die es bisher unterschiedliche Meinungen gibt. Wir wollen eine grundsätzliche Neubewertung unseres Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland, wir wollen einen Umbruch. Ich habe das im Sejm gesagt. Das bedeutet auch, daß wir unsere Haltung korrigieren, die Sicht Bonns in unser Verhalten einbeziehen müssen. Man sollte alles aus der Welt schaffen, was die Beziehungen erschwert. Und jetzt, wo wir 1989 an den 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs denken, wäre die Zeit dafür gekommen. Leider habe ich bis jetzt keine eindeutige Antwort auf unser Angebot bekommen. Wir haben nur Phrasen gehört.“ Für das ausführliche, tiefe Einblicke gewährende Interview mit Rakowski siehe „Wohin steuern Sie Polen, Herr Rakowski?“ in: Die Welt, 12. Dezember 1988, S. 7. Mieczysław Rakowski, Ministerpräsident Polens (September 1988–Juli 1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Die MGM-52 Lance war eine Kurzstreckenrakete aus amerikanischer Produktion. Nach der Ratifizierung des INF-Vertrags wurde dieser Raketentyp verschrottet. Ihr folgte die MGM-140 ATACMS (Army TACTical Missile System) nach. Die ersten dieser Boden-Boden-Raketen wurden aber erst im Juni 1990 ausgeliefert.

gruppe gekommen – z. B. hinsichtlich der Errichtung von Kulturinstituten, wo die Polen früher nur technologische Zentren wollten, sowie beim Jugendaustauschprogramm, für welches nun ein polnischer Entwurf vorliege (selbst wenn er mit einer Reihe Einschränkungen versehen ist). In der Ortsnamenbezeichnung und bei der Definition der „Deutschstämmigen“ sind die Positionen hingegen weiterhin unverändert.

Ein weiteres Problem liegt darin, daß die BRD in der Finanz- und Wirtschafts-AG ihrerseits keine Signale setzen kann, weil das Bundesministerium für Finanzen angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit in Polen nicht einmal zu finanziellen Gesten bereit sei; Kredite in der von Polen erwarteten Größenordnung werden hier als unvorstellbar angesehen, und dieses Kapital könnte lt. Finanzministerium genauso gut in die Ostsee geworfen⁶ werden.

Daher mußte die Arbeit in diesen beiden AG eingestellt werden. Das AA hatte auf ein vorgesehenes Treffen zwischen Rakowski und Genscher während des Besuchs des deutschen AM in Wien gehofft,⁷ der jedoch nicht zustande kam.⁸ Das erwähnte „Welt“-Interview Rakowskis biete nun Anlaß zu neuer Hoffnung, weil es zukunftsorientiert sei und erfreulicherweise der polnische Ministerpräsident 1989 als symbolisch geeigneten Neubeginn in den deutsch-polnischen Beziehungen werte; bisher hatte man in Bonn geglaubt, daß die polnischen Überlegungen genau entgegengesetzt verlaufen.

Dem AA zufolge sind in Bonn keinerlei päpstliche Bemühungen, nicht einmal in indirekter Form, wie sie in dem Erlaß 166.03.00/70-II.3/88 vom 15.11.1988⁹ angedeutet werden, zu verzeichnen gewesen. Die BRD-Botschaft beim Heiligen

6 Handschriftliche Unterstreichung durch Sucharipa, am Seitenrand mit einem Rufzeichen versehen.

7 Handschriftliche Randnotiz durch Sucharipa: „Polen auch“.

8 Zum abgesagten Besuch von Genscher in Wien und dem geplanten Treffen mit PM Rakowski siehe auch Botschafter Andreas Somogyi an BMAA, Warschau. 29. November 1988, Zl. 239-Res/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 22.18.15/25-II.3/88. Siehe zur Besuchsabsage aus Termingründen weiters ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 22.18.15/23-II.1/88.

9 Das BMAA (Legationsrat Josef Litschauer i. A. für den Bundesminister) übermittelte den österreichischen Botschaften in Bonn, Washington und beim Heiligen Stuhl unter oben im Dokument genannter GZ. am 15. November 1988 mit dem Ersuchen um streng vertrauliche Kenntnisnahme und etwaige Stellungnahme (gelegentlich, allenfalls im größeren Zusammenhang) den mit „Beispiellose Einmischungsversuche des Heiligen Stuhls in die inneren Angelegenheiten Polens“ betitelten Bericht von Botschafter Somogyi an BMAA, Warschau, 9. November 1988, Zl. 218-RES/88, in dem zu lesen stand: „Aus absolut kompetenter Quelle wurde der Botschaft eine Information zugetragen, derzufolge der Papst verschiedene, vor allem christlich-demokratische und konservative Regierungen ersucht habe, ihrerseits Druck auf die polnische Regierung auszuüben, unter anderem z.B. durch Verweigerung von Kreditgewährung und Unterstützung der polnischen Anliegen im ‚Pariser Club‘ und bei der Weltbank. Namentlich genannt wurden in diesem Zusammenhang die BRD und die USA. Hinsichtlich einer ähnlichen Vorgehensweise gegenüber einigen anderen westlichen Staaten bestehen Vermutungen.“ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 166.03.00/70-II.3/88.

Stuhl habe demgegenüber berichtet, daß der Papst¹⁰ seine engsten Mitarbeiter angewiesen habe, gegenüber Polen in allen Bereichen eine harte Haltung einzunehmen. Behauptungen über Demarchen bei verschiedenen Regierungen in diesem Zusammenhang gingen lt. AA aber vermutlich auf Wunschdenken oppositioneller Gruppen in Polen zurück. Diese Ansicht wird auch durch Erl. 22.18.15/25-II.3/88 vom 5. Dezember 1988 bestärkt, demzufolge in Polen Spekulationen über die Verschiebung des Genscher-Besuches in Wien zirkulieren, die aus hiesiger Sicht und nach dem Informationsstand der Botschaft als abwegig¹¹ zu betrachten sind.¹² Die Bundesregierung ist vielmehr ernsthaft an einer Verbesserung der Beziehungen zur VR Polen interessiert, auch wenn sie darüber ihre eigene Interessenlage nicht aus dem Auge verliert. Sie hofft im übrigen, den EG-Mandatsentwurf für Verhandlungen mit Polen und Bulgarien, dem sich der Außenministerrat in diesen Tagen erstmals widmen wird,¹³ gegenüber Warschau als Zeichen des guten Willens der BRD verwenden zu können.

Nach Ansicht der Botschaft sind die in Warschau kursierenden Vermutungen auch deshalb wenig überzeugend, weil der Stand der polnischen Wirtschaft an sich auch ohne ausländische Interventionen zur Zurückhaltung gegenüber Hilfsmaßnahmen ausreichen dürfte – jedenfalls solange keine aussichtsreichen Bemühungen auf grundlegende Wirtschaftsreformen zu erkennen sind.

Der Botschafter:

Bauer m.p

10 Johannes Paul (bürgerlich Karol Józef Wojtyła, 1920–2005). Papst der römisch-katholischen Kirche (1978–2005). Er war der erste Papst aus einem slawischen Land. Zugeschrieben wird ihm eine maßgebliche Rolle bei der Beendigung des Sozialismus in seinem Heimatland Polen. Siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Handschriftliche Unterstreichung durch Sucharipa, der am Seitenrand vermerkte „jawohl“.

12 Siehe Anm. 8.

13 In den Jahren 1988/89 erfolgte eine Intensivierung der Handelskontakte und -verträge zwischen den EG und den sozialistischen Staaten. Das Abkommen über Handel und Kooperation zwischen den EG und Ungarn wurde am 26. September 1988, das Abkommen über den Handel mit Industrieerzeugnissen zwischen den EG und der Tschechoslowakei am 19. Dezember 1988 und das Wirtschaftsabkommen zwischen den EG und Polen am 19. September 1989 unterzeichnet. Am 18. Dezember 1989 schlossen die EG ein Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR und der Rat nahm das PHARE-Programm zur Unterstützung der Wirtschaftsreformen in Polen und Ungarn an, das in der Folge auf weitere Staaten Mittel- und Osteuropas ausgedehnt wurde. Erst am 9. Mai 1990 wurde zwischen den EG und Bulgarien ein Handels- und Kooperationsabkommen unterzeichnet.

Dok. 34: Gespräch Mock – Genscher, Wien, 18.1.1989

Aktenvermerk, Gesandter Johann Plattner, Wien, 20. Jänner 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 750.04/38-II.1/89¹

Abschluss der KSZE-Folgekonferenz in Wien; Gespräch mit AM Genscher (18.1.1989)

Der Herr Vizekanzler² erläutert den derzeitigen Stand in der Frage „Petersberg“³ (Sowjetunion zur Zusammenarbeit – Umladen und Probeentnahmen – unter Voraussetzung bereit, dass alle Anrainerstaaten die Durchfuhr genehmigen, Genehmigung Rumäniens noch ausständig)

AM Genscher weist darauf hin, dass sich der rumänische Außenminister kürzlich in dieser Frage konzilient gezeigt hätte.

- 1 Der Aktenvermerk über das Gespräche Mock–Genscher im Rahmen des Abschlusses des Wiener KSZE-Folgetreffens wurde vom Leiter der Abteilung II. I, Gesandter Johann Plattner, am 19. Jänner 1989 erstellt und am 20. Jänner 1989 an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Verteilerlisten „KSZE“ und „ARABIS“ zur dortigen Information übermittelt. Im BMAA nahmen die Abteilungen II.3, II.4 und III.3, Einsicht. Mock ließ Genscher am 20. Jänner 1989 noch ein Dankschreiben zukommen. Erich Maximilian Schmid (für den Bundesminister) an die österreichische Botschaft Bonn, Wien 20. Jänner 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 750.04/37-II.1/89
- 2 Alois Mock, Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten (1987–1995) und Vizekanzler der Republik Österreich (1987–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 3 In den Vorbereitungsmaterialien für Mocks Gespräche mit den in Wien weilenden Außenminister stand: „Das westdeutsche Küstenmotorschiff ‚Petersberg‘, das Mitte Mai 1988 im Hafen Wien eine Ladung Sondermüll dreier Kategorien kontaminierter Erde (öl- und lackverunreinigter Bodenaushub, Ölschlammrückstände) zur Entsorgung in der Türkei aufgenommen hatte, befand sich seit Ende November vorigen Jahres auf der im Schwarzen Meer gelegenen ‚Schlangeninsel‘ (ca. 40 km vor der sowjetischen Donaumündung) in Erwartung der sowjetischen Genehmigung, in den sowjetischen Donauarm bis zum Hafen Reni einzufahren, wo die Umladung des Sondermülls auf zwei Subleichter erfolgen soll. Am 10.1.1989 kreuzte die Petersberg überraschend wieder in Istanbul auf, um Proviant aufzunehmen, was auf der Schlangeninsel angeblich nicht möglich war. Laut der zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie und dem Bayerischen Lloyd getroffenen Vereinbarung hat Letzterer es übernommen, den Transport des Sondermülls nach Wien zu besorgen und allfällige Durchfahrtsgenehmigungen der Donauanrainerstaaten zu erwirken. Österreich traf die Vorkehrungen für eine Probenziehung, die zweckmäßigerweise während des Umladens in Reni (der niedrige Wasserstand der Donau gestattet es nicht, daß die Petersberg bis Wien zurückfährt) vorgenommen werden soll. Es wurde vorgesorgt, daß ein österreichisches Expertenteam innerhalb kurzer Zeit (4–7 Tage) nach Reni entsandt werden kann, das von dem Sondermüll ca. 200 kg Probenmaterial entnehmen wird, das in Wien analysiert und die Grundlage für die Erteilung der Importbewilligung sein wird. Die betreffende Analyse wird über Wunsch der übrigen Donauanrainerstaaten zur Verfügung gestellt werden. [...]“ Information für den Bundesminister, Legationsrat Litschauer, Wien, 13. Jänner 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 750.04/22-II.3/89.

Transitfrage⁴

Der Herr Vizekanzler weist auf die Ungeduld der lokalen Bevölkerung und auf die Schwierigkeiten hinsichtlich der lokalen Gegebenheiten – Enge der Täler etc. – hin. Die Schweiz werde von der Begrenzung der Tonnage nicht abgehen. Der Herr Vizekanzler ersucht AM Genscher um Unterstützung in dieser Frage.

KSZE

AM Genscher dankt für die österreichische Gastfreundschaft und bezeichnet das Wiener Folgetreffen⁵ als die erste Konferenz „mit Qualitätssprung“ (bei Helsinki-Konferenz sei es nicht einmal sicher gewesen, ob es ein follow up geben werde; die größte Bedeutung Madrids⁶ habe im Beschluss zur Konferenz in Stockholm⁷ bestanden) die große Bedeutung des Wiener Folgetreffens bestehe im Menschenrechtsbereich und in der Abrüstung. Gorbatschow brauche die Menschenrechtskonferenz in Moskau,⁸ um seine Reformen voranzutreiben.

Die Europapolitik werde derzeit von folgenden drei dynamischen Elementen bestimmt:

1. die Entwicklung in der EG als Wachstumsmotor für die Wirtschaft
2. die Reformpolitik der Sowjetunion
3. die Ost-West-Dynamik

Die obigen Entwicklungen wären ohne die Fortschritte in der Menschenrechtsfrage nicht möglich gewesen. Für das neue Denken der Sowjetunion sei ein Interview Jakowlews⁹ bezeichnend, wonach die Berliner Mauer nicht von der SU sondern von der DDR errichtet worden sei. Honecker sehe die Notwendigkeit von Veränderungen in der DDR, habe aber nicht mehr die Zeit oder nicht mehr den Willen Änderungen durchzuführen (20 % seiner Zeit verwende er für

4 Siehe dazu bereits Dok. 11, Anm. 8.

5 Das III. KSZE-Folgetreffen fand von 4. November 1986 bis 19. Jänner 1989 in Wien statt.

6 Das Madrider Treffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fand von 11. November 1980 bis 9. September 1983 statt, das Abschlussdokument wurde am 6. September 1983 unterzeichnet.

7 Die Konferenz über Sicherheits- und Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa fand von 17. Jänner 1984 bis 19. September 1986 in Stockholm statt. Siehe dazu bereits Dok. 1, Anm. 42.

8 Das 3. Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension fand vom 10. September bis 4. Oktober 1991 in Moskau statt. Für das Abschlussdokument siehe: Dokument des Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE in Moskau vom 3. Oktober 1990, in: 20 Jahre KSZE, S. 290–308.

9 Alexander Jakowlew, Sekretär und Mitglied des ZK der KPdSU (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Jakowlew hatte die Mauer während eines Aufenthalts in Bonn am 9. Jänner 1989 im Bonner Presseclub in Frage gestellt: „Nicht wir haben diese Mauer gebaut. Das ist eine Sache der DDR.“ Vgl. z. B.: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Jänner 1989.

außenpolitische Fragen, auf die DDR-Delegation bei der KSZE habe er direkten Einfluss ausgeübt).

EG

Nach Erläuterung der österreichischen EG-Politik durch den Herrn Vizekanzler stellt AM Genscher fest, dass die Beitrittsfrage allein von Österreich zu entscheiden ist. Die EG sei offen für alle europäischen Demokratien, die bereit sind, die Rechte und Pflichten in der Perspektive einer Europäischen Union zu übernehmen. Die EG habe auch eine sicherheitspolitische Komponente, aber sie sei keine Verteidigungsgemeinschaft. Verteidigungsfragen würden nicht in der EG sondern in der WEU,¹⁰ die von der BRD und Frankreich in letzter Zeit reaktiviert worden sei,¹¹ behandelt. Diese Organisationen hätten verschiedene Mitglieder, auch ein Nicht-Mitglied der EG (z. B. Norwegen) könnte WEU-Mitglied werden.¹² Verteidigungsfragen seien aus der EG auch deshalb ausgeklammert, weil die EG mit dem Osten kooperationsbereit sein muss.

- 10 WEU = Westeuropäische Union; es handelt sich hierbei um einen militärischen Beistandspakt, der am 23. Oktober 1954 von Frankreich, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, der Bundesrepublik und Italien gegründet wurde. Das Bündnis sollte den Mitgliedern automatischen Beistand sichern und Rüstungskontrolle für die Bundesrepublik sowie deren Westintegration gewährleisten. Eine Konsequenz aus den innereuropäischen Konflikten um den strittigen NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 war ein wachsendes Gefühl einer spezifischen europäischen Zusammengehörigkeit angesichts des Agierens der Supermächte. Dazu gehörte die Fortführung des KSZE-Nachfolgeprozesses, wobei u. a. wirtschaftliche Beziehungen Sicherheit bieten sollten. Die Bemühungen zur Überwindung der „Eurosklrose“ durch eine neue „Relance“ der Europäischen Gemeinschaft stehen in diesem Zusammenhang. Die Reaktivierung der aus den 1950er-Jahren stammenden, bislang in einem „Dornröschenschlaf“ befindlichen Westeuropäischen Union (WEU), spielte dabei auch eine Rolle, um (West-)Europa verteidigungs- und sicherheitspolitisch eine eigenständigere Identität zu geben.
- 11 Die 1954 geschaffene Westeuropäische Union (WEU) blieb bis in die 1980er-Jahre inaktiv. Aufgrund der vermehrten Annäherung der Supermächte 1986/87 beschlossen die europäischen Staaten die WEU zu reaktivieren, um ihre eigenen Interessen besser zu artikulieren. In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre wurde im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) die WEU unter Hinzuziehung der neuen Mitglieder Portugal und Spanien revitalisiert. Voraussetzungen für gemeinsame WEU-Aktionen waren jedoch erst Anfang der 1990er-Jahre gegeben, als durch die revolutionären Ereignisse in Mittel- und Osteuropa neue Verhältnisse geschaffen waren. Die EPZ ging nach dem Unionsvertrag von Maastricht 1991 (in Kraft 1993) in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf, während neue WEU-Funktionen in den Petersbergaufgaben 1992 formuliert worden und dann in den Unionsvertrag von Amsterdam 1997 (in Kraft 1999) eingegangen sind. Vgl. Eberhard Birk, Der Funktionswandel der Westeuropäischen Union (WEU) im europäischen Integrationsprozess (= Spektrum Politikwissenschaft 9), Würzburg 1999.
- 12 Die WEU war kein Organ der EU. Sie ging aus dem Brüsseler Pakt von 1948 (Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Großbritannien) hervor und blieb eine intergouvernementale internationale Organisation, allerdings mit supranationaler Dimension durch eine obligatorische Beistandsklausel (Art. 5) im Verteidigungsfall.

Golfkrieg

Der Herr Vizekanzler weist auf das Ersuchen AM Velayatis¹³ hin, Österreich möge bei den iranisch-irakischen Gesprächen Hilfestellung leisten (Hinweis dass Ägypten völlig auf irakischer Seite stehe).

AM Genscher: Die BRD habe sich für das Zustandekommen des Waffenstillstands sehr eingesetzt und insofern Nutzen daraus gezogen, als zwei deutsche Geiseln freibekommen wurden. Es läge nicht im westlichen Interesse, dass sich Iran zu sehr an die SU anlehne (bei den Wahlen im Juni werde es einen Wechsel Rafsanjani¹⁴ (wird Staatspräsident) – Khamenei¹⁵ geben. Die Waffenstillstandsverhandlungen würden sehr schwierig werden.

Naher Osten

AM Genscher: Die EPZ werde sich sehr engagieren. Die BRD sei eher zurückhaltend und werde immer erst gegen Ende von Initiativen tätig. Bonn habe als erstes Land 1974 das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in der UNO anerkannt.¹⁶ Gegenüber der PLO sei man aber aus Rücksicht gegenüber Israel zurückhaltend. Die Haltung Israels werde sich in nächster Zeit nicht ändern. Durch die Zu- und Abwanderungssituation nehme das Unterstützungspotential in der israelischen Bevölkerung für Schamir¹⁷ zu und für Peres¹⁸ ab. (Zuwanderung aus Nordafrika und Sowjetunion). Die Sicherheit Israels könne militärisch ebenso wenig gewährleistet werden wie jene Westberlins. Entscheidend sei[en] Garantie und Autorität der Großmächte sowie das allgemeine politische Klima, das einen Angriff gegen Israel absurd erscheinen lassen müsse. Langfristig gesehen arbeite die Zeit aber gegen Israel (Aufholen der arabischen Staaten auf intellektuellem und technologischem Gebiet) Peres sehe das ein. Schamir sei noch zu sehr durch die Haltung Begin¹⁹ beeinflusst.

Plattner

13 Ali Akbar Velayati, Außenminister Irans (1981–1997), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

14 Akbar Hashemi Rafsanjani, Staatspräsident Irans (1989–1997), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

15 Ali Khamenei, Staatspräsident (1981–1989) und seit 1989 politischer und religiöser Führer des Iran, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

16 Ein Jahr nach dem UNO-Beitritt der Bundesrepublik erfolgte die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung der Palästinenser. Diese Aktion ist auch im Zeichen der proaktiven Nahostpolitik des sozialdemokratischen Trios Willy Brandt, Bruno Kreisky und Olof Palme zu deuten.

17 Jitzchak Schamir, Ministerpräsident Israels (1986–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

18 Schimon Peres, Vorsitzender der israelischen Arbeitspartei haAvoda (1977–1992) und Finanzminister Israels (1988–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

19 Menachem Begin, Ministerpräsident Israels (1977–1983), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Dok. 35: Bericht. Maßnahmen der DDR nach dem Wiener KSZE-Folgetreffen, 24.1.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 24. Jänner 1989, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

Einseitige Reduzierung der Nationalen Volksarmee (Info)

Während des Staatsbesuches des schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson² hat Erich Honecker in seiner Tischrede am Abend des 23. Jänner 1989 angekündigt, dass die Nationale Volksarmee der DDR einseitig und unabhängig von Verhandlungen um 10.000 Mann reduziert werde. 600 Panzer werden für volkswirtschaftliche Zwecke umgerüstet oder verschrottet werden. Ein Fliegergeschwader wird aufgelöst und 50 Kampfflugzeuge werden außer Dienst gestellt. Gleichzeitig werden die Verteidigungsausgaben um 10 Prozent reduziert. Diese Reduzierungsmaßnahmen werden bis Ende 1990 durchgeführt und die Struktur der Armee wird so umgestaltet, dass sie einen „noch strikteren Verteidigungscharakter“ erhält.³

Dieser Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates stelle einen weiteren konstruktiven Beitrag (der DDR) zum Abrüstungsprozess dar und beweise durch Taten den guten Willen und die Bereitschaft der DDR zur Verminderung der Streitkräfte. Man hoffe, dadurch für weitere europäische Staaten eine nachdenkswerte Anregung zu geben.

Die angekündigten Reduzierungsmaßnahmen entsprechen proportional den von der Sowjetunion angekündigten Reduzierungen. In ihrer militärischen

1 Der Bericht wurde als Depesche Nr. 25004 an die Sektion II des BMAA, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gesandt.

2 Der Ministerpräsident Schwedens Ingvar Carlsson besuchte am 23. und 24. Jänner 1989 die DDR, siehe Botschafter Ingo Mussi an BMAA, Stockholm, 26. Jänner 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 195.18.02/2-II.3/89. Mussi berichtete: „Ein internationales Echo fand der Besuch dadurch, dass Ingvar Carlssons Gastgeber die Tischrede am 23. Jänner dazu benützte, einen eigenen DDR-Beitrag zum internationalen Abrüstungsprozess anzukündigen: Verminderung der NVA um 10.000 Mann, d.h. sechs Panzerregimenter, 600 Panzer, 50 Kampfflugzeuge weniger, eine Luftwaffendivision wird aufgelöst, das Verteidigungsbudget um 10 % verringert. [...] Die Mauer sei bei den Arbeitsgesprächen nicht erwähnt worden, auch habe es keine Perestrojka-Diskussion gegeben. Andererseits hätten beide Seiten die Gelegenheiten der Tischreden und Pressetermine wahrgenommen, um entsprechende Markierungen vorzunehmen.“ Siehe auch Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 26. Jänner 1989, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24. Botschafter Franz Wunderbaldinger kam zu folgendem Urteil: „Der Staatsbesuch des schwedischen Premierministers, der wiederum die große Dialogbereitschaft der DDR und speziell Erich Honeckers darstellen sollte und die darin eingebettete Ankündigung der einseitigen Abrüstungsmaßnahmen überdecken nicht mehr die wachsende Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung über die Reise- und Ausreisebeschränkungen und über die mangelnde Entfaltungsmöglichkeit (keine Mitsprache und Mitbestimmung) in der Gesellschaft der DDR zu Beginn des Jahres 1989.“

3 Für den vollen Wortlaut der „Tischrede“ Honeckers siehe: DDR zeigt mit konkreten Taten Willen zur Abrüstung. Toast von Erich Honecker, in: Neues Deutschland, 24. Jänner 1989, S. 3.

Substanz sind sie wohl – mit Ausnahme der Auflösung eines Fliegergeschwaders – nicht als sensationell anzusehen. Unmittelbar nach Beendigung des Wiener Folgetreffens verspricht sich die DDR von dieser Ankündigung jedoch eine Öffentlichkeitwirksamkeit und kurz nach der Absage von BK Kohl, die Truppenstärke der Bundeswehr zu reduzieren,⁴ auch einen gewissen Druck auf (die Öffentlichkeit der) BRD und die NATO im Allgemeinen.

Im Block selbst und gegenüber dem Westen zeigt die DDR, dass sie als erste nach der Sowjetunion solche Reduzierungsmaßnahmen ergreift und dass sie außenpolitisch und in Fragen der Abrüstung ihre – eigenständigen – Entscheidungen im Gleichklang mit der Sowjetunion trifft. Der wirtschaftliche Effekt dieser Reduzierung für die DDR ist nach einem Wirtschaftswachstum von nur 3 Prozent gegenüber einem prognostizierten Wachstum von 4 Prozent nicht außer Acht zu lassen. Die Wirksamkeit der Ankündigung auf die Öffentlichkeit der DDR dürfte jedoch eher beschränkt sein. Zu viel und zu einseitig wurde in den letzten Jahren über den (äußeren) Dialog gesprochen und dabei der innere Dialog bewusst vernachlässigt und unterdrückt. Weite Kreise der Bevölkerung wünschten sich wohl eher mehr Mitbestimmung und Mitsprache im gesellschaftlichen Leben der DDR.

Weite Kreise der Bevölkerung sind nach wie vor betroffen von der scharfen Reaktion Erich Honeckers auf das „kraftvolle Auftreten von Herrn Genscher und Herrn Shultz“ gegen die Berliner Mauer beim Wiener Folgetreffen.⁵ Die Wieder-

4 Ende Dezember 1988 und Anfang 1989 kam es in der CDU/CSU-FDP Koalition zu einer Diskussion über die Wehrpflicht. Die FDP forderte eine Reduktion des Wehrdienstes auf 15 Monate, die CDU/CSU unter Führung Helmut Kohls trat für 18 Monate ein. Im Zuge dieser Diskussion muss die erwähnte Aussage von Kohl gefallen sein. Im April 1989 revidierte die CDU/CSU ihre Haltung und die Wehrdienstzeit wurde auf 15 Monate festgesetzt. 1990 erfolgte bereits die Reduzierung auf 12 Monate. Siehe dazu Dok. 159, Anm. 7.

5 Nachdem der westdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher und sein amerikanischer Amtskollege George P. Shultz den Abschluss des Wiener KSZE-Folgetreffens zu Kritik an der Berliner Mauer genutzt hatten, sah sich Honecker genötigt, auf der Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees zum KSZE-Komplex Stellung zu nehmen: „Den Beitrag, den die DDR zum Erfolg dieses Treffens leistete, können auch jene nicht schmälern, die durch extremistische Ausfälle gegen die DDR auf der Wiener Abschlusstagung den Versuch unternahmen, ihre eigene Verantwortungslosigkeit gegenüber ihrem Volk, ihren Bürgern zu verschleiern. [...] Mit dem Bau des antifaschistischen Schutzwalls im Jahre 1961 wurde die Lage in Europa stabilisiert, der Frieden gerettet. Die heute in einigen Medien der BRD und Westberlins über ‚Wien und die Mauer‘ erschienenen Meldungen zeugen nicht nur von Kurzsichtigkeit, sondern enthüllen auch eine ganze Portion Heuchelei, mit der in Bonn und in Berlin (West) Politik gemacht wird. Die Herren von der Springerpresse und jene, die assistieren, scheinen zu vergessen, daß es eine ständige Aufgabe der Regierung eines jeden Staates sein sollte, seine Bürger vor Ausplünderungen zu schützen. [...] Soviel sei aber jetzt schon gesagt: die Mauer wird ungeachtet des ‚kraftvollen Auftretens‘ von Herrn Genscher und Herrn Shultz so lange bleiben, wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Sie wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.“ Für den vollen Wortlaut seiner Rede siehe: Schlußbemerkungen Erich Honeckers auf der Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees, in: Neues Deutschland, 20. Jänner, S. 6.

verwendung des aus den 60er, wenn nicht 50er Jahren [sic!] stammenden Begriffes „antifaschistischer Schutzwall“, der seine Bürger vor Ausplünderungen und vor Räubern schützen soll, hat bei vielen Leuten unangenehme Assoziationen mit der Vergangenheit wachgerufen.

Die Zeichen werden immer deutlicher, dass der innere Dialog in der DDR in nächster Zeit aufgenommen werden muss.

Wunderbaldinger

Dok. 36: Bericht. Besuch Engholms in der DDR; Stand der deutsch-deutschen Beziehungen, 8.2.1989

Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 8. Februar 1989, Zl. 26-RES/89, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.18.02/1-II.3/89¹

Björn Engholm, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein; offizieller Besuch in der DDR (31.1.–3.2.1989)

Der Besuch des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Björn Engholm, vom 31. Jänner bis 3. Februar 1989 in der DDR wurde von den hiesigen Medien quasi als Staatsbesuch abgehandelt. Das „Neue Deutschland“ widmet dem Thema in seiner Ausgabe von 1. Februar 1989 fast die halbe Titelseite. Eine besondere Note erhielt der Besuch auch dadurch, dass Erich Honecker für Engholm – wie sonst bei Besuchen von Regierungschefs üblich – ein Dinner im Palais Unter den Linden gab. Diese Aufmerksamkeiten sind wohl darin zu begründen, dass Björn Engholm Mitglied des Präsidiums der SPD und derzeit Präsident des Bundesrates (der BRD) ist.

Die Gespräche zwischen Erich Honecker und seinem Gast² begannen durchaus förmlich mit Fragen zur internationalen Lage. Entspannung und Abrüstung wurden von beiden Seiten praktisch in Übereinstimmung behandelt. Der Staatsratsvorsitzende versäumte nicht, bei diesem Themenkreis die bedeutenden Vorleistungen der DDR und UdSSR in Form der angekündigten einseitigen Abrüstungsschritte³ herauszustreichen. Der Hinweis auf das gemeinsame (Grundsatz)Papier

1 Der Bericht wurde in der Abteilung II.3 des BMAA in Bearbeitung genommen und am 14. Februar 1989 an die österreichische Botschaft in Bonn und an die Delegation Berlin weitergeleitet. Im Haus wurde er der Abteilung II.1 zur Kenntnis gebracht, wo ihn Abteilungsleiter Johann Plattner und Legationsrat Josef Litschauer am 20. Februar 1989 abzeichneten. Sämtliche Unterstreichungen im Dokument wurden von Graf in Ost-Berlin vorgenommen.

2 Für das Gespräch Engholm – Honecker am 31. Jänner 1989, siehe Dokument 74, in: Die „Koalition der Vernunft“.

3 Siehe Dok. 35.

von SED und SPD „Der Streit der Ideologien und die Gemeinsame Sicherheit“⁴ muss hingegen eher als lapidare Pflichtübung angesehen werden.

Die Erklärungen des Gastes aus Schleswig-Holstein zu den Geraer-Forderungen⁵ werden bei den Gastgebern zweifellos Freude ausgelöst haben. Es sei nicht verständlich, warum die Frage der Elbgrenze (über 40 km) offengelassen werden soll, wenn es über 1.000 km Grenze keine Diskussion gibt. Darüber hinaus gibt es international übliche Regelungen (Grenze in der Flussmitte), die beiden Seiten „weder Schaden noch Nutzen zufügen“.

Die Erfassungsstelle Salzgitter⁶ entspreche nicht mehr einer europäischen Normalität. Ihre Finanzierung ist daher vom Land Schleswig-Holstein – seit die SPD dort die Mehrheit hat – eingestellt worden.

Zu der auch seit Jahren offenen Frage der (normalen) Beziehungen zwischen dem Bundestag und der Volkskammer erklärte Engholm, die Aufnahme solcher Beziehungen wäre ein weiterer Schritt zur Normalität (zwischen den beiden deutschen Staaten): „Die Zeit sei lange überreif, dies zu tun.“

Doch auch die DDR hat gegeben und Björn Engholm ist nicht mit leeren Händen nach Kiel zurückgekehrt. Die Einbeziehung der Landeshauptstadt Kiel in der Zukunft in den kleinen Grenzverkehr ist zweifellos ein handfestes Ergebnis dieses Besuches; muss doch die DDR damit rechnen, dass dieses lange zurückgehaltene Zugeständnis Beispielsfolgen, etwa für Hamburg und Hannover, haben wird. Für die Fischer seines Landes bringt der Ministerpräsident die Zusage für vorbehaltlose Verhandlungen über die Fischereirechte in der Lübecker Bucht mit. Auf kulturellem Gebiet hat die DDR zugestimmt, dass das Musikfestival-Orchester von Schleswig-Holstein in Jahre 1989 an zwei oder drei Orten in der DDR auftreten wird können. Anzumerken ist auch das Interesse der DDR an „ars baltica“, einer aus mehreren Elementen bestehenden Ausstellung der Anrainerstaaten der Ostsee. Bekanntlich ist dieses Projekt auf starkes Interesse der dänischen, finnischen und schwedischen Nachbarn gestoßen.

Als neue Form deutsch-deutscher Zusammenarbeit muss das gemeinsame Umweltregime für den Schaalsee beiderseits der Grenze angesehen werden. Zu den Problemen der Deponie in Schönberg⁷ sagte der Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Dr. Hans Reichelt offenerherzig, dass in der DDR alles getan wird, „um die Deponie sicher zu machen“.

Dieser Besuch eines (SPD) Ministerpräsidenten eines Landes der BRD vielleicht noch in der Endphase des deutsch-deutschen Pressekrieges über Menschen-

4 Siehe Dok. 16, Anm. 8.

5 Siehe Dok. 1, Anm. 14.

6 Die Zentrale Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltung (ZEST) in Salzgitter (Niedersachsen) war eine Einrichtung in der Bundesrepublik, deren Aufgabe darin bestand, Hinweise und Beweise auf vollendete und versuchte Tötungen, Unrechtsurteile der Justiz auf Grund politischer Gründe, Misshandlungen im Strafvollzug, Verschleppungen und politische Verfolgung in der DDR zu sammeln und zu dokumentieren.

7 VEB Deponie Schönberg, seit 1979 bestehende Abfallsentsorgungsanlage innerhalb des Sperrgebiets an der innerdeutschen Grenze.

rechtsfragen und innerstädtische Bauwerke (Mauer) zeigt vor allem auch durch seine sachlichen Ergebnisse die Mehrschichtigkeit und Parallelität der deutsch-deutschen Beziehungen. Die Sachprobleme zwischen beiden deutschen Staaten werden unabhängig von starken Erklärungen auf Wiener Konferenzen durch (stille) Verhandlungen im Kreise von Fachleuten unbeirrt und fast immer ungestört einer tragfähigen und dauerhaften Lösung zugeführt. Dem beobachtenden Dritten muss daher die Bemerkung von Erich Honecker beim Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten in Berlin fast als ein Augenzwinkern vorkommen: „Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sind besser, als die Leute glauben.“⁸

Der Geschäftsträger a. i.:
Dr. Graf m. p.
(Graf)

Dok. 37: Information. Konsultationen der Außenministerien Österreichs und der DDR, Berlin, 27./28.2.1989

Information für den Herrn Vizekanzler, Botschafter Erich Maximilian Schmid, 1. März 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 502.16.10/5-II.SL/89¹

*Information
für den
Herrn Vizekanzler²*

Der gefertigte Leiter der Sektion II³ hielt sich über Einladung der ostdeutschen Seite am 27. und 28. Februar zu politischen Konsultationen in Berlin auf. Er wurde in Abwesenheit von Außenminister Fischer vom interimistischen Außenminister

8 Siehe zum Besuch Dok. 35, Anm. 2.

1 Die vom Leiter der Sektion II des BMAA, Erich Maximilian Schmid, angefertigte Information über seine politischen Konsultationen in Ost-Berlin wurde dem Vizekanzler, dem Generalsekretär, den Sektionen III und IV, der Gruppe 1.A, den Abteilungen II.1–II.8 und der österreichischen Botschaft Berlin zur Kenntnis gebracht. In der Abteilung II.1 wurde die Information von Gesandten Johann Plattner am 2. März 1989 und Legationsrat Marius Calligaris am 3. März 1989 abgezeichnet. Sämtliche Unterstreichungen, soweit nicht separat ausgewiesen durch Schmid. Für den ergänzenden Botschaftsbericht über den Besuch Schmidts siehe: Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, 1. März 1989, Zl. 42-RES/89, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 502.16.10/7-II.3/89.

2 Alois Mock.

3 Erich Maximilian Schmid, Leiter der politischen Sektion (Sektion II) im BMAA (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Staatssekretär Krolkowski⁴ zu einem längeren Höflichkeitsbesuch empfangen und führte eingehende Arbeitsgespräche mit dem für den Westen zuständigen stellvertretenden Minister,⁵ dem zuständigen bilateralen Abteilungsleiter⁶ sowie mit den für die UN⁷ und für die KSZE (einschließlich Abrüstung)⁸ zuständigen Abteilungsleitern.

Festzuhalten wäre:

1) Die bilateralen Beziehungen wurden von ostdeutscher Seite wiederholt als vorbildlich bezeichnet, der lebhafteste Besuchsaustausch sehr gewürdigt und der regelmäßige Dialog auf Beamtenebene als besonders nützlich hervorgehoben. Der derzeitige österreichische Missionschef⁹ wird offensichtlich sehr geschätzt und verfügt über ausgezeichnete Beziehungen auf allen Ebenen. Als offene Anliegen wurde lediglich der Vertrag über Rechtshilfe in Strafsachen¹⁰ und die Regelung der Herkunftsangaben¹¹ erwähnt, während die bei solchen Anlässen üblichen Klagen über Unausgewogenheit des bilateralen Handels überhaupt nicht vorgebracht wurden. Ein Besuch des Herrn Vizekanzlers wird im Laufe des Jahres 1990 erwartet.¹²

Die österreichische Integrationspolitik wurde nur von VAM Nier angesprochen, der seine Bedenken betreffend Vereinbarkeit Vollmitgliedschaft/Neutralität aber sehr vorsichtig formulierte („persönliche Meinung“, „souveräne Entscheidung Österreichs“).¹³

4 Herbert Krolkowski, Staatssekretär und Erster Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (1975–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Kurt Nier, stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (1973–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Werner Fleck, Leiter der Abteilung Westeuropa im MfAA der DDR (1985–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Harald Rose, Leiter der UNO-Abteilung im MfAA der DDR (1988–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Peter Steglich, Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Grundsatzfragen und Planung im MfAA der DDR (1977–1990) und in dieser Funktion Leiter der DDR-Delegation auf dem KSZE-Folgetreffen in Madrid (1980–1983), in Wien (1986–1989) und weiteren KSZE-Konferenzen, siehe Personenregister mit Funktionsangabe.

9 Franz Wunderbaldinger, Österreichischer Botschafter in der DDR (1985–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

10 Siehe dazu bereits Dok. 21, Anm. 4.

11 Siehe dazu Dok. 7, Anm. 5, 6 und 7 sowie grundlegend Dok. 1, Anm. 44. Zu den Diskussionen im BMAA im Winter und Frühjahr 1989 unter Berücksichtigung der Interessen der Bundesrepublik siehe auch ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 502.06.14–15.

12 Der Besuch Mocks in der DDR fand nicht mehr statt. Siehe dazu bereits Dok. 21, Anm. 3.

13 Handschriftlich unterstrichen und am Seitenrand markiert durch die Abteilung II.1.

2) Perestrojka, wirtschaftliche Reformen und Menschenrechte: Von mehreren Ostdeutschen Gesprächspartnern wurde hervorgehoben, dass die DDR nicht als konservatives Land des Ostblockes angesehen werden dürfte, dass ein gewisser politischer Pluralismus bereits seit längerem bestehe und sich das Land strikt an die Wiener Beschlüsse der KSZE halten wolle. (Dabei wurde auch eine vom staatlichen Verlag bereits festgestellte deutsche Fassung des Wiener Schlussdokuments überreicht.)¹⁴ Der Gefertigte brachte auch die Affäre Václav Havel und die österreichische Reaktion¹⁵ zur Sprache, worauf von ostdeutscher Seite nur darauf hingewiesen wurde, dass auch die Oststaaten bei Gelegenheit den Mechanismus zum Schutz der Menschenrechte (die sie weiter definieren als der Westen, der nur die individuellen Menschenrechte im Auge habe) in Anspruch nehmen werden.

Ein Besuch in einem politischen Kabarett vermittelt den Eindruck, dass Kritik an den herrschenden politischen und wirtschaftlichen Zuständen doch in höherem Maße zugelassen wird, als dies der Gefertigte erwartet hatte.

Echte Probleme schafft die gerade in der DDR unumgänglich notwendige Wirtschaftsreform, da die wirtschaftliche Lage in noch stärkerem Ausmaß an westlichen Maßstäben gemessen wird als in anderen Ländern des Ostblocks (Besucherverkehr, freier Zugang zu den audio-visuellen Medien der BRD.) Im Unterschied zu Ungarn wolle aber die DDR-Führung, wie Staatssekretär Krolikowski ausführte, bei der Verminderung der Subventionen (eine Semmel kostet z.B. 5 Pfennig, das sind zum Schwarzmarktkurs nur etwa 5 Groschen und selbst zum offiziellen Kurs nur 35g) sehr behutsam vorgehen, um neue Armut, die mit den Grundprinzipien des Sozialismus nicht vereinbar wäre, zu vermeiden.

3) Die Außenpolitik der DDR wird nach wie vor von den innerdeutschen Beziehungen überschattet. Die mangelnde Akzeptanz eines zweiten deutschen Staates „durch gewisse Kreise in der BRD“ schränkt auch die innenpolitische Bewegungsfreiheit der DDR-Führung ein, wie mehrere Gesprächspartner betonen. Gegenüber der Sowjetunion zeichnet sich eine gewisse Emanzipierung ab, im Verhältnis zur USA noch keine Entkrampfung.¹⁶ Die Beziehungen zu Polen sind durch Grenzprobleme belastet. Hoher Stellenwert wird der Abrüstung beigemessen, wobei der Eindruck entstand, dass dies nicht ausschließlich verbale Verpflichtungen sind

14 Die DDR veröffentlichte das Schlussdokument des Wiener KSZE-Folgetreffens nur in verfälschter Form, da man sich nicht an das darin enthaltene Bekenntnis zur Reisefreiheit halten wollte.

15 Als Václav Havel am 21. Februar 1989 zu neun Monaten unbedingter Haft verurteilt worden ist, aktivierte Außenminister Alois Mock den im Schlussdokument des Wiener Folgetreffens der KSZE vorgesehenen Überprüfungsmechanismus für Menschenrechtsverletzungen. Siehe Martin Eichinger/Helmut Wohnout, Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte, Wien/Graz/Klagenfurt 2008, S. 196.

16 Handschriftliche Unterstreichung durch die Abteilung II.1.

(auch wirtschaftliche Sachzwänge); sehr positive Einstellung gegenüber den VN, grundsätzliche Bereitschaft zu einer Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen und in diesem Zusammenhang Interesse für die Erfahrungen Österreichs.¹⁷

Wien, am 1. März 1989

Schmid m. p.

Dok. 38: Gespräch Klestil – Horn, Wien, 17.3.1989

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 20. März 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 502.16.03/19-II.3/89¹

Entwicklungen in Osteuropa; Gespräch des HGS² mit Staatssekretär Horn³

VERTRAULICH! QUELLENSCHUTZ!

Aktenvermerk

Auf diesbezügliche Fragestellungen des HGS gab der Staatssekretär im ungarischen Außenministerium Horn im Laufe seines Gesprächs mit dem HGS am 17. März 1989 folgenden Überblick über die Entwicklungen in Osteuropa:

1) Allgemein ist die Situation in Osteuropa sehr schwierig, in bestimmten Ländern sei die Erkenntnis so weit gediehen, dass von einer krisenhaften Situation gesprochen werde (SU, Ungarn, Polen).

2) Daraus werden jedoch unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen:

[...] ⁴

DDR:

Sehr orthodoxe Haltung, Ablehnung jeder Reform auf ideologischer Ebene; Kampagne gegen Pluralismus. Da die DDR noch nicht in eine schwierige wirtschaftliche Situation geraten sei, bestehe (noch?) eine ökonomische Basis für diese Politik.

17 Siehe dazu Dok 21, Anm. 19.

1 Der von Sachbearbeiter Gesandter Ernst Sucharipa erstellte Aktenvermerk erging mit dem Vermerk „Vertraulich! Quellschutz!“ an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, alle Sektionsleiter, die Sektionen III, IV, V, alle Abteilungen der Sektion II und an die österreichischen Vertretungsbehörden gemäß „Liste KSZE“. Für die Aufzeichnung zu den Themenbereichen „österreichische EG-Politik“ und „bilaterale Beziehungen“ siehe: Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 20. März 1989, GZ. 502.16.03/23-II.3/89.

2 Thomas Klestil, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten im Außenministerium Österreichs (1987–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Gyula Horn, Staatssekretär für Äußeres Ungarns (1985–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Ausgelassen wurde die Zusammenfassung der Ausführungen zur UdSSR, Polen und Ungarn.

[...]⁵

Auf die Frage nach den möglichen Grenzen der Entwicklung in Ungarn stellte Staatssekretär Horn fest: Die SU (mit der Ungarn jeweils im nachhinein konsultiere) sei nicht gegen ein Mehrparteiensystem; dies werde vielmehr als innere Sache Ungarns angesehen. Die Grenze liege jedoch bei den Sicherheitsinteressen der SU; Ungarn dürfe keinen Schritt setzen, der diese Interessen gefährde, d. h. konkret keinen Austritt aus dem WP. Das Erheben derartiger Forderungen könnte sehr ernste Schwierigkeiten und einen Vertrauensverlust der SU bedeuten. Die ungarische Führung versuche daher, in Diskussionen auch die alternativen politischen Kräfte in diese Richtung zu überzeugen. In solchen Gesprächen habe man seitens des Demokratischen Forums⁶ auch ein entsprechendes Verständnis feststellen können.

Die USAP⁷ wolle mit politischen Mitteln ihre Mehrheit erhalten, nicht mit administrativen; aber ein Verlust der Mehrheit sei möglich. Wenn es dazu kommen sollte, dann brauche Ungarn eine Regierung, die den bisherigen Status Ungarns anerkenne.

Wien, am 20. März 1989

Sucharipa m. p

Dok. 39: [Auszug] Information. Aktuelle Lagebeurteilung Osteuropa, 8.6.1989

Information, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 8. Juni 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 713/6-II.3/89¹

Osteuropa; aktuelle Lagebeurteilung

Generell: Reformprozess in SU hat für jene osteuropäischen Länder, in denen ebenfalls autonome Reformbestrebungen (schon vor Gorbatschow) zu verzeichnen waren (Ungarn, Polen), neuen, zusätzlichen Anstoß (sowohl im wirtschaftlichen, als auch im gesellschaftspolitischen Bereich) erbracht. In der ČSSR und

5 Ausgelassen wurde die Zusammenfassung der Ausführungen zu Rumänien, Bulgarien und der ČSSR.

6 Das Ungarische Demokratische Forum/Magyar Demokrata Fórum war eine 1987 gegründete Oppositionsbewegung, die 1989 am Runden Tisch teilnahm und nach den ersten freien Wahlen 1990 als christdemokratische Partei die Regierungskoalition anführte.

7 Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, die zu diesem Zeitpunkt noch alleinregierende Staatspartei.

1 Die vom Leiter der Abteilung II.3, Gesandten Ernst Sucharipa, am 8. Juni genehmigte und von Legationssekretär Hans Peter Manz abgezeichnete Information erging mit dem Vermerk „Dringend“ im BMAA an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Leiter der Sektionen II, III, IV, V, VI, die Gruppenleiter I.A, alle Abteilungen der Sektion II und an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“.

in Bulgarien sind Wirtschaftsreformen nur sehr langsam und vorsichtig in Angriff genommen worden (bisweilen besteht der Eindruck bloßer Lippenbekenntnisse). In der DDR und in Rumänien wird – erklärtermaßen – kein Reformbedarf gesehen.

Die gesellschaftspolitischen Reformen haben in der SU und in Ungarn zu einer eindrucksvollen Belebung und Aufwertung des parlamentarischen Lebens geführt; in Polen steht dies ebenfalls bevor.

Die eingeräumte stärkere Unabhängigkeit von Moskau (ideologisch, aber auch wirtschaftlich und außenpolitisch) eröffnet erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg Chancen für demokratische Neugestaltung Europas unter Berücksichtigung der bestehenden Vielfalt und nationaler Eigeninteressen.

[...]²

DDR: Stagnierende Tendenz verstärkt durch akut werdendes Problem der längst fälligen Generationsablöse; sinkendes Wirtschaftswachstum stellt bisheriges Dogma der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in Frage. Neue Weichenstellungen frühestens auf dem Parteitag im Mai 1990³ zu erwarten. Generell steht DDR vor dem Problem, dass politische Reformen tendenziell nationalstaatliche Identität gefährden.

[...]⁴

Wien, am 8. Juni 1989

Sucharipa m. p.

Dok. 40: Bericht. Besuch Schewardnadses in Ost-Berlin, 14.6.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 14. Juni 1989, Zl. 133-RES/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

Schewardnadse in Berlin (9. Juni 1989)

Drei Tage vor dem Besuch Gorbatschows in der BRD² stattete der Außenminister der UdSSR, Eduard Schewardnadse, am Freitag, dem 9. Juni 1989, Berlin einen „offiziellen Freundschaftsbesuch“ ab. Dies war – und lediglich protokollarisch

2 Ausgelassen wurde die aktuelle Lagebeurteilung zur Sowjetunion, Polen, Ungarn und der ČSSR.

3 Der XII. Parteitag der SED wurde zunächst vom Mai 1991 auf 15. bis 19. Mai 1990 vorverlegt. Nach dem Mauerfall wurde er auf Dezember 1989 vorverlegt. Siehe dazu Dok. 93 und 97.

4 Ausgelassen wurde die aktuelle Lagebeurteilung zu Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und Albanien.

1 Als Sachbearbeiter des Berichts fungierte Botschaftsrat Gesandter Lorenz Graf.

2 Gorbatschow besuchte vom 12. bis 15. Juni 1989 die Bundesrepublik. Siehe Dok. 41–44.

gesehen – die letzte Möglichkeit eines Besuches des sowjetischen Außenministers in der DDR vor dem Besuch Gorbatschows in Bonn, sachlich gesehen kam dieser Besuch bereits zu spät, da naturgemäß sämtliche Protokollfragen und Gesprächsthemen zwischen der UdSSR und der BRD längst fixiert waren. Der bereits für April vorgesehene Besuch Schewardnades musste damals wegen der Unruhen in Georgien³ „verschoben“ werden. Selbstverständlich wurde Schewardnadse während seines knapp eintägigen Aufenthaltes in Berlin auch vom Staatsratsvorsitzenden zu einem freundschaftlichen Gespräch empfangen.⁴ Dieser hat (laut „Neues Deutschland“ vom 10./11. Juni 1989) nicht versäumt, darauf hinzuweisen, dass sich die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 zu einem eindeutigen Bekenntnis der Bürger der DDR zu ihrem sozialistischen Staat gestaltet haben.⁵ Die Jugend der DDR habe während des Pfingsttreffens ihr enges Bündnis mit dem Staat, der SED und die Zustimmung zu deren Politik nachhaltig demonstriert.

In seiner Tischrede erklärte Außenminister Oskar Fischer,⁶ dass die DDR Schulter an Schulter mit der Partei und dem Lande Lenins für ein vertrauensvolles Miteinander wirke. Fast etwas makaber muss sein Blick westlich der Staatsgrenze auf den faschistischen Ungeist in der BRD anmuten, wenn man an die laufenden Vorfälle von „Rowdytum“ in der DDR denkt (innerhalb der SED wird bereits offen über die für die Parteiführung unerklärlichen neofaschistischen Tendenzen in der DDR diskutiert).⁷ Fast überheblich klingt auch die „Überzeugung“ von Oskar

3 Ende der 1980er-Jahre nahmen in Georgien die Auseinandersetzungen zwischen den sowjetischen Machthabern und einer erstarkenden Unabhängigkeitsbewegung stetig zu. Am 9. April 1989 lösten sowjetische Fallschirmjäger eine friedliche Demonstration vor dem Regierungsgebäude in Tiflis mit Gewalt auf. 20 Menschen kamen dabei ums Leben, zahlreiche wurden verletzt.

4 Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit Mitgliedern des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Eduard A. Schewardnadse, am 9. Juni 1989 in Berlin (= Dokument 12), in: Interne Dokumente zum Zerfall der SED und DDR, S. 75–88.

5 „Die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 gestalteten sich zu einem eindeutigen Bekenntnis der Bürger der DDR zu ihrem sozialistischen Staat und zur Fortsetzung des bewährten Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Jugend habe während des Pfingsttreffens ihr enges Bündnis mit dem Staat, der SED und die Zustimmung zu deren Politik nachhaltig demonstriert.“ Siehe: „Begegnung im Amtssitz des Staatsrates der DDR. Freundschaftliches Gespräch zwischen Erich Honecker und Eduard Schewardnadse“, in: Neues Deutschland, 10./11. Juni 1989, S. 1–2.

6 „Enger Bruderbund bleibt unverrückbares Fundament. Toast von Oskar Fischer“, in: Neues Deutschland, 10./11. Juni 1989, S. 2.

7 Siehe zu den „neofaschistischen Ereignissen“ und der Haltung der DDR-Führung Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 10. August 1988, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES 1988 (01–06), Karton 22. Hier analysierte der Botschafter folgendes: „Vorfälle der oben geschilderten Art wurden in der Vergangenheit verschwiegen. Die dargestellten Erscheinungen sind zwar relativ vereinzelt, haben jedoch in einigen Kreisen der DDR Betroffenheit ausgelöst. Für ehemalige Widerstandskämpfer und Verfolgte des Nazi-Regimes ist es schwer verständlich, wenn Jugendliche, die praktisch seit ihrer Geburt in sozialistischer und anti-

Fischer, dass es der KPdSU und den sowjetischen Volk gelingen wird, das Tempo des Aufbaues zu beschleunigen, den Sozialismus attraktiver zu machen.

Nach den lakonischen Worten über die traditionelle Herzlichkeit der Begegnungen (UdSSR – DDR) kam Schewardnadse in seiner Tischrede⁸ ziemlich bald zur Sache und zum ersten Kongress der Volksdeputierten der UdSSR: Als Höhepunkt der Demokratisierung schafft der Kongress qualitativ neue Bedingungen, unter denen sich die Richtungen der Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion gestalten werden. Die offene Diskussion auf dem Kongress lässt (zum Unterschied in der DDR?) Millionen von Menschen an der wahren Volksmacht teilhaben. Nach diesem Kernstück seiner Tischrede kam Schewardnadse seinen Gastgebern etwas entgegen, indem er die Umgestaltung (in der Sowjetunion) als ein Modethema für Diskussionen im Westen bezeichnete. Noch deutlicher sind seine Worte, wonach es jedem Bruderland freistehe, den Sozialismus in seinen Landesfarben auszugestalten. (Seit einigen Wochen spricht die DDR von einem „Sozialismus in den Farben der DDR“.). Den einige Wochen vor dem Besuch Gorbatschows in Bonn aufgetauchten Gerüchten über neue Möglichkeiten der Wiedervereinigung trat Schewardnadse nicht sehr vehement entgegen, indem er (seit 1945 wiederkehrend) die Achtung der Nachkriegsrealitäten zu einem Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa erklärte.

Die „Gemeinsame Mitteilung“⁹ enthält als neues Element eine vereinbarte Zusammenarbeit bei der Pflege von Sprache und Kultur der Sowjetbürger deutscher Nationalität. Dieser Hinweis war wohl notwendig, da ein Gesprächsthema zwischen Gorbatschow und Kohl auch die Lage der Russland-Deutschen ist. Vielleicht im Hinblick auf die totale Niederschlagung der Studentenrevolte in Peking¹⁰

faschistischer Tradition geformt wurden, plötzlich Verhaltensweisen zeigen, die der Staat in seinem Selbstverständnis seit der Staatsgründung ausgemerzt hat. Womöglich hat es sich der zweite deutsche Staat zu einfach gemacht, als er sich von Anbeginn von den Greueln [sic!] des Dritten Reiches lossagte und als Nachfolger des NS-Reiches nur die Bundesrepublik hinstellte. Mit dieser Haltung wurde von vornherein jegliche Auseinandersetzung und Frage nach einer Mitschuld unterbunden. Die in den Lehrplan mehr oder weniger eingebauten obligatorischen KZ-Besuche waren in ihrer Zwangshaftigkeit doch nicht geeignet, den Jugendlichen die entsetzlichen Grausamkeiten der Vergangenheit klarzumachen. Eine methodisch aggressive Berichterstattung gegen den Staat Israel wurde für viele zu einer Brücke zum Antisemitismus. Ein zum Teil latent vorhandener Rassismus provozierte durch die Abschottung des Landes und durch eine schnell wachsende Zahl von Arbeitern, Lehrlingen und Studenten aus der Dritten Welt Fremden- und Rassenfeindlichkeit. Der soziologische Wandel in einigen Orten mit großem Fremdenanteil blieb unreflektiert und den Betroffenen wurde eine erforderliche soziopsychologische Aufklärung nicht zuteil.“

8 „Wohltuender Einfluß der DDR auf Lage in der Welt. Toast von Eduard Schewardnadse“, in: Neues Deutschland, 10./11. Juni 1989, S. 2.

9 „Gemeinsame Mitteilung über den offiziellen Freundschaftsbesuch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR in der DDR“, in: Neues Deutschland, 10./11. Juni 1989, S. 4.

10 Am 3. und 4. Juni 1989 schlug das chinesische Militär die studentische Demokratiebewegung, die den Tian'anmen-Platz in Peking besetzte, gewaltsam nieder.

würdigte nur Oskar Fischer die Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China¹¹ als ein Ereignis von historischer Tragweite für die Entwicklung in der Welt. Gemeinsam wiederum wiesen die Außenminister entschieden Anschläge auf das souveräne Recht der DDR zurück, die Sicherheit und Unantastbarkeit ihrer Grenzen zu gewährleisten.

Da beim Gorbatschow-Besuch in Bonn ein Abkommen über die wechselseitige Errichtung von Kulturinstituten unterzeichnet wird,¹² war es zwingend, dass Oskar Fischer und Eduard Schewardnadse ein Abkommen über die Errichtung und Tätigkeit eines Kultur- und Informationszentrums der DDR in der Sowjetunion unterzeichneten.¹³ (Die Sowjetunion hat bereits 1984 ein (audiovisuell sehr modern gestaltetes) Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur eingerichtet). Nicht sehr befriedigt konnte die DDR darüber sein, dass in Berlin knapp vor dem Besuch Schewardnadses Vermutungen auftauchten dieser werde hier nur Zwischenstopp einschalten und direkt nach Bonn weiterreisen. Gorbatschow selbst wird auf seiner Rückreise nach Moskau – wohl zur Enttäuschung der DDR – nicht in Berlin haltmachen. Honecker wird sich daher Ende Juni (auf dem Weg nach Magnitogorsk)¹⁴ selbst nach Moskau machen müssen, um über den Besuch Gorbatschows „zum 40-jährigen Bestehen der BRD“ informiert zu werden.

Es bleibt abzuwarten, wann Gorbatschow seinen unabdinglichen Besuch zum 40-jährigen Bestehen der DDR absolvieren wird.¹⁵

Der Botschafter:
(Wunderbaldinger)

11 Michail Gorbatschow besuchte vom 15. bis 18. Mai 1989 China. Dieser Besuch schloss einen zehn Jahre zuvor in Angriff genommen Normalisierungsprozess ab.

12 Das am 13. Juni 1989 in Bonn unterzeichnete Abkommen trat am 4. Januar 1990 in Kraft wurde am 21. Februar 1992 veröffentlicht. Siehe: Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Errichtung und die Tätigkeit von Kulturzentren der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken BGBl. II 1992 S. 229–231.

13 Das Abkommen wurde von den beiden Außenministern unterzeichnet, erlangte aber in der DDR offenbar nicht mehr Gesetzeskraft. Im Gbl. der DDR scheint es bis zum Ende der DDR nicht auf.

14 Erich Honecker besuchte vom 27. Juni bis 1. Juli 1989 die Sowjetunion. Am 28. Juni 1989 kam er in Moskau mit Generalsekretär Gorbatschow zu einem Gespräch zusammen und reiste anschließend nach Magnitogorsk weiter. Siehe Dokument 19, in: Honecker – Gorbatschow.

15 Michail Gorbatschow besuchte die DDR anlässlich der 40-Jahr-Feiern.

Dok. 41: Information. Besuch Gorbatschows in der BRD, 16.6.1989

Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 16. Juni 1989, 143-Res/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (11–20), Karton 25, GZ. 225.01.01/18-II.1/89¹

Der Besuch Gorbatschows in der BRD (12.–15. Juni 1989)

Die unverrückbare Basis der Bonner Außenpolitik ist die feste Verankerung der BRD in der westlichen Staatengemeinschaft. Von dieser festen Grundlage aus glaubt die Bonner politische Führung, auch die Verantwortlichkeit für die Deutschen in der DDR durch eine entsprechende Ostpolitik langfristig wahrnehmen zu können. Durch die Reformpolitik Gorbatschows und die dadurch möglich gewordenen Entwicklungen in Osteuropa sieht die BRD-Regierung eine Chance zur Überwindung der Teilung Europas. Dass damit auch – langfristig gesehen – die Hoffnungen der Westdeutschen auf eine Neugestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen (die Terminologie „Wiedervereinigung“ wird geflissentlich vermieden) neu geweckt werden, liegt auf der Hand.

Alle Entwicklungen innerhalb und außerhalb der BRD, die ein „Ausscheren“ Bonns aus dem westlichen Lager provozieren oder gar die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten langfristig gesehen begünstigen könnten, werden von den westeuropäischen Staaten mit besorgtem Misstrauen verfolgt. Die kürzlichen Probleme innerhalb der NATO, die durch die Unterstützung sowjetischer Positionen im Abrüstungsbereich seitens der BRD verursacht worden waren, sind noch in Erinnerung.²

- 1 Die von den Sachbearbeitern Gesandter Johann Plattner und Gesandter Marius Calligaris in der Abteilung II.1 erarbeitete Information erging an die Sektionsleiter, denn Generalsekretär, den Bundesminister, die Abteilungen II.3, II.7, II.8 und an die österreichischen Auslandsvertretungen gemäß Liste „KSZE“. Für die weitere Auseinandersetzung des BMAA mit dem Besuch siehe auch Anm. 3 und die Dok. 42–44.
- 2 Nach der Festlegung auf die Abschaffung aller nuklearen Mittelstreckenraketen im INF-Vertrag (siehe Dok. 11, Anm. 21) kam in der NATO und auch in der westdeutschen Regierung eine Kontroverse über die Frage der Notwendigkeit der Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen mit Reichweite bis 500 km auf. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen des Jahres 1989 einigte man sich am Gipfel der NATO-Staats- und Regierungschefs am 29./30. Mai 1989 auf den Kompromiss, dass ein Mindestmaß an Abschreckung erhalten bleiben müsse, die konkrete Entscheidung über die Modernisierung der Kurzstreckenraketen wurde aber bis 1992 vertagt. Im BMAA wurde dazu zusammenfassend festgehalten: „Durch die Überbrückung der nicht unbeträchtlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der westlichen Allianz (Frage der Modernisierung der atomaren Kurzstreckenwaffen in Europa und von Verhandlungen über deren Reduzierung) wurden Einigkeit und Kohärenz des Bündnisses neuerlich sichergestellt. Die Entwicklungen in der SU und in Osteuropa werden positiv gewertet und sollen ermutigt werden. Als langfristige außenpolitische Zielsetzung werden die Überwindung der Teilung Europas und die Schaffung einer neuen Friedensordnung auf diesem Kontinent angegeben. Durch die weitreichenden Vorschläge des amerikanischen Präsidenten hat die NATO eine wichtige Initiative im Ost-West-Verhältnis gesetzt. Präsident Bush

Beim Besuch Gorbatschows in der BRD wurde – erwartungsgemäß – keine Vereinbarung getroffen, die das Verhältnis BRD–DDR direkt berühren würde. Andererseits hat die BRD in keinem Bereich Positionen akzeptiert, die mit der Strategie des westlichen Bündnisses nicht vereinbar wären.

Eine Analyse der unterzeichneten gemeinsamen Erklärung³ gibt folgendes Bild:

Der Hinweis auf das Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei zu bestimmen, die in einem späteren Abschnitt enthaltene Feststellung, dass jeder Staat das Recht habe, das eigene politische und soziale System frei zu wählen, (Westdeutsche Interpretation: Absage an die Breschnjew-Doktrin)⁴ und die Betonung, dass der Mensch im Mittelpunkt der Politik zu stehen hat, tragen deutlich die Handschrift der Bonner Politik. Inwieweit diese Bekenntnisse Entwicklungspotential für eine grundlegende Änderung des deutsch-deutschen Verhältnisses enthalten, ist nicht absehbar. Auch die Aussagen zugunsten der nationalen Minderheiten in Europa (deutschsprachige Minderheiten in Osteuropa;) und der geschichtlich erwachsenen Kulturen der Völker Europas beinhalten westliches Gedankengut. Mit der Feststellung betreffend „das Gewicht, das jede Seite in

wirkt den Vorwürfen einer zu langsamen Implementierung seiner Außenpolitik entgegen und bekräftigt den amerikanischen Führungsanspruch im westlichen Bündnis. Die besonders positive Haltung der BRD zur Reformpolitik Gorbatschows (insbesondere die Ablehnung der Modernisierung der atomaren Kurzstreckenwaffen) hatte innerhalb der Allianz die Sorge hinsichtlich einer zur starken Zuwendung der BRD zum Osten neu aufleben lassen. Durch die Einigung in Brüssel ist diese Besorgnis wieder in den Hintergrund getreten. In der Erklärung der BRD-Regierung nach dem NATO-Gipfel wurde die vorbehaltlose Zugehörigkeit der BRD zum westlichen Bündnis neu bekräftigt.“ Der NATO-Gipfel in Brüssel (Mai 1989); außenpolitische Wertung, Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 2. Juni 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 701.01/19-II.1/89.

- 3 Abgedruckt in: Texte zur Deutschlandpolitik III/7 – 1989, S. 148–153. Erstveröffentlicht im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn von 13. Juni 1989, S. 542–544. Im BMAA wurde die Gemeinsame Erklärung durch den Leiter der Abteilung II.3, Ernst Sucharipa einer separaten Analyse unterzogen. Siehe BRD-Sowjetunion; Gemeinsame Erklärung vom 13.6.1989, Information, Ernst Sucharipa, Wien, 15. Juni 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 225.01.01/17–11.3/89. Darin wurde festgehalten, dass die Gemeinsame Erklärung „auch propagandistisch im Zentrum des Besuches des sowjetischen Partei- und Staatschefs in der BRD“ stand und „– nicht ganz zu unrecht – von beiden Seiten als Zeichen eines Durchbruchs in den bilateralen Beziehungen und – aus BRD-Sicht – als historische Festlegung der Sowjetunion auf bislang nur vom Westen vertretene politische Prinzipien einschließlich des entsprechenden (westlichen) Vokabulars gewertet“ wird. Abschließend wurde konstatiert: „In den deutschlandpolitisch relevanten Teilen der Erklärung werden Formulierungen verwendet, die mit der bisherigen Position der Sowjetunion durchaus vereinbar sind (zwar Recht auf freie Systemwahl, aber Achtung der Integrität jedes Staates; Teilnahme von Berlin (West) an der Entwicklung der Zusammenarbeit unter strikter Beachtung des Viermächte-Abkommens aus 1971). Ein von BRD-Seite sicherlich erhofftes Umdenken Moskaus in der Berlin – oder gar Deutschlandfrage ist somit nicht eingetroffen. Dafür spricht auch die vorläufige Zurückstellung des Abschlusses eines Schiffsverkehrsvertrages wegen der offengebliebenen Frage der Einbeziehung Berlins.“

- 4 Zur „Breschnew-Doktrin“, siehe Dok. 4, Anm. 6.

ihrem Bündnis hat“, hat somit nach den USA (Besuch Präsident Bushs in Bonn)⁵ auch die SU die politische Bedeutung der BRD aufgewertet. Ob die SU diese Aufwertung für ihre eigenen Zwecke (z. B. Technologietransfer) nützen kann bleibt abzuwarten.

Von besonderer Bedeutung für die SU ist die Feststellung, dass die Ergebnisse der modernen Wirtschaft, Wissenschaft und Technik allen Menschen zugute kommen und die Handelshemmnisse jeglicher Art abgebaut werden sollen. Damit wird dem dringenden Wunsch Moskaus, insbesondere nach westlichen Technologien, entsprochen.

„Neutrale“ Aussagen der Erklärung: Die Verwendung der Gorbatschowschen Terminologie vom „gemeinsamen europäischen Haus“ als Synonym für eine neu-zuschaffende europäische Friedensordnung ist ein Zugeständnis an den sowjetischen Gast, das aber durch den Zusatz, dass darin auch die USA und Kanada ihren Platz haben, in eine westliche Perspektive gebracht wird. (Anerkennung der Bedeutung der USA für Europa!) Durch den Hinweis auf den begonnenen politischen Dialog zwischen den 12 EG-Mitgliedstaaten und der SU⁶ wird auch die politische Bedeutung der Gemeinschaft (EPZ)⁷ anerkannt. Bei der Feststellung zu Berlin (West) handelt es sich um die bekannte Formel, die keine neuen Aspekte beinhaltet. Ein Schifffahrtsabkommen konnte wegen der ungelösten Problematik der Einbeziehung Westberlins nicht abgeschlossen werden, in den Aussagen über die Abrüstung rückt die BRD von der NATO-Strategie in keiner Weise ab (keine Erwähnung der Kurzstreckenraketen). Interessant erscheint der von der SU gewünschte Hinweis auf die Notwendigkeit der Einhaltung des ABM-Vertrages,⁸ der die weiter bestehende Sorge der SU hinsichtlich SDI⁹ zum Ausdruck bringt.

Bei der Pressekonferenz hat Gorbatschow, so wie beim Kohl-Besuch in Moskau,¹⁰ Spekulationen über eine substantielle Veränderung im deutsch-deutschen Verhältnis eine klare Absage erteilt. (Die Berliner Mauer würde dann fallen, wenn die Notwendigkeit für deren Errichtung wegfielen.)

5 US-Präsident George H. W. Bush kam im Anschluss an die NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel am 30. und 31. Mai 1989 zu einem Besuch in die Bundesrepublik. Siehe Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush in erweitertem Kreise, Bonn, 30. Mai 1989 (= Dokument Nr. 1), in: Deutsche Einheit, S. 271–276.

6 Zwischen den Europäischen Gemeinschaften (EG) und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde am 25. Juni 1988 eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die die Aufnahme offizieller Beziehungen bestätigte. Daraufhin intensivierten sich auch die Kontakte zwischen den EG und der Sowjetunion. Siehe dazu bereits Dok. 23, Anm. 17.

7 Zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit siehe Dok. 11, Anm. 15.

8 Zum ABM-Vertrag siehe Dok. 6, Anm. 10.

9 Zur SDI siehe Dok. 3, Anm. 5.

10 Bundeskanzler Helmut Kohl besuchte vom 24. bis 27. Oktober 1988 offiziell die UdSSR. Für die österreichische Einschätzung des Besuchs siehe Dok 29, Anm. 2.

Zusammenfassung:

Die gemeinsame Erklärung und die bilateralen Abkommen, die anlässlich des Besuches unterzeichnet wurden, heben die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf ein höheres Niveau der Zusammenarbeit. Das politische Gewicht der BRD ist weiter gewachsen. Dass beide Seiten mit „Überwindung der Trennung Europas“ unterschiedliche Prioritäten im Sinne haben (BRD: Veränderung in den deutsch-deutschen Beziehungen bis hin zur Wiedervereinigung; SU: Abrüstung, Überwindung der technologischen Teilung), schmälern die politische Bedeutung des Besuches nicht, zumal graduelle Erfolge, wie größere Durchlässigkeit der Grenzen, für beide Seiten akzeptabel sein dürften.

Die abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen bieten Moskau die Möglichkeit, in stärkerem Maße als bisher von der Überlegenheit und Fortschrittlichkeit der westdeutschen Wirtschaft und Technologie zu profitieren. (Hier wird die Frage des Technologietransfers eine wesentliche Rolle spielen;) Der Kreml-Führer erhielt in der BRD eine neuerliche Bestätigung für seine große Popularität.

Die Sorge der westlichen Bündnispartner über eine zu große Nachgiebigkeit der BRD gegenüber dem Osten bleibt insbesondere angesichts der bemerkenswerten Sympathiebezeugungen für Gorbatschow weiter bestehen.

Wien, am 16. Juni 1989

Plattner m. p.

Dok. 42: Vorsprache Botschafter Schikins bei Generalsekretär Klestil, 20.6.1989

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 20. Juni 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 225.01.01/23–11.3/89¹

Sowjetunion – BRD; Vorsprache Botschafter Schikins² bei HGS³ am 20.6.1989

In einer längeren Unterredung mit dem Herrn Generalsekretär (20.6.) referierte der sowjetische Botschafter wie folgt zu den Ergebnissen des Gorbatschow-Besuches in der Bundesrepublik Deutschland:⁴

- 1 Der vom Leiter der Abteilung II.3 im BMAA, Gesandten Ernst Sucharipa, abgefasste Aktenvermerk über das Gespräch erging an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, den Leiter der Sektion II, die Abteilungen II.1 und II.8 sowie an die österreichischen Auslandsvertretungen gemäß Liste „KSZE“
- 2 Gennadi Schikin, Botschafter der Sowjetunion in Österreich (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 3 Thomas Klestil, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten im Außenministerium Österreichs (1987–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 4 Zum Besuch siehe Dok. 41, 43–44.

1) Die verabschiedete gemeinsame Erklärung⁵ ginge über den Rahmen der bilateralen Beziehungen hinaus und enthalte das Konzept einer möglichen zukünftigen Gestaltung der europäischen Beziehungen. Die Annäherung zwischen Sowjetunion und BRD sei keineswegs gegen andere Staaten gerichtet, vielmehr könnte die verstärkte Zusammenarbeit mit der BRD auch als Schlüssel zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit anderen Ländern dienen.

2) Zur Frage West-Berlin gebe es nach wie vor Differenzen. So strebe die BRD die Einbeziehung West-Berlins in den Gesamtbereich der Beziehungen an; die Sowjetunion habe zwar nichts dagegen einzuwenden, dass West-Berlin an der Zusammenarbeit der beiden Staaten teilnehme, dies könne jedoch nur im Rahmen des Vier-Mächte-Abkommens⁶ erfolgen. Aus diesem Grund sei es auch nicht möglich gewesen, das Binnenschiffahrtsabkommen abzuschließen, weil die Sowjetunion dem Führen der BRD-Flagge durch West-Berliner Schiffe nicht zustimmen konnte. Die Sowjetunion ist jedoch zu einer weiteren Diskussion der Berlin-Frage, mit dem Ziel eine gemeinsame Lösung zu finden, bereit.

3) In den Gesprächen Gorbatschow-Kohl habe die sowjetische Seite darauf hingewiesen, dass man die NATO-Frühjahrstagung⁷ in Moskau differenziert bewerte: Insbesondere die seitens der NATO zum Ausdruck gebrachte grundsätzliche Zulässigkeit der Verwendung von Nuklearwaffen habe zu dem widersprüchlichen Charakter der NATO-Beschlüsse beigetragen. Die Sowjetunion hätte gehofft, dass eine derartige Einstellung bereits überwunden worden sei. Besonders beunruhigt wäre man in Moskau über die Position der NATO in der Frage taktische Nuklearwaffen.

4) Zur Lage in den anderen „sozialistischen“ Ländern habe Gorbatschow vor einer im Westen immer wieder vorkommenden Differenzierung gewarnt: Sicherlich würden in jedem der betroffenen Länder spezifische Gegebenheiten bestehen. Die Sowjetunion gehe jedoch davon aus, dass die Entwicklung in allen diesen Ländern im Großen und Ganzen in die Richtung einer Festigung der demokratischen Grundlagen gehe. Die konkreten Schritte jedes einzelnen Landes fielen hiebei jedoch in die eigene souveräne Entscheidung. Es wäre nicht vernünftig, wenn man versuchen sollte, die Lage in Osteuropa zu destabilisieren; damit würde man das bereits Erreichte wieder einbüßen. Auch in dieser Frage wäre Zusammenarbeit statt ideologischer Konfrontation vonnöten.

Wien, am 20. Juni 1989

Sucharipa m. p.

5 Siehe Dok. 41, Anm. 3.

6 Siehe Dok. 1, Anm. 15.

7 Gemeint ist die NATO-Gipfelkonferenz, die am 29./30. Mai 1989 in Brüssel stattfand. Siehe dazu bereits Dok. 41, Anm. 2.

Dok. 43: Bericht. Gorbatschows BRD-Besuch aus Sicht des deutschen Bundeskanzleramts, 21.6.1989

Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 21. Juni 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 225.01.01/21-II.1/89¹

BRD; Bewertung des Gorbatschow-Besuches aus dem Bundeskanzleramt (Info)

Dem 2. Außenpolitischen Berater des Bundeskanzlers² zufolge enthalte „gemeinsame Erklärung“³ eine in dieser Klarheit bisher nicht gehörte Absage an Breschnjew-Doktrin. Beachtlich sei auch, dass Gorbatschow klar einen Strich unter die Nachkriegsperiode gezogen habe. Gorbatschow verstehe die grundlegenden geopolitischen Tatsachen und akzeptiere, dass die SU nicht die BRD aus ihren Bündnisverpflichtungen lösen könne. Alle Formulierungen in der Erklärung hinsichtlich europäischer Friedensordnung oder „Gemeinsames Europäisches Haus“ stimmten voll mit NATO-Gipfeldokument überein.

Bundesrepublik wollte durch Erklärung größtmögliche Anzahl gemeinsamer grundlegender Standpunkte in internationalen Beziehungen festschreiben: dies sei stabilisierender Faktor in einer Zeit rascher Wandlung, die nicht nur Möglichkeiten, sondern auch Risiken bringe. Gorbatschow habe in ähnlicher Weise wie Bush die BRD als Partner in führender Verantwortung gesehen, was besondere Verantwortung bedeute. Die von Bonn als Vorreiter im eigenen Bündnis betriebene Ostpolitik dürfe nicht zu Befürchtungen eines Sonderwegs oder rein deutscher Interessen führen. Gorbatschow habe die europäische Rolle der USA und Kanadas anerkannt, und die Westeuropäer müssten nun ebenfalls den Platz der SU in Europa (dessen Grenzen nicht vom Atlantik zum Bug gingen) anerkennen. Gesprächspartner bezeichneten Äußerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dregger⁴ über ein „Zwischeneuropa von Polen bis Portugal“⁵ als verantwor-

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25128 an das BMAA und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Die Berichterstattung erfolgte im Verfolg des (nicht archivierten) Fernschreibens Nr. 25125 vom 16. Juni 1989. Der Bericht wurde am 12. Juni 1989 in der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen und an die österreichischen Vertretungsbehörden in Ausland gemäß Liste „KSZE“ zirkuliert. Die Unterstreichungen erfolgten handschriftlich in der Abteilung II.1, vermutlich durch Legationsrat Marius Calligaris.

2 Peter Hartmann, Ministerialdirigent. Leiter der Gruppe 21 (Auswärtiges Amt) im Bundeskanzleramt (1987–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Siehe Dok. 41, Anm. 3.

4 Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (1982–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Es handelt sich um eine implizite Übernahme der Paneuropa-Konzeption von Richard Coudenhove-Kalergi (1923), der ein Europa von Portugal bis Polen propagiert hatte. Dregger verwendete dies immer wieder. So beispielsweise auch am 8. November 1989 im deutschen Bundestag: „Die Zukunft der Welt hängt davon ab, daß die Sowjetunion im Osten, die Vereinigten Staaten von Amerika im Westen und das Vereinigte Europa in der Mitte, von Polen

tungslos, die SU würde niemals eine derartige Supermacht an ihrer Westgrenze tolerieren. Derartige politische Signale unmittelbar nach Gorbatschow ausdrücklicher Anerkennung der Rolle von USA und Kanada in Europa seien eine gewaltige politische Dummheit. Auch ohne derartigen Erklärungen hätten darüber hinaus die amerikanischen think tanks bereits genug mit Studien über die deutsche Frage und die angeblichen großeuropäischen Ambitionen der Deutschen zu tun!

Nicht zuletzt deswegen spricht Genscher in jüngster Zeit (auch in Gemeinsamer Erklärung)⁶ nicht mehr von Teilung, sondern von Trennung Europas – Gedanken an deutsche Wiedervereinigung sollen auch sprachlich gedämpft werden.

Unveränderte SU-Haltung hinsichtlich Berlins sowie in der deutschen Frage waren in Bonn erwartet. Diesbezüglich habe es vor dem Besuch lt. sowjetischer Bemerkungen einige Unruhe in Ost-Berlin gegeben. Moskau wollte jedoch keine Probleme mit der DDR-Führung schaffen oder innenpolitische Folgen in DDR auslösen. BKA-Vertreter sah keinerlei Anlass zu irgendeiner Euphorie, deutsche Frage sei allerdings in Moskau nicht mehr ein Tabu.

Bilateral sei sowjetisches Interesse in erster Linie wirtschaftlich gewesen. Seit Kohls Moskau-Besuch wurden insgesamt 17 Abkommen⁷ unterzeichnet, was breite Grundlage für weitere Arbeit bilde. Jedoch bedürfe es nüchterner Beurteilungen: beträchtliche Handelsexpansion sei innerhalb der nächsten 2 bis 3 Jahre

bis Portugal, eine gesamteuropäische Friedensordnung vereinbaren, die auf den Menschenrechten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruht.“ Texte zur Deutschlandpolitik III/7 – 1989, S. 358.

- 6 Die angesprochene Passage der „Gemeinsamen Erklärung“ unter Punkt II lautete: „Bei der Gestaltung einer friedlichen Zukunft kommt Europa eine herausragende Rolle zu. Trotz jahrzehntelanger Trennung des Kontinents ist das Bewusstsein der europäischen Identität und Gemeinsamkeit lebendig geblieben und wird zunehmend stärker. Dieser Prozess muss gefördert werden.“ Vgl. auch Dok. 41, Anm. 3.
- 7 Unterzeichnet wurden der „Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen“, das „Abkommen über die Errichtung und die Tätigkeit von Kulturzentren der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR“, das „Abkommen über eine vertiefte Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft“, „Abkommen in den Bereichen von Wissenschaft und Hochschulen“, das „Abkommen über einen Schüler- und Lehreraustausch im Rahmen von Schulpartnerschaften“, ein „Abkommen über Jugendaustausch“, das Abkommen über die Förderung der Fortbildung von Fachkräften auf den Gebieten des Arbeitsschutzes und der beruflichen Rehabilitation Behinderter“, ein „Abkommen über die Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Mißbrauch von Sucht- und psychotropen Stoffen und deren unerlaubten Verkehr“, das „Abkommen über die Einrichtung einer direkten Nachrichtenverbindung zwischen dem Bundeskanzleramt in Bonn und dem Kreml in Moskau“, ein „Ergänzender Notenwechsel nach Artikel 5 des Abkommens vom 25. Oktober 1988 über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen“ und es erfolgte der „Abschluß der Verhandlungen mit dem Ziel der Rückführung des Stadtarchivs von Reval/Tallinn und der Hansearchive von Bremen, Hamburg, Lübeck an die jeweiligen Ursprungsorte“. Vgl. dazu: Presse und Informationsamt der Bundesregierung, 12. Juni 1989, Informationen zu den am Dienstag, dem 13. Juni 1989 zu unterzeichnenden Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR (= Beilage A zu:) Geschäftsträger a.i. Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 16. Juni 1989, Zl. 239-Red/89, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 225.01.01/19-II.1/89.

nicht zu erwarten. Sowjetische Strukturprobleme seien ernst und Berichterstattung der BRD-Botschaft zeige wachsende Beunruhigung. Gesprächspartner sah daher mit Sorge die übertriebenen Hoffnungen nach dem Gorbatschow-Besuch und die daraus folgende Gorbi-Enthusiasmus [sic!]. Es sei positiv, dass Gorbatschow diese Stimmung nicht zu neuen propagandistischen Abrüstungsinitiativen nutze. Aufgrund dieser Stimmung gebe es einerseits großes Risiko, dass diese deutsche Reaktion von den BRD-Verbündeten falsch oder überinterpretiert würde, teils die Gefahr, dass im Falle einer Enttäuschung dieser Erwartungen das Pendel in die andere Richtung ausschlagen könnte. China habe gezeigt, dass Entwicklung in einem kommunistischen Ein-Parteien-Staat nicht unwiderruflich sei. Dies gelte nicht nur für SU, fraglich sei auch, ob polnische und ungarische KP tatsächlich ihren Machtanspruch aufgeben würden (Signale aus Budapest deuten auch in eine andere Richtung).

Gorbatschows Besuch wird politischer Stimmung in der BRD, EG offen zu halten und insbesondere nicht mit Verteidigungspolitik zu belasten, weitere Nahrung geben.

Loibl

Dok. 44: Bericht. Gorbatschows BRD-Besuch und die DDR, 26.6.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 26. Juni 1989, Zl. 153-RES/89, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 225.01.01/25.II.3/89¹

„Gorbasmus“ in der DDR?

Noch am 15. Juni 1989 setzt die Wiener Kronen Zeitung² „die DDR-Führung in Panik: Gorbi-Volksfest an Rhein und Ruhr!“ Am ersten Tag des Besuches von Gorbatschow in der BRD überstürzen sich manche Blätter der BRD mit Überschriften, wonach das „Neue Deutschland“ den Besuch von Gorbatschow in der

- 1 Als Sachbearbeiter des Berichts fungierte Botschaftsrat Gesandter Lorenz Graf. Der von der Abteilung II.3 bearbeitete Bericht lag im BMAA mit einiger Verzögerung dem Leiter der Abteilung II.1, Gesandten Johann Plattner (gesehen am 6. Juli 1989), Legationsrat Josef Litschauer (7. Juli 1989), Legationssekretär Hans Peter Manz (11. Juli 1989) sowie der Abteilung III.7 (gesehen von Gesandten Erich Binder am 26. Juli 1989) vor. Am 3. Juli 1989 wurde er an die österreichischen Botschaften in Moskau und Bonn, die Delegation Berlin und das Generalkonsulat Hamburg weitergeleitet. Die Unterstreichungen entsprechen dem Original.
- 2 Gorbi-Volksfest an Rhein und Ruhr setzt die DDR-Führung in Panik!, in: Kronen-Zeitung, 15. Juni 1989, S. 2. Der Artikel nahm insbesondere auf die Rede Margot Honeckers anlässlich der Eröffnung des IX. Pädagogischen Kongresses Bezug, siehe dazu ausführlich Dok. 46.

BRD totschweigt. Schon zwei Tage darauf meint die „Süddeutsche Zeitung“³, dass keine Bedenken gegen den Besuch Gorbatschows in Bonn bestehen und dass die DDR-Medien sachgerecht berichten.

Selbstverständlich ist ein Besuch eines sowjetischen Staats- und Parteichefs in Bonn allemal gut für das Auftreten gewisser Ängste in der DDR-Führung. Der wirtschaftlich doch um so viel potentere andere deutsche Staat kann allemal die Brücke über die DDR nach Moskau schlagen. Um einiges mehr Aufregung hat der Besuch Gorbatschows im Vorfeld verursacht, da der wirtschaftliche Entwicklungswunsch und -bedarf Moskaus hoch wie nie zuvor sich darstellt und in der Person von Gorbatschow außerdem ein politisch flexibler Mann gesehen wird, der auch in der Lage ist, die Beziehungen zu dieser europäischen Wirtschaftsmacht nutzbringend für die UdSSR auszugestalten. Leichte Verärgerung hat auch die Form und das Datum des Besuches des sowjetischen Außenministers praktisch am letzten Tag vor dem Beginn des Besuches Gorbatschows in Bonn ausgelöst (Zl. 133-RES/89 vom 14. Juni 1989).⁴

Die Veröffentlichung der (west)deutsch-sowjetischen Gemeinsamen Erklärung im „Neuen Deutschland“⁵ und in anderen Tageszeitungen der DDR hat offensichtlich so manchen Medienbeobachter in der BRD überrascht. Fraglich ist tatsächlich, ob umgekehrt eine solche Erklärung im Wortlaut in den westlichen Medien veröffentlicht worden wäre. Die DDR ging sogar noch einen Schritt weiter, indem der offizielle Sprecher des Außenministeriums der DDR, Botschafter Wolfgang Meyer, den Besuch Gorbatschows in der BRD als einen bedeutenden Beitrag für die Wahrung und Stabilisierung des Friedens in Europa wertete.⁶

Genugtuung hat die DDR empfunden über das Bekenntnis zur Achtung der territorialen Integrität, Souveränität und Sicherheit eines jeden Staates. Keine Mühe hatte die DDR ebenfalls mit der Selbstbestimmung der Völker, da die Bürger der DDR ihre „freie Wahl“ des Gesellschaftssystems ja bekanntlich schon getroffen haben. Beruhigung konnte man auch feststellen über die Worte Gorbatschows zu der Berliner Mauer. Leicht nuanciert verwendete er hier die Worte von Staatsratsvorsitzenden Honecker, wonach die Mauer ebenso lange bestehen bliebe, als die Voraussetzungen hierfür bestehen. Der Besuch Gorbatschows und die Erklärung in Bonn haben somit Ängste in der DDR sogar zerstreut, und die

3 In der Wochenendausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 16./17./18. Juni 1989 konnte keine entsprechende Aussage gefunden werden, wohl aber der Hinweis auf Ausführungen Gorbatschows während der Pressekonferenz: „Offenbar eingedenk mißtrauischer Pressekommentare in anderen westlichen Ländern und auch angesichts der Zurückhaltung in der DDR betonte Gorbatschow, daß die Vereinbarungen mit der Bundesregierung „niemanden bedrohen und niemandem schaden.“ Siehe „Vereinbarungen mit Bonn bedrohen niemanden“, in: Süddeutsche Zeitung, S. 1.

4 Siehe Dok. 40.

5 Siehe Dok. 41, Anm. 3. Für den Abdruck im SED-Zentralorgan siehe: Neues Deutschland, 14. Juni 1989, S. 2.

6 Diese Passage wurde in der Abteilung II.3 am Seitenrand handschriftlich markiert.

gemachten Äußerungen zeigen sich durchaus brauchbar für die Argumentation aus hiesigem Blickwinkel.

Nicht zustimmen kann man der Aussage eines Kollegen der hiesigen Ständigen Vertretung der BRD, wonach die Bevölkerung der DDR ebenfalls in „Gorbasmus“ verfallen sei. Der Besuch wurde mit (großem) Interesse verfolgt und die Ergebnisse durchaus begrüßt. Die Sympathie dafür, was Gorbatschow repräsentiert, kam offen zum Ausdruck. Überschwang konnte man jedoch – zum Unterschied zu der BRD – nicht feststellen.

Ambivalent bleibt das Verhältnis der DDR zur möglichen und ins Auge gefassten Intensivierung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet. Berechtigt sind die Befürchtungen, dass die Stellung der DDR gegenüber Moskau als am weitesten entwickelter Industriestaat im sozialistischen Lager beeinträchtigt werden könnte. Umgekehrt kann sich die DDR-Volkswirtschaft unterschwellig davon eine geringe „Entlastung“ erwarten, da sie unter Umständen in geringerem Maße zu zum Teil als Bürde empfundenen Lieferungen an die UdSSR herangezogen werden wird. Darüber hinaus ist man sich in hiesigen Wirtschaftskreisen durchaus bewusst, dass die DDR weder in ihrer Kapazität noch in ihrem Niveau in der Lage ist, anspruchsvollen Lieferwünschen der UdSSR nachzukommen.

Alles in allem ist der Besuch von Gorbatschow in Bonn glimpflich und ohne „Gorbasmus“ für die DDR verlaufen. Der Staatsratsvorsitzende wird für den Hausgebrauch ein schönes Ergebnis seines am 27. Juni beginnenden Besuches in der UdSSR⁷ vorweisen können. Der unabdingbare Besuch Gorbatschows im Jubiläum und vielleicht am Tag der Gründung der DDR (7. Oktober)⁸ wird sich wohl als neuerliche Gelegenheit präsentieren, das enge Verhältnis und die Sonderstellung der DDR herauszustreichen. Bleibt lediglich als leichte Variable die Frage, wie die Bevölkerung auf den fälligen Besuch Gorbatschows reagieren wird.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger m. p.

7 Erich Honecker besuchte vom 27. Juni bis 1. Juli 1989 die Sowjetunion, siehe auch Dok. 40, Anm. 14.

8 Gorbatschow besuchte die DDR anlässlich des 40. Jahrestages am 6./7. Oktober 1989 und forderte die DDR-Führung nachdrücklich zu Reformen auf. Siehe dazu die Dokumente 20–21 in: Honecker – Gorbatschow und Dokumente 46–47, in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage.

Dok. 45: Gespräch Mock – Horn, 26.6.1989

Amtsvermerk, Botschafter Erich Maximilian Schmid, Wien, 28. Juni 1989, ÖStA, AdR, II-Pol 1989, GZ. 222.18.23/35-II. SL/89¹

Offizieller Besuch von AM Horn; Gespräche mit HBM,² 26.6.1989; Internationale Themen

Internationale Fragen wurden während des Arbeitsfrühstücks und des Arbeitsgesprächs am 26.6.1989 erörtert. Dabei wurden folgende Themen angeschnitten:

1. Westeuropäische Integration:

1.1 Ungarische Teilnahme: Für AM Horn sind europäische Integrationsprozesse aus „objektiven Gründen“ zustande gekommen. Er zeigte sich besorgt über eine mögliche Abschottung nach außen, v. a. seitens der EG. Allerdings gebe es innerhalb der 12 keine einheitliche Haltung zu Nicht-Mitgliedern, v. a. Osteuropa. Ungarn strebe kurzfristig ein Abkommen über Zollpräferenzen mit der EG an, wie es Jugoslawien habe,³ und mittelfristig ein echtes Freihandelsabkommen (hiezuh wäre aber eine vorhergehende Liberalisierung der ungarischen Wirtschaftsordnung und die Konvertibilität des Forint erforderlich). Gleichzeitig wolle Ungarn seine Zusammenarbeit mit der EFTA intensivieren, wobei es sich eine gemeinsame Erklärung wie die gegenüber Jugoslawien vorstellen könne. Ein Sonderfonds der EFTA für Ungarn sollte geschaffen werden (Größenordnung 80–100 Mio. Dollar), was realistischerweise zwar nicht „die Sanierung“ der ungarischen Wirtschaft bewirken könnte, aber doch Impulse für viele Unternehmen geben würde. Was den Europarat betreffe, sei Ungarn über die erreichte Annäherung zufrieden und hinsichtlich einer Vollmitgliedschaft „nicht ungeduldig“.⁴

1 Der vom Leiter der Sektion II im BMAA, Schmid, genehmigte Aktenvermerk erging an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionen III und IV, die Gruppe I.A., alle Abteilungen der Sektion II sowie an die österreichischen Auslandsvertretungen gemäß Liste „KSZE“.

2 Alois Mock.

3 Jugoslawien und die EG hatten am 2. April 1980 ein Kooperationsabkommen unterzeichnet, das einen Quantensprung in der wirtschaftlichen Kooperation zwischen Belgrad und Brüssel bedeutete. Das neue Abkommen sah die Abschaffung von Zöllen für 70 % der jugoslawischen Industrieprodukte bis 1984 vor. Die Zollfreiquote für Kalbfleisch wurde von 13.000 auf 35.000 Tonnen angehoben. Ebenso erfolgte eine Erhöhung für Tabak, Wein und Kirschen. Jugoslawische Industrieprodukte – mit der Ausnahme von 29 Waren wie Düngemittel, Textilien, Cellulose und einige Stahlprodukte – wurden fortan ohne Quoten und Zoll gehandelt. Zudem erhielt Jugoslawien 200 Millionen Dollar an Investitionsmitteln zugesagt. Die jugoslawischen Arbeiter sollten keine Diskriminierung aufgrund ihrer Nationalität, im Vergleich zu Staatsbürgern der Mitgliedstaaten, erfahren.

4 Am 8. Juni 1989 war Ungarn der Beobachterstatus im Europarat gewährt worden.

Der HBM sagte die politische Unterstützung für die ungarischen Bestrebungen auf Annäherung an die EFTA zu, berichtete kurz über unsere Aktivitäten hinsichtlich Jugoslawiens und warf die Frage auf, ob nicht ein größerer Fonds für alle reformwilligen osteuropäischen Staaten geschaffen werden könnte.

1.2 Österreich – EG: Der HBM informierte AM Horn über die weitere Vorgangsweise nach der Einigung der Koalitionspartner.⁵

AM Horn unterstrich, dass Ungarn dem angestrebten EG-Beitritt Österreichs grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Die Sorge gelte der Erhaltung der besonderen Qualität der bilateralen Beziehungen.

Der HBM betonte, dass die österreichische Europapolitik auf zwei Säulen ruhe: der Teilnahme an der westeuropäischen Integration (EG/EFTA/ER) und der Nachbarschaftspolitik (im weiteren Sinne). Im Hinblick auf den Stand und die absehbare Entwicklung der EG sehe er – auch wenn gewisse Probleme nicht ausgeschlossen werden könnten – keinen Grund für ungarische Besorgnisse.

2. KSZE:

AM Horn meinte, dass noch niemals zuvor so positive Aussichten für eine Einigung in der Abrüstungsfrage bestanden hätten, „der Teufel sitze aber im Detail“. Als Beispiel nannte er die Probleme mit den Luftstreitkräften („nicht alles sei in einem Arbeitsgang lösbar“). Erforderlich sei jedenfalls ein neuer politischer Impetus, der durch eine gemeinsame Erklärung auf hoher Ebene, am besten schon im Herbst d. J. erfolgen könnte.

Der HBM stimmte dem zu und erinnerte an den Vorschlag Außenminister Schewardnades, eine Tagung auf Ebene der Staats- und Regierungschefs abzuhalten.⁶ Er erläuterte die pragmatische Rolle der N+N-Staaten, die derzeit eher Zurückhaltung übten, aber trotz der Schwierigkeiten der internen Konsensfindung für Krisensituationen stets als Vermittler zur Verfügung stünden. AM Horn wollte die mangelnde Übereinstimmung über ein Abschlussdokument bei der Pariser Tagung⁷ nicht dramatisieren. Man solle das Konsensprinzip nicht aufgeben, obwohl es auch Nachteile habe, indem es ein bis zwei Ländern die Möglichkeit eröffne, Entscheidungen zu verhindern (Hinweis auf Rumänien). Er wies auf die

5 Es ging hier um die Abstimmung in der Großen Koalition aus SPÖ und ÖVP über die Formulierung des EG-Beitrittsantrags und vor allem um die Platzierung und Betonung des Neutralitätsvorbehalts. Der „Brief nach Brüssel“ vom 14. Juli wurde dann am 17. Juli 1989 in Brüssel von Außenminister Alois Mock dem Ratsvorsitzenden Roland Dumas überreicht. Siehe dazu auch Dok. 7, dort den Abschnitt „Österreichs Teilnahme am Prozess der Europäischen Integration“ und Anm. 22.

6 Es ist unklar, wann Schewardnadse diesen Vorschlag machte. Er wird üblicherweise Gorbatschow zugeschrieben, der ab Herbst 1989 regelmäßig einen KSZE-Gipfel anregte. Vermutlich hatte Schewardnadse dies bereits im Rahmen eines der KSZE-Treffen in Wien in der ersten Jahreshälfte 1989 getan.

7 Das 1. Treffen der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE fand vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 in Paris statt und endete ohne Schlussdokument.

große Bedeutung der gemeinsamen Erklärung BRD/Sowjetunion vom 13.6. d. J.⁸ hin, in welcher der Zwang zur Änderung der internen politischen Rahmenbedingungen in der Sowjetunion festgeschrieben worden sei. Der HBM unterstrich den „Sprung nach vorne“, den das Wiener Schlussdokument⁹ mit sich gebracht habe, sodass in Paris wenig Neues zu erwarten gewesen sei. Wahrscheinlich werde auch Kopenhagen¹⁰ keine großen Fortschritte bringen, die sich die Sowjetunion wohl für das Moskauer Treffen 1991¹¹ vorbehalten werde. Bis dahin sollte die Realität in den einzelnen Staaten an das Wiener Dokument¹² herangeführt werden.

[...]¹³

4. Entwicklungen in Osteuropa:

4.1 Warschauer Pakt: AM Horn qualifizierte die Entwicklung als Differenzierungsprozess. Trotz dahingehender Tendenzen handle es sich noch nicht um eine Desintegration. Die reformorientierten Mitglieder seien aufeinander angewiesen und müssten ihre Zusammenarbeit intensivieren. Die politischen Zielsetzungen des WP¹⁴ müssten daher festgelegt werden, wobei Ungarn eine Modernisierung, nicht eine Desintegration anstrebe. Der WP sollte in Zukunft

- die Verteidigungspolitik koordinieren (wobei eine umfassende Neugestaltung auch eine Neuordnung des Verhältnisses der gemeinsamen und nationalen Streitkräfte umfassen sollte),
- die grundsätzliche Haltung zu internationalen Fragen festlegen und
- darüberhinaus die Souveränität der Mitgliedstaaten wahren (in inneren Angelegenheiten, bilateralen Fragen sowie bei der Wahrung nationaler Interessen gegenüber Drittstaaten und Integrationsräumen).

Diese Fragen werden beim WP-Treffen Anfang Juli d. J. in Bukarest¹⁵ besprochen werden. Der WP sei nie monolithisch gewesen, jetzt verschwinde auch der An-

8 Siehe Dok. 41, Anm. 3.

9 Das III. KSZE-Folgetreffen fand von 4. November 1986 bis 19. Jänner 1989 in Wien statt. Das abschließende Dokument des Wiener Folgetreffens wurde am 15. Jänner 1989 unterzeichnet und enthielt die bis dahin weitreichendsten Vereinbarungen auf humanitärem Gebiet. Siehe „Abschließendes Dokument“ des III. KSZE-Folgetreffens in Wien vom 15. Jänner 1989, in: 20 Jahre KSZE, S. 106–143.

10 Das 2. Treffen der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE fand vom 5. bis 29. Juni 1990 in Kopenhagen statt. Für das Abschlussdokument siehe: Dokument des Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE in Kopenhagen vom 29. Juni 1990, in: 20 Jahre KSZE, S. 270–289.

11 Das 3. Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE fand von 10. September bis 4. Oktober 1991 in Moskau statt. Siehe auch Dok. 34, Anm. 8.

12 Siehe Anm. 9.

13 Ausgelassen wurde der Abschnitt zu Regionalen Konflikten in Namibia/Südafrika, im Nahen Osten und in Chile.

14 Warschauer Pakts.

15 Das Treffen des Warschauer Pakts fand am 7. und 8. Juli 1989 in Bukarest statt. Siehe dazu Dok. 47.

schein: die interne Lage einzelner WP-Staaten (z. B. Rumänien) widerspreche der allgemeinen Entspannung; die Reformversuche auf nationaler Ebene führten zu Spannungen mit jenen Staaten, die den Pluralismus nicht akzeptieren. Das Problem dabei sei, dass Konservative die Legitimität der neuen Strukturen in Frage stellten (z. B. ČSSR gegenüber Ungarn).

4.2 Ungarn-Sowjetunion: Die Entwicklung in der SU sei für Ungarn außerordentlich wichtig. SU unterstütze Ungarn maximal. Die Situation in der SU sei – v. a. wirtschaftlich – viel schwieriger als in Ungarn. Die Beziehungen seien derzeit durch die Vergangenheitsbewältigung (nicht nur 1956, sondern auch 1968) geprägt, was manche andere Verbündete irritiere. Dieser Prozess könne nicht ad infinitum fortgesetzt werden und sollte noch 1989 abgeschlossen sein. Die Beziehungen müssten „modernisiert“ werden.

4.3 Ungarische Reformpolitik: Ungarn forcieren den Änderungsprozess bewusst, um die günstigen inneren und äußeren Rahmenbedingungen auszunützen. Bei allem Optimismus sei ein Rückschritt möglich. Ungarn müsse daher so viel wie möglich absichern, in der Innenpolitik (z. B. Parteiengesetz zur Überwindung des Einparteiensystems)¹⁶ ebenso wie in seinen internationalen Beziehungen.

4.4 Österreichische Haltung: Der HBM erläuterte die Grundsätze der österreichischen Haltung zu Reformbestrebungen:

- es handle sich um souveräne Entscheidungen der jeweiligen Staaten;
- Österreich unterstütze Reformen (Polen, Ungarn, SU) im Rahmen seiner Möglichkeiten;
- diese Unterstützung dürfe nicht irritieren (wobei er für allfällige Hinweise immer dankbar wäre);
- die Öffnung Osteuropas entwerfe keineswegs die Rolle Österreichs, sondern weite seine Möglichkeiten aus;
- diese Entwicklung verringere die Systemunterschiede und stärke – weil spannungsmindernd – Frieden und Stabilität in Europa;
- die österreichische Neutralität ermögliche einen qualifizierten Beitrag dazu.

16 Nach der prinzipiellen Akzeptanz eines Mehrparteiensystems durch die reformorientierte ungarische Führung im Februar 1989 und der darauffolgenden geduldeten Entstehung bzw. Wiederentstehung oppositioneller politischer Parteien wurde im Juni ein Runder Tisch gebildet und ein Dialog zwischen Opposition und Regierung in Angriff genommen der bereits am 18. September abgeschlossen war. Die formal entscheidenden Schritte erfolgten auf der Parlamentssitzung vom 17. bis 20. Oktober 1989 auf der die sogenannten „Eckgesetze“ angenommen wurden: Gesetz über die Verfassungsänderungen (Gesetz Nr. XXXI des Jahres 1989), Gesetz über das Verfassungsgericht (Gesetz Nr. XXXII des Jahres 1989), Parteiengesetz (Gesetz Nr. XXXIII des Jahres 1989), Gesetz über den Staatspräsidenten (Gesetz Nr. XXXV des Jahres 1989) und Gesetz über das Parlamentswahlrecht (Gesetz Nr. XXXIV des Jahres 1989). Vgl. dazu Andreas Schmidt-Schweizer, Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteiherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase, München 2007.

Aus der Entwicklung ergäben sich Chancen zur Überwindung der Phase der „friedlichen Koexistenz“, der nun eine Phase breiter Kooperation folgen könne. Langfristig könnte dies zur dritten Phase, zum „Gemeinsamen Europäischen Haus“, führen.

Wien, am 28. Juni 1989

Schmid m. p.

Dok. 46: Bericht. Neues Denken in der SED?, 26.6.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 26. Juni 1989, Zl. 151-RES/89, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

DDR; Das alte Reden (Denken): IX. Pädagogischer Kongress – 8. Tagung des ZK der SED

Am IX. Pädagogischen Kongress der DDR (13. bis 16. Juni 1989) hielt der Minister für Volksbildung, Margot Honecker, (Noch-)Ehefrau des Staatsratsvorsitzenden, das Grundsatzreferat,² das sich nahtlos den schönen (alten) Worten im Jubeljahr (40 Jahre DDR) einfügte [sic!]. Schon der Vortrag des Referates, der fünf Stunden in Anspruch nahm, stellt eine – physische – Leistung dar. Die einseitig ideologischen rosa Töne erinnern an Ausdrucksweisen, die auch im Sozialismus etwa vor Jahrzehnten üblich waren. Margot Honecker versäumte nicht, gleich einleitend darauf hinzuweisen, dass Bildung ein grundlegendes Menschenrecht sei und dass dieses (selbstverständlich) in der DDR verwirklicht sei.

Manch ein Zuhörer/Leser fragt sich, wozu die Referentin auf die Gefahren hinweist, die dem Sozialismus drohen („Hinter dem demagogischen Geschwätz

1 Als Sachbearbeiter des Berichts fungierte in der Botschaft Gesandter Lorenz Graf. Im BMAA wurde der Bericht in der Abteilung II.3 bearbeitet. Abteilungsleiter Gesandter Ernst Sucharipa antwortete auf diesen Bericht am 4. Juli 1989 folgendes an die Botschaft: „Der oz. Bericht wurde mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen; dies gilt insbesondere für die im letzten Absatz enthaltene Einschätzung, der zufolge in mittleren Bereichen von Partei und Bürokratie in der DDR in nicht unbeträchtlichem Ausmaß eine Bereitschaft, zum neuen Denken konstatiert werden kann, sodass eine allfällige Änderung des politischen Kurses (offensichtlich nach eingetretener Generationenablöse) relativ leicht möglich erschiene. Auch die do. Einschätzung betreffend die Sonderproblematik ‚Selbstverständnis der DDR‘ wird ho. geteilt. Eine diesem Fragenkomplex gewidmete gelegentliche ausführliche Stellungnahme (konkrete Anzeichen, Persönlichkeiten etc.) würde ha. großes Interesse finden.“ (Für den Bundesminister) Gesandter Ernst Sucharipa an die österreichische Botschaft Berlin, Wien, 4. Juli 1989, 179-Res/89, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24, GZ. 43.03.00/5-II.3/89.

2 Unser sozialistisches Bildungssystem – Wandlungen, Erfolge, neue Horizonte. Referat von Margot Honecker, Minister für Volksbildung, in: Neues Deutschland, 14. Juni 1989, S. 2–9.

von Leuten, die früher das Wort Sozialismus nicht einmal aussprechen konnten, verbirgt sich nur zu offensichtlich, dass sie die Rückkehr zu bürgerlichen Verhältnissen anpreisen. Den Gegnern des Sozialismus wird es nicht gelingen, den Kommunismus einzudämmen, den Sozialismus zu beseitigen.“). Man habe kein Recht, die Jugend der DDR in der Illusion aufwachsen zu lassen, es gebe keine Feinde mehr in dieser Welt und der Klassenkampf sei beseitigt. Revolutionäre Erziehung, Erziehung zu Kämpfen sei vonnöten. Denn unter dem Motto der Vielfalt versuchten Konterrevolutionäre ihr Süsschen zu kochen. Dies müsse man der Jugend noch besser vom Klassenstandpunkt aus erklären. „Da alle dem Sozialismus feindlichen Kräfte erneut auf den Plan getreten sind, um den Sozialismus aufzuhalten, braucht diese Zeit eine Jugend, die kämpfen kann, die den Sozialismus verteidigt – wenn nötig mit der Waffe in der Hand.“ Neue Klassenkämpfe seien vorprogrammiert. Hinter glitzernden Fassaden zeigen sich immer deutlicher Fäulniserscheinungen einer niedergehenden Gesellschaft, die die Leninsche Erkenntnis bestätigen, dass der Imperialismus das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus sei.

Hiesige Pädagogen, die an dem Kongress nicht teilnahmen, konnten nur stoisch resigniert den Kopf schütteln, wenn sich der Kongress selbst bescheinigte, dass er sich in „Ehrlichkeit und Offenheit konstruktiv und kritisch den Erfordernissen der Gegenwart und Zukunft gestellt hat“. Selbst für hiesige Verhältnisse war es für Schriftsteller ein sprachlicher (und auch gedanklicher) Rückfall in vergangene Zeiten. Denn gerade der Schriftsteller-Kongress³ hat im vergangenen Jahr gezeigt, dass es auch anders in der DDR geht. Sicherlich auch vor dem Kongress war bekannt, dass die oberste „Pädagogin“ der DDR seit nunmehr über 25 Jahren unnachgiebig die reine realsozialistische Lehre hütet. Bestürzt ist der Beobachter und auch etliche der Pädagogen, die nicht zum Kongress geladen waren, dass Margot Honecker gerade kurz nach der militärischen Niederschlagung des Protestes in Peking⁴ zur Verteidigung des Sozialismus mit der Waffe in der Hand aufruft. Diese orthodox-dogmatische Haltung gerade in einem für die Jugend so zentralen Bereich steht zum Teil auch im Widerspruch mit Denken und Überlegungen im mittleren Bereich der SED, wo dem „Imperialismus“ Friedensfähigkeit zugestanden wird. Selbst das für diesen Ideologiestaat DDR so wichtige Feindbild wird in Parteikreisen in Überlegungen einbezogen. Margot Honecker steht mit ihrem Festhalten und Unterstreichen des Feindbildes „Imperialismus“ in bester Gesellschaft von harten Militärkreisen. Politischer Wandel hat in vielen Köpfen der DDR (und darunter nicht wenige Mitglieder der SED bis in den mittleren Bereich) begonnen. Nicht dekretiert wird er allerdings im so wichtigen zentralen Bereich der Schule und Ausbildung.

3 Der X. Schriftstellerkongress der DDR fand von 24. bis 26. November 1987 in Ost-Berlin statt.

4 Am 3. und 4. Juni 1989 hatte die chinesische Führung die Proteste am Tiananmen-Platz durch das Militär gewaltsam und blutig niederschlagen lassen. Die SED rechtfertigte das Vorgehen der chinesischen Führung.

In den Rahmen dieses Redens (und Denkens) passt nahtlos der Berichterstat-ter der 8. Tagung des Zentralkomitees der SED, Joachim Herrmann,⁵ der unter anderem „die in die Zukunft weisenden Beratungen auf dem IX. Pädagogischen Kongress“ als Beispiel bringt, wie stark die Werte des Sozialismus im Volk verankert seien. Fast ist man versucht, sich die Augen zu reiben, wenn man weiter liest, dass auch das Votum für die Politik der SED bei den Kommunalwahlen⁶ ein Markstein in der Berichtsperiode sei. Auch Joachim Herrmann weist in seinem Referat auf den „politischen, ideologischen und ökonomischen Druck auf sozia-listische Länder“ hin, den gewisse Politiker kapitalistischer Länder ausüben, um sozialistische Länder zur Übernahme kapitalistischer Gesellschaftsvorstellungen zu veranlassen. Er scheut sich nicht, die Angst und den Unmut der Führung der DDR ausdrücklich mit Namen zu bezeichnen: „In diesem Zusammenhang erfüllt uns die Entwicklung in Ungarn mit großer Sorge.“

Zu den Ereignissen in China stellt Joachim Herrmann fest, dass die DDR im Gegensatz zu westlichen Horrormeldungen zur objektiven Information alle ent-sprechenden Verlautbarungen und Erklärungen der Partei und Staatsführung Chinas veröffentlicht hat. Viele Beobachter in der DDR haben sich wohl dieser „objektiven Information“ nicht angeschlossen, sondern waren erschüttert über das brutale Vorgehen der chinesischen Militärs und sehen darin einen Rück-schritt und eine Gefahr für die auf Reformen eingestellten sozialistischen Länder und für Gorbatschow selbst.

Etwas überraschend ist in dem Bericht von Joachim Herrmann, dass der (ideo-logische) Erzfeind BRD insgesamt positiv wegkommt. Er mahnt lediglich die um sich greifenden Aktivitäten neonazistischer Kräfte ein, die allerdings nicht nur die DDR und die SED beunruhigen.

Das „Hauptkampffeld“ der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erhält vom Berichterstat-ter durchwegs gute bis sehr gute Zensuren. Kritik an den Unzu-länglichkeiten in der Volkswirtschaft und in der Versorgung kommt kaum und nur in sehr milder Form zutage. Dem Konsumenten muss es als Hohn anmuten, wenn Joachim Herrmann meint, dass „die Versorgung der Bevölkerung mit Ge-müse nicht durchgehend im vollen Sortiment gewährleistet war“. In einigen süd-

5 Joachim Herrmann, Mitglied des Politbüros des ZK der SED (1978–1989) und zuständig für Medien, befreundete Parteien, Blockparteien und die Nationale Front, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 wurden von der SED in gewohnter Manier zur Akkla-mation der von ihr aufgestellten Kandidaten inszeniert. Neben allerlei Maßnahmen zur „He-bung der Stimmung“ wurden auch mehr als eine Million Wahlveranstaltungen durchgeführt. Bereits im Rahmen dieser wurde Kritik am Wahlsystem geübt, was unter anderem zur Umbe-setzung einiger Kandidatenlisten führte. Als Egon Krenz am Wahlabend das übliche Ergebnis von fast 99 % Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von ebenfalls fast 99 % verkündete, war das Entsetzen über die unveränderte Vorgehensweise der SED groß, gleichzeitig war aber auch klar, dass man die Wahlfälschung diesmal zweifelsfrei belegen konnte. Darauf folgten erste Demonstrationen, in den Wochen danach wurden erste Dokumentationen über das Ausmaß der Wahlfälschung veröffentlicht. Fortan war jeder gesellschaftliche Protest mit einem Ver-weis auf die gefälschten Ergebnisse verbunden.

lichen Bezirken des Landes war über Wochen hindurch lediglich Kraut in allen Farbvariationen (Weißkraut, Rotkraut, Blaukraut) zu erhalten und selbst dieses dem Deutschen als typisch nachgesagte Gemüse wurde laut kritischen Briefen einiger Bewohner dieser Bezirke „wie eine exotische Frucht gehandelt“.

Auch sein Bericht ist einerseits von Verteidigung gegenüber den stärker werdenden Kräften des Imperialismus („Der Klassengegner versuchte stärker als in der Vergangenheit, über westliche elektronische Medien die Wahlen in der DDR negativ zu beeinflussen und Gegenkräfte zu mobilisieren.“) sowie andererseits von der „Sieghaftigkeit des Sozialismus“ geprägt. In den Worten, dass „in einem langen schweren Kampf den historischen Gesetzmäßigkeiten folgend sich der Übergang von Kapitalismus zu Sozialismus vollzieht“, schwingt die Angst mit, dass in einigen sozialistischen Staaten möglicherweise das Gegenteil im Gange sein könnte.

Im Jahr des „historischen Ereignisses: 40 Jahre Deutsche Demokratische Republik“ kann und darf nur sein, dass „auf deutschem Boden in der Heimat von Karl Marx und Friedrich Engels der Sozialismus für immer und unwiderruflich verwurzelt ist.

Im „Jubeljahr“ (40 Jahre DDR) kann und darf nur Feierstimmung herrschen. Die Veränderungen in einigen sozialistischen Nachbarländern verunsichern naturgemäß die Führung der DDR. Die alte Sprache (und in den obersten Köpfen wohl auch das alte Denken) dieser beiden Ereignisse machen deutlich, dass sich die DDR verstärkt in trotzig-eine Verteidigungsstellung eingräbt, wobei auch in gehobenen Kreisen der Partei- und Staatsführung nicht unbemerkt bleibt, dass die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten im Lande sich verstärkt haben.

Bis zum XII. Parteitag im nächsten Jahr⁷ wird jedoch auch mit dem gegenwärtigen Instrumentarium der Kurs weitergefahren werden können. Nicht übersehen darf man allerdings dass hinter diesem alten Reden die Bereitschaft zum neuen Denken in nicht unbeachtlichen Ausmaß auch im mittleren Bereich der Partei und der Bürokratie eingezogen ist. Eine allfällige Änderung könnte somit – mit Ausnahme der Gestrigen – fast aus dem Stand vollzogen werden. Das große Fragezeichen für diesen sozialistischen Staat ist allerdings die Untermauerung und das Selbstverständnis dieses Staates: Polen wird immer Polen bleiben. Ungarn wird immer Ungarn bleiben. Was ist mit der DDR ohne ideologisch prononcierte Ausrichtung und Abgrenzung?

Der Botschafter:
(Wunderbaldinger)

7 Der XII. Parteitag der SED wurde zunächst vom Mai 1991 auf 15. bis 19. Mai 1990 vorverlegt. Nach dem Mauerfall wurde er auf Dezember 1989 vorverlegt. Siehe dazu Dok. 93 und 97.

Dok. 47: Bericht. DDR-Sicht auf die Tagung des Warschauer Pakts, 11.7.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 11. Juli 1989, Zl. 173-RES/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

Haltung der DDR zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Pakt-Staaten²

Die DDR wertet die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses als Erfolg, da auf dem Gipfel in Abrüstungsfragen Einigung erzielt werden konnte. Die Warschauer Pakt-Staaten haben sich für weitreichende Abrüstungsschritte bei den atomaren, chemischen und konventionellen Waffen ausgesprochen. In der Abschlusserklärung unter dem Titel „Für ein stabiles und sicheres Europa, frei von nuklearen und chemischen Waffen, für eine wesentliche Reduzierung der Streitkräfte. Rüstungen und Militärausgaben“ – wurden die auf dem NATO-Gipfel in Brüssel vorgebrachten Vorschläge für eine Reduzierung der Truppenstärke und der konventionellen Waffen begrüßt, da diese Vorschläge den Positionen der sozialistischen Länder entgegenkämen. Der Warschauer Pakt sei entschlossen, alles zu tun, um in Wien so schnell wie möglich zu positiven Ergebnissen zu kommen. Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen (VKSE)³ könnten erste Abkommen im Laufe des Jahres 1990 getroffen werden.

- 1 Über die Verarbeitung des Berichts im BMAA konnte nichts in Erfahrung gebracht werden. Dort hielt man in einer Kurzanalyse zum Gipfeltreffen als abschließende Wertung fest: „Das jährliche Gipfeltreffen der Staats-, Partei- und Regierungschefs der sieben WP-Staaten fand am 7. und 8. Juli d. J. in Bukarest statt. Vorbereitung und Verlauf standen im Zeichen verstärkter Gegensätze zwischen den prononciert reformorientierten und den konservativ-orthodoxen Mitgliedern einerseits und bilateraler, über das rein ideologische hinausgehender Differenzen [...] andererseits. [...] Das östliche Militärbündnis befindet sich in einer Phase des Übergangs. Das ehemalige ‚Kommandosystem‘ macht mehr und mehr eigenen Wegen der Mitglieder Platz. Militärische Fragen treten gegenüber wirtschaftlichen (Konkurrenz zum RGW?), politisch-koordinierenden und menschenrechtlichen (mehrfacher Hinweis in den Tagungsdokumenten auf die Notwendigkeit der Durchführung der Menschenrechte und auf die UN-Menschenrechtsdeklaration, die internationalen Menschenrechtspakte und die Helsinki-Schlußakte) Fragen zurück. Dieses neue Selbstverständnis des Bündnisses läßt (gegenwärtig) auch die Möglichkeit der Teilnahme eines nicht-kommunistischen Regierungs- und/oder Staatschefs an einem künftigen Gipfeltreffen als realistisch erscheinen.“ Warschauer Pakt nach dem Gipfeltreffen von Bukarest (7./8. Juli 1989), Kurzanalyse, Gesandter Sucharipa, Wien, 13. Juli 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 701.03/14-II.3/89.
- 2 Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes fand am 7./8. Juli 1989 in Bukarest statt. Siehe: Records of the Political Consultative Meeting in Bucharest, July 7–8, 1989 (= Dokument Nr. 146), in: A Cardboard Castle?, S. 644–654.
- 3 Die Verhandlungen zum Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) basierten auf einem Mandat das am 10. Jänner 1989 im Rahmen des Wiener KSZE-Folge-treffens erteilt wurde und fanden ab 9. März 1989 in Wien statt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 anlässlich des Pariser KSZE-Gipfeltreffens zwischen den damaligen Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts geschlossen. Er trat 1992 in Kraft. Ziel war

Besorgnis wurde über die Absicht der NATO, die atomaren Kurzstreckenraketen zu modernisieren, geäußert. Dieses Problem sollte durch eigene Verhandlungen, die auf eine schrittweise Reduzierung dieser Waffen gerichtet sind, gelöst werden.

Zur Förderung des Abrüstungs- und Vertrauensbildungs-Prozesses zwischen Ost und West wurde ein Gipfeltreffen der 35 Teilnehmerstaaten an der KSZE vorgeschlagen.

Auch die Schaffung eines Zentrums zur Verringerung der Kriegsgefahr und Verhinderung eines Überraschungsangriffs in Europa, eines Organs mit Informations- und Beratungsfunktionen soll zur Festigung des Vertrauens und der Sicherheit sowie zur Erhöhung der Stabilität auf dem Kontinent beitragen.

Neben Abrüstungsfragen, in denen offenbar Einigung erzielt werden konnte, standen wie mir Vizeminister Krabatsch⁴ – Grundsatzfragen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, der mit der DDR-Delegation in Bukarest war, mitteilte, auch ideologische Differenzen und Meinungsverschiedenheiten über die künftige Entwicklung des Sozialismus auf der Tagesordnung. Die Diskussion stand im Zeichen unterschiedlicher Haltung zu den politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Veränderungen in Osteuropa.

Die Feststellung, dass jeder sozialistische Staat das Recht auf einen eigenen Weg habe und keinerlei universelle Sozialismusmodelle existieren, sowie niemand das Monopol auf Wahrheit besitze, wurde von der DDR-Delegation mitgetragen, da die DDR den Standpunkt vertritt, dass der Aufbau einer neuen Gesellschaft ein schöpferischer Prozess sei, der sich in jedem Land entsprechend seinen Bedingungen, Traditionen und Erfordernissen vollzieht. Krabatsch deutete auch eine Spaltung der sozialistischen Länder in zwei ideologische Lager an. Die Sowjetunion und Ungarn erhoffen sich von der Änderung der Eigentumsverhältnisse sowie der Entwicklung der sozialistischen Demokratie eine hohe ökonomische Effektivität, Die DDR (SED) und beispielsweise die Tschechoslowakei verfolgten hingegen ein anderes Konzept, über das sie jedoch keine öffentliche Auseinandersetzung wünschen.

Die Schlussklärung⁵ wurde seitens der DDR von Ministerpräsident Stoph unterzeichnet, da Generalsekretär Honecker wegen einer akuten Entzündung der Gallenblase Bukarest bereits am ersten Tag verlassen hat. Honecker sei aus dem Spital bereits wieder entlassen und habe seinen Jahresurlaub angetreten.

Der Botschafter:
(Wunderbaldinger)

es, in Europa ein sicheres und stabiles Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau zu schaffen und die Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und groß angelegten Offensivhandlungen in Europa zu beseitigen. Zu Vorgeschichte und Verhandlungsverlauf siehe auch Dok. 20, Anm. 10.

4 Ernst Krabatsch, stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Für ein stabiles und sicheres Europa, frei von nuklearen und chemischen Waffen, für eine wesentliche Reduzierung der Streitkräfte, Rüstungen und Militärausgaben. Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, in: Neues Deutschland, 10. Juli 1989, S. 1–2.

Dok. 48: Konsultationen der Außenministerien Österreichs und der Sowjetunion, 13./14.7.1989

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 20. Juli 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 502.16.39/1-II.3/89¹

Politischer Meinungs austausch Österreich-Sowjetunion; Arbeitsgespräche HSL II² – Botschafter Bondarenko³ (Leiter der 3. Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium) (Wien 13./14. Juli 1989)

I. Bilaterale Beziehungen

1. Allgemeine Einschätzung

Beide Seiten betonen die generell sehr positive Entwicklung und die hohe Qualität der bilateralen Beziehungen.

Bot. Bondarenko (BB): „Österreich hat einen würdigen Platz im ökonomischen und politischen Spektrum unseres Staates.“

2. Besuchs austausch

HSL: Wir hoffen auf bilateralen Schewardnadse-Besuch „in nicht allzu ferner Zukunft“, allenfalls auch in Verbindung mit „internationalem“ Besuch (KSZE).⁴

- 1 Teilnehmer auf österreichischer Seite waren der Leiter der Sektion II Erich Maximilian Schmid, Gesandter Ernst Sucharipa, Legationsrat Josef Litschauer sowie zeitweise Botschafter Martin Vukovic und Legationsrat Karl Schramek. Auf sowjetischer Seite nahmen Botschafter Alexander Bondarenko, Botschafter Gennadi Schikin, Gesandter Chotuljew, BS Kotenjaw teil. Der vom Leiter der Abteilung II.3 im BMAA, Gesandten Ernst Sucharipa, abgefasste Aktenvermerk über die Arbeitsgespräche erging an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, alle Sektionsleiter, die Sektionen III (zur weiteren Verwertung), IV, V (zur weiteren Verwertung), die Abteilungen I.3 (zur weiteren Verwertung), II.1, II.2, II.7, II.8, II.9, die österreichische Botschaft in Moskau und die österreichische Botschaft in Bonn (wegen Teil II).
- 2 Erich Maximilian Schmid, Leiter der politischen Sektion (Sektion II) im BMAA (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 3 Alexander Bondarenko, Leiter der Abteilung 3 (Europa) im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1971–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 4 Schewardnadse hatte sich anlässlich der Außenministertreffen der KSZE-Staaten zum Abschluss des Wiener Folgetreffens (Jänner) und der Eröffnung der Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen sowie über Konventionelle Streitkräfte in Europa (März) in Wien aufgehalten und war bei dieser Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit Bundeskanzler Vranitzky und Außenminister Mock zusammengetroffen. Im Jahr 1990 waren die beiden Außenminister auf verschiedenen internationalen Konferenzen und bei sonstigen Ereignissen zu kurzen Gesprächen zusammengetroffen. (Zum Zusammentreffen im Rahmen des KSZE-Außenministertreffens in New York am 1./2. Oktober 1990 siehe: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 225.02.02/12-II.3/90) Das nächste Gespräch in Wien fand am 18. Oktober 1990 in Wien statt, als ein Zusammentreffen Schewardnadses mit dem französischen Außenminister Roland Dumas Gelegenheit dazu bot. Siehe dazu Dok. 178.

Ryschkow-Einladung⁵ wird in Erinnerung gerufen, Hoffnung auf Gorbatschow-Besuch zum Ausdruck gebracht.

BB: Wir hoffen, dass sich die Gelegenheit zur Kombination eines bi- mit einem multilateralen AM-Besuch bietet. Dies gilt auch für allfälligen Gorbatschow-Besuch. („Vielleicht in Verbindung mit KSZE-Gipfel. Wien hat einen solchen durchaus verdient.“ Österreich sollte auf NATO „Einfluss“ zur Realisierung eines KSZE-Gipfels üben.)⁶

[...] ⁷

II. Internationale Themen

HSL verweist auf den Impact Gorbatschows auf die Weltpolitik und auf die Beziehungen USA-Sowjetunion. Österreich möchte ebenfalls das Gleichgewicht des Schreckens in ein Gleichgewicht des Vertrauens verwandelt sehen.

LR Schramek gibt Überblick über österreichische Aktivitäten betreffend allgemeine Abrüstung (START,⁸ Teststopgespräche, CW,⁹ radiologische Waffen, TBT,¹⁰ NPT¹¹).

Bot. Vukovic gibt KSZE-Überblick (Londoner Informationsforum, Pariser Treffen der Konferenz über die menschliche Dimension, VVSBM,¹² VKSE¹³) und erläutert insbesondere das eben vorgelegte N+N-Papier¹⁴ zu den VSBM.¹⁵

HSL spricht über Rolle des Europarates bei der Überwindung der Trennung Europas (Steiner-Initiative:¹⁶ Sondergaststatus für einzelne osteuropäische Staaten!).

5 Nikolai Ryschkow, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR (1985–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Die Einladung war anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Franz Vranitzky in der Sowjetunion 1988 ausgesprochen worden.

6 Wien war daraufhin sehr bestrebt die KSZE-Gipfelkonferenz auszurichten schließlich fand diese aber vom 19. bis 21. November 1990 in Paris statt und endete mit der Unterzeichnung der „Charta von Paris“.

7 Ausgelassen wurden weitere Informationen zum Besuchsaustausch und Informationen zur Rechts- und Vertragsbasis (Investitionsschutzabkommen, Abkommen über Aufhebung der SV-Pflicht für Diplomatenpassinhaber, Umweltschutzabkommen, Abkommen zwischen ORF und Gosteleradio, Abkommen über Durchführung eines gemeinsamen Raumfluges, Durchführungübereinkommen zum Kulturabkommen, Härtefälle, sowjetische Konsularfälle in Österreich).

8 START = Strategic Arms Reduction Treaty.

9 CW = Chemiewaffen.

10 TBT = Test-Ban Treaty.

11 NPT = Nuclear Non-Proliferation Treaty (Atomwaffensperrvertrag). Siehe Dok. 21, Anm. 17.

12 VVSBM = Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen.

13 VKSE = Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa. Siehe Dok. 20, Anm. 10.

14 N+N-Staaten = Neutrale und Nichtpaktgebundene Staaten.

15 VSBM = Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen.

16 Der Abgeordnete zum Europarat Ludwig Steiner (ÖVP) machte im Juli 1988 den Vorschlag, Gorbatschow nach den sowjetischen Wahlen im Laufe des Jahres 1989 zu einer Rede vor dem Plenum der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nach Straßburg einzuladen. Die Initiative wurde in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ohne Gegen-

BB: Gorbatschow war der erste sowjetische Führer, der verkündete, dass Reformen, die die internationale Lage positive beeinflussen sollten, im Inneren beginnen müssten. „Abrüstung geht nicht ohne wirtschaftliche Reformen.“ In der Sowjetunion: Arbeitsmarktp Probleme durch Abrüstung! BB würdigt die Rolle Österreichs („friedliebendes Land“) bei Abrüstungsaktivitäten und im Umweltschutz.

Gorbatschows Rede in Straßburg:¹⁷ „Warnklausel“ an westliche, insbesondere NATO-Staaten enthalten: „Überwindung der Teilung Europas darf nicht mit Überwindung des Sozialismus verwechselt werden. Wir verzichten nicht auf den Sozialismus als Gesellschaftssystem.“

Gorbatschow-Besuch in der BRD:¹⁸ schlägt – zusammen mit dem Kohl-Besuch in der Sowjetunion 1988¹⁹ – eine neue Seite in den bilateralen Beziehungen auf. Die BRD ist für die Sowjetunion „einer der schwierigsten Partner“. „Wir müssen einen Strich unter die Vergangenheit ziehen, auch wenn sie sich manchmal in Erinnerung bringt; sie muss bewältigt werden.“ Die zwei Millionen Deutschen in der Sowjetunion sind auch ein Resultat der Vergangenheit. „Unser Gedächtnis vermerkt mit Dankbarkeit ihre Leistungen, ihre Ehrlichkeit, ihren Fleiß.“

Keiner von ihnen hat Russland verlassen, als es nach 1917 dazu die Möglichkeit gab.

Der herzliche Empfang Gorbatschows durch die Bevölkerung ist ein Vertrauenszeichen.

CSU-Chef Waigels²⁰ Äußerungen zu den Gebieten östlich von Oder und Neiße: Waigel versucht, die Republikaner²¹ rechts zu überholen. F. J. Strauß²² würde mit

stimmen zur Kenntnis genommen. Die Rede Gorbatschows im Europarat fand am 6. Juli 1989 statt und war der erste Auftritt eines osteuropäischen Staatsoberhauptes bei dieser europäischen Staatenorganisation und einer der Höhepunkte in dessen 40jährigen Gründungsjubiläum. Siehe hierzu auch Ludwig Steiner, *Diplomatie und Politik. Ein Leben für die Einheit Tirols. Ein Leben für Österreich 1972–2007*, Innsbruck/Wien 2008, S. 166–169.

17 Gorbatschow hatte am 6. Juli 1989 eine Rede vor dem Europarat gehalten in der er ausführte: „Die Schwierigkeit liegt jedoch eher woanders, und zwar in der überaus stark verbreiteten Überzeugung (sogar in der politischen Zielsetzung), wo man unter der Überwindung der Spaltung Europas an die ‚Überwindung des Sozialismus‘ denkt.“ Vgl. Ansprache des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow in: *Deutscher Bundestag – 11. Wahlperiode, Zweiter Teil der 41. Sitzungsperiode vom 6.–7. Juli 1989*, Drucksache 11/6075.

18 Siehe Dok. 41–44.

19 Bundeskanzler Helmut Kohl besuchte vom 24. bis 27. Oktober 1988 offiziell die UdSSR. Für die österreichische Einschätzung des Besuchs siehe Dok. 29, Anm. 2.

20 Theodor Waigel, Bundesminister für Finanzen der Bundesrepublik Deutschland (1989–1998) und Vorsitzender der CSU (1988–1999), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

21 Bei den „Republikanern“ (REP) handelt es sich um eine 1983 in München gegründete Partei. Bei den Europawahlen im Juni 1989 schaffte sie mit 7,1 Prozent der Stimmen den Einzug ins Europäische Parlament. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 28. Januar 1989 erreichte die Partei 7,5 Prozent der Stimmen.

22 Franz Josef Strauß, Ministerpräsident Bayerns (1978–1988), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

den Republikanern „kein Wettrennen veranstalten“. Die Zukunft der bilateralen Beziehungen wird aber nicht von diesen „Elementen“ entschieden werden.

Bei der Abstimmung der Gemeinsamen Erklärung habe es trotz NATO-Mitgliedschaft der BRD fast keine Unterschiede der ursprünglichen Auffassung gegeben (nur zweimal habe man Entwürfe ausgetauscht). Eine deutsche Wiedervereinigung könne „nicht ohne den Willen der Nachbarn“ erfolgen (BB zitiert in diesem Zusammenhang Adenauer).²³

Alle BRD-Parteien treten „sehr konsequent“ gegen CW auf. Die USA ziehen nicht mit. Auf SU-Seite gibt es kein Element, das Verhandlungen bremsen könnte.

BB stellte im Zusammenhang mit dem Gorbatschow-Besuch in Frankreich²⁴ und dem für Herbst geplanten in Italien²⁵ (bei dieser Visite werden Wirtschaftsfaktoren – Zusammenarbeit im Automobilbereich! – im Vordergrund stehen) fest: „Wir sind bereit, jegliche Diskussion zu führen, jede Meinung anzuhören.“

HSL verweist insbesondere auf die Passage der Innerallianz-Nichteinmischung in der Straßburger Rede und die Idee einer neuen europäischen Rechts- und Friedensordnung. Für Österreich bleibt trotz der angestrebten Intensivierung seiner Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Staaten die Kooperation mit den osteuropäischen Ländern eine Realität. Die österreichische Außenpolitik wird auch in Zukunft durch Beibehaltung des Status der immerwährenden Neutralität ge-

23 Von Adenauer sind eine Reihe von Zitaten zur Frage der deutschen Einigung überliefert, keines allerdings in dieser explizit ausformulierten Form, jedoch eine Reihe, die sinngemäß so zu deuten gewesen sind, z. B. „Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist ein Teilproblem innerhalb des großen Konflikts, der Ost und West heute trennt. Es wird demnach im Rahmen einer generellen Entspannung gelöst werden müssen. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß das deutsche Volk seine Einheit wiedererlangen wird.“ Vgl. Interview mit der italienischen Wochenzeitschrift L'Epoca, zitiert nach Bulletin Nr. 106/52 vom 6. August 1952, S. 1019. „Die deutsche Einheit in Freiheit ist ein Teil der europäischen Einheit in Freiheit. Sie ist kein isoliertes Problem. Es trifft sicher zu, daß es ohne die deutsche Einheit keinen wirklichen Weltfrieden geben kann. Aber vielleicht läßt sich das auch umkehren. Vielleicht gibt es keine deutsche Einheit ohne einen Weltfrieden.“ Vgl. Interview mit Ernst Friedlaender, 26. April 1952. Bulletin der deutschen Bundesregierung 47/52; „Es ist richtig, daß die Wiedervereinigung in Freiheit nur mit Zustimmung der vier Alliierten, also auch mit Zustimmung Sowjetrußlands, erfolgen kann.“ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, 221. Sitzung, 9. Juli 1952, S. 9799; „Meiner Meinung nach gibt es niemals eine echte Chance für eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, wenn wir die Freundschaft und die Hilfe der freien Völker aufs Spiel setzen. Nur mit diesem Rückhalt können wir überhaupt verhandeln.“ Interview mit Robert Schmelzer für die Ruhr-Nachrichten, 17. April 1958. Siehe dazu: <http://www.konrad-adenauer.de/biographie/zitate/deutsche-einheit/> (zuletzt abgerufen am 4. Dezember 2016).

24 Gorbatschow besuchte vom 4. bis 6. Juli 1989 Frankreich. Siehe dazu die Dokumente 71–74, in: Masterpieces of History.

25 Gorbatschow besuchte vom 29. November bis 1. Dezember 1989 Italien. Im Rahmen des Besuchs kam er auch mit Papst Johannes Paul II. zusammen. Siehe die Dokumente 57 und 58 in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage; und Gespräch mit Papst Johannes Paul II. am 1. Dezember 1989 in Rom, in: Michail S. Gorbatschow, Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993, S. 131–142.

prägt sein. (Von sowjetischer Seite wurde die österreichische EG-Integrationspolitik in den Arbeitsgesprächen nicht angesprochen; BB ging auf diesen Punkt dem HSL gegenüber lediglich in einer – improvisierten – Tischrede ein; siehe Beilage.²⁶ Zu BBs diesbezüglichen Ausführungen dem HGS²⁷ gegenüber wird auf AV Zl. 225.02.01/8-II.3/89²⁸ verwiesen.)

- 26 In seiner Tischrede vom 14. Juli 1989 ließ sich Botschafter Bondarenko „etwa wie folgt vernehmen“: „In unseren Gesprächen wollen wir eine gewisse Besorgnis nicht verheimlichen über eine mögliche Alternative, die Österreich nunmehr in seinen Beziehungen zu den EG einschlägt. Diese Besorgnis entspricht nicht einem Misstrauen, sondern ist Ausdruck unseres sehnlichen Wunsches, dass Österreich als politisch und wirtschaftlich unabhängiger Staat fortbesteht, als blühendes Staatswesen und als Staat mit eigener Stimme in internat. Angelegenheiten.

Die Neutralität Österreichs ist nicht nur seine nationale Priorität, sondern entspricht auch den wichtigsten gesamteuropäischen Interessen. Es stimmt, dass ganz Europa in Bewegung geraten ist, es ist aber zu früh, davon zu sprechen, dass die neutralen Staaten schon heute ihre Rolle ausgespielt haben. Die Geschichte wird die neutralen Staaten nicht von ihrer Verantwortung befreien. Wir hoffen, dass Österreich nicht auf das riesige Kapital seiner Neutralität verzichtet, ohne dass nicht nur Österreich sondern auch Europa ärmer wäre.“

- 27 HGS = Herr Generalsekretär, Thomas Klestil, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten im Außenministerium Österreichs (1987–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 28 Dort wurden Bondarenkos Ausführungen nach den Darlegungen Klestils zur österreichischen EG-Politik wie folgt subsummiert: „Die Sowjetunion bitte[t] darum, ihr zu glauben, daß sie Österreich vom Herzen wünsche, seine Interessen möglichst effizient zu schützen. Auch die Sowjetunion habe Interesse an einem ökonomisch-gesunden und politisch-konstruktiven Partner Österreich und freue sich über die seit einiger Zeit so guten österreichischen Wirtschaftsdaten. Die Sowjetunion sei aus langjähriger Erfahrung überzeugt, daß es für Österreich und Gesamteuropa nicht unwichtig wäre, neben diesem wirtschaftlichem Potential auch jenes Kapital zu erhalten, das Österreich sich mit seiner Politik der aktiven Neutralität erworben habe. In diesem Sinne nehme Österreich aktiv an gesamteuropäischen Prozessen teil. Europa werde noch lange Zeit diese nützliche Tätigkeit der Neutralen benötigen. Die Sowjetunion bitte[t] daher Österreich, diese wichtige Rolle der Neutralität nicht zu vergessen. Jeder müsse ‚sein Kreuz tragen‘. Nur bei gegenseitigem Vertrauen können Erfolge erzielt werden. [...] Botschafter Bondarenko stellte hierzu fest, es gehe nicht um die Entwicklung einer Formel, die angewendet werden könne oder nicht, sondern um ganz reale Dinge. Die Sowjetunion spreche über dieses Thema auch mit den anderen neutralen Staaten und manche dieser Staaten haben diesbezüglich auch gegenüber der Sowjetunion die Gesprächsinitiative ergriffen. Diese anderen neutralen Staaten meinten, daß es in der Praxis unmöglich wäre, eine Politik der Neutralität in bisheriger Form und Umfang als EG-Mitglied fortzuführen. Zu diesem Schluß kamen sie auf Grund einer Analyse des Wesens und der Tätigkeit der EG. Schon jetzt würden sich entsprechende Tendenzen für die zukünftige Entwicklung der EG abzeichnen. Deshalb bevorzugten es diese neutralen Staaten, ihre Neutralitätspolitik beizubehalten und sie nicht durch einen EG-Beitritt in Frage zu stellen. Sie meinten vielmehr, daß es viele andere Möglichkeiten gebe, einschließlich des Weges über die EFTA um ihre ökonomischen Interessen zu schützen. Sicher gebe es Unterschiede zwischen den neutralen Staaten, aber Österreich wäre doch in keiner schlechteren Lage. [...] Abschließend stellte Botschafter Bondarenko nochmals fest, daß man hinsichtlich der EG eine Tendenz sehe zu stärkerer politischer und militärpolitischer Tätigkeit; diese müsse man aufmerksam beachten.“ Aktenvermerk, Gegenstand: Österreich – Sowjetunion; Vorsprache Botschafter Bondarenkos beim HGS am 14. Juli 1989, Ernst Sucharipa, Wien, 17. Juli 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 225.02.01/8-II.3/89.

Anmerkung: Die beiden Arbeitsgesprächsrunden verliefen in einer sehr freundlichen, gelösten und konstruktiven Atmosphäre. Gelegentliche schärfere Formulierungen und Äußerungen kamen lediglich von Bot. Schikin.²⁹ Auffallend war, dass keiner der sowjetischen Gesprächsteilnehmer auf den alten Vorschlag des Abschlusses eines Protokolls über regelmäßige Konsultationen der beiden Außenministerien einging.

Wien, am 20. Juli 1989
Sucharipa m.p.

Dok. 49: Depesche. Geplanter Privatbesuch Vranitzkys in der DDR, 18.8.1989

BMAA an Botschaft Berlin, Wien, 18. August 1989, Depesche-Nr. 55038, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol, GZ.518.01.12/1-II.3/89¹

(privater) Besuch des HBK in der DDR; Gesprächstermine mit Honecker und Beil

Der Herr Bundeskanzler wird am 25.9.1989 gegen 13.00 Uhr mit einem Privatflugzeug in Berlin eintreffen. Er folgt einer Einladung der Nationalgalerie anlässlich des Ankaufs eines Bildes von Adolf Frohner.² Der HBK wäre daran interessiert, am 25.9.1989 zwischen 14.00 und 16.00 Uhr mit Staatsratsvorsitzendem Honecker und Minister Beil zu Gesprächen zusammenzutreffen. Botschaft wird ersucht, entsprechende Termine zu vereinbaren und ehestmöglich über Ergebnis diesbezüglicher Bemühungen drahtzuberichten.

i. V. Litschauer

29 Gennadi Schikin, Botschafter der Sowjetunion in Österreich (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

1 Die Depesche erging über telefonisches Ersuchen des Kabinetts von Bundeskanzler Franz Vranitzky (Gesandte Eva Nowotny) nach Genehmigung von Legationsrat Josef Litschauer und Abzeichnung von Legationssekretär Hans Peter Manz (beide Abteilung II.3) an die österreichische Botschaft Berlin. Im BMAA lag sie Sektionsleiter Gesandten Ernst Sucharipa (gesehen am 19. August 1989), dem Generalsekretariat (gesehen von Margot Löffler am 23. August 1989) und dem Kabinett des Bundesministers (gesehen von Gesandten Winfried Lang am 28. August 1989) vor. Am 22. September erfolgte mit Depesche Nr. 55040 die Absage: „Botschaft wird ersucht, zuständigen DDR-Stellen mitzuteilen, daß der HBK bedauert, auf Grund anderweitiger Verpflichtungen nicht zu dem für 25.9.1989 geplanten Privatbesuch in die DDR kommen zu können. Botschaft wolle den HBK insbesondere bei Minister Beil für die Absage des vereinbarten Gesprächstermins entschuldigen.“ Siehe: (privater) Besuch des HBK in der DDR; Absage. Gesandter Sucharipa an die österreichische Botschaft Berlin, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 518.01.12/2-II.3/89.

2 Adolf Frohner, österreichischer Maler, Grafiker und Bildhauer.

Dok. 50: Bericht. Bonn und die Botschaftsflüchtlinge, 25.8.1989

Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 25. August 1989 Zl. 297-Res/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

BRD; Lösungsaussichten für die „Festsetzungen“ von „DDR-Deutschen“ in BRD-Vertretungsbehörden?

Zu Beginn und zu Ende der nachstehend wiedergegebenen Situationsschilderung an den Vertretungsbehörden der BRD in Ost-Berlin, Budapest und Prag dankte der sonst eher trockene AA-Referatsleiter² in warmen, persönlich gehaltenen Worten für die großzügige, unbürokratische Hilfeleistung und Unterstützung Österreichs; AM Genscher habe am 24. d.M. einen entsprechenden Dankesbrief an den HBM abgefasst.³

Nach Darlegung des AA-Vertreters wurde am 8. d.M. die ständige Vertretung in Ost-Berlin (nach 130 „Festsetzungen“ von „DDR-Deutschen“) geschlossen; eine analoge Schließung 1984 war bereits nach nur 74 Festsetzungen erfolgt. Am 13. d.M. wurde die Botschaft in Budapest (181 Festsetzungen) für den Publikumsverkehr geschlossen, am 23. d.M. die Botschaft in Prag (172 Festsetzungen).

I. Die BRD rechnet damit, dass etwa 200.000 DDR-Deutsche einen für Ungarn gültigen DDR-Ausreiseseitvermerk haben; nach Schätzungen des innerdeutschen Ministeriums ist davon auszugehen, dass etwa 10 % dieser DDR-Bürger auswandern wollten, genaue Zahlen seien jedoch nicht bekannt.

Unter Einschaltung des IKRK⁴ konnte nach Gesprächen zwischen den Außenministerien Ungarns und der BRD in der Nacht vom 23. zum 24.8.1989 eine humanitäre Losung ohne Präzedenzcharakter für die DDR-Deutschen in der BRD-Botschaft durchgeführt werden.⁵

1 Der Bericht war im BMAA an die Abteilungen IV, II, das Kabinett des Bundesministers und das Generalsekretariat gerichtet und wurde dort von der Abteilung IV.2 mit der GZ. 43.08.28/11-IV.2/89 in Bearbeitung genommen und dem Vorakt mit der Ordnungszahl 10 zugeordnet (VA/OZ10/30.8.89). Sämtliche Unterstreichungen wurden maschinschriftlich durch Loibl vorgenommen.

2 Karl-Heinz Kunzmann, Leiter des Referats für Arbeits- und Sozialrecht, Aussiedelung Deutscher und Volksdeutscher und Hilfe für Deutsche im Ausland im Auswärtigen Amt (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 In Ermangelung der Länderakten der Sektion II-Pol 1989 zur DDR wurde hier auf die Überlieferung der Botschaftsakten des BMEIA zurückgegriffen. Der Brief Genschers liegt in dieser Überlieferung nicht bei.

4 IKRK = Internationales Komitee vom Roten Kreuz.

5 Nach Vermittlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz wurden die Botschaftsflüchtlinge in der Nacht vom 23. auf den 24. August aus humanitären Erwägungen nach Wien ausgeflogen. Die DDR protestierte gegen ein derartiges Vorgehen. Vgl. Oplatka, Der erste Riß in der Mauer, S. 184–191.

Weitaus größer ist jedoch lt. AA die Zahl derjenigen, die außerhalb der BRD-Botschaft betreut werden: Aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus 1969 (scheinbar zur Auslieferung von Straftätern)⁶ hatte Ungarn zu Beginn der krisenhaften Entwicklung DDR-Bürger noch mit Interflug-Chartermaschinen und Zügen in die DDR zurückgeschickt. Daher galten die ersten Bemühungen des AA den DDR-Deutschen im „quasi-Lageraufenthalt“ in Ungarn, deren DDR-Ausreisegenehmigung abgelaufen war, und die deshalb in Schwierigkeiten mit den ungarischen Behörden zu geraten drohten. Bonn konnte dabei folgende ungarische Zusicherungen erhalten:

1. Niemand wird gegen seinen Willen abgeschoben (außer bei Deliktfällen)
2. Keine Anwendung von Waffengewalt an der Grenze (der unglückliche Todesfall,⁷ den Ungarn der BRD sofort mitteilte, wird von Bonn nicht als Bruch dieser Zusicherung gewertet)
3. Keine Information der DDR (durch Stempelung von DDR-Reisedokumenten, Informationsweitergabe usw.).

Die Betreuung durch das ungarische Rote Kreuz, Malteser usw. (unterstützt durch Sachlieferungen der dahinterstehenden entsprechenden deutschen Verbände) funktioniert – Unterbringung in Zeltlagern der Malteser, in Privatunterkünften dank der großen Hilfsbereitschaft der ungarischen Bevölkerung, in mit Ende der Ferien frei werdenden Pfadfindern usw. Für jeden grün über die Grenze abgewanderten DDR-Deutschen fließen derzeit aber zwei weitere zu, sodass noch keine Entspannung der Situation zu erwarten ist. Das AA rechnet damit, dass sich

6 Seit dem Abkommen zwischen der DDR und Ungarn über den visafreien grenzüberschreitenden Verkehr vom 20. Juni 1969, das am 12. Oktober 1969 in Kraft trat, waren die Bürger beider Staaten im grenzüberschreitenden Verkehr von der Visumpflicht befreit. Fortan waren auch keine zuvor üblichen schriftlichen Einladungen mehr nötig. Beide Staaten hatten sich gegenseitig versichert, dass Bürger des anderen Staates nicht nach dritten Staaten, für die die Reisedokumente keine Gültigkeit hatten, ausreisen konnten. Durch ein geheimes Zusatzabkommen vom 23. Juni 1969 der Staatssicherheitsdienste beider Staaten war das Verfahren über die Auslieferung von „Straftätern“, die bei der Vorbereitung oder Durchführung eines Fluchtversuches verhaftet wurden, geregelt.

7 Am 21. August 1989 war es zu einem tödlichen Zwischenfall gekommen. Der DDR-Flüchtling Kurt-Werner Schulz wurde beim gemeinsam mit seiner Frau und seinem Kind unternommenen Fluchtversuch von einer ungarischen Grenzpatrouille gestellt. Nachdem die Grenzschutzorgane Warnschüsse abgegeben hatten, kam es zu einem Handgemenge bei dem sich ein Schuss löste und Schulz tödlich verletzte. Die Szene spielte sich bereits auf österreichischem Territorium ab, der Tote wurde aber auf die ungarische Seite der Grenze zurückgezogen. Die österreichischen Behörden erhielten umgehend Bescheid. Am 23. August trat die Gemeinsame Kommission zur Untersuchung von Grenzzwischenfällen zusammen und nahm einen Lokalaugenschein vor. „Die Kommission kam zum Schluß, daß es sich um einen Unfall gehandelt habe. Die ungarische Seite erklärte, sie bedauere sowohl die Grenzverletzung als auch den Todesfall; zu beidem sei es ohne Absicht gekommen. Die Österreicher anerkannten die korrekte Abwicklung der Affäre durch die Ungarn.“ Vgl. Oplatka, Der erste Riß in der Mauer, S. 167–169.

die meisten DDR-Bürger um den 1. September (Schulbeginn) für oder gegen eine Rückkehr in die DDR entscheiden werden, bis dahin würden die Zahlen tendenziell anwachsen.

Für sie gebe es keine festen Lösungsperspektiven; das AA stellt sich auf ein länger andauerndes, schrittweises Suchen in Richtung einer noch nicht sichtbaren endgültigen Lösung ein (der Aufenthalt der DDR-Deutschen in Ungarn ist unterdessen legalisiert und für ihre Unterbringung gesorgt).

Bonn bemüht sich unter anderem, den UNHCR als „Puffer“ zwischen Ungarn und der BRD einzuschalten, damit Budapest gegenüber Ost-Berlin nicht zu sehr „BRD-hörig“ erscheint, und zur möglichst raschen Eröffnung eines Büros oder wenigstens zur möglichst baldigen Entsendung einer Sondermission nach Budapest zu bewegen. Außerdem drängt Bonn auf rasche Einführung eines formalen ungarischen Flüchtlings-Anerkennungsverfahrens. Budapest beabsichtigt allerdings, den Flüchtlingsbegriff so auszulegen, dass nicht Flüchtling sein kann, wer mit Zustimmung der DDR die DDR verlassen hat (Budapest meint, die deutsche Frage könne nicht in Ungarn gelöst werden).

Dagegen wendet Bonn ein, dass

1. es Fälle gibt, wo Ausreisearträge in der DDR abgelehnt, jedoch ein Besuch in Ungarn erlaubt wurde
2. die DDR-Zusicherung der Straffreiheit nur für die Festsetzung gilt, nicht jedoch z. B. für Fluchtversuche, ungesetzliche Verbindungsaufnahme, Entgegennahme eines bundesdeutschen Passes usw.
3. rumänische Staatsangehörige ungarischer Nationalität, die auf Besuchsreise nach Ungarn abspringen, in einem der drei Lager in Ungarn Aufnahme finden und als Flüchtlinge behandelt werden.

Das AA verkennt dabei nicht, dass Ungarn in der Klemme zwischen bilateralen Verpflichtungen gegenüber der DDR (und aus der Mitgliedschaft im WP) und seiner eigenen Reform- und Öffnungspolitik gegenüber dem Westen steckt.

II. DDR: Das eingeschränkte Mandat von RA Vogel⁸ (Straffreiheit nur für Festsetzung, nicht z. B. für Fluchtversuch usw.) wie auch die Aussicht auf Verlust der gesellschaftlichen Stellung (und des Arbeitsplatzes, keine Studienmöglichkeit für die Kinder, Ausscheidung aus dem Reisekader usw.) machten es fast unmöglich, die Zufluchtssuchenden aus der Ständigen Vertretung „hinauszureden“ (1984 hatte es dagegen noch die Zusicherung der Antragsüberprüfung mit positiver Tendenz gegeben!).⁹

Die DDR wolle die Beziehungen zur Bundesrepublik zwar nicht belasten, halte jedoch daran fest, dass die Ständige Vertretung keine Zuflucht gewähren dürfe

8 Wolfgang Vogel, Rechtsanwalt, 1989 Vermittler bei den Besetzungen der Botschaften in Prag, Budapest und Warschau, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Siehe dazu generell Dok. 1, Anm. 31.

(Ost-Berlin will also eine Lösung, die in Hinkunft Festsetzungen in der Ständigen Vertretung ausschließt).

Eine positive Lösungsperspektive ist daher lt. AA derzeit nicht abzusehen.

III. Die Situation in der ČSSR ist dem AA zufolge völlig von Ungarn verschieden: Die tschechoslowakische Grenze ist gesichert, DDR-Bürger würden in ihr Herkunftsland zurückgeschickt; die Einrichtung von Lagern würde sicherlich nicht gestattet. Während DDR-Deutsche für Ungarn einen DDR-Ausreisesichtvermerk benötigen, genügt für die Tschechoslowakei ein Personalausweis, sodass DDR-Bürger jederzeit in die DDR zurückkehren und später unbehindert wieder in die ČSSR einreisen könnten.

Eine Lösung in der ČSSR werde deshalb sicher ebenfalls langwierig werden, wiewohl die Behörden die BRD-Botschaft z. B. bei der Zimmeranmietung im Hotel „Jalta“ (zwecks konsularischer Sprechtag für BRD-Bürger) und der Einrichtung eines Schriftverkehrs zwischen Botschaft und Reisebüros für die normalen SV-Ausstellungen¹⁰ unterstützten; da schon 1984/85 eine ähnliche Situation in Prag entstanden war,¹¹ habe die ČSSR die Situation „verständnisvoll“ aufgenommen.

Das AA rechnet insgesamt mit einem längeren Anhalten der Schwierigkeiten, deren Ursache es in der DDR und deren mangelnder Reformbereitschaft ortet (allgemeine „Perspektivlosigkeit“ für die Bevölkerung). Das AA räumt allerdings auch ein, dass die versuchte Erzwingung einer vorrangigen Auswanderung vor anderen DDR-Bürgern, die ordnungsgemäß Auswanderungsanträge stellten, unmoralisch ist und die DDR sich bei der Auswanderung auch heuer (bisher schon 50.000 Übersiedler) tatsächlich großzügig erwiesen hätte.

Für Bonn steht daher Einiges auf dem Spiel;

1. Ein Einbruch in den deutsch-deutschen Beziehungen könnte weitergehende nachträgliche Auswirkungen auf Ostpolitik und Ost-West-Entspannung haben
2. Die Bundesregierung rechnet für 1989 mit knapp über 100.000 legalen Übersiedlern aus der DDR und will daher das funktionierende, geordnete Verfahren nicht durch die augenblickliche Krise gefährden
3. Die Massenflucht stellt die BRD-Behörden nicht nur vor beträchtliche praktische Schwierigkeiten (daher die wiederholte Ablehnung einer „Wiedervereinigung auf dem Gebiet der BRD“), sondern droht auch, die Ausländerfeindlichkeit zu stärken und den Republikanern bei den Parlamentswahlen Ende 1990¹² einen weiteren Stimmenzuwachs zu bringen.

Der Geschäftsträger a. i.:
(Loibl)

10 SV = Sichtvermerk.

11 Siehe dazu generell Dok. 1, Anm. 31 und zu Prag im Besonderen Anm. 35.

12 Zu den „Republikanern“ siehe Dok. 48, Anm. 21. Die für Ende 1990 vorgesehenen Bundestagswahlen in der Bundesrepublik wurden zu den ersten Wahlen im geeinten Deutschland.

Dok. 51a: Protokoll der Botschafterkonferenz (Ost-West), 8.9.1989

Resümeeprotokoll, Gesandter Johann Plattner, Wien, 8. September 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 502.00.00/13-II.1/89¹

Botschafterkonferenz 1989; Arbeitsgruppe Ost-West

Herr Sektionsleiter:² kurze Darstellung des Diskussionsthemas (Beilage A).³

Bot. Schallenberg:⁴ nach anfänglicher Skepsis Frankreichs gegenüber Perestroika Einschwenken auf Linie anderer westl. Staaten (Entwicklung positiv, soll unterstützt werden). Intensivierung der Ostpolitik, auch aus Konkurrenzgründen gegenüber BRD. Starkes Interesse für Polen, Ungarn. Gewisse Angst vor allfälliger Wiedervereinigung Deutschlands, daher Bestrebung, BRD in möglichst enge Zusammenarbeit einzubinden.

Bot. Lennkh:⁵ Auch OECD beginnt sich mit Veränderung in Osteuropa zu befassen, wenn auch noch keine offizielle Diskussion. Skepsis einiger Staaten, z. B. Belgiens. US-Anregung: technische OECD-Hilfe (Statistiken etc.) für Oststaaten.

Bot. Wunderbaldinger:⁶ Deutsch-Deutsches Verhältnis: Auf zahlreichen Gebieten vertragl. Regelungen, starke Kontakte auf verschiedenen niedrigen Ebenen. Großer Besucherstrom in beiden Richtungen.

Bot. Rudofsky:⁷ Veränderung im Verhältnis SU-Finnland: heute weniger Ritual als matter of fact-relationship. Sorge vor politischer Destabilisierung der SU. Deutsch-

1 Das Protokoll wurde in der Abteilung II.1 (Sachbearbeiter Gesandter Marius Calligaris) erstellt und erging nach Genehmigung durch Abteilungsleiter Johann Plattner am 11. September 1989 an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, alle Abteilungen der Sektion II und an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „Omnia“.

2 Erich Maximilian Schmid, Leiter der politischen Sektion im BMAA (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Beilage A im Originaldokument nicht enthalten. Diskussionspunkte des Gespräches waren: 1) Haltung des Westens zu Ost-Reformen (Reformeinschätzungen durch den Westen, Möglichkeiten der Unterstützung der Ost-Reformen, Technologietransfer, Auswirkungen der Ost-Reformen auf Sicherheitspolitik des Westens insbesondere EG, deutsch-deutsches Verhältnis), 2) Haltung des Ostens zur Europäischen Integration (Möglichkeiten und Grenzen einer Teilnahme der Oststaaten an der Europäischen Integration), 3) Ost-Reformen und Österreich (Auswirkungen auf die Bedeutung der Neutralität, Auswirkungen auf die österreichische EG-Politik, Wirtschaftsbeziehungen zum Osten).

4 Wolfgang Schallenberg, österreichischer Botschafter in Frankreich (1988–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Georg Lennkh, Ständiger Vertreter Österreichs bei der OECD in Paris (1982–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Franz Wunderbaldinger, österreichischer Botschafter in der DDR (1985–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Hans Georg Rudofsky, österreichischer Botschafter in Finnland (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

landfrage: Wiedervereinigung würde Aktualität des finnisch-sowjetischen Vertrages 1948⁸ erhöhen.

Bot. Weinberger:⁹ Belgische Haltung gegenüber Perestroika modifiziert, heute grundsätzlich positive Beurteilung, weniger Skepsis. Prozess aber nicht irreversibel.

Bot. F. Schmid:¹⁰ Früher Kontakte USAP¹¹ nur mit Parteien aus Österreich, BRD, Finnland. Heute Kontakte mit zahlreichen Parteien des Westens. Westliche Unterstützung für Reformprozess in Ungarn eher verbal, wenig konkrete Hilfsmaßnahmen.

Bot. Bauer:¹² Westen war auf den so herbeigewünschten Reformprozess im Osten nicht vorbereitet, besitzt kein Konzept. BRD sieht EG als Einbettungsplatz in Westeuropa (Herausführen aus Status des besiegten Landes). Bonn sucht EG in eigene Deutschlandpolitik einzubinden. Verhältnis BRD-DDR: Über innerdeutschen Handel wenig Informationen. Gespräch Bonn-Berlin¹³ über Anpassung des innerdeutschen Handels an Binnenmarktregelungen. BRD strebt osmotisches Verhältnis zu DDR an. Wiedervereinigung im Bismarck'schen Sinn¹⁴ nicht gesucht.

Bot. Leifer:¹⁵ In Jugoslawien gemischte Gefühle gegenüber Reformprozess. Ideologen: skeptisch, Angst vor Entwicklung in Ungarn, Polen (Mehrparteiensystem) könnte durch Westen als Präzedenz für Jugoslawien erachtet werden. Furcht vor Parallelen der Vielvölkerstaaten SU – Jugoslawien. Jugoslaw. Politiker: Positive Einschätzung des Reformkurses Gorbatschows. Prozess wird bis zu gewissem Grad als irreversibel angesehen. (Verlangsamung möglich, aber kein Rückfall).

Albanien: kein Einschwenken auf Reformkurs (chines. Beispiel!).

8 Der 1948 abgeschlossene Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand verpflichtete Finnland bewaffnete Angriffe auf finnisches Territorium oder über dessen Staatsgebiet auf die Sowjetunion abzuwehren.

9 Heinz Weinberger, österreichischer Botschafter in Belgien (1988–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

10 Franz Schmid, österreichischer Botschafter in Ungarn (1988–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei.

12 Friedrich Bauer, österreichischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

13 Gemeint ist natürlich Ost-Berlin.

14 Die deutsche Reichseinigung im Bismarck'schen Sinne war nicht durch „Reden und Majoritätsbeschlüsse“ sondern durch „Blut und Eisen“ erwirkt worden und zwar durch den Sieg Preußens über Österreich im Krieg von Königgrätz 1866 und den nach dem Konflikt um die spanische Erbfolge entbrannten deutsch-französischen Krieg von 1870/71. Am 18. Januar 1871 wurde im Spiegelsaal von Schloss Versailles der preußische König Wilhelm I. zum Kaiser ausgerufen. Das Bismarck'sche Deutsche Reich war nicht durch eine Volksbewegung „von unten“, sondern durch Krieg und Fürstenbeschluss „von oben“ entstanden.

15 Paul Leifer, österreichischer Botschafter in Jugoslawien (1985–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Bot. Ziegler:¹⁶ In Luxemburg Interesse für Reformprozess. Differenzierung zwischen einzelnen Oststaaten (besonders positive Beurteilung Ungarns). Bewegung des Ostens in Richtung Westen birgt Gefahr, dass Abgrenzung Österreichs gegenüber dieser Region optisch verschwimmen könnte.

Bot. Somogyi:¹⁷ KP Polens will nicht Abdankung des Kommunismus, sondern Eliminierung der negativen Elemente. Westliche Hilfe für Polen bisher enttäuschend. Westen wäre nicht in der Lage, Krise der polnischen Wirtschaft zu lösen. Gewisse US-Befürchtungen vor Destabilisierung der Region durch Bestellung eines nicht-kommunistischen Min. Präs.¹⁸ Revanchismus gegenüber Kommunisten würde zur Krise führen.

Bot. Mussi:¹⁹ Verhältnis SU-Schweden: Historischer Gegensatz, aber de facto gutes Verhältnis. Großes Interesse Schwedens für Vorgänge in SU (besonders Baltikum), Polen.

Bot. Hoess:²⁰ Reformkurs Gorbatschows ideologischer Erfolg für USA. Unterstützung der Perestroika, aber Reformen müssen durch SU selbst durchgeführt werden. Keine direkte Hilfe (Negativbeispiel Ungarn '56). Deutsch-Deutsches Verhältnis: USA fürchten, quasi als einziger westlicher Staat, nicht eine Wiedervereinigung.

Herr Sektionsleiter: Resumé: Umgestaltungsprozess im Osten wurde im Westen herbeigesehnt, traf diesen aber völlig unvorbereitet. Entspannungsprozess Resultat der wirtschaftlichen Unmöglichkeit des permanenten Weiterrüstens. Dies wäre voraussehbar gewesen, Vorgänge im Osten positiv zu beurteilen, aber Gefahr des Ausuferns und eines daraus resultierenden Destabilisierungseffekts. Österreich begrüßt Umwälzungen im Osten, diese bergen jedoch Gefahr, dass Österreich einer Art Grauzone Mitteleuropa zugeordnet werden könnte. Wiedervereinigung Deutschlands: Zwar theoretisches Diskussionsthema, aber derzeit nicht Realität.

Plattner m. p.

16 Klaus Ziegler, österreichischer Botschafter in Luxemburg (1988–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

17 Andreas Somogyi, österreichischer Botschafter in Polen (1987–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

18 Am 12. September 1989 übernahm Tadeusz Mazowiecki als erster nicht-kommunistischer Ministerpräsident Polens die Regierungsgeschäfte.

19 Ingo Mussi, österreichischer Botschafter in Schweden (1986–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

20 Friedrich Hoess, österreichischer Botschafter in den USA (1987–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Dok. 51b: Protokoll der Botschafterkonferenz (Westeuropa und USA), 8.9.1989

Resümeeprotokoll, Gesandter Johann Plattner, Wien, 8. September 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 502.00.00/12-II.1/89¹

Botschafterkonferenz 1989; Arbeitsgruppe Westeuropa und USA

Ges. Plattner: Erläuterung der Problematik (Beilage A),² insbesondere Verhältnis Österreich – EPZ.³

- 1 Das Protokoll wurde in der Abteilung II.1 (Sachbearbeiter Gesandter Marius Calligaris) erstellt und erging nach Genehmigung durch Abteilungsleiter Johann Plattner am 11. September 1989 an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, die Sektion III, die Abteilungen II.2, II.6, II.9 und an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „Omnia“. Für die Biografien der hier nicht mehr separat kommentierten österreichischen Botschafter siehe Dok. 51 sowie die ausführlicheren Angaben im Personenregister.
- 2 Beilage A im Originaldokument nicht enthalten. Diskussionspunkte des Gespräches waren: 1) Politische Dimension der Europäischen Integration (EPZ: Stand und künftige Entwicklung; Stellung der Neutralen), 2) Sicherheitspolitische Aspekte (NATO, WEU im Lichte der Ost-Reform), 3) Europa-USA (Probleme: USA-EG; Auswirkung der Ost-Reformen auf das Verhältnis USA-Europa; Abzug der US-Truppen; US-Zuwendung zum pazifischen Raum und Lateinamerika).
- 3 Neutrale Beobachter konnten bei der EEA ab 1987 nicht umhin, erkennbare Fortschritte der EPZ zu erkennen: so hatte sie sich schon in den 1970er-Jahren im Rahmen der EG-Staaten in der KSZE bewährt und eine grundlegende Erweiterung des Begriffsinhaltes „europäische Integration“ ermöglicht. Als Etappen auf dem Wege zur Intensivierung der EPZ wurden die „Stuttgarter Deklaration“ zur Union 1983 sowie die Initiativen des Europäischen Parlaments 1984 und der EEA 1987 mit ihren Bemühungen wahrgenommen, die Außenpolitik entsprechend zu aktivieren. Obwohl die EPZ nicht mit gemeinsamer Außenpolitik gleichzusetzen war, wurden die laufende außenpolitische Koordination der EG-Staaten bei konkreten Problemen des internationalen Geschehens und das gemeinsame Auftreten in einem durch die EEA auch rechtlich abgesicherten Rahmen Teil des Gemeinschaftslebens. Die zunehmende Beschäftigung der EPZ mit Sicherheitsfragen sowie die Bereitschaft zu einer stärkeren Koordinierung der Standpunkte bezüglich der politischen und wirtschaftlichen Dimensionen der Sicherheit bedeutete einen stärkeren Verpflichtungsgrad für zukünftige EG-Mitgliedsländer und insbesondere für solche, die den Status der Neutralität innehatten. In Verbindung mit dem Konsens-Prinzip, einer Quasi-Einstimmigkeitsregelung, konnte für einen Neutralen durch die Vetomöglichkeit rein formal Gewähr gegeben sein, an der EPZ teilzunehmen, ohne mit seinem eigenen Status in Konflikt zu geraten. Wenngleich bis dato wenig problematisch Kompromissformulierungen auch von anderen westlich demokratischen Ländern mitgetragen werden konnten, bedeutete die Entwicklung eines solchen Automatismus dennoch eine Einschränkung des außenpolitischen Handlungsspielraums des teilnehmenden Landes. Es erschien daher für Österreich fraglich, ob die EPZ mit einer „glaubwürdigen Neutralitätspolitik wie sie von traditionellen Neutralen praktiziert werde, ohne weiteres kompatibel“ sei, abgesehen von der Frage, ob sich ein dauernd neutraler Staat auf die Koordinierung der Standpunkte zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit, wie dies in der EEA postuliert wurde, einlassen dürfte. Irland gehörte trotz seines neutralen Status nicht der N+N-Staaten-Gruppe an und war entsprechend im EPZ-Raum eingebunden. Die Grundlage der EPZ war durch Titel III (Artikel 30) der EEA formal gesehen außerhalb der Römischen

Bot. Schallenberg: Frankreich verbal für Intensivierung der EPZ auf Basis der EEA,⁴ in der Praxis aber wird Frankreich eigenständig agieren und seine Interessen vertreten. WEU⁵ soll nach franz. Ansicht letztlich in EG aufgehen. EEA: Trennung des politischen vom militärischen Aspekt der Sicherheit auf die Dauer nicht haltbar. Bereits heute Ansätze zu gemeinsamer Waffenproduktion.

Mittragung Österreichs von EPZ-Demarchen:⁶ Durch verstärkte operative EPZ-Tätigkeit könnte dies in Zukunft schwieriger werden.

Bot. Otto:⁷ Frage österr. Neutralitätsvorbehaltes: Laut portugies. Informationen soll EPZ-Sekretär beabsichtigen, Prüfung der Frage an sich zu ziehen. Skepsis des Sekretariates gegenüber Österreich. Portugies. Skepsis betreffend künftige WEU-Rolle.

Bot. Maschke:⁸ Gutes Ost-West-Klima begünstigt Parallelität von Positionen Österreichs und der EPZ. Span. Haltung betr. WEU zurückhaltend, wird für eher theoretische Organisation gehalten, WEU kein Ersatz für EG, Sicherheitsaspekt wird in EG an Bedeutung gewinnen.

Bot. Weinberger: Belgien befürwortet Einschluss militär. Aspekte in EG, WEU nur Vorstufe. Hingegen NATO-GS Wörner:⁹ EG wird auch in Zukunft militär. Aspekte nicht behandeln.

Verträge. Die sich verstärkende politische Verzahnung zwischen EG und EPZ war jedoch evident, wenngleich nach außen und offiziell die Dinge getrennt erschienen. Der Intergovernmentalismus der EPZ sollte einem Neutralen mit EG-Affinitäten so gesehen durchaus noch entgegenkommen: „Die 12 EG-Mitgliedsstaaten halten EG und EPZ formal auseinander. So ist z. B. das EPZ-Sekretariat in Brüssel kein Teil der Kommission, sondern ein Organ der jeweiligen Präsidentschaft. Österreich, dem gerade bestimmte Aspekte der EPZ Schwierigkeiten bereiten werden, hat an dieser Sicht durch die 12 alles Interesse,“ hieß es in einem Bericht des Ballhausplatz-Vertreters in Brüssel, Franz Ceska. Österreich als Nicht-EG-Mitglied trug die EPZ-Demarchen im Wesentlichen mit, trat aber bis zu ihrem Ende bedingt durch seine Nicht-Mitgliedschaft bestenfalls nicht mehr als ein Beobachter in Erscheinung. „Neutralität und europäische Integration“ Franz Ceska an BMAA, Brüssel, 14. Dezember 1987, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 706.04/14-II.1/87. Ausführlicher dazu Michael Gehler, Mehr Europäisierung in Umbruchzeiten? Die europäische politische Zusammenarbeit (EPZ) und die revolutionären Ereignisse in Mittel-, Ost- und Südosteuropa Ende der 1980er Jahre, in: Gabriele Clemens (Hg.), The Quest for Europeanization/Die Suche nach Europäisierung. Interdisciplinary Perspectives on a Multiple Process/Ein komplexer Prozess in interdisziplinärer Perspektive (Studien zur modernen Geschichte 63), Stuttgart 2017, S. 87–117.

4 Siehe dazu, Anm. 3.

5 Zur WEU siehe Dok. 34, Anm. 10 und 11.

6 Anm. 3

7 Alexander Otto, Österreichischer Botschafter in Portugal (1985–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Otto Maschke, Österreichischer Botschafter in Spanien (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Manfred Wörner, NATO-Generalsekretär (1988–1994), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Ges. Woschnagg:¹⁰ Militär. Aspekte werden keinen Eingang in EPZ finden (BRD mit Rücksicht auf Verhältnis zu DDR so wie auch Irland dagegen). Zukunft eher in Géometrie variable.

Bot. Strasser:¹¹ Frage nach Erfahrungen der Kontakte Österreich – EPZ. Griechenland strebt WEU-Beitritt an und hält Einschluss militär. Aspekte in EG für notwendig (wirtschaftl., technolog. Gründe). Stärkere Ausrichtung der griechischen Waffenindustrie auf Zusammenarbeit mit europ. Partnern (früher mehr USA).

Ges. Plattner: Konsultationen Österreichs – EPZ: Offener Meinungsaustausch: EG erläutert Position zu verschiedenen Problemen; Österreich erläutert vor allem EG-Politik. Weitgehende Übereinstimmung in Fragen der internationalen Politik.

Ges. Legtmann:¹² Parlament. Anfrage in EP betr. EG-Friedenstruppe: Antwort der AM der EG-Staaten: Gemäß Art. 30 EEA¹³ bleiben Militärfragen ausgeschlossen. Öffentliches Beschaffungswesen: EG-Verordnung nimmt ausdrücklich Kriegsmaterial aus.

Bot. Hoess: USA sehen europ. Integration in erster Linie wirtschaftlich. Wenn EG europ. Pfeiler der NATO werden sollte, würde USA ihr Engagement in Europa vermutlich überdenken.

Schweizer Bot. Brunner:¹⁴ EG-Frage für Schweiz nicht Neutralitätsfrage. Sollten wirtschaftliche Nachteile eintreten, würde Schweiz wohl Beitritt erwägen.

Ges. Nowotny:¹⁵ Für Österreich-Problematik von EG-Beschlüssen nach Art. 113 EEA.¹⁶

10 Georg Woschnagg, Stellvertreter des Ständigen Vertreters Österreichs bei der EU (1987–1996), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Hellmuth Strasser, österreichischer Botschafter in Griechenland (1985–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

12 Johann Legtmann, Leiter der Abteilung für den Europäischen Binnenmarkt und der Arbeitsgruppe für Europäische Integration (Abteilung III.2a bzw. III.4) im BMAA (1987–1991) siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

13 Dieser war ein Bekenntnis zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und stellte die EPZ auf eine vertragliche Grundlage. Die militärische Zusammenarbeit blieb ausgeklammert und es wurde festgehalten: „Dieser Titel steht einer engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit zwischen einigen Hohen Vertragsparteien im Rahmen der Westeuropäischen Union und des Atlantischen Bündnisses nicht entgegen.“ Vgl. Artikel 30 EEA über die europäische Zusammenarbeit in der Außenpolitik, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 169/13 vom 29. Juni 1987.

14 Edouard Brunner, Botschafter der Schweiz in den USA (1989–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

15 Thomas Nowotny, Leiter der Abteilung für Grundsatzfragen und Europarat (Abteilung II.6) im BMAA (1983–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

16 Artikel 113 EEA: „1. Nach Ablauf der Übergangszeit wird die gemeinsame Handelspolitik nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, den Abschluss von Zoll- und Handelsabkommen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen, die Ausfuhrpolitik und die handelspolitischen Schutzmaßnahmen,

Bot. Strasser: Anregung einer besseren österr. Informationspolitik betr. Problem Neutralität – EG: Entsendung von Diskussionsthemen ins Ausland bzw. Einladung von EG-Persönlichkeiten nach Österreich;

Bot. Mussi: Vergleich Abstimmungsverhalten Österreich – EG problematisch. Schwed. StS Schori:¹⁷ Schweden will keine Verpflichtungen übernehmen ohne zu wissen, was diese bedeuten. Will Handlungsfreiheit erhalten. In schwed. Politik linkes Spektrum betr. Vereinbarkeit Neutralität – EG skeptisch, rechtes Spektrum weniger skeptisch. Beamte des schwed. Außenministerium sehen Probleme für Kompatibilität.

Bot. Schallenberg: Möglichkeit, dass EPZ bereits jetzt Frage der Neutralität Österreichs diskutieren wird. Österreich sollte nicht argumentieren, dass milit. Aspekte in WEU bleiben werden, sondern mehr im Sinne künftiger Flexibilität der EG bzw. der Géometrie variable.

Ges. Ogrinz:¹⁸ WEU: Wiederbelebung war geplant, besitzt dieser Beschluss¹⁹ keine Gültigkeit mehr? Berufung Österreich auf Géometrie variable wird Widerspruch hervorgerufen.

GK Cede:²⁰ Anregung der Verstärkung der Kontakte Österreich – EPZ: Regelmäßige Fühlungnahme mit Bot. des Präsidialstaates durch österr. MCh²¹ auch in anderen Hauptstädten.

Bot. Rudofsky: In EG-Fragen geht Österreich von Erwartungshaltungen aus, Finnland hingegen von Fakten (z. B. Vertrag mit Sowjetunion 1948). Für Finnland ist Neutralität polit. u. weniger rechtl. Frage.

zum Beispiel im Falle von Dumping und Subventionen. 2. Die Kommission unterbreitet dem Rat Vorschläge für die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik. 3. Sind Abkommen mit dritten Ländern auszuhandeln, so legt die Kommission dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt die Kommission zur Einleitung der erforderlichen Verhandlungen. Die Kommission führt diese Verhandlungen im Benehmen mit einem zu ihrer Unterstützung vom Rat bestellten besonderen Ausschuss nach Maßgabe der Richtlinien, die ihr der Rat erteilen kann. 4. Bei der Ausübung der ihm in diesem Artikel übertragenen Befugnisse beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit. Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Verträge zur Änderung der Verträge, Einheitliche Europäische Akte, Entschließung – Erklärung, 1987.“ Siehe Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 169/13 vom 29. Juni 1987.

17 Pierre Schori, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Schwedens (1982–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

18 Tassilo Ogrinz, Leiter der Abteilung für EG und EG-Staaten, allgemeine Integration und Europäisches Parlament (Abteilung III.3) im BMAA (1988–1993) siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

19 Zur „Wiederbelebung“ der WEU siehe Dok. 34, Anm. 11.

20 Franz Cede, österreichischer Generalkonsul in Los Angeles (1988–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

21 MCh = Missionschef.

Bot. Hietsch:²² In Norwegen ist starkes Pro-EG-Argument derzeitiger Ausschluss aus EPZ. Norwegen erwartet EG mit milit. Kooperation. Harmonisierte SV²³-Politik wäre für Norwegen unerwünscht.

Bot. Weinberger: Belgien sucht bereits jetzt Beginn der Prüfung der Neutralitätsfrage der EPZ, meritorische Aussage kann später erfolgen. GS Januzzi:²⁴ Einige Staaten an Prüfung schon jetzt nicht interessiert. Frage wird jedoch im polit. Komitee des EP erörtert werden, im Rahmen einer Generaldebatte über Erweiterung. Österreich sollte Informationskampagne über Neutralität nicht überstürzen.

Bot. Bauer: Präs. Delors²⁵ spricht vermehrt von „Verteidigungspolitik“. EPZ-Erörterung der Neutralität Österreichs zum jetzigen Zeitpunkt für Österreich nicht günstig, der Debatte sollte entgegengewirkt werden. BRD tritt für Behandlung der Frage erst zum Schluss ein. Kompatibilität Neutralität-EG-Mitgliedschaft muss in Beitrittsverhandlungen festgestellt werden.

Bot. Hoess: USA befürworten grundsätzlich Österreichs EG-Beitritt. Österreich sollte mehr „public diplomacy“ betreiben und auch einer Zuordnung Österreichs zu einer Art Grauzone Mitteleuropa entgegenwirken. Verhältnis USA-Westeuropa: Präs. Bush sieht USA als europ. Macht im strateg. Sinne. „Partners in leadership“ und burden sharing; USA bereit, weniger Führungsrolle zu betonen und mehr auf Partnerschaft zu setzen. USA prinzipiell nicht für Truppenabzug aus Europa. Im Falle einer 3. Null-Lösung²⁶ wäre Truppenabzug möglich. Auch weitgehende Abrüstungsmaßnahmen im Osten könnten dazu führen. Großes Interesse der Bush-Administration für Vorgänge in Ost-Mitteleuropa, aber Skepsis.

Bot. Maschke: Es muss damit gerechnet werden, dass einzelne EG-Staaten Fragen der Neutralität Österreichs mit der SU diskutieren werden.

Plattner m. p.

22 Walter Hietsch, Österreichischer Botschafter in Norwegen (1985–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

23 SV = Sichtvermerk

24 Giovanni Jannuzzi, Leiter des politischen Sekretariats des Europäischen Rates (1987–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

25 Jacques Delors, Präsident der EG-Kommission (1985–1995), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

26 Der Begriff „Nulllösung“ entstand im Zuge der in den 1980er-Jahren geführten Nachrüstungsdebatten und bezeichnet den vollständigen Verzicht auf die Aufstellung neuer, zusätzlicher Waffensysteme auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Nachrüstung seit dem 1982 implementierten NATO-Doppelbeschluss ist diese Wortkombination aufgekommen. In dem zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow vereinbarten und 1987 in Kraft getretenen INF-Vertrag zwischen den USA und der UdSSR wurde in der sogenannten „doppelten Nulllösung“ sowohl die Vernichtung als auch das Verbot der Wiederherstellung spezifischer Waffensysteme bzw. Obergrenzen für deren Besitz festgelegt. Unter dem Stichwort „dritte Nulllösung“ wurde die Einbeziehung von Kurzstreckenraketen in die Reduktionsgespräche subsummiert. Kohl und Genscher stritten in diesem Zusammenhang um die Modernisierung der in der Bundesrepublik stationierten Kurzstreckenraketen.

Dok. 52: Aktenvermerk. Die DDR und die Fluchtwelle durch Österreich, 11.9.1989

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 11. September 1989, 217-Res/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24, GZ. 43.02.40/13-II.3/89¹

Österreich-DDR; Reaktion auf Durchreise der DDR-Flüchtlinge aus Ungarn

Bei einem bereits vor einiger Zeit fixierten Mittagessen mit dem Botschaftsrat (und derzeitigen Geschäftsträger) der DDR-Botschaft in Wien² ließ sich dieser im Gegenstand dem Gefertigten etwa wie folgt vernehmen:

Auf DDR-Seite hoffe man, dass durch die derzeitige Situation keine nachteiligen Folgen für die bilateralen Beziehungen entstehen. Die DDR sei weiterhin am weiteren Ausbau dieser Beziehungen zu Österreich sehr interessiert. (Der Gefertigte bestätigte dies auch von österreichischer Seite.) Auf DDR-Seite habe die österreichische Haltung keinerlei Erstaunen hervorgerufen. Sie sei vielmehr durchaus berechenbar und ganz offenkundig mit den auch der DDR bekannten Prinzipien der österreichischen Außenpolitik im Einklang. Auch in den weiteren Ausführungen war nicht die geringste Andeutung einer Kritik an Österreich zu erkennen.

Der Gesprächspartner (der dem Gefertigten aus früheren Gesprächen als durchaus dem DDR-System gegenüber selbstkritisch eingestellt bekannt ist) stimmte auch der Ansicht zu, dass letztlich die der ungarischen Regierung sicher schwer gefallene Entscheidung³ auch aus DDR-Sicht positive Aspekte enthalte, da damit ein potentiell sehr langwieriges Problem relativ rasch gelöst werden konnte. Eine Rückführung der DDR-Bürger in die DDR wäre sicherlich unvorstellbar gewesen und eine längere Anhaltung in Flüchtlingslagern hätte niemanden gedient. Das

1 Der vom Leiter der Abteilung II.3 Gesandten Ernst Sucharipa verfasste Aktenvermerk erging an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Leiter der Sektionen II und IV und die österreichischen Botschaften in Berlin, Budapest, und Bonn.

2 Dietrich Steiner, Stellvertreter des Botschafters und Leiter der Politischen Abteilung in der Botschaft der DDR in Österreich (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Ungarn war im Laufe des August seitens der Bundesrepublik und der DDR sowie der in Ungarn befindlichen DDR-Bürger immer mehr unter Druck geraten und die Haltung, dass das Problem durch die beiden deutschen Staaten zu lösen sei, war kaum noch haltbar. Die grundsätzliche Entscheidung zur Grenzöffnung war bereits am 22. August 1989 im engeren ungarischen Führungszirkel um Ministerpräsident Miklós Németh gefallen. Erst danach erfolgte die Abstimmung mit der Bundesrepublik bei einem kurzfristig anberaumten Geheimtreffen von Németh und Gyula Horn mit Helmut Kohl und Hans Dietrich Genscher auf Schloss Gymnich am 24. August 1989. Die Entscheidung über das Datum der Grenzöffnung am 11. September 1989 fiel dann sehr wohl in Abstimmung mit der politischen Führung der Bundesrepublik und Kohl im Besonderen und wurde dieser am 7. September 1989 mitgeteilt. Die Abwicklung der Ausreise wurde dann kurzfristig auch mit Österreich akkordiert. Vgl. dazu grundlegend Oplatka, Der erste Riß in der Mauer, S. 181–184; zur Abstimmung zwischen Budapest und Bonn siehe Dokument 4 in: Die Einheit.

Problem freilich wäre nunmehr, wie man ähnliche Ereignisse in der Zukunft verhindern oder in den Griff bekommen kann.

Während die im ersten Absatz zum Ausdruck gebrachten Ansichten ausdrücklich als offizielle Haltung bestätigt wurden, stellten die weiteren Ausführungen wohl eher die privaten Ausführungen von Botschafter Steiner dar.

Wien, am 11. September 1989
Sucharipa m. p.

Dok. 53: Bericht. Erklärung Ungarns zur Ausreise der DDR-Flüchtlinge, 12.9.1989

Gesandter Gerald Kriechbaum an BMAA, Budapest, 12. September 1989, Zl. 2.8.2/8/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24, GZ. 43.02.40/18-II.3/89¹

Erklärung der ungarischen Regierung zur Ausreise der DDR-Flüchtlinge

Im Folgenden wird die von der ungarischen Regierung am 10.9.1989 veröffentlichte Erklärung zur Frage der Ausreise der DDR-Flüchtlinge wiedergegeben:

„In den vergangenen Wochen sah sich die Regierung der Ungarischen Volksrepublik ständig mit der Situation von DDR-Bürgern konfrontiert, die sich in Ungarn aufhielten und sich in der Bundesrepublik Deutschland niederlassen wollten. Die Regierung führte wiederholt Gespräche mit den zuständigen Persönlichkeiten der DDR und der Bundesrepublik Deutschland: Sie brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass das Problem von den beiden deutschen Staaten gelöst werden könnte.

Die Gespräche zwischen der DDR und der Bundesrepublik sind jedoch gescheitert. In der Zwischenzeit ist die Zahl der DDR-Bürger, die sich weigerte, nach Hause zurückzukehren und in die Bundesrepublik ausreisen wollte, ständig angestiegen. An der österreichisch-ungarischen Grenze entwickelte sich eine alarmierende Situation, die Zahl der illegalen Grenzübertritte nahm ständig zu: Es kam zu Gewalttätigkeiten.

Die Ungarische Volksrepublik trägt nicht die Verantwortung für diese Situation, und es ist nicht Aufgabe der ungarischen Regierung, den Ursachen dieses Problems nachzugehen.

In ihren Bemühungen, das Problem für jene, die aussiedeln wollten, zu lösen, wurde die ungarische Regierung von den allgemein anerkannten internationalen

1 Der Bericht wurde in Verfolg von Fernschreiben Nr. 25164 vom 8. September 1989 erstattet. Im BMAA wurde seitens der Abteilung II.3 unter GZ. 43.02.40/18-II.3/89 die Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Berlin und Bonn veranlasst.

Prinzipien des Menschenrechts und von humanitären Aspekten geleitet. In dieser unhaltbaren Situation beschloss die Regierung, vorübergehend die betreffenden Bestimmungen eines bilateralen Abkommens, das von Ungarn und der DDR im Jahr 1969 beschlossen wurde, zu suspendieren. Dadurch wird es für DDR-Bürger, die sich in Ungarn aufhalten und die es ablehnen, nach Hause zurückzukehren, ermöglicht, in ein Land ihrer Wahl auszureisen, vorausgesetzt, dass es sie aufnimmt. – Diese Regelung ist am 11. September 1989, 00.00 Uhr in Kraft getreten.“

Die Flüchtlingslager selbst waren am Abend des 11. bereits von ihren alten Insassen geräumt, zwischenzeitlich ist allerdings eine neue Welle von ostdeutschen Urlaubern aus den Nachbarländern kommend in Ungarn eingetroffen; wie viele dieser DDR-Bürger von den offenen Grenzen des Landes Gebrauch machen werden, ist schwer abschätzbar.

Ein Zeitpunkt für das Ende der (teilweisen) Suspendierung des Reiseabkommens DDR-Ungarn wurde bisher nicht bekanntgegeben. Sowohl Außenminister Horn als auch sein Stellvertreter Öszi² haben allerdings bereits Ihrer Sorge Ausdruck verliehen, dass neben den Flüchtlingen aus Rumänien und der DDR auch solche aus der ČSSR und der Sowjetunion in Ungarn Zuflucht nehmen wollen.

Der Geschäftsträger a. i.:
(Gesandter Dr. G. Kriechbaum)

Dok. 54: Bericht. Dank Genschers an Österreich, 13.9.1989

Botschafter Friedrich Bauer an BMAA, Bonn, 13. September 1989, ZI. 314-RES/89, BMEIA, ÖB-Bonn, Res 1989 (6b-12), Karton 62¹

AM Genscher; Dank an Österreich für Haltung gegenüber DDR-Flüchtlinge

Bundesaußenminister Genscher hat mich gestern zu einer 20-minütigen Unterredung empfangen. Er dankte namens der deutschen Bundesregierung der österreichischen Bundesregierung und der österr. Bevölkerung, insbesondere des Burgenlands, für Unterstützung und Aufnahme der DDR-Flüchtlinge aus Ungarn.

2 István Öszi, Stellvertretender Außenminister Ungarns (1988–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25151 an den Bundesminister, den Generalsekretär und die Sektionen II, III und IV.

Die Haltung der österr. Behörden und der österr. Bevölkerung hat, so Genscher, auf die deutsche Regierung, die deutsche Öffentlichkeit großen Eindruck gemacht und wird nicht vergessen werden.

Er, Genscher, kann sich nicht vorstellen, dass ein Land wie Österreich, das eine solche Haltung an den Tag gelegt hat, nicht Mitglied der EG werden sollte. Vorfälle à la Eyskens² dürften sich nicht wiederholen. Nicht die EG, sondern Österreich als mündiges Land habe mit der SU zu sprechen. Anfang Oktober werde er bei einem inoffiziellen Treffen dem französischen Außenminister Dumas³ diese Haltung der deutschen Bundesregierung zum Ausdruck bringen.⁴

Das nachfolgende Gespräch behandelte die gegenwärtige Situation in der DDR.

Auf meine anschließende Frage, ob die Situation in der DDR eine Änderung der Deutschlandpolitik der BRD mit sich bringen werde, sagte Genscher, dass er alles tun werde, um die bisherige Deutschlandpolitik, nämlich die der Einbettung in den gesamteuropäischen Rahmen, fortzusetzen. Jene in der BRD, die sich aus diesem Kontext lösen wollten und einen nationalen Alleingang befürworten, fügen dem Wiedervereinigungsgedanken schweren Schaden zu. Es bestehe aber auch die Gefahr, dass die DDR, indem sie sich aus der osteuropäischen Reformpolitik löst, auch dem gesamteuropäischen Kontext (z. B. KSZE-Bereich) verlasse. Ihm, Genscher, wäre es lieber, wenn sich die DDR nach der SU von Anfang an die Spitze der osteuropäischen Reformbewegung gestellt hätte.

2 Auf der am 17. Juli 1989 in Brüssel stattfindenden Ratstagung versagte der belgische Außenminister Mark Eyskens als einziger der von seinem deutschen Kollegen Hans-Dietrich Genscher initiierten sofortigen Behandlung der österreichischen Beitrittsanträge unter Verweis auf die darin enthaltene „Neutralitätspassage“ seine Zustimmung. Beharre Österreich auf die „immerwährende Neutralität“, könne es ein Problem geben. Der führende Politiker der flämischen christdemokratischen Partei „Christen-Democratisch en Vlaams“ forderte sogar, vor einer Beratung des Ministerrats erst Gespräche zwischen der EG und der UdSSR anzuberaumen. Als außenpolitischer Affront wurde in Wien sein öffentlich gemachter Vorschlag empfunden, wonach die EG mit der UdSSR über die Möglichkeit einer Flexibilisierung der österreichischen Neutralität in Verhandlungen eintreten könnten. Eyskens deutete damit an, dass die österreichische Neutralität auch im Interesse der Sowjetunion liege. Die Causa Austria war für Eyskens eine fundamentale Fragestellung für die Politik des Westens, aber auch für die Europäischen Gemeinschaften. Alte Neutralisierungsängste kamen auf, als von der Sorge einer „finlandisation“ der EG die Rede war. Angesichts des EG-Beitrittswerbers mit explizitem Neutralitätsvorbehalt stand die westliche Politik nach Überzeugung Eyskens vor einer Weggabelung. Bundeskanzler Vranitzky ließ umgehend replizieren, Österreich führe mit keinem Land Verhandlungen über seine selbstgewählte Neutralität. Auch Vizekanzler Riegler wies die Ausführungen des Belgiers, der nicht in Abstimmung mit seiner Regierung agiert hatte, kategorisch zurück, siehe Gehler, Vom Marshall-Plan zur EU, S. 189–191.

3 Roland Dumas, Minister für Äußeres Frankreichs (1988–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Außenminister Genscher kam am 26. Oktober 1989 in Paris zu einem Gespräch mit dem französischen Außenminister Dumas zusammen. Siehe Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris, 26. Oktober 1989 (= Dokument 17), in: Die Einheit, S. 124–127.

Bundesminister Genscher übermittelt dem Herrn Bundesminister herzliche Grüße und freut sich auf ein baldiges Zusammentreffen.

Bauer

Dok. 55: Bericht. Militärische Besuche der DDR in Österreich, 13.9.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 13. September 1989, Zl. 210-RES/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

Österreich-DDR; militärische Besuche

Der mehrtägige Besuch der Delegation der Nationalen Volksarmee unter Leitung von Generaloberst Fritz Streletz, stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung der DDR, fand in der hiesigen Presse seinen Niederschlag.² Dieser pressemässige Niederschlag hat Kollegen aus EG-Staaten dazu gebracht nachzufragen, wieso die Besuche zwischen Österreich und der DDR so zahlreich seien und was der Grund für die Kooperation auf militärischem Gebiet sei.

Aus Sicht der Botschaft ist es optisch nicht sehr günstig, wenn gerade zum jetzigen Zeitpunkt Österreich durch militärischen Besuchsaustausch von Seiten der DDR als beispielhafter Dialogpartner dargestellt wird. Nach Meinung der Botschaft wäre es wünschenswert, wenn Besuche auf militärischem Gebiet in nächster Zeit etwas eingeschränkt werden könnten.

Wunderbaldinger

- 1 Der Bericht wurde von Sachbearbeiter Gesandten Lorenz Graf erstellt und erging nach Genehmigung durch Botschafter Franz Wunderbaldinger an das BMAA. Dem Bericht lagen zwei nicht näher spezifizierte Zeitungsartikel bei, die der in Anm. 3 zitierten Berichterstattung von Neues Deutschland entstammten.
- 2 Zur Berichterstattung in Neues Deutschland siehe: Delegation der NVA in der Verteidigungsakademie Wien, in: Neues Deutschland, 6. September 1989, S. 5; NVA-Delegation bei Truppenteil Österreichs, in: Neues Deutschland, 7. September 1989, S. 5; Delegation der NVA auf Truppenübungsplatz in der Steiermark, in: Neues Deutschland, 8. September 1989, S. 5; NVA-Delegation in Österreich zu Besuch bei Truppenteil, in: Neues Deutschland, 9./10. September 1989, S. 7.

Dok. 56: Runderlass. Durchreise der DDR-Bürger durch Österreich, 18.9.1989

BMAA an alle effektiven Vertretungsbehörden im Ausland, Wien, 18. September 1989, Zl. 43.08.28/30-IV.2/89, Archiv der österreichischen Botschaft Budapest¹

Durchreise von DDR-Bürgern durch Österreich seit dem 11.9.1989, 0.00 Uhr

Zur do. Information und Sprachregelung wird folgendes mitgeteilt:

Nachdem die Entscheidung der ungarischen Regierung betreffend die freie Ausreise jener in Ungarn aufhältigen DDR-Bürger, die nicht in ihre Heimat zurückkehren wollten, am 10. September um 19.00h bekanntgegeben worden war,² setzte am 11. September um 0.00h die Massenausreise dieser Personen über die österreichischen Grenzübergänge Richtung BRD ein. Während der Nacht und im Verlauf des ersten Tages sind tausende Einzelreisende mit PKW und zu Fuß über die österreichische Grenze gekommen.

Das Österreichische Rote Kreuz hat es auf Ersuchen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland übernommen, die Ausreise jener DDR-Bürger, die sich in Budapest in drei Lagern und zudem in Zanka am Plattensee in einem weiteren Lager in den letzten Tagen angesammelt hatten, zu organisieren und auch für die Betreuung der individuell ausreisenden DDR-Bürger zu sorgen.

Bereits am 10.9. wurden an allen in Frage kommenden Grenzübergängen ÖRK-Betreuungsstellen eingerichtet, die die eintreffenden DDR-Ausreisenden an den Grenzen mit Lebensmitteln und bei Bedarf auch medizinisch versorgten und jedem Autofahrer zur Deckung der Transitzkosten (Benzin etc.) öS 700,- überreichten. Für die Durchreise durch Österreich wurden vom BMI zwei Transitrouten festgelegt, um auf diese Weise den Strom der individuell Reisenden zu kanalisieren und Verkehrsstörungen zu vermeiden. Den PKW-Fahrern wurden entsprechend markierte Landkarten ausgehändigt. Entlang der Reiserouten wurden von Polizei und Gendarmerie Posten aufgestellt und Polizeifahrzeuge eingesetzt, um den Durchreisenden den Weg zu weisen.

Zur Abholung der in den Lagern verbliebenen DDR-Bürger wurden bereits am 11.9. in den Morgenstunden vom ÖRK insgesamt 75 Autobusse Richtung Budapest und Plattensee in Marsch gesetzt. Der Großteil dieser Busse, die von Vertretern des Roten Kreuzes begleitet wurden, sind bereits in den Abendstunden desselben Tages wieder an der österreichischen Grenze eingetroffen und setzten ihre Fahrt nach Passau und Freilassing fort. Mit diesen Bussen konnten rund 4.000

1 Der Runderlass wurde im BMAA in der für „Flüchtlingsangelegenheiten“ zuständigen Abteilung IV.2 erarbeitet und im Auftrag des Bundesministers durch den Leiter der Abteilung IV.2 Gesandten Erich Kussbach auf den Weg gebracht. Das Original muss in dem nicht auffindbaren Bestand mit der Länderzahl 43 (DDR) aufbewahrt worden sein. Daher wurde hier auf die Überlieferung der österreichischen Botschaft in Ungarn zurückgegriffen.

2 Siehe dazu Dok. 53.

DDR-Bürger zusätzlich in die Bundesrepublik verbracht werden. Auf diese Weise sind bereits im Verlauf des 11.9. ca. 10.000 Personen von Ungarn über Österreich in die BRD ausgereist.

Nach dem ersten großen Ansturm flaute der Ausreiseverkehr bereits in den Morgenstunden des 12.9. deutlich ab. Laut Auskunft des Bundesministeriums für Inneres sind bis zum 18.9.1989, 7.00h, insgesamt 16.304 DDR-Ausreisende bei den österreichisch-ungarischen Grenzübergängen eingereist.

Die Durchreise der genannten Personen ist insgesamt reibungslos erfolgt. Dies ist der engen Zusammenarbeit zwischen dem ÖRK und den Vertretungsbehörden der BRD in Budapest und Wien sowie der vollen Unterstützung der Aktion des ÖRK durch die zuständigen österreichischen Behörden zu verdanken.

Während der ersten vier Tage der Aktion standen das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, (Botschafter Dr. Nettel und Ges. Dr. Kussbach), das Bundesministerium für Inneres (Sch. Dr. Hermann) und der Botschafter der BRD in Wien, Graf Brühl, laufend in Verbindung, um alle notwendigen Maßnahmen ständig zu koordinieren.

Die Leistung des ÖRK ist besonders hervorzuheben. Diese und die Hilfe aller österreichischer Behörden wurden von der BRD wiederholt dankend anerkannt und gewürdigt.

Wenngleich die DDR sowohl die BRD als auch Ungarn wegen dieser Aktion schärfstens angegriffen hat, waren von dieser Seite gegen Österreich während der ganzen Aktion keinerlei Vorwürfe zu registrieren. Aus Gesprächen mit Angehörigen der DDR-Botschaft in Wien³ war im Gegenteil festzustellen, daß seitens der DDR das Engagement des ÖRK und der österreichischen Behörden im Zusammenhang mit der Transitierung⁴ der DDR-Ausreisenden als eine der humanitären Tradition unseres Landes entsprechende Haltung beurteilt wird.

Wien, am 18. September 1989

Für den Bundesminister:

Kussbach m. p.

³ Siehe Dok. 52.

⁴ So im Original.

Dok. 57: Information. Das Gespenst der deutschen Wiedervereinigung, 19.9.1989

Information, Gesandter Thomas Nowotny, Wien, 19. September 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/4-II.6/89¹

Das Gespenst der deutschen Wiedervereinigung

Ein Gespenst geht um in Europa. Es ist das Gespenst der deutschen Wiedervereinigung und es erschreckt die Westeuropäer. Diese Furcht steht – selten eingestanden – hinter vielen Diskussionen um die Zukunft der europäischen Sicherheit.

Weniger schreckensgebannt sind offenbar die beiden Supermächte. Sowohl aus den USA als auch in der UdSSR hört man gelegentlich, dass eine deutsche „Wiedervereinigung“ nicht nur möglich, sondern möglicherweise sogar wünschenswert sein könnte. Die Erwartung, die man daran in den USA und in der UdSSR

1 Die Information erging an alle Sektionsleiter, das Kabinett des Bundesministers, alle Abteilungen der Sektion II und an die österreichischen Auslandsvertretungen gemäß Liste KSZE. Die dem Text im Original beigelegten Grafiken (eine Karte zum "Fulda-Gap", siehe Anm. 16, und eine Darstellung zur Entwicklung des BIP der Bundesrepublik im internationalen Vergleich) entfallen in dieser Wiedergabe. Erstmals wurde die Analyse Nowotnys ausführlich wiedergegeben in: Michael Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands 1989/90, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 57 (2009) 5, S. 427–452, hier S. 428–430. Der Leiter der Abteilung II.3 Gesandter Ernst Sucharipa verfasste am 20. September 1989 zu diesen Ausführungen einen Aktenvermerk mit dem Titel „Deutsche Wiedervereinigung? Zur Gespensterbahnfahrt der Abteilung II.6“. Der Vermerk sollte an Herrn Sektionsleiter, Kabinett des Herrn Bundesministers, Alle Abteilungen der Sektion II, Generalsekretariat, ÖB Bonn, Berlin (Ost) und Moskau, Delegation Berlin und Liste KSZE weitergeleitet werden. Aus nicht bekannten Gründen erfolgte keine Weiterleitung. Der Aktenvermerk lautete:

„1) Es ist zutreffend, dass allerorten wieder zunehmend über die Frage einer deutschen Wiedervereinigung (oder ‚Neuvereinigung‘, so der IISS-Direktor Heisbourg) gesprochen wird. Grundsätzliche Überlegungen hierzu, wie sie im Essay der Abteilung II.6 angebracht werden, erscheinen daher auch in Österreich unvermeidbar. Hiezu erste kurze Anmerkungen aus Sicht der Osteuropaabteilung;

2) In der Außenpolitik ist Perzeption oft wichtiger als Realität: Trotz der von der Abteilung II.6. angeführten Umstände, die die Dimension eines aus der BRD und DDR bestehenden Deutschlands ‚verniedlichen‘, wird in Ost- (und wohl auch West-)Europa der Eindruck (die Furcht) bestehen bleiben, dass ein solches Gebilde in eine europäische Friedenordnung nicht integriert werden kann.

3) Trotz der publizitätswirksamen Absetzbewegungen aus der DDR (Größenordnung 1989: ca. 100.000 Bürger, davon ca. 5/6 ‚legal‘, 1/6 ‚illegal‘) gibt es ein nicht ganz zu unterschätzendes ‚DDR-Nationalbewusstsein‘ und Stolz in die Leistungen des ‚eigenen‘, ‚anderen‘ deutschen Staates. Die schweigende Mehrheit ist auch in der DDR eine Mehrheit. Auch die sich langsam formierenden Oppositionsgruppen wollen ihre DDR (reformieren und rundum erneuert, aber abgegrenzt von der BRD) erhalten.

4) Trotz Perestroika und Glasnost sieht die Sowjetunion allenthalben auf strikte Bewahrung des territorialen Status quo. Deutschland-politische Veränderungen, die über ‚Wandel durch Annäherung‘ hinausgehen, sind daher ohne Auseinandersetzung mit Moskau nicht zu erreichen.“

knüpft, sind allerdings gegensätzlich: Die USA erwartet, dass ein wiedervereinigtes Deutschland gegen Osten drängt, und die UdSSR schwächen würde. Die UdSSR erwartet sich von einem wiedervereinigten Deutschland dessen Ausscheiden aus der NATO und damit eine fatale Schwächung der NATO.

Diese Diskussion über die deutsche Wiedervereinigung kommt in gewisser Hinsicht überraschend. Immerhin schien die BRD durch ihre Ostverträge,² durch die Anerkennung der DDR, sowie durch ihre Einbindung in den KSZE-Prozess den Status Quo in Europa und damit auch die Existenz zweier deutscher Staaten endgültig und unwiderruflich und ohne Hintergedanken akzeptiert zu haben. Es ist daher die Frage, wie ernst gegenüber diesen harten Tatsachen das nun neu aufblühende Gerede von einer Wiedervereinigung ist. Steckt wirklich nicht mehr dahinter als eine lediglich vordergründige und rein verbale Reaktion auf das Vordringen der rechtskonservativen nationalistischen „Republikaner“³ in der BRD? Oder ist die Sache doch ernster zu nehmen.

Die Frage wurde bei der Botschafterkonferenz Anfang September⁴ andiskutiert. Sowohl der Botschafter in Berlin⁵ als auch der in Bonn⁶ waren übereinstimmend davon überzeugt, dass das Gerede nicht ernst zu nehmen sei. Niemand in politischer Verantwortung, meint der österreichische Botschafter in Bonn, würde wirklich eine „Wiedervereinigung“ mit der DDR anstreben. Das Nebeneinander der beiden Staaten würde von praktisch allen akzeptiert. Das maximale und von fast allen politischen Parteien getragene Ziel einer „Deutschlandpolitik“ wäre lediglich, die zwischen diesen beiden Staaten bestehenden Kontakte auf allen Ebenen zu verdichten.

Der österreichische Botschafter in Berlin meinte, dass es auch in der DDR keinen großen Druck zu radikalen Veränderungen gäbe. Mit plötzlichen Aufwühlungen und Kursänderungen sei nicht zu rechnen. Weil er im Großen und Ganzen funktioniert, würde der Staat von der Bevölkerung auch akzeptiert.

Die Stellungnahmen der beiden Botschafter beschreiben – wahrscheinlich akkurat – einen jetzt gegebenen Zustand. Sie gehen davon aus, dass dieser Zustand im wesentlichen unverändert, fortbestehen wird. Das kann, das muss aber nicht so sein. Einiges spricht dafür, dass sich in den beiden deutschen Staaten die Haltung zur „Wiedervereinigung“ ändert. In beiden deutschen Staaten gibt es Anzeichen für eine grundsätzliche Änderung des politischen Klimas. In der BRD z.B. hat der Historiker-Streit (in dem Deutschlands Kriegsschuld relativiert wurde)⁷ den emotional-politischen Bezugsrahmen verändert, in dem in der Nach-

2 Für die im Dokument erwähnten Ostverträge siehe Dok. 1, Anm. 15 und 17.

3 Zu den „Republikanern“ siehe Dok. 48, Anm. 21.

4 Siehe Dok. 51a und 51b.

5 Franz Wunderbaldinger, österreichischer Botschafter in der DDR (1985–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Friedrich Bauer, österreichischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Bei dem Historikerstreit handelt es sich um eine Debatte innerhalb der Zeitgeschichtsforschung der Bundesrepublik in den Jahren 1986 und 1987. Im Mittelpunkt stand die Frage

kriegszeit die internationalen Beziehungen verankert waren. Vor drei-vier⁸ Jahren wäre es auch undenkbar gewesen, dass von einem hochrangigen Politiker und viele Jahre nach deren Anerkennung durch den Warschauer Vertrag⁹ – die polnisch-deutsche Grenze wieder in Frage gestellt wird. Das hätte damals, vor dreivier Jahren, einer politischen Karriere noch das Ende bereitet. Nicht so heute.¹⁰ Es hat sich vielmehr in der gesamten Einstellung zum europäischen Osten eine neue Haltung aufgebaut – offensichtlich und allmählich und erneut der Glaube an eine besondere „deutsche Ostmission“. Diese Mission geht weit über die „Ostpolitik“ Willy Brandts hinaus. Diese hatte im wesentlichen ja nur das Akzeptieren des Status quo zum Ziel. Die Ziele der heutigen deutschen Ostpolitik sind ehrgeiziger. In ihrem neuen Nationalismus, dem aggressiven Eintreten für die Wiedervereinigung, in ihrer Skepsis gegenüber dem Westen und der europäischen Integration sind die rechts-konservativen „Republikaner“ also das Symptom einer politischen Stimmungsänderung, von der weit mehr als nur ihre Wähler erfasst sind.

Die DDR scheint in vielem der solideste kommunistische Staat – vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Dennoch steht dieser Staat politisch auf tönernen Füßen. Die Bindekraft der kommunistischen Ideologie ist – wenn sie je groß war – jedenfalls verschwunden. Dies geschah auch in anderen kommunistischen Staaten. Diese anderen Staaten können ihren sozialen Zusammenhalt und ihre Identität aber auf etwas anderes stützen als auf die kommunistische Ideologie – auf Religion oder – zumeist – auf Nationalismus. Einen DDR-Nationalismus gibt es wahrscheinlich nicht. Bestenfalls das Gefühl einer gewissen Heimatverbundenheit. Man hat sich in der DDR wahrscheinlich auch an gewisse komfortable Einrichtungen des „real-existierenden Sozialismus“ gewöhnt – wie sichere Arbeitsplätze, billige Grundnahrungsmittel und Wohnungen etc. Aber das alleine sichert noch nicht die Identität und gerade dieser Komfort wird im Zuge der auch in der DDR früher oder später notwendigen Wirtschaftsreform allmählich schwinden. Ebenso wird es immer schwieriger, den Staat mit diktatorischen Maßnahmen zu-

nach der Einzigartigkeit des Holocaust und seine Bedeutung für die Geschichte Deutschlands. Ernst Reinhard Piper (Hg.), „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987; Klaus Große Kracht, Der Historikerstreit. Grabenkampf in der Geschichtskultur, in: idem, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005, S. 91–114.

8 So im Original.

9 Dok. 1, Anm. 17

10 Durch den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 war der bestehende Grenzverlauf als die polnische Westgrenze und somit die Oder-Neiße-Grenze anerkannt worden. Siehe Dok. 1, Anm. 17. Sämtliche bundesdeutsche Regierungen hatten aber seither an dem Rechtsstandpunkt festgehalten, dass erst eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung endgültig über die Ostgrenze entscheiden könnte. Just im Sommer 1989 wurde rekurrierend auf diesen Rechtsstandpunkt von einigen CSU-Politikern eine Diskussion über diese Frage losgetreten. Die FDP und SPD stellten sich dagegen. Vgl. dazu Klaus Ziemer, Zwischen Misstrauen und Hoffnung: Polen und die deutsche Vereinigung, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 509–524, hier S. 510 und 514.

sammenzuhalten. Wohin, wenn nicht hauptsächlich an die BRD, würde sich aber die DDR wenden, wenn ihre wirtschaftliche und politische Öffnung unaufschiebbar geworden ist?

Die Wiedervereinigung steht also in Zukunft sehr wohl auf der politischen Tagesordnung der beiden deutschen Staaten. Formell können die übrigen – und vor allem die westeuropäischen – Staaten dagegen nichts einwenden. Das Prinzip der Selbstbestimmung ist ja international anerkannt. Offen wird dieses Prinzip auch von keinem westeuropäischen Staat in Frage gestellt und so auch nicht im Hinblick auf seine Anwendung für die beiden deutschen Staaten. Tatsächlich wünscht natürlich niemand eine wirkliche Anwendung dieses Prinzips durch eine „Wiedervereinigung“. Diese Furcht wird aber nicht laut artikuliert. Zu sehr ist man sich bewusst, dass man durch ein offenes Auftreten gegen die Wiedervereinigung nur die extremen und nationalistischen Kräfte der Bundesrepublik stärken würde. Es gibt in dieser Frage also keinen offenen politischen Dialog mit der BRD – nur uneingestandene stumme Furcht.

Ob überhaupt und in welcher Form und wann es zu einem Zusammenschluss der deutschen Staaten kommt, das ist gewiss unsicher. Jedenfalls kann man nicht ausschließen, dass der Drang nach „Wiedervereinigung“ in beiden deutschen Staaten, vor allem aber in der BRD, aufhört ein bloß abstraktes und fernes Ziel zu sein und zu einem konkreten Anliegen wird. Man sollte die Möglichkeit einer Wiedervereinigung also ernst nehmen und ernsthaft untersuchen, was denn deren Folgen wären. Würde eine solche Wiedervereinigung tatsächlich die gesamte Nachkriegsordnung sprengen?

Eine Wiedervereinigung wäre für diese Ordnung sicher ein gewaltiger Schock. Es wird im folgenden argumentiert, dass an ihm die europäische Nachkriegsordnung nicht zerbrechen müsste. Auch ein wiedervereinigtes Deutschland wäre nicht so stark, dass es den europäischen Kontinent wirtschaftlich und militärisch dominieren würde. Es wäre lediglich ein sehr großer Staat unter den anderen großen europäischen Staaten.

	Einwohner 1985	Einwohner 2025	Fläche in km ²
BRD	61,0	57,2	249.000
DDR	16,6	17,3	108.000
Zusammen	77,6	74,5	357.00
Frankreich	55,2	63,7	547.000
Italien	57,1	58,5	301.000
ČSSR	17,5	18,5	127.000
Polen	37,2	48,0	312.000
Zusammen	54,7	66,5	439.000

Die Fläche eines wiedervereinigten Deutschlands wäre 357.000 km² und weit geringer als die zusammengenommene in Polen und der ČSSR (439.000 km²).

In der DDR wächst die Bevölkerung langsam, in der BRD geht sie stark zurück. Im Jahr 2025 hätte ein „wiedervereinigtes Deutschland“ eine Bevölkerung von 74,5 Millionen, Frankreich demgegenüber eine Bevölkerung von 63,7 Millionen, die ČSSR und Polen zusammengenommen eine Bevölkerung von 66,5 Millionen.

In der BRD ist nicht nur das Bevölkerungswachstum gering (oder sogar negativ), auch wirtschaftlich ist die BRD weit weniger dynamisch als sie selbst und andere europäischen Staaten das gemeinhin annehmen. Der verlässlichste Maßstab für die Entwicklung von Wirtschaftsmacht ist die Entwicklung der Produktivität. Die der BRD hat sich seit 1960 nur langsam und weit weniger gesteigert als die Frankreichs und Italiens.

Es ist anzunehmen, dass sich diese Entwicklungen fortsetzen werden, sodass Frankreich in spätestens 10 Jahren die BRD an absoluter Wirtschaftsmacht eingeholt haben wird.

Man muss davon ausgehen, dass selbst bei einer Wiedervereinigung die jetzige DDR nicht sofort auf das wirtschaftliche Niveau der BRD gebracht werden könnte. Man könnte daher vermuten, dass auch noch im Jahr 2025 die Produktivität auf dem Gebiet, das heute die DDR ist, etwas – vielleicht um 15 % – unter der Produktivität der jetzigen BRD liegen würde. Das gesamte Wirtschaftspotential der vereinigten beiden Gebiete würde daher im Jahre 2025 ungefähr der Wirtschaftsmacht entsprechen, über die dann Frankreich verfügen wird.

Die Wirtschaftsmacht eines „wiedervereinigten Deutschlands“ muss aber nicht nur der Frankreichs, sondern auch der der übrigen westeuropäischen Staaten gegenübergestellt werden. Vor allem die südlichen EG-Staaten (wie Italien und Spanien) werden sich – so wie bisher auch in Zukunft – wirtschaftlich rascher entwickeln; sodass sich auch das wirtschaftliche und politische Gewicht dieser EG-Staaten im Vergleich zur BRD oder zu einem „wiedervereinigten Deutschland“ erhöhen wird.

Auch ein wiedervereinigtes Deutschland wäre also von seiner Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft her nicht wesentlich mehr als die BRD heute ist: nämlich eine unter den mächtigsten Nationen Europas.

Die Folgen einer „Wiedervereinigung“ können allerdings nicht nur vom rein wirtschaftlichen, sie müssen auch vom militärisch sicherheitspolitischen Standpunkt aus beleuchtet werden. Was wären auf diesem Gebiet die Folgen einer „Wiedervereinigung“?

Militär- und sicherheitspolitische Aspekte einer „Wiedervereinigung“

Die „Wiedervereinigung“ wird manchmal in Zusammenhang gebracht mit einer „Neutralisierung“ des dann vereinigten Deutschlands. Die Neutralisierung wäre Voraussetzung oder Folge eines Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten.

Dazu ist erstens das zu sagen, was seinerzeit auch Chruschtschow¹¹ dem damaligen Außenminister Kreisky¹² gesagt hat: Die Neutralität ist ein Status, der einem kleineren Staat angemessen ist, der sich geographisch-sicherheitspolitisch zwischen zwei Mächten befindet.¹³ Er kann aber nicht auf einen Staat Anwendung finden, der auf Grund seines großen eigenen Gewichtes, ob er das nun will oder nicht, zu einem maßgeblichen Faktor für die internationalen Beziehungen wird. Die Ostpolitik eines wiedervereinigten Deutschlands wäre selbst dann, wenn dieser Staat formal, „neutral“ wäre, in ihrer praktischen Wirkung nicht neutral. Was immer ein großer Staat unternehmen würde, das hätte weitreichende Folgen sowohl im Westen wie auch im Osten des Kontinents. Ob zum Beispiel ein kleiner neutraler Staat sich an Sanktionen beteiligt, das erhöht oder vermindert die Wirksamkeit solcher Sanktionen nur unerheblich. Ob ein Staat mit mehr als 70 Millionen Einwohner mitmacht, das entscheidet aber sehr wohl darüber, ob solche Sanktionen wirksam sind.

Zweitens würde eine „Neutralisierung“ der jetzigen BRD (so wie es z. B. im beiliegenden Artikel der neokonservative amerikanische Intellektuelle Irving Kristol vorschlägt)¹⁴ das westliche Verteidigungsbündnis so sehr schwächen, dass es substanzlos wird. Die Geographie bevorzugt nun einmal „geopolitisch“ die große Landmasse im Osten des Kontinents. Demgegenüber hat das der NATO verbündete Westeuropa nur eine geringe strategische Tiefe. Würde diese Tiefe durch die „Neutralisierung“ der BRD weiter verringert, so könnte auf diesem so geschrumpften Territorium in keiner Weise mehr ein militärisches Gegengewicht zur Sowjetunion aufrechterhalten werden. Ein „Gleichgewicht“ (oder besser: konfliktverhinderndes Kräfteverhältnis) wäre nicht länger gegeben.

11 Nikita Chruschtschow, Erster Sekretär der KPdSU (1953–1964) und Ministerpräsident der UdSSR (1958–1964), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

12 Bruno Kreisky, österreichischer Außenminister (1959–1966) und Bundeskanzler (1970–1983), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

13 Nowotny bezieht sich hier höchstwahrscheinlich auf den 1986 erschienenen ersten Band der Kreisky-Memoiren. Dort hielt Kreisky allerdings mit Blick auf die Neutralität und Deutschland fest: „Später nach dem Abschluß der Verhandlungen in Moskau, habe ich Mikojan gefragt, ob denn eine solche Lösung nicht auch für Deutschland in Betracht käme. Da meinte er sinngemäß, die Neutralität bestehe aus jenem Stück Papier, in dem sie verankert sei, weil sich der kleine Staat der Folgen bewußt sei, die ein Vertragsbruch für ihn haben kann. Für einen großen Staat, etwa für ein vereinigtes Deutschland, wäre das ein Stück Papier, das obsolet werden könnte – und was soll man tun? Krieg führen? Das scheint mir eine Antwort auf die seit neuem wieder vielfach erörterte Frage, ob eine Neutralität auch für Deutschland erreichbar gewesen wäre. Ich glaube das nicht.“ Bruno Kreisky, Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 1986, S. 461. Zu Kreisky als Kronzeugen für die Unanwendbarkeit des Österreich-Modells für Deutschland und seine Einschätzungen zur deutschen Frage nach 1955: Michael Gehler, Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945–1955, Innsbruck/Wien/Bozen 2015, S. 1220–1231.

14 Irving Kristol, „Why not Neutralize Eastern Europe?“, in: International Herald Tribune, 13. September 1989; Irving Kristol, US-Sozialwissenschaftler, er gilt als einer der wichtigsten Vertreter des Neokonservatismus, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Drittens würde eine Neutralisierung Westdeutschlands natürlich den Abzug der US-Soldaten aus Europa (die ja zum überwiegenden Teil in der BRD stationiert sind) mit sich bringen. Die Europäer zweifeln – wohl zurecht – an der letztlichen Wirksamkeit der für sie von den USA abgegebenen „Nukleargarantie“. Umso wichtiger ist die Garantie- bzw. „Geisel“-funktion der amerikanischen Truppen. Diese Truppen sorgen – wirksamer als Atomraketen – für die „Ankoppelung“ des europäischen Kriegsschauplatzes an die USA. Diese Koppelung würde mit dem Abzug der US-Truppen wegfallen.

Viertens entsteht möglicherweise das Problem einer nuklearen Rüstung in einem wiedervereinigten Deutschland. Atomwaffen sind heute recht „billig“ in der Herstellung. Das technische Know how¹⁵ ist in der BRD sicher vorhanden. Dementsprechend groß ist der Anreiz, sich seine Sicherheit auf so „billige“ Weise, durch atomare Abschreckung zu wahren. Gegen die Anschaffung nationaler Atomwaffen spräche gewiss die Verunsicherung, die der Besitz solcher Waffen bei den europäischen Staaten in Ost und West auslösen müsste. Für den Besitz von Atomwaffen spricht freilich, dass ein wiedervereinigtes und neutrales Deutschland von potentiellen Gegnern umkreist wäre, die eben am besten und „billigsten“ mit nuklearer Abschreckung in Schach gehalten werden könnte.

Fünftens ist aber zu fragen, ob ein Ausscheren der BRD aus dem westlichen Verteidigungsbündnis heute überhaupt noch physisch möglich wäre. Die BRD ist bereits heute dem übrigen Westeuropa wirtschaftlich und gesellschaftlich sehr eng integriert. Diese westeuropäische Integration bzw. Zusammenarbeit wird sich zunehmend auch auf sicherheitspolitische Fragen erstrecken und erstrecken müssen. Der Zustand, dass die europäische Sicherheit zum Großteil durch die USA geschützt ist, lässt sich nämlich historisch nicht auf unbegrenzte Zeit aufrecht erhalten. Westeuropa wird – eher früher als später – vermehrt für seine eigene Sicherheit zu sorgen haben.

Sicherheitspolitik ist aber etwas sehr umfassendes. Sie hat vor allem auch einen wirtschaftlichen Aspekt bzw. eine wirtschaftliche Grundlage. Wollte und müsste ein „neutralisiertes“ wiedervereinigtes Deutschland eine unabhängige Sicherheitspolitik betreiben, dann müsste sich die BRD, zumindest auf einigen wichtigen Gebieten (wie z. B. in der Technologie) aus den schon heute bestehenden Abhängigkeiten und Verbindungen mit westeuropäischen Staaten lösen. Dazu ist aber die Integration Westeuropas bereits zu weit fortgeschritten. Diese Option eines Ausscherens aus der westeuropäischen Zusammenarbeit steht der BRD also nicht mehr offen. Die BRD hat zum Beispiel nicht länger die Option, sich eine von der westeuropäischen getrennte, eigene Luftfahrts- oder Raumfahrtsindustrie aufzubauen.

Es ist im übrigen ja auch das – eingestandene oder uneingestandene – Ziel der übrigen westeuropäischen Staaten, die Integration der BRD nach Westeuropa zu stärken und irreversibel zu machen. Hinter der integrationsfreundlichen Politik Frankreichs steht nicht nur das Bestreben Frankreichs im Wege über ein vereinigt-

15 So im Original.

tes Westeuropa sich jenen Einfluss zu sichern, den es heute alleine in der Welt nicht länger ausüben kann. Frankreich verfolgt mit dieser Politik daneben eben auch das Ziel, die „Westbindung“ der BRD so zu stärken, dass sie de facto unauf lösbar wird.

Es ist also sowohl unwahrscheinlich wie unerwünscht, dass die BRD aus der NATO ausscheidet und neutral wird, um sich mit der DDR „vereinigen“ zu können. Das wäre übrigens auch nicht im langfristigen Interesse des Warschauer Paktes bzw. der UdSSR. Ein vereinigt Westeuropa (auch unter Einschluss der BRD) hätte sicher eine weitaus weniger ambitionierte „Ostpolitik“ als ein wiedervereinigtes und neutrales Gesamtdeutschland.

Was wären nun die Folgen der wahrscheinlicheren Lösung, bei der das wieder-vereinigte Deutschland eben nicht „neutral“ wird, sondern bei der BRD im westlichen Verteidigungsbündnis bleibt? Es würde sich dadurch sicher eine militärische Verschiebung zu Lasten des Ostens ergeben. Aber diese Verschiebung ist weniger weitgehend, als man zunächst vermuten wird.

Der Vorteil, den der Warschauer Pakt zur Zeit daraus zieht, dass ihm die DDR angehört, ergibt sich vor allem im Lichte der jetzt – noch – herrschenden sowjetischen Militärdoktrin. Diese fordert, dass im Falle eines Ost-West-Krieges die Warschauer Pakt-Truppen möglichst rasch am [sic!] Atlantik vorrücken, um dort das Eintreffen von Nachschub aus den USA zu verhindern. Der „Sporen“ der im Süden der DDR in die BRD vorragt („Fulda-Gap“)¹⁶ würde einer solchen Offensive als Sprungbrett dienen.

Es ist aber die Absicht und es ist auch wahrscheinlich, dass die Militärdoktrinen geändert werden. Die herrschenden Doktrinen in West („deep strike“, FOFA)¹⁷ und in Ost („Vorwärtsverteidigung“) gehen davon aus, dass „Angriff die beste Verteidigung“ ist. Diese offensive militärische Taktik steht aber im Gegensatz zur grundsätzlich defensiven strategischen Zielsetzung der beiden Bündnisse. Sie wollen lediglich den Status quo erhalten und streben keine Gebietsgewinne an.

16 Mit dem Begriff „Fulda-Gap“ oder „Fulda-Lücke“ bezeichneten die US-Streitkräfte ein Gebiet um Geisa/Thüringen im Umland von Fulda in Ostthessen an der Grenze zur Bundesrepublik. Da der Warschauer Pakt hier am weitesten in den Westen reichte, ging die NATO davon aus, dass von diesem Gebiet aus am wahrscheinlichsten ein Angriff erfolgt. Point Alpha war einer von vier US-Beobachtungsstützpunkten an der innerdeutschen Grenze in Hessen. In direkter Nachbarschaft zu Geisa hatte dieser Stützpunkt bis zum Fall des Eisernen Vorhangs Beobachtungsfunktion im NATO-Verteidigungskonzept. Östlich des Eisernen Vorhangs standen zwar Wachtürme der DDR-Grenzorgane, aber keine Truppen des Warschauer Paktes direkt an der Grenze, Klaus Hartwig Stoll, Point Alpha. Brennpunkt der Geschichte, Petersberg 2007; Mira Keune/Volker Bausch, Vom heißen Ort im Kalten Krieg zum Lernort für Geschichte, Point Alpha 2012; Dieter Krüger (Hg.), Schlachtfeld Fulda Gap – Strategien und Operationspläne der Bündnisse, = Schriftenreihe Point Alpha Band 2, Fulda, 2014.

17 FOFA = Follow on Forces Attack. Es handelt sich hierbei um ein militärisches Konzept der NATO, das im Falle eines Angriffes der Streitkräfte des Warschauer Paktes die nachrückenden Truppen zum Ziel macht.

Stellen die Militärbündnisse und stellt insbesondere der Warschauer Pakt auf eine rein „defensive“ Verteidigung um,¹⁸ also keine Attacken gegen Westeuropa, stellt er sich nicht länger das Ziel, möglichst rasch die Atlantikküste zu erreichen, dann mindert sich auch der militärische Wert des aus Ostdeutschland in die BRD ragenden Sporen. Der militärische Nachteil, der dem Warschauer Pakt durch das Ausscheiden der DDR entstünde, wäre dadurch ein geringerer. Der Verlust an militärischem nutzbaren Terrain ist strategisch wohl kaum entscheidend. Die DDR ist ein in ihrer Ost-West-Ausdehnung von 200–300 km relativ schmaler

- 18 Der Warschauer Pakt hatte dies 1988 getan. In seiner Rede vor den Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988 erklärte Gorbatschow: „Heute darf ich Ihnen folgendes mitteilen: Die Sowjetunion hat den Beschluß gefaßt, ihre Streitkräfte zu reduzieren. In den nächsten zwei Jahren wird sich ihre zahlenmäßige Stärke um 500.000 Mann verringern, auch der Umfang der konventionellen Waffen wird wesentlich reduziert. Diese Reduzierungen werden einseitig vorgenommen, ohne Zusammenhang mit den Verhandlungen über das Mandat des Wiener Treffens. Im Einvernehmen mit unseren Verbündeten im Warschauer Vertrag beschlossen wir, sechs Panzerdivisionen aus der DDR, der Tschechoslowakei und Ungarn bis 1991 abzugeben und diese aufzulösen. Aus den Gruppen der sowjetischen Truppen, die sich in diesen Ländern befinden, werden ferner Luftsturm- und mehrere andere Verbände und Einheiten abgezogen, einschließlich der Landeübersetztruppen mit Bewaffnung und Kampftechnik. Die in diesen Ländern befindlichen sowjetischen Truppen werden um 50.000 Mann und die Bewaffnung um 5.000 Panzer reduziert. Alle auf dem Territorium unserer Verbündeten vorläufig verbleibenden sowjetischen Divisionen werden umgegliedert. Ihnen wird eine im Vergleich mit heute andere Struktur verliehen, die nach einem wesentlichen Panzerabzug aus diesen Territorien eindeutig defensiv wird. Gleichzeitig werden wir die Truppenstärke und die Waffenmenge auch im europäischen Raum der UdSSR reduzieren. Insgesamt werden die sowjetischen Streitkräfte in diesem Teil unseres Landes auf dem Territorium unserer europäischen Verbündeten um 10.000 Panzer, 8.500 Artilleriesysteme und 800 Kampfflugzeuge reduziert. In diesen zwei Jahren werden wir die Gruppierung der Streitkräfte auch im asiatischen Teil des Landes bedeutend verringern. Im Einvernehmen mit der Regierung der Mongolischen Volksrepublik wird ein wesentlicher Teil der dort zeitweilig befindlichen sowjetischen Truppen in die Heimat zurückkehren. Durch die Fassung dieser prinzipiell wichtigen Beschlüsse bringt die sowjetische Führung den Willen des Volkes zum Ausdruck, das sich mit einer tiefgreifenden Erneuerung seiner gesamten sozialistischen Gesellschaft befaßt. Wir werden die Verteidigungsfähigkeit des Landes auf dem Niveau des vernünftigen und zuverlässigen Mindestmaßes aufrechterhalten, damit niemand die Versuchung verspürt, sich an der Sicherheit der UdSSR und ihrer Verbündeten zu vergreifen. Durch diese unsere Aktion wie auch durch unsere gesamte Tätigkeit zur Demilitarisierung der internationalen Beziehungen möchten wir die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft auch auf ein anderes aktuelles Problem – auf das Problem des Übergangs von der Rüstungswirtschaft zu einer Abrüstungswirtschaft – lenken.“ Siehe: Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Michail Gorbatschow, vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988, in: Europa-Archiv, S. D 23–D 38. Für seine diesbezüglichen Ausführungen auf dem Konsultativtreffen des Warschauer Pakts am 15. Juli 1988 siehe: A Cardbord Castle?, Dokument 135, für den Diskussionsprozess im Warschauer Pakt vor und nach der Rede vor den Vereinten Nationen siehe zudem ebd., Dokument 134 und 140. Zur zeitgenössischen Einschätzung dieser Entwicklung siehe: Jens Hacker, Michail Gorbatschow und die engere „sozialistische Gemeinschaft“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 19–20/90 (4. Mai 1990), S. 30–39.

Staat. Demgegenüber hätte die neue Ost-West-Grenze, also die Ost-Grenze eines wiedervereinigten Deutschlands den Vorteil geradliniger als die bisherige militärische Ost-West-Grenze zu sein und dementsprechend leichter wäre sie zu verteidigen.

Stärker negativ betroffen von einer solchen Verschiebung der militärischen Trennlinie nach Osten wäre allerdings die Tschechoslowakei. Deren Nord-West-Grenze wird gegenüber der NATO zur Zeit durch die DDR abgedeckt. Bei einem Ausscheiden der DDR aus dem Warschauer Pakt wäre diese Grenze dann direkt der NATO ausgesetzt. Eine Lösung dieses Problems könnte dadurch erfolgen, dass das Gebiet der heutigen DDR auch nach einer Wiedervereinigung mit der BRD, und obwohl das wiedervereinigte Deutschland der NATO angehören würde, „demilitarisiert“ wird, wobei diese Demilitarisierung durch internationale Garantien abgesichert werden könnte.

Zusammenfassend:

Trotz der Lippenbekenntnisse zum „Selbstbestimmungsrecht“ wünscht heute kein europäischer Staat eine deutsche „Wiedervereinigung“. Es kann aber die Furcht vor einer solchen Wiedervereinigung zu einem sehr destabilisierenden Element der europäischen Politik werden; ohne dennoch eine Wiedervereinigung verhindern zu können. Ob es zu dieser Wiedervereinigung tatsächlich kommt, ist natürlich unsicher. Ausgeschlossen werden kann sie jedenfalls nicht. In beiden deutschen Staaten gibt es Entwicklungen, die eine solche Wiedervereinigung heute jedenfalls wahrscheinlicher machen, als sie es noch vor zwei-drei Jahren gewesen ist. Ein wiedervereinigtes Deutschland könnte und sollte nicht neutral bzw. neutralisiert sein. Würde aber zumindestens der westliche Teil des wiedervereinigten Deutschlands weiter in der NATO, und das gesamte Deutschland der EG integriert bleiben, dann würde sich daraus aber nicht jene Bedrohung durch einen neu entstandenen militärischen und wirtschaftlich dominierenden Superstaat ergeben, die allgemein befürchtet wird.

Wien, am 19. September 1989

Nowotny m. p.

Dok. 58: Bericht. Sowjetische Haltung zur Fluchtwelle aus der DDR, 21.9.1989

Botschafter Herbert Grubmayr und Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 21. September 1989, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), GZ. 43.02.40/34-II.3/89¹

DDR-Emigranten über Ungarn, sowjetische Haltung (Info)

Laut Darstellung der ho. ungarischen Botschaft sei Ungarn sowjetischerseits offiziell zu seiner Haltung hinsichtlich der Emigration von DDR-Bürgern von Ungarn über Österreich in die BRD nicht angesprochen worden. Inoffiziell habe es sehr wohl verschiedene sowjetische inhaltliche Reaktionen gegeben. Grundsätzlich dominierte Verständnis für die ungarische Entscheidung. Die UdSSR habe gegenüber Ungarn zum Ausdruck gebracht, dass man über die Entwicklung in dieser Frage durch die DDR laufend informiert worden sei, während Ungarn die SU mit seiner Entscheidung, die Grenzen für DDR-Bürger zu öffnen, vor ein „fait accompli“ gestellt habe.

Keinerlei Missfallen habe die Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Abbau der „Sicherheitsanlagen“ an der österreichisch-ungarischen Grenze gegenüber Ungarn geäußert, dass theoretisch auch SU-Bürgern nun über die österreichisch-ungarische Grenze die Flucht in den Westen gelingen könnte, habe man sowjetischerseits nie zur Sprache gebracht.

Im Allgemeinen, stellte der ungarische Gesprächspartner fest, beschäftigt sich die SU intensiv mit der Entwicklung in Ungarn. Von einigen Aspekten sei die UdSSR gerade in den letzten Monaten überrascht worden und habe Probleme mit ihrer Wertung. Dies gilt insbesondere für die derzeitige Situation in der USAP.

In Moskau gebe es eine „ungarische Lobby“, zu dessen Kern, so der ungarische Gesprächspartner wörtlich, der derzeitige KGB-Chef Krjutschkow² zählt, der fließend Ungarisch spreche und sich noch laufend mit Ungarn intensiv beschäftige. (Krjutschkow wurde vom gestrigen ZK-Plenum³ zum Politbüro Vollmitglied befördert).

Insgesamt musste Ungarn feststellen, dass die SU durch den Konflikt DDR-Ungarn sehr beunruhigt war und immer durchblicken ließ, welche Bedeutung die DDR für die SU habe.

1 Der Bericht wurde als Funkdepesche Nr. 25378 mit Bezug auf den fernschriftlichen Erstbezugsbericht Nr. 25564 und im Verfolg des Fernschreibens Nr. 25378 vom 15. September 1989 erstattet und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Ministers gerichtet. Im BMAA veranlasste die Abteilung II.3 die Weiterleitung des Berichts an die österreichischen Vertretungsbehörden in den Warschauer-Pakt-Staaten gemäß Liste „WP“ (außer Budapest), an die österreichischen Botschaften in Bonn und Belgrad sowie an die österreichische Delegation Berlin.

2 Wladimir Krjutschkow, Leiter des KGB (1988–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Das ZK-Plenum fand vom 19. bis 20. September 1989 statt und war primär der Nationalitätenpolitik gewidmet.

Zusätzlich sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass die innersowjetische Diskussion über die Haltung zur Frage der DDR-Flüchtlinge über Ungarn und die damit Hand in Hand gehende Einschätzung der innenpolitischen Situation in der DDR noch nicht abgeschlossen ist. In der gestrigen Ausgabe der „Moscow news“⁴ wurde ein Kommentar des APN-Journalisten Simonow⁵ veröffentlicht, in dem festgehalten wird, dass es nicht genüge, die derzeitige Entwicklung in der DDR, welche tausende zur Flucht über Ungarn veranlasst hat, nur mit Provokation aus der BRD zu erklären. Simonow meint, dass sehr wohl in beiden deutschen Staaten Tendenzen in Richtung Wiedervereinigung bestehen und dass der Begriff Wiedervereinigung nicht nur „den Geruch des Revanchismus“ habe. Für diese Aussage zitiert Simonow den ehemaligen BRD-Sprecher Klaus Bölling.⁶

„Das endgültige Verdikt zum Traum über die Einheit wird die Geschichte aussprechen“, schreibt der APN-Kommentator in „Moscow news“ abschließend.

Grubmayr/Sajdik

Dok. 59: Bericht. Die BRD und die Wiedervereinigungsdiskussion, 29.9.1989

Botschafter Friedrich Bauer an BMAA, Bonn, 29. September 1989, Zl. 336-RES/89, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/6-II.1/89¹

BRD; „Wiedervereinigung“?!?

Das derzeitige „Wiedervereinigungs“-Getöse geht vor allem auf

– die innenpolitische Vorwahlkampf-Atmosphäre in der BRD und

4 Moscow News war eine von 1930 – mit einigen Unterbrechungen – bis zu ihrer Einstellung 2014 in der Sowjetunion bzw. der Russländischen Föderation erscheinende englischsprachige Zeitung.

5 APN = Presseagentur Novosti, der vollständige Name des Journalisten konnte nicht ermittelt werden.

6 Klaus Bölling, Regierungssprecher unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974–1982), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

1 Der in Verfolg der Berichte Zl. 200-RES/87 vom 27. Mai 1987 (siehe dazu Dok. 20, Anm. 1), Zl. 384-RES/87 vom 11. September 1987, Zl. 239-RES/89 vom 16. Juni 1989 und Zl. 196-RES/88 vom 7. April 1988 (= Dok. 20) von Sachbearbeiter Wolfgang Loibl erstellte Bericht wurde in der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen und auf Veranlassung von Abteilungsleiter Johann Plattner am 20. Oktober den österreichischen Generalkonsulaten in Frankfurt, Düsseldorf, München und Hamburg sowie der österreichischen Botschaft in Berlin (Ost) und der österreichischen Delegation Berlin zur Kenntnis gebracht. Sämtliche Unterstreichungen erfolgten soweit nicht separat ausgewiesen bereits in Bonn durch Loibl. Die inflationären handschriftlichen Markierungen am Seitenrand werden hier nicht ausgewiesen.

- den unerwartet raschen, faktischen Druck der Reformbestrebungen Gorbatschows auf das durch die Frage nach der deutschen Nation besonders verwundbare DDR-Regime zurück, der sich in der Absatzbewegung aus der DDR und der Handlungsunfähigkeit ihrer Führung ausdrückt.

Die Bundesregierung hatte in den letzten Jahren die deutsche Frage rhetorisch etwas in den Vordergrund gerückt,² wobei es ihr in Wirklichkeit nie um die staatliche „Wiedervereinigung“ ging (dieser Begriff ist daher eine inhaltlich völlig entstehende Verkürzung), sondern um das Selbstbestimmungsrecht in der DDR (Demokratie, Menschenrechte, Reisefreiheit usw.) – dann würde die Grenze durchlässig und die Frage der Ein- oder Zweistaatlichkeit praktisch unerheblich. Das Grundgesetz sagt in seiner maßgebenden Präambel nichts über eine „Wiedervereinigung“.³ Mit Rücksicht auf rechtere, nationale Wählerschichten (und insbesondere angesichts der jüngsten Wahlerfolge der Republikaner)⁴ ist die CDU/CSU allerdings auch nicht bemüht, zu stark aufzuklären; die Medien unterstützen sie durch häufig undifferenziert verkürzte Darstellungen und Überschriften.

Nur aus dieser Oberflächlichkeit lässt sich wohl der abstruse, von Wiedervereinigungsangst erfüllte Artikel W. Stanzls⁵ im „Standard“ vom 23./24.09.1989 erklären.⁶ Absurd in anderer Richtung ist ein dem gänzlich unbedeutenden Hei-

2 Siehe z. B. Dok. 20.

3 Dok. 20, Anm. 13.

4 Zu den „Republikanern“ siehe Dok. 48, Anm. 21.

5 Werner Stanzl, Redakteur in der Tageszeitung *Der Standard*, Korrespondent in Bonn und Brüssel (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 „Die ‚Deutsche Frage‘, von CSU-Chef Theo Waigel im Sommer aus den Archiven geholt, wirft auch die Frage nach der Zukunft der BRD auf, nicht nur der DDR, wie die Schließer ihren Preußen- und Sachsenkeller nennen. Seit Wochen spukt das Deutsche Reich in den Grenzen des vierten Jahres Adolf durch den Äther, molestiert alle, die hören oder lesen. Wer nicht an Poltergeister glaubt, kommt zwangsläufig zu dem Schluß, das Reich existiere tatsächlich und übe sich in seiner historischen Königsdisziplin, Europa zu erschrecken. Das tut es natürlich nicht. Nachweisbar ist lediglich seine bedingungslose Kapitulation am 8. Mai 1945, gefolgt von der alliierten Konferenz von Potsdam. Aus der Bedingungslosigkeit schufen die Siegermächte Rahmenbedingungen, indem sie sich auf die Teilung des Trümmerhaufens in vier Besatzungszonen einigten. So sollte es bleiben, bis zu einem dereinstigen Friedensvertrag, den auszuhandeln – so das Abkommen – Sache der Sieger ist. Vom Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ist vage die Rede, davon, daß Bonn oder Pankow dabei ein Mitspracherecht besitzen, kein Sterbenswort. In der Folge haben sich die drei Westsektoren zu einer Bundesrepublik zusammengeschlossen und mit Hilfe des Marshallplanes eine Art Staat aufgebaut, dessen Anführer in letzter Zeit keine Gelegenheit ungenützt lassen, an dem heiklen Gleichgewicht Europas zu rütteln. Daß die BRD kein uneingeschränkt souveräner Staat ist, beweisen alliierte Rechte auf ihrem Boden und die Forderungen von SPD-Chef Vogel, sie zu beseitigen. Seit Adenauer gibt es einige Ministerien, Fonds für Vertriebenenverbände und die Exil-CDU, ein Politbüro, deren Lösungen etwas antiquiert erscheinen: ‚Dreigeteilt niemals‘. Als Fragmente sind angesprochen: Die BRD, die DDR, Pommern und Ostpreußen. Bei Letzterem hält man sich etwas zurück, schließlich ist Ostpreußen ‚unter sowjetischer Verwaltung‘, und mit Gorbatschow will man es sich doch (noch?) nicht anlegen. [sic!] Daß US-Präsident Bush leichtfertig in den Wiedervereinigungsschor einstimmt, mag mit seinem Standort zu erklären sein. Daß er damit den Sowjets – gezielt oder ungewollt – den Fehdehandschuh für einen neuen Kalten Krieg

matvertriebenen-Organ „Ostpreussenblatt“ entnommener Artikel, der das allgemeine Wiedervereinigungsgerede benutzt um daran zu erinnern, dass „Adolf Hitler im Jahre 1938 die Geschichte für sich hatte und den Deutsch-Österreichern wie den Sudeten-Deutschen jene Bahn ebnete, welche sie schon 20 Jahre zuvor beschreiten wollten“.

Zur Vorgeschichte gehört, dass die SPD seit Jahren institutionalisierte Arbeitskontakte und -gruppen mit der SED unterhält, um dergestalt die ihr durch den Regierungsverlust entzogene Ostpolitik fortzuführen. 1987 kam es zu einem gemeinsamen ideologischen Grundlagendokument⁷ (Bericht 551-RES/87 v. 28.1.88).⁸

Der Abgeordnete V. Rühle⁹ benutzte die Gelegenheit der DDR-Fluchtbewegung um mit dieser SPD-Nebenaußenpolitik¹⁰ abzurechnen, sich für die gegen die Bundesregierung gerichtete SPD-Vorwürfe wegen der „beschränkten Souveränität“ der BRD zu rächen, und sich durch die gegen die SPD erhobene Anschuldigung des „Wandels durch Anbiederung“ (in Abänderung der SPD-Strategie des „Wandels durch Annäherung“)¹¹ als neuer CDU-Generalsekretär zu empfehlen: Die

hinwirft, den Moskau bei Bedarf nur aufzuheben braucht, hat die Eiferer in Bonn nicht erschreckt. Nicht einmal Egon Bahr, diesen brillanten Vordenker besserer SPD-Jahre. Vordergründig schlüssig, macht er sich seine Gedanken über den Fortbestand der DDR: „wenn sie in Ungarn die Volksrepublik wegrationalisieren, was bleibt übrig? Ungarn. Wenn in Polen ein Katholik das Amt des Ministerpräsidenten von einem Kommunisten erbt, was bleibt übrig? Polen. Wenn Sie das gleiche in der DDR machen, was bleibt übrig? Deutschland. Mitnichten Herr Bahr. Wenn Sie die bestehende Ordnung in der DDR aufheben, blieben eine sowjetische Besatzungszone und drei westliche Besatzungszonen mit einem Verwaltungszentrum in Bonn übrig. Anders kann Moskau das gar nicht sehen. De jure könnten sich die anderen Staaten Europas diesem Standpunkt kaum verschließen. Auch de facto werden das etliche nicht tun, schließlich fehlen die Zwänge des Kalten Krieges von 1949, die der BRD das Wohlwollen aller Staaten außerhalb des Machtbereiches Stalins sicherten. Nicht von Wiedervereinigung darf die Rede sein, sondern allenfalls von einem Friedensvertrag, nicht mit den Deutschen, sondern für die Deutschen. Denn Potsdam sieht ein Mitspracherecht der Kriegsverlierer und bedeutungslosen Kapitulierer gar nicht vor. Nur der Konsens der Siegermächte ist gefordert. Sie müßten eine Verfassung für ganz Deutschland entwerfen, seine endgültigen Grenzen bestimmen, allenfalls dürften die Betroffenen darüber abstimmen, ob sie damit zufrieden sind oder lieber Besatzungszonen bleiben wollen. Es ist klar, daß dieser Weg erst mit oder nach einer Neuordnung Europas begangen werden kann.“ Werner Stanzl, Auch die BRD-Zukunft ist ungewiß. Jede Veränderung wäre wahrscheinlich das Ende des Erbstaates der Westzonen, in: Der Standard, 23./24. September 1989, S. 28.

7 Handschriftlich unterstrichen durch Plattner.

8 Der Bericht konnte bisher nicht aufgefunden werden. Siehe dazu bereits Dok. 16, Anm. 8 und 9.

9 Volker Rühle, Generalsekretär der CDU (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

10 Unter Nebenaußenpolitik werden die von der seit 1982 in Opposition befindlichen SPD gepflegten Kontakte zu den osteuropäischen Staatsparteien verstanden.

11 Das Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ geht auf die Tutzingen Rede Egon Bahrs vom 15. Juli 1963 zurück und gilt als eine der wichtigsten öffentlichen Ankündigungen eines Strategiewechsels in der westdeutschen Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik und sollte die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel ab 1969 maßgeblich prägen.

SPD unterhalte anpasserisch nur Kontakte zur Unterdrücker-SED und ignoriere die DDR-Opposition.

Rühe hatte dabei gut reden, weil die CDU Parteikontakte in die DDR stets abgelehnt hatte. Der Koalitionspartner FDP hingegen pflegt seit je Beziehungen – wenn auch nicht in etwa durch gemeinsame Papiere oder Arbeitsgruppen formalisierter Form – mit der SED und insbesondere der „Schwesterpartei“ LDPD.¹²

Erstaunlicherweise – denn niemand, auch nicht die Bundesregierung, bestreitet ernsthaft die Notwendigkeit von SED-Kontakten für die Deutschlandpolitik – verfiel die SPD daraufhin in öffentlich ausgetragene Gewissensbisse und fasste (aus innerparteilichen und innenpolitischen Gründen) eilig Grundsatzbeschlüsse,¹³ in Hinkunft vor allem Kontakte mit der DDR-Opposition zu suchen, jedenfalls aber mit der SED möglichst öffentlich und deutlicher zu diskutieren: Die Gründe für dieses Schuldbekenntnis und die panikartige Hilflosigkeit lagen nicht zuletzt darin, dass die

- engen SED-Kontakte einem kleinen SPD-Führungskreis vorbehalten waren, und der Großteil der Partei (einschließlich der Abgeordneten) darüber nur wenig wusste
- SPD-Politiker angesichts der DDR-Fluchtbewegung unter beträchtlichen Rechtfertigungsdruck für diese Kontakte seitens ihrer eigenen Basis gerieten.

Die Bundesregierung, aber auch die Opposition (ausgenommen die Grünen, die ohnedies für die endgültige, sofortige Anerkennung der „Zweistaatlichkeit“ eintreten), befinden sich allerdings in einem Dilemma: Trotz der innenpolitischen Erregung besteht nämlich kein wirklicher Zwist über die Deutschlandpolitik – alle wissen, dass ohne die SED auf länger überschaubare Zeit keine Deutschlandpolitik gemacht werden kann. Es besteht aber eine beträchtliche Sorge, dass bei härterem Durchgreifen des voll funktionsfähigen, bisher gemäßigt auftretenden Sicherheitsapparates durch Überreaktionen oder unglückliche Zwischenfälle eine explosive Situation entstehen könnte, welche die positiven Entwicklungen in den deutsch-deutschen Beziehungen im Ost-West-Verhältnis und bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen verschütten würde.

Die eigentliche Ratlosigkeit und Einflusslosigkeit der BRD angesichts der Lage in der DDR äußert sich deshalb in Ermahnungen zur Reform (da die DDR-Krise ausschließlich hausgemacht sei) und gleichzeitigen Beteuerungen, Bonn wolle die DDR nicht destabilisieren.

Beide Standpunkte sind aus Bonner Eigeninteresse glaubwürdig, denn die Bundesregierung ist – in Fortführung der bisherigen pragmatischen Deutsch-

12 LDPD = Liberal-Demokratische Partei Deutschlands.

13 Zu den Diskussionen in der SPD im Jahr 1989 vor dem Mauerfall siehe: Daniel Friedrich Sturm, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Berlin 2006, S. 195–206. Die SPD befand sich 1989 in ihrer Programmdiskussion, die durch die Entwicklungen in der DDR neue Richtungen nahm. Das Berliner Grundsatzprogramm wurde am Parteitag am 20. Dezember 1989 beschlossen. Insbesondere die Kontakt- und Dialogpolitik gegenüber der SED stand im September intensiv und auch öffentlich in Diskussion und erfuhr einen Wandel. Vgl. ebd. S. 167–185.

landpolitik zur Milderung der Folgen der Teilung im Interesse der Menschen in den beiden deutschen Staaten – weiterhin an Zusammenarbeit und Entwicklung der Beziehungen interessiert, ja darauf angewiesen. Die Verantwortlichen in der Bundesrepublik sehen keine vernünftige Alternative zu dieser Politik, können sich allerdings aus eigenen innenpolitischen Zwängen nicht zu beschwichtigend zur Lage in der DDR äußern.

Das grundlegende, hier auch eingestandene Dilemma liegt freilich in folgendem: Die jetzige Krise ist – nicht nur zeitlich! – eine Folge der vor etwa zwei Jahren verfüigten Reiseerleichterungen und Liberalisierungen; das bekräftigt die Erfahrung, dass derartige Ansätze des „kleinen Fingers“ rasch „die ganze Hand“ kosten können. Deutschland-Experten in BKA, AA und SPD meinen deshalb übereinstimmend, die DDR habe mit diesen, in Bonn durchaus anerkannten Maßnahmen zu spät zu wenig getan – zu einem früheren Zeitpunkt (im wirtschaftlichen Aufschwung der Blütezeit Honeckers, also bis Ende der 70er Jahre) hätte man die Bevölkerung noch damit zufriedenstellen können. Niemand bestreitet aber, dass die SED-Führung nun zwischen der Wahl stehe, als kleineres Übel den augenblicklichen Zustand durch Immobilität zu stabilisieren zu versuchen oder aber durch Reformen das Risiko eines Machtverlustes einzugehen. Hinzu kommt, dass die Reformen jedenfalls in ihrer mehrjährigen Anfangsphase eher destabilisierend wirken und die schon wiederholt enttäuschte Bevölkerung ihnen zunächst auch nicht glauben würde.

Der deutschlandpolitische Referatsleiter im AA¹⁴ nennt verschiedene logische Gründe für DDR-Reformen:

- nur eine reformierte DDR könne von einem Europa-Plan profitieren, ohne Reformen würde sie sich noch mehr isolieren
- Ostberlin würde ohne Reformen im Europarat wie auch in der Gunst des Europäischen Parlamentes (maßgeblich für die EG-Verhandlungen) hinter Ungarn und Polen zurückfallen
- die DDR habe bereits ihren 10. BNP-Weltrangplatz an die aufstrebenden Länder Ostasiens verloren
- negative Rückwirkungen der DDR-Instabilität auf den WP (schlechte Beziehungen zu Polen, SU, Ungarn, teils auch zur ČSSR: „Die BRD ist der verlässlichste Verbündete der DDR“!)
- Gefahr des Verlustes der Stellung als bedeutendster Verbündeter Moskaus (früher Schlüsselstellung im WP für die Fortführung der Westbeziehungen auch in Eiszeiten)
- die „Verwerfungen“ in der DDR-Gesellschaft würden mit längerem Zuwarten auf Reformen noch schlimmer, und die „Sicherheitsfraktion im Politbüro“ habe bei der Entscheidung im Frühjahr 1989, den Touristenverkehr nach Ungarn trotz Beseitigung des Eisernen Vorhanges nicht zu beschränken, nur die

14 Frank Lambach, Leiter des Referats für Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen, im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

DDR-originären innenpolitisch negativen Auswirkungen einer allfälligen Restriktion bedacht, nicht jedoch die vom Ausland kommenden negativen Rückwirkungen auf die DDR).

Der für die Deutschlandpolitik im BKA zuständige höchste Beamte¹⁵ erwartet dennoch keinen Reformprozess vor dem nächsten Parteitag,¹⁶ Bonn könne auch wenig zur Absicherung von Reformversuchen progressiverer SED-Kräfte tun: Ein „großer Wurf“ (etwa ein Marshall-Plan) sei nicht finanzierbar, innenpolitisch vermutlich nicht durchsetzbar und in der DDR wahrscheinlich nicht absorptionsfähig. An der Politik der kleinen Schritte werde sich deshalb im Augenblick nichts ändern, wiewohl die Bundesregierung sicherlich zum Einsatz finanzieller Mittel (Verkehrsinfrastruktur, Umweltprojekte usw.) zur Abstützung eingeleiteter Reformen bereit wäre.

Die Bundesregierung ist an einer Stabilisierung des labilen und risikoreichen Status quo und Entwicklungen in diese Richtung interessiert. Hiezu bedürfte es aber Veränderungen in der DDR von oben und unten, die Führung müsste einen ehrlichen Dialog mit der Bevölkerung über die gemeinsam in Angriff zu nehmenden Probleme und Veränderungen einleiten und dadurch dem völligen Vertrauensverlust wegen der ständigen Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit entgegenzutreten versuchen. Der BKA-Gesprächspartner bewertet allerdings die DDR-„Opposition“ als sehr heterogen, zersplittert, politisch und organisatorisch unerfahren – auch deswegen ist der Vorwurf an die SPD einer Vernachlässigung der Opposition zu plakativ, wiewohl der Wunsch nach Stabilisierung Osteuropas zwecks Ermöglichung evolutiver Veränderungen tatsächlich zu große Vorsichtigkeit im Umgang mit Osteuropa (vergleiche auch die weitgehende Nichtbeachtung der Solidarität) bewirkt haben mag.

Wie Gespräche mit BKA, AA, SPD, FDP und dem Sekretär des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages¹⁷ zeigen, besteht also in der BRD in Wirklichkeit intern Einigkeit über die Deutschlandpolitik sowie Einsicht in die geringen eigenen Beeinflussungsmöglichkeiten (weder hinsichtlich Systemreformen noch bezüglich der Verhinderung einer möglichen Eskalation). Der Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses¹⁸ bemüht sich um Wiederherstellung auch der äußeren deutschlandpolitischen Einigkeit durch Einrichtung eines Arbeitskreises unter Einbeziehung aller Parteien; auf diese Weise soll dieses Thema von nationaler Bedeutung möglichst aus dem künftigen Wahlkampf herausgehalten werden.

15 Claus-Jürgen Duisberg, Leiter des Arbeitsstabs 20 (Deutschlandpolitik) im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

16 Der XII. Parteitag der SED wurde zunächst vom Mai 1991 auf 15. bis 19. Mai 1990 vorverlegt. Nach dem Mauerfall wurde er auf Dezember 1989 vorverlegt. Siehe dazu Dok. 93 und 97.

17 Günther Hinrichs, Sekretär des innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestag (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

18 Hans-Günter Hoppe, Mitglied des Deutschen Bundestages (1972–1990) und hier Vorsitzender des innerdeutschen Ausschusses (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Alle wissen, dass es bei der deutschen Frage heute und noch „auf ganz absehbare Zeit“ (BKA) nicht um Wiedervereinigung, sondern die Verbesserung des Status quo (Menschenrechte, Freiheit, Selbstbestimmung usw.) geht.

Alle Gesprächspartner sehen das kardinale Interesse der SU an einem intakten Glacis in dem der DDR ein entscheidender Platz zukommt; ein wiedervereinigtes Deutschland würde jedoch im Westen liegen! Die jüngsten „Revanchismus“-Vorwürfe aus Moskau¹⁹ vermochte der BKA-Gesprächspartner freilich noch nicht richtig einzuordnen: Er sieht darin vorläufig einen moralischen Rückhalt für die DDR, möglicherweise aber auch echte Befürchtungen, der Westen könne zu Veränderungen des territorialen und bündnispolitischen Status quo (Herausbrechen der DDR aus dem WP) versucht sein.

Die Unterstützungserklärungen Präsident Bushs²⁰ (oder zuletzt des britischen Außenministers Major)²¹ für die „Wiedervereinigung“ sind der BRD deshalb innenpolitisch zwar nicht unwillkommen, insgesamt zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber doch nicht ganz gelegen (wie überhaupt der Sekretär des innerdeutschen Ausschusses das Wiedervereinigungs-Gerede als schädlich bezeichnet). Denn sie erwecken den Eindruck, als stünde die Wiedervereinigung bevor, während nichts unrichtiger erscheint:

- die DDR wird nicht zusammenbrechen (dafür würden der Sicherheitsapparat und nötigenfalls die sowjetischen Stationierungstruppen sorgen; ein Gesprächspartner sah darin einen Grund für angebliches Zögern der DDR bei den Wiener Verhandlungen?)
- Die SU hat kein Interesse am Verlust der DDR
- Westeuropa (dessen politisch unvernünftige Befürchtungen und Ermahnungen wegen eines Abdriftens der Deutschen usw. eben durch diese ständigen

19 Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse warnte in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung am 26. September 1989 vor deutschem Revanchismus, was zu einer Verstimmung auf Seiten der Bundesrepublik führte. Vgl. Wer konnte das ahnen?, in: Der Spiegel, Nr. 40/1989, 2. Oktober 1989.

20 George H. W. Bush besuchte vom 30. bis 31. Mai 1989 die Bundesrepublik. Am 31. Mai 1989 hielt er in Mainz eine Rede mit dem Titel „Für ein ungeteiltes freies Europa“. In dieser sprach er von den USA und der Bundesrepublik als „partners in leadership“ und führte u. a. aus: „Die Zeit ist reif. Europa muß frei und ungeteilt sein. [...] Wir streben die Selbstbestimmung für ganz Deutschland und alle Länder Osteuropas an. Wir werden nicht ruhen und uns nicht beirren lassen. Die Welt hat lange genug gewartet.“ Mit Blick auf den bereits begonnenen Abbau des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-ungarischen Grenze betonte er: „Ebenso wie in Ungarn müssen diese Schranken in ganz Osteuropa fallen. Berlin muß die nächste Station sein.“ Sie „steht als Monument für das Scheitern des Kommunismus. Sie muß fallen.“ Vgl. Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 54, 2. Juni 1989, S. 484–486.

21 John Major, Außenminister Großbritanniens (Juli–Oktober 1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Major hatte am 20. September 1989 die Bundesrepublik besucht und dort laut zeitgenössischer Medienberichterstattung bekräftigt, „that the UK maintains the position it has held for over thirty years on the desirability of self-determination for the German people, but that there is likely to be some way to go before reunification can become a practical proposition“. Sir C. Mallaby (Bonn) to Mr. Major (= Dokument 13), in DBPO III/VII: German Unification, S. 33–34.

Misstrauensbekundungen gegenüber demokratischer Reife der Deutschen auf die Dauer abstoßend wirken und zu einer sich selbst verwirklichenden Prophezeiung werden könnten) erregt sich umsonst

- niemand rechnet mit einer zwangsläufigen, unaufhaltsamen Eigenentwicklung in Richtung Wiedervereinigung.

In der BRD überwiegen – man lasse sich durch scheinbare innenpolitische Auseinandersetzungen nicht täuschen! – ganz eindeutig die politischen Kräfte, welche auf absehbare Zeit von der Existenz zweier deutscher Staaten und daher der Sinnhaftigkeit von Regelungen mit der DDR-Führung ausgehen, gegenüber vereinzelter Stimmen, die eine Existenzkrise der DDR erwarten und deshalb Normalisierungspolitik mit ihr als sinnlos betrachten.

Das AA erkennt jedoch einen starken und ständigen Erklärungsbedarf über die Einbettung der deutschen Frage in den europäischen Rahmen; wie Genscher sagt:²²

„Wir haben unser Schicksal untrennbar mit dem des ganzen Europa verbunden, wir dürfen deshalb unsere Politik nicht enteuropäisieren. Nationale Alleingänge wären ein Rückfall in die Vergangenheit. Sie würden neue Instabilitäten für Europa schaffen, sie würden den Prozess der West-Ost-Annäherung ernsthaft gefährden. Sie würden damit auch den nationalen Interessen der Deutschen, die heute mit den europäischen Interessen identisch sind, schaden. Deshalb wollen wir alles in unseren Kräften Stehende tun, um die Gegensätze zwischen Ost und West in Europa überwinden zu helfen.“

Diese Einbettung werde auch für die operative Tagespolitik immer bedeutsamer, was sich besonders stark in der KSZE zeige, wo BRD und DDR als Partner zusammenarbeiteten. Dass auch die DDR immer mehr in Europa eingebunden werde, belegte dieser Gesprächspartner u. a. mit dem im Juli 1989 an die französische Präsidentschaft herangetragenen DDR-Wunsch nach EPZ-Kontakten, der u. a. dem Prestigedenken des MfAA, dem DDR-Interesse an der EG und auch der Anwendung des KSZE-Menschenrechtsmechanismus gegen Ostberlin entspringe: Bonn unterstütze diesen EPZ-Wunsch, der vermutlich zu Kontakten zwischen den politischen Direktoren der Präsidentschaft und der DDR einmal jährlich führen werde.

Es gilt also, auch und vor allem für die deutsche Öffentlichkeit, über der tagespolitischen Erregtheit und trotz der unübersichtlichen Bewegung in Osteuropa den Blick für die heute noch bestehenden Realitäten nicht zu verlieren, und mit Gorbatschow die deutsche Frage der Geschichte zu überlassen. Österreichische Erklärungen oder Stellungnahmen zum Thema – über die Hoffnung auf einen allgemeinen Demokratisierungsprozess und Veränderungen in Stabilität hinaus – wären wenig hilfreich: Wir werden die „Wiedervereinigung“ weder herbeiführen

22 Es konnte nicht exakt eruiert werden, aus welcher Rede Genschers das folgende Zitat stammt. Er verwendete die darin vorkommenden Redewendungen in leichter Variation in regelmäßiger Wiederkehr. So auch noch im Deutschen Bundestag am 16. November 1989. Vgl. Stenographischer Bericht der 176. Sitzung.

noch sie gegebenenfalls – irgendwann – verhindern; in der Zwischenzeit könnten wir mit Stellungnahmen nur zwischen alle Sessel fallen.

Hingegen wäre es im Interesse beider deutschen Staaten, sie mit diesem europäischen Problem nicht allein zu lassen: Bonn ist für jede Einwirkung auf die DDR in Richtung Stabilisierung und Demokratisierung dankbar, auch der DDR (und gerade auch den reformfreundlicheren Kräften) ist mit einer Isolierung nicht geholfen.

Der Botschafter
Bauer

Dok. 60: Bericht. Die Lage in der DDR nach der Fluchtwelle, 29.9.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger und Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 29. September 1989, Zl. 222-RES/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

Einige neue Gruppen vor Honeckers 7. Oktober (Info)

Nach Wiederaufnahme seiner Amtsgeschäfte am Montag, dem 25. September 1989, kann sich bei Erich Honecker auch in diesen Tagen noch keine reine Feierstimmung zum 40-jährigen Bestehen der DDR einstellen. Die „Flüchtlingsfrage“, vor allem in den BRD-Botschaften in Warschau und Prag, ist nach wie vor Dauerthema in den BRD-Medien.² Die an manchen Tagen stündliche Wiederholung, dass die DDR äußerst interessiert sei, die „Botschaftsbesetzer“ vor dem 7. Oktober aus Prag und Warschau herauszubekommen,³ ist nicht dazu angetan, dem Politbüro Zeit zum Nachdenken für die Zwischenperiode vom 7. Oktober bis zum Parteitag im Mai 1990⁴ zu geben. Der fast permanente Hinweis auf dieses zentrale Datum durch die Westmedien bringt als Reaktion ein trotziges Beharren des Politbüros auf dem Standpunkt, dass der Erfolg des Sozialismus in den Farben

1 Der Bericht wurde in Entsprechung des Erlasses Zl. 43.03.00/6–2.3/89 (der offenbar zur Berichterstattung über entstehende Oppositionsgruppen in der DDR aufforderte) verfasst und war als Depesche Nr. 25088 an die Sektion II, das Generalsekretariat, und das Kabinett des Bundesministers gerichtet.

2 Siehe Dok. 50.

3 Zwischen 30. September und 5. Oktober reisen ca. 14.000 Menschen, davon zahlreiche Botschaftsflüchtlinge aus Prag und Warschau, in plombierten Zügen via Territorium der DDR in die Bundesrepublik aus. Die Ausreise aus Prag hatte nach Genschers Auftritt auf dem Balkon der Botschaft in der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober begonnen. Am 3. Oktober erfolgte die (zwischenzeitliche) Schließung der Prager Botschaft der Bundesrepublik. Ebenfalls am 3. Oktober 1989 erfolgte die Schließung der Grenze zwischen der DDR und der Tschechoslowakei.

4 Der XII. Parteitag der SED wurde zunächst vom Mai 1991 auf 15. bis 19. Mai 1990 vorverlegt. Nach dem Mauerfall wurde er auf Dezember 1989 vorverlegt. Siehe dazu Dok. 93 und 97.

der DDR nach 40 Jahren eindeutig vor den Augen des Beobachters dasteht. Bis unterhalb des Politbüros sprechen in den letzten Tagen allerdings auch Regierungsmitglieder und Parteifunktionäre offen über die Notwendigkeit von Änderungen.

Neu entstandene Gruppen, die sich zum Großteil als Denkanstoß und Plattform zur Diskussion fast ausschließlich im Sozialismus verstehen, werden von den BRD-Medien sofort und fast allabendlich mit dem Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit in jedes Wohnzimmer der BRD und durch das „West-Fernsehen“ wieder zurück in die DDR geholt. Gemeinsam ist diesen eher lockeren Gesprächsrunden das Unbehagen über die Behandlung des Einzelnen in der DDR von Seiten der Obrigkeit, das Unbehagen über die mangelnden Mitwirkungsmöglichkeiten in einem demokratischen Sozialismus und die fehlenden Äußerungsmöglichkeiten über Unzulänglichkeiten auf Gebieten wie Umweltschutz, Menschenrechte, Freizügigkeit und Reisemöglichkeiten.

Nach wie vor werden alle Proponenten dieser „Gruppe“ und ein Großteil der Mitglieder von Kreisen der (kulturellen) Intelligenz gestellt. Dies sowie die langjährig praktizierte Übung der DDR, Exponenten erfolgreich in den Westen abzuschieben, sind mit ein Grund für die praktisch nicht vorhandene Verankerung der Gruppen in größeren Breiten der Bevölkerung. Diese, eher vom Westen als Gruppen eingestuft, losen Gesprächsrunden verfügen zum Großteil kaum über eine Organisation und haben eine nur allzu breite Interessensbasis. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es durchaus verfehlt, diese Erscheinung als (organisierte) Opposition zu verstehen.

Zum „Neuen Form“⁵ erklärte die (vom Westen ernannte) Sprecherin Bärbel Bohley,⁶ dass man diskutieren wolle, welchen Raum das „Neue Forum“ im gesellschaftlichen Leben der DDR einnehmen wird. Bärbel Bohley war bereits vor 10 Jahren in der Gruppe „Frauen für den Frieden“⁷ tätig. Anfang 1988 wurde sie als Mitglied der Gruppe „Frieden und Menschenrechte“⁸ festgenommen und stimmte anschließend unter leisem Druck zu, für ein halbes Jahr für Studienzwecke nach England zu gehen. Als sie von dort schließlich zurückkam, wurde

5 Das „Neue Forum“ wurde am 9. September 1989 gegründet und veröffentlichte bald darauf den Aufruf „Die Zeit ist reif – Aufbruch 89“, welcher auf eine tiefgehende Demokratisierung der DDR abzielte und innerhalb kürzester Zeit von mehreren Tausenden Menschen unterschrieben wurde. Das Neue Forum war ein wichtiger Träger der „Montagsdemonstrationen“, auf denen freie Wahlen und die Einführung eines Mehrparteiensystems gefordert wurden.

6 Bärbel Bohley, Malerin und Bürgerrechtlerin, September 1989 Mitbegründerin des Neuen Forums (NF), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Die Gruppe „Frauen für den Frieden“ war Teil der internationalen Frauenfriedensbewegung die in den 1970er-Jahren aufkam und gestaltete sich in der Bundesrepublik anders als in der DDR. In der DDR wandte man sich vor allem gegen eine Militarisierung des Alltages und der Erziehung in den Schulen sowie gegen das Wehrdienstgesetz für Frauen, welches 1982 erlassen wurde. Zwei ihrer Mitglieder wurden 1983 inhaftiert – Ulrike Poppe und Bärbel Bohley. Beide wurden nach internationalen Protesten nach sechs Wochen wieder frei gelassen.

8 Bärbel Bohley wurde nach der aktivistischen „Störung“ der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Februar 1988 festgenommen und nach der Inhaftierung zwangsweise nach England ausgewiesen.

sie wiederum vom Westen her als Identifikationsfigur angesehen. Das „Neue Forum“ selbst weist praktisch kein Konzept auf, deklariert sich als politische Plattform und sucht den „demokratischen Dialog“ für Reformen in der DDR.

Ein anderes Beispiel eines noch unausgegorenen Zusammenschlusses bietet „Demokratie Jetzt“,⁹ ein Proponent dieses Zusammenschlusses, Ludwig Mehlhorn,¹⁰ will nach eigenen Worten keine Organisation oder Partei gründen, sondern eine Diskussion über die Reform von Staat und Wirtschaft einleiten: der Sozialismus dürfe nicht verloren gehen, weil die Menschheit eine Alternative zu westlichen Kulturgesellschaft braucht.

Die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“¹¹ ist nicht in letzter Zeit entstanden und geht bereits auf das Jahr 1985 zurück. Sie hat ähnlich wie das zur gleichen Zeit entstandene „Grüne Netzwerk“¹² eher die Kritik um ökologischen Anliegen auf ihre Fahnen geschrieben und sich im Schutzmantel der evangelischen Kirche angesiedelt.

Auch der kleine Zirkel „Demokratischer Aufbruch“¹³ um den Erfurter Pastor Engelbert Richter¹⁴ will lediglich als Gesprächsplattform wirken. Darin wird sogar betont, dass die SED eine wichtige Rolle bei sozialen und ökologischen Reformen spielen könnte.

Die Gefahr der West-Scheinwerfer auf diese Zusammenschlüsse hat Prof. Jens Reich¹⁵ vom „Neuen Forum“ dargestellt: allabendlicher käme das West-Fernsehen

9 Am 12. September 1989 gründete sich die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ mit dem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ und den „Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR“. Die Bewegung setzte sich für eine Wiedervereinigung Deutschlands ein und arbeitete einen 3-Stufen-Plan für diese aus, der im Dezember 1989 publik gemacht wurde.

10 Ludwig Mehlhorn, Bürgerrechtler, September 1989 Mitbegründer der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt!“, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ wurde Ende 1985/Anfang 1986 gegründet und ist damit die älteste oppositionelle Bewegung der DDR. Ausgehend von einem Menschenrechtsseminar in Ostberlin bildete sich eine kleinere Gruppe von Aktivisten und Aktivistinnen, die sich als kirchenunabhängig verstanden. Dies war ein relatives Novum, da sich oppositionelle Gruppen zumeist in kirchlichen Kontexten formierten und von dort operierten. Die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ ging 1990 mit „Demokratie Jetzt“ und „Neues Forum“ das „Wahlbündnis 90“ ein. Zu Bürgerrechtsgruppen in der DDR vor 1989 siehe auch Christiane Lemke, Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Darmstadt 1991, S. 276–278.

12 Das „Grüne Netzwerk“ (Arche – grün-ökologisches Netzwerk in der Evangelischen Kirche) gründete sich im Jänner 1988. Gründungsmitglieder waren vor allem Aktivisten aus dem Kreis der „Umweltbibliothek“, welche sich 1986 in der Zionskirchengemeinde in Ostberlin formiert hatte.

13 Der „Demokratische Aufbruch“ entstand im Oktober 1989. Die offizielle Gründung als Partei erfolgte am 16./17. November 1989 in Leipzig.

14 Korrekt Edelbert Richter, Evangelischer Theologe, 1989 Mitglied des Initiativkreises zur Gründung der Partei „Demokratischer Aufbruch“ und Beteiligung an der Ausarbeitung des Parteiprogramms, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

15 Jens Reich, Koautor des Aufrufs „Aufbruch 89 – Neues Forum“, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

mit Trompetengedröhne über den Aufbruch in der DDR in seine Pankower Parterrewohnung und zeige ihm seine Landsleute, wie sie sich vor den West-Kameras präsentieren. Diese Profilierungsversuche vor den Westmedien gefährden schon jetzt die Solidarität unter den losen Zusammenschlüssen.

Diese losen Zusammenschlüsse kann man zurzeit lediglich als Gesprächsforen keineswegs noch als Gruppen und schon gar nicht als Opposition bezeichnen, wie wohl dies fast allabendlich im West-Fernsehen so dargestellt wird. Viele bleiben zum Großteil sogar im Rahmen der SED, jedenfalls aber im Rahmen des Sozialismus, der demokratischer, menschlicher, offener gestaltet werden soll. Die Reaktion der Obrigkeit ist daher zum jetzigen Zeitpunkt noch eher gelassen. Als kleiner Ausrutscher kann nur die Ablehnung der Anmeldung des „Neuen Forums“ bezeichnet werden, worin das Ministerium für Inneres dieses Gebilde zunächst als staatsfeindlich dargestellt hat. Dieser „alte Ausdruck“ wurde zu Beginn der Woche, als der Staatsratsvorsitzende wieder zurück war, nicht mehr verwendet. Desgleichen muss darauf hingewiesen werden, dass sich die Sicherheitskräfte am Montag, dem 25. September 1989, bei der fast wöchentlichen Demonstration in Leipzig¹⁶ nach dem Fürbitt-Gottesdienst sehr zurückhaltend verhalten haben. Die Sicherheitskräfte werden alles unternehmen, um eine würdige Feier zum 7. Oktober zu ermöglichen. Harte Reaktionen werden vermieden werden.

Nachdem zum jetzigen Zeitpunkt weder Organisation noch durchschlagskräftige Köpfe zu sehen sind, die eine Reform außerhalb und schon gar nicht gegen die Partei erzwingen können, muss noch immer gehofft werden, dass das Politbüro (und nicht mehr die Partei) nach dem 7. Oktober Signale setzen. Die Diskussion über den täglichen Aderlass an jungen Menschen geht im Stillen auch im Politbüro bereits vor sich. Mit einer weiteren Erleichterung der Reisemöglichkeiten kann auch jetzt durchaus noch gerechnet werden. Die verwandtschaftliche Beschränktheit der Reisen in den Westen könnte durchaus aufgehoben werden. Dieses Signal wird kurzfristig vom Westen gelobt werden und auch (kurzfristig) hier etwas Hoffnung geben. Vor dem Parteitag im Mai 1990 wäre es jedoch darüber hinaus erforderlich, offener in Partei und Gesellschaft zu werden, Kritik vermehrt zuzulassen und auch darzustellen sowie dem Menschen durch Mitbestimmung, vor allem auf den unteren Ebenen, neue Motivation zu geben. Die nach wie vor andauernde Forderung aus dem Westen nach Reformen werden jedoch diese Schritte im Politbüro nicht erleichtern.

Die permanenten Forderungen nach Reformen aus dem Westen haben als permanente Antwort aus dem Politbüro die fast tägliche Wiederholung des hohen Standes des Sozialismus à la DDR herbeigeführt. Die demonstrative Teilnahme zahlreicher Mitglieder des Politbüros, Mitglieder des Ministerrates und

16 Am 4. September 1989 fand erstmals eine der bald fast wöchentlich stattfindenden und als Montagsdemonstrationen bekannt gewordenen Demonstrationen in Leipzig statt. In weiterer Folge fanden die Montagsdemonstrationen auch in anderen Städten der DDR statt. Am 9. Oktober 1989 in Leipzig nahmen rund 70.000 Menschen an der Demonstration teil, die entgegen der Befürchtungen von Repressionen des Regimes verschont blieb.

des Staatsrates am Nationalfeiertagsempfang Chinas und die Ausstrahlung dieses Empfanges im Fernsehen belegen allzu deutlich den gedanklichen Standpunkt der Parteiführung über die Notwendigkeit von Reformen im Sozialismus à la DDR. Aber selbst als undenkbbare Kurzschlussbehandlung ist in Europa eine „Lösung à la Chinoise“ wohl gänzlich unvorstellbar.

Graf/Wunderbaldinger

Dok. 61: Bericht. Gespräch Nationalrat Steiner – Bondarenko, 6.10.1989

Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Moskau, 6. Oktober 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/7-II.3/89¹

Ab. z. NR Bot. Dr. L. Steiner,² Gespräch mit dem Leiter der dritten europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums A. Bondarenko³ über aktuelle Aspekte der Deutschlandfrage (Info)

Seine Ausführungen zu obigem Thema leitete Herr Bondarenko mit der Feststellung ein, dass es neben der jetzigen Meinungsvielfalt in den sowjetischen Medien natürlich weiterhin auch einen offiziellen Standpunkt des sowjetischen Staates gebe. Sicherlich seien diese Positionen nicht für alle Zeiten festgeschrieben: „Unsere Politik ist in einem ständigen Prozess der schöpferischen Entwicklung begriffen. Grundstein unserer Politik sind das nationale Interesse des Staates und die gesamteuropäischen Interessen.“

Nach dieser Einleitung bemerkte B., in der BRD gebe es Spekulationen darüber, dass die Sowjetunion ihre Haltung der sog. „Deutschlandfrage“ ändern könnte. Dies entspreche selbstverständlich nicht dem wirklichen Zustand. AM Schewardnadse habe sich bei seinem Vortrag in N. Y.⁴ sehr deutlich hiezu geäußert. Er habe

1 Der fernschriftliche Bericht erfolgte in Verfolg des Fernschreibens Nr. 25396 vom 5. Oktober 1989 und wurde im BMAA von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen. Ihr Leiter Gesandter Ernst Sucharipa setzte die österreichischen Botschaften in Bonn, Berlin und Prag auszugsweise in Kenntnis. Der Bericht wurde abzüglich der letzten beiden Absätze mit Zirkulardepesche Nr. 85356 und dem Zusatz „Es folgt Weiterleitung relevanter Teile eines FS der ÖB Moskau“ weitergeleitet. Im BMAA lag der Bericht zudem der Abteilung II.1 (gesehen vom Leiter Gesandten Johann Plattner am 10. Oktober 1989) vor.

2 Ludwig Steiner, ÖVP, Abgeordneter zum Nationalrat der Republik Österreich (1979–1990) und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (1979–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Alexander Bondarenko, Leiter der Abteilung 3 (Europa) im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1971–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Diese Unterstreichung erfolgte handschriftlich durch Sucharipa. Auf der UNO-Vollversammlung in New York hatte Schewardnadse am 26. September in seiner Rede vor „deutschem Reranchismus“ gewarnt. Vgl. Dok. 59, Anm. 19.

hiebei die Besorgnis über einige aggressive und revanchistische Tendenz in der Bundesrepublik zum Ausdruck gebracht. Diese Besorgnis beziehe sich u. a. auch auf gewisse Aussagen während des letzten Parteitages der CDU in Bremen.⁵ Man habe dort über Änderungen und über die Überwindung des Status Quo in Europa gesprochen. Es sei davon geredet worden, dass die Frage der europäischen Wiedervereinigung auf den ersten Platz in der europäischen Politik vorgeschoben werden müsse. Unter Bezugnahme auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes von 1973⁶ habe man die Vision eines vereinigten Deutschland in den Grenzen von 1937 vorgebracht und davon gesprochen, dass, juristisch gesehen, das Deutsche Reich noch immer in diesem Umfang existiert.

Solche Aussagen stünden im Widerspruch mit einer ganzen Reihe von Verträgen, welche die BRD mit der SU, mit Polen und der ČSSR abgeschlossen habe.⁷

Herr Kohl als Vorsitzender der CDU habe sich nicht von diesen Aussagen distanziert. Er versuche, den Moskauer Vertrag⁸ und die Gemeinsame Erklärung,⁹ die beim heurigen Besuch von Präs. Gorbatschow in Bonn veröffentlicht wurde, in Gegensatz miteinander zu bringen. Der Bundeskanzler habe vergessen, dass die Gemeinsame Erklärung einen Passus enthält, wonach sich die bilateralen Beziehungen auf den Moskauer Vertrag gründen und eben dieser Vertrag stipuliere die strikte Beachtung der territorialen Unversehrtheit der beiden deutschen Staaten.

Auf Anfrage von sowjet. Seite hin hätten maßgebliche CDU-Politiker erklärt, die Aussagen beim Parteitag seien für innenpolitische Zwecke bestimmt gewesen und man hätte von CDU-Seite versichert, dass die Linie der gemeinsamen Erklärung unverändert aufrecht bleiben wird. Nachdem Herr B. zu erkennen gab, dass er diesen Zusicherungen nicht 100-prozentig glauben schenke („wir werden ja sehen“), äußerte er sehr nachdrücklich die Auffassung, dass dieses Dokument,

5 Der 37. Bundesparteitag der CDU fand vom 11. bis 13. September 1989 in Bremen statt. Helmut Kohl wurde mit ca. 77 % wieder zum Parteivorsitzenden gewählt (571 Ja-Stimmen, 147 Nein-Stimmen und 20 Enthaltungen). Generalsekretär Heiner Geißler wurde aus seiner Funktion entlassen, ihm folgte Volker Rühe nach. Für das Parteitagsprotokoll siehe: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1989-09-11-13_Protokoll_37_Bundesparteitag_Bremen.pdf (zuletzt abgerufen am 23. Februar 2017).

6 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Grundlagenvertrag wurde am 31. Juli 1973 gefällt. Es hielt am Fortbestand des Deutschen Reichs fest. Die Bundesrepublik Deutschland war demnach nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs, sondern mit diesem ident, auch wenn ihre geografische Ausdehnung nur einen Teil des Deutschen Reiches umfasste. Daraus folgte, dass die DDR „nicht als Ausland angesehen“ werden könne und die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR ähnlich der Ländergrenzen der Bundesrepublik sei. Für den vollen Wortlaut siehe: Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. Juli 1973 (= Dokument 68), in: Zehn Jahre Deutschlandpolitik, S. 232–243.

7 Siehe Dok. 1, Anm. 17.

8 Siehe Dok. 1, Anm. 17.

9 Siehe Dok. 41, Anm. 3

welches sehr elastisch abgefasst sei, nicht den Interessen der anderen europäischen Staaten widerspreche.

Das Gespräch kam dann auf die jetzige Fluchtwelle von DDR-Bürgern. Hier vertrat B. eindeutig und kompromisslos den DDR-Standpunkt.¹⁰ Auf die Vorkommnisse in Prag eingehend,¹¹ sagte er, es sei ein Abkommen zwischen den beiden deutschen Staaten erzielt worden, wonach *nach*¹² Abtransport der DDR-Bürger aus der westdeutschen Botschaft diese auf eine gewisse Zeit geschlossen werden sollte. Es habe also eine Absprache gegeben, die von Bonn nicht eingehalten worden ist (zu diesem Zeitpunkt war noch nicht bekannt, dass auch der zweite „Schub“ so schnell Prag verlässt und die DDR also den angeblichen Bruch des ersten Abkommen so schnell akzeptiert).

Sodann ging unser sowjet. Mitredner sehr scharf mit den westdeutschen Medien ins Gericht, welche eine solch intensive Propagandawelle an die Adresse der DDR-Bürger entfesselt und diesen genaue Anweisungen über die Ausreisemöglichkeiten gegeben hätten. Sogar einschlägige „Flugnummern“ habe man über das Fernsehen und den Rundfunk veröffentlicht, fügte B. mit gewisser Erbitterung in der Stimme hinzu.

Weiters rechtfertigte B. die Versuche der tschechischen Polizei die Flüchtlinge am Überklettern des Zaunes der Botschaft in Prag zu hindern. (Dies sei doch gegen die Wiener Diplomaten Konvention?)¹³

Argumente von Abg. Steiner und mir, dass die Flucht von zehntausenden Menschen ja nicht alleine von einer noch so raffiniert organisierten Propaganda ausgelöst werden könnte, sondern wohl andere Ursachen haben müsse, ließen Herrn B. vollkommen ungerührt. Bot. Steiner gab hiebei sehr klar der Meinung Ausdruck, wir hätten ein Interesse daran, dass Leute nicht zur Emigration genötigt werden, sondern es sollten überall in Europa solche Verhältnisse herrschen, sodass in niemand der Wunsch aufkommt, seine Heimat zu verlassen. Herr B. nahm dies kommentarlos zur Kenntnis. Die Rolle Österreichs bei den Flüchtlingsströmen über Ungarn berührte er mit keinem Wort.

In der gesamten, 1½ Stunden währenden Konversation (vgl. auch oa. ho. FS)¹⁴ erwähnte er mit keinem Wort die Frage des österr. EG-Beitritts, obwohl ja sowohl

10 Diese Unterstreichung erfolgte handschriftlich durch Sucharipa.

11 Siehe Dok. 60, Anm. 3. Nach der Schließung der bundesdeutschen Botschaft und der großen Zahl von Ausreisenden, die am 5. Oktober 1989 im Transit durch die DDR geschleust wurden, verbunden mit einer Eskalation am Dresdener Bahnhof, trachteten die tschechoslowakischen Sicherheitsorgane danach, die bundesdeutsche Botschaft bestmöglich abzuriegeln. Das Auswärtige Amt protestierte dagegen.

12 Handschriftliche Einfügung durch Sucharipa.

13 Gemeint ist die am 18. April 1961 in Wien abgeschlossene und seit 24. April 1964 in Kraft stehende Vienna Convention on Diplomatic Relations. Siehe United Nations, Treaty Series, vol. 500, S. 95. Das Abkommen regelt den diplomatischen Verkehr und die Immunität der Diplomaten, der bis zu diesem Zeitpunkt nicht kodifiziert war und auf Gewohnheitsrecht beruhte.

14 Fernschreiben Nr. 25396 vom 5. Oktober 1989. Das Fernschreiben konnte bisher nicht aufgefunden werden.

das Thema europäische Zusammenarbeit als auch die Deutschlandfrage hiezu ausreichende Bezugspunkte geboten hätten.

Hervorzuheben wäre in diesem Zusammenhang der weitgehend konträre approach der sowjet. Gesprächspartner, bei den beiden unmittelbar aufeinander folgenden Gesprächen mit Herrn Bondarenko einerseits und dem Sekretär des außenpolitischen Ausschusses des Obersten Sowjets, Herrn Neiland,¹⁵ auf der anderen Seite (vgl. heutiges ha. FS 25399).¹⁶ In diesem damit abgesteckten Spannungsverhältnis von Meinungen kann man zweifellos ein zu gewissen Hoffnungen berechtigendes Potential für intensive Entwicklungen in den außenpolit. Positionen der Sowjetunion für die absehbare Zukunft erblicken.

Grubmayr

Dok. 62: [Auszug] Information. Lage in Osteuropa, 12.10.1989

Situation in Osteuropa, Kurzinformation, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 12. Oktober 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ.713/24-II.3/89¹

Osteuropa; allgemeine Lagebeurteilung

Der derzeitige gesellschaftspolitische Prozess in den reformorientierten Ländern Osteuropas ist ohne Übertreibung als einmalig zu bezeichnen: Durch eine simultan sowohl in der Sowjetunion, als dem bisherigen kommunistischen Machtzentrum, als auch in Ungarn und Polen mit überraschender Entschlossenheit vorangetriebene Reform ergibt sich erstmalig die reale Chance einer Umwandlung des bisherigen diktatorischen, auf dem alleinigen Machtanspruch der kommunistischen Partei fußenden Regierungssystems in ein auf demokratischen Spielregeln aufbauendes Gesellschaftssystem, in dem Menschenrechte und Grundrechte geachtet werden.

15 Nikolajs Neilands, Mitglied des Obersten Sowjets und des Volksdeputiertenkongresses der UdSSR (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

16 Das Fernschreiben konnte bisher nicht aufgefunden werden.

1 Bei dieser Information handelt es sich um eine Fortschreibung der von der Abteilung II.3 seit 1988 regelmäßig vorgenommenen Lagebeurteilungen (siehe Dok. 16 und 39), die tagesaktuell für den Rat für auswärtige Angelegenheiten aufbereitet wurde. Der Leiter der Abteilung II.3 Gesandter Ernst Sucharipa veranlasste am 19. Oktober 1989 ihre Versendung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland laut Verteilerliste „KSZE“ sowie im BMAA an die Abteilungen II.1 und II.10: „In der Beilage werden Kurzinformationen über die innenpolitische Situation der osteuropäischen Staaten übermittelt. Diese Informationen wurden anlässlich einer Sitzung des Rates für auswärtige Angelegenheiten erstellt und konzentrieren sich daher auf jene Länder, deren Entwicklungen derzeit im Mittelpunkt des Interesses steht. Für den Bundesminister: Sucharipa m.p.“

Zugleich ist in anderen osteuropäischen Staaten (mit Abstufungen) derzeit Widerstand gegen diesen gesellschaftspolitischen Trend zu verzeichnen. Aus diesen unterschiedlichen Entwicklungen resultiert eine deutliche Diversifikation und Differenzierung innerhalb des früher weitgehend monolithischen „Ostblocks“.

Überlegungen darüber in welche Richtung die Entwicklung in Osteuropa in den kommenden Jahren gehen wird, haben notwendigerweise weitgehend spekulativen Charakter:

- Denkbar ist sowohl ein dann auch für den osteuropäischen „Durchschnittsbürger“ in Form einer Verbesserung des materiellen Lebensstandards spür- und erfahrbarer Erfolg des Reformkurses in der SU, Ungarn und Polen begleitet von einer weitgehenden Absicherung des demokratischen Weges. Von einem solchen Erfolg könnten sich dann wohl die anderen osteuropäischen Staaten nicht auf Dauer abkapseln.

- Es können aber auch ernste Rückschläge in diesen Reformbemühungen wegen der Größe der Aufgabe der Umgestaltung von seit Jahrzehnten erstarrten unrationellen Wirtschaftsprozessen, einem möglichen Überhandnehmen zentrifugaler, separatistischer Tendenzen etc. nicht ausgeschlossen werden.

Für Österreich (und die gesamte westliche Welt) kann es daher nur darum gehen, die Reformprozesse – wo immer sie sich manifestieren – deutlich zu unterstützen und sich zugleich des Umstandes bewusst zu bleiben, dass, wie bereits erwähnt, Rückschläge – auch gravierender Natur – möglich sind.

[...]²

DDR; Einschätzung der politischen Lage

12. Oktober 1989

Die Staats- und Parteiführung der DDR hat seit Beginn der Ära Gorbatschow in der Sowjetunion jeden Reformbedarf unter Hinweis auf ihre eigene „Fortschrittlichkeit“ bestritten. Sie konnte sich dabei auf die im Vergleich zu anderen Warschauer Pakt-Staaten relativ günstige Wirtschaftssituation stützen. Hinzu kam die kontinuierliche Intensivierung der pragmatischen Zusammenarbeit mit der BRD jenseits der öffentlichen Rhetorik.

Das nachlassende Wirtschaftswachstum, das das ideologische Axiom der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zunehmend in Frage stellt, die immer offensichtlicher notwendige Generationenablässe an der Parteispitze und die Attraktivität der Reformpolitik in einzelnen Paktstaaten (v. a. Polen und Ungarn), deren Entwicklung über das BRD-Fernsehen weiten Teilen der Bevölkerung ins Haus geliefert wird, haben innerhalb der SED offenbar schon vor einigen Monaten zu der Erkenntnis geführt, dass eine flexiblere Antwort gefunden werden muss. Man begnügte sich allerdings mit dem Versuch, den Status quo „gefälliger zu verpacken“ („Sozialismus in den Farben der DDR“).

2 Ausgelassen wurden die Lagebeurteilungen zur Sowjetunion, der ČSSR, Bulgarien, Rumänien, Albanien und Polen.

Die Veröffentlichungen der DDR-Medien in den letzten Monaten lassen den Schluss zu, dass durch die frühzeitige Festlegung des Termins für den SED-Parteitag (Mai 1990)³ und die Eröffnung der Inhaltsdiskussion (die bisher in den gewohnten Bahnen verlief) in erster Linie auf Zeitgewinn für eine reibungslose Abwicklung der 40-Jahr-Feiern am 7.10.1989 gesetzt wurde. Dieses Kalkül ist nur beschränkt aufgegangen.

Im Gefolge der ungarischen Entscheidung, ausreisewilligen DDR-Bürgern die Weiterreise über Österreich in die BRD zu gestatten, bekam die Fluchtbewegung eine starke Eigendynamik. Die illegale Ausreise von 50.000 Menschen innerhalb von fünf Wochen brachte einen Erklärungsbedarf für die DDR-Führung, der angesichts des Überwiegens junger, also in der DDR aufgewachsener Menschen, einer Bankrotterklärung des Systems gleichkam.⁴

Das eindrucksvolle Auftreten einer wohl nur lose organisierten, aber einer erneuerten DDR als eigenen Staat durchaus nicht negativ gegenüberstehenden, reformorientierten Opposition in allen größeren Städten gepaart mit der demonstrativen Anlehnung an das Beispiel Gorbatschow hat die Notwendigkeit der Aufgabe des Stehsatzes vom fehlendem Reformbedarf nachdrücklich unterstrichen.

Beide Phänomene (Fluchtbewegung und aktiveres Auftreten von Oppositionsgruppen als vielfach erwartet) haben erstaunlich rasch zu wenigstens beschränkter Dialogbereitschaft auf mittlerer Parteiebene geführt.

Derzeit kann noch nicht abgeschätzt werden, wie weit die Dialogbereitschaft der SED-Führung selbst reichen wird. Es ist nicht auszuschließen, dass einige einflussreiche Politbüromitglieder, die wenigstens ihre Machtpositionen erhalten wollen, den Rücktritt Honeckers und eine flexiblere Handhabung der Reisemöglichkeiten, allenfalls verbunden mit größerer Meinungsfreiheit, für ausreichend halten. Das Beispiel anderer WP-Staaten (v. a. Ungarn, Aufstieg und Fall von USAP-GS⁵ Károly Grósz)⁶ zeigt jedoch, dass Teilreformen im politischen Bereich relativ leicht „außer Kontrolle“ geraten können.

3 Der XII. Parteitag der SED wurde zunächst vom Mai 1991 auf 15. bis 19. Mai 1990 vorverlegt. Nach dem Mauerfall wurde er auf Dezember 1989 vorverlegt. Siehe dazu Dok. 93 und 97.

4 Siehe dazu Doks. 50, 52–54, 57 und 60.

5 Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei.

6 Károly Grósz wurde am 25. Juni 1987 zum Ministerpräsidenten der Volksrepublik Ungarn ernannt. Am 22. Mai 1988 folgte er János Kádár auf den Posten des Generalsekretärs der MSZMP nach. Der Vorsitz des Ministerrates ging am 24. November 1988 auf Miklós Németh über. Damit waren die Ämter des Partei- und Regierungschef wieder formal getrennt. Németh befürwortete einen gesellschaftlichen Wandel und wirtschaftliche Reformen. Ab November 1988 kamen immer mehr Stimmen innerhalb der MSZMP auf, die eine Umgestaltung zu einem Mehrparteiensystem in Erwägung zogen. Auch Grósz erwog die Möglichkeit eines neuen Parteiensystems, dachte jedoch nur daran, „sozialistisch“ ausgerichtete Parteien zu legalisieren. Innerhalb der MSZMP formierte sich in weiterer Folge ein Reformflügel, der den Übergang zu einem kompetitiven Mehrparteiensystem befürwortete. Die Entwicklung gipfelte in der Entmachtung von Grósz und einer Reform des Sozialismus in Ungarn, vgl. Andreas Schmidt-Schweizer, Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase, München 2007, S. 98–107.

Auf Grund der Schlüsselposition der DDR im WP würde auch eine reformorientierte DDR – selbst bei in absehbarer Zeit nicht zu erwartender Entwicklung zu einem pluralistischen Rechtsstaat – nicht an der Paktmitgliedschaft rütteln können und schon deshalb als eigener Staat bestehen bleiben. Die Absicherung der staatlichen Identität hängt jedoch davon ab, ob es zu ausreichend tiefgreifenden Reformen kommt. Die Haltung der Oppositionsgruppen lässt eine solche Entwicklung durchaus nicht ausgeschlossen erscheinen.

[...] ⁷

Dok. 63: Bericht. Frankreich und die Frage der Wiedervereinigung, 30.10.1989

Botschafter Wolfgang Schallenberg an BMAA, Paris, 30. Oktober 1989, Zl. 583-Res/89, ÖStA, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/11-II.1/89¹

Französische Aussagen zur Frage einer deutschen Wiedervereinigung

Die jüngsten Entwicklungen in Osteuropa und insbesondere in der DDR haben auch in Frankreich zu einer stärkeren Befassung mit der Frage einer möglichen deutschen Wiedervereinigung geführt. Wenn es auch heute noch zu früh erscheint, eine fundierte Analyse der Haltung der französischen Regierung und der hiesigen Öffentlichkeit – von der angeblich mehr als 60 % die Wiedervereinigung befürworten – vorzulegen, so ist doch anzumerken, daß ein Denkprozeß eingeleitet wurde, der die bisherige weitgehende Tabuisierung dieses Themas abzulösen beginnt.

Die Bundesrepublik wurde in Frankreich bisher und je nach Blickwinkel des Betrachters entweder als Vorbild oder als Konkurrent hingestellt, wobei der Beurteilung in erster Linie wirtschaftliche Beweggründe zugrunde lagen. Politisch war eine gewisse Eifersucht nicht zu übersehen, insbesondere soweit es das Verhältnis der BRD zu und zwischen den beiden Supermächten oder die bundesdeutsche Präsenz in Osteuropa betraf, aber auch eine tief verwurzelte Angst vor den Deutschen. Darauf basierte die weit verbreitete, aber öffentlich meist unausgesprochen

7 Ausgelassen wurden die Lagebeurteilungen zu Ungarn und Jugoslawien.

1 Der vom Referenten Gesandten Karl Vetter von der Lilie erstellte Bericht wurde im BMAA von der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen. Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner und Marius Calligaris verfügten am 14. November 1989 die Weiterleitung des Berichtes an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE. Im Haus wurde der Bericht der Abteilung II.3 (Ostabteilung) sowie dem Generalsekretariat und dem Kabinett des Ministers zugeleitet. Auch die Sektion I dürfte bedacht worden sein. Dem Bericht lagen (A) ein Auszug der Aussagen François Mitterrands bei der Pressekonferenz anlässlich des Besuchs des portugiesischen Präsidenten Mario Soares in Paris am 18. Oktober 1989, (B) Äußerungen Mitterrands in Caracas am 10. Oktober 1989 und (C) Ausführungen von Außenminister Dumas vom 8. Oktober 1989 bei.

gebliebene Besorgnis von einem Abgleiten Deutschlands gegen den Osten oder in Richtung Neutralismus. Diese Furcht wurde verstärkt durch das Herannahen des einheitlichen Marktes, von dem man hier annimmt, daß er den Wirtschaftsriesen Deutschland auch zu einem politischen Riesen machen könnte. Frankreich sieht sich hiebei in der Rolle der einzigen Macht, der es möglich wäre, den Schwerpunkt der Gemeinschaft im Westen zu verankern, sollten die politischen Interessen in der Bundesrepublik eine Gewichtsverschiebung nahelegen. Ein interessierter französischer Leser müßte daher die Frankeich betreffenden Ausführungen in der do. Information Zl. 22.17.01/4-II.6/89 (Das Gespenst der deutschen Wiedervereinigung)² wohl mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen.

Die auflebende Diskussion über die Wiedervereinigung hat dieser Debatte nun eine neue Dimension verliehen, zumal die dazu führende internationale Entwicklung nahezu ohne Vorwarnung eingesetzt hat. Noch im März d. J. konnte der französische Außenminister die deutsche Frage vor dem Senat³ rein juristisch mit einem Hinweis auf das Pariser Vier-Mächte-Abkommen vom 23.10.1954 abtun.⁴

In den letzten Tagen und Wochen haben jedoch französische Diplomaten, Regierungsmitglieder und insbesondere auch Präsident Mitterrand zur Frage der

2 Siehe Dok. 57.

3 Die Äußerung Dumas' im Senat konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

4 Die „Pariser Verträge“ bedeuten das Vertragspaket vom 23. Oktober 1954, mit dem das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland beendet und deren Beitritt zur NATO und zur Westeuropäischen Union (WEU) vertraglich vereinbart wurde. Hauptbestandteile waren der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschland-Vertrag bzw. Generalvertrag), das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland, der Finanzvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten, der Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag), der Vertrag über den Aufenthalt fremder Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Truppen (Aufenthaltsvertrag), BGBl. 1955 II, S. 253–255) und der Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland. Die Beschränkungen galten als Besatzungsrecht auch nach dem von Bundeskanzler Adenauer verkündeten „Tag der Souveränität“ vom 5. Mai 1955 nicht nur in Form der alliierten „Vorbehaltsrechte“ für den Vier-Mächte-Status von Berlin, „Deutschland als Ganzes“, eingeschlossen die Frage der „Wiedervereinigung“, das Truppenstationierungsrecht der Alliierten und den Schutz ihrer Streitkräfte, sondern auch für die Überwachung des Post- und Fernmeldewesens sowie das unbeschränkte Agieren alliierter Geheim- und Nachrichtendienste auf dem Gebiet der Bundesrepublik weiter. Diese auf Verhandlungen mit den Westmächten im Oktober 1954 in Paris zurückgehenden Ergänzungen wurden nicht in die offiziellen Verträge, sondern in geheimen Zusatzabkommen mit der NATO festgeschrieben, siehe Josef Foschepoth, Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2012, S. 36–48, hier S. 42; Dieter Deiseroth, Verfassungsrechtliche Pflicht zur Unterbindung völkerrechtswidriger Handlungen und Vorgänge in Deutschland; ders., Stationierungsrechte, demokratische Selbstbestimmung und völkerrechtliche Souveränität; ders., Möglichkeiten der Überprüfung und Kündigung des Aufenthaltsvertrags vom 23. Oktober 1954 (in Kraft seit dem 6. Mai 1955), in: ders./Hartmut Graßl (Hrsg.), Whistleblower-Enthüllungen (Wissenschaft in Verantwortung), Berlin 2016, S. 210–220, S. 221–224, S. 225–227.

Wiedervereinigung sehr deutliche Stellungnahmen abgegeben. Der Tenor von Mitterrands Aussagen, von denen zwei im Wortlaut beiliegen,⁵ geht dahin, daß der Wunsch des deutschen Volkes auf die in der „Logik der Geschichte“ gelegene Wiedervereinigung legitim ist. Sie dürfe sich aber nur friedlich, in demokratischer Weise und mit Zustimmung der Siegermächte von 1945 vollziehen. Der Moment hiefür sei allerdings noch nicht gekommen; die Zwischenzeit müsse zur Stärkung der Europäischen Gemeinschaft als Alternative zur Gefahr einer Destabilisierung in Europa genutzt werden.

Außenminister Dumas wurde anlässlich einer außenpolitischen Fragen gewidmeten Rundfunksendung ebenfalls zum Thema Wiedervereinigung befragt. Aus seinem, im allgemeinen wesentlich zurückhaltenderen Antworten (Beilage C)⁶

5 Mitterrand hatte am 10. Oktober in Caracas die Aktualität der Frage der Wiedervereinigung betonend gesagt: „[...] L'Angleterre et la France ont chaque fois répété que cette démarche du peuple allemand ou cette aspiration, étaient naturellement légitimes. Mais elles ont toujours ajouté que cela ne pouvait se passer que dans la paix. On pouvait considérer pendant longtemps, j'espère que ce n'est plus le cas, que le problème de l'unification allemande était un cas de guerre en Europe. Il faut que cela se passe pacifiquement, il faut que cela se passe démocratiquement. [...] Je pense que la construction de la Communauté européenne peut apporter un élément de contribution, et même de réponse, à ce que deviendrait le problème allemand en cas de réunification. [...]“ Am 18. Oktober führte Mitterrand aus: „Vous avez parlé, vous, de la réunification. C'est le mot que vous avez employé. J'ai déjà eu l'occasion de m'exprimer il y a longtemps à ce sujet, à de multiples reprises. Je ne sais ce qu'il en deviendra. C'est dans la logique même de l'histoire que d'imaginer que le peuple allemand ne sera pas éternellement séparé de cette façon. Et quand je dis éternellement, ce n'est pas pour renvoyer à l'infini cette éventualité que je ne peux situer dans le temps, mais qui de toute manière, s'inscrit dans les préoccupations contemporaines des responsables de la politique internationale et spécialement de la politique européenne. On n'en est quand même pas là. Il faudrait supposer une consultation démocratique et l'accord des pays témoins, ceux que la dernière guerre dans le camps des vainqueurs a désigné pour assurer à l'Allemagne, je dirais presque aux deux Allemagnes, les appuis internationaux dont vous avez besoin.“

6 In einem Rundfunkinterview hatte Dumas am 8. Oktober auf die Frage der „Wiedervereinigung“ angesprochen erklärt: „D'aucuns parlent de réunification, ce n'est pas un langage que j'emploie, vous le remarquerez. C'est un terme ambigu. Il faut d'abord que les conditions internes soient réunies, que les conditions internationales le soient aussi. Ce n'est tout de même pas demain la veille. Il faut que les négociations sur le désarmement, qui progressant, avancent encore plus vite. Il faut un certain nombre de conditions qui m'évitent aujourd'hui de me livrer devant vous à de la politique-fiction.“ Weiters sagte er: „Aujourd'hui, que redoute-t-on? L'inverse, c'est-à-dire le dérapage de l'Allemagne de l'Est vers l'Allemagne de l'Ouest avec toutes ses conséquences, que je ne néglige pas, qui seraient un bouleversement dans l'ordre de l'Europe et, par conséquent, une anticipation sur tout ce qui produira à terme, sans qu'il soit facile de dire dans quel délai. Au milieu de tout cela, quelle est la solution, le bon sens? La République fédérale d'Allemagne est engagée avec nous et depuis longtemps, depuis 1954, dans la construction de l'Europe occidentale, dans la Communauté économique européenne. Plus on amarrera la République fédérale d'Allemagne à la Communauté économique européenne, plus on facilitera l'émancipation des pays de l'Est et plus on approchera d'une solution qui permettra, tout en étant originale, de répondre à cette préoccupation que vous avez appelée, que je n'appelle pas comme cela, la réunification de l'Allemagne. C'est donc dans la Communauté économique européenne que se trouve la solution au problème que vous soulevez.“

spricht die Besorgnis von einer möglichen Beeinträchtigung der europäischen Gleichgewichtsordnung. Auch er betont die Notwendigkeit einer Stärkung der Europäischen Gemeinschaft und die noch engere Einbindung der Bundesrepublik in den europäischen Integrationsprozeß.

Das offizielle Mitteilungsblatt der stärksten Oppositionspartei, RPR,⁷ weist seinerseits darauf hin, daß das bisherige Szenario für die Wiedervereinigung, nämlich die Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten zum Preis einer Neutralisierung, als überholt anzusehen ist. Die Wiedervereinigung könnte sich durch das progressive Verschwinden des zweiten deutschen Staates realisieren, eine Entwicklung, die seitens Moskaus nicht mehr kontrolliert wird und folglich nicht mehr die Gefahr einer Neutralisierung in sich bergen würde.

Der Botschafter:
Dr. W. Schallenberg

Dok. 64: Bericht. Treffen Genscher – Felber, 2.11.1989

Botschafter Franz Parak an BMAA, Bern, 2. November 1989, Zl. 2.101.1/22-RES/89, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.18.17/1-II.1/89¹

Informelles Treffen Außenminister Genschers mit Bundesrat Felber² in Bern, 25.10.1989

Außenminister Genscher, der sich zu einem privaten Besuch in der Schweiz aufhielt, schlug Bundesrat Felber initiativ ein einstündiges Gespräch vor. Über den Inhalt dieses Gesprächs wurden im EDA³ folgende Punkte als interessant bezeichnet:

Wirtschaftliche Integration:

Genscher habe betont, daß er sehr wohl die institutionellen Probleme der EFTA-Staaten bei der Verwirklichung eines europäischen Wirtschaftsraumes verstünde.

7 RPR = Rassemblement pour la République (dt. Zusammenschluss bzw. Sammlungsbewegung für die Republik seit 1976 und bis 2002 die Bezeichnung für die gaullistische, konservative Partei).

1 Der von Sachbearbeiter Gesandten Helmut Wessely erstellte Bericht war an die Sektionen II und III des BMAA gerichtet. Er wurde durch den Leiter der Abteilung II.3 Gesandten Johann Plattner am 7. November 1989 in Bearbeitung genommen, im Hause der Abteilung II.3 zur Kenntnis gebracht (abgezeichnet am 23. November 1989) und an die österreichischen Botschaften in Bonn, Berlin, Warschau und Moskau weitergeleitet.

2 René Felber, Mitglied des Schweizer Bundesrates und hier Vorsitzender des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (1988–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 EDA = Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten.

Dies sei nicht bei allen Teilen der EG-Kommission und auch nicht bei einigen EG-Mitgliedstaaten der Fall. Er habe deshalb die Schweiz aufgefordert, ihre diesbezügliche Informationstätigkeit besonders bei den EG-Mitgliedstaaten zu verstärken.

Entwicklung in Osteuropa:

- Polen müsse deshalb in erster Linie wirtschaftlich geholfen werden, weil es zur derzeitigen Regierung, in der alle maßgebenden Kräfte des Landes vertreten seien, keine Alternative mehr gebe. Ein Zusammenbruch dieser Regierung würde eine Militärdiktatur zur Folge haben, deren Charakter man sich besser nicht ausmalen sollte.
- Die Sowjetunion werde die Entwicklung in der DDR solange laufen lassen, solange nur der Ruf nach Freiheit, aber nicht der Ruf nach Einheit ertöne. Genescher sei optimistisch, daß⁴ dies auch nicht geschehen werde.
- Das Wiederauftauchen von Nationalismen in der Sowjetunion sollte nicht von vornherein negativ beurteilt werden. Diese Nationalismen bildeten ein Mittel, die „Perestroika“ in der gesamten UdSSR zu verbreiten.⁵

Der Botschafter:

Parak

Dok. 65: Aktenvermerk. Lage in der DDR Anfang November, 6.11.1989

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 6. November 1989, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24, GZ 43.03.00/10-II.3/89¹

DDR; zur Situation nach dem Moskau-Besuch Egon Krenz² und den Massendemonstrationen vom 4. November 1989

1) Der den WP-Usancen entsprechende Antrittsbesuch des neuen SED-Vorsitzenden in Moskau hat offenbar (in einem 3-stündigen Gespräch mit Gorbatschow)

4 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

5 Dieser Satz wurde im BMAA handschriftlich mit einem Fragezeichen versehen.

1 Der vom Leiter der Abteilung II.3 Gesandten Ernst Sucharipa erstellte Aktenvermerk erging an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, die Abteilungen II.1 und II.9 sowie an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“.

2 Der am 18. Oktober 1989 vom Politbüro gewählte Generalsekretär des ZK der SED Egon Krenz weilte vom 31. Oktober bis 1. November 1989 zu einem Arbeitsbesuch nach Moskau. Für das Gespräch mit Gorbatschow am 1. November siehe Dokument 1 in: „Im Kreml brennt noch Licht“ und Dokument 52 in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Die österreichische Botschaft in Moskau kommentierte den Besuch wie folgt: „Welche Schlüsse seitens der KPdSU aus Krenz' Auftreten in Moskau gezogen werden – Krenz hob bei der Pressekonferenz her-

ausführlich Gelegenheit zur Erörterung der Lage in der DDR gegeben. Ähnlich wie bei seinem Berlin-Besuch Anfang Oktober,³ hat Gorbatschow erneut die dringende Notwendigkeit von Reformen in der DDR betont („es ist spät, aber nicht zu spät“), ohne freilich unmittelbaren Druck auszuüben. Die SED müsse (so Gorbatschow) selbst zu einer Analyse der gegenwärtigen Situation kommen; das sowjetische Beispiel könne nicht einfach kopiert werden.

2) Laut Egon Krenz werde die SED die positiven Erfahrungen der Perestroika für die Lösung der sich aus dem Wandel der DDR ergebenden Probleme nutzen. Das für Ideologiefragen zuständige SED-Politbüromitglied Kurt Hager (bekannt für seine Ablehnung der Beispielwirkung des sowjetischen „Tapetenmusters“),⁴ ist inzwischen zurückgetreten.⁵ Bezeichnend ist auch, daß bereits der zweite Auslandsbesuch Egon Krenz nach Warschau⁶ (und nicht nach Prag) führte, obwohl bisher aus vielerlei Gründen die Beziehungen DDR-ČSSR wesentlich intensiver und unproblematischer waren als jene zur VR Polen.⁷

vor, dass er Gorbatschow schon sehr lange kenne –, kann vorerst nicht abgesehen werden, vor allem inwieweit man sowjetischerseits der Ansicht ist, dass Krenz den notwendigen Wandel in der DDR auch tatsächlich vollziehen kann. Wie verlautet, hatte sich Gorbatschow während seines DDR-Aufenthaltes persönlich intensiv für eine rasche Wende in der DDR-Politik eingesetzt. Es heißt, dass sowohl die Apparate der KPdSU als auch des Außenministeriums über die tatsächliche Entwicklung in der DDR nie nüchtern informiert worden seien, dem SU-Botschafter in der DDR, Kotschemassow, wird eine enge Freundschaft zu Honecker nachgesagt und auch Botschafter Kwisinskij habe aus der BRD nicht unbedingt realitätsnahe berichtet. Deshalb gebe es vor allem im Apparat der KPdSU viele besorgte Stimmen, die fürchten, dass die Wende in der DDR zu spät einsetze.“ Siehe SU-DDR; Arbeitsbesuch von Egon Krenz in Moskau (31.10/1.11.89) (Info), Botschafter Herbert Grubmayr und Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 6. November 1989, Funkdepesche 25447.

- 3 Generalsekretär Michail Gorbatschow hatte die 40-Jahr-Fierlichkeiten der DDR am 7. Oktober 1989 besucht und war im Zuge dessen auch zu Gesprächen mit Erich Honecker zusammengekommen. Siehe dazu bereits Dok. 44, Anm. 8.
- 4 Am 9. April 1987 erschien ein Interview mit Kurt Hager im Magazin Stern in dem er fragte: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ Das Interview wurde im vollen Wortlaut am 10. November 1987 auch in Neues Deutschland veröffentlicht und löste einen Sturm der Entrüstung innerhalb der Bevölkerung der DDR aus. In Neues Deutschland hieß es, das Interview hätte am 20. März 1987 stattgefunden. Tatsächlich lagen die Fragen jedoch dem Politbüro des ZK der SED vor und wurden beantwortet. Der Text wurde ebenfalls vom Politbüro gebilligt, siehe „Kurt Hager beantwortete Fragen der Illustrierten, Stern“, in: Neues Deutschland, 10. April 1987, 3. Vgl. Wolle, Die heile Welt der Diktatur, S. 292, sowie die dazugehörige Anm. 508.
- 5 Kurt Hager, Mitglied des Politbüros des ZK der SED (1963–1989), Staatsrates (1976–1989) und des Nationalen Verteidigungsrates (1979–1989), musste am 3. November 1989 als Politbüromitglied zurücktreten. Im Jänner 1990 folgte sein Ausschluss aus der SED-PDS, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 6 Krenz absolvierte am 2. November 1989 einen Arbeitsbesuch in Polen.
- 7 Bereits im Mai hatte Botschafter Wunderbaldinger unter dem Titel „DDR–ČSSR; zwei Besuche unter guten (neuen) Freunden“ berichtet: „Diese neuen Beziehungen sind – fast möchte

3) Der Rücktritt des für die fehlgeleitete Wirtschaftspolitik der letzten Jahre verantwortlichen Günter Mittag⁸ sowie die nun ebenfalls erfolgten Rücktritte des Gewerkschaftsführers Harry Tisch,⁹ der für die strenge Ideologisierung des Unterrichtswesens verantwortlichen Margot Honecker¹⁰ und des Ministers für Staatssicherheit Mielke¹¹ stellen zusammen mit der demonstrativen Dialogbereitschaft der SED-Führung, der Lockerung der Pressezensur, der Verkündung der Amnestie für „Republikflüchtlinge“¹² und der Ankündigung von völliger (nur noch aus Devisengründen beschränkten) Reisefreiheit,¹³ deutliche Signale des Wandels in der DDR dar.

4) Diese eingeleitete politische Wende bleibt aber eine opportunistische. Mehr kann vom politischen Ziehsohn Erich Honeckers nicht erwartet werden. Der Druck der Massen (sowohl der demonstrierenden als auch der flüchtenden) hat

man sagen traditionell – weniger durch Gemeinsamkeiten als durch Negative bestimmt: Selbst der hiesige tschechische Kollege führt als einen Grund des Näherrückens die einende Befürchtung über sich abzeichnende Umwandlungen in den Nachbarstaaten Polen und Ungarn an. Der hiesige (neue) Botschafter der Tschechoslowakei hat beim Empfang zum Staatsfeiertag am 9. Mai unerwartet und unüblich eine Rede verlesen. Deutlich und mit offenen Worten stellte er vor den geladenen Gästen die reservierte und abwartende Haltung der Tschechoslowakei gegenüber Veränderungen in der Sowjetunion und in einigen sozialistischen Ländern dar. Die analoge Haltung der deutschen Freunde unterstrich er mit Befriedigung. Es bleibt abzuwarten, was dieses Bündnis der Verneinenden als erstes erschüttern wird.“ Botschafter Franz Wunderbaldinger, Berlin (Ost), 11. Mai 1989, Zl. 96-RES/89, Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24.

- 8 Günter Mittag, Mitglied des Politbüros des ZK der SED (1966–1989) und Leiter der Wirtschaftskommission (1976–1989), wurde am 18. Oktober 1989 von allen leitenden Funktionen entbunden und am 23. November 1989 aus der SED ausgeschlossen, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 9 Harry Tisch, Mitglied des Politbüros des ZK der SED (1975–1989) und Vorsitzender des Bundesvorstands des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB, 1975–1989), 8. November 1989 Rücktritt aus dem Politbüro des ZK der SED, 29. November 1989 Ausschluss aus dem FDGB, 3. Dezember 1989 Ausschluss aus der SED, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 10 Margot Honecker, Ministerin für Volksbildung der DDR (1963–1989), 2. November 1989 Rücktritt als Ministerin, 4. Februar 1990 Austritt aus der SED-PDS, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 11 Erich Mielke, Mitglied des Politbüros des ZK der SED (1976–1989) und Minister für Staatssicherheit der DDR (1957–1989), 7. November 1989 Rücktritt als Minister, 3. Dezember 1989 Ausschluss aus der SED, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 12 Amnestiert wurden „Personen, die vor dem 27. Oktober 1989 Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertritts sowie Straftaten begangen haben, die darauf gerichtet waren, die Ausreise aus der DDR widerrechtlich durchzusetzen“ sowie „Personen, die vor dem 27. Oktober 1989 Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung im Zusammenhang mit demonstrativen Ansammlungen begangen haben“. Siehe: Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über eine Amnestie vom 27. Oktober 1989, in: Neues Deutschland, 28./29. Oktober 1989, S. 1.
- 13 Am 1. November 1989 wurde die am 3. Oktober 1989 geschlossene Grenze zur ČSSR wieder geöffnet. Der Entwurf des neuen Reisegesetzes wurde am 6. November 1989 veröffentlicht, siehe Neues Deutschland, 6. November 1988, S. 1. Dies führte zu heftigen Diskussionen in der Bevölkerung.

zusammen mit dem deutlichen Wink Gorbatschows, der aus Gründen der Stabilitätswahrung an Realisierung von Reformen in der DDR dringend interessiert ist, diese Wende unabdingbar gemacht. Egon Krenz wird jedoch weiterhin auf dem politischen Führungsanspruch der SED bestehen und sich damit von der Entwicklung in Polen und Ungarn klar abheben.

5) Die am 4.11. stattgefundene Massendemonstration (laut Berichten 1 Mio. Demonstranten)¹⁴ lässt allerdings berechtigte Zweifel daran aufkommen, ob dieser Kurs einer beschränkten Liberalisierung und deutlich eingegrenzter Reformen noch lange haltbar bleiben kann. Die über lange Jahre blockierte gesellschaftspolitische Entwicklung in der DDR dürfte sich nunmehr noch rascher als in Polen und Ungarn in eine unaufhaltsam erscheinende Bewegung gesetzt haben, deren Ausgang nicht vorhersehbar ist. Als Richtschnur könnte gelten: je rascher tiefgreifende Reformen einschließlich der Zulassung von echtem politischen Pluralismus von statten gehen, umso eher wird es möglich sein, ein zwar grundlegend geändertes aber doch eigenständiges und eigenstaatliches Gesellschaftssystem in der DDR aufrecht zu erhalten.

Wien, am 6. November 1989

Sucharipa m. p.

Dok. 66: Bericht. Die DDR und die deutsche Frage aus Bonner Sicht, 9.11.1989

Botschafter Friedrich Bauer und Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 9. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/10-II.3/89¹

BRD; DDR und deutsche Frage (Info)

Lt. Stellv. AA-Direktor² verfügt die DDR-Führung seit Beginn der Ausreisekrise über kein Konzept. Auch Krenz verfare nur pragmatisch durch „Glasnost“ in

14 Realistischere zeitgenössische Schätzungen sprachen von 500.000 Teilnehmern. Den Berechnungen von Ilko-Sascha Kowalczyk zufolge „erscheinen nach Berücksichtigung aller Faktoren jedenfalls Angaben von mehr als 200.000 Teilnehmern sehr unwahrscheinlich, die tatsächliche Anzahl dürfte darunter gelegen haben.“, vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 451–452.

1 Der Bericht erging mit Fernschreiben Nr. 25200 an das BMAA und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Er wurde in der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen, wo Legationssekretär Hans Peter Manz am 9. November 1989 die Weiterleitung an die österreichischen Auslandsvertretungen gemäß „Liste Ost“ veranlasste.

2 Wilhelm Heinrich Höynck, Leiter der Unterabteilung 21 (Politische Abteilung) im Auswärtigen Amt. Vorsitzender der Projektgruppe „Deutsche Einheit“, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Informationspolitik (unlesbares Neues Deutschland unterdessen eine interessante Zeitung), Versprechen von Wirtschaftsreformen und neue Ausreisebestimmungen.

Gesprächspartner bezweifeln jedoch Erfolgsaussichten und politisches Überleben Krenz,³ doch könne Bonn ihn nicht offen als Übergangslösung bezeichnen. Stabilisierung der DDR könne nicht ohne SED-Führung (unabhängig von ihrer Zusammensetzung) erfolgen. Der Führung müsse jedoch klar gemacht werden, dass Stabilität nur über Menschenrechte und Demokratisierung möglich ist und Schritte in dieser Richtung von Bonn konkret materiell unterstützt würden. Bevölkerung jedoch ungeduldig, wogegen ernsthafte und erfolgreiche Wirtschaftsreformen erst nach Jahren politische Wirkung zeigen könnten. Hinsichtlich Demokratisierungsforderungen sei außerdem zu bedenken, dass z. B. „Neues Forum“ nicht als politische Partei auftreten wolle, und ein ostdeutscher „Wałęsa“ noch nicht zu erkennen sei. Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei zu politischer Kraft ebenso wenig vorhersagbar wie mögliche Entwicklung der Blockparteien zu selbstständigen politischen Bewegungen (oder nur Spielpartner der SED).

Krenz wolle klarerweise führende SED-Rolle nicht aufgeben. Unklar jedoch, ob politische Kräfte bereitstünden, die ein durch SED-Wegfallen allenfalls doch entstehendes Vakuum füllen könnten. Risiko unkontrollierbarer Entwicklungen bedeute Alptraum für Gorbatschow (und Bonn), der daher nötigenfalls sicherlich zur Opferung der SED als staatstragende Partei und Akzeptierung polnischer und ungarischer Lösungen bereit wäre, wenn Voraussetzung hierfür vorlägen.⁴

Achtung der Menschenrechte und Demokratisierung sind erste Schritte zur Selbstbestimmung. Bonner Zielsetzung weiterhin „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“ (Brief zur deutschen Einheit,⁵ Grundlagenvertrag⁶). Nur im Rahmen europäischer Friedensordnung könne deutsche Frage gelöst werden. Diese Ordnung setze stabile DDR voraus, wofür wiederum Solidarisierung der Bürger mit ihrem Staat nötig [ist] (keine Abstimmung mit den Füßen). Fehlen von Wiedervereinigungsforderungen bei DDR-Massendemonstrationen und erstmaliges Auftauchen eines Nationalgefühls durch Forderungen nach Veränderungen („wir bleiben hier“) spreche nicht gegen Wiedervereinigung, sondern entspreche Bonns Vorstellung über Lösung der deutschen Frage durch Selbstbestimmungsakt in zwei stabilen deutschen Staaten. Einziger Weg zu deutscher Einheit, unabhängig von ihrer Ausformung, ginge über stabile DDR und nicht über Zusammenbruch des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates.

Sogwirkung Westeuropas erstreckte sich auf ganz Osteuropa, sodass der gesamte Westen (nicht nur BRD) seine frühere KSZE-Hauptforderung nach Reise-

3 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA am Seitenrand mit Rufzeichen versehen.

4 Dieser Satz wurde im BMAA an Seitenrand handschriftlich markiert.

5 Siehe Dok. 1, Anm. 17.

6 Siehe Dok. 1, Anm. 16 und 17.

freiheit zu umgehen suche.⁷ Ohne Fortschritte in Korb 2⁸ zur Verminderung der wirtschaftlichen Kluft in Europa könne keine europäische Friedensordnung entstehen. Korb 2 und Verbindung mit Korb 3⁹ würde daher lt. Gesprächspartner zentrale politische Frage im Europa der 90er Jahre, und KSZE-Wirtschaftskonferenz in Bonn 1990¹⁰ erhalte damit ganz anderes Gewicht als ursprünglich erwartet.

In Warschau und Moskau gebe es neue Töne in der deutschen Frage. Nicht nur Solidarität, auch in PVAP scheine Anerkennung des grundsätzlichen Rechts der Deutschen auf Einheitsstaat als Gegenleistung für endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze zuzunehmen. Obwohl Gorbatschow in Gemeinsamer Erklärung¹¹ mit BRD Hinweis zu Selbstbestimmungsrecht der Völker akzeptiert hatte, wäre doch offene Akzeptierung eines deutschen Einheitsstaates auf absehbare Zeit undenkbar. Gorbatschow habe Frage zwar der Geschichte überlassen, doch bleibe deutsche Frage heikel, Schmerzgrenze liege bei Entlastung des Status Quo. Schewardnadse habe daher in New York¹² sofort auf diesbezügliche Andeutung BK Kohl bei CDU-Parteitag in Bremen reagiert¹³ und von bewusster Fehlinterpretation der gemeinsamen Erklärung gesprochen. Danach hätten allerdings andere Sowjets Wiedervereinigung als Zeitfrage bezeichnet.¹⁴ Moskauer Sicht der deutschen Frage hänge direkt mit weiterer Entwicklung in Europa zusammen: „in einem anderen politischem Umfeld eine andere politische Frage“. Derzeit akzeptiert Moskau aber keine deutsche Infragestellung des Status quo.¹⁵

Bauer/Loibl

- 7 Aufgrund der anwachsenden Migrationsbewegung aus den Warschauer-Pakt-Staaten kam spätestens 1988 die Diskussion auf, wie hinkünftig zwischen tatsächlich politisch Verfolgten und sogenannten Arbeitsemigranten unterschieden werden solle. Eine der ersten Optionen seitens westlicher Staaten lief darauf hinaus, nach dem Wegfall der staatlichen Reisebeschränkungen in den Herkunftsländern vertraglich vereinbarte Visafreiheiten auszusetzen bzw. einzuschränken.
- 8 Korb II umfasste die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt.
- 9 Korb III umfasste die Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen.
- 10 Die KSZE-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit tagte vom 19. März bis 11. April 1990 in Bonn.
- 11 Siehe Dok. 41, Anm. 3.
- 12 Siehe Dok. 59, Anm. 19.
- 13 Für die Rede Kohls siehe das Protokoll des 37. Bundesparteitags vom 11.–13. September 1989 in Bremen: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1989-09-11-13_Protokoll_37.Bundesparteitag_Bremen.pdf (zuletzt abgerufen am 23. Februar 2017).
- 14 Es ist nicht eindeutig klar, auf welche Äußerungen hier Bezug genommen wird.
- 15 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

Dok. 67: Bericht. 10. Tagung des ZK der SED, 9.11.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger und Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 9. November 1989, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

10. Tagung des Zentralkomitees des SED: 1. Tag²

Seit gestern, 8. November 1989, besteht das Politbüro der SED nur mehr aus 11 anstatt wie bis gestern aus 21 Mitgliedern (siehe FS 25112 von 8.11.1989).³ Erstmals in der Geschichte der SED ist ein Politbüro geschlossen zurückgetreten. Einerseits sind damit zwei Drittel (14) der Mitglieder mit einem Schlag ausgeschieden, andererseits gibt es im neuen Politbüro nur vier neue Gesichter, wobei der SED-Bezirkssekretär in Dresden, Hans Modrow, der einzige neue ist, der der Bevölkerung und den Parteimitgliedern Optimismus vermittelt.

In seinem Referat ging der Generalsekretär der SED, Egon Krenz, mit seinem Vorgänger Honecker und dem früheren Politbüromitglied und Wirtschaftsfachmann Günter Mittag mit scharfen Worten in Gericht. Während Mittag Honecker während dessen Erkrankung vertreten habe, habe es an der Spitze der Partei Sprachlosigkeit gegeben. Als Ende August die zunehmende Ausreisewelle im Politbüro behandelt worden sei, habe er es nicht für nötig befunden, die gesamte Partei – wie es die Politbüromitglieder gefordert hätten – darüber zu informieren, in der Öffentlichkeit entsprechend Stellung zu beziehen und sich mit den ersten Sekretären der SED-Bezirksleitung zu treffen.⁴

Hinsichtlich der Ausreisewelle gesteht Egon Krenz ein, dass die eigentlichen Ursachen in der DDR selbst zu suchen seien. Die Ausgereisten seien weder Gegner des Sozialismus noch Kriminelle. Sie seien Bürger, die keine oder nur begrenzte Möglichkeiten für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit sahen.⁵

1 Der Bericht erging (im Verfolg von Fernschreiben Nr. 25112 vom 8. November 1989) als Fernschreiben Nr. 25113 an das BMAA und war an die Sektion 2, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet.

2 Für das Protokoll des ersten Beratungstags der 10. Tagung des ZK der SED am 8. November 1989 siehe: Das Ende der SED, S. 135–242. Auf dieser trat gleich zu Beginn das amtierende Politbüro zurück, Egon Krenz wurde einstimmig als Generalsekretär wiedergewählt, die bisherigen Mitglieder Hermann Axen, Horst Dohls, Kurt Hager, Günter Kleiber, Werner Krolikowski, Erich Mielke, Erich Mückenberger, Gerhard Müller, Alfred Neumann, Horst Sindermann, Willi Stoph und Harry Tisch wurden nicht in ihren Funktionen bestätigt und schieden aus. Wolfgang Herger, Wolfgang Rauchfuß, Gerhard Schürer und Hans Modrow wurden als neue Mitglieder des Politbüros gewählt, Günter Schabowski wurde ZK-Sekretär für Medien.

3 Mit diesem Fernschreiben hatten Wunderbaldinger und Graf eine Namensliste der neuen Politbüromitglieder und -kandidaten übermittelt. Zudem wurde darauf hingewiesen: „Das Zentralkomitee hat weiters empfohlen, Dr. Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vorzuschlagen.“ Botschafter Franz Wunderbaldinger und Gesandter Lorenz Graf, Berlin (Ost) an BMAA, 8. November 1989, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24.

4 Für Krenz' Kritik an Mittag siehe: Das Ende der SED, S. 194.

5 Für Krenz' Ausführungen dazu siehe: ebd., S. 190–191.

Das künftige politische System des Sozialismus müsse demokratisch beschaffen sein und neue Bürgerbewegungen, die auf dem Boden der Verfassung der DDR wirken wollen, sollten zugelassen werden. (Ebenfalls am Mittwoch, dem 8. November 1989, wurden Bärbel Bohley, Jutta Seidel und Rechtsanwalt Gregor Gysi im Ministerium des Innern empfangen. Im Verlauf des Gespräches wurde von den beiden Frauen nochmals bekräftigt, dass das Wirken des „Neuen Forums“ auf der Grundlage der Verfassung erfolgen wird. Daraufhin wurde die Anmeldung vom Innenministerium bestätigt.)

Egon Krenz fuhr in seinem Referat weiters fort, dass die Wende noch lange nicht vollzogen sei und dass man mit Widerstand gegen sie rechnen müsse. Man brauche „eine realistische Zukunftsvision, einen Sozialismus, der in der Wirtschaft effektiv, im Sozialen gerecht, in der Politik demokratisch, im moralischen Sinn sauber und in allem dem Menschen zugewandt ist“.

Auf wirtschaftlichem Gebiet werde eine marktorientierte sozialistische Planwirtschaft angestrebt. Keine Wirtschaft toleriere ungestraft Subjektivismus, Voluntarismus, Verschwendung und Verletzung volkswirtschaftlicher Gleichgewichtsbedingungen. Demokratischer Zentralismus darf nicht nur auf dem letzten Wort betont werden. Bestrebungen einer gewissen Autokratie haben sich auf die Dauer als Irrweg erwiesen, die DDR könne (wirtschaftlich) nur durch stärkere Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung bestehen, wobei die Erfahrungen kleinerer Industrieländer von großem Nutzen sein dürften.

In einem dramatischen Appell hat sich die populäre Schriftstellerin Christa Wolf im DDR-Fernsehen an Ausreisewillige gewandt. In der Erklärung,⁶ die auch von Bärbel Bohley („Neues Forum“) sowie von den Schriftstellern Christoph Hein und Stefan Heym unterzeichnet und in der „aktuellen Kamera“ von Frau Wolf verlesen wurde, wurden die Ausreisewilligen aufgefordert zu bleiben. „Es kann kein leichtes, aber ein nützliches und interessantes Leben (in der DDR) versprochen werden. Kein schneller Wohlstand, aber Mitwirkung an großen Veränderungen.“ Man wolle einstehen für Demokratisierung, freie Wahlen, Rechtssicherheit, Freizügigkeit, es sei unübersehbar, dass jahrzehntealte Verkrustungen in Wochen aufgebrochen wurden.

Am gestrigen Nachmittag haben sich vor dem Gebäude des ZK einige tausend Parteimitglieder der SED-Basis versammelt. Sie forderten mit mitgebrachten Transparenten und in Sprechchören die Erneuerung der SED und die Demokratisierung des Parteilebens. Ausgesprochen wurde, dass die derzeitige Zusammensetzung des ZK keine demokratische Legitimierung besitze. Daher wurde die ehestmögliche Einberufung eines Sonderparteitages gefordert. Während ihrer Demonstration wurde die Sitzung des ZKs unterbrochen. Günter Schabowski sprach zu den Demonstranten und gab die Wahlergebnisse für die Politbüromit-

6 Die Schriftstellerin Christa Wolf wandte sich am 8. November 1989 in der DDR-Abendnachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ mit dem Aufruf, nicht auszureisen, sondern Vertrauen in die DDR zu haben, an die Bevölkerung. Anlass dazu waren die nicht abbreißenden Auswanderungsströme in den Westen.

glieder bekannt. Hans Modrow, Werner Eberlein und Günter Schabowski erhielten bei Namensnennung lautstarke Zustimmung. Andere, darunter vor allem Hans-Joachim Böhme, wurden lautstark ausgebuht. (Inzwischen wurde er von der SED-Bezirksleitung Halle als erster Sekretär abgewählt.) Nach Günter Schabowski sprach auch kurz Egon Krenz zu den versammelten Parteimitgliedern.

Ebenfalls als absolutes Novum in der DDR stellte sich Günter Schabowski am Abend nach der ZK-Sitzung im internationalen Pressezentrum der nationalen und internationalen Presse zu einer Pressekonferenz.⁷

Ebenfalls als Novum ist anzumerken, dass in einer Konferenzschaltung des West-Fernsehens im Westen Genscher und der Vorsitzende der Thyssen AG⁸ mit dem in Ost-Berlin im Studio anwesenden Vorsitzenden der liberal-demokratischen Partei, Manfred Gerlach, und Bärbel Bohley vom „Neuen Forum“ über die Lage in der DDR diskutierten. Bärbel Bohley, die eher „hausfraulich“ wirkte, gab über Befrager [sic!] des Moderators zu, dass das „Neue Forum“ kein Konzept für die Weiterentwicklung der DDR besitzt.

Zu dem in Aussicht genommen neuen Wahlgesetz erklärte Egon Krenz, dass es eine „freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl“ gewährleisten wird. (Intern konnte in Erfahrung gebracht werden, dass die SED bei freien Wahlen mit etwa 20 Prozent der Wählerstimmen rechnet. Bei einer Bevölkerung von etwa 16 Millionen hat die SED ca. 2,3 Millionen Parteimitglieder.)

Als Erbe der jahrzehntelangen Verkrustung trägt die Partei schwer an der mangelnden demokratischen Legitimation. Das derzeit agierende Zentralkomitee wird von der Basis als nicht demokratisch abgelehnt und eine Parteikonferenz bzw. ein Sonderparteitag zum ehestmöglichen Zeitpunkt gefordert. Auf staatlicher Ebene stellt sich das Problem analog mit der Volkskammer, die zum Teil von der Parteibasis, darüber hinaus vom Blockparteien, der einzelnen Bürgergruppen und der Bevölkerung als nicht demokratisch gewählt abgelehnt wird. Manfred Gerlach, der sich laufend in den Vordergrund spielte, sprach sich für allgemeine, freie Wahlen im Jahr 1990 aus.

West-Berlin rüstet sich bereits auf hunderttausende Tagesbesucher aus dem Osten noch vor Weihnachten. Eine Sperrung des Kurfürstendammes an Einkaufssamstagen wird bereits in Erwägung gezogen.

In wenigen Wochen hat sich die DDR im begonnen Prozess der Offenheit, Umgestaltung und Erneuerung gegenüber dem großen Lehrmeister Sowjetunion auf die Überholspur begeben. Die großteils disziplinierten und ohne Zwischenfälle abgehenden Massendemonstrationen lassen für die nächste Zukunft auf ein labiles Gleichgewicht in der Krisensituation hoffen.

Wunderbaldinger/Graf

7 Zum Zeitpunkt der Berichterstattung waren der österreichischen Botschaft die Aussagen Schabowskis und deren Wirkung hin zur unbeabsichtigten Öffnung der Mauer im weiteren Verlauf des Abends offenbar noch nicht bekannt.

8 Dieter Spethmann, Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG (1973–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Dok. 68: Bericht. Die Maueröffnung, 10.11.1989

Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 10. November 1989, 267-RES/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

Das Volk übernimmt die (Reise)Führung

Nach der bei der gestrigen Pressekonferenz von Günther Schabowski² angekündigten und vom Westen als sensationell eingestuften Bestimmungen für Reisen ins Ausland wurde innerhalb weniger Stunden die Wirklichkeit vom Volk bestimmt. Bereits in den Abendstunden gelangten zahlreiche Ostberliner über die einzelnen Übergänge nach Westberlin. Die Volkspolizei verhält sich bis zur Stunde besonnen und beschränkt sich in ihrem Bemühen darauf den PKW- und Personenverkehr in halbwegs geordnete Bahnen zu lenken. Viele Menschen probten den Übergang, der Großteil [kehrte] auch nach einem kurzen Schnupperausflug in den Westteil der Stadt sofort zurück in den Osten, um sich zu überzeugen, dass die Reisemöglichkeit tatsächlich vorhanden ist. Die Bestimmungen des Ministerrates bis zum Inkrafttreten eines Reisegesetzes sahen (selbstverständlich) die kurzfristige Ausstellung von Reisepässen und Visa vor.³

Die Mauer steht Kopf. Ostberliner stehen im Westen an der Mauer, haben zum Teil die ganze Nacht über mit Sekt auf der Mauer gefeiert. Volkspolizisten zeigen bei der Verkehrsregelung Berliner Witz. Zur Zeit ist es keineswegs abzusehen, wie sich die nächsten Stunden gestalten werden. Wie bekannt wurde, toleriert die Führung den von der Bevölkerung geschaffenen Ist-Zustand über das ganze Wochenende. Dann werde man einen geregelten Grenzverkehr mit Pass zumindest versuchen herzustellen.

Für das Ländermatch Österreich-DDR am Mittwoch, dem 15.11. muss mit einem in Tausende gehenden Massenansturm gerechnet werden. Bereits am heutigen Vormittag wurde der Botschaft ein Personalausweis mit DDR-Ausreiserecht-

1 Der Bericht erging fernschriftlich als Depesche in Ziffern Nr. 25114 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektionen II, IV und VI gerichtet.

2 Am 9. November 1989 stellte der damalige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin und Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Günter Schabowski, auf einer Pressekonferenz, in welcher die Ergebnisse der 10. Tagung des ZK der SED verkündet wurden, die neue Reiseverordnung der DDR vor. Auf die Frage eines Journalisten, wann denn die Verordnung in Kraft trete, sprach Schabowski die berühmten Worte: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich“.

3 Diese Annahme ist unzutreffend. Die geplante neue Reiseverordnung (siehe Dok. 65, Anm. 13) sah zwar „rasche“ Entscheidungen vor, tatsächlich hatten die Behörden aber 30 Tage Zeit, um über Anträge zu entscheiden, in dringenden Fällen drei Tage (wobei undefiniert blieb was unter „dringend“ zu verstehen sei). Zudem wurde ausdrücklich festgehalten, dass die Bewilligung einer Reise nicht auch Anspruch auf Devisenmittel zur Durchführung der Reise bedeute. Bei Anträgen auf dauerhafte Ausreise war eine Bearbeitungszeit von drei bis sechs Monaten vorgesehen.

vermerkt vorgelegt. Es wird daher um umgehende FS- bzw. telefonische Weisung ersucht, ob nicht kurzfristig und vorübergehend für die unmittelbare nächste Zeit und über das Länderspiel für einige Tage hinaus DDR-Bürger auch mit einem Personalausweis alleine die Einreise nach Österreich etwa mit einem Anhang zum Personalausweis gestattet werden kann.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen Frau Dr. Dorothea Wilms, die sich heute in Berlin aufhielt, um an einer wissenschaftlichen Sondertagung „40 Jahre Deutschlandpolitik im internationalen Kräftefeld“⁴ teilzunehmen, vom gestrigen Tag, vom 9. November 1989 von einem historischen Tag gesprochen hat. Sie selbst ist in den Morgenstunden von Westberlin nach Ostberlin gegangen. Sie wurde von einem Volkspolizeioffizier begleitet, der sie, für sie äußerst überraschend, mit den Worten „Guten Morgen, Frau Minister Wilms“ begrüßte. Bis zur Mittagsstunde sind laut Minister Wilms von den vielen Tausenden, die in Westteil der Stadt gegangen sind (lediglich), 1.000 bis 1.500 im Auffanglager Marienfeld geblieben. Sie hat bei dieser Sondertagung (an der der Unterzeichnete teilgenommen hat) erklärt, die BRD hat außergewöhnliche Maßnahmen (auch was das Reisegeld betrifft) vorbereitet.

Bereits zu dieser Stunde wird im Radio der DDR in Form von Interviews die Frage gestellt, ob und wie Österreich im Hinblick auf das Länderspiel kurzfristige Sichtvermerke erteilen wird.

Im Hinblick auf die zu erwartende wirtschaftliche Intensivierung der Rolle Österreichs als kleines Industrieland bei einer umgestalteten DDR sowie auch darauf, dass Österreich die besondere Stellung zur DDR im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht verspielen darf, muss unbedingt ins Kalkül gezogen werden, dass die österreichische Haltung in der für die hiesigen Menschen so ungeheuer wichtigen Reisefrage eine Visitenkarte für die Zukunft der beiderseitigen Beziehungen sein wird. Die Botschaft ersucht daher nachdrücklich, eine kurzfristige, unbürokratische und möglichst liberale Lösung bereits für Montag zu schaffen. Es braucht nicht darauf hingewiesen zu werden, dass durch das Grundgesetz wirtschaftliche und soziale Belastung durch DDR-Reisende in Österreich ausgeschlossen werden müssen.

Um FS- bzw. telefonische Weißung muss dringend gebeten werden.⁵

Graf

4 Die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen Dorothea Wilms nahm am 8./9. November an genannter Veranstaltung des Reichstags teil.

5 Eine Weisung ist in der vorhandenen Überlieferung nicht dokumentiert, sie könnte telefonisch erfolgt sein. Das Problem bestand jedenfalls fort, denn am 14. November beklagte die Botschaft, dass die Tickets für das Spiel mit Devisen erworben werden müssten, was mitunter öffentlich sogar „als Hohn“ bezeichnet wurde: „Die Botschaft möchte eindringlich darauf hinweisen, dass gerade aus den südlichen Regionen der DDR (Thüringen, Sachsen) sich viele Leute spontan entschließen werden, nach Wien zu reisen und dass die Aufrufe in der Presse und in verschiedenen Sportsendungen, ohne Karte nicht nach Wien zu reisen, keinen großen Erfolg haben werden. Es muss daher nachdrücklich gebeten werden, zusätzliche Kartenkon-

Dok. 69: Information und Sprachregelung. Wiedervereinigung, 10.11.1989

Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 10. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/8-II.1/89¹

Debatte über die deutsche Wiedervereinigung; Information und Sprachregelung

Im Hinblick auf die im Zusammenhang mit der derzeitigen Ost-West-Entwicklung begonnen Debatte über eine mögliche Neugestaltung des deutsch-

tingente, deren Zahl absolut nicht abgeschätzt werden kann, bereitzuhalten und allenfalls auch durch Sponsoren eine Gratisweitergabe an DDR-Bürger unmittelbar vor dem Spielbeginn in Erwägung zu ziehen. Nachdem sich nach Dänemark nunmehr auch Schweden äußerst kurzfristig entschlossen hat, Kurzbesuche von DDR-Bürgern auf ihrem Territorium sichtvermerksfrei zuzulassen, muss es Österreich anlässlich dieses Sportereignisses daran gelegen sein, bei der praktisch galoppierend vor sich gehenden Entwicklung in der DDR nicht ins Hintertreffen zu geraten.“ Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 14. November 1989, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24. Tatsächlich kam eine bisher ungekannte Zahl von Anhängern der DDR-Equipe nach Wien und musste mitansehen, wie Österreich auf dieser Spielwiese des österreichisch-ostdeutschen Verhältnisses bereits so kurz nach dem Mauerfall das Ende der DDR besiegelte. Die österreichische Fußball-Nationalmannschaft besiegte die Auswahl der DDR und qualifizierte sich dadurch für die Endrunde in Italien 1990. Hauptverantwortlich für den 3:0-Sieg zeichnete Anton „Toni“ Polster, der das Spiel mit einem Triplepack zum letzten Bewerbungsspiel der DDR machte. Ausführlich und breit kontextualisiert zu diesem Spiel Georg Spitaler, Das Endspiel. Österreich-DDR 3:0. 15. November 1989, Wien – Praterstadion, in: Matthias Marschik (Hg.), Sternstunden der österreichischen Nationalmannschaft. Erzählungen zur nationalen Fußballkultur (= Österreichische Kulturforschung 8), Wien/Berlin/Münster 2008, S. 161–173; sowie zudem Maximilian Graf, „Ösis“ versus „Ossis“ – Österreich gegen die DDR. Zur Länderspielgeschichte der anderen österreichisch-deutschen Fußballkonkurrenz, in: Johannes Gießauf/Walter Iber/Harald Knoll (Hg.), Fußball, Macht und Diktatur. Streiflichter auf den Stand der historischen Forschung (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Kriegsfolgen-Forschung 22), Innsbruck/Wien/Bozen 2014, S. 207–227, hier S. 223–227.

- 1 Der Entstehung dieser Sprachregelung ging ein längerer Prozess voraus. Sie scheint im Kontext der intern offenbar nicht unumstrittenen Ausarbeitung von Thomas Nowotny (siehe Dok. 57 und dort insbesondere auch Anm. 1) entstanden zu sein. Die ursprüngliche Fassung wurde in der Abteilung II.1 unter Federführung des Gesandten Johann Plattner erstellt und sollte vor Abfertigung wohl am 19. Oktober 1989 den Sektionsleitern, dem Generalsekretär und dem Bundesminister vorgelegt werden. Der Leiter der Abteilung II.3 Gesandter Ernst Sucharipa reagierte darauf am 6. November mit der Bemerkung: „Ich hätte es bevorzugt, wenn eine solche Sprachregelung gemeinsam (II.1+II.3) erstellt werden könnte.“ In der Zwischenzeit hatte der österreichische Generalkonsul in Los Angeles um eine entsprechende Sprachregelung gebeten: „Die Diskussion um eine mögliche deutsche Wiedervereinigung, die angesichts der jüngsten Ereignisse in der DDR (Fluchtbewegung, neue SED-Führung, Gorbachev-Besuch in Ost-Berlin) in der veröffentlichten Weltmeinung ein Thema geworden ist, welches von führenden Kommentatoren, Wissenschaftlern und Politikern wieder angeschnitten wird, ruft auch aus österreichischer Sicht zu einer Äußerung auf. Der gefertigte Amtsleiter wird bei Vorträgen und Diskussionen immer wieder auf diese Frage und die diesbezügliche österreichische Position angesprochen. Auf die Gefahr hin, hierbei auf eine sensible Frage eine

deutschen² Verhältnisses wird im Einvernehmen mit der Abt. II.3³ zu do. Information und Sprachregelung folgendes mitgeteilt:

1) Grundsatzdokumente⁴

Über die Teilung Deutschlands hatten sich die Siegermächte bereits bei der Konferenz von Jalta (Anfang 1945)⁵ geeinigt („Westverschiebung“ Polens; Zerstückelung Deutschlands: „In der Ausübung dieser Macht werden sie (die Siegermächte) solche Maßnahmen treffen...einschließlich der völligen Entwaffnung... und Zerstückelung Deutschlands...als sie für den künftigen Frieden...für notwendig halten“).

Durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz (Sommer 1945)⁶ übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt in Deutschland⁷ und teilten das Land in

sensible Antwort erteilen zu müssen, kann sich auch ein österreichischer Diskutant dieser Diskussion nicht entschlagen. Das Generalkonsulat wäre daher der Zentrale um eine grundsätzliche Stellungnahme und Sprachregelung i. G. dankbar. Das alte Sprichwort: ‚Schweigen ist Gold, Reden ist Silber‘ kann im vorliegenden Zusammenhang aus österreichischer Perspektive als Richtschnur nämlich nicht ungefährlich sein. Die Lektüre des beiliegenden Artikels des Chefredakteurs der angesehenen Zeitschrift ‚US New & World Report‘ in ihrer letzten Nummer vom 23. Oktober d. J. lässt etwas unangenehm aufhorchen, wenn darin die Vorstellung von zwei deutschen Staaten, oder sogar drei, wenn man Österreich dazuzählt, als nicht unvernünftig darstellt.“ Die Zeitung hatte ausgeführt: „But the identity of a state is not necessarily tied up with its ideology. It does not seem unreasonable to imagine two Germanys, or even three if you count Austria, continuing to exist.“ Generalkonsul Franz Cede an BMAA, Los Angeles, 23. Oktober 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/9-II.1/89. Es dauerte aber bis zum Tag nach der Maueröffnung als „nach Besprechung“ zwischen Sucharipa und Plattner am 10. November 1989 eine „einvernehmliche Fassung“ erstellt wurde. Die fortan auch als Sprachregelung und Grundlage für Erklärungen des Bundesministers dienen sollte. Diese Fassung erging an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, die Abteilungen II.3 und II.6 sowie an die österreichischen Auslandsvertretungen gemäß Liste „Ost+West“. In der hier abgedruckten abgestimmten Information werden die ursprünglichen Formulierungen der Abteilung II.1 in den Anmerkungen ausgewiesen.

2 Korrigiert aus: innerdeutschen.

3 Einfügung in dieser Fassung: im Einvernehmen mit der Abt. II.3.

4 Korrigiert aus: Vertragliche Grundlagen. Die Abteilung II.3 wollte eine Trennung „vertraglicher Grundlagen und BRD-interner Rechtsgrundlagen“.

5 Franklin D. Roosevelt (USA), Winston Churchill (Großbritannien) und Josef Stalin (UdSSR) trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 in Jalta auf der Krim zusammen. Es handelt sich um das zweite Treffen, bei dem die „großen Drei“ über die europäische und globale Nachkriegsordnung berieten.

6 Die Potsdamer Konferenz oder Dreimächtekonferenz von Berlin fand vom 17. Juli bis 1. August 1945 im Schloss Cecilienhof in Potsdam statt. Beteiligt waren Vertreter der USA, Großbritanniens und der UdSSR, die über die Nachkriegsordnung konferierten. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 („Potsdamer Abkommen“) vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik II/1, S. 2102–2148.

7 Diese Ansicht ist unzutreffend, die Regierungsgewalt wurde bereits vor Potsdam übernommen. Die Berliner Erklärung der Alliierten vom 5. Juni 1945 (auch als Berliner Deklaration oder Juni-Deklaration bezeichnet) erfolgte einen knappen Monat nach der bedingungslosen

Besatzungszonen ein. Bis auf weiteres sollte keine zentrale deutsche Regierung eingesetzt werden. Die endgültige territoriale Regelung sollte einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben. Im Konferenzprotokoll wird eine Formulierung von Jalta („...Ergreifung von Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr...den Weltfrieden bedrohen kann“) wieder aufgenommen.

In der Präambel zum Grundgesetz wird das gesamte deutsche Volk aufgefordert, „in einem Vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“⁸

Im „Vertrag über die Beziehung zwischen BRD und den Drei Mächten“ (1952),⁹ durch den das Besatzungsregime beendet und die BRD die volle Souveränität [sic!]¹⁰ erlangte, heißt es: „Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.“¹¹

Kapitulation der Wehrmacht und zwei Wochen nach der Verhaftung der letzten Reichsregierung in Mürwik. Damit übernahmen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges durch ihre Oberbefehlshaber kraft Besatzungsrechts die oberste Regierungsgewalt im Gebiet des Deutschen Reiches. Das betraf auch die Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen und Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. Zwecks gemeinsamer Ausübung der Regierungsgewalt bildeten sie den Alliierten Kontrollrat.

8 Für den vollen Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes siehe Dok. 20, Anm. 13.

9 Bei dem „Vertrag über die Beziehung zwischen der BRD und den Drei Mächten“ (1952) handelt es sich um einen am 26. Mai 1952 geschlossenen Vertrag zwischen der Bundesrepublik und den West-Alliierten Frankreich, Großbritannien und den USA, der das bis dahin geltende Besatzungsstatut ablöste und die Unterzeichner zur Wiedervereinigung Deutschlands und zum Abschluss eines Friedensvertrags für Gesamtdeutschland verpflichtete. Der Vertrag ist auch unter den Bezeichnungen „Generalvertrag“ und „Deutschlandvertrag“ bekannt; abgedruckt in: Auswärtiges Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirates (Hg.), Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln, 1972, S. 208–212. Zu den Veränderungen durch die Pariser Verträge 1954 siehe Dok. 63, Anm. 3 sowie auch Anm. 11 in diesem Dokument. Er trat in seiner endgültigen Fassung am 5. Mai 1955 nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik in Kraft. Siehe Gesetz betreffend das Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland vom 24. März 1955, BGBl. 1955 II, S. 213–214; Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet in Paris am 23. Oktober 1954, BGBl. 1955 II, S. 215–252 und Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland, BGBl. 1955 II, S. 628.

10 Bereits das folgende Zitat macht deutlich, dass die Souveränität eben nicht voll war.

11 In der ursprünglichen Fassung der Abteilung II.1 folgte hier dieser nun entfallene Absatz: „Im Protokoll über den Beitritt der BRD zur Nato (1954) [sic!, recte: 1955] erklärten die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der USA, daß sie die Regierung der BRD als einzige deutsche Regierung betrachten ... die berechtigt ist ... als Vertreter des deutschen Volkes zu

Im „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ (1972)¹² sprechen sich die beiden Staaten für die Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung aus und bekräftigen die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen. In der Präambel werden aber die unterschiedlichen Auffassungen der BRD und der DDR zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage festgestellt.

Im Brief zur deutschen Einheit (1970)¹³ hat die BRD ihren Anspruch auf Wiedervereinigung bekräftigt („...auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“).

Die Aufrechterhaltung der Wiedervereinigungsanspruches findet auch in Zusatzserklärungen der BRD zu den Römer Verträgen¹⁴ ihren Niederschlag (Nichtanerkennung einer ostdeutschen Staatsbürgerschaft; Protokoll über den deutsch-deutschen¹⁵ Handel; Vorbehalt hinsichtlich einer allfälligen künftigen EG-Mitgliedschaft der DDR).

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Urteilen zu den Ostverträgen (1973¹⁶ und 1975)¹⁷ festgestellt, dass das Deutsche Reich völkerrechtlich weiterbesteht und kein Verfassungsorgan die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben darf.

sprechen ... und daß „eine zwischen Deutschland und seinen früheren Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für Gesamtdeutschland, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden legen soll, ein wesentliches Ziel ihrer Politik bleibt.“

12 Die Jahreszahl wurde erst in dieser Fassung eingefügt. Zum „Grundlagenvertrag“ siehe Dok. 1, Anm. 16.

13 Die Jahreszahl wurde erst in dieser Fassung eingefügt, fälschlicherweise stand dort 1979. Der „Brief zur deutschen Einheit“ (1970), der die Option zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in einer europäischen Friedensordnung offenhielt, kam nicht zuletzt auf Drängen der Opposition auf die Agenda, er wurde im Mai von Egon Bahr ausgehandelt und anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages vom 12. August 1970 dem sowjetischen Außenministerium übergeben, vgl. BGBl. 1972 II, S. 356.

14 Die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) wurden am 25. März 1957 von Vertretern der Regierungen Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, der Bundesrepublik, Frankreichs und Italiens unterzeichnet. Vgl. BGBl. 1957 II, S. 753–1224. Für das Zusatzprotokoll über den innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen siehe BGBl. 1957 II, S. 984–986.

15 Korrigiert aus: innerdeutschen.

16 Siehe Dok. 61, Anm. 6.

17 Das Bundesverfassungsgericht stellte am 7. Juli 1975 fest, dass weder der Moskauer noch der Warschauer Vertrag (siehe Dok. 1, Anm. 17) eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland vorwegnehmen und daher keine Rechtsgrundlage für die bestehenden Grenzen schaffen würden. Aus Rücksicht auf die Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes sei es der Bundesregierung nicht möglich, eine (eine Friedensvertrag vorwegnehmende) Regelung über den territorialen Status Deutschlands zu treffen.

Die Verfassung der DDR (1974)¹⁸ enthält eine Wiedervereinigungsabsicht nicht.¹⁹

2) Die Politik der Bonner Regierung

Ungeachtet der Aufrechterhaltung des Wiedervereinigungsanspruches geht die Regierung in Bonn von der derzeitigen Realität der Existenz zweier deutscher Staaten aus, respektiert die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und unterhält eine „Ständige Vertretung“ in (Ost) – Berlin, die allerdings nicht dem Auswärtigen Amt, sondern dem Bundeskanzleramt untersteht und von einem Staatssekretär geleitet wird.²⁰ Eine DDR-Staatsbürgerschaft wurde allerdings nie anerkannt.

Die Regierung in Bonn war in den letzten Jahren bemüht, durch eine Politik der kleinen Schritte auf eine Verbesserung des status quo im Verhältnis zur DDR hinzuwirken (Verbesserung der Menschenrechtslage, mehr Freiheit und Demokratie in der DDR, mehr Reisefreiheit bei einer „durchlässigeren“ Grenze).

Außenminister Genscher hat in seinen bisherigen Erklärungen zum deutsch-deutschen²¹ Verhältnis im Lichte der letzten Entwicklungen darauf hingewiesen, dass die BRD in der europäischen Friedensordnung auch den Rahmen für das Ziel sehe, das der Brief zur deutschen Einheit formuliert hat. Dieses Ziel könne nur unter voller Achtung der geschlossenen Verträge und nur mit allen Staaten in Europa und nicht gegen sie erreicht werden. Genscher will also in Übereinstimmung mit dem im Grundgesetz zum Ausdruck gebrachten Gedanken („...in einem Vereinten Europa...“) Veränderungen im deutsch-deutschen Verhältnis in eine gesamteuropäische Entwicklung eingebettet wissen. Zu Erklärungen westdeutscher Politiker, in denen die bestehenden Grenzen zu Polen in Frage gestellt werden, haben Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher inzwischen klargestellt, dass die BRD keine territorialen Ansprüche gegenüber Polen geltend mache.²²

18 Am 7. Oktober 1974 wurde die Verfassung der DDR geändert. Hieß es in der Fassung von 1968 im Artikel 1 noch „die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation“, so stand 1974 in der Verfassung „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“. Auch Artikel 8 wurde verändert. Der Passus „die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben darüber hinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus“ wurde gestrichen. Damit verabschiedete sich die SED von den Begrifflichkeiten der deutschen Nation und der Wiedervereinigung. Vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974). Honecker sprach fortan von einer sozialistischen Nation.

19 Dieser Satz wurde erst in dieser Fassung eingefügt.

20 Ursprünglich setzte der Satz nach „unterhält“ mit „normale diplomatische Beziehungen zur DDR“ fort.

21 Korrigiert aus: innerdeutschen.

22 Durch den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 war der bestehende Grenzverlauf als die polnische Westgrenze und somit die Oder-Neiße-Grenze anerkannt worden. Sämtliche bundesdeutsche Regierungen hatten aber seither an dem Rechtsstandpunkt festgehalten, dass

3) Die Haltung der DDR²³

Die Regierung der DDR betont – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Staatsbürgerschaft – unverändert die Existenz und völkerrechtliche Anerkennung zweier deutscher Staaten.

Bemerkenswert erscheint, dass auch die Reformgruppen die selbstständige Existenz der DDR bisher in keiner Weise in Frage gestellt haben: der Anspruch auf Wiedervereinigung wird in Oppositionskreisen nicht erhoben.

4) Die Haltung der europäischen Staaten

Aus Erklärungen Gorbatschows (die derzeitige europäische Ordnung werde nicht idealisiert, aber Anerkennung der Nachkriegsrealität hätten bislang Frieden am Kontinent gesichert) und Außenminister Schewardnadse (Absage an revanchistische Kräfte, die Nachkriegsrealitäten in Europa zu revidieren versuchten) ist klar zu entnehmen, dass die Moskauer Führung nach wie vor am „Status quo ante“ festhält und keine Änderung dieser Ordnung zulassen will.²⁴

In den relevanten Teilen der von Gorbatschow und Kohl am 13.6.1989 unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung²⁵ werden Formulierungen verwendet, die mit der Position der Sowjetunion durchaus vereinbar sind (zwar Recht auf freie Systemwahl, aber Achtung der Integrität jedes Staates; Teilnahme von Berlin (West) an der Entwicklung der Zusammenarbeit unter strikter Beachtung des Viermächte-Abkommens aus 1971).²⁶ Ein Umdenken Moskaus in der Berlin- oder gar Deutschlandfrage ist somit nicht eingetroffen.²⁷

erst eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung endgültig über die Ostgrenze entscheiden könnte. Just im Sommer 1989 war rekurrierend auf den Rechtsstandpunkt eine Diskussion über diese Frage ausgebrochen. Außenminister Genscher versicherte in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung in New York am 27. September 1989, an seinem polnischen Amtskollegen Krzysztof Skubiszewski gewandt: „Das polnische Volk [...] soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.“ Auf den üblichen Verweis auf den Rechtsvorbehalt verzichtete er. Einen Tag bevor Kohl zu seinem Besuch in Warschau aufbrach, verabschiedete der Bundestag am 8. November eine Resolution, welche die Formulierung Genschers aufgriff, diese aber mit dem „Friedensvertragsvorbehalt“ verknüpfte. Vgl. dazu Klaus Ziemer, Zwischen Misstrauen und Hoffnung. Polen und die deutsche Vereinigung, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 509–524, hier S. 510 und S. 514; Rede anlässlich der 44. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 27. September 1989 in New York, in: Hans-Dietrich Genscher, Zukunftsverantwortung. Reden, Berlin 1990, S. 79–93, für das wörtliche Zitat 80; Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht 173. Sitzung, Bonn, 8. November 1989, S. 13058–13060.

23 Punkt 3) wurde erst in dieser Fassung ergänzt. Die daraus resultierenden weiteren Korrekturen der Nummerierung werden nicht separat ausgewiesen.

24 Schewardnadse hatte Ende September in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung in New York am 26. September 1989 vor dem „deutschen Revanchismus“ gewarnt. Vgl. Dok. 59, Anm. 19.

25 Siehe Dok. 41, Anm. 3.

26 Siehe Dok. 1, Anm. 15.

27 Dieser Absatz wurde erst in dieser Fassung ergänzt.

Von den westeuropäischen Staaten sind in letzter Zeit nur aus Frankreich und Belgien Stellungnahmen zur deutsch-deutschen Frage bekannt geworden. Präsident Mitterrand stellte fest, dass die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ein legitimes Anliegen des deutschen Volkes sei, dass diese Frage aber auch die vier Siegermächte betreffe und dass der Stabilität in Europa der Vorrang eingeräumt werden müsse.²⁸ Außenminister Eyskens²⁹ erklärte im belgischen Senat, dass man für den Wiedervereinigungswunsch des deutschen Volkes Sympathien empfinde, dass eine Lösung dieses Problems aber in die gesamteuropäische Entwicklung eingebunden sein müsse.³⁰

Insgesamt ist festzustellen, dass die westeuropäischen Staaten die Opportunität einer deutschen Wiedervereinigung mit großer Reserve beurteilen.

Die USA stehen einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten deutlich positiver gegenüber.

Welche Lösungen für die deutsch-deutsche³¹ Frage gefunden werden (Weiterbestehen eines zweiten deutschen Staates jedoch mit demokratischen Strukturen, föderale Lösung, Wiedervereinigung), ist nicht abzusehen. Das Thema der Wie-

28 So auch auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Helmut Kohl am 3. November 1989. Auf eine entsprechende Journalistenfrage hatte Mitterrand geantwortet: „[...] Zu Ihrer Ausgangsfrage: Ich habe keine Angst vor der Wiedervereinigung. Diese Art Frage stelle ich mir in dem Maße nicht, wie die Geschichte voranschreitet. Die Geschichte ist da. Ich nehme sie, wie sie ist. Ich denke, der Wunsch nach Wiedervereinigung seitens der Deutschen ist legitim. Wenn sie die Wiedervereinigung wollen und wenn sie sie verwirklichen können. Frankreich wird seine Politik so anpassen, daß sie zum Besten der Interessen Europas und Frankreichs selbst handeln wird. Ich werde nicht noch einmal von vorne beginnen, ich sage nur: die Antwort ist einfach. In dem Maße, wie Osteuropa sich entwickelt, muß Westeuropa stärker werden, seine Strukturen stärken und seine Politik definieren.“ Nach einer Prognose gefragt, ergänzte er: „Ich bzw. mein Leben beginnt jetzt, ernsthaft kürzer zu werden... Während es zur gleichen Zeit länger wird... Ich bin also außerstande, eine Prognose abzugeben, aber bei dem Tempo, mit dem die Dinge voranschreiten, würde es mich wundern, wenn die kommenden zehn Jahre vorübergingen, ohne daß wir mit einer neuen Struktur Europas konfrontiert wären. Es gibt Länder die bereits gewohnt sind – die einen seit Tausenden, die anderen seit Hunderten von Jahren –, miteinander als Nachbarn zu leben, sich zu streiten, ausgewogene Beziehungen herzustellen. Diese Gegebenheiten sind zu berücksichtigen, wenn über dieses Problem geredet wird... Meine Prognose beruht auf einer offensichtlichen Feststellung: Es geht schnell, sehr schnell. Es wird in der Folge nicht so schnell gehen, wie es jene wünschen, die bereits von Wiedervereinigung sprechen. Aber kein verantwortlicher Politiker in Europa kann jetzt noch Überlegungen anstellen, ohne diese Dinge mit einzubeziehen, das erscheint mir offenkundig. Ich fälle keine genaue Prognose; die Wiedervereinigung wirft so viele Probleme auf, die ich in dem Maße überdenken werde, wie die Fakten sich einstellen.“ Zitiert nach François Mitterrand, Über Deutschland, Frankfurt am Main/Leipzig 1996, S. 154–155.

29 Mark Eyskens, Außenminister Belgiens (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

30 Direkt um den 9. November 1989 konnte keine derartige Äußerungen Eyskens im Senat auffindig gemacht werden. Am 9. November sprach er zu Kambodscha. Wir danken Steven Van Hecke für diese Auskunft.

31 Korrigiert aus: innerdeutsche.

derevereinigung wird aber mit großer Wahrscheinlichkeit die europäische Politik in den kommenden Jahren beschäftigen und beeinflussen.

Nur für den Fall, dass die Botschaft in dieser Frage angesprochen werden sollte, wolle sie sich dahingehend vernehmen lassen, dass das Recht auf Selbstbestimmung, für das Österreich uneingeschränkt eintritt, selbstverständlich auch für die Bevölkerung in der DDR zu gelten hat. Jede Veränderung im deutsch-deutschen³² Verhältnis sollte jedoch so erfolgen, dass der Prozess der Entspannung und der Frieden in Europa nicht gefährdet werden.

Wien, am 10. November 1989

Plattner m.p.

Dok. 70: Gespräch Mock – Eyskens, 10.11.1989

Protokoll, Legationssekretär Martin Eichtinger, Brüssel, 10. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol, GZ. 518.02.27/1-II.1/89¹

Gespräch des HBM mit dem belg. AM Eyskens am 10.11.1989 in Brüssel

Der Beginn des Gespräches war den jüngsten Ereignissen in der DDR gewidmet. Am Tag zuvor war die Entscheidung der DDR-Führung gefallen, die Grenzen gegenüber dem Westen zu öffnen.

32 Korrigiert aus: innerdeutschen.

- 1 Das Protokoll wurde durch Legationssekretär Martin Eichtinger aus dem Kabinett des Bundesministers verfasst und erging im BMAA an den Generalsekretär, die Leiter der Sektionen II, III und V sowie an den Leiter der Abteilung I.1. In der Sektion II lag das Protokoll der Abteilung II.1 (Gesandter Johann Plattner und Legationsrat Marius Calligaris gesehen am 15. November 1989) und (wohl auf Veranlassung von Plattner auch) der Abteilung II.3 (gesehen Gesandter Ernst Sucharipa am 16. November 1989) vor. Auch in der österreichischen Botschaft in Brüssel wurde eine Aufzeichnung über das Gespräch angelegt. Dort wurde festgehalten: „Bei diesem Gespräch stand die Lage in Osteuropa, insbesondere die Entwicklung angesichts der tags zuvor erfolgten Öffnung der Berliner Mauer und die Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen im Mittelpunkt.

Der Herr Bundesminister verwies auf das gewaltige Ausmaß und die Rapidität der Entwicklung im Osten, zeigte hinsichtlich des weiteren Verlaufes, wenngleich mit den bekannten Kautelen, Zuversicht und betonte unter Hinweis auf die bisher erfolgten bzw. projektierten österreichischen Hilfsmaßnahmen die Notwendigkeit, insbesondere Polen und Ungarn effizient zu helfen.

Außenminister Eyskens bemerkte, dass es sich im Osten schlechthin um den Bankrott eines Systems handelt. Man wolle, obwohl an sich dazu berechtigt, nicht in Triumphieren verfallen, sondern in angemessener Weise helfen. Die Aufgaben die hier auf den Westen zukommen, seien allerdings immens und für Europa allein gar nicht bewältigbar. Ein völliges Zurückschrauben der Entwicklung im Osten sei schwer vorstellbar, wohl aber müsse

AM Eyskens spricht von einem „historischen Augenblick“ und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Entwicklung anhält. Er weist auf das Problem fehlender Devisen hin, das mit der freien Ausreise unmittelbar zusammenhänge.

Der nächste Schritt müßten freie Wahlen sein. Für Gorbatschow bedeute die Entwicklung eine Gefahr, da seine Gegner die Politik Gorbatschows dafür verantwortlich machen würden, daß der Ostblock „in Ruinen liege“.

Der HBM sieht in der Entscheidung der DDR-Führung die einzige Möglichkeit, das Volk in seinem Freiheitsdrang zu halten. Er weist auf den Triumph der Demokratie und ihrer Ideale hin und spricht davon, daß „ein ideologisches Gebäude zerbreche“. Die Entwicklungen im Osten seien zwar nicht gänzlich reversibel, aber Rückschläge seien zu erwarten. Von ungarischer Seite habe man mehrfach betont, es gelte, die Reformen schnell voranzutreiben, um für den Fall des Sturzes Gorbatschows möglichst das Stadium der Irreversibilität erreicht zu haben.

AM Eyskens drückt seine Freude über seinen Besuch in Wien im Jänner² aus. Auf eine Frage des HBM teilt er mit, daß er mit seiner Gattin kommen werde.

Er freue sich, daß ein Belgier, Gérard Mortier, die künstlerische Leitung der Salzburger Festspiele übernommen habe. Der Stolz Belgiens ob dieser Tatsache überwiege die Trauer über den Verlust für Brüssel.

AM Eyskens berichtet dem HBM von der Gründung der „Fondation Mozarteum“. Es sei beabsichtigt, 1990 eine „semaine de Mozart“ abzuhalten, mit der auf den Umstand aufmerksam gemacht werden sollte, daß Mozart 3 Reisen nach Belgien unternommen habe, was weithin unbekannt sei. Man habe diese Woche bewußt 1990 angesetzt, damit sie nicht im Trubel des „Bicentenaire“ untergehe.

Bot. Weinberger wirft ein, daß er hoffe, AM Eyskens als Präsident der Gesellschaft der Freunde der Wiener Philharmoniker gewinnen zu können, die gegründet werde, um häufigere Gastspiele der Wr. Philharmoniker organisieren zu können.

AM Eyskens nimmt sodann zu europäischen Fragen Stellung. In Europa sei derzeit alles möglich. Er rechne gesamteuropäisch mit der Entwicklung einer „géometrie variable“. Die bevorstehende WEU-Tagung (13./14.11.)³ sei von großer Bedeutung für die Einschätzung der Lage in Europa.

Gorbatschow zwangsläufig eine starke Opposition im Politbüro gewärtigen, die darauf verweisen könne, dass das sowjetische Imperium nunmehr ‚en ruine‘ sei. [...] Außenminister Eyskens bemerkte, dass die Entwicklung im Osten die österreichische EG-Beitrittsproblematik wohl erleichtere. Der Herr Bundesminister stimmte dem zu und hat auch bei dieser Gelegenheit auf die Genesis und Qualität der österreichischen Neutralität verwiesen.

Das Gespräch war angesichts des gedrängten Programms des Herrn Bundesministers und weil sich Außenminister Eyskens für dieses Gespräch im belgischen Ministerrat verspäten musste, von kurzer Dauer, verlief aber in ausgesprochen freundlicher Atmosphäre.“ Unterredung des Herrn Bundesministers mit Außenminister Mark Eyskens am 10.11.1989, Aktenvermerk, Brüssel, 15. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 518.02.27/2-II.1/89.

2 Eyskens besuchte vom 17. bis 18. Jänner 1990 Wien.

3 Die Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedsstaaten trafen am 13. November 1989 in Brüssel zusammen. Dort berieten sie über die jüngsten Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis und schlugen vor, die Hilfe der 24 westlichen Industrienationen für Polen und Ungarn

Der HBM erwähnt den Antrag Ungarns auf Mitgliedschaft im ER.⁴ Man müsse die Kriterien der Aufnahme sehr strikt einhalten. Sodann berichtet er vom bevorstehenden „Vierer-Treffen“ in Budapest.⁵

AM Eyskens erklärt, der Vlasi-Prozeß in Kosovo⁶ verstoße gegen die KSZE-Regeln.

Die Entwicklung in Ungarn sei gut, es gelte aber, die Wahlen abzuwarten. Deshalb werde König Baudouin (den er begleiten werde) Ungarn erst nach den Wahlen (ca. Ende Juni)⁷ den vorgesehenen Besuch abstatten.

Zur Situation in Polen äußert AM Eyskens die Besorgnis, daß die „Solidarität“ zerbrechen könnte. Er befürchte auch die Formierung einer extremen Rechten. Zentrales Anliegen der Politik Polens müsse es sein, ausländischen Investoren einen klaren Plan vorzulegen, wohin sich das Land entwickle. Dies beinhalte Fragen wie Währungsreformen, Abschaffung der Monopole, uneingeschränktes Privateigentum, Umbau des Rechtssystems etc.

Wien, am 13. November 1989

Eichtinger m. p.

auch auf die DDR auszudehnen. Zudem wurde eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines Berichts über das sicherheitspolitische Umfeld im Zeitraum 1991–1995 beauftragt und die Gründung eines Europäischen Instituts für Sicherheitsfragen mit Sitz in Paris beschlossen.

- 4 Am 8. Juni 1989 war Ungarn der Beobachterstatus im Europarat gewährt worden (Siehe dazu bereits Dok. 45, Anm. 4). Am 29. Januar 1990 stellte Ungarn seinen Antrag auf Mitgliedschaft im Europarat und wurde noch im gleichen Jahr am 6. November 1990 als 24. Mitgliedsstaat und erstes Transformationsland in den Europarat aufgenommen.
- 5 Am 11. und 12. November 1989 trafen die Außenminister bzw. stellvertretenden Ministerpräsidenten Italiens, Jugoslawiens, Österreichs und Ungarns in Budapest zusammen und es erfolgte die Gründung der „Vierkooperation“ im Rahmen derer auch die Schwerpunktthemen und die Koordinierungsverantwortlichkeiten der Partnerstaaten festgelegt wurden. Kurz darauf schloss sich auch die Tschechoslowakei dieser Gruppe an. Die als „Pentagonale“ bekannt gewordene Staatengruppe leitete in einer lockeren Form der Zusammenarbeit Kooperationen in Bereichen der Kultur und Wissenschaft ein, die auf zahlreichen Gemeinsamkeiten aus der Geschichte aufbauen konnte.
- 6 Der vormalige Vorsitzende des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens des Autonomen Gebietes Kosovo, Azem Vlasi, und weitere 14 Angeklagte mussten sich im Oktober 1989 in Titovo Mitrovica (Kosovo) einem Gerichtsverfahren stellen. Den Angeklagten wurde laut Nachrichtenagentur Tanjug zur Last gelegt, nationalistisch-separatistische Kundgebungen veranstaltet zu haben, die zu bewaffneten Aufständen und dem Tod von 20 Personen geführt hätten.
- 7 Die erste Runde der ungarischen Parlamentswahlen (den ersten freien Wahlen seit mehr als 40 Jahren) fand am 25. März 1990, die zweite Runde am 8. April statt. Das „Ungarische Demokratische Forum“ erreichte 165 von 386 Sitzen. Die „Allianz Freier Demokraten“ wurde mit 92 Sitzen zweitstärkste Partei geworden. József Antall wurde zum Ministerpräsident gewählt.

Dok. 71: Bericht. Die Lage in der DDR aus Bonner Sicht, 14.11.1989

Botschafter Friedrich Bauer und Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 14. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/14-II.1/89¹

BRD; Die Lage in der DDR (Info)

Unzahl widersprüchlichster Meinungen und Vorschläge aus allen politischen Lagern der BRD zeigt Überraschung und Verwirrung über DDR-Ereignisse. Zu diesen, von Medien begierig aufgegriffenen Meldungen gehören u. a. Forderung nach Einberufung einer 4-Mächte-Konferenz (ohne klare Zielsetzung), nach „Rundem Tisch“ in der BRD (dahinter rein innenpolitischer Wunsch nach Einflussnahme auf Regierungspolitik gegenüber DDR), nach massiver Wirtschaftshilfe für Ost-Berlin (mit oder ohne Einhebung eines „Notpfennigs“) bis hin zu Erinnerungen an 1952 vom Bundestag beschlossenen „Grundsatzentwurf für die freie Wahl einer verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung“!² usw. Von DDR werden als Voraussetzung für BRD-Hilfe Reformen verlangt – insbes. rasche Durchführung von Wahlen (aber noch gibt es keine wahlkampffähigen neuen Parteien!), Einführung der Marktwirtschaft (einige BRD-Wirtschaftsführer meinen, die DDR in 5 bis 10 Jahren auf BRD-Stand bringen zu können, andere – wohl realistischere – rechnen mit längeren Zeiträumen: beide fragen sich weniger, ob die DDR den „reichen Onkel“ begrüßen würde, der ihnen richtigen Weg zeigt, und ob Planwirtschaft völlig verschwinden würde?!) und Demokratisierung in jeglicher Form.

Nicht ausbleiben kann in dieser Lage die Erwartung baldiger Wiedervereinigung – diesbezüglicher Wunsch der DDR-Bevölkerung wird von BRD-Befürwortern als selbstverständlich vorausgesetzt. Aus österreichischen Erfahrungen 1938 könnte man freilich auch schließen, dass Vereinigung eines wirtschaftlich unter- oder schlecht entwickelten Landes mit hochindustrialisiertem exportorientiertem Industriestaat durch Über- und Unterordnungsverhältnis politisch-psycho-

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25205 an das BMAA und war für die Sektionen II und III, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers bestimmt. Er wurde in der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen. Legationsrat Marius Calligaris veranlasste am 15. November 1989 seine Weiterleitung an die österreichischen Auslandsvertretungen gemäß Liste „Ost“ + „West“ (ohne ÖB Bonn, ÖB Berlin). Sämtliche Unterstreichungen wurden durch Calligaris vorgenommen.

2 Das Jahr 1952 stand in der deutschen Nachkriegsgeschichte im Zeichen des Ringens um die Lösung der deutschen Frage. Die sogenannte „Stalin-Note“ vom 10. März beinhaltete die Idee eines bündnisfreien, vereinten und mit einer nationalen Armee ausgestatteten Deutschlands. Die Westmächte forderten in ihrer Antwortnote die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen unter internationaler Kontrolle, d. h. unter Überwachung der Durchführung durch die UNO. In einer weiteren Note vom 9. April konzidierte Stalin die Möglichkeit freier Wahlen allerdings unter Aufsicht der vier Mächte. Der Deutsche Bundestag hatte aber schon am 6. Februar 1952 durch Billigung des Grundsatzentwurfs die Position des Westens vorweggenommen. Siehe dazu: Deutscher Bundestag – 189. Sitzung vom 6. Februar 1952.

logisch nachteilige Wirkung hervorrufen kann. Nicht erstaunen kann auch, dass im „gemeinen Volk“ bei derartiger Entwicklung auch Österreich gern als gegebenfalls dazugehörig (jedenfalls willkommen) betrachtet wird. Selbstverständlich erhalten auch Spekulationen über Wiederherstellung Mitteleuropas in Donaumonarchie-ähnlicher Form, einschließlich der vereinigten beiden deutschen Staaten, neue Nahrung – zusätzlich gefördert durch in internationaler Presse gestreuten Artikel des italienischen Außenministers³ über 4[er]-Treffen der AM⁴ (über das Botschaft auch weiterhin nur aus Zeitungsmeldungen weiß).⁵

In all dieser Ungewissheit und angesichts erhitzter Öffentlichkeit ist es für Bundesregierung nicht leicht, Besonnenheit zu behalten und zu predigen, ohne von eigener Bevölkerung überrollt zu werden. Lt. engem Mitarbeiter des CDU-Generalsekretärs⁶ müsse Bundesregierung aber zunächst abwarten, welche politischen Rahmenbedingungen die DDR abstecke. Krenz habe Flucht nach vorne angetreten, doch müsse sich erst zeigen, ob er sich durch kühne neue Schritte (Welche? Abriss der Mauer?) halten könne oder abgewählt (und z.B. durch Modrow ersetzt) würde. Jedenfalls könne GS nicht mehr zurück, SED-Basis wolle grundlegende Veränderungen, mittlere Funktionäre fürchteten andererseits um ihre eigene Position.

Botschaft hält erzwungene Grenzöffnung für gewagten Schritt, dessen Auswirkungen auf Auswanderungssog und Demokratisierungsdruck der Bevölkerung sich erst über längeren Zeitraum erweisen muss. Jedenfalls wurde damit DDR-Problem verstärkt auch zu Problem der BRD, die schon mit bisherigen DDR-Übersiedlern beträchtliche Schwierigkeiten hat und innenpolitische Rückwirkung bei nächsten Parlamentswahlen einberechnen muss: nicht umsonst verstärken sich seit Grenzöffnung die Appelle von BRD-Politikern, DDR-Bürger mögen in ihrem Land für Veränderungen eintreten.

Eine 4-Mächte-Konferenz werde lt. Gesprächspartner die Entwicklung nur verzögern und zudem durch rasante Entwicklung ständig überholt. Sicherlich will Bundesregierung diesen Gedanken aus SPD-Kreisen⁷ auch deswegen nicht aufgreifen, weil sie nicht internationale, angesichts objektiver Situation zumindest verfrühte, Wiedervereinigungsdebatte lostreten bzw. verstärken will. Sicher aber auch weil es sich um SPD-Idee handelt.

3 Gianni De Michelis, Minister für Auswärtige Angelegenheiten Italiens (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Für die deutsche Übersetzung des Artikels siehe: Gianni De Michelis, Ein Ansatz für Mitteleuropa, Das Vierer-Treffen will den habsburgischen Geist der „Welt hinter den Nationen“ wiederbeleben, in: Die Zeit, 10. November 1989.

4 Gemeint ist das Treffen der Außenminister Italiens, Jugoslawiens, Österreichs und Ungarns am 11. und 12. November 1989 in Budapest. Siehe dazu Dok. 70, Anm. 5.

5 Dieser Satz wurde durch Calligaris am Seitenrand handschriftlich markiert.

6 Volker Rühle, Generalsekretär der CDU (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Insbesondere Egon Bahr, Günter Gaus und Walter Momper betonten die Verantwortung der Vier Mächte. Siehe dazu z.B.: Daniel Friedrich Sturm, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Berlin 2006, S. 199, 204, 212.

Bundesregierung lt. CDU-Vertretern weiterhin bemüht, atemberaubende Entwicklung in Deutschland in den europäischen Kontext einzubringen. Schwierigkeit sei, dass vorhandenes Bündnispotential und entstandene Bewegungsfreiheit politisch nicht mehr zueinander passten: VKSE-Verhandlungen⁸ liefen zwar gut, hinkten jedoch schon hinter Entwicklung her – gleiche Potentiale auf niedrigerer Ebene seien heute schon zu niedrig angesetztes Ziel (was Botschaft so verstand, dass durch weitaus stärkere Reduzierungen darüber hinausgehender Truppenabzug der SU aus Osteuropa und DDR zumindest schon als nächstes Verhandlungsziel angestrebt werden müsste, während NATO zu rascher Reaktion unfähig ist).

Auf Frage nach Hilfsmöglichkeit anderer Staaten in dieser Lage meinte Gesprächspartner, am wichtigsten sei, nicht den Kopf zu verlieren und keine Angst zu haben: niemand brauche zu befürchten, dass die Deutschen sich selbstständig machen und in Neutralismus abwandern würden. Delors habe dies am Wochenende sehr wohlthuend ausgesprochen.⁹ BRD habe lange genug bewiesen, dass ihr Weg über die EG laufe. Interesse aller müsse nun sein, den Deutschen nicht zu misstrauen, sondern zu bestätigen, dass BRD schon bisher mit freien Verbündeten und Freunden den richtigen (westlichen) Weg gegangen sei. Derartige Erklärungen wären willkommene Botschaft für BRD (und Beruhigung für Polen, dass „die Deutschen miteingebunden sind“).¹⁰ Und tatsächlich: wer die BRD trotz über 40jähriger Bemühungen in Demokratie weiterhin als politisch unverlässlich verdächtigt, wird sie aus Verdruss in eben diese Richtung treiben. Dies für den Fall allfälliger österreichischer Erklärungen.¹¹

Weitere Entwicklungen sind schwer vorhersagbar, weil weitgehend von DDR abhängig und wohl auch dort nicht vorhersehbar. Botschaft würde jedoch annehmen, dass Gedanke einer verteidigungspolitischen (militärischen) Komponente

8 VKSE = Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa. Siehe Dok. 20, Anm. 10.

9 EG-Kommissionspräsident Jacques Delors tat wenige Tage nach der Grenzöffnung vom 9. November seine Auffassung am 12. November kund, dass eine Entwicklung zu einer deutschen staatlichen Vereinigung im Gange sei. Die EG sollte diese Entwicklung nicht verhindern, was nur kontraproduktiv sein könnte, sondern alles versuchen, sie mitzugestalten, um sich die Unterstützung Kohls für die weiter geplanten europäischen Integrationsschritte zu sichern. In diesem Sinne gab Delors ein Interview für das ZDF, in dem er auf die Frage, ob er sich eine Gemeinschaft mit zwei deutschen Mitgliedern vorstellen könne, erwiderte: „Alles ist möglich. Es ist nicht meine Sache zu wählen. Es ist Sache der Deutschen, das Für und Wider abzuwägen und im Lichte der Ereignisse, der geschichtlichen Möglichkeiten souverän ihre Wahl zu treffen, in ihrem Recht auf Selbstbestimmung.“ Text eines Interviews, das der Präsident der Kommission, Jacques Delors, dem ZDF gegeben hat und das am Samstag, dem 12. November 1989 zwischen 19.15 Uhr und 19.45 gesendet werden wird. Historical Archives of the European Union (HAEU), Commission Papers, JD-936. Weiterführend zu dieser Thematik: Michael Gehler, Von der Befürwortung zur Verzögerung und Verhinderung: Österreichs EG-Antragsgesuch, die Bundesrepublik und die Annäherungen der DDR an die Europäischen Gemeinschaften 1989–1990, in: idem/Maximilian Graf (Hg.), Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen, Göttingen 2017, S. 295–347.

10 Dieser Satz wurde durch Calligaris am Seitenrand handschriftlich markiert.

11 Für die Sprachregelung des BMAA siehe Dok. 69.

der EG damit zusätzlich geschwächt wird (Militärinterventionen in Osteuropa ausgenommen) – jedenfalls in der BRD – und stattdessen verstärkt WEU-Rolle¹² betont würde. Gleichzeitig dürfte Bundesregierung für weitere EG-Integration bei gleichzeitiger Betonung deren grundsätzlicher Offenheit eintreten, um Verdacht eines Abdriftens entgegenzuwirken. Modellspielerein über „politische Union“ dürften zurücktreten, um „Phantasie der Geschichte keine Zwangsjacke“ anzulegen (Genscher).¹³ Außenminister spricht lt. zuständiger FDP-Parteiquelle nun vorwiegend von Europäischer Union (dem in EEA-Präambel¹⁴ verwendeten Begriff, der dort nur mit Wirtschafts- und Währungsunion verbunden ist) und vermeidet politische Union (weil dieser Begriff, im Gegensatz zur Europäischen Union, auch als Einbeziehung militärischer Komponente verstanden würde). Wie hoch diese, jedenfalls noch nicht bis auf Referatsleiter-Ebene im AA durchgedrungene, sprachliche Feinheit auch zu bewerten ist – Botschaft hat keinen Zweifel an Genschers Linie einer Freihaltung der EG von militärischen Elementen, die er durch umso stärkeres Drängen auf Wirtschafts- und Währungsunion (als Messlatte für tatsächliche Integrationsbereitschaft der Mitgliedstaaten) zu kompensieren trachtet.

Bauer/Loibl

12 Zur WEU in diesem Kontext siehe Dok. 34, Anm. 10 und 11.

13 In einem am 20. Oktober 1989 veröffentlichten Interview in Die Zeit sagte Genscher: „Niemand weiß, was im nächsten Jahrhundert sein wird. Die Europäische Union allerdings wird bestehen und sich weiterentwickeln. Im übrigen sollten wir der Phantasie der Geschichte auf dem Wege zur gesamteuropäischen Friedensordnung keine Zwangsjacke anlegen.“ Sehr ähnlich bereits am 25. September 1989 in Der Spiegel. Am 27. Oktober schrieb Die Zeit: „Unter dem Stichwort ‚Blaupause‘ findet zur Zeit eine geschichtsphilosophisch interessante Kontroverse statt. Außenminister Genscher meint, man dürfe die Phantasie der Geschichte nicht in eine Zwangsjacke stecken, man müsse ihr vielmehr freien Lauf lassen. Mit dieser Argumentation wehrt er sich dagegen, Aussagen zur Wiedervereinigung zu machen und sich durch Spekulationen über die Zukunft Deutschlands festlegen zu lassen.“ Genscher verwendete diese Worte in weiterer Folge oft.

14 Die „Europäische Union“ fand in den ersten beiden Absätzen der Präambel der Einheitlichen Europäischen Akte Erwähnung: „[...] VON DEM WILLEN GELEITET, das von den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften ausgehende Werk weiterzuführen und die Gesamtheit der Beziehungen zwischen deren Staaten gemäß der Feierlichen Deklaration von Stuttgart vom 19. Juni 1983 in eine Europäische Union umzuwandeln,

GEWILLT, diese Europäische Union auf der Grundlage der nach ihren eigenen Regeln funktionierenden Gemeinschaften einerseits und der Europäischen Zusammenarbeit zwischen den Unterzeichnerstaaten in der Außenpolitik andererseits zu verwirklichen und diese Union mit den erforderlichen Aktionsmitteln auszustatten, [...]. Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 169/13 vom 29. Juni 1987.

Dok. 72: [Auszug] Bericht. Besuch Dumas in Moskau, 15.11.1989

Gesandter Martin Sajdik und Botschaftssekretär Johannes Eigner, Moskau, 15. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 57.18.11/1-II.3/89¹

Offizieller Besuch des französischen Außenministers Dumas in Moskau (13./14.11.89)
(Info)

1) Gesprächsberichten der hiesigen Presse zufolge waren europäische Themen Schwerpunkt der Unterredungen, die der französische Außenminister mit Präsident Gorbatschow und AM Schewardnadse in Moskau geführt hat:

Entwicklungen in Osteuropa (insbes. DDR):

Wie schon gegenüber dem schwedischen Außenminister (s. FS 25467 vom 14.11.)² hat Schewardnadse auch in seinem Gespräch mit Dumas seine „große Besorgnis“ über die Versuche „gewisser Kreise in der BRD“ geäußert, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in den Vordergrund der gegenwärtigen Politik zu stellen und vor Äußerungen gewarnt, die wie ein „Ansporn zu extremistischen Haltungen“ betrachtet werden könnten. Beinahe auffallend in diesem Zusammenhang war Schewardnadses wiederholtes Bemühen, die Franzosen quasi als die guten „Gesamteuropäer“ darzustellen (Würdigung der französischen Kooperationspolitik mit Osteuropa, Lob für die frühe Einsicht, die man in Paris für

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 26841 an das BMAA und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Ministers gerichtet. Im BMAA wurde er von der Abteilung II.3 durch Legationsrat Josef Litschauer in Bearbeitung genommen. Dieser ließ den Bericht in Kopie der Abteilung II.1 zukommen und verfügte am 16. November 1989 seine Weiterleitung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“. Im Hause lag der Bericht zudem am 29. November 1989 der Abteilung II.7 (Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit), am 28. November 1989 der Abteilung II.4 (Arabischer Staaten, Israel, Iran, Islamische Konferenz, Afrika, OAU) und am 5. Dezember 1989 der Abteilung II.10 (Asien mit Ausnahme der von der Abteilung II/4 betreuten Staaten, Australien, Neuseeland, Ozeanien) vor. Letztere Abteilungen dürften ausschließlich mit den hier nicht wiedergegebenen Materien des Berichts (siehe Anm. 3) befasst gewesen sein.

2 Dort fasste Sajdik die wesentlichen Momente der Unterredung mit AM Schewardnadse folgendermaßen zusammen: „DDR: Laut Schewardnadse kenne man in der SU die neue DDR-Führung sehr gut. Die UdSSR sei für einen Dialog der DDR mit allen gesellschaftlichen Kräften, nur eine Massenemigration aus der DDR könnte die Lage destabilisieren. Es sei sehr gefährlich, dass einige westdeutsche Politiker auf eine Wiedervereinigung zu drängen versuchten. Die Lage der DDR sei in Verbindung mit der Nachkriegsordnung in Europa zu sehen. Es gelte die Stabilität aufrechtzuerhalten. Schewardnadse kritisiert BK Kohls Auftritt beim jüngsten CDU-Parteikongress. Er selbst habe einen Film über diesen Kongress gesehen, der ihn – so Schewardnadse wörtlich – „an die 30er Jahre erinnert habe“. Das Verlangen nach Wiedervereinigung sei offen zutage getreten. Vielleicht sei man in der SU zu sensibel, aber Europa solle die Lehren der Vergangenheit nicht vergessen. Schewardnadse fügte ferner hinzu, dass die Aussagen von BK Kohl in Polen vernünftig gewesen seien.“ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 195.18.08/1-II.3/89.

gesamteuropäische Perspektiven gezeigt habe. Schließlich ist im TASS-Bericht dann die Rede, dass die SU und Frankreich sich einig seien im Hinblick auf Stabilitätssicherung, Wahrung des Territorialgefüges und Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa). Diese allzu deutlichen Umarmungsversuche erwiderte Dumas mit der Unterstreichung der Rolle, die die BRD – zusammen mit Frankreich – bei der Herbeiführung der europäischen Einigung spiele, was von allen als Stabilitätsfaktor anerkannt werden müsse. Die „sogenannte deutsche Frage“ erwähnend, hob Dumas das Recht auf Selbstbestimmung jedes Volkes hervor. Dieses Recht dürfe von niemandem als Bedrohung seiner eigenen Sicherheit aufgefasst werden.

Auch GS Gorbatschow warnte mit Blick auf die Vorgänge in Osteuropa vor etwaigen Versuchen, sei es nur in irgendeinem Glied (der KSZE-Staaten) längst vergangenen zu reaktivieren. Es sei gefährlich, wenn an die Stelle der Beschuldigung, Revolution werde exportiert, nun der Aufruf zum Export des Kapitalismus trete. [...]³

Sajdik/Eigner

Dok. 73: Bericht. Frankreich, die Wiedervereinigung und Österreich, 20.11.1989

Botschafter Wolfgang Schallenberg an BMAA, Paris, 20. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 57.02.02/11-II.1/89¹

Frankreich und die Umwälzungen in Osteuropa; Wiedervereinigung Deutschlands; Rolle Österreichs (Info)

Das in Frankreich zu hörende Leitmotiv in den Reaktionen auf die Umwälzungen in Osteuropa ist, dass nur eine starke und weiter ausgebauten Europäische Gemeinschaft die Grundlagen für eine Unterstützung der osteuropäischen Reformbewegungen und für eine friedliche Neustrukturierung Europas sein kann. Das klingt schon fast wie eine Beschwörungsformel, mit welcher man die Angst vor zukünftigen Entwicklungen bannen will. Denn man hat hier Sorgen, auch wenn das die offiziellen Stimmen bestreiten und trotz aller Befriedigung über den Aufbruch zu Freiheit und Demokratie in Oststaaten. Mitterrand spricht von einer

3 Ausgelassen wurden Abschnitte zum Verhältnis SU–EG, der französisch-sowjetischen Zusammenarbeit in der internationalen Politik und zu den bilateralen Beziehungen.

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25165 an das BMAA und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Ministers gerichtet. Im BMAA wurde er von der Abteilung II.1 von Legationsrat Werner Brandstetter, Legationsrat Marius Calligaris und dem Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner in Bearbeitung genommen. Letzterer veranlasste am 21. November 1989 die Weiterleitung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „Ost“ + „West“ (außer Paris). Sämtliche Unterstreichungen wurden durch die Abteilung II.1 vorgenommen.

bevorstehenden Epoche ohne das bisherige Gleichgewicht. Die Lage werde besser, aber schwierig sein.

Eine Wiedervereinigung Deutschlands freut hier niemanden wirklich und man will sie in die ferne Zukunft verbannen. Paris unterscheidet zwischen dem zu bejahenden Prinzip einer auf Selbstbestimmung beruhenden Wiedervereinigung und deren Realität.

Man lässt weiters offen, in welcher Form eine Wiedervereinigung stattfinden könnte: es müssen nicht unbedingt eine staatliche Wiedervereinigung sein, andere nicht näher bestimmte Formen werden als denkbar bezeichnet. Jedenfalls dürfte ein Zusammengehen der beiden deutschen Staaten nicht Frieden und Gleichgewicht gefährden. Die bestehenden Grenzen dürfen nicht angetastet werden. Die Allianzen und die Atomrüstung, wenn auch nur für die Supermächte auf niedrigem Niveau, werden weiter bestehen.

Paris will die Bundesrepublik weiterhin durch die europäische Einigung und bilaterale Zusammenarbeit so fest als möglich einbinden, damit diese Bindung auch im Falle einer Wiedervereinigung unauflöslich bleibt. Das Misstrauen gegenüber den Deutschen sitze bei aller Freundschaft noch tief und die Besorgnisse vor der Hegemonie eines gemeinsamen mit Ostdeutschland noch stärkeren Deutschland sind spürbar.

Die französische Politik benützt also die Vorgänge in Osteuropa als Argument für die Dringlichkeit eines weiteren Ausbaues der Zwölfergemeinschaft.

Die obigen Überlegungen werden durch das soeben beendete Treffen der zwölf Staats- und Regierungschefs in Paris bestätigt.²

Die Sprachregelung gegenüber dem Beitrittswunsch Österreichs hat sich bisher nicht geändert. Europaministerin Cresson³ hat erst dieser Tage im Parlament wiederholt: Priorität des Ausbaues der Gemeinschaft und Zweifel wegen der Neutralität.⁴

2 Am 18. November 1989 fand in Paris ein Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister der EG-Staaten statt. Der „Sondergipfel“ diente dazu, sich über die jüngsten Entwicklungen der Lage Europas auszutauschen. Angesichts der politischen Umwälzungen in Osteuropa sollte die EG eine gemeinsame Haltung und Strategie entwickeln. Dabei ging es um Wirtschaftshilfen für Polen, Ungarn und die DDR. Während des gesamten Abendessens sprach niemand das Thema der deutschen Einigung an, inklusive Kohl, der am Anfang eingehend über die Lage in der DDR und den anderen Ostblockstaaten referierte. Aufgrund drohender Versorgungsengpässe plädierte Kohl für rasche Wirtschaftshilfe und betonte die Westbindung der Bundesrepublik durch die Mitgliedschaft in der EG und der NATO, um den EG-Partnern die Sorge vor einem deutschen „Sonderweg“ zu nehmen.

3 Édith Cresson, Ministerin für Europäische Fragen (1988–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Cresson war in ihrer Funktion als Ministerin für Europäische Fragen für die Organisation der französischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 1989 zuständig und nahm an den Verhandlungen zum Schengener Durchführungsübereinkommen teil. Aufgrund von europapolitischen Unstimmigkeiten mit Premierminister Michel Rocard trat sie im Oktober 1990 von ihrem Amt zurück. Gegenüber den österreichischen EG-Beitrittsambitionen ab dem 17. Juli 1989 hatte sie Vorbehalte aufgrund des Wunsches nach Beibehaltung der Neutralität, da sie diese mit Blick auf den Ausbau der Gemeinschaften für hinderlich hielt.

Dennoch arbeitet meiner Meinung nach die Zeit für uns. Gegenwärtig laufen wir allerdings Gefahr, zwischen Ost und West in den Hintergrund zu treten. Es war daher politisch sicherlich nützlich, uns vor dem informellen Treffen der Zwölf am 18. November in Paris durch die Botschaften des Herrn Bundeskanzler und des Herrn Bundesministers in Erinnerung gerufen zu haben.⁵

Wichtig erscheint von der hiesigen Warte aus, dass wir in der gegenwärtigen Diskussion weder in einen deutschen Topf (so die Behauptung, Österreich sei einer von drei deutschen Staaten)⁶ noch mit Ungarn und Polen etc. in jenen eines (östlichen) Zentraleuropas geworfen werden. Zu den Eintrittskarten in die Gemeinschaft gehören für uns die Eigenständigkeit, als wirkliche selbstständige Partner, und die Zugehörigkeit zum westlichen Europa. Wir müssen weiterhin betonen, dass unsere auch für die anderen wertvollen besonderen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten nur auf Grund unserer festen Verankerung in der europäischen Gemeinschaft wirklich zur Auswirkung kommen können.

Schallenberg

Dok. 74: Aktenvermerk. Polen zum Treffen der Warschauer-Pakt-Außenminister im Oktober, 20.11.1989

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 20. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 701.03/34-II.3/89¹

Warschauer Pakt; Treffen der Komitees der Außenminister (26./27. Oktober 1989) in Warschau²

5 Bundeskanzler Franz Vranitzky und Außenminister Alois Mock hatten „in getrennten Botschaften an den EG-Gipfel“ der Regierungschefs in Paris am 18. November 1989 „appelliert, Österreichs Mitarbeit bei der Bewältigung der Aufgaben anzunehmen, die sich infolge des Reformprozesses in Osteuropa ergeben.“ Siehe: Wiener Botschaften an die EG, in: Die Presse, 18./19. November 1989, S. 1.

6 Der Pariser Bürgermeister Jacques Chirac betonte in einer öffentlichen Äußerung, er halte Österreich für einen der drei deutschen Staaten. Siehe dazu Botschafter Wolfgang Schallenberg an BMAA, Paris, 10. November 1989, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24, GZ. 517.00.26/3-II.1/89.

1 Der Aktenvermerk erging im BMAA an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektionsleiter die Abteilungen II.7 und II.8 sowie an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste Warschauer Pakt und an die österreichische Botschaft in Bonn.

2 Bei diesem Treffen handelte es sich um das erste einschlägige Treffen nach der Bildung der polnischen Koalitionsregierung. Siehe dazu: A Cardbord Castle?, Dokument 147.

Der ho. polnische Botschafter³ sprach am 17. November (!) vor, um das Kommuniké⁴ der gegenständlichen Warschauer Pakt-Tagung offiziell zu überreichen.

Er wies im Auftrag seiner Regierung auf folgende der politischen Seite wesentlich erscheinenden Aspekte hin:

1) Die gegenständliche Tagung war auch für Polen wichtig, weil sie durch die erfolgreiche polnische Vorsitzführung die Akzeptanz der eingetretenen Reformen durch die anderen Warschauer Pakt-Länder bestätigt hat.

2) Die Tagung hat gezeigt, dass eine dringende Aufgabe darin besteht, auch die multilaterale Zusammenarbeit der Warschauer Pakt-Staaten mit wesentlichen Organisationen (Europarat, EG, EFTA) zu verbessern. Jetzt wären alle Warschauer Pakt-Staaten frei dies zu tun und könnten mit Unterstützung der anderen Warschauer-Pakt Mitglieder rechnen.

3) Die Tagung hat grünes Licht gegeben für weitere Gespräche über Abrüstungsfragen, das heißt konkret zur Vorbereitung eines Treffens auf Ebene der Außenminister und später der Regierungschefs.

4) Erstmals wurde auf der gegenständlichen Tagung auch über wissenschaftliche Zusammenarbeit gesprochen. Innerhalb des RGW wären fast alle Mitgliedstaaten überzeugt von der Dringlichkeit entsprechender Reformen.

5) Der Warschauer Pakt soll eine politische Allianz zur Verteidigung der Grenzen ohne Ingerenz in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten werden. Botschafter Bejger unterstrich die besondere Bedeutung dieses Aspekts für die polnische Seite (einerseits ungehindert gesellschaftspolitisch und wirtschaftspolitische Reformen im Inneren, andererseits Bedeutung der gemeinsamen Verteidigung, letzteres wichtig angesichts der Diskussion innerhalb der BRD über die deutschen Ostgrenzen). Man hoffe in Polen, dass nach dem Besuch Bundeskanzler Kohls⁵ diese Diskussion ein Ende finden werde und insbesondere auch bei einer allfälligen Wiedervereinigung kein Gesprächsthema sei.

Wien, am 20. November 1989

Sucharipa m. p.

3 Stanisław Bejger, Botschafter Polens in Österreich (1988/89), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Dem Akt liegt die englischsprachige Fassung des Kommunikés bei. In deutscher Sprache abgedruckt in: Neues Deutschland, 28. Oktober 1989, S. 6.

5 Zum Besuch Kohls siehe Dok. 76.

Dok. 75: Bericht. Kanzleramtsminister Seiders in der DDR (I), 22.11.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger und Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 22. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.18.21/1-II.3/89¹

Seiders² Sondierungen (Info)

Der Besuch von Kanzleramtsminister Rudolf Seiders am Montag, dem 20. November 1989,³ wurde von Bonn her in den Tagen vorher deutlich zurückgestuft. Es ging nur um Sondierungen.

Der neue Stil und das neue Gewicht in der DDR waren in diesem Treffen gekennzeichnet durch die Kompetenz des Regierungschefs Modrow. Die Trennung von Staat und Partei wurde dadurch sichtbar gemacht, dass der zuständige Abteilungsleiter im Zentralkomitee⁴ nicht mehr an dem Gespräch – wie in der Vergangenheit üblich – teilnahm.

An kurzfristigen Maßnahmen hat Seiders die Fortschreibung der bisherigen Zusammenarbeit auf allen Gebieten vorgeschlagen. Ab 1990 könne ein deutsch-deutscher Devisenfonds⁵ institutionalisiert⁶ werden, falls die DDR das Ihrige dazu beibringt. In den Devisenfonds, über den es noch keine klaren Vorstellungen gibt, würde die BRD den derzeitigen Betrag des Begrüßungsgeldes in Höhe von etwa 1,3 Milliarden DM einbringen. In diesen Fonds hätte auch die DDR Devisen einzubringen. Dann könnten Bürger der DDR zu einem noch festzusetzenden Kurs (etwa 1:4) Beträge von etwa 200 bis 300 DM im Jahr einwechseln.

Als weitere kurzfristige Maßnahme – und offensichtlich nicht Hilfe – versteht Bonn den Ausbau des Fernmeldenetzes. Hiezu könnte die zur Neuverhandlung

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25125 an das BMAA und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Er wurde in der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen die am 28. November 1989 seine Weiterleitung an die österreichische Botschaft Bonn und die Delegation Berlin veranlasste. Bereits am 23. November wurde am Akt notiert: „Frage der Weiterleitung an BKA wird vom Generalsekretariat überlegt.“ Diese Überlegung stand in Zusammenhang mit dem tags darauf erfolgenden Besuch von Bundeskanzler Franz Vranitzky in der DDR (siehe Dok. 77–79).

2 Rudolf Seiders, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes der Bundesrepublik Deutschland (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Seiders weilte am 20. November 1989 zu Sondierungsgesprächen in Ost-Berlin. Siehe: Gespräch des Bundesministers Seiders mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz und Ministerpräsident Modrow in Berlin (Ost), 20. November 1989 (= Dokument 96), in: Deutsche Einheit, S. 550–559.

4 Gunter Rettner, Leiter der Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft im ZK der SED (1985–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Die Bundesrepublik konnte sich einen solchen „Devisenfonds“ allerdings nur im Falle einer zeitlichen Begrenzung von höchstens zwei Jahren, einer Plafonierung ihres Beitrags, bei gleichzeitigem Wegfall des Mindestumtausches und darüberhinausgehenden Eigenleistungen der DDR sowie grundlegenden Erleichterungen im Reiseverkehr und im Bereich des Tourismus vorstellen.

6 Unterstreichung im BMAA.

anstehende Postpauschale verwendet werden. Als Soforthilfe führt Bonn die Förderung von 11 Projekten im Umweltschutz an.⁷

Neben den geforderten Leistungen der DDR in Devisen für den Devisenfonds verlangte Seiders, der Zwangsumtausch bei Reisen vom BRD-Bürgern in die DDR müsse entfallen und es müssen wesentliche Erleichterungen im Reiseverkehr von West nach Ost⁸ geschaffen werden. Fast drohend meinte er, wenn es darüber keine Einigung gibt, werde es beim Begrüßungsgeld bleiben.

Die Vorstellungen Seiders für die Verwendung des Devisenfonds gingen auch dahin, dass aus diesem Fonds auch touristische Einrichtungen – offensichtlich mit BRD-Unternehmen und für dann in großer Zahl einreisende BRD-Bürger – errichtet werden sollen.

Von der groß angekündigten Soforthilfe ist somit nichts zu sehen. Die Enttäuschung war Egon Krenz und vor allem auch Hans Modrow ins Gesicht geschrieben. Aus optischen Gründen hatte Seiders sich auch mit Pfarrer Rainer Eppelmann und Rechtsanwalt Wolfgang Schnur vom „Demokratischen Aufbruch“⁹ getroffen. Rainer Eppelmann blieb auf die Frage eines BRD-Journalisten, ob er mit dieser Ankündigung zufrieden sei, buchstäblich der Mund offen. Es wird nicht lange dauern, bis dieses Gefühl sich auch in der hiesigen Bevölkerung festsetzen wird.

Im engen Kreis war aus der Ständigen Vertretung zu vernehmen, dass man nicht gewillt sei, Milliarden in ein marodes System zu pumpen. Der begonnene Weg in Richtung Rechtsstaat mit Verfassungsänderung, Wahlgesetz, Novellierung des Strafrechts wird bewusst von der BRD-Seite nicht honoriert. Seiders selbst rechnet, dass etwa im Frühjahr (März) diese Reformpunkte bereits unter Dach und Fach sein werden. Jedoch nicht genug damit, versteht die Bundesregierung in Bonn unter wirtschaftlicher Reform offensichtlich die Herstellung eines westlichen Wirtschaftssystems ganz nach Bonner Muster.

Nicht einmal für den nächsten Meinungsaustausch mit Seiders wurde ein konkreter Termin vereinbart. Es wird von 14 Tagen gesprochen.¹⁰ Auch über den Termin von Bundeskanzler Kohl gab man sich vage.¹¹ Dies dürfte sich schnellstens ändern, da nunmehr Staatspräsident Mitterrand seinen Besuch in der DDR mit dem 20. bis 22. Dezember 1989 fixiert hat.¹² Wenn Kohl noch vor Weihnachten und nach dem außerordentlichen Parteitag der SED kommen will, so bleiben ihm hierfür praktisch nur 2 Tage: der 18. und/oder 19. Dezember. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch des belgischen Außenministers¹³ und dem kur-

7 Siehe dazu: „Weniger Schadstoffbelastung durch Projekte DDR-BRD. Gespräch der Fachminister beider Länder in Berlin“, in: Neues Deutschland, 15. Dezember 1989, S. 2. Wir danken Sophie Lange für die Unterstützung bei der Recherche.

8 Unterstreichung im BMAA.

9 Unterstreichung im BMAA. Zum „Demokratischen Aufbruch“ siehe Dok. 60, Anm. 13–14.

10 Seiders besuchte die DDR erneut am 5. Dezember 1989. Siehe Dok. 88.

11 Kohl besuchte die DDR vom 19. bis 20. Dezember 1989. Siehe Dok. 101–102.

12 Mitterrand besuchte die DDR vom 20. bis 22. Dezember 1989. Siehe Dok. 103.

13 Mark Eyskens besuchte die DDR vom 28. bis 30. November 1989. Siehe Dok. 70.

zen Arbeitsbesuch des Bundeskanzlers¹⁴ am Freitag ist somit Bonn in der Terminfrage etwas in die Defensive geraten.¹⁵

Das Begrüßungsgeld und die lautstarken Beteuerungen in den BRD-Medien in den Monaten der Ausreisewelle, dass man den DDR-Bürgern jede Hilfe gewähren wird, habe Erwartungen in der Bevölkerung – und nicht nur in der Bevölkerung – geweckt. In Anbetracht dieser Erwartungen und der theatralischen weltweit verkündeten Obhutspflicht auf einem nächtlichen Prager Balkon¹⁶ muss man sich fragen, wie es möglich ist, dass man – nach den Worten eines hiesigen BRD-Kollegen – durchaus in Kauf nimmt, dass die DDR ins Rutschen kommt. Man habe keine Angst, denn zum gegebenen Zeitpunkt könne man der Bevölkerung direkt noch immer helfen: Stromlieferungen, Lebensmittelverteilung etc.¹⁷

Im gegenwärtigen Zustand des noch delikater gewordenen labilen Gleichgewichts erscheint eine solche Haltung des großen westlichen Nachbarn mit nicht kalkulierbaren Risiken versehen. Die DDR, ihre Gesellschaft und ihre Bevölkerung wurden in den letzten Wochen und Monaten massiv mit Ratschlägen, die stellenweise vor allem für die BRD-Seite gut gemeint waren, bombardiert. Jetzt, wo Hilfe gebraucht wird, geht der große Bruder von Ratschlägen auf Forderungen über. Die hiesige Bevölkerung und alle, die am demokratischen Umbau mitarbeiten, haben hierfür kein Verständnis. Gerade in dieser Übergangsperiode, in der die erneuerten Reste der SED dem Volk direkt gegenüberstehen, gilt es, den Übergang zu sichern. Haltungen Bonns, wie sie bei den Sondierungen Seiters offen ausgesprochen worden sind, sind keineswegs dazu angetan, den Reformprozess zu untermauern.¹⁸

Wunderbaldinger/Graf

14 Zum Arbeitsbesuch von Bundeskanzler Vranitzky in der DDR am 24. November 1989 siehe Dok. 77–79.

15 Der letzte Satz wurde im BMAA am Seitenrand handschriftlich markiert.

16 Gemeint ist die Rede Genschers am Balkon der Prager Botschaft der Bundesrepublik, als er am 30. September 1989 die Nachricht über die Genehmigung der Ausreise der DDR-Botschaftsbesetzer verkündete. Siehe auch Dok. 60, Anm. 3.

17 Die letzten beiden Sätze dieses Absatzes wurden im BMAA am Seitenrand handschriftlich markiert und mit einem Rufzeichen versehen.

18 Die letzten beiden Sätze dieses Absatzes wurden im BMAA am Seitenrand handschriftlich durch zwei Striche markiert.

Dok. 76: Bericht. Kohls Polen-Besuch aus Bonner Sicht, 23.11.1989

Botschafter Friedrich Bauer und Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 23. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.18.20/3-II.3/89¹

BRD; offizieller Besuch von BK Kohl in der VR Polen – politische BRD-Bewertung (Info)

Nach „neuem Kapitel“ gegenüber SU hatte BK Versöhnung mit Warschau zu Hauptthema außenpolitischer Bemühungen gemacht. Während er (und polnische Politiker) vor Besuch von angestrebtem Durchbruch sprachen, ist Regierungserklärung nach Besuch² etwas zurückhaltender. Zuständiger BKA-Vertreter spricht dennoch aus folgenden Gründen von „neuer Situation“, „Überwindung der Hemmschwelle und Beseitigung von Verklemmungen in bilateralen Beziehungen“ und „Knoten in den gegenseitigen Beziehungen ist gerissen“:

1. Warschau war in zweiter Entspannungsphase ab 1986 mit Vertragsbeziehungen zur BRD gegenüber SU und osteuropäischen Staaten in Rückstand geraten. Seit Mitte der 70er Jahre waren keine nennenswerten Verträge geschlossen und bestehende wegen Ortsbezeichnungs-Problematik notleidend geworden. Besuch erbrachte nun 11 Abkommen und Abmachungen: Akzeptierung von „Deutsch“ als Staatsangehörigkeits-Bezeichnung ermöglichte u. a. Investitionsvertrag (Warschau unterschied früher zwischen Staatsangehörigkeiten der DDR, West-Berlins und der BRD!); Verklemmung bezüglich Berlin-Klausel, wo Polen stets WP-Schlusslicht war, wurde behoben.³

Vertragspaket eröffne viele neue Zusammenarbeitschancen.

2. Deutliche Verbesserung für bisher massiv diskriminierte Problemgruppe der in Polen lebenden Deutschen (auch Litauer, Weißrussen, Zigeuner usw. wurden bisher zugunsten unitarischen polnischen Staates diskriminiert). BKA bezeichnete Aussagen Mazowieckis⁴ in Regierungserklärung vom 12.9.1989 als sensationell („Polen ist ein Vaterland nicht nur für die Polen...“).⁵ Diese Wende

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25217 an das BMAA und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Im BMAA wurde er von der Abteilung II.3 durch Legationsrat Josef Litschauer in Bearbeitung genommen und den österreichischen Botschaften in Berlin und Warschau sowie der österreichischen Delegation Berlin zur Kenntnisnahme übermittelt. Im BMAA wurde er vor Hinterlegung der Abteilung II.1 und der Abteilung I.A zur Kenntnis gebracht.

2 Die gemeinsame Erklärung wurde zum Abschluss des Besuches am 14. November von Kohl und Mazowiecki (siehe Anm. 4) unterzeichnet. Siehe Europa-Archiv 1989, D 679–D 686.

3 Zum Stand der deutsch-polnischen Beziehungen Ende der 1980er-Jahre siehe Dok. 33.

4 Tadeusz Mazowiecki, Ministerpräsident Polens (1989/90), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Das Zitat wurde in voneinander abweichenden Übersetzungen immer wieder auch auf Deutsch veröffentlicht. Sinngemäß im vollen Wortlaut: „Polen ist ein Vaterland nicht nur für die Polen. Auf diesem Boden leben wir zusammen mit den Angehörigen anderer Nationen.“ Polen bekannte sich in weiterer Folge zu den im Abschlussdokument des 2. Treffens der Kon-

auch durch internationale Veränderungen begünstigt: Jaruzelski⁶ besuchte Litauen (mit starker polnischer Minderheit), Kardinal Glemp⁷ unternahm 1988 Pastoralreise nach Minsk und Weißrussland. WFT verbrieft Minderheitsrechte.⁸

Neues Vereinsgesetz werde zahlreiche Schlechterstellungen beseitigen (bei Freundschaftskreisen in Breslau und Kattowitz bereits geschehen; Bonn erwartet Aufhebung des Verbotes in Oppeln durch Revision). Kommunalwahlen im Frühjahr 1990 werden lt. BKA „Betonköpfe“ aus Wojewodschaften vertreiben, dieser Machtkampf würde klar für Solidarität und neue Parteien ausgehen. BRD-Delegation mahnte deshalb deutschstämmige Polen zu Geduld, Zeit arbeite für sie.

3. Psychologischer Durchbruch: DDR-Demonstrationen bauten alte Klischeebilder von den Deutschen ab, Kardinal-Erzbischof Gulbinowicz⁹ war bei letzten Besuchsvorbereitungskontakten begeistert, dass Deutsche sich nicht mehr alles gefallen ließen! Landesweite TV-Übertragung des Programms in Kreisau (mit Friedensgruß der beiden Regierungschefs bei Gottesdienst) – Jaruzelski zeigte sich von Begegnung persönlich und glaubwürdig beeindruckt – habe viel geholfen. Gemeinsame Abneigung von Kirche, Führung und Bevölkerung gegenüber BRD bröckle seit Kriegezeit in Polen, konstant hohe (auch private) Hilfe aus Bundesrepublik für die Bevölkerung habe dazu beigetragen.

Ungelöst¹⁰ bleiben:

1. Grenzfrage:¹¹ BK ist an durch Grundgesetz und Verfassungsgerichtshofs-Urteil festgelegte Rechtsposition gebunden und muss bei Zuwiderhandlung mit Gefahr einer Verfassungsklage gegen ihn rechnen (mit „enormen Flurschaden“ für die deutsch-polnischen Beziehungen). BK betonte jedoch Respekt dafür, dass seit 2 bis 3 Generationen in den früheren deutschen Ostgebieten Polen wohnen und ihre Heimat haben. Aufgabe der Rechtsposition (was auch sozial-liberaler Koalition nicht gelang) hätte zudem Misstrauen polnischer Bevölkerung nicht

ferenz über die menschliche Dimension der KSZE vom 5. bis 29. Juni 1990 in Kopenhagen für alle nationalen Minderheiten gültigen Kriterien. Siehe zu Kopenhagen bereits Dok. 45, Anm. 10. Nach Abschluss des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags vom 17. Juni 1991 wurde die deutsche Minderheit in Polen auch gesetzlich anerkannt.

6 Wojciech Jaruzelski, Präsident Polens (1989/90), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Józef Glemp, Erzbischof von Warschau und Primas von Polen (1981–2009), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Prinzip 19 des „Abschließenden Dokuments“ des Wiener KSZE-Folgetreffens (WFT) lautete: „Sie [die Unterzeichnerstaaten] werden die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten auf ihrem Territorium schützen und Bedingungen für die Förderung dieser Identität schaffen. Sie werden die freie Ausübung der Rechte durch Angehörige solcher Minderheiten achten und ihre völlige Gleichstellung mit anderen gewährleisten.“ Siehe „Abschließendes Dokument“ des III. KSZE-Folgetreffens in Wien vom 15. Jänner 1989, in: 20 Jahre KSZE, S. 106–143, hier S. 114.

9 Henryk Roman Gulbinowicz, Erzbischof des Bistums Breslau (1970–2004), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

10 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

11 Siehe dazu bereits Dok. 57, Anm. 10.

beseitigen können: daher erfolgte Bestätigung des Warschauer Vertrages in allen Teilen unter Hervorhebung von Artikel 2 (Ausbau der Beziehungen).

2. Zwangsarbeiter von Polen „nicht sehr massiv“ aufgegriffen. Jaruzelski verwies auf seine Ehefrau (Germanistin) und sein Haus „voll deutscher Kultur“, und sagte: „Im Gegensatz zu vielen Landsleuten, die unter den Nationalisten gelitten und dafür noch keine Entschädigung erhalten haben, habe er eher unter den Russen gelitten.“ Lt. Mazowiecki sollte Frage nochmals überdacht werden, BK machte jedoch keine großen Hoffnungen (BKA-Gesprächspartner hält Problem für kaum lösbar).¹²

Lt. BKA liegt keine völkerrechtswidrige Zwangsrekrutierung vor (d. h. Eingliederung von Angehörigen besetzter Gebieten in Besatzungsarmee), wie in Elsass, Dänemark und Luxemburg geschehen – wofür entschädigt wurde.

Völkerrechtlich zulässige Zwangsarbeit ist durch Reparationen zu entschädigen, die aber durch Londoner Protokoll¹³ bis Friedensvertrag aufgeschoben sind. Zudem verzichtete Polen im Görlitzer Vertrag 1950 mit DDR¹⁴ (erstmalige Anerkennung der Oder-Neisse-Linie) gegenüber Deutschland auf Reparationen; Verzicht wurde beim Warschauer Vertrag 1970 gegenüber BRD wiederholt¹⁵ (Hintergrund ist lt. BKA das „Geschäft mit den Westgebieten“, die Deutschland abgenommen wurden). Warschau behauptete nun, Verzicht gelte nur für öffentliche, nicht aber private Ansprüche; Völkerrecht kennt aber lt. BKA keine derartige Unterscheidung, Reparationsforderungen aller Bürger würden durch Staat vertreten.

Deutsche Frage (BK unterbrach Besuch wegen Maueröffnung) blieb scheinbar nur Hintergrund-Begleitung; Jaruzelski äußerte Vertrauen sowie Notwendigkeit von Augenmaß und Zurückhaltung. Hauptsächliche polnische Sorge war jedoch, DDR-Entwicklung könnte wirtschaftliches BRD-Interesse von Polen ablenken (bei Zuschüssen der Bundesregierung, Investitionsentscheidungen usw.).

Inwieweit „Durchbruch“ berechtigt ist oder nicht, hängt von Auslegung dieses Begriffes ab: In zurückhaltenden Bewertungen des polnischen Außenministeriums sieht Bonn eine Reaktion „alter Kader“, die bis zur letzten Minute gefeilscht hätten (z. B. Ersetzung von „deutsch-polnischer Handelskammer“ durch „Handelskammer BRD-VR Polen“). BRD-Berichterstattung über Besuch stand im

12 Entschädigungsansprüche polnischer Opfer des Nationalsozialismus wurden nicht anerkannt, man fand jedoch eine pragmatisch-humanitäre Lösung in Form der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ die am 16. Oktober 1991 ins Leben gerufen wurde und Entschädigungen für Zwangsarbeiter leistete.

13 In dem am 27. Februar 1953 in London unterzeichneten Abkommen über die deutschen Auslandsschulden wurde die Prüfung von Reparationsforderungen bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage, die in einem Friedensvertrag erfolgt wäre, zurückgestellt. Siehe BGBl. 1953 II, S. 333–485. Zur Thematik siehe weiterführend Ursula Rombeck-Jaschinski, Das Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts in London 58), München 2005.

14 Für den Text des am 6. Juli 1950 zwischen der DDR und Polen unterzeichneten Vertrags siehe Dokumente zur Deutschlandpolitik II/3, S. 249–252.

15 Zum „Warschauer Vertrag“ siehe Dok. 1, Anm. 17.

Schatten der DDR-Ereignisse und innenpolitisch motivierter BRD-Auseinandersetzungen über Anerkennung der polnischen Westgrenze. Anständige Durchführung des Besuches in dieser schwierigen innen- und außenpolitischen Lage muss als Erfolg gewertet werden, dessen Haltbarkeit und längerfristige Auswirkungen nicht zuletzt von weiterer Entwicklung in Polen (und Osteuropa) abhängt; nicht alle Probleme sind beseitigt.

Analyse der gemeinsamen Erklärung folgt.¹⁶

Bauer/Loibl

Dok. 77: Vorbereitungsunterlagen für den DDR-Besuch Vranitzkys, 24.11.1989

Informationen, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 21. November 1989, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „Staatsbesuch 1991, 1988“¹

DDR; Arbeitsbesuch des HBK (24. November 1989)

DDR – innenpolitische Situation (20.11.1989)

Auch nach Ablöse von Staats- und Parteichef Honecker durch Egon Krenz² setzt sich die überraschend dynamische Entwicklung unter dem wachsenden Druck unerwartet breiter Bevölkerungskreise fort. Die Öffnung der Grenzen stellte nur ein erstes, wenn auch spektakuläres Ergebnis des Aufholprozesses im Bereich Reformen dar, die grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Probleme bestehen unverändert weiter. Öffentliche Diskussion und Reiseerleichterung sollten der SED-Führung eine kurze Atempause bringen, in der unabdingbare weitere Reformschritte und Klärung der SED-internen Kräfteverhältnisse unternommen werden müssen, um einigermaßen die Kontrolle über die Entwicklung zu behalten. Die neuerlichen Massendemonstrationen zeigen jedoch, dass der DDR-Führung dafür nur sehr begrenzt Zeit zur Verfügung stehen wird. Der offensichtliche Mangel an glaubwürdigen Reformträgern in der SED stellt ein wesentliches Problem dar, auch wenn einigen Spitzenfunktionären – etwa dem neuen Ministerpräsidenten Modrow – nicht von vornherein die Ernsthaftigkeit in ihren Bemühungen abgesprochen werden kann. Die Zusammensetzung der neuen Regierung

16 Siehe Anm. 2. In der im Akt erliegenden Folgeberichterstattung war keine Analyse der Erklärung aufzufinden.

1 Die Informationen wurden im BMAA unter Federführung der Abteilung II.3 erstellt. Als Sachbearbeiter fungierte Abteilungsleiter Gesandter Ernst Sucharipa.

2 Erich Honecker musste nachdem ihn das Politbüro am 17. Oktober 1989 abgesetzt hatte, auf der 9. Tagung des ZK der SED am 18. Oktober 1989 als Generalsekretär des ZK der SED, Vorsitzender des Staatsrates der DDR und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zurücktreten. Zu seinem Nachfolger wurde Egon Krenz bestimmt.

zeigt das Bemühen Modrows, eine breitere politische Verankerung, jedoch unter Aufrechterhaltung des Führungsanspruches der SED zu erzielen.

Der für Mitte Dezember d. J. angesetzte außerordentliche Parteitag der SED,³ der ein neues ZK wählen wird, dürfte auch zu neuerlichen Umbesetzungen an der Parteispitze führen.

MP Hans Modrow hat in seiner am 17. November 1989 vor der Volkskammer vorgetragenen Regierungserklärung⁴ ein wesentlich kleineres Kabinett als in der Vergangenheit bestehend vorgestellt.

Im Ministerrat sind nur mehr 28 Mitglieder gegenüber 44 früher. Die SED stellt 17 Mitglieder. Darunter als überfällige Geste gegenüber den bisher enttäuschten Frauen Prof. Dr. Christa Luft als Modrows Stellvertreter, zuständig für Wirtschaft. Dies ist weiters auch bedeutsam, da im Hinblick auf die zerrüttete Wirtschaft der DDR wirtschaftliche Fragen für die neue Regierung eine primäre Bedeutung haben werden. Gerhard Schürer ist gerade in dieser Zeit als Fachmann unersetzlich und bleibt in der Regierungsmannschaft Vorsitzender der staatlichen Plankommission. Als weitere Frau unter den Regierungsmitgliedern der SED wird Uta Nickel das Ressort für Finanzen und Preise übernehmen. Mit Blickrichtung auf die neue Preisgestaltung ein gewichtiges Ressort. Für Österreich sehr erfreulich hat Dr. Beil das Ressort für Außenwirtschaft beibehalten. Oskar Fischer ist weiterhin Minister für auswärtige Angelegenheiten.⁵

Als wichtige Geste des Aufbruchs und des neuen Umgangs der Regierung mit den Staatsbürgern wurde – wie erwartet – das Ministerium für Staatssicherheit abgeschafft und wird – herabgestuft – durch ein Amt für nationale Sicherheit ersetzt.

Prof. Dr. Manfred Gerlach (Vorsitzender der LDPD) hat es vorgezogen, sich weiterhin als Stellvertreter des Vorsitzenden Staatsrates, auch in der (westlichen) Öffentlichkeit zu profilieren.

Mit Hinblick auf die bisherige Führung der CDU musste sich diese christliche Partei trotz starker Basis mit drei Ressorts zufrieden geben. Lothar de Maizière, der neue Vorsitzende der CDU, wird als dritter Stellvertreter Modrows für kirchliche Fragen zuständig sein.

3 Der XII. Parteitag der SED wurde zunächst vom Mai 1991 auf 15. bis 19. Mai 1990 vorverlegt. Nach dem Mauerfall wurde er auf Dezember 1989 vorverlegt. Der erste außerordentliche Parteitag fand am 8. und 9. Dezember 1989 in Ost-Berlin statt. Auf diesem wurde Gregor Gysi am 9. Dezember 1989 zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der zweite außerordentliche Parteitag fand am 16. und 17. Dezember 1989 wieder in Ost-Berlin statt. Auf diesem erfolgte die Umbenennung der SED in „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des demokratischen Sozialismus (SED-PDS)“. Siehe dazu Dok. 93 und 97.

4 Für die Regierungserklärung Modrows vom 17. November 1989 siehe: „Diese Regierung wird eine Regierung des Volkes und der Arbeit sein. Erklärung von Ministerpräsident Hans Modrow“, in: Neues Deutschland, 18. November 1989, S. 3–5.

5 Dieser und die folgenden vier Absätze basieren auf: Botschafter Franz Wunderbaldinger und Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 17. November 1989, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24; GZ. 43.03.02/1-II.3/89. Lediglich die Aufzählung der Minister ist dort vollständig gehalten.

In seiner Erklärung bezeichnete Hans Modrow seine Regierung als Regierung der Koalition eines neu zu schaffenden demokratischen Verständnisses und gab als wichtigsten Zielpunkt die dringend notwendige Stabilisierung der Wirtschaft an. Die Regierung werde den Prozess der demokratischen Erneuerung, der für das Volk auch ein zorniger Prozess war, mit dem festen Willen zur Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft gemeinsam mit dem Volk vorantreiben. Die neu zu schaffende sozialistische Gesellschaft wird der Individualität des Einzelnen breiten Raum einräumen. Die Gesellschaft wird sich zu einer sozialistischen Leistungsgesellschaft entwickeln. In der gegenwärtigen Situation braucht die Regierung einen Vertrauensvorschuss durch das Volk und er wisse, dass er damit viel verlange. Ein wichtiges Prinzip der neuen Regierung wird sein, dass sie nur verspricht, was sie wirklich halten kann. Neuerlich betont er die absolute Notwendigkeit einer starken Wirtschaft, denn nur ein ökonomisch starker Staat kann etwas für seine Bürger tun. Zentralistische und kommandomäßige Eingriffe in die Wirtschaft, wie unter Günter Mittag, wird es nicht mehr geben. Relativ deutlich sprach er aus, dass die wirtschaftliche Lage des Landes so ist, dass es vorerst schwierig sein wird, den bestehenden Lebensstandard überhaupt zu halten. Erst nach Stabilisierung der Wirtschaft werde man daran gehen können, den Lebensstandard wieder anzuheben. Die Kaufkraft im Lande hat sich in der letzten Zeit ständig verschlechtert und konnte nur noch durch Aufnahme von Krediten in westlichen Ländern halbwegs gehalten werden. Die Prinzipien des neuen Regierens werden sein: Offenheit und Ehrlichkeit, Bescheidenheit und Sparsamkeit.

Die notwendigen Reformen werden in Übereinstimmung mit allen politischen Kräften schrittweise vorgenommen, zügig aber nicht überhastet, nach ordentlichen Analysen:

1) Reform des politischen Systems um Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit zu stärken. Dazu gehören ein Wahlgesetz, ein Gesetz über den Ministerrat, ein Mediengesetz, ein Passgesetz. Änderungen im politischen Strafrecht könnten schnell erfolgen.

2) Wirtschaftsreform: Reduzierung des Zentralismus auf das erforderliche vernünftige Maß. Prüfung der Subventions- und Preispolitik.

3) Bildungsreform: Die pädagogischen Praktiker der DDR haben auf ihren Arbeitsgebieten bereits bei ihrem Schülern und Studenten damit begonnen, indem sie sie auffordern: fürchtet euch nicht, eure Meinung zu sagen.

4) Ökonomie und Ökologie sind in Übereinstimmung zu bringen. Die Situation ist nicht so schlecht, wie es durch unnötige Geheimhaltung den Anschein hatte.

5) Verwaltungsreform: Demokratisierung der Verwaltung, finanzielle und personelle Verwaltung des Apparates. Die Regierung beginnt mit gutem Beispiel bei sich selbst (von 44 auf 28).

Die Regierung hält die Übernahme von Kleinbetrieben durch private Unternehmer für möglich. Über die Betriebsgröße müsse man nachdenken.

Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes müssten erneut durchgerechnet werden, da es zur Zeit nicht möglich ist, den Haushalt für 1990 zu bilanzieren. Es bestehe ein Einnahmedefizit von rund 15 Millionen Mark.

In der Außenwirtschaft wird die Wichtigkeit der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder als Partner betont. Mit westlichen Ländern werde die Kooperation und andere Formen der Zusammenarbeit weiter ausgebaut. Joint Ventures, Investitionsbeteiligungen, Gewinntransfer, Pilotprojekte im Umweltschutz sind keine Fremdworte mehr: westliche Firmen sind eingeladen, Vorschläge zu unterbreiten.

Bilaterale Beziehungen

Die bilateralen Beziehungen sind sehr gut und im wesentlichen problemfrei, seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 21. Jänner 1972 kontinuierlich entwickelt und stark aufgefächert, aber noch ausbaufähig, wofür nunmehr unter grundlegend geänderten Bedingungen in der DDR mehr Anreiz und Möglichkeiten gegeben sein werden.

Besuchsaustausch:

Wichtige Impulse durch seit 1980 regelmäßig stattfindenden Besuchsaustausch auf höchster politischer Ebene.

15. bis 17. Juni 1988: offizieller Besuch des HBK in der DDR.⁶

17. bis 20. Mai 1988: offizieller Besuch von AM Fischer in Österreich.⁷

(Einladung an den HBM ist ausgesprochen.)⁸

Zahlreiche Fachminister

Wirtschaft

Eine wichtige Komponente stellen die wirtschaftlichen Beziehungen dar (1988: österreichischer Warenexport + 20 %).⁹

6 Siehe Dok. 22–23.

7 Siehe Dok. 21.

8 Die Einladung an Außenminister Mock wurde beim Besuch von Fischer in Österreich ausgesprochen. Siehe Dok. 21, insbesondere Anm. 3.

9 Die österreichischen Exporte in die DDR brachen nach dem Auslaufen von Großaufträgen von 6,8 Mrd. ÖS (1984) auf 4,4 Mrd. ÖS (1985) ein. 1987 stiegen sie um 57,7 % an und betrugen fast 6 Mrd. ÖS. Dieser Anstieg war vor allem auf die Ende 1986 einsetzenden Stromimporte der DDR zurückzuführen. Im Jahr 1988 ging der Gesamtumfang der österreichischen Exporte um 4,3 % auf 5,7 Mrd. ÖS zurück. Eine Anfang 1990 erstellte Wirtschaftsinformation hielt dennoch fest: „Die Entwicklung 1988 kann insgesamt positiv beurteilt werden. Der leichte Rückgang bei den österreichischen Exporten ist durch eine Verminderung der 1987 außergewöhnlichen hohen Stromlieferungen bedingt (um Stromlieferungen bereinigt nahmen die Exporte um 21 % zu).“ Wirtschaftsinformation für den Herrn Bundeskanzler anlässlich des offiziellen Besuchs des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Hans

Am 20. Oktober 1988 unterzeichnete Bundeskanzler Dr. Vranitzky sowie d. damalige stv. Staatsratsvorsitzende der DDR, Günter Mittag, eine Vereinbarung über die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen im Jahr 1989 (jährlich neu unterzeichnete Vereinbarung).¹⁰

Am 13. Dezember 1988 wurde zwischen der ÖIAG¹¹ und dem Ministerium für Außenhandel der DDR ein Abkommen über die wirtschaftliche, industrielle und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Betrieben der Verstaatlichten Industrie Österreichs und Unternehmungen sowie Kombinatn der DDR unterzeichnet.¹² Das Abkommen ersetzt die mit österreichischen Unternehmungen bisher abgeschlossenen Konsortialabkommen.¹³

Völkerrechtliche Verträge und Abkommen:

- am 30. November 1987 erfolgte in Wien die Unterzeichnung eines Abkommens über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus, das am 1. Februar 1988 in Kraft getreten ist.¹⁴ Reisende aus der DDR könnten für den österreichischen Fremdenverkehr von Interesse werden (Devisenproblematik).
- Am 3. Mai 1988 unterzeichneten der HBM sowie Staatssekretär Sitzlack¹⁵ ein Abkommen über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes.¹⁶

Modrow, am 26. Jänner 1990, Bundeskanzleramt, Abteilung IV/1, Sachbearbeiter: Wolfgang Hiller, in: Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „AM Skubiszewski Polen 1989; MP Adamec CSSR 24. Oktober 1989; MP Nemeth Ungarn 1989; MP Komarek CSSR 1990; MP Modrow DDR 1990“.

- 10 Das Abkommen wurde am 24. November 1989 signiert. Siehe „Treffen Hans Modrows mit Franz Vranitzky: DDR und Österreich erweitern ihre Zusammenarbeit in der Wirtschaft. Abkommen für 1990 signiert/Interesse an den Reformen in der DDR“, in: Neues Deutschland, 25. November 1989, S. 1–2. Entwurf der Wirtschaftsvereinbarung in: Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „Staatsbesuche 1991, 1988“.
- 11 ÖIAG = Österreichische Industrieholding AG.
- 12 Diese sah für die kommenden fünf Jahre einen Warenaustausch von insgesamt 15 Milliarden ÖS je Seite vor. Information von Gerhard Beil, Berlin, 16. Dezember 1988, SAPMO-BArch, DY 30/2987 (Büro Mittag), Bl. 304.
- 13 Das erste Konsortialabkommen wurde am 22. Juni 1968 zwischen der VÖEST und dem DDR-Außenhandel geschlossen. Die Konsortialvereinbarung wurde 1974 um eine Laufzeit von 1. Januar 1975–31. Dezember 1984 verlängert. Das ursprünglich vereinbarte Volumen von vier Milliarden ÖS war rasch ausgelastet. 1984 erfolgte erneut eine Verlängerung. Die Volumina der Abkommen stiegen beständig. Daneben bestanden weitere unbedeutendere Konsortialvereinbarungen mit österreichischen Unternehmen.
- 14 Zum Tourismusabkommen siehe auch Dok. 21, Anm. 7.
- 15 Georg Sitzlack, ab 1973 Staatssekretär und Präsident des staatlichen Amtes für Atomicherheit und Strahlenschutz der DDR, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 16 Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes, BGBl. Nr. 128/1989.

- Anlässlich eines offiziellen Besuches von Frau BM Flemming¹⁷ in Berlin (April 1988) erfolgte der Austausch der Ratifizierungsurkunde betreffend den Umweltschutzvertrag (Inkrafttreten: 1. Juli 1988).¹⁸
- Anlässlich des Besuches von Außenminister Fischer in Wien wurde das am 23. März 1988 in Wien paraphierte Kulturübereinkommen (Arbeitsprogramm bis 30. Juni 1991) unterzeichnet.¹⁹

Aktuelle Vertragsvorhaben

Herkunftsabkommen: AM Fischer forderte anlässlich seines offiziellen Besuches im Mai v.J. ausdrücklich die „Sicherung der DDR-Rechte“. Im Dezember 1988 fanden Expertengespräche statt, die Lösungsmöglichkeiten aufzeigen konnten. Österreich ist zu einer Fortsetzung der Verhandlungen bereit.²⁰

Vertrag über Rechtshilfe in Strafsachen: Eine erste Verhandlungsrunde fand im Oktober d. J. in Berlin statt.²¹

Aufhebung der SV-Pflicht: DDR schlug vor kurzem entsprechenden Vertrag vor. Wird innerösterreich. geprüft.²²

Wien, am 21. November 1989

Sucharipa m. p.

17 Marilies Flemming, ÖVP, Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie (1987–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

18 Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, BGBl. Nr. 253/1988.

19 Viertes Übereinkommen über ein Arbeitsprogramm zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für die Jahre 1988 bis 1991, BGBl. Nr. 311/1988.

20 Nach langwierigen Verhandlungen konnte im Juli 1989 ein Fortschritt beim Vertrag über Herkunftsangaben erzielt werden. Der Vertrag wurde im 26. Jänner 1990 unterzeichnet, jedoch nicht mehr in Kraft gesetzt. Zur Vorgeschichte siehe Dok. 7, Anm. 5–6.

21 Die Verhandlungen hierzu wurden nicht mehr abgeschlossen. Zur Vorgeschichte siehe Dok. 21, Anm. 4.

22 Ein diesbezügliches Abkommen wurde am 13. Februar 1990 geschlossen und trat mit 1. März 1990 in Kraft. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufhebung der Sichtvermerkplicht, BGBl. Nr. 111/1990.

Dok. 78: Gespräch Vranitzky – Modrow, 24.11.1989

Aktenvermerk, Eva Nowotny, Wien, 24. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 518.01.12/89¹

Gespräche des Herrn Bundeskanzler mit Ministerpräsident Modrow, 24.11.1989

Ministerpräsident Modrow dankt eingangs für den Besuch, der gerade in der derzeitigen Situation der DDR besonders wichtig sei und hoch eingeschätzt werde.

Zur inneren Lage der DDR sei zunächst folgendes zu sagen:

Der Rücktritt der alten Regierung² und der Beginn von Reformmaßnahmen haben sich über jedes verständliche Maß hinaus verzögert. Dadurch sei die Bevölkerung, vor allem aber die „Fraktion der Jugend“³ aktiv geworden, und der Rücktritt der alten sowie die Bildung der neuen Regierung haben sich vor dem Hintergrund massiver Demonstrationen und Kundgebungen vollzogen. Es sei ihm wenig Zeit für die Regierungsbildung, wie auch für die Erstellung eines Arbeitsprogrammes geblieben.

Als erster Schritt habe er sich dazu entschlossen, die Regierung zu verkleinern (Koalitionsverteilung 28:11). Das sei eine gute Entscheidung gewesen, die auch öffentliche Zustimmung gefunden hätte. Die Diskussion um die Wahl des neuen Präsidiums sowie die Befragung der alten Regierung in der Volkskammer seien ebenfalls gut gewesen, weil durch sie viel Dampf abgelassen worden sei. Er sei sich bewusst, daß er mit einem Vertrauensvorschuss lebe, der jederzeit abgefordert werden könne. Nunmehr gelte es, diesen Vertrauensvorschuss in wirkliches Vertrauen umzumünzen.

Die politische Situation im Lande sei sehr kompliziert. Der etablierte politische Einfluss sei nicht mehr bedeutsam. Durch die Kundgebungen und Demonstrationen hätten sich neue politische Bewegungen und Kräfte artikuliert, die nunmehr einbezogen werden müssten. Er habe das Angebot für einen runden Tisch unterbreitet, das auch mehr oder weniger akzeptiert worden wäre.⁴ Er halte das für einen wichtigen Teil seiner politischen Arbeit. Einerseits müsse man auf die Stim-

1 Der Aktenvermerk wurde von Eva Nowotny am 2. Dezember 1989 abgeschlossen und am 4. Dezember unter dem Betreff „DDR-Besuche [sic!] des Herrn Bundeskanzlers – Gesprächsnotiz“ an das Kabinett des Bundesministers übermittelt. Der Leiter des Kabinetts Botschafter Emil Staffelmayer zeichnete das Schriftstück am 4. Dezember ab und es wurde von der Sektion II übernommen. Im Gegensatz zum unter GZ. 518.01.12/3-II.3/89 abgelegten Besuchsbericht der Botschaft vom 24. November, der auf Veranlassung des Leiters der Abteilung II.3 Ernst Sucharipa bereits am 27. November an die österreichische Botschaft Bonn und die Delegation Berlin sowie in gekürzter Form an die österreichischen Vertretungsbehörden gemäß Liste KSZE weitergeleitet wurde, erfolgte offenbar keine Zirkulation des hier wiedergegebenen Aktenvermerks.

2 Die Regierung trat am 7. November 1989 zurück.

3 Mit dieser Formulierung dürfte die allgemein wachsende Unzufriedenheit jüngerer Menschen in der DDR gemeint sein, darunter wohl auch in steigendem Maße die organisierte Parteijugend.

4 Der Runde Tisch wurde am 7. Dezember 1989 konstituiert. Siehe Dok. 94.

mung im Land eingehen, andererseits müssten alle politischen Kräfte in eine Rolle der Verantwortung eingebunden werden. Es gehe nicht an, daß sich eine große Gruppe nur mit dem Befragen der Verantwortlichen begnüge.

Für alle Reformmaßnahmen sei wirtschaftliche Stabilität die Voraussetzung und angesichts der wirtschaftlichen Situation der DDR seien hier die außenwirtschaftlichen Beziehungen besonders bedeutungsvoll. Österreich sei für die DDR immer ein bedeutsamer Partner gewesen. Die Beziehungen seien von Kontinuität und Vertrauen getragen und müssten sich auf dieser Basis weiterentwickeln.

Die Gesamtwirtschaftsentwicklung der DDR weise unter den sozialistischen Staaten die günstigsten Bedingungen für einen Erneuerungsprozess auf, doch müsste inhaltlich eine neue Mobilisierung erfolgen. Manche Instrumentarien der modernen Wirtschaft, die von der alten Regierung abgelehnt worden waren, müssten nun eingeführt werden – vor allem Begriffe wie joint ventures, Kapitaltransfer etc.

Von allergrößter Bedeutung sei es, die bürokratisch überzogene zentralistische Leitung der Wirtschaft schrittweise zu ändern, und das in einem schrittweisen Prozess, um Instabilität zu vermeiden.

Darüberhinaus gelte es, das gesellschaftliche System als ein sozialistisches zu erneuern, dafür sei ein Programm rechtlicher Entscheidungen, und eine Liste zu erlassender Gesetze erstellt worden. Das Parlament werde viel Arbeit in den nächsten Wochen leisten müssen. Die Volkskammer habe bereits zwei Kommissionen eingesetzt, von denen die eine mit den Änderungen der Verfassung (z. B. Führungsrolle der Arbeiterklasse umformulieren,⁵ Schaffung eines Verfassungsgerichtshofs), die andere mit der Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes⁶ beauftragt wurde.

In der Außenpolitik messe er der europäischen Politik hohen Rang zu. Dieser besondere Vorrang für europäische Initiativen sei neu in der außenpolitischen Gesamtkonzeption. Auch in diesem Sinne sei der Besuch des Herrn Bundeskanzlers so besonders wichtig. Selbstverständlich würden alle Bündnisbeziehungen eingehalten, und die Beziehungen zur UdSSR seien durch die gegenseitige Wirtschaftsverflechtung nach wie vor besonders wichtig.

5 Mit dem Gesetz über die Änderung der Verfassung der DDR vom 1. Dezember 1989 (Gesetzblatt der DDR 1989 I, S. 265) wurde der in Absatz 1 der Verfassung festgehaltene und bis dahin geltende Führungsanspruch der SED, wonach die DDR „unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ stehe, gestrichen. Die österreichische Botschaft in Berlin (Ost) kommentierte diesen Schritt wie folgt: „Die Aufgabe des Führungsanspruchs der SED im Artikel 1 der Verfassung wurde bekanntlich seit längerer Zeit diskutiert und auch von der SED befürwortet. Allerdings hat sich die SED zu diesem Schritt gegen Widerstand in Kreisen der eigenen Partei durchsetzen müssen.“ Botschafter Franz Wunderbaldinger und Gesandter Lorenz Graf, Berlin (Ost), 1. Dezember 1989, 300-RES/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24.

6 Das neue Wahlgesetz wurde nach ausgiebiger Diskussion am 20. Februar von der Volkskammer verabschiedet und ließ nach kontroversen Diskussionen Wahlkampfteiligung aus der Bundesrepublik zu. Auch DDR-Bürger im Ausland waren wahlberechtigt. Siehe dazu z. B. Neues Deutschland, 21. Februar 1990, S. 1–2.

Was die Beziehungen zur BRD betreffen, so sei in den Sondierungen mit Seitzers⁷ zu spüren gewesen, daß hier noch eine wichtige Arbeitsphase notwendig sei. Die ständigen Einmischungen aus der BRD zeigten, daß wenig Vertrauen und Respekt für die Souveränität⁸ der DDR vorhanden sei.

Natürlich habe die Entscheidung für die offene Grenze die Situation qualitativ verändert. Das Angebot der DDR liege vor, und man habe das Wort von der Vertragsgemeinschaft⁹ geprägt – wie breit und wie vielfältig diese Vertragsgemeinschaft sein könne, müsse jetzt ausgelotet werden.

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich hätten sich gut entwickelt, und man sei sehr interessiert an ihrer Fortsetzung. Die hohe Beteiligung Österreichs an der Herbstmesse¹⁰ habe dieses Interesse auch der österr. Unternehmer unterstrichen. In Kontinuität und Stabilität wolle man nun weiterarbeiten.

Durch den jährlichen Rahmenvertrag sei man mit Österreich am weitesten in der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen.¹¹

Der Herr Bundeskanzler dankte für die umfassende und freimütige Darstellung. Die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR seien auf allen Gebieten, auch im kulturellen Bereich und im Fremdenverkehr, ausgezeichnet, und der Rahmenvertrag sei ein gutes Signal, daß dies auch in Zukunft so weitergehen solle. Im wirtschaftlichen Bereich lege Österreich großen Wert auf Zusammenarbeit in der Umwelttechnologie, und man würde hier gerne einige Initiativen entwickeln. Der Herr Bundeskanzler gab sodann einen kurzen Überblick über

7 Seitzers war am 20. November 1989 zu Sondierungsgesprächen in Ost-Berlin gewesen. Siehe Dok. 75.

8 Die DDR war niemals voll souverän, sinngemäß muss wohl die „Eigenstaatlichkeit“ gemeint sein.

9 Unter dem Abschnitt „DDR und BRD könnten wertvolles Beispiel für kooperative Koexistenz schaffen“ führte Modrow aus: „Indem sich beide deutsche Staaten uneingeschränkt respektieren, können sie zugleich wertvolles Beispiel kooperativer Koexistenz schaffen. Die Regierung der DDR ist bereit, die Zusammenarbeit mit der BRD umfassend auszubauen und auf eine neue Stufe zu heben. Dies gilt für alle Fragen: Sicherung des Friedens, Abrüstung, für Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Umweltschutz, Verkehr, Post und Fernmeldewesen, für die Kultur, den Tourismus und den umfangreichen humanitären Bereich. Wir sind dafür, die Verantwortungsgemeinschaft beider deutscher Staaten durch eine Vertragsgemeinschaft zu untersetzen [sic!], die weit über den Grundlagenvertrag und die bislang geschlossenen Verträge und Abkommen zwischen beiden Staaten hinausgeht. Dafür ist diese Regierung gesprächsbereit. So können beide deutsche Staaten und ihre Beziehungen wichtige Pfeiler für den Bau und die Ausgestaltung des gemeinsamen europäischen Hauses werden.“ Für die Regierungserklärung Modrows vom 17. November 1989 siehe Dok. 77, Anm. 4.

10 Auf der Leipziger Herbstmesse vom 3. bis 9. September 1989 gehörte Österreich auch inmitten der Flüchtlingskrise „zu den am repräsentativsten vertretenen Staaten Westeuropas“. Vgl. Graf, Österreich und die DDR 1949–1990, S. 583.

11 Derartige Rahmenverträge wurden seit 1982 jährlich geschlossen und avancierten zu einer tragenden Säule der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Dazu ausführlich: Graf, Österreich und die DDR 1949–1990, S. 497–528, 535–547, 562–569. Siehe zur Vereinbarung über die vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Republik Österreich und der DDR Telefax von Staatssekretär Heinz Sommerbauer, Wien, 21. November 1989, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „Staatsbesuche 1991, 1988“.

die ausgezeichnete österreichische Wirtschaftsentwicklung, sowie über die österreichische Integrationspolitik, und verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß das Festhalten Österreichs an der Neutralität und der Neutralitätspolitik gerade jetzt, in Anbetracht der Umgestaltung bei den osteuropäischen Nachbarstaaten, von großer Bedeutung sei.

Der Herr Bundeskanzler verwies darauf, daß er vor seiner Abreise noch ein ORF-Interview mit Herrn Krenz¹² gehört habe, wo dieser auch mit der Frage der deutschen Wiedervereinigung konfrontiert worden sei. Krenz habe dazu gemeint, daß das kein vordringliches Interesse der Bevölkerung der DDR sei. Österreich betrachte dies primär als eine Entscheidung, die von den deutschen Staaten zu treffen sei und würde auch diese Entscheidung respektieren. Andererseits müsse man aber auch den gesamteuropäischen Zusammenhang und in diesem Sinne auch die Beschlüsse der KSZE über die Stabilität in Europa in Betracht ziehen.

Der Übergang zu einer Pluralität des politischen Spektrums und deren staatsrechtliche Verankerung habe in Österreich viel aktives und sympathisierendes Interesse ausgelöst, das sich auch auf die Kooperation und die Unterstützung auswirken würde. Man habe nun im „Ost-West-Fonds“¹³ eine neue Konstruktion für

12 Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR (Oktober–Dezember 1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Die Sendungen des ORF aus diesem Zeitraum sind noch nicht digitalisiert und können daher noch nicht im Archiv nachgehört werden.

13 Im Vorfeld des Besuchs Vranitzkys bei Modrow hielt Finanzminister Ferdinand Lacina in Wien eine Pressekonferenz ab, in der er einen Ost-West-Fonds ins Spiel brachte und von Krediten für Osteuropa sprach. Frankreich und Großbritannien sollten Interesse für diesen Ost-West-Fonds haben, da beide Staaten zu diesem Zeitpunkt noch am Erhalt der DDR Interesse hatten. Von den in Österreich ins Gespräch gebrachten 5 Milliarden Schilling (rund 710 Millionen D-Mark) sollte nicht nur die DDR, sondern auch Polen profitieren. Helmut Kohl befürchtete, so Fritz Bauer, „dass der österreichische Vorschlag zum Nukleus einer größeren westeuropäischen Stützungsaktion werden könnte“, zumal auch eine Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (European Bank for Reconstruction and Development = EBRD) im Entstehen begriffen war, um deren Sitz in Wien sich Vranitzky beworben hatte. Letztlich bekam London den Zuschlag. Modrows Bitte um finanzielle Unterstützung im Ausmaß von 15 Milliarden D-Mark sollte bei seinem Besuch in Februar 1990 in Bonn von Kohl abgelehnt werden. Der österreichischen Initiative war es um einen reibungslosen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft im mittelständischen Bereich sowie um eine Sicherung und Hebung der österreichischen Konkurrenzfähigkeit gegangen. Zum Ost-West-Fonds siehe auch Michael Gehler, Eine Außenpolitik der Anpassung an veränderte Verhältnisse: Österreich und die Vereinigung Bundesrepublik Deutschland-DDR 1989/90, in: Ingrid Böhler/Michael Gehler (Hg.), Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 493–530, hier S. 500; Franz Vranitzky, „Es gibt in der Politik sowieso keine Patentlösungen, wie auch 1989/90 keine endgültigen Lösungen möglich waren“, sowie auch Ferdinand Lacina, „Wenn dies vielleicht auch nicht von vielen Österreichern so erlebt wurde: 1989 war natürlich ein tiefer Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte“ in: Michael Gehler/Andrea Brait (Hg.), Am Ort des Geschehens in Zeiten des Umbruchs. Lebensgeschichtliche Erinnerungen aus Politik und Ballhausplatzdiplomatie vor und nach 1989 (Historische Europa-Studien 17/Teilband 3), Hil-desheim/Zürich/New York 2017, S. 333–381, hier S. 349–352 und S. 449–483, hier S. 461–463.

die finanzpolitische Zusammenarbeit gefunden und könne für gemeinsame Investitionsprojekte und joint ventures etc. eine gesunde Basis anbieten. Österreich würde sich auch in den internationalen Gremien zugunsten der osteuropäischen Staaten aktiv engagieren. Leider seien in letzter Zeit einige Wirtschaftsprojekte in der DDR für Österreich verloren gegangen (z. B. BUNA, Leuna),¹⁴ und er wolle auch gerade deshalb das österreichische Interesse an der Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit deponieren.

MPr Modrow nahm dann noch kurz zur Frage der Wiedervereinigung Stellung. Diese habe verschiedene Aspekte: sie entspreche einerseits einem natürlichen Bedürfnis der Menschen, habe aber andererseits auch einige chauvinistische Aspekte (Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937).¹⁵ Die Situation in Europa sei heute an die Existenz zweier deutscher Staaten gebunden, und das sei das Verständnis, von dem man auszugehen habe. Selbstverständlich müsse man die Geschichte als einen Prozess sehen, der nicht stehenbleibe, aber jede diesbezügliche Veränderung werde viel Zeit brauchen und internationales Denken über weite Phasen. Er selbst könne sich eine Lösung dieses Problems höchstens innerhalb der „föderativen Strukturen eines größeren Europa“ vorstellen. Es sei in diesem Zusammenhang für ihn besonders wichtig, den Prozess der inneren Erneuerung mit allem zu verbinden, was europäische Verantwortung zeige.

Der Herr Bundeskanzler ist am Nachmittag des 24.11. noch zu Gesprächen mit Herrn de Maizière (CDU),¹⁶ Herrn Steffen Reiche (SPD)¹⁷ und Herrn Prof. Jens Reich (Forum)¹⁸ sowie mit Bürgermeister Momper¹⁹ zusammengetroffen.²⁰

14 Die Aktenlage lässt keine Rückschlüsse auf die konkreten Projekte zu.

15 Es ist unklar, worauf sich Modrow hier bezieht. Die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 wurde nicht angestrebt, die grundsätzliche Position der Bundesrepublik bestand darin, dass erst ein geeintes Deutschland endgültig über seine Grenze befinden könne. Siehe zu dieser Problematik und den einschlägigen Verträgen grundsätzlich Dok. 1, Anm. 17.

16 Lothar de Maizière, Vorsitzender der CDU in der DDR (1989/90), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

17 Steffen Reiche, Oktober 1989 Mitbegründer der SPD in der DDR, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

18 Jens Reich, September 1989 Koautor des Aufrufs „Aufbruch 89 – Neues Forum“, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

19 Walter Momper, Regierender Bürgermeister von Berlin (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

20 Zu den Gesprächen Vranitzkys mit de Maizière, Reiche und Reich liegen keine Aufzeichnungen vor. Über das Gespräch Vranitzky-Momper berichtete Generalkonsulin Gabriele Matzner am Rande eines allgemeineren Berichts über die Lage in Berlin. Siehe Dok. 79.

Dok. 79: Bericht. Berlin im November 1989, 27.11.1989

Generalkonsulin Gabriele Matzner an BMAA, Berlin (West), 27. November 1989, Zl. 162-RES/89, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ 518.01.13/1-II.1/89¹

Berlin im November 1989; Das Ende der Idylle; Neue Chancen und Probleme; Gespräch Bundeskanzler F. Vranitzky mit dem Regierenden Bürgermeister W. Momper am 24. November 1989

Noch stehen sie, die 43,1 km lange Mauer und die sonstigen Grenzbefestigungen, die Berlin-West von Berlin-Ost und vom Umland mehr als 28 Jahre abgetrennt haben. Doch über 22 Übergänge, 10 davon in den letzten Tagen neu geschaffen, strömen täglich viele Tausende DDR-Bürger in die Stadt. 350 Millionen DM „Begrüßungsgeld“ (100 DM pro Personen) wurden bisher – aus Bundesmitteln – an sie ausbezahlt. In den Hauptgeschäftsstraßen herrscht, vor allem an den Wochenenden, großes Gedränge. Anbieter von Lebensmitteln und billigeren Gebrauchsgütern freuen sich über Umsatzzuwächse, Geschäfte mit teuren Waren verzeichnen Umsatzrückgänge, zumal manche westliche Kundschaft wegen des Gedränges ausbleibt. Die Präsenz von „Trabis“ auch in ausgesprochenen Wohnstraßen bezeugt, dass der Besucherstrom nicht nur den Geschäften, sondern auch Verwandten und Bekannten gilt.

Logistisch erwies sich der Westteil der Stadt relativ gut gerüstet. Vorbereitungen für eine – ursprünglich erst für Anfang Dezember erwartete – Öffnung der Grenzen waren bereits angelaufen, Zeitpunkt und Ausmaß des Ansturms kamen freilich unerwartet. Trotz begreiflicher Euphorie, trotz anfänglicher Verkehrsprobleme verliefen die ersten Tage in bemerkenswerter Disziplin.

Doch wie wird es weitergehen in dieser Stadt? Vieles ist neu zu denken, darf neu gedacht werden. Das Ende der Idylle, die das geschützte, begrenzt und subventionierte Berlin (West) für viele trotz allem bot, ist offenbar. Der goldene Käfig ist aufgebrochen. Ein frischer, rauherer Wind hebt an.

Für die Zukunft mangelt es nicht an Ideen, Vorstellungen, Vorschlägen, in denen Hoffnungen und Befürchtungen zum Ausdruck kommen. Sie betreffen ganz praktische, stadtpolitische Fragen wie Verkehr, Bauwesen, Umwelt und Arbeitsmarkt. Jahrzehntelang stillgelegte Straßen-, S-, U-Bahn- und Schifffahrtsverbindungen wurden neu geknüpft, andere sollen es noch werden. Die Diskussion um den Flugverkehr hat neue Nahrung erhalten, darunter auch die Idee, den West-Berliner Flughafen Tegel und den Berlin-nahen DDR-Flughafen Schönefeld arbeitsteilig gemeinsam für Reisende aus Ost und West nutzbar zu machen bzw.

1 Der Bericht wurde im BMAA dem Generalsekretariat, dem Kabinett des Bundesministers und der Abteilung II.1 vorgelegt. Auf Nachfrage von Legationsrat Marius Calligaris vom 1. Dezember 1989 („Schon erledigt?“) veranlasste Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner am 11. Dezember 1989 die Weiterleitung des Berichts an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin (Ost), Calligaris zeichnete den Akt am 12. Dezember 1989 noch einmal ab.

auszubauen oder einen neuen Großflughafen außerhalb Berlins zur gemeinsamen Nutzung zu schaffen. Der Wohnungsknappheit könnte durch bauliche Nutzung von Flächen in der DDR begegnet werden. Umweltprobleme, die die gesamte Stadt betreffen (Smog) könnten gemeinsam angegangen werden. Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt könnte in Zusammenarbeit ausgeglichen werden (z. B. arbeitslose West-Berliner Ärzte im Osten arbeiten, der Facharbeitermangel im Westen durch im Osten lebende Kräfte gelindert werden) und dgl. mehr. Das „Umland“ könnte für West-Berliner touristisch erschlossen werden. Mittelfristig wird damit gerechnet, dass die „Metropole“ Berlin, Ost und West, auf 5 Mio. Einwohner (derzeit zusammen 3,2) anwachsen wird. Eine gemeinschaftliche Stadtplanung ist im Gespräch.

Auch der Phantasie sind keine Grenzen mehr gesetzt, allerdings fehlt es für vieles noch an rechtlichen Voraussetzungen.

Vorläufig gilt für die West-Berliner nach wie vor Visumpflicht und Zwangs-umtausch. Vielleicht nur vorübergehend ist ihre Lebensqualität durch den Massenansturm, die schadstoffreichen Abgase der „Trabis“ und die verstopften Transitwege in den Westen beeinträchtigt.

Zwar ist die Zuwachsrate der Übersiedler aus der DDR, deren Berlin (West) 1989 bisher 40.000 aufgenommen und zum Teil nur notdürftig in Lager und Turnhallen untergebracht hat, seit Öffnung der Grenzen nicht mehr gestiegen, doch melden sich derzeit immer noch täglich rund 500 Übersiedlungswillige bei den West-Berliner Behörden. Momper spricht von einer „stabilen Fluchtlage“. Der Senat sieht sich schon dadurch vor große finanzielle Probleme, da Bonn für 1990 erbetene zusätzliche Finanzhilfe in der Höhe von rund 1 Milliarde DM bisher nicht positiv beschieden hat. Diese Angelegenheit wird voraussichtlich auch Thema der für 1. Dezember d. J. geplante Unterredung des Regierenden Bürgermeisters mit Bundeskanzler Kohl und anderen Mitgliedern der Bundesregierung sein.² Der Ausbau der städtischen Infrastruktur, insbesondere öffentlicher Verkehrsmittel und des Wohnbaus, werden im kommenden Jahr weitere Kosten in Höhe von vielen Millionen DM verursachen.

Fundamentale Veränderungen im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge stehen aller Voraussicht nach noch bevor: Solange keine Grundlage für eine ausreichende Versorgung der reisewilligen DDR-Bevölkerung mit Devisen geschaffen wird (diesbezüglich gibt es bekanntlich verschiedene Ideen und Vorschläge), ist insbesondere in Berlin mit einem Aufblühen von Schwarzhandel und Schwarzarbeit, Spekulationen und Devisenschieberei zu rechnen, die nicht nur eine weitere Schwächung der Währung und Wirtschaft der DDR und soziale Probleme dort, sondern wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten auch in diesem Teil der Stadt verursachen könnten. Der sogenannte „Polenmarkt“, auf dem seit gut einem Jahr wöchentlich ca. 80.000 polnische „Touristen“ illegal, aber geduldet, Waren aller Art polnischen und DDR-Ursprungs verkaufen, könnte eine gewaltige Ver-

2 Siehe Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Regierenden Bürgermeister Momper, Bonn, 1. Dezember 1989 (= Dokument Nr. 103), in: Deutsche Einheit, S. 578–579.

stärkung erfahren, sehr zum Unmut der heimischen Kleingewerbebetreibenden. Arbeitskräfte, die im Osten billig, weil subventioniert, wohnen und kaufen, könnten – aus DDR-Sicht illegal – in West-Berlin, sei es „schwarz“, sei es legal, arbeiten und so das Arbeitsplatzangebot im Westen für die rund 100.000 heimischen Arbeitssuchenden reduzieren. Schon im Oktober ist die Arbeitslosenrate durch den Zustrom von Übersiedlern von 8,9 auf 9,1 % gestiegen. Soziale Probleme könnten das rechtsradikale Potential in Berlin (West) – und Ost – verstärken. Mehr als 3 Milliarden Ost-Mark sind seit dem 9. November aus der DDR „abgeflossen“, d. h. für Zwecke der Devisenbeschaffung über die Grenze gebracht worden. Eine weitere Möglichkeit der – legalen – Devisenbeschaffung für DDR-Bürger ist die Inskription an Universitäten in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland und sei es auch aus wahrhaftigem wissenschaftlichem Interesse (Studienbeihilfe in der Höhe von bis zu DM 800 monatlich).

Solcher Praktiken, wie sie neben der Massenflucht 1961 zum Mauerbau führten, will die DDR-Führung durch Beschränkungen des Einkaufes im Lande, zollrechtliche Maßnahmen und erforderlichenfalls Passenzug Herr werden. Ob dies, wenn es wirksam sein soll, à la longue auch politisch durchsetzbar sein wird hängt, wie vieles andere, davon ab, ob es gelingt, der DDR-Bevölkerung Vertrauen in die eigene politische und wirtschaftliche Zukunft zu vermitteln.

Das Interesse, eine solche Entwicklung hintanzuhalten oder wenigsten in vernünftige Grenzen zu halten, teilt grundsätzlich der Berliner Senat und drängt daher – übrigens schon vor dem 9. November – auf eine Lösung des Devisenbeschaffungsproblems sowie auf rasche und kooperative Entscheidungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft der DDR. Auch in diesem Punkt gibt es offene Meinungskonflikte zwischen dem SPD-AL-Senat³ und Teilen der CDU sowie zwischen dem Regierenden Bürgermeister Walter Momper und einzelnen Mitgliedern der Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler Helmut Kohl. Dieser Gegensatz ist auch persönlich bedingt und dürfte daher auf Gegenseitigkeit beruhen.

In der sich anbahnenden Entwicklung sehen aber hiesige Politiker auch die Möglichkeit, langerhoffte und bisher kaum oder wenig realistische Pläne nicht nur für die kommunalpolitische Entfaltung, sondern auch für die wirtschaftliche, politische und kulturelle sowie die internationale Rolle und Bedeutung Berlins künftig verwirklichen zu können.

Berlin könne einen wirtschaftlichen „Boom“, z. B. durch seine auch geographisch naheliegende Funktion bei der wirtschaftlichen Sanierung und Erschließung der DDR, erfahren. Berlin könnte, wenn Handlungsbeschränkungen, die sich aus bisher praktizierter östlicher Interpretation des Viermächtestatus erben, wegfallen, auch politisch – national und international – eine wichtigere Rolle als bisher spielen. Anzeichen für eine flexiblere Interpretation des Status gäbe es sowohl aus Moskau als auch aus Ost-Berlin. Diese betreffen v. a. die Hinnahme der Bindung Berlins an den Bund. Positiv wurde in diesem Zusammenhang ver-

3 AL = Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz.

merkt, dass Hans Modrow in seiner Regierungserklärung vom 17. November⁴ darauf verzichtet hat, den Beziehungen zu West-Berlin einen eigenen, von denen zur Bundesrepublik Deutschland abgesetzten Abschnitt zu widmen.

Die langgehegten und -verfolgten Pläne, Berlin als „Drehscheibe“ und „Scharnier“ insbesondere der sich entfalteten Ost-West-Beziehungen zu machen, werden unter den sich ändernden Verhältnissen als realisierbar erachtet. Die Ansiedelung internationaler Institutionen, die Abhaltung internationaler Konferenzen und Veranstaltungen (Messe, Olympiade) könnten verwirklicht und/oder durch Beteiligung auch der RGW-Länder attraktiver werden. Der Abschluss von Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und RGW-Ländern müsste nicht länger wegen Differenzen um eine „Berlin-Klausel“ verzögert oder verhindert werden.

Symptomatisch für die neue Entspannung auch im offiziellen Umgang zwischen beiden Teilen der Stadt war das *Procedere* beim Besuch Herrn Bundeskanzler Vranitzky am 24.11.d.J.:⁵ Eine Limousine des DDR-Protokolls mit Ost-Berliner Nummer, beflaggt mit österreichischen Fahnen, eskortiert von West-Berliner Polizei und Sicherheitsdienst brachte den Herrn Bundeskanzler zu seinem Termin bei Momper und von dort bis zum Grenzübergang beim Schönefelder Flughafen.

Nicht nur in der Frage der Taktik bei der Lösung praktischer Fragen und deren Finanzierung manifestierten sich Meinungsunterschiede innerhalb und zwischen politischen Parteien derzeit deutlicher als sonst. Die Hauptdifferenz z. B. zwischen dem Regierenden Bürgermeister Walter Momper (SPD) und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl betrifft zumindest verbal die Frage der Zweistaatlichkeit bzw. der „Wiedervereinigung“. Momper lehnt das, was er „Wiedervereinigungsgequatsche“ nennt, entschieden als schädlich ab, fordert von Bonn rasche, und nicht erst nach Erfüllung gewisser, weitgehend bereits zugesagter, demokratie- und wirtschaftspolitischen Bedingungen zu leistende Hilfe für die DDR. Manchen Kräften in CDU und CSU unterstellt er Ignoranz, Säumigkeit und sogar die böse Absicht, die DDR zwecks Übernahme der Konkursmasse „aushungern“, „den Laden gegen Null laufen lassen“ zu wollen. Er kann dabei z. B. auf Aussagen des CDU-Generalsekretärs Volker Rühle verweisen, der am Ziel der „Wiedervereinigung“ z. B. in dem in Fotokopie beiliegenden Interview mit der „Berliner Morgenpost“ vom 24.11.d.J.⁶ keinen Zweifel lässt. Der relativ ergebnislose Verlauf des ersten Besuchs von Kanzlerminister Seiders in Ost-Berlin verstärkt Mompers Misstrauen über Bonner politische Absichten.⁷ Der „Bonner Ton“ sei laut Momper heute manchmal „ganz schön großdeutsch“. Momper sieht darin auch einen Vorboten des Bundestagswahlkampfes. Momper verweist auf die Tatsache, dass weder die

4 Für die Regierungserklärung Modrows vom 17. November 1989 siehe Dok. 77, Anm. 4 und Dok. 78, Anm. 9.

5 Siehe Dok. 78.

6 Vgl. Rühle: Voreilige Hilfszusagen wären ein Fehler, in: Berliner Morgenpost, 24. November 1989, 18.

7 Seiders war am 20. November 1989 zu Sondierungsgesprächen in Ost-Berlin gewesen. Siehe Dok. 75.

SED noch die „Blockparteien“, noch die im Aufbau begriffenen oppositionellen Gruppen und Parteien in der DDR die „Wiedervereinigung“ wünschen bzw. zum Gesprächsthema haben. Momper ist gegen eine rasche Abhaltung freier Volkshaus-Wahlen in der DDR, da dort alle politischen Gruppierungen noch Zeit zu Reform und Organisation bräuchten. Auch Vorschlägen aus der eigenen Partei, zur Erörterung eine „Vier-Mächte-Konferenz“ einzuberufen,⁸ widerspricht der Regierende Bürgermeister mit der Begründung, dass Rechte der Alliierten oder Statusfragen durch die derzeitige Entwicklung und die zu lösenden praktischen Fragen nicht berührt seien. Seine Positionen sind in der beiliegenden Regierungserklärung vom 16. November 1989 zusammengefasst.⁹ Er hat sie auch gegenüber Bundeskanzler Vranitzky anlässlich des Gespräches am 24.11. dargelegt.

Momper und der Berliner Senat pflegen intensive Kontakte mit Entscheidungsträgern und Oppositionellen auf der anderen Seite der Mauer und verneinen deshalb, im Besitz eines Informationsvorsprungs gegenüber Bonner Politikern zu sein. Es wäre dies übrigens kein neues Phänomen der Berliner Politik.

Der Spielraum Berlins, deutschlandpolitisch eigene Akzente zu setzen, ist freilich – finanziell und rechtlich – eng begrenzt. Unter Vorsitz des Wirtschaftssenators¹⁰ haben sich kürzlich immerhin Vertreter der Berliner Wirtschaft zusammengefunden, um jene Möglichkeiten wirtschaftlicher Hilfe und Kooperation zu sondieren, die man auch ohne und vor Bonner Entscheidung in Angriff nehmen kann. Dabei ist die Gesprächsrunde zu der Überzeugung gelangt, dass die wirtschaftlichen Probleme der DDR, beispielsweise im Vergleich zu denen Polens „nicht so dramatisch“ seien.

Wir beurteilen die alliierten Schutzmächte die neue Lage? Dazu ergab ein „Briefing“ für h. Missionschefs kürzlich folgendes:¹¹

Wie auch die Berliner Politiker erklären sie den Status der Stadt und ihre Rolle als durch die neue Lage nicht berührt und deshalb unverändert. Sie halten es ihrer schützenden und praktische Fortschritte fordernden und fördernden Funktion in der Vergangenheit zugute, dass es nunmehr zu diesen Entwicklungen kommen konnte. Sie leisten Hilfe bei der Bewältigung gegenwärtiger Probleme z. B. Unterbringung von Übersiedlern, sie betonen die gute Kooperation mit Berliner

8 Insbesondere Egon Bahr und Günter Gaus waren mit diesem, auch von einigen CDU-Vertretern ausgesprochenen, Gedanken an die Öffentlichkeit getreten, der aber selbst im SPD-Präsidium keine Unterstützung fand. Mehrheitlich wurde eine Vier-Mächte-Konferenz als nicht zeitgemäß angesehen. Zu Bahrs Überlegungen zum Thema Friedensvertrag Ende der 1980er-Jahre siehe auch Dok. 20, dort auch Anm. 16.

9 Die „Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper in der Stiftung Abgeordnetenhauses am 16. November 1989“ liegt dem Bericht bei. In dieser hatte Momper ausgeführt: „Wir wollen auch nicht vergessen, daß die Freiheit, die wir jetzt wieder haben, nicht möglich geworden wäre ohne die Standhaftigkeit der Alliierten Schutzmächte.“ Sonst erwähnte er die Alliierten nicht.

10 Peter Mitzscherling, Senator für Wirtschaft Berlins (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Es konnte nicht aufgelöst werden, wann dieses „Briefing“ der Alliierten stattfand.

Politikern und Behörden – und mit sowjetischen Diplomaten. Ein sowjetischer Protest gegenüber der DDR (wie er in der New York Times gemeldet worden sein soll) betreffend die Art und Weise der Öffnung der Mauer (laut dieser Meldung ohne Vorinformation der sowjetischen Stellen) sei ihnen unbekannt. Über ihre – ha. von gutinformierten Kreisen beobachtete, eigene Verärgerung über die Öffnung der bisher ausschließlich alliierten Bewegungen vorbehaltenen Glienicker Brücke nach Potsdam für den allgemeinen Besucherverkehr schweigen sie. Auch der bisher militärischen, diplomatischen, konsularischen und sonstigen Ausländern vorbehaltene „Checkpoint Charlie“ ist für Besucher aus der DDR (und West-Berliner) geöffnet worden. Die übrigen, auch die neuen, Übergänge können jedoch von der erstgenannten Personengruppe nur wie bisher benutzt werden, d. h. mit wenigen Ausnahmen (z. B. Glienicker Brücke, Bahnhof Friedrichstraße) gar nicht (während bis 1961 zumindest die Militärmissionen alle damals vorhandenen Übergänge unkontrolliert benutzen konnte). Hier steht – von den Schutz-mächten zugestanden – eine Regelung aus, zumal die Rechte der Alliierten auf ungehinderte Bewegungsfreiheit in ganz Berlin nicht rechtlich, aber praktisch (lange Wartezeiten an den wenigen möglichen Übergängen) beeinträchtigt erscheinen.

Nicht auf der Tagesordnung steht auch für die Alliierten die Frage einer „Wiedervereinigung“, wie der britische Außenminister Douglas Hurd anlässlich seines kürzlichen Berlin-Besuch offiziell bestätigt.¹² Darin und in dem Wunsch nach einer ruhigen, stabilen und friedlichen Entwicklung in und um Berlin wissen sie sich mit der Sowjetunion eins (Gorbatschow habe dies brieflich nach der Öffnung der Mauer Präsident Bush und Premierministerin Thatcher gegenüber geäußert).¹³ Was die „Berlin-Initiative“¹⁴ anlangt, warte man noch immer auf eine sowjetische Reaktion (vgl. Ber. Zl. 186-Res/88 v. 3.10.88).¹⁵ Aber man rechne z. B. nicht damit, dass die Sowjetunion an den Beratungen der Alliierten Kom-

12 Der britische Außenminister Douglas Hurd besuchte am 15. und 16. November 1989 Berlin und Bonn. Siehe dazu Dokument 52, in: DBPO III/VII: German Unification.

13 Am 10. November 1989 wandte sich Gorbatschow an Thatcher, Mitterrand und Bush und warnte vor einer Destabilisierung der Lage in Berlin nach dem Fall Mauer. Siehe: Mündliche Botschaft Michail Gorbatschows an Präsident François Mitterrand, Premierminister Margaret Thatcher und Präsident George Bush, 10. November 1989 (= Dokument Nr. 29), in: Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Wiesbaden, 1999, S. 539.

14 Am 29. Dezember 1987 übergaben die drei West-Alliierten durch den französischen Botschafter in Moskau an die Sowjetunion ein Memorandum mit der „Berlin-Initiative“. In diesem sehr allgemein gehaltenen Text kommt der Wunsch nach Gesprächen mit der Sowjetunion über den Luftverkehr von und nach Berlin, die Abhaltung internationaler Konferenzen in Berlin (West) und in der gesamten Stadt und über den Sport- und Jugendaustausch zwischen den Stadthälften zum Ausdruck. Auch die Austragung von gemeinsamen Olympischen Spielen wurde genannt, siehe Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 19. Februar 1988, BMEIA, ÖB Bonn, RES-1988 (2–5), Karton 56.

15 Damals wurde auf Basis einer Presseaussendung und eines Interviews mit dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen in der Berliner Morgenpost vom 2. Oktober 1988 berichtet. Die sowjetische Antwort auf die „Berlin-Initiative“ (Anm. 14) wurde seitens des West-Alli-

mandanturen, die sie 1948 verlassen hat,¹⁶ wieder teilnehmen könnte. Auf andere Weise stehe man jedoch in „enger Verbindung“ mit den Sowjets. Für die erwünschte Stabilität sei zweifellos die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der DDR maßgebend, ein möglicher alliierter Beitrag dazu könne erst nach Einschätzung der kommenden Entwicklung formuliert werden. Diesbezüglich sei man auch mit der Bundesregierung in Verbindung, welcher dabei eine wesentliche Rolle zukomme.

Faktisch scheinen die Alliierten derzeit in die Rolle von wohlwollenden Zuschauern versetzt; die Initiative liege bei den Deutschen, die diese bislang allerdings mit Umsicht und Rücksicht auf die Alliierten wahrzunehmen scheinen.

Doch wie wird die Lage in und um Berlin künftig sich darstellen? Welche Szenarien besitzen Regierungswahrscheinlichkeit? Wie stellen sich dann Präsenz und Rolle der Alliierten dar?

Selbst ohne staatliche „Wiedervereinigung“ ist z. B. in absehbarer Zukunft eine Situation vorstellbar, in der Berlin (West) als Land der Bundesrepublik unumschränkt anerkannt werden kann, mit offenen Grenzen mitten in einer politischen und wirtschaftlichen sich reformierenden DDR liegt. Selbst wenn dann noch die Militärpakte existieren, beide deutsche Staaten unterschiedlichen Pakten angehören und sowjetische Truppe in der DDR stehen, müsste sich spätestens dann die Frage der Rolle der westlichen Schutzmächte neu stellen. Wie sollte z. B. ein derart vom theoretischen Feind unbefestigt umschlossenes Land verteidigt werden? Wie könnten unerwünschte Personen wie bisher von ihm ferngehalten werden? Wie könnten die Präsenz, der Handel mit bisher verbotenen Gütern (z. B. solchen, die der Produktion von Waffen dienen) und der Export von KOCOM-Waren¹⁷ in die DDR verhindert werden? Wie wird sich die Bevölkerung unter solchen Lebensbedingungen zu alliierten Manövern und Schießplätzen stellen? Die US-Radiostation verkündet derzeit den Soldaten, dass ihre Mission „dieselbe“, trotz der neuen freundlichen Gesichter aus dem Osten, die US-Armeezeitschrift berichtet über „worst-case-scenarios“ möglicher allgemeiner Streitkräftereduzierung des Pentagon.

Die Alliierten haben schon in der Vergangenheit erklärt, so lange bleiben zu wollen, als es die Sicherheit Berlins erfordert und es die Berliner wünschen. Mit einiger Sicherheit lässt sich sagen, dass die drei westlichen Alliierten ohne Abzug

ierten als „leider negativ und unkonstruktiv“ bezeichnet. Generalkonsulin Gabriele Matzner an BMAA, Berlin (West), 3. Oktober 1988, Zl. 186-RES/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, Karton Res-Berichte 1988.

16 Die Alliierte Kommandantur war jene Einrichtung, mit der die vier Besatzungsmächte USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion den Großraum Berlin kontrollierten. Am 16. Juni 1948 zog der sowjetische Vertreter aus. Die Kommandantur blieb jedoch bestehen, konnte ihre Anordnungen jedoch nur noch in den drei westlichen Zonen durchsetzen. Offiziell beendete die Kommandantur am 15. März 1991 mit dem Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrags ihre Tätigkeit.

17 Korrekt: CoCom. Siehe Dok. 23, Anm. 18.

der sowjetischen Truppen aus der DDR und substantieller (in Wien¹⁸ zu erreichen) Reduzierung in Berlin präsent bleiben werden. Es wäre verfrüht, Antworten auf mögliche, vielleicht sogar wahrscheinliche Entwicklungen in der Zukunft schon heute zu erwarten.

Vieles wird von der weiteren Entwicklung in der DDR abhängen. Deren derzeitige Situation bezeichnet Momper gegenüber Bundeskanzler Vranitzky als „dynamisch-labil“. Bewegung hat eingesetzt, das angestrebte oder erreichbare Ziel ist ebenso wenig klar bestimmt wie die Mittel.

Presseberichte Berliner Tageszeitungen über den Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Berlin sind in Fotokopie beigegeben.¹⁹

Die Generalkonsulin
(Dr. Gabriele Matzner)

Dok. 80: Information. Kohls Zehn-Punkte-Programm, 29.11.1989

Information für den Herrn Bundesminister, Gesandter Johann Plattner, Wien, 29. November 1989. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/19-II.1/89¹

BRD-DDR; Programm zur deutschen Wiedervereinigung

18 Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

19 Auf eine Auflistung der Presseberichte wird verzichtet.

1 Die von Plattner und Legationsrat Marius Calligaris in der Abteilung II.1 erstellte Information erging an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, alle Abteilungen der Sektion II, die Leiter der Sektionen III, IV, V, VI, VII und das Generalinspektorat. Kohls per Telefax im BMAA eingelangter Redetext (für den Abdruck Anm. 2) liegt dem Akt bei. Ebenfalls am 29. November 1989 und in direktem Zusammenhang mit der Erstellung dieser ersten Information forderte Plattner mit GZ. 22.17.01/18-II.1/89 per Zirkulardepesche an die österreichischen Vertretungsbehörden im Zuständigkeitsbereich der Abteilung II.1 dazu auf, über die Reaktionen auf Kohls Zehn-Punkte-Programm zu berichten: „Drahtberichtet in Kurzform und ungeachtet bereits erfolgter einschlägiger Berichterstattung über Haltung do. Regierung zu Wiedervereinigungs-Plan BK Kohls. Bei allenfalls erforderlicher Vorsprache im do. Außenministerium wolle ggstl. Frage in allgemeinen tour d'horizon über politische Entwicklung in Europa eingebunden werden.“ Ergebnis der darauffolgenden Berichterstattung waren u. a. die hier abgedruckten Dok. 85, 96 und als Synthese Dok. 92. Der Leiter der Abteilung II.3 Gesandter Sucharipa forderte die Vertretungsbehörden im Zuständigkeitsbereich der „Ostabteilung“ ebenfalls am 29. November mit GZ. 22.17.01/21-II.3/89 zur Berichterstattung auf: „Botschaft wolle – unbeschadet laufender Berichterstattung – über aktuelle Position des Empfangsstaates zur Frage der deutschen Wiedervereinigung, eventuell unter Zitierung jüngster do. als autoritativ angesehener offizieller Stellungnahme fs-berichten. Sofern bereits

BK Kohl hat am 28. November 1989 im Bonner Bundestag ein Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Wiedervereinigung vorgelegt,² welches im wesentlichen folgenden Inhalt hat:

- 1) Auf Grund der neuen Dimension im innerdeutschen Reiseverkehr: Beitrag zu Devisentopf für DDR-Staatsbürger; Gegenleistung: Aufhebung des Mindestumtausches für westliche Reisende in DDR.
- 2) Verstärkte Kooperation BRD – DDR in verschiedensten Bereichen. Modernisierung des Telefonnetzes der DDR und der Eisenbahnverbindungen.
- 3) Bedingungen für BRD-Hilfe ist grundlegender und unumkehrbarer Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR.
- 4) Vertragsgemeinschaft BRD – DDR durch enges Netz bilateraler Vereinbarungen und gemeinsame Kommissionen.
- 5) Entwicklung konföderativer Strukturen mit dem Ziel der Schaffung einer bundestaatlichen Ordnung in Deutschland (gemeinsame Regierungsausschüsse, gemeinsames parlamentarisches Gremium).
- 6) Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen muß in gesamteuropäischen Prozeß und Ost-West-Beziehungen eingebettet sein (Verweis auf gemeinsame Erklärung BRD-SU vom Juni 89).³
- 7) EG muß Flexibilität und Offenheit gegenüber reformwilligen Staaten Osteuropas zeigen. Befürwortung eines Handels- und Kooperationsabkommens EG-DDR.⁴
- 8) KSZE-Prozeß bleibt Herzstück der gesamteuropäischen Strukturen (Hinweis auf bevorstehende KSZE-Foren).⁵ Neue Formen der Wirtschaftszusammenarbeit Ost-West sollten entwickelt werden.
- 9) Überwindung der Trennung Europas erfordert Fortschritte in Abrüstung und Rüstungskontrolle.
- 10) Ziel der BRD ist Zustand des Friedens in Europa, in welchem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann.

feststellbar, interessiert insbesondere auch Haltung zu 10-Punkte-Plan BK Kohls.“ Ergebnis der darauffolgenden Berichterstattung waren u. a. die hier abgedruckten Dok. 89, 91 und als Synthese Dok. 100.

2 Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 173. Sitzung, Bonn, 28. November 1989, S. 13502–13514. Siehe auch Dokument 101, in: Deutsche Einheit.

3 Siehe Dok. 41, Anm. 3.

4 Die Regierung Modrow hatte am 17. November 1989 der EG-Kommission eine Aide-mémoire übermittelt, in dem sie um den zeitnahen Beginn von Verhandlungen ansuchte und ihrem Wunsch nach „Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technologie, Umweltschutz, Transport, Fischerei, Standardisierung und Statistik wie auch in humanitären Bereichen, Kultur, Bildung und Information“ Ausdruck verlieh. Siehe Europa-Archiv, D 2–4.

5 Konkret erwähnte Kohl die geplanten Menschenrechtskonferenzen in Kopenhagen und Moskau 1990 und 1991, die bevorstehende „Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit“ die vom 19. März bis 11. April 1990 in Bonn tagte, das 1991 durchgeführte Symposium über das kulturelle Erbe in Krakau und nicht zuletzt das nächste KSZE-Gipfeltreffen, dessen Durchführung man damals noch in Helsinki erwartete.

Bemerkt wird, daß nicht nur der Koalitionspartner FDP, sondern auch die SPD dem Programm Kohls zugestimmt hat.

Der Vorstoß BK Kohls mag sich aus innenpolitischen Gründen (Parlamentswahlen im Dezember 1990)⁶ als zweckmäßig erwiesen haben; vom Standpunkt der Europa-Politik aus gesehen, wäre aber wohl eine vorsichtigere, zuwartende Haltung der Bonner Regierung wünschenswert gewesen: Gorbatschow wäre nicht durch die Problematik der deutschen Wiedervereinigung zusätzlich belastet worden und den westlichen Verbündeten der BRD wäre mehr Zeit für eine Koordinierung ihrer Haltung zur Verfügung gestanden.

Bisher feststellbare Reaktionen:

PM Thatcher: Frage wird sich erst in einigen Jahren stellen.

Präsident Bush: Möchte sich erst nach Zusammentreffen mit BK Kohl (4. Dezember)⁷ zu dieser Frage äußern.

Staatsratsvorsitzender Krenz: Wiedervereinigung steht nicht zur Debatte.

MP Mazowiecki: Frage ist nicht aktuell.

Lech Wałęsa: Sehr ablehnend.

Schon vor Bekanntwerden des 10-Punkte-Programms hat die SU klar gegen eine Wiedervereinigung Stellung genommen. Präsident Bush hatte sich zuerst positiv, in der Folge aber (offensichtlich über Ersuchen Genschers) zurückhaltend vernehmen lassen. Bei allen westeuropäischen Staaten ist eine gewisse Zurückhaltung in der Frage unverkennbar, wenngleich sich keiner dieser Staaten offen gegen eine Wiedervereinigung ausgesprochen hat.

Plattner m. p.

6 Die für Dezember 1990 vorgesehenen Bundestagswahlen in der Bundesrepublik wurden zu den ersten Wahlen im geeinten Deutschland.

7 Kohl und Bush trafen am 3. Dezember 1989 (vor dem am Folgetag beginnenden NATO-Summit) in Laeken bei Brüssel zum Abendessen zusammen. Für die Aufzeichnung über das Gespräch siehe Dokument 109, in: Deutsche Einheit. Im Gespräch führte Bush gleich eingangs über sein Gipfeltreffen mit Gorbatschow an Bord des sowjetischen Kreuzfahrtschiffs „Maxim Gorki“ vor Malta aus: „Gorbatschow habe sich sehr interessiert an der deutschen Frage gezeigt. Der Bundeskanzler kenne ja Gorbatschows Position. Gorbatschow meine, daß die Deutschen zu schnell vorangingen. Bush habe dazu gesagt, er habe durchaus nicht dieses Gefühl. Der 10-Punkte-Plan des Bundeskanzlers sehe drei Stufen, aber keine Daten vor. Gorbatschow habe bei der Erörterung der deutschen Frage recht gespannt gewirkt. Er habe gesagt, Kohl gehe zu schnell voran. Er, Bush, habe dazu bemerkt, dies sei eine emotional sehr geladene Zeit für die Deutschen. Er kenne Kohl. Er sei vorsichtig und werde die Dinge nicht überstürzen.“

Dok. 81: Bericht. Gespräch mit DDR-Botschafter König in Moskau, 29.11.1989

Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Moskau, 29. November 1989, 327-RES/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

Beziehungen SU-DDR; Gespräch mit DDR-Botschafter König (Info)

1) Heute hatte ich Gelegenheit, mich mit dem hiesigen DDR-Botschafter König² über die Situation in seinem Land und dessen Verhältnis zur Sowjetunion zu unterhalten. Auf meine Frage, welche Stellung die hiesige Führung zu den jüngsten Entwicklungen in der DDR einnimmt, meinte er in sarkastischem Ton, er habe diesbezüglich bis dato überhaupt keine Linie in Moskau feststellen können. Etwas spöttisch fügte er hinzu, vielleicht habe sich Herr Gorbatschow seit heute etwas in dieser Hinsicht zurechtgelegt. Da er ja Präsident Bush gegenüber hiezu in irgendeiner Form werde Stellung beziehen müssen.³

Man habe sich bei der hiesigen Führung für die Veränderungen in der DDR stark gemacht, aber niemand habe sich überlegt, wie sich der Prozess entwickeln wird und welche Position man zu dem zukünftigen Status der DDR und der deutschen Frage einnehmen werde. Dies gelte sowohl für die Moskauer Parteizentrale als auch für das hiesige Außenministerium.

2) Hinsichtlich der Frage, ob Herr Krenz im Amt bleiben wird, äußert sich Botschafter König eher pessimistisch und verwies dabei auf die Erklärung des Dresdener Oberbürgermeister Berghofer⁴ in Hamburg,⁵ dass er als Gegenkandidat gegen Krenz zur Verfügung stünde.

3) Was die innere Entwicklung der DDR anbelangt, so gingen die meisten Impulse für überstürzte Erneuerung von Leipzig aus. Man habe diese Stadt, was den

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25499 an das BMAA und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Am Ballhausplatz wurde er von der Abteilung II.3 unter GZ. 43.17.03/1-II.3/89 in Bearbeitung genommen. Es erfolgte die Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin.

2 Gerd König, Botschafter der DDR in der UdSSR (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Bush und Gorbatschow trafen am 2./3. Dezember 1989 an Bord des sowjetischen Kreuzfahrtschiffs „Maxim Gorki“ vor Malta zu einem Gipfeltreffen zusammen. Für die Protokolle des Gipfels siehe Dokumente 81–85, in: The Last Superpower Summits. Siehe dazu auch bereits Dok. 80, Anm. 7.

4 Wolfgang Berghofer, Oberbürgermeister von Dresden (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Berghofer hatte eine Gegenkandidatur zu Krenz in einem Interview mit dem Stern nicht ausgeschlossen. Gegenüber dem ADN ließ er sich dann aber rasch relativierend vernehmen: „Zu seinem Interview mit dem ‚Stern‘ teilte Dresdens OB Berghofer am Montagabend dem ADN mit, daß in der gegenwärtig komplizierten Lage des Landes Personalfragen für ihn von untergeordnetem Interesse seien. Der außerordentliche Parteitag der SED werde demokratisch einen Generalsekretär wählen. Er habe nicht die Absicht, sich für diese Funktion zu bewerben.“ Siehe: Neues Deutschland, 28. November 1989, S. 2.

Wiederaufbau und die sozialen Einrichtungen betrifft, jahrzehntelang vernachlässigt und daher sei von dort aus der Druck besonders stark. Er, König, habe auch schon immer dafür plädiert, die Ausreisebestimmungen zu lockern. Man hätte da nach anfänglichen „Auswanderungsverlusten“ die Lage wahrscheinlich stabilisieren können. Außerdem hätte man schon nach Helsinki (1975) mit der personellen Erneuerung der Führung beginnen sollen. Alle diese Versäumnisse hätten den Druck verschärft und die jetzigen überstürzten Prozesse ausgelöst.

4) Als ich ihn auf den Wiedervereinigungsplan Bundeskanzler Kohls⁶ ansprach, meinte er zu meiner Verblüffung, einen solchen Stufenplan allmählich verstärkter Zusammenarbeit hätte man schon vorher in der DDR ausarbeiten sollen. Im Übrigen hält er die Eventualität einer vollkommenen staatlichen Wiedervereinigung für nicht sehr realistisch, da ja der Westen eher gegen einen solchen Zusammenschluss sei und, so fügte er lachend hinzu, „sie in Österreich wollen das ja wohl auch nicht?“

5) Als ich ihn auf das Verhältnis zur EG ansprach, sagte er, hier habe seine Regierung einmal rechtzeitig einen guten Schritt gesetzt. (die Implikation, dass er viele andere Schritte seiner Regierung für nicht gut ansieht, lag auf der Hand). Indem sie vor dem kürzlichen EG-Gipfel in Paris⁷ an Präsident Mitterrand ein Schreiben richtete,⁸ in dem um Beschleunigung der schon in Gang befindlichen Verhandlungen DDR-EG gebeten wurde. Der französische Staatspräsident hätte diesen Gedanken auch aufgegriffen und man hoffe hier möglichst bald zu einem Abschluss mit Brüssel zu kommen. Weitere Pläne etwa in Richtung auf eine Assoziation oder einen Beitritt wurden laut meinem Mitredner in Berlin derzeit nicht erwogen. Die Aussage eines sowjetischen Pressesprechers, die DDR könne der EG beitreten, wenn sie nur im WP verbleibe, tat er als unfundiertes Gerede ab. „Überhaupt gibt es jetzt hier zu viele verschiedene Meinungen, man hat den Eindruck, dass eigentlich keine einheitliche Position zu verschiedenen wichtigen Fragen existiert.“

Herr König ist schon seit mehreren Jahren hier im Amt. Er hat früher keine besonderen Anzeichen von fortschrittlicher Gesinnung gezeigt, aber in der letzten Zeit wurde hier allgemein kolportiert, dass er den Anschluss an die neuen Entwicklungen gefunden habe und vor allem auch mit den neuen Führungspersönlichkeiten der DDR guten persönlichen Kontakt pflege. Seine obigen Ausführungen können ja auch als Ausdruck beträchtlicher geistiger Elastizität gewertet werden.

Grubmayr

6 Siehe Dok. 80.

7 Das Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister der EG-Staaten und des Präsidenten der EG-Kommission fand auf Einladung des amtierenden Vorsitzenden des Europäischen Rats, dem französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand, statt. Siehe dazu bereits Dok. 73, Anm. 2.

8 Siehe dazu bereits Dok. 80, Anm. 4.

Dok. 82: [Auszug] Gespräch Mock – Botschafter Schikin, 29.11.1989

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 30. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 225.02.01/20-II.3/89¹

Österreich-Sowjetunion; Unterredung des Herrn Bundesministers mit Botschafter Schikin (29.11.1989)

Der Herr Bundesminister führte am 29.11.1989 mit Botschafter Schikin ein etwa 1 ½ stündiges Gespräch, in dem folgende Themenbereiche berührt wurden:

[...] ²

3) Unter Bezugnahme auf das Mittelmeertreffen Bush-Gorbatschow³ führte Botschafter Schikin aus, dass diese Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den beiden Grossmächten keinesfalls ein Nachlassen der sowjetischen Aufmerksamkeit zu europäischen Angelegenheiten bedeute.

4) Deutsche Wiedervereinigung; 10-Punkte-Plan BK Kohls⁴

Botschafter Schikin äusserte sich sehr kritisch: Der Plan stelle eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR dar und gefährde potentiell das sicherheitspolitische Gleichgewicht. Der HBM stellte hiezu folgendes fest: Wenn es der DDR-Führung gelänge, eine Identität zwischen den Wünschen der Bevölkerung und der Regierungspolitik herzustellen, so werde die Frage der Wiedervereinigung nicht aktuell sein; wenn jedoch der Eindruck (ob zu Recht oder zu Unrecht) bestünde, dass der Prozess der Demokratisierung eingeschränkt und die SED-Führungspolitik künstlich aufrecht erhalten bleibe, dann bestehe die Gefahr, dass die Diskussion über eine Wiedervereinigung emotionell geführt werde und nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden könne. Der 10-Punkte-Plan BK Kohls könne aber als Versuch gewertet werden, eine sonst unkontrolliert verlaufende Strömung in der politischen Willensbildung aufzufangen.

[...] ⁵

Wien, am 30. November 1989

Sucharipa m. p.

1 Der Aktenvermerk erging auf Veranlassung des Sachbearbeiters, den Leiter der Abteilung II.3 Gesandten Ernst Sucharipa an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektionsleiter, die Abteilungen II.10, II.5, III.1, IV.2, I.1 sowie an die österreichische Botschaft in Moskau.

2 Ausgelassen wurden die Themenbereiche 1) weitere Entsendung österreichischer Beobachter im Rahmen United Nations Good Offices Mission in Afghanistan and Pakistan (UNGOMAP) und 2) zur Lage in Kambodscha.

3 Bush und Gorbatschow trafen am 2./3. Dezember 1989 an Bord des sowjetischen Kreuzfahrtschiffs „Maxim Gorki“ vor Malta zu einem Gipfeltreffen zusammen. Siehe dazu bereits Dok. 81, Anm 3. und Dok. 80, Anm. 7.

4 Siehe dazu Dok. 80.

5 Ausgelassen wurde der Themenbereich 5) Bilaterale Fragen.

Dok. 83: Bericht. Kohls Zehn-Punkte-Programm (Bonn I), 30.11.1989

Botschafter Friedrich Bauer und Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 30. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/20-II.1/89¹

BRD; Deutschlandpolitische Erklärung des Bundeskanzlers am 28.11.1989 vor dem Bundestag² (Info)

Positive Reaktionen (mit Ausnahme der Grünen) im Bundestag sowie in heutigen Tageszeitungen auf BK Kohls deutschlandpolitische Ausführungen (FAZ vom 29.11.1989, Seite 14)³ zeigen, dass seine – nach Ansicht der Botschaft defensiv motivierte – innenpolitische Flucht nach vorne augenblicklich geglückt ist: BK zeigt deutschlandpolitische Handlungskraft in der Hoffnung, Republikaner zu unterlaufen und sich an die Spitze einer (innen- wie außenpolitisch) ausufernden Debatte zu setzen. Erklärung kann auch als Vorbereitung für möglichen DDR-Besuch Kohls am 13.12.1989⁴ gesehen werden.

BK bietet Soforthilfsmaßnahmen an, u. a. Beitrag zu Reisedevisenfonds, sowie konkrete (für DDR immer devisenträchtige) Zusammenarbeitsprojekte bei Umwelt, Telekommunikation und Verkehr. Diese Hilfsmaßnahmen sind freilich kein uneigennütziges Geschenk an DDR. Bundesregierung hat größte Eigeninteressen an Stabilisierung der DDR zwecks Vermeidung weiterer innenpolitisch und wirtschaftlich die BRD belastender Flüchtlingswellen, kann das aber nicht sagen (Aufgabe der einen deutschen Staatsangehörigkeit politisch hier nicht denkbar).

BKA macht Reisefonds abhängig von Abschaffung des Zwangsumtausches, beträchtliche Vereinfachung der DDR-Besuchsmöglichkeiten für Westdeutschland und substantiellen DDR-Beitrag zum Fonds.

Umfassendere Hilfe und Zusammenarbeit zur Stärkung der DDR-Wirtschaft (als einzige Möglichkeit zur Beendigung des Flüchtlingsstromes) erst nach „unumkehrbaren Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems“. Damit gewinnt BK Zeit. Bundesregierung will auch nicht „SED-Parteikasse füllen“ und versickern von Hilfgeldern riskieren, da riesige benötigte Summen vom Privat-

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25225 an das BMAA und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Er wurde von der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen und auf Veranlassung von Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner als Depesche Nr. 55054 an die österreichische Botschaft Berlin weitergeleitet; die Weiterleitung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE erfolgte am 30. November 1989.

2 Für Kohls Erklärung und die Debatte siehe Dok. 80.

3 Auf S. 14 gab die FAZ Kohls Redetext gemäß dem vorab von der Nachrichtenagentur Associated Press verbreiteten Wortlaut wider. Die gesamte Ausgabe stand im Zeichen von Kohls Zehn-Punkten. Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. November 1989, S. 1–2: „Zehn Punkte Kohls für einen deutsch-deutschen Weg“, zur befürwortenden Reaktion der SPD S. 5: „Auch die SPD befürwortet im Bundestag eine deutsche Konföderation“.

4 Tatsächlich fand das Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Hans Modrow am 19. und 20. Dezember 1989 in Dresden statt. Siehe Dok. 101–102.

kapital kommen müssen, muss DDR insbesondere Voraussetzung für Joint Ventures, Investitionsschutz und Gewinntransfermöglichkeiten schaffen.

Am interessantesten ist Punkt 5 (siehe FAZ), wo BK an Modrows „Vertragsgemeinschaft“⁵ anschließt:

Formulierungen scheinen konkret, lassen aber alles offen:

1. „Konföderative Strukturen“ sind noch keine Konföderation, auch keine Wiedervereinigung: besorgte Nachbarn könnten (wenn sie wollen) aufatmen.

2. Für Einheitssuchende wird gleichzeitig das – lang- oder längerfristige – „Ziel, danach eine Föderation“ zu schaffen, formuliert.

3. Alles wird abhängig gemacht von „wenn die Menschen in Deutschland sie wollen“, also Selbstbestimmungsrecht: dieser Wille ist heute noch nicht bekannt, insbes. nicht für die DDR. Klar ist dort nur, dass man das bestehende System beseitigen will – nicht aber, wodurch es ersetzt werden soll. Im Falle weiteren wirtschaftlichen Niedergangs könnte freilich Wiedervereinigung zuletzt als einzig möglicher Ausweg erscheinen.

Auch Meinungsumfragen in der BRD-Bevölkerung mit Mehrheit für Wiedervereinigung sind zu undifferenziert für verlässlichen Aussagewert: BRD-Bevölkerung wird sich nämlich langsam auch möglicher Belastungen durch DDR (Bezahlung von DDR-Urlaubsreisen, Arbeitsplatzdruck usw.) bewusst. Und Frage ist gestattet, ob Wiedervereinigung mit traditionell sozialistischen Hochburgen wie Sachsen und Thüringen nicht einer SPD-Grünen-Koalition strukturelle Mehrheit verschaffen könnten, was nicht im Interesse gegenwärtiger Bundesregierung liegen könnte.

Inwieweit Erklärung des Bundeskanzlers über BRD-Innenpolitik hinaus etwas bewirken wird, ist angesichts unkontrollierbar erscheinender Volksbewegung in der DDR ungewiss: Bundesregierung ist in ihrer Haltung in Wirklichkeit abhängig von der DDR-Entwicklung und kann schon deshalb schwer wissen, was sie selbst konkret tun kann oder soll. Spiel auf Zeitgewinn deshalb nützlich: Allerdings werden als Voraussetzung geforderte DDR-Wirtschaftsreformen vermutlich länger brauchen, womit DDR-Situation entgegen Wunsch der Bundesregierung sich weiter destabilisieren könnte (BKA bezweifelt z. B., dass SU ihre Energielieferungs-Zusagen an die DDR halten kann. Hinzu kämen drastisch verschlechterte terms of trade für DDR im Handel mit SU).

Möglicherweise zur Beruhigung der Verbündeten und als Versuch zur Beruhigung erregter BRD-Öffentlichkeit gedachte Erklärung (Konföderation nach DDR-Reformen, mit dem Ziel eines Bundesstaates also langfristig gedachte Entwicklung) könnte freilich bisher in der DDR scheinbar nicht im Vordergrund ste-

5 Unter Punkt fünf hatte Kohl einleitend ausgeführt: „Wir sind auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, danach eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen.“ Dies war eine eindeutige Bezugnahme auf die „Vertragsgemeinschaft“ in Modrows Regierungserklärung vom 17. November 1989 (siehe dazu Dok. 77, Anm. 4 und Dok. 78, Anm. 9).

hende Wiedervereinigungsfrage erst richtig in die DDR hineinragen. Botschaft kann sich bisweilen des Eindrucks nicht erwehren, dass Enttäuschung in bestimmten BRD-Kreisen über bisher fehlende DDR-Wiedervereinigungsrufe groß ist und versucht wird, diesen Wunsch den anderen Teil Deutschlands zu suggerieren (vgl. Kommentar in der FAZ und Straßenbefragung westlicher Fernsehstationen in der DDR).⁶

Nachdenklich stimmten einen hochrangigen AA-Gesprächspartner Äußerungen oder eher Andeutungen westlicher Verbündeter zur Wiedervereinigung: während früher, als sie undenkbar schien, verbal alle dafür eintraten, erhoben sich nun warnende Stimmen. Dieses Misstrauen nach über 40 Jahren demokratischer Bewährung riskiere, BRD gerade in die von Verbündeten befürchtete neutralistische Richtung zu treiben. Würde Frankreich in vergleichbarer Teilungssituation Einheit der Nation aufgeben und nicht auf Selbstbestimmungsrecht pochen?! Aussenstehendem Beobachter drängt sich zynischer Gedanke auf, dass man angesichts solcher Verbündeter keinen Feind zu fürchten hat.

BK unterstrich wohl auch deshalb in seiner Erklärung Einfügung der „künftigen Architektur Deutschlands in die künftige Architektur Gesamteuropas“ (Punkt 6) und Notwendigkeit, dass EG „mit Offenheit und Flexibilität auf die reformorientierten Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas“ zugeht usw. ganz ähnlich auch Genscher in seiner Erklärung und Gesprächen.

Jeder verantwortliche Politiker würde an ihrer Stelle dasselbe sagen: fraglich ist nur, was diese Worte bewirken können und ob sie nicht von tatsächlicher Entwicklung überholt werden. 10 Punkte sind deshalb lt. BKA kein „Stufenplan“ für deutschen Einheitsstaat, weil zu viele Fragen heute gar nicht übersehen oder beantwortet werden können.

Wie wird sich Entwicklung auf österr. EG-Antrag auswirken? AA-Gesprächspartner sehen 2 denkbare Alternativen, wagen aber in fließender Entwicklung keine Voraussagen:

1. EG bleibt offen für Osteuropa, damit auch für Neutrale (vgl. auch BRD-Haltung zur WEU, FS 25224)⁷

2. Bundesregierung verstärkt zwecks Glaubwürdigkeit gegenüber Westeuropa ihre EG-Integrationsbemühungen, EG kommt zu unterschiedlichen „Assoziationsformen“ mit EFTA, und später Osteuropa, unter Ausschluss neuer Mitgliedsstaaten.

Bauer/Loibl

6 Für einschlägige Kommentare und Briefe an die Herausgeber siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. November 1989, S. 3 und 12. Siehe zu den Umfragen auch Dok. 84.

7 Das Fernschreiben konnte nicht aufgefunden werden.

Dok. 84: Bericht. Kohls Zehn-Punkte-Programm (Bonn II), 30.11.1989

Botschafter Friedrich Bauer und Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 30. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/24-II.1/89¹

BRD; Deutschlandpolitische Erklärung des Bundeskanzlers vom 28.11.1989 (Info)

An kurzfristig beschlossener Ausarbeitung der 10 Punkte² während letzten Wochenendes beteiligter BKA-Vertreter³ gibt folgende ergänzende Aspekte:

1. Innenpolitisch wollte BK Meinungsführerschaft in zunehmend SPD-besetzter Deutschlandpolitik zurückgewinnen. Daraus dürfte sich zum Teil SPD-Zustimmung zu den 10 Punkten erklären: BK habe lt. außenpolitischen SPD-Sprecher K. Voigt⁴ „wesentliche CDU-Position verlassen“ (z. B. Wiedervereinigung keine Vorbedingung, sondern Endziel einer Politik der kleinen Schritte).

2. Außenpolitisch sollte vor Malta-Gipfel⁵ klargestellt werden, dass Deutschlandpolitik (gewiss eingebunden in europäischen Prozess) ein von BRD bestimmtes (zu bestimmendes?) Feld ist – daher wohl auch Ablehnung einer 4-Mächte-Konferenz z. B. durch Genscher.⁶ Gestrige sowjetische und amerikanische Erklärungen sind Reaktionen auf Kohls Punkte.⁷

1 Der Bericht wurde in Verfolg des Fernschreibens Nr. 25225 vom 29. November 1989 (= Dok. 83) erstattet und erging als Fernschreiben Nr. 25228 an das BMAA. Er war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Die Abteilung II.1 nahm ihn in Bearbeitung, eine Kopie wurde am 1. Dezember auf Veranlassung von Legationsrat Marius Calligaris im kurzen Wege an die Abteilung II.3 gesandt. Anfänglich war auch eine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften Berlin, Moskau und Washington vorgesehen. Der handschriftlich notierte Verteiler wurde vor Abzeichnung des Akts durch Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner am 4. Dezember 1989 mit der Notiz „D[ient] z[ur] K[ennntnis], a[d] a[cta]“ gestrichen. Sämtliche Unterstreichungen im Dokument erfolgten durch Plattner oder Calligaris.

2 Siehe Dok. 80.

3 An der Ausarbeitung waren seitens des BKA Peter Hartmann, Claus-Jürgen Duisberg, Uwe Kaestner, Rüdiger Kass (Arbeitsstab Deutschlandpolitik) sowie Norbert Prill und Michael Mertes beteiligt. Siehe für einen detaillierten Überblick der Beteiligten auf Tagesbasis Michael Mertes, Die Entstehung des Zehn-Punkte Programms vom 28. November 1989, in: Heiner Timmermann (Hg.), Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre, Berlin 2011, S. 17–35.

4 Karsten Voigt, Mitglied des Deutschen Bundestages (1976–1998), Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Bush und Gorbatschow trafen am 2./3. Dezember 1989 an Bord des sowjetischen Kreuzfahrtschiffs „Maxim Gorki“ vor Malta zu einem Gipfeltreffen zusammen. Siehe dazu bereits Dok. 81, Anm 3. und Dok. 80, Anm. 7.

6 Genscher hatte aus seiner Ablehnung einer Vier-Mächte-Konferenz auch in Gesprächen mit führenden US-Politikern keinen Hehl gemacht. Vgl. Gerhard A. Ritter, Hans-Dietrich Genscher das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung, München 2013, S. 53–54.

7 Für die vollständige Sammlung der auch seitens der USA zunächst sehr zurückhaltenden ersten Reaktionen auf Kohls Zehn-Punkte-Plan siehe: Dokument 102, in: Deutsche Einheit, S. 574–577.

BK vermied lt. Gesprächspartner bewusst „Konföderation“, obwohl Medien und Ausland den Kanzler damit zitierten. Redenschreiber dachten ursprünglich an „kooperative“ oder „integrative“ Strukturen, hätten dann aber zwecks größerer Plakativität „konföderative“ gewählt. Ob nicht dennoch sprachliche Nähe zu Konföderation bewusst gewählt wurde, um z. B. Eindruck eines konkreten Programmes zu geben, muss Botschaft dahingestellt lassen.

Gründe gegen Konföderations-Begriff lt. BKA:

- ein 1956 von Ulbricht⁸ vorgeschlagenes Konzept (schon alleine deshalb „Anathema“) als Zwischenziel zur Vereinigung war von SU Ende November 1958⁹ aufgegriffen, von BRD im Jänner 1959 abgelehnt worden (nun lehnt Modrow ab!)

- Konföderation wäre staatliche Verfestigung einer selbstständigen, unabhängigen, souveränen DDR und könnte Wiedervereinigung (dieser Begriff nur gedacht auf das deutsch-deutsche Verhältnis, nicht die polnischen Ostgebiete) zuwiderlaufen.

- Voraussetzungen für Konföderation fehlen und könnten teilweise nicht geschaffen werden: Staatsbürgerschaft aus Bonner Sicht unlösbar. Westberlin würde riskieren zu „selbstständiger politischer Einheit“ zu werden. Sicherheitsfragen unlösbar (konföderierte Staaten wären in weiterhin vorhandene Bündnisse ein-

8 Walter Ulbricht, Erster bzw. Generalsekretär der SED (1950–1971) und Vorsitzender des Staatsrates der DDR (1960–1973), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Am 26. Juli 1957 hatte der DDR-Ministerrat einen Konföderationsplan vorgelegt, wonach Bundesrepublik und DDR – als ersten Schritt zur Wiedervereinigung – in einem völkerrechtlichen Vertrag einen Staatenbund vereinbaren sollten. Ein „Gesamtdeutscher Rat“, zu gleichen Teilen mit Abgeordneten beider Parlamente besetzt, sollte „solche Maßnahmen empfehlen und beschließen, die der schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten dienen“. Vordringlich war ein Regierungsabkommen über die Anfänge einer gemeinsamen Politik in drei Phasen vorgesehen: Zuerst Rückzug aller Atomwaffen aus Deutschland, dann Ausscheiden Bonns und Ost-Berlins aus NATO und Warschauer Pakt sowie Vereinbarungen über die Stärke von Volksarmee und Bundeswehr und schließlich ein Appell an die vier Siegermächte, ihre Truppen schrittweise aus Deutschland zurückzuziehen. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung griff SED-Chef Walter Ulbricht im Februar 1958 den Konföderations-Plan noch einmal auf. SPD-Politiker Herbert Wehner antwortete kurz darauf im selben Blatt, daß auch er „den Gedanken der Konföderation nicht verwerfen würde“. Dem Ulbricht-Plan setzte er einen Wehner-Plan entgegen, der in vier Etappen zur Wiedervereinigung führen sollte. In den drei ersten Phasen, für die er einen Zeitraum von 12 bis 15 Jahren veranschlagte, sollte eine gesamtdeutsche Wirtschaftsgemeinschaft entstehen. In der vierten Stufe wollte Wehner nach der wirtschaftlichen auch die staatliche Einheit erreichen, wobei er, ähnlich wie Ulbricht, an Pläne des polnischen Außenministers Adam Rapacki anknüpfte. Ein wiedervereinigtes Deutschland sollte in einer atomwaffenfreien Zone liegen, aus der die dort stationierten ausländischen Truppen schrittweise abziehen und in der die Stärke der nationalen Streitkräfte begrenzt werden müsste. Zur Voraussetzung dieser Prozedur machte Wehner einen „Grundsatzbeschluss“ der vier Siegermächte über die Vier-Stufen-Lösung, die dann zwischen den beiden deutschen Staaten ausgehandelt werden sollte. Vgl. Michael Gehler, Neutralität und Neutralisierungspläne für Mitteleuropa? Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei und Polen, in: Udo Wengst/Dominik Geppert (Hg.), Neutralität – Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945–1990, München 2005, S. 105–131.

gebaut, vgl. Baker – gemeinsame Verteidigung als Merkmal einer Konföderation deshalb nicht möglich).¹⁰

Selbst „föderalistische Strukturen“ wie gemeinsame Ausschüsse usw. wären lt. BKA „relativ schwierig“ zu verwirklichen und würden zudem DDR-Staatlichkeit stärken: andererseits könnten gemeinsame Gremien Faktensammlung und Einsicht in gegenwärtige Strukturen und Verhältnisse der DDR bringen, was auch im Interesse künftiger demokratischer DDR-Regierungen sein müsste (bisher fehlt Einblick in tatsächliche DDR-Gegebenheiten). Opposition habe wegen Kürze der gegebenen Zeit kein demokratisches Konzept, BRD könnte in gemeinsamen parlamentarischen Ausschüssen beraten und für Demokratisierung einwirken. Diese Vorteile würden Legalitätszuwachs für SED (DDR) – die deshalb an solchen Strukturen Interesse zeige – durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit aufwiegen. Außerdem bestünden schon bisher bilaterale Politikerbegegnungen.

BKA-Vertreter unterstrich Gratwanderung der Bundesregierung zwischen Stabilisierung der DDR (im Interesse der dort lebenden Deutschen) und Wiedervereinigung: Stabilisierungs-Argument wiege weniger, weil Veränderungsdynamik in DDR ohnedies nicht aufhaltbar.

Stabilisierung zunächst auch deshalb erforderlich, um Bevölkerung in der DDR und damit anderen deutschen Staaten als Partner für Veränderung zu erhalten – obwohl wirtschaftliche Verschlechterung DDR-Rufe nach Wiedervereinigung fördern könnten. Zusammenbruch der DDR würde allerdings BRD kurzfristig innenpolitisch stark belasten („Deutschlandpolitik ist Innenpolitik“): derzeit noch täglich etwa 1000 DDR-Übersiedler, alleine 1989 bisher 250.000!¹¹ Dadurch würden freilich andererseits (trotz wirtschaftlicher Belastung für beide deutsche Staaten) verwandtschaftliche Beziehungen und Wiedervereinigungswunsch gestärkt. Nur etwa 10 Proz.¹² der Übersiedler (nicht die Besten) kehrten zurück.

Gesprächspartner erwähnte auf Frage der Botschaft westliche Umfragen in DDR, wonach 85 Proz. der DDR-Bevölkerung¹³ für Wiedervereinigung wären. In der BRD ergäben Sondierungen konstant 70 bis 80¹⁴ Proz. Zustimmung. Auf Zusatzfrage ging er davon aus, dass hauptsächlich evangelische DDR-Bewohner in der BRD mehrheitlich sozialdemokratisch und liberal wählen würden, hielt aber innenpolitische Extrapolationen für den Fall einer Wiedervereinigung als weit verfrüht.

10 Dieser Absatz wurde im BMAA links und rechts am Seitenrand handschriftlich markiert. Für die in Rede stehenden Ausführungen Bakers siehe den Auszug: Pressenkonferenz des amerikanischen Außenministers James A. Baker am 29. November 1989 in Washington (= Dokument 14), in: Deutschlands Vereinigung, S. 169.

11 Im Jahr 1989 sind offiziell 343.854 Übersiedlungen von der DDR in die Bundesrepublik erfolgt. Am 21. November sprach Kohl gegenüber dem südkoreanischen Präsidenten Roh Tae Woo noch von bis dato 170.000 Aussiedlern. Vgl. Dokument 96, in: Deutsche Einheit, S. 561–563, hier S. 562.

12 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

13 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

14 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

BAKA-Vertreter wusste nicht, ob DDR nötige radikale Wirtschaftsreform (Preisreform, Kapital- und Eigentumsbeteiligung, Marktwirtschaft, Investitionsschutz, Gewinntransfer, Joint ventures, usw.) rasch durchführen würde, weil notwendige drastische Verstärkung der Arbeitsleistung bei gleichzeitigen wirtschaftlichen Opfern die Arbeiterschaft zunächst stark belasten würde – der es bisher relativ gut gehe und die sich deshalb wenig an Demonstrationen beteilige (kein Generalstreik!). Vorstellung der DDR-Oppositionsgruppen über BRD vergleichbaren Wirtschaftsstandard und Demokratie bei ausgedehntem sozialem Netz und niedrigen Arbeitsleistung (heute bedingt durch ständige Materialknappheiten) wären nicht realistisch.

BAKA macht umfassende Hilfe von grundlegendem, unumkehrbarem Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR abhängig, d. h. von Verständigung auf Verfassungsänderung und neues Wahlgesetz (Punkt 3 seiner Erklärung). Dies wäre allerdings kein grundlegender Wandel des wirtschaftlichen Systems: diesbezüglich scheinen interne Meinungsunterschiede in der BRD zu bestehen zwischen Befürwortern sofortiger umfassender Hilfe (zwecks Vermeidung des DDR-Zusammenbruchs durch Bevölkerungsausblutung) und Befürwortern des Abwartens vorheriger Reformen (Hilfe darf nicht versickern!)

Soforthilfemaßnahmen der Bundesregierung konzentrieren sich auf Reisefonds, dessen Höhe noch mit daran sehr interessierter DDR diskutiert werde. Nach bisher vorläufigen Vorstellungen sollen DDR-Bürger jährlich DM 300 bis 500 im Verhältnis etwa 1:4 erwerben können, wobei DDR pro Kopf etwa DM 100, BRD den Rest in den Fonds einzahlen würde. Begrüßungsgeld für DDR-Einwohner (a DM 100.- jährlich pro Person) und Mindestumtausch für BRD-Bürger (DM 25.- pro Tag, das bringt jährlich über DM 500 Mio.) müssten wegfallen. Bonn erwartet außerdem Reiseerleichterung für seine Staatsangehörigen (z. B. 6 Monate-SV, vereinfachte Antragsstellung, bis hin zu SV-Freiheit – letzteres lt. Gesprächspartner wohl nicht leicht oder rasch zu verwirklichen). Staatsminister Seiters könnte diesbezüglich nächste Woche nach Ost-Berlin fahren.¹⁵ Einigung gilt als Voraussetzung für DDR-Besuch des BK am 19.12.¹⁶ (den er aus innenpolitischen Gründen gut brauchen könnte, um nicht von Mitterrand¹⁷ „geschlagen“ zu werden).

Lt. Gesprächspartner sei jedenfalls in der DDR Wiedervereinigung noch nicht das Thema. Dies sei auch gut, weil Wiedervereinigungsdebatte kein neues DDR-System schaffe: Zuerst müssten freie Wahlen und neue Führung kommen. Alle Gesprächspartner sind sich im Übrigen bewusst, dass tatsächliche Entwicklung unüberschaubar und, jedenfalls derzeit nicht von Regierung geführt wird.

Bauer/Loibl

15 Seiters besuchte die DDR erneut am 5. Dezember 1989. Siehe Dok. 88.

16 Kohl besuchte die DDR vom 19. bis 20. Dezember 1989. Siehe Dok. 101–102.

17 Mitterrand besuchte die DDR vom 20. bis 22. Dezember 1989. Siehe Dok. 103.

Dok. 85: Bericht. Haltung Italiens zu Kohls Zehn-Punkte-Programm, 30.11.1989

Botschafter Friedrich Frölichsthal an BMAA, Rom, 30. November 1989, Zl. 600-RES/89, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/46-II.1/89¹

Plan BK Kohls zur deutschen Wiedervereinigung; Haltung europäischer Regierungen

Zur Frage der deutschen Wiedervereinigung hat es in der Vergangenheit bereits vor Bekanntwerden des Kohl-Planes² punktuelle Stellungnahmen italienischer Politiker gegeben, über die die Botschaft zum Teil bereits berichtet hat.³ Davon ist die Äußerung des stv. Ministerpräsidenten Martelli⁴ hervorzuheben, welcher entgegen früheren warnenden Aussagen italienischer Politiker unter Verweis das Selbstbestimmungsrecht gemeint hat, man könnte dem deutschen Volk den Wunsch auf Wiedervereinigung nicht abschlagen. (ha. FS 25156).⁵

Ähnlich hat sich Staatspräsident Cossiga⁶ anlässlich eines Besuches in Algerien am 13.d.M.⁷ geäußert, als er von den legitimen Aspirationen des deutschen Volkes auf Einheit sprach. Demgegenüber stehen die verhältnismäßig zurückhaltenden Äußerungen Außenministers De Michelis,⁸ welcher sich anlässlich derselben Besuchsreise nach Algerien auf die Frage hin, ob das Thema die deutsche Wiedervereinigung auf der Tagesordnung sei, wie folgt vernehmen ließ:

„Man könne der deutschen Wiedervereinigung ihre Aktualität angesichts dessen, was dieser Tage geschehen sei, nicht absprechen, müsse sich aber in Erinnerung rufen, dass sich diese Geschehnisse im Rahmen der Helsinki-Schlussakte abspielten: d. h. in einem Rahmen der Zusammenarbeit und Sicherheit“.

Am selben Tag hatte der italienische Außenminister zur Frage der Revision der Grenzen mit Polen unterstrichen, „dass die wirtschaftliche und auch politische

1 Der Bericht wurde in Entsprechung der Aufforderung seitens der Abteilung II.1 des BMAA vom 29. November 1989 (siehe Dok. 80, Anm. 1) von Sachbearbeiter Botschaftsrat Georg Posch erstellt. Im BMAA langte er am 11. Dezember ein und wurde dem Kabinett des Bundesministers, dem Generalsekretariat und der Sektion zugeteilt. Die Abteilung II.1 nahm ihn in Bearbeitung (abgezeichnet von Legationsrat Marius Calligaris am 11. Dezember), Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner verfügte am 12. Dezember die Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin (Ost). Die Abteilung II.3 zeichnete den Bericht am 15. Dezember als gesehen ab. Sämtliche Unterstreichungen erfolgten handschriftlich im BMAA.

2 Zu Kohls Zehn-Punkte-Plan siehe Dok. 80.

3 Einschlägige Berichte konnten nicht aufgefunden werden.

4 Claudio Martelli, Stellvertretender Präsident des Ministerrates Italiens (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Das Fernschreiben konnte nicht aufgefunden werden.

6 Francesco Cossiga, Staatspräsident Italiens (1985–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Der Bericht konnte nicht aufgefunden werden.

8 Gianni De Michelis, Minister für Auswärtige Angelegenheiten Italiens (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Integration zwischen West und Ost nur unter der Voraussetzung der Achtung der bestehenden Grenzen stattfinden könne“.

Zusammenfassend nahm De Michelis in einem in „Stampa Sera“ von 27.11. veröffentlichten Artikel⁹ nochmal Stellung: Die Wiedervereinigung Europas müsse auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte gemäß der Schlussakte von Helsinki und ohne Opfer für die Sicherheit irgendeines der Beteiligten erfolgen. Es sei dies ein Prozess, der nicht auf der Basis emotioneller Anstöße voranschreiten könne. Auch in der Sicherheit müssen wir die Logik der Integration befolgen, die nicht jene der Sowjetunion wäre, wenn diese – aber dies scheint nicht die Absicht ihrer Führungskräfte zu liegen – auf die deutsche „Karte“ setze, um Deutschland von Europa oder auf die europäische „Karte“ setze, um Europa von den Vereinigten Staaten zu trennen.

Nach Veröffentlichung der Kohl-Erklärung war die deutsche Wiedervereinigung in Italien fast ausschließlich im Rahmen des gegenwärtig stattfindenden Gorbatschow-Besuches¹⁰ zur Sprache gekommen.

In dem Gespräch mit AM Schewardnadse stimmte De Michelis insofern mit seinem sowjetischen Amtskollegen überein, als dieser den deutschen Revanchismus als ein Risiko bezeichnete, dass auf ganz Europa laste, auch wenn heute sein Gewicht begrenzt sei und den Entspannungsprozess nicht mehr gefährden könne. De Michelis habe Schewardnadse gegenüber eingeräumt, dass es nach italienischer Auffassung ein deutsches Problem gebe, das in der öffentlichen Meinung sehr präsent sei. Es bedürfe großer Phantasie und Initiative, um sich diesem Problem beim Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses zu stellen. Wenn Europa von Vorurteilen und Ängsten frei sein werde, werde auch dieses Problem diskutiert werden können.

Auch MP Andreotti¹¹ hatte noch gestern grundsätzlich die Befürchtung der Bedrohung durch den deutschen Revanchismus geteilt und gemeint für die Stabilität Europas „seien zwei Staaten in einer deutschen Nation“ unerlässlich.¹²

9 Siehe dazu Dokument 102, in: Deutsche Einheit. Laut dortiger Anm. 9 ließen sich aus diesem Artikel keine Divergenzen mit Andreotti, aber eine positivere Haltung des Außenministers zur deutschen Einheit herauslesen.

10 Michail Gorbatschow besuchte vom 29. November bis 1. Dezember Italien. Im Rahmen des Besuchs traf er auch Papst Johannes Paul II. im Vatikan. Siehe die Dokumente 57 und 58 in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage; und Gespräch mit Papst Johannes Paul II. am 1. Dezember 1989 in Rom, in: Michail S. Gorbatschow, Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993, S. 131–142.

11 Giulio Andreotti, Ministerpräsident Italiens (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

12 Andreotti hatte seine distanzierte Haltung zur deutschen Einheit am 26. November in einem Interview mit dem *Corriere della Sera* bekräftigt. Bereits im September 1984 hatte er in einem kontrovers aufgenommenen Interview betont: „Es gibt zwei deutsche Staaten und zwei sollen es auch bleiben.“ Siehe: La Repubblica, 16. September 1984, S. 3.

Bemerkenswert klar ist der sowjetische Sprecher Gerassimov,¹³ welcher gestern, 29.11., bei einer Pressekonferenz in Rom¹⁴ zur Frage des deutschen Revanchismus Stellung genommen hat. Seine Ausführungen können in folgenden 3 Punkten zusammengefasst werden:

1) Derzeit seien die europäischen Grenzen unantastbar. Dies entspreche den Verpflichtungen der Helsinki-Schlussakte. Auch würde eine überstürzte Veränderung das bestehende Gleichgewicht gefährden. Europa sei noch in zwei unterschiedliche Bündnisse geteilt. Es gebe 2 Deutschland, davon müsse man bei der Suche nach einem gemeinsamen europäischen Haus ausgehen.

2) Es gebe den deutschen Revanchismus, heute zwar in geringerem Ausmaß, aber künftige Wahlen könnten ihn in unabsehbarer Weise anwachsen lassen. Dieser Revanchismus könnte trotz der Verträge von Helsinki¹⁵ sich ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes [sic!] in Karlsruhe aus 1972 [sic!]¹⁶ zunutze machen, demzufolge der juristische Bezugsrahmen des deutschen Gebietes noch durch die Grenzen vom 1937 bestimmt sei. Dies zeige, dass der Revanchismus über ein eigenes Instrumentarium verfüge, um sich gegenüber Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion zu artikulieren.

3) Wenn Kohl seinen 10 Punkten noch einen 11. hinzufügte, das heißt, wenn Bonn formal darauf verzichtete, die vorherigen Grenzen wieder zu erlangen, dann könnte der Kreml hypothetisch akzeptieren, über die Frage der deutschen Einheit im Rahmen der allgemeinen Entwicklung in Richtung eines gemeinsamen europäischen Hauses zu sprechen.

Der Botschafter¹⁷

13 Gennadij Gerassimow, Leiter der Hauptabteilung für Information im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

14 Die Pressekonferenz fand im Rahmen des Besuchs von Michail Gorbatschow in Italien vom 29. November bis 1. Dezember 1989 statt.

15 Gemeint ist die KSZE-Schlussakte, die keinen völkerrechtlich verbindlichen und damit rechtswirksamen Vertrag darstellte und daher eine politische Absichtserklärung blieb.

16 Gemeint ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 31. Juli 1973. Siehe Dok. 61, Anm. 6.

17 Handschriftliche Zeichnung unlesbar, vermutlich: *Frölichsthal*.

Dok. 86: Amtsvermerk. Besuch Niers in Österreich, 30.11.–1.12.1989

Amtsvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 7. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 502.16.24/22-II.3/89¹

Besuch des stv. AM der DDR, Kurt Nier,² 30.11/1.12.1989; Zusammenfassung der Arbeitsgespräche

Die Gespräche, die der Herr Bundesminister,³ der Herrn Generalsekretär⁴ und der Herr Sektionsleiter⁵ am 30.11. und 1.12.1989 mit stv. Außenminister Nier geführt haben, können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Entwicklung in der DDR: Laut Nier habe die DDR-Führung die „reale Lage“ (Bedeutung der von Gorbatschow eingeleiteten Reformen, Notwendigkeit von Reformen in der DDR) falsch eingeschätzt. Die internationale Entwicklung habe zusammen mit inneren Fehlern zur politischen und ökonomischen Krise geführt. Bewegung an der Basis diktiere hohes Tempo des Wandels, bei dem es sich um grundlegende Veränderungen, nicht um ein taktisches Manöver handle. Wichtigste Entscheidung: Lösung nur mit politischen Mitteln zu suchen.

Es gebe einen breiten Konsens in der ganzen Bevölkerung zu drei Punkten:

- Ziel der Reform ist die Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft (Erhaltung des erreichten sozialen Standards sehr wichtig)
- DDR ist und bleibt ein souveräner Staat
- DDR entscheidet selbstständig über Art und Umfang der Reform

Reform stehe erst am Anfang, aber bereits wichtige Schritte gesetzt, etwa Reisefreiheit, Bildung einer Koalitionsregierung, „Runder Tisch“ ab 7.12.1989,⁶ Aufgabe des Führungsanspruches der SED;⁷ Trennung von Partei und Staat werde in die Verfassungsreform einfließen.

Weitere Reformen (Medienrecht, Strafrecht, Versammlungs- und Vereinigungsrecht) sollen folgen, um Demokratie im breitesten Sinne zu gewährleisten. KSZE-Bestimmungen würden intern und zwischenstaatlich voll verwirklicht werden.

1 Als Sachbearbeiter der Abteilung II.3 fungierte Legationssekretär Hans Peter Manz. Der Amtsvermerk erging an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektionsleiter II, III, IV, V, die Gruppe I.A, die Abteilungen II.1, II.4, II.5, II.6, II.7, II.8 sowie an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin.

2 Kurt Nier, Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (1973–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Alois Mock, im Weiteren kurz HBM.

4 Thomas Klestil, im Weiteren kurz HGS.

5 Erich Maximilian Schmid, im Weiteren kurz HSL.

6 Siehe Dok. 94.

7 Die Aufgabe des Führungsanspruches der SED erfolgte am 1. Dezember 1989, siehe Dok. 78, Anm. 5.

Die nötige Wirtschaftsreform werde sehr schwierig sein. Bei Umstrukturierung werde Volkseigentum als wesentliche Eigentumsform bestehen bleiben, es würden aber auch andere Eigentumsformen, einschließlich Privateigentum, zugelassen. Dies werde auch die Möglichkeit des Eigentumserwerbs durch Ausländer im Rahmen von Joint Ventures umfassen.⁸

2. Beziehung DDR-BRD: Nier betonte hohen Stellenwert der Verantwortung bei der deutscher Staaten für Frieden und Sicherheit in Europa. Stabilität der Beziehungen DDR-BRD wichtig für Stabilität in Europa; Beziehung auf der Basis gleichberechtigter Souveränität.

DDR wolle das durch eine Vertragsgemeinschaft (Zusammenarbeit auf allen Gebieten) untermauern. Fortsetzung der Gespräche mit StS Seiters⁹ würden hoffentlich Ergebnisse zeitigen, die ein Treffen Modrow-Kohl¹⁰ ermöglichen.

Der 10-Punkte-Plan¹¹ von BK Kohl sei differenziert zu beurteilen. Einiges sei diskutierenswert (insbesondere zur Intensivierung der Zusammenarbeit), mit der Ausgangsposition und der Zielvorgabe könne die DDR jedoch nicht übereinstimmen. Die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten sei nicht ausreichend berücksichtigt; („Wieder-“)Vereinigung stehe im Widerspruch zum Grundlagenvvertrag und zur Schlussakte von Helsinki.

3. Entwicklung in Osteuropa: HGS unterstrich die Bedeutung einer stabilen Weiterentwicklung oder wenigstens einer positiven Instabilität bis zu einer neuen Friedensordnung. Triumphgefühl des Westens wäre verfehlt, genügend gemeinsame Probleme zu bewältigen. Furcht vor militärischer Aggression tritt zurück, neue Bedrohungsbilder gewinnen Bedeutung (Umweltschäden, Massenwanderung, Seuchen, Terror, Drogen etc.). Hinzu kommen Aufbrechen unbewältigter Konflikte, v. a. Nationalismen.

Nier: Reformprozesse dürfen Bündnisse und Grenzen nicht in Frage stellen. Die Teilung Europas könne nur in dem Sinne überwunden werden, dass die Militärblöcke verschwinden und neue europäische Strukturen geschaffen werden. Unterschiedliche soziale Ordnungen müssten respektiert werden. So könne auch eine nicht völlig auszuschließende Konföderation DDR-BRD erst in einem einheitlichen, integrierten Europa (= nach Ende der Blöcke) erfolgen.

In der SU brechen Konflikte auf, die nach dem 1. Weltkrieg nicht entsprechend gelöst worden seien. Wichtig sei, dass sich die Entwicklung so vollziehen könne, dass es zu keiner Explosion kommt. Gorbatschow sei bei all seinen Problemen „bei Strafe seines Untergangs dazu verurteilt, Erfolg zu haben“. DDR sei diesbezüglich

8 Dies wurde 1990 tatsächlich möglich. Siehe Dok. 111, Anm. 3.

9 Rudolf Seiters war am 20. November 1989 zu Sondierungsgesprächen in Ost-Berlin gewesen (Dok. 75), die Fortsetzung der Gespräche erfolgte am 5. Dezember 1989. Siehe Dok. 88.

10 Kohl besuchte die DDR vom 19. bis 20. Dezember 1989. Siehe Dok. 101–102.

11 Siehe Dok. 80.

optimistisch; SU bleibe ein wesentlicher Faktor der DDR-Politik, man wolle den Beziehungen jedoch auf allen Gebieten eine neue Qualität geben.

RGW brauche völlig neue Grundlage der Zusammenarbeit, alte Basis nicht mehr brauchbar. Bestehende Mechanismen sehr schwerfällig. Konvertibilität im Intra-RGW-Handel nötig. Konkrete Vorstellungen habe man noch nicht.

4. „Neue“ Außenpolitik der DDR: Hier informierte kurz über folgende Aktivitäten:

- Übermittlung von Schreiben des Staatsratsvorsitzenden an Gorbatschow und Bush vor dem Gipfel,¹² um Standpunkte der DDR darzulegen
- Schreiben von MP Modrow an Mitterrand und andere EG-Gipfelteilnehmer:¹³ Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit EG sowie zu gesamteuropäischer Zusammenarbeit
- Mitterrand habe positive Antwort übermittelt. Mittlerweile gebe es auch ein EG-Verhandlungsmandat für ein Handels- und Kooperationsabkommen¹⁴
- Interesse an Kontakten mit dem Europäischen Parlament
- Interesse an Annäherung an ER; Beitritt zur Kulturkonvention wird geprüft. (HSL sagte entsprechende Informationen österreichischer Parlamentarier und der ÖV Straßburg zu)¹⁵

12 Bush und Gorbatschow trafen am 2./3. Dezember 1989 an Bord des sowjetischen Kreuzfahrtschiffs „Maxim Gorki“ vor Malta zu einem Gipfeltreffen zusammen. Siehe dazu bereits Dok. 81, Anm. 3. und Dok. 80, Anm. 7. Krenz hatte sein Schreiben in Reaktion auf den Zehn-Punkte-Plan Kohls verfasst. Über das Schreiben an Bush notierte er in seinen Erinnerungen an den Herbst 1989: „Ich entschließe mich, im Zusammenhang mit dem Zehn-Punkte-Plan von Kohl einen Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu schreiben. Ich teile ihm mit, daß die gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR unumkehrbar sind. Ich verweise darauf, daß alle Bürger der DDR inzwischen die uneingeschränkte Reisefreiheit haben. Damit, so betone ich, hat die DDR die Bestimmungen und Vereinbarungen der KSZE umfassend verwirklicht. ‚Die DDR geht davon aus‘, schreibe ich, ‚daß niemand an einer Destabilisierung der Lage in Europa, zumal noch im Zentrum dieses Kontinents, interessiert sein kann. Dementsprechend wird sie handeln und bleibt als sozialistischer, antifaschistischer und demokratischer Staat ein berechenbarer wie auch verlässlicher Partner ... In diesem Verständnis ist auch die Existenz von zwei deutschen Staaten in den bestehenden Grenzen und ihre Bündniszugehörigkeit ebenso ein Grundelement europäischer Sicherheit wie die strikte Einhaltung und Anwendung des Vierseitigen Abkommens. Nationalismus, die Wiederbelebung nazistischer Ideen und das Streben nach einer Revision der Ergebnisse des Sieges der Anti-Hitler-Koalition wären einem gesicherten Frieden in Europa zutiefst abträglich.“ Siehe: Egon Krenz, Herbst ’89, 3. Auflage Berlin 1999, S. 332.

13 Das Schreiben wurde am 17. November übersandt. Siehe Dok. 81, Anm. 6–7.

14 Der EG-Ministerrat ermächtigte die EG-Kommission erst am 21. Dezember 1989 zur Aufnahme von Verhandlungen zu einem Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR.

15 Zu diesem Punkt wurde am Seitenrand handschriftlich *III* notiert, womit die zuständige Sektion des BMAA eingebunden wurde.

5. VKSE/VVSBM:¹⁶ Der HSL gab einen Überblick über den dzt. Stand aus österreichischer Sicht. Nier gab dazu der Hoffnung Ausdruck, der vorsichtige Optimismus hinsichtlich eines ersten KSE-Abkommens¹⁷ vor Ende 1990 möge gerechtfertigt sein. Aus DDR-Sicht gebe es noch große offene Fragen, etwa Einbeziehung der Seestreitkräfte zumindest in VSBM (auch wenn nicht im Mandat enthalten).

Beim Seminar über Militärdoktrinen (Jänner 1990 in Wien)¹⁸ werde die DDR durch den Chef des Hauptstabes, stv. Verteidigungsminister Strelitz [sic!],¹⁹ vertreten sein. Es sei für die DDR besonders interessant, da sie ihre eigene Militärdoktrin gerade auf reine Defensivorientierung umstelle.

6. Nahost-Konflikt: Der HSL legte die österreichische Haltung dar und zeigte sich an DDR-Position interessiert. Nier qualifizierte Einschätzung als weitgehend deckungsgleich. DDR würde Beobachterstatus für „State of Palestine“ in VN befürworten.

Arafat müsse gestützt werden, da nicht abzuschätzen sei, womit nach seinem Scheitern zu rechnen wäre.

DDR habe Kontakte nach Israel; auch Beziehungen zum WJC²⁰ intensiviert. Diplomatische Beziehungen wären erst im Rahmen einer Lösung des Nahost-Problems denkbar.

7. Bilaterale Fragen:

7.1. Allgemein: Es bestand Übereinstimmung, dass Veränderung in der DDR eine Intensivierung der Beziehungen ermögliche; Besuch des HBK am 24.11.1989²¹ habe diesbezüglich Signalwirkung gehabt.

Nier übergab ein non-paper (siehe Beilage),²² das konkrete Vorstellungen der DDR enthält.

16 VKSE = Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa; VVSBM = Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen. Siehe dazu bereits auch Dok. 20, Anm. 10.

17 KSE = Konventionelle Streitkräfte in Europa. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 unterzeichnet.

18 Das Wiener Seminar über Militärdoktrinen im VVSBM-Rahmen fand vom 16. Jänner bis 5. Februar 1990 statt.

19 Korrekt: Fritz Strelitz, Stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung und Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee (1979–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

20 WJC = World Jewish Congress. DDR-Außenminister Fischer war am 30. November mit dem Bevollmächtigten des Präsidenten und des Generalsekretärs des WJC Stern zusammengetroffen. Siehe dazu Dokument 24, in: Die Einheit.

21 Bundeskanzler Franz Vranitzky hatte am 24. November 1989 die DDR besucht. Siehe Dok. 78.

22 [Beilage:] „Nächste Schritte

1. Kontinuierliche Führung des Dialogs auf allen politischen Ebenen

– Arbeitsbesuch des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR in Österreich im 1. Quartal 1990

7.2. Besuchsaustausch: Nier erinnert an bestehende Einladung für den HBM,²³ die im 1. Halbjahr 1990 realisiert werden sollte. HBM sagte Prüfung zu, wies aber auf zahlreiche bereits bestehende Verpflichtungen im Ausland hin.

DDR offenbar auch an relativ frühzeitigen offiziellen Besuch von MP Modrow in Österreich interessiert.²⁴

Der Meinungsaustausch der Außenminister auf GS-Ebene sowie zwischen einzelnen Fachbereichen (VN, KSZE etc.) soll fortgesetzt werden.

Nier kam auch auf den seit längerem bestehenden DDR-Wunsch nach Beziehungen zwischen den Parlamenten zurück. Die Voraussetzungen hätten sich sicherlich verbessert; DDR sei nicht nur an Kontakten der Präsidenten, sondern auch einzelner Ausschüsse (Außenpolitik, Verteidigung) und Fraktionen interessiert. Eine Delegation des Nationalrats sollte noch 1990 nach Berlin kommen. HSL sagte entsprechende Information des Parlaments zu; der zweifellos nützliche

- Besuch des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich in der DDR im 1. Halbjahr 1990
 - Vertiefung der Konsultation zwischen den Außenministerien auf der Ebene der Stellvertreter der Minister, leitender Mitarbeiter und Experten zu Fragen der Abrüstung, der KSZE, der UNO und ihrer Organe, des Völkerrechts und zur weiteren Gestaltung der bilateralen Beziehungen
 - Unterstützung bestehender und neu zu knüpfender Kontakte zwischen Fachministern (Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft, WtZ, Kultur, Bildung, Umweltschutz, Gesundheitswesen, Justiz, Inneres)
 - Förderung der Kontakte zwischen den Parlamenten, deren Präsidenten sowie auf der Ebene der Fraktionen und Ausschüsse
2. Förderung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der zwischen den Regierungen getroffenen Vereinbarungen und Absprachen insbesondere vor neuen Formen produktbezogener Kooperationsbeziehungen.
 3. Unterstützung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auf der Grundlage der vereinbarten Arbeitsprogramme. Erhöhung des Anteils der auf ökonomisch verwertbare Ergebnisse gerichteten Vorhaben.
 4. Weitere Vertiefung der Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen auf staatlicher, gesellschaftlicher und kommerzieller Ebene. Besondere Förderung von gemeinsamen Ausstellungen, Seminaren und anderen Projekten.
 5. Weiterentwicklung der Vertragsbeziehungen durch
 - Fortsetzung und Abschluss der Vertragsverhandlungen über
 - Rechtshilfe in Strafsachen
 - beiderseitiger Schutz von Herkunftsangaben
 - Aufnahme von Vertragsverhandlungen über
 - Vermeidung von Doppelbesteuerung
 - Aufhebung der Visapflicht
 - gegenseitige Kostenübernahme für gesundheitliche Betreuung bei akuten Fällen
 - Prüfung, auf welchen weiteren Gebieten aktuelle Erfordernisse für eine Erweiterung der Vertragsbeziehungen bestehen.“
- 23 DDR-Außenminister Fischer hatte Mock 1988 eingeladen, der Besuch fand nicht mehr statt. Siehe dazu Dok. 21, Anm. 3.
- 24 Hans Modrow kam bereits am 26. Jänner 1990 zu einem Gegenbesuch nach Österreich. Siehe Dok. 111–112.

Meinungsaustausch werde nach freien Wahlen in der DDR²⁵ sicher leichter zu verwirklichen sein.

7.3. Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene: HSL ersucht um Unterstützung der österreichischen Kandidatur für den SR der VN.²⁶ Nier meinte, bei lediglich zwei Kandidaturen werde es keine Probleme geben, bei mehreren hätte Österreich sicher gute Chancen.

7.4. Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Nier unterstrich großes Interesse an Kooperation mit Österreich. Trotz großer Bedeutung werde die BRD keine Exklusivrechte in der DDR haben. Ländern wie Österreich, Schweden und Finnland käme eine wichtige Rolle zu. DDR wolle aus positiven und negativen Erfahrungen der SU lernen, die Joint-ventures für ein Allheilmittel gehalten habe.

Es bestand grundsätzliche Übereinstimmung, dass ein Investitionsschutz-Abkommen²⁷ in Angriff genommen werden sollte.

Die beiderseitige Bereitschaft zu Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen (1. Quartal 1990 in Wien) wurde bestätigt.²⁸

Herkunftsschutz: laut Nier sei nach Annäherung bei den letzten Verhandlungen ein Vertrag in absehbarer Zeit möglich. Er hoffe auf eine Einigung bei nächster Verhandlungsrunde im Jänner 1990.²⁹

Nier betonte Interesse an einer Vereinbarung über den Austausch von Praktikanten im Bereich der Landwirtschaft. Bei grundsätzlichem Einverständnis würde ein entsprechender Entwurf übermittelt werden. HSL regte Prüfung an, ob dieser Wunsch im Rahmen der jährlichen Arbeitsprogramme zur Vereinbarung der zuständigen Minister vom 22.10.1987³⁰ berücksichtigt werden könnte.

25 Der zunächst beabsichtigte Wahltermin für die Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 wurde schließlich auf 18. März 1990 vorverlegt.

26 Österreichs auf eine Brückenfunktion zwischen Ost und West ausgerichtete Kandidatur war erfolgreich. Nach der Periode 1973/74 zog es 1991 erneut für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat ein.

27 Auf diese Anregung Niers hin wurden die betreffenden österreichischen Stellen um Stellungnahme dazu ersucht. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft erklärten sich grundsätzlich zur Aufnahme von Verhandlungen bereit. Die Rückantworten der anderen mitbefaßten Ressorts, des Bundesministeriums für Finanzen, der Österreichischen Nationalbank und des Völkerrechtsbüros des BMAA standen auch im Jänner 1990 noch aus. Vgl. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.01/2-II.3/90.

28 Die DDR hatte am 7. Juni 1986 einen Entwurf übermittelt. Nun sollten die Verhandlungen auf Basis des OECD-Abkommensmusters aus dem Jahr 1977 im ersten Quartal 1990 in Wien aufgenommen werden. Ein Abschluss dürfte nicht mehr zustande gekommen sein.

29 Nach langwierigen Verhandlungen konnte im Juli 1989 ein Fortschritt beim Vertrag über Herkunftangaben erzielt werden. Der Vertrag wurde am 26. Januar 1990 unterzeichnet, jedoch nicht mehr in Kraft gesetzt. Zur Vorgeschichte siehe Dok. 7, Anm. 5–6.

30 Vereinbarung vom 22. Oktober 1987 zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft der Republik Österreich und dem Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik über die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft.

7.5 Reiseverkehr:

7.5.1 SV-Abkommen: Nier wiederholte DDR-Interesse an Aufhebung der SV-Pflicht.³¹ Österreichische Haltung grundsätzlich positiv, Experten sollen schrittweise Vereinfachung erörtern. Zur Erleichterung bis zu einer solchen Lösung wäre Österreich für eine vereinfachte und beschleunigte SV-Erteilung für Reisende in die DDR dankbar.

7.5.2 Medizinische Behandlung: Nier sah praktische Notwendigkeit einer Regelung der Kostenübernahme für medizinische Betreuung in akuten Fällen bei vorübergehenden Aufenthalt. DDR habe Verträge auf Gegenseitigkeitsbasis mit der BRD und anderen Staaten. Texte würden mit konkreten Vorschlägen übermittelt werden. HSL stimmte einer Prüfung dieses Vorschlages grundsätzlich zu.

7.5.2 Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane: DDR wäre an einer praktischen Zusammenarbeit, speziell im operativen Bereich (Fahndung, Terrorbekämpfung, Suchtgiftschmuggel, etc.) interessiert. HSL sagte Befassung des BMI zu, vielleicht könnten hohe Beamte einmal mögliche Themenbereiche abstecken.

7.6. Interventionen: [...] ³²

7.7. Kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit: Nier betone DDR-Wunsch nach Intensivierung auf der vorhandenen guten Basis. HSL wies auf entsprechendes österreichisches Interesse hin, dem die vorhandenen Budgetmittel im staatlichen Bereich jedoch Grenzen setzten. Die Zukunft liege auch in diesem Bereich bei direkten Kontakten.

Die jeweils zuständigen Sektionen/Abteilungen dürfen um entsprechende weitere Veranlassung gebeten werden. Die Abteilung II.3. wird Anfang März 1990 um Mitteilung über die zwischenzeitlichen Entwicklungen ersuchen, um ein Follow-Up für den Herrn Generalsekretär erstellen zu können.³³

Wien, am 7. Dezember 1989
Sucharipa m. p.

31 Die Visapflicht wurde ab 1. Februar sowohl von Österreich als auch der DDR einseitig aufgehoben. Ein diesbezügliches Abkommen wurde am 13. Februar 1990 geschlossen und mit 1. März 1990 in Kraft gesetzt. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht, BGBl. Nr. 111/1990.

32 Die in diesem Absatz erwähnten humanitären Härtefälle werden aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes ausgelassen.

33 Ein Follow-Up dürfte nicht mehr erstellt worden sein. Für die weitere Entwicklung in den einzelnen Bereichen siehe aber die Vorbereitungsunterlagen für die wechselseitigen Besuche auf höchster Ebene sowie die einschlägigen Gesprächsprotokolle: Dok. 107, 111–113, 160 und 165.

Dok. 87: Bericht. Entwicklungen in der SED, 4.12.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger und Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 4. Dezember 1989, Zl. 301-RES/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24, GZ. 43.03.00/28-II.3/89¹

Das Volk und die Basis (der SED) (Info)

Einige Sprengwirkung erzeugte der Zwischenbericht des zeitweiligen Ausschusses zur Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption und der persönlichen Bereicherung bei der Tagung der Volkskammer am Freitag, dem 1. Dezember 1989 für das Wochenende.² Der CDU-Abgeordnete Heinrich Toeplitz schilderte, dass Häuser von Stoph,³ Kleiber⁴ und Krolikowski⁵ gebaut wurden. Unter der (früheren) Führung gab es Sonderjagdgebiete, die als Armee-sperregebiete abgeschildert waren. Ein Flugpark von 15 Düsenmaschinen stand nur der Staats- und Parteiführung zur Verfügung. Höhepunkt der Sitzung war zweifellos die Anfrage über den „Devisenbeschaffer“ Schalck-Golodkowski⁶ und sein Imperium. Der formell übergeordnete Außenhandelsminister Beil konnte über den Tätigkeitsbericht und die Verantwortlichkeit von Schalck-Golodkowski keine Auskunft geben.

Die Bombe platze dann am Wochenende als bekannt wurde, dass sich Schalck-Golodkowski, der noch am Samstag in der BRD Verhandlungen führte, ins Ausland abgesetzt hat.⁷ In einem Telefongespräch hat er Rechtsanwalt Prof. Dr. Vogel mit seiner Vertretung betraut. Über Druck der empörten Basis traten am Sonntag

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25136 an das BMAA und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Dort wurde er von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen und den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste Warschauer Pakt, den österreichischen Botschaften in Belgrad und Bonn sowie der Delegation Berlin zu Kenntnis gebracht.

2 Für den Bericht und die darauffolgende Diskussion siehe: Neues Deutschland, 2./3. Dezember 1989, S. 4.

3 Willi Stoph, Vorsitzender des Ministerrates und stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates (1976–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Günther Kleiber, Mitglied des Politbüros des ZK der SED (1984–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Werner Krolikowski, Mitglied des Politbüros des ZK der SED (1971–1989) und des Staatsrates (1988/89), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Alexander Schalck-Golodkowski, Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo) (1966–1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Alexander Schalck-Golodkowski konnte, nachdem die Machenschaften des Bereichs KoKo zunehmend ans Licht kamen (siehe auch Anm. 12), trotz Vorliegen eines Haftbefehls am 2. Dezember 1989 gemeinsam mit seiner Frau in die Bundesrepublik reisen. Daraufhin kehrte er kurzfristig noch einmal in die DDR zurück, um sich nach einigen „Aufräumarbeiten“ in seinem Büro bereits in den frühen Morgenstunden des 3. Dezember nach West-Berlin abzusetzen, wo er sich am 6. Dezember den Behörden stellte.

das Zentralkomitee und das Politbüro der SED zurück.⁸ Ein Arbeitsausschuss, der bis zum außerordentlichen Parteitag (15.–17. Dezember 1989)⁹ die Geschäfte führen wird, erklärte, dass die Situation durch das Versagen der Parteiführung, die von der Parteibasis zum Rücktritt gezwungen wurde, entstanden sei. Diesem Arbeitsausschuss gehören unter anderem an: Wolfgang Berghofer, Bürgermeister von Dresden, der inzwischen bekannt gewordene Rechtsanwalt Gregor Gysi, Klaus Höpcke, und der frühere Spionagechef der DDR Markus Wolf, dessen „Sachkenntnisse“ jetzt wohl unersetzlich sein.

Der Arbeitsausschuss gründete einen Untersuchungsausschuss unter Leitung von Gregor Gysi. Dieser hatte unter dem Eindruck der Flucht von Schalck-Golodkowski bestimmt, dass frühere Mitglieder der Parteispitze und ZK-Abteilungsleiter das ZK-Gebäude nur noch mit Zustimmung des Untersuchungsausschusses betreten dürfen. Diese Maßnahme ist auch darauf zurückzuführen, dass bekannt wurde, dass im früheren Ministerium für Staatssicherheit in letzter Zeit Unterlagen vernichtet wurden und angeblich Geldbeträge verschwunden sind. Sicherungsmaßnahmen im Büro und in der Wohnung von Schalck-Golodkowski werden von der Volkspolizei gemeinsam mit Vertretern des neuen Forums durchgeführt.

Bei der neuerlichen außerordentlichen Tagung des ZK am Sonntag (3. Dezember)¹⁰ bekannte das ZK, dass die Untersuchung von kriminellen Handlungen von Inkonsequenz und Halbherzigkeit geprägt war. 12 Mitglieder des ZK, darunter auch Erich Honecker, Werner Krolkowski, Günter Kleiber, Erich Mielke, Alexander Schalck-Golodkowski, Horst Sindermann, Willi Stoph, Harry Tisch wurden aus den ZK und aus der SED ausgeschlossen.

Kreisdelegiertenkonferenz sprach am Wochenende von Verrat der alten Parteiführung und dass Schluss sein müsse mit scheinweisen Enthüllungen dessen, was gerade nachgewiesen werden kann. Einer Spaltung der SED müsse entschieden entgegengetreten werden.

An diesem dramatischen Wochenende wurden weiters Günter Mittag, Harry Tisch, Gerhard Müller und Hans Albrecht in Untersuchungshaft genommen. Nach Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski wird gefahndet.

Mit großer Erschütterung haben Mitglieder der Basis und Teile der Bevölkerung vernommen, dass in einem Warenhaus der Imes GmbH¹¹ große Mengen von

8 Dies geschah auf der 12. Tagung des ZK der SED am 3. Dezember 1989.

9 Siehe dazu Dok. 93 und 97.

10 Für das Protokoll der 12. Tagung des ZK der SED am 3. Dezember 1989 siehe: Das Ende der SED, S. 461–481.

11 Die IMES GmbH („Internationale Meßtechnik“ Import-Export-GmbH, eine Tarnbezeichnung) war eine Firma des DDR-Außenhandelsministeriums die dem KoKo-Bereich unterstand, zudem eng mit dem MfS zusammenarbeitete und vor allem mit Waffen, Munition und militärischem Gerät handelte. Das Hauptlager befand sich in Kavelstorf bei Rostock, von wo aus die Waffen verschifft wurden. Hauptabnehmer waren Entwicklungs- und Schwellenlän-

Handfeuerwaffen und Munition festgestellt wurden, die für den Export bestimmt waren. Chef dieses Unternehmens war Schalck-Golodkowski.

Nach der „Selbstköpfung“ der Partei erwartet den Arbeitsausschuss bis zum außerordentlichen Parteitag in 11 Tagen eine riesige Aufgabe. In der Partei selbst spricht man davon, dass die Vertreter der Kreisdelegiertenkonferenz wohl die einzige Chance wären, die drohende Parteispaltung zu verhindern. Offen spricht die SED-Basis davon, dass selbst eine erneuerte Partei den arg beschmutzten Namen der SED wohl nicht mehr weiter führen wird.

Die Hinhaltetaktik der aus Resten der früheren Parteiführung gebildeten Übergangsmannschaft zur Aufklärung von Korruption und Übergriffen der Sicherheitskräfte hat die labile Lage weiter verschärft. Die Empörung des Volkes und der Parteibasis, die versucht, sich wiederum in das Volk zu integrieren, komplizieren die Situation noch mehr. Seit 9. November sind die staatlichen Ordnungskräfte deutlich in den Hintergrund getreten. Das durch die kopflos gewordene SED entstandene Vakuum kann nur durch Besonnenheit der Straße kurzfristig stabil gehalten werden und müsste am außerordentlichen Parteitag als letzte Chance wenigstens teilweise aufgefüllt werden. Dem runden Tisch am 7. Dezember¹² kommt plötzlich großes Gewicht zu.

Unerwartet emanzipiert hat sich das nicht demokratisch gewählte Parlament der DDR. Der Regierung und hier vor allem ihrem Chef Hans Modrow kommt größeres Gewicht zu. Es bleibt zu wünschen, dass er in dieser weiterhin verschärften Situation in der Lage sein wird, ein Umkippen der Verhältnisse zu verhindern.

Wunderbaldinger/Graf

der im arabischen, asiatischen und lateinamerikanischen Raum. Zweck der Geschäfte war die Devisenerwirtschaftung durch Exporte. Das Lager in Kavelndorf war am 2. Dezember 1989 von Zivilpersonen gestürmt worden.

¹² Siehe Dok. 94.

Dok. 88: Bericht. Kanzleramtsminister Seiters in der DDR (II), 6.12.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 6. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/48-II.3/89¹

Seiters – II: Der Beginn der Vertragsgemeinschaft?²

Kanzleramtsminister Seiters ist am Dienstag, dem 5. Dezember zu einem zweiten Gespräch mit Ministerpräsident Modrow in Berlin zusammengetroffen.³ Dieses neuerliche Treffen wurde als Vorbereitung für das Treffen Kohl-Modrow am 19. Dezember 1989 in Dresden genützt.⁴ Gegenüber dem ersten Besuch vom 20. November 1989⁵ einigten sich beide Seiten eher rasch auf die Einrichtung eines Devisenfonds in Höhe von 2,9 Milliarden DM. Dieser Fond wird für eine Übergangszeit von zwei Jahren zur Finanzierung von Reisezahlungsmitteln eingerichtet. Jede Seite zahlt in den Fond jeweils 750 Millionen DM. Zusätzlich dazu wird Bonn in den Fond 1,4 Milliarden DM speisen. Dieser Betrag entspricht in etwa der bisherigen Höhe der Visagebühren für Bundesbürger und Westberliner sowie dem Mindestumtausch.

DDR-Besucher können pro Jahr 200 DM gegen Mark der DDR erwerben. Im ersten Jahr gilt für einen Teilbetrag von DM 100,- ein Kurs von 1:1 für den restlichen Teilbetrag (auch in Höhe von DM 100,-) gilt ein Umtauschsatz von 1:5.

Die eingehenden Beträge in Mark der DDR sollen für „beiderseits interessierende Projekte der Infrastruktur der DDR, insbesondere in den Bereichen Verkehr, einschließlich Ausbau von Transitstrecken und Übergängen, Tourismus und Stadtanierung verwendet werden. Hierüber wird gemeinsam von beiden Regierungen entschieden.

Einzelheiten für die Einrichtung des Fonds werden in einer Vereinbarung zwischen der Deutschen Bundesbank und der Staatsbank der DDR geregelt werden. Als (weitere) Gegenleistung der DDR für die Einrichtung des Fonds verzichtet die DDR ab 1. Januar 1990 bereits auf die Erhebung des Mindestumtausches für „Personen mit amtlichen Personaldokumenten der BRD und Berlin (West)“.

1 Als Sachbearbeiter des Berichts fungierte Botschaftsrat Gesandter Lorenz Graf. Im BMAA wurde der Bericht von der Abteilung II.3 durch Legationsrat Hans Peter Manz in Bearbeitung genommen es erfolgte die Weiterleitung an die österreichische Botschaft Bonn und die Delegation Berlin. Im BMAA wurde am 27. Dezember 1989 die Verteilung an die Abteilung II.1 (gezeichnet Plattner 4. Januar 1990), die Abteilung IV.2 (gezeichnet Michael Lacchini 2. Jänner 1990) und die Abteilung IV.5 Ulrich Hack (gezeichnet am 8. Jänner 1990) veranlasst.

2 Die Grundlage des Berichts stellte der Bericht „DDR und BRD vereinbarten gemeinsamen Fonds für Reisezahlungsmittel“, in: Neues Deutschland, 6. Dezember 1989, S. 1–2 dar. Daher werden hier nicht alle erwähnten Details und Zahlen, die wenig später einer Revision unterzogen oder niemals realisiert wurden, kommentiert.

3 Für die Aufzeichnung über das Gespräch siehe Dokument 110 in: Deutsche Einheit, S. 609–613.

4 Kohl besuchte die DDR vom 19. bis 20. Dezember 1989. Siehe Dok. 101–102.

5 Siehe Dok. 75.

Entgegengekommen ist die Seite der BRD der DDR bei der Verrechnung der gegenseitig erbrachten Leistungen im Eisenbahnpersonenverkehr: In den Jahren 1990 und 1991 wird der Betrag des Minussaldos der Deutschen Reichsbahn, der 35 Millionen Verrechnungseinheiten pro Jahr übersteigt, von der Deutschen Bundesbahn zu jeweils 75 % und von der Deutschen Reichsbahn (DDR) zu jeweils (nur) 25 % getragen.

Wiederum als Gegenzug der DDR kann verstanden werden, daß sich diese bereit erklärt, die Einzahlung für den Transfer von Guthaben (in die BRD) in bestimmten Fällen in den Jahren 1990 und 1991 von 70 Millionen DM auf jährlich 100 Millionen DM zu erhöhen. Darüber hinaus wird zu Beginn 1990 ein einmaliger Betrag von 60 Millionen DM eingezahlt.

Fast sensationell mutet auch die Zusage der DDR an, „in Anbetracht der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland von Reisenden aus der Deutschen Demokratischen Republik keinen Sichtvermerk verlangt“, die Sichtvermerkspflicht für Personen mit amtlichem Personaldokument der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) aufzuheben. Ja, es entfallen sogar polizeiliche An- und Abmeldungen bei einem Aufenthalt bis zu 30 Tagen. Einreiseverbote seien mit wenigen Ausnahmen aufgehoben worden.

Zur Erleichterung des Transitverkehrs zwischen Westberlin und der BRD stimmte die DDR ab 1.1.1990 zu, den westlichen Berliner Autobahnring für den Transitverkehr zuzulassen.

Ab 1.1.1990 wird die DDR noch bestehende Einfuhrverbote für Gebrauchtwaren, Fernseh- und Videogeräte, Videokassetten und Vervielfältigungsgeräte aufheben und mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen keine Einfuhrgebühren mehr erheben.

Verstärkt und beschleunigt will man Gespräche über die Zulassung von gemischten Gesellschaften sowie über den verstärkten Ausbau des Tourismus, die Intensivierung der Zusammenarbeit beim Umweltschutz, den Bau einer Eisenbahnschnellverbindung zwischen Hannover und Berlin fortführen bzw. unverzüglich aufnehmen.

Gerade in der für DDR-Bürger so wichtigen Frage der Auslandsreisen und hier vor allem in die BRD mußte auch für die dafür notwendigen Zahlungsmittel eine Regelung gefunden werden. Die zweijährige Übergangslösung eines gemeinsamen Fonds ist daher von beiden Seiten zu begrüßen. Fraglich ist allerdings, ob die BRD so massiv und so umgehend eine touristische Öffnung der DDR für die Staatsangehörige der BRD verlangen mußte. Bei der gegenwärtig sehr angespannten Situation im Lande, der für einen größeren Ansturm total unzureichenden Infrastruktur der DDR, muß man diesem 1. Jänner mit etwas gemischten Gefühlen entgegentreten. Nach einer Wartezeit von fast 45 Jahren wäre es dieser wirtschaftlich starken BRD wohl nicht darauf angekommen, auch im eigenen und sogar im „konföderativen“ Interesse für den visafreien Zugang in die BRD noch etwas zuzuwarten. Ein kontrollierter und schrittweiser Übergang für diesen deutsch-deutschen visafreien Zugang hätte stabilisierend auf die sich praktisch täglich ändernden Verhältnisse in der DDR wirken können. Bundeskanzler Kohl

wird am 19. Dezember in Dresden gegenüber Hans Modrow und gegenüber der durch ihre neue Souveränität euphorischen Bevölkerung der Hauptstadt Sachsens Augenmaß und Zurückhaltung beweisen müssen.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger m. p.

Dok. 89: Bericht. Sowjetische Reaktionen auf Kohls Zehn-Punkte-Programm, 6.12.1989

Botschafter Herbert Grubmayr und Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 6. Dezember 1989, Zl. 324-Res/89, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/58-II.3/89¹

SU-BRD; Genscher in Moskau;² restriktive sowjetische Haltung zu Kohls 10-Punkte-Plan³ (Info)

Auf der Basis der TASS-Berichte sowie der Genscher-Pressekonferenz kann i. G. – vorläufig wie folgt berichtet werden:

1) Beziehungen BRD/DDR, sowjetische Kritik an Kohls 10-Punkte-Plan

Gorbatschow hatte in seinem Gespräch mit Genscher⁴ darauf aufmerksam gemacht, dass „die SU in der DDR einen zuverlässigen Verbündeten und wichtigen Garanten des Friedens und der Stabilität in Europa sieht, demgegenüber sie Solidarität und Unterstützung zeigen wird“. Eine beinahe idente Formulierung fand sich schon in der TASS-Verlautbarung über das Gorbatschow-Modrow-Treffen vom 4.d.M.⁵

AM Schewardnadse kritisierte dann gegenüber Genscher⁶ im Detail den 10-Punkte-Plan von BK Kohl und sprach in diesem Zusammenhang von einem

1 Der Bericht wurde in Entsprechung der Aufforderung seitens der Abteilung II.3 des BMAA vom 29. November 1989 (siehe Dok. 80, Anm. 1) erstellt und erging in Verfolg des Fernschreibens Nr. 25510 vom 4. Dezember 1989 (ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/67-II.3/89) als Funkdepesche Nr. 25515 an das BMAA. Er war für die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers bestimmt. Er wurde von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen und Abteilungsleiter Gesandter Ernst Sucharipa veranlasste am 7. Dezember seine Weiterleitung mit Zirkulardepesche Nr. 85453 an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin.

2 Zu Genschers Gesprächen mit Schewardnadse und Gorbatschow in Moskau am 5. Dezember 1989 siehe Dokumente 12–14, in: Diplomatie für die deutsche Einheit, S. 61–82; sowie Dokument 61, in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage.

3 Siehe Dok. 80.

4 Für das Protokoll siehe Dokument 13, in: Diplomatie für die deutsche Einheit, S. 73–80.

5 Hans Modrow hatte am 4. Dezember 1989 im Rahmen des Gipfeltreffens des Warschauer Pakts Moskau besucht. Siehe Dokumente 5–6 in: „Im Kreml brennt noch Licht“.

6 Für das Protokoll siehe Dokument 12, in: Diplomatie für die deutsche Einheit, S. 61–73.

„offenen Diktat gegenüber der DDR“. Es sei unzulässig die weitere Entwicklung der Beziehungen mit dem anderen deutschen Staat von der Erfüllung einer ganzen Zahl von Bedingungen abhängig zu machen. Insbesondere von solchen, welche Änderungen der Grundpfeiler der sozialen und politischen Strukturen der DDR, des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR, sowie fernhalten der SED von der Macht verlangt werden.

Zur Idee einer „Konföderation“ der beiden deutschen Staaten hieß es in der TASS-Wiedergabe der Schewardnadse-Aussage wörtlich: „hinsichtlich der nun in Westdeutschland vorgebrachten Idee der Schaffung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten (wäre zu sagen), dass dies nur die Unruhe in den gegenwärtigen Umständen erhöhen kann, da doch vorsichtig und eine ausgeglichene Vorgangsweise notwendig sind und das Volk nicht aufgebracht werden soll.“ (Dass auch Modrow von einer „Vertrauensgemeinschaft“ sprach, wurde in diesem Zusammenhang nicht erwähnt.)

In allgemeiner Form hatte Schewardnadse noch davor gewarnt, Vorteile aus den Schwierigkeiten der Perestrojka-Prozesse in sozialistischen Ländern dahingehend zu ziehen, um einseitige egoistische Zwecke zu erreichen, ohne die langfristigen europäischen Interessen zu berücksichtigen. Derartige Versuche könnten die beträchtlichen akkumulierten positiven Erfahrungen sowie die Stabilität und den Frieden in Europa gefährden. Der sowjetische Außenminister sprach dann von den Aktionen einiger Kreise in Westdeutschland in Bezug auf die DDR, welche mit gefährlichen Konsequenzen befrachtet sind.

Anders als Gorbatschow erwähnte Schewardnadse ferner, dass die gegenwärtigen Entwicklung die vitalen Interessen der UdSSR, der WP-Staaten und letztendlich aller Europäer berühren, um dann – so die TASS – noch hinzuzufügen:

„Die Sowjetmenschen erinnern sich gut an die Geschichte sowie an die tragischen Lektionen des Zweiten Weltkrieges.“

Ebenso wie Gorbatschow in Italien⁷ und auf Malta,⁸ meinte er, dass ein künstliches Beschleunigen der Ereignisse zu unvorhergesehenen Konsequenzen führen kann. Gleichzeitig hielt Schewardnadse fest, dass die Führung der DDR den Weg der breiten Reformen und der tiefen Erneuerung und der Demokratisierung gehe sowie dass eine riesige konstruktive Arbeit noch bevorstehe, die Zeit verlange. Man soll sich daher nicht in die inneren Angelegenheiten der DDR, weder in Worten noch in Taten, einmischen.

Genscher unterstrich, dass die Führung der BRD sich der Verantwortung für den Augenblick bewusst und dass es das souveräne Recht des Volkes der DDR selbst ist, ohne Einmischung von außen die Frage der Entwicklung ihrer Republik

7 Michail Gorbatschow besuchte vom 29. November bis 1. Dezember Italien. Siehe Dok. 85, Anm. 10.

8 Bush und Gorbatschow trafen am 2./3. Dezember 1989 an Bord des sowjetischen Kreuzfahrtschiffs „Maxim Gorki“ vor Malta zu einem Gipfeltreffen zusammen. Siehe dazu bereits Dok. 81, Anm. 3. und Dok. 80, Anm. 7.

zu lösen. Die Bundesrepublik gehe von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Stabilität am Kontinent aus.

In seiner Pressekonferenz, in der er sich strikte geweigert hatte, näher auf die sowjetische Haltung zur deutschen Frage einzugehen und nur davon sprach, dass die sowjetischen Gesprächspartner ihm hiezu die ohnehin schon bekannte Position dargelegt hätten, unterstrich er mehrmals, dass es „die Sache der Deutschen der DDR sei, wie sie ihr Verhältnis zur BRD gestalten werden“. Nach seiner Ansicht seien sich beide deutschen Staaten der Verantwortung für die Stabilität von ganz Europa bewusst. Es würde keinen nationalen Alleingang geben. Eine Wiedervereinigungslösung könne nur eingebettet in den Prozess einer europäischen Einheit gesehen werden.

Genscher hob hervor, dass die Menschen der DDR selbst zu entscheiden haben, wie sie ihre Freiheit nützen werden und er unterstrich deren Würde und die Weitsicht im Einfordern ihrer Freiheitsrechte, was im Bewusstsein für die Verantwortung für die Stabilität in Europa erfolge.

In der TASS-Wiedergabe der Gesprächsinhalte fällt die Tatsache auf, dass der Begriff „Wiedervereinigung“ nie verwendet wird.

[...] ⁹

4) Wertung

Nach ho. Ansicht versetzte die Sowjetführung – in der Person vom AM Schewardnadse, nicht jedoch durch Gorbatschow selbst – der „Wiedervereinigungseuphorie“ den erwarteten Dämpfer.¹⁰ Die SU scheint unter allen Umständen auf Zeit spielen zu wollen. Der Wink mit dem Zaunpfahl, dass seitens der BRD „zusätzliche politische Impulse“ in sehr breit gefassten Wirtschaftsbereichen notwendig sein werden, zeigt, welchen „Preis“ ein sowjetisches Einlenken langfristig haben könnte.

Gleichzeitig scheint man sich des Risikos, dass die Entwicklungen in der DDR einfach nicht mehr lenkbar sind, immer mehr bewusst zu werden. Die „Prawda“ von heute¹¹ spricht von einer „äußerst kritischen Lage der SED, die es in ihrer gesamten Geschichte nicht gegeben hat“, und die „Iswestija“ vom 5. d. M.¹² berichtet von den Demonstrationen in Leipzig, an denen „eine große Gruppe von Teilnehmern die Wiedervereinigung Deutschlands mit Transparenten ‚Ein einheitliches Deutschland – unsere Heimat‘ gefordert hatte“. Dasselbe Blatt schreibt auch über die Machinationen Schalck-Golodkowski, seinen Waffenhandel und sein Devisenkonto in der Schweiz.¹³ Moskau scheint auch Egon Krenz aufgeben zu haben. Er wird nur mehr als eine Begleitperson Modrows bei dessen Tref-

9 Ausgelassen wurden die Abschnitte „2) Bilaterale Aspekte“ und „3) KSZE-Prozess, KSE-Abkommen“, die vor allem darauf verwiesen, dass hierüber separat berichtet würde.

10 Dieser Satz wurde im BMAA am Seitenrand handschriftlich markiert. Vermutlich war damit der gesamte Absatz gemeint.

11 Der Artikel liegt dem Akt nicht bei.

12 Der Artikel liegt dem Akt nicht bei.

13 Siehe dazu Dok. 87.

fen mit Gorbatschow genannt. (Wie mir der rumänische Botschafter, der beim WP-Gipfeltreffen¹⁴ präsent war, erzählt hat, habe Modrow die DDR-Delegation de facto geführt und sei auch als alleiniger Wortführer und Diskussionspartner während des Gipfels in Erscheinung getreten).

Für Moskau scheint ferner – nach ho. Ansichten – derzeit keine Notwendigkeit zu bestehen, selbst grünes Licht für eine Wiedervereinigung Deutschlands zu geben, zumal bei den westlichen Alliierten hierüber noch keine Einigkeit zu herrschen scheint. Frankreich hätte ja schon sein Recht unterstrichen an einer endgültigen Deutschland-Lösung mitwirken zu wollen. Das heute stattfindende Treffen Gorbatschow-Mitterrand in Kiew¹⁵ wird möglicherweise zusätzliche Aufschlüsse bringen.

Grubmayr/Sajdik

Dok. 90: Bericht. Besuch Eyskens in der DDR, 7.12.1989

Gesandter Christian Lassmann an BMAA, Brüssel, 7. Dezember 1989, Zl. 466-Res/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24.¹

Belgien-DDR; Besuch von AM Eyskens² (Info)

AM Eyskens stattet in Begleitung seines GS,³ des politischen Direktors⁴ und anderer leitender Beamter⁵ vom 28.–30.11. der DDR einen offiziellen Besuch ab. Er traf dabei mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz – zu jenem Zeitpunkt auch noch GS der SED – MP Modrow und AM Fischer zusammen. Weitere Unterredungen

14 Das Gipfeltreffen des Warschauer Pakts fand am 4. Dezember 1989 in Moskau statt. Für Auszüge des DDR-Protokolls siehe Dokument 6, in: „Im Kreml brennt noch Licht“.

15 Gorbatschow und Mitterrand trafen am 6. Dezember 1989 in Kiew zusammen. Für das Gesprächsprotokoll siehe Dokument 62, in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage.

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25059 an das BMAA und war für die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers bestimmt. Im BMAA erhielt er die GZ. 18.18.10/1-II.3/89. Bereits am 7. Dezember veranlasste der Leiter der Abteilung II.3 Gesandter Ernst Sucharipa die Weiterleitung als Zirkulardepesche Nr. 35452 an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin.

2 Mark Eyskens, Außenminister Belgiens (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Frans Roelands, Generalsekretär im belgischen Außenministerium, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Alex Reyn, Leiter des Kabinetts des belgischen Außenministers Mark Eyskens, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Philipp Mieuwenhuys, Berater des Kabinetts des belgischen Außenministers Mark Eyskens, zudem Theo Lansloot, Botschafter Belgiens in der DDR, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

fanden mit den Blockpartei-Vorsitzenden de Maizière⁶ und Gerlach⁷ sowie dem katholischen Bischof von Berlin,⁸ Vertretern der lutherischen Kirche und Angehörigen der Humboldt-Universität statt.

Von einem Mitglied der belgischen Delegation waren hierzu noch folgende Kommentare zu hören:

1. SED-Gesprächspartner seien sehr selbstsicher aufgetreten, hätten sich aber teilweise einer noch sehr aggressiven-ideologischen befrachteten Sprache bedient (Krenz). Betont worden seien die Unumkehrbarkeit des Reformprozesses, der „sozialistische“ Charakter der Gesellschaft (angeblich ein „Wusch der Massen“) und die nationale Souveränität. Modrows Sprache sei etwas flexibler gewesen. Fischer habe das Interesse an einer Zusammenarbeit mit der EG unterstrichen.

2. Glaubwürdigkeitsdefizite bei den Blockparteien, weshalb sie auch keine Träger authentischer Opposition seien. Plädoyer de Maizière für Aufrechterhaltung des sozialistischen Systems, ausweichende Antwort Gerlachs.

3. Alle Gesprächspartner hätten den Eindruck vermittelt, dass sie den 10-Punkte-Plan BK Kohls⁹ wie ein „Ultimatum“ empfänden. (AM Eyskens habe seinerseits sehr viel Sympathie für die Idee einer Vertragsgemeinschaft zwischen der BRD und der DDR, da sie ihm für seine eigenen Überlegungen hinsichtlich des Verhältnisses der EG zu anderen europäischen Staaten (Föderation/Konföderation) modellhaft erscheine.)

4. Die diversen Formationen der Opposition seien für eine tatsächliche Beteiligung an der Regierungsverantwortung völlig unvorbereitet, orientierungslos und ahnungslos hinsichtlich der Wirkungsweise marktwirtschaftlicher Mechanismen. Die SED-Führung, sofern noch vorhanden, setze vorerst auf Zeitgewinn und sei zuversichtlich, die oppositionellen Strömungen in irgendeiner Form wiederum kanalisieren zu können. Im belgischen Außenministerium äußert man diesbezüglich jedoch Zweifel und verweist auf die anhaltenden Massendemonstrationen. Auch bezüglich der Anfüllung der „Worthülsen“ im Aktionsprogramm der SED¹⁰ und in der Regierungserklärung Modrows¹¹ zeigt man sich hier vorerst abwartend-skeptisch.

Lassmann

6 Lothar de Maizière, CDU-Vorsitzender in der DDR (1989/90), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Manfred Gerlach, Vorsitzender der LDPD (1967–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Georg Sterzinsky, Bischof bzw. Erzbischof des Bistums Berlin (1989–2011), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Siehe Dok. 80.

10 Das „Aktionsprogramm“, in dem sich die SED noch an ihr Machtmonopol klammerte, wurde auf der 10. Tagung des ZK der SED vom 8. bis 10. November am Tag nach der Grenzöffnung vorgestellt und diskutiert. Vgl. dazu: „Schritte zur Erneuerung – Aktionsprogramm der SED“, in: Neues Deutschland, 11./12. November 1989, S. 1–2. Zur parteiinternen Diskussion am 10. November siehe: Das Ende der SED, S. 380–437.

11 Für die Regierungserklärung Modrows vom 17. November 1989 siehe Dok. 77, Anm. 4 und Dok. 78, Anm. 9.

Dok. 91: Bericht. Haltung Polens zu Kohls Zehn-Punkte-Programm, 7.12.1989

Botschafter Andreas Somogyi an BMAA, Warschau, 7. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/43-II.3/89¹

Frage der deutschen Wiedervereinigung (Info)

Der Pressesprecher des polnischen Präsidenten Jaruzelski² hat am 5.ds.³ eine Erklärung zum 10-Punkte-Programm BK Kohls⁴ abgegeben, wobei die Erklärung in englischer Sprache nur in Exzerpten veröffentlicht wurde (diese Exzerpte geben sicherlich nach ho. Ansicht die wesentlichen Aussagen wieder). Die auszugswiese Erklärung lautet wie folgt:

„Statement of President's spokesman

Warsaw, Dec. 5: Poland is not and cannot be indifferent to the events taking place in both German states, particularly in light of the intentions to reunite formulated of late, reads a statement of the spokesman of Poland's president. Excerpts:

We have a historical, moral and political right to express a stance on a matter so important for the future of Poland and all of Europe. We were a nation painfully tried by more than 100 years of enthrolement [sic!], including Prussian-German. Poland became the first victim of Nazi aggression. World War Two, started by the Third Reich on our land, lasted the longest here, brought us immeasurable losses and victims. It is obvious that every attempt at changing the situation of the German issue is treated with utmost seriousness in Poland.

We respect the right of nations to self-determination and life in such conditions as they deem right to fulfil their aspirations. We have always referred this principle both to the German Democratic Republic and the Federal Republic of Germany. We will respect it in the future. In the case of Germany, however, there are special circumstances.⁵

1 Der Bericht wurde in Entsprechung der Aufforderung seitens der Abteilung II.3 des BMAA vom 29. November 1989 (siehe Dok. 80, Anm. 1) erstellt und erging in Verfolg von Drahtbericht Nr. 25142 vom 1. Dezember 1989 und Drahtbericht Nr. 25143 vom 4. Dezember 1989 als Funkdepesche Nr. 25144 an das BMAA. Er war die Sektion 2, das Generalsekretariat und das Kabinett des Ministers gerichtet. Er wurde von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen, am 7. Dezember erfolgte die Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn, Berlin und Moskau. Im BMAA lag er zudem der Abteilung II.1 vor, wo ihn Abteilungsleiter Plattner am 14. Dezember mit als gesehen abstempelte.

2 Wojciech Jaruzelski, Präsident Polens (1989/90), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Der Name wurde im BMAA handschriftlich umringelt.

3 So im Original, gemeint ist der 5. Dezember 1989.

4 Siehe Dok. 80.

5 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA, zudem am Seitenrand mit einem Rufzeichen versehen.

First, as a result of the consequences of World War Two and the decision of the victorious coalition there are two historically determined German states.

Second, twice in the past postulates of uniting Germany were accompanied by expansionist trends which gave rise to events tragic for Europe.

Third, the co-responsibility for the German issue lies with the four superpowers.

Fourth, the German issue also constitutes a common matter of all European states, including those belonging to the Warsaw Treaty and NATO, to CMEA and the EEC. The unclear and equivocal stance of influential circles in the FRG on these key matters by its virtue arouses distrust and anxiety in many countries, and this for understandable reasons especially pertains to Poland.

Fifth, military balance is the pre-condition for stability and security in Europe. Poland favors maintaining it at the possibly lowest level. The line of reference of the current balance runs along the state border between the FRG and the GDR. Breaching the principles shaping the balance on our continent would be deeply contrary to a feeling of security, to the spirit and letter of the Helsinki Final Act.

Poland was and is interested in developing good relations with both German states.

Poland unchanging proceeds from the premise of defending territorial integrity and respecting equality in relations between all states. This foundation of the polish reason of state cannot undergo any changes. Poland will never agree with the revisionist thesis on the openness of the issue of the polish-german border. The border on the Odra and Nysa rivers is lasting and final.

The president, the government and all political and social forces in Poland express a view that any pondering on the future of Germany must above all take into account guarantees of security of German's neighbours and all of Europe.["]

Aus den bisher einberichteten polnischen Erklärungen geht eindeutig hervor, dass die gesamte politische Landschaft des Landes wegen der nunmehr möglichen deutschen Wiedervereinigung, aber v.a. auch deshalb, weil die BRD hinsichtlich der poln. Westgrenze eine „zweideutige Haltung“ (so lautet die poln. Formulierung) einnimmt, besorgt ist. Die Frage der deutschen Wiedervereinigung bzw. der poln. Westgrenzen wurde auch von verschiedenen Gesprächspartnern, mit denen der Gefertigte im Zuge seiner Abschiedsbesuche zusammentraf, zur Sprache gebracht. Überall drang Besorgnis durch.⁶

Ex-Premierminister Rakowski,⁷ der nunmehr 1. Sekretär der PVAP ist, hält wie er gestern dem Gefertigten mitteilte, die deutsche Wiedervereinigung für relativ bald bevorstehend. Er traf Anfang dieser Woche mit Gorbatschow zusammen,⁸

6 Dieser Absatz wurde im BMAA am Seitenrand handschriftlich markiert.

7 Mieczysław Rakowski, Ministerpräsident Polens (1988/89), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Rakowski und Gorbatschow waren im Rahmen des Gipfeltreffens des Warschauer Pakts am 4. Dezember 1989 im Moskau zusammengetroffen.

der seinerseits bekannt gab, Präsident Bush habe in Malta⁹ von der Notwendigkeit der Beibehaltung beider Militärbündnisse gesprochen. Die Amerikaner versuchten, in Mittel- und Osteuropa nunmehr nicht oder kaum mehr zur Destabilisierung beizutragen. Auf die Frage Rakowskis wie die SU reagieren würde, wenn die freigewählte Volkskammer der DDR einen Beschluss fasst, die sowjetischen Truppen aus der DDR sollen abgezogen werden, habe Gorbatschow keine Antwort gegeben.

Rakowski zufolge habe Gorbatschow kein Konzept darüber, welches Verhältnis die SU zu den sogenannten sozialistischen Staaten haben soll.

Rakowski nahm auch auf eine dem Gefertigten nicht bekannte Aussage Präsident Mitterrands Bezug, wonach ihm Gorbatschow heuer in Paris¹⁰ gesagt habe, im Falle der deutschen Wiedervereinigung würde bei ihm, Gorbatschow, ein sowjetischer Marshall im Büro erscheinen, dem Gorbatschow sodann den Platz räumen müsste. Die gegenständliche Äußerung Mitterrands soll schon früher in die Presse Eingang gefunden haben.¹¹

Somogyi

9 Bush und Gorbatschow waren am 2./3. Dezember 1989 an Bord des sowjetischen Kreuzfahrtschiffs „Maxim Gorki“ vor Malta zu einem Gipfeltreffen zusammengetroffen. Siehe dazu bereits Dok. 81, Anm. 3. und Dok. 80, Anm. 7.

10 Michail Gorbatschow hatte vom 4. bis 6. Juli 1989 Frankreich besucht.

11 Diese Aussage wird in der Literatur sowohl im Zusammenhang mit Besuch Gorbatschows in Frankreich vom 4. bis 6. Juli 1989 (siehe dazu bereits Dok. 48, Anm. 24.) als auch mit einem Telefongespräch zwischen Mitterrand und Gorbatschow Ende November 1989 erwähnt (für einen Auszug des Gesprächs siehe Dokument 104, in: *A Cardboard Castle?*). Auch in den bekannten Aufzeichnungen des Gesprächs Gorbatschow–Mitterrand am 6. Dezember 1989 in Kiew ist weder die Aussage noch ein Rekurs auf diese enthalten. Siehe Dokument 114, in: *A Cardboard Castle?* Philip Zelkow und Condoleezza Rice haben ohne hinreichend nachvollziehbaren Quellenbeleg festgehalten: „At the end of November Gorbachev had phoned Mitterrand and reportedly told him that on the day Germany unified, „a Soviet marshal will be sitting in my chair.““ Philip Zelkow/Condoleezza Rice, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge, Ma./London 1995, S. 137.

Dok. 92: Information. Westliche Reaktionen auf Kohls Zehn-Punkte-Programm, 7.12.1989

Information für den Herrn Bundesminister, Gesandter Johann Plattner, Wien, 7. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/41-II.1/89¹

Programm Bundeskanzler Kohls zur deutschen Einigung;² Reaktion der westlichen Staaten³

Der Charakter der Reaktionen der westlichen Staaten auf das Programm Kohls ist von Zurückhaltung, einer gewissen Skepsis und gelegentlich einem Unterton des Unbehagens gezeichnet.

Die Reaktionen enthalten im Allgemeinen folgende Hauptelemente:

- Anerkennung des Rechtes der Deutschen auf Selbstbestimmung
- Frage der Einigung in erster Linie Angelegenheit der Deutschen
- Regelung muss im Rahmen der KSZE (bestehende Grenzen) und gesamt-europäische Entwicklung eingebettet werden
- Stabilität und Gleichgewicht in Europa dürfen nicht gefährdet werden
- Entwicklung soll nicht überstürzt werden

In den Stellungnahmen aus EG-Staaten kommen vereinzelt Befürchtungen betreffend die Entwicklung der Integration in der Gemeinschaft zum Ausdruck (Frankreich, Niederlande).

Eine gewisse Sorge vor einem vereinten Deutschland ist in denjenigen Staaten herauszuhören, welche von Hitler-Deutschland angegriffen bzw. besetzt wurden (Niederlande, Luxemburg).

Die Schweiz und Schweden weisen auf die Verantwortung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges für die künftige Entwicklung hin.

Haltung der westlichen Alliierten:

USA: Selbstbestimmungsrecht für Deutsche ohne a priori-Fixierung des Zieles, Verbleib der BRD im westlichen Bündnissystem, graduelles Vorgehen, Beachtung der KSZE-Schlussakte (ursprünglich positive Haltung wurde modifiziert).

Großbritannien: PM Thatcher: Skeptische Haltung, Frage in den nächsten Jahren nicht aktuell.

1 Bei der Information handelt es sich um eine in der Abteilung II.1 erstellte Synthese der in Entsprechung der Aufforderung seitens der Abteilung II.1 des BMAA vom 29. November 1989 (siehe Dok. 80, Anm. 1) in Wien eingelangten Berichte der österreichischen Auslandsvertretungen. Als Sachbearbeiter fungierte Gesandter Marius Calligaris. Die Information erging an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, alle Abteilungen der Sektion II und an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“.

2 Siehe Dok. 80.

3 Für vergleichbare, früher abgefasste und ausführlichere Zusammenstellungen zu den Reaktionen siehe Dokument 102, in: Deutsche Einheit und Dokument 25, in: Die Einheit.

Frankreich: Betonung, dass Frage der deutschen Einigung nur im Kontext der europäischen Integration betrachtet werden darf. BRD muss beweisen, dass für sie Wiedervereinigung keine Alternative zur EG.

Wien, am 7. Dezember 1989

Plattner m. p.

Dok. 93: Bericht. Der außerordentliche Parteitag der SED (I), 11.12.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 11. Dezember 1989, Zl. 321-Res/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

Der erste (und letzte?) außerordentliche Parteitag der SED²

Mit 95,32 % der abgegeben Stimmen wurde der 41jährige Rechtsanwalt Gregor Gysi am 1. Außerordentlichen Parteitag der SED Samstag Vormittag³ (9. Dezember) zum neuen Vorsitzenden der SED gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Ministerpräsident Modrow, der bekannte Dresdner Oberbürgermeister Berghofer und Wolfgang Pohl gewählt. Dem neuen Vorstand der Partei gehört auch Werner Kroker⁴ an, der an der Spitze des vor einer Woche eingesetzten Parteiausschusses stand. Kroker hatte sich auf eine Kandidatur für den Parteivorsitz mit der Begründung verzichtet, dass er als 60jähriger dafür zu alt sei. Dem Präsidium gehören außerdem an: Klaus Höpcke, Joachim Willerding u. a.

Politbüro und Zentralkomitee der Partei wurden somit abgeschafft.

In seiner „Information über die Lage im Land“ warnte Modrow, dass die Existenz und der Frieden der DDR bedroht seien. Es sei die erste Aufgabe, dieses Land zu bewahren, und dieser Aufgabe müsse alles andere untergeordnet werden. Recht und Ordnung müssen gewahrt, Gewaltanwendung und Amtsanmaßung verhindert werden. In einem eindringlichen Appell an die Delegierten, die Partei nicht zu spalten, zitierte Hans Modrow Michail Gorbatschow bei seinem Treffen in Moskau: Gorbatschow habe ihm klargemacht, dass vom Überleben der SED als Partei und der DDR als Bündnispartner im Warschauer Pakt auch das Gelingen

1 Der Bericht erging als Depesche in Ziffern Nr. 25143 an das BMAA und war für die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers bestimmt.

2 Für das Wortprotokoll der Beratungen am 8./9. Dezember 1989 siehe: Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 37–171.

3 So im Original.

4 Korrekt Herbert Kroker, Leiter des zeitweiligen Arbeitsausschusses der SED und Mitglied des neugewählten Parteivorstandes (November–Dezember 1989), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

seiner⁵ Perestroika abhängen. Die Delegierten reagierten darauf mit frenetischem Beifall und dem Anstimmen der Internationale.

Gregor Gysi beschwor den demokratischen Sozialismus als neue Leitlinie der Partei. Mit dem gescheiterten stalinistischen, administrativen zentralistischen Sozialismus müsse entschieden gebrochen werden. Die (neue) Partei soll einen dritten Weg jenseits vom stalinistischen Sozialismus und der Herrschaft transnationaler Konzerne einschlagen.

Zur Lage der Partei meinte Gysi, dass die Krise bisher noch immer nicht behoben worden sei. Die SED hat in den vergangenen zwei Monaten eine halbe Million Mitglieder verloren und steht nunmehr bei 1,8 Millionen Parteimitgliedern. Drastisch formulierte ein Delegierter die drei Buchstaben der Partei: S = Sauwirtschaft, E = Egoismus, D = Diebstahl.

Am kommenden Wochenende wird der außerordentliche Parteitag fortgesetzt werden. Dann will man sich einen neuen Namen und ein neues Programm geben.

Die Spaltung der Partei wurde somit (bisher) vermieden. Diesem Ziel hatte man zumindest bei der ersten Teilsitzung des außerordentlichen Parteitages (offensichtlich) Sachfragen hintangestellt.

Die Partei hat einen Vorsitzenden und einen (neuen) Vorstand. Politbüro und Zentralkomitee gibt es nicht mehr.

Wie es jedoch mit dieser Partei wirklich weitergehen kann, wird erst der zweite Teil des außerordentlichen Parteitages zeigen.⁶

Wunderbaldinger

Dok. 94: Bericht. Der Zentrale Runde Tisch, 11.12.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger und Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 11. Dezember 1989, Zl. 320-RES/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

Der Runde Tisch (I) (Info)

Über Einladung des Sekretariats des Bundes evangelischer Kirchen in der DDR und der katholischen Berliner Bischofskonferenz trat am Donnerstag, dem 7. Dezember 1989 zum ersten Mal der Runde Tisch zusammen.² Vertreter von 12 Parteien,

5 Handschriftliche Beifügung im Originaldokument: (Gorbatschow's)

6 Siehe Dok. 97.

1 Der Bericht erging als Depesche in Ziffern Nr. 25142 an das BMAA und war für die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers bestimmt.

2 Für die Wortprotokolle des „Runden Tisches“ siehe: Uwe Thaysen (Hg.), Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. Bde. I–V, Wiesbaden 2000.

politischer Gruppierungen und Organisationen nahmen an dem Treffen teil. Mit jeweils drei Teilnehmern waren die CDU, die Bauernpartei (DBD), die LDPD,³ die NDPD⁴ und das Neue Forum vertreten. Zwei Vertreter entsandten die SED, Demokratie jetzt, Demokratischer Aufbruch, Grüne Partei, Initiative für Frieden und Menschenrechte, SPD und Vereinigte Linke. Durch eine Demonstration erzwang dann noch der Gewerkschaftsbund (FDGB) und der neu gegründete unabhängige Frauenbund die Entsendung ihrer zwei Vertreter an den Tisch.

Mit 22 Ja-Stimmen gegen 11 Enthaltungen sprachen sich die Teilnehmer für eine Neuwahl der Volkskammer am 6. Mai 1990⁵ aus. Zur Erstellung eines neuen Wahlgesetzes und einer neuen Verfassung wurden gemeinsame Kommissionen gebildet.⁶ Einig waren sich die Teilnehmer des Runden Tisches, dass die neue Verfassung nach den Neuwahlen zur Volkskammer in einem Volksentscheid im Jahr 1990 bestätigt werden soll.⁷

Die am Runden Tisch vereinigten sieben Oppositionsgruppen forderten in einer gemeinsamen Erklärung, dass die jetzige Regierung sich zu einer „geschäftsführenden Übergangsregierung“ erklären solle und nur unaufschiebbare Maßnahmen beschließen sollte.

Der Runde Tisch gab seine Sorge um das in eine Krise geratene Land, dessen Eigenständigkeit und um seine dauerhafte Entwicklung Ausdruck. Zur Überwindung der Krise (der DDR) wollen sich die Teilnehmer mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit wenden. Die Teilnehmer erklärten selbst, dass sie keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben könnten. Sie fordern jedoch von beiden Gremien (Volkskammer und Regierung) rechtzeitig vor wichtigen rechts-, wirtschafts-, und finanzpolitischen Entscheidungen informiert und einbezogen zu werden.

3 LDPD = Liberal-Demokratische Partei Deutschlands.

4 NDPD = National-Demokratische Partei Deutschlands.

5 Der zunächst beabsichtigte Wahltermin für die Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 wurde schließlich auf 18. März 1990 vorverlegt.

6 Es handelte sich um „Arbeitsgruppen“, nicht um Kommissionen. Folgende Arbeitsgruppen waren festgelegt worden: Ausländerfragen bzw. Ausländerpolitik, Bildung, Erziehung, Jugend, Frauenpolitik, (erweitert auf AG Geschlechtergleichstellung), Gesundheits- und Sozialwesen, Medien bzw. Mediengesetzgebungskompetenz, Neue Verfassung, Ökologischer Umbau, Parteien- und Vereinigungsgesetz, Prioritäten: Recht, Sicherheit bzw. Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit der DDR, Sozialpolitik, Strafrecht, Wahlgesetz, Wirtschaft. Je Arbeitsgruppe gab es zwei Einberufer (ständige Vertreter), verbunden mit der Pflicht, die Anträge der Arbeitsgruppe am Zentralen Runden Tisch einzubringen. Auch in den Volkskammerausschüssen arbeiteten Mitglieder des Zentralen Runden Tisches mit. Die Einberufer wurden paritätisch von einer „alten“ und „neuen“ Kraft gestellt.

7 Dazu kam es nicht mehr, da nach den Wahlen auch in der DDR die Weichen Richtung Einheit gestellt waren. Zwar legte die Arbeitsgruppe „Neue Verfassung“ am 4. April einen Entwurf vor, dieser wurde nach dem Ergebnis der Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 aber nicht mehr ernsthaft weiterdiskutiert.

Der Runde Tisch ist als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle im Lande anzusehen und wird seine Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortsetzen. Als nächstes Treffen des Runden Tisches wurde der 18. Dezember vereinbart.

Nach der Marathonsitzung (die Beratungen dauerten über 11 Stunden und endeten erst am frühen Freitag morgen) bewerteten die Teilnehmer des Runden Tisches die erste Sitzung übereinstimmend als Erfolg. Man war sich einig, dass das Treffen etwas bewegt hat und schränkte im Hinblick auf die Lage im Land ein, dass es dennoch mehr hätte sein können. Die Oppositionsgruppen waren hauptsächlich enttäuscht, dass ihre Forderungen nach eigenen Büros und Herausgabe eigener Publikationen noch nicht erfüllt wurden. Sie erhielten lediglich eine Verwendungszusage des amtierenden Vorsitzenden des Staatsrates Prof. Dr. Manfred Gerlach, dass sich dieser beim Ministerrat dafür einsetzen werde. Volkskammerpräsident Maleuda⁸ regte für die zweite Dialogrunde am 18. Dezember an, dass man mehr Rezepte zur Sanierung der Wirtschaft und zur Aufrechterhaltung der Versorgung in den Vordergrund stellt.

Der eher widerwillig von der (früheren) SED aufgegriffene Vorschlag eines Runden Tisches hat sehr schnell ein Eigengewicht entwickelt. Als Vermittler und dritte Kraft zwischen der nicht demokratisch legitimierten Volkskammer und der jetzt schon als Übergangsregierung bezeichnete Regierung wird der Einfluss und die Bedeutung dieses Tisches (der im Übrigen nicht rund ist) täglich zunehmen. Fraglich bleibt allerdings, inwieweit dieses Gremium die Regierung bei der Aufrechterhaltung der „normalen“ Staatsfunktionen unterstützen kann. Grundlegende Entscheidungen, vor allem zur Wirtschaftsreform, müssen wohl sehr bald nach den Festtagen in Kraft gesetzt werden, um eine halbwegs geordnete Übergangszeit bis zu den freien Wahlen zu ermöglichen.

Wunderbaldinger/Graf

8 Günther Maleuda, Präsident der Volkskammer der DDR (1989/90), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Dok. 95: Bericht. Vier-Mächte-Treffen in Berlin, 15.12.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger und Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 15. Dezember 1989, Zl. 495-Res/89, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/50-II.1/89¹

Die deutsche Frage: keine deutsch-nationale Lösung (Info)

Das kleine Treffen der Vier Mächte in Westberlin am Montag, dem 11. Dezember 1989² hat kurzfristig als Signal in der DDR (und nicht nur da) zum Innenhalten geführt. Als Fortschreibung von Malta³ hat die einladende sowjetische Seite die Notwendigkeit der zumindest mittelfristigen Eigenstaatlichkeit der DDR für eine kanalisierte und stabilisierte Entwicklung unterstrichen. Die Betonung der Stabilität beim Treffen der Botschafter der Vier Mächte führte Botschafter Kotschemassow⁴ zu einer ex-cathedra-Interpretation von Stabilität in Zentraleuropa: Stabilität sei die Respektierung der territorialpolitischen Realität in Europa.

In einem Telefonat mit dem neuen Vorsitzenden der SED Gregor Gysi⁵ betonte Michail Gorbatschow die Notwendigkeit der Sicherung der Souveränität der DDR. Von der Stabilität der DDR hänge nicht unwesentlich die Stabilität des europäischen Kontinents ab.

Ein deutliches Signal, dass sowohl hüben wie drüben sofort Wirkung zeigt, war das kurzfristige und für die Öffentlichkeit überraschend anberaumte Treffen des US-Außenminister James Baker mit Hans Modrow in Potsdam am Dienstag Nachmittag.⁶ Der Premierminister der DDR wertete dieses Treffen sofort als politisches Signal der großen Aufmerksamkeit, mit der die USA ihrer Sorge Aus-

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25146 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Er wurde vom Leiter der Abteilung II.1 Gesandten Johann Plattner in Bearbeitung genommen und am 15. Dezember 1989 an die österreichische Botschaft Bonn weitergeleitet.

2 Auf Initiative des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin kamen am 11. Dezember 1989 die Bonner Botschafter der USA, Frankreichs und Großbritanniens im Alliierten Kontrollratsgebäude in Berlin zusammen, um über die Entwicklungen in der DDR und den möglichen Zusammenbruch der dortigen öffentlichen Ordnung zu sprechen. Dies stellte das erste Treffen seit Abschluss des Berlin-Abkommens von 1971 dar und rief in der westdeutschen Öffentlichkeit heftige negative Reaktionen hervor. Siehe für die französische Aufzeichnung Dokument 26, in: La diplomatie française; sowie zur Vorbereitung die britischen Dokumente 72 und 73 in: DBPO III/VII: German Unification.

3 Bush und Gorbatschow trafen am 2./3. Dezember 1989 an Bord des sowjetischen Kreuzfahrtschiffs „Maxim Gorki“ vor Malta zu einem Gipfeltreffen zusammen. Siehe dazu bereits Dok. 81, Anm 3. und Dok. 80, Anm. 7.

4 Wjatscheslaw I. Kotschemassow, Botschafter der Sowjetunion in der DDR (1983–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Das Telefonat fand am 10. Dezember statt. Für die SED-Aufzeichnung siehe Dokument 9, in: „Im Kreml brennt noch Licht“.

6 Das Treffen fand am 12. Dezember 1989 statt. Für die DDR-Aufzeichnung über das Gespräch siehe Dokument 13 in: Die Außenpolitik der DDR.

druck geben, dass der Reformprozess in der DDR auf friedliche und stabile Weise weiter vor sich gehen werde. Modrow unterstrich, dass eine DDR mit ihrer gegenwärtigen demokratischen Entwicklung ein wichtiger Baustein im neuen europäischen Haus sein werde.

Nicht erst seit der letzten Montag-Demonstration (11. Dezember) in Leipzig, sondern erst einige Tage vorher wurde das alte Schlüsselwort Wende und Reform [sic!] abgelöst durch Stabilität. Die fast weltweit gelobte disziplinierte Straßendemonstration in Leipzig ist dabei umzukippen. Deutsch-nationale Töne schlagen den Bewahrern der DDR in aggressiver Weise entgegen. Wer zur Besonnenheit aufruft, findet kein Gehör. Peinlich auch, dass ein Aufkleber mit der Aufschrift „Wir sind das Volk“ von einer CDU-Geschäftsstelle Bonn verteilt wurde. Eindeutig als deutsch-nationale forsche Lösung bezeichnet man hier nunmehr den 10-Punkte-Plan Kohls.⁷ Die BRD-Medien besinnen sich und bald schon wird nicht mehr der Vorwurf gelten, der bis jetzt berechtigt war, dass sie mit ihrer fast allumfassenden Präsenz in der DDR die „Wiedervereinigung herbeizujubeln versuchten“.

Ein weiteres Zeichen setzte Bundespräsident Richard von Weizsäcker am Mittwoch, als er in einem ersten und exklusiven Interview, das er der aktuellen Kamera der DDR gab, die Deutschen in Ost und West zu Besonnenheit aufrief. Er nahm teilweise ein Zitat von Willy Brandt auf und meinte, dass das was zusammengehörte, zusammenwachsen müsse.⁸ Es dürfte aber nicht zusammenwuchern und der Prozess des Wachsens brauche Zeit. Fraglich ist allerdings, wie stabilisierend seine Ankündigung wirken wird, dass er noch vor Weihnachten privat [die DDR besuchen werde.]⁹

Als Stabilisierungshandlung muss auch das Treffen des Bürgermeisters von Westberlin Walter Momper mit Hans Modrow am Dienstag¹⁰ angesehen werden. Momper versicherte Modrow, dass Westberlin einen Missbrauch des Reiseverkehrs zum Schaden der Wirtschaft der DDR nicht zulassen werde. Ebenso müssen Schwarzarbeit, Drogen- und Waffenhandel verhindert werden. Grundsätzlich erklärte Modrow die Bereitschaft, Westberliner Unternehmern Lager- und Gewerbeflächen auf dem Territorium der DDR zur Verfügung zu stellen. Beide waren sich einig, Berlin zu einem Zentrum neuer Impulse für die Ost-West-Zusam-

7 Siehe Dok. 80.

8 Interview des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Richard Freiherr von Weizsäcker, für das Fernsehen der DDR am 13. Dezember 1989, in: Europa-Archiv 1990, S. D 84–D 88. Tatsächlich hatte Brandt dieses Zitat bereits früher und nicht wie – in der Regel angenommen – am 10. November 1989 bei der Rede in Berlin vor dem Schöneberger Rathaus getätigt. Dennoch wurde das Zitat sogar in eine Publikation der Reden Brandts aufgenommen. Korrigierend dazu Bernd Rother, „Gilt das gesprochene Wort?“, in: Deutschland Archiv 33 (2000) 1, S. 90–93.

9 Im Originaldokument steht aufgrund eines Übermittlungsfehlers „rhrImfoarlcF2,/9: 93“.

10 Das Treffen fand am 12. Dezember in Ost-Berlin statt. Vgl. dazu Walter Momper, Grenzfall. Berlin im Brennpunkt deutscher Geschichte, München 1991, S. 228–237.

menarbeit im Herzen Europas auszubauen. In Zukunft wird auch daran gedacht, KSZE-Aktivitäten in diesem (neuen) Berlin abzuhalten.

Die (zum Teil von außen hereingetragene) Selbstbeschleunigung der Entwicklung in der DDR hat zu einem drastischen Verbrauch an Zeit geführt: bei „normalem“ Gang der Dinge müsste man jetzt unmittelbar an der Schwelle des Weihnachtsfestes stehen. Der Festbraten und die sonstige Versorgung für die Feiertage ist gesichert: über das Feiern wäre der so notwendige Zeitgewinn erreicht worden, nun aber droht die Straße den so tapfer, aber auch in so kurzer Zeit erkämpften historischen Anspruch zu verlieren. Der BRD-Wohlstand schon morgen scheint in vielen Straßenköpfen alles andere zu überdecken. Apelle und besonnene Worte aus Kreisen der Opposition, der Kirche, der Leitfigur der noch SED, von Künstlern erreichen die erhitzten Köpfe auf der Straße in den letzten Tagen nicht.

Neue Signale der Hoffnung wurden gesetzt, die laut Aussage der evangelischen Kirche Teile des Volkes (welche Teile?) erreichen: die kleine Vier-Mächte-Konferenz in Westberlin wirkte ernüchternd. Der deutsche Alleingang scheint momentan zu verharren. Bakers fast spontaner Besuch bei Hans Modrow in Potsdam glättet auch so manche Woge. Kohl wird sich in Dresden¹¹ unmittelbar vor dem Eintreffen Mitterrands¹² noch mehr gegenüber seinen sächsischen Landsleuten zügeln müssen. Erste Zeichen wurden hier durch den kleinen Parteitag in Westberlin bereits empfangen.

Kirchenvertreter, Oppositionsgruppen, Persönlichkeiten des Kulturlebens (Kurt Masur)¹³ beschlossen, die nächste Leipziger Montags-Demonstration am 18. Dezember als Schlusspunkt des Demonstrierens über die Feiertage zu setzen: es soll ein Schweigemarsch für die Opfer des Stalinismus werden. Es bleibt abzuwarten, ob dies die aufgejubilten Vereiniger Sachsens erreichen wird.

Diesen Hoffnungspunkten muss entgegengehalten werden, dass spätestens beim Treffen Kohl/Modrow in Dresden am Dienstag nächster Woche die DDR erklären wird, dass die Visafreiheit gegenüber der BRD bereits für die Weihnachtsfeiertage gelten wird. Es muss angenommen werden, dass der Strom Tausender dann aus der Westrichtung einsetzen wird. Das traditionell sehr intensiv gefeierte Jahresendfest wird Deutschen [sic!] hie und da (in Alkohol) vereinen. Sorge muss angebracht sein bei den Gedanken von hunderten Kreuzberger Chaoten, die sich mit einem hier bereits bemerkbar gemachten rechtsradikalen Potential vereinen. Die bisher im Hintergrund gestandenen Sicherheitskräfte werden sich wohl dazwischen stellen müssen. Mit dem Risiko, dass sich verfeindete Gruppen jederzeit spontan gegen die Sicherheitskräfte vereinigend mobilisieren können.

Das Licht im Tunnel ist nach wie vor nur beim Blick nach rückwärts sichtbar. Noch ist die Tunnelmitte nicht erreicht. Hoffnung, zum Teil auch substantieller

11 Kohl besuchte Dresden am 19. und 20. Dezember 1989. Siehe Dok. 101–102.

12 Mitterrand besuchte die DDR vom 20. bis 22. Dezember 1989. Siehe Dok. 103.

13 Kurt Masur, Dirigent, Mitverfasser des Aufrufes „Keine Gewalt“ am 9. Oktober 1989, dem Tag der Leipziger Montagsdemonstrationen, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Art, besteht jedoch wieder durch die in den letzten Tagen auch und vor allem von außen gesetzten stabilisierenden, kanalisierenden Elemente. Werden diese auch die erhitzten Köpfe in Leipzigs Straßen erreichen?

Wunderbaldinger/Graf

Dok. 96: Bericht. Haltung Italiens zur Wiedervereinigung, 18.12.1989

Botschafter Friedrich Frölichsthal an BMAA, Rom, 18. Dezember 1989, Zl. 644-RES/89, ÖStA, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/54-II.1/89¹

Deutsche Wiedervereinigung; Diskussion um italienische Haltung

Wie schon in obzitiertem Bericht² dargestellt, hat es seit Anfang der Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung Auffassungsunterschiede unter den italienischen Politikern gegeben: Positiven Spontanreaktionen stand die vorsichtige, ja als Ablehnung interpretierbare Haltung Ministerpräsident Andreottis gegenüber, der von „einer Nation, zwei Staaten“ sprach und damit fast wörtlich jene Stellungnahme wiederholte, mit der er vor drei Jahren [sic!] verschiedene Kreise der Bundesrepublik Deutschland („Zwei Staaten sind es und zwei Staaten sollen es bleiben“) verärgert hatte.³

In Erklärung des PSI-Chefs Craxi⁴ und des (sozialistischen) stellvertretenden Ministerpräsidenten Martelli⁵ in den USA beziehungsweise in der Bundesrepublik Deutschland kam der Gegensatz zu Ministerpräsident Andreotti erneut zum Ausdruck. Nach Craxis eigener Darstellung sei er von Präsident Bush über die Haltung des italienischen Ministerpräsidenten zur deutschen Wiedervereinigung befragt worden. Bush habe sich dabei auf eine Äusserung Andreottis in Brüssel bezogen. Craxi habe diese nicht gekannt, er habe aber auf die seit langem bekannte Formulierung des Ministerpräsidenten „eine Nation, zwei Staaten“

1 Der von Sachbearbeiter Presserat Franz Berner erarbeitete Bericht wurde in Verfolg des Bericht Zl. 629-RES/89 vom 28. November 1989 (siehe Dok. 85 und zur Entstehungsgeschichte auch die dortige Anm. 1) erstattet. Im BMAA wurde er am 20. Dezember 1989 in der Abteilung II.1 durch Gesandten Marius Calligaris in Bearbeitung genommen und mit dem Vermerk „D[ient] z[ur] K[enntnis]“ ad acta gelegt. Im BMAA lag er zudem der Abteilung II.2 (Südtirol- und Südeuropaabteilung, gesehen von Abteilungsleiter Gesandten Michael Breisky) sowie der Abteilung II.3 (Ostabteilung, gesehen vermutlich von Legationssekretär Hans Peter Manz) vor.

2 Siehe Dok. 85 und Anm. 1 oben.

3 Siehe Dok. 85, Anm. 12.

4 Bettino Craxi, Generalsekretär der Partito Socialista Italiano (PSI) (1976–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Claudio Martelli, Stellvertretender Ministerpräsident Italiens (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

verweisen können. Der sozialistische Parteichef habe auch dem amerikanischen Präsidenten gegenüber – sich von Andreotti distanzierend – seine eigene Meinung zum Ausdruck gebracht: das Zweistaatenproblem solle nach dem Willen des deutschen Volkes gelöst werden. Dieses müsse in die Lage versetzt werden, über seine Zukunft, seine Einheit und die Gestaltung seiner Einheit selbst zu entscheiden. Das müsse freilich in einem internationalen Kontext der Art erfolgen, dass keine negativen Auswirkungen eintreten, und der ganze Prozess müsse sich in eine neue europäische Realität einfügen.

Auf Andreottis Version „Eine Nation, zwei Staaten“ kam auch der stellvertretende Ministerpräsident Martelli gegenüber seinen Gesprächspartnern in der Bundesrepublik Deutschland (Dregger, Schäuble, Brandt)⁶ zu sprechen: Die aus verschiedenen Äußerungen Ministerpräsident Andreottis hervorgehende Meinung zur deutschen Wiedervereinigung stelle nicht die offizielle Haltung der italienischen Regierung dar, die sich übrigens mit diesem Problem bisher offiziell gar nicht befasst habe. Die einzige bisherige offizielle Aussage von Regierungsseite sei die Stellungnahme der Farnesina (vgl. oz. Bericht).⁷ Diese entspreche in etwa der Haltung des deutschen Außenministers Genscher und liege zwischen der Voreiligkeit Kohls und der Zurückhaltung Andreottis.

Unter dem Eindruck der Kritiken aus dem Inland und aus dem Ausland – die italienische Presse brachte u. a. eine geharnischte Stellungnahme des Bundestagsprechers der CDU-CSU Eduard Lintner zu Andreottis „Aversion gegen die Selbstbestimmung des deutschen Volkes“⁸ – trat Ministerpräsident Andreotti aus seiner Reserve heraus und erklärte: Wenn er vor drei Jahren von zwei deutschen Staaten gesprochen habe, dann sei das nichts Ungewöhnliches gewesen. Honecker habe sich damals gerade angeschickt, als Repräsentant Ostdeutsch-

6 Alfred Dregger, Wolfgang Schäuble, Willy Brandt. Zu Andreottis Äußerungen siehe Dok. 85, Anm. 12.

7 Siehe Dok. 85. Palazzo della Farnesina, der Sitz des italienischen Außenministeriums.

8 Siehe dazu als indirekte Wiedergabe: „Der eigenwillige Umgang des italienischen Politikers mit dem Selbstbestimmungsrecht rief nun den Protest von Eduard Lintner, dem deutschlandpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hervor. Andreottis Aussagen kann man nur mit Verwunderung registrieren. Andreotti will offenbar nicht einsehen, so sagte Lintner, daß niemand legitimiert sei, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zu verwehren. Die deutsche Bundesregierung hat den europäischen Nachbarländern angeboten, gemeinsam im europäischen Rahmen den Weg zur Wiedervereinigung des deutschen Volkes konkret mitzugestalten. Wer dieses Angebot absichtlich ausschlägt oder als Möglichkeit einer Verhinderung des Selbstbestimmungsrechts mißbrauchen will, stärkt in der Bundesrepublik Deutschland jene Kräfte, die ohnehin immer den Zusicherungen der Verbündeten mißtraut und deshalb behauptet haben, zumindest einzelne Verbündete würden nicht daran denken, sich an jene Verpflichtungen zu halten, die sie gegenüber dem deutschen Volk in völkerrechtlich verbindlicher Form eingegangen sind. Auch Andreotti muß bekannt sein, was er selber im Rahmen der EG, NATO und bei sonstiger Gelegenheit feierlich bekräftigt und unterschrieben hat. Doch sein jetziges Verhalten berechtigt zu Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit.“ Ralf Loock, „Separatistische Tendenz“. Andreotti kritisiert Bonner Politik, in: Das Preußenblatt, 6. Jänner 1990, S. 5.

lands einen Besuch in Westdeutschland zu absolvieren. Nun aber stehe Andreotti völlig auf dem Boden der Deutschlanddoktrin des jüngsten Strassburger EG-Gipfels,⁹ die er selbst mitgestaltet habe.

Um jegliche Unklarheit in diesem Zusammenhang zu beseitigen, formulierte Aussenminister De Michelis, unter ausdrücklicher Berufung auf eine vorherige Abstimmung mit Ministerpräsident Andreotti, die „italienische Doktrin zur deutschen Wiedervereinigung“ und liess sich diese vom Ministerrat bestätigen:

1) Der Wunsch des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung kann nur unter vollständiger Beachtung der bestehenden Verträge und Abmachungen sowie aller in Helsinki vereinbarten Prinzipien (Unverletzlichkeit der Grenzen bzw. Grenzänderungen nur einvernehmlich usw.) erfüllt werden.

2) Der Wiedervereinigungsprozess muss mit dem Willen der Bevölkerung der DDR im Einklang stehen

3) Die Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten kann nur schrittweise erfolgen und muss in enger Verbindung zum europäischen Integrationsprozess stehen.

4) Die Demokratisierung im Osten und der Abschluss der Wiener Abrüstungsverhandlungen werden die Voraussetzungen für eine zweite Helsinki-Konferenz schaffen. Die dadurch erhöhte Sicherheit werde den Einigungsbestrebungen des deutschen Volkes entgegenkommen.

Aussenminister De Michelis fügte noch hinzu – Andreotti unterstrich es an anderer Stelle –, dass die einzige veränderbare Grenze die deutsch-deutsche sei, die durch eine Wiedervereinigung beseitigt würde.

Schenkt man den Meinungsumfragen Glauben, dann kann man unter der italienischen Bevölkerung eine massive Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung (zwischen 70 % und 80 %) feststellen.

Der Botschafter:
Frölichsthal

9 Der EG-Gipfel in Straßburg hatte am 8. und 9. Dezember 1989 stattgefunden. Die „Schlußfolgerungen des Rates“ in dieser Frage lauteten: „Wir streben die Stärkung des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dieser Prozeß muß sich auf friedliche und demokratische Weise, unter Wahrung der Abkommen und Verträge sowie sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Grundsätze im Kontext des Dialogs und der Ost-West-Zusammenarbeit vollziehen. Er muß auch in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet sein.“ Europa-Archiv 1990, D 5–D 18, hier D 14.

Dok. 97: Bericht. Der außerordentliche Parteitag der SED (I), 18.12.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger und Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 18. Dezember 1989, Zl. 330-Res/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24¹

SED-PDS: Bruch und Neubeginn

Mit Teil II hat die SED-PDS am Sonntag ihren außerordentlichen Parteitag abgeschlossen.² Der Vorsitzende Gregor Gysi erläuterte in seinem Referat die Gründe der Beibehaltung des Teils des früheren Parteinamens SED: man wolle sich nicht aus der Verantwortung stehlen und man stelle sich der Pflicht für dieses Land, das Heimat ist. Man müsse kämpfen, dass kein politisches Vakuum entsteht, das rechte Kräfte besetzen können. Die Verlängerung des Kürzels auf Partei des demokratischen Sozialismus wurde in einer geschlossenen Sitzung durch die Delegierten entschieden.

In dem auf dem außerordentlichen Parteitag beschlossenen vorläufigen Status bezeichnet sich die SED-PDS als marxistische, sozialistische Partei, die für eine ausbeutungsfreie Gesellschaft und für das Recht auf Arbeit eintrete. Ihre Hauptwurzeln lägen in der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Ihr Ziel sei ein rechtsstaatlicher, menschlicher, demokratischer Sozialismus in der DDR als Alternative zum Kapitalismus. Die Partei verzichtet auf eine Führungsrolle und nennt sich gleichberechtigt neben anderen Parteien.

Die Namenergänzung der SED ist vorläufig. Vor einer endgültigen Entscheidung sollen alle Mitglieder befragt und das neue Parteigesetz abgewartet werden. Mit dem Doppelnamen bekenne sich die Partei zu ihrer Geschichte, aber auch zum Neubeginn.

Als Beginn des Wahlkampfes will die SED-PDS eine Partei des Kampfes um soziale Sicherheit werden. Sie trete für hohe Wirtschaftlichkeit ein, aber nicht Zu-lasten der sozialen Sicherheit.

Die deutsche Vereinigung müsse in eine europäische Einigung einmünden. Wer jetzt einen deutschen Sonderweg wolle, spielt bewusst oder unbewusst mit dem Feuer. Großdeutschland wäre ein Sieg der Rechten und würde die Linken an den Rand der Gesellschaft bringen einschließlich der Sozialdemokraten.

Die neue (alte) Partei lehne ideologische Feindbilder und Maßerziehung ab. Bei positiven Ergebnissen der Wiener Abrüstungsverhandlungen könnte die Wehrdienstzeit auf 15 oder sogar auf 12 Monate reduziert werden.

Die Partei tritt für die Wiederherstellung der früheren (fünf) Länder in der DDR ein, da dadurch der Apparat abgebaut werde und die Verwurzelung mit ih-

1 Der Bericht erging als Depesche in Ziffern Nr. 25149 an das BMAA und war für die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers bestimmt.

2 Für das Wortprotokoll der Beratungen am 16./17. Dezember 1989 siehe: Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 172–380.

rem Land herbeigeführt werde. Es werde dadurch Verantwortung geteilt und es würde zu mehr Demokratie in den Kommunen kommen.

In der neuen Verfassung könnte statt des bisherigen Staatsrates ein Präsident vorgesehen werden, der eine Integrationsfigur für das Land sein müsste.

Bitter wurde am Parteitag vermerkt, dass die SPD mit fliegenden Fahnen von der früheren SED abgerückt und zur SDP übergelaufen sei. Die SED-PDS, die sich vom Stalinismus total lossagt habe, werde von der SPD fallengelassen, während diese vorher mit der alten Führung um Honecker intensiv verkehrte.

Durch die praktische Reisefreiheit und die vorhergesehene wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der BRD drohe ein wirtschaftlicher Ausverkauf. Diesem wolle die Partei entgegentreten durch eine sinnvolle Bindung des Kaufkraftüberhangs ohne Abwertung der DDR-Mark, die vor allem kleine Sparer treffe. Zu diskutieren wären neue Möglichkeiten zum Kauf von Grundstücken, Eigenheimen, Eigentumswohnungen bis hin zum Erwerb von Aktien.

Das Eigentümerbewusstsein und -verhalten müsse verstärkt werden, indem die Arbeiter mehr Einfluss auf das Gestalten der Produktionsstrukturen, Arbeits- und Lebensbedingungen erhalten.

Die Volkswirtschaft müsse sich außenwirtschaftlichen stärker öffnen, wobei jedoch die UdSSR der wichtigste Handelspartner bleibt und ist. Bei Kooperation mit westlichen Parteien solle es keine einseitige Bindung an ein Land, sondern vielfältige Geschäftsbeziehungen geben.

Eine Reform der Preis- und Subventionspolitik darf nicht Zulasten sozialer Errungenschaften gehen.

Durch Teil II dieses außerordentlichen Parteitages scheint die in Kürzelnamen verlängerte SED-PDS noch einmal über die Runde gekommen zu sein. Der Bruch mit der stalinistischen Vergangenheit ist augenfällig und umfassend. Die Aufarbeitung der Vergangenheit steht jedoch erst am Beginn. Der Zusatz PDS springt ins Auge als Betonung des demokratischen Elementes der Partei, hat darüber hinaus jedoch auch eine wichtige praktische Bedeutung: das Vermögen der früheren SED wird wohl in den nächsten Monaten zur Aufteilung kommen müssen. Eine gänzlich neue Partei hätte bei diesem Verteilungskampf wohl einen schlechten Stand.

Die Delegierten des Parteitages machten doch den Eindruck, als hätten sie wieder Hoffnung geschöpft und als sei der Neubeginn geschafft worden. Sie werden in ihre Kreise zurückgehen und ab heute versuchen, die Basis und mit der Basis als Wahlkampfpartei Kreise der Bevölkerung zu mobilisieren. Sie alle wissen, an welcher schwerer Last der Vergangenheit sie zu tragen haben. Gleichzeitig sind sie sich aber auch bewusst, dass es keine andere Partei oder demokratische Bewegung im Land gibt, die auch nur annähernd so viel organisierte Kraft in sich vereinigt, wie die SED-PDS. Eine gewisse Stimmung von „jetzt erst recht“ scheint sich breit zu machen, die der neuen (alten) Partei die Kraft geben könnte, im bereits begonnenen Wahlkampf zu bestehen.

Wunderbaldinger/Graf

Dok. 98: Gespräch Mock – Hurd, 20.12.1989

Resümeeprotokoll, London, 20. Dezember 1989, ÖStA. AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 518.02.02/1-II.1/90¹

Gespräch mit Aussenminister Douglas Hurd am 20.12.1989, Resümeeprotokoll

Zum Thema Österreich-EG erläutert AM Mock die Motivation des österreichischen Ansuchens² und verweist darauf, dass Österreich nicht besser aber auch nicht schlechter als andere Beitrittskandidaten behandelt werden sollte und als eindeutig politisch und wirtschaftlich westliches Land keineswegs in eine Kategorie mit den osteuropäischen Staaten fallen dürfe. Die Priorität der Vollendung des Binnenmarktes werde anerkannt, es sollten jedoch nachher keine anderen Prioritäten (Ausbau der EG) vorgezogen werden. Durch normale Behandlung des österreichischen Ansuchens könnte der „avis“ etwa gleichzeitig mit der Vollendung des Binnenmarktes ergehen.

1 Außenminister Alois Mock stattete Großbritannien vom 19. bis 21. Dezember 1989 einen Besuch ab. Das Resümeeprotokoll wurde vermutlich von den Sachbearbeitern Gesandten Helmuth Ehrlich und Botschaftssekretär René Pollitzer verfasst und am 3. Jänner 1990 nebst weiterer Beilagen durch Botschafter Walter Magrutsch an die Abteilung II.1 des BMAA übermittelt, für die Abteilungsleiter Johann Plattner am Besuch Mocks teilgenommen hatte (für Plattners Gespräche siehe Dok. 99). Die Abteilung II.1 legte die Unterlagen dem Kabinett des Bundesministers, dem Generalsekretariat sowie den Sektionen II und III vor. Die Abteilungen II.3 und II.4 zeichneten den Bericht als gesehen ab. Der Leiter der Abteilung II.1 Johann Plattner veranlasste am 9. Jänner 1990 den Versand des Protokolls an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE (mit Erledigungsvermerk von Gesandten Marius Calligaris vom 9. Jänner 1990). Die Unterstreichungen wurden bereits durch die Protokollanten vorgenommen. Auf eine Wiedergabe der mit demselben Bericht übermittelten Gesprächsprotokolle zu den Unterredungen Mocks mit den Ministern Nicholas Ridley und Richard Ryder wird verzichtet, da diese keine für die Edition relevanten Informationen enthalten. Mock war im Zuge seines Besuches auch zu einem Gespräch mit Margaret Thatcher zusammengetroffen, über das offenbar kein Protokoll abgefasst wurde. Für Mocks Erinnerungen an sein Gespräch mit Thatcher über die deutsche Einheit siehe das Zeitzeugengespräch von Helmut Wohnout und Michael Gehler: Alois Mock, „... die Interessen unseres Landes vertreten“, in: Helmut Wohnout (Hg.), Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der christlichen Demokratie in Österreich 5, Wien/Köln/Weimar 2001, S. 39–63, hier S. 54: „Margaret Thatcher, die ich im November [sic!], Dezember] 1989 in England traf, aber schon aus der Zeit des Aufbaus der ‚Europäischen Demokratischen Union‘ (EDU) kannte, fragte mich, was ich von der deutschen Wiedervereinigung hielt. Ich meinte, dass wir froh sein könnten, wenn ein Volk, das zwei Generationen lang getrennt gewesen war, derart friedlich zusammenfand. Allerdings sagte ich ihr auch, dass alles das, das möglicherweise aus dieser Vereinigung entstünde, für Europa und den Frieden gefährlich werden könnte. Die größten Skeptiker hinsichtlich der deutschen Einheit waren neben den Franzosen aber vor allem die Niederländer.“

2 Siehe dazu auch Dok. 7, dort den Abschnitt „Österreichs Teilnahme am Prozess der Europäischen Integration“ und Anm. 22. sowie Dok. 45, Anm. 5.

AM Hurd erklärt, dass es klar sei, dass Österreich mit Ungarn und Polen nicht in einem Atemzug genannt werden könne, Österreichs demokratische Tradition sei „much admired“. Der österreichische Antrag werde sicher nicht diskriminierend behandelt, aber selbst dann werde das Verfahren langsam vor sich gehen, da die EG durch die Verwirklichung des Binnenmarktes weitgehend in den nächsten Jahren eine „great work load“ habe. Der Antrag werde „reasonable proper treatment“ erhalten, „I can't go further at this stage“.

Botschafter Scheich³ verweist auf Notwendigkeit, das „Momentum“ der Verhandlungen zu bewahren, um in der Öffentlichkeit den Eindruck einer Verzögerung oder Verschiebung des Beitrittes zu vermeiden. AM Mock verweist auf österreichisches Interesse, bereits vor dem Beitritt in einzelnen Bereichen mit den EG zusammenzuarbeiten (europäische Umweltorganisation, europäisches Währungssystem, Forschungsprojekte und -programme).

Auf die Frage der Neutralität ging AM Hurd nicht näher ein. HBM erläutert dazu den österreichischen Standpunkt und zeigt (z.B. österreichischer Beitritt zur UNO) die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Neutralität und übernommenen rechtlichen Verpflichtungen auf. Aufgrund eines „bona-fide“-Abkommens könnte die Problematik überbrückt werden.

Botschafter Scheich verweist darauf, dass eine derartige Regelung nur für den hypothetischen Fall erforderlich sei, dass das Neutralitätsrecht angesprochen wird, das sehr genau definierte Verpflichtungen enthalte. Eine pragmatische Lösung sei sicher zu finden, wenn auch nicht alle Fälle der Zukunft vorausgesehen werden können.

AM Hurd unterstreicht die Bedeutung der EPZ für die EG und fragt, ob diesbezügliche Probleme gesehen werden.

BM Mock erläutert die bereits vorhandene Mitwirkung Österreichs an der EPZ⁴ und verweist auf die bisherige Erfahrung, wonach alle EG-internen Beschlüsse und auch alle UNO-Abstimmungen von Österreich mitgetragen werden könnten. Die österreichische Mitwirkung hätte im gegenwärtigen Rahmen keinerlei Probleme und könnte sogar noch darüber hinausgehen.

Undersecretary Ratford⁵ fragt nach Problematik von Sanktionen etwa gegen Libyen und Iran.

Botschafter Scheich verweist einerseits darauf, dass Sanktionen aus menschenrechtlichen Gründen die Neutralität nicht berühren sowie darauf, dass Österreich UNO-Sanktionen mittragen könnte und nur einen bescheidenen „Manövrierraum“ für hypothetische Fälle benötige, da auch innerhalb der EG diesbezüglich nicht immer Einstimmigkeit bestünde.

3 Manfred Scheich, Leiter der wirtschaftspolitischen Sektion (Sektion III) im BMAA (1987–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Siehe Dok. 51b, Anm. 3.

5 David Ratford, Assistant Under-Secretary of State im Außenministerium Großbritanniens, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Zur Thematik EG-EFTA verweist AM Hurd darauf, dass er am Treffen (19. Dezember in Brüssel)⁶ nicht teilnehmen konnte und fragte nach den Eindrücken des HBM.

AM Mock fasst kurz das Ergebnis der Tagung zusammen und unterstreicht, dass jeder Fortschritt in Österreich positiv gesehen werde, da er eine Art „Anzahlung“ auf den Vollbeitritt darstelle. Der Delors-Prozess⁷ wäre jedenfalls keine Alternative für einen Beitritt, der insofern von grosser Bedeutung wäre, als dadurch die österreichische Wirtschaft zu weiteren Liberalisierungen gezwungen würde.

Betreffend Rumänien wird übereinstimmend die besorgniserregende schwere Verletzung der Menschenrechte festgehalten, wobei jedoch die Dauer der Krise offen sei. Von beiden Seiten erfolgten bilaterale Demarchen, Anrufung des KSZE-Mechanismus sowie österreichischerseits erstmals Anrufung des Sicherheitsrates gem. Art. 34 u. 35 der UNO-Charta.⁸

BM Mock betonte die Bedeutung der Menschenrechte für die österreichische Aussenpolitik, weshalb Österreich alle legitimen Mittel ergreifen werde, um in Rumänien politische Reformen herbeizuführen. AM Hurd beschränkte sich auf teilweise Verlesung eines Fernschreibens über die jüngste Entwicklung, ohne Vorschläge zu treffen.

6 Das EG-EFTA Außenministertreffen fand am 18./19. Dezember in Brüssel statt. Für die „Gemeinsame Erklärung der Außenminister von EG und EFTA zu ihrem Treffen in Brüssel“ siehe Europa-Archiv 1990, D 60–D 61.

7 Die vom Europäischen Rat unter dem Vorsitz des EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors eingesetzte Expertengruppe veröffentlichte am 17. April 1989 den sogenannten „Delors-Bericht“ der in drei Stufen die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) skizzierte. Stufe 1 umfasste den Abbau sämtlicher Beschränkungen im Kapital- und Devisenverkehr; in Stufe 2 sollten neue Gemeinschaftsorgane (etwa ein Europäisches Zentralbankensystem) aufgebaut werden; abschließend sah Stufe 3 die endgültige Verwirklichung der WWU mittels fixer Wechselkurse vor. Vgl. Europa-Archiv 16/1988, D 445–446. Zum Delors-Bericht siehe Europa-Archiv 10/1989, D 283–304.

8 Österreich hatte das Schicksal der Minderheiten in Rumänien bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen angesprochen. Zweimal wurde im Jahr 1990 der beim Wiener KSZE-Folgetreffen geschaffene Mechanismus der Menschlichen Dimension gegenüber Rumänien aktiviert; im Mai wegen des Dorfzerstörungsprogrammes und der Behandlung politisch Andersdenkender sowie im Dezember nach der blutigen Niederschlagung von Demonstrationen in Temesvár/Timișoara. Vor dem Hintergrund der blutigen Revolution in Rumänien entschied sich Österreich, nicht nur „alle KSZE-Teilnehmerstaaten mit den Menschenrechtsverletzungen des Bukarester Regimes“ zu befassen, sondern auch den UN-Sicherheitsrat anzufragen, wie Bundeskanzler Franz Vranitzky und Außenminister Alois Mock am 20. Dezember 1989 bekanntgaben. Siehe: Die Presse, 21. Dezember 1989, S. 1–2. Weiters führte Österreich am 28. Dezember nachdem die neue rumänische Führung die Macht übernommen hatte im Namen von mehr als 40 Staaten eine Resolution ein, die zu dringender humanitärer Hilfe an Rumänien aufrief und mit Konsens angenommen wurde. In der Einführungsrede wurden die Menschenrechtsverletzungen unter Ceaușescu verurteilt und die historische Wende begrüßt. Siehe auch: Die Presse, 28. Dezember 1989.

AM Hurd berichtet weiters über einzelne Themen der Gespräche mit AM Schewardnadse.⁹

Rumänien wäre nur am Rande erwähnt worden, wobei Grundsatz der Nicht-intervention der Sowjetunion sowie bereits jahrelanger erfolgloser Druck auf Rumänien betont wurden. Die Änderung des politischen Regimes würde von der Sowjetunion akzeptiert, soweit dies mit der Erhaltung der Stabilität vereinbar sei. Zur deutschen Frage habe Schewardnadse gesagt, dass eine Wiedervereinigung jedenfalls nicht durch „Hineinziehen“ der DDR in die BRD erfolgen könne. Die Einberufung der Botschafterkonferenz durch die SU in Berlin¹⁰ sei dieser Sorge entsprungen. Eine Lösung sei aus sowjetischer Sicht nur innerhalb der vorhandenen Strukturen denkbar. Wirtschaftlich dürften die Probleme in der Sowjetunion nächstes Jahr ihren Höhepunkt erreichen, dann müssten die Reformen greifen. Die sowjetischen Vorstellungen über die Rolle des KSZE-Prozesses unterschieden sich von denen der USA, da die SU die KSZE als Garantie des vorhandenen Sicherheitsrahmens ansähe.

BM Mock verweist auf erfolgreiche Rolle des IMF in Ungarn, Polen, CSSR und DDR, sowie auf die Notwendigkeit, alles zu tun, um die Reformen, die eine einmalige Chance für die Selbstbestimmung der Völker seien, zu unterstützen.

Das Interesse Österreichs, Sitz der Europäischen Investitionsbank für Osteuropa¹¹ zu werden, wurde unterstrichen.

AM Hurd verweist auf vorhandene Probleme Grossbritanniens mit dem Iran, auf die Geiseln im Libanon und die Problematik des internen Machtkampfes, und fragt nach den österreichischen Erfahrungen und Problemen im Zusammenhang mit dem jüngsten Mordfall.¹²

BM Mock verweist auf frühere persönliche Kontakte mit AM Velayati¹³ und informiert über den Stand des Verfahrens zur Aufklärung der Kurdenmorde in Österreich.

HBM verweist auf österreichisches Interesse an KSZE-Gipfelkonferenz in Wien.¹⁴

9 Schewardnadse war am 18. Dezember 1989 mit den EG-Außenministern in Brüssel zusammengetroffen und hatte vor dem Politischen Ausschuss des Europäischen Parlaments eine Rede gehalten.

10 Diese hatte am 11. Dezember stattgefunden. Siehe dazu Dok. 95.

11 Gemeint ist die 1991 gegründete in London ansässige Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (engl. European Bank for Reconstruction and Development, EBRD), deren Hauptziel die Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Staaten bei ihren Transformationsbemühungen hin zu marktwirtschaftlichen Strukturen war.

12 Am 13. Juli 1989 wurden drei Mitglieder einer kurdischen Delegation, die zu Verhandlungen in Wien weilte, ermordet. Die mutmaßlichen Täter konnten in die iranische Botschaft fliehen und durften schließlich über den Flughafen Wien-Schwechat ausreisen.

13 Ali Akbar Velayati, Außenminister des Irans (1981–1997), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Dieser hatte vom 29. Juni bis 1. Juli 1987 Wien besucht und war mit Mock zusammengetroffen. Ob darüber hinaus Kontakte bestanden konnte nicht verifiziert werden.

14 Sieh dazu bereits Dok. 48 und dort auch Anm. 6.

Dok. 99: Gespräch Plattner – Synnott im Foreign Office, 21.12.1989

Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 22. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 518.02.25/11-II.1/89¹

Besuch des HBM in Großbritannien (19.–21.12.1989); Gespräch Ges. Plattner mit Abteilungsleiter Synnott

Deutsche Wiedervereinigung

Herr Synnott² erwähnte eingangs, daß ein Großteil seiner Zeit seit Wochen der Frage der deutschen Wiedervereinigung gewidmet ist.

Nachdem der Gefertigte die österreichische Haltung zu dieser Frage erläutert hatte (Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen, Vereinigung hätte im Rahmen des europäischen Friedensprozesses zu erfolgen) äußerte sich Herr Synnott wie folgt:

Die britische Haltung entspreche im großen und ganzen der österreichischen. Britischerseits sei man aber besorgt, daß sich die Wiedervereinigung über den Druck der Straße und emotional bedingt vollziehen könnte, ohne daß der Westen oder der Osten etwas dagegen unternehmen kann und daß vor allem die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion via facti unberücksichtigt bleiben. Dies könnte die Stellung Gorbatschows und den europäischen Friedensprozeß gefährden. Nach britischer Meinung sollten Garantien für die Oder-Neiße-Linie abgegeben werden. Die britische Regierung halte sich mit Kritik an Bundeskanzler Kohl aus Solidaritätsgründen mit der CDU zurück und überlasse die Kritik Frankreich und Holland.

[...] ³

Wien, am 22. Dezember 1989

Plattner m. p.

1 Die von Plattner nach seiner Rückkehr selbst gefertigte Information erging am 23. Dezember auf eigene Veranlassung an die Abteilung II.3, die Sektionsleiter sowie an die österreichischen Botschaften in London, Bonn und Berlin.

2 Hilary Synnott, Leiter der West-Europa-Abteilung im Außenministerium Großbritanniens (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Ausgelassen wurden die Abschnitte KSZE, EPZ und bilaterale Fragen.

Dok. 100: Aktenvermerk. Haltung der Warschauer-Pakt-Staaten und Jugoslawiens zur Wiedervereinigung, 21.12.1989

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 21. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/56-II.3/89¹

Frage der (Wieder-)Vereinigung Deutschlands? Haltung der WP-Staaten und Jugoslawiens

Die Reaktionen der WP-Staaten spiegeln die unterschiedlichen Entwicklungen der letzten Zeit deutlich wider. Parallelen bestehen kaum. Die größte Gemeinsamkeit bildet (noch?) die bekannte Betrachtung der Schlussakte von Helsinki und des gesamten KSZE-Prozesses als Festschreibung der „historischen Realitäten“, wie sie als Ergebnis des 2. Weltkrieges entstanden sind.

Wichtige Elemente:

- Selbstbestimmungsrecht: wird von allen Staaten außer Sowjetunion und Rumänien grundsätzlich zugestanden.

- Regelung im Rahmen eines gesamteuropäischen Einigungsprozesses: Sowjetunion, Polen, ČSSR auch Jugoslawien; hingegen AM Horn/Ungarn, Bulgarien (historische Beziehungen!) in dieser Frage viel liberaler; Rumänien deutlich für weitere Existenz zweier deutscher Staaten.

- Starke Prägung der Haltungen durch historische Erfahrungen und aktuelle Interessen: Polen, in geringerem Ausmaß auch ČSSR und auch Jugoslawien hegen offenbar größere Besorgnis vor allfälliger (Wieder-)Vereinigung, während Ungarn und Bulgarien eher gelassen reagieren.

Sicherlich kommt der Haltung der Sowjetunion (Existenz zweier deutscher Staaten als Produkt der Geschichte) politisch wesentliche Bedeutung zu. Moskau muss sich aber bewusst sein, dass eine Positionsänderung der DDR nach den für 6.5.1990 geplanten Wahlen² alle diesbezüglichen Überlegungen obsolet machen könnte. Entgegen der sowjetischen Ansicht, dass die Frage nicht auf der Tagesordnung steht, sieht sich die SU-Führung daher gezwungen, sich eine allfällige spätere Aufgabe ihres Widerstandes möglichst teuer „abkaufen“ zu lassen (z. B.

1 Bei der Information handelt es sich um eine in der Abteilung II.3 erstellte Synthese der in Entsprechung der Aufforderung seitens der Abteilung II.3 des BMAA vom 29. November 1989 (siehe Dok. 80, Anm. 1) in Wien eingelangten Berichte der österreichischen Auslandsvertretungen. Als Sachbearbeiter fungierte Legationssekretär Hans Peter Manz. Die Information erging auf Veranlassung von Abteilungsleiter Gesandten Ernst Sucharipa an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektionsleiter, die Abteilungen II.1, II.2, II.4, II.5, II.6, II.7, II.8, II.9, II.10 und an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“.

2 Der zunächst beabsichtigte Wahltermin für die Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 wurde schließlich infolge eines Volkskammerbeschlusses auf den 18. März 1990 vorverlegt.

„neue“ KSZE nach 35er-Gipfel 1990). Die Ambivalenz in der sowjetischen Haltung zeigt sich auch in der Wiederaufnahme offensichtlich überholter Konzepte (z. B. Entmilitarisierung Deutschlands). Die größte Besorgnis herrscht in Polen und lässt sich auf die aus polnischer Sicht nicht ausreichende Anerkennung der polnischen Westgrenze reduzieren.³

Abschließend ist festzuhalten, dass die Erfassung der gegenständlichen Reaktionen deutlich gemacht hat, in welch hohem Maß bereits unterschiedliche Ansichten von den einzelnen WP-Staaten, aber auch innerhalb der einzelnen Regierungen vertreten werden (z. B. MP Németh wesentlich zurückhaltender als AM Horn).

Wien, am 21. Dezember 1989
Sucharipa m.p.

Dok. 101: Bericht. Besuch Kohls in Dresden aus Sicht der DDR, 21.12.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 21. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/57-II.3/89¹

Dresdner Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsidenten Modrow²
(Info)

Das Dresdner Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Modrow hat mehr gebracht, als die Öffnung des Brandenburger Tores³ und die visafreie Einreise in die DDR für Bundesbürger und Westberliner (Wegfall des Zwangsumtausches und Möglichkeit des offiziellen Wechsels für Bundesbürger von [1] DM : 3 Mark Ost).

3 Zur Haltung Polens siehe Dok. 91.

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25152 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Dort wurde er in der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen, noch am selben Tag erfolgt die Weiterleitung an die österreichische Botschaft Bonn und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE. Zudem wurde er im BMAA dem designierten neuen österreichischen Botschafter in der DDR, Erich Binder, zur Kenntnisname vorgelegt. Siehe zum Besuch auch Dok. 102.

2 Kohl besuchte Dresden am 19. und 20. Dezember 1989. Dazu und für die Aufzeichnung über das Gespräch mit Modrow am 19. Dezember siehe insbesondere Dokumente 128–130, in: Deutsche Einheit.

3 Die zwischen Kohl und Modrow am 19. Dezember 1989 in Dresden vereinbarte Öffnung des Brandenburger Tores erfolgte am 22. Dezember. Kohl reiste dafür nach Berlin an.

Es wurde der Grundstein zur Vertragsgemeinschaft beider deutschen Staaten gelegt. Zwar werden in diesem Vertrag, der nach dem Willen beider Verhandlungspartner noch vor dem 6. Mai (voraussichtlicher Wahltag⁴) abgeschlossen werden soll, die konföderativen Strukturen des 10-Punkte-Plans Kohls noch nicht enthalten sein, er zeigt aber große Übereinstimmung, zu der nicht nur das Ja des Bundeskanzlers zur Stabilisierung der DDR, sondern auch die Bereitschaft Modrows gehört, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und alle anderen in der KSZE-Schlussakte festgehaltenen Prinzipien zu achten. Da oppositionelle Gruppen, wie der Demokratische Aufbruch, Gruppe der 20, Demokratie Jetzt sowie einige Künstler und Rektoren Bedenken äußerten, ob mit der Hilfe an die DDR nicht bis zur Wahl einer demokratisch legitimierten Regierung gewartet werden sollte, soll die angestrebte Vertragsgemeinschaft zwischen der BRD und der DDR nicht nur in der Volkskammer diskutiert werden, sondern auch die Zustimmung des „Runden Tisches“, an dem diese Gruppen vertreten sind, finden.

Im Rahmen des Treffens der beiden Regierungschefs unterzeichneten die Wirtschaftsminister ein Kooperationsabkommen und eine Vereinbarung über die Bildung einer gemischten Kommission zur weiteren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen. 11 Kommissionen und Fachgruppen wurden vereinbart, u. a. Energie, Tourismus, Schutz der Umwelt, Sicherheit in Atomkraftwerken, Ausbau des Telefon- und Telekommunikationssystems in der DDR, Rechtshilfe und Rechtsschutz, kulturelle Zusammenarbeit und wechselseitige Förderung des Vertriebes und Bezuges von Zeitungen und Zeitschriften sowie Verbreitung von Rundfunk- und Fernsehprogramm. Diese Arbeitsgruppen werden schon im Jänner 1990 ihre Arbeit aufnehmen. Für 13./14.1. werden Großunternehmen wie Daimler-Benz, VW, Thyssen und Preussag in der DDR über Joint Ventures verhandeln und für Mitte Februar ist ein Treffen von Vertretern der DDR-Wirtschaft mit kleinen und mittleren Unternehmen aus der BRD vorgesehen. Durch Aufstockung der zinsgünstigen ERP-Programme⁵ um 2 Milliarden DM sollen günstige Kreditfinanzierungen in der Höhe von 6 Milliarden DM ermöglicht werden.

4 Der zunächst beabsichtigte Wahltermin für die Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 wurde schließlich auf 18. März 1990 vorverlegt.

5 Das European Recovery Program (ERP), oder auch Marshall-Plan, war ein Wiederaufbauprogramm der USA für Europa. Aus den D-Mark-Gegenwerten der Marshallplanhilfe entstand das ERP-Sondervermögen. Grundlage hierfür war das Gesetz über die Verwaltung des ERP-Sondervermögens vom 31. August 1953 (BGBl. I, S. 1312). Die Gelder werden in der Regel als langfristige Kredite mit günstigen Zinssätzen vergeben. Dabei flossen die Tilgungsleistungen und Zinsen dem Sondervermögen wieder zu. Im Zuge der deutschen Einigung wurden die Mittel des Sondervermögens ab 1990 zunehmend für Finanzhilfen an das Gebiet der (ab 3. Oktober 1990 ehemaligen) DDR verwendet. Artikel 31 des Gesetzes zur Schaffung der Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion vom 25. Juni 1990 (BGBl. 1990, II, S. 518) führte zur Bildung eines Fonds, der die möglichst rasche Angleichung des Lebensniveaus in den neuen Bundesländern an jenes der alten zum Ziel hatte.

Nach der Entscheidung der Volkskammer über die Wirtschaftsreformen wollten beide Regierungen auch Verhandlungen über ein Investitionsschutzabkommen aufnehmen.

Vereinbart wurde auch die Freilassung aller politischen Gefangenen, nach Möglichkeit noch bis zum 24.12.

Modrow verbürgt sich schließlich für die Unumkehrbarkeit der Reformen in der DDR, freie Wahlen für eine Wirtschaftsreform, die sich an Marktbedingungen orientieren wird. Kohl stellt schließlich die Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter in Aussicht.

Beide Politiker machten die deutsch-deutschen Interessen an der Abrüstung und Rüstungskontrolle deutlich und stimmten überein, dass diese mit der politischen Entwicklung Schritt halten müssen, um positive Prozesse in Europa dauerhaft zu machen.

Trotz dieses deutsch-deutschen Akkords war die gesamteuropäische Konkordanz, die sowohl Kohl als auch Modrow anstimmten, nicht zu überhören. Beide beschworen die Stabilität in Europa, beide beriefen sich auf den Helsinki-Prozess und beide setzten sich für einen KSZE-Gipfel 1990 ein.

Gerade wegen des überschwänglichen Empfangs Kohls in Dresden und den nicht überhörbaren Rufen und Drängen nach Einheit machten beide Politiker klar, dass Reformen in sozialistischen Staaten und Stabilität in Europa nicht in Gegensatz zueinander gebracht werden dürfen. Bundeskanzler Kohl mahnte mit Rücksicht auf Interessen und Ängste der Nachbarn, die aufgrund historischer Erfahrungen von der deutschen Einheit Angst hätten, zu Geduld. Allgemein wurde seiner Haltung Respekt bekundet.

Die Verflechtung der beiden Staaten scheint unschwerflich aber schon so gediehen zu sein, insbesondere wirtschaftlich, dass die Frage der Ein- oder Zweistaatlichkeit im Lauf der Jahre immer mehr zu einer hypothetischen Frage werden wird.

Wunderbaldinger

Dok. 102: Bericht. Besuch Kohls in Dresden aus Bonner Sicht, 22.12.1989

Botschafter Friedrich Bauer und Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 22. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.18.26/1-II.3/89¹

BRD; Besuch BK Kohls in Dresden 19./20.12.1989 (Info)

In Ergänzung ausführlicher BRD-Medienberichterstattung (vgl. insbes. FAZ vom 21. und 22.12.1989)² gab sichtlich gehetzter deutschlandpolitischer Berater des Bundeskanzlers³ folgende Bewertung:

Besuch in guter Atmosphäre abgelaufen, 4-Augen-Gespräch (sehr sachlich und offen) mit Modrow habe aufgrund guten persönlichen Verhältnisses viel länger als vorgesehen gedauert. Modrow sei sich seiner Probleme außerordentlich bewusst, und wolle einige unangenehme Fragen offensichtlich über 6.5.1990⁴ hinausschieben (einem anderen westlichen Regierungschef zufolge hätten „die Leute in der jetzigen Regierung die DDR-Bevölkerung noch viel mehr belogen als viele Vorgänger“). Dies gelte lt. Gesprächspartner insbesondere für Zahlungsbilanz-Zustand: BK habe IWF-Beitritt nahe gelegt (werde auch erwogen), weil dessen Fachleute tatsächliche DDR-Lage besser beurteilen könnten – was Modrow derzeit offensichtlich unangelegen sei.

Beiderseits „ziemlich große Bereitschaft zur Kooperation und zum miteinandergehen“, auch im Bewusstsein, dass Hilfe nur von BRD erhofft werden könne. Unter großem Druck eigener Bevölkerung habe Modrow keine Illusionen über starke Strömung für Einheit (die Gesprächspartner allerdings nicht quantifizieren konnte). Gemeinsames Problem sei, diese Strömung in gewisser Kontrolle zu halten:⁵ das könne nur so geschehen – dies sei auch BRD-Interesse – dass der

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25255 an das BMAA und war für das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II bestimmt. Im BMAA wurde er von der Abteilung II. 3 in Bearbeitung genommen, die seine Weiterleitung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE veranlasste. Sämtliche Unterstreichungen erfolgten handschriftlich in der Abteilung II.3. Siehe zum Besuch auch Dok. 101. Der Bericht gibt die Bonner-Sicht auf im Fluss befindliche Entwicklungen wieder. Aufgrund der sich rasch ändernden Faktenlage wird auf eine Detailkommentierung weitgehend verzichtet.

2 Siehe die zahlreichen insbesondere vom Schlagwort „Vertragsgemeinschaft“ geprägten Artikel in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Dezember 1989, S. 1–4 und S. 14 sowie die ergänzende Berichterstattung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Dezember 1989, S. 1–2.

3 Hierbei handelt es sich vermutlich um Claus-Jürgen Duisberg, Leiter des Arbeitsstabs 20 (Deutschlandpolitik) im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland, der Kohl nach Dresden begleitet hatte. Für Duisbergs Erinnerungen an den Besuch in Dresden siehe Claus J. Duisberg, Das Deutsche Jahr. Einblicke in die Wiedervereinigung 1989/90, Berlin 2005, S. 118–124.

4 Der zunächst beabsichtigte Wahltermin für die Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 wurde schließlich auf 18. März 1990 vorverlegt.

5 Dieser Satz wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

DDR-Bevölkerung Hoffnung auf „Licht am Ende des Tunnels“ gegeben werde. Da wirtschaftliche Stabilisierung sehr lange dauern werde, müsste den Menschen wenigstens Gefühl vermittelt werden, dass es „weitergehen“ werde: eine psychologische Wende würde benötigt, andernfalls würde sich entweder Druck auf sofortige Wiedervereinigung verstärken „in der Illusion, das wäre möglich und Probleme würden damit schlagartig gelöst“, oder aber Bevölkerung würde Koffer packen und „herüberkommen“. Beides könne lt. Gesprächspartner so nicht gehen. Man müsse versuchen, dem entgegenzuwirken.⁶

BRD bewertet Änderungs- und Reformprozess in DDR als unumkehrbar (Wahlen, Revidierung von Verfassung und Strafrecht, Bereitschaft zu ziemlich weitgehenden Wirtschaftsreformen – die nicht gleich greifen, aber immerhin auf den Weg gebracht würden). BRD daher bereit, sich zu engagieren – was allerdings auf staatlicher Ebene nur beschränkt möglich sei. Wesentlicher Anstoß müsse aus Privatbereich kommen, DDR-Wirtschaft müsse sich Privatinvestitionen öffnen: diesbezügliche DDR-Bereitschaft vorhanden, in verabredeten Expertentreffen Anfang Jänner 1990 würden BRD-Vertreter mit DDR über deren Gesetz beraten! (Investitionsschutz, Steuergesetzgebung und weitere Einzelheiten aus dem Unternehmensbereich).

Während Besuches habe starke Bevölkerungsemotion (zum Teil beängstigend), aber immer noch ganz disziplinierte Stimmung geherrscht.

BRD-Hilfsmaßnahmen sollen DDR stabilisieren und könnten damit Vereinigung im Wege stehen: auf diesbezügliche Frage meinte Gesprächspartner, Stabilisierung führe beide Teile Deutschlands näher zueinander, per Saldo sei bisher mehr ein Zusammenwachsen herausgekommen, das werde auch in Zukunft der Fall sein. Die politischen Voraussetzungen seien nun unumkehrbar auf dem Weg. Notwendige wirtschaftliche Rahmenbedingungen für wirksame Investitionen von außen würden noch eine Zeit lang dauern, doch sei DDR angesichts großen eigenen Zeitdrucks um entsprechende Veränderung bemüht. Auch BRD-Wirtschaft zum Einsatz von „Risikokapital“ bereit.

Gesprächspartner bewerte politische Gruppierungen in der DDR als sehr stark intellektuell dominierte kleine Zellen und Debattiergruppen, die sich erst zu Parteien mit Basisverständnis entwickeln müssten. Modrow sei „als Politiker jetzt da und der einzig wirklich potente Gesprächspartner“,⁷ als welchen ihm BK Kohl ausdrücklich anerkannte. SED werde nach eigenen Schätzungen nur 20 Proz. erhalten, frühere Blockparteien vermutlich auch nur je einige Prozent – Gesprächspartner ließ offen, ob dies für Mehrheit reichen würde und rechnet mit weiterer Unsicherheit und Instabilität in der DDR.⁸

Auf Frage nach „Vertragsgemeinschaft“ (einige BRD-Zeitungen sprechen von Deutschland-Abkommen, Nachbarschaftsvertrag usw.) bezeichnete Gesprächs-

6 Die letzten beiden Sätze dieses Absatzes wurden am Seitenrand handschriftlich mit einem Rufzeichen versehen.

7 Nebst Unterstreichung auch handschriftliche Markierung am Seitenrand.

8 Nebst Unterstreichung auch handschriftliche Markierung am Seitenrand.

partner diesen vage, nicht in andere Sprache übersetzbaren Begriff wegen seiner Unpräzision als großen Vorteil: persönlich könnte er sich möglicherweise eine Art Dachvereinbarung vorstellen, die verschiedene Zusammenarbeitsabkommen bündeln würde. Grundlagenvertrag 1972⁹ sei *modus vivendi* zweier im Wesentlichen gegeneinander gestellten Staaten zur Regelung ihres Nebeneinanders. Dieser grundlegende Dissens würde weiterhin erhalten bleiben. Jedoch insgesamt mehr Gemeinsamkeiten entstehen. Neuer Vertrag würde wohl Bereiche gemeinsamer Probleme und Handlungen stärker definieren – im inneren (nicht im außen- und sicherheitspolitischen) Bereich, wie etwa bei Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Infrastruktur im weitesten Sinn.

Grundlagenvertrag würde dadurch jedoch nicht überlagert, sondern nur allenfalls ergänzt werden.

Aus dieser Darstellung lässt sich eigentlich nur der Schluss ziehen, dass die BRD auf überschaubare Zeit für eine Stabilisierung – und damit zunächst Stärkung der Staatlichkeit – der DDR arbeitet. Das geschichtliche Ergebnis hängt zum weitaus größeren Teil von der weiteren Entwicklung in der DDR ab.¹⁰

Bauer/Loibl

Dok. 103: Bericht. Besuch Mitterrands in der DDR, 22.12.1989

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 22. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 57.01.01/11-II.3/89¹

Mitterrand in der DDR (Info)

Obwohl Mitterrand die DDR als erstes Staatsoberhaupt der drei westlichen Alliierten besuchte,² hat er nicht die erwartete Aufmerksamkeit erhalten. Er kam

⁹ Siehe dazu Dok. 1, Anm. 17.

¹⁰ Nebst der Unterstreichung wurde der gesamte Absatz am Seitenrand links handschriftlich markiert und rechts mit einem Rufzeichen versehen.

¹ Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25154 an das BMAA und war für das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II bestimmt. Im BMAA wurde er von der Abteilung II. 3 in Bearbeitung genommen, die am 27. Dezember 1989 seine Weiterleitung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE veranlasste. Sämtliche Unterstreichungen wurden handschriftlich seitens der Abteilung II.3 vorgenommen.

² Mitterrand besuchte die DDR vom 20. bis 22. Dezember 1989. Für die ostdeutsche Aufzeichnung über seine Gespräche mit Hans Modrow und Gregor Gysi siehe Dokumente 35–36, in: Die Einheit. Für die französischen Unterlagen siehe Dokumente 29–31, in: La diplomatie française.

nach Kohl³ und fährt vor Öffnung des Brandenburger Tores, an der Kohl teilnimmt.⁴

Trotzdem scheinen beide Seiten mit den bisher vorliegenden Ergebnissen zufrieden zu sein.

Mitterrand wurde direkt – noch vor der offiziellen Information aus Bonn – vom Ergebnis der Gespräche Kohl/Modrow in Kenntnis gesetzt.

Für die derzeitige Regierung Modrows ist dieser Besuch sowie der des amerikanischen Außenministers⁵ vergangene Woche in Potsdam ein Zeichen, dass man bei der notwendigen und gewünschten Hilfe nicht allein auf den Bruder in der BRD angewiesen ist. Besonders wurde hervorgehoben, dass Mitterrand in dreifacher Funktion, als Staatsoberhaupt Frankreichs, als Vertreter einer der westlichen Siegermächte des 2. Weltkrieges und als Präsident der Europäischen Gemeinschaft⁶ im Gegensatz zu Kohl, Berlin, Hauptstadt der DDR besuchte.⁷

Mitterrand unterstrich mit seinem Besuch die Verantwortung Frankreichs als Siegermacht für Deutschland. Er sprach sich für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen aus, erklärte jedoch, dass ohne Vertrauen der Europäer einschließlich der Sowjetunion es die deutsche Einheit nicht geben kann.⁸ Frankreich werde sich der Wiedervereinigung der deutschen Staaten nicht widersetzen, wenn die Deutschen sie wollten. Jedoch nur freie, offene und demokratische Wahlen erlauben es zu wissen, was die Deutschen auf beiden Seiten wollen. Derzeit garantieren die beiden Militärbündnisse das Gleichgewicht in Europa, das nach seiner Auffassung nicht verletzt werden dürfe. Diese Realitäten können von den Deutschen nicht einfach ignoriert werden. Der pragmatische Ansatz⁹ der Vertragsgemeinschaft, die Kohl und Modrow in Dresden anstrebten, wurde von ihm als Schritt gelobt, der ebenso zu einer echten Selbstständigkeit der DDR führen kann, wie zur Einheit der Deutschen in einem Staat. Diese Vertragsgemeinschaft bilde die beste Gewähr, dass der Prozess kontrollierbar bleibt und dass er mit den Nachbarn in Ost und West abläuft und nicht gegen sie.

Mitterrand lobte den Umbruch, dessen Geschwindigkeit und Reife die ganze Welt beeindruckte. Allerdings könne kein Land sein politisches System einem anderen aufzwingen. Er betonte die Unverletzlichkeit der Grenzen und verwies auf die Rolle Frankreichs als europäische Ordnungs- und Friedensmacht, wobei er in diesem Zusammenhang den Vorschlag unterbreitete, den nächsten KSZE-Gipfel in Paris zu veranstalten, nachdem der KSZE-Prozess 1976 [sic!] so viele erfreuliche Veränderungen in Osteuropa brachte.

3 Kohl besuchte die DDR vom 19. bis 20. Dezember 1989. Siehe Dok. 101–102.

4 Siehe dazu Dok. 101, Anm. 3.

5 James Baker traf am 12. Dezember mit Modrow zusammen. Siehe Dok. 95, Anm. 6.

6 Frankreich hatte im zweiten Halbjahr 1989 den EG-Ratsvorsitz inne.

7 Dieser Satz wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

8 Dieser Satz wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

9 Nebst Unterstreichung auch handschriftliche Markierung am Seitenrand.

Als EG-Präsident hat Mitterrand die Bereitschaft der Gemeinschaft zu einem Wirtschaftsabkommen mit der DDR offiziell mitgeteilt.¹⁰

Das von Mitterrand vorgelegte Konzept wird mehr oder weniger allen gerecht: Europa müsse sich so schnell aufeinander zu entwickeln, wie die Deutschen gegebenenfalls ihre Einheit wünschten. Das Problem ist lediglich: Kann Europa in der Entwicklung so schnell voranschreiten, wie deutsche Ungeduld dies anmahnt?

In Leipzig führte Mitterrand auch mit dem während der Demonstrationen politisch bekannt gewordenen Chef des Gewandhaus-Orchesters Masur,¹¹ mit Studenten- und Oppositionsgruppen Gespräche. Beim Treffen mit dem Vorsitzenden der SED-PDS Gregor Gysi in Berlin erklärte er, dass dieser Partei beim gegenwärtigen Umgestaltungsprozess noch eine wichtige Rolle zukommt.

Während des Besuchs wurden

- das Regierungsprogramm über wirtschaftlich-industrielle und technische Zusammenarbeit in den Jahren 1990–1994,
- das Regierungsabkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei Einkommens- und Vermögenssteuern,
- das Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes,
- das Regierungsabkommen über den Jugendaustausch,
- die Regierungsvereinbarung über weitere Modalitäten der Arbeitsweise der Kulturzentren und
- ein Briefwechsel über Möglichkeiten zur gegenseitigen Eröffnung weiterer Kulturzentren auf dem Territorium des jeweilig anderen Staates unterschrieben.

Derzeit läuft die von Mitterrand gegebene Pressekonferenz. Allenfalls darf weiterer Bericht vorbehalten bleiben.¹²

Wunderbaldinger

10 Zur Vorgeschichte siehe bereits Dok. 80, Anm. 4. und Dok. 81.

11 Kurt Masur, Kapellmeister des Gewandhaus-Orchesters in Leipzig (1970–1997), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

12 Es scheint kein weiterer Bericht erstattet worden zu sein. Für Auszüge der Pressekonferenz Mitterrands zum Abschluss seines DDR-Besuchs siehe: Europa-Archiv D 96–D 99.

Dok. 104: Vorsprache von DDR-Botschafter Wolf bei Botschafter Schmid, 4.1.1990

Amtsvermerk, Botschafter Erich Maximilian Schmid, Wien, 9. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.02.01/1-II.SL/90¹

Besuche von Bundeskanzler Kohl² und Präsident Mitterrand in der DDR;³ Vorsprache von Botschafter Wolf⁴ beim Herrn Sektionsleiter II⁵

Bot. Wolf sprach am 4. Jänner 1990 beim Herrn Sektionsleiter II vor, um über die ggstl. Besuche aus DDR-Sicht zu informieren:

1) Besuch von BK Kohl: Gespräche seien offen und sachlich verlaufen, allenfalls kontroverielle Punkte (z. B. Wiedervereinigung) seien ausgeklammert worden. MP Modrow habe sein außenpolitisches Konzept (eigenständige DDR, Verbesserung bilateraler Beziehungen zur BRD) dargelegt und sich gegen eine leichtfertige Aufnahme des Themas Wiedervereinigung in die politische Tagesordnung ausgesprochen. Dies sei keine aktuelle Frage, was aber eine spätere Behandlung nicht ausschließe. Eine Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 stehe jedoch keinesfalls zur Debatte. BK Kohl habe deutlich gemacht, dass er kein Interesse an Destabilisierung der DDR habe, und sei bemüht gewesen, dämpfend zu wirken.

Für die 2. Jännerhälfte 1990 sei das nächste Arbeitstreffen der Regierungschefs geplant.⁶ Bot. Wolf verwies auch auf die bereits bekannten Abkommen(sprojekte) in den Bereichen Wirtschaft und freier Personenverkehr.

2) Besuch von Prä. Mitterrand: Erster Besuch eines Staatsoberhauptes einer westlichen Siegermacht auch demonstrative Erinnerung an die – von DDR-Seite immer wieder betonte – Verantwortung dieser Mächte für die deutsche Frage. Äußerungen Mitterrands zur Wiedervereinigung ließen nach DDR-Analyse darauf schließen, dass Frankreich am Fortbestehen der DDR – bei aller Annäherung BRD-DDR – interessiert sei.

1 Der Amtsvermerk erging auf Veranlassung von Botschafter Schmid am 9. Jänner 1990 an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektionen III und IV, die Abteilungen II.1 und II.3 sowie an die österreichischen Botschaften in Berlin, Bonn und Paris.

2 Kohl besuchte die DDR vom 19. bis 20. Dezember 1989. Siehe Dok. 101–102.

3 Mitterrand besuchte die DDR vom 20. bis 22. Dezember 1989. Siehe Dok. 103.

4 Klaus Wolf, Botschafter der DDR in Österreich (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Botschafter Erich Maximilian Schmid, Leiter Sektion II, Politische Sektion, siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Im Weiteren auch HSL II.

6 Modrow und Kohl kamen am 3. Februar 1990 in Davos zu einem Gespräch zusammen. Für das Protokoll siehe Dokument 158, in: Deutsche Einheit. Der Besuch Modrows in Bonn erfolgte am 13./14. Februar 1990. Siehe dazu Dok. 123.

Noch als Vorsitzender des EG-Rates habe Mitterrand DDR über Erteilung des EG-Mandats für Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen (1. Halbjahr 1990) informiert.⁷ (Über Ersuchen des HSL II wird Bot. Wolf bemüht sein, nähere Informationen über angestrebten Inhalt und Umfang dieses Abkommens zu beschaffen.)

Folgende Abkommen seien abgeschlossen worden: wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit, Doppelbesteuerung, Zusammenarbeit im Umweltbereich, Jugendaustausch, weitere Kulturzentren (dzt. nur in Berlin und Paris). Die DDR habe darüberhinaus vorgeschlagen: Wirtschaftskooperation, Investitionsschutz, Erleichterungen bei SV-Erteilung, medizinische Betreuung von Reisenden.

Wien, am 9. Jänner 1990
Schmid

7 Siehe dazu Dok. 103, und dort auch Anm. 10 mit Verweisen auf die Vorgeschichte Dok. 80, Anm. 4. und Dok. 81. Die Verhandlungen der EG-Kommission mit der DDR über ein Handels- und Kooperationsabkommen begannen am 29. Jänner 1990. Am 13. März wurde es paraphiert. Am 16. März – zwei Tage vor der Volkskammerwahl – schlug die Regierung Modrow (die am 18. März abgewählt werden sollte) die Eröffnung von Gesprächen über einen Vollbeitritt der DDR zur EG vor. Am 8. Mai 1990 fand zwar die feierliche Unterzeichnung des Handels- und Kooperationsabkommens statt, doch war dieses bereits von der inzwischen eingetretenen Entwicklung überholt. Beim Europäischen Rat in Dublin am 28. April 1990 war inzwischen eine wegweisende Vorentscheidung für die deutsche Einheit am 3. Oktober 1990 gefallen: Die zwölf Mitgliedstaaten beschlossen ihre Zustimmung zur deutschen Vereinigung und damit auch für die rasche Aufnahme der DDR – praktisch zwei Monate vor dem Vollzug der deutsch-deutschen Währungsunion am 1. Juli 1990. EG-Kommissionspräsident Jacques Delors, der von Anfang an relativ klar für die Linie des Bundeskanzlers Helmut Kohl und damit auch gegen die Aufnahme der DDR als eigenständiges 13. EG-Mitglied eingetreten war, erklärte am 16. Mai 1990 im Europäischen Parlament, dass die einstimmige und uneingeschränkte Billigung der deutschen Einigung durch den Europäischen Rat „ein Grund zur Zufriedenheit aller ersten Ranges“ wäre. Am 1. Juli 1990 wurde die deutsch-deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Kraft gesetzt. Unter dem stellvertretenden Generalsekretär der EG-Kommission, dem Niederländer Carlo Trojan, wurde über Sommer 1990 unter Hochdruck daran gearbeitet, die neuen Gesetze für die ostdeutschen Bundesländer auszuarbeiten: die vier Freiheiten des Binnenmarkts, Leistungen für den Fonds für Regional- und Sozialpolitik sowie für die Landwirtschaft.

Dok. 105: Abschlussbericht von Botschafter Wunderbaldinger, 9.1.1990

Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 9. Jänner 1990, Zl. 1-Pol/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.03.00/5-II.3/90¹

4 Jahre DDR; Beobachtungen

In der Zeit von September 1985 bis Jänner 1990 war ich österreichischer Botschafter in der DDR. Einen Abschlußbericht im technischen Sinn des Wortes über die Mission in einem Land zu erstellen, dessen innen- und außenpolitische Entwicklung in extenso in der in- und ausländischen Presse, Fernsehen und Rundfunk, dargestellt wird und das sich nach einer „Revolution“ in einer Übergangsphase befindet, scheint mir wenig sinnvoll.

Ich will mich daher auf die Entwicklung seit der sogenannten Wende beschränken und versuchen, die Eindrücke, die man über ein Land im allgemeinen, über dessen Außen- und Innenpolitik und über das Verhältnis zwischen Österreich und der DDR gewinnen kann, zu skizzieren.

Zerfall des Regimes

40 Jahre nach ihrer Gründung kam die DDR in eine tiefe Existenzkrise. Mit dem Scheitern der herrschenden SED kam auch für das Regime der Kollaps. Der ganze Staat stürzte ins Chaos, die Frage der Vereinigung Deutschlands und damit der Fortbestand der staatlichen Existenz der DDR wurde aufgeworfen. Die „deutsche Frage“ ist in Ost und West plötzlich zum Brennpunkt weltpolitischer Sorgen geworden. Die Schnelligkeit und das Ausmaß dieses Zusammenbruchs kam überraschend. Zwar gab es schon seit einiger Zeit Zeichen der Unzufriedenheit, die Ausreiseanträge hatten in den letzten Jahren dauernd zugenommen, gegen die vermutete Fälschung der Kommunalwahlen im Mai 1989 gab es Proteste.² Die Billigung der Ereignisse in China durch das Politbüro und die Volkskammer wurden kritisiert und gegen diesen Beschluß demonstriert. Aber noch erscheint die Bilanz der Honeckerära überwiegend positiv. Der Lebensstandard hatte sich verbessert und international hatte die DDR die Anerkennung gefunden, um die sie fast 20 Jahre lang gerungen hat.

Daß das Regime scheiterte, lag an den inneren Widersprüchen des dem Land auferlegten politischen und wirtschaftlichen Systems. Die SED ist zusammengebrochen, weil sie sich moralisch diskreditiert hat. Der Bürger durch Westfernsehen und -radio aufgeklärt, glaubte nicht mehr, daß die entwickelte sozialistische Gesellschaft an der Spitze des Fortschrittes der Menschheit stehe und eine ständige Erhöhung der Lebensqualität garantiere, zumal auch die Realität anders aussah.

1 Der Bericht wurde im BMAA in der Abteilung II.3 durch Legationssekretär Hans Peter Manz in Bearbeitung genommen, er notierte handschriftlich: „Keine Verteilung, keine Auswertung. a.a.“ Sämtliche Unterstreichungen – sofern nicht separat angemerkt – erfolgten im BMAA.

2 Siehe dazu Dok 46, Anm. 6.

Auch der ständige Zwang, dem er ausgesetzt war, überall wachte der Staatssicherheitsdienst, der Bürger konnte nicht reisen, wohin er wollte, er konnte nicht lesen, was er wollte, und er konnte nicht kaufen, was er brauchte, führte zur Explosion. Die Entwicklung drohte außer Kontrolle zu geraten, insbesondere wenn die staatliche Gewalt in Verknennung der Dimension des Bewußtseinswandels weiterhin gegen Protestierende brutal vorgegangen wäre. Es kam zu Auseinandersetzungen im Politbüro, zu Massendemonstrationen in Leipzig (mit 70.000 und 120.000 Teilnehmern), bei denen politische Rechte, Reisefreiheit, Wirtschaftsreformen, öffentliche Entschuldigung für Polizeiübergriffe und Bestrafung der Schuldigen, Zulassung des „Neuen Forums“ und anderer Oppositionsgruppen und letztlich freie Wahlen gefordert wurden. Auch die Zahl der über Ungarn in den Westen Ausreisenden stieg wieder an, das Mißtrauensvotum gegen die SED war nicht mehr zu ignorieren. Unter dem Druck der Straße und der Parteibasis mußten Honecker und die für Wirtschaft und Medien zuständigen ZK-Sekretäre Günter Mittag und Joachim Hermann gehen. In der vorzeitig einberufenen 9. ZK-Tagung wurde Krenz zum Nachfolger in den Funktionen eines SED-Generalsekretärs, Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Sicherheitsrates, bestellt.³

Übergangsphase

Mit dem Führungswechsel war die erste Welle der „Oktoberrevolution 1989“ vererbt. Der neue Mann an der Spitze der Partei war jedoch der Mann des Apparates mit den gleichen Vollmachten wie sein Vorgänger. Er sah seine Aufgabe darin, die verlorengegangene politische Initiative zurückzugewinnen und die Kontrolle über die Gesellschaft wieder herzustellen. Er kündigte zwar ein Demokratisierungsprogramm an, beharrte aber auf dem Führungsanspruch der SED, den er als Verfassungsauftrag definierte. Diese Ziele standen im Widerspruch zu dem, was die Massen wollten. Das Volk wollte die obrigkeitsstaatlichen Strukturen nicht stabilisieren, sondern durch politische Demokratie überwinden. Folgerichtig kam es zu weiteren Demonstrationen, in denen die Abschaffung des Machtmonopols der SED, Reisefreiheit und freie Wahlen gefordert wurden.

Die größte Gefahr für das Regime wurden aber die, die gingen. Mit der Wiedereinführung des visafreien Verkehrs am 1.11.1989 in der ČSSR verließen allein bis zum 7.11.1989 37.000 Bürger die DDR. Der Entwurf eines neuen Reisegesetzes – Visumpflicht für jede Ausreise, lange Bearbeitungszeiten, nicht klare Verweigerungsgründe, keine Zahlungsmittel – führte zu weiteren Protesten und beschleunigte das Ende der Regierung. Doch nicht einmal der am 7. bzw. 8.11.1989 erfolgte Rücktritt der Regierung und des SED-Politbüros konnte den Exodus stoppen.⁴ Erst die Öffnung der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer am 9.11.1989⁵ bewirkte eine Wendung und erzeugte Vertrauen in die Dauerhaftigkeit der Veränderung.⁶

3 Siehe dazu Dok. 62, 65

4 Siehe Dok. 67.

5 Siehe Dok. 68.

6 Dieser Satz wurde am Seitenrand handschriftlich mit einem Fragezeichen versehen.

Kirchen

Daß es zu diesem friedlichen Umsturz des politischen Systems kam, ist Ausdruck der politischen Reife der Menschen, die es bewirkten. Daran haben die Kirchen, unter deren schützendem Dach die politische Moral der aus der Friedensbewegung hervorgegangenen Protestbewegung geformt wurde, einen wesentlichen Anteil.

Parteien

Die durch die Nationale Front mit der SED verbundenen „Blockparteien“ haben dieses Bündnis, allen voran die CDU, verlassen. Die SED⁷ und die CDU haben auf vorverlegten Sonderparteitagen neue Vorsitzende gewählt,⁸ die LDPD⁹ und die DBD¹⁰ werden dies Ende Jänner bzw. Anfang Februar machen. Die NDPD hat in einer erweiterten Parteileitungssitzung einen neuen Vorsitzenden bestimmt.¹¹

Auf Veranstaltungen der SED und der ehemaligen Blockparteien, die sich nun auf ungewohnte Weise gegeneinander zu profilieren suchen, kann man die selbstkritische Einsicht hören, daß die Wende leider nicht von der Partei sondern vom Volk ausgegangen sei.

Die SED ist in der Gesellschaft so gescheitert, wie der Begriff Sozialismus in der Gesellschaft diskreditiert ist. Sie hat binnen weniger Monate eine halbe Million Mitglieder verloren. Amtsmißbrauch und Korruption und die persönlich stattgefundene Feststellung, daß der Lebensstandard des anderen Deutschlands weit höher ist als der eigene, obwohl man auch hier 40 Jahre fleißig arbeitete, haben das Volk in Wut und Empörung versetzt und teilweise zu Übergriffen auf Ämter und Bedienstete, besonders Parteizentralen und Staatssicherheitsbüros, geführt. Eine Erneuerung, deren Notwendigkeit die Partei unter ihrem neuen Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Gregor Gysi angesichts der schwindenden Mitgliederzahlen eingesehen hat, kann jedoch nur auf dem Weg einer völligen Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen erfolgen. Die SED, seit dem außerordentlichen Parteitag SED-PDS (Partei Demokratischer Sozialismus)¹² hat in der Praxis die Zügel fest in der Hand. Dies trifft nicht nur bei Regierung und Staat, Militär, Polizei und Sicherheitsbehörden, sondern auch beim Wirtschafts- und Informationswesen zu. Sie hat zwar die Führung personell erneuert und sich zu einem Programm des „humanen Sozialismus“ verpflichtet,

7 Siehe dazu Dok. 93 und 97.

8 Lothar de Maizière wurde am 16. Dezember 1989 auf einem zweitägigen Sonderparteitag zum Vorsitzenden gewählt.

9 Die LDPD hielt vom 9. bis 10. Februar 1990 einen außerordentlichen Parteitag, ab auf dem die Umbenennung in LPD beschlossen wurde. Rainer Ortleb folgte Manfred Gerlach als Vorsitzender nach.

10 Die DBD hielt vom 27. bis 28. Jänner einen außerordentlichen Parteitag ab, auf dem Günter Maleuda als Parteivorsitzender wiedergewählt wurde.

11 Die 6. Tagung des NDPD-Hauptausschusses am 7. November 1989 hatte den bisherigen Stellvertreter Günter Hartmann zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er wurde am vom 20. bis 21. Jänner 1990 stattfindenden 14. außerordentlichen Parteitag durch Wolfgang Glaeser ersetzt, der bereits am 23. Jänner wieder zurücktrat.

12 Korrekt: Partei des Demokratischen Sozialismus.

ist jedoch in Wirklichkeit nicht bereit, Demokratie zu praktizieren. Aufgrund der Entwicklungen in den letzten Wochen wächst das Mißtrauen in der Bevölkerung, sowohl gegen die Staatspartei als auch gegen die Regierung und insbesondere gegen die Sicherheitsorgane, die ihren Namen offenbar leichter als ihre Strukturen wechseln.¹³ Es wird bereits von einer zweiten Wende, einer Wende rückwärts gesprochen, da die SED derzeit zumindest den Anschein erweckt, nicht bereit zu sein, Chancengleichheit im Wahlkampf herzustellen, sondern versucht, ihre materielle Überlegenheit und ihre Vorherrschaft im Staat rücksichtslos auszuspielen.¹⁴

Die anderen Parteien glauben, bisher mit veränderten Programmen und neuen Gesichtern auskommen zu können. Wenn auch ihre Schuld geringer ist, da sie ja nur am Papier Partner waren, wird diese im Volk doch gewertet. Auf jeden Fall liegt in dieser Altlast der etablierten Parteien eine Chance für neue Parteien und Bewegungen. Gerade die angekündigten Wahlen zwingen diese Gruppierungen, sich organisatorisch und programmatisch zu formieren, damit sie mit einem gewissen Bekanntheitsgrad vor die Wähler treten können.

Innenpolitik

Sie wird im wesentlichen von dem bereits begonnenen Wahlkampf gekennzeichnet. Da die Opposition bisher keinerlei Möglichkeit einer Mitsprache hatte, andererseits weder die Volkskammer noch die Regierung tatsächlich legitimiert ist, wurde die Einrichtung des sogenannten „Runden Tisches“ geschaffen.¹⁵ Er steht unter der Leitung der beiden großen christlichen Kirchen und soll sich unter anderem mit der Erstellung eines Wahlrechts und einer neuen Verfassung befassen. Auch wichtige Entscheidungen der Regierung sollen dem Runden Tisch vor Inkrafttreten zur Begutachtung vorgelegt werden. Bei den letzten Sitzungen kam es jedoch wegen unzähliger Verfahrensfragen kaum zur Behandlung von Sachfragen. Das Auftreten von gewalttätigen jugendlichen Gruppen und Neonazis hat die SED mit einer großen Demonstration in Berlin massiv genutzt, um ihre Existenzberechtigung zu untermauern und am Runden Tisch mehr Einfluß zu gewinnen als ihr zusteht.

Deutsche Frage

Die Arbeiten werden auch durch die Frage der Existenzberechtigung der DDR immer wieder verzögert, wobei die Staatlichkeit der DDR und die Vertagung nationaler Fragen auch Legitimation aus den ehemaligen Blockparteien und der Intellektuellen der Oppositionsbewegung erhalten. Darüber hinaus hat das Festhalten an der Eigenstaatlichkeit auch realpolitische Motive. Die zögernde Haltung der Alliierten, das weitere Schicksal der Perestroika, aber auch, daß die liberale Er-

13 Das Ministerium für Staatssicherheit war am 18. November auf Beschluss der Volkskammer in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umbenannt worden. Seither erfolgten Gebäudebesetzungen und seitens der Opposition wurde auf die Auflösung des AfNS hingearbeitet, die am 14. Dezember erfolgte.

14 Dieser Satz wurde im BMAA am Seitenrand handschriftlich markiert.

15 Siehe Dok. 94. Diese Unterstreichung wurde bereits durch Wunderbaldinger vorgenommen.

neuerung der politischen Struktur der DDR sich nicht konsolidieren kann, wenn sie vom Nationalismus und Materialismus der Massen überholt wird. Dafür gibt es schon wieder Anzeichen. Überhaupt ist die Nationale Frage in der DDR viel virulenter als in der BRD, weil viele hier angesichts der ökonomischen Rückstände und des politischen Vakuums nur noch in der Vereinigung eine Zukunft zu Lebzeiten sehen.

Eine Vorhersage über den Wahlausgang vermag ich heute nicht zu geben, da noch nicht einmal das Wahlrecht bekannt ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird aber keine Partei viel über 20 % erhalten können.

Außenpolitik

Die Übergangsregierung Modrow ist naturgemäß mehr mit den innerdeutschen Beziehungen als mit Außenpolitik beschäftigt. Sie versucht daher den Status quo aufrechtzuerhalten, hat jedoch als neuen Schwerpunkt in ihrer Außenpolitik Europa.¹⁶

Das künftige Haus Europa¹⁷ muß ein Haus gemeinsamer Sicherheit werden. Sie tritt für die Schaffung systemübergreifender politischer Strukturen der Kooperation sowie einen ständigen Dialog ein.

KSZE

Der KSZE-Prozeß wird unterstützt, da er auch zur Überwindung der Spaltung Europas beitragen kann. Ein Gipfeltreffen „der 35“ wird befürwortet, Wien als Austragungsort war bis zum Besuch Mitterrands Favorit.¹⁸

Abrüstung

Die Voraussetzungen haben sich nach Ansicht der DDR wesentlich verbessert. Sie ist auch bereit, im Jahre 1990 weitere Vorleistungen zu erbringen.

EG und Binnenmarkt

Die DDR will zur EG möglichst bald Beziehungen aufnehmen. Ein Verhandlungsmandat wurde ihr angeblich seitens Frankreichs in Aussicht gestellt.¹⁹ Der Binnenmarkt wird einerseits als Herausforderung, andererseits aber auch als große Chance angesehen.

BRD

Berechenbare, stabile Beziehungen zwischen beiden Staaten werden als Voraussetzung des Friedens in Europa angesehen. Die Regierung strebt mit der BRD eine Vertragsgemeinschaft, die über den Grundlagenvertrag hinausgeht, an. Das Selbstbestimmungsrecht als sozialer, souveräner Staat wird für die Bürger der DDR ausdrücklich anerkannt.

16 Das Wort „Europa“ wurde bereits durch Wunderbaldiger hervorgehoben.

17 Hierbei handelt es sich um eine Anspielung auf Gorbatschows „Gemeinsames Haus Europa“. Siehe dazu Dok. 20, Anm. 25.

18 Mitterrand besuchte vom 20. bis 22. Dezember 1989 die DDR und zwar Ost-Berlin und Leipzig. Im Rahmen seines Besuches brachte er Paris als möglichen Veranstaltungsort der kommenden KSZE-Gipfelkonferenz ins Spiel. Siehe Dok. 103.

19 Siehe dazu bereits Dok. 103, und dort auch Anm. 10 sowie Dok. 104, Anm. 7.

UdSSR

Die bestehenden Bindungen sollen nicht nur erhalten sondern vertieft werden. Die Sowjetunion ist nach wie vor der größte Handelspartner und wichtigster Energielieferant. Auch mit den anderen sozialistischen Staaten, insbesondere mit der ČSSR und Polen als unmittelbare Nachbarn, werden enge Beziehungen aufrecht-erhalten und weiter ausgebaut.

Warschauer Pakt

Die DDR wird ihre Verpflichtungen aus dem WP einhalten und die Bestrebung, seine politische Rolle für die Gewährleistung der Stabilität in Europa zu erhöhen, unterstützen.

Nahostproblem

Die DDR tritt für eine friedliche und gerechte Lösung ein, die die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes sowie die Existenz Israels in gesicherten Grenzen einschließt. Sie bemüht sich um normale Beziehungen zu allen Staaten dieser Region einschließlich Israel.

Beziehungen zu Österreich

Durch die Reform können nach Auffassung der DDR die Beziehungen zu Österreich noch intensiviert werden. Insbesondere der Besuch des Herrn Bundeskanzlers am 24.11.1989²⁰ zeigte in diese Richtung und wurde allgemein als Signalwirkung verstanden. Großer Wert wird weiterhin auf wirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt, wobei auch Interesse an Kooperationsvorhaben mit Österreich vorhanden ist. Seitens der DDR ist man bereit, die entsprechenden Wirtschaftsgesetze, wie Gewinntransfer und Investitionsschutzabkommen, in Angriff zu nehmen.

Da sich durch die Wende der Reiseverkehr enorm erhöht hat, besteht großes Interesse am Abschluß eines Sichtvermerksabkommens.²¹ Ein derartiger Entwurf soll der Botschaft schon in den nächsten Tagen überreicht werden, wobei auf DDR-Seite daran gedacht wird, daß ein solches Abkommen anläßlich eines Besuches von Ministerpräsident Modrow in Österreich unterzeichnet werden könnte. Modrow hat an einem möglichst frühen Termin für diesen Besuch großes Interesse.²²

Allgemein ist zu sagen, daß Österreich große Sympathien genießt, nicht nur beim Regime sondern auch bei der Bevölkerung, wovon man sich im alltäglichen beruflichen und privaten Leben stets von neuem überzeugen kann. Dieses Ansehen Österreichs geht schon auf die Zeiten der Anerkennung der DDR zurück und den seit dieser Zeit permanent geführten politischen Dialog auf allen Ebenen. So notwendig die Beibehaltung der guten offiziellen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR auch ist, sollte dabei gerade jetzt nicht übersehen werden, daß

20 Siehe Dok. 78.

21 Ein diesbezügliches Abkommen wurde am 13. Februar 1990 geschlossen und trat mit 1. März 1990 in Kraft. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht, BGBl. Nr. 111/1990. Siehe Dok. 110, Anm. 22. und Dok. 111.

22 Modrow absolvierte den Besuch bereits am 26. Jänner 1990. Siehe Dok. 110, 111 und 112.

trotz aller Liberalisierungsbemühungen zwischen Regierung und Bevölkerung noch viel Mißtrauen herrscht. Österreich sollte daher auch immer wieder Aktionen setzen, die zeigen, daß es nicht nur offizielle Kontakte unterhält, sondern solche auch mit der Bevölkerung sucht. Aufgrund der gemeinsamen Sprache und des Kulturkreises ist dies auch leicht zu bewerkstelligen. So hat z. B. die Einladung von DDR-Kindern zu einem Gratis-Ferienaufenthalt in Österreich durch Fremdenverkehrsverbände große Sympathien geweckt.

Das gegenseitige Interesse bildet meiner Meinung nach eine entscheidende Grundlage für die Fortführung und den weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik.

Der Botschafter:
Wunderbaldinger

Dok. 106: Bericht über ein Gespräch mit Botschafter Bondarenko, 10.1.1990

Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Moskau, 11. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 713/6-II.3/90¹

Gespräch mit Botschafter Bondarenko² über das Deutschlandproblem und EG-Beziehungen (Info)

Gestern hatte ich nach längerer Zeit wieder Gelegenheit mich mit Botschafter Bondarenko über obige Fragen zu unterhalten.

1) Seit der 1. Novemberhälfte hatte sich Bondarenko bei Versuchen, ihn zu sprechen, immer wieder mit dem Hinweis auf Arbeitsüberlastung wegen der Ereignisse in der DDR entschuldigen lassen. Dabei ist die DDR schon seit 3 Jahren von der 3. Europäischen Abteilung abgetrennt (diese administriert allerdings offiziell auch noch den Berlinvertrag³ mit).

Nun schein klar, dass Bondarenko und „seine Mannschaft“ als die Deutschlandspezialisten weitgehendst die Kontrolle über die Behandlung der DDR-Problematik im Außenministerium übernommen haben, sozusagen eine Wiedervereinigung „in pectore“, weil die Gemeinsamkeiten der beiden Deutschlands offensichtlich keine andere Behandlung zulassen.

1 Der Bericht erging als Funkdepesche Nr. 25013 an das BMAA und war für das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektionen II und II bestimmt. Er wurde von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen und am 11. Jänner 1990 an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin sowie an die Delegation Berlin weitergeleitet.

2 Alexander Bondarenko, Leiter der Abteilung 3 (Europa) im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1971–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Siehe Dok 1, Anm. 15.

2) Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ist laut Bondarenko nur ein Bestandteil des gesamteuropäischen Prozesses. Die Öffnung der Grenzen zwischen den beiden Deutschlands sei nur für die menschlichen Kontakte gedacht. Was jetzt aber vor sich geht, könne nur als grobe Einmischung westdeutscher Kreise in die inneren Angelegenheiten der DDR bezeichnet werden. Diese beziehe sich vor allem auf die Teilnahme westdeutscher Politiker – mein Mitredner nannte hierbei Dregger,⁴ den Fraktionschef der CDU im Bonner Bundestag – im ostdeutschen Wahlkampf.

Ein gefährlicher Aspekt der jetzigen Entwicklung sei auch ein Wiedererwachen des Rechtsextremismus in der DDR. Auf meine Zwischenfrage, wie er sich erklärt, wie nach 40 Jahren eines sozialistischen Regimes plötzlich wieder rechtsradikale Tendenzen in der DDR auftauchen, meinte er die Ursachen seien vielfältig: einerseits könne man von einer „gewissen Unzufriedenheit“ der Bevölkerung bei Betrachtung der schon weiter vorangegangenen Demokratisierung in anderen osteuropäischen Ländern sprechen, die eine Tendenz nach rechts mit sich bringe, andererseits habe sich wahrscheinlich bei vielen „von den Eltern her“ ein gewisser Nationalismus erhalten, der sich jetzt mit Einsetzen der Glasnost wieder Bahn breche, aber die Hauptursache sei wohl der seit vielen Jahren freie Zugang der DDR-Bürger zu westlichen Medien: die westliche, vor allem westdeutsche, Propaganda habe natürlich einen sehr wesentlichen Anteil an diesen Erscheinungen.

3) Der Umstand, dass mitten in der DDR eine westliche Enklave liege, stelle ebenfalls ein einzigartiges Problem dar, das es sonst in keinem anderen Land gibt. Gewisse Elemente im Westen haben sich der Möglichkeit, die Westberlin bietet, bedient, um eine dauernde Propaganda gegenüber den Bürgern der DDR zu entfalten.

4) Dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen stehen die wichtigen Interessen der europäischen Staaten, darunter der Sowjetunion gegenüber. Man darf nicht vergessen, dass der Zweite Weltkrieg von Deutschland seinen Ausgang genommen habe. In Potsdam⁵ hätten die Alliierten beschlossen, dass alle Maßnahmen zu treffen sind, damit nie wieder ein Krieg von deutschem Boden aus entfacht werden könne. Dieses Prinzip müsse auch weiterhin beachtet werden. Er gab praktisch zu verstehen, dass ein emotionaler Drang zur deutschen Wiedervereinigung dem Interesse der anderen Mächte untergeordnet werden müsse:

„Die Gespräche zwischen den beiden deutschen Hälften müssen mit dem gesamteuropäischen Prozess synchronisiert werden.“

4 Alfred Dregger, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag (1982–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Die Potsdamer Konferenz fand vom 17. Juli bis 2. August 1945 statt. Siehe auch Dok. 69, Anm. 6–7.

5) Die Frage der Wiedervereinigung kann keine Frage von heute auf morgen sein. Wenn man sich ein vereinigtes Deutschland vorstellt, so tauchen eine Unzahl von Fragen auf, die vorläufig ungelöst sind. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Erkenntnisse des deutschen Bundesverfassungsgerichtes betreffend des Weiterbestandes des Deutschen Reiches.⁶ Ein solches Deutsches Reich wäre dann an die vertraglichen Verpflichtungen, die die Bundesrepublik auf sich genommen hat, nicht gebunden. So habe Bundeskanzler Adenauer 1955 in einem side-letter zu den Pariser Verträgen⁷ auf die Entwicklung von Atomwaffen verzichtet. Ein wiedervereinigtes Deutschland könne dann also z.B. in Verletzung dieser vertraglichen Bestimmungen Atomwaffen erzeugen?

6) Bevor solche Entwicklungen überstürzt eintreten, müssten die anderen europäischen Staaten Garantien für die Zukunft erhalten. Hierbei berührt er auch das Problem der polnischen Westgrenzen und stellte die gegensätzlichen Auffassungen von BK Kohl und AM Genscher zu dieser Frage als wesentliches Element für die durch die gegenwärtige Situation ausgelösten Unsicherheiten hin. (Er zitierte hierbei Genscher: „Wer die Frage der Grenzen offenlässt, der verschließt den Weg zur deutschen Einheit.“)⁸

7) Herr Bondarenko nahm das Wort „Kommunismus“ oder „Sozialismus“ nicht ein einziges Mal in den Mund, sprach auch kein Wort über die Zukunftschancen der SED-PDS. Seine Gedankengänge bewegten sich ganz eindeutig in den Gleisen traditioneller Machtpolitik, wobei er mehrmals „alle vernünftigen Politiker Westeuropas“ (darunter nannte er auch MP Thatcher) als Zeugen dafür zitierte, dass die europäische Stabilität nicht zugunsten einer überhasteten Wiedervereinigung Deutschlands gefährdet werden darf. Niemand wolle die Deutschen unterjochen oder sie irgendeiner Sache berauben, aber das deutsche Problem könne wie die Geschichte zeigt, nicht isoliert betrachtet und behandelt werden.

8) Auf eine gleich zu Beginn unserer Unterhaltung gestellte diesbezügliche Frage Bondarenkos ließ ich mich hinsichtlich der österreichischen Haltung zur deutsch-deutschen Frage im Sinne des letzten Absatzes des da. Erl. Zl. 22.17.01/8-II.1/89⁹

6 Gemeint ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 31. Juli 1973. Siehe Dok. 61, Anm. 6.

7 Siehe dazu Dok. 63, Anm. 4.

8 Es konnte nicht eruiert werden, wann und ob diese wörtliche Aussage Genschers gefallen ist. In seinen Memoiren hielt Genscher für diesen Zeitraum fest: „In der Tat sah ich in der Verbindung des Selbstbestimmungsrechts mit der Unverletzlichkeit der Grenzen seit langem schon eine unverzichtbare Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage.“ Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 690. Mit Blickrichtung Polen hatte er dies vor der UN-Vollversammlung in New York am 27. September 1989 klargestellt. Siehe dazu bereits Dok. 69, Anm. 22.

9 Für die Sprachregelung des BMAA siehe Dok. 69.

vernehmen. Herr Bondarenko sagte zwar zuerst, die Position Österreichs und der SU stimmten also in dieser Frage überein, in der Folge aber klang immer wieder durch (siehe oben), dass der Terminus „Selbstbestimmungsrecht“ in Anwendung auf Deutschland hier noch als Reizwort wirkt, wie immer die daran geknüpfte Bedingung lautet.

9) Auf meine Bemerkung, wir hätten aus dem ZK der KPdSU Überlegungen gehört, die auf eine grundsätzliche Änderung der Einstellung der Sowjetunion zu Brüssel und zu den Beziehungen der anderen europäischen Länder zur EG hinauslaufen (solche Hinweise sind Botschaftsangehörigen gegenüber tatsächlich erst vor wenigen Tagen gefallen), wurde Herr Bondarenko emotionsgeladen: auch in dieser Frage richte sich die SU nach ihren eigenen Interessen, eine Zusammenarbeit mit den EG sei nur eines der Elemente des gesamteuropäischen Prozesses. Ich sprach nicht expressis verbis über das Verhältnis Österreich-EG, doch Herr Bondarenko, der sich durch meine Hinweise auf die Überlegungen im ZK offensichtlich provoziert fühlte, erklärte nachdrücklich, dass sich die Stellungnahme Moskaus zu den EG-Bestrebungen von Drittländern einzig und allein durch seine jeweilige eigene Interessenlage bestimme. Neutralität und Staatsvertrag erwähnte er hierbei zwar mit keinem Wort, machte aber deutlich, dass sich die Position der SU in dieser Frage in letzter Zeit nicht geändert hat. – In diesem Zusammenhang möchte ich als „Gegenpol“ eine kürzliche Bemerkung des Leiters des Europa-Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Herrn Schurkins,¹⁰ anführen, der in einem Gespräch über europäische Fragen mir gegenüber die EG-Mitgliedschaft Österreichs als ein sozusagen voraussehbares *fait accompli* hinstellte, bei dem nur noch der Zeitpunkt offen wäre.

10) Herr Bondarenko, mit dem ich in den letzten Jahren öfters die obgenannten Themen diskutiert habe, hat bisher nie in so unverhüllter Weise in Ausdrücken von Machtpolitik gesprochen, wie diesmal. Dies hängt möglicherweise damit zusammen, dass das Zusammenbrechen oder sogar sich umpolende Glacis in Osteuropa und die abbröckelnde sozialistische Staatengemeinschaft eine klare Großmachtsprache fördert, wie sie etwa auch schon vor 1917 ein zaristischer Abteilungsleiter in der gleichen Abteilung (damals waren in der dritten europäischen Abteilung des russischen Außenministeriums die Zentralmächte Deutschland und Österreich-Ungarn zusammengefasst) hätte verwenden können. – Über den 1. stv. Vizeaußenminister Kowaljow,¹¹ der im Wesentlichen den gleichen Ansichten huldigt wie Herr Bondarenko und offenbar auch das Vertrauen von AM Schewardnadse genießt, gibt es im Außenministerium, was die Mitteleuro-

10 Witaly W. Schurkin, Direktor des Europa-Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (1987–1999), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Anatolij G. Kowaljow, Erster Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten (1986–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

papolitik betrifft, eine starke konservative Achse, in die der neuernannte VAM Adamyschin,¹² der an sich jetzt für Westeuropa zuständig ist, bisher nicht die progressiven Elemente hineingebracht zu haben scheint, die man ihm mancherorts zuschreibt.¹³

Hinsichtlich der Durchsetzbarkeit solcher Leitlinien rechnen die Urheber, nachdem Androhung oder Anwendung von Waffengewalt wohl ausgeschlossen werden kann, offenbar auf die parallelen Interessen der westeuropäischen Großstaaten, die zur aktiven Mitarbeit bei der Beschränkung des „Gefahrenherdes Großdeutschland“ eingeladen werden sollen.

Wie weit sich die hiesige Führung solche Gedankengänge zu eigen macht, wird nur von Fall zu Fall sichtbar, aber dass das obengenannte Spezialistenteam immer wieder entsprechende Diskussionsunterlagen liefert und diese vorläufig auch immer noch Beachtung finden, liegt auf der Hand und ebenso scheint Österreich hier wieder in „negativer Besetzung“ (Anschlussgefahr)¹⁴ in die Deutsche Frage eingebunden zu werden, wenn mir auch Herr Bondarenko in unserem Gespräch bestätigte, dass von Österreich aus, als einem gefestigten, demokratischen Staatswesen keine derartigen Tendenzen sichtbar werden. Solche argwöhnt man allerdings in den rechten, „revanchistischen“ Kreisen der Bundesrepublik.

Grubmayr

12 Anatolij L. Adamischin, stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

13 Dieser Absatz wurde im BMAA handschriftlich am Seitenrand markiert und mit einem dicken Rufzeichen versehen.

14 In der Nacht vom 11./12. März 1938 überschritt die deutsche Wehrmacht die deutsch-österreichische Grenze. Nach dem militärischen Einmarsch erfolgten die vollständige Machtübernahme und die pseudoplebiszitäre Absicherung durch die „Volksabstimmung“ vom 10. April 1938. Diese Vorgänge werden als „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich bezeichnet. Im österreichischen Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 wurde im Artikel 4 ein Anschlussverbot festgeschrieben, an das seitens der Sowjetunion insbesondere mit Blick auf Österreichs Teilhabe an der europäischen Integration bis 1989 stets erinnert wurde. Gerhard Botz, Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938–1940), Wien 1972, 2. Auflage: 1988; Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938, Wien 1991; Erwin A. Schmidl, Der „Anschluss“ Österreichs. Der deutsche Einmarsch im März 1938, Bonn 1994.

Dok. 107: Vorbereitender Bericht für den Modrow-Besuch, 19.1.1990

Botschafter Erich Binder und Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 19. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.01/6-II.3/90¹

DDR; Besuch von MP Modrow in Österreich (26.1.1990) Vorbereitung (Info)

Wie der Zentrale offensichtlich bereits von der DDR-Botschaft in Wien mitgeteilt wurde, wird Premierminister Modrow bei seinem Besuch am 26.1.1990 in Wien von AM Fischer, Außenhandelsminister Beil, Tourismusminister Benthien,² Regierungssprecher Meyer,³ Vizeminister Christian Meyer vom Außenhandelsministerium, dem Protokollchef Jahnsnowski,⁴ dem Leiter der Abteilung Westeuropa im MfAA Fleck,⁵ dem Leiter des Büros des Außenministers Manfred Niklas, einem persönlichen Mitarbeiter des Premierministers,⁶ von Herrn Klaus Reh/Außenhandelsministerium, einem Mitarbeiter des Tourismusministers und seinem Adjutanten⁷ begleitet sein. Der Abflug von Berlin erfolgt um 8:30 mit einer „Chartermaschine“.

Das hiesige Außenministerium rechnet um 10:00 in Wien mit einem Gespräch mit der gesamten Delegation.⁸ Anschließend daran sollten Gespräche der Fachminister⁹ stattfinden. Man geht auch davon aus, dass sich die beiden Regierungschefs zu einem 4-Augen-Gespräch¹⁰ zurückziehen werden. Danach könnte die Unterzeichnung von bilateralen Vereinbarungen erfolgen, „wenn es etwas zu unterzeichnen gibt“. Die DDR-Seite ist auch an einem Pressegespräch, einer Pressekonzferenz vor oder nach einem Mittagessen interessiert. Diesem Pressetreffen wird von hier große Bedeutung beigemessen, da die Bevölkerung von der Regie-

1 Der vorbereitende Bericht der Botschaft erging als Fernschreiben Nr. 25010 an das BMAA und war für das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II bestimmt. Dort wurde am 24. Jänner vermerkt: „Ausgewertet a.a.“. Bereits am 19. Jänner wurde vermerkt: „Wurde vom Gen[eral]s[ekretariat] an interessierte Sektionen verteilt“. Sämtliche Unterstreichungen erfolgten im BMAA.

2 Bruno Benthien, Minister für Tourismus der DDR (1989–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Wolfgang Meyer, Sprecher der Regierung Hans Modrows (1989–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Franz Jahnsnowsky, Leiter der Protokollabteilung im MfAA der DDR (1973–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Werner Fleck, Abteilungsleiter Westeuropa im MfAA der DDR (1985–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Karl-Heinz Arnold, Persönlicher Mitarbeiter des Ministerpräsidenten Modrow (1989/90), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Rolf Illgen, Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Tourismus, verantwortlich für Auslandstourismus, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Siehe Dok. 111.

9 Für das Außenministertgespräch siehe Dok. 113.

10 Siehe Dok. 112.

rungsarbeit konkrete Ergebnisse erwartet. Dem Besuch selbst misst die DDR ähnliche Signalwirkung bei, wie es HBK mit seinem Besuch in der DDR tat.¹¹

Die Regierung Modrow kam nach Jahresbeginn kurzfristig unter den Druck der Opposition, des „Runden Tisches“ und der Bevölkerung auf der Straße. Die Trennung von Partei und Staat, der Rückzug der SED-PDS aus den Institutionen, die Auflösung der alten „Sicherheitsstrukturen“ und zum Teil auch die begonnenen Wirtschaftsreformen gingen viel zu langsam. Unmut brachte auch das eher „alte“ Vorgehen der Regierung, den „Runden Tisch“ meistens erst nach Fassung von Regierungsbeschlüssen zu informieren. Diese Vorgangsweise wurde in der Zwischenzeit weitgehend dahin verändert, dass Vorhaben der Regierung vor Inkraftsetzen am „Runden Tisch“ diskutiert werden.

Durch Abgehen von der Absicht, anstelle des Amtes für Nationale Sicherheit ein Amt für Verfassungsschutz zu gründen, sowie durch das überraschende Erscheinen Modrows beim „Runden Tisch“ am Montag konnte eine gewisse Stabilisierung des Dreiecks-Verhältnisses Regierung, „Runder Tisch“, Volkskammer erreicht werden. Die ehemaligen Blockparteien und andere Teilnehmer am „Runden Tisch“ sind selbstverständlich bemüht, sich im Hinblick auf den Wahltermin am 6. Mai¹² in der öffentlichen Übertragung der Gespräche am „Runden Tisch“ vor den Wählern zu profilieren. Offen ausgesprochene und zum Teil (vom Generalsekretär der CDU Martin Kirchner) angedrohte Überlegungen, die Regierungskoalition zu verlassen, führten kurzfristig zu einer Destabilisierung. Am gestrigen „Runden Tisch“ hat eine einstimmig angenommene Erklärung der Vertreter von 16 Parteien, politischen Gruppierungen und Organisationen, sich der Gewalt zu enthalten, zur Beruhigung beigetragen. Darüber hinaus wurden in dieser 8. Sitzung des „Runden Tisches“ auch Loyalitätserklärungen zur Koalitionsregierung abgegeben. Der Geschäftsführer der SPD, Ibrahim Böhme, forderte die Parteien der Koalitionsregierung auf, diese jetzt nicht zu verlassen und so kooperativ wie möglich mit Hans Modrow zusammenzuarbeiten. CDU, DPD, LDPD und NDPD bekräftigten ihre Bereitschaft zur Fortsetzung der Koalition. Der Vorsitzende der CDU, Lothar de Maizière, bezeichnete die Ausführungen seines Generalsekretärs Martin Kirchner als „ungedecktes, verfrühtes Vorpreschen“. Es ist zu erwarten, dass die heutige Präsidiumssitzung der CDU für einen Verbleib in der Koalitionsregierung votiert.

Am „Runden Tisch“ einigte man sich auch auf eine „Sicherheitspartnerschaft“ und lobte generell das Verhalten der Volkspolizei, die sich in den letzten Wochen im Vergleich zur ehemaligen Staatssicherheit deutlich emanzipieren und in der Bevölkerung einige Sympathien gewinnen konnte. Praktisch alle Teilnehmer am

11 So im Original. Vranitzky hatte am 24. November 1989 die DDR und West-Berlin besucht. Siehe Dok. 78–79.

12 Der zunächst beabsichtigte Wahltermin für die Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 wurde schließlich auf 18. März 1990 vorverlegt. Für die Wortprotokolle des „Runden Tisches“ siehe: Uwe Thaysen (Hg.), Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. Bde. I–V, Wiesbaden 2000.

„Runden Tisch“ sprachen der Volkspolizei ihr Vertrauen aus und ersuchten besonnene Kräfte im Lande, diese Institution zu unterstützen. Die Regierung selbst bezeichnet die Lage in der DDR weiterhin als angespannt und allgemein werden die begonnenen und zum Teil zunehmenden Streikaktionen als besorgniserregend empfunden.

Nach Meisterung dieser Regierungskrise muss jedoch gesagt werden, dass der „Runde Tisch“ inzwischen laufen gelernt hat. Erste Anzeichen sind auch vorhanden, dass die Regierung mit dem „Runden Tisch“ besser und konstruktiver umzugehen gelernt hat. Die Volkskammer vollbringt in ihren Ausschüssen ein umfangreiches Arbeitspensum. Zum jetzigen Zeitpunkt kann daher gesagt werden, dass eine Stabilisierung der Verhältnisse eingetreten ist. Im Hinblick auf den asynchronen „Sturm“ des ehemaligen Stasi-Gebäudes in der Normannenstraße am Montag¹³ wird man sich jedoch auch in Zukunft fragen müssen, inwieweit das konstruktive und verantwortungsvolle Vorgehen dieser drei Gremien immer und rechtzeitig die Leute auf der Straße erreichen wird. Periodische Krisen bis zum 6. Mai¹⁴ sind daher durchaus möglich und ein Bestehen der Regierung Modrow bis zu diesem Datum keineswegs gesichert.¹⁵

Eine Vereinigung beider deutscher Staaten in nächster Zukunft würde nach offizieller Meinung des hiesigen Außenministeriums zu dem von Willy Brandt und Bundespräsident Weizsäcker angesprochenen Zusammenwuchern¹⁶ führen. Diese Vereinigung könne und solle nur im Rahmen der (west)europäischen Integration zu einem Zeitpunkt erfolgen, wenn auch das europäische Umfeld, vor allem die betroffenen Nachbarn, dafür bereit ist. Es sei daran zu erinnern, dass beide Staaten nach wie vor verschiedenen militärischen Blöcken angehören, die noch bestehen. Selbstverständlich müsse dieser Schritt auch von der Bevölkerung im jeweiligen deutschen Staat entschieden werden.¹⁷

Die Mehrzahl der Teilnehmer am „Runden Tisch“ nimmt seit einigen Tagen zur Frage der Vereinigung eine verantwortlichere Haltung ein. Trotzdem muss damit gerechnet werden, dass die Frage in der Zeit bis zum 6. Mai¹⁸ noch einige Male als Rute (gegenüber der Regierung) herangezogen werden wird.

Unterschiedlich ist das Bild auf der Straße. Die vorgebrachten Vereinigungsparolen entstammen zum Großteil aus der naiven Vorstellung: heute Vereinigung,

13 Am 15. Jänner 1990 versammelten sich einem Aufruf des „Neuen Forums“ folgend, Zehntausende vor der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der Berliner Normannenstraße, um für die Auflösung der Staatssicherheit zu demonstrieren. Nach der überraschenden Öffnung der Tore wurde die Zentrale gestürmt. Die Hintergründe sind ungeklärt.

14 Vgl. Anm. 12.

15 Dieser Satz wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

16 Siehe dazu bereits Dok 95, dort auch Anm. 8.

17 Handschriftlicher Randvermerk zum gesamten Absatz: „Also eigentlich ist man im AM Unter den Linden doch erstaunlich positiv zur (Wieder)Vereinigung [eingestellt]. (Nicht umsonst steht der Freiherr vom Stein vor dem Gebäude des AM...)“

18 Vgl. Anm. 12.

morgen Mercedes (Lebensstandard wie in der BRD). Besonnenere Stimmen in der Bevölkerung kommen auf der Straße zu dieser Frage kaum zu Wort. Zum jetzigen Zeitpunkt kann jedoch noch eingeschätzt¹⁹ werden, dass im Falle einer erdrutschartigen Aktualisierung dieser Frage bei einer Abstimmung für Vereinigung jetzt die Gegenstimmen noch die Mehrheit hätten.

Zur Entwicklung des RGW aus DDR-Sicht wurde mit Depesche 25008 vom 18. Jänner 1990²⁰ berichtet. Anzumerken wäre lediglich, dass die DDR sich bewusst ist, dass die zur Entwicklung der Wirtschaft notwendigen finanziellen Mittel und Kooperationen fast ausschließlich aus dem Westen kommen müssen. Zumindest mittelfristig bleibt jedoch die Abhängigkeit der DDR von den Rohstofflieferungen der UdSSR und damit die Bedeutung des RGW bestehen. Die DDR schätzt auch ein,²¹ dass aufgrund der Veränderungen in Osteuropa und in der Sowjetunion Strukturen und Mechanismen des RGW effizienter gestaltet werden.

Die Botschaft nimmt an, dass der von DDR-Seite angekündigte Entwurf eines Sichtvermerksabkommens (Erl. Zl. 43.24.01/21–4.2/89 vom 9. Jänner 1990)²² in der Zwischenzeit der Zentrale übergeben worden ist. Das hiesige Außenministerium geht davon aus, dass in dieser Frage eine Vorgangsweise analog zum Abkommen mit der ČSSR²³ gewählt wird: Das heißt, dass bereits am Freitag, dem 26. Jänner 1990, Übereinstimmung über die Aufhebung erzielt wird. Diese vorübergehende Aufhebung solle bis zum Inkrafttreten des Sichtvermerksabkommens beibehalten werden.

Ein Investitionsschutzabkommen²⁴ wird von DDR-Seite angesprochen werden. Dieses sollte aus Sicht der Botschaft bis zur Leipziger Messe im März abgeschlossen werden, damit in Leipzig bereits konkrete Wirtschaftsprojekte fixiert werden können.

Laut Mitteilung des hiesigen Außenministeriums sei der Vertrag über Herkunftsangaben paraphiert worden. (Dies ist der Botschaft nicht bekannt.) Der Vertrag

19 Handschriftlicher Randvermerk: „DDR-Talk“ (siehe auch Anm. 21).

20 Der Bericht konnte nicht aufgefunden werden.

21 Handschriftlicher Randvermerk: „DDR-Talk“ (siehe auch Anm. 19).

22 Handschriftlicher Randvermerk: „please contact Kußbach“ Die Visapflicht wurde ab 1. Februar sowohl von Österreich als auch der DDR einseitig aufgehoben. Ein diesbezügliches Abkommen wurde am 13. Februar 1990 geschlossen und trat mit 1. März 1990 in Kraft. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht, BGBl. Nr. 111/1990.

23 Nach dem Durchtrennen der technischen Grenzsperrn auf tschechoslowakischem Staatsgebiet durch die beiden Außenminister Mock und Dienstbier am 17. Dezember an einem Grenzabschnitt zwischen Klein-Haugsdorf und Laa/Thaya wurde von beiden Regierungen im Dezember zunächst jeweils einseitig (bis 31. Jänner 1990) die Sichtvermerkspflicht ausgesetzt. Am 18. Jänner 1990 wurde sie durch ein entsprechendes Abkommen, das mit 1. Februar in Kraft trat, auch formell abgeschafft. Vgl. Außenpolitischer Bericht 1989, S. 11.

24 Siehe dazu Dok. 86, Anm. 27.

sei somit perfekt und könne nach Ansicht der DDR-Seite am 26. Jänner unterzeichnet werden.²⁵

Angesprochen wird auch werden die Zusammenarbeit von Klein- und Mittelbetrieben zwischen beiden Staaten und eine österr. Hilfestellung auf diesem Gebiet.

Die DDR-Seite ist auch interessiert, eine Gegenseitigkeitserklärung für die Befreiung von in der DDR zugelassenen PKWs von der KFZ-Steuer in Österreich am 26. Jänner zu übergeben. (Erl. Zl. 22.50.6/3–3.7/89 vom 1. Dezember 1989). Die österr. Gegenseitigkeitserklärung würde bei dieser Gelegenheit entgegengenommen werden. Anzumerken ist bei diesem Punkt, dass es der DDR seit Dezember nicht gelungen ist, eine völlige innerstaatliche Abstimmung zu erreichen.

Medizinische Behandlung: Die innerstaatliche Abstimmung in der DDR zur Frage der Kostenübernahme für medizinische Betreuung in akuten Fällen bei vorübergehendem Aufenthalt ist seit dem Aufenthalt von VAM Nier in Wien²⁶ kaum vorangekommen. Die DDR wird jedoch dieses Thema zur Sprache bringen und ist mittelfristig an einer Lösung interessiert.

Tourismus: Seit kurzem sind in der DDR auch private Reisebüros zugelassen. Tourismusminister Benthien wird sicher die Frage von billigen Gruppenreisen nach Österreich anschneiden. Für den Sommer d.J. muss²⁷ mit einer großen Anzahl von DDR-Reisenden in Österreich gerechnet werden.

Die DDR-Seite wird weitere Vorgangsweise über Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens²⁸ darlegen.

Nicht offiziell als Verhandlungspunkt muss die Frage der Zulassung einer österreichischen Zeitung an Kiosken in der DDR angesehen werden. DDR-Seite denkt zunächst daran, eine österreichische Zeitung zuzulassen. Die im Gespräch stehende „Kronen-Zeitung“ als einzige österreichische Tageszeitung erscheint dem hiesigen Gesprächspartner nicht repräsentativ. Auch die unabhängige Tageszeitung „AZ“²⁹ findet beim Vertreter des hiesigen Außenministeriums nicht gefallen. Gedacht wird vielmehr an „Die Presse“.

Nach Mitteilung des Kabinetts des HBK wäre es erwünscht, wenn der ho. Missionschef an der gegenständlichen Reise teilnimmt. Überreichung des Beglaubigungs-

25 Handschriftlicher Randvermerk: „Ja (Beil-Schüssel)“. Der gesamte Absatz wurde am Seitenrand handschriftlich markiert. Nach langwierigen Verhandlungen war im Juli 1989 ein Fortschritt beim Vertrag über Herkunftsangaben erzielt worden. Der Vertrag wurde schließlich am 26. Januar 1990 unterzeichnet, jedoch nicht mehr in Kraft gesetzt. Zur Vorgeschichte siehe Dok. 7, Anm. 5–6.

26 Siehe dazu Dok. 86.

27 Handschriftlicher Randvermerk: Wieso „muß“?

28 Siehe dazu Dok. 86, Anm. 28.

29 Ab Mitte Oktober 1985 wurde die seit 1889 als Parteiorgan der österreichischen Sozialdemokratie herausgegebene Arbeiter-Zeitung als Neue AZ im Kleinformat hergestellt; ab September 1989 erschien sie bis zu ihrer Einstellung 1991 als parteiunabhängige Zeitung unter dem Titel Neue AZ – Wiener Tagblatt.

gungsschreibens wird von DDR-Seite so angesetzt werden, dass diese vor der Reise erfolgt.³⁰

Diesbezügliche Weisung erbeten.³¹

Binder/Graf

Dok. 108: [Auszug] Information. Überlegungen zur Neuordnung Europas am KSZE-Gipfel, 22.1.1990

Information, Botschafter Martin Vukovich, Wien, 22. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 801.00/5-II.7/90¹

Überlegungen zur Neuordnung Europas; erste Weichenstellungen bei KSZE-Gipfel 1990?

[...]²

2. Deutsche Frage

Eine zentrale Frage der europäischen Sicherheit ist der deutsche Einigungsprozess. Kaum ein KSZE-Teilnehmerstaat glaubt heute noch, dass ein Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten aufgehalten werden kann. Insbesondere Polen, aber auch viele andere ost- und westeuropäischen Länder verlangen jedoch in diesem Zusammenhang entsprechende Garantien dafür, dass ein vereintes Deutschland auf dem Territorium der BRD und der DDR die heutigen Grenzen zu den übrigen europäischen Staaten (insbesondere die Oder-Neiße Grenze) nicht in Frage stellen wird. Polnische Diplomaten zeigen Verständnis dafür, dass die Bonner Regierung vor den Bundestagswahlen schwerlich eine formelle Zusicherung in dieser Frage geben kann (ein Wahlerfolg der Republikaner bei den Bundestagswahlen³ wäre sicher nicht im europäischen Interesse gelegen). Polen und andere europäische Staaten hoffen allerdings auf eine Bekräftigung und Präzisierung der relevanten Bestimmungen der KSZE-Schlußakte anlässlich eines KSZE-Gipfeltreffens in diesem Jahr, ohne ausdrückliche Erwähnung Deutschlands.

30 Erich Binder hatte Franz Wunderbaldinger Anfang 1990 als österreichischen Botschafter in der DDR abgelöst. Der Antrittsbesuch im MfAA erfolgte am 23. Jänner 1990 (siehe Dok. 109), jener bei Modrow am 24. Jänner (siehe Dok. 110).

31 Handschriftlicher Randvermerk: Bitte Protokoll informieren (zwecks Weisung).

1 Die Information erging an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, alle Abteilungen der Sektion II und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß „Liste KSZE“

2 Ausgelassen wurde der Punkt militärische Sicherheit.

3 Zu den „Republikanern“ siehe Dok. 48, Anm. 21. Die für Ende 1990 vorgesehenen Bundestagswahlen in der Bundesrepublik wurden zu den ersten Wahlen im geeinten Deutschland und die Republikaner verpassten den Einzug in den Bundestag mit 2,1 % klar.

Unter welchen sicherheitspolitischen Auflagen die UdSSR einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten zustimmen könnte, ist derzeit nicht klar. Als EG-Mitglied würde ein vereinigtes Deutschland die Ziele der Politischen Union bis hin zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mittragen. Möglichkeiten wären eine Entmilitarisierung der heutigen DDR und eine militärisch verdünnte zentral-europäische Region (Benelux, Deutschland, Dänemark, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn); beides wird derzeit von der Bonner Regierung abgelehnt. Ein Verbleib sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR wird nach einem Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus der Tschechoslowakei, Ungarn und möglicherweise auch aus Polen von der ostdeutschen Bevölkerung und ihrer künftigen demokratisch legitimierten Regierung kaum auf Dauer akzeptiert werden.

[...] ⁴

Wien, am 22. Jänner 1990
Vukovich m.p.

Dok. 109: Gespräch Botschafter Binder – Staatssekretär Krolikowski, 23.1.1990

Botschafter Erich Binder an BMAA, Berlin (Ost), 23. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.01/2-II.3/90¹

Gespräch mit Staatssekretär im MfAA Krolikowski (Info)

Staatssekretär Dr. Herbert Krolikowski empfing mich heute zur Entgegennahme der Copie d'usage des Beglaubigungsschreibens, da Außenminister Fischer mit dem britischen Außenminister, der zu einem offiziellen Besuch in der DDR weilt,² unterwegs war. Herr Fischer wird mich morgen empfangen. Im Zuge des ½-stün-

4 Ausgelassen wurden die Punkte Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Demokratie, Rechtswesen und kulturelle Zusammenarbeit, Gesamteuropäische Institutionen und KSZE-Gipfeltreffen 1990.

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25014 an das BMAA und war für das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektionen II und III sowie für das Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten bestimmt. Der Bericht erliegt in der Mappe mit den Vorbereitungsunterlagen für den Modrow-Besuch.

2 Douglas Hurd absolvierte von 22. bis 24. Jänner 1990 einen Besuch in der DDR. Siehe Dokumente 106, 107, 108, in: DBPO III/VII: German Unification. Siehe auch: Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 26. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 66.18.02/1-II.3/90. Dieser berichtete: „Die Situation in der DDR schätzte Douglas Hurd als sehr ernst ein und sagte, dass die Verhältnisse bis zum Wahltermin am 6. Mai ‚on the edge‘ seien. Er halte – nach Aussage des britischen Kollegen – eine ‚Vereinnahmung‘ der DDR durch die BRD jederzeit für möglich.“ Trotz Betonung der Viermächteverantwortung für Deutschland kamen „jedoch – zumindest für deutsche Interpretation – fast ‚Vereinigungsworte‘ über britische Lippen. Douglas Hurd sprach (natürlich) von der Verantwortung Großbritanniens für (ganz) Berlin und für (ganz) Deutschland.“

digen Gespräches zeigte sich, dass die Wirtschaftsprobleme im DDR-Außenministerium offensichtlich ein zentrales Anliegen bilden. Fast beschwörend sagte der Mitredner, dass Österreich der BRD auf wirtschaftlichem Gebiet nicht alleine das Feld überlassen möge. Österreich habe allerbeste Chancen in der DDR und zwar besonders auf dem Sektor der mittelständischen Wirtschaft, ein Sektor, der hier sehr vernachlässigt worden ist, da man bisher das Schwergewicht auf Großbetriebe gelegt habe.

Die sozialistische Planwirtschaft habe nach Meinung des Staatssekretärs in der Aufbauphase bis Ende der 60er Jahre gut funktioniert, dann jedoch nicht mehr und heute stehe man an einem Neubeginn und da ist insbesondere westliches know how von Interesse.

Was die praktischen Möglichkeiten der Zusammenarbeit betrifft, meinte Herr Krolikowski, dass sich die sterreichischen Unternehmen auf die geänderten Verhältnisse umstellen müssten, da die alten Strukturen nur mehr zum Teil funktionieren. An sich wolle man die Großbetriebe und Kombinate nicht zerschlagen, aber doch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die mittelständische Wirtschaft auch in Zusammenarbeit mit diesen eine größere Rolle spielen kann.

Was den politisch-ideologischen Sektor betrifft, konnte man den Äußerungen des Mitredners doch die Enttäuschung über das Fehlschlagen des bisherigen Systems entnehmen. So verwies er darauf, dass in Polen oder in Ungarn durch die Umwälzung eine neue Armut entstanden sei, ein Phänomen, das man sich bemühe, in der DDR zu vermeiden. So gebe es in den beiden genannten Ländern heute schon Bettler in großer Zahl, hier hingegen seien sie – zumindest derzeit noch – unbekannt. Man werde von staatlicher Seite alles versuchen, um eine solche Entwicklung hintanzuhalten.

Binder

Dok. 110: Bericht. Botschafter Binders Antrittsbesuch bei Modrow, 24.1.1990

Botschafter Erich Binder an BMAA, Berlin (Ost), 24. Jänner 1990, StA, AdR. BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.01/8-II.3/90¹

Besuch von MP Modrow in Österreich (26.01.1990) (Info)

Im Zusammenhang mit seinem Besuch in Wien am 26. d. M. empfing Ministerpräsident Modrow den Gefertigten zu einem 45-Minuten Gespräch, in dessen Verlauf er seine ernste Sorge zum Ausdruck brachte, dass in den letzten Wochen

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25017 an das BMAA und war für das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektionen II und II sowie das Kabinett des Bundeskanzlers gerichtet. Die Abteilung II.3 veranlasste am 24. Jänner 1990 seine Weiterleitung an Gesandte Eva Nowotny (Kabinett des Bundeskanzlers).

eine Entwicklung eingetreten ist, die immer schwerer zu beherrschen sei. Die Regierung sehe derzeit als ihre wichtigste Aufgabe an, die Stabilität im Land zu wahren. Im Grunde genommen wird nur von Woche zur Woche regiert und was in zwei bis drei Wochen passiert, sei einfach unvorhersehbar. Die seinerzeitige Voraussage, dass bei den Wahlen die SED etwa 35 % und die anderen Blockparteien ca. 7 % erhalten würden sei längst überholt. Es hat sich gerade in den letzten Tagen gezeigt, dass die Situation eine Eigendynamik entwickelt hat, die von der Regierung nicht leicht zu kontrollieren ist. In einer Gemeinde habe sich der, der SED angehörige Bürgermeister so bedroht gefühlt, dass er in die BRD ausgewandert ist.² In zwei Kreisen habe die SED keine Leitung mehr und sei praktisch aufgelöst. Echte Besorgnis klang aus seinen Worten auch bezüglich der Rechtsextremisten wobei er meinte, dass diese bei der Wahl am 6. Mai³ nicht unter 15 % erhalten werden.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet sehe die Situation nicht gut aus. $\frac{2}{3}$ der Wirtschaft sind an die Länder des RGW gebunden und von dort gebe es kaum mehr, wie er sagte, Kräftezuwachs. So habe etwa die Sowjetunion erklärt, dass sie nicht in der Lage ist im ersten Quartal die Erdöllieferungen, so wie vereinbart, durchzuführen.

Herr Modrow ersuchte, dass Österreich der DDR ebenso wie Polen und Ungarn,⁴ wirtschaftliche Unterstützung gewährt, um mitzuhelfen, hierzulande die politische Stabilität zu gewähren und mitzuhelfen, dass die DDR nicht alleine an die BRD gebunden wird. Der Mitredner sagte wörtlich, dass sein „Job hier immer schwerer werde“.⁵ Er versuche zwischen den verschiedenen Kräften einen Ausgleich zu finden. Was die Volkspolizei und die Streitkräfte betrifft, bestehe bei diesen eine gewisse Unsicherheit. Deren Einsatz wäre in der derzeitigen Situation äußerst problematisch. Der Ministerpräsident meinte: „In der derzeitigen Situation schließe ich nichts aus“. Er setzt große Hoffnung auf die Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler⁶ und das in Kürze stattfindende Treffen mit BK Kohl⁷ und glaubt daraus eine gewisse Stabilisierungswirkung auf die DDR ableiten zu können. Er betrachte sich als eine „Figur des Überganges“, wobei er hofft, bis zum 6. Mai, dem Wahltag, über die Runden zu kommen. Was nachher sein wird, sei unmöglich vorherzusagen.⁸

2 Der Name des Bürgermeisters konnte nicht ausfindig gemacht werden.

3 Der zunächst beabsichtigte Wahltermin für die Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 wurde schließlich auf 18. März 1990 vorverlegt.

4 Im November 1989 hatten Bundeskanzler Franz Vranitzky und Finanzminister Ferdinand Lacina die Bildung eines „Ost-West-Fonds“ in der Höhe von fünf Milliarden Schilling angekündigt. Dieser sollte Garantien bei der Umwandlung der Schulden osteuropäischer Länder in Beteiligungen österreichischer Firmen in diesen Ländern übernehmen. Von der Konstruktion her war der Fonds insbesondere auf Polen zugeschnitten, es sollten aber auch Garantien für andere Länder, darunter die DDR, übernommen werden. Siehe dazu bereits Dok. 78, Anm. 13.

5 Dieser Satz wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

6 Siehe Dok. 111 und 112.

7 Modrow und Kohl kamen bereits am 3. Februar 1990 in Davos zu einem Gespräch zusammen. Der Besuch Modrows in Bonn erfolgte am 13./14. Februar 1990. Siehe Dok. 123.

8 Dieser Satz wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

Was das Gespräch in Wien betrifft hofft er, dass eine Vereinbarung bezüglich der Visafreiheit⁹ getroffen werden könne, da dies in der DDR als Zeichen dafür angesehen werden würde, dass die hiesigen Staatsangehörigen nicht nur in die BRD, sondern auch nach Österreich frei fahren können. Ein weiteres Anliegen ist die Abschaffung der heute noch bestehenden KFZ-Steuerpflicht für DDR-Bürger in Österreich und vice versa.¹⁰

Binder

Dok. 111: Delegationsgespräch im Rahmen des Modrow-Besuchs, 26.1.1990

Amtsvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 31. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.01/13-II.3/90¹

DDR; Besuch von MP Modrow in Österreich; Delegationsgespräche, 26.1.1990

Aus dem Delegationsgespräch sind folgende Punkte festzuhalten:

1. Entwicklung in der DDR

1.1 Politisch: Modrow sah die DDR an einem neuen Punkt im Demokratisierungsprozess: Der nur aus Vertretern der etablierten Parteien zusammengesetzten Regierung stehe der „Runde Tisch“ gegenüber, an dem alle Gruppen vertreten seien. Die Situation biete nur zwei Alternativen: Entweder werde die Übergangsregierung vom „Runden Tisch“ bis zu den Wahlen (damals noch für 6.5.1990 vorgesehen)² toleriert oder die Opposition trete in eine große Koalition ein. SED-PDS und ehemalige „Blockparteien“ seien zu einer solchen Regierung bereit. Er

9 Visapflicht wurde bereits ab 1. Februar sowohl von Österreich als auch der DDR einseitig aufgehoben. Ein diesbezügliches Abkommen wurde am 13. Februar 1990 geschlossen und trat mit 1. März 1990 in Kraft. Siehe Dok. 110, Anm. 22.

10 Dieser Absatz wurde am Seitenrand handschriftlich markiert. Dazu wurde notiert, dass eine entsprechende Information vom Bundesministerium für Finanzen angefordert werden müsste.

1 Als Protokollant fungierte Sachbearbeiter Legationssekretär Hans Peter Manz. Der Amtsvermerk erging an: das Kabinett des Bundesministers, den Generalsekretär, die Leiter der Sektionen II, III, IV, V, VI, die Abteilungen II.1, II.7, III.1, IV.2 und an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“.

2 Der zunächst beabsichtigte Wahltermin für die Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 wurde schließlich auf 18. März 1990 vorverlegt. Siehe dazu auch Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 6. März 1990, Zl. 140.00.02/2-A/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.07.00/1-II.3/90. Anliegend Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990, GBl. der DDR, I, Nr. 9 vom 23. Februar 1990.

habe die Kirchen als Moderatoren am „Runden Tisch“ gebeten, in diesem Sinne mit der Opposition zu sprechen.

Modrow verwies auf angebliche extremistische Tendenzen in der DDR, insbesondere in Leipzig (Auftauchen von „Republikanern“, Gefährdung von Menschen, die sich offen zur DDR bekennen).

Bis zu den Wahlen seien zahlreiche Gesetze zu verwirklichen: Wahlgesetz, Parteiengesetz, Vereinigungsgesetz, Mediengesetz.

1.2 Wirtschaftlich: Nach Einschätzung Modrows müsse DDR mit einer Inflation rechnen, da die Bevölkerung sowohl die sozialen Errungenschaften behalten als auch Lohnzuwächse realisieren wolle.

Min. Beil führt aus, daß die DDR-Wirtschaft demokratisiert und internationalisiert werden solle. Der Staat werde nur noch Rahmenbedingungen aufstellen, Eingriffe müssten lediglich im Umweltschutzbereich erfolgen. Angestrebt werde eine Dezentralisierung der Wirtschaft, mit dem Betrieb als entscheidende Einheit (bei Gleichberechtigung der Eigentumsformen). Die bevorstehende Gewährung der vollen Gewerbefreiheit schließe die Außenhandelsfreiheit ein. Das neue joint-venture-Gesetz³ ermögliche auch ausländische Mehrheitsbeteiligungen.

2. Internationale Fragen

2.1 Vereinigung der deutschen Staaten: Modrow betonte unter Hinweis auf die diesbezüglich verstärkte Stimmung in der DDR, daß eine Vertragsgemeinschaft mit konföderativen Zügen angestrebt werde; mit Augenmaß („wie von BK Kohl in Dresden formuliert“) und eingebettet in den europäischen Einigungsprozess.⁴

2.2 Beziehung DDR – EG: Die DDR hoffe auf den Abschluss eines Abkommens noch 1990 und wolle dem Binnenmarkt als Mitglied oder assoziiertes Mitglied angehören.⁵ Das impliziere eine Neugestaltung des RGW, den man nicht verlassen wolle, weil 90 % der Rohstoffe aus der UdSSR bezogen und $\frac{2}{3}$ des Handels mit ihr

3 Um „ausländische Unternehmensbeteiligungen zu ermöglichen strich die Volkskammer den in Artikel 12 (1) der DDR-Verfassung [vom 9. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974] formulierten Anspruch, daß Bodenschätze, Bergwerke, Kraftwerke, aber auch Industriebetriebe, Banken und Versicherungen Volkseigentum sein müßten“. Der Ministerrat der DDR billigte in einer Verordnung vom 25. Januar 1990 „die Gründung und Tätigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung“. Grundsätzlich blieb aber der ausländische Anteil am Stammkapital der Unternehmen auf 49 % beschränkt. Ein darüberhinausgehender Anteil war nur in Ausnahmefällen vorgesehen, wenn dies im volkswirtschaftlichen Interesse war bzw. wenn es um Beteiligungen an Betrieben kleiner oder mittlerer Größe ging. Diese Novelle wurde im Gesetzblatt der DDR, Teil 1, Nr. 4 vom 30. Januar 1990 kundgemacht. Die Gründung von Joint Ventures bedurfte der Genehmigung durch das Wirtschaftskomitee. Vgl. dazu Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln (= Geschichte der deutschen Einheit 2), Stuttgart 1998, S. 120.

4 Zum Besuch Kohls in Dresden am 19. und 20. Dezember 1989 siehe Dok. 101–102 und 104.

5 Zum Komplex DDR-EG bereits Dok. 103, und dort auch Anm. 10 sowie Dok. 104, Anm. 7.

abgewickelt würden. Dieses Handelsvolumen solle in Zukunft die „Grundlast“ bilden, das Wachstum im Westhandel liegen.

2.3 Beziehungen der DDR – GATT/OECD: Min. Beil bezeichnet einen Beitritt der DDR zu GATT und OECD als erforderlich. GATT habe auf entsprechende Kontakte positiv reagiert.

DDR arbeite an einem den internationalen Normen entsprechenden Zollgesetz, das am 1.1.1991 in Kraft treten soll.

2.4 KSZE-Prozess: Modrow trat für einen Beginn von „Helsinki II“⁶ noch 1990 ein; dies liege allgemein und wegen der deutschen Frage im gesamteuropäischen Interesse.

Der HBM unterstrich die Bedeutung eines 35er-Gipfels zum VKSE-Abschluss und des gesamten KSZE-Prozesses als „Stabilitätsrahmen“. Modrow sagte Unterstützung für Wien als Tagungsort zu.

AM Fischer stellte in diesem Zusammenhang die Frage, warum die Gipfelteilnehmer von Wien nach Helsinki „übersiedeln“ sollten, wenn „Helsinki II“ noch heuer stattfinde.

Der HSL II⁷ präzierte Hintergründe und Entstehungsgeschichte des Wiener Gipfeltreffens.

2.5 Entwicklung in Rumänien: Über Ersuchen des HBK schilderte Modrow seine Eindrücke (basierend auf einem Treffen mit MP Roman⁸ bei RGW-Tagung in Sofia):⁹ Er sei von MP Roman persönlich sehr beeindruckt; die innenpolitische Kräftestruktur jedoch wenig überschaubar; Führung habe keine Konzepte, ringe um Vermeidung von Gewalt und Sicherung der Versorgung; Armee trage die Verantwortung.

3. Bilaterale Fragen

3.1 Allgemein: Modrow bezeichnete Kontakte zu Österreich als sehr wichtig. Er habe von den Kooperationskonzepten mit Polen und Ungarn¹⁰ gehört und wäre für entsprechende Einbeziehung der DDR dankbar.

6 Aus „Helsinki II“ wurde das KSZE-Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 19. bis 21. November 1990 in Paris auf dem die „Charta von Paris für ein neues Europa“ unterzeichnet und eine „Gemeinsame Erklärung über Gewaltverzicht der 22 Mitgliedstaaten der NATO und des WP“ verabschiedet wurde. Österreich hatte sich um die Ausrichtung des KSZE-Gipfels bemüht siehe dazu bereits Dok. 48, Anm. 6.

7 HSL II = Herr Sektionsleiter der Sektion II, Politische Sektion, Botschafter Erich Maximilian Schmid.

8 Petre Roman, Ministerpräsident Rumäniens (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Am 9. und 10. Jänner 1990 fand die Jahrestagung des RGW in Sofia statt. Für das Kommuniké der Tagung siehe: Europa-Archiv 1990, D 66.

10 Siehe Dok. 110, Anm. 4.

3.2 Wirtschaft: DDR-Seite legte großes Gewicht auf diesen Bereich. Ausgehend von Reformen wird mit einer Unternehmensgründungs-Welle gerechnet, für die eine Kooperation mit österreichischen Klein- und Mittelbetrieben geradezu prädestiniert wäre. Die österreichische Wirtschaft hätte hier einen Startvorteil.

Die mit den Zentralstellen abgeschlossenen Wirtschaftsverträge würden eingehalten, zukünftige wären auf Betriebsebene abzuwickeln. Für Anlagenimporte über 10 Mio. Mark sei jedoch weiterhin das Außenwirtschaftsministerium zuständig.

3.2.1 Finanzwirtschaftliche Kooperation: Auf einen diesbezüglichen Vorschlag eingehend regte der HBK Direktkontakte der Finanzminister an.

3.2.2 Abkommensvorhaben: Min. Beil trat für raschen Abschluss eines Investitionsschutzabkommens¹¹ und eines Doppelbesteuerungsabkommens¹² ein. Der HBK verwies auf österreichische Verhandlungsbereitschaft.

Das Herkunftsschutzabkommen¹³ wurde im Anschluss an das Delegationsgespräch von BM Schüssel¹⁴ und Min. Beil unterzeichnet.

3.2.3 Projekte: BM Streicher¹⁵ und Min. Beil erörtern den Stand verschiedener bereits vereinbarter Projekte. Beil verwies gesondert auf einen Auftrag für Müllwagen von Steyr/M-U-T.¹⁶

3.2.4 Ausbildung: BM Streicher wies auf die bereits im Dezember 1989 vereinbarte Entsendung von 10 Jungmanagern zur sechsmonatigen Ausbildung in Österreich hin.

3.2.5 OECD-Seminar: Der HBK bot an, zu diesem in Wien stattfindenden Seminar (14.–16.3.) zwei hochrangige Experten aus der DDR einzuladen.

3.2.6. Tourismus: Min. Beil sprach die zu lösenden Aufgaben beim angestrebten Aufbau des Fremdenverkehrs in der DDR an. Min. Benthien¹⁷ hielt fest, daß der weitere Ausbau des organisierten Tourismus in die Kompetenz der Reisebüros falle; es müssten jedoch die Voraussetzungen für Einzelreisende verbessert werden.

11 Siehe dazu bereits Dok. 86, Anm. 27.

12 Siehe dazu Dok. 86, Anm. 28.

13 Zur Vorgeschichte siehe Dok. 7, Anm. 5–6 und Dok. 107, Anm. 25.

14 Wolfgang Schüssel, ÖVP, Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Österreichs (1989–1995), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

15 Rudolf Streicher, SPÖ, Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Österreichs (1986–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

16 M. U. T. = Maschinen, Umwelttechnik, Transportanlagen Ges.m.b.H

17 Bruno Benthien, Minister für Tourismus der DDR (November 1989–April 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Angeichts der geänderten Rahmenbedingungen sei eine Neufassung des Fremdenverkehrsabkommen wohl erforderlich.¹⁸

BM Schlüssel sah drei mögliche Kooperationsbereiche: Direktkontakt mit ÖFWV,¹⁹ Ausbildung in österreichischen Hotelfachschulen, Hotelbau. Min. Ben-
thien will diese Anregungen prüfen, wies aber bei Hotelbauten auf „freien Wettbewerb“ hin.

3.3 Aufhebung der SV-Pflicht: Die beiden Regierungschefs kamen überein, die SV-Pflicht aufzuheben; bis zum Abschluss des ggstl. Abkommens werden beide Staaten SV-Pflicht auf Reziprozitätsbasis suspendieren.²⁰

Wien, am 31. Jänner 1990

Sucharipa m. p.

Dok. 112: [Auszug] Gespräch Vranitzky – Modrow, Wien, 26.1.1990

Vorlage für die 12. Sitzung des Ministerrats der DDR am 1. Februar 1990, Bundesarchiv, Berlin, Abteilung DDR, DC/20/1/3/2904, Bl. 57–62, hier Bl. 57–60.¹

Bericht über den Arbeitsbesuch des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Hans Modrow, am 26.1.1990 in der Republik Österreich

I.

Die Reise erfolgte auf Einladung des Bundeskanzlers der Republik Österreich und wurde gemäß Beschluß Nr. 11/14/90² des Ministerrates der DDR vom 22. Januar 1990 realisiert.

Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR wurde vom Bundespräsidenten der Republik Österreich zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Dabei würdigte Dr. Kurt Waldheim die demokratischen Umgestaltungsprozesse in der DDR und die historische Dimension der vor sich gehenden bedeutsamen Veränderungen. Er betonte, daß sich die Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten parallel mit dem europäischen Einigungsprozeß vollziehen sollte. Der österreichische

18 Zu dieser Neufassung kam es nicht mehr.

19 ÖFWV = Verein österreichische Fremdenverkehrswerbung (heute: Österreich Werbung).

20 Die Visapflicht wurde bereits ab 1. Februar 1990 sowohl von Österreich als auch der DDR einseitig aufgehoben. Ein diesbezügliches Abkommen wurde am 13. Februar 1990 geschlossen und trat mit 1. März 1990 in Kraft. Siehe Dok. 110, Anm. 22.

1 Hans Modrow berichtete in der 12. Sitzung des Ministerrates der DDR vom 1. Februar 1990 über seinen Besuch in Österreich. In Ermangelung eines aussagekräftigen österreichischen Protokolls über das Gespräch zwischen den beiden Regierungschefs wurde hier ausnahmsweise die DDR-Überlieferung herangezogen.

2 Der Verweis wurde im Original handschriftlich gestrichen.

Bundespräsident sprach sich dafür aus, alle Fragen künftiger Entwicklungen im gesamteuropäischen Raum zu besprechen. Das würde zugleich eine konstruktive Weiterführung des KSZE-Prozesses sichern. Österreich sei in besonderem Maße an einer weiteren friedlichen und stabilen Entwicklung in der DDR interessiert und werde diesen Prozeß so weit als möglich unterstützen. Das betreffe auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Ausführliche Gespräche führten der Vorsitzende des Ministerrates, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten,³ der Minister für Außenwirtschaft⁴ und der Minister für Tourismus der DDR⁵ mit dem österreichischen Bundeskanzler, Dr. Franz Vranitzky, dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Alois Mock, dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Dr. Rudolf Streicher, dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, Dr. Wolfgang Schüssel, und dem Präsidenten der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, Rudolf Sallinger.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky gab zu Ehren des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Hans Modrow, ein Essen, bei dem Toaste ausgetauscht wurden.

Beide Seiten kamen überein, mit Wirkung vom 1. Februar 1990 im Reiseverkehr zwischen der DDR und der Republik Österreich auf die Visapflicht zu verzichten, bis ein Abkommen über die vollständige Visafreiheit in Kraft tritt. Es wurde vereinbart, diesbezügliche Verhandlungen im Februar 1990 zu führen und abzuschließen.⁶

Dem österreichischen Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten wurde mit Note der Vorschlag unterbreitet, auf die Erhebung von PKW-Steuern bei der Einreise in das jeweils andere Land zu verzichten. Die österreichische Seite erklärte ihre prinzipielle Bereitschaft und sagte eine kurzfristige Prüfung zu.

Zwischen der DDR und der Republik Österreich wurden unterzeichnet:

- Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Kombinat, Betrieben und Außenhandelsbetrieben der DDR mit österreichischen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft
- Vertrag über den Schutz von Herkunftsangaben und anderen geographischen Bezeichnungen.⁷

II.

Der Vorsitzende des Ministerrates, Hans Modrow, würdigte in den Gesprächen die erreichten Fortschritte in den traditionell guten bilateralen Beziehungen

3 Oskar Fischer, siehe Dok. 113.

4 Gerhard Beil.

5 Bruno Benthien.

6 Die Visapflicht wurde bereits ab 1. Februar sowohl von Österreich als auch der DDR einseitig aufgehoben. Ein diesbezügliches Abkommen wurde am 13. Februar 1990 geschlossen und trat mit 1. März 1990 in Kraft. Siehe Dok. 110, Anm. 22.

7 Nach langwierigen Verhandlungen konnte im Juli 1989 ein Fortschritt beim Vertrag über Herkunftsangaben erzielt werden. Der Vertrag wurde am 26. Januar 1990 unterzeichnet, trat jedoch nicht mehr in Kraft.

zwischen der DDR und Österreich seit seinem Treffen mit Bundeskanzler Franz Vranitzky im November 1989 in Berlin.⁸ Dies sei über die Grenzen beider Staaten hinaus von Gewicht für die Überwindung der Spaltung Europas. Er informierte die Gastgeber über Verlauf und Inhalt der tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen in der DDR, über dabei auftretende Probleme und hob die zusammenhängende Verantwortung der DDR für die europäische Entwicklung hervor. Hans Modrow erläuterte den österreichischen Gesprächspartnern die von der DDR angestrebte Vertragsgemeinschaft mit der BRD, die in den gesamteuropäischen Prozeß eingeordnet sei und berichtete über sein jüngstes Treffen mit Kanzleramtsminister Seiters⁹ sowie seinen bevorstehenden Besuch in Bonn.¹⁰ Die DDR stehe zu ihrer Mitverantwortung für die Bewahrung des Friedens und für die Abrüstung. Sie strebe eine baldige Vereinbarung über eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen an und unterstütze den Vorschlag der UdSSR zur Einberufung eines Gipfeltreffens der KSZE-Teilnehmerstaaten im Jahre 1990 im Interesse der Festigung der europäischen Sicherheit und Stabilität sowie einer blockübergreifenden Kooperation auf allen Gebieten.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky hob den besonderen Stellenwert des Arbeitsbesuches von Hans Modrow gerade zum jetzigen Zeitpunkt hervor. Er signalisierte, daß die österreichische Bundesregierung und die Wirtschaft des Landes in hohem Maße daran interessiert seien, eigenständig mit der DDR zu kooperieren und einen konstruktiven Beitrag für die demokratische Umgestaltung zu leisten. Zugleich habe man Gelegenheit, nach kurzer Zeit Bilanz zu ziehen, was seit dem Berliner Treffen im November 1989 erreicht worden sei und könne neue Impulse für die bilaterale Zusammenarbeit auslösen, zumal die umfassenden Reformen in der DDR günstiger Voraussetzungen für eine beiderseitig vorteilhafte Kooperation eröffnen.

Der österreichische Bundeskanzler würdigte die innenpolitischen Entwicklungen in der DDR und sprach sich dafür aus, alles zu tun, damit die Prozesse friedlich und stabil verlaufen. Österreich halte die Partnerschaftsbeziehungen zu den europäischen Nachbarn, zu denen man im weiteren Sinne auch die DDR rechne, jetzt für besonders wichtig und stehe zur Unterstützung zur Verfügung, wenn es gewünscht werde.

Falls sich die Deutschen für eine Vereinigung der beiden Staaten entscheiden sollten, so müsse man das respektieren. Österreich sei aber an solchen Rahmenbedingungen interessiert, die Europa nicht in Gefahr bringen und das bestehende Gleichgewicht nicht zerstören. Ein zu schneller Ablauf der Ereignisse würde jedoch ein solches Risiko in sich bergen. Alles müsse unter europäischen Aspekten beurteilt werden.

8 Vranitzky hatte am 24. November 1989 die DDR besucht. Siehe Dok. 78.

9 Modrow war am 25. Jänner 1990 in Ost-Berlin zu einem Gespräch mit Rudolf Seiters zusammengetroffen. Siehe dazu Dokument 145, in: Deutsche Einheit, S. 707–713.

10 Modrow und Kohl kamen bereits am 3. Februar 1990 in Davos zu einem Gespräch zusammen. Der Besuch Modrows in Bonn erfolgte am 13./14. Februar 1990. Siehe Dok. 123.

Die österreichische Seite sprach sich für eine Gipfelkonferenz der KSZE-Staaten im Jahre 1990 aus und brachte ihr Interesse zum Ausdruck, daß Wien als Gastgeber fungieren könne. Ziel des Treffens sollte die Unterzeichnung eines Abkommens zur konventionellen Abrüstung und die Einleitung einer zweiten Phase der Abrüstungsverhandlungen sein.¹¹ Zugleich sollten die Gespräche der Gestaltung des künftigen Europa dienen, in dem die Sicherheit eines jeden gewährleistet sein muß.

Beide Seiten würdigten den erreichten Stand der bilateralen Beziehungen und vereinbarten die nächsten Schritte für deren weiteren Ausbau sowie die Förderung einer noch engeren Kooperation auf den Gebieten der Industrie und der Finanzwirtschaft.

Die österreichischen Gesprächspartner betonten, daß alles, was mit der DDR vereinbart wurde, auch eingehalten werde. Die DDR werde als zuverlässiger und berechenbarer Partner geschätzt und man erwarte, daß das so bleiben werde.

Mit dem Besuch wurden die Voraussetzungen für ein qualitativ neues Niveau der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches auf dem Gebiet des Tourismus geschaffen. Das ist angesichts der vereinbarten Visafreiheit zwischen beiden Staaten von besonderem Gewicht.

Insgesamt wird sichtbar, daß

- Österreich eine Annäherung der beiden deutschen Staaten nur in Übereinstimmung mit dem gesamteuropäischen Prozeß versteht;
- der Gastgeber deshalb die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der DDR und Österreich allseitig stärken will und
- die Bereitschaft Österreichs gefördert wurde, ohne Zeitverzug mit konkreten-ökonomischen Projekten die Reformprozesse in der DDR zu unterstützen. [...]¹²

11 Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10. Zu den KSE II-Verhandlungen kam es nicht mehr. Es kam zu KSE 1a-Folgeverhandlungen die bereits am 29. November 1990 begannen und zur Festlegung von Personalobergrenzen für die Streitkräfte aller KSE-Staaten führten.

12 Ausgelassen wurden die dem Bericht als Anhang angeschlossenen Schlussfolgerungen (Bl. 61–62).

Dok. 113: Gespräch Mock – Fischer, 26.1.1990

Amtsvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 30. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.01/11-II.3/90¹

DDR; Besuch von MP Modrow in Österreich; Arbeitsgespräch HBM – AM Fischer, 26.1.1990

Im Rahmen des Arbeitsgespräches des Herrn Bundesministers mit DDR-AM Fischer am 26.1.1990 wurden folgende Themen angeschnitten:

1. Bilaterale Fragen

1.1. Aufhebung der SV-Pflicht: Die Außenminister kamen überein, die SV-Pflicht provisorisch ab 1.2.1990, 0h00, bis 28.2.1990, 24h00, aufzuheben. Bis dahin sollen Verhandlungen über ein entsprechendes Abkommen abgeschlossen sein, das am 1.3.1990 in Kraft treten soll.²

1.2. Aufhebung der KFZ-Steuerpflicht: AM Fischer übergab eine Note, in der der diesbezügliche Wunsch neuerlich vorgebracht wird. Ggstl. Note wird unter separater Zahl der Abt. III.7 übermittelt.³

2. Internationale Fragen

2.1. Vereinigung der deutschen Staaten: AM Fischer unterstrich, dass es zur Vereinigung kommen werde; sie müsse in die Überwindung der europäischen Spaltung eingebettet sein.

2.2. KSZE-Prozess: Nach Ansicht von AM Fischer verlaufen Wiener Verhandlungen⁴ zu langsam.⁵ Er begrüße daher die Initiative von Genscher, Dumas und de Michelis.⁶

1 Als Protokollant fungierte Sachbearbeiter Legationssekretär Hans Peter Manz. Der Amtsvermerk erging an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Leiter der Sektionen II, III, IV, die Abteilungen II.1, II.7, III.7, IV.2, die österreichischen Botschaften in Berlin und Bonn sowie an die Delegation Berlin. Die im Dokument ausgewiesenen handschriftlichen Ergänzungen stammen vermutlich vom Leiter der Abteilung II.3 Gesandten Ernst Sucharipa.

2 Visapflicht wurde bereits ab 1. Februar sowohl von Österreich als auch der DDR einseitig aufgehoben. Ein diesbezügliches Abkommen wurde am 13. Februar 1990 geschlossen und trat mit 1. März 1990 in Kraft. Siehe Dok. 110, Anm. 22.

3 Der weitere Verlauf der Angelegenheit konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Siehe zur Übermittlung: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.01/14-II.3/90

4 Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

5 Handschriftlich hinzugefügt: Der übliche Konferenzmechanismus würde zu sehr Platz greifen.

6 Im Rahmen der Wiener Konferenz über die konventionelle Abrüstung in Europa (VKSE) hatten die Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs und Italiens am 25. Jänner 1990

Angeichts des Aufwandes für ein Gipfeltreffen der 35 und drängender internationaler Fragen erscheine der DDR prüfenswert, „Helsinki II“⁷ gleich in Wien anzuschließen. Jedenfalls wäre die Abhaltung zweier getrennter Gipfelkonferenzen [...] (Unterzeichnung der Abkommen/europäische Diskussion) nicht zweckmäßig.⁹ Der HBM unterstrich das österreichische Interesse, verwies aber auf die noch bevorstehende Zwischenkonferenz¹⁰ vor Helsinki 1992.¹¹

2.3. AM Fischer sprach sich positiv zu der Mitterrand-Idee einer europäischen Konföderation¹² aus.¹³

2.4. HBM verwies darauf, dass österreichische Neutralitätspolitik nach wie vor Bestandteil der Glaubwürdigkeit der österreichischen Außenpolitik ist, wenn ihr auch angesichts der internationalen Entwicklung nicht mehr dasselbe Gewicht wie früher zukomme.¹⁴

Wien, am 30. Jänner 1990

Sucharipa m. p.

„demonstrativ auf den baldigen Abschluß eines ersten Abkommens gedrängt“. Sie „plädierten außerdem für eine Gipfelkonferenz der 35 Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki noch im Herbst dieses Jahres. [...] Mit Nachdruck sprach sich der Außenminister dafür aus, nach einem ersten Abkommen in Wien sofort über ein zweites zu verhandeln, bei dem es um weitere Abrüstung, die Nuklearwaffen in Europa einbezogen, und um die Struktur der Streitkräfte gehen müsse.“ Siehe: Bonn, Paris und Rom ergreifen gemeinsame Initiative. Genscher fordert rasche Abrüstungsschritte in Wien, in: Süddeutsche Zeitung, 26. Jänner 1990.

7 Aus „Helsinki II“ wurde das KSZE-Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 19. bis 21. November 1990 in Paris. Siehe auch Dok. 111, Anm. 6.

8 Handschriftlich unter Verwendung von Kürzel, vermutlich: „im laufenden Jahr“.

9 Der gesamte Satz wurde handschriftlich ergänzt.

10 Damit war vermutlich der vom 10. Juli bis 16. November in Wien tagende Ausschuss zur Vorbereitung des KSZE-Gipfeltreffens gemeint.

11 Siehe Anm. 7

12 Mitterrand verkündete seine Idee einer europäischen Konföderation in seiner Neujahrsansprache am 31. Dezember 1989. Zum Wortlaut der Rede, vgl. *La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents*, hg. Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1989, Novembre–Décembre, S. 227–229.

13 Dieser Satz wurde handschriftlich ergänzt.

14 Dieser Satz wurde handschriftlich ergänzt.

Dok. 114: Bericht. Die Sowjetunion zur Lage in der DDR und zur deutschen Einheit, 30.1.1990

Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 30. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/13-II.3/90¹

SU-DDR, Einschätzung der derzeitigen Situation in der DDR durch SU-Aussenmin., SU-Haltung zur deutschen Vereinigung (Info)

Der Leiter der Hauptabteilung für sozialistische Staaten Europas, Gorinowitsch,² nahm bei einer Unterredung im sowjet. Außenmin. zu den folgenden Themenbereichen Stellung:

1. Haltung der DDR-Bevölkerung zur Frage der Vereinigung

Obwohl Meinungsumfragen existieren, wonach die Mehrheit der DDR-Bevölkerung für einen Weiterbestand einer getrennten DDR eintritt,³ sind im Ganzen die Tendenzen in Richtung einer Verstärkung einer „all-deutschen Einstellung“ unübersehbar. Die Bevölkerung meine, dass eine Vereinigung die wirtschaftl. Probleme der DDR lösen wird und zu einer Hebung des Lebensstandards führt. Im Prinzip sei das eine „utilitaristische Haltung der Bevölkerung“, so Gorinowitsch, die ein objektives Faktum ist, das man zu berücksichtigen hat.

2. Derzeitige polit. Situation in der DDR

Man habe eine Entscheidung über die Vorverlegung der Wahlen in der DDR⁴ im sowjet. Aussenmin. nicht so schnell erwartet.⁵ Die polit. Situation im Land sei sehr schwierig, es gehe ein scharfer polit. Kampf vor sich. Nach sowjet. Ansicht

1 Der Bericht wurde in Verfolg der Fernschreiben Nr. 25039 vom 26. Jänner 1990 (ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/8.II.3/90) und Nr. 25041 vom 29. Jänner erstattet. Er erging als Fernschreiben Nr. 25042 an das BMAA und war für das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II bestimmt. Er wurde von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen. Legationsrat Josef Litschauer verfügte am 1. Februar 1990 seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Berlin und Bonn sowie an die Delegation Berlin. Im BMAA lag er zudem der Abteilung II.1 vor und wurde am 6. Februar 1990 von Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner abgezeichnet. Die handschriftlichen Unterstreichungen und Randbemerkungen wurden in der Abteilung II.3 von Legationssekretär Hans Peter Manz vorgenommen.

2 Goral Gorinowitsch, Leiter der Hauptabteilung für sozialistische Staaten Europas, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Im Auftrag des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) und des Nachrichtenmagazins Der Spiegel führte das Soziologische Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR im Zeitraum vom 1. bis 8. Dezember 1989 eine Umfrage durch, bei der sich 71 % der Befragten für den Erhalt einer souveränen DDR aussprachen, hingegen nur 27 % eine Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik wünschten, vgl. Der Spiegel, 25. Dezember 1989, S. 73.

4 Der zunächst beabsichtigte Wahltermin für die Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 wurde schließlich auf den 18. März 1990 vorverlegt.

5 Zudem am Seitenrand mit einem handschriftlichen Rufzeichen versehen.

habe die SED-PDS die klarste Position in Bezug auf eine Eigenstaatlichkeit der DDR, die Partei werde von der künstlerischen und technischen Intelligenz sowie einem Teil der Arbeiterklasse⁶ unterstützt. Gorinowitsch gab zu verstehen, dass er vor allem die neu gegründete sozialdemokratische Partei der DDR⁷ als eine bedeutende polit. Kraft ansehe, die bei den Wahlen mit einem beachtlichen Stimmenanteil rechnen können. Durch die Wahlen werden sich jedenfalls die Vereinigungstendenzen verstärken. Gorinowitsch polemisierte auffälligerweise nicht gegen eine „Einmischung“ der polit. Parteien der BRD in den DDR-Wahlkampf und erwähnte mit keinem Wort „neonazistische“ Gefahren,⁸ die von der BRD aus unterstützt werden. Eine Prognose über die DDR-Zukunft abzugeben, sei derzeit schwer, meinte der Gesprächspartner.

3. Sowjet. Haltung zur Idee einer deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft
Laut Gorinowitsch war die SU-Einstellung zur Idee Modrows⁹ von Anfang an positiv. Ein Vertragsentwurf der DDR wurde Kanzleramtsminister Seiters bei dessen Aufenthalt in Berlin am 25. und 26. d.M. übergeben.¹⁰ Die BRD habe aber zu verstehen gegeben, dass sie es nun trotz der Unterstützung der Idee durch BK Kohl während seines Besuches in Dresden¹¹ im Dezember v. J. vorziehen würde, bis zu den Wahlen in der BRD einen derartigen Vertrag nicht abzuschließen. Die SU sehe das als ein Abgehen der BRD von der Dresdner Vereinbarung an. Diese Frage werde Thema der Gespräche Modrows in Bonn am 13. und 14.2.¹² sein, möglicherweise wird die BRD auch einen Gegenentwurf zum DDR-Projekt ausarbeiten.

6 Zudem am Seitenrand mit einem handschriftlichen Rufzeichen versehen.

7 Die Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP) wurde am 7. Oktober 1989 in Schwante bei Berlin gegründet. Am 13. Jänner 1990 wurde die Partei in SPD umbenannt und erhielt bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 21,76 % der Stimmen. SPD-Ost und ihre Schwesterpartei in der Bundesrepublik schlossen sich am 26./27. September 1990 auf dem Vereinigungsparteitag zusammen.

8 Ende 1989 mehrten sich die Diskussionen innerhalb der DDR zum Thema Rechtsradikalismus. Als Ende Dezember antisowjetische Parolen auf das sowjetische Ehren Denkmal in Berlin-Treptow geschmiert wurden, rief die SED-PDS gemeinsam mit der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft zu einer Demonstration am 3. Jänner 1990 auf, um ein Zeichen gegen den steigenden Rechtsradikalismus zu setzen.

9 Hans Modrow hatte in seiner Regierungserklärung vom 17. November 1989 eine „Vertragsgemeinschaft“ zwischen den beiden deutschen Staaten angedacht. Siehe dazu bereits Dok. 77, Anm. 4 und Dok. 78, Anm. 9.

10 Gespräch des Bundesministers Seiters mit Ministerpräsident Modrow Berlin (Ost), 25. Januar 1990 (= Dokument Nr. 145), in: Deutsche Einheit, S. 707–713; Entwurf der Regierung der DDR – Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland (= Dokument Nr. 145A), in: Deutsche Einheit, S. 713–716.

11 Kohl besuchte die DDR vom 19. bis 20. Dezember 1989. Siehe Dok. 101–102. Im Rahmen seiner Rede vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden am 19. Dezember 1989 hatte Kohl den Abschluss eines Vertrages über die Vertragsgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik und der DDR für Frühjahr 1990 in Aussicht gestellt.

12 Der Besuch Modrows in Bonn erfolgte am 13./14. Februar 1990. Siehe Dok. 123

Die Vertragsgemeinschaft kann nach SU-Ansicht zu einer Konföderation der beiden deutschen Staaten führen.

Auf den Einwand, dass die UdSSR nicht von allem Anfang an positiv auf die Modrow-Idee reagierte, räumte Gorinowitsch ein, dass tatsächlich ein derartiger Eindruck durch die Schreibweise der sowjet. Medien entstehen konnte. In Schewardnadses „Iswestija“-Artikel vom 18. d.M. (vgl. ho. FS 25034 vom 19.1.)¹³ sei jedenfalls eine positive Stellungnahme enthalten gewesen. Die Feststellung, dass dies in dem Artikel jedoch nicht klar zum Ausdruck kam, ließ Gorinowitsch unwidersprochen.

4. Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages

Die SU beschäftige sich derzeit nicht mit dieser Frage. Soweit der SU bekannt, gelte dies auch für die USA, GB und Frankreich. Nach der zutiefst persönlichen Meinung Gorinowitschs wäre aber eine Berührung dieser Frage nicht auszuschließen.

5. Polit. Kontakte SU-DDR

Nach dem Besuch von MP Modrow,¹⁴ über den getrennt berichtet wird,¹⁵ wird am 2.2. SED-PDS-Chef Gysi nach Moskau reisen und mit Gorbatschow zusammen-

13 Das Fernschreiben konnte bisher nicht ausfindig gemacht werden. Für die Iswestija vom 19. Februar siehe das Zusatzdokument Nr. 57-A, in: Die Einheit. Online unter: http://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Forschung/AA/AA_Dokumente/057-ZD%20A_1990-02-22_Haltung%20SU_MfAA.pdf (zuletzt abgerufen am 31. Juli 2017). Siehe auch Dok. 117, Anm. 7.

14 Modrow besuchte am 29./30. Januar Moskau zu Gesprächen mit Gorbatschow über die deutsch-deutsche Annäherung. Dabei machte Gorbatschow deutlich, dass die deutsche Vereinigung von niemandem in Zweifel gezogen werde. Niederschrift des Gesprächs von Hans Modrow mit Michail Gorbatschow, KPdSU-Generalsekretär und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, am 30. Januar 1990 (= Dokument 62), in: Countdown zur deutschen Einheit, S. 288–298; Gespräch Gorbačëvs mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, am 30. Januar 1990 [Auszug] (= Dokument 67), in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 292–304.

15 Nach den Besuchen Modrows und Gysis berichtete die Botschaft Moskau in direktem Verfolg dieses Dokuments mit folgender Wertung: „Gorbatschows grundsätzliche positive Einstellung zum Modrow-Konzept markiert einen Durchbruch in der SU-Position zur Frage der deutschen Vereinigung, der offensichtlich für die DDR selbst unerwartet kam. Nunmehr versucht die UdSSR ihre Haltung so darzustellen, als ob man sowjetischerseits seit jeher für die deutsche Einheit eingetreten sei. Da man aber von der Euphorie im Westen über die grundsätzlich positive aber im Prinzip sehr nuancierte Gorbatschow-Haltung zur deutschen Einheit überrascht wurde, baute man im Wege des Schewardnadse-Kommentars [siehe dazu Dok. 117, Anm. 7] zum Modrow-Konzept im Nachhinein die schon bekannten Kautelen (4-Mächte-Verantwortung, gesamteurop. Verantwortung etc.) ein, die sogar im Vorschlag des ‚alleuropäischen Referendums‘ kulminieren. In Anbetracht der derzeit komplizierten innenpolit. Situation in der UdSSR wird man wohl noch zuwarten müssen, bis man in Moskau Zeit gefunden hat, seine Positionen zur Deutschland-Frage klarer zu formulieren.“ Grubmayr und Sajdik an BMAA, Moskau, 5. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/20-II.3/90.

treffen.¹⁶ Der Besuch eines hochgestellten sowjet. Politikers in der DDR ist laut Gorinowitsch für die kommenden Wochen nicht geplant.

6. Wertung

Sowjetischerseits scheint man erkannt zu haben, dass die „Zeit davonzulaufen drohe“. Die Vereinigungstendenzen in der DDR werden Überhand nehmen und die SU wird dies nolens volens zur Kenntnis nehmen müssen. Dabei wird Moskau bemüht sein, so lange wie möglich die Eigenstaatlichkeit der DDR zu erhalten, sei es sogar im Wege einer EG-Mitgliedschaft, die offensichtlich als kleineres Übel angenommen wird (vgl. oz. ho. FS vom 29. d.M.).¹⁷ Die Sieben-Punkte-Forderungen Schewardnadses, die er in seiner Rede vom 18. v.M. in Brüssel¹⁸ aufgestellt hat, sind grundsätzlich der Eckstein der sowjet. Haltung zur Deutschen Frage, doch scheint sich das Bewusstsein zu verbreiten, dass die Eigenentwicklungen in der DDR ein unflexibles Festhalten an diesen Positionen ad absurdum führen würden. Die UdSSR wird daher die 4-Mächte-Verantwortung für Deutschland hervorkehren und hat im Augenblick offensichtlich auf offiz. Ebene kein Konzept, wie diese mit dem Willen der Deutschen selbst zu vereinbaren ist.

Bezeichnend für die sowjet. Haltung ist eine von TASS wiedergegebene Gorbatschow-Aussage gegenüber dem DDR-Fernsehen vor Beginn seines Gespräches mit Modrow: „time itself is having an impact on the process and lends dynamism to it. It is essential to act responsibly and not seek solution to this important issue in the streets.“

Sajdik

16 Siehe Niederschrift über ein Gespräch von Gregor Gysi, Vorsitzender der SED/PDS, mit Michael Gorbatschow, KPdSU-Generalsekretär und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, am 2. Februar 1990 in Moskau (= Dokument 19), in: „Im Kreml brennt noch Licht“, S. 134–159.

17 Sajdik berichtete: „Der Leiter der Hauptverwaltung für sozialistische Länder Europas des sowjet. Außenministeriums, Gorinowitsch, erklärte heute gegenüber dem Gefertigten, dass die SU nichts dagegen hätte, wenn die DDR als unabhängiger Staat der EG beitrete. [...] Voraussetzung hiebei ist, dass die DDR und die BRD unabhängige Staaten bleiben und die Achtung der Selbstständigkeit einer unabhängigen DDR gegeben ist. Nach sowjet. Ansicht ist eine gleichzeitige Mitgliedschaft der DDR in EG und RGW denkbar. Sowjet. Gesprächspartner bat eindringlich um vertrauliche Behandlung seiner Stellungnahme.“ Fernschreiben Nr. 25041 vom 29. Jänner, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 706.02/22–2.3/90.

18 Die Rede Schewardnadses vor dem Politischen Ausschuss des Europäischen Parlaments fand am 19. Dezember 1989 statt, und stellte die bis zu diesem Zeitpunkt umfassendste Darlegung der sowjetischen Position zur europäischen Einigung dar. Sie ist abgedruckt in: Europa-Archiv 45 (1990), D 127–D 136. Zur Einschätzung der Aussagen Schewardnadses siehe Vorlage des Ministerialdirigenten Hartmann an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 20. Dezember 1989 (= Dokument Nr. 131), in: Deutsche Einheit, S. 676–679; Vorlage des Leiters des Planungsstabs, Citron, für Bundesminister Genscher, 20. Dezember 1989 (= Dokument 34), in: Die Einheit, S. 186–190. Siehe auch die Einschätzungen des Schewardnadse-Vertrauten Stepanov-Mamaladze, Historische Tage in Brüssel (= Dokument 95), in: Der Kreml und die „Wende“ 1989, S. 603–610.

Dok. 115: Bericht. Modrows deutschlandpolitische Konzeption, 2.2.1990

Botschafter Erich Binder an BMAA, Berlin (Ost), 2. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1990, GZ. 22.17.01/18-II.3/90¹

DDR-Ministerpräsident; Vorschlag für Vereinigung beider deutscher Staaten (Info)

Im Zusammenhang mit dem gestern publizierten Vorschlag von Ministerpräsident Modrow² hat der Staatssekretär im hiesigen Außenministerium Krolkowski³ die Missionschefs der west- und nordeuropäischen Staaten heute zu sich gebeten. Eingangs sagte der Genannte, dass er die Aufmerksamkeit der Missionschefs auf die Vorschläge Herrn Modrows betreffend die schrittweise Vereinigung der beiden deutschen Staaten lenken möchte. Es handle sich hier um einen Prozess mit Impulsen von allen Seiten. Änderungen werden in beiden deutschen Staaten vor sich gehen bzw. sichtbar werden. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten seien ein bemerkenswerter Schritt in der Deutschlandpolitik, das Bekenntnis zur Einheit beider Staaten als Endziel sei von großer Bedeutung für das Verhältnis DDR-BRD. Die Vorschläge berücksichtigten die Realität und die Entwicklung nach Öffnung der Grenzen der DDR. 40 Jahre Zweistaatlichkeit hätten nichts an der Existenz der deutschen Nation geändert, der Wille zur Vereinigung wachse nicht nur auf der Straße, er sei auch von dort nicht mehr wegzubringen. Im Allgemeinen bestehe Verständnis in Ost und West.

Nach der Überwindung der Periode des Kalten Kriegs beginne eine neue Etappe, die gekennzeichnet sei durch die Besinnung auf die europäische Identität. Herrn Modrows Erklärung stelle eine Fortsetzung des Konzeptes einer Vertragsgemeinschaft dar, das von Bundeskanzler Kohl anlässlich seines Besuches in Dresden⁴ bekanntgegeben wurde. Die Erklärung des DDR-Ministerpräsidenten sei von einem Gefühl der Verantwortung sowohl für Deutschland als auch ganz

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25026 an das BMAA und war für das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II bestimmt. Dort wurde der Bericht in der Abteilung II.3 durch Legationssekretär Hans Peter Manz in Bearbeitung genommen (für die Auseinandersetzung mit Modrows Deutschlandplan durch Abteilungsleiter Gesandten Ernst Sucharipa siehe Dok. 116). Manz veranlasste die Weiterleitung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß „Liste KSZE“. Im BMAA lag der Bericht zudem Legationsrat Josef Litschauer und weiteren Mitarbeitern der Abteilung II.3 (gesehen am 8. Februar) sowie dem Leiter der Abteilung II.1 Gesandten Johann Plattner (gesehen am 7. Februar 1990) vor.

2 Für einen Auszug aus dem Konzept Modrows siehe Hans Modrow: Für Deutschland, einig Vaterland. Konzeption für den Weg zu einem einheitlichen Deutschland, 1. Februar 1990 (= Dokument 39), in: Die Außenpolitik der DDR, S. 454. Siehe auch den Auszug aus der Erklärung des Ministerpräsidenten Hans Modrow vor der Volkskammer, 5. Februar 1990 (= Dokument 40), in: Die Außenpolitik der DDR, S. 455–456. Siehe zudem „Hans Modrow unterbreitete Konzept „Für Deutschland, einig Vaterland“, in: Neues Deutschland, 2. Februar 1990, S. 1

3 Herbert Krolkowski, Staatssekretär und Erster Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten (1975–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Kohl besuchte die DDR vom 19. bis 20. Dezember 1989. Siehe Dok. 101–102.

Europa getragen. Die DDR habe zur Kenntnis genommen, dass die Ängste vor der Gefahr unkontrollierbarer Entwicklungen zugenommen haben. Es scheine daher geboten, einen fest geregelten Rahmen vorzuschlagen, um den Prozess in Richtung Einheit zu regeln. Herr Modrow ging davon aus, dass dieser Rahmen weitere Möglichkeiten zur aus [...].⁵ Er solle zur Stabilität führen und den Raum öffnen für weitere Schritte. Herr Modrow unterstrich weiter die Notwendigkeit, verantwortungsbewusst weiter vorzugehen und die nationalen und internationalen Verträge zu beachten. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen müsse im Verlauf des gesamten Prozesses gesichert sein. Ein einfacher Anschluss der DDR an die Bundesrepublik käme nicht in Frage, sondern es solle eine Vertragsgemeinschaft beider deutscher Staaten sein, ob es sich nun um einen Bundesstaat oder eine Föderation handelt. Auf jeden Fall sei die deutsche Einheit mit einem gesamteuropäischen Prozess gekoppelt, eingebettet in eine europäische Friedensordnung. Auf keinen Fall dürfe die deutsche Einheit ein Hemmnis für den europäischen Einigungsprozess darstellen, sondern solle vielmehr einen Stimulator bilden.

Der Vorschlag Herrn Modrows solle sowohl die Interessen der vier Siegermächte als auch der Nachbarstaaten wahren. Es sollten Garantien dafür geschaffen werden, dass für die Nachbarstaaten keine Gefahren welcher Art auch immer entstehen. Ein wesentliches Element sei ein Friedensvertrag und die Sicherheit der Grenzen. Der Vereinigungsprozess müsse die Interessen anderer Länder bzw. anderer Gruppen berücksichtigen. Die Beseitigung der Blöcke könnte einen starken Impuls für eine erhöhte Sicherheit in Europa auslösen. Der Vorschlag des Ministerpräsidenten gebe Antwort auf die Frage, wie sich die DDR in dieser besonderen Lage die Lösung des Problems vorstelle. Herr Krolkowski sagte abschließend, dass Herr Modrow sich in Davos sowohl mit Bundeskanzler Kohl als auch mit dem Herrn Bundeskanzler treffen und bei dieser Gelegenheit zweifellos auch Vorstehendes besprechen werde.⁶

Herr Krolkowski ging von sich aus nicht auf das Problem der Neutralität bzw. Neutralisierung Deutschlands ein. Erst auf eine diesbezügliche Frage sagte er, es sei selbstverständlich, dass das Zusammenwachsen beider deutscher Staaten Hand in Hand mit einer Verminderung der Spannung gehe. Im weiteren Verlauf könne es auch zu einer Neutralisierung kommen.⁷

Binder

5 Text im Original aufgrund eines Übermittlungsfehlers unleserlich (Zahlen- und Zeichenabfolge).

6 Am 3. Februar trafen Ministerpräsident Modrow und Bundeskanzler Kohl auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos zu einem vertraulichen Vier-Augen-Gespräch zusammen. Neben Erörterungen der wirtschaftlichen Lage und Perspektive, diskutierten Modrow und Kohl zum ersten Mal eine deutsch-deutsche Währungsunion, zu der Modrow festhielt, „die DM als Alleinwährung sei eine Lösung“. Zum Inhalt der Unterredung, vgl. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Modrow, Davos, 3. Februar 1990 (= Dokument 158), in: Deutsche Einheit, S. 753–756. Über Gespräche mit Vranitzky ist bisher nichts bekannt geworden.

7 Unterstreichung sowie handschriftliche Markierung des Absatzes erfolgten im BMAA.

Dok. 116: Information. Österreichs Einschätzung zur DDR-Deutschlandpolitik, 4.2.1990

Information, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 4. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/15-II.3/90¹

DDR/BRD; deutschlandpolitische Konzeption Hans Modrows

Information

Der DDR-Ministerpräsident Hans Modrow hat am 1. Februar nach Rückkehr von seinem Moskaubesuch, eine grundlegende „**Konzeption**“ zur **Deutschlandpolitik der derzeitigen DDR-Regierung** veröffentlicht.²

Durch den von den Medien und in der öffentlichen Diskussion verständlicher Weise in den Mittelpunkt gerückten „Neutralitätsaspekt“ sind eine Reihe anderer, höchst interessanter Punkte dieser Konzeption nicht mit der gebührenden Aufmerksamkeit verfolgt worden. Hans Modrow geht in verschiedenen Fragen über den bekannten 10-Punkte-Plan des BRDBundeskanzlers Kohl³ hinaus; sein Vorschlag enthält weitgehend konkrete Vorstellungen. Diese Konzeption entspricht somit der seit Vorlage des 10-Punkte-Plans, insbesondere auch innerhalb der DDR selbst, rasant weitergeführten Diskussion zur Deutschlandfrage.

Wesentliche Aspekte der Konzeption Hans Modrows:

– der Vorschlag wurde mit offensichtlicher Rückendeckung Gorbatschows unterbreitet, der damit zwar der allgemeinen Richtlinie in seiner Politik (nämlich sich dynamischen Veränderungen nicht zu widersetzen) treugeblieben ist, aber zugleich bisherige sowjetische Stellungnahmen zu diesem Thema weit überschritten hat;

– der Vorschlag enthält einen Stufenplan in Form einer Sequenz aufeinanderfolgender Schritte (Vertragsgemeinschaft – Konföderation mit gemeinsamen Organen – Übertragung von Souveränitätsrechten beider Staaten an Konföderationsorgane – Bildung eines einheitlichen deutschen Staates [Föderation oder Bund]⁴ mit Sitz der Zentralorgane in Berlin);

– bisherige Rahmenbedingungen in der Deutschlandfrage (Eigenständigkeit der DDR und WP-Zugehörigkeit) sind damit preisgegeben;

1 Die Information erging an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Leiter der Sektionen II, III, IV, die Abteilungen II.1-II.10 und an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“. Sämtliche Unterstreichungen und Hervorhebungen durch Sucharipa.

2 Siehe Dok. 115, Anm. 2.

3 Siehe Dok. 80.

4 Beifügung in eckiger Klammer im Original.

- Übergang der DDR zur alten Länderstruktur (Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg), womit eine ganz wesentliche Annäherung an das bundesstaatliche System der BRD erreicht wird;
- als Kernfrage wird die „Wahrung der Interessen und Rechte der vier Mächte sowie der Interessen aller Völker Europas an Frieden, Souveränität und sicheren Grenzen angesprochen;
- die „militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation“ findet sich als (vielleicht absichtlich) etwas undeutlicher Halbsatz am Ende der Aufzählung von (aus DDR-Sicht) notwendigen Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Entwicklung.

Es ist offensichtlich, dass dieser „Nebensatz“ das Kernproblem künftiger Verhandlungen darstellt. Die Ausführungen Modrows bei den Davoser Gesprächen am 4. 2.⁵ (d. h. nach den inzwischen vorliegenden westlichen Reaktionen) lassen jedoch eine gewisse Flexibilität erkennen. AM Genschers Andeutungen über eine mögliche Herauslösung der BRD aus dem NATO-Kommando bei Beibehaltung der Bündniszugehörigkeit⁶ sowie der Hinweis Modrows auf die Zuständigkeit der vier Mächte zur Regelung der Frage der Zugehörigkeit zu Militärbündnissen, einschließlich der Anwesenheit ausländischer Truppen auf deutschem Boden, stecken bereits einen Verhandlungsrahmen ab, der (zumindest für eine Übergangszeit) ein differenziertes sicherheitspolitisches Regime für die beiden Teile eines ansonsten vereinigten Deutschlands bringen könnte.

Sucharipa m. p.

- 5 Auf einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen des 20. Davoser Weltwirtschaftsforums am 4. Februar 1990 relativierte Modrow – wie bereits zuvor in einem Interview mit einem schweizerischen Radiosender – seine Forderung nach einem neutralen Deutschland, die er als Dialogvorschlag und keinesfalls als Bedingung verstanden wissen wollte. Vgl. Modrow: Vorschläge sind ein Angebot zum Dialog. Neutralitätsvorstellungen nicht als Bedingung gemeint, in: Neues Deutschland, 5. Februar 1990, S. 5.
- 6 Damit dürfte Sucharipa die Rede Genschers am 31. Jänner 1990 in Tutzing gemeint haben, in der dieser ausgeführt hatte: „Ein ‚neutralistisches Gesamtdeutschland‘ wollen wir nicht. [...] Sache der NATO ist es, eindeutig zu erklären: Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, daß heißt näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. [...] Vorstellungen, daß der Teil Deutschlands, der heute die DDR bildet, in die militärischen Strukturen der NATO einbezogen werden solle, würden die deutsch-deutsche Annäherung blockieren.“ Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, zum Thema „Zur Deutschen Einheit im europäischen Rahmen“ bei der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing am 31. Januar 1990 in Tutzing. Zitiert nach: Deutschlands Vereinigung, S. 190–191. Erstveröffentlicht im vollen Wortlaut: Der Bundesminister des Auswärtigen informiert. Mitteilung für die Presse Nr. 1026, 31.1.1990.

Dok. 117: Vorsprache des sowjetischen Botschafters Schikin bei Mock, 5.2.1990

Aktenvermerk, Erich Maximilian Schmid, Wien, 6. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/17-II. SL/90¹

Vorsprache des sowjetischen Botschafters² beim HBM am 5. Feber 1990

Bei einer Vorsprache des sowjetischen Botschafters am 5. Feber 1990 wurden folgende Themen behandelt:

I) Sommertagung der Parlamentarischen Versammlung des ER in Innsbruck:

Der HBM ersuchte Botschafter Schikin vorzufühlen, ob AM Schewardnadse eine Einladung annehmen würde. Auch AM Baker soll eingeladen werden. (Der genaue Termin 29. Juni–2. Juli wurde Botschafter Schikin nachträglich bekanntgegeben.)

II) KSZE-Gipfeltreffen:

Botschafter Schikin wollte wissen, ob Zeitungsmeldungen, wonach Wien auf die Abhaltung des Gipfeltreffens zugunsten von Paris verzichtet, wenn dafür die Ost-West-Investitionsbank³ in Wien errichtet würde, richtig sind. Der HBM bezeichnete dies als reine Spekulation und führte zur Frage des Gipfeltreffens aus, daß die Tendenz eindeutig in Richtung einer Abhaltung im Herbst d. J. gehe.⁴ Dabei soll nicht nur das Abkommen über Abrüstung und eventuell vertrauensbildende Maßnahmen unterschrieben und über die Fortsetzung der Verhandlungen beraten, sondern die gesamte europäische Entwicklung diskutiert und die Frage einer Institutionalisierung des KSZE-Prozesses behandelt werden. Österreich unterstütze diese Tendenzen, könne jedoch die TO nicht allein bestimmen. Zur Frage eines vorbereitenden AM-Treffens bemerkte der HBM, daß diese Idee, die vorübergehend in den Hintergrund geraten war, jetzt wiederum aufgetaucht sei. Botschafter Schikin unterstrich, daß auch eine Expertengruppe das Gipfeltreffen vorbereiten solle⁵ und erwähnte als mögliches Datum für das AM-Treffen den Mai 1990.⁶ Auf seine Frage, ob auch das Deutschland-Problem besprochen werden

1 Der Aktenvermerk erging auf Veranlassung von Schmid am 6. Februar an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Leiter der Abteilungen II.3, II.6, II.7, sowie zu Händen des jeweiligen Missionschefs an die österreichischen Botschaften in Moskau, Washington, Bonn, Paris, Rom und Berlin.

2 Gennadi Schikin, Botschafter der Sowjetunion in Österreich (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Gemeint ist die 1991 gegründete in London ansässige Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (engl. European Bank for Reconstruction and Development, EBRD), deren Hauptziel die Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Staaten bei ihren Transformationsbemühungen hin zu marktwirtschaftlichen Strukturen war.

4 Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten fand schließlich vom 19. bis 21. November 1990 in Paris statt.

5 Damit war vermutlich der vom 10. Juli bis 16. November in Wien tagende Ausschuss zur Vorbereitung des KSZE-Gipfeltreffens gemeint.

6 Das KSZE-Außenministertreffen fand erst am 1./2. Oktober 1990 in New York statt.

solle, erwiderte der HBM, daß die Erörterung der politischen Zukunft Europas unter Ausklammerung dieser Frage undenkbar sei. Dieser TO-Punkt müsse aber allgemein gehalten werden. Deutschland dürfe nicht „patronisiert“ werden, um nicht Gegenreaktionen hervorzurufen. Die Funktion der KSZE in der Deutschlandfrage sei eine „begleitende und beratende“.

III. Deutsche (Wieder)Vereinigung

Botschafter Schikin überreichte das inliegende Transkript eines Interviews mit AM Schewardnadse zu den Vorstellungen des Vorsitzenden der DDR-Regierung über die deutsche Vereinigung.⁷ Er hob daraus hervor:

7 Folgende Arbeitsübersetzung liegt dem Dokument bei:

Eduard Schewardnadse zur Konzeption eines geeinten Deutschlands

Die Idee der gegenseitigen Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Herstellung neuer Beziehungen, der Zusammenarbeit und der Partnerschaft zwischen ihnen hat bei der sowjetischen Führung gebührende Aufmerksamkeit hervorgerufen. Das erklärte der sowjetische Aussenminister Eduard Schewardnadse. Auf Bitte der diplomatischen Korrespondenten von TASS, der Presseagentur Novosti, „Prawda“ und der „Iswestija“ kommentierte der Minister die vom DDR-Regierungschef Hans Modrow während seines jüngsten Moskau-Besuchs dargelegte Konzeption zur Erörterung von Wegen zu einem geeinten Deutschland.

Die Konzeption der DDR-Regierung geht von realistischen Momenten aus, stellte der Minister fest. Vielen Elementen könnten wir zustimmen, manche bedürfen aber einer weiteren Durcharbeitung. „Ich möchte von vornherein betonen, dass es bei uns weder in der Vergangenheit noch jetzt ein Problem mit dem Selbstbestimmungsprinzip der beiden deutschen Staaten gegeben hat bzw. gibt. Das ist ein natürliches Recht der Völker, das Recht auf die freie Wahl und auf einen selbständigen Entwicklungsweg“, erklärte der Minister. „Dabei dürfen wir allerdings das erste Gebot der UN-Charta nicht vergessen – ‚Die kommenden Generationen von der Not des Krieges zu befreien, die der Menschheit bereits zweimal in unserem Leben unbeschreibliches Leid gebracht haben‘, und wir müssen uns davon in unserer praktischen Tätigkeit leiten lassen“.

„Alle Völker, besonders die der Sowjetunion, müssen das Recht auf eine Garantie haben, dass vom deutschen Boden keine Kriegsgefahr mehr ausgehen wird“, erklärte Schewardnadse. Besorgnis in der Welt „rufen nicht die Idee der deutschen Einheit selbst, sondern die Wiederbelebung der unheilvollen Schatten der Vergangenheit und die Vorstellung von einem möglichen Wachsen des Militarismus hervor, die damit gedanklich verbunden werden.“

Der sowjetische Aussenminister verwies auf die Probleme, die mit der deutschen Einheit zusammenhängen, welche die Menschen weiterhin beunruhigen und erläutert werden müssen. Wie er feststellte, ist unter den europäischen Staaten „die Meinung verbreitet, dass die Schritte zur Annäherung der beiden deutschen Staaten mit dem gesamteuropäischen Prozess synchronisiert sowie etappenweise und hauptsächlich in diesem Kontext unternommen werden müssen“. Vielleicht sollte man sich bei den gesamteuropäischen Verhandlungen in Wien auch mit dem „deutschen“ Aspekt der vertrauensbildenden Massnahmen befassen. Nach Ansicht des Ministers zeigt die gegenwärtige Entwicklung um die beiden deutschen Staaten noch nachdrücklicher die Notwendigkeit, ein Treffen der höchsten Repräsentanten der KSZE-Staaten noch in diesem Jahr abzuhalten.

Man müsste die öffentliche Meinung zu einer deutschen Einheit ermitteln, meinte Eduard Schewardnadse, und zwar „auf einem denkbar demokratischen und offenen Wege, beispielsweise auf dem Wege eines gesamteuropäischen Referendums mit Beteiligung der USA und Kanadas oder wenigstens durch umfassende Diskussionen auf parlamentarischer Ebene. Es ist wichtig, dass nicht nur Politiker, sondern auch die Völker über das Schicksal und die Zukunft

- 1) Die Konzeption der DDR-Regierung sei realistisch.
- 2) Die Sowjetunion habe kein Problem mit dem Selbstbestimmungsrecht der beiden deutschen Staaten.
- 3) Dabei dürfe aber der erste Satz aus der Präambel der UN-Charter („zukünftige Generationen von der Geißel des Krieges zu befreien“) nicht außer acht gelassen werden.
- 4) Es müsse daher Garantien geben, daß von deutschem Boden keine Kriegsgefahr mehr ausgehen werde.
- 5) Die Schritte zur Einigung der beiden Deutschlands müßten mit dem gesamteuropäischen Prozeß synchronisiert werden.
- 6) Daraus ergebe sich die Notwendigkeit für eine KSZE-Gipfelkonferenz.
- 7) Die öffentliche Meinung in den KSZE-Teilnehmerstaaten sollte durch ein Referendum oder zumindest durch parlamentarische Behandlung mitentscheiden.
- 8) Ohne Verpflichtung der Deutschen, die derzeitigen Grenzen anzuerkennen, würde eine Vereinigung auf Widerstand stoßen.
- 9) Die beiden deutschen Staaten sollten ihre militärische Neutralität verkünden und abrüsten.
- 10) Mit den vier alliierten Mächten müßte verhandelt werden (Abkommen aus 1971).⁸
- 11) Erforderlich sind zuverlässige Garantien, daß die deutsche Einigung keine Gefahr für den Frieden in Europa heraufbeschwört.

Europas entscheiden. Immerhin würden sie, wie das in der Geschichte schon mehr als einmal der Fall war, für Fehler der Politiker zahlen müssen“.

„Ohne Verpflichtung der Deutschen, die jetzigen Grenzen in Europa, die als Ergebnis des 2. Weltkrieges entstanden, bedingungslos anzuerkennen und strikt zu respektieren, sowie gegenüber niemandem territoriale Ansprüche zu erheben, kann man wohl schwerlich damit rechnen, dass die Idee der deutschen Einheit keinen Widerstand seitens vieler Länder hervorruft“, sagte Schewardnadse. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, laut dem die Grenzen des Reiches von 1937 als Legitim gelten, immer noch nicht revidiert worden ist.

Nach Ansicht des Ministers wird mit gutem Grund auf die „Notwendigkeit hingewiesen, dass die beiden deutschen Staaten ihre militärische Neutralität verkünden sowie praktische Massnahmen zur Senkung des Rüstungsniveaus und zur Entmilitarisierung beider Staaten einleiten“.

Es sei ausserdem notwendig, „mit den vier Mächten den Umfang ihrer Rechte und ihrer Verantwortung zu vereinbaren“, sagte Eduard Schewardnadse. Das vierseitige Abkommen von 1971 über Berlin „büßt seine Gültigkeit während des Entstehens der deutschen Einheit nicht ein und bedeutet keinesfalls einen Ausschluss der Stadt aus dem System des aktiven internationalen und deutsch-deutschen Austausches“.

„Erforderlich sind zuverlässige politische, juristische und materielle Garantien dafür, dass die deutsche Einheit in der Perspektive keine Gefahr für die Sicherheit der anderen Staaten und für den Frieden in Europa heraufbeschwört“, sagte Schewardnadse. „Wir setzen uns für eine eventuelle Schaffung eines einheitlichen friedliebenden demokratischen Deutschlands ein.“

8 Siehe Dok. 1, Anm. 15.

- 12) Schewardnadse habe sich also für ein einheitliches, friedliebendes Deutschland ausgesprochen, das aber das europäische Gleichgewicht nicht stören und keine Gefahr für seine Nachbarn darstellen dürfe.

Der Herr Bundesminister erwiderte:

- 1) Österreich sehe für sich keine besondere Beziehung zu diesem Problem, welche über dessen Bedeutung für alle europäischen Staaten hinausgehen würde.
- 2) Der Eindruck der Bevormundung der Deutschen müsse vermieden werden, daher sei auch die Idee eines internationalen Referendums nicht zielführend.
- 3) Es stehe außer Frage, daß die Entwicklung unter voller Respektierung der bestehenden Verträge und der Schlußakte von Helsinki vor sich gehen müsse. Der KSZE-Prozeß biete Ansatzpunkte für eine neue Sicherheitspartnerschaft in Europa. Die Bereitschaft der BRD-Politiker, diesen europäischen Rahmen zu beachten, sollte genützt werden.

Schikin kam dann auf kritische Bemerkungen des HBM zur Frage der Neutralisierung Deutschlands⁹ zu sprechen und wies darauf hin, daß die Sowjetunion den Eintritt der DDR in die NATO nicht hinnehmen könnte. Der HBM stimmte zu, daß keine Verschiebung des Gewichtes der militärischen Allianzen erfolgen sollte. Andererseits wäre eine Entlassung Deutschlands aus seinen Bindungen durch Neutralisierung gefährlich. Botschafter Schikin wies neuerlich auf die Verantwortung der vier Alliierten hin und meinte, daß im Falle einer Vereinigung auch ein Friedensvertrag geschlossen werden müsse.

Der HBM bekannte sich abschließend zu einer Überwindung der Grundhaltung nach dem II. Weltkrieg (Überführung aus einem System der Patronanz über Deutschland in einen Status der Normalität) und setzte sich dafür ein, daß dieser Prozeß konfliktfrei erfolgen solle.

Wien, am 6. Februar 1990

E. M. Schmid m. p.

9 Alois Mock hatte die von Modrow vorgeschlagene Neutralisierung bzw. Neutralität eines ge-einten Deutschlands in einem Fernsehinterview als „irreal“ und „nicht verwirklichtbar“ bezeichnet. Dies sorgte auch für innerösterreichische Kontroversen. SPÖ-Klubobmann Heinz Fischer forderte eine „sorgfältige Prüfung des Plans“, im Kabinett von Bundeskanzler Franz Vranitzky soll man über die frühe Festlegung Mocks „geline gesagt erstaunt“ gewesen sein. Vgl. Peter Pelinka, Modrow-Plan erregt auch Wien. Harte Kritik an Stellungnahme von Außenminister Alois Mock, in: Neue AZ – Wiener Tagblatt, 3. Februar 1990. Weiterführend dazu: Gehler, Eine Außenpolitik der Anpassung an veränderte Verhältnisse, S. 512–515.

Dok. 118: Bericht. Vertragsgemeinschaft BRD-DDR, 6.2.1990

Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 6. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/21-II.1/90¹

BRD; deutsche Frage, Vertragsgemeinschaft usw. (Info)

Vertraulich

Idee „Vertragsgemeinschaft“ löst sich lt. BKA-Vertreter zunehmend auf. Ursprüngliche Überlegung war Rahmenvertrag,² dessen Präambel deutschlandpolitische Zielsetzung verdeutlichen und der gemeinsame Kommissionen für verschiedenste Bereiche (Wirtschafts- und Währungsunion, Verkehr, Umwelt, Angleichung der Rechts- und Sozialsysteme usw.) festlegen würde.

DDR-Vertragsentwürfe³ zielten jedoch auf Festschreibung einer Konföderation (d. h. DDR-Eigenstaatlichkeit, nicht aber deutsche Einheit) sowie Gestaltung eines organischen Annäherungsprozesses durch vertragliche Institutionen. BRD hingegen wollte Vertragsinstrument zur Erzielung deutscher Einheit über konföderativen Strukturen nutzen (im Gegensatz dazu hatte ein Entwurf des innerdeutschen Ministeriums auf Konföderation mit gemeinsamen Organen vorgesehen [sic!] und war deshalb im federführenden BKA „untergegangen“). Angesichts unvereinbarer Zielsetzungen war stattdessen für Modrow-Besuch⁴ zunächst an Einrichtung gemeinsamer Kommission ohne Vertrag gedacht worden. Heute will BKA überhaupt nur mehr gemeinsame Erklärung oder Presseerklärung mit allgemeinen Feststellungen hinsichtlich deutscher Einheit und einiger Konkretisierung von Wirtschafts- und Währungsunion (jedoch nicht als „Plan“ – wegen der Verbündeten).

Vertragsgemeinschaft also nicht mehr aktuell und wird von BRD über DDR-Wahlen⁵ hinausgeschoben, da tatsächliche Entwicklung in Richtung „Vereinigung in den Grenzen von 1989“ (d. h. DDR und BRD) ginge. Danach könnte mit

1 Der Bericht wurde in Entsprechung des Erlasses Zl. 22.17.01/6-II/90 vom 19. Jänner 1990 (in dem der Leiter der Abteilung II.3 Gesandter Ernst Sucharipa die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin ersucht hatte „zu den Vorstellungen des Empfangsstaates über die Ausgestaltung der ‚Vertragsgemeinschaft‘ zwischen den beiden deutschen Staaten zu berichten“) erstattet und erging als Fernschreiben Nr. 25027 an das BMAA. Er war für das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II bestimmt. Dort wurde der Bericht von Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen. Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner veranlasste am 7. Februar die Depeschenweiterleitung an die österreichische Botschaft Berlin. Legationsrat Marius Calligaris zeichnete den Bericht ebenfalls am 7. Februar ab und verteilte eine Kopie an die Abteilung II.3.

2 Zu Kohls Zehn-Punkte-Plan und Kohls Besuch in Dresden siehe Dok. 80 und 101–102.

3 Siehe dazu Dok. 115–116.

4 Der Besuch Modrows in Bonn erfolgte am 13./14. Februar 1990. Siehe Dok. 123

5 Der zunächst beabsichtigte Wahltermin für die Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 wurde schließlich auf 18. März 1990 vorverlegt.

einer hoffentlich zusammenarbeitwilligen DDR-Regierung gemeinsamer Lenkungsausschuss lt. 10 Punkte-Programm⁶ gebildet werden, mit Unterausschüssen für die verschiedenen Fachbereiche. Auch Parlamente sollten gemeinsame Gremien bilden. Weiteres Ziel wären dann gesamtdeutsche Wahlen und gesamtdeutsche Verfassung.

Vorstellungen würden jedoch durch tatsächliche Entwicklung immer wieder überholt: im Jänner 1990 kamen 74.000 DDR-Übersiedler (zum Vergleich – 1961 bis 1988: 600.000, 1989: 340.000!). Der DDR drohe Zusammenbruch, während sich in BRD Stimmung gegen Übersiedler wende (Arbeitsplatz- und Wohnraumkonkurrenz).

Einige Berater im BKA drängen deshalb auf Zeitplan für deutsche Einheit, der DDR-Bewohner durch Eröffnung konkreter Perspektive zum Bleiben in ihrer Heimat veranlassen soll: denn für DDR-Bevölkerung bedeute schneller Wohlstand schnelle Wiedervereinigung, und Modrows „Destabilisierungspolitik“ durch Verzögerungstaktik mit halbherzigen Reformen anstelle klarer Signale für Marktwirtschaft usw. habe diese Einstellung verstärkt. Da aber notwendige Wirtschaftsreform, Wirtschafts- und Währungsunion usw. Wohlstand nicht rasch genug bringen könnten (neue Regierung würde sich erst bilden und einarbeiten müssen, „alte Kader“ würden Widerstand leisten), müsse DDR-Bevölkerung unterdessen durch Aussicht auf Vereinigung hingehalten werden.

Nach diesen Vorstellungen sollte BK⁷ deshalb demnächst Zeitpunkt für gesamtdeutsche Wahlen (etwa zwischen 1991 und 1994) vorlegen.⁸ Andernfalls bestünde sogar Gefahr, dass „andere“ (KSZE-Gipfel!) eigene Vorstellungen entwickelten und Bonn dabei „an den Katzentisch“ verbannt würde. BK zögere jedoch aus Rücksicht auf westliche Verbündete (und Kohl hatte stets betont, seine 10 Punkte seien kein Zeitplan) und Gesprächspartner glaubt daher selbst nicht an Präzisierung der 10 Punkte bei oder nach Modrows Bonn-Besuch.⁹

DDR-Wahlen bestimmten aber auch Kohls politisches Schicksal: „Perspektive“ (Zeitplan) könnte DDR-Opposition ein an- und erfolgsversprechendes Wahlthema geben, das sie von SED (PDS) und SPD abhebe. Und selbst wenn SED darauf „aufspringen“ würde, wäre damit Einheit theoretisch besiegelt. Sollte nach 18. März eine DDR-Regierung zustande kommen, die für Einheit eintritt, ergänzen sich damit „Perspektive“ für DDR-Bürger, verbesserte Bundestags-Wahlchancen des BK (Stopp der Übersiedlungswelle und Bonus als „Einer Deutschlands“), andernfalls würden ihm fortlaufende Übersiedlerzahl (siehe Kritik des SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine)¹⁰ und Verspielen der deutschen Einheit vorgeworfen werden.

6 Siehe Dok. 80.

7 Bundeskanzler Helmut Kohl.

8 Die gesamtdeutschen Bundestagswahlen fanden bereits am 2. Dezember 1990 statt.

9 Siehe Anm. 4.

10 Oskar Lafontaine trat dafür ein, dass DDR-Übersiedler zunächst vor ihrem Umzug in die Bundesrepublik sowohl eine Wohnung als auch einen Arbeitsplatz vorzuweisen hätten.

Aus diesen Überlegungen ist Modrows Besuch in Bonn, der Ministerpräsidenten tendenziell aufwertet, eigentlich unwillkommen, wird aber aus Rücksicht auf die ihn begleitende Opposition (8 bis 9 Minister ohne Portefeuille) nicht abgesagt. Protokoll wird allerdings niedrigstmögliche Stufe haben.

Am wichtigsten ist lt. Gesprächspartner rasche Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion nach DDR-Wahl, was jedoch vermutlich nicht so rasch gehen würde: erst müsse sich neue DDR-Regierung formieren, das Regieren lernen usw. Voraussetzung einer Währungsreform durch Einführung der West-Mark wären nach hiesigen Fachministerien darüber hinaus durchgreifende marktwirtschaftliche Reformen! – somit eine kurz- und mittelfristig fast ausweglose Situation. Zudem verfüge konsolidierte und gestärkte SED über gute Wahlposition: sie habe nach eigenen Angaben noch 800.000 Mitglieder und darüber hinaus Sympathisanten, die „um ihr Leben wählen“ würden, was bei 9 Mio. Wahlberechtigten mindestens 10 Proz. der Stimmen ausmache. SED spiele zudem geschickt mit Angst der Rentner, die etwa weitere 15 Proz. der Wähler ausmachten („Kapitalismus = soziale Einbußen“ bei Mieten, Renten, Sparguthaben usw.) und werde bis Wahltermin auch noch auf soziale Marktwirtschaft und Konföderation einschwenken – um sich dadurch koalitionsfähig zu machen.

Pessimistischer Gesprächspartner rechnet daher mit 15 bis 20 Proz. für SED und etwa 30 Proz. für SPD. Rest würde sich auf übrige, zersplitterte und schlecht organisierte, Parteien verteilen (Quorum von 1000 Unterschriften für Wahllisten lt. Wahlrechtsgeszentwurf sei zudem zu hoch).

Alle Parteien in der DDR (noch mit Ausnahme der SED) treten für deutsche Einheit über Konföderation, meist auch Neutralität und Entmilitarisierung ein. Modrow habe diese Vorstellung in mit Moskau abgesprochenem Vorschlag¹¹ zusammengefasst und dabei, zum Teil wörtlich, auf DDR/sowjetische Gedanken aus 1956/57 zurückgegriffen.¹² Von Neutralität sei er angesichts geschlossener Ablehnung in BRD etwas abgerückt,¹³ u. a. um nicht in DDR als bewusster Verhinderer deutscher Einheit zu erscheinen: dennoch räumt Gesprächspartner ein, dass in DDR-Bevölkerung nach WP-Erfahrungen wenig Begeisterung für „NATO-Eintritt“ vorhanden sein dürfte. Nach Ansicht der Botschaft könnte Neutralisierungsgedanke auch in BRD zu stärkeren Auseinandersetzungen führen, wenn andernfalls Vereinigung daran scheitern sollte. Betonung der NATO-Mitgliedschaft zwar im eigenen BRD-Interesse (auch Gesamtdeutschland würde nicht gerne zwischen SU und Rest-NATO geraten), soll aber vor allem westlichen Verbündeten und kleineren osteuropäischen Staaten Furcht vor Deutschland nehmen.

11 Siehe dazu Dok. 115–116.

12 Siehe dazu bereits Dok. 84, Anm. 9.

13 Siehe Dok. 116, Anm. 5.

Gesprächspartner nannten verschiedene denkbare Optionen, die alle schon früher (z. B. Herter-Entmilitarisierungsplan 1958¹⁴ usw.) aufgebracht worden waren – alles sei in Deutschlandpolitik schon einmal gedacht worden:

1. Austritt Deutschlands aus militärischer, aber Verbleib in politischer NATO-Organisation
2. Verbleib in militärischer NATO-Organisation, jedoch Beschränkung des NATO-Gebiets auf BRD-Teil, als denkbare Untervarianten u. a.
 - SU Truppen bleiben noch einige Zeit auf DDR-Gebiet
 - sofortiger SU-Abzug, und nochmalige Reduzierung der US-Truppen
 - SU Inspektionsrechte auf DDR-Gebiet
 - entmilitarisierter Status für DDR-Gebiet.

Wertung: In der Deutschlandfrage wird um hohen Einsatz gespielt. Es geht außenpolitisch um das nationale Ziel der BRD, nämlich Vereinigung, und innenpolitisch um Regierungserhalt für BK Kohl sowie (für den Fall der Vereinigung) der Verhinderung einer strukturellen SPD-Mehrheit in Gesamtdeutschland (siehe die große Erfolgserwartung der SPD/DDR). BK wird sich deshalb spät, aber massiv in DDR-Wahlkampf werfen, um Einsatz-Vorsprung der SPD (BRD) wettzumachen. Im Minenfeld innen- und außenpolitischer Aspekte der Deutschlandpolitik muss er drängende Initiative mit bedächtigem Augenmaß vereinen: kein Wunder, dass unter seinen Beratern innenpolitisch motivierte Befürworter einer stärker treibenden Linie (darunter der Gesprächspartner) den Anhängern einer aus außenpolitischen Rücksichtnahmen vorsichtigeren Politik gegenüberstehen. Erschwert wird Politikgestaltung für Bundesregierung wie BRD-Opposition durch ständig wechselnde, unübersehbare Entwicklung in DDR.

Alle BRD-Parteien sind massiv in DDR-Wahlkampf engagiert oder werden dies noch tun, weil den Oppositionsparteien häufig organisatorische und politische Erfahrung fehlt und allen gemeinsam der Wunsch nach Auflösung der SED ist. V.a. aber will jede Partei die künftige Parteienstruktur Gesamtdeutschlands in für sich günstiger Weise prägen.

Loibl

14 Tatsächlich hatte der US-Außenminister Christian Herter einen Friedensplan der Westmächte (Herter-Plan) am 11. Mai 1959 beim Treffen der Außenminister der Vier Mächte in Genf vorgelegt. Er sah einen Vier-Stufen-Plan zur deutschen Einigung vor: Wiedervereinigung Berlins unter Vier-Mächte-Status, gesamtdeutscher Ausschuss, freie Wahlen zu einer gesamtdeutschen Verfassung und schließlich viertens eine Friedensregelung, aber nur mit einem vereinigten Deutschland.

Dok. 119: Bericht. Genschers Besuch in den USA, 8.2.1990

Botschafter Friedrich Hoess an BMAA, Washington, 8. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.18.02/1-II.9/90¹

Blitzvisite AM Genscher in den USA

Zu der am 3.2. stattgefundenen Blitzvisite AM Genschers in Washington² konnte zusätzlich zu den ausführlichen Darstellungen in den Medien noch folgendes in Erfahrung gebracht werden:

1. Zweck des Besuches sei es gewesen, der amerik. Seite die Dringlichkeit des dt. Einigungsprozesses vor Augen zu führen. Das bis vor einiger Zeit noch gültige Argument, ein kontinuierlicher step by step Prozess sei aus Stabilitätsgründen nötig, sei hinfällig.

Aufgrund der raschen Entwicklungen sei das Gegenteil richtig: wenn nicht rasch gehandelt werde, drohe durch den Zusammenbruch der DDR eine Destabilisierung, die es zu unterbinden gelte.

Dumas, mit dem Genscher vor seiner Washingtonreise gesprochen habe,³ habe dies begriffen. Er habe dem EG-Botschafter in Paris⁴ erklärt, die Lage, wie sie sich noch bei dem Kiever Treffen⁵ dargestellt habe, habe sich radikal geändert.

Genscher habe diese Woche versucht, auch AM Hurd⁶ vom Ernst der Situation zu überzeugen. Obwohl man vorerst geplant hatte, die Open-Sky-Konferenz in

- 1 Der Bericht langte am 9. Februar 1990 als Fernschreiben Nr. 25032 im BMAA ein und war für das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II bestimmt. Dort wurde der Bericht am 9. Februar 1990 in der Abteilung II.9 durch Anton Prohaska in Bearbeitung genommen und an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin weitergeleitet.
- 2 Bisher wurde kein Gesprächsprotokoll über Genschers Besuch in Washington vom 2. bis 3. Februar 1990 veröffentlicht. Siehe dazu das Gespräch Horst Teltschiks mit US-Botschafter Vernon Walters am 4. Februar 1990 in Bonn, in dem letzterer über den Genscher-Besuch unterrichtete: Dokument 159, in: Deutsche Einheit. Dort auch Verweise auf die Erwähnungen des Treffens in den Memoiren der Beteiligten.
- 3 Dumas und Genscher könnten anlässlich des Besuchs des französischen Außenministers in Berlin am 1. Februar 1990 zusammengetroffen sein, wo er mit Aussagen zur polnischen Westgrenze den Ärger Kohls auf sich zog. Vgl. dazu Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 125.
- 4 Jean-Michel Baer, Leiter der EG-Vertretung in Frankreich (1989–1994), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 5 Gorbatschow und Mitterrand waren am 6. Dezember 1989 in Kiew zusammengetroffen. Siehe dazu bereits Dok. 89, Anm. 15.
- 6 Genscher und Hurd waren am 6. Februar in Bonn zusammengetroffen. Siehe dazu Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Hurd in Bonn, 6. Februar 1990 (= Dokument 45), in: Die Einheit, S. 230–235.

- Ottawa⁷ zu einem Gespräch Genscher-Schewardnadse⁸ zu benützen, hätten sich Kohl und Genscher nunmehr entschlossen, sofort nach Abreise Bakers aus Moskau⁹ dorthin zu reisen,¹⁰ um allenfalls umgehend noch offene Fragen klären zu können.
2. Genscher habe gegenüber Baker auf die Wichtigkeit verwiesen, zu begreifen, dass bei dem von der BRD gewünschten KSZE-Gipfel zwei demokratisch legitimierte Regierungen der beiden deutschen Staaten vertreten sein würden, die voraussichtlich den Wunsch nach Aufhebung der Grenzen zwischen ihnen unter Anerkennung der gemeinsamen Außengrenzen vorbringen würden. Daher sei es wichtig, Klarheit über die Rolle der beiden Bündnisse in Zukunft zu schaffen. Das westl. Bündnis sollte einschließlich der BRD aufrechterhalten bleiben, eine Erweiterung des NATO-Gebietes auf derzeitiges DDR Gebiet sei ausgeschlossen. Die künftige Rolle der Bündnisse müsse in den KSZE-Prozess einbezogen werden.
 3. Der KSZE-Gipfel müsse sofort ein Mandat für VKSE II¹¹ erteilen, bei der auch die nationalen Streitkräfte zu behandeln wären (er müsse die künftigen Strukturen Europas behandeln). Dem Wunsch Bakers nach Einbeziehung des Rechtes auf freie Wahlen in den Prinzipienkatalog habe er erfreut zugestimmt. Über den Ort des Gipfels sei nicht gesprochen worden.

7 Die „Open-Skies“-Konferenz der KSZE fand vom 12. bis 14. Februar 1990 in Ottawa statt. Am Rande dieser Konferenz wurde am 13. Februar 1990 eine grundsätzliche Einigung auf die 2+4-Formel für die Verhandlungen über die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung erzielt. Siehe Dok. 124.

8 Genscher und Schewardnadse trafen bereits am 10. Februar 1990 in Moskau zu einem Gespräch zusammen. Siehe dazu Dokument 20 in: Diplomatie für die deutsche Einheit.

9 US-Außenminister James Baker stattete Moskau vom 9. bis 10. Februar 1990 einen offiziellen Besuch ab.

10 Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher besuchten vom 10. bis 11. Februar 1990 Moskau. Siehe Gespräch des Bundeskanzler Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow Moskau, 10. Februar 1990 (= Dokument Nr. 174), in: Deutsche Einheit, S. 795–807; Gespräch Gorbatschow mit Bundeskanzler Kohl am 10. Februar 1990 [Auszug] (= Dokument 72), in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 317–333, insbesondere S. 329–331; Zweites Gespräch Gorbatschow mit Bundeskanzler Kohl am 10. Februar 1990 [Auszug] (= Dokument 72), in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 333–337. Die Uneinheitlichkeit der sowjetischen Position geht aus den Äußerungen Schewardnadses gegenüber Genscher hervor. Aufzeichnung des Dg 21, Höynck, vom 11. Februar 1990 über das Gespräch von Bundesaußenminister Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Šewardnadze am 10. Februar 1990 in Moskau [Auszug] (= Dokument 20), in: Diplomatie für die deutsche Einheit, S. 98–105, insbesondere S. 102. Für die Einschätzung des BMAA siehe: Information. Kohl und Genscher in Moskau; Gegenüberstellung der Positionen BRD-SU zur Frage der deutschen Einheit, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 16. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.18.03/1-II.3/90.

11 Die geplanten KSE II-Verhandlungen fanden nicht mehr statt. Es kam zu KSE 1a-Folgeverhandlungen die bereits am 29. November 1990 begannen und zur Festlegung von Personalobergrenzen für die Streitkräfte aller KSE-Staaten führten.

4. AM Baker habe sich von der Argumentation, die im Wesentlichen auf den Ideen der Tutzinger Rede AM Genschers¹² beruht habe, beeindruckt gezeigt und zugesagt, bei seinen Moskauer Gesprächen¹³ in diese Richtung zu argumentieren.¹⁴
5. Es besteht der Eindruck, dass manche Mitarbeiter der Administration mit Schwierigkeiten der NATO-Mitgliedschaft eines künftigen Deutschland selbst mit der oz. Einschränkung rechnen. Daher fällt auf, dass einige von ihnen Ausdrücke wie „ties“, „remain aligned“, etc. gebrauchen. Wenn dies auch nicht der Ausdruck einer neuen Politik ist, so deuten solche Wendungen doch auf eine gewisse Unsicherheit über künftig mögliche Entwicklungen hin.

Hoess

12 Am 31. Januar 1990 hielt Genscher an der Evangelischen Akademie in Tutzing eine Rede, in der er sich vor allem zu Fragen der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und einer zukünftigen Bündniszugehörigkeit Deutschlands äußerte. Genscher erklärte, dass die Zugehörigkeit eines geeinten Deutschland zur EG und zur NATO nicht in Frage steht. Er betonte aber auch, dass die Einbeziehung des Gebietes der DDR in die militärischen Strukturen der NATO die deutsch-deutsche Annäherung blockieren würde. Genscher vertrat die Ansicht, dass Ostdeutschland nicht in die militärische Struktur der NATO einbezogen werden dürfe. Siehe zu dieser „Österreichlösung“ für die DDR bereits Dok. 116, Anm. 6.

13 Siehe Anm. 8.

14 Dies tat Baker auch. Baker reiste nach dem Gespräch mit Genscher nach Moskau wo er am 9./10. Februar 1990 mit Schewardnadse und Gorbatschow zusammentraf. Vgl. Gespräch Gorbatschows mit dem amerikanischen Außenminister, Baker, am 9. Februar 1990 [Auszug] (= Dokument 71), in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 310–316. Die Gespräche drehten sich zentral um den 2+4-Prozess und die Frage der zukünftigen Bündniszugehörigkeit eines vereinigten Deutschlands. Zwar sah die Sowjetunion laut Gorbatschow die deutsche Einheit als „unabwendbar“ an, jedoch mussten sowjetische Sicherheitsinteressen gewahrt bleiben. Die von Baker vorgeschlagenen 2+4-Gespräche über die äußeren Aspekte der Einheit bezeichnete Gorbatschow als „gangbar“. Baker verwies auf eine Einbindung Deutschlands in die NATO „with assurances that NATO’s jurisdiction would not shift one inch eastward from its present position“. Bezüglich des Status Deutschlands stellte Gorbatschow klar, dass jedwede Ausdehnung der NATO inakzeptabel für die Sowjetunion sei. Zu einer Verschriftlichung kam es nicht, wodurch die Auslegung der Frage der „Ostausdehnung“ der NATO bis heute Interpretationsspielraum zulässt. Baker hinterließ Kohl aber für dessen bevorstehenden Besuch in Moskau am 10./11. Februar eine Nachricht in der er über seine Gespräche informierte. Für den Bericht Bakers über seine Unterredungen in Moskau an Bundeskanzler Kohl, vgl. Schreiben des Außenministers Baker an Bundeskanzler Kohl, 10. Februar 1990 (= Dokument 173), in: Deutsche Einheit, S. 793–794. Dementsprechend ließ sich Kohl eine etwas ältere Nachricht Bushs ignorierend gegenüber Gorbatschow vernehmen. Zur Abfolge der NATO-Äußerungen Genschers, Bakers und Kohls sowie zur Haltung Bushs, der Kohl wieder auf seine Linie verpflichtete, siehe: Sarotte, 1989, S. 110–115.

**Dok. 120: Bericht. Die deutsche Einheit und die Zukunft der Militärbündnisse,
9.2.1990**

Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 9. Februar 1990, Zl. 72-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/113-II.1/90¹

BRD; deutsche Einheit und Zukunft der Militärbündnisse

NATO und WP werden lt. NATO-Referat im AA in den nächsten Jahren vor allem als Abrüstungs-Kontrollorgane in Europa benötigt: „23 Staaten können nicht kreuz und quer abrüsten“. Daher müssen die Bündnisse wenigstens während der Implementierung von „Wien I“² vielleicht sogar zur Kontrolle der Einhaltung von „Wien II“³ bestehen bleiben.

Aus Bonner Sicht erhält die NATO eine zunehmend politische Rolle, der militärische Teil tritt durch die Verhandlungen in Wien sowie durch einseitige Reduzierungsmaßnahmen zunehmend in den Hintergrund. Die Bundeswehr würde 1992 bis 1996 vermutlich auf 400.000 Mann reduziert werden (die FDP tritt bereits für bedeutend stärkere Verminderungen ein). Belgien, Niederlande und USA ziehen sich einseitig zurück, die übrigen Stationierungsländer würden diesem Beispiel folgen. Die NATO werde damit zu einem politischen „clearing house“ in einem größeren Europa.

Eine ideale Entwicklung für die deutsche Politik wäre der Erhalt der Bündnisse und ihre schrittweise Einbettung in eine KSZE-Architektur, die ihrerseits zu einer neuen Sicherheitsordnung in Europa führte. Zu diesem Zweck sollte KSE II im 35er Rahmen weitergeführt werden: Über den Zeitpunkt einer Zusammenlegung von VKSE⁴ und VVSBM⁵ gibt es allerdings unterschiedliche Ansichten zwischen

1 Der Bericht wurde erst am 12. April 1990 durch die Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen. Legationsrat Marius Calligaris zeichnete ihn am 19. April 1990 als gesehen ab, Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner veranlasste am 20. April 1990 seine Weiterleitung an die österreichische Botschaft Berlin. Sämtliche Unterstreichungen wurden, sofern nicht separat ausgewiesen, bereits durch Loibl vorgenommen. Der Bericht hinterließ offenbar keinen bleibenden Eindruck, denn im August wurde er von Calligaris mit dem Vermerk „Erhalten am 6. August!“ erneut unter der GZ. 22.17.01/191-II.1/90 aufgenommen und ad acta gelegt.

2 Als „Wien I“ wurden die seit 6. März 1989 in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO stattfindenden Verhandlungen über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) bezeichnet. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10. Zu den KSE II-Verhandlungen kam es nicht mehr (siehe Anm. 3).

3 Die hier als „Wien II“ bezeichneten KSE II-Verhandlungen fanden nicht mehr statt. Stattdessen kam es zu KSE 1a-Folgeverhandlungen die bereits am 29. November 1990 begannen und zur Festlegung von Personalobergrenzen für die Streitkräfte aller KSE-Staaten führten.

4 Vgl. Anm. 2 und 3.

5 VVSBM = Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, die im Rahmen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten seit 9. März 1989 in Wien abgehalten wurden.

den „Abrüstern“ im AA (siehe Ber. 44-Res/90 vom 12.2.1990)⁶ und der Politischen Abteilung.

Bis zum KSZE-Folgetreffen in Helsinki 1992⁷ könnten lt. Gesprächspartner verschiedene Schritte zum Aufgehen der Bündnisse in einer KSZE-Struktur gemacht werden: Der Sondergipfel wäre in diesem Zusammenhang bedeutsam, aber auch periodische Treffen nicht nur der Außen-, sondern auch der Verteidigungsminister könnten hilfreich sein. Das Doktrin-Seminar in Wien⁸ wäre sehr erfolgreich gewesen, alle Staaten strebten nun nach Defensivstrukturen und hätten die Kriegsverhinderung zur Zielsetzung.

Auf die Frage nach der deutschen Einheit und der Bereitschaft von Staaten wie Polen, Ungarn und ČSSR zum Verbleib im WP bis zur Überleitung des östlichen Bündnisses in ein neues Sicherheitssystem meinte der Gesprächspartner, die Führung dieser Staaten erkenne die Notwendigkeit des WP als Stabilitätsstütze; dennoch würde es schwierig, den Bevölkerungen einen WP-Verbleib nach einem DDR-Austritt verständlich zu machen; eine solche Entwicklung habe auch für die SU innenpolitische Sprengkraft (Baltikum, Kaukasus und Zentralasien).

Genscher hatte in einer programmatischen Rede am 31. Jänner 1989 verschiedene Institutionalisierungsideen zur Verstetigung des KSZE-Prozesses angeführt (siehe Beilage, Seite 45 f).⁹

Diese Überlegungen seien im AA aber noch nicht ausdiskutiert. Washington verlange jedenfalls ein „commitment of Germany to NATO“, und halte ein neutrales Deutschland für undenkbar; eine Verbindung (?) zur NATO müsse bleiben.

Der Gesprächspartner konnte sich unter nachstehenden Voraussetzungen eine Lösung vorstellen, der zufolge der bundesrepublikanische Teil Deutschlands in der NATO verbliebe:

- Die militärische Komponente der NATO muss schrittweise in den Hintergrund treten
- Die große Masse der in der BRD stationierten alliierten Truppen wird zurückgezogen
- Paralleler Beginn eines Rückzuges der sowjetischen Truppen aus der DDR.
- Keine Entmilitarisierung der DDR; in diesem Teil Deutschlands würden aber nur geringfügigere Streitkräfte des deutschen Territorialheeres (nicht NATO-unterstellt!) stationiert. Die Einwohner der heutigen DDR würden nicht von der Wehrpflicht ausgenommen, die aber auf etwa 8 bis 10 Monate¹⁰ verkürzt und möglicherweise auf bundesrepublikanischem Gebiet abgeleistet würde.¹¹

6 Der Bericht konnte nicht aufgefunden werden.

7 Vom 24. März bis 8. Juli 1992 fand zwar das vierte KSZE-Folgetreffen in Helsinki statt, hier dürfte jedoch die zu diesem Zeitpunkt noch nicht vereinbarte vom 19. bis 21. November 1990 stattfindende Pariser KSZE-Gipfelkonferenz gemeint sein.

8 Das Wiener Seminar über Militärdoktrinen im VVSBM-Rahmen fand vom 16. Jänner bis 5. Februar 1990 statt.

9 Die Rede Genschers liegt dem Bericht im Original bei. Siehe dazu bereits Dok. 116, Anm. 6.

10 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

11 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

Der AA-Vertreter bezeichnet dieses Szenario als möglicherweise rascher aktuell als bisher geahnt: Die DDR stehe vor dem Zusammenbruch; nach den März-Wahlen¹² müssten die beiden deutschen Regierungen so rasch wie möglich die Einheit und die notwendigen Ausnahmen von einer normalen einheitlichen Staatsbildung regeln. Dazu gehöre die Frage der Anwesenheit sowjetischer Truppen, wobei der Gesprächspartner eine historische Parallele zur französischen Besatzungsarmee im Rheinland nach dem 1. Weltkrieg zog.¹³

In seinen jüngsten Gesprächen mit US-Außenminister Baker¹⁴ habe Genscher 2 Hauptziele verfolgt:

- Baker sollte verstehen, dass die deutsche Einheit wegen des inneren Druckes in der DDR rascher als voraussehbar Wirklichkeit würde

- Die USA sollten zusichern, in dieser Lage nicht die Stationierung alliierter Streitkräfte in der DDR zu verlangen: Baker habe diese Zusicherung gegeben (wie bereits vor ihm Dumas;¹⁵ auch Hurd¹⁶ würde darauf angesprochen werden).

Möglicherweise könnte die DDR in der NATO eine Bornholm, Grönland und den Kanarischen Inseln vergleichbare Stellung¹⁷ erhalten; der bundesrepublikanische Teil würde dagegen innerhalb der NATO verbleiben. Darüber bestünde in der BRD politische Einigkeit (ausgenommen die Grünen), umso mehr als die Bundeswehr eine reine Bündnisarmee sei: Ein deutscher Offizier sei zum deutsch-nationalen Denken weder ausgebildet noch erzogen und könne sich einen Einsatz außerhalb der NATO nicht vorstellen; das sei ein wichtiger, auch in Moskau verstandener Stabilitätsfaktor. „Wir sind kontrolliert. Das ist und bleibt ein Faktum“, meinte der Gesprächspartner. Die östlich der Elbe stationierten Teile des deutschen Territorialheeres würden schon aufgrund der Wiener Verhandlungen regelmäßigen sowjetischen Inspektionen unterliegen.

12 Die DDR-Volkskammerwahlen fanden am 18. März statt.

13 Nach Ende des Ersten Weltkriegs wurde im Vertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 die befristete Besetzung des Rheinlands durch alliierte Truppen festgelegt. Deutschland wurde nach Artikel 42 und 43 des Vertrages untersagt, am linken und rechten Ufer sowie westlich einer 50km östlich des Flusses verlaufenden Linie Befestigungen anzulegen. Zudem wurde eine Haute commission interalliée des territoires rhenans unter Vorsitz der Franzosen als zentrale Legislative und Exekutive eingesetzt. Die USA beteiligten sich nicht an der Besetzung und nach dem Rückzug Großbritanniens 1920 verblieben nur noch Frankreich und Belgien als Besatzungsmächte. Vom Januar bis September 1923 dehnten Frankreich und Belgien die Besetzung auf weite Teile des Ruhrgebiets aus, um Deutschland zur Erfüllung der Reparationszahlungen zu zwingen. Nach der Zustimmung Deutschlands zum Young-Plan von 1929, der die letzten Reparationszahlungen Deutschlands nach dem Versailler Vertrag regelte, endete die Besetzung am 30. Juni 1930, wobei das Gebiet weiterhin eine entmilitarisierte Zone blieb.

14 Siehe dazu Dok. 119.

15 Siehe dazu Dok. 119, Anm. 3.

16 Siehe dazu Dok. 119, Anm. 6.

17 Aufgrund der tatsächlichen Stellung dieser unter dänischer bzw. spanischer Oberhoheit stehenden Territorien innerhalb der NATO erscheint dieser Vergleich nicht ganz zutreffend. Er dürfte darauf abgezielt haben, dass auf diesen Territorien keine ausländischen NATO-Truppen stationiert sein sollten, was aber zumindest im Falle Grönlands mit bilateral ausgehandelten US-Stützpunkten nicht eindeutig der Fall war.

Der AA-Vertreter ist von seinen Äußerungen zur Ausbildung und Bündnistreue der deutschen Offiziere innerlich überzeugt. Dennoch können, wie die heutigen deutschland- und europapolitischen Entwicklungen belegen, unvorhersehbare Entwicklungen auch Udenkbares möglich machen. Und die ständigen, bemühten Bonner Versicherungen von NATO-Treue und Ablehnung der Neutralität müssen als Mittel zum Ziel der Erleichterung der deutschen Einheit gewertet werden – sind es aber deshalb nur Schutzbehauptungen, die über eine längere historische Periode ebenso Makulatur würden wie die Überzeugung von der „deutschen Frage, die nicht auf der TO der Geschichte steht“?

Die Stationierung deutscher Truppen in der DDR würde lt. AA Probleme aufwerfen: wann würde der sog. „Bündnisfall“ eintreten? Würde die gemeinsame Verteidigungsverpflichtung an der Oder-Neisse oder an der heutigen deutsch-deutschen Grenze ausgelöst? Mangels einer drohenden Gefahr seien dies zwar theoretische Fragen, die aber eines Tages im Bündnis beantwortet werden müssten.

Gorbatschows deutschlandpolitischer Wandel belege die normative Kraft des Faktischen; Modrow habe ihm gewiss den bevorstehenden totalen Systemzusammenbruch in der DDR klar gemacht (als MP Späth¹⁸ bei seinem DDR-Besuch vor etwa 10 Tagen einen Zusammenbruch befürchtete, habe ihm Modrow geantwortet, „wir stehen schon mitten darin“).¹⁹

Bonn argumentiere gegenüber Moskau, dass die Entwicklung aus folgenden Gründen auch im SU-Interesse liege:

- Die Bundeswehr schrumpfe
- Die Masse der ausländischen Truppen in der BRD ziehe ab (einige, wie Belgien und Holland, aufgrund einseitiger Beschlüsse)
- Deutschland in der NATO sei eine Sicherheitsgarantie für die SU, nicht zuletzt angesichts der weiter bestehenden besonderen Supermachtsbeziehungen (Moskau hätte also über die NATO-Führungsmacht USA Einflussmöglichkeiten auf ein NATO-gebundenes Deutschland)
- Die DDR bleibe frei von westlichen Streitkräften (ausgenommen kleinere Einheiten des deutschen Territorialheeres), während die sowjetischen Streitkräfte schrittweise zurückgezogen würden.
- Ein neutrales Deutschland liege in niemandes Interesse: Da Neutralität im Spannungsfeld anderer Systeme stehe, könnte ein geeintes neutrales Deutschland ein schwankender Instabilitätsfaktor werden (weder Polen noch die ČSSR wollten z. B. derzeit ein neutrales Deutschland)

18 Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1978–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

19 Späth und Modrow waren am 2. Februar 1990 in Berlin zusammengetroffen. Vgl. dazu Hans-Peter Mengele, Wer zu Späth kommt ... Baden-Württembergs außenpolitische Rolle in den Umbruch-Jahren, Tübingen/Stuttgart 1995, S. 198–203; Neues Deutschland, 3. Februar 1990, S. 1. Späth übermittelte seine Eindrücke angeblich telefonisch an das Kanzleramt, was die Entscheidung zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion beschleunigte und auch Gegenstand des Treffens Kohl-Modrow in Davos am 3. Februar 1990 (siehe dazu Dok. 104, Anm. 6) war.

– Eine Demilitarisierung Deutschlands wäre ebenso gefährlich: Jeder negative „Sonderstatus“ würde innenpolitisch explosiv und könnte „Stimmungen“ (d.h. nationalistische, auslandsfeindliche) hervorrufen, die nicht im Interesse der Nachbarn Deutschlands lägen; niemand habe Interesse an einem „neuen Versailles“.

Die Vorteile eines wirtschaftlich starken Deutschlands als Zusammenarbeitspartner für die Perestrojka hielt der AA-Vertreter für kein überzeugendes Argument gegenüber Moskau: Die Übernahme der ostdeutschen Konkursmasse würde in kurzer Zeit eine fühlbare Belastung für jeden Westdeutschen mit daraus folgenden innenpolitischen Komplikationen bringen, und die deutsche Frage würde auf lange Zeit alle anderen innen- und außenpolitischen Probleme überlagern.

Moskau würde möglicherweise sein Einverständnis zur deutschen Einheit unter der Bedingung erteilen, dass die Bundeswehr auf 200.000 Mann vermindert und deutsches Gebiet kernwaffenfrei würde. Einer solchen Initiative würde innen- und außenpolitisch sowie innerhalb der NATO schwer entgegenzutreten sein.

Jedenfalls würde es dann bei einer NATO mit integrierter Struktur, aber weniger Streitkräften bleiben, die Verstärkungen über den Atlantik und den Kanal würden größere Bedeutung erlangen. Die britische Rheinarmee würde im Falle ihrer Rückführung nach Großbritannien allerdings voraussichtlich bis zu 80 % aufgelöst werden; dennoch verblieben Frankreich und Großbritannien weiterhin Kernwaffenmächte (deren Arsenal allerdings möglicherweise von einem START ²⁰ berührt werden könnte).

Die Ankündigung Belgiens zum Rückzug seiner 25.000 Soldaten aus der BRD schockte Bonn zunächst, wurde jedoch durch die Aufteilung auf 2 bis 3 Jahre relativiert; auch die 8.000 Niederländer würden abziehen, während Kanada seine Truppen bis zur Implementierung der Wiener Verhandlungsergebnisse belassen wollte. Die USA seien am Reduzieren, Großbritannien habe auf dem Papier 56.000 Mann in der BRD (tatsächlich aber nur 46.000); Frankreich gebe für sich 50.000 Mann an, was aber auch weniger sein könnte (die französischen Angaben seien nicht sehr konkret).

Der AA-Vertreter schloss mit Genscher, der Geschichte sollte keine Zwangsjacke angelegt und der Phantasie keine Grenzen gesetzt werden. Der Weg zu einem Europa mit neuer Sicherheitsstruktur führe von nationalstaatlichem Denken fort (Anm: Gerade diesen Eindruck vermag der Beobachter nicht zu teilen, der das hiesige Interesse an einer nationalstaatlichen Wiederherstellung Deutschlands, aber auch die nationalistisch getönten Entwicklungen in Osteuropa und in der SU sieht). Die KSZE würde durch eine schrittweise Institutionalisierung die NATO und den WP überlagern.

20 Bezeichnung der Nachfolgeverhandlungen des „Strategic Arms Reduction Treaty“ (START I), der zwischen den USA und der Sowjetunion zur Reduzierung strategischer Trägersysteme und Nuklearwaffen am 31. Juli 1991 unterzeichnet wurde.

Überspitzt formuliert könnte das aus Sicht der Botschaft bedeuten: Erhalt der NATO zwecks Absicherung und bis zur Herstellung der deutschen Einheit („Deutschland bleibt unter Kontrolle“) danach Überleitung der Bündnisse (insbes. wenn sie für den Bestand der deutschen Einheit Probleme schaffen sollten) in eine – vielleicht „reformierte“, institutionalisierte – KSZE.

Der Geschäftsträger a. i.:

Loibl m. p.

(Loibl)

Dok. 121: Bericht. Schewardnadse erwähnt Österreich im Zusammenhang mit den Grenzen Deutschlands, 12.2.1990

Botschafter Herbert Grubmayr und Gesandter Martin Sajdik an das BMAA, Moskau, 12. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/26-II.3/90¹

Schewardnadse-Bezugnahme auf Österreich im Zusammenhang mit der Grenzregelung für ein vereintes Deutschland (Info)²

Bei einer am 10.d.M. abgehaltenen Pressekonferenz wurde Schewardnadse von einem sowjet. Journalisten gefragt, inwieweit eine Verhinderung einer Neuordnung der europ. Grenzen im Falle einer deutschen Wiedervereinigung Gegenstand seiner Gespräche mit Baker³ war.

Schewardnadse antwortete, dass dieses Problem sowohl von Baker mit Gorbatschow als auch mit ihm besprochen wurde.

Im weiteren sagte er – in der Wiedergabe der englischsprachigen TASS – wörtlich: „European states should have a full guarantee concerning the inviolability of their borders, as they shaped up after the war. I'd like to stress this point: they should have a full guarantee.“

I agree with you that this is a point for discussion. On the one hand, statements by some politicians stress the idea of a need to respect the present borders, on the other (you evidently remember), there is a sentence in a judgment of the

1 Der Bericht erging als Funkdepesche Nr. 25065 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Dort wurde er am 12. Februar 1990 in der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen und seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin veranlasst. Sämtliche Unterstreichungen erfolgten im BMAA. Zudem lag der Bericht Legationsrat Josef Litschauer vor (gesehen am 14. Februar).

2 Der Berichtstitel wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

3 James Baker hatte vom 7. bis 9. Februar 1990 Moskau besucht. Siehe dazu bereits Dok. 119, Anm. 14.

West German federal constitutional court that the Third Reich continues to exist within the 1937 borders.⁴

Some even believe that it exists within the 1938 border, which affects the interests of Austria and some other states. This is really a crucial question. This problem will be a subject of serious discussion with Kohl and Genscher in Moscow.⁵

Der Berichterstatter war bei der Pressekonferenz anwesend und kann berichten, dass die TASS Schewardnadses Aussagen korrekt wiedergegeben hat.

Soweit der Botschaft bekannt, ist diese Schewardnadse-Aussage die erste eines sowjet. Offiziellen überhaupt, die Österreich mit der Frage der Ordnung der Grenzen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung bringt.

Nach Ansicht der Botschaft sollte die Schewardnadse-Aussage, die er auch in der Pressekonferenz eher „en passant“ getroffen hat, nicht überbewertet werden. Von Seiten der 3. Europäischen Abteilung des ho. Außenministeriums ist dieser Problemkreis in den letzten Gesprächen mit der Botschaft nie releviert worden.

Grubmayr/Sajdik

Dok. 122: Bericht. Großbritannien und die deutsche Frage, 13.2.1990

Botschafter Walter Magrutsch und Gesandter Helmut Ehrlich an BMAA, London, 13. Februar 1990, Zl. 78-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ.22.17.01/24-II.1/90¹

GB – Deutschlandfrage; Erklärung von PM Thatcher im Unterhaus (Info)

Ansichts der sich überstürzenden Entwicklung in der Deutschlandfrage wurde Mrs. Thatcher durch Anfrage im Parlament veranlasst, zwei Erklärungen abzugeben, die den Wandel der britischen Haltung demonstrieren:

4 Der letzte Satzteil wurde zudem am Seitenrand handschriftlich markiert. Siehe Dok. 61, Anm. 6.

5 Kohl und Gorbatschow waren am 10. und 11. Februar 1990 in Moskau zu Gesprächen zusammengekommen. Siehe dazu bereits Dok. 119, Anm. 10 und 14.

1 Der Bericht wurde in Verfolg von Bericht Zl. 60-Res/90 (ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/16-II.1/90) erstattet. Darin stand zu lesen: „Im Rahmen der aktuellen Entwicklung in Osteuropa ist die Zukunft Deutschlands für GB zweifellos eine der schwierigsten Fragen. Sie stellt das bisherige Bild Nachkriegseuropas in Frage, droht, den langjährigen sicherheitspolitischen Rahmen zu sprengen und dadurch nicht nur das mühsam austarierte Gleichgewicht in Europa, sondern auch die Verankerungen für einen kontrollierten Ablauf der revolutionären Reformen in Osteuropa herauszureissen. Dies erklärt zwar, dass man britischerseits sehr vorsichtig reagierte, nicht jedoch die Halsstarrigkeit, mit der die Regierung versuchte, die Deutschlandfrage zu ignorieren. Lange Zeit war für Frau Thatcher die Frage der Wiedervereinigung einfach ‚not on the agenda‘. Dann gab es vordringlichere Fragen [...]. Am Strassburger Gipfel (8./9.12.) stimmte GB letztlich einer gemeinsamen Formel zu, die die Wiederver-

1. Am 6.2. hielt sie im britischen Unterhaus fest: „I agree with my honorable friend that the German people are likely to vote for unification. I agree with him, too, that it is a matter not only for the German people but for other countries which will be seriously affected by it. Germany has also entered into obligations under the NATO alliance – we must consider its effect on that – the Helsinki accord which 35 nations signed, and the four-power agreement on Berlin. We must agree these things. It seems that a lengthy transition period is needed so that they can all be properly worked out and so that the unification of Germany gives rise not more worries but to greater security.“

Die Frage ob sie garantieren würden, dass GB gegen eine Wiedervereinigung kein Veto (Vertrag aus 1954)² einlegen würde, wurde von Frau Thatcher nur ausweichend mit dem Hinweis beantwortet, dass sie glaube, dass BK Kohl bezüglich der Erfüllung der bestehenden Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag, dem KSZE-Vertrag³ und dem 4-Mächte-Abkommen über Berlin⁴ „keinerlei Schwierigkeiten“ machen würde.

einigung zwar grundsätzlich akzeptierte, dieses ‚Entgegenkommen‘ jedoch durch umfassende Vorbehalte rechtlicher und politischer Natur weitgehend annullierte. [...] Diese Haltung der britischen Premierministerin ist zum Teil Reflex ihrer singulären Sicht, wonach sie selbst als Ausgangspunkt der ‚wahren Weltrevolution‘, nämlich des Thatcherismus und auch der Entwicklung in Osteuropa (!), eine geradezu persönliche Verantwortung für diesen Reformprozess besitzt, der nicht durch die ‚Selbstsucht‘ der Deutschen gefährdet werden darf.“ Auch die Haltung der Bevölkerung sei skeptisch und das deutsch-französische Integrationskonzept laufe Thatchers Interessen zu wider. „Obwohl die Zurückhaltung der britischen Regierung aufgrund der geg. Interessenslage verständlich erscheint, bleibt die Frage, warum Frau Thatcher nicht – ähnlich wie Präsident Mitterrand – unter Wahrung aller Rechte eine zumindest verbal positivere Haltung zeigt. Hier dürfte die persönliche Einstellung von Frau Thatcher eine erhebliche Rolle spielen, da sie ‚privat‘ eine klare Gegnerin der deutschen Wiedervereinigung ist. Dies nicht nur wegen angeblicher Gefahren für den Reformprozess oder aus der Freundschaft für Präsident Gorbatschow, sondern vor allem aus einem tief eingewurzelten nationalen Ressentiment. [...] Hinzu kommt eine ‚Rancune‘ gegenüber Deutschland im Allgemeinen, das die ‚Siegermacht‘ GB nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch (innerhalb der EG, nunmehr selbst gegenüber den USA) in den Schatten stellt und die Glaubwürdigkeit einer britischen ‚Sonderrolle‘ als Mittler zwischen Ost und West, Europa und Amerika, unterminiert.“ Da mittlerweile auch Gorbatschow „die Wiedervereinigung Deutschlands für unvermeidlich hält“ sei mit „einer Nuancierung der britischen Haltung [...] in einiger Zeit zu rechnen. Die britisch-deutschen Beziehungen dürften jedoch inzwischen zwar keinen Riss, wohl aber einen kleinen Sprung bekommen haben.“ Der hier abgedruckte Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25014 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Dort wurde er am 12. Februar 1990 durch den Leiter der Abteilung II.1 Gesandten Johann Plattner in Bearbeitung genommen, der die Depeschenweiterleitung Nr. 85095 an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin veranlasste. Ebenfalls am 12. Februar 1990 zeichnete Legationsrat Marius Calligaris das Dokument ab.

2 Zu den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954, die der Bundesrepublik Deutschland unter gewissen Vorbehalten (Stationierung von alliierten Streitkräften) innere Souveränität gewährten, Siehe bereits Dok. 63, Anm. 4.

3 Gemeint ist die KSZE-Schlussakte, die keinen völkerrechtlich verbindlichen und damit rechtswirksamen Vertrag darstellte und daher eine politische Absichtserklärung blieb.

4 Siehe Dok. 1, Anm. 15.

2. Am 8.2., zwei Tage später, [führte]⁵ sie im Unterhaus auf Anfrage eines konservativen Abgeordneten, ob sie alles in ihrer Macht Stehende tun werde, um die Westdeutschen dazu zu ermuntern, die Verantwortung für Ostdeutschland so rasch wie möglich zu übernehmen, folgendes aus:

„I think they (die Wahlen in der DDR) will probably be very decisive. They will probably lead to unification of Germany. I think it absolutely vital there be a transition stage between that decision in principle and sorting out the full implications for NATO, the Helsinki accord and for Berlin, so unification of Germany does not come about at the expense of security and stability in central Europe.“

Trotz des üblichen Vorbehalts bezüglich Sicherheit und Stabilität in Mitteleuropa stellt diese Erklärung insofern einen beachtlichen Wandel dar, als Mrs. Thatcher nicht nur von der Wahrscheinlichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands ausgeht, sondern darüber hinaus auch erheblich vorsichtiger formuliert, indem sie die Wahlen als „Grundsatzbeschluss“ zur Wiedervereinigung ansieht, der daher nicht mehr, wie bisher vertreten, der Klärung der Konsequenzen für die NATO, die KSZE und das Berlin-Abkommen nachfolgt, sondern vorangeht. Auch zeitlich ist nicht mehr von einer „lengthy transition period“, sondern nur noch von einem „transition stage“ die Rede.

Magrutsch/Ehrlich

Dok. 123: Bericht. Modrows Besuch in Bonn, 14.2.1990

Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 14. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/31-II.1/90¹

*Modrow in Bonn;*² *gute Ratschläge und Kommissionen (Info)*

Die umfangreiche Delegation, die den Premierminister Hans Modrow nach Bonn begleitete (17 Minister, davon 3 Minister ohne Portefeuille der am Runden Tisch

5 Korrigiert aus: hielt.

1 Der Bericht wurde in Verfolg von Fernschreiben Nr. 25036 als Fernschreiben Nr. 25037 an das BMAA gesandt und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Dort wurde er am 15. Februar 1990 durch den Leiter der Abteilung II.1 Gesandten Johann Plattner in Bearbeitung genommen, der die Depeschenweiterleitung Nr. 55010 an die österreichische Botschaft Bonn veranlasste. Ebenfalls am 15. Februar 1990 zeichnete Legationsrat Marius Calligaris das Dokument ab.

2 Modrow besuchte Bonn am 13. und 14. Februar 1990. Für die Protokolle der Gespräche siehe: Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsidenten Modrow in Bonn, 13.2.1990 (= Dokument 179), in: Deutsche Einheit, S. 821–826; Bericht über den Besuch einer DDR-Regierungsdelegation unter Leitung von Hans Modrow in Bonn am 13./14. Februar 1990 (= Dokument 63), in: Countdown zur deutschen Einheit, S. 299–311.

vertretenen politischen Gruppierungen), war am Tag ihrer Abreise aus Berlin leicht resigniert und fragte sich, ob es überhaupt sinnvoll sei, nach Bonn zu fahren. Dieser Eindruck hat sich in Bonn bestätigt, wenn nicht sogar verstärkt. Enttäuschung war in unterschiedlichem Ausmaß bei allen erkennbar.

Man sei von BRD-Seite laufend als „Brüder und Schwestern“ angesprochen worden. Von einem „Geist der nationalen Verantwortung“ sei jedoch kaum etwas zu spüren gewesen. Ja, die Fülle der guten Ratschläge verbunden mit den weiterhin vorgebrachten Bedingungen für Bonner Hilfe hat zu einer deutlichen Verstimmung in der gesamten Delegation geführt. Das Drängen der BRD-Seite auf möglichst rasche Herstellung der Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft ohne deutliche Gewährleistung sozialer Sicherheit für Rentner und ohne die Sicherung der Sparkonten in der DDR muss zu einer weiteren Destabilisierung vor dem 18. März führen.

Der Gesprächspartner im AM meinte, dass die von Bonn seit langem zugesagte und bei dem Besuch von BK Kohl in Dresden förmlich bekräftigte Soforthilfe auch dieses Mal nicht gegeben wurde. Dies werde unweigerlich dazu führen, dass der Strom der Auswanderer bereits jetzt, nach dem Besuch Modrows in Bonn und vor den Wahlen am 18. März, zunehmen werde. Diese harte (und berechnende) Haltung der Regierung in Bonn werde sich auch (nachteilig) auf das Wahlverhalten in der DDR auswirken. Die Unionsparteien würden die Auswirkungen am 18. März zu spüren bekommen und bereuen.

Der Gesprächspartner bemerkte im Übrigen, dass das von der Straße diktierte Tempo der deutschen Einheit zu bedauern sei und es bereits jetzt abzusehen sei, dass es bei der einmal zustande gekommenen Einigung zu einem bösen Erwachen kommen werde. Dieser Prozess sei jedoch unaufhaltsam und praktisch nicht mehr zu beeinflussen.

Unter Hinweis auf die verschiedenen Erklärungen zur Oder-Neisse-Grenze von Modrow und Kohl³ verdeutlichte Steglich,⁴ dass die Erklärung Kohls nicht dazu dienen könne, bei den europäischen Nachbarn als Element der Sicherheit

3 Für die Erklärung Modrows vor der Volkskammer am 11. Jänner 1990, in der er die Oder-Neiße-Grenze mit Polen als „definitiv“ bezeichnete, siehe: Dokument 32, in: Die Außenpolitik der DDR. Kohl hatte am 17. Jänner 1990 in Paris nach Ausführungen zur Rechtslage erklärt: „Die Deutschen – und hieran sollte niemand zweifeln – haben nicht die Absicht, im Europa von morgen eine Grenzdiskussion vom Zaun zu brechen, die die europäische Friedensordnung, die wir gemeinsam anstreben, gefährden müßte. Die Deutschen wollen eine dauerhafte Aussöhnung mit ihren polnischen Nachbarn, und dazu gehört auch, daß die Polen die Gewißheit haben müssen, in sicheren Grenzen zu leben. Niemand will eine zweite Vertreibung nach den Schrecken der Vertreibung, die die Deutschen an ihrem eigenen Leib erfahren haben.“ Rede des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, im Centre de Conférences Internationales in Paris am 17. Jänner 1990, in: Europa-Archiv 1990, D 108–D 117, hier D 115. Siehe zur Thematik ausführlich Dok. 127.

4 Peter Steglich, Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Grundsatzfragen und Planung im MfAA der DDR (1977–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

angesehen zu werden. Ein deutscher Einheitsstaat mit fast 80 Millionen Einwohnern und einer Wirtschaftskraft womöglich noch größer als die der BRD werde starken Druck auf die Peripherie ausüben und dementsprechend kleine Staaten in Europa in Mitleidenschaft ziehen. Österreich möge in diesem Zusammenhang den Ausdruck Peripherie nicht als Abwertung empfangen.

„Demokratie jetzt“⁵ bezeichnet die gestrigen „Ergebnisse“ des Treffens für unzureichend und politisch falsch. Eine schnellstmögliche Währungsunion erscheint wirtschafts- und sozialpolitisch ein unvertretbares Risiko.

Die Ost-SPD erklärt in einer ersten Stellungnahme, dass es zwischen Modrow und Kohl eigentlich keine Ergebnisse gegeben habe, die nicht auch in einem Telefongespräch und schon eher vereinbart hätten werden können.

Die Grüne Partei in der DDR erklärte, dass es jetzt klar sei, dass es nur noch einen bedingungslosen Anschluss der DDR an die BRD geben werde.

Rainer Eppelmann (Demokratischer Aufbruch) hätte gerne ein bisschen mehr mitgenommen und meint, dass die Ergebnisse zu gering seien, um den Übersiedlerstrom zu stoppen.

Graf

5 Siehe Dok. 60., Anm. 9.

Dok. 124: Bericht. Die Open Skies-Konferenz und die deutsche Frage, 14.2.1990

Botschafter Kurt Herndl an BMAA, Ottawa, 14. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/30-II.1/90¹

Open Skies Konferenz;² Diskussion der deutschen Frage³

Am Abend des 13.2. wurde namens der Außenminister der BRD, der DDR und der Vier-Großmächte folgendes Kommuniqué⁴ veröffentlicht:

Die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland,⁵ der Deutschen Demokratischen Republik,⁶ Frankreichs,⁷ des Vereinigten Königreichs,⁸ der Sowjet-

- 1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25017 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Dort wurde er am 15. Februar 1990 durch den Leiter der Abteilung II.1 Gesandten Johann Plattner in Bearbeitung genommen, der die Depeschenweiterleitung Nr. 85103 an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin veranlasste. Ebenfalls am 15. Februar 1990 zeichnete Legationsrat Marius Calligaris das Dokument ab.
- 2 Das Vorhaben eines Vertrages über einen „Offenen Himmel“ (OH) war bereits von US-Präsident Dwight D. Eisenhower dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolaj Bulganin auf der Genfer Vier-Mächte-Konferenz vom 18. bis 23. Juli 1955 unterbreitet worden, was von Moskau aufgrund der Möglichkeit, Beobachtungsflüge zu Spionagezwecken durchzuführen, abgelehnt wurde. Im Jahre 1989 griff US-Präsident George H. W. Bush diese Initiative als vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber der UdSSR zur Durchführung von Beobachtungsflügen im Rahmen der KSZE wieder auf. Darüber begannen Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt im Februar 1990 auf der Konferenz auf Ottawa. Auffassungsdifferenzen und die fortbestehende sowjetische Sorge vor westlicher Spionage führten zur unbefristeten Verschiebung der Verhandlungen. Erst als die NATO-Mitglieder im Juni 1990 im Rahmen der in Wien stattfindenden Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) ein Luftinspektionsregime zur Verifikation des KSE-Vertrages vorschlugen, welches relevante Aspekte westlicher OH-Überlegungen beinhaltete, bekam das Vorhaben einen neuen Anstoß. Konsens konnte insofern erzielt werden, dass grundsätzlich Inspektionen aus der Luft innerhalb des Gültigkeitsbereichs des KSE-Vertrags durchgeführt werden konnten. Die NATO hatte ein größeres Interesse an der Wiederaufnahme der OH-Verhandlungen, da Russland schon damit begonnen hatte, laut KSE-Vertrag Ausrüstung und Waffenbestände aus dem bis zum Ural reichenden Anwendungsgebiet des KSE-Vertrages hinter den Ural rückzuverlagern. Die räumliche Geltung des Vertrages über den Offenen Himmel wurde auf das gesamte Gebiet von Vancouver bis Wladiwostok ausgedehnt. Das war eine Fläche 17.799.997 km². Der Vertrag über den Offenen Himmel wurde sodann am 24. März 1992 von den Staaten der NATO und des ehemaligen Warschauer Pakts unterzeichnet. Nach Ratifikation durch alle Mitgliedsstaaten trat er am 1. Januar 2002 als rechtlich verbindliches Dokument in Kraft.
- 3 Für Kurzprotokolle der NATO-Ministerratstagung am 13. Februar 1990 in Ottawa siehe Dokument 50, in: Die Einheit, S. 260–263; Dokument 38, in: La diplomatie française, S. 218–221; siehe auch: Dokumente 7–10, in: Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990.
- 4 Abgedruckt als Dokument 25, in: Deutschlands Vereinigung, S. 194.
- 5 Hans-Dietrich Genscher.
- 6 Oskar Fischer.
- 7 Roland Dumas.
- 8 Douglas Hurd.

union⁹ und der Vereinigten Staaten¹⁰ führten Gespräche in Ottawa. Sie vereinbarten, dass sich die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik mit den Außenminister Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten treffen werden, um die äußeren Aspekte der Herstellung der Deutschen Einheit, einschließlich der Frage der Sicherheit der Nachbarstaaten zu besprechen. Vorbereitende Gespräche auf Beamtenebene werden in Kürze aufgenommen.

Damit scheint in der Frage der Wiedervereinigung folgender Weg vorskizziert: Die BRD und die DDR werden sich zu Gesprächen über die Wiedervereinigung zusammenfinden. Diese Gespräche werden erst nach der DDR-Wahl¹¹ stattfinden. Doch sollen vorbereitende Erörterungen schon vorher zustande kommen.¹² Sodann werden die beiden deutschen Staaten mit den vier Großmächten Gespräche über die „äußeren Aspekte“ der Herstellung der deutschen Einheit aufnehmen. Diese „äußere Aspekte“ sind auf der einen Seite die Sicherheitstreue, auf der anderen Seite die Ausübung der den vier Alliierten zustehenden Rechte hinsichtlich Berlins bzw. ihre Verpflichtung für Deutschland als Ganzes. Die Wiedervereinigung als solche bleibt ausschließlich Sache der beiden deutschen Staaten. Sie werden zu entscheiden haben, wann und in welcher Form es zur Vereinigung kommt und welche Institutionen sich ein wiedervereinigtes Deutschland geben will.

Die Frage der Sicherheit der Nachbarstaaten bezieht sich, wie mir mein BRD-Kollege¹³ versicherte, ausschließlich auf Polen und die Tschechoslowakei. Der betreffende Passus des Kommuniqués, der über polnisches Drängen eingeführt worden sei, visiere keineswegs NATO-Nachbarn oder neutrale Staaten an, im Übrigen sei dieser Halbsatz in der Eile etwas missverständlich formuliert worden: eigentlich hätte die Rede sein sollen von der „Sicherheit von (nicht der) Nachbarstaaten“.

Hier herrschte der Eindruck vor, dass sich Außenminister Genscher, der offensichtlich mit einem präzisen Konzept in die Gespräche mit seinen Kollegen gegangen ist, während seine Kollegen eher ratlos waren, voll durchgesetzt hat: die

9 Eduard Schewardnadse.

10 James Baker.

11 Die DDR-Volkskammerwahl fand am 18. März statt.

12 Die 1. Tagung der Expertenkommission zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion fand am 20. Februar in Ost-Berlin statt. Am 9. März 1990 fand ein erstes deutsch-deutsches 2+4-Vorbereitungstreffen auf Beamtenebene in Ost-Berlin statt. Vgl. Gespräch von Vertretern der Bundesregierung und der Regierung der DDR im Rahmen des Mechanismus Zwei plus Vier, Berlin (Ost), 9. März 1990 (= Dokument 212), in: Deutsche Einheit, S. 924–926. Das erste 2+4-Beamtentreffen wurde am 14. März 1990, wenige Tage vor den DDR-Volkskammerwahlen, in Bonn abgehalten. Vgl. Erste Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene, Bonn, 14. März 1990 (= Dokument 220), in: Deutsche Einheit, S. 950–952; 2+4-Prozeß: [MfAA] Bericht über das 1. Treffen „4+2“ am 14. März 1990 in Bonn [Auszug] (= Dokument 69), in: Lehmann, Die Außenpolitik der DDR, S. 522–526; Drahtbericht des Botschafters von Ploetz, Brüssel (NATO), 15. März 1990 (= Dokument 73), in: Die Einheit, S. 366–374.

13 Wolfgang Behrends, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kanada (1983–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Wiedervereinigung, sprich: Herstellung der deutschen Einheit bleibt Sache der Deutschen, während es sich bei den 6er-Gesprächen über die „äußeren Aspekte“ eben nur um Gespräche und nicht um Verhandlungen handelt. Von einem Veto-recht der Alliierten kann nicht die Rede sein.

Das Kommuniqué wurde noch am Abend des 13. Februar einem rasch einberufenen NATO-Caucus vorgelegt und dort zur Kenntnis genommen. Hiermit scheint die nächste Prozedur als Phase in der Deutschlandfrage eingeleitet zu sein.

Herndl

Dok. 125: Bericht. Die Anfänge der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, 19.2.1990

Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 19. Februar 1990, Zl. 86-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/36-II.1/90¹

BRD Währungs- und Wirtschaftsunion mit der DDR

Die Enttäuschung in der DDR über den bei Modrows Bonn-Besuch² ausgebliebenen Solidaritätsbeitrag von DM 15 Mrd. ist zwar verständlich, zeigt aber doch einigen Mangel an politischem Realitätsbezug des Runden Tisches. Für den Beobachter in Bonn stellt sich ohnedies immer öfter die Frage nach der Rückkopplung zwischen der DDR-Bevölkerung und den neu gebildeten Parteien bzw. den Vertretern am Runden Tisch: Dürfte man BRD-Stimmen glauben, so tritt die DDR-Bevölkerung mit großer Mehrheit für die rasche Vollziehung der staatlichen Einheit ein, während die neuen Parteien noch von einem eigenen „3. Weg“ träumten!?

Was der über die Zeit Veränderungen unterworfenen Wille der DDR sein mag, entzieht sich der Beurteilung der Botschaft; es stellen sich gleichwohl die verschiedensten Fragen, die zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedliche Antworten finden könnten:

1 Der Schriftbericht wurde in Verfolg von Fernschreiben Nr. 25027 vom 6. Februar 1990 (siehe Dok. 118) und zu Fernschreiben Nr. 55010 (GZ. 22.17.01/31-II.1/90) vom 15. Februar 1990 (siehe Dok. 123, Anm. 1) erstattet. Er wurde am 22. Februar im BMAA von der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen. Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner verfügte am 23. Februar seine Weiterleitung an die österreichische Botschaft Berlin. Ebenfalls am 23. Februar zeichnete Legationsrat Marius Calligaris das Dokument mit dem Vermerk „SOFORT!“ ab. Im BMAA wurde der Bericht zudem der Abteilung II.3 vorgelegt, die ihn am 26. Februar als gesehen abzeichnete. Sämtliche Unterstreichungen wurden bereits durch Loibl in Bonn vorgenommen.

2 Modrow besuchte vom 13. bis 14. Februar 1990 mit einer DDR-Regierungsdelegation Bonn. Siehe Dok. 123.

– Werden die neu gewählten DDR-Parteienvertreter sich sofort der BRD überantworten wollen (oder unter dem Druck ihrer Bevölkerung müssen)?

– Wie würde sich der Einheitswille rechtlich artikulieren (z. B. durch Beitritts-erklärungen nach Art. 23 GG, durch Aushandlung einer neuen Verfassung gem. Artikel 146 GG, oder in ganz anderen Formen)?³

– Werden die „2 + 4“-Gespräche (und der Wunsch, etwa Polens, zur Teilnahme daran) verzögernd wirken?

Dass große Opfer der Bundesregierung zur Ermöglichung sozialistischer Experimente in der DDR nicht zustande kommen würden, war jedoch schon vor dem Besuch Modrows klar; und trotz gelegentlicher, parteipolitisch motivierter Kritik an BK Kohl wegen dieses Mangels an solidarischer Soforthilfe ist die westdeutsche Bevölkerung zunehmend irritiert über Forderungen des Runden Tisches, für die sie aufkommen müsste: Deutsche Einheit ist gut, aber kosten soll sie möglichst nichts.

Der im Bundeswirtschaftsministerium für Europafragen zuständige Staatssekretär Dr. Schlecht⁴ erwartete in einem Gespräch mit hiesigen EFTA-Botschaften eher eine rasche Vereinigung, die bisherigen Pläne für eine Währungs- und Wirtschaftsunion würden durch die Wirklichkeit überholt (ein 3-Stufenplan hatte z. B. als 2. Phase eine „österreichische Lösung“, d. h. die autonome Anbindung der DDR-Mark an die DM vorgesehen; vgl. die S. 14857 und 14860 aus dem beiliegenden Bundestags-Protokoll).⁵

Nach seiner Ansicht wäre unter EG-Gesichtspunkten ein DDR-Beitritt nach Art. 23 GG der einfachste Weg; dann würden (wenigstens theoretisch) keine zusätzlichen deutschen Kommissare, Beamte, Stimmrechte usw. fällig – nur die Proportionalität im EP⁶ müsste überdacht werden, insbesondere falls ihm originäre Rechte neu übertragen würden. Die Einheit über eine verfassungsgebende Versammlung (Artikel 146 GG) könnte dagegen völkerrechtliche Probleme schaffen – ein neu entstandener deutscher Staat müsste erst durch Verhandlungen in die EG aufgenommen werden usw.

3 GG = Grundgesetz. Der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß Artikel 23 stellte einen möglichen und den letztendlich beschrittenen Weg zur deutschen Einheit dar. Gemäß Artikel 23 galt das Grundgesetz seit 1949 „zunächst um Gebiete der Länder“ der Bundesrepublik. „In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“ Einen alternativen Weg zur Einheit bot Artikel 146, der die Ausarbeitung einer neuen gemeinsamen Verfassung vorsah.

4 Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (1973–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Das Protokoll liegt dem Bericht in Kopie bei. Siehe: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht 193. Sitzung am 7.2.1990, Plenarprotokoll 11/193, S. 14857–14860. Ein Abdruck des Protokolls der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag zum Stand der Soforthilfe für die DDR vom 7. Februar 1990 befindet sich in: Texte zur Deutschlandpolitik, III/8a – 1990, S. 57–68. Siehe auch Beratungen des Bundeskabinetts zur Deutschlandpolitik, 7. Februar 1990, in: Texte zur Deutschlandpolitik, III/8a – 1990, S. 53–56.

6 EP = Europäischen Parlament

Schlecht betonte, Bonn dürfe nicht den Eindruck erwecken, als dränge es die DDR zur Einheit; er räumte gleichzeitig ein, dass der DDR-Wahlkampf fast durch bundesdeutsche Politiker bestritten und die krisenhafte Situation im Lande täglich schlechter würde. Die – aus bundesdeutscher Sicht verständliche – Verweigerung einer solidarischen Soforthilfe (über bereits beträchtliche Zahlungen wie Devisenreisefonds usw. hinaus) könnte freilich aus Sicht der Botschaft der DDR-Bevölkerung ein Zusammengehen mit der BRD zwecks rascher Einlösung ihrer Wohlstandserwartung dringlicher nahelegen. Aber wer drängt dann eigentlich – die Bundesregierung oder die DDR-Bevölkerung?

Die Botschaft ist sich nicht sicher, wie weit die konkreten Überlegungen über die der DDR angebotene Währungs- und Wirtschaftsunion in der BRD bereits gediehen sind. Schlecht verwies auf den seinerzeitigen Beitritt der Saar mit der vom Bundestag datumsmäßig festgelegten Geltung des Grundgesetzes für das Saarland; die tatsächliche Übernahme des bundesdeutschen Rechtes erstreckte sich dann über etwa 3 Jahre.⁷ Mindestens so lange Übergangsregelungen wären auch für die DDR notwendig, und die Frage scheint berechtigt, ob nicht entsprechende Übergangsvereinbarungen auch im Verhältnis zur EG getroffen (ausgehandelt) werden müssten. Der ebenfalls anwesende, für den EG/EFTA-Prozess zuständige Ministerialrat Dr. Streit⁸ fragte jedenfalls laut, ob nicht auch in ein EG/EFTA-Abkommen entsprechende Anpassungs- und Übergangsbestimmungen betreffend die DDR aufgenommen werden müssten.

Die Saar war aber ein verhältnismäßig kleines Land (1 Mio. Einwohner) mit marktwirtschaftlichem System; die DDR dürfte hier Probleme ganz anderer Größenordnungen stellen, wozu nicht zuletzt die Frage kommt, ob und inwieweit die Eingliederung einer 40 Jahre sozialistisch geschulten Bevölkerung ideologisch-soziale Reibungen und politischen Bewusstseinsveränderungen dieser neuen Gesamtnation bewirken würde?

Staatssekretär Schlecht hielt die Einführung der DM als gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR zum Scheitern verurteilt, sofern nicht mindestens gleichzeitig umfassende Reformen in Richtung Marktwirtschaft durchgeführt werden: wenn diese Reformen nicht auch sofort „bis in die letzten Verästelungen“ erfolgen müssten, gehörten hiezu jedenfalls Wettbewerb, Preisfreigabe und Subventionsabbau, Gewerbefreiheit, Zulassung von Privateigentum, Aufbau eines privatrechtlichen

7 Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde das Saarland ein Teil der französischen Besatzungszone. Zwischen 1947 und 1956 war es als Teil der französischen Militärregierung im besetzten Deutschland einer eigenen Behörde unterstellt. Am 27. Oktober 1956 schlossen die Bundesrepublik und Frankreich den Vertrag von Luxemburg (Saarvertrag), der die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik zum 1. Januar 1957 ermöglichte. Vorausgegangen war eine Volksabstimmung am 23. Oktober 1955, in der die Mehrheit der Saarländer gegen das Saarstatut votierte, das ein europäisches Statut des Saarlands im Rahmen der Westeuropäischen Union vorsah. Eine wirtschaftliche Übergangszeit, in der Frankreich und das Saarland weiterhin eine Zoll- und Währungsunion darstellten, dauerte bis Juli 1959.

8 Streit, Mitarbeiter im Referat E A 3 (EG, Außenwirtschaftspolitik, Beziehungen zu den EFTA-Staaten) im Bundesministerium für Wirtschaft.

Bankensystems und die Zulassung freier Gewerkschaften. All dies wäre durch einen Beitritt gem. Art. 23 GG wesentlich leichter zu bewerkstelligen als durch Einigungsverhandlungen mit der DDR. Dennoch hielt Schlecht auch ein „Leitsätze-Gesetz“ (wie bei der Währungsreform 1948)⁹ für denkbar, das alle darin nicht ausdrücklich bestätigten Gesetze aufheben würde.

Ein weiteres Problem bildet Schlecht zufolge der mit der Währungsunion einzuführende Wechselkurs für laufende Zahlungen und für Vermögensbestände. Die DDR dürfe nicht mit zu hohen Lohn- und Produktionskosten beginnen; da aber sowohl Produktivität wie Löhne bei etwa 40–50 % der entsprechenden BRD-Werte liegen, könnte für die laufenden Zahlungen ein Kurs 1:1 riskiert werden. Angesichts der zu erwartenden kräftigen Preissteigerungen (Preisfreigabe und Subventionsabbau) und der planwirtschaftlich bestimmten, mit dem Markt nicht übereinstimmenden Lohnstruktur müssten dann über Betriebsvereinbarungen und Kollektivverträge branchenmäßig angepasste, marktkonforme Lohnniveaus hergestellt werden.

Der bundesdeutsche Steuerzahler müsse eine Arbeitslosenversicherung für die in „nennenswertem Ausmaß“ zu erwartende Friktionsarbeitslosigkeit in der DDR aufbauen, und die DDR-Renten müssten angesichts ihrer Minimallohne besser als 1:1 umgerechnet werden (ebenfalls zu Lasten des bundesdeutschen Steuerzahlers). Weiters bedürfe es erheblicher Hilfestellung für die öffentliche, wirtschaftsnahe Infrastruktur, was aber nicht nur aus Haushaltsmitteln bestritten, sondern durch langfristige, zinsgünstige Anleihen mitfinanziert werden könnte.

Kein bundesdeutscher Politiker will in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit von Steuererhöhungen zugeben; statt dessen wird von längerfristigen Investitionen, möglichen „Abgaben“ usw. gesprochen. Auch Schlecht wollte zunächst abwarten (bis nach den BRD-Wahlen 1990?!),¹⁰ ob nicht der zu erwartende Wachstumsschub (lt. EG-Berechnungen jährlich 1 % zusätzliches Wachstum für die BRD, und 0,25 bis 0,5 % für die gesamte EG), die Einstellung von Förderungsmaßnahmen (Zonenrand, Berlin usw.) und andere Haushaltsumschichtungen die DDR-Sanierung weitgehend selbst finanzieren könnten; gleichzeitig erwähnte er, dass der Finanzausgleich zwischen den Ländern völlig neu geregelt werden müsste (während z. B. Niedersachsen nach den bisherigen Kriterien DM 3 Mrd. erhält, würden diese Mittel in Hinkunft alle in die DDR gehen usw.).

Für Vermögenswerte müsste der Wechselkurs wegen des großen Geldüberhangs (bezogen auf die künftige Kaufkraft) eigentlich etwa bei 1:2 liegen, wobei ein Sockelbetrag mit 1:1 gewechselt werden könnte. Eine solche Abwertung wäre der DDR-Bevölkerung aber vermutlich nicht „zu vermitteln“ (die legendäre Wäh-

9 Das „Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“ (24. Juni 1948) ist nach wegweisenden Vorgaben der US-Besatzungsmacht eng mit dem Namen Ludwig Erhard verknüpft und regelte u. a. die Freigabe der Bewirtschaftung und der Preise. Ludwig Erhard, Bundeskanzler der Bundesrepublik (1963–1966), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Zu Artikel 23 des Grundgesetzes siehe bereits Anm. 3.

10 Am 2. Dezember 1990 fanden bereits die ersten gesamtdeutschen Wahlen statt.

rungs- und Preisreform L. Erhards in der BRD sei dagegen als „undemokratische“ Entscheidung durch die alliierten Besatzungsmächte verfügt und verantwortet worden!); einfacher und machbarer wäre vermutlich die Freigabe eines Sockelbetrages 1:1, und die Einfrierung der Sparkonten: Diese würden dann entweder schrittweise, entsprechend Produktion und Produktivität, freigegeben oder könnten gleich 1:1 in verzinste Papiere (Staatsanleihen; Investmentzertifikate zur Privatisierung von Staatseigentum) investiert werden – was wegen der sehr schwierigen Bewertung von Kombiatsanteilen voraussichtlich nur über eine Holding gehen würde (innerhalb derer sich die Bewertungsrisiken ausgleichen könnten).

Die obigen Ausführungen können nicht mehr zeigen, als dass innerhalb der Bundesregierung die Überlegungen zur Währungs- und Wirtschaftsunion schon im Gange sind; im Wirtschaftsministerium wurde unterdessen ein eigener „Leitungsstab Deutschlandpolitik“ zur innerministeriellen Koordinierung dieser Aufgabe gegründet. Und obwohl die Probleme sehr schwierig sind und wirklich vergleichbare Erfahrungen bisher fehlen, ist die Bundesregierung bereit und auch zuversichtlich, sich dieser ohnedies unausweichlichen nationalen Aufgabe erfolgreich stellen zu können.

Der Botschafter:

i. A.

(Loibl)

Dok. 126: Bericht. Die DDR-Führung findet sich mit der Einheit ab, 19.2.1990

Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 19. Februar 1990, 125-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/34-II.3/90¹

Deutsche Einheit; die Kapitulation (der DDR) (Info)

Der Leiter der Abteilung BRD im hiesigen Außenministerium, Botschafter Karl Seidel,² erklärte bei einer Vorsprache, dass die Presse beim Besuch Modrows in Bonn³ das wichtigste Ergebnis übersehen habe: die Vereinigung von DDR

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25040 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Dort wurde er am 20. Februar 1990 in der Abteilung II.3 in Vertretung von Legationsrat Josef Litschauer in Bearbeitung genommen, der die Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn, Moskau und Warschau sowie die österreichische Delegation Berlin, verfügte. Sämtliche Unterstreichungen erfolgten handschriftlich durch Litschauer. Zudem lag der Bericht weiteren Diplomaten der Sektion II vor.

2 Karl Seidel, Leiter der Abteilung BRD im MfAA der DDR (1970–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Modrow hatte am 13./14. Februar Bonn besucht. Siehe Dok. 123.

und BRD zu einem Bundesstaat⁴ sei klar entschieden worden. Lediglich die Fristen und Modalitäten dieser Vereinigung seien noch offen. Über Vertragsgemeinschaft, Konföderation oder den 10-Punkte Plan Kohls brauche somit nicht mehr geredet werden.

Bei den 10 bis 15 Milliarden D-Mark Solidarhilfe, die die DDR-Delegation verlangt habe, hätte es sich um Warenlieferungen zur Stabilisierung der Lage in der DDR gehandelt. Die BRD habe entschieden, die DDR weiter hinzuhalten und spiele bewusst darauf, dass sich die Situation in der DDR bis zum 18. März noch zuspitzt. Auch nach dem 18. März werde der Druck der BRD auf die DDR weiter zunehmen. Der DDR gehe es in den verbleibenden Wochen lediglich noch darum, ein allzu drastisches Zusammenwuchern nach Möglichkeit zu verhindern sowie die sozialen Aspekte der Einheit (Renten, Sparguthaben, Arbeitslosenversicherung in der DDR) möglichst abzusichern. Die Position der DDR sei jedoch äußerst schwach, wie es sich bereits beim Besuch Modrows in Bonn gezeigt habe.

Die Verhandlungen zur Währungsunion werden jetzt aufgenommen. Der Delegation der DDR gehörten die Minister Romberg,⁵ Eppelmann⁶ sowie der amtsführende Finanzminister⁷ und der Präsident der Staatsbank⁸ an.⁹ Die Währungsunion selbst werde von der neuen Regierung abgeschlossen werden. Nach dem Besuch Modrows in Bonn hätten sich die naiven Vorstellungen zum Teil geändert, dass am 19. März vor jeder Türe ein Golf stehen werde. Eine gewisse Ernüchterung über die unverzüglichen positiven Folgen einer Währungsunion sei eingetreten.

Entgegen mancher Beobachter rechnet der Gesprächspartner nicht damit, dass die SPD am 18. März die absolute Mehrheit gewinnen wird. Die SPD wird jedoch die relativ stärkste Partei sein und wie Ibrahim Böhme zuletzt erklärt hat, eine Koalitionsregierung eingehen. Er rechne am ehesten mit einer Koalition mit den Liberalen. Die PDS werde auf jeden Fall in der Opposition sein. Er bedauere, dass die linken Kräfte in der DDR sich immer weiter zersplitterten (links versteht Botschafter Seidel somit als links von der SPD). Die Linken und die Grünen in der DDR seien diejenigen, die davor warnen, dass die Einheit zu schnell kommt und zu einem Zusammenwuchern führen wird.

Die Frage der polnischen Westgrenze werde eher leicht gelöst werden, da es allen politischen Kräften in der BRD mit Ausnahme von einigen ganz am rechten Rand Angesiedelten klar sei, dass ohne Garantie der polnischen Westgrenze

4 Neben der Unterstreichung, zudem handschriftliche Hervorhebung am Seitenrand.

5 Walter Romberg, Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Hans Modrow (Februar–April 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Rainer Eppelmann, Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Hans Modrow (Februar 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Walter Siegert, amtsführender Minister für Finanzen ab 29. Jänner 1990 nach der Abberufung von Uta Nickel, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Horst Kaminsky, Präsident der Staatsbank der DDR (1974–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Die 1. Tagung der Expertenkommission fand am 20. Februar in Ost-Berlin statt.

die Einheit nicht kommen könne. Seidel rechnet damit, dass eine gesamtdeutsche Regierung bzw. ein gesamtdeutsches Parlament die polnische Westgrenze ausdrücklich anerkennen wird.¹⁰

Die inneren Voraussetzungen der deutschen Einheit seien weit gediehen, anders steht es jedoch mit den äußeren Maßnahmen. Modrow habe in seinem Konzept der Neutralität eines einheitlichen Deutschlands lediglich die militärische Neutralität verstanden.¹¹ Sowohl auf dem Territorium der DDR als auch auf dem der BRD stünden ausländische Truppen. Diese würden auch nach der Einheit für eine Übergangsphase dort bleiben. Auf Dauer sei es jedoch nicht vorstellbar, dass in einem einheitlichen Deutschland fremde Truppen stünden. Für die Sicherheit Europas sei es erforderlich, dass sowohl die USA als auch die Sowjetunion in Europa eingebunden bleiben. Auch die DDR habe sich über die äußere Konzeption der deutschen Einheit noch keine intensiven Gedanken gemacht. Eine Erweiterung der NATO bis an die Oder-Neisse-Grenze sei genauso undenkbar wie eine Zugehörigkeit eines einheitlichen Deutschlands zum Warschauer Pakt.

Die Sowjetunion habe nicht zuletzt in Ottawa grünes Licht für die deutsche Einheit gegeben.¹² Es bleibe ihr aufgrund der inneren Schwäche und Zerrissenheit¹³ auch kaum eine andere Wahl. Wichtig sei es, die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion nicht zu verletzen.¹⁴

Kohl dränge mit sehr großem Tempo zur deutschen Einheit und es ist damit zu rechnen, dass diese noch heuer, spätestens aber nächstes Jahr verwirklicht werde. 1992 werde das einheitliche Deutschland der EG angehören.¹⁵

Graf

10 Der gesamte Absatz wurde am Seitenrand durch Litschauer handschriftlich hervorgehoben. Seidels-Prognose war richtig. Zur polnischen Haltung siehe ausführlich Dok. 127.

11 Siehe Dok. 115–116.

12 Die „Open-Skies“-Konferenz der KSZE fand vom 12. bis 14. Februar 1990 in Ottawa statt. Am Rande dieser Konferenz wurde am 13. Februar 1990 eine grundsätzliche Einigung auf die 2+4-Formel für die Verhandlungen über die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung erzielt. Siehe Dok. 124.

13 Die Sowjetunion hatte nicht nur mit enormen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, sie war auch innenpolitisch erheblichen Spannungen ausgesetzt, nachdem sich vor allem im Baltikum die Unabhängigkeitsbestrebungen verstärkten. Am 23. August 1989 hatten rund 2 Millionen Menschen eine über 600 Kilometer lange Menschenkette von Tallinn über Riga bis nach Vilnius als Ausdruck ihres Strebens nach Unabhängigkeit gebildet. Am 11. März 1990 erklärte Litauen seine Unabhängigkeit, am 4. beziehungsweise 8. Mai 1990 folgten Lettland und Estland.

14 Dieser Absatz wurde am Seitenrand durch Litschauer mit einem Rufzeichen versehen.

15 Nicht zuletzt aufgrund des Zusatzprotokolls zu den Römischen Verträgen von 1957 (siehe dazu Dok. 69, Anm. 14) gehörte das Gebiet der DDR bereits zuvor dem „Gemeinsamen Markt“ und dann mit Vollzug der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 auch definitiv der EG an. Die Anwendung des EG-Rechts hatte bis Ende 1992 zu erfolgen. Siehe: Überleitung des Rechts der Europäischen Gemeinschaften auf das in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannte Gebiet (EG-Recht-Überleitungsverordnung) vom 28. September 1990, BGBl. 1990, I, Nr. 51 vom 2. Oktober 1990.

Dok. 127: Bericht. Die Haltung Polens zur Vereinigung Deutschlands, 19.2.1990

Botschafter Gerhard Wagner an BMAA, Warschau, 19. Februar 1990, Zl. 54-Res/89, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/46-II.3/90¹

Polnische Haltung zur Vereinigung Deutschlands²

1.) Die Haltung der Regierung Mazowiecki³ zur deutschen Frage ist im Grundsätzlichen immer unverändert gewesen: Den beiden Deutschland wird prinzipiell das Recht auf Selbstbestimmung, in Respektierung der bestehenden Verträge und der Schlußakte von Helsinki, zuerkannt. Hauptziel sei für Polen in diesem Zusammenhang die Garantie der bestehenden Grenzen in Europa und im besonderen der Westgrenze Polens. Gerne hätte man gesehen, dass die Schaffung eines vereinigten Europa der Vereinigung Deutschlands vorangeht; allenfalls könnten die Integration des großen Europas und die Vereinigung Deutschlands parallel erfolgen.

Für die Polen lag das Datum der deutschen Einigung bis vor kurzem noch in weiterer Ferne; erst in jüngster Zeit wurde der polnischen Seite klar, dass noch in diesem Jahr wesentliche Entscheidungen erfolgen könnten. AM Skubiszewski⁴ gewann, wie dem Unterfertigten von einem seiner Begleiter nach Bonn gesagt wurde, bei diesem Besuch⁵ den Eindruck, dass die Wahl zum Bundestag nicht

1 Der Bericht wurde im BMAA von der Abteilung II.3 durch Sachbearbeiter Legationsrat Josef Litschauer in Bearbeitung genommen, der am 27. Februar die Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn, Berlin und Moskau sowie die Delegation Berlin veranlasste. Vor Hinterlegung des Berichts nahmen noch die Abteilung II.1 (gesehen von Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner am 2. März) und die Abteilung II.7 (gesehen von mehreren Mitarbeitern am 6., 7. und 12. März) Einsicht.

2 Siehe dazu bereits Dok. 80, 91 und 100.

3 Tadeusz Mazowiecki, Ministerpräsident Polens (1989–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Krzysztof Skubiszewski, Außenminister Polens (1989–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Skubiszewski hatte vom 5. bis 8. Februar 1990 Bonn besucht. Die österreichische Botschaft Bonn berichtete, dass die Gespräche laut Auswärtigem Amt „erstmalig ohne atmosphärische Irritationen“ verlaufen waren: „1. Bilaterales: Die Verwirklichung der beim BK-Besuch in Polen unterzeichneten gemeinsame Erklärung geht dem AA zufolge gut voran. Verschiedene Abkommen seien schon in Kraft getreten; Polen habe den Investitionsvertrag bereits ratifiziert, die Bundesrepublik stehe kurz davor. Im wirtschaftlichen Bereich habe die BRD-Unterstützung bei IWF und Weltbank geholfen. Bonn wiederum sieht Fortschritte in der Lage der Deutschen in Polen [...]. Ungelöst sei weiterhin die erneut vorgetragene Frage der Zwangsarbeiterentschädigung: In Polen hatte der BK den Rechtsstandpunkt vorgetragen, jedoch weitere Überlegungen zugesagt. Diese Prüfung laufe derzeit, um unter Wahrung des Rechtsstandpunktes eine Lösung zu finden [...]. 2. Deutsch-deutsche Beziehungen: Über die privat und auf Deutsch geführten 4-Augen-Gespräche zwischen Genscher und Skubiszewski anlässlich eines Abendessens vor Beginn des offiziellen Besuches war das AA nicht informiert. Polen verfolge jedoch die Ereignisse um die deutsche Frage offensichtlich mit Interesse und

mehr, wie vorgesehen, im Dezember stattfinden könnte, sondern die Wahrscheinlichkeit für gesamtdeutsche Wahlen einige Monate später spricht.

2.) Die Rasanzt der Entwicklung bereitet der polnischen Seite zusätzlich Schwierigkeiten; der Frage der Vereinigung war man hier immer mit Unbehagen und Unruhe begegnet. Dies ist verständlich aus den geschichtlichen Erfahrungen Polens, und im besonderen, wenn man sich die furchtbaren Geschehnisse während des 2. Weltkriegs und die ungeheuren Verluste dieses Landes vor Augen hält; dies ist ja noch bei vielen Gesprächspartnern, die das am eigenen Leib verspürt und in der eigenen Familie erlebt haben, sehr gegenwärtig. Dazu kommt, dass die Propaganda der Kommunisten jahrzehntelang die Angst vor einem neuen Großdeutschen Reich geschürt hatte. So verwundert es nicht, dass selbst die Regierung Mazowiecki, die in einen intensiven Dialog mit der BRD in Richtung einer Aussöhnung eingetreten ist und die ganz bewusst den Weg in ein Europa der offenen Grenzen und der freien Bürger angetreten hat, diesbezüglich nicht ganz frei von

wachsendem Bedacht. Ohne sich dagegen zu stellen, fordere MP Mazowiecki unterdessen eine Beteiligung an den ‚2+4‘-Gesprächen. Skubiszewski habe Genschers Klarstellung begrüßt, das zu einigende Deutschland werde aus DDR, BRD und Berlin bestehen; er habe auch Genschers Erläuterungen begrüßt, daß die NATO sich nicht bis an die polnische Westgrenze ausdehnen würde; und der polnische Gast war dezidiert der Meinung, das neue Deutschland dürfe nicht neutral sein. Das Konzept der Neutralität hatte Skubiszewski in seinem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik ‚Die völkerrechtliche und staatliche Einheit des deutschen Volkes und die Entwicklung in Europa‘ als keine sichere Lösung für einen großen Staat im Herzen Europas bezeichnet, weil (lt. Deutung des AA-Vertreters)

- das Konzept unklare Elemente enthalte (Entmilitarisierung? Oder nur nationale, nicht eingebundene Streitkräfte?)
- Die Neutralisierung ein Konzept der Nachkriegsperiode (d. h. des kalten Krieges) sei, als die Besatzungsmächte Deutschland noch kontrollieren könnten; das wäre heute nicht mehr der Fall
- Die Erhaltung der Neutralität fraglich wäre, wenn dieser deutsche Staat sich künftig anders entscheiden sollte als die jetzige Führung (Angst vor einem solitären Deutschland, das durch niemanden zu bändigen ist)
- eine deutsche Isolierung unabsehbare Konsequenzen und Risiken beinhalte.

Persönlich war der Gesprächspartner überzeugt, ein vereintes Deutschland werde – wie Frankreich und Spanien – aus der militärischen NATO-Organisation ausscheiden.

3. Grenzen: In der gemeinsamen Pressekonferenz antwortete Skubiszewski auf eine Frage, er sei durch die Erklärung des Bundeskanzlers in Paris [siehe dazu Dok. 123, Anm. 3] und Genschers Ausführungen zufriedengestellt, nicht jedoch angesichts ‚gesellschaftlicher Gruppen in der BRD‘ (d. h. Vertriebenenorganisationen) und ‚gewisser bestehender Gesetze‘. [...] MP Mazowiecki strebe nun eine rechtliche, nicht nur politische Grenzerklärung an: Dabei spiele lt. AA deutlich die polnische Ablehnung eines neuen (fremdbestimmten) Jalta mit; wenn es aber dazu käme, wolle Polen mitvertreten sein. Hingegen glaubte der AA-Vertreter nicht, daß es sich bei diesem Verlangen um ein politisches Mittel zur Verzögerung der deutschen Einigung handle. Vielleicht komme aber hinzu, daß sich Polen durch die Entwicklung überannt fühle und durch das Verlangen nach Einbeziehung in die ‚2+4‘-Gespräche eine politische Atempause erhoffe. [...]“ Botschafter Friedrich Bauer an BMAA, Bonn, 19. Februar 1990, Zl. 85-Res/90, BMEIA, ÖB Bonn, RES-1990 (20st-5), Karton 64.

Reserven ist. Ein vereinigtes Deutschland stelle einen wirtschaftlich übermächtigen Nachbarn dar, der das westliche Polen Stück für Stück „aufkaufen“ und jederzeit auf die Grenzfrage, nicht zuletzt unter Hinweis auf die nunmehr anerkannte deutsche Minorität in Polen,⁶ zurückkommen könnte. Ein Chefredakteur sagte mir vor einigen Tagen, dass seine Zeitung Hunderte von Leserbriefen zu dieser Frage erhält. Für die innenpolitisch bedingte Haltung von BK Kohl zur Frage der polnischen Westgrenze (bei und nach seinem Besuch in Warschau)⁷ hat man hier kein Verständnis. Man hatte polnischerseits ein vorbehaltloses, eindeutiges Wort zur Oder-Neisse-Grenze, wenn nicht gar eine vorweggenommene völkerrechtliche Anerkennung erwartet, wobei die endgültige Garantie einem Vertrag mit Deutschland hätte vorbehalten bleiben können. Natürlich fürchtet die polnische Regierung auch, dass die Vereinigung die wirtschaftliche und politische Kraft der BRD so sehr in Anspruch nehmen wird, dass für Polen nur wenig der erwarteten Hilfe übrig bleibt.

Wiewohl die BRD für den Großteil der polnischen Bevölkerung sehr attraktiv ist, zeigt eine vor kurzem durchgeführte Meinungsumfrage,⁸ die durchaus repräsentativ sein dürfte, deutlich, wie man hier über die Vereinigung Deutschlands denkt. Nur 7 % der Polen stünden ihr positiv gegenüber, für 35 % wäre sie unangenehm, 17 % würden sie als sehr unangenehm betrachten. Der Unterfertigte kennt die Zahlen von ähnlichen Sondagen in anderen Nachbarstaaten der BRD nicht, kann sich aber ein ähnlich negatives Ergebnis nicht vorstellen.

3.) Polen beansprucht ein moralisches und politisches Recht auf eine Garantie seiner Westgrenze und möchte an den diesbezüglichen Verhandlungen, soweit seine Interessen berührt sind, aktiv teilnehmen.⁹

Mazowiecki und Skubiszewski haben dazu deutlich Stellung genommen, und auch Präsident Jaruzelski¹⁰ hat in die Debatte eingegriffen. Während allerdings Skubiszewski ursprünglich die Meinung gelten ließ, nach dem Vertrag von Warschau 1970¹¹ und dem von Görlitz¹² genüge der kommende KSZE-Gipfel,

6 Erst nach Abschluss des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags vom 17. Juni 1991 erhielt die deutsche Minderheit in Polen auch gesetzlich volle Rechte als nationale Minderheit.

7 Bundeskanzler Kohl war am 9. November 1989 zu einem mehrtägigen, aufgrund der Grenzöffnung unterbrochenen, und schließlich erst am 14. November abgeschlossenen Arbeitsbesuch nach Polen gereist. Vgl. Dok. 76.

8 Für die Ergebnisse der Umfrage siehe: Mieczysław Tomala, Polen und die deutsche Wiedervereinigung, Warschau 2004, S. 42–43.

9 Das dritte Ministerreffen der 2+4-Gespräche fand am 17. Juli 1990 unter polnischer Beteiligung in Paris statt. Siehe dazu Dok. 166.

10 Wojciech Jaruzelski, Präsident Polens (1989–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Zum „Warschauer Vertrag“ siehe Dok. 1, Anm. 17 und Dok. 57, Anm. 10.

12 Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der Oder-Neiße-Grenze vom 6. Juli 1950 („Görlitzer Vertrag“), siehe Dokumente zur Deutschlandpolitik II/3, S. 249–252.

um die polnische Westgrenze international „abzusegnen“, und in Ottawa¹³ lediglich das Interesse der Nachbarstaaten Deutschlands an den Einigungsgesprächen deponiert hat, treten Mazowiecki und auch Jaruzelski für eine gesonderte vertragliche Regelung und für eine unbedingte und aktive Teilnahme an den Verhandlungen der 4+2 ein. Mazowiecki hat sich besonders engagiert: er besteht auf einem Stimmrecht für Polen, soweit Fragen, die die Sicherheit Polens betreffend, behandelt werden. Es ist Mazowieckis Idee, mit der DDR einen Vertrag betreffend die Anerkennung der Grenze ehestmöglich auszuhandeln und zu paraphieren, der mit dem vereinigten Deutschland dann unterzeichnet bzw. ratifiziert werden sollte.¹⁴

Mazowiecki dürften vor allem innenpolitische Gründe zu seiner Haltung bewogen haben; er weiß, wie sehr diese Frage den einzelnen Polen berührt. Er mag

13 Die „Open-Skies“-Konferenz der KSZE fand vom 12. bis 14. Februar 1990 in Ottawa statt. Am Rande dieser Konferenz wurde am 13. Februar 1990 eine grundsätzliche Einigung auf die 2+4-Formel für die Verhandlungen über die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung erzielt. Siehe Dok. 124.

14 Die Frage der Grenzen wurde in der Bundesrepublik durch Kohl – trotz massivem internationalem Unverständnis für seine Position – vor allem aus innenpolitischen Gründen weiterhin rein juristisch argumentiert, wonach erst das geeinte Deutschland über seine Grenzen bestimmen könne. Gleichzeitig hatte er aber bereits klar zum Ausdruck gebracht, dass Deutschland die Grenzen nicht in Frage stellen würde (siehe Dok. 123, Anm.3). Polen konnte sich mit seiner hier ausgeführten Forderung nach dem gewünschten Prozedere für die Lösung dieser heiklen Frage weder gegenüber der Bundesrepublik, noch im Rahmen der 2+4-Gespräche im Juli in Paris (siehe dazu Dok. 166) durchsetzen. Der abzuschließende deutsch-polnische Grenzvertrag fand zwar Eingang in den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990 (siehe Dok. 170), unterzeichnet wurde er allerdings erst am 14. November 1990. Für den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen vom 14. November 1990“ siehe BGBl. 1991, II, S. 1328–1330. Die Ratifizierung erfolgte erst am 17. Oktober 1991 gemeinsam mit dem am 17. Juni 1991 unterzeichneten deutsch-polnischen Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag. Siehe auch: Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Bonn, 20. November 1990, Zl. 525-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.09.01/2-II.1/90: „Aus hiesiger Sicht wird als Summe all dieser Bemühungen eine deutliche Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen konstatiert. Mit der Ankündigung, noch vor Jahresende die SV-Pflicht für polnische Staatsbürger aufzuheben [...] sowie der raschen Unterzeichnung des Grenzvertrags seien von deutscher Seite – auch ‚psychologisch‘ – positive Vorleistungen erbracht worden. Dabei wird nicht vergessen, daß Polen als einer der ersten Ostseestaaten für den Verbleib des vereinten Deutschlands in der NATO plädiert hat, was den Meinungsbildungsprozeß in dieser Schlüsselfrage der deutschen Vereinigung wesentlich beeinflußt habe.“ Der Bericht der Botschaft Warschau hielt dem entgegen: „Eine bedeutende Schwierigkeit bleibt freilich auch nach Abschluß der Verträge bestehen, nämlich die, das auf Regierungsebene Vollzogene auch dem polnischen Volk begreiflich und selbstverständlich zu machen. Auch jüngste Meinungsumfragen bringen ja immer noch erstaunlich starke Ängste vor dem vereinigten Deutschland, vor der benachbarten Wirtschaftsmacht zutage. Das Argument eines möglichen Aufkaufs Polens durch deutsches Kapital [...] wird selbst durch das demonstrative Entgegenkommen von Kohl und Genscher nur sehr langsam entkräftet.“ Botschafter Gerhard Wagner an BMAA, Warschau, 16. November 1990, Zl. 328-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.09.01/1-II.1/90.

sich aber auch im Hinblick darauf, dass die Oder-Neisse-Grenze auf Jalta¹⁵ (wo Polen nicht vertreten war) und in Potsdam¹⁶ (wo nur das kommunistische Polen vertreten war) festgelegt wurde, gedrängt fühlen, bei der bevorstehenden definitiven Entscheidung Mitakteur zu sein. Mit dieser Haltung muss er sich auch gegen manchen engen Mitarbeiter durchsetzen, wie ein Gespräch zeigt, mit dem er Lech Wałęsa, der sich gegen eine Teilnahme an der Konferenz ausgesprochen hatte, umstimmte. Auf internationaler Ebene, so Mazowiecki, habe er von den USA, der UdSSR und Großbritannien Verständnis signalisiert erhalten, volle Unterstützung habe ihm MP Modrow bei seinem Besuch am 16.2.¹⁷ zugesichert.

4.) Nicht überraschend war, dass Warschau sich von allem Anfang an gegen die Neutralisierung des vereinigten Deutschland angesprochen hatte. Polen sieht immer noch eine große Gefahr darin, dass ein aus der NATO (vollständig) ausgegliedertes Deutschland sich früher oder später mit der UdSSR verbünden könnte und dass dies nur zulasten Polens gehen würde. Auch hier spielt die geschichtliche Erfahrung eine wichtige Rolle. Äußerungen von BK Kohl und AM Genscher nach der „historischen Entscheidung“ in Moskau,¹⁸ dass nunmehr die Chance zu einer langfristigen Partnerschaft zwischen UdSSR und einem wirtschaftlich starken Deutschland gegeben sei, würden hier in Gesprächen in diese Richtung interpretiert. Man möchte das vereinigte Deutschland in Bündnissen bzw. Organisationen eingebunden wissen. Die Genscher-Formel¹⁹ betreffend die Zukunft

15 Franklin D. Roosevelt (USA), Winston Churchill (Großbritannien) und Josef Stalin (UdSSR) trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 in Jalta auf der Krim zusammen. Es handelt sich um das zweite Treffen bei denen die „großen Drei“ über die europäische und globale Nachkriegsordnung berieten.

16 Die Potsdamer Konferenz fand vom 17. Juli bis 2. August 1945 statt. Siehe auch Dok. 69, Anm. 6–7. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 („Potsdamer Abkommen“) vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik II/1, S. 2102–2148.

17 Hans Modrow absolvierte am 16. Februar 1990 einen Arbeitsbesuch in Polen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die „Vereinigung der beiden Deutschlands, europäische Sicherheitsaspekte und im Besonderen die Frage der Westgrenze Polens“, wobei Ministerpräsident Modrow der polnischen Seite zusicherte, dass der Görlitzer-Vertrag „für die DDR nach wie vor bindend sei“ und die Vereinigung auf der Basis dieses Vertrages und des Vertrages von Warschau erfolgen könne“. Unterstützung fand Mazowiecki bei Modrow auch hinsichtlich seiner Forderung nach vollberechtigter Teilnahme Polens an den Gesprächen der 4+2 über die deutsche Vereinigung. Siehe den Bericht „Besuch Ministerpräsident Modrows in Warschau (16. Februar 1990)“ Botschafter Gerhard Wagner an BMAA, Warschau, 20. Februar 1990, Zl. 57-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.02/1-II.3/90. Siehe zum Gespräch zwischen Dr. Hans Modrow, und dem Vorsitzenden des Ministerrates der Republik Polen, Tadeusz Mazowiecki in Warschau (Auszug), 16.2.1990 (= Dokument 48), in: Die Außenpolitik der DDR 1989/1990, S. 474–476.

18 Kohl und Gorbatschow waren am 10./11. Februar 1990 in Moskau zu Gesprächen zusammengekommen. Siehe dazu bereits Dok. 119, Anm. 10 und 14.

19 Am 31. Januar 1990 hielt Genscher an der Evangelischen Akademie in Tutzing eine Rede, in der er sich vor allem zu Fragen der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und einer zukünftigen Bündniszugehörigkeit Deutschlands äußerte. Genscher erklärte, dass die Zugehörigkeit

der Bündnisse im vereinigten Deutschland, d. h. eine Option, die NATO und Warschauer Pakt eine Rolle zuweist, findet hier durchaus Zustimmung.

Interessant waren in diesem Zusammenhang Stimmen innerhalb der Regierung, die sich für einen vorläufigen Verbleib von W. P.-Truppen in Polen aussprachen, unter Hinweis darauf, dass die Stationierung bis zur Regelung der gesamt-europäischen Sicherheit im Interesse Europas sei und für weitere Verhandlungen von Polen positiv ins Spiel gebracht werden könnte. Vor kurzem erst waren Lech Wałęsa, aber auch Jaruzelski für deren Rückzug eingetreten. Die offizielle Haltung der Regierung zur Frage des Abzugs der sowjetischen Truppen sowohl aus Polen als auch aus der DDR stellt auf den Erfolg der Gespräche der 23 in Wien²¹ ab.

Der Botschafter:
(Wagner)

Dok. 128: Bericht. Besuch Genschers in Rom, 21.2.1990

Gesandter Walter Hagg an BMAA, Rom, 21. Februar 1990, Zl. 116-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/45-II.1/90¹

Deutsche Wiedervereinigung; Besuch AM Genschers in Rom am 21.2.1990² (Info)

Die Frage der deutschen Wiedervereinigung war Anlass eines Blitzbesuches AM Genschers in Rom am 21.2. Nachmittag. In den zweistündigen Gesprächen mit MP Andreotti und AM de Michelis konnte volles Einvernehmen erzielt werden, das Ergebnis kann wie folgt zusammengefasst werden:

eines geeinten Deutschland zur EG und zur NATO nicht in Frage steht. Er betonte aber auch, dass die Einbeziehung des Gebietes der DDR in die militärischen Strukturen der NATO die deutsch-deutsche Annäherung blockieren würde. Genscher vertrat die Ansicht, dass Ostdeutschland nicht in die militärische Struktur der NATO einbezogen werden dürfe. Siehe dazu bereits Dok. 116, Anm. 6. und Dok. 119, Anm. 12.

21 Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

1 Der Bericht erging im Verfolg des Fernschreibens Nr. 10025 als Fernschreiben Nr. 25040 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Dort wurde er am 26. Februar 1990 vom Leiter der Abteilung II.1 Gesandten Johann Plattner in Bearbeitung genommen, der die Depeschenweiterleitung Nr. 85136 an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin verfügte. Auch Legationsrat Marius Calligaris zeichnete den Bericht am 26. Februar ab.

2 Für das Gespräch Genschers mit Premierminister Giulio Andreotti und Außenminister Gianni de Michelis siehe Dokument 56, in: Die Einheit, S. 286–296.

1) Italien unterstützt die Wiedervereinigung Deutschlands voll, es obliege den beiden deutschen Staaten, die Frist hierfür festzusetzen, eventuelle Verzögerungen könnten zur Instabilität führen.

2) Bereits das Ergebnis des Treffens der EG-Außenminister in Dublin³ hat Italiens Besorgnis gemildert, die Frage der deutschen Wiedervereinigung bleibe der alleinigen Entscheidung durch die Siegermächte und die beiden deutschen Staaten überlassen. Durch das ggstl. Gespräch wurde nunmehr eine endgültige Klärung herbeigeführt.

3) Italien wird in verschiedenen Gremien Gelegenheit zu einer Mitsprache in der Frage der deutschen Wiedervereinigung haben. Dies beim außerordentlichen EG-Gipfel Ende April,⁴ im Rahmen der nächsten KSZE-Konferenz und in der NATO.

4) MP Andreotti und AM de Michelis werden ihre Unterstützung für eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten bei ihren Zusammentreffen mit Premierminister Thatcher am 23.2. zum Ausdruck bringen.⁵

Hagg

Dok. 129: Information. Frage der deutschen Einheit (Stand Februar), 21.2.1990

Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 21. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/35-II.1/90¹

Frage der deutschen Einheit (Stand Feber 1990)

Die Herstellung der deutschen Einheit ist zu einem der wichtigsten Themen der internationalen Politik geworden. Die deutsche Frage könnte Auswirkungen auf den Fortgang der Ost-West-Beziehungen und auf die Dynamik der europäischen

3 Am 20. Februar 1990 hatte in Dublin das Treffen der EG-Außenminister stattgefunden. Vgl. dazu Runderlass des Referatsleiters 200, von Jagow, 21. Februar 1990 (= Dokument 55), in: Die Einheit, S. 282–286.

4 Der EG-Gipfel fand am 28. April 1990 in Dublin statt.

5 Andreotti besuchte Thatcher am 23. Februar 1990 in London. Sie sprachen über den deutschen Einigungsprozess und dessen Auswirkungen auf die europäische Integration sowie die Lage in Südafrika. Siehe dazu: <http://www.margaretthatcher.org/document/108020> (zuletzt abgerufen am 31. Juli 2017).

1 Die Information wurde in der Abteilung II.1 des BMAA durch Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner und durch Gesandter Marius Calligaris erarbeitet und erging am 22. Februar 1990 an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, sämtliche Abteilungen der Sektion II und an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“. Vor Hinterlegung wurde sie in der Abteilung II.1 am 6. März 1990 noch durch Legationsrat Werner Brandstetter abgezeichnet.

Integration haben. Ob bzw. inwieweit sie die genannten Entwicklungen beeinträchtigen wird, ist zur Zeit nicht absehbar.

1) Die Mitverantwortung der 4 Mächte:

Während die ehemaligen Siegermächte bis Ende der 40er-Jahre an der These festhielten, Deutschland nie mehr erstarken zu lassen (in den Protokollen über die Konferenzen von Jalta² und Potsdam³ ist von der „Zerstückelung Deutschlands“ die Rede!), wurde nach dem Auseinanderbrechen der Siegerkoalition im „Vertrag über die Beziehungen zwischen der BRD und den 3 Mächten“ (1952) festgehalten, daß die drei Westmächte „Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung weiter innehaben.“⁴ Die Unterzeichnerstaaten werden zusammenwirken, um ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen:

„Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“

Anläßlich des NATO-Beitritts der BRD gaben die 3 Westmächte eine Erklärung ab, wonach eine „friedensvertragliche Regelung für Gesamtdeutschland, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden legen soll, ein wesentliches Ziel ihrer Politik bleibt“. Diese Erklärung wurde von allen NATO-Staaten anerkannt.⁵

2 Franklin D. Roosevelt (USA), Winston Churchill (Großbritannien) und Josef Stalin (UdSSR) trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 in Jalta auf der Krim zusammen. Es handelt sich um das zweite Treffen bei denen die „großen Drei“ über die europäische und globale Nachkriegsordnung berieten.

3 Die Potsdamer Konferenz fand vom 17. Juli bis 2. August 1945 statt. Siehe auch Dok. 69, Anm. 6–7. Für den Wortlaut des Communiqués vom 2. August 1945 („Potsdamer Abkommen“) vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik II/1, S. 2102–2148.

4 Bei dem „Vertrag über die Beziehung zwischen der BRD und den Drei Mächten“ (auch General-Vertrag bzw. Deutschlandvertrag genannt) handelt es sich um einen am 26. Mai 1952 geschlossenen Vertrag zwischen der Bundesrepublik und den West-Alliierten Frankreich, Großbritannien und den USA, der das bis dahin geltenden Besatzungsstatut ablöste und die Unterzeichner zur Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluss einen Friedensvertrag für Gesamtdeutschland verpflichtete. In Artikel 7 Absatz 1 heißt es: „Die Unterzeichnerstaaten sind sich darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. [...]“, vgl. BGBl. 1955 II, S. 306–320, hier S. 309. Siehe dazu auch bereits Dokument 69, Anm. 9.

5 Zu diesem unter V./3. festgehaltenen Ziel hatten sich sämtliche NATO-Staaten seit der Schlussakte der Londoner Neunmächtekonferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 durchgängig bekannt. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik II/4, S. 459–465. Siehe dazu auch bereits Dok. 63, Anm. 4. Das „Communiqué über die 16. Tagung des Nordatlantikrates“ vom 9. bis 11. Mai 1955, deren Eröffnungssitzung dem Beitritt der Bundesrepublik gewidmet war hielt fest: „Der Rat sprach ferner die Hoffnung aus, daß derartige Verhandlungen [zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs] dazu beitragen werden, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu verwirklichen [...]“. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik III/1, S. 31–32.

Im 4-Mächteabkommen über Berlin (1971)⁶ werden die gemeinsamen Rechte und Verpflichtungen der ehemaligen Siegermächte im Bezug auf Berlin festgelegt. Die 4 Mächte haben in Berlin Streitkräfte stationiert.

2) Die BRD und die deutsche Einheit:

In der Präambel zum Grundgesetz⁷ wird das gesamte deutsche Volk aufgefordert, „in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“.

Im Brief zur deutschen Einheit (1970) hat die BRD ihren Anspruch auf Wiedervereinigung bekräftigt („... auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“).⁸

Jede BRD-Regierung muß sich daher verpflichtet fühlen, auf die Erlangung der deutschen Einheit hinzuwirken.

Die Aufrechterhaltung des Wiedervereinigungsanspruchs findet auch in Zusatzserklärungen der BRD zu den Römer Verträgen ihren Niederschlag. (Vorbehalt einer allfälligen DDR-Zugehörigkeit zur EG;⁹ innerdeutscher Handel; Nicht-erkennung einer ostdeutschen Staatsbürgerschaft)

3) Grenzfrage und Sicherheitsaspekte:

Die 3 Westmächte haben die durch die „Westverschiebung“ Polens entstandene Oder-Neisse-Grenze nie als definitiv angesehen, sondern die endgültige Festlegung der geographischen Grenzen eines künftigen Gesamtdeutschlands einem abzuschließenden Friedensvertrag vorbehalten.¹⁰

6 Siehe Dok. 1, Anm. 15.

7 Für den Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes siehe Dok. 20, Anm. 13.

8 Zum „Brief zur deutschen Einheit“ siehe Dok. 69, Anm. 13.

9 Siehe dazu Dok. 69, Anm. 14.

10 Zu den alliierten Positionen in der Frage der Verschiebung der deutsch-polnischen Grenze vor der Teilung Deutschlands siehe: Hanns Jürgen Küsters, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000, S. 218–222, 280, 283, 287, 289, 291, 350, 356–358, 362, 407. De facto wurde im Endeffekt die Westverschiebung Polens gemäß der im Potsdamer Abkommen festgelegten Grenzen auch seitens der westlichen Alliierten akzeptiert, jedoch blieb die Regelung der Ostgrenzen eines zukünftigen einheitlichen Deutschlands einem Friedensvertrag vorbehalten. Daran hatten weder die von der Bundesrepublik geschlossenen Ostverträge noch andere Abkommen etwas geändert, da der Friedensvertrag noch ausstand und 1990 nicht mehr über einen Friedensvertrag verhandelt wurde. Der einschlägige Wortlaut des Potsdamer Abkommens lautete: „Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens, die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig,

In den sogenannten Ostverträgen¹¹ werden die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und der Verzicht auf Gebietsansprüche stipuliert; gleichzeitig wird aber das Fortbestehen der Gültigkeit jener Verträge festgestellt, in denen die endgültigen Grenzen einem künftigen Friedensvertrag vorbehalten bleiben.

Unsicherheit in der Grenzfrage wird auch dadurch ausgelöst, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 31.7.1973¹² vom Fortbestand Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 (also inklusive der früheren deutschen Ostgebiete) ausgeht.

In der KSZE-Schlußakte wird zwar die Unverletzlichkeit der Grenzen festgelegt, Grenzänderungen auf friedlichem Wege werden aber nicht ausgeschlossen.

Aus diesem Grunde verlangen vor allem die Sowjetunion und Polen Grenzgarantien. Die Westmächte haben auf Grund der o.e. Verträge ein Mitspracherecht.

Die BRD forciert die Herstellung der deutschen Einheit sowohl in der Erkenntnis, daß die historische Gelegenheit nicht verpaßt werden darf, als auch unter dem Druck des starken Übersiedlerstroms (1989 insges. 340.000; seit Beginn laufenden Jahres 85.000).¹³ Die Bonner Regierung anerkennt das Sicherheitsbedürfnis der SU, will die deutsche Einheit in die europäische Gesamtentwicklung eingebettet wissen, lehnt aber die von SU vorgeschlagene Neutralisierung ab. BK Kohl hat das Verlangen nach definitiver Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze aus innenpolitischen Gründen (Verlust von Wählern an die Republikaner, Vorwurf des „Ausverkaufs deutschen Bodens“), aber auch aus der Überlegung heraus abgelehnt, daß Grenzerklärungen nur von einer gesamtdeutschen Regierung abgegeben werden könnten.

Grundsätzliche Einigung besteht darüber, daß im Falle der Herstellung der deutschen Einheit und eines Verbleibs Deutschlands im NATO-Bündnis der Wirkungsbereich der westlichen Allianz nicht auf das heutige Territorium der DDR ausgedehnt werden soll (d. h. keine Stationierung von integrierten NATO-Verbänden). Noch nicht geklärt ist, ob – zumindest für eine Übergangszeit – ein Teil der in der DDR stationierten Sowjettruppen dort verbleiben soll. AM Genscher hat angedeutet, daß die BRD grundsätzlich nicht abgeneigt wäre, entsprechende sowjetische Sicherheitsforderungen für eine gewisse Zeit zu akzeptieren.

Durch die sich abzeichnende deutsche Einheit und den damit zu erwartenden Abzug eines Großteils der sowjetischen Verbände aus der heutigen DDR (ca. 365.000 Mann) scheint auch die kürzlich zwischen den USA und der SU vereinbarte Höchstzahl der jeweils in Mitteleuropa stationierten Truppen von

unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.“ Zur Potsdamer Konferenz siehe bereits Dok. 69, Anm. 6.

11 Zu den Ostverträgen siehe bereits Dok. 1, Anm. 17.

12 Siehe Dok. 61, Anm. 6.

13 In den letzten vier Monaten des Jahres 1989 hatten jedenfalls noch gegen 180.000 Menschen die DDR verlassen. Die Zahlen für Jänner 1990 betrugen laut Statistischem Amt der DDR mehr als 40.000. Vgl. dazu Die Einheit, Dokument 37, Anm. 8.

195.000 Mann¹⁴ problematisch (zumal die sowjetischen Verbände auch aus der ČSSR abgezogen werden sollen). Im Falle einer deutschen Einigung wird diese Zahl einer Revision unterzogen werden müssen.¹⁵

Sowjetunion: Die Haltung des Kreml ist – wohl in der Erkenntnis, daß die Entwicklung zur deutschen Einheit nicht aufgehalten werden kann – durch starke Konzessionen in dieser Frage gekennzeichnet. Nach wie vor aufrecht ist die sowjetische Forderung nach Einbettung der Herstellung der deutschen Einheit in den gesamteuropäischen Prozeß und das Verlangen von Grenzgarantien.

Die ursprüngliche Forderung nach Neutralisierung Gesamtdeutschlands wurde zwar formal nicht gänzlich fallengelassen (jüngste Erklärungen von AM Schewardnadse),¹⁶ der Kohl-Besuch in Moskau¹⁷ ergibt jedoch den Eindruck, daß die SU de facto nicht beabsichtigt, diese als *conditio sine qua non* aufrechtzuerhalten.

(Es stellt sich in diesen Zusammenhang übrigens die Frage, ob den sowjetischen Sicherheitsinteressen bei einer festen Verankerung Deutschlands im westlichen Bündnissystem (Kontrollfunktion!) nicht in stärkeren Maße Rechnung getragen wird, als im Falle einer Neutralisierung Deutschlands.)

Ständig neue Anregungen aus Moskau (zuletzt: Nur ein Friedensvertrag könne den Status Deutschlands in Europa bestimmen¹⁸) lassen den Schluß zu, daß sich die sowjetische Führung bisher zu keiner definitiven Haltung durchgerungen hat.

Die Haltung der Westmächte läßt sich wie folgt charakterisieren:

14 Die USA und die Sowjetunion vereinbarten am 13. Februar 1990 in Ottawa am Rande der „Open Skies“-Konferenz eine beiderseitige Truppenreduktion in Mitteleuropa auf je 195.000 Mann. Vgl. Europa-Archiv 1990, Z 52.

15 Michail Gorbatschow hatte am 7. Dezember 1988 vor der UNO-Generalversammlung angekündigt, einseitig und unabhängig von den Verhandlungen über konventionelle Rüstung die sowjetischen Streitkräfte insgesamt um 500.000 Mann zu reduzieren. Aus der DDR, der Tschechoslowakei und Ungarn sollten 5000 Panzer und 50.000 Mann abgezogen werden (siehe dazu bereits Dok. 57, Anm. 18). Bereits im Herbst 1989 waren in Ungarn und der Tschechoslowakei Forderungen nach einem vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen laut geworden. Bereits am 26. Februar 1990 unterzeichneten der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse und sein tschechoslowakischer Amtskollege ein Abkommen über den Abzug der Truppen bis Juli 1991. Am 10. März 1990 unterzeichneten Schewardnadse und der ungarische Außenminister Gyula Horn ein Abkommen über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Ungarn bis zum 30. Juni 1991. Vgl. dazu die Zusammenstellung in: Die Einheit, Dokument 44, Anm. 12.

16 Siehe dazu Dok. 117, Anm. 15 und Dok. 117, insbesondere Anm. 7.

17 Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher besuchten vom 10. bis 11. Februar 1990 Moskau. Siehe dazu bereits Dok. 119, Anm. 10.

18 Gorbatschow legte in einem Interview mit der Prawda vom 20. Februar 1990 folgendes dar: „Noch gibt es keinen Friedensvertrag mit Deutschland. Und nur dieser kann den Status Deutschlands innerhalb der europäischen Struktur in völkerrechtlicher Hinsicht endgültig festlegen.“ Für den deutschen Wortlaut, vgl. Interview Gorbatschow mit der Pravda am 21. Februar 1990 (= Dokument 78), in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 345–349. Für die Einschätzung des Interviews durch das BMAA siehe: Information. Deutsche „Wie-

USA: Unter den 3 Westmächten die positivste Einstellung zur deutschen Einheit. Hauptinteresse ist die feste Einbettung eines vereinigten Deutschland in die NATO. Zum Unterschied von Großbritannien und Frankreich treten die Befürchtungen vor einem künftigen Übergewicht Deutschlands in Europa oder vor negativen Konsequenzen für den EG-Integrationsprozeß zurück.

Großbritannien: Bemerkenswerte Haltungsänderung angesichts der unaufhaltsamen Entwicklung. Aber Warnungen PM Thatchers vor zu schnellem Vorgehen.¹⁹ Britisches Interesse, als Siegermacht des 2. Weltkrieges den Einigungsprozeß mitzubestimmen. Unausgesprochene Befürchtungen vor einem deutschen Übergewicht in Europa; Forderung nach Anerkennung der polnischen Westgrenze; Ablehnung einer Neutralisierung Deutschlands.

Frankreich: Befürchtungen, daß Einigungsprozeß den EG-Integrationsprozeß bremsen könnte und die BRD nunmehr ersterem zu große Priorität einräumt. Daher Vorschlag Mitterrands, die Schaffung einer EG-Währungsunion mit der Schaffung der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion zu koordinieren. Bestehen auf Mitspracherecht am deutschen Einigungsprozeß. Unbehagen vor deutschem Übergewicht in Europa; Forderung nach Anerkennung der polnischen Westgrenze. Ablehnung der Neutralisierung Deutschlands.

4) Die wirtschaftlichen Aspekte:

BK Kohl hat in seiner Regierungserklärung vom 15.2.1990²⁰ darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftskraft der DDR (ca. 1/4 der Einwohnerzahl und über 1/3 der geographischen Ausdehnung der BRD) ungefähr jener des mittelgroßen Bundeslandes Hessen entspreche; das in einem einzigen Jahr in der BRD neu geschaffene

der“-Vereinigung; Interview von Michail Gorbatschow am 21.2.1990, Gesandter Sucharipa, Wien, 27. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/41-II.3/90. Dort wurde das Prawda-Interview als „zentrale Sprachregelung“ interpretiert, die folgendes beinhaltet: 1) Das Selbstbestimmungsrecht wird anerkannt; eine „Infragestellung der Grenzen“ anderer Staaten ist ausgeschlossen“. 2) Es wird ein „Friedensvertrag“ im Viermächte-Rahmen angestrebt. 3) Die militärisch-politischen Bündnisse müssen zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts bestehen bleiben. 4) Der „2+4“-Verhandlungsmechanismus“ muss mit dem „gesamteuropäischen Prozeß synchronisiert werden“; Verständnis für die Sorgen anderer Länder. „Gorbatschow wie Schewardnadse verwehren sich gegen westliche Absprachen über die Deutschlandfrage ohne vorherige Konsultation der SU.“

- 19 Premierministerin Thatcher unterstrich diesen Wandel in einer Anfragebeantwortung im britischen Unterhaus am 8. Februar 1990, als sie bezüglich der deutschen Wiedervereinigung von einer „transition stage“ im Gegensatz zu einer noch zuvor postulierten „lengthy transition period“ sprach. Siehe dazu Dok. 122. Siehe auch das Interview Thatchers im *Corriere della Sera* vom 21. Februar 1990, in dem sie auf die polnischen Forderungen und einen Friedensvertrag mit Deutschland einging, vgl. Vorlage des Leiters des Planungsstabs, Citron, für Bundesminister Genscher, 23. Februar 1990 (= Dokument 59), in: Die Einheit, S. 301–303, Anmerkung 5.
- 20 Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Erklärung der Bundesregierung über die Gespräche des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Gorbatschow und DDR-Ministerpräsident Modrow, in: Texte zur Deutschlandpolitik III/8a S. 107–122.

Geldvermögen entspreche ungefähr dem gesamten Bestand der Spareinlagen in der DDR. Wenn es gelänge, nur einen Teil des jährlichen BRD-Kapitalexportes (100 Mrd. DM) in die DDR zu leiten, könnte dies bereits starke wirtschaftliche Impulse bewirken.

Trotz des gewaltigen wirtschaftlichen Nachholbedarfes der DDR (gegenüber dem westdeutschen Standard fehlen beispielsweise 3,6 Mio. Kraftwagen, 8 Mio. Telefonanschlüsse und 600 Mrd. DM für Wohnraum) dürfte die Sanierung der DDR-Wirtschaft mittelfristig zu bewältigen sein, zumal das Bruttosozialprodukt das 10-fache der DDR beträgt und auch andere ausländische Investitionen in einen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien umzuformenden Wirtschaftsraum fließen würden. Der Vollständigkeit halber sei festgehalten, daß BRD-think tanks zufolge die Kombination von BRD-Kapital und BRD-Know-how mit dem hohen Ausbildungsstandard der DDR-Arbeitnehmerschaft zu einem zweiten deutschen Wirtschaftswunder führen könnte.

Ein Sonderproblem stellen die eingegangenen Lieferverpflichtungen der DDR (Konsumgüter) an die Sowjetunion dar. Von BRD-Seite wurde zu verstehen gegeben, daß man im Falle einer deutschen Einigung bereit wäre, in diese Verpflichtungen einzutreten.

5) Mögliche künftige Entwicklung:

Die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion soll nach den DDR-Wahlen an 18. März 1990 zügig vorangetrieben werden (gewisse Vorarbeiten werden durch bestehende Kommissionen schon jetzt in Angriff genommen).²¹

Im April 1990 soll ein Gipfel zur Frage der deutschen Einheit stattfinden, der sich mit deren Konsequenzen für die Gemeinschaften befassen wird.²²

Die 4 Siegermächte des 2. Weltkriegs und die beiden deutschen Staaten (Formel „2+4“) haben sich bei der „open skies“-Konferenz in Ottawa am 14. Februar 1990²³ darauf geeinigt, eine Konferenz abzuhalten (voraussichtlich noch im Frühjahr 1990),²⁴ um die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit, einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten, zu besprechen. Vorbereitende Kontakte auf Beamtenebene sollen schon in Kürze aufgenommen

21 Die 1. Tagung der Expertenkommission hatte am 20. Februar in Ost-Berlin stattgefunden. Vgl. dazu mit Stand 13. März 1990: Zwischenbericht der Expertenkommission zur Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (= Dokument 219A), in: Deutsche Einheit, S. 948–950.

22 Die Sondertagung des Europäischen Rats fand am 28. April 1990 in Dublin statt.

23 Die „Open-Skies“-Konferenz der KSZE fand vom 12. bis 14. Februar 1990 in Ottawa statt. Am Rande dieser Konferenz wurde am 13. Februar 1990 eine grundsätzliche Einigung auf die 2+4-Formel für die Verhandlungen über die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung erzielt. Siehe Dok. 124.

24 Das erste 2+4-Außenministertreffen fand erst am 5. Mai 1990 in Bonn statt. Siehe dazu Dok. 149–150.

werden.²⁵ Hierbei wurde gleichzeitig implizit zum Ausdruck gebracht, daß die Gestaltung der inneren Aspekte der Einheit durch die beiden deutschen Staaten selbst vorgenommen werden soll.

Das Ergebnis der „2+4“-Konferenz könnte dann einem KSZE-Sondergipfel unterbreitet und sanktioniert werden.

Plattner m. p

Dok. 130: Bericht. Sowjetische Ängste vor einer überstürzten Einheit, 22.2.1990

Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Moskau, 22. Februar 1990, Zl. 118-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/43-II.3/90¹

Die Angst der SU vor einer Überstürzung der deutschen Wiedervereinigung und der Störung des Gleichgewichts in Europa

Bei dem kürzlichen Blitzbesuch von BK Kohl und AM Genscher in Moskau² hatte es den Anschein, dass sich Moskau und Bonn auf eine mehr oder minder gemeinsame Marschroute betreffend den obigen Fragenkomplex geeinigt hätte.

In der Zwischenzeit hat man hier offensichtlich den Eindruck gewonnen, dass die Dinge angesichts der innerdeutschen Dynamik außer Kontrolle geraten könnten, wenn man nicht von hier aus kräftig auf die Bremse tritt. AM Schewardnadse hatte am 19. Februar in der „Iswestija“³ und gestern Präsident Gorbatschow in der „Prawda“⁴ zu diesem Problem Stellung genommen.⁵

25 Siehe dazu bereits Dok. 124, Anm. 12.

1 Der Bericht erging als Funkdepesche Nr. 25079 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektion II und die Abteilung II.7 gerichtet. Er wurde am 23. Februar in der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen. Am 26. Februar erfolgt auf Veranlassung von Abteilungsleiter Gesandten Ernst Sucharipa die Weiterleitung als Ziffern-Depesche Nr. 85132 an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin sowie die Delegation Berlin. Die Legationsräte Josef Litschauer und Hans Peter Manz sowie Mag. Kofler wurden mit der weiteren Verwertung des Berichts beauftragt. Sie zeichneten das Dokument nacheinander vom 26. bis zum 28. Februar ab. Sämtliche Unterstreichungen erfolgten im BMAA.

2 Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher besuchten vom 10. bis 11. Februar 1990 Moskau. Siehe dazu bereits Dok. 119, Anm. 10.

3 Siehe dazu Dok. 117, Anm. 15 und Dok. 117, insbesondere Anm. 7.

4 Zu Gorbatschows Äußerungen in der Prawda siehe Dok. 129, Anm. 18. Die TASS-Meldung vom 20. Februar 1990 liegt dem Akt bei.

5 Dieser Absatz wurde in der Abteilung II.3 von zwei Personen handschriftlich am Seitenrand markiert.

Ich hatte vorgestern Gelegenheit, mich über diese Frage mit VAM Adamyschin,⁶ der für Westeuropa zuständig ist und mit Herrn Falin,⁷ dem Leiter der internationalen Abteilung des ZK, einen der wichtigsten Deutschland-Spezialisten der Sowjetunion über diesen Fragenkomplex zu unterhalten und daneben auch die einschlägigen Meinungen führender sowjet. Journalisten zu hören. Die geäußerten Stellungnahmen und Ansichten sind weitgehend gleichlautend und scheinen von einer zentralen Sprachregelung auszugehen.⁸ Ich möchte im Nachfolgenden punktuell die wichtigsten Facetten der sowjet. Auffassungen und Reaktionen in ihrem aktuellen Stand anführen:

1) Das Hauptproblem ist nicht die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern das mögliche Wiedererwachen des Geistes des Militarismus und die Hintanhaltung einer neuerlichen von Deutschland ausgehenden Kriegsgefahr. In dieser Hinsicht hat die sowjet. Führung eine Verpflichtung vor ihrem eigenen Volk, welche keiner Revision unterliegen kann. Die Politik jedes Landes hat gewisse Konstanten und dies ist eine davon.⁹

2) Die Infragestellung der Resultate des Zweiten Weltkrieges ist für die SU ein „sehr wunder Punkt“. Ein „Anschluss“ der DDR an die Bundesrepublik würde in der Sowjetunion sehr schlecht aufgenommen werden. Die jetzige Führung der SU sucht eine vernünftige politische Lösung für dieses Problem unter Ausschluss von Gewaltanwendung. Eine vernünftige Linie Moskau setzt aber voraus, dass auch „die anderen“ eine vernünftige Linie einhalten. Wenn die anderen (so wörtlich) eine „Sturm und Drang“-Lösung ansteuern, dann riskieren die, dass auch „bei uns“ eine solche Sturm- und Drang-Entscheidung erfolgt, was für alle Teile schlecht wäre. Die Frage, welche Garantie die SU gegen den Revanchismus und Grenzveränderung erhalten könnte, zog sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche.¹⁰

3) Die militärisch-politischen Interessen der SU müssen berücksichtigt werden. Der Eintritt des vereinigten Deutschland in die NATO würde diesen Interessen widersprechen.¹¹ Die bis jetzt gemachten Vorschläge, wie z.B. Einschluss ganz Deutschlands in die NATO mit gleichzeitiger Entmilitarisierung der DDR konveniert der Sowjetunion nicht. Dazu Schewardnadse: „Die Welt ändert sich mit schwindelerregender Schnelligkeit: was wird, wenn in Frankreich oder

6 Anatolij L. Adamyschin, Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Valentin Falin, Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU (1988–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Bei dieser Unterstreichung handelt es sich um eine handschriftliche Unterwellung, vermutlich durch Sucharipa.

9 Dieser Absatz wurde in der Abteilung II.3 von zwei Personen handschriftlich am Seitenrand markiert.

10 Das Wort „Grenzveränderung“ wurde zudem handschriftlich eingekreist.

11 Die ersten beiden Sätze dieses Absatzes wurden am Seitenrand handschriftlich markiert

England eine Diktatur ausbricht, oder in der SU? Auch in Polen ist dies nicht ausgeschlossen....“¹²

4) Beide deutschen Staaten sollten etappenweise aus den Militärblocks austreten, in diesem Sinne wäre die Neutralität zu verstehen. Hinsichtlich des Begriffs Neutralität scheinen von sowjet. Seite gewisse Begriffsverwirrungen vorzuliegen. So setzte Herr Falin das von ihm vorgebrachte Konzept der Neutralität mit dem Begriff einer „Nichtangriffsfähigkeit“ gleich: keine Atomwaffen auf deutschem Boden, aber auch keine völlige Entmilitarisierung, sondern bewaffnete Streitkräfte, die zwar zur Verteidigung genügen, aber keine konventionelle Erstschlagkapazität beinhalten. Aber offensichtlich befinden sich die bei den hiesigen Diskussionspartnern oft synonym verwendeten Konzepte „Neutralität“ und „verminderte Militarisierung“ – Begriffe die völkerrechtlich gesehen in ganz verschiedene Schubladen gehören – noch im Stadium der internen Beratung und enthalten noch einiges Spielmaterial für Verhandlungen.¹³

5) Hinsichtlich der in Ottawa grundsätzlich beschlossenen Gespräche der 4 Mächte und der beiden deutschen Staaten¹⁴ gibt es hier bereits neue Schlagworte, so werden diese 6 Länder zusammen als die „6-er Gruppe“ bezeichnet („schestjorka“) wobei schon klare Präferenzen hinsichtlich des zeitlichen Ablaufes vorgebracht werden: die SU tritt für die Formel 4+2 ein, d.h. dass zuerst die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges untereinander verhandeln und dann die beiden deutschen Staaten hinzuziehen (Formel 4+2). Die von BRD-Seite vorgebrachte Präferenz, dass zuerst zwischen den beiden deutschen Staaten nach den Wahlen diese Frage behandelt werden soll (also 2+4), wird hier heftig abgelehnt. AM sagt hiezu, das würde bedeuten, dass zuerst die beiden deutschen Staaten, bei denen der BRD das Übergewicht zukommt, eine Regelung festlegen. Dies müsste dann praktisch von den Vieren und nachher von ganz Europa im Rahmen der KSZE angenommen werden. Diese Prozedur würde die Interessen der übrigen europäischen Staaten und v.a. auch der SU beeinträchtigen. (Herr Adamyschin meinte in diesem Zusammenhang, man müsste an das Problem mit „Phantasie“ herangehen. Alle Möglichkeiten müssten durchdacht werden. Also könnte man z.B. auch über die Variante nachdenken, dass beide deutsche Staaten bzw. das vereinte Deutschland beiden ja dann auch schon gewandelten Militär-Blöcken angehören...).¹⁵ Im Gorbatschow-Interview, welches am Tag nach dem Gespräch mit Adamyschin abgedruckt wurde, tritt er für die Formel 2+4 ein und zeigt hiezu, es könnten nicht 2, 3 oder 4 Teilnehmer den anderen ihren Willen aufzwingen. Aber er dürfte eher eine westliche Verhandlungskoalition, die gegen die

12 Dieses Zitat wurde am Seitenrand handschriftlich mit einem Rufzeichen versehen.

13 Der letzte Satz dieses Absatzes wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

14 Die „Open-Skies“-Konferenz der KSZE fand vom 12. bis 14. Februar 1990 in Ottawa statt. Am Rande dieser Konferenz wurde am 13. Februar 1990 eine grundsätzliche Einigung auf die 2+4-Formel für die Verhandlungen über die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung erzielt. Siehe Dok. 124.

15 Dieser Satz wurde in der Abteilung II.3 von zwei Personen handschriftlich am Seitenrand markiert, einmal sogar durch ein Rufzeichen.

SU auftritt, im Sinne gehabt haben. Jedenfalls stimmen die Gorbatschow- und Adamyschin Formel nicht ganz überein. – Schewardnadse polemisiert, in ähnlichem Sinn wie Gorbatschow gegen westl. Absprachen über die Deutschlandfrage in Ottawa ohne vorige Konsultation der SU.

7) [sic!]¹⁶ Obwohl die offizielle Meinung jetzt dahingeht, dass die Vereinigung Deutschlands ein Prozess ist, der sich über Jahre hinziehen wird (Schewardnadse in einem Interview), meinte z.B. Herr Falin, man müsste die Frage der Neugestaltung Europas mit Deutschland als Kernproblem jetzt anpacken und die Lösung nicht bis in die nächsten Generationen schleifen lassen. Auch die inneren Veränderungen in der SU hätten dazu beigetragen, die Voraussetzung für eine Neuordnung in Europa herbeizuführen und man dürfe diese Chance nicht verpassen. Präsident Gorbatschow in seinen Zeitungserklärungen wieder sagt: die Fristen sind Sache der Deutschen, aber jedenfalls müssen erst die Verhandlungen 2+4 (oder 4+2) durchgeführt werden.

8) [sic!]¹⁷ Gorbatschow gibt in seinem Interview eine lange Einleitung über die schon gleich nach dem Krieg begonnenen Bemühungen der SU um Erhaltung bzw. Wiederherstellung der deutschen Einheit, die alle vom Westen konterkariert worden seien. Er bringt in eher unbestimmter Form auch den Abschluss eines Friedensvertrages¹⁸ ins Spiel, um eine völkerrechtliche Absicherung für die Grenzen und (unausgesprochen) das deutsche „Wohlverhalten“ zu haben. Adamyschin nahm zwar in seinen Darlegungen nicht dieses Wort in den Mund, aber sprach auch davon, dass der Helsinki-Akt kein rechtlich bindendes Dokument sei und einseitige Erklärungen Bonns oder der beiden deutschen Staaten hinsichtlich der Grenzen nicht als genügend angesehen werden: „Wir brauchen eine rechtlich haltbare Bestätigung“. Gleichzeitig meinte er, ein Friedensvertrag wäre jetzt 45 Jahre nach Kriegsende etwas „exotisches“ (Frage: Redet also Gorbatschow exotisch?) und Adamyschin weiter: Wir würden gern etwas Neues konzipieren, im Geist des neuen Europa, nicht eine Konstruktion nach dem Muster der Vorkriegszeit...“

Es kommt einem vieles nicht ganz ausgereift vor, wenn man so konzentriert der aktuellen sowjet. Darstellung der Deutschlandpolitik ausgesetzt wird. Unter die Haut geht dem Moskauer Establishment aber offensichtlich am meisten die Resonanz mit der die Westdeutschen derzeit die DDR „vereinnahmen“. Die (auch von der Botschaft Bonn einberichteten 250 „Dienststreiken“ von MdB's¹⁹ in die DDR, die Jubelrede Kohls in Erfurt, die man im hiesigen Fernsehen gezeigt hat, die Umarmung des Armutschkerls DDR durch den reichen Vetter, der auf die östlichen „Schwäger“ so ostentativ zu vergessen scheint, die durch Parteienassoziationen und Hinüberschwappen des AM-Bereichs symbolisiert normative Kraft des Faktischen. Das alles hat hier die Überzeugung gestärkt, dass man dabei ist,

16 Paginierungsfehler im Original.

17 Paginierungsfehler im Original.

18 Dieses Wort wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

19 MdB = Mitglied des Deutschen Bundestages.

„belebt“ zu werden. Als kleines Beispiel für die Erbitterung, die besonders die Konservativeren hier erfasst: als ich vorgestern ein Essen für Abg. Jankowitsch²⁰ gab, arrangierte sich der keineswegs als Ehrengast gesetzte Botschafter Bondarenko von der 3. Europ. Abt. des sowjet. Außenmin. bei den Tischreden das „right of reply“ und hielt eine viertelstündige Philippika gegen die Gefahren der deutschen Entwicklung und deren Urheber. Der unterliegende Sinn: ihr Österreicher seid ja auch betroffen. Und dann forderte er uns Österreicher am Tisch feierlich auf, unsere Vorschläge für eine gedeihliche Lösung dieses Problems vorzulegen und uns eben auch ein bisschen anzustrengen, um gefährliche Entwicklungen hintanzuhalten... .

Zweifellos hat die Frage hier auch gewichtige innenpolitische Aspekte. Die Reaktion nützt die vor allem in der älteren Generation der Russen tief verwurzelte Angst vor den Deutschen aus, um gegen Gorbatschow „Ausverkaufspolitik“ Stimmung zu machen. Es gehört hierbei zur Groteske der derzeitigen Entwicklung, dass die Vereinigungsängste genau den Staat betreffen, auf den man am meisten bei der Mithilfe zur technisch-wirtschaftl. Neuordnung und Modernisierung der durch 70 Jahre „Sozialismus“ verkrusteten Strukturen des eigenen Landes zählt...

Diese Kontrastelemente sind sicherlich auch zum Teil schuld an den Schwierigkeiten zur Ausformulierung einer klaren polit. Linie in der Deutschlandfrage.

Grubmayr

Dok. 131: Gespräche Eagleburgers in Wien, 23.–25.3.1990

Aktenvermerk, Gesandter Anton Prohaska, 5. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 224.18.13/2-II.9/90¹

Besuch des stv. amerikanischen AM Eagleburger in Wien (23. bis 25.2.) Besuch bei HBM,² Round-Table-Gespräch; AV

I. Vorbemerkung und allgemeine Bewertung:

Der Besuch des stellv. amerikanischen Außenministers Lawrence Eagleburger erfolgte aufgrund einer Einladung, die der HGS³ anlässlich eines Arbeitsauf-

20 Peter Jankowitsch (SPÖ), Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

1 Der Aktenvermerk erging an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Leiter der Sektionen II und III, die Abteilungen II.3 und II.7 sowie an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE. Nach der internen Verteilung des Aktenvermerks urgierte der Leiter der Abteilung II.3 Gesandter Ernst Sucharipa Korrekturen, die den Abschnitt seiner Ausführungen zu Jugoslawien betrafen. Diese sind in der hier abgedruckten Fassung bereits umgesetzt.

2 Alois Mock.

3 Thomas Klestil.

enthaltens in Washington im Dezember 1989⁴ ausgesprochen hatte. Die Einladung wurde bei einem weiteren Besuch des HGS in Washington im Februar 1990⁵ konkretisiert, wo Eagleburger die erneute Anregung, vom Know-How und der österreichischen Erfahrung in der Beurteilung der Entwicklung in Osteuropa zu profitieren, gern aufnahm. Tatsächlich schlug Eagleburger dann, wie aus den folgenden Aufzeichnungen ersichtlich, einen derartigen, zweimal jährlich geplanten Gedankenaustausch (einmal in Wien, dann in Washington) vor.

Das Ziel dieses regelmäßigen Zusammentreffens von Experten liegt, abgesehen vom vordergründigen Erfahrungsaustausch, darin, in Washington klar zu machen, dass Österreich einen qualifizierten Beitrag der Schaffung eines neuen demokratischen Europas geleistet hat und weiter leisten kann.

Eagleburger weiß um den Beitrag Österreichs und um diese spezifische Möglichkeit Österreichs und will durch die regelmäßigen Kontakte (die sich auf State Department und National Security Council erstrecken) auch den eigenen policy-makers diese Rolle Österreichs ins Bewußtsein rufen. Die Kontakte sind nach der Beurteilung der amerikanischen Seite somit auch ein Zeichen einer qualifizierteren Beziehung zu den USA und Ausdruck des Wunsches des State Department, Österreich in Washington größeres Profil zu verleihen.

Die Liste der Zusammensetzung der amerikanischen Delegation mit Funktionsangaben der Teilnehmer liegt bei.⁶

- 4 Generalsekretär Klestil absolvierte vom 11. bis 14. Dezember 1989 einen Arbeitsbesuch in den USA, bei dem er unter anderem zu Gesprächen mit Eagleburger zusammentraf. Dieser bekräftigte die US-amerikanische Unterstützung eines österreichischen Beitrittsantrages zur EG und die Notwendigkeit, dass sich Österreich angesichts der Vorgänge in Osteuropa im Westen „Gehör verschaffe“ mit den Worten „come and knock on our door“. Klestil wiederholte die Einladung nach Wien für weitere Gespräche mit dem Hinweis „gerne, denn ihr werdet sehen, daß unsere Expertise in vielen Fragen, die vor allem jetzt aktuell sind, sehr nützlich sein kann“. Siehe Information zum Besuch des HGS bei Deputy Secretary of State Eagleburger in Washington, 14.12.1989, Wien, 18. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 502.16.49/2-II.9/89.
- 5 Am 2. Februar 1990 traf Generalsekretär Klestil erneut mit Eagleburger im Rahmen der österreichisch-amerikanischen KSZE-Konsultationen in Washington zusammen und wiederholte seine Einladung zu einem Wien-Besuch. Eagleburger kündigte an, in Verbindung mit seinen Reisen nach Polen, Ungarn und Jugoslawien für einen Tag nach Wien zu kommen. Er wiederholte noch einmal die Bedeutung der österreichischen Kenntnisse über Osteuropa und verwies auf einen möglichen bilateralen Meinungsaustausch auf Expertenebene bezüglich der Entwicklungen in Osteuropa. Vgl. Information, Österreichisch-amerikanische KSZE-Konsultationen, Washington, 2.2.1990, Wien, 7. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 807.30/39-II.7/90.
- 6 Die zwölfköpfige amerikanische Delegation setzte sich zusammen aus: Deputy Secretary of State Lawrence Eagleburger; Charge Michael J. Habib; Deputy Secretary of Treasury John Robson; Assistant Secretary of State for Legislative Affairs Janet Mullins; Assistant Secretary of Commerce for International Economic Policy Dr. Thomas Duesterberg; Senior

Eagleburger hatte unmittelbar vor seinem Aufenthalt in Wien Budapest und Warschau besucht und reiste am 25.2. nach Belgrad weiter. Er bekleidet als „political appointee“ die zweithöchste Stelle im State Department, obzwar er aus der Karriere stammt. Nach seiner Pensionierung im State Department war er Leiter der „Kissinger Inc.“ und engster Mitarbeiter des früheren amerikanischen Außenministers (Präsident der Kissinger Consulting firm). In seiner jetzigen Funktion ist er auch „Koordinator der amerikanischen Wirtschaftshilfe für den Aufbau in Osteuropa“.⁷

Abgesehen von den Gesprächen Eagleburgers mit HBM und dem Roundtable (siehe folgende Aufzeichnungen) kam es auch noch zu einem Vieraugengespräch mit dem HGS und zu einem Gedankenaustausch zwischen der US-Delegation und österreichischen Persönlichkeiten anlässlich eines vom HGS gegebenen Arbeitssessens (Teilnehmerliste liegt bei)⁸. Bei diesen Kontaktnahmen sei Eagleburger vor allem von seinen Gesprächen mit BM Busek⁹, ÖGB Präsident Verzetnitsch¹⁰ und Prof. Lendvai¹¹ sehr angetan gewesen.

Advisor to Mr. Eagleburger Ambassador Robert L. Barry; Senior Advisor to Mr. Eagleburger Kenneth I. Juster; Deputy Assistant Secretary of Treasury Charles Schotta; National Security Council, Director, Adrian Basora; Policy Planning Staff, State, John Fox; Embassy Economic Officer Robert Cekuta (Note Taker); Embassy Political Officer Francis T. Scanlan (Note Taker).

- 7 Aufschlußreich sind die Ausführungen Eagleburgers vom 7. März 1990 vor dem „House Foreign Affairs Committee“ (das United States House Committee on Foreign Affairs ist ein ständiger Ausschuss des US-Repräsentantenhauses), in denen er seine Eindrücke von den Entwicklungen in Osteuropa schilderte, die er anlässlich seiner Reise nach Ungarn, Österreich und Jugoslawien gewonnen hatte. Diese wurden dem Außenamt von der US-Botschaft in Wien am 21. März 1990 übermittelt. Vgl. USA; Beitrag zu den Reformen in Osteuropa; Statement des stv. AM Eagleburger; Zusammenfassung, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 224.18.13/6-II.9/90.
- 8 Für die amerikanischen Teilnehmer siehe Anm. 6. Seitens des BMAA nahmen teil: Generalsekretär Dkfm. Dr. Klestil; Bot Dr. E. M. Schmid; Bot Dr. Vukovich; Ges. Dr. Prohaska; Ges. Dr. Sucharipa; LR. Dr. Löffler; Dr. Rejc; MR Dr. Walter Greinert (BMAA); Ges. Dr. Karl Diem (BMAA). Darüber hinaus nahmen teil: BM für Wissenschaft und Forschung Dr. Erhard Busek; Abg. z. NR Prof. Dr. Andreas Khol; Abg. z. NR Dr. Fritz König; Komm. Rat Prof. Dr. Helmut H. Haschek (Kontrollbank); Dr. Rudolf Schneider (CA); Dr. Fritz Anton (Girozentrale); ÖGB-Präsident Friedrich Verzetnitsch; Prof. Dr. Paul Lendvai (Europäische Rundschau); Dr. Engelbert Washietl (Salzburger Nachrichten); Dr. Andreas Unterberger („Die Presse“); Dr. Hans Rauscher (Kurier); Josef A. Nowak (APA); Georg Possaner (Standard); Kurt Seinitz (Kronenzeitung); Dr. Danielle Spera (ORF).
- 9 Erhard Busek (ÖVP), Bundesminister für Wissenschaft und Forschung (1989–1994), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 10 Friedrich Verzetnitsch (SPÖ), Präsident des ÖGB (1987–2006), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 11 Paul Lendvai, Journalist, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

II. Besuch bei HBM (24.2.1990, 9.30 bis 10.00 Uhr im Büro des HBM):Anwesend:

D. S. of S. Eagleburger	HBM
Janet Mullins (Assistant S. of S. for Legislative Affairs)	HGS
Kennet I. Juster (Senior Adviser)	Bot. Staffelmayr ¹²
Ges. Habib (US-Botschaft) ¹³	Ges. Prohaska ¹⁴
	Ges. Ziegler ¹⁵
	MR Greinert ¹⁶

Nach einem Austausch von Höflichkeiten kam das Gespräch anfangs im Zusammenhang mit der bevorstehenden Reise des HBM nach Paris¹⁷ auf Frankreich und die französische Haltung zur Zukunft Europas.

Deputy Secretary of State Eagleburger meinte hiezu, dass eine bestimmte Gruppe in Frankreich die Auffassung vertrete, dass in etwa 10 Jahren die USA, aber auch die UdSSR, in „Europa“ nicht mehr präsent sein werden. Insbesondere Attali¹⁸ sei der Meinung, dass die USA irrelevant werde. Für Mitterrand, der eine de Gaulle ähnliche Haltung einnehme, seien die USA eher ein Staat, auf den man sich nicht wirklich verlassen könne. Auf jeden Fall – wenn auch über diese Hypothesen der französischen Einstellung diskutiert werden könne – stehe fest, dass in Paris eine gewisse ambivalente Haltung zur US-Rolle in Europa eingenommen werde.

Auf die Deutsche Frage übergehend meinte Eagleburger, dass ein vereintes Deutschland in der NATO bleiben müsse, auch wenn der östliche Teil frei von NATO-Truppen bleiben sollte. Die NATO bleibe eine wesentliche transatlantische Verbindung zwischen den USA und Europa.

HBM wies darauf hin, dass es gefährlich wäre, die NATO als eine Art Wachhund für die Deutschen anzusehen, was Eagleburger zwar bejahte, aber doch ein Körnchen Wahrheit in einer derartigen, mancherorts vertretenen Auffassung sehen wollte.

12 Emil Staffelmayr, Kabinettschef des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten Alois Mock (1987–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

13 Michael J. Habib, Mitglied der US-amerikanischen Delegation in Wien (23.–25. Februar 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

14 Anton Prohaska, Leiter der Abteilung Amerika (Abteilung II.9) im BMAA (1990–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

15 Gerhard Ziegler, Gesandter im Kabinett des Bundesministers Alois Mock (1987–1995), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

16 Walter Greinert, Ministerialrat in der Abteilung für Presse und Information (1988–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

17 Mock absolvierte am 6. Mai 1990 einen Arbeitsbesuch in Paris und traf mit seinem Amtskollegen Roland Dumas zusammen.

18 Jacques Attali, außenpolitischer Berater des französischen Präsidenten François Mitterrand (1981–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

HBM wies auch auf die Gefahr hin, in der Deutschen Frage nicht konsequent zu sein: jahrzehntelang habe man die deutsche Einheit bzw. das Recht auf Einheit mündlich unterstützt, jeder Vorbehalt der jetzt geäußert würde, hätte schwere Konsequenzen vor allem bei einem Volk wie dem deutschen, einem Volk mit „einer gebrochenen Geschichte“.

Eagleburger kam dann wieder darauf zurück, dass nach Auffassung einiger die USA in Europa bleiben müsse, um die Deutschen „unter Kontrolle zu halten“ („to tie them down“). Dies sei zwar eine sehr übertriebene Ansicht, doch könne man, um einen Kissinger-Ausdruck zu verwenden, jedenfalls sagen: „even paranoids have some real enemies“.

Die Deutschen seien leider auch nicht sehr subtil in der Verfolgung ihrer Ziele: in Ottawa hätte Genscher zu einer Frage von de Michelis über die Rolle Italiens bei der Lösung der deutschen Frage gemeint: „You have no role to play“.¹⁹ Eine gewisse Finesse sei jetzt aber sehr notwendig, um die Freunde und Anrainer Deutschlands nicht zu verunsichern.

Eagleburger kam dann auf Polen zu sprechen, dem letzten Stop seiner Reise:

a) Unterschied Polen – Ungarn:

- Polnische Politik erschiene konsequent und besser organisiert (beeindruckt hat vor allem die „quality of the people“); Unsicherheit der politischen Situation in Ungarn (derzeitige Gesprächspartner werden voraussichtlich bald abgelöst, was sich in einer Art Verbitterung der Gesprächspartner gezeigt habe);
- Problem der politischen nationalen Identität in Ungarn (Unterschiede der politischen Konzepte des Demokratischen Forums und der Freien Demokraten); in Polen: starke Identifikation der Bevölkerung mit Regierung, während in Ungarn die ersten freien Wahlen noch bevorstehen und es Zeit brauchen wird, bis die neue (Koalitions)regierung arbeitsfähig sein wird;
- Ungarn sei durch die Reduzierung der Beziehungen zur SU wirtschaftlich in Mitleidenschaft gezogen.

b) In Polen wirke nicht nur die Erinnerung an 1939 nach, sondern auch die Vorstellung, dass die Grenze der EG an der Oder/Neisse zu liegen komme: der Kontrast zwischen reich und arm wäre dann an der Haustür. Zur Zeit ist es so, dass die wirtschaftlichen Frustrationen gut ertragen würden, sich allerdings in einem Prozess des psychologischen Transfers auf politischem Gebiet äußern. Deshalb auch die manische Beschäftigung mit der polnischen Westgrenze, die mehr als 50malige Erwähnung von Jalta und Warschau und das Insistieren, am „2+4“ Verhandlungsprozess teilnehmen zu wollen.

19 Zu Ottawa siehe Dok. 124. Genscher sagte wörtlich: „You are not part of the game“. Die Aussage erscheint umso brisanter, da Genscher nach einem Fototermin erst gegen Ende der Sitzung in den Raum kam und es sich dabei um seine erste Wortmeldung gehandelt haben dürfte. Vgl. dazu: NATO-Ministerratstagung in Ottawa, 13 Februar 1990 (= Dokument 50), in: Die Einheit.

Ein Problem, das auch die Polen sehen, bestehe darin, dass vorläufig der Eindruck besteht, dass die Sowjetunion die einzigen sein könnten,²⁰ die die Interessen Polens vertreten. Niemand will das.

HBM vertrat die Auffassung, dass die KSZE der Rahmen sei, der den polnischen und deutschen Bedürfnissen und Besorgnissen am ehesten entgegenkomme. Eagleburger meinte, dass die Frage in erster Linie von den Deutschen selbst zu lösen sei, dann, was die Außenprobleme anlangt, von den 4 Hauptmächten – für die es auch eine rechtliche Basis gebe – dann, in weiterer Hinsicht, wenn überhaupt, allenfalls die 16 oder die 35 des KSZE-Prozesses. Die Deutschen sollten jedenfalls nicht den Eindruck bekommen, man würde sie behindern („slow down“).

Zu Rumänien: Für Eagleburger besteht starke Vermutung einer „high jacked revolution“

Zu Jugoslawien vertrat Eagleburger eine sehr pessimistische Haltung: „If they expect us to help them in any way they have to start acting sensibly“. In einer Zeit der Reform und der Perestroika die Kosovofrage hochzuspielen, sei unverantwortlich. Ein Mehrparteiensystem in Jugoslawien sei ein Risiko, aber ein Risiko, das man eingehen müsse.

Europa vor und nach dem Aufbruch in Osteuropa wurde von Eagleburger auf folgende Formel gebracht:

vorher: WEU + [N+N]

nachher: WEU + [N+N] + [Hu + P + ČSSR] + [Ru + Bul].²¹

Schließlich unterbreitete Eagleburger einen Vorschlag, künftighin einen Meinungsaustausch zwischen den USA und Österreich auf diesem Gebiet auf eine festere Basis zu stellen und zweimal im Jahr auf Expertenebene durchzuführen: im Frühjahr 1990 soll noch eine US-Delegation kommen, im Herbst 1990 eine österreichische Delegation nach Washington fliegen. Auch der politische Undersecretary Kimmit²² soll nach Wien kommen. HBM nimmt den Vorschlag gerne an.

Eagleburger führt weiter aus, dass noch im März die US-Seite in Wien ein Zusammentreffen zwischen Angehörigen der US Botschaft in Osteuropa mit Vertretern von NGOs aus Amerika veranstalten werde (diskret und ohne publicity). Österreich sei in der idealen Lage, das Denken und Fühlen in Ost und West jeweils der anderen Seite verdolmetschen zu können.

Österreich – EG: US für österreichischen Beitritt „but we would have a problem to bring in Eastern European countries“.

20 So im Original.

21 Eckige Klammern im Original. WEU = Westeuropäische Union; N+N-Staaten = Neutrale und Nichtpaktgebundene Staaten; Hu = Ungarn; P = Polen; ČSSR = Tschechoslowakische Sozialistische Republik; Ru = Rumänien; Bul = Bulgarien.

22 Robert M. Kimmitt, Under Secretary of State for Political Affairs im US-Außenministerium (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

HBM: a) Österreich ist bereit, mit Osteuropa zusammenzuarbeiten, doch müssen wir fest im Westen verankert sein.

b) Die osteuropäischen Staaten werden Jahre brauchen, bis sie wirtschaftlich aufgeholt haben und für eine EG-Mitgliedschaft in Betracht kommen.

Türkei: HBM weist auf die Notwendigkeit hin, der Türkei entsprechende Beachtung (und Achtung) zu schenken; Eagleburger ist sich des Problems bewusst: zu aller Überdruß will der Kongress noch eine Armenien Genozid-resolution verabschieden.²³

Das Gespräch verlief in sehr freundschaftlicher und engagierter Form.

III. Zusammenfassung des Round-Tablegesprächs im Ministerratssaal (10.30 bis 12.15 Uhr; Teilnehmerliste liegt bei):²⁴

Zu Beginn des anschließenden Round-Table-Gesprächs betonte D. S. of S. Eagleburger noch einmal die amerikanische Bereitschaft zu regelmäßigen (2× pro Jahr) Treffen amerikanischer und österreichischer Osteuropaexperten in Wien und Washington (österreichische Erfahrung mit Osteuropa, von der USA profitieren können.)

Der stv. amerikanische FM John Robson, der zuvor auch BM Lacina²⁵ einen Besuch abgestattet hatte, schilderte dann die Eindrücke, die die amerikanische Delegation in den vorangegangenen Tagen in Budapest und Warschau gewonnen hatte:

Ungarn stehe zur Zeit vor dem Problem, gleichzeitig sowohl ein neues politisches System als auch wirtschaftliche Reformen implementieren zu müssen. Die Richtung sei jeweils klar vorgegeben, problematisch sei jedoch die Ungewissheit über die zukünftige (Koalitions-)Regierung, was die Durchsetzbarkeit der Reformen im wirtschaftlichen Bereich verzögere. Der Lebensstandard scheine relativ gut zu sein, wenngleich Ungarn die reduzierten Beziehungen zur SU wirtschaftlich besonders schmerzlich zu spüren bekomme.

Die Vereinigten Staaten müssten nun, ebenso wie andere Staaten, einen Schritt nach vorne tun, um die Staaten in ihren Reformbestrebungen zu bestärken.

Besonders beeindruckt zeigte sich die US-Delegation von ihren Gesprächspartnern in Polen („high quality of the people“, ausgeprägtes Problembewusstsein). Man habe einen Eindruck von den Schwierigkeiten erhalten, mit denen die polnische Regierung konfrontiert sei, die Begegnungen seien aber ermutigend gewesen, weshalb man nunmehr in den USA privaten Unternehmen empfehlen

23 So im Original. Die Initiativen zu einer Genozid-Resolution durch den US-Kongress blieben noch Jahrzehnte wiederkehrender Ursprung inneramerikanischer Kontroversen und Streitthema in den bilateralen Beziehungen USA-Türkei.

24 Für die amerikanischen Teilnehmer siehe bereits Anm. 6. Seitens des BMAA nahmen teil: Generalsekretär Dkfm. Dr. Klestil; Bot. Dr. Scheich; Bot. Dr. E. M. Schmid; Bot. Dr. Vukovich; Ges. Dr. Prohaska; Ges. Dr. Sucharipa; LR. Dr. Löffler; Dr. Rejc.

25 Ferdinand Lacina, Bundesminister für Finanzen Österreichs (1986–1995), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

könne, diesen Ländern mit Geld, aber vor allem mit technischem Rat und Hilfe zur Seite zu stehen (wirtschaftliche Reformen bedürfen politischer Stabilität). HGS erwiderte, dass Österreich genau dies bereits in Angriff genommen habe (Seminare für Teilnehmer aus Ost und West; Bankgarantien für Risiken privater Unternehmer, z. B. Hotelbereich in Ungarn). HGS wies dann auf Polen hin, wo die Bevölkerung sich mit der Regierung identifiziere, weshalb die Toleranzschwelle für wirtschaftliche Schwierigkeiten höher liege (im Gegensatz etwa zu Rumänien).

Bot. Scheich²⁶ bestätigte die geschilderten Eindrücke und verwies auf die Gefahr eines in der Zukunft womöglich stärkeren Auseinanderklaffens zwischen Reformmaßnahmen (und deren Schwierigkeiten) und ihren absehbaren Erfolgen (Erwartungen und Lebensstandard). Er kam in diesem Zusammenhang auf die geplante Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (G-24 Tagung am 9.2.d. J. in Paris)²⁷ zu sprechen. Die potentiellen Geberländer sollten es vermeiden, doktrinär zu sein und Wirtschaftshilfe ausschließlich mit „politischer Konditionalität“ zu vergeben (Notwendigkeit individueller Behandlungen der einzelnen, sehr verschiedenen Länder). Geboten sei eine psychologisch vorsichtige Handhabung der heiklen Frage des Ressourcentransfers (Vorwurf des „Ausverkaufs“ werde in Zukunft immer wiederkommen). Dem stimmte John Robson zu, hob aber die US-Position der Betonung der Bankfunktion zur Förderung des Privatsektors der Empfängerländer hervor (Förderung staatlicher Unternehmen nur zum Zweck der Privatisierung, die insbesondere in Polen voranschreite; Gefühl des Einbezogenenseins gerade für die einfachen Leute).

Adrian Basora (Direktor im Nationalen Sicherheitsrat) meinte ergänzend, daß Kriterien – in einem sehr allgemeinen Sinn – für die Vergabe von Hilfsleistungen notwendig seien (wir können Länder ermutigen, ihre Strukturen zu erneuern), und der private Sektor jedenfalls mehr bewegen könne.

Ges. Sucharipa bestätigte die amerikanischen Analysen über Ungarn und Polen mit einer positiven Modifizierung für Ungarn (die beiden großen demokratischen Parteien in Ungarn werden nach den Wahlen wohl Regierung bilden; jedoch Zeitfrage bis Arbeitsfähigkeit der neuen Regierung).

Die politischen Parteien Osteuropas entsprechen nicht vollständig unserem

26 Manfred Scheich, Leiter der wirtschaftspolitischen Sektion (Sektion III) im BMAA (1987–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

27 Am 15. Jänner 1990 eröffnete der französische Präsident Mitterrand in Paris die Konferenz zur Gründung einer Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die die reformwilligen mittel- und osteuropäischen Staaten bei strukturellen Anpassungsprozessen fördern und unterstützen sollte. Neben Vertretern der EFTA und den EG entsendeten auch die USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland, die Türkei, Malta und Zypern Delegationen. Die 34 Teilnehmer verständigten sich grundsätzlich darauf, dass die Bank vornehmlich private Investitionen und Initiativen fördern sollte, die den Übergang zur offenen Marktwirtschaft begünstigten würden. Eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden. Am 15. April 1991 wurde die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung schließlich in London mit einer Grundkapitalisierung von 10 Milliarden ECU eröffnet. Vgl. Europa-Archiv 4/1990, Z 39.

Verständnis, in dem Maß, in dem sie nicht ideologisch sein wollen. D.S. of S. Eagleburger berichtete über Anfragen aus der ČSSR um Unterstützung der neuen Parteien bei ihrer Selbstorganisation.

„In den Entwicklungen in Jugoslawien hob Ges. Sucharipa als mögliche Chance hervor, dass die Tendenz zu Pluralismus (trotz nationalistischer Tendenzen in Wahlkämpfen) und Fortschritte bei den wirtschaftlichen Reformen eine demokratische Neuordnung in Jugoslawien mit starken dezentralen Strukturen ermöglichen. In dieser Form könne man auf einen weiteren (relativ losen) Zusammenhalt (Gesamt-)Jugoslawiens hoffen.“

HGS bekräftigte die österreichische Absicht, die regionale Zusammenarbeit zu unterstützen und leitete auf den KSZE-Prozess (beschleunigt, intensiver) über. Bot. Vukovich²⁸ fasste abschließend die österreichische Position dazu zusammen: Die KSZE unterstütze die Veränderungen in Osteuropa, stehe jedoch vor neuen Herausforderungen (von Konfrontation zu Kooperation, von einer Konferenz zu einer permanenten Struktur; von „16 und 7“²⁹ auf Treffen aller 35). Um den tiefgreifenden Veränderungen entsprechend gerecht zu werden, seien die 35 für ein informelles beratendes Treffen im April d. J. in Wien am Rande der VVSBM³⁰ (Eagleburger-Einwurf: USA seien nicht „enthusiastisch“).

Die Round-Table-Diskussion verlief äußerst angeregt und in sehr freundschaftlicher Atmosphäre.

Wien, am 5. März 1990

PROHASKA m. p.

Dok. 132: Bericht. Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, 27.2.1990

Botschafter Friedrich Bauer an BMAA, Bonn, 27. Februar 1990, Zl. 115-RES/90, BMEIA, ÖB Bonn, RES-1990 (Zost-5), Karton 64¹

BRD; Währungs- und Wirtschaftsunion mit der DDR

Während die Bundesregierung Voraussetzungen und Auswirkungen einer WWU² noch in ihren Einzelheiten studiert, steht lt. BK Kohl die bundesdeutsche Indus-

28 Martin Vukovich, Leiter der Abteilung für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit (Abteilung II.7) im BMAA (1989–1995), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

29 Gemeint sind die 23 Mitgliedsstaaten der NATO und des WP

30 VVSBM = Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, die im Rahmen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten seit 9. März 1989 in Wien abgehalten wurden.

1 Der Bericht wurde in Verfolg des Berichts Zl. 86-Res/90 vom 19. Februar 1990 (siehe Dok. 125) erstattet.

2 WWU = Wirtschafts- und Währungsunion; daraus wurde die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

trie bereits in den Startlöchern; die Währungspolitiker hingegen haben schwere Bedenken, auch wenn Bundesbankpräsident Pöhl³ sie angesichts des politischen Grundsatzbeschlusses der Bundesregierung zur raschen Einführung der WWU (sofern die DDR sie akzeptiert) zurückstellt. Denn die deutschlandpolitischen Emotionen und die Übersiedlerwelle verhindern eine schrittweise, überlegtere Entwicklung; und wenn die DDR-Wahlen „schief liefen“, würde nach hiesiger Auffassung auch der Rest der übersiedlungswilligen Bevölkerung in die BRD nachkommen, was diese politisch nicht mehr verkraften könnte. Die WWU würde zwar nicht gleich greifen, die DDR-Bevölkerung – die auf gepackten Koffern sitze – jedoch durch eine „Perspektive“ in ihrer Heimat halten.

Die große Sorge der BRD-Währungshüter ist die Inflationsgefahr durch Ausweitung der DM-Geldmenge bei Übernahme der DDR-Mark. Deswegen werden zahlreiche Modelle durchdacht – vom Währungsschnitt, der allerdings politisch der DDR nicht zuzumuten wäre, bis zum „Österreichischen Modell“ (bisher von der FDP favorisiert; d. h. zunächst autonome Anbindung der DDR-Mark an die DM) und zur Währungsunion 1:1 (mit Sonderbedingungen für Rentner und Sparrer). Die Sozialversicherung müsste aus BRD-Haushaltsmitteln finanziert werden.

Erste Voraussetzung einer Währungsunion wäre ein DDR-Kassensturz, um die vorhandenen Verpflichtungen überschaubar zu machen. Dem Koalitionspartner FDP ist aber z. B. nicht einmal der Umfang der DDR-Goldbestände bekannt (was zwar theoretisch nicht ausschließt, daß andere in der BRD ihn kennen – die Geheimhaltung selbst gegenüber Koalitionspartnern könnte jedoch auf einen möglicherweise erschreckend geringen Stand der Reserven schließen lassen). Zweite Voraussetzung wäre nach allgemeiner Überzeugung, daß auch die DDR Opfer bringt. Denn der Unwille in der BRD über die Forderungen aus der DDR steigt; selbst SPD-Politiker meinen deshalb, man müsse der DDR-Bevölkerung im Wahlkampf sagen, daß der BRD-Wohlstand hart erarbeitet sei und es absurd wäre zu glauben, daß einfach DM 15 Mrd. als Solidaritätsoffer gefordert werden könnten! Wirtschaftsfachleute und Politiker der BRD sind sich auch weitgehend einig, daß die DDR-Bevölkerung psychologisch auf die Investitionen und das westliche Management vorbereitet werden müsste, das auf die im Vergleich zur BRD weniger belasteten (und daher zunächst auch weniger belastbaren) DDR-Arbeiter enormen Druck ausüben würde.

Bankexperten meinen zudem, daß die DDR schon jetzt eigene Möglichkeiten zur Währungsreform hätte: Sie habe z. B. 1989 den Swing im innerdeutschen Handel nicht ausgenutzt, der noch von F. J. Strauß vermittelte Milliardenkredit liege als Festgeldguthaben bei einer luxemburgischen Bank, und Ost-Berlin habe ein Guthaben von US-Dollar 10 Mrd. – wenn die DDR diese Devisen in Tranchen an die Bevölkerung verkaufe, könnte DDR-Mark abgeschöpft und ihre Konvertibilität erleichtert werden.

[...] ⁴

3 Karl-Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank (1980–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Ausgelassen wurden wirtschaftliche Details, u. a. zu den Banken(-gesetzen).

Eine langsamere Einigungsentwicklung wäre gewiß vielen in [der] BRD und [der] DDR erwünschter, würde aber auch die Aussichten auf neue, stabilere Verhältnisse weiter hinausschieben. In der BRD (vielleicht auch in der DDR) muß wohl auch die Überlegung hinzutreten, daß die deutsche Einheit möglicherweise verspielt würde, wenn sich die Bedenken in den beiden deutschen Staaten und in der internationalen Öffentlichkeit durch zu langes Zaudern verfestigen sollten.

Für die österreichische Wirtschaft müßten sich gute Möglichkeiten in der DDR bieten: Deutsche Sprache, geografische Nähe und wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Vergangenheit sollten günstige Voraussetzungen für einen Einstieg in diesem Teil Deutschlands schaffen, was außerdem schon jetzt unsere wirtschaftliche Position in der EG stärken würde.

Der Botschafter:
Bauer m. p.

Dok. 133: Gespräch Botschafter Schmid – DDR-Botschafter Wolf, 27.2.1990

Aktenvermerk, Botschafter Erich Maximilian Schmid, 2. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/51-II.3/90¹

Vereinigung BRD-DDR; Einbettung in den gesamteuropäischen Einigungs-Prozess; Vorstellungen der DDR

Der HSL II² empfing am 27. Februar d. J. den Botschafter der DDR in Wien,³ der beiliegendes Memorandum⁴ „der Regierung Modrow“ überreichte.

Bot. Wolf führte ergänzend aus, dass dieses Memorandum auch allen anderen KSZE-Staaten übermittelt wird. Nach Ansicht der Regierung Modrow müsse

1 Der in der Abteilung II.3 von Sachbearbeiter Legationsrat Hans Peter Manz erstellte Aktenvermerk erging nach Fertigstellung der Reinschrift durch Schmid am 2. März 1990 auf Veranlassung von Abteilungsleiter Gesandten Ernst Sucharipa an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektionen III und V, die Gruppe I.A, die Abteilungen II.1, II.3, II.6, II.7, II.8 und an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“.

2 Erich Maximilian Schmid, Politischer Direktor (Leiter Sektion II – Politische Sektion) im BMAA (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Klaus Wolf, Botschafter der DDR in Österreich (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Auf eine Wiedergabe des Memorandums wird verzichtet. Für Auszüge des Memorandums siehe Dokument 54, in: Die Außenpolitik der DDR. Das „Memorandum des MfAA der DDR zur Einbettung der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den gesamteuropäischen Einigungsprozeß“ vom 23. Februar 1990 wurde im vollen Wortlaut veröffentlicht in: Außenpolitische Korrespondenz, 8/1990, S. 58–59.

alles getan werden, um einen „Anschluss“ der DDR an die BRD nach Möglichkeit zu vermeiden. Man verkenne nicht, dass sich auch in der DDR die Stimmen mehren, die in einem raschen Anschluss die einzige Lösung sehen. Die DDR sei jedoch keineswegs bankrott und bringe einiges in ein vereinigtes Deutschland ein. Man plädiere daher für ein schrittweises Vorgehen, auch wenn der ursprüngliche Modrow-Plan⁵ bereits von der Entwicklung überholt worden sei. Die Vereinigung müsse jedenfalls in den gesamteuropäischen Einigungsprozess eingebettet sein. Im Einzelnen werde vorgeschlagen:

- DDR und BRD sollten einen gemeinsamen Standpunkt für das 4+2-Treffen, das spätestens im Sommer stattfinden werde, erarbeiten;
- Nachbarstaaten könnten nach DDR-Ansicht durchaus dazu eingeladen werden;
- parallel dazu Expertentreffen der 35 in Ost- und West-Berlin zur Vorbereitung des KSZE-Gipfels;⁶
- Gipfel sollte noch 1990 in Wien stattfinden;⁷
- noch vor dem Gipfel sollten BRD und DDR gemeinsam eine völkerrechtlich verbindliche Erklärung der Unantastbarkeit der Grenzen, vor allem der Westgrenze Polens, abgeben;
- BRD und DDR sollten beim Gipfel gemeinsam einen Entwurf für eine Erklärung zur Deutschen Frage (Teil des Gipfelergebnisses) einbringen;
- Beschleunigung des Abrüstungsprozesses;
- Institutionalisierung des KSZE-Prozesses schon zwischen dem Gipfel in Wien und Helsinki II⁸ (regelmäßige Gipfeltreffen, Konsultationsrat der Außenminister, ständiges KSZE-Sekretariat etc.).

Die Vorschläge sollten auch unterstreichen, dass die jetzige DDR-Führung über den Wahltermin 18.3.1990 hinausdenke.

Der HSL II sagte eine sorgfältige Prüfung des Memorandums zu und wies auf die wohl kaum zu bewältigenden Terminschwierigkeiten für „regelmäßige Gipfeltreffen“ zwischen Wien⁹ und Helsinki II hin.

Wertung: Es handelt sich um eine Sammlung größtenteils bereits bekannter Ideen, die den Auffassungen der Regierung Modrow hinsichtlich der Selbstständigkeit der DDR, der Einbindung aller KSZE-Staaten und der sicherheitspoliti-

5 Siehe Dok. 115–116.

6 Der Ausschuss zur Vorbereitung des KSZE-Gipfeltreffens tagte vom 10. Juli bis 16. November 1990 in Wien.

7 Der Gipfel fand in Paris statt. Siehe Anm. 8

8 Aus „Helsinki II“ wurde das KSZE-Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 19. bis 21. November 1990 in Paris. Siehe auch Dok. 111, Anm. 6.

9 Am 15. Jänner 1989 war das dritte und letzte KSZE-Folgetreffen in Wien zu Ende gegangen, das seit 4. November 1986 in Wien tagte.

schen Stellung Deutschlands (Paktfreiheit durch Auflösung oder Umgestaltung der Bündnisse) entsprechen.¹⁰

Wien, am 2. März 1990

E. M. SCHMID m. p.

Dok. 134: Bericht. Die Sowjetunion und die deutsche Frage – Gespräche im Moskauer diplomatischen Corps, 2.3.1990

Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Moskau, 2. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/53-II.2/90¹

Sowjetische Haltung zur Deutschlandfrage und andere Probleme der Wiedervereinigung, Gespräch mit den Botschaftern der BRD² und der USA³ in Moskau (Info)

Vertraulich

Gestern hatte ich Gelegenheit mich im Verlauf eines Abendessens auf unserer Botschaft mit den beiden og. Herren über das Thema deutsche Wiedervereinigung zu unterhalten.

Der US-Kollege hat das Fazit der vielen amerikanisch-sowjetischen Kontakte über dieses Thema in der letzten Zeit wie folgt gezogen: „Die Führungspersönlichkeiten in der SU sind sich objektiv darüber im Klaren, dass eine Einbeziehung des gesamten Deutschland in die NATO mit gewissen Kautelen für das Territorium der bisherigen DDR den sowjetischen Interessen besser entspricht, als eine Neutralität oder Neutralisierung. Aber sie haben bei dieser Lösung sehr erhebliche innerpolitische Schwierigkeiten. Beim Thema Deutschland gibt es im

10 Hier folgte noch der von Schmid vor Verteilung gestrichene Satz „Demgemäß muß wohl davon ausgegangen werden, daß diese Vorschläge den 18.3.1990 kaum überleben dürften.“

1 Der Bericht wurde in Verfolg des Fernschreibens Nr. 25079 vom 22. Februar (siehe Dok. 130) und Verfolg des Fernschreibens Nr. 25085 vom 23. Februar als Funkdepesche Nr. 25092 erstattet und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Dort wurde er von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen. Abteilungsleiter Gesandter Ernst Sucharipa verfügte am 4. März die Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn, Berlin und Warschau sowie an die österreichische Delegation Berlin. In der Abteilung II.3 zeichneten zudem Legationssekretär Hans Peter Manz am 6. März 1990, Legationsrat Heidemaria Güter-Zankl am 6. März 1990 und Legationsrat Josef Litschauer am 13. März 1990 den Bericht als gesehen ab.

2 Klaus Blech, Botschafter der Bundesrepublik in Moskau (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Jack Matlock, Botschafter der USA in der Sowjetunion (1987–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

sowjetischen Volk, vor allem in der mittleren und älteren Generation, eine psychologische Barriere, wo es zu einer spontanen Auflehnung kommt, wenn auch nur der Anschein erweckt wird, dass die unter schwersten Verlusten im 2. Weltkrieg erreichte Niederkämpfung des deutschen Faschismus in Frage gestellt werden soll.“ Mit einem Wort, man wagt es nicht, in den Augen der sowjetischen Öffentlichkeit 45 Jahre nach Kriegsende sozusagen eine Niederlage gegen den deutschen Revanchismus zu besiegeln. Die Gesprächspartner meines Mitredners (darunter war auch u. a. eine Gruppe von hohen Offizieren der Sowjetarmee) anerkannten durchaus die irrationalen Elemente dieser Situation, aber offenbar hat hier noch niemand einen Stein des Weisen gefunden, wie man aus dem Dilemma herauskommt. Als Ausweg versucht man Verzögerungstaktiken und beschwert sich über die Westdeutschen, dass sie dabei nicht mitspielen. Mein Kollege gab zu verstehen, dass man von amerikanischer Seite eine gewisse Zurückhaltung übe und man bei der Reifung des sowjetischen Entscheidungsprozesses keinen speziellen Druck ausüben wolle.

Mein westdeutscher Kollege wies darauf hin, dass der Druck für eine Beschleunigung des Vereinigungsprozesses vor allem von der Basis der DDR ausginge und vieles, was am Runden Tisch in Ostberlin, wo hauptsächlich „Studienräte und Pastoren“ versammelt seien, diskutiert wird, Gespräche im luftleeren Raum darstellen, über die die Wirklichkeit erbarmungslos hinwegrollt. Er gab allerdings zu, dass die Bundestagswahlen im kommenden Winter ein zusätzliches Element für die Anheizung des Wiedervereinigungseifers bilden.

Was die Formeln 2+4 oder 4+2 (vgl. erstzitierten og. Ber.⁴) betrifft, so stellte mein Mitredner das sowjetische Verlangen nach 4+2 als eine Alternative dar, gegen die man sich in Bonn schärfstens verwehren würde. Auch nur der Anschein, dass die 4 Alliierten von sich aus in der deutschen Frage etwas „dekretieren“, würde wieder nationalistische Gefühle in Deutschland anheizen. Man könne die 4 Mächte natürlich nach der derzeitigen rechtlichen Situation nicht hindern, z. B. im Kontrollratsgebäude in Berlin zu solchen Gesprächen zusammenzutreten. Aber schon eine solche Veranstaltung im vorigen Herbst⁵ habe in der BRD eine sehr heftige Kritik ausgelöst.

Außerdem seien ja die „2“ schon in dauerndem Kontakt und in Verhandlungen, sodass die Realitäten an sich auf die Chronologie 2+4 hingerichtet sind. Andererseits habe man in Bonn durchaus Verständnis für die hiesigen Besorgnisse und die innerpolitischen Reperkussionen. Bonn wünsche den Dialog mit der SU und keine Konfrontation.

Was die Grenzfrage betreffe, so gebe es eine Reihe von komplizierten völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Problemen. Was das hier immer wieder be-

4 Siehe Dok. 130. Die Einigung auf 2+4 war bereits am 13. Februar in Ottawa erfolgt. Siehe dazu Dok. 124.

5 Das Treffen hatte am 11. Dezember 1989 stattgefunden. Siehe dazu Dok. 95.

mühte Erkenntnis des Bundesverfassungsgerichtes⁶ betreffe, wo über die Grenzen von 1937 gesprochen wird, so handelte es sich um eine Entscheidung über eine staatsbürgerrechtliche Frage und nicht um das Problem der territorialen Ausdehnung der BRD. Aber das Erkenntnis hätten eben diejenigen Leute, die immer damit herumwerfen, nicht gelesen.

Hinsichtlich der Oder-Neisse-Grenze gebe es auch die Probleme mit dem Artikel 23 des Grundgesetzes.⁷ Unter der Annahme, dass die 5 auf dem Boden der DDR liegenden deutschen Länder gemäß Absatz 2 dieses Artikels Antrag auf Eintritt in die BRD stellen, müsste der Absatz 2 aufgehoben werden, weil dies sonst ja bedeuten würde, dass es noch andere „eintrittsfähige“ Länder gibt, welche der BRD beitreten könnten. Und das wären eben dann v. a. die polnischen Westgebiete. Daraus geht hervor, dass eine völkerrechtliche Verpflichtung der Anerkennung der deutschen Ostgrenze erst nach dem Vollzug der Vereinigung Platz greifen kann.

Im Übrigen sei das Konzept „Deutschland in den Grenzen von 1937“ das erste Mal schon in den Londoner Protokollen von 1944⁸ aufgetaucht, somit also keine deutsche, sondern eine alliierte Kreation. Bei dem polnischen Wunsch, in die Verhandlungen eingebunden zu werden, ergeben sich auch sehr diffizile Probleme. Wenn man von den Grenzen von 1937 ausgeht, so müsste man Polen ja als Eigentümer von Schlesien, Pommern und Teilen von Ostpreußen als 3. deutschen Staat einreihen und man käme dann, wenn man dieses Gedankenspiel fortsetzt, zu der Formel 3+4 statt 2+5.

In diesem Zusammenhang kam mein Kollege auch auf die Frage allfälliger Reparationsansprüche zu sprechen. Bei der obigen Konzeption müsste sich Polen ja einen Teil allenfalls geforderter Reparationen (soweit die ehemals deutschen Gebiete betroffen sind) selbst bezahlen? Man käme damit zu unsinnigen Resultaten. Aber jedenfalls – so bekräftigte mein Mitredner – lehne die BRD kategorisch jede weitere Reparationszahlung im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Friedensvertrages ab.

Weiters erzählte mir mein deutscher Kollege, dass er jetzt ziemlich intensive Kontakte mit der DDR-Botschaft habe. Angehörige dieser Mission drücken ganz

6 Siehe Dok. 61, Anm. 6.

7 Zu Artikel 23 des Grundgesetzes siehe bereits Dok. 125, Anm. 3.

8 Das Londoner Protokoll über den Kontrollmechanismus in Deutschland vom 14. November 1944 regelte die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen sowie die Verwaltung Berlins. Die Londoner Protokolle von 1944 sind Teil der Zonenprotokolle, drei Protokolle die 1944 und 1945 von den Vertretern Großbritanniens, der Sowjetunion und den USA bei der alliierten Europäischen Beratenden Kommission (European Advisory Commission/EAC) angefertigt wurden. Die Kommission war für die Planung der Besatzungszonen nach Ende des Zweiten Weltkriegs zuständig. Im ersten EAC-Zonenprotokoll vom 12. September 1944, angefertigt in London, wurde als Grundlage für die Festlegung der Besatzungszonen in Deutschland die Grenze Deutschlands vom 31. Dezember 1937 und Groß-Berlins vom 27. April 1920 herangezogen.

offen die Befürchtung aus, dass sie nach der Wiedervereinigung samt und sonders arbeitslos würden. Mein Kollege meinte dazu, es stelle sich dann wirklich ein sehr ernstliches Problem, wie man Personalübernahmen aus dem DDR-Außenministerium bewerkstelligen würde und ob man überhaupt jemanden übernehmen kann?

Berlin als Sitz der obersten Verwaltungsorgane des neuen Deutschlands sieht der Botschafter noch in weiter Ferne (in 5–10 Jahren), wobei weniger der Umstand eine Rolle spielt,⁹ dass ja noch auf einige Zeit sowjetische Truppen rund um die alte Reichshauptstadt stehen würden. Gravierend seien v. a. die finanziellen Probleme der Übersiedlung, die offenbar schon in der BRD ventilierte Idee, vorerst nur das Parlament nach Berlin zu verlegen, bezeichnet er angesichts der dadurch verursachten laufenden Pendlereien als wenig realistisch.

Ich habe dieses Gespräch im größeren Detail wiedergegeben, da es aufzeigt, wie vielschichtig die Probleme der Wiedervereinigung sich darstellen. Auch konnte ich daraus deutlich entnehmen, dass die derzeitige Regierung in Bonn zwar die SU nicht unnötig provozieren will, aber – wohl auch angesichts des heutigen Verhältnisses in den ökonomischen Qualitäten und Potenzen beider Länder – nicht bereit ist, auf alle Zeiten bei der Aufrechterhaltung des sowjetischen Siegernimbus von 1945 Schützenhilfe zu leisten.

Grubmayr

9 Bis hierher wurde dieser Satz im BMAA am Seitenrand handschriftlich markiert.

Dok. 135: Bericht. Sowjetische Haltung vor Beginn der „2+4“-Verhandlungen, 13.3.1990

Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 13. März 1990, Zl. 149-RES/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/71-II.3/90¹

Deutsche Frage, sowjet. Haltung vor den 2+4-Gesprächen in Bonn² (Info)

1) Unterscheidung von innerdeutschen und internat. Aspekten der Vereinigung der beiden dt. Staaten

Die SU ist bemüht, die Lösung der innerdt. Aspekte „den Deutschen selbst zu überlassen“, um sich auf die äußeren Momente der Wiedervereinigung zu konzentrieren. Wo genau die Wasserscheide zwischen diesen beiden Bereichen verläuft, vermag in Moskau aber niemand zu definieren. Zu ersterem gehört das pauschale akzeptieren des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen und man subsummiert hierunter im wesentlichen alle wirtschaftl. Aspekte der Vereinigung, wobei man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass man sowjetischerseits immer dann von einer innerdt. Frage spricht, wenn es gilt, die zerrüttete Wirtschaft der DDR durch BRD-Hilfe wieder auf die Beine zu bringen. Grundsätzlich herrscht aber die Tendenz vor, beinahe jedem Fragenkomplex der Vereinigung einen äußeren

- 1 Der Bericht wurde in Verfolg der Fernschreiben Nr. 25092 vom 2. März (siehe Dok. 134) und Fernschreiben Nr. 25099 vom 7. März als Funkdepesche Nr. 25107 erstattet und war für das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II bestimmt. Dort wurde er am 15. März 1990 in der Abteilung durch Gesandten Ernst Sucharipa in Bearbeitung genommen und am 16. März als Zirkulardepesche Nr. 85182 an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin sowie im „Pol-Versand“ an die österreichischen Botschaften in Washington, London, Paris und Warschau weitergeleitet. Sucharipa war von dem Bericht derart angetan, dass er handschriftlich auf dem Akt vermerkte: „bitte auch positive Reaktion an Sajdik f[ür] interessante Berichterstatt[ung]!!“ und am 16. März nach Moskau schrieb: Der „Bericht zur sowjetischen Haltung in der deutschen Frage wurde mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und an die Botschaften in Bonn, Berlin, Washington, London, Paris und Warschau verteilt. Die Einblicke in die Gedankenströme und die Willensbildung der sowjetischen Außenpolitik sind für die ha. Auswertung besonders wertvoll. Für die Berichterstattung im Gegenstand wird daher gedankt.“ Sämtliche Unterstreichungen im Dokument erfolgten durch Sucharipa. Der Bericht wurde in der Abteilung II.3 zudem durch Legationssekretär Hans Peter Manz am 15. März und durch Legationsrat Josef Litschauer am 19. März als gesehen abgezeichnet. Außerdem nahm der Leiter der Abteilung II.1 Gesandter Johann Plattner am 19. März Einsicht.
- 2 Das erste 2+4-Beamtentreffen wurde am 14. März 1990, wenige Tage vor den DDR-Volkammerwahlen, in Bonn abgehalten. Vgl. Erste Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene, Bonn, 14. März 1990 (= Dokument 220), in: Deutsche Einheit, S. 950–952; 2+4-Prozeß: [MfAA] Bericht über das 1. Treffen „4+2“ am 14. März 1990 in Bonn [Auszug] (= Dokument 69), in: Die Außenpolitik der DDR, S. 522–526; Drahtbericht des Botschafters von Ploetz, Brüssel (NATO), 15. März 1990 (= Dokument 73), in: Die Einheit, S. 366–374.

Aspekt zu verpassen, womit die Möglichkeit des „Einwirkens“ unter allen Umständen aufrechtbleibt.

2) Vereinigung nach Art. 23 Grundgesetz oder aufgrund eines völkerrechtl. Vertrages zweier souveräner Staaten

Im sowjet. AM (MID)³ wird heftig gegen eine Vereinigung Deutschlands im Wege von Art. 23 Grundgesetz polemisiert. „Anschluss“ und „Verschlucken“ der DDR sind diesbezüglich in das hiesige polit. Vokabular – ebenfalls – bereits eingegangen. Die UdSSR fürchtet – wie in der ho. DDR-Botschaft hervorgestrichen wurde – ein sang- und klangloses Enden der Eigenstaatlichkeit der DDR und ein Übergehen zu einer „1+4-Gesprächsformel“. Im sowjet. AM kehrt man ferner hervor, dass sich der Art. 23 in seiner gegenwärtigen Lesart und gängigen BRD-Interpretation nicht nur auf die möglichen künftigen 6 Länder auf dem Gebiet der heutigen DDR beschränkt, sondern auch auf Territorien von Polen und der UdSSR bezogen werden kann.⁴ Realistischerweise sieht man in der Verwaltung für sozialistische Staaten des MID, dass vor allem in den südlichen Gebieten der DDR (Thüringen und Sachsen) die Tendenz nach Wiedererrichtung der historischen Länderstrukturen sehr stark ist. Eine Rückgliederung nach dem Modell des Saarlandes sei jedenfalls denkbar. Gleichzeitig konstatiert man, dass die Kräfte in der DDR, die für eine Eigenstaatlichkeit der DDR eintreten, in der Minderheit sind. Alle wesentlichen polit. Kräfte einschließlich der PDS haben die Vereinigung in ihr Programm mitaufgenommen. Der Prozess der Vereinigung ist nach Ansicht des MID unumkehrbar.

In der SU herrscht offensichtlich Ratlosigkeit darüber, wie lang die DDR als eigenes Völkerrechtssubjekt aufrechtzuerhalten ist. Man wendet sich gegen eine zu rasche Vereinigung, hat aber keine konkrete Vorstellung, wie eine langsamere Entwicklung – Gorbatschow sprach gegenüber Modrow von „etappenweisem Vorgehen“ – unter den gegebenen polit. Bedingungen in der DDR zu bewerkstelligen ist.⁵

Auf die Frage, was denn die Etappen der Vereinigung sein könnten, antwortete man im MID, „das müssen die Deutschen selber entscheiden“.

3 Das sowjetische Außenministerium (Министерство иностранных дел = MID).

4 Dieser Satz wurde durch Sucharipa sowohl links als auch rechts am Seitenrand markiert. Zu Artikel 23 des Grundgesetzes siehe bereits Dok. 125, Anm. 3.

5 Modrow hatte am 6. März 1990 erneut Moskau besucht und war mit Gorbatschow zu einem Gespräch zusammengetroffen. Siehe dazu Dokument 25, in: „Im Kreml brennt noch Licht“; für den Bericht der Prawda vom 7. März und ein Interview Gorbatschows am selben Tag siehe Dokumente 80–81, in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Laut Einschätzung der Botschaft Moskau verlangte Gorbatschow ein „etappenweises, kontrolliertes Vorgehen und ein Einbinden der Wiedervereinigung in den gesamteuropäischen Prozess“ und wandte sich gegen „das Bestreben, die DDR zu annektieren, und gegen eine Politik der vollendeten Tatsachen“. Siehe: Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 7. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.03/1-II.3/90.

Sorge bereitet den sowjet. polit. Kreisen das Tempo der Vereinigung. In einer in der „Prawda“ v. 12. d.M. veröffentlichten Diskussion zum Thema „2 Deutschland, ein Europa?“ zwischen Falin und dem „Prawda“-Journalisten und Deutschland-Experten, Michailow,⁶ meinte Letzterer: „...die deutsche Annäherung geht wie ein Zug ohne Fahrplan, aber reißt möglicherweise die Notbremse?“

3) Sowjet. Vorstellungen über Inhalte einer vertraglichen Lösung

Nach Darstellung der ho. BRD-Botschaft hat eine verträgliche Lösung des Deutschland-Problems folgende Momente zu enthalten: Anerkennung der Grenzen, Festschreibung der Verpflichtung, dass nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgeht, Verzicht auf ABC-Waffen, Aussagen zum politischen und militärischen Status Deutschlands, Übernahme der völkerrechtl. Verpflichtungen der DDR.

„Die UdSSR wird keine unziemlichen Forderungen stellen“, ist man sich in der BRD-Botschaft sicher.

Die Gespräche des Gefertigten im MID bestätigten diesen Eindruck. In der 3. Europäischen Abteilung hob man hervor, dass die UdSSR verstehe, dass Deutschland und dem deutschen Volk nicht wieder einer „Versailles“ vorgeschrieben werden soll. „Wir wollen keine aufgezwungene Lösung, kein Diktat, sondern eine akzeptierte Regelung.“⁷

Im Prinzip wünsche man im MID einen Friedensvertrag, da man sich aber in Bonn dagegen sträubt, werde Moskau nicht darauf bestehen.⁸ Wesentlich sei der Inhalt des völkerrechtlich bindenden Dokuments (Deklaration, Vertrag etc.) nicht dessen Benennung. Derzeit studiere man im MID genau Geist und Buchstaben des österr. Staatsvertrages und seine Anwendbarkeit auf eine Deutschlandregelung. Natürlich könne er nicht tel quel übernommen werden, doch sei dies ein „weises Dokument“, das viele wertvolle Momente enthalte.⁹

Es scheint evident, dass die UdSSR bestrebt ist, gegenüber einem künftigen gemeinsamen Deutschland als Partner aufzutreten und nicht das Verhältnis schon jetzt durch übertriebene Forderungen zu überschatten. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass lt. Aussage der ho. DDR-Botschaft gewisse SU-Kreise laut über ein „Rapallo 2“¹⁰ nachdenken.

6 Wladimir Michailow, Journalist der Prawda und Deutschlandexperte, siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Die Prawda liegt dem Bericht nicht bei.

7 Der gesamte Absatz wurde von Sucharipa handschriftlich umrahmt.

8 Nebst der Unterstreichung markierte Sucharipa diesen Satz am Seitenrand nachdrücklich.

9 Die letzten beiden Sätze dieses Absatzes wurden durch Sucharipa sowohl links als auch rechts am Seitenrand mit Rufzeichen versehen.

10 Beim „Vertrag von Rapallo“ vom 16. April 1922 handelte es sich um den deutsch-russischen Vertrag betreffend die Wiederherstellung von Freundschafts- und Handelsbeziehungen, der die Wiederaufnahme der mit der russischen Revolution abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten vereinbarte und wirtschaftliche und militärische Abmachungen beinhaltete.

4) Sicherheitsfragen, Neutralität, neue europ. Sicherheitsordnung

a) (K)eine NATO-Mitgliedschaft Deutschlands?

Gegenüber Modrow schloss Gorbatschow die Möglichkeit einer NATO-Mitgliedschaft Gesamt-Deutschlands in unmissverständlicher Form aus.¹¹ Im MID sind hiezu aber durchaus nuancierte Ansichten zu vernehmen. In der 3. Europäischen Abteilung ist man z.B. bereit, die „französische Variante“ als Denkmodell zu akzeptieren. Man meint jedoch hiezu, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt niemand bereit ist, die BRD aus der NATO zu entlassen, ihr Territorium sei ja das Kerngebiet der NATO. Gorbatschow meinte vor allem, so die Gesprächspartner im MID, dass eine Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO, so wie sie derzeit ist, ausgeschlossen sei. Ändere sich der Charakter des NATO-Bündnisses, etwa mehr in Richtung einer polit. Union, so wäre an die Problematik anders heranzugehen.

Die Botschaft erinnert in diesem Zusammenhang an die Äußerungen des sowjet. Wissenschaftlers Proektor,¹² die mit ho. FS 25099 vom 7.3.¹³ einberichtet wurde.

b) Neutralität

Ausgehend von der Forderung, dass die Mitgliedschaft Deutschlands in der gegenwärtigen NATO ausgeschlossen sei, müssen andere Denkmodelle gefunden werden. Eine Neutralität Deutschlands wäre eines davon, wobei es nicht so sehr um das Wort „neutral“ zu gehen scheint, sondern um den Zustand der Blockfreiheit. In der für die DDR zuständigen Abteilung des MID meint man auch, dass man sich eine Blockfreiheit Deutschlands als Denkvariante überlegen sollte und verweist in diesem Zusammenhang auf die Beispiele Indien und China.

Ferner frage man, welcher tatsächliche Unterschied zwischen einer „französischen Variante“ der NATO-Mitgliedschaft und einer Neutralität oder Blockfreiheit gegeben wäre.

In der 3. Europ. Abteilung ist man sich bewusst, dass derzeit die Neutralitäts-idee nicht populär ist. Man verweist aber darauf, dass Neutralität nicht eine „Politik der freien Hände“ bedeutet, sondern vielmehr die Verpflichtung, eine Friedenspolitik zu betreiben.

11 Gorbatschow unterstrich die sowjetische Position, indem er festhielt, dass „ein Einschluss eines künftigen Deutschlands in die NATO unakzeptabel ist, gleich welche Vorbehalte diesbezüglich auch vorgenommen werden. Man kann nicht Handlungen zulassen, welche zu einem Zerschlagen des sich in Europa herausgebildeten Gleichgewichts führen würden, der Basis der Stabilität und Sicherheit sowie des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit“. Siehe: Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 7. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.03/1-II.3/90.

12 Daniil M. Proektor, Professor am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IMEMO, 1969–1999), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

13 Das Fernschreiben konnte nicht aufgefunden werden.

Im vorerwähnten „Prawda“-Gespräch zwischen Falin und Michailow vom 12.d.M. wird von Letzterem eine Parallele mit den 20er Jahren gezogen, als nach dem Versailler-Friedensvertrag die Besetzung des Rheinlandes durch deutsche Truppen verboten war und „mit welcher Leichtigkeit dieser Beschluss umgeworfen wurde“.¹⁴

Wie kann man sicher sein, fragt Michailow, dass das Versprechen, NATO-Truppen nicht bis an die polnische Grenze zu verlegen, früher oder später abgeschwächt wird?

c) Neue europäische Sicherheitsordnung

„Die Konversion der Industrie ist äußerst schwer, aber die Konversion des Denkens ist zehnmal schwieriger. Die Asymmetrie in der Rüstung ist sehr gefährlich. Aber hundertmal gefährlicher ist die Asymmetrie in den Militärdoktrinen.“ Diese Feststellung Falins spiegelt den Stand des derzeitigen sowjet. Denkens über eine neue Sicherheitsordnung in Europa wieder. In der UdSSR weiß man, dass man neue Lösungen suchen muss, doch bisher hat man die rechte Antwort noch nicht gefunden. Wesentlich sei ein Übergang von NATO und WP zu vorherrschend polit. Bündnissen.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass vor allem auch Frankreich – wie aus einem Gespräch in der ho. französischen Botschaft hervorging – neue Sicherheitsstrukturen in Europa advoziert.

In einem aufschlussreichen Artikel in der „Iswestija“ vom 10. d. M.¹⁵ wird die gegenwärtige französische Interessenlage in Europa nicht unkritisch analysiert und zu verstehen gegeben, dass die französische Hauptsorge darin liegt, dass sich der polit. Schwerpunkt Europas nach Osten verlagern könnte und Frankreich „eine zweitrangige, periphere Rolle“ zukommen werde. Die „Iswestija“ stellt auch fest, dass Frankreich Anspruch auf die Rolle eines militär-politischen Führers in Westeuropa erhob und sich „äußerst geschickt der Unterstützung der BRD bediente, welche in Frankreich manchmal als polit. Zwerg, der ein ökonomischer Gigant ist, galt“.¹⁶

In Moskau scheint man zu verstehen, dass vor allem die franz. Forderung, ein künftiges Deutschland dürfe keine Atomwaffen besitzen, einen durchaus egoistischen franz. Hintergrund haben könnte.¹⁷

14 Dieser und der folgende Absatz wurden durch Sucharipa am Seitenrand handschriftlich markiert. Zur Besetzung des Rheinlands siehe Dok. 120, Anm. 14. Hitler stationierte ab dem 7. März 1936 Truppen der deutschen Wehrmacht im bis dato entmilitarisierten Rheinland, was einen Völkerechtsbruch in Bezug auf den Versailler Vertrag, darstellte. Dies blieb ohne nennenswerte politische Konsequenzen.

15 Der Artikel der Iswestija liegt dem Akt nicht bei.

16 Dieser Absatz wurde durch Sucharipa am Seitenrand handschriftlich markiert und mit einem Rufzeichen versehen.

17 Dieser Absatz wurde von Sucharipa am Seitenrand mit vier Rufzeichen versehen, ergänzt um die Frage: „Ist das als ev. Zustimmung zu verstehen?“

5) Konsultationen mit den Verbündeten, sowjet. Haltung in Bonn

Im MID erklärte man offen, dass man in täglichen Konsultationen mit GB, Frankreich und den USA über die Vorbereitungen der Bonner 2+4-Gespräche stehe. Derart enge Kontakte waren von der franz. Botschaft im Übrigen in Abrede gestellt worden.

Im MID zeigte man sich über den Konsultationsverlauf zufrieden. Ohne näher darauf einzugehen, stellte man fest, dass die Haltung GBs der sowjet. am nächsten sei. Zu Frankreichs Position meinte man nur, dass Paris sichtlich nicht mit Bonn in Streit geraten wolle, während man den USA hauptsächlich militärpolit. und strategische Überlegungen zuschreibt.

Nach Eindrücken der DDR-Botschaft fühle sich die SU von den drei Westmächten isoliert, da diese untereinander in ständigem Konsultationskontakt seien.

Die sowjet. Delegation wird in Bonn von VAM Adamischin¹⁸ angeführt. Er werde keine großen Fragen anschneiden, jedoch seiner Sorge Ausdruck geben, dass der gesamt-deutsche Prozess unreguliert vor sich gehe. Ferner werde er die sowjet. Ansicht kundtun, dass Fakten eintreten können, die bis jetzt nicht vorhersehbar sind. Daher habe der Prozess der beiden deutschen Staaten ruhig und parallel zum gesamteurop. Prozess [zu] verlaufen. Adamischin werde aber davon absehen, seine Vorstellung von „unvorhergesehenen Bedingungen“ zu konkretisieren, räumte man auf eine Frage des Gefertigten im MID ein.

Wesentlich sei, dass man sich in Bonn auf ein Procedere der weiteren Verhandlungen der „2+4“ einige.

6) WP-AM-Treffen zur deutschen Frage in Prag (17.3.)¹⁹

Im MID gestand man ein, dass bislang innerhalb der WP-Staaten Meinungsverschiedenheiten über das Herangehen an eine Lösung der deutschen Frage bestehen. Man ließ offen, inwieweit diese vor bzw. in Prag bereinigt werden können.

Sajdik

18 Anatolij L. Adamischin, Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1986–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

19 Am 17. März 1990 fand in Prag das Treffen der Außenminister des Warschauer Pakts statt. Eine Einigung bezüglich einer NATO-Zugehörigkeit eines zukünftigen geeinten Deutschlands konnte nicht erzielt werden – Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei sprachen sich für eine NATO-Mitgliedschaft Deutschlands aus, Schewardnadse lehnte dies klar ab. Vgl. Bericht über das Treffen der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages in Prag zur Problematik der Vereinigung der beiden deutschen Staaten [Auszug] (= Dokument 70), in: Die Außenpolitik der DDR, S. 526–528.

Dok. 136: Bericht. Soziale Ängste in der DDR, 14.3.1990

Botschafter Erich Binder und Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 14. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.03.00/10-II.3/90¹

(Soziale) Ängste in der DDR (Info)

Nachdem in den ersten Monaten nach der Wende eine richtige Euphorie bezüglich der Vereinigung mit der BRD geherrscht und man allein an einen Anschluss gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD² gedacht hat, ist seit etwa einem Monat in weiten Kreisen der Bevölkerung eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Hatte man bis dahin in einer Vereinigung mit der BRD nur positive Seiten gesehen, so kommt man nun darauf, dass die Vereinigung auf gewissen Gebieten, insbesondere dem sozialen, auch Nachteile mit sich bringen dürfte.

Ein weiteres Problem ist die Frage der Eigentumsverhältnisse. Es gibt Befürchtungen, dass die früheren Eigentümer von Immobilien diese von den nach DDR-Recht rechtmäßigen Eigentümern zurückfordern können, sobald die DDR-Rechtsordnung jener der BRD angeglichen sein wird. Diese Besorgnisse sind u. a. darauf zurückzuführen, dass manche frühere Eigentümer aus der BRD hierherkommen, um nach ihrem ehemaligen Besitz zu schauen, sich in manchen Fällen äußerst ungeschickt verhalten und dadurch Unruhe verursachen. Obwohl mancherorts behauptet wird, dass diese Befürchtungen durch entsprechende Berichte, vor allem seitens der PDS, in den Medien aufgebauscht werden, so ist doch ein wahrer Kern dabei.

In diesem Zusammenhang erhebt sich überhaupt die Frage nach der staatlichen Organisation eines vereinten Deutschlands. Es steht wohl außer Zweifel, dass es eine föderative Struktur haben wird und die Organisation der Verwaltung sowie des gesamten öffentlichen Dienstes aus der BRD zu übernehmen sein wird. So hat die DDR als streng zentralistischer Staat keine Gebietskörperschaften, nicht einmal die fünf klassischen Länder existieren noch, sodass also hier vollkommen neue Strukturen geschaffen werden müssen.

Die für die Einführung der Marktwirtschaft und Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion unumgängliche Preisreform liegt seit einiger Zeit in der Schublade des Ministeriums. Preisstützungen in der Höhe von 35 Milliarden Mark sind nach den Wahlen am 18. März abzubauen. Für einzelne Produkte (etwa Fleisch und Gemüse) sind Preissteigerungen um das Vier- bis Fünffache vorgesehen. Die etwa 3 Millionen Rentner, die fast ein Viertel der Wahlberechtigten darstellen, fürchten, dass den erwarteten Preissteigerungen keine entsprechende Erhöhung ihrer bescheidenen Renten von durchschnittlich 400 bis 500 Mark gegenüberstehen wird.

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25050 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektionen II und III gerichtet. Die Abteilung legte ihn am 16. März 1990 als zur Kenntnis dienend ad acta. Für die Abteilung II.1 zeichnete Gesandter Johann Plattner am 16. März als gesehen ab.

2 Zu Artikel 23 des Grundgesetzes siehe bereits Dok. 125, Anm. 3.

Die im Zuge der Umstrukturierung erforderliche Schließung von Betrieben mit veralteten Produktionsanlagen lässt viele Arbeiter fürchten, dass sie bei „Einführung der Marktwirtschaft“ ihren Arbeitsplatz verlieren werden. In Vorwegnahme dieser erforderlichen Maßnahmen haben in den letzten Wochen bereits Betriebsdirektoren leistungsschwache Arbeiter freigesetzt und mit Blickrichtung auf die notwendige Rationalisierung freigewordene Stellen nicht mehr den Arbeitsämtern gemeldet. Etlichen Wählern wird auch klar, dass mit Einführung der Währungsunion nicht gleichzeitig die Löhne der BRD eingeführt werden, sondern die Löhne nur im Ausmaß der Produktivitätssteigerung angehoben werden können. Die durchschnittliche Produktivität in der DDR erreicht ca. 50 Prozent der der BRD. Schwierigkeiten wird es zweifellos auch mit den Angehörigen des öffentlichen Dienstes, der Polizei und der Nationalen Volksarmee der DDR geben. Dass diese Gruppe wegen ihres weiteren beruflichen Schicksals verunsichert ist, kann einen nicht verwundern.

Eine weitere Gruppe, die fürchtet, einen überproportionalen Beitrag der Einheitszeche bezahlen zu müssen, sind die alleinstehenden und alleinerziehenden Frauen. Sie, die schon in der Vergangenheit materiell schlechter gestellt waren, fürchten, im marktwirtschaftlichen System die wenigen sozialen Rechte, die ihnen das alte Regime gewährt hat, zu verlieren. Es ist ihnen bekannt, dass bei Rationalisierungen und konjunkturellen Abschwüngen in der BRD diese Beschäftigtengruppe als erste freigesetzt wurde. Nicht gerade beruhigend kann daher die Äußerung des Vorsitzenden der Ost-SPD, Ibrahim Böhme, wirken, dass seine Partei bei Regierungsverantwortung nach dem 18. März als erstes das eben erst beschlossene Gewerkschaftsgesetz aufheben wird.³

Binder/Graf

Dok. 137: Bericht. Die Wahlen vom 18. März, 21.3.1990

Botschafter Erich Binder an BMAA, Berlin (Ost), 21. März 1990, Zl. 112-RES/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.03.00/16-II.3/90¹

Die Wahlen vom 18. März

Bei den ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März hat die konservative „Allianz für Deutschland“ einen eindrucksvollen und in seiner Höhe überraschenden

3 Vgl. Gesetz über die Rechte der Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. März 1990, GBl. der DDR 1990, I, S. 110–112.

1 Dieser analytischere Schriftbericht folgte den fernschriftlichen Informationsbericht vom 19. März. Er wurde von der Abteilung II.3 übernommen und zu den Akten gelegt. Eine nähere Befassung scheint nicht mehr erfolgt zu sein.

Sieg errungen. Die aus Christlich-Demokratischer Union, Deutsche Sozialunion und Demokratischer Aufbruch bestehende Allianz erreichte 193 von 400 Sitzen in der Volkskammer. Mit weniger als 22 Prozent der Stimmen und 87 Sitzen musste die (Ost)SPD eine empfindliche Niederlage hinnehmen, während die aus der früheren SED hervorgegangenen PDS mit über 16 Prozent der Stimmen und 65 Sitzen ein durchaus respektables Ergebnis erreichte. Mit nur etwas mehr als 5 Prozent der Stimmen sahen auch die Liberalen ihre Erwartungen nicht erfüllt.²

Die „Allianz für Deutschland“, die von Bundeskanzler Kohl fast durch einen Gewaltakt als Wahlbündnis zusammengefügt wurde, hatte vor allem im Vergleich zur SPD einen sehr späten Start im Wahlkampf. Sie konnte jedoch in der Wählergunst laufend aufholen und in den letzten Tagen vor dem Wahlsonntag war erkennbar, dass sie daran war, die SPD bereits zu überholen. Die Höhe des Sieges fiel dennoch überraschend aus. Im Wahlkampf selbst stand die (West)SPD den Unionsparteien weder an Geldeinsatz noch an Auftritten bei Wahlveranstaltungen kaum [sic!] nach.

Vor und während des Wahlkampfes war aus verschiedenen Befragungen ersichtlich, dass es bei dieser Wahl letztlich nur ein entscheidendes Thema gab, wenn auch in verschiedenen Ausprägungen: die rasche Einigung. Das Ziel der Einheit hat die Allianz am deutlichsten vertreten und Bundeskanzler Kohl ist mit großem Gefühl auf diese Kurzformel eingegangen. Im Prinzip wollte auch die SPD der DDR dasselbe; allerdings plädierte sie für eine langsamere Gangart und betonte laufend eine notwendige stärkere soziale Absicherung der DDR-Bürger im Vereinigungsprozess.

Zweifellos hat die (Ost)SPD an ihrem Partner in der Bundesrepublik gelitten, der zwar einerseits die Vereinigung will, andererseits durch Lafontaine³ den Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR gleichzeitig davor Angst macht. Lediglich Willy Brandt hat gesehen, dass in der DDR ein (geschichtlicher) Prozess in Gang gesetzt wurde, den aufzuhalten niemand das Recht noch die Fähigkeit hat, sondern der nur in richtige Bahnen gelenkt werden müsste. Speziell zu Beginn des Wahlkampfes hatte man den Eindruck, dass die Auftritte von Willy Brandt in der DDR große Resonanz erhielten. Die offene Eindeutigkeit von Bundeskanzler Kohl kam dem Bedürfnis der DDR-Bürger nach klaren Antworten voll entgegen. Dazu kommt noch, dass er die Regierung vertritt, auf deren Verständnis die DDR-Bürger im Vereinigungsprozess hoffen.

2 Bei einer Wahlbeteiligung von 93,38% entfielen 48,1% der Stimmen auf die Allianz für Deutschland (DA, DSU, CDU), 21,8% auf die SPD, 16,4% auf die PDS, 5,3% auf den Bund Freier Demokraten (LDP, FDP, DFP), 2,9% auf das Bündnis 90, 2,2% auf die DBD, 1,9% auf Grüne-UFV, 0,4% auf die NDPD und 0,3% auf den Demokratischen Frauenbund.

3 Oskar Lafontaine, Mitglied des Bundesvorstands der SPD (1979–1999) und Kanzlerkandidat der SPD (1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Bei einer ersten Analyse kann man feststellen, dass die Stärke der Parteien von drei Einflussgrößen abhängt: der geografischen Lage innerhalb der DDR, der Größe des Wohnortes sowie der beruflichen Tätigkeit und Stellung des Wählers. Für die Allianz (insgesamt über 48 Prozent der Stimmen) ergibt sich in regionaler Hinsicht ein kräftiges Gefälle von Süden nach Norden:

- in den südlichsten Bezirken Erfurt, Gera, Suhl, Karl-Marx-Stadt und Dresden konnte sie Stimmenanteile von 60 bis 62 Prozent verbuchen
- in einem mittleren Bereich (Bezirke Magdeburg, Halle, Leipzig und Cottbus) lag die Allianz zwischen 47 und 58 Prozent
- weiter nördlich (in den Bezirken Frankfurt, Potsdam, Neubrandenburg, Schwerin und Rostock) lagen die Allianz-Anteile zwischen 33 und 42 Prozent
- das „rote“ Berlin fällt völlig aus dem Rahmen: hier musste sich die Allianz mit 22 Prozent und dem dritten Rang hinter SPD und PDS begnügen.

In Kreisen, wo der Anteil der Industriebeschäftigten über 45 Prozent beträgt, konnte die Allianz mehr als 56 Prozent der Stimmen erreichen. In Gebieten mit wirtschaftlich ausgewogener, aber industriell geprägter Struktur lag ihr Anteil bei 50 Prozent, d. h. nahe beim Durchschnitt. Unter den Durchschnitt blieb die Allianz dort, wo Dienstleistungen oder aber interessanterweise die Landwirtschaft dominieren. Demnach sind CDU und DSU⁴ Parteien der Industriearbeiterschaft. Diese Tendenz wird auch durch eine INFAS-Erhebung⁵ am Wahltag – nach Verlassen der Wahllokale – bestätigt: Arbeiter gaben zu 58 Prozent an, die Allianz gewählt zu haben; Angestellte zu 47 Prozent; Rentner zu 43 Prozent und Angehörige der Intelligenz nur zu 32 Prozent. In dieser letzten Gruppe waren PDS und Bündnis 90⁶ zusammen genau auf den gleichen Wert gekommen.

Sehr ausgeprägt ist auch das Gefälle von den großen zu den kleinen Gemeinden. In den Großstädten ab 200.000 Einwohner kam die Allianz nur auf 25,5 Prozent. Je kleiner jedoch der Ort, umso größer der Anteil der für eine Partei der Allianz abgegebenen Stimmen. In der Kategorie der kleinsten Gemeinden (unter 2.000 Einwohner) waren das über 56 Prozent.

Die (Noch-)DDR ist also mehrfach gespalten: nach Nord und Süd, nach Stadt und Land und nach Hand- und Kopfarbeitern.

Die PDS erhielt in jedem zweiten Ostberliner Stadtbezirk sowie in den Städten Neubrandenburg, Frankfurt an der Oder und Potsdam ein Drittel der Stimmen. Ihre schlechtesten Ergebnisse erreichte sie in den Bezirken Erfurt, Gera, Dresden (9,76 %, 12,54 %, 14,76 %).

4 DSU = Deutsche Soziale Union

5 Institut für angewandte Sozialforschung (infas) mit Niederlassungen in Bonn und München. Siehe zur genannten Infas-Erhebung, DDR 1990. Wahl der Volkskammer der DDR am 18. März 1990. Analysen und Dokumente, hg. vom Institut für angewandte Sozialforschung, Bonn/Bad Godesberg, 1990.

6 Listenvereinigung der Parteien Neues Forum, Initiative Frieden und Menschenrechte sowie Demokratie Jetzt, die gemeinsam bei den DDR-Volkskammerwahlen am 18. März 1990 antraten.

Die SPD erzielte ihre besten Ergebnisse in Berlin und in den angrenzenden Kreisen (Eberswalde, Nauen, Templin, Zossen), aber auch im weiteren Umland (Neuruppin, Brandenburg, Templin, Gransee). Allerdings erreichten die Sozialdemokraten in keinem einzigen Kreis auch nur 40 Prozent der Wähler – so viel wie die CDU allein landesweit erreichte. Unwahrscheinlich niedrige Anteile erreichte die SPD im Süden der DDR. Die zehn schlechtesten Kreise für die SPD mit weniger als 9 Prozent der Stimmen liegen alle im Bezirk Dresden. Die Stadt Dresden hat mit 11 Prozent ein für die sozialdemokratische Tradition dieser Gegend äußerst karges Resultat aufzuweisen. Offenbar ist es der SPD nicht gelungen, an die Traditionen der 20er und frühen 30er Jahre anzuknüpfen und eine breite organisatorische Infrastruktur aufzubauen.

Die Vereinigten Liberalen (Bund Freier Demokraten) haben mit Halle einen eindeutigen Schwerpunkt, der an Traditionen aus der Weimarer Zeit, vor allem aber auch an die Landtagswahlen vom Oktober 1946 anknüpft. Die zwölf Kreise mit den höchsten Anteilen von 9 oder mehr Prozent liegen alle im Bezirk Halle. Naumburg, Dessau und Halle selbst brachten den Liberalen über 14 Prozent der Stimmen. Die Schlusslichter der Freien Demokraten liegen im Norden, in den Bezirken Rostock und Neubrandenburg.

Ins Auge springt bei diesen Wahlen die sehr starke Attraktivität, die die konservativen Parteien in den industrialisierten Regionen der DDR ausgeübt haben. CDU und CSU sind hier weit in ein Terrain vorgedrungen, das ihnen soziologisch eigentlich verschlossen sein müsste. Es stellt sich somit die Frage, ob diese Wahl vom 18. März 1990 eine Sonderwahl war, die von einem einzigen Thema (der Einheit) beherrscht war? In diesem Falle müsste die ausgelöste Mobilisierung in dem Moment zusammenfallen, in dem sich dieses Thema erledigt hat.

Möglicherweise werden die Kommunalwahlen am 6. Mai⁷ darauf schon eine Antwort geben.

Der Botschafter:
Binder m. p.

7 Die Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 bestätigten weitgehend das Ergebnis der auf den 18. März vorgezogenen Volkskammerwahlen. Die CDU erreichte einen geringeren Stimmenanteil, der weitgehend kleineren Parteien zufiel. Die Wahlbeteiligung war im Vergleich zur Volkskammerwahl bereits zurückgegangen. Siehe dazu Botschafter Binder an BMAA, Berlin (Ost), 8. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.03.00/31-II.3/90.

Dok. 138: Bericht. Großbritannien und die „2+4“-Gespräche, 23.3.1990

Botschafter Walter Magrutsch an BMAA, London, 23. März 1990, Zl. 225-RES/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/102-II.1/90¹

„Zwei+Vier“-Gespräche – Großbritannien

Im Anschluss an die Intervention des Missionschefs betreffend den österreichischen Vorschlag zur Abhaltung einer ER-Ministerkonferenz über Flüchtlingsprobleme² meinte der Europadirektor im Foreign Office³ (nachdem er den ebenfalls anwesenden zuständigen Abteilungsleiter⁴ weggeschickt hatte), er möchte mit dem Unterfertigten „noch ein bisschen über Deutschland reden“ und weiters auf informeller Ebene auch zu den „Zwei+Vier“-Gesprächen einige Bemerkungen machen.

Der Mitredner berührte sodann im Gespräch das überraschende Ergebnis der DDR-Wahlen,⁵ die Frage der Einbeziehung des DDR-Gebiets in die EG usw. und fragte auch nach unserer Haltung zu einem vereinigten Deutschland. In ähnlicher Weise wie vor einiger Zeit der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses (siehe Ber. Zl. 120-RES/90 vom 26.2.1990)⁶ warf er ebenfalls erstaunlicherweise

1 Der Bericht wurde im BMAA von der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen. Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner zeichnete diesen ebenso wie Legationsrat Marius Calligaris am 2. April 1990 ab und verfügte seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn, Berlin, Washington, Moskau, Paris und Warschau. Im BMAA lag er zudem der Abteilung II.4 (Arabische Staaten, Israel, Iran, Islamische Konferenz, Afrika, OAU, gesehen am 6. April) und der Abteilung II.3 gesehen von Legationsrat Josef Litschauer und Legationssekretär Hans Peter Manz jeweils am 12. April 1990. Sämtliche Unterstreichungen wurden in der Abteilung II.1 vorgenommen.

2 Am 24./25. Jänner 1991 fand in Wien mit Unterstützung des Europarats eine Ministerkonferenz über „Wanderungsfragen“ zwischen Ost und West statt.

3 Lionel Price, Leiter der Europa-Abteilung im Außenministerium Großbritanniens (1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Hilary Synnott, Leiter der West-Europa-Abteilung im Außenministerium Großbritanniens (1989–1991), 1990 Mitglied der britischen Zwei-plus-Vier-Delegation, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Zum Ergebnis der Volkskammerwahlen vom 18. März siehe Dok. 137.

6 Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im Unterhaus, David Howell, hatte im Gespräch mit Botschafter Manfred Scheich anlässlich dessen London-Aufenthalts am 21./22. Februar 1990 „bei einer allgemeinen Erörterung der Entwicklung in Europa die Frage“ gestellt, „ob nicht auch Österreich als Nachbarstaat Deutschlands ‚concerns about German unification‘ oder ähnliche Mitsprachewünsche wie Polen habe (!) und ob es im Verhältnis zu Deutschland offene Fragen gebe, wobei er sich auch eingehend nach den österreichisch-deutschen Differenzen in der Verkehrspolitik erkundigte“. Botschafter Walter Magrutsch an BMAA, London, 26. Februar 1990, Zl. 120-RES/1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol/1990, GZ. 22.17.01/54-II.1/90. Zu den Differenzen in der Verkehrspolitik siehe bereits Dok. 11, Anm. 8 und 13.

die Frage auf, ob auch Österreich, ähnlich wie andere Nachbarstaaten Deutschlands, allfällige offene Ansprüche, Forderungen oder Grenzgarantiewünsche gegenüber Deutschland habe. Hiezu wurde dargelegt, dass Österreich keinerlei derartige Wünsche habe. Österreich sei auf der Basis des Staatsvertrags, nicht zuletzt mit britischer Hilfe in seiner Unabhängigkeit und Identität seit Jahrzehnten in einer international gesicherten, anerkannten und auch geschätzten Position und unser Verhältnis zu Deutschland sei vollkommen „relaxed“. Aber selbstverständlich würden wir die Vorgänge und Entwicklungen als Nachbarstaat mit größtem Interesse verfolgen.

Zu den „Zwei+Vier“ Gesprächen legte der Mitredner dar, dass die bisherigen zwei Treffen sich im Wesentlichen nur mit Prozedurfragen befasst hätten. Eine weitere Sitzung auf gleicher Ebene sei für Anfang April vorgesehen. Vor dem Sonder-EG-Gipfel-Treffen in Dublin am 28. April, etwa für Mitte April, sei ein „Zwei+Vier“ Außenministertreffen⁷ geplant. Der britischen Seite komme es darauf an, dass „alles in geordneten Bahnen verläuft“, dies habe auch Premierminister Thatcher wiederholt betont. Es sei nicht die Absicht Londons, wie dies immer wieder behauptet werde, den Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu verlangsamen und bewusst in die Länge zu ziehen. Nach britischer Auffassung müsse Polen „seine Grenzen vertraglich garantiert“ erhalten. Auf die Frage, in welcher Weise dies geschehen soll, etwa durch einen multilateralen Friedensvertrag oder dergleichen, meinte der Mitredner, man denke an einen bilateralen Vertrag zwischen einem vereinigten Deutschland und Polen, wobei die Absicht hiezu in den „Zwei+Vier“ Gesprächen vereinbart werden könnte. Möglicherweise sollte Ähnliches auch im Verhältnis zur ČSSR überlegt werden. Das generelle Hauptziel der „Zwei+Vier“ Gespräche bestünde darin, sich über die Art und Weise einer Beendigung der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes klar zu werden und welches politisch-rechtliche „final settlement“ in der Deutschland-Frage herbeigeführt werden kann. Die Frage einer NATO-Mitgliedschaft Deutschlands sei nicht Gegenstand der „Zwei+Vier“ Gespräche und könne es auch nicht sein, da diese Frage nur im Rahmen der NATO selbst, nicht aber auf der „Zwei+Vier“ Ebene behandelt werden könnte, weil dann die Sowjetunion mitbestimmen könnte, wer NATO-Mitglied ist und wer nicht. Die Sicherheitsproblematik und die Frage von Paktzugehörigkeiten seien von den „Zwei+Vier“ Gesprächen zu trennen. Trotz des mehrfachen Hinweises darauf, dass dies wohl schwer durchführbar sei, rückte der Gesprächspartner von dieser Formalhaltung nicht ab.

Der Europadirektor zeigte sich insgesamt befriedigt über den bisherigen Verlauf und auch optimistisch hinsichtlich des weiteren Fortgangs der Gespräche. Nach den offensichtlichen Schwächezeichen der Warschauerpakt-Staaten (Prager

7 Das erste 2+4-Außenministertreffen fand erst am 5. Mai 1990 in Bonn statt. Siehe dazu Dok. 149–150.

Treffen vom 17. März)⁸ dürfte man vermehrt mit Nachgiebigkeit und Flexibilität Moskaus hinsichtlich des Status eines wiedervereinigten Deutschlands rechnen. Das Gesamtergebnis der Gespräche soll dann zu gegebener Zeit dem 35-KSZE-Rahmen zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

Der Botschafter:
Magrutsch

Dok. 139: Bericht. Änderung der sowjetischen Haltung zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands, 26.3.1990

Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 26. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/100-II.3/90¹

Deutsche Vereinigung; Nuancierung der sowjetischen Haltung gegenüber NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands? (Info)

Verschiedene Momente deuten darauf hin, dass in der SU nicht zuletzt seit dem Wahlsonntag in der DDR² – ein Umdenken in der sowjetischen Einstellung zu einer möglichen NATO-Mitgliedschaft Deutschlands vor sich geht. In der Folge werden diese Momente angeführt:

1) Gorbatschow-Aussage gegenüber bulgar. MP A. Lukanow³

Gorbatschow sprach sich gegenüber dem bulgar. MP Lukanow nicht mehr ebenso kategorisch gegen eine NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland aus, wie er dies noch im Zuge des Besuchs von DDR-MP Modrow Anfang dieses Monats⁴

8 Siehe dazu bereits Dok. 135, Anm. 19.

1 Der Bericht erging in Verfolg des Fernschreibens Nr. 25122 vom 20. März 1990 als Funkdepeche Nr. 25127 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Dort wurde er von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen und Legationsrat Josef Litschauer verfügte am 28. März 1990 im Auftrag seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin sowie an die Delegation Berlin. In der Abteilung II.3 wurde der Bericht zudem von Legationssekretär Hans Peter Manz am 9. April als gesehen abgezeichnet. Die Unterstreichung erfolgte in der Abteilung II.3, die handschriftliche Anmerkung legt nahe, dass auch Abteilungsleiter Gesandter Ernst Sucharipa den Bericht durchgearbeitet hat.

2 Zum Ergebnis der Volkskammerwahlen vom 18. März siehe Dok. 137.

3 Andrej Lukanow, Vorsitzender des Ministerrates Bulgariens (Februar–März 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Lukanow und Gorbatschow waren am 19. März zusammengetroffen.

4 Modrow hatte am 6. März 1990 erneut Moskau besucht und war mit Gorbatschow zu einem Gespräch zusammengetroffen. Siehe dazu bereits Dok. 135, Anm. 5 und 11.

zum Ausdruck gebracht hatte. Gorbatschows Formulierung gegenüber Lukanow lt. TASS: „die Vereinigung von DDR und BRD hat eine einseitige Block-Orientierung auszuschließen und muss durch eine Friedensregelung ihren Abschluss finden.“

2) Schewardnadse-Genscher-Treffen in Windhuk⁵

Auch die TASS-Aussendung über das Treffen der beiden AM enthält keinerlei „Anti-NATO-Formulierung“. Vielmehr ist die Rede von „der Notwendigkeit einer sorgfältigen Berücksichtigung einer Vielfalt an Faktoren und an einander überlappenden Interessen sowie einer Erörterung aller – auf den ersten Blick sogar unerwarteter – Lösungsvarianten“. Dies betreffe – so die TASS – auch das Problem des militärischen Status eines vereinten Deutschlands.

Laut TASS-Wiedergabe des Gespräches sprach sich Schewardnadse in eher allgemeiner Form für die Unterzeichnung eines Friedensvertrags aus, während Genscher für eine „pragmatische Lösung“ eintrat. Ein Friedensvertrag würde nach den Worten Genschers nicht dem Geist der Zeit entsprechen.

3) Artikel in „Iswestija“ über Militärstatus Deutschlands

Der sowjetische außenpolitische „Starjournalist“, Alexander Bowin, geht in einem Artikel in der „Iswestija“ vom 23.d.M.⁶ ausführlich auf die Frage einer möglichen NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands ein. Er schreibt, dass dies zweifellos „unsere schwere außenpolitische Niederlage deutlicher machen würde“. Die Transformation der DDR ist aber lt. Bowin nur ein Teil der viel breiteren Veränderungen in Europa, welche die SU dazu nötigen, aus dem Teil Europas abzuziehen, den man in der UdSSR üblicherweise als den „unseren“ bezeichnete. Wörtlich meint Bowin: „Werfen wir einen Blick auf die Landkarte. Ein Anschluss an das zur NATO gehörige Territorium des Gebietes der heutigen DDR kann sich wohl kaum merkbar auf unsere Sicherheit auswirken.“ Der sowjetische Journalist wendet sich auch dagegen, auf die Welt von heute und morgen mit Ansichten von gestern und vorgestern zu schauen. Wichtig sei, dass die Vereinigung Deutschlands nicht eine Bedrohung des Friedens mit sich bringe, meint der sowjet. Kommentator, um dann folgendes Modell von im Westen derzeit diskutierten Kompromissideen einer „NATO-Variante“ darzulegen:

5 Anlässlich der Unabhängigkeit des Staates Namibia trafen sich u. a. die Außenminister Genscher, Baker und Schewardnadse in Windhoek am 22. März 1990. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Einheit Deutschlands diskutiert. Vgl. Vermerk des Leiters des Ministerbüros, Elbe, vom 28. März 1990 über das Gespräch von Bundesaußenminister Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Šewardnadze am 22. März 1990 in Windhoek (= Dokument 23), in: Diplomatie für die deutsche Einheit, S. 113–120. Siehe auch Dokument 18, in: Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990.

6 Alexander Bowin, Politischer Kommentator der sowjetischen Tageszeitung Iswestija (1972–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Der Iswestija-Artikel liegt dem Bericht nicht bei.

- NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands, Dislozierung der NATO-Truppen jedoch nur bis zur heutigen BRD-DDR-Grenze
- NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands mit Stationierung von Sowjettruppen auf dem ehemaligen Gebiet der DDR

Bowin stellt diesen Varianten folgendes Zitat des čsl. AM Dienstbier⁷ nach: „unter den Bedingungen, in denen wir heute leben, bei einer Symbiose des braven Soldaten Schwejk, Franz Kafkas und Josef Stalins, ist nichts mehr absurd.“

Da Bowin – schon fast traditionell – in der sowjetischen Außenpolitik eine gewichtige „Vordenkerrolle“ zukommt, sind nach h. Ansicht seine Feststellungen im oz. Artikel zweifellos ernst zu nehmen. Sie decken sich im Übrigen weitgehend mit der Meinung des sowjetischen außenpolitischen Theoretikers, Daniil Proektor, die dieser in einem Interview mit der „Sojetskaja Rossija“ schon [am] 28.v.M. zum Ausdruck gebracht hatte (vgl. h. FS 25099 vom 7.d.m.).⁸

4) Aussagen des Mitglieds des außenpol. Ausschusses des Obersten Sowjets Neiland⁹

In einem Gespräch mit dem Gefertigten am 23. d.M. äußerte der Sekretär des außenpolitischen Ausschusses des OS¹⁰ der UdSSR, der Volksdeputierte und stv. AM Lettlands, Neiland, die Ansicht, dass man sich in der UdSSR letztlich mit einer NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands werde abfinden müssen. Die UdSSR habe die neuen polit. Realitäten in Europa anzuerkennen und daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen. Auch er, Neiland, sprach von den beiden von Bowin genannten Modellen einer NATO-Mitgliedschaft Deutschlands, wobei nach seiner Ansicht die Variante, die eine Stationierung sowjetischer Truppen auf dem ehemaligen Staatsgebiet der DDR vorsieht, die wahrscheinlichere sei.

Sajdik

7 Jiří Dienstbier, Außenminister der Tschechoslowakei (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Der Bericht konnte nicht aufgefunden werden, siehe dazu bereits Dok. 135. Handschriftliche Notiz am Ende des Absatzes durch Sucharipa: „Sowie – in aller Bescheidenheit – mit meiner Info zum Modrow-Plan.....“ Siehe Dok. 116.

9 Nikolajs Neilands (1930–2003), KPdSU. Mitglied des Obersten Sowjets und des Volksdeputiertenkongresses der UdSSR (1989–1991). Stellvertretender Außenminister der Sowjetrepublik Lettland (1980–1990). Siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

10 Obersten Sowjets.

Dok. 140: Bericht. Die „2+4“-Verhandlungen aus Sicht des Auswärtigen Amts, 27.3.1990

Botschafter Friedrich Bauer und Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 27. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/98-II.1/98¹

BRD; Deutsche Einheit „2+4“ (Info)

Enger persönlicher Mitarbeiter Genschers,² der sich bisher als zuverlässig erwies, hält zur Überraschung der Botschaft „2+4“-Gespräche für weniger problematisch („schon gelaufen“) als deutsch-deutsche und EG-Anpassungen. Die 4 Mächte wollten aus unterschiedlichen Gründen nicht als Bremser erscheinen und hätten faktisch auch keine Möglichkeit, noch Gegenleistungen zu fordern:

USA unterstützten Bonn kräftig und seien selbst stark an deutscher Einheit interessiert – weil diese als unausweichlich betrachtet wird und USA sich ihren wichtigsten Verbündeten in Europa erhalten wollen. Baker (dem Präsidentschafts-Ambitionen nachgesagt werden) sei starker Verfechter einer Überwindung der Teilung Europas und an Europa interessiert (vgl. seine programmatische Rede in Berlin³ mit „Entdeckung“ der EG usw.). Lediglich bei Oder-Neiße-Grenze verstehe Washington wegen polnischer Wähler keinen Spaß.

SU erkenne ebenfalls Unausweichlichkeit der Einheit und wolle – wegen Interesses an wirtschaftlicher Wohlstandsverbesserung mit EG-Hilfe (dies habe Gorbatschow in Gesprächen wiederholt gezeigt) – nicht als Bremser wirken. Im Übrigen wäre für Moskau Gewissheit wesentlich, von Washington weiterhin als Supermacht behandelt zu werden – und in diesen bilateralen Beziehungen habe sich nichts verändert. Gesprächspartner nannte als Beleg hierfür das Zustandekommen der „2+4“-Lösung: dieser Genscher-Gedanke wurde durch Gespräche beiderseitiger Kabinettschefs und anschließend Genscher mit Baker vorbereitet, eingehen darauf wurde Schewardnadse erleichtert, weil Baker die Idee bei anschließendem Moskau-Besuch vorbrachte.⁴

1 Der Bericht erging in Verfolg des Fernschreibens Nr. 25046 vom 21. Februar 1990 (handschriftlich ergänzt: GZ. 22.17.01/48) als Fernschreiben Nr. 25069 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Dort wurde er von der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen und Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner verfügte am 28. März 1990 seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Berlin, Washington, Moskau, London und Paris. Legationsrat Marius Calligaris zeichnete das Schriftstück am 28. März 1990 ab.

2 Es könnte sich hierbei um Michael H. Gerds gehandelt haben. Eine eindeutige Identifizierung ist auf Grund der vorhandenen Angaben nicht möglich.

3 Außenminister James Baker hielt am 12. Dezember 1989 eine Rede im Presseclub in West-Berlin, in der er auf die US-amerikanischen Entwürfe für die zukünftige Architektur Europas einging. Vgl. Europa-Archiv 1990, D 77–D 84.

4 Siehe dazu bereits Dok. 119, Anm. 14.

Mitterrand begreife, dass ihm seine „punitive“ Haltung gegenüber Bonn (Drängen auf vorgezogene EG-Wirtschafts- und Währungsunion wegen deutscher Einheit) nach unerwartetem DDR-Wahlergebnis⁵ Kritik der französischen Bevölkerung und Medien eingetragen habe. Er würde sich danach richten.

Erstes Treffen der politischen Direktoren „2+4“ fand daher in angenehmer Atmosphäre noch vor DDR-Wahlen statt (für SU und DDR eine Art Anerkennung noch bestehender Verhältnisse). Nächstes Treffen dürfte Ende März bis 1. April Hälfte stattfinden (Termin abhängig auch von DDR-Regierungsbildung).⁶ Danach könnte noch im April erstes Außenminister-Treffen stattfinden,⁷ worauf lt. Gesprächspartner in Windhoek nicht nur Genscher, sondern auch Schewardnadse drängte. Genscher Mitarbeiter erwartet mehrere Außenminister-Treffen, da Ottawa-Einigung⁸ diese Ebene vorsieht und damit auch ein für die 4 wichtiger politisch-psychologischer Anschluss an frühere Deutschland-Konferenzen besteht.

Festlegung der Tagesordnung „2+4“ durch politische Direktoren werde mit neuer DDR-Regierung rasch erfolgen können, z. B. würde Eigentumsfrage (die von DDR über Entnazifizierung und Zerschlagung des Großgrundbesitzes „künstlich“ an Potsdamer Abkommen angebunden und damit zu „äußerem Aspekt“ gemacht wurde) keine Rolle mehr spielen. Schwieriger würde „Verpackung“ der angestrebten Regelung: scheinbar von Moskau „befürworteter“ Friedensvertrag ist aus Bonner Sicht „überholt“ (Reparationen! heute durch Entkolonialisierung mehr Kriegsgegner als 1945! usw.), passende Formel (europäische Friedensordnung? friedensvertragliche Regelung? oder ähnliches) müsse erst gefunden werden.

Materiell rechnet Gesprächspartner mit keinen Schwierigkeiten hinsichtlich Aufgabe der Siegerrechte und Berlin-Status: diese „einfachen Fragen“ könnten durch politische oder völkerrechtliche Erklärung gelöst werden. Erklärung über Beendigung dieser Rechte würde Berlin-Abkommen⁹ usw. ohnehin den Boden entziehen.

Hinsichtlich Oder-Neiße-Grenze würde Mitarbeiter Genschers eine rasche (weil billige) Lösung nach dem Mazowiecki-Vorschlag bevorzugen: Paraphierung

5 Zum Ergebnis der Volkskammerwahlen vom 18. März siehe Dok. 137.

6 Am 9. März 1990 hatte ein erstes deutsch-deutsches Vorbereitungstreffen auf Beamtenebene in Ost-Berlin stattgefunden. Die erste Gesprächsrunde auf Beamtenebene hatte am 14. März in Ost-Berlin stattgefunden (siehe dazu bereits Dok. 135, Anm. 2), die zweite Gesprächsrunde folgte am 30. April 1990 in Ost-Berlin. Siehe dazu Zweite Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene, Berlin-Niederschönhausen, 30. April 1990 (= Dokument 264), in: Deutsche Einheit, S. 1074–1076

7 Das erste 2+4-Außenministertreffen fand am 5. Mai 1990 in Bonn statt. Siehe Dok. 149–150.

8 Die „Open-Skies“-Konferenz der KSZE fand vom 12. bis 14. Februar 1990 in Ottawa statt. Am Rande dieser Konferenz wurde am 13. Februar 1990 eine grundsätzliche Einigung auf die 2+4-Formel für die Verhandlungen über die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung erzielt. Siehe Dok. 124.

9 Siehe Dok. 1, Anm. 15.

eines Grenzvertrages vor, Ratifikation nach Herstellung staatlicher Einheit.¹⁰ Zuwarten würde Lösung verteuern (durch polnisches Verlangen nach Friedensvertrag, Teilnahme an „2+4“ und internationale Garantie der Grenze – wozu Großbritannien nicht abgeneigt wäre, was aber aus Bonner Sicht partiell 4 Mächte-Verantwortung nahestehen würde).

Am schwierigsten bleibe sicherheitspolitische Regelung für Gesamtdeutschland: Moskau werde letztlich NATO-Zugehörigkeit Deutschlands akzeptieren, weil SU an NATO-Bestand (Einbindung der USA in Europa) großes Interesse habe. Nachdem in vergangenen Wochen sowjetischerseits zahlreiche sicherheitspolitische Optionen dargestellt wurden, zeigten Erklärungen der letzten Tage Eingehen auf NATO-Zugehörigkeit. Im DDR-Teil würden keine Truppen oder Einrichtungen von NATO und Bundeswehr stationiert. NVA könnte für bestimmte Zeit „in irgendeiner Form“ bestehen bleiben. Auch SU-Truppen können, wenn gewünscht, gewisse Zeit auf diesem Gebiet verbleiben: Bonn werde deutsche Einheit nicht wegen dieser Frage aufs Spiel setzen!¹¹

Für SU bestünde psychologisches Problem, bisher „Schrecken der NATO“ gewesen zu sein und nun ohnmächtig europäische Veränderungen (Zerfall Osteuropas usw.) ohne neuen Strukturrahmen akzeptieren zu sollen: deshalb trete Genscher (vgl. jüngste WEU-Rede)¹² für kooperative Stabilität und Umwandlung der – bestehen bleibenden – Bündnisse in politische Steuerungsmechanismen ein. Bündnisse hätten auch wesentliche Bedeutung für KSE¹³ und Abrüstung und bilden somit lt. Gesprächspartner „Schlüssel zur deutschen Einheit“. Deshalb befürworte z. B. auch Staatspräsident Hável¹⁴ heute keine Bündnisauflösung mehr. Später sollten die kooperativ strukturierten Bündnisse in [einen] Verbund gemeinsamer kollektiver Sicherheit überführt werden. Dabei betone Genscher Herausbildung eines neuen kooperativen Verhältnisses der beiden Großmächte sowie Neugestal-

10 Siehe dazu Dok. 127, Anm. 14.

11 Die letzten beiden Sätze dieses Absatzes wurden am Seitenrand handschriftlich markiert.

12 Genscher hielt bei einer Sondersitzung der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) im luxemburgischen Kirchberg am 23. März 1990 eine Rede zur künftigen europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur. Für einen Abdruck seiner Rede „Wir wollen ein europäisches Deutschland“, vgl. Genscher, *Unterwegs zur Einheit*, S. 258–268: „Bündnissen NATO und Warschauer Pakt fällt künftig eine besondere politische Steuerungsfunktion zu [...] von den Bündnissen gewährte militärische Sicherheit muß in einem ersten Schritt durch kooperative Sicherheitsstrukturen verstärkt [...], die kooperativ strukturierten Bündnisse in einen Verbund gemeinsamer kollektiver Sicherheit überführt werden [...] in denen sie schließlich aufgehen können.“ Bundeskanzler Kohl teilte seine Ausführungen zu einer europäischen Sicherheitsarchitektur nicht, wie er Genscher in einem persönlichen Brief mitteilte. Vgl. Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Bundesminister Genscher, 23. Mai 1990 (= Dokument 76), in: *Die Einheit*, S. 380–381.

13 Die beiden militärischen Bündnissysteme bildeten nicht zuletzt einen wichtigen Faktor für die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

14 Václav Havel, Präsident der Tschechoslowakei (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

tung des Verhältnisses SU-EG.¹⁵ In derartigem „KSZE-Europa“ (vgl. auch Mitterrands Konföderationsidee)¹⁶ könnte SU etwa das litauische Problem besser ertragen, aber auch z. B. Lage in Jugoslawien usw. würde leichter handhabbar.

Hinsichtlich innerer Aspekte der deutschen Einheit rechnet Gesprächspartner mit Verschiebung der Gemeindewahlen,¹⁷ um nicht bestehende Kommunalstrukturen zu versteinern: statt dessen dürften diese Wahlen, etwas später mit Landtagswahlen¹⁸ zwecks Zerbrechung¹⁹ der SED-Bezirksstrukturen zusammengelegt werden. WWU-Einführung²⁰ (Übernahme wesentlicher BRD-Gesetze, wie z. B. Gewerbeordnung usw. mit einfacher Volkskammermehrheit möglich) würde Geldströme in DDR eröffnen („Vereinigung über den Supermarkt“) und Position der neuen DDR-Regierung stärken. Je nachdem, wie rasch und günstig Entwicklungsverlauf gehe, würden formelle Einheit und gesamtdeutsche Wahlen früher oder später in 1991 erfolgen.

Bauer/Loibl

Dok. 141: Information. Deutsche Einheit, Stand April, 2.4.1990

Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 2. April 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/97-II.1/90¹

Deutsche Einheit, Stand April 1990

I. Innerdeutsche Aspekte

1) Wirtschafts- und Währungsunion

Das Ergebnis der DDR-Wahlen am 18. März² kann als Befürwortung einer baldigen Einigung Deutschlands gewertet werden. Gespräche über die Herstellung

15 Die Sowjetunion und die EG hatten am 18. Dezember 1989 ein bilaterales Handelsabkommen geschlossen. Vgl. Archiv der Gegenwart, Nr. 34143. Siehe zum 1988 gewandelten Verhältnis RGW-EG bereits Dok. 23, Anm. 17.

16 Siehe dazu bereits Dok. 113, Anm. 12.

17 Die Kommunalwahlen fanden am 6. Mai 1990 statt. Siehe dazu bereits Dok. 137, Anm. 7.

18 Die Landtagswahlen fanden nach der Wiedereinführung der sogenannten fünf „neuen Länder“ im vereinten Deutschland am 14. Oktober 1990 statt.

19 So im Original

20 Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), korrekt Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR trat mit 1. Juli 1990 in Kraft.

1 Die Information wurde in der Abteilung II.1 durch Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner und Gesandten Marius Calligaris erstellt und erging am 2. April 1990 an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, alle Abteilungen der Sektion II sowie an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“. Im BMAA ging sie zudem Gesandten Kurt Spallinger (Abteilung II.10), und Denise Rejc (Abteilung II.9) zu.

2 Zum Ergebnis der Volkskammerwahlen vom 18. März siehe Dok. 137.

der Wirtschafts- und Währungsunion haben begonnen. (Ein erster BRD-Vorschlag: Währungsumtausch 1 DM (West) = 2 DM (Ost) stößt dzt. in der DDR auf Ablehnung.)³ Die ersten rechtlichen Schritte sollen möglichst ab Mai d. J. gesetzt und die Währungsunion möglichst ab August effektiv werden.

Andererseits drängen einzelne EG-Staaten, insbesondere Frankreich, angesichts dieser bevorstehenden Verbindung der beiden deutschen Staaten auf eine Beschleunigung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.⁴ Für die BRD stellt sich die Frage inwieweit die gleichzeitige Verwirklichung dieser Ziele möglich ist.

2) Rechtliche Aspekte der deutschen Einheit

Hiefür bestehen gemäß dem Bonner Grundgesetz zwei Möglichkeiten: Art. 23 (Beitritt der DDR oder der wiederhergestellten ehemaligen Länder auf deren Gebiet zum Geltungsbereich des GG) oder Artikel 146 (Inkrafttreten einer neuen Verfassung Gesamtdeutschlands, d. h. Entstehung eines neuen Völkerrechtssubjekts). Bei letzterer Variante bestünde allerdings die Problematik, daß sämtliche internationalen Verträge der BRD neu verhandelt oder zumindest neu in Kraft gesetzt werden müßten.

Unklar ist auch noch der völkerrechtliche Rahmen der deutschen Einigung. Die BRD lehnt den Abschluß eines formellen Friedensvertrages ab (Deutschland würde fast 5 Jahrzehnte nach Kriegsschluß mit dem Stigma des Besiegten behaftet; theoretisches Problem von Reparationszahlungen). Zur Diskussion stehen dzt. eine Erklärung der 4 Alliierten über die Beendigung ihrer Rechte im Verhältnis zu Gesamtdeutschland oder eine Regelung im KSZE-Rahmen.

3) Umsiedlerstrom

Das Wahlergebnis in der DDR und die Aussichten auf eine baldige wirtschaftliche Verbindung mit der BRD hat den Umsiedlerstrom aus der DDR stark zurückgehen lassen (von bisher 2000 täglich auf dzt. ca. 1000).

II. Äußere Aspekte

1) Vier-Mächte-Verantwortung

Die am 13. Februar in Ottawa vereinbarten „2+4“-Verhandlungen über „äußere Aspekte“ der deutschen Einheit⁵ wurden am 14. März 1990 in Bonn auf Beam-

3 Alle Parteien der DDR drängten auf eine Umstellung im Verhältnis 1 zu 1. Zu den Diskussionen und Verhandlungen über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion siehe ausführlich: Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Geschichte der Deutschen Einheit Band 2, Stuttgart 1998, S. 209–276, insbesondere S. 245–252.

4 Siehe dazu bereits Dok. 98, Anm. 7.

5 Die „Open-Skies“-Konferenz der KSZE fand vom 12. bis 14. Februar 1990 in Ottawa statt. Am Rande dieser Konferenz wurde am 13. Februar 1990 eine grundsätzliche Einigung auf die

tenebene begonnen.⁶ Hiebei wurden prozedurale Fragen erörtert und folgender Themenkatalog festgelegt (nachträgliche Erweiterung möglich): Grenzfragen, politisch-militärische Fragen, Berlin-Frage, Rechte und Verantwortungen der 4 Alliierten. Das nächste Treffen auf Beamtenebene soll nach Bildung der neuen Regierung in Ost-Berlin stattfinden.⁷ Das erste Treffen auf Ebene der Außenminister ist für die zweite Aprilhälfte geplant.⁸

Die „2+4“-Verhandlungen sollen möglichst bis Herbst d. J. beendet sein, um ihr Ergebnis dem geplanten KSZE-Gipfeltreffen vorzulegen.

2) Politisch-militärische Fragen

Im Westen besteht grundsätzliche Einigung darüber, daß der Wirkungsbereich der NATO nicht auf das dzt. DDR-Territorium ausgedehnt werden soll (z. B. keine Stationierung von NATO-Verbänden). Die BRD hat sich auch mit einer temporären Stationierung sowjetischer Verbände auf DDR-Gebiet einverstanden erklärt.

Im Westen besteht auch Einvernehmen darüber, daß eine Umwandlung derzeitiger NATO-Funktionen in Abrüstungs-, Verifizierungs- und Stabilisierungsaufgaben notwendig erscheint (Einleitung erster Schritte bei der kommenden NATO-Ratstagung?).⁹ Die Mitgliedschaft Deutschlands in der EG steht außer Frage. Ob die Verwirklichung der deutschen Einheit auf das Momentum bei der Vertiefung der Integration hemmend wirkt, bleibt abzuwarten.

3) Frage der polnischen Westgrenze

Polen fordert eine definitive Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze. Angesichts der eindeutigen Unterstützung des polnischen Standpunktes durch die 4 Alliierten (insbesondere Frankreich) sowie innenpolitischen Druckes hat BK Kohl seine bisherige Haltung (Anerkennung erst durch Gesamtdeutschland) modifiziert. Der Bonner Bundestag hat am 8. März 1990 einen Entschließungsantrag verabschiedet,¹⁰ wonach das BRD- und das DDR-Parlament (nach Bildung der DDR-Regierung) gleichlautende Erklärungen betreffend eine Garantie der polni-

2+4-Formel für die Verhandlungen über die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung erzielt. Siehe Dok. 124.

6 Das erste 2+4-Beamtentreffen fand am 14. März 1990 in Bonn statt. Siehe Dok. 135, Anm. 2

7 Das zweite 2+4-Beamtentreffen fand am 30. April 1990 in Ost-Berlin statt. Siehe Dok. 140, Anm. 6.

8 Das erste 2+4-Außenministertreffen fand am 5. Mai 1990 in Bonn statt. Siehe dazu Dok. 149–150.

9 Am 7./8. Juni 1990 trafen sich die NATO-Außenminister im schottischen Turnberry. Dort verabschiedeten sie eine Botschaft, in der sie „der Sowjetunion und allen anderen europäischen Ländern die Hand zur Freundschaft und Zusammenarbeit“ reichten. Zum exakten Wortlaut siehe Europa-Archiv 1990, D 447–453. Siehe auch Information für den Herrn Bundesminister, NATO-Außenminister-Tagung in Turnberry, Wien, 13. Juni 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 701.01/16-II.1/90. Am 5./6. Juli 1990 fand dann in London der NATO-Gipfel der Staats- und Regierungschefs statt. Siehe dazu Dok. 159.

10 Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht der 200. Sitzung, Bonn, 8. März 1990, S. 15405–15429.

schen Westgrenze abgeben sollen. Die Grenzgarantie soll dann durch einen Vertrag zwischen dem vereinigten Deutschland und Polen bekräftigt werden.¹¹ Polen hat den Text dieser Erklärung als unbefriedigend bezeichnet, da er die polnische Westgrenze geographisch nicht definiert. Polen wünscht die Ausarbeitung und Paraphierung eines Grenzgarantievertrages mit den beiden deutschen Staaten und dessen Ratifizierung durch Gesamtdeutschland.

Polen wird betreffend Grenzfragen auch den „2+4“-Verhandlungen beigezogen werden.¹²

4) Die Berlin-Frage

Die Aufhebung des 4-Mächteabkommens¹³ könnte durch eine gemeinsame politische Erklärung der 4 Mächte erfolgen.

5) Haltung der westeuropäischen Staaten

Durch Modifizierung der ursprünglichen Haltung (Flexibilität in der Grenzfrage, Beziehung Polens zu „2+4“ bei diesem Problem) und intensive Informationstätigkeit der BRD-Regierung (über 20 Kontakte BK Kohls auf höchster Ebene seit Jahresbeginn) konnte die zeitweilige Irritation, insbesondere Frankreichs und Großbritanniens, überwunden werden.¹⁴

11 Der Grenzvertrag erfolgte nach Vollzug der deutschen Einheit. Siehe dazu bereits Dok. 127, Anm. 14. Die gemeinsame Erklärung vom 21. Juni 1990 ist abgedruckt in Texte zur Deutschlandpolitik, III/Bd. 8a – 1990, S. 411–412.

12 Die 2+4 Gespräche in Paris am 17. Juli 1990, bei denen Grenzfragen behandelt wurden, fanden jedoch mit Vertretern aus Polen statt. Siehe Dok. 166.

13 Siehe Dok. 1, Anm. 15.

14 Handschriftliche Randnotiz am Dokument: „inzwischen auch deutsch-französische Initiative: Politische Union + EWW-Union parallel.“ Am 18. April 1990 übermittelten Mitterrand und Kohl an den irischen Premierminister und amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Haughey, eine gemeinsame Botschaft. In dieser plädierten sie anlässlich der Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Europäischen Rates am 28. April 1990 über die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) dafür, „die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten in eine Europäische Union umzuwandeln und diese mit den notwendigen Aktionsmitteln auszustatten“, siehe: Europa Archiv, 1990, D 283. Zur österreichischen Wertung des EG-Gipfels in Dublin siehe: Information für Herrn Bundesminister, gezeichnet Gesandter Johann Plattner, Wien, 2. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 706.01/85-II.1/90. Dort wurde mit Blick auf die deutsche Einigung festgehalten: „Begrüßung als positiver Faktor für EG und Europa. Befriedigung, daß Einigung unter Bedingungen wirtschaftlichen Gleichgewichtes und monetärer Stabilität stattfinden soll. BRD wird EG über Verwirklichung der Einheit laufend informieren. EG-Kommission wird Vorschläge für Übergangsarrangements vorlegen. Finanzieller Beitrag der Gemeinschaft zur Deutschen Einigung nicht vorgesehen.“ Der Vorschlag Kohls und Mitterrands zur „Politischen Union“ soll „im Detail geprüft werden. [...] Skepsis insbesondere seitens Großbritanniens, aber auch anderer Staaten gegen rasche Verwirklichung der Union.“ Zur KSZE wurde für Österreich unerfreulicherweise festgehalten: „Entscheidung über Einberufung eines KSZE-Gipfels vor Ende 1990 soll möglichst bald fallen. Als Ort wird seitens der EG Paris vorgeschlagen.“

III. Äußerungen der BRD-Regierung zu möglichem Zeitrahmen

Währungsunion bis Mitte 1990. Abschluß der „2+4“-Treffen bis Herbst 1990. Vorlage des Ergebnisses bei KSZE-Sondergipfel etwa im November 1990. Gesamtdeutsche Wahlen in der 2. Hälfte 1991. Rechtliche Integration Gesamtdeutschlands in EG bis Ende 1992. Übersiedlung nach Berlin in Etappen (zuerst Bundespräsident; vorerst nur einzelne Regierungssitzungen in Berlin).

Plattner m. p.

Dok. 142: Bericht. Kohls Besuch in Großbritannien, 4.4.1990

Botschafter Walter Magrutsch an BMAA, London, 4. April 1990, Zl. 249-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.1714/1-II.1/90¹

Britisch-deutscher Gipfel

Bundeskanzler Kohl war am 29. und 30. März 1990 in Großbritannien, wobei der erste Tag der 40. jährlichen „Königswinterkonferenz“² gewidmet war, während am 2. Tag der britisch-deutsche Gipfel³ stattfand.

Zur Durchführung des Gipfels wäre zu bemerken:

- 1 Der von Sachbearbeiter Gesandten Helmuth Ehrlich verfasste Bericht wurde in Verfolg von Bericht Zl. 238-Res/90 vom 30. März 1990 (ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/106-II.1/90) erstattet. Im BMAA wurde er von der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen. Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner verfügte am 11. April 1990 seine Weiterleitung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste EG und an die österreichischen Botschaften in Moskau, Washington und Berlin. Im BMAA lag der Bericht zudem der Abteilung II.3 (gesehen von Legationssekretär Hans Peter Manz am 17. April 1990) und der Abteilung III.3 (EG und EG-Staaten, allgemeine Integrationsfragen, Europäisches Parlament, Verkehrsbeziehungen zur EG, gesehen von Abteilungsleiter Gesandten Tassilo Ogrinz am 18. April 1990) vor. Sämtliche nicht separat ausgewiesene Unterstreichungen wurden bereits durch Ehrlich vorgenommen, die weiteren in der Abteilung II.1.
- 2 Bei den Königswinter-Konferenzen handelt es sich um seit 1950 jährlich stattfindende Veranstaltungen zur Verbesserung und Vertiefung der britisch-deutschen Beziehungen. Die Teilnehmer sind Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien. Sie finden abwechselnd in Großbritannien und Deutschland statt. Benannt ist die Konferenz nach dem ersten Austragungsort Königswinter in der Nähe von Bonn. Die 40. Königswinter Konferenz fand im März 1990 in Cambridge statt. Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher nahmen daran teil.
- 3 Siehe dazu 20. Deutsch-britische Konsultationen in London (= Dokument 238), in: Deutsche Einheit, S. 996–1001; Sir C. Mallaby (Bonn) to Mr. Hurd, Bonn, 28 March 1990 (= Dokument 184), in: DBPO III/VII: German Unification, S. 359–361.

Bundeskanzler Kohl war von Außenminister Genscher, Finanzminister Waigel,⁴ Verteidigungsminister Stoltenberg,⁵ Wirtschaftsminister Haussmann⁶ und dem Sprecher der Bundesregierung, Klein,⁷ den Herrn Neuer⁸ und Hartmann⁹ aus seinem Kabinett, sowie Beratern der Minister begleitet.

Prozedural begann die Tagung mit Einzelgesprächen mit dem jeweiligen Gegenüber: PM Thatcher, Außenminister Hurd, Schatzkanzler Major,¹⁰ Verteidigungsminister King¹¹ und Wirtschafts- und Industrieminister Ridley.¹² Dann folgte eine Plenarsitzung, an der die Regierungschefs, die Minister sowie die beiden Botschafter teilnahmen. Anschließend fand mit dem Plenum eine Pressekonferenz statt, wobei jedoch nur die beiden Regierungschefs das Wort ergriffen. Ein gemeinsames Mittagessen in Downing Street Nr. 10 beschloß den offiziellen Teil. Während die Minister abreisten, blieb Bundeskanzler Kohl mit dem Regierungssprecher zurück, um das in Kopie angeschlossene Interview für die „Financial Times“ zu geben.¹³

Schwerpunktmäßig wäre festzuhalten:

Deutschlandfrage:

Die hier bestehenden Nuancen wurden schon aus dem bereits vorgelegten Text der beiden Reden anlässlich der Königswinterkonferenz und auch anlässlich der Pressekonferenz (Transkript angeschlossen)¹⁴ deutlich:

Während Bundeskanzler Kohl an die im Deutschlandvertrag festgehaltene „Verpflichtung“ der Alliierten erinnerte, zur Wiedervereinigung beizutragen, stellte PM Thatcher die diesbezüglichen britischen „Verdienste“ in den Vordergrund.

- 4 Theodor Waigel (CSU), Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland (1989–1998), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 5 Gerhard Stoltenberg (CDU), Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 6 Helmut Haussmann (FDP), Bundesminister der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (1988–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 7 Hans Klein, Bundesminister für besondere Aufgaben und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1989–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 8 Walter Neuer, Leiter des Kanzlerbüros im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland (1987–1994), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 9 Peter Hartmann, Leiter der Gruppe 21 (Auswärtiges Amt) im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland (1987–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 10 John Major, Schatzkanzler Großbritanniens (1989–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 11 Thomas Jeremy King, Verteidigungsminister Großbritanniens (1989–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 12 Nicholas Ridley, Staatssekretär für Handel und Industrie Großbritanniens (1989–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 13 Helmut Kohl gab der Financial Times ein Interview, welches am 2. April 1990 erschien.
- 14 Bereits zuvor hatte die Botschaft die Redetexte vom 29. März 1990 übermittelt. Geschäftsträger Werner Ehrlich an BMAA, London, 29. März 1990, Zl. 238-RES/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/106-II.1/90.

Bezüglich der äußeren Aspekte der deutschen Wiedervereinigung zeigte sich PM Thatcher darüber befriedigt, daß nunmehr mit der Formel 2+4 der früher fehlende Rahmen gefunden wurde und dankte Bundeskanzler Kohl für seine Kooperation in der Grenzfrage. Bundeskanzler Kohl legte hiezu seine Sicht – Erklärungen der beiden deutschen Parlamente¹⁵ vor der Wiedervereinigung und Abschluß eines völkerrechtlich verbindenden Vertrages mit Polen nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten¹⁶ – dar und regte „als Geste der echten Aussöhnung“ an, daß, ähnlich wie Präsident Havel,¹⁷ auch von Polen eine Äußerung über an Deutschen begangenes Unrecht erfolgen sollte. Auf deutscher Seite war man befriedigt darüber, daß der Einigungsprozeß letztlich auch von Großbritannien unterstützt wird und daß die im Bundestagsbeschluß zur Grenzfrage festgehaltene Formulierung¹⁸ von brit. Seite für ausreichend angesehen wurde. Von einer Unterstützung weitergehender polnischer Forderungen – Abschluß eines Grenzvertrages vor der Wiedervereinigung bzw. ausdrückliche Anerkennung des derzeitigen Grenzverlaufes als unverrückbare Grenze – war nicht mehr die Rede.

PM Thatcher kompensierte jedoch diese Konzessionen durch Zementieren ihrer sicherheitspolitischen Vorstellungen: Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO, Verbleib amerikanischer, französischer und britischer Truppen auf deutschem Gebiet und Stationierung von NATO-Atomwaffen.

Eine gewisse Konzessionsbereitschaft war insofern festzustellen, als sie die Möglichkeit einer Reduzierung der britischen Truppenkontingente in Deutschland und auch die Möglichkeit einer Reduzierung der in Europa stationierten Kurzstreckenwaffen erwähnte.

Von deutscher Seite wurden zum Sicherheitsaspekt vier Punkte festgehalten:

Keine Neutralisierung oder Demilitarisierung Deutschlands, der Austritt Deutschlands aus der NATO könne nicht Preis für die Vereinigung sein, der Sicherheitsverband Europa/Nordamerika sei existentiell, weshalb die außenpolitische Zusammenarbeit zwischen den EG (!) und den USA vertieft werden sollte und letztlich, daß die Wiedervereinigung nicht durch die Grenzfrage „belastet“ werden sollte.

Zur Kernfrage, der weiteren Stationierung von NATO-Atomwaffen und Truppen der Alliierten im vereinigten Deutschland erklärte Bundeskanzler Kohl in der Pressekonferenz, daß Deutschland den vollen Schutz der NATO brauche, er betonte aber, daß jedenfalls vermieden werden müsse, Deutschland einen „Sonderstatus“ zu geben, da ein solcher zu einer Isolierung und damit zu unabsehbaren Folgen führen würde. Temporäre „Übergangsbestimmungen“ stünden jedoch dem nicht entgegen.

15 Siehe dazu Dok. 127 und 141, Anm. 11.

16 Siehe dazu Dok. 127, Anm. 14.

17 Václav Havel wurde 1989 von den Vertretern der Föderalversammlung zum Regierungspräsidenten der Tschechoslowakei gewählt. Havel hatte das Thema Entschuldigung bereits am 23. Dezember 1989, also noch vor seiner Wahl zum Präsidenten, angesprochen und bekräftigte seine Sicht der Dinge zu Beginn des Jahres 1990.

18 Siehe dazu Dok. 141, Anm. 10.

Europäische Zusammenarbeit:

Völlig verschiedene¹⁹ Auffassungen bestanden bezüglich der Zukunft Europas:

Bundeskanzler Kohl legte ein „flammendes“ Bekenntnis zur Europäischen Union ab, wobei er soweit ging, selbst das Argument zu akzeptieren, daß diese notwendig sei, um Deutschland zu kontrollieren, da es ihm nur um die Verwirklichung dieses Zieles ginge, wobei auch die deutsche Vereinigung der europäischen Einigung dienen werde.

PM Thatcher hielt dazu öffentlich (Pressekonferenz) fest, daß Großbritannien erst nach Erfüllung der von ihr mehrfach genannten Voraussetzungen dem europäischen Währungsmechanismus beitreten werde. Als „Entgegenkommen“ verwies sie darauf, daß diesbezüglich große Fortschritte erzielt worden seien und daß sie hoffe, „bald“ die britische Inflationsrate senken zu können.

Zur Europäischen Union verwies sie darauf, daß bereits jetzt eine „extensive political co-operation“ bestünde und daß es dabei sein Bewenden haben sollte, da es, so, wie es jetzt sei, „am allerbesten“ sei, da jeder freiwillig zusammenarbeite, jedoch zugleich auch seinen eigenen Nationalstolz, seine eigene Geschichte und Identität beibehalten könne.

Die doch ziemlich klare Absage an jede „Europäische Union“ – vom Vorschlag BK Kohls auf Einberufung einer Regierungskonferenz für institutionelle Fragen ganz zu schweigen – kompensierte PM Thatcher dadurch, daß sie, etwas überraschend, die Bedeutung der KSZE besonders unterstrich und diese – neben der NATO – als idealen Rahmen für die gesamteuropäische Zusammenarbeit präsentierte und dazu in ihrem Vortrag zur Königswinterkonferenz eine Reihe (mehr oder weniger neuer) Vorschläge für den KSZE-Gipfel machte.

Einzelgespräche:

Da im Rahmen der Begegnung die Positionen beider Seiten im voraus durch die beiden Reden bei der Königswinterkonferenz festgelegt wurden, beschränkten sich die Gespräche weitestgehend auf nicht kontroversielle Fragen, d. h. auf einen allgemeinen Informations- und Meinungsaustausch; ein Abgehen von den auf höchster Ebene festgelegten Positionen erschien kaum möglich.

Zum genauen Inhalt der Gespräche der Regierungschefs, die tête-à-tête erfolgten, war den Gesprächspartnern der Botschaft nichts Näheres bekannt.

Das Gespräch der Außenminister bestand zu 70 % aus deutschen Erläuterungen über die Entwicklung der Lage in der DDR, den innerdeutschen Dialog und Informationen über die praktischen und rechtlichen Schritte der Bonner Regierung, wobei folgender Zeitplan bekanntgegeben wurde:

Verwirklichung der Währungsunion noch vor dem Sommer ebenso Antrag gem. Art. 23, Abschluß der 2+4 Gespräche, deren Ergebnis dem Gipfel der KSZE „zur Kenntnis“ gebracht werden soll, und gleichfalls Abschluß der Wiener Abrüstungsverhandlungen noch in diesem Jahr. Die westdeutschen Parlamentswahlen sollen

19 Handschriftliche Unterstreichung durch Plattner.

wie vorgesehen im Dezember d.J., die ersten gesamtdeutschen Wahlen in der zweiten Hälfte 1991 stattfinden.²⁰

Zur Frage der deutschen Mitgliedschaft bei der NATO bestanden insoferne Nuancen, als auf deutscher Seite davon ausgegangen wird, daß die 2+4 das geeignete Diskussionsforum wären, während auf brit. Seite dies eher als interne Frage der NATO angesehen wird.

Von deutscher Seite wurde der Wunsch auf verstärktes brit. Engagement sowohl im wirtschaftlichen als auch im kulturellen Bereich in der DDR geäußert und auf die beachtlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten verwiesen. Von brit. Seite wurde dies mit Genugtuung aufgenommen und vorgeschlagen, den Englischunterricht als ersten Schritt zu intensivieren.

[...]²¹

Zusammenfassung:

Zweck des Gipfels war es zweifellos, die seit Monaten unterkühlten Beziehungen, die nicht zuletzt nach dem Spiegel-Interview von PM Thatcher²² über BK Kohls angebliche Äußerungen zur Grenzfrage auf einem Tiefpunkt angelangt waren, wieder zu normalisieren.

Auf beiden Seiten war man sichtlich bemüht – ohne Aufgabe der eigenen Position – Konfrontationen zu vermeiden. Dies geschah in eigenartiger Weise, indem die jeweiligen, und zum Teil unvereinbaren Grundsatzpositionen noch vor Beginn des Gipfels auf der Königswinterkonferenz klar – und öffentlich – dargelegt und damit „außer Streit“ gestellt wurden.

Als Erfolg wird auf britischer Seite die öffentliche Bestätigung der Einbindung eines vereinigten Deutschlands in die NATO, die Zustimmung zu den A-Waffen und Truppenstationierungen sowie die Regelung der Polen-Frage, auf deutscher die endlich erfolgte klare Unterstützung des deutschen Einigungsprozesses und die Andeutung von Konzessionen im Militärbereich gewertet. Trotz streckenweisem „dialogue des sourds“ konnte daher PM Thatcher zurecht von „extremely good and very fruitful discussions“ sprechen.

Der Botschafter:
Magrutsch

20 Am 2. Dezember 1990 fanden bereits die ersten gesamtdeutschen Wahlen statt.

21 Ausgelassen wurden die Zusammenfassung des außenpolitischen tour d’horizon sowie zu den Gesprächen der Finanzminister.

22 Für das Interview siehe: „Alle gegen Deutschland – nein!“, in: Der Spiegel 13/1990, 26. März 1990.

Dok. 143: Bericht. Genscher in Washington, 10.4.1990

Gesandter Philipp Hoyos an BMAA, Washington, 10. April 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.18.02/2.II.9/90¹

Aufenthalt von AM Genscher in Washington

Kurz vor Schewardnadse² ist AM Genscher nach Washington gekommen, wo er am 4.4. Gespräche mit Präs. Bush und Secr. Baker geführt hat. Er hat auch den Secr. of Defense, Cheney, besucht.³ Anlass für die Reise Genschers in die USA war ursprünglich eine Einladung der U.S. Vereinigung der Zeitungsherausgeber gewesen. Genscher ist einige Tage vor diesem Termin hergekommen, um einen deutschen Input in die Gespräche der AM der USA und der UdSSR geben zu können.

Genscher konnte die US-Seite auch über seine Gespräche mit Schewardnadse bei den Unabhängigkeitsfeiern in Namibia⁴ und über die sowjet. Forderung nach einem Abbau der Bundeswehr informieren.⁵

Lt. hiesiger deutscher Botschaft ging es Genscher in erster Linie darum, eine Übereinstimmung der Auffassungen bezüglich des prozeduralen Ablaufs der 2+4-Verhandlungen mit den USA zu erzielen. Dies sei gelungen.

- 1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25089 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II gerichtet. Dort wurde er vom Leiter der Abteilung II.9 Anton Prohaska in Bearbeitung genommen, der am 10. April seine Weiterleitung mit Zirkulardepesche Nr. 85251 an die österreichischen Botschaften in Bonn, Paris, Moskau und London verfügte. Im BMAA erging eine „Kopie f. Handakt“ an den Leiter der Abteilung II.1 Gesandten Johann Plattner vor, der den Bericht am 17. April 1990 abzeichnete.
- 2 Schewardnadse hielt sich vom 3. bis 6. April 1990 in Washington auf, wo er mit dem Außenminister Baker zu Gesprächen zusammentraf. Siehe Dokument 93, in: The Last Superpower Summits. Zum Thema deutsche Einheit wurde im BMAA festgehalten: „Für SU ist Nato-mitgliedschaft nicht denkbar, wenn auch für sie Neutralität nicht mehr die einzige Antwort darstellt. US warnte vor Sonderbehandlung Deutschlands und ist der Auffassung, daß Natomitgliedschaft langfristig beste Garantie für Stabilität in Europa sei. Auch 2+4 Mechanismus ist für US nicht einziges ausschließliches Forum für die Behandlung sowjetischer Sicherheitsanliegen.“ Information, Anton Prohaska, Wien, 17. April 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1989, GZ. 225.18.10/4-II.9/90.
- 3 Richard Cheney, Verteidigungsminister der USA (1989–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Genscher hielt sich vom 4. bis 6. April in Washington auf. Zum Gespräch Genschers mit Bush am 4. April siehe Dokument 79, in: Die Einheit.
- 4 Anlässlich der Unabhängigkeit des Staates Namibia trafen sich u. a. die Außenminister Genscher, Baker und Schewardnadse in Windhuk am 22. März 1990. Siehe Dok. 139, Anm. 5.
- 5 Die sowjetische Seite hatte sich „nach den Konsequenzen für die Stärke der deutschen Truppen und die westlichen Truppen in der Bundesrepublik“ erkundigt. Genscher hatte diese Frage als berechtigt bezeichnet, ihre Lösung fiel aber in den Rahmen der KSE-Verhandlungen in Wien und nicht in jenen der 2+4-Verhandlungen Vgl. Dokument 79, in: Die Einheit.

Mitte April soll in Berlin die nächste Tagung der 2+4-Verhandlungen auf Beamtenebene stattfinden.⁶ In der Folge sollen die Verhandlungen jeweils abwechselnd in Berlin und Bonn abgehalten werden. Schon Ende April soll es zu einer 2+4-Verhandlungsrunde auf Ministerebene⁷ kommen, wenn möglich innerhalb Deutschlands. Sollte dies nicht akzeptabel sein, dann in Brüssel. Man möchte es vermeiden, in einer der Hauptstädte der vier alliierten Großmächte zu tagen, um jeden Anschein der Fremdbestimmung Deutschlands zu verhindern und um in der Folge nicht in Moskau tagen zu müssen.

Einig seien sich Genscher und seine US-Gesprächspartner darüber gewesen, dass Deutschland Mitglied der NATO bleiben müsse. Die diesbezügliche sowjet. Haltung sei einem Wandel unterworfen.⁸ Genscher vor Journalisten: ein neutrales Deutschland würde die „Instabilität“ vergrößern und eine „Unvorhersehbarkeit“ bezüglich Deutschlands hervorrufen. Dabei verwendete der deutsche AM Ausdrücke, die Präs. Bush bereits in diesem Zusammenhang gebraucht hat.

Einigkeit habe auch darüber bestanden, dass über die künftige Stärke der Bundeswehr nicht bei den 2+4-Verhandlungen, dass dort sehr wohl aber über den künftigen Status der Sowjettruppen in der DDR gesprochen werden sollte.

Genscher zu den Rüstungsfragen vor Journalisten: Im Wiedervereinigungsprozess spiele die Frage der Rüstungsbeschränkung eine wichtige Rolle. Deutschland werde eine bindende Erklärung abgeben, dass es auf nukleare, biologische und chemische Waffen verzichtet. Das „erste Wiener Treffen“ über konventionelle Streitkräfte müsse so rasch wie möglich beendet werden. Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte und Rüstungskontrolle müssten aber fortgesetzt werden. Daraus scheint implizit hervorzugehen, dass Genscher eine zweite Etappe der CFE-Verhandlungen⁹ in Wien anstrebt, wobei offen blieb, ob diese Verhandlungen künftig im Rahmen der 35 geführt werden können.¹⁰

6 Das zweite 2+4-Treffen auf Beamtenebene fand am 30. April 1990 in Ost-Berlin statt. Man kam bei den Verhandlungen über prozedurale Fragen jedoch kaum hinaus. Den westlichen Verhandlungsteilnehmern gelang es, lediglich der sowjetischen Delegation den Themenbereich „Friedensvertrag“ als gesonderten Tagesordnungspunkt auszureden. Vgl. Zweite Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene, Berlin-Niederschönhausen, 30. April 1990 (= Dokument 264), in: Deutsche Einheit, S. 1074–1076.

7 Das erste 2+4-Außenministertreffen fand erst am 5. Mai 1990 in Bonn statt. Siehe Dok. 149–150.

8 Siehe dazu auch Dok. 139.

9 CFE = Conventional Forces in Europe (dt. KSE = Konventionelle Streitkräfte in Europa) Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10. Die KSE II-Verhandlungen fanden nicht mehr statt. Es kam stattdessen zu KSE 1a-Folgeverhandlungen die bereits am 29. November 1990 begannen und zur Festlegung von Personalobergrenzen für die Streitkräfte aller KSE-Staaten führten.

10 Der letzte Satz dieses Absatzes wurde durch Prohaska am Seitenrand handschriftlich markiert.

In der Pressekonferenz sprach Genscher auch von der Notwendigkeit der Schaffung neuer Institutionen im Bereich der KSZE, wobei seine Formulierung ein Einverständnis des US-Präsidenten mit diesen Ideen andeutet.

Weiteres Gesprächsthema waren die polit. und wirtschaftl. Vereinigung Westeuropas und die Notwendigkeit, die Qualität der Beziehungen zw. der EG und den USA anzuheben, wobei Genscher von der Möglichkeit sprach, eine „gemeinsame Deklaration“ zw. EG und USA auszuarbeiten, die die gemeinsamen Ziele und Aufgaben definieren würde.

Der Geschäftsträger a. i.:
Hoyos

Dok. 144: Bericht. Die DDR nach der Regierungsbildung, 18.4.1990

Botschafter Erich Binder an BMAA, Berlin (Ost), 18. April 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol, GZ. 43.03.00/24-II.3/90¹

DDR; Die Situation nach der Regierungsbildung

Seit dem 12. d. M. hat die DDR eine neue Regierung. Der Einfluss der PDS ist aber nach wie vor stark und es wird der Allianz-SPD-Regierung nur mit großer Mühe gelingen, ihre Ideen durchzusetzen. Nach über 40-jähriger Alleinherrschaft der SED liegt der Verwaltungsapparat, aber auch die Wirtschaft zur Gänze in den Händen von deren Parteigängern. Während landesweit der Durchschnitt 16,3 % für die PDS ergab, erreichte diese in Berlin, wo die Zentralstellen konzentriert sind, einen weit höheren Anteil, nämlich 30 %.²

Als Beispiele für den noch immer bestehenden Einfluss der PDS möge folgendes dienen: in den letzten Tagen musste der Oberbürgermeister von Rostock³ zurücktreten, da er eine größere Anzahl von Lehrern, die nicht der SED/PDS angehörten, entlassen und an deren Stelle ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes eingestellt hat. Der neue der CDU angehörige Wirtschaftsminister Pohl,⁴ der als leitender Ingenieur in einem Kombinat arbeitete und im Wahlkampf naturgemäß häufig von seinem Posten abwesend war, wurde ganz offiziell

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25063 an das BMAA und war an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat und die Sektion II bestimmt. Er wurde von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen und von Legationsrat Josef Litschauer am 19. April 1990 ad acta gelegt. Ebenfalls am 19. April zeichnete Legationssekretär Hans Peter Manz den Bericht ab.

2 Zum Ergebnis der Volkskammerwahlen vom 18. März siehe Dok. 137.

3 Henning Schleiff, Oberbürgermeister von Rostock (1975–1990), Rücktritt am 26. März 1990, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Gerhard Pohl, Minister für Wirtschaft der Regierung Lothar de Maizière (April–August 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

wegen dieses Umstandes gekündigt. In anderen Betrieben wurden Mitarbeiter, die sich für das neue Regime engagiert hatten, entlassen. Auf entsprechende Einwände wurde ihnen mitgeteilt, dies sei eben die von ihnen gewünschte Marktwirtschaft.

In einer nach der Regierungsbildung am 12. d. M. abgegebenen Erklärung⁵ warnte Ministerpräsident de Maizière vor einer Überstürzung des Prozesses der Einigung, diese müsste gut vorbereitet werden. Diese Worte klangen sicher nicht ganz nach dem Wunsch Bonns, doch entsprechen sie ohne Zweifel den heutigen Vorstellungen des größeren Teils der hiesigen Bevölkerung. Die bis zur Wahl vorhandene Euphorie in Richtung einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nunmehr einer mehr nüchternen Betrachtungsweise gewichen, indem man auch die damit verbundenen Nachteile, wie Arbeitslosigkeit, erhöhte Mieten und Preise in Erwägung zieht. Eine kürzlich von einem westdeutschen Meinungsforschungsinstitut durchgeführte Umfrage in der DDR,⁶ wer als Kanzler eines vereinigten Deutschlands vorgezogen würde, ergab, dass 24 % Kohl, aber 46 % Lafontaine wählen würden, ein Ergebnis, das den ursprünglichen Voraussagen betreffend das Verhältnis „Allianz für Deutschland“ – SPD für die Wahlen des 18. März nahe kommt. Der Grund für diesen neuerlichen Meinungsumschwung dürfte wohl darin zu suchen sein, dass die Menschen in der DDR mit der Wahl der konservativen Parteien einen unmittelbaren erheblichen Anstieg ihres Lebensniveaus erwartet hatten, der natürlich nicht eintreten konnte. Man hat sich in weiten Kreisen vorgestellt, dass man die in der DDR auf manchen Gebieten, wie Arbeit und Soziales, vorhandenen Vorteile gegenüber der BRD beibehalten, gleichzeitig aber auch die Vorteile der Marktwirtschaft erwerben könnte. Die im Wahlkampf aufgetretenen BRD-Politiker haben sich diesbezüglich praktisch nicht geäußert und die DDR-Bürger im Ungewissen gelassen. Dass nun seit dem 18. März ein Meinungsumschwung eingetreten ist und man weit verbreitet von „Verschaukelung“, ja sogar von Wahlbetrug spricht, kann also nicht verwundern.

Die Gespräche der neuen DDR-Regierung bzw. ihrer Mitglieder mit ihren Pendants in der Bundesrepublik werden vermutlich nicht ganz so glatt verlaufen, wie man es ursprünglich gedacht hatte. So hat Herr de Maizière im Einklang mit der

5 Nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten hatte de Maizière nach einigen Worten des Dankes u. a. gesagt: „Gehen Sie bitte von der festen Überzeugung aus, daß diese Regierung mit Zuversicht, mit Augenmaß und in großer sozialer Verantwortung die Probleme angehen wird, die vor uns stehen. Dabei geht es um die Festigung der demokratischen Ordnung und um den Frieden nach innen, und es geht um den Geist friedlicher und freundschaftlicher Nachbarschaft nach außen. Unser Ziel ist die staatliche Einheit Deutschlands in einem einigen Europa [...]. Die Regierung ist kein Selbstzweck. Wir verstehen uns vielmehr als Sachwalter in schwieriger Zeit und als Anwälte der wohl verstandenen Interessen aller Menschen in unserem Land, so auch der Bauern, die ihre Sorgen und Nöte eben [...] vorgetragen haben und die insbesondere darin bestehen, daß ungeschützt Waren des EG-Bereiches unser Territorium erreichen. Wir werden uns darum kümmern.“ Für den vollen Wortlaut von de Maizières Aussagen siehe: Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990).

6 Die Umfrage konnte nicht ausfindig gemacht werden.

hiesigen öffentlichen Meinung vor wenigen Tagen erklärt, dass ein Umtauschkurs von 1:2 nicht in Frage käme und dass bezüglich der Eigentumsverhältnisse schwierige Verhandlungen zu erwarten sein werden. Es ist daher durchaus möglich, dass sich der Prozess der Vereinigung, insbesondere wenn die Kommunalwahlen am 6. Mai⁷ zuungunsten der Allianz ausgehen, auch länger hinzieht als geplant. Allerdings besteht hier ebenso wie in Bonn nicht der geringste Zweifel, dass dieser Prozess positiv abgeschlossen werden wird. Als Unbekannte in dieser Rechnung wird die UdSSR angesehen.

Binder

Dok. 145: Bericht. Frankreich und die „2+4“-Verhandlungen, 20.4.1990

Botschafter Wolfgang Schallenberg an BMAA, Paris, 20. April 1990, Zl. 229-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/117-II.1/90¹

Deutsche Einheit; französische Sicht der 2+4-Verhandlungen

Aus französischer Sicht berührt die bevorstehende Vereinigung der beiden deutschen Staaten die folgenden grundsätzlichen Bereiche:

1. Aspekte der Europäischen Gemeinschaft, die im Rahmen des Dubliner Gipfels am 28.4.1990 zur Behandlung kommen werden,
2. innerdeutsche Aspekte,
3. äußere Aspekte, die nach der Ottawa-Formel² in den 2+4-Verhandlungen einer Regelung zugeführt werden sollen, und
4. Aspekte, die den künftigen Status Deutschlands, insbesondere auf sicherheitspolitischem und militärischem Gebiet, betreffen und in anderem Rahmen, beispielsweise in der KSZE, geregelt werden sollten.

7 Siehe dazu bereits Dok. 137, Anm. 7

1 Der Bericht wurde zu Erlass Zl. 22.17.01/97-II.1/90 vom 2. April 1990 (siehe Dok. 141) erstattet. Im BMAA wurde er von der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen. Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner zeichnete ihn wie Marius Calligaris am 26. April 1990 ab und verfügte seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn, Berlin, London, Moskau und Washington. Im BMAA wurde er zudem den Abteilungen II.3 (Ost- und Südeuropa), II.7 (Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit) und II.6 (Grundsatzfragen, Europarat) vorgelegt. Sämtliche nicht separat ausgewiesene Unterstreichungen erfolgten bereits durch Schallenberg.

2 Die „Open-Skies“-Konferenz der KSZE fand vom 12. bis 14. Februar 1990 in Ottawa statt. Am Rande dieser Konferenz wurde am 13. Februar 1990 eine grundsätzliche Einigung auf die 2+4-Formel für die Verhandlungen über die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung erzielt. Siehe Dok. 124.

Der juristische Rahmen der „äußeren Aspekte“ wird durch die Vier-Mächte-Deklaration vom 5. Juni 1945³ bestimmt, mit der diese die oberste staatliche Autorität über Deutschland und damit die alleinige Entscheidungsgewalt über die Wiedervereinigung, die Grenzen sowie über die politisch-militärischen Fragen übernommen haben. Die beiden deutschen Staaten verfügen daher juristisch nur über eine eingeschränkte Souveränität. Die seither stattgefundene Entwicklung macht jedoch ein pragmatisches Vorgehen unter Einbeziehung der deutschen Staaten selbstverständlich und wird auch von keiner Seite in Frage gestellt. Nichtsdestoweniger bedarf die Beendigung der derzeitigen juristischen Situation eines entsprechenden völkerrechtlichen Instruments.⁴ Die französische Seite erklärt sich hinsichtlich dessen Form und Bezeichnung für völlig flexibel; unter den möglichen Varianten erscheint hier ein Modell erfolversprechend, in dem Einzelfragen (z. B. Grenzen) in spezifischen Abkommen oder Deklarationen geregelt werden, die Gesamtheit der Materie aber doch in irgendeiner Form unter einem Hut zusammengefaßt wird.⁵

Hinsichtlich des Inhalts dieser Gesamtregelung bestehen aus hiesiger Sicht noch deutliche Differenzen zwischen den Westmächten einerseits und der Sowjetunion andererseits: Während erstere das Ziel des 2+4-Prozesses darin sehen, den seit 1945 bestehenden Sonderstatus Deutschlands zu beenden und aus Deutschland einen Staat „wie alle anderen“ zu machen, möchte die Sowjetunion die Gelegenheit zur Aufoktroierung neuer Souveränitätsbeschränkungen nützen.⁶

Vor diesem Hintergrund ist auch die Diskussion über die Tagesordnung bei der ersten Beamtenrunde am 14. März verlaufen.⁷ Während der Westen mit dem Tagesordnungsvorschlag der BRD-Delegation (Grenzen, politisch-militärische Aspekte, Berlin, Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier) grundsätzlich übereinstimmt, möchte Moskau die Fragen der Friedensregelung und der Übernahme völkerrechtlicher Verbindlichkeiten der DDR – vor allem aus wirtschaftlichen Gründen – ausdrücklich eingeschlossen sehen. Die Grundeigentumsfrage dürfte hingegen nicht mehr hineinreklamiert werden. Die sowjetischen Vorschläge werden hier im übrigen nicht als definitiv, sondern als maximale Ausgangspositionen qualifiziert.

Für die zweite Runde der Beamtengespräche⁸ erwartet man in Paris angesichts der neuen DDR-Delegation auch diesbezüglich eine neue Konstellation, da sich die Sowjetunion wahrscheinlich völlig in der Isolation befinden wird.

3 Zur Berliner Erklärung der Alliierten vom 5. Juni 1945 siehe bereits Dok. 69, Anm. 7.

4 Die unterstrichene Passage wurde durch Plattner am Seitenrand handschriftlich markiert.

5 Das Ende dieses Satzes wurde am Seitenrand durch Plattner handschriftlich mit einem Fragezeichen versehen.

6 Diese Unterstreichung wurde handschriftlich durch Plattner vorgenommen.

7 Das erste 2+4-Beamtenreffen wurde am 14. März 1990, wenige Tage vor den DDR-Volkammerwahlen, in Bonn abgehalten. Siehe dazu bereits Dok. 124, Anm. 12.

8 Siehe Zweite Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene, Berlin-Niederschönhausen, 30. April 1990 (= Dokument Nr. 264), in: Deutsche Einheit, 1074–1076.

Nach Aussage eines französischen Teilnehmers ist die erste Beamtenrunde am 14. März in sehr positiver Atmosphäre verlaufen. Inhalt des Treffens waren die Tagesordnung, die Teilnahme Polens und das weitere Procedere.

Polen soll beigezogen werden, sobald die Frage seiner Grenze zur Behandlung gelangt. Über Details dieser Teilnahme wurde noch nicht gesprochen. Weder die polnische noch die deutsche Formel befriedigen indes Frankreich, weil sie keine Einbindung der Vier-Mächte-Verantwortlichkeit vorsehen. Dennoch glaubt man hier, daß diese Frage keinen Anlaß zu einer Verhandlungsblokkierung geben könnte, weil in der Grundsatzfrage Konsens besteht.

Hingegen zeigt Frankreich volles Verständnis für die deutsche Ablehnung eines formellen Friedensvertrags, glaubt aber andererseits, daß eine einfache Streitbeilegungserklärung nicht ausreichend wäre.

In der Sicherheitsfrage tritt Frankreich entschieden gegen eine Neutralisierung und eine daraus resultierende Souveränitätseinschränkung Gesamtdeutschlands auf; die BRD-Vorstellungen (Aufrechterhaltung der NATO-Vollmitgliedschaft, spezielle Arrangements für das Gebiet der derzeitigen DDR, allenfalls unter zeitweiligem Verbleib sowjetischer Truppen) erscheinen auch hier akzeptabel. Im übrigen meint man, daß diese Frage in anderem Rahmen, etwa in der KSZE, geregelt werden sollte.

Der Sonderstatus von Berlin könnte durch eine gemeinsame Erklärung der vier Mächte beendet werden. Aus praktischen Gründen technischer Natur sollte aber eine ausreichende Übergangsperiode vorgesehen werden.

Hinsichtlich der weiteren Treffen bestand in Bonn Übereinstimmung, diese immer auf deutschem Boden, und zwar abwechselnd in West und Ost abzuhalten; die Vorsitzführung erfolgt abwechselnd nach deutschem Alphabet. Die nächste Beamtenrunde wird voraussichtlich am 27. April in Berlin⁹ stattfinden; die Ministertagung kurz danach in den ersten Maitagen in Bonn.¹⁰

Nach den Vorstellungen BK Kohls sollten die Verhandlungen so rechtzeitig abgeschlossen werden, daß ihr Ergebnis dem für Ende d. J. erwarteten KSZE-Gipfel¹¹ unterbreitet werden kann. Frankreich steht diesem Vorschlag skeptisch gegenüber, weil der KSZE keine juristische Kompetenz im Gegenstand zukommt und sie die Vier-Mächte-Verantwortlichkeit nicht ersetzen kann. Einer förmlichen Information des Gipfels über die erzielten Ergebnisse stünde aber nichts im Wege. Einer die Verhandlungen abschließenden KSZE-Befassung steht nach hiesiger Auffassung ferner die Tatsache entgegen, daß die äußeren Aspekte der Vereinigung nicht von den inneren getrennt werden können, d. h. zwischen beiden Akten müßte auch zeitlich weitestgehende Parallelität herrschen.

Schließlich wurde im französischen Außenministerium darauf hingewiesen, daß die künftige Deutschlandregelung bzw. eine ihrer Komponenten einen dem

9 Siehe Anm. 8.

10 Das erste 2+4-Außenministertreffen fand am 5. Mai 1990 in Bonn statt. Siehe dazu Dok. 149–150.

11 Der KSZE-Gipfel fand am 19. November 1990 in Paris statt.

Artikel 3 des österreichischen Staatsvertrags (Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland) entsprechenden Passus enthalten muß.¹²

Der Botschafter:
Dr. W. Schallenberg m. p.

Dok. 146: Resümeeprotokoll. Gespräche Klestils in Bonn, 24.4.1990

Résuméprotokoll, Gesandter Johann Plattner, Wien, 26. April 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.1/119-II.1/90¹

Zl. 260-RES/90

Politischer Meinungs austausch des HGS² in Bonn (24.4.1990)

1) Gespräch mit Staatsministerin Adam-Schwätzer³ (zuständig für Europa-Politik)
Stm. Schwätzer:

Die von BK Kohl bekanntgegebene Fassung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR⁴ könne bei den Verhandlungen mit der DDR nur sehr geringfügig abgeändert werden, weil die finanzielle Belastung des BRD-Budgets nur geringen Spielraum zulasse. Kosten für Umwelt, Infrastruktur usw. seien noch gar nicht berechnet. Auch die Lieferverpflichtungen der DDR, auf deren

12 Der Schlussabsatz wurde durch Plattner am Seitenrand handschriftlich mit einem Rufzeichen versehen. Artikel des österreichischen Staatsvertrags lautet: „Die Alliierten und Assoziierten Mächte werden in den deutschen Friedensvertrag Bestimmungen aufnehmen, welche die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland und den Verzicht Deutschlands auf alle territorialen und politischen Ansprüche in bezug auf Österreich und österreichisches Staatsgebiet sicher.“ Da es sich beim 2+4-Vertrag nicht um einen Friedensvertrag handelte, war dies nicht der Fall. Hingegen wurden nach Vollzug der deutschen Einheit einige Artikel des österreichischen Staatsvertrags für obsolet erklärt. Siehe dazu Dok. 179, zur Diskussion um Artikel 3 auch den Verweis in dortiger Anm. 1.

1 Das mit dem Verschlussvermerk „Vertraulich!“ versehene, vom Leiter der Abteilung II.1 Johann Plattner verfasste Resümeeprotokoll erging auf dessen Veranlassung an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, die Abteilungen II.2, II.3, II.6, II.7 und II.8, die Sektion III, und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE. Die teilweise recht eigenwillige Klein- und Großschreibung im Originaldokument wurde beibehalten.

2 Thomas Klestil.

3 Irmgard Adam-Schwaetzer, Staatsministerin im Auswärtigen Amt (1987–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Siehe dazu bereits Dok. 125 und 132. Zu den Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. Küsters, Entscheidung für die Einheit, in: Deutsche Einheit, 139–153. Die entscheidende Phase der Verhandlungen bei: Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998, 174–188.

Einhaltung die SU besteht, seien in ihrem Ausmaß nicht bekannt und stellten ein weiteres großes Problem dar. Ein psychologisches Problem sei die Diskrepanz zwischen hohen Erwartungen in der DDR und der Tatsache, daß 50 % der BRD-Bevölkerung kaum einen „DDR-Bezug“ haben und sich die Frage stellten, warum die BRD „soviel bezahlen“ solle. Dieses Zögern könne sich in Mißmut umschlagen, wenn die deutsche Vereinigung zulange auf sich warten ließe. Die Währungsunion müßte bis zum 8. Juli fertiggestellt sein, damit die DDR-Bürger mit der Westmark in die Ferien fahren könnten.

Auf die Frage des HGS, welche Auswirkungen die deutsche Vereinigung auf Europa und Österreich aus BRD-Sicht haben werde, weist Stm. Schwätzer daraufhin, daß in der Relation zur EG keine neuen Verträge notwendig seien. Nach Abschluß der 2+4-Gespräche (das erste Treffen der AM am 5. Mai in Bonn)⁵ werde die Vereinigung gemäß § 23 Grundgesetz erfolgen. Man müßte vor Wirksamwerden des EG-Rechts im DDR-Raum Übergangslösungen anstreben, ansonsten müßte man die jetzige DDR „zusperren“ (Hinweis auf Zustand der Betriebe, Umwelt usw.). Auch die Warenkontrolle an der internen Grenze müsse noch lange aufrecht bleiben. Noch vor 1993 müsse ein Maximum an EG-Standard auf DDR-Gebiet angestrebt werden. Die jetzige Wirtschaftskraft der DDR betrage 10 % der BRD-Kapazität. Auf die Frage des HGS, wie die österreichischen Wirtschaftschancen im vereinigten Deutschland und insbesondere im DDR-Gebiet eingeschätzt werden, stellt Stm. Schwätzer fest, daß vor allem Privatinvestitionen, und zwar aus allen Industriestaaten, die DDR-Wirtschaft entwickeln müßten. Selbstverständlich solle sich Österreich daran beteiligen.

Mit DDR-AM Meckel⁶ werde jetzt schon die gemeinsame Haltung beider deutschen Staaten in internationalen Organisationen, vor allem auch in der KSZE, vorbereitet. Die 2+4-Gespräche müßten möglichst rasch abgeschlossen werden, wobei der Bereich „Sicherheit“ die größten Probleme bereite, vor allem auch deshalb, weil die SU ihre Haltung in diesem Fragenkomplex noch nicht festgelegt habe. Deutschland müsse jedenfalls in der NATO bleiben.

Der HGS wies auf den Umstand hin, daß in der für die BRD und Österreich zuständigen Abteilung im sowjetischen AM seit vielen Jahren keine personelle Veränderung erfolgt ist. Bondarenkos⁷ Einfluß auf Schewardnadse sei sicherlich gegeben.

Der HGS wiederholt sodann das österreichische Interesse, den KSZE-Gipfel in Wien zu beherbergen.⁸ Gastgeber wäre der HBK, der erforderliche Apparat stehe

5 Das erste 2+4-Außenministertreffen fand am 5. Mai 1990 in Bonn statt. Siehe dazu Dok. 149–150.

6 Markus Meckel, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (April–August 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Alexander Bondarenko, Leiter der Abteilung 3 (Europa) im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1971–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Siehe dazu bereits Dok. 48, Anm. 6. Wenig später nach dem EG-Gipfel in Dublin am 28. April 1990 war klar, dass es seitens der EG-Staaten eine Präferenz für Paris gab. Siehe dazu bereits Dok. 141, Anm. 14.

bereit. Leider stelle die USA Bedingungen für den Beginn von Vorbereitungsmaßnahmen (Abschluß von KSE).⁹

Zur Frage des EG-Beitritts stellt der HGS fest, daß Österreich am eingeschlagenen Weg festhalte¹⁰ und nicht akzeptieren würde, mit osteuropäischen Staaten, die ihr Interesse am EG-Beitritt bereits bekundet haben, aber in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weit zurückliegen, in einem Topf geworfen zu werden. Der Delors-Prozeß¹¹ werde zwar von Österreich unterstützt, jedoch sei man österreichischerseits skeptisch; dieser Weg könne auch kein Ersatz für den Beitritt sein.

2) Gespräch mit Staatssekretär Sudhoff¹²

Der HGS ersucht, StS. Sudhoff um die deutsche Einschätzung hinsichtlich

– der neuen aufzubauenden politischen Strukturen in Europa (insbesondere KSZE) und

– der künftigen Entwicklung der EG (Österreich wolle nicht in Wartesaal abgeschoben werden, Funktion der Neutralität ändere sich,¹³ Frage nach der Europäischen Politischen Union).¹⁴

9 Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

10 Siehe dazu auch Dok. 7, dort den Abschnitt „Österreichs Teilnahme am Prozess der Europäischen Integration“ und Anm. 22 sowie Dok. 45, Anm. 5.

11 Prozess zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), benannt nach der treibenden Persönlichkeit, EG-Kommissionpräsident Jacques Delors (1985–1995), bei den Verhandlungen zwischen EG und EFTA. Siehe auch Dok. 98, Anm. 7.

12 Jürgen Sudhoff, Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland (1987–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

13 Die im Beitrittsantrag vom 14. Juli 1989 zweimal ausdrücklich erklärten Neutralitätsvorbehalte Österreichs wurden mit einem Aide-Mémoire im Februar 1990 ein Stück weit relativiert und nicht mehr als „Bedingung“, sondern als österreichischer Beitrag zu Frieden und Sicherheit in Europa dargestellt. Außerdem wurde festgehalten, „dass Österreich mit seinem Antrag der ‚Bereitschaft Ausdruck gegeben habe, die Rechte und Pflichten, die hieraus erwachsen, zu übernehmen.“ Zitiert nach: Martin Eichtinger/Helmut Wohnout, Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte, Wien/Graz/Klagenfurt 2008, S. 247 (dort mit Verweis auf das Aide-Mémoire im Privatarchiv Eichtinger). Übergeben wurde das Dokument am 16. Februar 1990 durch den österreichischen EG-Bevollmächtigten Manfred Scheich und dem Brüsseler Missionschef Wolfgang Wolte an EG-Außenkommissar Frans Andriessen. Zudem wurde es in den Folgetagen durch alle österreichischen Botschafter in EG-Hauptstädten an die dortigen Außenministerien übergeben. „Der im Schriftstück angesprochene breite innerösterreichische Konsens zeigt sich auch daran, daß es über die Note zwischen Außenamt und Bundeskanzleramt keine Differenzen gab.“ Die Presse interpretierte dies wie folgt: „Ein genaues Datum, bis zu dem Österreich EG-Mitglied werde oder zumindest die Verhandlungen aufgenommen sehen will, ist in dem Aide-mémoire nicht ausdrücklich enthalten. Jedoch weisen Beobachter darauf hin, daß sich der Ballhausplatz nicht einmal mehr indirekt mit der bisherigen Linie Brüssels abfindet, erst ab 1993 formelle Verhandlungen mit Österreich aufzunehmen. Dieses forcierte Drängen steht vor dem Hintergrund der in Kürze erwarteten vollen Einbeziehung Ostdeutschlands in die EG-Integration.“ Siehe: Vorstoß Wiens in zwölf EG-Staaten: Beitritt „so rasch wie möglich“, in: Die Presse, 17./18. Februar 1990, S. 1.

14 Dazu bereits Dok. 141, Anm. 14.

Sudhoff:

Wenn die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR (DDR müsse schon ab jetzt mit der Einführung der freien Marktwirtschaft beginnen, die Politik der Bundesbank müsse schon ab jetzt auch für DDR-Gebiet gelten) feststeht, sei bereits der größte Teil des Problems gelöst. Dann müsse das Sekundärrecht der EG entsprechend den drei Phasen Delors (1. Währungsunion, 2. Übergangsphase bis zur politischen Vereinigung, 3. Einführung des EG-Rechts) in der DDR eingeführt werden. (In diesem Zusammenhang großes Lob für Delors!) Die Volkskammer müsse jetzt rasch die nötigen Gesetze beschließen. Hinsichtlich der erforderlichen Investitionen in der DDR würden sich große Chancen für die Industriestaaten – selbstverständlich auch für Österreich – ergeben, mit entsprechender wirtschaftlicher Ausstrahlung nach dem Osten. Die wirtschaftliche Bedeutung der DDR-Integration ersehe man schon daran, daß 1 % zusätzliches Wirtschaftswachstum Gesamtdeutschlands ein EG-Wachstum von ½ % bewirke. Die westdeutsche Wirtschaft stehe bereits Gewehr bei Fuß. Es werde sich alles sehr rasch entwickeln.

Die Zwischenfrage des HGS, welche „Anlaufstellen“ die österreichische Wirtschaft hinsichtlich DDR-Investitionen beraten könnte, beantwortete Sudhoff dahingehend, daß BRD-Handelskammern und Wirtschaftsverbände schon jetzt die Eröffnung von Büros in der DDR planen.

Die äußeren Aspekte der Vereinigung gestalteten sich schwierig. Am 5. Mai werde das erste 2+4-Gespräch auf AM-Ebene in Bonn stattfinden¹⁵ (vorher noch eine Botschafter-Runde in Ostberlin).¹⁶ Seitens der BRD werde auf die absolute Gleichberechtigung der Gesprächspartner großer Wert gelegt (dies wird auch von allen Gesprächspartnern anerkannt). Themen sind: Grenzfragen, Sicherheitsfrage und Berlin.

Grenzfrage:

Diese Frage sei als Scheinthema hochgespielt worden. Die DDR habe ihren Görlitzer-Vertrag¹⁷ (Verzicht der DDR auf Gebietsansprüche gegen Polen) und die BRD ihren Warschauer Vertrag.¹⁸ Die Republikanische Partei¹⁹ habe von der Grenzfrage in der Wählergunst nicht profitieren können (derzeit nur 2 % bei Umfragen). Die Grenzfrage werde durch Entschließung beider Parlamente geregelt werden, Polen werde bei 2+4 in dieser Frage informiert, aber nicht in Gespräche eingebunden werden.²⁰

15 Zum ersten 2+4-Treffen der Außenminister am 5. Mai 1990 in Bonn siehe Dok. 149–150.

16 Siehe Zweite Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene, Berlin-Niederschönhausen, 30. April 1990 (= Dokument Nr. 264), in: Deutsche Einheit, 1074–1076.

17 Zum „Görlitzer Vertrag“ vom 6. Juli 1950 siehe bereits Dok. 127, Anm. 12.

18 Zum „Warschauer Vertrag“ siehe Dok. 1, Anm. 17 und Dok. 57, Anm. 10.

19 Zu den „Republikanern“ siehe Dok. 48, Anm. 21.

20 Zu den 2+4 Gesprächen in Paris am 17. Juli 1990 unter Beteiligung der Vertreter Polens siehe Dok. 166.

Sicherheitsfrage:

Dies sei ein besonderes „haariges“ Thema, weil das sowjetische Sicherheitsbedürfnis damit verknüpft sei. Die Gorbatschow-Gegner würden mit dem Blutzoll der sowjetischen Armee im Zweiten Weltkrieg argumentieren. Die Antwort auf die Frage, was die SU für die Deutsche Vereinigung „bekomme“, gestalte sich deswegen schwierig, weil die sowjetische Position nicht klar ersichtlich ist (zuerst Neutrales Deutschland, dann nicht NATO-Mitglied usw.). Aus deutscher Sicht komme die Neutralität nicht in Frage, die NATO-Mitgliedschaft sei nicht „negotiable“, weil der Friede noch nicht gesichert ist (ethnische Probleme etc.), die neuen Strukturen noch fehlen und weil die BRD die USA und Kanada militärisch und politisch in Europa eingebunden wissen wolle.

Die KSZE brauche neue Strukturen, AM Genscher habe hierfür Vorschläge gemacht.²¹ Letzten Endes müsse eine Art „Europäischer Sicherheitsrat“ geschaffen werden. Zur NATO-Gipfelkonferenz²² werde AM Dumas²³ ein Einladungsschreiben für Paris an die KSZE-Staaten richten. Die NATO müsse erhalten bleiben, aber die Strategie ändern. Letzten Endes würden auch die Russen es so sehen. Die NATO werde deutscherseits zu Strategieänderung gedrängt; auf die Wechselwirkung zwischen NATO-Änderung und interne Schwierigkeiten Gorbatschows werde hingewiesen. Sowjetische Soldaten könnten ruhig selbst ohne sofortige zeitliche Begrenzung (SIC!) in der DDR bleiben. Zur Reduzierung der BRD-Soldaten wolle er keine Zahlen nennen. Die künftige Truppenstärke könnte aber eher bei 300.000 als bei 400.000 liegen. Diese Frage gehöre aber in die KSE²⁴ (keine Singularisierung Deutschlands!). NATO-Soldaten sollten auf jetzigem DDR-Gebiet nicht stationiert werden, darüber werde man bei 2+4 sprechen. Für die Neue Volksarmee gebe es keine Pläne, sie sei derzeit immobil, stehe vielleicht auch vor der Auflösung und könnte in Zukunft vielleicht als Grenztruppe eingesetzt werden.

Vier-Mächte-Abkommen:

In welcher Form die Aufgabe der Verantwortlichkeit der vier Mächte erfolgen wird, sei nicht klar. Sicher ist, daß es keinen Friedensvertrag geben werde. („Wir sind nicht mehr die Besiegten!“)

21 Genscher hatte ausgeführt, dass sich Deutschland für die Weiterentwicklung der KSZE durch Errichtung neuer gesamteuropäischer Institutionen einsetzen werde. Dazu rechnete er z. B. Institutionen zur Koordinierung der Ost-West-Wirtschaftskooperation, zur Sicherung der Menschenrechte, zur Schaffung eines europäischen Rechtsraums, eine europäische Umweltagentur, ein europäisches Verifikations- und ein Konfliktverhütungszentrum. Siehe dazu bereits Dok. 116, Anm. 6. und Dok. 119, Anm. 12 und Dok. 140, Anm. 12

22 Im Originaldokument handschriftlich auf KSZE-Gipfelkonferenz korrigiert

23 Dumas hatte in diesem Schreiben für Paris als Austragungsort der KSZE-Gipfelkonferenz geworben.

24 KSE = Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa. Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

Zeitraumen:

Das Ergebnis der 2+4-Gespräche müsse noch im Laufe des Jahres 1990 dem KSZE-Gipfel vorgelegt werden. Dieser sei aber keine Entscheidungsinstanz, sondern nehme nur zur Kenntnis. Im übrigen würden die Freunde der BRD in laufenden Konsultationen informiert. Seitens der BRD habe man auch Verständnis für ein gewisses Zögern der Nachbarstaaten, wenn man sich die Ereignisse der ersten Hälfte des Jahrhunderts in Erinnerung rufe. In der BRD habe man die positive österreichische Haltung zur Deutschen Vereinigung mit großer Freude zur Kenntnis genommen. („Ein fabelhaftes Stück der Partnerschaft.“) Die Haltung der USA sei besonders wichtig gewesen. Auch die Franzosen seien jetzt sehr hilfreich, müssen sich aber erst mit dem Gedanken „Deutschland“ anfreunden. Gewisse Probleme gebe es mit Frau Thatcher. Hinsichtlich der 2+4-Gespräche seien die Briten sehr reserviert gewesen (das Foreign Office habe sich teilweise nicht mit der Premierministerin solidarisiert).²⁵

Der HGS erkundigt sich nach der wieder aktualisierten Idee der Vollendung der Europäischen Politischen Union, allenfalls mit Verteidigungskomponente.

Sudhoff:

Die Deutsch-Deutsche-Entwicklung helfe Österreich. Gewisse „Spitzen“ gegen einen EG-Beitritt würden beseitigt werden. Wenn die SU die Deutsche Vereinigung „schlucke“ und dieses Deutschland unter einem KSZE-Dach sei, dann sei auch die österreichische Neutralität in einem neuen Licht zu sehen. Der Einbau der Sicherheits- oder gar Verteidigungskomponente in die EG sei nicht so schnell möglich. Zuerst brauche man politische Strukturen und das sei schon sehr viel. Durch Verteidigungselemente in der EG würde die Existenz der NATO in Frage gestellt werden. Österreich brauche sich auch keine Sorgen darüber zu machen, daß es von der EG hingehalten werde.

Das politische Schicksal Gorbatschows sei ungewiß, werde aber auch durch wirtschaftliche Fragen entschieden werden. Derzeit sei er nicht gefährdet. Die Franzosen seien jetzt optimistischer als früher.

Der HGS erläutert sodann die österreichische Einschätzung der Lage in Jugoslawien (die auch in der BRD große Sorge bereite; aus Kosovo 2.800 Asylwerber in BRD!).

StS. Sudhoff weist abschließend auf die erhöhte Bedeutung des Konsulardienstes hin (personelle Verstärkung!) und stellt fest, daß die Einführung der

25 Sowohl Thatcher als auch das Foreign Office waren gegenüber der deutschen Einheit skeptisch, aber das Foreign Office erkannte früher die Aussichtslosigkeit eines Widerstandes und versuchte hingegen den Prozess mitzugestalten. Im Dezember 1989/Jänner 1990 traten die Unterschiede dann offen zutage. Vgl. Klaus Larres, Margaret Thatcher and German Unification Revisited, in: Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Hg.), The Revolutions of 1989. A Handbook, Wien 2015, 355–384, hier 377–383; Sowie die Dokumente 142–144, 180–182, 185–186, 190, 192 bis 195 in: DBPO III/VII: German Unification. Siehe auch Dok. 122 sowie auch Dok. 138 und 142.

Visa-Freiheit für Ungarn²⁶ viel Überzeugungsarbeit in der EG gekostet habe. Flüchtlingsfragen würden ein „Thema der Zukunft“ sein.

3) Gespräch mit Staatssekretär Lautenschlager²⁷

Der HGS verweist auf die Kohl-Mitterrand-Initiative in Richtung Vollendung der Europäischen Politischen Union²⁸ (militärische Komponente der EG?) und er sucht um Darlegung der BRD-Sicht zum österreichischen EG-Antrag.

Lautenschlager:

Das Aide Mémoire²⁹ sei eine gute Sache gewesen. Dadurch sei der im Beitrittsantrag „so stark markierte Neutralitätsaspekt“ (warum ist das geschehen?) relativiert worden. Die Europäische Politische Union sei bisher aus gutem Grunde nicht definiert worden. Hier müsse aber etwas geschehen, um das Europaparlament aufzuwerten und die nächsten EP-Wahlen für den Wähler attraktiver zu machen. In Bonn habe man hierüber zwar gewisse Vorstellungen, diese Frage sei aber nicht so prioritär (SIC!).³⁰

Bonn sei sich über den Unterschied zwischen wirtschaftlichem Standard Österreichs und dem der osteuropäischen Staaten völlig im klaren. Die Entwicklung in Europa ließe – wenn in der SU alles gut geht – die Neutralität in einem anderen Licht erscheinen. Die deutsch-französische Aktion laufe auf mehr Kohärenz in der EG zwischen Politik und Wirtschaft hinaus. Diese Kohärenz sei verbesserungsbedürftig. Die Entscheidungsstrukturen müßten effizienter werden. Die politischen und wirtschaftlichen Strukturen der EG seien stärker zusammenzuführen. Das Europäische Parlament brauche mehr Rechte. Hier seien die Briten gar nicht so negativ, wie allgemein angenommen wird. In der Frage der Währungsunion müßte wirtschaftliche, nicht aber politische Souveränität abgegeben werden. Die Schaffung der Europäischen Politischen Union (die aber nicht bis zum Ural reichen werde) könnte für Österreich bedeutend werden. (Gemeint ist wohl, Österreich müßte diese Entwicklung mitmachen!) Es sei kaum vorstellbar, daß die SU in der gegebenen Gesamtentwicklung bei der Neutralität Österreichs, die an Bedeutung verliere, Probleme bereiten werde. Der österreichische Wunsch auf EG-Mitgliedschaft sei allseits bekannt, Österreich habe bisher gut agiert, sollte aber nicht zu sehr drängen. Die EG-Kommission sei völlig unabhängig und habe ihren Rhythmus. Ob der Avis etwas früher oder später fertiggestellt sei, sei doch nicht so entscheidend.³¹ Österreich müsse etwas Geduld haben. Der Binnen-

26 Die gegenseitige Visapflicht wurde am 1. Mai 1990 aufgehoben.

27 Hans-Werner Lautenschlager, Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland (1987–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

28 Dazu bereits Dok. 141, Anm. 14.

29 Siehe Anm. 13.

30 So im Original.

31 Die Stellungnahme der Europäischen Kommission (Avis) erfolgte schließlich am 31. Juli 1991, nachdem sich diese wegen der intensiveren Vorbereitungen zur Realisierung des Binnenmarktes und des Ratifikationsprozesses des Maastrichter Vertrages verzögert hatte.

markt stelle noch ein großes Problem dar (Steuerharmonisierung!): Die Arbeit, die auf die EG auch im Zusammenhang mit der DDR zukomme, sei gewaltig. Vielleicht könne Österreich im Rahmen des Delors-Prozesses³² für die EFTA etwas „herausschlagen“. Die Schweizer Haltung der sogenannten „Reinkultur“ (überspitzt gesagt: keine Souveränitätsabgabe, aber volle Mitgliedschaft!) sei nicht zielführend.

Auf den Hinweis des HGS auf die Transitproblematik³³ und die Auswirkungen der Deutschen Vereinigung auf Österreich meinte Lautenschlager: Die Transitprobleme sollten in den Fachgesprächen behandelt werden. Wenn in der DDR die freie Marktwirtschaft eingeführt werde, böten sich für alle Staaten, natürlich auch für Österreich, große Chancen, insbesondere für das Privatkapital (Investitionen!). Die DDR entspreche bevölkerungsmäßig Nordrhein-Westfalen und in ihrer Wirtschaftskraft dem Bundesland Hessen. Die Entwicklung der DDR-Wirtschaft sei für die BRD verkraftbar und würde in einigen Jahren starke wirtschaftliche Impulse setzen.

4) Gespräch mit dem außenpolitischen Berater BK Kohls, Ministerialdirektor Teltschik³⁴

Der HGS erkundigt sich nach der Entscheidung über den Abhaltungsort des KSZE-Gipfels und über die Perspektiven eines österreichischen EG-Beitritts aus BRD-Sicht.

Teltschik:

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR habe absolute Priorität. Der 2+4-Prozeß müßte rasch zu Ende gebracht werden. Die SU habe noch nicht verstanden, daß dies eine Zeitfrage sei. Auch de Maizière³⁵ habe Kohl gegenüber auf den Zeitdruck (die Auswandererzahl erhöht sich wieder) hingewiesen.³⁶

Nicht Kohl sei die „Dampfwalze“, sondern die Bevölkerung der DDR sei ungeduldig! In der Volkskammer soll demnächst ein Antrag auf Aufhebung der Wehrpflicht gestellt werden. Die SU werde sich wundern, wie schnell das alles gehen werde. Die BRD habe keine Zeit zu verlieren!

32 Siehe dazu bereits Dok. 98, Anm. 7.

33 Siehe dazu bereits Dok. 11., Anm. 8 und Dok. 34.

34 Horst Teltschik, CDU. Leiter der Abteilung für Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, äußere Sicherheit im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland (1982–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

35 Lothar de Maizière, Ministerpräsident der DDR (April–Oktober 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

36 Gemeint ist vermutlich das Gespräch zwischen Kohl und de Maizière beim Antrittsbesuch in Bonn am 24. April 1990, bei dem vor allem über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gesprochen wurde. Siehe in Ermangelung eines Gesprächsprotokolls: Helmut Kohl, Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung. Meine Erinnerungen, München 2009, S. 250–251.

Die KSE³⁷ müsse auch im Sinne der DDR bald ein Resultat zustandebringen. Schon für den 2+4-Prozeß müsse man wissen, was bei KSE herauskommen wird. KSE II³⁸ müsse anschließen und auch bei den Vertrauensbildenden Maßnahmen³⁹ brauche man bald ein Resultat. Zur Institutionalisierung der KSZE haben Kohl (10-Punkte-Programm)⁴⁰ und Genscher bereits Vorschläge gemacht. Entscheidend sei die Sicherheitsstruktur. Hier könnte man dem schon Erreichten (KVAE und zu erwartende Resultate bei Wiener Konferenzen)⁴¹ noch neue Ideen, z. B. regelmäßige 2-jährliche Treffen der Generalstabschefs, hinzufügen und daraus ein beachtliches „Paket der Sicherheit“ schnüren. (Der HGS erteilt in der Sitzung vom 26. April d. J. den Auftrag, ho. hierüber Überlegungen anzustellen.)⁴² Besonders wichtig für das Zusammenwachsen Europas sei die Wirtschaft (Hinweis auf positive KSZE-Wirtschaftskonferenz in Bonn).⁴³

Litauen⁴⁴ bereite in Bonn große Sorge. Es erhebe sich die Frage, ob Bush schon jetzt reagieren solle.

Deutschland brauche dringend Antworten auf vier Fragen:

- Resultat bei 2+4;
- neue Sicherheitsstruktur;
- Abrüstungsprozeß;
- wirtschaftliche Entwicklung.

Frankreich sei ein schwieriger Partner. (Aber „ohne Frankreich geht nichts!“) Bonn habe die Franzosen immer wieder ersucht, sich um Polen zu kümmern, ohne daß eine französische Reaktion erfolgt sei. Als es aber um die Oder/Neisse-Linie ging, sei Mitterrand aktiv geworden. Man frage sich in Bonn, was Mitterrand wolle. Frankreich werde in allem informiert (80 Kohl-Mitterrand-Treffen seit 1982!).

37 KSE = Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa. Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

38 Geplante Folgeverhandlungen der KSE I in Wien, die KSE II-Verhandlungen fanden nicht mehr statt. Es kam zu KSE 1a-Folgeverhandlungen die bereits am 29. November 1990 begannen und zur Festlegung von Personalobergrenzen für die Streitkräfte aller KSE-Staaten führten.

39 Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VVSBM), die im Rahmen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten seit 9. März 1989 in Wien abgehalten wurden.

40 Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1989, vgl. Deutscher Bundestag, Stenografische Protokolle 177. Sitzung, Bonn, 28. November 1989, November 1989, S. 13502–13514, insbesondere S. 13510–13513.

41 Siehe Anm. 37 und 39

42 Über den weiteren Verlauf des Auftrags konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

43 Die KSZE-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 in Bonn statt.

44 Siehe Dok. 126, Anm. 13.

KSZE-Gipfel:

Wenn Frankreich den Gipfel in Paris haben wolle, könne die BRD nicht dagegen sein. Das gleiche gelte für die übrigen EG-Mitglieder. (Zum Schreiben von AM Dumas⁴⁵ meinte der Mitarbeiter Teltschiks, die Franzosen „würden es versuchen“, es gebe aber keine Vorausverpflichtung der EG-Staaten.)

Nach Teltschik habe Wien aber für die Unterzeichnung der beiden hier verhandelten Abkommen reelle Chancen.

Der HGS erläuterte sodann, über Ersuchen Teltschiks, die österreichische Einschätzung in den Oststaaten, insbesondere in Jugoslawien.

(Teltschik wird sich im Juni d.J. zur Konferenz vom Institut für die Wissenschaften vom Menschen „Central Europe on the Way to Democracy“, 28.6.–1.7.1990, nach Wien begeben.)

Wertung:

Große Entschlossenheit und Eile der Bonner Regierung bei der Durchführung der Deutschen Vereinigung, jedoch Rücksichtnahme auf sowjetisches Sicherheitsbedürfnis.

Die Europäische Politische Union ist nicht wirklich ein Hauptanliegen Bonns, der militärischen Komponente in der EG werden kaum Chancen gegeben. (NATO muß – wenn auch modifiziert – bleiben!) Die gemeinsame Initiative Kohls mit Mitterrand in Richtung Europäische Politische Union⁴⁶ ist weniger als prioritäres deutsches Anliegen, als vielmehr als Geste gegenüber einem der Deutschen Vereinigung reserviert gegenüberstehenden Frankreich zu sehen.

Österreich:

Aufrichtige Unterstützung in der EG-Frage; allzu starkes Drängen auf zeitliche Verkürzung des Beitritts-Prozesses wird deutscherseits nicht für opportun gehalten. Österreich werden für die Beteiligung an der DDR-Wirtschaftsentwicklung gute Chancen gegeben. Die österreichische Haltung in der deutschen Frage wurde sehr positiv registriert.

Wien, am 26. April 1990

Plattner m. p.

45 In seinem Schreiben hatte Dumas um Unterstützung für Paris als Austragungsort des Gipfels geworben.

46 Dazu bereits Dok. 141, Anm. 14.

Dok. 147: Gespräch Vranitzky – Mitterrand, Bordeaux, 7.5.1990

Aktennotiz, Eva Nowotny, Bordeaux, 7. Mai 1990, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „BK Bayern 1991; BK USA 1990; BK Liechtenstein; BK Bulgarien; BK Bordeaux, London, Dublin; BK Düsseldorf; BK Schweden; BK Rumänien“¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand

Das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand fand am Rande der Jahrestagung des Internationalen Presse-Instituts statt, die von Präsident Mitterrand eröffnet wurde. Der Herr Bundeskanzler war eingeladen, ein Grundsatzreferat zum Thema „The Dawn of Democracy in Eastern Europe“ zu halten.²

Der Herr Bundeskanzler eröffnete das Gespräch mit der Feststellung, er wolle gerne diese Gelegenheit benützen, um den Orientierungsrahmen für die österreichische Integrationspolitik und insbesondere die österreichischen Beitrittsbemühungen mit Präsident Mitterrand persönlich abzustecken. Die österreichische Bundesregierung, aber auch die Öffentlichkeit seien vom Bewußtsein bestimmt, daß Integration notwendig ist, nicht nur aus wirtschafts-politischen Überlegungen, sondern auch im Hinblick auf die Neuordnung der Kooperation in Europa. Österreich sei davon überzeugt, daß es nicht nur in ökonomischer, sondern auch

- 1 Die Aktennotiz wurde von der Verfasserin Eva Nowotny am 14. Mai 1990 abgezeichnet und am 22. Mai 1990 ad acta gelegt. In den Vorbereitungsmaterialien für Vranitzky stand mit Blick auf die deutsche Einheit zu lesen: „Frankreich. [...] Deutsche Einheit: Vorübergehende Irritation Frankreich – BRD (Enttäuschung in Paris über BK Kohls Alleingang und Sorge betreffend das künftige europäische Engagement Bonns, starke Unterstützung Frankreichs für Polen in Frage der Westgrenze) konnte in der Zwischenzeit bereinigt werden.“ Siehe Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Box „BK Bayern 1991; BK USA 1990; BK Liechtenstein; BK Bulgarien; BK Bordeaux, London, Dublin; BK Dusseldorf; BK Schweden; BK Rumanien“.
- 2 The Dawn of Democracy in Eastern Europe. Speech of Chancellor Franz Vranitzky at the International Press Institute, Bordeaux, 7. Mai 1990, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, Rede, Box 1990/3. Die Jahresversammlung des im Oktober 1950 gegründeten International Press Institute (IPI) fand vom 6. bis 8. Mai 1990 in Bordeaux statt. Die internationale Vereinigung von Herausgebern und Redakteuren setzt sich seit ihrer Gründung zum Ziel, die Pressefreiheit weltweit zu stärken. Auch internationale Gäste und Staatsmänner hielten immer wieder Grundsatzreferate und Reden vor der Versammlung. So auch der österreichische Bundeskanzler auf Einladung am 7. Mai im Rahmen des IPI World Congress 1990. In seiner Rede warb Vranitzky erneut für Wien als Sitz der zu gründenden Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, fokussierte insbesondere auf das wirtschaftliche Zusammenwachsen Europas im KSZE-Rahmen sowie der europäischen Integration. Hinsichtlich der Sicherheitspolitik führte er in Bezug auf die deutsche Einigung aus: „The military alliances are changing form, content and importance. To supplement the reliance on the military pacts a comprehensive European security system will have to be built. This task has gained increased urgency with the approaching unification of the two German states.“ Er begrüßte daher die Inangriffnahme der Vorbereitungen für einen KSZE-Gipfel: „This is certainly a very sensitive issue, related as it is to the question of German unification as well as to the continued progress in the disarmament negotiations.“

in politischer Hinsicht einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der Integration leisten könne. Ebenso sei man sich dessen bewußt, daß Integration nicht nur Chancen, sondern auch die Übernahme von Pflichten beinhalte. In letzter Zeit hatten sich Spekulationen und Zeitungsartikel über Vorbehalte Frankreichs gegenüber der Aufnahme Österreichs gemehrt. Nach seinen Gesprächen mit französischen Politikern habe er eigentlich nicht diesen Eindruck gewonnen, und er sei daher an einer politischen Abklärung interessiert. Österreich bereite sich auf die Verhandlungen und die mögliche Mitgliedschaft gut vor. Selbstverständlich verstehe man, daß es in der EG Vorhaben gebe, die zuerst noch geklärt werden müßten. Österreich sei an einer individuellen Behandlung seines Antrags interessiert, und dürfe nicht mit anderen Staaten, die ein Beitrittsniveau noch lange nicht erreichen würden, in einen Korb getan werden. Auch dürften an die Tatsache, daß man in Österreich Deutsch spreche, keine Spekulationen angeknüpft werden, daß Österreich als etwas anderes als die Republik Österreich zur EG stoße.

Präsident Mitterrand erklärte, daß man auch bei der Erweiterung um Spanien und Portugal aus Bedenken, die von der Regierung Giscard d'Estaing vorgebracht wurden, noch eine negative Haltung Frankreichs konstruierte, als seine Regierung bereits eine positive Position zur Erweiterung bezogen hatte. Das seien nur Vorwände und Ausreden, in denen Frankreich vorgeschoben werde. Es gebe eine „volonté générale“, die EG derzeit nicht zu öffnen, zumindest bis die verschiedenen Vorhaben bis 1993 abgeschlossen seien. Auch würden alle „neuen Europäer“ zur EG drängen, das erschwere die Situation der Beitrittswerber. Zusätzlich gäbe es auch die Überlegung der Mitglieder, wie man alle anderen anstehenden Probleme lösen könne, wenn man sich jetzt öffne. Sicherlich gäbe es auch innerhalb der EG verschiedene Tendenzen. Er habe den Eindruck, daß zum Beispiel Großbritannien eine Auflösung der EG in eine große Freihandelszone anstrebe. Für Frankreich sei das unakzeptabel. Frankreich und die BRD würden auf ein durchorganisiertes Europa hinarbeiten. Österreich würde sich auf jeden Fall bis 1993 gedulden müssen.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, er wolle vor allem Verständnis dafür finden, daß Österreich auch für die Ziele eines vereinten Europas ein Partner sein könne. Es sei verständlich, daß sich die EG ihren eigenen Zeitplan festlege, das gäbe auch für Österreich ein klares Bild. Wichtig sei derzeit für Österreich die grundsätzliche Bereitschaft, mit Österreich zu verhandeln, nachdem die bestehenden Vorhaben abgeschlossen wurden.

Präsident Mitterrand erklärte dazu, es sei keine Frage, daß Österreich der erste Kandidat sei und auch alle Bedingungen erfülle. Bis Ende 1992 sei es schließlich nurmehr eine kurze Spanne, und wenn Österreich beitreten wolle, habe Frankreich nichts dagegen. Die Verhandlungen mit [der] EFTA³ hätten allerdings einige

3 Auf Initiative des EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors sollte die Schaffung des „Europäischen Wirtschaftsraumes“ (EWR) zwischen der EG und den EFTA-Staaten vorangetrieben werden. Das Abkommen über den EWR wurde am 2. Mai 1992 in Porto unterzeichnet und trat schließlich mit 1. Jänner 1994 in Kraft.

Schwierigkeiten aufgezeigt, und vor allem klargemacht, „daß man nicht alles behalten könne“. Die EG bringe sehr viele Auflagen mit sich, und Integration bedeute auch, auf Souveränität zu verzichten und sich gesamteuropäisch in Strukturen zu engagieren. Sicherlich brächte ein weiterer deutsch-sprechender Staat ein gewisses Ungleichgewicht in die EG, dieses müsse durch die politische Übereinstimmung ausgeglichen werden.

Der Herr Bundeskanzler knüpfte daran einige Anmerkungen zur Geschichte des deutsch-österreichischen Verhältnisses in diesem Jahrhundert und zur Entwicklung eines österreichischen Nationalbewußtseins. Präsident Mitterrand stellte dem die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen gegenüber, und meinte, gewisse Reflexe der Vergangenheit müßten überwunden werden. Integration leiste dazu einen Beitrag, und die deutsch-französische Freundschaft sei heute eine Realität geworden.

Außenminister Dumas, der an dem Gespräch teilnahm, drückte die Meinung aus, Österreich müsse sich in allen Bereichen und durch konkrete Aktivitäten als EG-Land profilieren, und unterstrich besonders die aktive Teilnahme an den Fernseh- und Medienprogrammen der EG, die Österreich angeboten wurde. Er faßte sodann für den Herrn Bundeskanzler sein Gespräch mit Außenminister Dr. Mock über die KSZE zusammen.⁴

Der Herr Bundeskanzler unterstrich, daß Österreich als Gastgeber der KSZE-Beratungen⁵ selbstverständlich sehr engagiert und involviert sei, einen vernünftigen Weg für die Zukunft der KSZE zu finden. Präsident Mitterrand betonte nochmals das große Interesse Frankreichs an der Abhaltung der geplanten KSZE-Gipfelkonferenz,⁶ meinte aber, daß Wien die besten Voraussetzungen habe, permanenter Standort für KSZE-Institutionen zu werden.⁷

4 Dumas war am Vortag mit Mock zusammengetroffen, der am 6. Mai 1990 einen Arbeitsbesuch in Paris absolviert hatte.

5 Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

6 Das KSZE-Treffen der Staats- und Regierungschefs fand schließlich vom 19. bis 21. November 1990 in Paris statt. Siehe dazu bereits Dok. 48, Anm. 6. und Dok. 141, Anm. 14.

7 Das Sekretariat der OSZE wurde mit deren Institutionalisierung 1994 in Wien angesiedelt.

Dok. 148: Gespräch Vranitzky – Thatcher, London, 8.5.1990

Aktennotiz, Eva Nowotny, London, 8. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ.518.01.05/28-II.1/90¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Premierminister Margaret Thatcher, London, 8. Mai 1990

PM Thatcher eröffnete das Gespräch mit einer kurzen Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Situation Großbritanniens, und kam dann auf die englischen Probleme mit dem Konzept einer europäischen Währungsunion, sowie auf die finanziellen Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf dieses Projekt zu sprechen. Sie selbst erwartet zwar von der deutschen Vereinigung einen großen Modernisierungseffekt und Impulse für das Wirtschaftswachstum und die technologische Entwicklung Deutschlands, die aber erst mittel- bis langfristig zum Tragen kommen würden. In der Einschätzung dieser Konsequenzen gäbe es auch bei verschiedenen deutschen Politikern verschiedene Meinungen. Während Bundeskanzler Kohl die weitere Entwicklung sehr optimistisch und zuversichtlich beurteile, habe sie von Ministerpräsident Späth² zurückhaltendere Reaktionen bekommen.³ Der Herr Bundeskanzler meinte dazu, dass sich seine eigene Einschätzung eher an der vorsichtigen Linie von Ministerpräsident Späth orientiere. Er sei zwar keineswegs pessimistisch, aber die bevorstehenden Aufgaben würden gelegentlich nicht über-, sondern unterschätzt.

Premierminister Thatcher meinte, dass auf jeden Fall mit einem Ansteigen der Zinssätze und einem inflationären Schub gerechnet werden müsste, der nicht ohne Auswirkungen auf die Währungen der anderen europäischen Staaten bleiben könnte. Das beeinflusse auch die englische Position gegenüber der europäischen Währungsunion. Zwar trete sie mit Nachdruck dafür ein, Kontrollen und Restriktionen soweit als möglich abzubauen, doch hätte sie Bedenken gegen eine absolute Freiheit des Kapitalverkehrs. Auch wäre das englische Parlament sicherlich nicht bereit, die Kontrolle über das Budget und die Finanzhoheit an eine Gruppe europäischer Bankiers abzutreten, die keinen demokratischen Kontrollen und keiner demokratischen Wahl unterworfen wären. Auch die anderen Pro-

1 Die Aktennotiz wurde von der Verfasserin Eva Nowotny am 14. Mai 1990 abgezeichnet und am 22. Mai 1990 ad acta gelegt, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Box „BK Bayern 1991; BK USA 1990; BK Liechtenstein; BK Bulgarien; BK Bordeaux, London, Dublin; BK Düsseldorf; BK Schweden; BK Rumänien“. Die Botschaft London übersandte die Aktennotiz erst am 30. Mai 1990 woraufhin sie am Ballhausplatz in der Sektion II mit der Notiz „Bekannt und bereits versandt“ ad acta gelegt wurde.

2 Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1978–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Diese sind bisher nicht bekannt. Vgl. dazu aber grundsätzlich Hans-Peter Mengele, Wer zu Späth kommt ... Baden-Württembergs außenpolitische Rolle in den Umbruch-Jahren, Tübingen/Stuttgart 1995, S. 319–320, zu einem früheren Zusammentreffen siehe S. 306–307.

bleme innerhalb der EG seien beträchtlich: der Binnenmarkt sei noch keineswegs beendet, und dazu habe man den deutschen Vereinigungsprozess vorgesetzt bekommen. Auch für das weitere Vorgehen der EG gegenüber der DDR sei strikte Kontrolle notwendig, es sei vor allem wichtig, dass keinerlei kommunistische Strukturen beibehalten würden. Die EG habe damit zu viele Probleme auf ihrem Programm, so dass sie nicht noch zusätzliche Fragen aufgreifen könnte. Es sei ihr bewusst, dass das eine gewisse Enttäuschung für Österreich sei, aber immerhin würde Österreich durch die Verhandlungen zwischen EG und EFTA⁴ ja schon näher an die EG heranrücken können.

Der Herr Bundeskanzler führte dazu aus, dass Österreich ernsthaft in den EG und EFTA-Prozess eingeschaltet sei, dass jedoch dieser Prozess die Mitgliedschaft kaum ersetzen könnte. Österreich schreite in der Vorbereitung auf die EG-Mitgliedschaft gut voran, und habe bereits eine Menge interner Veränderungen durchgeführt. Österreich sei bereit und vorbereitet, auch die Verpflichtungen, die sich aus der EG-Mitgliedschaft ergeben, zu übernehmen. Österreich würde in mehrfacher Hinsicht zur Weiterentwicklung der Integration beitragen, sowohl in geographischer Hinsicht, wie auch wirtschaftlich und finanziell. Premierminister Thatcher führte dazu aus, dass in der EG niemand Nein zur österreichischen Mitgliedschaft gesagt habe, „It is just that we cannot digest it.“ Sie kam sodann auf die Entwicklungen in Osteuropa zu sprechen, die sie mit einer gewissen Beunruhigung verfolgen würde. Nationale Spannungen, religiöse Probleme, Probleme zwischen den einzelnen Staaten, fragwürdige Grenzen, und die allgemeine Verunsicherung von politisch, wirtschaftlich und ideologisch entwurzelten Menschen wären für diese Beunruhigung verantwortlich. In dieser Situation käme insbesondere der KSZE große Bedeutung zu, welche die Instrumente für die friedliche Beilegung dieser Probleme biete.

Der Herr Bundeskanzler meinte dazu, dass auch er gewisse Entwicklungen in Osteuropa mit Sorge verfolge. Er sei zwar nicht pessimistisch, was die Lösung der anstehenden Probleme betreffe, doch sei es gefährlich, die Probleme nicht klar zu sehen und zu artikulieren. Vieles sei durch die neue Freiheit nach Jahren der Unterdrückung eine unvermeidliche Reaktion. Österreich verfolge mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklungen in Jugoslawien. Eine Eskalation der inneren Probleme Jugoslawiens, womöglich bis hin zu einer Auflösung des Staatsverbands, würde ernste Konsequenzen und würde viele weitere Probleme nach sich ziehen. Österreich sei zusätzlich zu den internationalen Maßnahmen in allen osteuropäischen Staaten bilateral sehr engagiert, sowohl was wirtschaftliche Zusammenarbeit betreffe, wie auch kulturelle und soziale Fragen, und Österreich leiste eine Reihe von kleinen und stillen Vermittlungsaufgaben.

Premierminister Thatcher meinte dazu, dass ihrer Meinung nach zu einem Zeitpunkt, wo sich Osteuropa von der zentralen Lenkung und dem Dirigismus abwende, Westeuropa nicht eine Gegenbewegung eingehen könnte. Sie würde daher einer stärkeren Zentralisierung der EG und vor allem auch dem Konzept der

4 Siehe dazu bereits Dok. 147, Anm. 4.

politischen Union nicht zustimmen können, solange nicht völlig klar definiert sei, worin diese politische Union bestehen solle. Sorge bereite ihr vor allem, dass keine demokratische Kontrolle und keine demokratische Rechenschaftspflicht vorgesehen sei[en]. Sie sehe die EG vor allem als eine Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich. Alle weiteren Maßnahmen müssten zuerst klar definiert werden. Mit Bezug auf die KSZE betonte Premierminister Thatcher, dass die KSZE Strukturen für ihre Zusammenarbeit brauchen würde. Ihrer Meinung nach müsse die NATO das Zentrum der westlichen Verteidigung bleiben. Die NATO sei das aktive Verteidigungsinstrument, und in der NATO sei auch die politische Struktur über den Atlantik hinweg durch die Zusammenarbeit mit den USA und Kanada gewährleistet, auf die sie größten Wert lege. In einem europäischen Sicherheitssystem, das in der KSZE seine Verankerung finden sollte, sehe sie vor allem die politische Rolle, mit der Sowjetunion zu konsultieren und zu kooperieren. Ihrer Meinung nach wäre es notwendig, dass sich [sic!] die KSZE mindestens zweimal jährlich zusammentreten sollte.⁵

Dok. 149: Bericht. „2+4“-Gespräche der Außenminister in Bonn, 8.5.1990

Botschafter Friedrich Bauer und Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 8. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.02/129-II.1/90¹

BRD; „2+4“-Gespräche der Außenminister in Bonn, 5.5.1990² – Erklärungen (Info)

Für stellv. politischen Direktor im AA, Höynck,³ der an Gesprächen teilnahm, wurde dabei Zusammenhang zwischen Lösung der äußeren Aspekte der deutschen Frage und Gesamtentwicklung in Europa (insbes. KSZE und Abrüstung)

5 So im Original.

1 Der Bericht wurde in Verfolg von Telefax Zl. 257-A/90 vom 8. Mai 1990 als Fernschreiben Nr. 25105 erstattet und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Er wurde am 9. Mai 1990 durch die Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen. Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner veranlasste seine Weiterleitung als Fernschreiben Nr. 85338 an die österreichischen Botschaften in Berlin, Moskau, Washington, Paris und London. Sämtliche Unterstreichungen wurden durch Plattner vorgenommen.

2 Siehe zu den 2+4-Gesprächen der Außenminister am 5. Mai 1990 in Bonn: Dokument 95, in: Die Einheit; Dokument 268, in: Deutsche Einheit; Dokumente 97–98, in: Die Außenpolitik der DDR; Dokument 196, in: DBPO III/VII: German Unification; Dokumente 21–22, in: Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990.

3 Wilhelm Friedrich Höynck, Leiter der Unterabteilung 21 (Politische Abteilung) im Auswärtigen Amt, seit Februar 1990 Vorsitzender der Projektgruppe „Deutsche Einheit“, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

sehr deutlich: einzige Lösungsmöglichkeit sei Versuch einer perspektivischen Lösung.

Höynck zufolge war klar, dass mangels hinreichender Vorbereitungszeit keine Substanz-, sondern nur prozedurale Fragen geklärt werden könnten. Nach Eröffnungserklärungen (siehe Fax,⁴ Meckel⁵ hielt sich an DDR-Koalitionsvereinbarung vom 12.4.1990), auf die gegenseitig nicht eingegangen wurde, erörterten Außenminister die TO⁶ (Pkt. 2 bis zum Mittagessen geklärt), dann die Daten weiterer Treffen. Am Nachmittag wurde Beteiligung Polens besprochen.⁷ Anschließend Diskussion galt Form der Präsentation des Ergebnisses gegenüber Medien.

Wichtigstes Ereignis sei Konsensentscheidung aller 6 hinsichtlich Anerkennung des Willens der Deutschen, „ihre Vereinigung ordnungsgemäß und ohne Verzögerung zu vollziehen“.

Von Anfang an habe sehr konstruktive Atmosphäre geherrscht, niemand wollte Schwierigkeiten machen, sondern alle zu zügiger TO-Erledigung beitragen.

Höynck bezeichnete Einigung über TO als wichtig. Pkt. 4 („abschließende völkerrechtliche Regelung und Ablösung der 4 Mächterechte und -verantwortlichkeit“) deute klar auf Ziel einer abschließenden Regelung mit Kernelement der „Ablösung“, auch andere Punkte könnten zur Regelung gehören, die BRD jedoch nicht als „Friedensvertrag“ bezeichnen will.

Pkt. 2 („politische-militärische Fragen unter Berücksichtigung von Ansätzen geeigneter Sicherheitsstrukturen in Europa“) hieß zu Konferenzbeginn noch „politisch-militärische Fragen“. SU wollte jedoch Begriffe der „Synchronisierung“ in TO aufnehmen, wogegen es aber Widerstand gab, weil niemand genauen Begriffsinhalt kannte. Nach Wortsinn und Andeutungen wäre allerdings Gleichschaltung von rapider deutscher Einigung mit erst anlaufendem europäischem Prozess (KSZE, Abrüstung usw.), somit unausgesprochen Verzögerung der deutschen Einigung zu erwarten gewesen. Auch gegen veränderte Formulierungen bestanden Bedenken wegen Unklarheiten, was in 2+4 und was zu 35 behandelt würde. Beide deutschen Delegationen jedoch einig, dass in 2+4 manches bespro-

4 Das Fax liegt dem Akt nicht bei. Die Erklärungen von Baker, Schewardnadse, Dumas und Meckel sind abgedruckt in: Europa-Archiv 1990 D 495–D 502. Für Genschers Erklärung und seine Einschätzungen zu den anderen Reden siehe: Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 768–783. Siehe für diese und weitere deutsche Erklärungen zum Treffen auch Texte zur Deutschlandpolitik III/8a – 1990, S. 203–211. Für die Einschätzung der Rede Schewardnadses durch die Abteilung II.3 des BMAA siehe: Aktenvermerk. Deutsche Vereinigung; 2+4-Gespräche; sowjetische Position (Rede Aussenminister Schewardnadses am 6. 5. in Bonn), Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 11. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/138-II.3/90. In diesem Akt liegen auch die Reden Genschers und Schewardnadses.

5 Markus Meckel, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (April–August 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Die Tagesordnung umfasste folgende Punkte: 1) Grenzfragen, 2) politisch-militärische Fragen unter Berücksichtigung von Ansätzen geeigneter Sicherheitsstrukturen in Europa, 3) Berlin-Probleme und 4) Abschließende Völkerrechtliche Regelung und Ablösung der 4-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten.

7 Zu der polnischen Forderung nach Teilnahme an den 2+4-Gesprächen, siehe Dok. 127, Anm. 9.

chen, aber nicht entschieden werden könne, und 2+4-Gespräche (nicht Verhandlungen!) anderen Gremien keine Kompetenzen entziehen würden, daher wurde Formulierung schließlich akzeptiert.

SU deutet lt. Höynck mögliche Lockerung der Verbindung zwischen Lösung der äußeren und inneren Aspekte an (Eingangserklärung Schewardnadse: „unserer Vorstellung nach muss die Lösung der inneren und äußeren Aspekte der deutschen Einheit zeitlich nicht unbedingt zusammenfallen oder innerhalb der gleichen Übergangsperiode abgeschlossen werden“).

Aus BRD-Sicht sei wichtig, dass diese SU-Position in keiner Weise erläutert oder im Verlauf der Gespräche vertieft wurde. Dies unterstreiche Offenheit der SU-Position. Bundesregierung müsse erst überlegen, was das bedeute und werde sich dazu auch in Regierungserklärung am 10.5.1990⁸ kaum äußern.

Da nach SU-Auffassung Sicherheitsstatus Deutschlands nicht ohne Perspektive weiterer Entwicklung in Europa gelöst werden kann, ergibt sich Frage, wie Übergangszeit unter Berücksichtigung sowjetischer Sicherheitsinteressen ausgestattet werden könne.

Schewardnadse habe nochmals SU-Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands wiederholt. Dies sei für SU (Höynck zufolge jedenfalls im Augenblick) schwer zu verkraften. Auch deshalb Einbeziehung des Zeitelements durch SU verständlich: Hinweis auf KSZE-Entwicklung und Abrüstungsverhandlungen ließen erkennen, dass SU mit Konzept einer Übergangszeit arbeiten wolle. AA sei überzeugt, dass sowjetische Seite keine Klarheit habe, was dies im Einzelnen bedeute (wie lebhaft Diskussionen innerhalb sowjetischer Delegation auf diesbezügliche deutsche Fragen am Konferenzvorabend zeigten).

Neben Sicherheitsstatus sei Einhaltung der Verträge mit der DDR (insbes. wirtschaftliche) „ein ganz zentraler Punkt“: DDR-Anteil an SU-Importen 1988 z. B. bei Ausrüstung für Nahrungs- und Genussmittelindustrie 27,7 %, Landmaschinen 41,5 %, rollendes Eisenbahnmateriale und Hilfsausrüstung 27,3 %, Schiffe und Schiffsausrüstung 25,9 %.

BK und Genscher hätten deshalb Schewardnadse versichert, deutsche Einheit nicht zum Schaden und Nachteil Moskaus gestalten zu wollen, Wirtschaftslieferungen wurden jedoch nicht konkret behandelt. Stellv. CDU-Fraktionsvorsitzender Hornhues⁹ hatte demgegenüber Botschaft gestern bestätigt, dass DDR-Regierung selbst nicht Auswirkungen der (ihr zum Teil noch gar nicht bekannten) Verträge mit der SU kenne und angedeutet, diesbez. Zusagen der BRD seien daher etwas locker.

8 Die Erklärung der Bundesregierung vom 10. Mai 1990 nahm unter II. auf die innere Dimension des Einigungsprozesses Bezug. Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 58 vom 11. Mai 1990.

9 Karl-Heinz Hornhues, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, zuständig für die Bereiche Außen-, Verteidigungs-, Deutschlandpolitik und wirtschaftliche Zusammenarbeit (1989–1994), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Lt. Höynck sei politische Phantasie erforderlich: innerhalb der „Eckwerte“ der deutschen Position (keine Singularisierung oder Diskriminierung, NATO-Mitgliedschaft, Beibehaltung des Zeitplans für deutsche Einheit) könnten Modelle entwickelt werden, die zwar heutigen sowjetischen Vorstellungen nicht entsprechen, für Moskau aber akzeptabel werden könnten. Für die SU gebe es breiten trade-off für deutsche Einheit, bestehend aus künftigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland, Lösung der Sicherheitsfrage, gemeinsamen Interessen in Umwelt- und Technologiefragen usw. Künftige SU-Stellung werde auch wesentlich von ihren Beziehungen zur EG abhängen. Deshalb sei Perspektive der deutsch-sowjetischen Beziehungen bedeutsam: wolle Deutschland sich vollends nach Westen ausrichten oder die Bindungen zum Osten (der DDR, aber auch der BRD) aufrechterhalten? Für Moskau habe SU-Rolle in Europa große Bedeutung. 4 Mächte-Rechte und 360.000 Mann in der DDR sicherten bisher ihre physische und rechtliche Präsenz in der Mitte Europas. Nun bestehe völlig neue Situation mit Gefahr, an den Rand gedrängt zu werden („Europa von Brest bis Brest, vom Atlantik bis zum Ural“)¹⁰ – ein Horrorszenario für die SU! Deshalb komme der Institutionalisierung des KSZE-Prozesses und der politischen Verankerung der SU darin sehr großes Gewicht zu.

Nichts an den Gesprächen solle Höynck zufolge über- oder unterschätzt, positive Elemente aber ausgelotet werden. Man müsse verhindern, dass noch ungelöste Fragen aus dem Gesamtzusammenhang Deutschland, KSZE, Abrüstung und EG die Entwicklungen gegenseitig blockierten.

Zentral sei Konsens der 6 über Notwendigkeit zügiger Verhandlungen und Einbringungen der Ergebnisse (nicht notwendigerweise schon der endgültigen Lösung) beim KSZE-Gipfel. Höynck rechnet damit, dass Kernfragen der 2+4 Gespräche bis Gipfel abgeschlossen wären, Gespräche jedoch danach noch weitergehen werden.

Polen wird zum 3. Außenminister-Treffen in Paris (wahrscheinlich 2. Juli-hälfte) eingeladen, welches sich mit Grenzen befassen wird.¹¹ Warschau könne auch zu damit zusammenhängenden Fragen sprechen. Polen ist auch zu unmittelbar vorausgehendem Direktorentreffen eingeladen. Hingegen Übereinstimmung der 6, dass keine Beteiligung Polens an Sicherheitsfragen, weil daran auch andere Nachbarn gleichberechtigt interessiert wären und Warschau diesbezüglich nicht privilegiert werden könne.

Parteivertreter und Diplomaten zeigten sich gestern in Gesprächen Botschaft gegenüber besorgt, dass SU durch „Entkoppelung“ der inneren und äußeren Aspekte auf Sicht über Deutschland auf zeitlich unbefristete Periode (als „Faustpfand“ für tatsächliche, nicht nur verbale Umwandlung der NATO und Errichtung eines europäischen Sicherheitssystems) beibehalten wolle. Damit wurde von

10 Von Brest in Frankreich bis Brest (Brześć) in Polen.

11 Zum dritten 2+4 Außenministertreffen unter Beteiligung Polens am 17. Juli 1990 in Paris siehe Dok. 166.

deutschen Gesprächspartnern Besorgnis über mangelnde Souveränität (innenpolitisches Problem, Druckmittel gegen US-Präsenz), von westlichen Diplomaten Befürchtung eines neuerlichen „Versailles-Komplexes“ (weil SU Verzögerung der deutschen Einheit den sich an NATO-Erhalt festklammernden westlichen Verbündeten der BRD zuschieben könnte) verbunden. Interessanterweise wurde dabei wiederholt neidvoll auf Österreich Bezug genommen, das 1955 volle Souveränität erlangt habe. Höynck hingegen hatte eindeutigen Eindruck, dass SU nicht verhindern, sondern angesichts „milde ausgedrückt“ kritischer Lage in SU (schlechte Wirtschaftslage, erstmalige Kritik an Außenpolitik, weiteres Schicksal der DDR und der SU-Truppen in der DDR!?) etwas Zeit gewinnen wolle: Moskau wisse aber, dass Übergangstatus (den auch „Genscher-Plan“¹² vorsehe) nicht lange aufrecht zu erhalten sei – wie illustrativ geäußerte sowjetische Zeitvorstellungen gezeigt hätten.

Rolle der Bündnisse wandle sich, WP werde möglicherweise in 2 Jahren nicht mehr existieren. Dann stelle sich Höynck zufolge auch Frage der NATO-Mitgliedschaft völlig anders.

All dies sei nur angedeutet und nicht sehr klar gewesen. SU habe jedoch offensichtlich eingesehen, dass innerer Prozess nicht mehr zu stoppen ist.

Auf Frage konnte Höynck „nicht bestätigen“, dass Moskau seine Vorbehaltsrechte in Berlin aufgegeben hätte.

Höynck betonte anschließend, dass – obwohl Sachfragen noch weitgehend unberührt – Ergebnis des Außenminister-Treffens aufgrund positiver Grundhaltung mit gemeinsamem Lösungswillen in zügigen, erfolgsorientierten Verhandlungen unter Respektierung gegenseitiger Interessen weit über atmosphärisches hinausgehe.

Für Bundesregierung ergibt sich nun Frage, ob sie entkoppelte deutsche Einheit rascher verwirklichen oder noch versuchen soll, innere und äußere Aspekte gleichzeitig zu lösen, um Zeitdruck, z. B. durch KSZE-Gipfel, auf äußeren Aspekten zu belassen.

Bauer/Loibl

12 Genscher äußerte seine Überlegungen im Zuge seines Vortrages an der Evangelischen Akademie in Tutzing am 31. Jänner 1990, vgl. dazu bereits Dok. 116, Anm. 6. und Dok. 119, Anm. 11.

Dok. 150: Bericht. US-Wertung der „2+4“-Außenminister-Gespräche in Bonn, 11.5.1990

Botschafter Friedrich Hoess an BMAA, Washington, 11. Mai 1990, Zl. 264-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/139-II.9/90¹

2+4 Gespräche der Außenminister in Bonn am 5.5.1990;² Amerikanische Wertung (Info)

Die im Gegenstand kontaktierten Gesprächspartner aus Administration, Kongress und Think-Tanks werten den Ausgang der ersten Ministerrunde je nach ihrem politischen Standort unterschiedlich. Einig ist man sich darüber, dass die Annahme der TO und damit des Grundsatzes der Vereinigung beider Deutschland auf Grundlage des Art. 23 Grundgesetzes³ einen Erfolg darstellt: Präs. Bush habe in seiner Rede vom 4. Mai (siehe Zweitbezugszahl)⁴ versucht, der SU in drei Punkten entgegenzukommen und damit die Atmosphäre für die Ministerrunde positiv zu beeinflussen.

1 Der Bericht wurde in Verfolg der Fernschreiben Nr. 25102 (ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/123-II.1/90) und Nr. 25113 vom 2. und 9. Mai 1990 erstattet und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Er wurde am 11. Mai 1990 durch die Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen. Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner veranlasste seine Weiterleitung als Fernschreiben Nr. 85351 an die österreichischen Botschaften in Berlin, Bonn, Moskau, Paris und London. Sämtliche Unterstreichungen wurden durch Plattner vorgenommen. Im BMAA wurde er zudem der Abteilung II.9 (Amerika) vorgelegt. Abteilungsleiter Anton Prohaska zeichnete ihn am 11. Mai 1990 als gesehen ab.

2 Dazu bereits aus Sicht des Auswärtigen Amts Dok. 149.

3 Zu Artikel 23 des Grundgesetzes siehe bereits Dok. 125, Anm. 3.

4 Das Fernschreiben konnte bisher nicht aufgefunden werden. Vermutlich sind Bushs Ausführungen im Rahmen der Oklahoma State University Commencement Ceremony in Stillwater gemeint, wo er u. a. anmerkte: „Having consulted intensively with Prime Minister Thatcher recently there in Bermuda, and President Mitterrand in Key Largo in Florida, and Chancellor Helmut Kohl up in Camp David, and then by telephone or cable with NATO Secretary General Woerner and all of my other allied colleagues, I am now calling for an early summit of all NATO leaders. Margaret Thatcher, one of freedom's greatest champions of the last decade, told me that while NATO has been fantastically successful, we should be ready now to face new challenges. The time is right for the alliance to act. The fundamental purpose of this summit should be to launch a wide-ranging NATO strategy review for the transformed Europe of the 1990's. And to my NATO colleagues, I suggest that our summit direct this review by addressing four critical points: One, the political role that NATO can play in Europe. Two, the conventional forces the alliance will need in the time ahead and NATO's goal for conventional arms control. Three, the role of nuclear weapons based in Europe and Western objectives in new nuclear arms control negotiations between the United States and the Soviet Union. And four, strengthening the Conference on Security and Cooperation in Europe, CSCE, to reinforce NATO and help protect democratic values in a Europe that is whole and free.“ George Bush: „Remarks at the Oklahoma State University Commencement Ceremony in Stillwater,“ May 4, 1990. Online by Gerhard Peters and John T. Woolley, The American Presidency Project. <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=18456> (zuletzt abgerufen am 21. Juli 2017).

Durch die amerikanische Haltungsänderung in den Fragen nuklearer Kurzstreckensysteme, rascher Beginn von CFE II⁵ und Unterstützung einer gewissen Institutionalisierung der KSZE sollte der SU die Akzeptanz eines Verbleibes Gesamtdeutschlands in der NATO unter den bekannten Kautelen erleichtert werden.

Nicht einig sind sich die Gesprächspartner in der Interpretation des sowjetischen Versuches der Durchsetzung einer asynchronen Vorgangsweise bei Lösung der inneren und äußeren Problemkreise der Vereinigung. Im DOS⁶ nimmt man an, die sowjetische militärische Führung habe die strategischen Auswirkungen einer Deutschlandregelung bei der politischen Führung deponiert und damit den Versuch des sowjetischen Außenministers einer Entkopplung von Vereinigung und sicherheitspolitischem Status ausgelöst. Es sei daher durchaus möglich, dass Gorbatschow bis zum Parteikongress im Juli,⁷ von dem man sich hier eine Festigung seiner Stellung erwartet, Rücksicht auf die Bedenken des Militärs nehmen müsse. Andere Gesprächspartner sehen in der sowjetischen Haltung einen Versuch, aus einer schwachen Stellung heraus eine Situation zu erreichen, die eine gesamtinnerdeutsche Debatte über den Abzug aller fremden Truppen aus dem vereinigten Deutschland auslösen könnte und geeignet wäre, die westliche Seite argumentativ in die Defensive zu drängen. Am Ende würde es dann zwar ein NATO-Mitglied Deutschland, aber ohne Allianztruppen geben.

Misstrauische Mitredner schließen auf Grund der Anfänge eher verständnisvollen Haltung AM Genschers überdies eine Kollusion zwischen diesem und Schewardnadse nicht aus, da eine solche Lösung der Vision Genschers von einer veränderten NATO und der Rolle der BRD in einem neuen europäischen Sicherheitssystem entgegenkomme. Diese Gesprächspartner sind daher über die eindeutige Haltung von BK Kohl befriedigt, wenngleich sie die innenpolitischen Gefahren in Deutschland nicht verkennen. Sollte es nämlich der SU gelingen, in der öffentlichen Meinung Deutschlands eine Äquivalenz der Anwesenheit von Allianz- und Sowjettruppen zu erreichen, könnte dies sogar den Wahlkampf beeinflussen.

Man sieht daher in den nach der Rückkehr Bakers von Moskau⁸ für den 17./18. Mai in Washington angesetzten Gesprächen⁹ zwischen Präs. Bush und BK Kohl,

5 CFE = Conventional Forces in Europe (dt. KSE = Konventionelle Streitkräfte in Europa) Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10. Die geplanten KSE II-Verhandlungen fanden nicht mehr statt. Es kam zu KSE 1a-Folgeverhandlungen die bereits am 29. November 1990 begannen und zur Festlegung von Personalobergrenzen für die Streitkräfte aller KSE-Staaten führten.

6 DOS = Department of State

7 Der XXVIII. Parteitag der KPdSU fand vom 2. bis 13. Juli 1990 in Moskau statt.

8 Außenminister Baker besuchte von 15. bis 19. Mai 1990 Moskau und verhandelte mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse vorwiegend über Rüstungsthemen. Die Visite diente zudem der Vorbereitung der Gipfelgespräche zwischen Gorbatschow und Bush in Washington (31. Mai bis 3. Juni 1990). Für das Gesprächsprotokoll Baker-Gorbatschow mit Delegationen siehe Dokument 95, in: The Last Superpower Summits.

9 Die Gespräche in Washington fanden am 17./18. Mai 1990 statt und dienten der weiteren politischen Abstimmung zwischen Kohl und Bush. Vgl. Dok. 152.

AM Genscher und Verteidigungsminister Stoltenberg eine Gelegenheit, die Strategie für das Gipfeltreffen Bush-Gorbatschow Ende Mai¹⁰ zu überdenken und die Weichen für das 2+4-Ministertreffen im Juni in Berlin¹¹ zu stellen. Was den weiteren Fahrplan für die 2+4-Gespräche betrifft, ist dieser im FS 25105 vom 9.5.1990 der Botschaft Bonn enthalten.¹²

Hoess

Dok. 151: Bericht. Gespräch Riegler – de Maizièrè, 18.5.1990

Botschafter Erich Binder an BMAA, Berlin (Ost), 21. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 518.03.43/4-II.3/90¹

HVK,² Gespräch mit DDR-Ministerpräsident (Info)

Anlässlich seines Aufenthaltes in Berlin³ traf der Herr Vizekanzler Ende vergangener Woche auch zu einem ca. einstündigen Gespräch mit Ministerpräsident de Maizièrè zusammen. Dieser gab anfangs einen Überblick über die rechtliche Situation im Hinblick auf die Vereinigung mit der BRD, wobei er feststellte, dass diese äußerst komplex und kompliziert sei, und zwar sowohl nach innen, wegen der Eigentumsverhältnisse bei Immobilien wie überhaupt im Zusammenhang mit der verschiedenen Rechtsphilosophie, als auch nach außen wegen der Vielzahl multi- und bilateraler Verträge, die die DDR seit ihrem Bestehen geschlossen hat.

Auch die Landwirtschaft stelle ein heikles Problem dar. Derzeit sind nur ca. 20 % der Mitglieder von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Eigentümer des von ihnen in diese eingebrachten Bodens. Fast alle Bauern wollen

10 Gorbatschow und Bush trafen zwischen 31. Mai und 3. Juni 1990 in Washington bzw. Camp David zu mehreren Gesprächsrunden zusammen. In Bezug auf Deutschland wurde auch über die Zukunft der beiden Militärblöcke gesprochen. Siehe dazu Dok. 154.

11 Das 2. Ministertreffen der 2+4-Gespräche fand am 22. Juni 1990 in Ost-Berlin statt. Siehe Dok. 157.

12 Siehe Dok. 149.

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25081 an das BMAA und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Er wurde in der Sektion II.3 durch Legationssekretär Hans Peter Manz in Bearbeitung genommen und im Hause den Abteilungen II.1 (abgezeichnet von Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner am 23. Mai) und II.7 (Zeichnung vom 23. Mai unleserlich) zugeleitet. Zudem erfolgte am 22. Mai eine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn, Washington, Moskau, London und Paris sowie an die Delegation Berlin. Sämtliche Unterstreichungen erfolgten handschriftlich im BMAA.

2 Josef Riegler, Bundesminister Föderalismus und Verwaltungsreform (1989–1991) und Vizekanzler Österreichs (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Vizekanzler Riegler hatte am 17./18. Mai 1990 am World Economic Forum in Ost-Berlin teilgenommen.

zusammengeschlossen bleiben, wenn auch als Privateigentümer. Ein Phänomen, das auf die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zurückzuführen ist, ist, dass die Bauern – wie übrigens auch Angehörige anderer Berufe – weiterhin Entscheidungen von oben erwarten, weil sie einfach nicht gewohnt sind, diese selbst zu treffen. Die Ergebnisse der Bodenreform seien ein Ergebnis der Geschichte und nur – hier wurde Herr De Maiziere sehr emotionell⁴ – weil die „Klientel von Politikern in der BRD mit den Herrn so und so es wollen, könne man nicht die 800.000 Menschen in der Landwirtschaft verunsichern und zu Knechten bzw. Landarbeitern machen“.

Bezüglich des Prozesses der deutschen Einigung sagte der Ministerpräsident, dass die DDR in den letzten Tagen von Bonn unter Druck gesetzt wurde. Doch erzeuge Druck Gegendruck. Jedenfalls ist die Vereinigung – auf Seiten der DDR – eine Entscheidung, die das Volk oder dessen Vertretung aber nicht der Ministerpräsident zu treffen habe. Die Regierung der DDR habe durch die Wahlen vom 18. März⁵ ihren Auftrag erhalten und fühle sich nur den Menschen in der DDR verantwortlich. Gesamtdeutsche Wahlen am 2. Dezember, wie von vielen Seiten in der BRD gefordert, seien aus verschiedenen Gründen unmöglich.⁶

Viele Menschen in der BRD hätten Identitätsprobleme. Die Überwindung der Spaltung beider deutscher Staaten werde nach Meinung des Ministerpräsidenten mindestens zehn Jahre dauern. Er frage sich, ob in etwa einem Jahr von der hiesigen Bevölkerung wirklich eine rasche Vereinigung gewünscht wird. Deren äußere Aspekte müssten mit Zustimmung aller Partner ebenso geklärt sein, wie die inneren Aspekte.

Die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zur NATO würde von den östlichen Nachbarn inklusive der Sowjetunion nur dann hingenommen werden, wenn sich die Strategie und der Charakter der NATO ändern. Die deutsche und die europäische Einheit müssten verzahnt, die Kontrollmechanismen der KSZE-Prozesse entwickelt werden. Teile der Souveränität müssten, wie Herr De Maiziere meinte, an eine KSZE-Organisation abgetreten werden, ähnlich wie dies seitens der EG-Mitglieder an die Kommission bzw. den Rat erfolgt ist. Aber nicht nur die NATO, sondern auch die EG müsse neue Dimensionen, mehr osteuropäische, erhalten. Das Ziel sei schon 1975 in Helsinki beschrieben worden.

Wenn von Seiten der westlichen Staaten gesagt wird, dass der Warschauer Pakt zerfällt, dann liegt der Handlungsbedarf bei der NATO. Der Abschreckungsgedanke müsse überhaupt abgebaut werden. Was die Streitkräfte der DDR betrifft, haben diese heute keine Gefechtsbereitschaft mehr, das Feindbild fehle und auch die Disziplin habe erheblich nachgelassen. Ein weiteres Problem, das nicht so ohne weiteres gelöst werden kann, ist die verschiedene Gesetzeslage auf dem Gebiet der Schwangerschaftsunterbrechung. In der DDR gilt die Fristenlösung und die DDR-

4 So im Original.

5 Siehe dazu Dok. 137.

6 Die gesamtdeutschen Bundestagswahlen fanden allerdings am 2. Dezember 1990 statt.

Bevölkerung, vor allem die Frauen sind nicht bereit, die wesentlich restriktiveren Gesetze in der BRD zu akzeptieren.⁷

Wenn längere Zeit verschiedene Gesetze auf diesem Gebiet gelten, werde man Vorkehrungen treffen müssen, um zu verhindern, dass die DDR zur „Abtreibungsklinik“ wird.

Große Sorge bereitet dem Ministerpräsidenten die ökologische Situation in weiten Gebieten der DDR, besonders bei Leipzig, Halle, Bitterfeld und Leuna, wo im Laufe vieler Jahrzehnte schwere Schäden entstanden sind. Um relativ kurzfristig zumindest etwas Abhilfe zu schaffen, besteht die Absicht, die Verwendung von Braunkohle sehr einzuschränken. Die Größe des Problems ist etwa dadurch zu ermessen, als z.B. in Bitterfeld der Ausstoß an gewissen Schadstoffen das 650-fache des Grenzwertes beträgt. Eingestellt wird ab sofort der Import von Abfällen jeder Art, da die DDR nicht die „Müllhalde“ Europas sei.

Bezüglich der Sowjetunion sagte Herr De Maiziere, der vor drei Wochen in Moskau war,⁸ dass es bezüglich der Vereinigung Deutschlands erhebliche Auffassungsunterschiede zwischen Präsident Gorbatschow und den Militärs gebe. Dies

7 Die Frage des Schwangerschaftsabbruchs (§ 218 Grundgesetz) sorgte für Kontroversen. Eine Neufassung dieses Artikels war in der Bundesrepublik mit den Stimmen von SPD und FDP 1976 verabschiedet worden und sah die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs unter bestimmten sozialen und medizinischen Voraussetzungen vor. Die DDR hatte 1972 eine weit gefasste Fristenregelung eingeführt. Der Einigungsvertrag forderte eine einheitliche Praxis bis 1992. Bis dahin galten in alten und neuen Bundesländern die jeweiligen Regelungen. Die Neufassung durch das Schwangerschafts- und Familienhilfegesetz von 1992 sah eine Fristenregelung mit obligatorischer Konsultation vor. Es wurde auf Antrag Bayerns und der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion durch das Bundesverfassungsgericht teilweise für nichtig erklärt. Das Gericht stellte fest, dass eine Abtreibung grundsätzlich rechtswidrig ist, dass sie bei einer medizinischen Indikation gestattet ist und auch sonst straffrei bleibt, wenn sie binnen zwölf Wochen vorgenommen wird und die Schwangere sich vorher hat beraten lassen. Ein rechtswidriger Abbruch sollte nicht von der Krankenversicherung bezahlt werden. 1995 fasste der Bundestag den § 218 in diesem Sinne neu.

8 DDR-Ministerpräsident de Maiziere weilte von 28. bis 29. April 1990 in Begleitung von Außenminister Meckel, Abrüstungs- und Verteidigungsminister Eppelmann und Wirtschaftsminister Gerhard Pohl zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Moskau im Rahmen dessen er zu Gesprächen mit Gorbatschow und Ministerpräsident Ryschkow zusammentraf. Siehe dazu Dokument 88, in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage; und Dokument 91, in: Die Außenpolitik der DDR. Siehe auch Botschafter Herbert Grubmayr und Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 2. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.04/1-II.3/90. Botschafter Erich Binder hatte bei einem Empfang von Ministerpräsident de Maiziere erfahren, „dass die Gespräche mit der Kreml-Führung wesentlich härter waren als dies in der Presse zum Ausdruck kam. Insbesondere hinsichtlich der NATO-Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zeigte sich Gorbatschow sehr abweisend. Er erklärte klipp und klar, dass dies für die Sowjetunion nicht akzeptabel sei, die diesbezüglichen Vorschläge seien nicht ausgewogen.“ Außenminister Markus Meckel hatte insbesondere die wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion betont. Botschafter Binder an BMAA, 4. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/125-II.3/90.

wirke sich auch auf die Außenpolitik aus und bilde einen Unsicherheitsfaktor. Voraussagen auch für die nächste Zukunft traue er sich nicht zu machen.⁹

Sowohl den Ausführungen des Ministerpräsidenten als auch des Verteidigungsministers¹⁰ (sh. FS 25079 vom 18 d.M.)¹¹ ist klar zu entnehmen, dass die DDR nicht bereit ist, einfach einen „Anschluss“ zu akzeptieren, sondern man bestrebt ist, als echter Verhandlungspartner angesehen zu werden, der sich nicht einfach dem Diktat Bonns beugt, wenn auch die wirtschaftlichen Verhältnisse äußerst schwierig sind. Die nächsten Monate, das heißt die Zeit nach dem Inkrafttreten der

9 Der gesamte Absatz wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

10 Rainer Eppelmann, Minister für Abrüstung und Verteidigung im Kabinett Lothar de Maizière (April–Oktober 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Eppelmann und Riegler waren am 17. Mai 1990 in Berlin zusammengetroffen. Botschafter Binder berichtete: Eppelmann „ist einer der wenigen Reste der Bürgerbewegungen, die sich aus der Zeit der Wende herübergerettet haben. [...] Zu den 2+4-Gesprächen in Bonn meinte er, dass die N[+]N-Staaten eine Art Vermittlerrolle spielen könnten, um bei der Überwindung von Schwierigkeiten zwischen den westlichen Alliierten mit der UdSSR mitzuhelfen. Er schlug vor, dass der österreichische Verteidigungsminister die Verteidigungsminister der sechs Staaten und die sämtlicher Anrainerstaaten bis spätestens September zu diesem Zweck nach Wien einladen sollte.“ Dazu notierte Legationssekretär Hans Peter Manz nachdem er sich über die Basisinformation des Berichts echauffiert hatte: „Herr E. reist wohl gerne“. Nach Eppelmanns Ansicht würde sich das Fehlen der Verteidigungsminister bei den 2+4-Gesprächen insbesondere mit Blick auf die Sowjetunion negativ auswirken. Weiters hatte Eppelmann den Wunsch geäußert, mit seinem österreichischen Amtskollegen in Kontakt zu kommen und zu diesem Zweck nach Wien zu reisen. Binder führte aus: Eppelmann „habe bereits engere Verbindungen mit der ČSFR, aber auch mit dem niederländischen Verteidigungsminister aufgenommen. Letzterem gegenüber hat er angeregt, wie mit Polen und der ČSFR eine gemeinsame Einheit – Vorbild deutsch-französische Brigade – aufzustellen. Er stellte die Frage, ob man nicht auch mit Österreich so etwas tun könne, wobei es sich nicht um eigentliche Militärs, sondern auch um Musiker handeln könnte.“ Das Wort „Musiker“ handschriftlich umkreist notierte Manz am Bericht: „jetzt reicht wohl! Vorschlag: Lipizzaner nicht vergessen“. Zu den für dieses Dokument relevanten Inhalten berichtete Binder: „Auf eine diesbezügliche Frage meinte er, dass die deutsche Einheit in diesem Jahr ausgeschlossen sei. Er hoffe, dass gesamtdeutsche Wahlen auch 1991 noch nicht stattfinden. Wenn die Vereinigung in etwa zwei Jahren kommt, habe die DDR wesentlich günstigere Voraussetzungen, insbesondere die Möglichkeit, die Sowjetunion in ein neues Europa einzubeziehen. Das Schicksal Gorbatschows könne uns allen aus eigenem Interesse nicht gleichgültig sein, abgesehen davon, dass wir Europäer ihm eine gewisse Dankbarkeit schulden. Seine Position werde täglich schwächer, in der Sowjetunion wirft man ihm vor, dass er die Gewinne des 2. Weltkriegs verspiele. Für die Sowjetbevölkerung breche damit ein Weltbild zusammen. [...] Bezüglich der europäischen Neutralen sagte er, dass es mit der Schaffung eines neuen Sicherheitssystems in Europa keine Neutralen mehr zu geben brauche. Sie wären dann überflüssig. Mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion per 1. Juli d.J. hätten wir ‚den Dampf raus‘, dann sei der innenpolitische Druck weg und damit der Zwang zur Eile. Um Weisung zu den Vorschlägen Herrn Eppelmanns wird gebeten.“ Manz notierte dazu: „das wird wohl etwas Zeit haben“. Dennoch wurde der Bericht dem Bundesminister für Landesverteidigung der Ordnung halber zur Kenntnis gebracht. Botschafter Binder an BMAA, Berlin (Ost), 18. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.03.00/8-II.3/90.

Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli werden entscheidend sein, in welchem Tempo die deutsche Vereinigung stattfinden wird.¹²

Binder

Dok. 152: Bericht. Besuch Kohls in Washington, 22.5.1990

Botschafter Friedrich Hoess an BMAA, Washington, 22. Mai 1990, Zl. 286-RES/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.18.08/1-II.9/90¹

Besuch von BK Kohl in Washington (17. Mai 1990); Info

Wie mit Bezugs-FS angekündigt,² hielt sich BK Kohl am 17. Mai zu Gesprächen mit Präs. Bush³ und Spitzen der Administration in Washington auf. Entgegen seiner ursprünglichen Absicht einer Soloreise wurde der BK (offenbar aus innenpolitischen Gründen) von den Ministern Genscher und Stoltenberg sowie vom Regierungssprecher Klein⁴ und dem ho. BRD-Botschafter⁵ begleitet.

Von amerikanischen und deutschen Gesprächspartnern konnte dazu erfahren werden, dass der Zweck der Aussprache in einer abschließenden Abklärung der Standpunkte zu den mit der Vereinigung Deutschlands zusammenhängenden Aspekten vor dem Gipfeltreffen Bush-Gorbatschow⁶ bestand.

12 Der letzte Satz des Berichts wurde im BMAA an beiden Seitenrändern handschriftlich markiert.

- 1 Der Bericht wurde im Verfolg des Fernschreibens Nr. 25118 vom 10. Mai 1990 erstattet und erging als Fernschreiben Nr. 25129 an das BMAA. Er war für die Sektionen II, III, V, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers bestimmt. Im BMAA wurde er von der Abteilung II.9 durch Gesandten Yuri Standenat in Bearbeitung genommen. Dieser veranlasste am 22. Mai 1990 die Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn, Berlin, Moskau, Paris und London. In der Abteilung II.9 wurde der Bericht zudem von Denise Rejc am 25. Mai 1990 und schließlich Abteilungsleiter Anton Prohaska am 9. Juni 1990 abgezeichnet. Im BMAA lag der Bericht zudem der Abteilung II.1 (gezeichnet von Gesandten Johann Plattner am 22. Mai 1990), der Abteilung II.7 (Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit) vor.
- 2 Das Bezugsferschreiben Nr. 25118 vom 10. Mai 1990 konnte nicht ausfindig gemacht werden. Siehe dazu aber auch Dok. 150.
- 3 Siehe dazu Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, Washington, 17. Mai 1990 (= Dokument 281), in: Deutsche Einheit, S. 1126–1132.
- 4 Hans Klein (CSU), Bundesminister für besondere Aufgaben und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1989–1990), siehe Personenverzeichnis mit Funktionsangaben.
- 5 Jürgen Ruhfus, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in den USA (1987–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 6 Gorbatschow traf zwischen 30. Mai und 3. Juni 1990 in Washington bzw. Camp David mit Bush zu mehreren Gesprächsrunden zusammen. Vgl. dazu bereits Dok. 150, Anm. 6 und 8 und zum Gipfel selbst Dok. 154. Die aus der englischen Transliteration russischer Namen resul-

Nach einem ca. halbstündigen Vieraugengespräch Bush-Kohl seien die deutsche Delegation sowie amerikanischerseits VP Quayle,⁷ Verteidigungsminister Cheney,⁸ der Stabschef des Weißen Hauses Sununu,⁹ der stellvertretende Außenminister Eagleburger,¹⁰ der Sicherheitsberater General Scowcroft¹¹ sowie die Botschafter Blackwill (NSC)¹² und Walters¹³ (Bonn) beigezogen worden.

Obwohl zu dem Vieraugengespräch naturgemäß nichts Originäres zu erfahren war, gebe es Anhaltspunkte, so meinen Gesprächspartner, wonach BK Kohl die Dringlichkeit der Vereinigung im Hinblick auf äußere und innere Aspekte diskutiert haben könnte.¹⁴ Angesichts der Entwicklung in der SU gelte es rasch die Ernte in die Scheune zu fahren. Der Wahlausgang bei den Landtagswahlen¹⁵ und die Stimmung im Lande ließen andererseits möglichst frühe gesamtdeutsche Wahlen (im Dezember) angebracht erscheinen, um die Mehrheit für die Koalition zu sichern, eine Meinung, die AM Genscher schon seit längerem vertreten haben soll, so meinen hiesige liberale deutsche Kreise. Aus diesen beiden Positionen ergeben sich Konsequenzen vor allem auch für den äußeren Aspekt der Vereinigung wie z. B. eine großzügige Haltung gegenüber der SU in Wirtschaftsfragen und Fragen der Kostenerstattung für eine zu vereinbarende transitorische Stationierung sowjetischer Truppen im vereinigten Deutschland (angeblich 500 Mio. Dollar pro Jahr).¹⁶

tierende Fehlschreibung „Gorbatschew“ im Original wurde hier und im restlichen Dokument stillschweigend korrigiert.

- 7 James Danforth Quayle, Vizepräsident der USA (1989–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 8 Richard Bruce Cheney, Verteidigungsminister der USA (1989–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 9 John Henry Sununu, Stabschef des Weißen Hauses der USA (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 10 Lawrence Eagleburger, stellvertretender Außenminister der USA (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 11 Brent Scowcroft, Nationaler Sicherheitsberater der USA (1989–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 12 Robert Blackwill, Sonderbeauftragter von Präsident Bush für europäische und sowjetische Angelegenheiten (1989–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 13 Vernon A. Walters, Botschafter der USA in der Bundesrepublik Deutschland (1989–1991), siehe Personenverzeichnis mit Funktionsangaben.
- 14 Spätestens ab den 2+4-Gesprächen in Bonn am 5. Mai 1990 wurde eine Entkopplung der Herstellung der inneren und äußeren Einheit von seiten der Sowjetunion vorangetrieben, da eine immer größere werdende Dynamik des inneren Einigungsprozesses (am 18. Mai 1990 wurde der deutsch-deutsche Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion unterzeichnet, der am 1. Juli in Kraft treten sollte) die sowjetische Position einer Verbindung mit den äußeren Aspekten bedrohte. Die Bundesrepublik lehnte diesen Entkoppelungsvorschlag entschieden ab und konnte als „Druckmittel“ wirtschaftliche Zusagen gegenüber der Sowjetunion ins Spiel bringen. Siehe dazu Dok. 149 und 150.
- 15 Die Kommunalwahlen fanden am 6. Mai 1990 statt. Siehe dazu bereits Dok. 137, Anm. 7.
- 16 Siehe zu diesem Komplex Dok. 167, dort zu den Kosten insbesondere Anm. 12. und Dok. 169.

Die beiden Delegationen hätten sodann den Fortgang der 2+4-Gespräche im Hinblick auf Gipfel¹⁷ und die nächsten Ministerrunden am 11. Juni in Berlin,¹⁸ im Juli¹⁹ bzw. September²⁰ in Paris und Moskau besprochen. Dabei sei trotz der sowjetischen Haltung auf den guten Beginn der ersten Runde in Bonn²¹ verwiesen worden.

Man sei übereingekommen, bei der nächsten Sitzung mit dem letzten TO-Punkt „Ablösung der Vier-Mächterechte und Verantwortlichkeiten“ und deren Konsequenzen zu beginnen. Dabei sei von Anfang an von der Erlangung der vollen Souveränität des vereinigten Deutschland auszugehen. Das vereinigte Deutschland werde dann als souveräner Staat umgehend seine Entscheidung betreffend seine Allianzbeziehungen (NATO) treffen. Der souveräne Staat werde auch seinen allfälligen (zeitlich und dem Umfang nach limitierten) Stationierungsvertrag mit der SU zu schließen haben.

Da man davon ausgehe, dass das vereinigte Deutschland (mit der Einschränkung der Nichtstationierung von Allianztruppen in Ostberlin) Vollmitglied der NATO einschließlich der Teilnahme in der internationalen Militärstruktur sein werde, sei auch die für den 5. und 6. Juli in London²² geplante Überprüfung der künftigen Strategie und Struktur der Allianz zur Sprache gekommen. Hierbei seien die Stichworte Abrüstung und Rüstungskontrolle, die künftige Rolle von Kernwaffen in Europa, gemeinsame Politik einer zu stärkenden KSZE und deren Aufgabe gegenüber den Reformländern Ost-Mitteleuropas von Bedeutung gewesen. Die Wichtigkeit der KSZE für gesicherte Menschenrechte und Demokratie, Sicherheitsfragen und Wirtschaftskooperation sei betont worden.

Auf die Verzahnung all dieser Fragen zu sprechen kommend habe man festgestellt, dass die Einigung bei CFE²³ eine Voraussetzung für den Erfolg von 2+4, für die sofortige Aufnahme von CFE II²⁴ zur Beschränkung der deutschen und

17 Gemeint sind die Begegnungen zwischen Bush und Gorbatschow vom 31. Mai bis 3. Juni 1990 in Washington bzw. Camp David. Siehe Dok. 154.

18 Tatsächlich fand das zweite Ministerreffen der 2+4-Gespräche am 22. Juni 1990 in Ost-Berlin statt. Siehe Dok. 157.

19 Das dritte Ministerreffen der 2+4-Gespräche fand am 17. Juli 1990 in Paris statt. Siehe Dok. 166.

20 Das vierte Ministerreffen der 2+4-Gespräche fand am 12. September 1990 in Moskau statt, siehe Dok. 170–172.

21 Die ersten 2+4-Gespräche auf Ministerebene hatten am 5. Mai 1990 in Bonn stattgefunden. Siehe Dok. 149 und 150.

22 Am 5./6. Juli 1990 fand in London der 10. NATO-Gipfel statt. Das Gipfeltreffen war von großer Bedeutung, als die Sowjetunion im Vorhinein deutlich machte, dass ihre Position zu einem vereinten Deutschland in der NATO stark von den Ergebnissen des Treffens abhängen werde. Der Gipfel endete mit der Veröffentlichung der Erklärung „Die Nordatlantische Allianz im Wandel“. Siehe dazu Dok. 159.

23 CFE = Conventional Armed Forces in Europe. Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

24 Die geplanten KSE II-Verhandlungen fanden nicht mehr statt. Stattdessen kam es zu KSE Ia-Folgeverhandlungen die bereits am 29. November 1990 begannen und zur Festlegung von Personalobergrenzen für die Streitkräfte aller KSE-Staaten führten.

anderen Allianztruppen sowie für den Verhandlungsbeginn über nukleare Kurzstreckensysteme darstelle. (Zu diesem Zeitpunkt war die neuerliche starre Haltung der SU in der Frage CFE gegenüber Baker in Moskau²⁵ noch nicht bekannt.) Man sei sich im Klaren darüber gewesen, dass diese Frage ein Haupttraktandum des Gipfeltreffens darstelle. Die deutsche Seite sei insofern optimistisch gewesen, als sie großzügige wirtschaftliche Kooperation bzw. Verpflichtungen gegenüber der Übernahme von DDR-Verpflichtungen gegenüber der SU anzubieten habe, die Gorbatschow zum Einlenken bringen sollten, so meinte man. Es habe den Anschein, als sei die deutsche Seite dabei eine Paketlösung aus all diesen Fragen anzustreben, vermeinen amerik. Beobachter.

Manche amerikanische Gesprächspartner erwarten sich allerdings, wie bereits mehrmals berichtet, vor dem sowjetischen Parteikongress anfangs Juli²⁶ keine Lockerung der Haltung Gorbatschows und daher keine Lösung des Fragenkomplexes beim Gipfelgespräch.²⁷

Mitglieder der deutschen Delegation hatten sodann noch Aussprachen mit der Führung beider Häuser des Kongresses, wobei vor allem AM Genscher erfolgreich bemüht gewesen sein soll, gegen ihn wieder aufgekeimtes Misstrauen zu zerstreuen.

Eine Pressekonferenz Kohls beschloss seinen Aufenthalt. Dabei kündigte er eine breitangelegte kulturelle Zusammenarbeit Europa-USA und insbesondere eine umfassende Kulturkooperation Deutschland-USA an, gekrönt durch eine deutsch-amerikanische Akademie der Wissenschaften.

Zur EG, die bei den Gesprächen im Hinblick auf die Stärkung der Kooperation mit den USA behandelt wurde, meinte Kohl, es sei falsch, Europa mit EG-Europa gleichzusetzen. Wien und Budapest gehörten ebenso zu Europa wie Zürich und Stockholm. Die EG sei ein Kern, der wie ein Magnet wirke. Aufgabe der Zukunft werde es sein, eine vernünftige Gruppierung des Kontinents zu finden. Er glaube nicht, dass die Lösung im Beitritt aller europäischen Länder zur EG liege.

Präsident Mitterrand habe laut gedacht, wenn er von einer Konföderation rund um die EG²⁸ gesprochen habe. Diese, eine Idee unter anderen, sollte überlegt werden, schloss Kohl.

Der BK wird kurz nach dem Gipfel erneut Washington besuchen²⁹ und über

25 Außenminister Baker besuchte von 15. bis 19. Mai 1990 Moskau und verhandelte mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse vorwiegend über Rüstungsthemen. Die Visite diente zudem der Vorbereitung der Gipfelgespräche zwischen Gorbatschow und Bush in Washington (31. Mai bis 3. Juni 1990). Für das Gesprächsprotokoll Baker-Gorbatschow mit Delegationen siehe Dokument 95, in: The Last Superpower Summits.

26 Der XXVIII. Parteitag der KPdSU fand vom 2. bis 13. Juli 1990 in Moskau statt.

27 Zu den Gipfelgesprächen vom 30. Mai bis 3. Juni 1990 zwischen Gorbatschow und Bush in Washington bzw. Camp David siehe Dok. 152.

28 Mitterrand verkündete die Idee einer europäischen Konföderation in seiner Neujahrsansprache am 31. Dezember 1989. Vgl. dazu bereits Dok. 113, Anm. 12.

29 Kohl besuchte vom 5. bis 8. Juni 1990 erneut Washington. Siehe dazu: Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, Washington, 8. Juni 1990 (= Dokument 305), in: Deutsche Einheit, S. 1191–1199. Siehe zur österreichischen Wertung auch Dok. 154, Anm. 10.

den NATO-Gipfel³⁰ und den Weltwirtschaftsgipfel (9.7.1990 in Houston)³¹ mit dem US-Präsidenten in engem persönlichen Kontakt bleiben.

Wie immer die Entwicklung beim Gipfeltreffen und danach verlaufen sollte, es kann festgestellt werden, dass die USA und die derzeitige deutsche Führung dem Programm „Partners in Leadership“ einige Bausteine hinzugefügt haben.

Hoess

Dok. 153: Politischer Meinungsaustausch Botschafter Schmid in Bonn, 31.5.1990

Resümeeprotokoll, Bonn, 31. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 502.16.22/6-II.1/90¹

BRD; Politischer Meinungsaustausch, Botschafter Schmid² in Bonn (31.5.1990)

Resümeeprotokoll

Gespräch mit Ministerialdirektor Dr. Kastrup³
(Auswärtiges Amt, Politischer Direktor)

KSZE

Dr. Kastrup: Bezüglich einer Institutionalisierung der KSZE gebe es drei Interessensschwerpunkte der SU, die sich damit als europäische Macht weiterhin Mitsprachemöglichkeit in europäischen Angelegenheiten sichern will:

30 Siehe Dok. 159 und bereits Anm. 22 in diesem Dok.

31 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 9. bis 11. Juli 1990 in Houston, Texas statt und hatte wie schon die Gipfel in den Jahren zuvor einen währungspolitischen Schwerpunkt.

- 1 Das von der Sachbearbeiterin, der zweiten Botschaftssekretärin Marina Chrystoph verfasste Protokoll wurde am 5. Juni 1990 unter Zl. 305-RES/90 durch Botschaftssekretärin Judith Gebetsroithner an das BMAA übersandt und war an die Sektionen II und III sowie an das Generalsekretariat gerichtet. Im BMAA wurde es in der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen und Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner verfügte am 25. Juni 1990 die Weiterleitung des Gesprächsteils „A“ (Kastrup) an die österreichischen Botschaften in Berlin, Washington, London, Paris und Moskau; der hier ausgelassene Teil „B“ (Höynck) erging an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE; Teil C (von Kyaw) wurde an die an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß der Liste EG+EFTA versandt. Im BMAA lag das Schriftstück zudem den Abteilungen II.2, II.3 und II.7 vor. Die handschriftlichen Unterstreichungen durch Plattner werden durch Fußnoten ausgewiesen.
- 2 Botschafter Erich Maximilian Schmid, Leiter der politischen Sektion im BMAA (1987–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.
- 3 Dieter Kastrup, Leiter der Politischen Abteilung (Abteilung 2) im Auswärtigen Amt (1988–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Über das Gespräch mit Kastrup wurde auch eine Information für den Bundesminister erstellt. Siehe: Deutsche Einigung; 2+4-Verhandlungen, Botschafter Erich Maximilian Schmid, Wien, 5. Juni 1990, Vertraulich, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/155-II.SL/90.

1. regelmäßige Außenministertreffen und Gipfel
2. Schaffung eines Konfliktverhütungszentrums
3. Schaffung eines Verifikationszentrums.

Voraussichtlich im Spätherbst 1990 wird ein KSZE-Gipfel stattfinden, der sich auch mit den Ergebnissen der 2+4-Gespräche befassen soll.⁴

2+4-Gespräche

Dr. Kastrup: Nach dem ersten Ministertreffen am 5.5.1990 in Bonn⁵ werden weitere Ministertreffen am 22. Juni 1990 in Berlin,⁶ am 17.7.1990 in Paris⁷ und Anfang September in Moskau⁸ stattfinden.

Tagesordnung:

Top 1: Grenzfragen

Top 2: politisch-militärische Fragen unter Berücksichtigung von Ansätzen geeigneter Sicherheitsstrukturen in Europa

Top 3: Berlin-Fragen

Top 4: Abschließende völkerrechtliche Regelungen und Beendigung der 4-Mächte-Rechte und Verantwortungen

Zu Top 1: zwischen den Regierungen Gesamtdeutschlands und Polens soll ein Vertrag abgeschlossen werden, der in völkerrechtlich verbindlicher Form die Endgültigkeit der bestehenden Grenzen bestätigt.⁹ Offen sei lediglich die prozedurale Frage. Der deutsche Vorschlag wäre, daß die Parlamente der beiden deutschen Staaten eine gleichlautende Resolution verabschiedeten, die die Endgültigkeit der bestehenden Grenzen bestätigt. Diese Resolution soll dann von beiden deutschen Regierungen förmlich notifiziert werden. Die polnische Seite könne auf diese Notifizierung antworten. Nach dem Vorschlag Polens soll jetzt ein diesbezüglicher Vertrag verhandelt werden, den beide deutsche Regierungen zu paraphieren hätten und den später eine gesamtdeutsche Regierung unterzeichnen solle (was das Auswärtige Amt eher als „exotischen Weg“ ansieht).

Zu Top 2: Die SU wollte ursprünglich einen eigenen TO-Punkt „Synchronisation des Prozesses der Herstellung der Deutschen Einheit mit dem gesamteuropäischen Prozeß“, was der SU die Möglichkeit eingeräumt hätte, den Prozeß der Deutschen Einigung ad infinitum hinauszuschieben. Die Diskussion über Sicherheitsstrukturen betreffe folgende Bereiche

4 Das KSZE-Treffen der Staats- und Regierungschefs fand vom 19. bis 21. November 1990 in Paris statt.

5 Siehe dazu bereits Dok. 149 und 150.

6 Siehe Dok. 157.

7 Siehe Dok. 166.

8 Das vierte 2+4 Ministertreffen fand am 12. September 1990 in Moskau statt. Siehe Dok. 170–172.

9 Siehe zu diesem Komplex bereits Dok. 127, Anm. 14.

- laufende Abrüstungsverhandlungen in Wien¹⁰
- KSZE – sowjetisches Interesse an ihrer Institutionalisierung
- Überprüfung der geltenden NATO-Strategie (5./6.7.1990 in London)¹¹
- bilaterale deutsch-sowjetische Beziehungen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Dazu äußerte Dr. Kastrup Sorgen bezüglich der Verträge zwischen der SU und der DDR (Liefer- und Abnahmeverpflichtungen; die Produktion einiger DDR-Betriebe sei völlig auf die SU ausgerichtet).

Hiezu erläuterte Botschafter Dr. Schmid, daß auch die ehemaligen USIA-Betriebe,¹² deren Ablösung in Warenlieferungen erfolgte, ausschließlich auf Lieferungen in den Osten ausgerichtet waren. Die seinerzeitige Ablöseregelung¹³ könne eventuell als Muster dienen.

Zur Frage von Botschafter Dr. Schmid nach der Integration der DDR in das westliche Verteidigungsbündnis, was auch Auswirkungen auf die KSE-Verhandlungen hat, meinte Dr. Kastrup, er habe aus den Gesprächen mit dem sowjetischen Außenministerium den Eindruck gewonnen, daß die SU flexibler geworden sei und – unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen – nach Lösungen suche.

Die SU habe in letzter Zeit verschiedene Vorschläge gemacht:

1. Gesamtdeutschland könne Mitglied in beiden Bündnissen sein (dies würde allerdings Art. 7 des Warschauer Pakt-Vertrags widersprechen, demzufolge kein Mitglied des Warschauer Pakts einem anderen Bündnis, das den Zielen des Warschauer Pakts widerspricht, angehören darf).

10 Die KSZE-Staaten starteten im Frühjahr 1989 die „Wiener Gespräche“. Sie verhandelten über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) und über „Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen“ (VSBM). Die erste KSE-Verhandlungsrunde fand am 6. März 1989 statt. Die zweite Verhandlungsrunde begann am 5. Mai 1989 (Wien I). Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

11 Siehe dazu Dok. 159.

12 USIA, russische Abkürzung für „Verwaltung des sowjetischen Vermögens in Österreich“. Die USIA-Betriebe waren zwischen 1946 und 1955 ein Verbund von Unternehmen, die als ehemaliges Eigentum des Deutschen Reiches von der UdSSR beschlagnahmt wurden und unter sowjetischer Verwaltung standen.

13 Am 27. Juli, dem Tag des Inkrafttretens des österreichischen Staatsvertrags, traten auch zwei österreichisch-sowjetische Abkommen in Kraft, die ihren Ursprung in den österreichisch-sowjetischen Regierungsverhandlungen vom April 1955 hatten und am 12. Juli 1955 in Moskau unterzeichnet worden waren. Das erste betraf Warenlieferungen als Ablöse für das gemäß Punkt 6 des Artikels 22 des Staatsvertrags von der Sowjetunion an Österreich übergebene Vermögen (darunter die USIA-Betriebe, siehe Anm. 12) in der Höhe von 150 Millionen Dollar. Das zweite Abkommen sah Erdöllieferungen in der Höhe von 10 Millionen Tonnen vor, die als Ablöse für die von der Sowjetunion übergebenen Erdölunternehmen dienten. Diese Lieferungen wurden im Rahmen von Staatsbesuchen 1958 und 1960 reduziert, sodass im Endeffekt nur 6 Millionen Tonnen an die Sowjetunion geliefert werden mussten. Die Texte der Abkommen sind veröffentlicht in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik 4 (1964), S. 31–36. Zur gesamten Durchführung siehe: ebd., S. 27–40.

2. Austritt beider deutschen Staaten aus den Bündnissen
3. Auflösung der Bündnisse.

Dr. Kastrup zitierte BM Genscher: „Wir wollen die NATO-Grenze nicht nach Osten (auf das Gebiet der DDR) vorschieben. Wir sind bereit, mit der SU über eine zeitlich begrenzte¹⁴ fortdauernde Präsenz sowjetischer Truppen auf DDR-Gebiet zu sprechen.“

Weiters wies Dr. Kastrup darauf hin, daß der Truppenabzug der SU aus ČSSR und Ungarn, der Teilabzug aus Polen und der gewollte Abzug aus der DDR in 5 Jahren den Abzug von über 550.000 Mann aus den zentralen Regionen Europas bedeuten würde.

Für Deutschland stelle sich auch das Problem, was mit den Truppen der nationalen¹⁵ Volksarmee der DDR geschehen solle (160.000 Mann auf dem Papier, 90.000 bis 100.000 de facto).¹⁶

Zu TOP 4: Dr. Kastrup, welcher gerade aus Moskau kam, betonte, daß die SU von der Forderung nach einem Friedensvertrag Abstand genommen hätte. Auch der Gedanke der Trennung von inneren und äußeren Aspekten der Vereinigung Deutschlands werde von der SU nicht weiter verfolgt.

Zur Frage des künftigen Status eines vereinten Deutschlands habe die SU ihre Position noch nicht festgelegt. Für die SU sei dies vor allem ein innenpolitisches Problem: die SU habe über 40 Jahre die Spaltung Deutschlands als einen Sieg des Sozialismus, der mit 27 Mio. Toten im 2. Weltkrieg erkämpft worden war, hingestellt und die NATO verteufelt. Man müsse Gorbatschow daher ermöglichen, diese Position unter Gesichtswahrung zu räumen.

Situation in der SU

Dazu erklärte Dr. Kastrup, daß sich die SU in einer Krise befinde. Es gebe Polarisierung um Ligatschow,¹⁷ Jelzin¹⁸ (dem alles nicht radikal genug ist) und Gorbatschow.¹⁹ Die wirtschaftliche Situation sei katastrophal. Hinzu kommen noch Erosionserscheinungen in der SU.

Österreich-EPZ

Abschließend erläuterte Botschafter Dr. Schmid die österreichischen Überlegungen hinsichtlich einer Teilnahme an der Europäischen Politischen Zusammen-

14 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

15 So im Original.

16 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

17 Jegor Ligatschow, Mitglied des Politbüros der KPdSU (1985–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

18 Boris Jelzin, Mitglied des Obersten Sowjets (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

19 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

arbeit bzw. einer Vereinbarkeit der Aufrechterhaltung der Neutralität mit einem EG-Beitritt Österreichs.

[...] ²⁰

Resümeeprotokoll
Gespräch mit Ministerialdirektor Dr. von Kyaw²¹
(Auswärtiges Amt, stellvertr. Leiter der Wirtschaftsabteilung)

Politische Union:

Dr. von Kyaw erläuterte, daß es abgesehen von der negativen Haltung Margaret Thatcher's noch grundsätzliche Vorbehalte gegenüber einer generellen Transferierung von Souveränitätsrechten an die EG-Kommission gibt. Auch in der BRD gebe es die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen in politischen Fragen nicht, da es sich die BRD im Moment nicht leisten könne, Souveränitätsrechte in außenpolitischen Fragen abzutreten.

Für eine stärkere Verknüpfung der Außenwirtschaft und der außenpolitischen Beziehungen wäre die Zeit allerdings reif; das bedeute allerdings keine Unterstellung²² der EPZ unter die Kommission. Denkbar wäre folgendes:

1. Zusammenlegung der Ministerräte
2. Einbindung der Kommission in die Entscheidungsdurchführung (Wahrung der Kohäsion zwischen politischen Erklärungen und wirtschaftspolitischen Taten)
3. Sektorenweise task-force-Zusammenlegung, Schaffung von ad-hoc-Gruppen für bestimmte Probleme.

Die Kommission solle langfristig gesehen die Rolle eines dreizehnten Mitgliedsstaates spielen (stärkere Kohärenz Kommission-EPZ).

Sicherheitspolitik:

Die Politische Union soll zwar langfristig auch Verteidigungspolitik beinhalten (Österreich werde sich damit auseinandersetzen zu haben), allerdings soll vorläufig über die EEA nicht hinausgegangen werden, da dies in der USA als Schritt in Richtung Abkopplung gesehen werden könnte.

Umweltschutz:

Dr. von Kyaw betonte, daß die BRD im Bereich des Umweltschutzes zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Parlament bereit sei und daß man die Exe-

20 Ausgelassen wurde das Resümeeprotokoll über das Gespräch Botschafter Schmidts mit Ministerialdirigent Dr. Höynck (Auswärtiges Amt, Stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung) über Fragen der KSZE und die Pentagonale.

21 Dietrich von Kyaw, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt. Leiter der Arbeitsgruppe für wirtschafts- und währungspolitische Fragen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

22 Handschriftliche Unterstreichung im BMAA.

kutivbefugnis der Kommission stärken solle. Eine Stärkung des Kommissionspräsidenten und der Kommission könne auch dahingehend erfolgen, daß der Kommissionspräsident bei der Wahl der Kommissäre ein Auswahlrecht hätte.

Europäisches Parlament:

Die BRD wünsche sich eine Stärkung des EP (nationale und parteipolitische Elemente in EP). Im Moment bestünde wegen der mangelnden Kontrolle durch nationale Elemente ein Demokratiedefizit. Eine Lösung wäre es, nationale Abgeordnete nach Europa zu holen (2. Kammer mit Regionalstruktur).

Deutsch-französische Initiative:²³

Die BRD befürworte eine Stärkung des Europäischen Rates. Die 6-monatige rotierende Präsidenschaft sei effizient. Denkbar wäre die Festlegung der Zuständigkeit des Europäischen Rates auch für Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion. Andere EG-Mitglieder (Großbritannien) können sich einen so weitgehenden Schritt der „Intergouvernementalen Europäischen Union“ nicht vorstellen. Denkbar wäre eine Europäische Akte Nummer 2 mit einem weiteren Schritt in Richtung Politischer Union. Dr. von Kyaw betont, daß sich Deutschland bedeckt halten werde, um Margaret Thatcher nicht zu verschrecken. Man werde sich noch einmal mit Frankreich zusammensetzen. Es gebe ein gutes Papier der Belgier²⁴ – dies zu erreichen wäre wünschenswert. Ein Festschreiben des Europäischen Rates in Verträgen wäre vorstellbar, hier würde allerdings die Akzeptanz Englands fehlen. Man solle daher noch etwas abwarten, bis auch England dazu bereit ist.

Wirtschafts- und Währungsunion:²⁵

In diesem Bereich seien die Substanzfragen weiter offen. Sowohl die Europäische Zentralbank als auch die Nationalbanken sollten unabhängig sein. Haushaltsdisziplin sei ein gutes Prinzip, doch das Prinzip allein ohne Sanktionsmöglichkeit wäre nicht ausreichend. Der Vorschlag der Kommission einer Stimmgewichtung im Rat stelle einen Rückschritt gegenüber dem Delors-Bericht dar. Deutschland wolle „One man – one vote“ in einer unabhängigen europäischen Zentralbank. Es bestünden auch Zweifel an der Fähigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten, sich

23 Siehe dazu bereits 141, Anm. 14.

24 Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) von 1986 (in Kraft 1987) sah eine Reform der Römischen Verträge (1957), die Einführung von Mehrheitsentscheidungen im EG-Ministerrat (heute Rat der EU) sowie die Realisierung des Binnenmarkts und eine Politische Union vor. Im Zuge der sich abzeichnenden deutschen Einigung wurde – noch vor dem Unionsvertrag von Maastricht (1991 (in Kraft 1993) – über eine „EEA II“ nachgedacht. Die belgische Seite unter Ministerpräsident Wilfried Martens und Außenminister Mark Eyskens versuchte einerseits zwischen dem deutschen Anliegen der Vergemeinschaftung und zugleich betont deutscher Zurückhaltung, die britische Seite nicht weiter zu verschrecken, und andererseits dem britischen Verlangen nach dem Binnenmarkt als Primärziel zu vermitteln, indem der bis Maastricht nicht im gemeinschaftlichen Rechtsbestand befindliche Europäischen Rat nun in diesem zu verankern wäre, was auch deutscherseits auf Zustimmung traf.

25 Siehe dazu bereits Dok. 98, Anm. 7 und 141, Anm. 14.

einem rigiden System mit festen Wechselkursen zu unterwerfen (Südflanke der EG). Für Großbritannien stelle es ein politisches Problem dar.

Österreich-EG²⁶

Botschafter Dr. Schmid erläuterte die österreichische Hartwährungspolitik.²⁷ Weiters erklärte er, daß es keine Probleme für Österreich gebe, an der Politischen Union teilzunehmen.

Botschafter Dr. Schmid betonte erneut, daß Österreich an einer gemeinsamen Außenpolitik der EG, inklusive ihrer sicherheitspolitischen Komponente (mit Ausnahme der verteidigungspolitischen Komponente) teilnehmen könne.

Dr. von Kyaw hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Wunsch eines fortgesetzten US-Engagements in Europa à la longue zurückgeht. Langfristig könne man sich ein Europa unter dem Schutz französischer und britischer Nuklearstreitkräfte vorstellen.

Botschafter Dr. Schmid erläuterte die österreichische Neutralitätspolitik und deren Vereinbarkeit mit einem EG-Beitritt.

Dr. von Kyaw betonte die volle Unterstützung der BRD für den angestrebten EG-Beitritt Österreichs, auch wegen der starken wirtschaftlichen Verflechtung zu Österreich. Er empfahl Österreich, seinen Beitritt – angesichts der sich jetzt stellenden Herausforderungen – als Stärkung für die Gemeinschaft darzustellen. Einer Aufnahme Österreichs in die EG als erstes Mitglied nach Vollendung des Binnenmarktes stehe nichts entgegen.

26 Siehe dazu bereits Dok. 7, dort den Abschnitt „Österreichs Teilnahme am Prozess der Europäischen Integration“ und Anm. 22 sowie Dok. 45, Anm. 5 und Dok. 146.

27 Österreich verfolgte seit 1970 eine „Hartwährungspolitik“. Damit wurde die chronische Unterbewertung des Schillings beendet. Fortan orientierte man sich an den Aufwertungsschritten der D-Mark. Selbst im Gefolge der Auswirkungen des ersten Ölschocks 1973 blieb es im keynesianistischen Österreich der Ära Kreisky bei der „Hartwährungspolitik“. 1976 wurde der Schilling in feste Relation zur D-Mark gesetzt. Dies wurde als vorbeugende Maßnahme gegen Abwertungsspekulationen gegen den Schilling argumentiert. Die Politik wurde trotz innerösterreichischer Kontroversen bis zur Einführung der europäischen Währungsunion und des Euro 1999/2002 beibehalten.

Dok. 154: Bericht. US-Wertung des Gipfels Bush-Gorbatschow in Washington, 6.6.1990

Botschafter Friedrich Hoess an BMAA, Washington, 6. Juni 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 224.17.02/8-II.9/90¹

Gipfeltreffen Bush-Gorbatschow, Washington, 30. Mai bis 3. Juni 1990,² Bewertung

Die Missionschefs wurden am 5.6. durch einen Vertreter des National Security Council³ im Weißen Haus über das abgelaufene Gipfeltreffen informiert.

Demnach sei das Treffen erwartungsgemäß verlaufen und sei in einigen Punkten im oberen Drittel der Erwartungen gelegen. Die Atmosphäre sei von Anbeginn gut gewesen, habe sich im Laufe der Gespräche noch verbessert und einen offenen Gedankenaustausch auch über Fragen erlaubt, bei denen verschiedene Auffassungen herrschten. Auf diese Weise sei ein konstruktiver Dialog ‚beyond relationship‘ zustande gekommen.

Zusätzlich zu den 14 unterzeichneten Abkommen und 9 gemeinsamen Erklärungen seien im Einzelnen folgende Punkte hervorzuheben:

1. Rüstungskontrolle und Abrüstung

Hier sei es gelungen, die in Malta⁴ vereinbarte Tagesordnung voranzutreiben.

Die Einigung bei chemischen Waffen⁵ sei auch ein Signal für die übrigen Mitglieder der Staatengemeinschaft. Trotz der noch offenen Punkte bei START, worüber die Botschaft gesondert berichtet (im wesentlichen Modernisierung der SS18, Backfire Bomber und Umgehungsverhütung) seien die Struktur und künftige Richtung für eine START II festgelegt worden. Man rechne mit einem Abschluss bis zum Jahresende.

Die Frage einer Einigung bei CFE sei im großen Rahmen der künftigen Sicherheitsstruktur Europas einschließlich der 2+4 Gespräche zu sehen.

1 Der Bericht wurde im Verfolg von Fax Nr. 30162 vom 5. Juni 1990, den Fernschreiben Nr. 25081 vom 2. April 1990, Nr. 25121 vom 14. Mai 1990, Nr. 25129 vom 21. Mai 1990, und Nr. 25131 vom 22. Mai 1990 als Fernschreiben Nr. 25142 an das BMAA erstattet und war für die Sektion II, das Generalsekretariat, und das Kabinett des Bundesministers bestimmt. Am 7. Juni 1990 veranlasste der Leiter der Abteilung II.7 Gesandter Anton Prohaska die Weiterleitung an die österreichischen Botschaften London, Moskau, Paris und Bonn.

2 Für die Gesprächsprotokolle dieses Gipfels siehe die Dokumente 98–102, in: The Last Superpower Summits; und Dokument 25, in: Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990.

3 Es konnte nicht eruiert werden um welchen Vertreter des NSC es sich handelte. Für das vergleichbare briefing cable an die Verbündeten der USA siehe Dokument 103 in: The Last Superpower Summits.

4 Bush und Gorbatschow waren am 2./3. Dezember 1989 an Bord des sowjetischen Kreuzfahrtschiffs „Maxim Gorki“ vor Malta zu einem Gipfeltreffen zusammengetroffen. Siehe dazu bereits Dok. 81, Anm 3. und Dok. 80, Anm. 7.

5 Es wurde ein Abkommen über die teilweise Vernichtung der beiderseitigen Chemiewaffenbestände geschlossen.

2. Es gehe darum, Deutschland in die Lage zu versetzen, beim Neubau Europas als Anker der Demokratie, Freiheit und Stabilität mitzuhelfen. Dies sei am besten durch eine integrierte NATO-Mitgliedschaft gewährleistet. Man dürfe Deutschland nicht singularisieren, man habe der sowjetischen Seite erklärt, es sei notwendig, die eigene Geschichte mit Deutschland zu bewältigen, um die Zukunft gestalten zu können.

Im Übrigen sei es nach den Helsinki-Verträgen⁶ das Recht Deutschlands, seine Allianz selbst zu bestimmen.

3. Wirtschaftsbeziehungen

Der Vertreter der NSC bezeichnet die Wirtschaftsbeziehungen als das Herzstück und die Grundlage der politischen Beziehungen. Die auf diesem Gebiet abgeschlossenen Verträge seien für die Zukunft der SU von großer Bedeutung. Man sei zwar nicht in der Lage, die Sowjetunion zu retten, könne aber doch zu ihrer Gesundung beitragen.

4. Menschenrechte

Da Demokratie und Toleranz nicht immer gleichzeitig erreicht wurden, habe Bush seinen Gast an die Verantwortung der Weltführer erinnert, gegen Auswüchse von Nationalismus und Intoleranz aufzutreten.

Im Übrigen habe Präsident Bush versucht, seinem Gast die Notwendigkeit der Präsenz und der Verankerung der USA in Europa zu erklären. Er habe gleichzeitig das Verständnis für den Willen der SU zum Ausdruck gebracht, politisch und wirtschaftlich beim Neubau Europas mitzuarbeiten. Dabei habe Bush auf die Früchte verwiesen, die die Politik Gorbatschows in Osteuropa auch hinsichtlich der Beziehung dieser Staaten zur SU bereits gebracht habe. Diese Beziehungen seien jetzt besser denn je.

Soweit das in der Art freundliche, ansonsten aber eher magere Briefing durch einen Vertreter des NSC, das deshalb wiedergegeben wird, um einen Eindruck von der Tendenz zu geben.

Der Gefertigte konnte aufgrund weiterer Einzelgespräche mit Vertretern der Administration und mit einzelnen Kollegen folgenden Eindruck gewinnen:

Wenn man den Erfolg des Gipfels an den einzelnen Tagesordnungspunkten misst, ist festzustellen, dass mit Ausnahme vom CW⁷ und nützlichem Beiwerk in den Fragen START, Deutschland und NATO sowie Litauen weiterhin Differenzen bestehen bleiben.

Der Handelsvertrag ist seitens der Administration durch das sowjetische Auswanderungsgesetz und seitens des Kongresses politisch durch Litauen konditioniert.⁸

6 Gemeint ist die KSZE-Schlussakte.

7 Chemiewaffen.

8 Die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion waren seit 1974 durch das Vanik-Jackson Amendement limitiert. Die Zuerkennung der Meistbegünstigung wurde da-

Wenn man das Treffen an der Fähigkeit der Partner misst, miteinander über die zukünftige Ordnung in Europa und der Welt offen zu diskutieren, unterschiedliche Meinungen zu respektieren und zu versuchen, zu Lösungen zu gelangen, ist hier sicherlich Neuland beschritten worden. Es hat den Anschein, als ob Bush daran gelegen war, den Gast als Gleichen zu behandeln und nicht zu demütigen, ja sogar ihn zu stützen.

Es gehe Bush um eine Neuordnung der Beziehungen in strategischer Hinsicht, wozu auch die Einsicht gehöre, dass der Westen Europa nicht alleine neu bauen könne. Bush wolle mit Gorbatschow arbeiten.

(Natürlich hat der Präsident auch die Meinungsforscher im Auge = seine Popularität dürfte weiter gestiegen sein.)

Gorbatschow habe einerseits zu Hause ein sichtbares Zeichen amerikanischen Vertrauens benötigt und andererseits eine tragende Rolle für die SU im neuen Europa sicherstellen wollen. Dies sei ihm gelungen. Er habe meisterhaft bewiesen, dass Schwäche auch in Stärke verwandelt werden könne, habe einen Partner für sein Anliegen gefunden und einen PR-Erfolg verzeichnet.

Es sei daher, so meinen Beobachter, nicht verwunderlich, dass Gorbatschow erst nach Sicherstellung dieser Voraussetzungen über die noch offenen Fragen diskutieren wolle. Bei den offenen Fragen sei zwischen START einerseits und den anderen Punkten zu unterscheiden. START sei eine Frage weiterer Detailverhandlungen. Hingegen stellten sich 2+4, CFE, NATO-neu, KSZE-Gipfel und KSZE-Institutionalisierung eher als Paket dar. Dabei sei der Eindruck entstanden, Gorbatschow wolle einen möglichst hohen (wirtschaftlichen) Preis für die deutsche Vereinigung herausholen. Was den KSZE-Gipfel betreffe, sei man über die Zustimmung Gorbatschows zur CFE-Unterzeichnung als Voraussetzung überrascht gewesen. Bush sei es nicht gelungen, den Gast von den Vorteilen einer NATO-Mitgliedschaft Deutschlands auch für die SU zu überzeugen. Man sei aber sicher, dass nach dem NATO-Gipfel⁹ und dem Vorliegen eines Konzepts NATO-neu bzw. allfälligen vertraglichen Vereinbarungen über neue Prinzipien der Beziehungen NATO-WP (ebenfalls neugeordnet) ein Umdenken Gorbatschows zu erreichen sein werde. Die Umgebung des hier weilenden deutschen Kanzlers sieht allerdings noch längere Verhandlungen voraus (Bush empfängt Kohl am 8.6.)¹⁰

durch von der Emigrationspolitik des Handelspartners abhängig gemacht. Der US-Kongress drängte Bush zudem dazu, die Nichtanerkennung der Zugehörigkeit des nach Unabhängigkeit strebenden Litauens zur Sowjetunion nicht aufzugeben (siehe auch Dok. 124, Anm. 13).

9 Zum NATO-Gipfel in London am 5./6. Juli 1990 siehe Dok. 159.

10 Kohl besuchte vom 5. bis 8. Juni 1990 erneut Washington und traf am 8. Juni mit Bush zusammen. Nachdem auch DDR-Ministerpräsident de Maizière Washington besucht hatte, berichtete die österreichische Botschaft nach Wien: „[...] Wie von US-Gesprächspartnern zu erfahren war, seien mögliche Sicherheitsgarantien an die SU im Mittelpunkt des Gespräches gestanden, da man sowohl in Bonn als auch in Washington mit einem sowjetischen Einlenken in der Frage dt. NATO-Mitgliedschaft rechne, falls vom Westen ein Arrangement angeboten werde, das Moskau ermögliche, nach innen, aber auch nach außen das Gesicht zu wahren. [...] Besondere Bedeutung werde jedenfalls dem NATO-Gipfel im Juli zukommen, bei dem –

Was das sowjetische Sicherheitsbedürfnis anlange, sei es Gorbatschow gelungen, unter Hinweis auf die beiden Weltkriege und die russische Opfer Verstandnis und Sympathie zu gewinnen. In diesem Zusammenhang sei die Zustimmung Bushs zur Institutionalisierung der KSZE zu verstehen. Die Gorbatschow überreichten 9 Punkte, eine Zusammenfassung längst diskutierter Ideen, (siehe Fax 30162 vom 5.6.90)¹¹ seien ebenfalls in der Absicht überreicht worden, Gorbatschow entgegenzukommen und für die amerikanische Deutschlandidee einzunehmen. Demnach wäre Deutschland in Zukunft für die SU militärisch ungefährlich und wirtschaftlich vorteilhaft. Damit wolle man auch der sowjetischen Absicht, die äußeren Aspekte der deutschen Einheit mit der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur zu verknüpfen, so weit wie möglich entgegenkommen, da man einsehe, dass Moskau einen politischen und wirtschaftlich abgesicherten Platz in Europa benötige.

Schlecht angekommen scheint Gorbatschow in seiner Diskussion mit den wichtigsten Abgeordneten zu sein, da diese seine eher dozierende Art nicht schätzten. Kein gutes Omen für die Ratifizierungsdebatte betreffend Handelsvertrag.

[...]¹²

u. a. auch als Signal an die SU – die Weichenstellung für eine stärkere politische Funktion des Bündnisses sowie für eine Neuformulierung der Verteidigungsdoktrin erfolgen müsse. [...] Zusammenfassend kann aus Washingtoner Sicht angemerkt werden, dass die deutsche Frage offenbar so an Eigendynamik gewonnen hat, dass alle Seiten – auch die USA – unter Zugzwang gekommen sind. Dabei besteht der Eindruck, dass

- es Gorbatschow gelungen ist, in überwiegenden Teilen der Administration und in der öffentlichen Meinung die Angst vor einem Gesamtdeutschland als politischen Faktor zu seinen Gunsten einzuführen,
 - die SU und die BRD weitgehend in die Politik westlicher Kernbereiche (z. B. NATO-Gipfel) eingreifen,
 - Deutschland die Formulierungen der USA gegenüber der SU in Fragen des Bündnisses und der künftigen Sicherheitsstruktur Europas maßgeblich mitbestimmt,
 - Deutschland im Wege über die DDR und ČSFR Vorgänge im östlichen Bündnis beeinflusst.
- Hiesige Gesprächspartner der Administration und bundesdeutsche Vertreter konzedieren die o. z. Eindrücke, verweisen aber auf den politökonomischen Zustand der SU und auf den Umstand, dass es sich bei der Aufgabe der Siegerrechte um die letzte Trumpfkarte der SU handelt = dafür und für den sowjet. Wunsch nach Mitbestimmung beim Aufbau einer künftigen Sicherheitsstruktur Europas und nach Gesichtswahrung müsse man Verständnis haben.“ Botschafter Friedrich Hoess, Washington, 14. Juni 1990, Zl. 318-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/155-II.1/90.

11 Das Fax konnte bisher nicht aufgefunden werden. Siehe zum amerikanisch-sowjetischen Gipfel und dem 9-Punkte-Konzept des US-Außenministeriums vom 2. Juni 1990: Vorlage des Majors i. G. Domröse an Ministerialdirektor Teltschik, Bonn, 12. Juni 1990 (= Dokument 311), in: Deutsche Einheit, S. 1210.

12 Ausgelassen wurden die weiteren Gesprächspunkte zu Afghanistan, Kuba, Nicaragua, Kambodscha, Äthiopien, Südkorea und Litauen. Weiters die Nebenabreden im Handelsbereich (Ölexploration). Für Informationen dazu siehe das Briefing für die Alliierten Dokument 103, in: The Last Superpower Summits.

Die Botschaft wird bemüht sein, im Laufe der nächsten Zeit in weiteren Gesprächen zusätzliche Informationen über das Gipfeltreffen zu erhalten und darüber berichten.¹³

Hoess

Dok. 155: Information. Deutsche Einheit, Stand Juni 1990, 11.6.1990

Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 11. Juni 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01./152-II.1/90¹

Deutsche Einheit; Stand Juni 1990

I. Innerdeutsche Aspekte

1) Wirtschafts- und Währungsunion

Der am 18. März [sic!] 1990 unterzeichnete Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion der beiden deutschen Staaten (Ratifizierung noch ausstehend, mit der Zustimmung der SPD wird nunmehr gerechnet) sieht als wesentliche Maßnahme die Einführung der D-Mark in der DDR per 2. [sic!] Juli 1990 vor.² Durch die wirtschaftliche Vereinigung soll die Entwicklung zum gesamtdeutschen Staat irreversibel gemacht werden.

2) Rechtliche Aspekte der deutschen Einheit

Die deutsche Einigung soll auf Basis des Art. 23 des Bonner Grundgesetzes³ (Beitritt der DDR oder der wiederhergestellten ehemaligen Länder auf deren Gebiet zum Geltungsbereich des Grundgesetzes) vor sich gehen.

Den Abschluss eines von der SU ursprünglich geforderten formellen Friedensvertrages lehnt die BRD nach wie vor ab. Es bestehen Anzeichen dafür, dass die Sowjetunion in dieser Frage flexibel ist und sich auch mit anderen völkerrechtlichen Regelungen zufrieden geben könnte.

13 Es konnte keine inhaltlich relevante Folgeberichterstattung ausfindig gemacht werden.

1 Die Information wurde in der Abteilung II.1 von Sachbearbeiter Gesandten Marius Calligaris erarbeitet und erging auf Veranlassung von Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner am 11. Juni 1990 an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, alle Abteilungen der Sektion II und an die österreichischen Auslandsvertretungen gemäß Liste KSZE.

2 Tatsächlich wurde der Vertrag am 18. Mai 1990 von den Finanzministern Theodor Waigel (BRD) und Walter Romberg (DDR) unterzeichnet und trat am 1. Juli 1990 in Kraft.

3 Siehe dazu bereits Dok. 125, Anm. 3.

3) Gesamtdeutsche Wahlen

Die nächste Bundestagswahl ist derzeit für 2. Dezember 1990 angesetzt. BK Kohl ist an der Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen Ende 1990 / Beginn 1991 interessiert (letzter Vorschlag Genschers: 13. Jänner 1991).⁴ Das Bonner Innenministerium arbeitet an der Lösung wahlrechtlicher Fragen (verschiedenes Wahlrecht in BRD und DDR).⁵

II Äußere Aspekte

Nachdem das erste „2+4“-Gespräch am 5. Mai 1990 in Bonn⁶ für die BRD-Regierung negativ verlaufen ist (durch die Trennung der äußeren Aspekte der Einigung von den inneren Aspekten hätte die Sowjetunion durch die von ihr angestrebte Synchronisierung der Entwicklung der deutschen Frage mit der gesamteuropäischen Entwicklung Fortschritte in der Deutschlandfrage blockieren können), ist im Zuge der zahlreichen Gespräche und Konsultationen der letzten Tage Bewegung in die bisherigen Positionen der Sowjetunion und des Westens gekommen. Die Möglichkeiten von Zugeständnissen des Westens an die Sowjetunion können aus den 9 Punkten des amerikanischen Präsidenten herausgelesen werden:⁷ rascher Abschluss der Wiener Abrüstungsgespräche; danach unverzügliche Fortsetzung der Verhandlungen; keine NATO-Truppen und Waffen auf dem DDR-Gebiet; Garantieerklärung für Oder-Neisse-Grenze; deutsche Verzichtserklärung auf atomare, chemische und biologische Waffen; Stärkung der KSZE im Bereich der Sicherheitspolitik; Umwandlung der NATO von einer militärischen in eine mehr politische Organisation; wirtschaftliche Vereinbarung zwischen Deutschland und der SU im Zusammenhang mit den Kosten für die sowjetische Truppenpräsenz in der DDR.

Im Westen und in der BRD besteht Bereitschaft zu Konzessionen im Sinne des 9-Punkte-Katalogs. Die NATO-Außenministerkonferenz hat am 8. Juni d. J.⁸ auf die Erklärung des Warschauer Paktes⁹ positiv reagiert: In der Erklärung von

4 Dieser wurde allerdings von Bundeskanzler Kohl abgelehnt, vgl.: Verwirrung um Termin der Wahlen, in: Bonner Rundschau, 2. Mai 1990. Zitiert nach: Wolfgang Jäger, Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90 (= Geschichte der deutschen Einheit 3), Stuttgart 1998, S. 661. Die gesamtdeutschen Bundestagswahlen fanden bereits am 2. Dezember 1990 statt.

5 Das Innenministerium arbeitete im Auftrag Kohls seit 24. April an einer Lösung und zog drei unterschiedliche Möglichkeiten in Erwägung, zwei davon sahen gesamtdeutsche Wahlen vor, das letzte Modell dachte getrennte Wahlen nach möglichst gleichem Wahlrecht an. Vgl. dazu ebd., S. 471–478.

6 Siehe dazu Dok. 149 und 150.

7 Siehe Dok. 154 und dort Anm. 11.

8 Die Tagung der NATO-Außenminister fand am 7./8. Juni 1990 im schottischen Turnberry statt. Siehe Dok. 141, Anm. 9.

9 Am 7. Juni 1990 traf sich in Moskau der Politisch Beratende Ausschuss des Warschauer Paktes. Nun ging es um die Umwandlung des bisher sowjetisch dominierten Paktes in eine Vertragsgemeinschaft „souveräner Staaten mit gleichen Rechten auf demokratischer Basis“. Die verabschiedete Erklärung war deutlicher Ausdruck dafür, dass der Kalte Krieg zu Ende war und

Turnberry¹⁰ stellt die westliche Allianz ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten fest, bekennt sich zur Notwendigkeit rascher Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen und spricht sich für die Schaffung einer neuen europäischen Friedensordnung aus. Es ist zu erwarten, dass die NATO bei ihrem kommenden Gipfel (Anfang Juli in London)¹¹ die ersten Schritte zu einer „Metamorphose“ in Richtung politische Organisation setzt. Bush und Gorbatschow haben sich in Washington¹² für einen Abschluss der Wiener Abrüstungsverhandlungen noch in diesem Jahr ausgesprochen. Bundeskanzler Kohl hat erst kürzlich die Unantastbarkeit der Oder-Neisse-Grenze in einer Rede in den USA neuerlich bekräftigt.¹³ Es ist anzunehmen, dass die Bonner Regierung der Sowjetunion in wirtschaftlichen Fragen entgegenkommen wird.

Für die nächsten „2+4“-Gespräche (Ende Juni in Ost-Berlin,¹⁴ im Juli in Paris¹⁵ und im Herbst in Moskau)¹⁶ erscheint vorsichtiger Optimismus gerechtfertigt. Entsprechende Konzessionen des Westens lassen die Zustimmung der Sowjetunion zur NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands möglich erscheinen.

Wien, am 11. Juni 1990

Plattner m. p.

die konfrontativen Elemente in den Dokumenten der beiden Militärallianzen nicht mehr dem Zeitgeist entsprechen würden. Eine NATO-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands wurde nach wie vor abgelehnt. Siehe: Records of the Political Consultative Committee Meeting in Moscow, June 7, 1999 (= Dokument 153), in: *A Cardboard Castle?*, S. 674–677; Dokument 27, in: *Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990. Zur österreichischen Wahrnehmung* vgl. Martin Malek, *Österreich und die Auflösung des Warschauer Pakts (1989–1991)*, in: Manfred Rauchensteiner (Hg.), *Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich*, Wien/Köln/Weimar, 2010, S. 557–614, insbesondere S. 573–574.

- 10 Siehe zur Erklärung von Turnberry: Ministertagung des Nordatlantikrates in Turnberry/Großbritannien am 8. Juni 1990 (= Dokument Nr. 224), in: *Auswärtiges Amt, Referat Öffentlichkeitsarbeit* (Hg.), *Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente 1949 bis 1994*, Köln 1995, S. 672–673. Siehe auch Dok. 141, Anm. 9.
- 11 Auf der NATO-Gipfelkonferenz in London am 5./6. Juli 1990 wurde die Erklärung „Die Nordatlantische Allianz im Wandel“ verabschiedet. Siehe dazu Dok. 159.
- 12 Zum Gipfeltreffen Bush-Gorbatschow in Washington vom 30. Mai bis 3. Juni 1990 siehe Dok. 154.
- 13 Rede Bundeskanzler Kohls an der Harvard University anlässlich der Verleihung des Ehrendokortitels am 5. Juni 1990, vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 8. Juni 1990.
- 14 Das zweite 2+4-Ministertreffen fand am 22. Juni 1990 statt. Siehe Dok. 157.
- 15 Das dritte 2+4-Ministertreffen fand am 17. Juli 1990. Siehe Dok. 166.
- 16 Das vierte 2+4-Ministertreffen fand am 12. September 1990. Siehe Dok. 170–171.

Dok. 156: Bericht. Deutsche Einheit und Ost-West-Beziehungen aus Bonner Sicht, 15.6.1990

Gesandter Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, 15. Juni 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/157-II.1/90¹

BRD, Deutsche Einheit und Ost-West-Beziehungen (Info)

Kanzlerberater Teltschik und an „2+4“-Gesprächen beteiligter enger persönlicher Mitarbeiter Genschers² gaben in getrennten, ausführlichen Gesprächen folgende, weitgehend übereinstimmende Situationsdarstellung und Beurteilung:

SU akzeptiere unbeeinflussbare Unausweichlichkeit deutscher Einheit und dränge deshalb (weil auch Gorbatschow kein DDR-Chaos wolle) selbst auf rasche Klärung der inneren Aspekte. Von Ullmann³ („Bündnis 90“) – nicht der Bundesregierung, so Teltschik – ausgehende Initiative zu DDR-Beitrittsklärung nach Artikel 23 GG⁴ noch im Juli d.J. gehe letztlich auf SU-Entkoppelung innerer und äußerer Aspekte beim ersten „2+4“-Aussenminister-Treffen zurück.⁵ Damit kämen gesamtdeutsche Wahlen „relativ definitiv spätestens am 13.1.1991“!⁶ Laufende Arbeiten am Überleitungsvertrag könnten bis September 1990 abgeschlossen, DDR-Landtagswahlen sodann mit gesamtdeutschen Wahlen zusammengelegt werden. Damit würde auch Gefahr begegnet, dass alter Apparat sich der DDR-Regierung bemächtige, und Schuld an deren Problemlösungsunfähigkeit der Bundesregierung zugeschoben würde.

Moskau werde sich zunehmend eigener Möglichkeiten durch deutsche Einheit besser bewusst (Wegfall wirtschaftlicher und politischer Reibungsverluste der Spaltung!).

Bei äußeren Aspekten gebe es für SU folgende wesentliche Interessen mit stark psychologischem Hintergrund (Gorbatschow müsse seinem politischen Establishment verdeutlichen, dass er trotz WP-Ende,⁷ deutscher Einheit, durch Glasnost

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25135 an das BMAA und war für die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Ministers bestimmt. Er wurde in der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen und Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner verfügte am 18. Juni 1990 seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Moskau, London, Paris, Washington und Berlin-Ost. Im BMAA lag er zudem den Abteilungen II.3, II.7 und II.8 vor. Sämtliche handschriftliche Unterstreichungen und Anmerkungen erfolgten durch Plattner.

2 Es dürfte sich hierbei vermutlich um Dieter Kastrup, Leiter der Politischen Abteilung (Abteilung 2) im Auswärtigen Amt, gehandelt haben. Eine eindeutige Identifizierung ist auf Grund der vorhandenen Angaben nicht möglich.

3 Wolfgang Ullmann, Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Grüne und Vizepräsident der letzten Volkskammer der DDR (April–Oktober 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Sie dazu bereits Dok. 125, Anm. 3.

5 Siehe Dok. 149–150 und Dok. 152, Anm. 14.

6 Diese Aussage wurde am Seitenrand handschriftlich markiert. Siehe dazu bereits Dok. 155, Anm. 4.

7 Als im Sommer 1990 ein Auseinanderbrechen des Warschauer Paktes möglich schien (siehe auch Anm. 15), boten die NATO-Staaten den Mitgliedern des Warschauer Pakts – jedoch nicht

selbst geschaffener innenpolitischer Probleme und größter Wirtschaftskrise seit Kriegsende nicht als Verlierer dastehe):

1. Größe der Bundeswehr: lt. Genscher-Mitarbeiter kein wirkliches Problem, Moskau fühle sich von Bundeswehr nicht bedroht, jedoch psychologisch bedeutsam. Bundeswehr-Umfang durch Suffizienz-Regel bei KSE 1⁸ rasch lösbar: kein Staat dürfte in bestimmter Region (vermutlich Zentraleuropa, obwohl Bonn Mitteleuropa vorziehen würde – Einbeziehung auch westlicher SU-Militärdistrikte sowie von z. B. Frankreich, Italien und Großbritannien: damit weniger deutliche „Singularisierung“ Deutschlands, jedoch Widerstand betroffener westlicher Staaten) mehr als festzulegende Anzahl von Streitkräften haben. Diese Zahl könnte lt. Gesprächspartner zwischen 300.000 und 350.000 Mann liegen (Bundesregierung habe noch keine diesbezügliche Position) und müsste mit „freeze“ verbunden werden. Diese Regelung könnte z. B. von den „2+4“ zur Kenntnis genommen werden. Aushandlung nationaler Obergrenzen für alle KSE-Staaten anstelle Suffizienz-Regel hielte AA-Vertreter für schwieriger, weil sich nicht alle Teilnehmer derartiger Regelung unterwerfen wollten.

2. NATO-Mitgliedschaft Deutschlands: AA-Vertreter und Teltschik rechnen noch längere Zeit mit keiner endgültigen Entscheidung, verweisen jedoch auf deutliche SU-Bemühungen um „Entfeindung“ der NATO in jüngster Zeit. Teltschik sieht in jüngsten Bedingungen Gorbatschows für NATO-Mitgliedschaft sich verändernde Haltung der SU, die noch keine abschließende Position habe.

In Brest⁹ scheint SU lt. AA-Andeutungen Anregungen zur Ablösung des konfrontativen Verhältnisses zwischen den beiden Bündnissen gemacht zu haben (VSBM, Konsultativmechanismen, gemeinsame Strukturen, Krisenverhütung zwischen den Bündnissen, Grenzbestimmungen, Gewaltverzicht usw.), die auch Beitrittsmöglichkeiten anderer Staaten beinhalten könnten. Gesprächspartner schien diesbezügliche Doppelgleisigkeit oder Überlappung mit ähnlichen KSZE-Ansätzen (lt. Teltschik als „zusätzliche Garantie“ für SU) nicht auszuschließen, „wenn dies Moskau helfen sollte, deutsche NATO-Mitgliedschaft akzeptabel zu machen“.

Teltschik konnte sich z. B. zwar keinen großzügigen Vertrag zwischen NATO und WP vorstellen (weil WP nicht künstlich gefestigt werden soll), aber z. B.

dem Bündnis selbst – einen Gewaltverzicht an, um dem Verteidigungsbündnis die argumentative Grundlage seines Bestehens zu entziehen. Die endgültige Auflösung des Warschauer Paktes erfolgte schließlich zum 31. März 1991 als zunächst die militärischen Strukturen und per 1. Juli 1991 das gesamte Verteidigungsbündnis aufgelöst wurden. Siehe dazu auch Dok. 155, Anm. 9.

8 KSE = Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa. Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) wurde am 19. November 1990 am KSZE-Gipfel in Paris unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10. Die Suffizienz-Regel legte fest, dass kein Staat über mehr als 1/3 der Waffensysteme in einer Region verfügen darf.

9 Am 11. Juni 1990 trafen sich Genscher und Schewardnadse in der belorussischen Stadt Brest und besuchten gemeinsam das Grab von Schewardnadses älterem Bruder, der 1941 dort gefallen war. Siehe die Dokumente 34–36, in: Diplomatie für die deutsche Einheit.

gemeinsame Erklärung o.ä. mit obigen Elementen (etwa analog „Bonner Erklärung“,¹⁰ wonach NATO nicht als erste angreifen würde). Bonn wäre auch bereit, über gesamteuropäische Gewaltverzichtsvertrag nachzudenken (schon 1957 von SU in Bukarest vorgeschlagen, damals aber wegen Problem mit Anerkennung der DDR-Grenze gescheitert. Vergleich aber auch diesbezüglichen SU-Vorschlag bei Stockholmer KVAE).¹¹

Über unterschiedliche Varianten deutscher NATO-Mitgliedschaft würde noch nachgedacht, doch schien AA-Vertreter mit SU-Bewegung in Richtung „Genscher-Plan“¹² zu rechnen, auch wenn Entscheidung noch einige Zeit auf sich warten lassen würde.

KSZE biete Teltshik zufolge politischen Rahmen für Verzahnung (auch sicherheitspolitische) Europas mit SU. KSZE-Treffen der Generalstabschefs in Wien¹³ habe diesbezüglich Wunder bewirkt – auch bei Bundeswehr-Offizieren! Im Übrigen machte Teltshik jedoch klar, dass EG (auch im Falle einer Erweiterung) – entgegen positiven Äußerungen in der Öffentlichkeit, wonach SU zu Europa gehöre – zwar zu engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit, nicht aber zur Aufnahme der zu großen SU bereit wäre.

Moskau leidet lt. beiden Gesprächspartnern an zwei Traumata:

– Verlust aller Verbündeter (neuer SU Botschafter Terechow¹⁴ informierte von sich aus Teltshik, dass Ungarn beim jüngsten WP-Gipfel¹⁵ Austritt für Ende

10 Anlässlich des NATO-Gipfels am 10. Juni 1982 in Bonn verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses die Erklärung über den Verzicht auf den Ersteinsatz aller Waffen.

11 Die Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa fand von 1984 bis 1986 in Stockholm statt. Am 22. September 1986 wurde das Schlußdokument der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE) nach einer finalen Verhandlungskrise mit dem vorgezogenen Datum vom 19. September von 35 Delegationen verabschiedet. Die militärischen Aktivitäten von Landstreitkräften im Geltungsbereich der zur KSZE gehörenden Länder, an denen mehr als 13.000 Mann oder mehr als 300 Panzer teilnehmen würden, sollten künftig vorher angekündigt werden, entweder in einem Jahreskalender oder durch spezielle Notifizierung. Siehe Europa-Archiv 41 (1986), Z 190. Am 19. August hatte der sowjetische Delegationsleiter Oleg A. Grinewskij erklärt, dass die östliche Seite Vor-Ort-Inspektionen zustimmen könne, wenn sie auf ein bis zwei Inspektionen pro Jahr in jedem Mitgliedsland beschränkt blieben. Am 29. August präsentierte Marschall Sergej F. Achromew den Vorschlag, Vor-Ort-Inspektionen aus der Luft durchzuführen, wobei das zu inspizierende Land die Flugzeuge und Piloten stellen sollte. Siehe Europa-Archiv 41 (1986), Z 168. Das Schlusssdokument der KVAE sah vor, dass Inspektionen sowohl zu Land als auch aus der Luft durchgeführt werden konnten.

12 Genscher äußerte seine Überlegungen im Zuge seines Vortrages an der Evangelischen Akademie in Tutzing am 31. Jänner 1990, vgl. dazu bereits Dok. 116, Anm. 6. und Dok. 119, Anm. 11.

13 Die Generalstabschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten waren vom 16. Jänner bis 5. Februar 1990 auf dem Wiener Seminar über Militärdoktrinen im VVSBM-Rahmen zusammengetroffen.

14 Wladislaw P. Terechow, Botschafter der UdSSR bzw. der Russländischen Föderation in Deutschland (1990–1997), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

15 Ungarn schlug auf der Sitzung am 7. Juni 1990 in Moskau die Auflösung des Warschauer Paktes vor, vgl. Records of the Political Consultative Committee Meeting in Moscow, June 7, 1990 (= Dokument 153), in: A Cardboard Castle?, S. 674–677.

1991 ankündigte! ČSFR werde lt. Teltchik folgen, DDR sei bereits verloren). Sogar Nordkorea öffne sich nun gegenüber Südkorea (und USA).

– Furcht vor Ausgrenzung aus Europa: Moskau teile diese Befürchtung übrigens mit Washington, das EG-Protektionismus befürchte und nun Vorteile der KSZE-Verflechtung mit Europa zu erkennen beginnen (wobei AA-Vertreter interessanterweise an starke Zukunftsmöglichkeit von Korb 2¹⁶ glaubte ?!). Genscher wolle mit atlantischer Deklaration¹⁷ usw. US-Sorgen dämpfen.

Daher Moskau besonders an künftigen Beziehungen zu Deutschland und wirtschaftlicher Zusammenarbeit (Hilfe) mit dem Westen interessiert.

SU lt. AA-Vertreter sichtlich um Anknüpfung an – deutscherseits schon fast vergessene – Zusammenarbeitstradition mit Deutschland bemüht. Hiefür biete deutsch-sowjetische Erklärung vom 13.6.1989¹⁸ langfristige Grundlage.

Lt. Teltchik wachse Moskaus Bewusstsein über mögliche Vorteile aus deutscher Einheit: z. B. sowjetische Rohstofflieferungen an DDR künftig für DM und zu Weltmarktpreisen usw., was auch im Eigeninteresse der rohstoffverarbeitenden DDR-Betriebe liege. DDR ist größter Handels- und Kooperationspartner der SU, BRD größter Handelspartner im Westen. Nun fast wöchentliche Treffen Genschers mit Schewardnadse (erneut 18.6. in Münster)¹⁹ verlief in sehr guten, persönlichen vertrauensvollen Umständen.

Bonn wolle (und könne) wirtschaftliche Zusammenarbeit mit SU allerdings nicht alleine leisten. Während Moskau bis vor kurzem keine Notwendigkeit westlicher Hilfe sah, sei diesbezügliches Drängen unterdessen deutlich. BK werde deshalb Teltchik zufolge den Staats- und Regierungschefs von EG²⁰ und Welt-

16 In der Schlussakte von Helsinki (1. August 1975) wurden die unterschiedlichen Arbeitsfelder in sogenannte „Körbe“ unterteilt. Korb 2 beinhaltete die Grundsätze der „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“.

17 Damit dürften Genschers seit seinem USA-Besuch (siehe Dok. 143) im April konsequent auf den Fortbestand der NATO ausgerichteten Aussagen gemeint sein, die seinem diesbezüglichen Konflikt mit Kohl (siehe Dok. 140, Anm. 12) und dem amerikanischen Misstrauen in dieser Hinsicht entgegenwirkten. Genscher lehnte auch eine Entkoppelung der inneren und äußeren Aspekte der Einheit ab. Siehe dazu Dok. 149 und 150, Dok. 152, Anm. 14. In einer Regierungserklärung Genschers vom 10. Mai 1990 hatte dieser der Entkoppelung eine eindeutige Absage erteilt. Am selben Tag hatte er unter Hinweis auf die bevorstehenden Veränderungen in der NATO (siehe dazu Dok. 159) gegenüber der Zeitschrift Der Spiegel geäußert, dass er eine sowjetische Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands erwarte.

18 Siehe dazu Dok. 41, Anm. 3.

19 Das Treffen in Münster war das achte Treffen der beiden Außenminister in diesem Jahr und folgte nur acht Tage auf das Treffen in der belorussischen Stadt Brest (11. Juni 1990). Vgl. dazu Vermerk des Dg 21, Höynck, vom 19. Juni 1990 über das Gespräch von Bundesaußenminister Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Šewardnadze am 18. Juni 1990 in Münster (= Dokument 37); sowie Aufzeichnung des Dolmetschers Scheel vom 21. Juni 1990 über das Vier-Augen-Gespräch von Bundesaußenminister Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Šewardnadze am 18. Juni 1990 in Münster (= Dokument 38), in: Diplomatie für die deutsche Einheit, S. 194–214.

20 Der Europäische Rat tagte am 25./26. Juni 1990 in Dublin.

wirtschaftsgipfel²¹ vorschlagen, bei den nächsten Gipfeltreffen politische und wirtschaftliche SU-Situation sowie Wünschbarkeit und gegebenenfalls Formen westlicher Hilfe an SU zu erörtern. Bundesregierung überlegt lt. AA-Vertretern auch, wie Moskau an Weltwirtschaftsgipfel, GATT, G7, usw. in geeigneter Weise herangeführt werden könne: SU wisse jedoch um ihre Bringschuld (eigenständige Durchführung der Wirtschaftsreform), die ihr niemand abnehmen könne. Westliche Hilfe werde daher nicht rasch einsetzen.

In diesen beiden grundlegenden Bereichen lt. AA noch keine konkreten Abmachungen. SU wisse, dass sie keinen Einfluss auf Tempo usw. deutsche Einheit habe und versuche keine Junktimierung, sondern Vertrauen auf deutsches Eigeninteresse an langfristig guten bilateralen Beziehungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit (große potentielle Absatzmarktchancen). „2+4“-Gespräche bildeten lt. Teltshik deshalb v. a. Paravent für Moskau zur Verschleierung sich vollziehender deutscher Einheit, aber auch Forum zur Erzielung „handfester Ergebnisse“ zwecks innersowjetischer Rechtfertigungen der Einheit.

Nach Teltshik würden äußere Aspekte deutscher Einheit durch friedensvertragliche Regelung (auch Potsdamer Abkommen²² spreche von keinem Friedensvertrag) in Form eines Gesamtpaketes erledigt:

1. KSZE-Institutionalisierung (einschl. Verifikationsagentur, Kriegsverhütungszentrum)

2. Abrüstung: KSE-Abschluss (von Bush und Gorbatschow schriftlich vereinbart) würde bereits Hälfte der SU-Truppen aus DDR abziehen. Unmittelbar danach beginnende KSE 2 (oder „1a“) würden SU-Rückzug aus übrigem Osteuropa bringen. SU habe demgegenüber legitimes Interesse zu wissen, wieviele Alliierte und US-Truppen in Europa blieben und wie groß Streitkräfte Deutschlands wären (Festlegung durch Suffizienz-Regel oder Obergrenzen). SNF-Verhandlungen könnten zwei weitere Null-Lösungen, was allerdings Sache der beiden Supermächte sei: Bonn befürworte SU-US-Vereinbarung über globales Konzept eines Minimums nuklearer Abschreckung, einschließlich Regelungen für substrategische Systeme (dabei bestehe allerdings US-Kongress auf „no nukes, no troops“, wofür SU – die Verbleib gewisser US-Präsenz in Europa wolle – Verständnis haben könnte). Bonn hüte sich aber, für Einbeziehung französischer und britischer Kernwaffen (die Statussymbol dieser Länder und auch Rückversicherung gegenüber Deutschland bedeuteten) in diese Verhandlungen einzutreten.²³

21 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 9. bis 11. Juli 1990 in Houston, Texas statt.

22 Siehe auch Dok. 69, Anm. 6–7.

23 Dieser Absatz wurde am Seitenrand handschriftlich markiert. Seit 6. März 1989 wurde in Wien im KSZE-Rahmen zwischen Vertretern des Warschauer Pakts und der NATO über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) verhandelt. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 am Pariser KSZE-Gipfel unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10. Bush und Gorbatschow hatten sich bei ihrem Gipfeltreffen in Washington 1990 in einem schriftlichen Statement zur Beschleunigung des Abschlusses der KSE-Verhandlungen bekannt. Ebenfalls herrschte Konsens, dass darauf die geplanten KSE II-Verhandlungen beginnen sollten. Diese fanden aber nicht mehr statt. Stattdessen kam es zu KSE

3. NATO-Sondersitzung Juli 1990²⁴ könnte Gorbatschow Schlüsselsignale zu NATO-Veränderung geben: NATO sei von Anfang an auch politisches Bündnis und militärisch ein Spiegelbild der Verhältnisse im Osten gewesen. Daher müssten nun Bedrohungs- bzw. Risikoanalysen neu definiert, Strategie und Vorverteidigung – damit auch Militärstrukturen – geändert werden. Durch Fortgang innerer Reformen und KSE-Ergebnis könne Gorbatschow diesen NATO-Prozess beeinflussen.

NATO als politisches Bündnis zur SU-Einbindung und europäische Anbindung an US-Kernwaffenschirm weiterhin benötigt, solange SU Kernwaffenmacht bleibt. Bisherige Militärstrukturen könnten jedoch durch multinationale Verbände, auf Grundlage der Gegenseitigkeit ersetzt werden, wodurch nationale Aggressionsmöglichkeiten ausgeschlossen blieben (DDR-Verteidigungsminister Epelmann bot kürzlich Schweden Errichtung gemischter Brigade an!).²⁵ Da noch nicht alle europäischen Staaten dazu bereit und Deutschland nicht singularisiert werden wolle, dürfte Umwandlung allerdings noch auf sich warten lassen.

Teltschik bedauert übrigens, dass Moskau – welches von Europa und damit von solchen Verbänden ausgeschlossen bliebe – in solchen Überlegungen gegen SU gerichtete Tendenzen sehe.

4. Westliche Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit SU und Perspektive bilateraler deutsch-sowjetischer Beziehungen.

Einigung über diese Punkte würde AA-Vertreter zufolge durch ausgezeichnetes Einvernehmen zwischen Washington, Moskau und Bonn bzw. deren Außenministern und gutes Verhältnis SU/Europa erleichtert, aber auch durch gegenseitige Zusammenhänge und Rückwirkungen kompliziert. Angesichts des Bemühens beider Großmächte um Deutschland (und Europa) wächst Bonn damit aus Sicht der Botschaft automatisch gewichtige weltpolitische Scharnierfunktion zu.

AA-Vertreter ist sich deshalb bewusst, dass Deutschland „nicht zu groß“ auftreten dürfe. Auf meine Frage, ob dies künftige Generation in 30 bis 40 Jahren (die Teilung nicht mehr persönlich kennen wird) bewusst bleiben würde, verwies Gesprächspartner auf weitgehenden Souveränitätsverzicht Deutschlands gegenüber Europa: z. B. habe Bonn schon bisher mehr als andere (und gegen deren nachweisbaren Widerstand) zur Politischen Union beigetragen, auch in Zukunft werde es daher keine Probleme geben. Die Nationalstaaten würden in Europa an Bedeutung verlieren.

Loibl

1a-Folgeverhandlungen, die bereits am 29. November 1990 begannen und zu Personalobergrenzen für die Streitkräfte aller KSE-Staaten führten. Zum sowjetischen Truppenabzug aus Osteuropa siehe bereits Dok. 57, Anm. 18. Zur Suffizienz-Regel siehe bereits Dok. 156, Anm. 8. Zum Thema „Nulllösung“ siehe bereits Dok. 52, Anm. 26 und Dok. 154, Anm. 10.

24 Der NATO-Gipfel fand am 5./6. Juli 1990 in London statt. Siehe Dok. 159.

25 Dazu konnte nichts Näheres in Erfahrung gebracht werden. Siehe dazu aber auch Dok. 151, Anm. 11.

Dok. 157: Bericht. „2+4“-Gespräche der Außenminister in Ost-Berlin, 25.6.1990

Botschafter Erich Binder an BMAA, Berlin (Ost), 25. Juni 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/164-II.1/90¹

2+4-Aussenminister-Treffen in Ostberlin am 22. d. M. (Info)²

Bei den 2+4-Gesprächen am vergangenen Freitag kann man die Position der westlichen Außenminister inklusive der DDR als statisch bezeichnen. Bewegung brachte allein der Vorschlag Schewardnadses, die alliierten Truppen innerhalb eines halben Jahres nach gesamtdeutschen Wahlen und der Bildung einer gemeinsamen Regierung aus dem Großraum Berlin abzuziehen.

Dieser Vorschlag wurde von den westlichen Alliierten, besonders aber von AM Baker als inakzeptabel bezeichnet, da in der DDR danach doch noch 380.000 Soldaten stationiert blieben. Der sowjetische Außenminister hat ferner vorgeschlagen, die Hälfte aller alliierten Truppen aus Deutschland innerhalb von drei Jahren und den Rest innerhalb von weiteren zwei Jahren abzuziehen. Auch dieser Vorschlag fand nicht die Zustimmung seiner westlichen Kollegen. Diese vertraten vielmehr den Standpunkt, dass die Entscheidung betreffend die Stationierung fremder Truppen auf deutschem Territorium allein Sache der Deutschen sei. Bezüglich der Beendigung der Besatzungsrechte scheint man einer Lösung näher gekommen zu sein, da Schewardnadse hier eine gewisse Flexibilität signalisierte.

AM Schewardnadse beurteilte den gegenwärtigen Stand der 2+4-Verhandlungen dahingehend, dass es noch Meinungsverschiedenheiten und „sehr verschwommene Fragen“ gebe. Bezüglich des deutschen Wunschs, keinen formellen Friedensvertrag abzuschließen, meinte er, dass es der Sowjetunion um den Inhalt, nicht um die Form gehe. Im Großen und Ganzen zeigte er sich zuversichtlich.

Nach Meinung AM Bakers, der sich auch eher optimistisch gab, sollen sich die Verhandlungen und die Schlussdokumente auf fünf Problemkreise beziehen:

1. eine politische Erklärung über die Einbettung des Deutschlandproblems in die internationalen Zusammenhänge,
2. die Herstellung der deutschen Einheit,
3. die Ablösung der alliierten Rechte,
4. die Beendigung des Berlin-Status,
5. die volle Souveränität für Deutschland.

1 Der Bericht wurde als Fernschreiben Nr. 25093 erstattet und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Er wurde am 26. Juni in der Abteilung II.1 von Legationsrat Marius Calligaris in Bearbeitung genommen und mit dem Vermerk „Dringend“ an die österreichischen Botschaften in Bonn, Washington, London, Paris und Moskau weitergeleitet.

2 Zum zweiten 2+4-Treffen der Außenminister in Berlin-Niederschönhausen am 22. Juni 1990 siehe Dokument 325 sowie die Anlagen Dokumente 325A–C und Dokument 327, in: Deutsche Einheit; Dokument 121 und 123, in: Die Einheit; Dokument 214, in: DBPO III/VII: German Unification.

AM Hurd sagte, dass „kein großer Durchbruch“ erzielt worden sei. Er unterstrich, dass Großbritannien gegen einen Sonderstatus für Deutschland sei. Dies würde nämlich bedeuten, dass es mit Sicherheit in Zukunft Probleme geben werde.

AM Meckel äußerte unter anderem, dass es nach Herstellung der deutschen Einheit keine offenen Fragen geben dürfe. Er wiederholte den von DDR-Seite immer wieder vertretenen Standpunkt, dass die legitimen Sicherheitsinteressen der UdSSR respektiert werden müssten. Niemand in Europa dürfe bei der Neugestaltung der politischen Verhältnisse der Verlierer sein.

Vereinbart wurde bei dieser Runde ein Zeitplan demnach sollen die 2+4-Gespräche so zeitgerecht abgeschlossen werden, dass Ergebnisse bis zu der im November stattfindenden KSZE-Gipfelkonferenz vorliegen.

Am Wochenende hatte ich Gelegenheit, mit dem Botschafter eines Warschauer Pakt-Staates, der früher Mitglied des ZK der KP seines Landes war,³ über das gegenständliche 2+4-Treffen zu sprechen. Dieser meinte, dass diese Gespräche eigentlich 1+5 heißen müssten, da der sowjetische Außenminister praktisch allein gegen die anderen auftrete. Höchstens die DDR versuche irgendwie, der sowjetischen Haltung Verständnis entgegenzubringen. AM Baker hingegen vertrete offensichtlich den Standpunkt, dass nun die Gelegenheit sei, die UdSSR in die Knie zu zwingen, wobei für ihn die deutsche Vereinigung nur ein Hilfsmittel sei. Genscher setze naturgemäß andere Prioritäten. Die BRD sei der Meinung, dass die heutige wirtschaftliche Lage der Sowjetunion so schlecht sei, dass man ihr die Zustimmung zur Vereinigung einfach „abkaufen“ könne. Maßgeblich sei nur der Preis.

Binder

Dok. 158: Gespräche Vranitzkys mit Mazowiecki und Jaruzelski in Warschau, 5.7.1990

Botschafter Gerhard Wagner an BMAA, Warschau, 13. Juli 1990, ZI. 217-RES/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ 518.01.01/21-II.3/90¹

Resümee-Protokoll des Gesprächs des HBK mit PM Mazowiecki anlässlich seines offiziellen Besuchs in Warschau (5.7.1990)

3 Der Name des Botschafters konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

1 Botschafter Gerhard Wagner an BMAA, Warschau, 13. Juli 1990, übersandte mit dem Berichtstitel „Offizieller Besuch des HBK in Polen, 5. und 6.7.1990“ die hier wiedergegebenen Resümee-Protokolle über die Gespräche mit Mazowiecki und Jaruzelski mit folgendem Begleittext: „Der offizielle Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Polen wurde in inzwischen geführten Gesprächen als sehr wertvoll und interessant beurteilt. PM Mazowiecki sagte beispielsweise Klubobmann Dr. Fischer gegenüber, daß er den Herrn Bundeskanzler als Gesprächspartner sehr geschätzt habe und diese Gespräche für ihn überaus wertvoll gewesen seien. Er bedauerte,

Anwesend: PM Mazowiecki, Politischer Direktor im Außenministerium Sułek,² Kabinettschef des PM Wojtkowski;³ HBK, Botschafter Wagner;⁴ Gesandte Nowotny⁵

PM Mazowiecki kam zunächst dankbar auf sein Naheverhältnis zu Österreich zu sprechen sowie auf die Unterstützung, die Österreich bzw. Österreicher Polen und ihm selbst in schwierigen Situationen gegeben hätten.

Polen und Europa: Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa müßten für die Schaffung eines neuen europäischen Sicherheitssystems genutzt werden. Die KSZE könnte durch Institutionalisierungen die Plattform für die zukünftige Ordnung in Europa werden (Verweis auf Vorschlag der Schaffung eines Rates für europäische Zusammenarbeit). Polen sei um eine Assoziierung mit den EG bemüht und messe einer möglichst baldigen Aufnahme in den Europarat große Bedeutung bei.⁶ Diese sei nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch aus psychologischen, gerade im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage, wichtig. Zur regionalen Zusammenarbeit deponierte Mazowiecki einmal mehr den Wunsch Polens auf Mitarbeit in der Pentagone und ersuchte Österreich um seine diesbezüglichen guten Dienste.⁷

auch in einem Gespräch mit dem Unterfertigten, daß die ihm für den Besuch zur Verfügung gestandene Zeit infolge der innenpolitischen Situation sehr knapp bemessen gewesen sei, und drückte die Hoffnung aus, daß bald wieder ein Treffen, wenn möglich auch informeller Art, zustandekomme, um die durch den Besuch gegebenen Impulse nutzen zu können. Den vom Herrn Bundeskanzler zugesagten Überlegungen und Vorstellungen, insbesondere zur Frage der Schuldenreduktion und bilateraler wirtschaftlicher Kooperationen, sehe er mit größtem Interesse entgegen (zum letzteren Thema wird die AHSt [Außenhandelsstelle] gemeinsam mit der Botschaft eine erste Stellungnahme ausarbeiten). AM Skubiszewski und Außenhandelsminister Swiecicki äußerten sich dem Unterfertigten gegenüber in überaus positiver Weise über die Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler“ Das ebenfalls dem Bericht anliegende Resümee über die Gespräche von Botschafter Schmid mit Vizeaußenminister Makarczyk am 5. und 6. Juli stattfanden wird hier ausgespart. Weiters wurde in dem Schreiben Wagners die Nachreichung einer abschließenden Beurteilung des Wirtschafts-Round-Table-Gesprächs und des Gesprächs Vizepremier Balcerowicz angekündigt und ergänzend festgehalten, dass Vranitzky zahlreiche weitere Gespräche mit Vertretern des öffentlichen Lebens in Polen geführt hat. Der Akt wurde im BMAA von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen. Sachbearbeiter Legationsrat Josef Litschauer verfügte im Auftrag des Bundesministers die Übermittlung der Protokolle an das Kabinett des Bundeskanzlers z. Hd. der Gesandten Eva Nowotny und an die Leiter der Sektionen III, IV, V und VI. Vor Hinterlegung des Akts zeichneten Vertreter der Abteilungen II.1, II.6 und II.7 ab. Die handschriftlichen Unterstreichungen im BMAA sind durch Fußnoten gekennzeichnet.

2 Jerzy Sułek, Leiter der Abteilung Europa im polnischen Außenministerium, siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Ryszard Wojtkowski, Kabinettsdirektor des Premierministers Polens (1983–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Gerhard Wagner, Österreichischer Botschafter in Polen (1989–1994), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Eva Nowotny, Mitglied des Kabinetts der Bundeskanzler Fred Sinowatz und Franz Vranitzky, zuständig für Außenpolitik (1983–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Polen konnte dem Europarat am 26. November 1991 beitreten.

7 Siehe zur Pentagone bereits Dok. 70, Anm. 5.

Vor allem gehe es jedoch Polen um Normalisierung der Beziehungen mit der UdSSR und dem vereinten Deutschland. Die nord-südlich ausgerichtete regionale Zusammenarbeit zwischen Ostsee und Adria verstehe Polen als notwendige Ergänzung der Zusammenarbeit mit der UdSSR und Deutschland. Polen würde versuchen, seine geopolitische Lage in diesem Sinne zu nützen.

Deutsche Frage: Polen respektiere die Rechte des deutschen Volkes auf Vereinigung; in der Bevölkerung seien aber gewisse Befürchtungen nicht aus der Welt zu schaffen. Im Vereinigungsprozess müßten alle Zweideutigkeiten betreffend die polnisch-deutsche Grenze geklärt werden. Die Erklärungen der Parlamente der BRD und der DDR⁸ seien ein bedeutender Schritt. Polen wünsche jedoch einen Vertrag, wobei man noch vor der Vereinigung zu Vereinbarungen kommen sollte. Eine Neutralität Deutschlands betrachte er als nicht realistisch, ja sogar gefährlich. Einer Eingliederung des vereinten Deutschland in die NATO stehe Polen positiv gegenüber. Mit einem völligen Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR rechne er in etwa 5 bis 7 Jahren.

Österreich komme auch weiterhin eine wesentliche Rolle bei der Schaffung eines breiten europäischen Sicherheitssystems zu. Es sei eine Brücke nicht nur für Diplomaten und Politiker, sondern für die beiden Völker. Er wünsche sich, daß Polen und Österreich gemeinsam nachdächten, wie die zukünftige europäische Architektur⁹ ausschauen sollte. Die politische Teilung Europas gehöre der Vergangenheit an, das heutige Problem sei die wirtschaftliche Teilung Europas. Eine Verschärfung der ökonomischen Unterschiede halte er für gefährlich. Die in den mitteleuropäischen Staaten um sich greifende Armut sei ein Nährboden für populistische Tendenzen. Daher sollten die wirtschaftlichen Unterschiede im Interesse des demokratischen Europa gemeinsam möglichst rasch verringert bzw. beseitigt werden.

Der HBK unterstrich das große Interesse Österreichs an Polen. Österreich pflege die internationale Zusammenarbeit und versuche, sie nutzbar zu machen. Triebfedern seien die westeuropäische Integration und die Umwälzungen im Osten. Sodann erläuterte er kurz das Beitrittsansuchen Österreichs zur EG und den möglichen Beitrag Österreichs zur europäischen Integration. Sicherheit sei nicht nur in militärischen Belangen erwünscht; auch der Schutz der Demokratie, die Bekämpfung der Probleme im Inneren und Äußeren, der Schutz der Menschenrechte sowie der europäischen Sicherheit. Die Integration Europas bedeute auch eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Osten.

Eine institutionelle Verankerung bei der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems sei notwendig. Österreich greife Mazowieckis Vorschlag, gemeinsam Überlegungen anzustellen, gerne auf.¹⁰ Zur deutschen Frage meinte er, daß die Grenzfrage in eindeutiger Weise einer Lösung zugeführt werden müsse. Der Europarat wie andere europäische Institutionen und Gremien würden zu einer

8 Siehe dazu Dok. 141, Anm. 11.

9 Unterstreichung im BMAA.

10 Unterstreichung im BMAA.

Konfliktminimierung beitragen. Österreich habe sich stets für eine Aufnahme Polens in den Europarat eingesetzt und werde dies auch in Zukunft tun. Die Zusammenarbeit im Rat der Pentagonale überschätze Österreich nicht, die Zusammenarbeit mit Polen sei wichtig, wobei auch andere Möglichkeiten als die der Pentagonale gegeben seien.

Österreich sei fest entschlossen, die bilateralen Beziehungen sehr eng und freundschaftlich zu gestalten. Der HBK verwies auf die besonderen Bemühungen der österreichischen Wirtschaft, mit polnischen Unternehmen zu kooperieren. Er vertrat die Auffassung, daß die westliche Welt nicht nur verbal, sondern mit konkreten Fakten Polen behilflich sein müsse.

PM Mazowiecki: Innenpolitische Situation in Polen: Die Rezession bringe es mit sich, daß die Bevölkerung, die bisher geduldiger gewesen sei, als man gedacht habe, ungeduldig werde; die erhofften positiven Resultate kämen nicht rasch und spürbar genug. Die Demokratisierung sei ein schwieriger Prozess. Die Parteienlandschaft sei in Polen komplizierter als in anderen Staaten, nicht zuletzt deshalb, da das Wiederaufleben alter politischer Parteien hier nicht als zielführend angesehen wird. Jene Kräfte, die bisher vereint den Totalitarismus bekämpft hätten, strebten nun auseinander. Neue Strukturen begännen sich herauszukristallisieren. Es existiere eine gewisse Empfänglichkeit für populistische Schlagworte. Als Alternative zu einer modernen Demokratie wären für ihn Anarchie und Chaos denkbar. Europa könne und sollte zu diesem Demokratisierungsprozess beitragen, eine rasche Hilfe sei notwendig.

Frage der Verschuldung: Polen habe jährlich 4,5 Mrd. US-Dollar Zinsen zu zahlen. Das sei eine gewaltige Belastung, insbesondere für die in Angriff genommene wirtschaftliche Reform. Unter Hinweis auf den Schuldenerlaß, der der BRD 1953¹¹ gewährt worden sei, brachte Mazowiecki die Hoffnung zum Ausdruck, daß auch Polen eine Schuldenreduktion bzw. eine Herabsetzung der Zinsen gewährt werde. Diesbezüglich hätte er ein Schreiben an die Staats- und Regierungschefs des Weltwirtschaftsgipfels in Houston gerichtete. Die jüngste Entscheidung des Pariser Klubs¹² zugunsten Polens stimme ihn persönlich sehr zufrieden. Es könne dies aber nur ein erster Schritt sein. PM Mazowiecki ersuchte um österreichische Unterstützung bei seinen diesbezüglichen Bemühungen.¹³

Der HBK zur Schuldenfrage: Es handle sich hier nicht nur um eine wirtschaftliche bzw. finanzpolitische, sondern auch um eine politische Frage, bei deren Diskussion Politiker und Finanzexperten nicht unbedingt zu denselben Resultaten kommen müßten. Verweis auf die Gespräche Ende November 1989 zwi-

11 In dem am 27. Februar 1953 in London unterzeichneten Abkommen über die deutschen Auslandsschulden wurde die Prüfung von Reparationsforderungen bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage, die in einem Friedensvertrag erfolgt wäre, zurückgestellt.

12 Der Pariser Club ist ein informelles Gremium staatlicher Gläubiger, in dem die Mitglieder zusammentreten, um Schuldner, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten, zwecks Umschuldung beziehungsweise Schuldenerlass zu unterstützen.

13 Unterstreichung im BMAA.

schen Bundesminister Lacina und VPM Balcerowicz¹⁴ in Wien. Intensiviert werden sollten diesbezügliche Überlegungen in multilateralen Gremien; Österreich könnte auch Gespräche mit anderen Gläubigerstaaten führen. Lösungen könnten in der Dreiecks-Konstruktion liegen, die beim vorerwähnten Besuch zur Sprache gekommen sei: 1.) Schuldenkonsolidierung, 2.) Umwandlung von Forderungen in Beteiligungen (debts-equity-swaps) 3.) Aufbringung neuer Mittel. Der HBK bezeichnete entsprechende Anstrengungen auf internationaler Ebene als wichtig und sagte zu, sich in diesem Sinne zu verwenden.

Zur Frage der polnischen Schwarzarbeiter und Schwarzhändler: Der HBK kam auf die durch die Öffnung im Osten ausgelösten Wanderungs- und Reisebewegungen und die damit für Österreich entstandenen Probleme zu sprechen. Er verwies auf die neue gesetzliche Situation zugunsten von Fremdarbeitern. Er begrüßte die Aufklärungskampagne in Polen, die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden beider Staaten und die polnischerseits ergriffenen Maßnahmen. Die entstandenen Probleme sollten durch die intensivere Zusammenarbeit Schritt für Schritt einer Lösung zugeführt werden können. Dies werde wesentlich von den polnischen Anstrengungen abhängen. Die Wiedereinführung der Sichtvermerkspflicht sei die allerletzte Maßnahme in dieser Frage.¹⁵

PM Mazowiecki schlug vor, daß Österreich und Polen, ähnlich wie dies zwischen Österreich und Ungarn geschehe, in eine engere Kooperation eintreten und daß der HBK und er in diesbezüglich engem Kontakt bleiben, um so die durch den gegenständlichen Besuch gegebenen Impulse für konkrete Ergebnisse vor allem im wirtschaftlichen Bereich zu nutzen. Der HBK¹⁶ stellte Überlegungen zu den besprochenen Fragen, insbesondere dem Entschuldungsproblem sowie der wirtschaftlichen Kooperation zwischen Österreich und Polen in Aussicht. PM Mazowiecki sagte, er sehe einer solchen Stellungnahme mit großem Interesse entgegen und würde seinerseits dazu sehr rasch Stellung nehmen.¹⁷

Resümeeprotokoll der Unterredung des HBK mit Staatspräsident Wojciech Jaruzelski am 5.7.1990

Anwesend: Staatspräsident Jaruzelski, Staatsminister Czyrek,¹⁸ VAM Makarczyk,¹⁹ Geschäftsträger Wojtkowski; HBK, Botschafter Wagner, Gesandte Nowotny

14 Leszek Balcerowicz, Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident Polens (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben. Balcerowicz hatte Österreich am 28. November 1989 besucht.

15 Mit der Einführung der Visumpflicht war aufgrund des Vranitzky-Besuches noch zugewartet worden, sie erfolgte schließlich am 5. September 1990.

16 Unterstreichung im BMAA.

17 Unterstreichung im BMAA, das Wort „Stellungnahme“ wurde fett unterstrichen.

18 Józef Czyrek, Staatsminister beim Amt des Präsidenten Wojciech Jaruzelski (August 1989–Dezember 1990).

19 Jerzy Makarczyk, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Polens (1989–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Staatspräsident Jaruzelski hob die Wichtigkeit des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen beiden Ländern hervor, das sich in guten wie in schlechten Zeiten bewährt habe. Er brachte seine Freude über den Besuch zum Ausdruck, der für das bilaterale Verhältnis neue Impulse geben werde. Die geänderte politische und wirtschaftliche Situation erfordere von Polen besondere Anstrengungen und Adaptionen. Die Kontakte mit Österreich stellten gerade jetzt eine Art „Laboratorium“ dar.

Der HBK unterstrich in seiner Antwort die Qualität der österreichisch-polnischen Beziehungen. Politische wie wirtschaftliche Kontakte sollten eine Stärkung der Wirtschaft Polens zum Ziel haben. Das sei freilich nicht ganz einfach, da Polen nicht das einzige Land sei, das solcher Hilfe bedarf.

Auf eine Frage des HBK erwiderte Staatspräsident Jaruzelski, es sei seiner Meinung nach von Österreich nicht naiv gewesen, der früheren Regierung Kredite zu geben. Auch damals habe sich das Land in einer schwierigen Situation befunden. Es sei vielleicht seitens Polens naiv gewesen, daß man weitere Kredite in dieser Höhe erbeten habe.

Zur Verschuldung Polens²⁰ meinte Staatspräsident Jaruzelski, sie sei eine große Last für das Land und selbst langfristig kaum lösbar. Im Gegensatz zur Zeit zwischen 1971 und 81, als Polen seine Schulden entsprechend den Fälligkeiten bezahlt habe, sei es nun in einer sehr viel schwierigeren Situation. Ab 1981 habe es eine Reihe Fehlinvestitionen gegeben; andererseits seien aber auch eine Reihe von Menschen vom „sozialen Netz“ aufgefangen worden, die sonst arbeitslos gewesen wären.

Zur deutschen Frage²¹ führte Staatspräsident Jaruzelski aus, Polen wünsche die vertragliche Anerkennung seiner Westgrenze durch das vereinte Deutschland. Deutschland könne ein sehr positiver Faktor für Polens Wirtschaft sein, eine Hoffnung im Hinblick auf die neue Trennung Europas in technologischer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht.

Der Warschauer Pakt²² sei dabei, seinen Charakter zu verändern. Bei der jüngsten Tagung des Rates in Moskau²³ hätten alle Beteiligten sich für eine Weiterexistenz des Paktes ausgesprochen, allerdings sei klar geworden, daß eine neue, flexible Form gefunden werden müsse.²⁴ Er begrüße die volle Souveränität jedes Mitgliedstaates. Der Pakt erwarte sich nun in der Frage der Annäherung zum Westen eine Resonanz auf die eingeleiteten Veränderungen. In der Frage der Vertrauensbildung seien große Schritte gemacht worden; Österreich und der HBK hätten dabei die Rolle eines wichtigen Vermittlers. Die Lage in der UdSSR²⁵ halte er für

20 Unterstreichung im BMAA.

21 Unterstreichung im BMAA.

22 Unterstreichung im BMAA.

23 Der Politisch Beratende Ausschuss des Warschauer Paktes war am 7. Juni 1990 in Moskau zusammengetroffen. Siehe dazu bereits Dok. 155, Anm. 9.

24 Dieser Satz wurde im BMAA am Seitenrand mit einem Fragezeichen versehen.

25 Unterstreichung im BMAA.

sehr kompliziert, die Reformen dort betrachte er als ein für das neue Europa positives Element. Das Land sei ein großes Schiff, das Löcher aufweise; man müsse verhindern, daß es zu stark ins Schaukeln komme.

Der Weg Polens zu Demokratie und Marktwirtschaft²⁶ sei schmerzhaft und mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Die Bevölkerung müsse bald eine gewisse Verbesserung spüren; das bedeute aber nicht unbedingt einen höheren Lebensstandard. Das Land brauche Pluralismus; derzeit habe es die „Linke“ allerdings sehr schwer.

Österreichs Neutralität²⁷ sei für ganz Europa ein Modell. Er könne sich nach Abbau des Paktes ein neutrales Europa²⁸ vorstellen. Der Verbleib der USA in Europa sei für ihn keine Frage einer Vereinbarung zwischen WP und NATO, diese Frage brauche allerdings Zeit. Vorderhand sei die Existenz der NATO nicht in Frage gestellt; er glaube freilich, daß man dies in ein paar Jahren schon ganz anders sehen werde.

Der HBK führte Österreichs Position zur deutschen Frage, zur Neutralität Österreichs und zu einem neuen europäischen Sicherheitssystem aus. Österreich werde seine Neutralität im Zusammenhang mit einem Beitritt zu den EG nicht aufgeben. Auch innerhalb der EG könne es eine wichtige Rolle für Neutrale geben. Sicherheit habe nicht nur einen militärischen Aspekt, sondern auch Aspekte der Menschenrechte, der Bekämpfung des Terrorismus und des Drogenmißbrauchs. Mit der UdSSR sei konkrete Kooperation notwendig und wünschenswert. Hier gebe es noch viel Arbeit auf internationaler Ebene.

Dok. 159: Information. Der NATO-Gipfel in London, 9.7.1990

Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 9. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 701.01/22-II.I/90¹

NATO-Gipfel in London, 5./6. Juli 1990

Bei ihrem Gipfeltreffen in London am 5./6. Juli 1990 haben die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten eine „Londoner Deklaration über eine veränderte

26 Unterstreichung im BMAA.

27 Unterstreichung im BMAA.

28 Unterstreichung im BMAA.

1 Die in der Abteilung II.1 von Sachbearbeiter Gesandten Marius Calligaris erarbeitete Information wurde auf Veranlassung von Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner am 9. Juli 1990 dem Bundesminister, dem Generalsekretär, den Sektionsleitern, allen Abteilungen der Sektion II und den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“ zur Kenntnis gebracht.

nordatlantische Allianz“² verabschiedet (entscheidender Beitrag durch USA), welche nachstehende wesentliche Punkte enthält:

- Erklärung spricht von einer neuen Ära in Europa und enthält Bekenntnis zu stärkerer politischer Rolle der Allianz und zu neuer Partnerschaft mit allen europäischen Staaten.
- Angebot an WP-Staaten, eine Gemeinsame Deklaration betreffend Ende des Antagonismus und Gewaltverzicht zu unterzeichnen.
- Angebot an Präs. Gorbatschow und Vertreter der anderen WP-Staaten, vor dem Nordatlantischen Rat in Brüssel zu sprechen und Anregung der Aufnahme regelmäßiger diplomatischer Kontakte.
- Eintreten für CFE-I-Abkommen (sowie auch ein CSBM-Paket) noch 1990. Bekenntnis zu Folgeverhandlungen und weiteren Abrüstungsschritten.³
- Bei Abschluss CFE-I wird Zusicherung betreffend Höchststärke der deutschen Streitkräfte abgegeben werden. Geeintes Deutschland innerhalb der NATO stellt unverzichtbaren Faktor der Stabilität dar.
- Allianz wird derzeitige Militärstruktur und Strategie überprüfen (Ersetzung der Vorne-Verteidigung durch reduzierte Vorne-Präsenz, Modifizierung der „flexible response“).⁴
- Vorschlag an SU der gegenseitigen Eliminierung von Nuklear-Artillerie-Geschoßen in Europa.
- Vorschlag neuer Verhandlungen USA – Sowjetunion über Reduzierung der Kurzstreckenwaffen nach Abschluss von CFE-I.
- NATO wird Nuklearwaffen nur als letzten Ausweg (last resort) einsetzen (siehe oben: modifizierte „flexible response“)

2 Während dieses Treffens der Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten in London wurde eine Erklärung abgegeben, die auf eine Umgestaltung des atlantischen Bündnisses aufgrund der geänderten Lage in Europa verwies. Siehe: Europa Archiv 1990, D 456–460. Zum Verlauf siehe: Ortiz des stellvertretenden Referatsleiters 012, Trautwein, 11. Juli 1990 (= Dokument 128), in: Die Einheit, S. 609–613; Gesprächsunterlagen des Bundeskanzlers Kohl für das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der NATO, London, 5./6. Juli 1990 (= Dokument 344–344I), in: Deutsche Einheit, S. 1309–1323. Der politische Botschaftsrat der US-Botschaft in Wien, Joe Snyder, unterrichtete das Wiener Außenamt bezüglich der neuen NATO-Strategie, vgl. Aktenvermerk betreffend geänderter Nordatlantikpakt, Vorsprache von BR Snyder, Wien, 9. Juli 1990, ÖStA, AdR BMAA, II-Pol 1990, GZ. 701.01/26-II.9/90.

3 Die KSZE-Staaten starteten im Frühjahr 1989 die „Wiener Gespräche“. Sie verhandelten über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE, hier im Dok. in der englischen Abkürzung CFE) und über „Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen“ (VSBM, hier im Dok. in der englischen Abkürzung CSBM). Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

4 Vorneverteidigung bzw. auch vorgeschobene Verteidigung oder Vorwärtsstrategie war ein strategisches Konzept der NATO zur Verteidigung Mitteleuropas gegen einen Angriff des Warschauer Pakts. Vorgesehen war im Falle eines Angriffs eine grenznahe, zusammenhängende aber nicht statische Verteidigung.

– KSZE: Anregung zumindest jährlicher Konsultationen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs oder auf Ministerebene;

KSZE-Folgekonferenz alle 2 Jahre, kleines KSZE-Sekretariat, Schaffung eines Zentrums für Konfliktverhinderung.

NATO-GS Wörner⁵ wird am 14. Juli zu einem Besuch nach Moskau⁶ reisen und der SU persönlich den Inhalt der NATO-Deklaration erläutern.

Wertung:

Das Ergebnis des NATO-Gipfels stellt ein klares Bekenntnis der Allianz dar, auf die veränderte Lage in Europa einzugehen und die in Aussicht gestellte Umwandlung in eine stärker politische Organisation durchzuführen (die SU hat bereits positiv auf den Gipfel reagiert und ihn als Eingehen auf entsprechende Beschlüsse des WP vom 7. Juni 1990⁷ bezeichnet). Das NATO-Dokument bedeutet zudem ein Signal der außenpolitischen Hilfestellung für den bedrängten Gorbatschow. In der Frage der deutschen Einigung signalisiert die NATO Bereitschaft, auf sowjetische Sicherheitsinteressen Rücksicht nehmen zu wollen (Frage der Höchstgrenze der deutschen Truppen), bekennt sich jedoch klar zur Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der Allianz sowie zur gemeinsamen westlichen Verteidigung im Allgemeinen. Außenminister Genscher hat übrigens für Herbst d. J. eine Erklärung zur deutschen Truppenstärke angekündigt. (Die Wehrdienstzeit in der BRD wird schon per 1.10.1990 auf 12 Monate reduziert werden.)⁸

Plattner m. p.

5 Manfred Wörner, Generalsekretär der NATO (1988–1994), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 NATO-Generalsekretär Wörner besuchte vom 14. bis 17. Juli 1990 Moskau. Er traf am 14. Juli zu einem Gespräch mit Gorbatschow und Schewardnadse und am 16. Juli mit dem sowjetischen Generalstabschef Moissejew zusammen. Vgl. Gespräch Gorbatschew mit NATO-Generalsekretär Wörner am 14. Juli 1990 [Auszug] (= Dokument 101), in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 455–457. Siehe auch Dokument 34, in: Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990.

7 Zur Sitzung am 7. Juni 1990 in Moskau, vgl. Records of the Political Consultative Committee Meeting in Moscow, June 7, 1990 (= Dokument 153), in: A Cardboard Castle?, S. 674–677.

8 Dies hatte die Bundesregierung am 13. Juli 1990 beschlossen.

Dok. 160: Vorbereitungsmaterial für den Besuch de Maizières in Österreich, 16.7.1990

Botschafter Erich Binder an BMAA, Berlin (Ost), 16. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.09/8-II.3/90¹

*Arbeitsbesuch von Ministerpräsident Lothar de Maiziere in Österreich, 25./26.7.1990;²
Kurzinformation (Info)*

Innenpolitik

1. Die Regierungskoalition von CDU, CSU, Demokratischer Aufbruch, Liberale und SPD verfügt in der Volkskammer über eine solide Mehrheit (303 von 400). Allerdings ist dies keine Gewähr dafür, dass die Regierungskoalition tatsächlich ihre Politik dort durchsetzen kann. So wurde vor zwei Wochen eine Regierungsvorlage über Einführung einer Importsteuer mit 152:90 abgelehnt.³
2. Die beiden CSU-Minister Diestel (Innen)⁴ und Ebeling (Entwicklungshilfe)⁵ sind aus ihrer Partei mit der Begründung ausgetreten, dass diese zu rechts stehe und zu enge Beziehungen zu den Republikanern habe. Beide verblieben jedoch in der Regierung.
3. Im Oktober (vermutlich 14.) werden Landtagswahlen zwecks Bildung der Länderstruktur (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt) stattfinden.⁶
4. Koalition ist einig, Volkskammerwahlen am 2.12. abzuhalten.⁷ Die CDU-Ost tritt für eine 5-prozentige Sperrklausel nur für die DDR ein, nach der SPD hingegen sollen sich die 5 Prozent auf beide Teile Deutschlands erstrecken. Kleine, heute in der Volkskammer vertretene Gruppen – wie Bündnis 90, Frauen, Grüne – haben bei einer Sperrklausel – gleichgültig nach welcher Version – keine Chance. Aber auch die PDS hätte bei einer 5-Prozent-Sperrklausel für ganz Deutschland keine Aussicht (bei den letzten Wahlen ca. 16 Prozent).⁸

1 Die Informationen wurden als Fernschreiben Nr. 25100 an das BMAA übermittelt und waren an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. In der mit der Erstellung der Vorbereitungsunterlagen betrauten Abteilung II.3 wurde am 23. Juli 1990 vermerkt: „Soweit möglich ausgewertet“ bevor der Bericht ad acta gelegt wurde. Siehe dazu Dok. 165.

2 Bisher konnte kein Gesprächsprotokoll des Besuches aufgefunden werden.

3 Die von Wirtschaftsminister Gerhard Pohl intendierte Einführung einer Sonderabgabe auf importierte Konsumgüter fand somit keine Mehrheit unter den Abgeordneten. Vgl. Berliner Zeitung, 29. Juni 1990, S. 1–2.

4 Peter-Michael Diestel, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres der DDR (April–Oktober 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Hans-Wilhelm Ebeling, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (April–Oktober 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Die Landtagswahlen in den fünf neuen Bundesländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR fanden am 14. Oktober 1990 statt.

7 Am 2. Dezember 1990 fanden bereits die ersten gesamtdeutschen Wahlen statt.

8 Zum Ergebnis der Volkskammerwahlen vom 18. März siehe Dok. 137.

5. Naturgemäß spielt die Frage Hauptstadt Berlin hier eine besondere Rolle. Sowohl Ost- als auch Westberliner sind vehement dafür. Ministerpräsident de Maizière hat die Nominierung Berlins als Hauptstadt zur Voraussetzung zur Zustimmung zum 2. Staatsvertrag⁹ gemacht.
Allerdings dürfte die Bundesregierung diese Frage in der nächsten Zeit nicht entscheiden. Bayern und Nordrhein-Westfalen, auch Baden-Württemberg haben sich gegen Berlin als Hauptstadt ausgesprochen. Ein wesentlicher Grund – zumindest für die Bundesregierung – ist, dass sich auf DDR-Gebiet derzeit noch etwa 380.000 sowjetische Soldaten befinden, deren Abzug auch bei bestem Willen der UdSSR noch Jahre dauern kann. Die wahrscheinlichste Lösung dürfte wohl die sein, dass der Regierungssitz bis auf weiteres in Bonn bleibt, der Bundespräsident hierher übersiedelt und Berlin nominell Hauptstadt wird.
6. Die Vereinigung der deutschen Staaten dürfte, wie es jetzt aussieht, frühestens am Vortag der gesamtdeutschen Wahlen, also am 1. Dezember, und spätestens einen Monat nach der Wahl, also am 2. Jänner, erfolgen. MP de Maizière hat sich – für die CDU-Ost – für den Termin „einen Monat nach der Wahl“, die SPD-Ost mit der Wahl ausgesprochen. Es gibt jedoch auch Stimmen, die die Vereinigung am Tage vor oder nach der Wahl sehen wollen. MP de Maizière hat sich ursprünglich eine wesentlich längere Zeit zwischen dem ersten Staatsvertrag und der Vereinigung vorgestellt. Es scheint aber jetzt, dass er dem Drängen des Bundeskanzlers, der eine Änderung der für die Vereinigung günstigen Konstellation in der UdSSR befürchtet, nachgegeben hat.
7. 2+4: in den 2+4-Gesprächen teilt die DDR weitgehend den BRD-Standpunkt, will jedoch dem „Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion“ mehr Rechnung getragen sehen. Weiters tritt sie für eine verstärkte Abrüstung, insbesondere eine Reduzierung der deutschen Truppen in Ost und West, ein. Nach dem Eindruck eines hiesigen Gesprächspartners hat sich das Schwergewicht der Ost-West-Gespräche bezüglich der Vereinigung zum Teil auf andere Gremien verlagert, insbesondere bezüglich Abrüstung auf die KSZE in Wien.
8. Die DDR wird die Kandidatur Österreichs für einen Sitz im Sicherheitsrat unterstützen.¹⁰
9. Die ca. 85.000 Stasi-Mitglieder stellen ein ernstes Problem dar. Man versucht, sie zu integrieren, um sie nicht in den Untergrund zu treiben.

9 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands („Einigungsvertrag“) vom 31. August 1990, in Kraft getreten am 29. September 1990. Zum Vertragstext siehe BGBl. 1990, II, S. 889–1245. Die Passage zu Berlin Artikel 2 (1) lautete: „Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden.“ Zur weiteren Entwicklung in dieser Frage siehe Dok. 180, Anm. 8.

10 Österreich wurde für die Periode 1991–1992 als nichtständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat gewählt.

10. Über Kernpunkte des 2. Staatsvertrages, wie Stimm- und Zählmodus der Wahlen am 2.12., Abtreibung,¹¹ Sozialfragen, hat sich die Regierungskoalition noch nicht geeinigt.
11. Nach dem 1. Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion bleibt die Bodenreform 1945–49 unverändert bestehen.¹² Spätere Enteignungen sollen nach Möglichkeit rückgängig gemacht, wo nicht möglich, entschädigt werden.
12. Im vereinten Deutschland soll ein Ministerium für den Wiederaufbau der DDR geschaffen werden, mit Herrn de Maizière als Ressortchef.¹³

Wirtschaft:

1. Die Prognosen für die unmittelbare Zukunft der hiesigen Wirtschaft sind schlecht. Man rechnet, dass rund ein Drittel der Betriebe schließen muss, bei fast 50 Prozent ist dies fraglich und hängt wohl davon ab, wie weit man bereit ist, diese zu subventionieren. Von den rund 8,9 Millionen Arbeitnehmern befürchtet man, dass bis zu zwei Millionen noch in diesem Jahr arbeitslos sein werden. Der von verschiedenen Seiten angekündigte „heiße Herbst“ hat bereits jetzt im Sommer begonnen und es finden fast täglich von verschiedenen Berufsgruppen Demonstrationen und Streiks statt, von Landwirten und Metallarbeitern, Studenten und Magistratsangestellten, Handelsangestellten und Lehrern.
2. Die Investitionen aus der BRD blieben trotz entsprechender Aufrufe des Bundeswirtschaftsministers, aber auch der gesamten Bundesregierung und des deutschen Industrie- und Handelstages, weit hinter den Erwartungen zurück.
3. In der Landwirtschaft gibt es eine Überproduktion, die nicht absetzbar ist, so dass die Gemüseernte teilweise eingepflügt werden muss bzw. Milch verfüttert wird. Auch Fleisch ist zu viel vorhanden, das die Bauern nicht absetzen können.
4. Die DDR wird mit westdeutschen Konsumgütern und Nahrungsmitteln überschwemmt, nur 15 Prozent des Warenangebotes stammen aus der DDR. Dazu kommt, dass diese westlichen Konsumgüter beträchtlich teurer sind als im Westen. So z. B. wurde festgestellt, dass Bananen in Westberlin etwa 2,-- DM, in Ostberlin ca. 3,-- DM, in Leipzig hingegen 7,-- DM kosten, Milch in Cottbus das dreifache von Westberlin.

11 Siehe dazu Dok. 151, Anm. 7.

12 Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR war am 1. Juli 1990 in Kraft getreten. Die DDR hätte einer entsprechenden Rückgängigmachung nicht zugestimmt bzw. auf sowjetischen Druck hin nicht zustimmen können. Konzessionen über die Zulassung von Eigentumserwerb wurden in einem Anhang gemacht.

13 De Maizière war vom 3. Oktober bis 19. Dezember 1990 Bundesminister für besondere Aufgaben. Am 17. Dezember bat er um die Entlassung aus dem Ministeramt, da die gegen ihn vorgebrachten Vorwürfe einer Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit einer Klärung harhten.

5. DDR-EG: Die DDR hat bereits vor einigen Monaten ein Freihandelsabkommen mit der EG geschlossen,¹⁴ das jedoch mit der Vereinigung hinfällig wird. Bereits jetzt nimmt an den Verhandlungen DDR-BRD über den 2. Staatsvertrag (Vereinigung) ein Vertreter der EG-Kommission teil.¹⁵ Mit der Vereinigung wird das Gebiet der DDR – als Teil der BRD – Mitglied der EG. Man rechnet, dass für dieses Gebiet von 1991–1993 ca. 6 Milliarden D-Mark aus Gemeinschaftsmitteln aufgewendet werden. Bereits jetzt hat die EIB¹⁶ 300 bis 400 Millionen D-Mark für Investitionsfinanzierungen in der DDR bereitgestellt.
6. In der DDR sind in den letzten Monaten aus den vergangenen 50 Jahren stammende Umweltschäden bekanntgeworden, die bisher geheim gehalten wurden. Wie hoch die Kosten der Sanierung sein werden, ist unbekannt, man rechnet aber mit Hunderten Milliarden D-Mark.
7. Ab 15. Juli ist für den Warenaustausch auf dem industriell-gewerblichen Sektor zwischen Österreich und der DDR Zollfreiheit vereinbart.¹⁷

Bilaterale Beziehungen

Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen sind die bilateralen Beziehungen problemlos. So bestehen enge wirtschaftliche – die DDR ist nach der Sowjetunion und Ungarn der größte Handelspartner Österreichs im RGW – sowie kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen. Aufgrund der problematischen Wirtschaftslage in der DDR ist der Warenaustausch zwischen den beiden Ländern stark reduziert. Es ist jedoch zu erwarten, dass dies eine vorübergehende Erscheinung sein wird. Es besteht bei den DDR-Firmen allergrößtes Interesse, ihre Beziehungen zu österreichischen Unternehmungen aufrechtzuerhalten, ja auszubauen. Allerdings sind bereits jetzt aufgrund des BRD-Einflusses Fälle bekanntgeworden, wonach DDR-Firmen erklärt haben, von ihren westdeutschen Partnern abgehalten worden zu sein, mit österreichischen Firmen zu kooperieren. Diesbezügliche Information soll der BKdGW¹⁸ vorliegen, die auch ein Management-Seminar für ostdeutsche Wirtschaftsfachleute absagen musste.

14 Zum Komplex DDR-EG bereits Dok. 103, und dort auch Anm. 10 sowie Dok. 104, Anm. 7.

15 Carlo Trojan, stellvertretender Generalsekretär der EG/EU-Kommission (1987–1997), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

16 Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat ihren Sitz in Luxemburg und existiert seit den Römischen Verträgen (1958 in Kraft getreten).

17 Durch das Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunion wäre der Handel des Nicht-EG-Mitglieds Österreich mit der DDR zollmäßig benachteiligt gewesen. Der österreichische Nationalrat beschloss daher noch vor der Sommerpause am 5. Juli 1990 ein entsprechendes Gesetz. In vorhergehenden Verhandlungen mit einer DDR-Delegation am selben Tag hatte diese zugesagt, unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit „auf dem Gebiet der industriell-gewerblichen Produkte bereits mit 15. Juli wiederum die Zollfreiheit“ herzustellen.“ Vgl. Stenographische Protokolle des Österreichischen Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 152. Sitzung am 5. Juli 1990, S. 17649. Vgl. zudem Bundesgesetz vom 5. Juli 1990 über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf Österreich, BGBl. Nr. 422/1990. Siehe dazu auch Dok. 165.

18 BKdGW = Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Die letzten Besuche in der DDR: Bundespräsident 1983,¹⁹ Bundeskanzler im November 1989²⁰ (erster Besuch eines Regierungschefs nach der Wende). Im Jänner d. J. stattete Ministerpräsident Modrow einen Arbeitsbesuch in Wien ab.²¹

Binder

Dok. 161: Bericht. Erste Wertung des Kohl-Besuchs in Moskau, 17.7.1990

Botschafter Herbert Grubmayr und Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 17. Juli 1990, Zl. 379-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/174-II.3/90¹

SU-BRD; Ergebnisse des Kohl-Besuchs, erste Wertung (Info)

1. Zurückhaltende Berichterstattung der sowjet. Medien über Kohl-Besuch
Die sowjet. Zeitungen von heute (17.7.) bringen keine Berichte über die Ergebnisse der Kohl-Gorbatschow-Gespräche, insbesondere werden die 8 Hauptpunkte der gemeinsamen Erklärung noch nicht wiedergegeben.² Die gemeinsame Presse-

19 Bundespräsident Rudolf Kirchschläger hatte der DDR vom 11. vom 14. Oktober 1983 einen offiziellen Staatsbesuch abgestattet.

20 Vranitzky hatte am 24. November 1989 die DDR besucht. Siehe Dok. 77–78.

21 Modrow hatte am 26. Jänner 1990 Wien besucht. Siehe Dok. 107, 111–113.

1 Der Bericht erging als Funkdepesche Nr. 25219 an das BMAA und war für die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers bestimmt. Er wurde in der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen. Legationsrat Josef Litschauer veranlasste am 17. Juli 1990 seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn und Berlin.

2 Vgl. Protokoll der Pressekonferenz in Hans Klein, Es begann im Kaukasus. Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands, Berlin 1991, S. 305–353. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz vom 16. Juli 1990 fasste Bundeskanzler Kohl seine Gespräche mit Gorbatschow in folgenden 8 Punkten zusammen:

- 1) Die Einigung Deutschlands umfaßt die Bundesrepublik, die DDR und Berlin.
- 2) Wenn die Einigung vollzogen wird, werden die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten vollständig abgelöst. Damit erhält das vereinigte Deutschland zum Zeitpunkt seiner Vereinigung seine volle und uneingeschränkte Souveränität.
- 3) Das vereinte Deutschland kann in Ausübung seiner uneingeschränkten Souveränität frei und selbst entscheiden, ob und welchem Bündnis es angehören will. Das entspricht der KSZE-Schlußakte. Ich habe als die Auffassung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß das geeinte Deutschland Mitglied des Atlantischen Bündnisses sein möchte und ich bin sicher, dies entspricht auch der Ansicht der Regierung der DDR.
- 4) Das geeinte Deutschland schließt mit der Sowjetunion einen zweiseitigen Vertrag zur Abwicklung des Truppenabzuges aus der DDR, der innerhalb von drei bis vier Jahren beendet sein soll. Gleichzeitig soll mit der Sowjetunion ein Überleitungsvertrag über die Auswirkung der Einführung der D-Mark in der DDR für diesen Zeitraum von drei bis vier Jahren abgeschlossen werden.

konferenz von Kohl und Gorbatschow wurde nur im Vorabendprogramm ohne Vorankündigung vom TV direkt übertragen, in der Hauptnachrichtensendung um 21.00 Uhr gab es hierüber nur kurze Ausschnitte, wobei jedwede Referenz auf den künftigen militärischen Status des vereinten Deutschland vermieden wurde.³

Demgegenüber steht das Faktum, dass die TASS bereits in ihrem englischen Dienst kurz nach 19.00 Uhr die wesentlichen Besuchsergebnisse zusammenfasste. Lt. sowjet. Nachrichtenagentur war es Kohl, der die 8 Hauptpunkte der gemeinsamen Erklärung bei der Pressekonferenz den Journalisten bekanntgab.

Gorbatschow wird von TASS zur Frage der künftigen NATO-Mitgliedschaft Deutschlands wie folgt zitiert: „The Soviet Union proceeds from the premise that a reunited Germany, after it gains full sovereignty upon the termination of the rights of the four powers, should think everything over within the framework of newly elected bodies, parliament and government and decide on where it wants to belong.“

Die Art der Berichterstattung der sowjet. Medien lässt daher den Schluss zu, dass in den sowjet. Führungsetagen offensichtlich Unschlüssigkeit herrscht, wie die Konzession im Bezug auf eine NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland der Bevölkerung nahegebracht werden soll, vor allem angesichts der harschen Kritik an der sowjet. Außenpolitik im Laufe des Gründungsparteitags der russischen KP⁴ sowie des 28. Parteitags der KPdSU.⁵

5) Solange sowjetische Truppen noch auf dem ehemaligen DDR-Territorium stationiert bleiben, werden die NATO-Strukturen nicht auf diesen Teil Deutschlands ausgedehnt. Die sofortige Anwendung von Artikel fünf und sechs des NATO-Vertrages (wonach jedes NATO-Mitglied einen Angriff auf einen anderen NATO-Partner als Angriff auf das gesamte Bündnis wertet und gemeinsam Gegenmaßnahmen ergriffen werden) bleibt davon von Anfang an unberührt. Nicht integrierte Verbände der Bundeswehr, das heißt Verbände der territorialen Verteidigung, können sofort nach der Einigung Deutschlands auf dem Gebiet der heutigen DDR und in Berlin stationiert werden.

6) Für die Dauer der Präsenz sowjetischer Truppen auf dem ehemaligen DDR-Territorium sollen nach der Vereinigung nach unserer Vorstellung die Truppen der drei Westmächte in West-Berlin verbleiben. Die Bundesregierung wird die drei Westmächte darum ersuchen und die Stationierung mit den jeweiligen Regierungen vertraglich regeln.

7) Die Bundesregierung erklärt sich bereit, noch in den laufenden Wiener Verhandlungen eine Verpflichtungserklärung abzugeben, die Streitkräfte eines geeinten Deutschlands innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370 000 Mann zu reduzieren. Die Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten Wiener Abkommens begonnen werden.

8) Ein geeintes Deutschland wird auf Herstellung, Besitz und Verfügung über ABC-Waffen verzichten und Mitglied des Nichtverbreitungsvertrages bleiben.

3 Handschriftliche Notiz Litschauers: ita est!

4 Der Gründungsparteitag der russischen KP, im Zuge dessen Gorbatschow für seine Deutschland- und Außenpolitik stark unter Beschuss geriet, fand vom 19. bis 23. Juni 1990 statt.

5 Der XXVIII. und letzte Parteitag der KPdSU fand vom 2. bis 13. Juli 1990 statt. Auch bei diesem parteipolitischen Zusammentreffen war Gorbatschow heftiger Kritik ausgesetzt, ebenso wie sein Außenminister Schewardnadse.

2. „Link“ zwischen Konzession hinsichtlich NATO-Mitgliedschaft und deutscher Wirtschaftshilfe an SU

Die sowjet. Kommentare zum „G7“-Treffen von Houston⁶ waren im wesentlichen kritisch zur Frage, ob die SU „ein westl. Milliardenhilfe für die Perestrojka“ überhaupt akzeptieren soll. Am prononciertesten formulierte diese Haltung der bekannte „Iswestija“-Kommentator Bowin,⁷ der Zweifel äußerte, dass die UdSSR derzeit überhaupt reif für eine massive wirtschaftl. Unterstützung durch den Westen sei. Bowin polemisierte dabei gegen die deutsche Bereitschaft, die UdSSR ökonomisch zu unterstützen, da die BRD in seinen Augen nur rein politische Ziele im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verfolge.

Gorbatschow steht nun vor dem Dilemma, wie er den „Link“ zwischen Wirtschaftshilfe und NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands sowjetintern „verkauft“. Verstärkt wird diese Problematik durch die Tatsache, dass ein Vertrag über die langfristige Regulierung der deutsch-sowjet. Beziehungen, der auch wirtschaftl. Aspekte umfassen soll, erst nach der Vereinigung abgeschlossen wird. Gorbatschow wird sich dem Argument stellen müssen, dass er – abermals – zu leichtfertig Konzessionen gemacht hat, ohne adäquate Zusicherungen erhalten zu haben.

3. Sowjet. „decision-making“ im Matchinterregnum?

In seiner Rede vor dem 28. Parteitag erklärte Ex-Politbüromitglied Lew Saikow,⁸ dass alle wesentlichen außen- und rüstungspolit. Entscheidungen der letzten Zeit von einer für diese Fragen zuständigen Sonderkommission des Politbüros der KPdSU getroffen worden seien. Diesem Gremium gehörten die führenden Außenpolitiker, Militärs und der KGB an. Inwieweit unter den gegenwärtigen Bedingungen – Verteidigungsminister Jasow⁹ ist im übrigen krank und glänzt seit einiger Zeit durch Abwesenheit von der polit. Bühne – die sowjet. Konzession hinsichtlich einer NATO-Mitgliedschaft Deutschlands von allen diesen Pfeilern der sowjet. Realverfassung mitgetragen werden [sic!], lässt sich nicht ergründen. (Schewardnadse, Jasow und Krjutschkow¹⁰ gehören bekanntlich dem neuen KPdSU-Politbüro nicht an.) Eine Tagung des Präsidenschaftsrates ist erst für kommenden Donnerstag angesetzt, wie mir dessen Mitglied, Prof. Schatalin,¹¹ gestern mitteilte.

6 Der Weltwirtschaftsgipfel (G7-Gipfeltreffen) fand vom 9. bis 11. Juli 1990 in Houston, Texas statt.

7 Alexander Bowin, Politischer Kommentator der sowjetischen Tageszeitung Iswestija (1972–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Lew Saikow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU (März 1986–Juli 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Dmitri Jasow, Minister für Verteidigung der UdSSR (1987–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

10 Wladimir Krjutschkow, Leiter des KGB (1988–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Stanislaw Schatalin, Mitglied des Präsidialrats (März–Dezember 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

Die Botschaft möchte daher nicht ausschließen, dass Gorbatschow der Vorwurf gemacht wird, diese einschneidende Konzession im Alleingang gemacht und sie nur mit AM Schewardnadse abgesprochen zu haben, dem ohnehin – vor allem von Seiten lokaler „sowjet. Militärgränden“ – allzu große Nachgiebigkeit nachgesagt wird.

In diesem Zusammenhang erscheint es daher auch nicht von ungefähr, dass gewisse Stimmen aus dem sowjet. Außenministerium, dem im übrigen eine Nähe zum KGB nicht abgesprochen werden kann, erneut die These eines drohenden Militärputsches in der SU verbreiten. Die Nervosität über allzu schrille deutsche Jubelschreie und ihre dialektischen Effekte auf die sowjet. innenpol. Szenerie ist in diesen Kreisen des sowjet. Außenministeriums unverkennbar.

Die tatsächliche Umsetzung der Vereinbarungen zwischen Kohl und Gorbatschow wird somit nach ho. Ansicht in einem großen Maße auch vom Takt und Fingerspitzengefühl der Deutschen selbst in den kommenden Tagen und Wochen abhängen.

Grubmayr/Sajdik

Dok. 162: Information. Deutsche Einheit, Stand Mitte Juli 1990, 18.7.1990

Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 18. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/173-II.1/90¹

Deutsche Einheit; Stand Mitte Juli 1990

I. Innerdeutsche Aspekte

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten ist am 1. Juli 1990 in Kraft getreten. Wesentlichste Maßnahme war die Einführung der D-Mark in der DDR.

Ein Vertrag über die rechtliche bzw. staatsrechtliche Vereinigung der beiden Teile Deutschlands ist in Vorbereitung und soll bis Herbst d. J. unterzeichnet sein.

1 Die Information wurde in der Abteilung II.1 von Sachbearbeiter Gesandten Marius Calligaris erarbeitet und erging am 18. Juli auf Veranlassung von Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, alle Abteilungen der Sektion II und an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE. Die Information war auch Bestandteil der Vorbereitungsmappe für BK Vranitzky anlässlich des ursprünglich für 25. und 26. Juli 1990 geplanten Besuches von Lothar de Maizière in Österreich, der schließlich auf einen Besuchstag reduziert wurde. Siehe: Arbeitsbesuch von MP Lothar de Maizière 25./26. Juli 1990“, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „BM Choonhavan Chatichai (Tailand), MP Calfa CSFR 1990, PM Silva (Portugal), MP Singh (Indien), Präs. Dubcek (CSFR), PM Kang Young-Hoon (Korea), PM Bhutto (Pakistan), Präs. Vassiliou George (Zypern), MP Maiziere Lothar (DDR) 25. Juli 90“. Für die ergänzende Einschätzung der Abteilung II.3 siehe Dok. 163.

Gesamtdeutsche Wahlen

Die nächste Bundestagswahl war für den 2. Dezember 1990 angesetzt. An ihrer Stelle sollen nun an diesem Tag gesamtdeutsche Wahlen stattfinden. Strittig ist noch der Wahlmodus. Die DDR-CDU tritt dafür ein, in der BRD bzw. der DDR getrennt zu wählen (Sperrklausel jeweils 5 %) und den Beitritt der DDR zum Bonner Grundgesetz erst nachher zu vollziehen. Die SPD und FDP beider Landesteile treten für eine einheitliche Wahl in ganz Deutschland (Sperrklausel für gesamtes Gebiet 5 %) und den Beitritt der DDR schon vor der Wahl ein. (Dieser Vorschlag würde u. a. bedeuten, daß die PDS, die Nachfolgepartei der SED in der DDR, an der 5 %-Hürde in Gesamtdeutschland scheitern dürfte.) Die BRD-CDU ist in dieser Frage gespalten.

II. Äußere Aspekte

Präsident Gorbatschow hat anlässlich des jüngsten Besuches von BK Kohl in Moskau² de facto grünes Licht für die Einheit Deutschlands gegeben. Die erzielte Einigung umfaßt im wesentlichen folgende Punkte:

- Gesamtdeutschland wird die BRD, DDR und Berlin umfassen
- volle Souveränität Deutschlands nach vollzogener Einigung
- sowjetische Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands
- sowjetischer Truppenabzug aus dem Gebiet der DDR in 3–4 Jahren (hierüber wird Vertrag abgeschlossen)
- während dieser Zeit keine Ausdehnung der NATO-Strukturen auf DDR-Gebiet, jedoch Gültigkeit der NATO-Bündnisverpflichtung auch für dieses (Zusage Kohls, daß auch später keine nichtdeutschen Truppen östlich der Elbe)³
- bis Vollendung des sowjetischen Truppenabzuges westalliierte Militärpräsenz in Berlin
- Reduzierung der gesamtdeutschen Streitkräfte auf 370.000 Mann (Kompromiss Genscher – Stoltenberg)⁴
- Verzicht Gesamtdeutschlands auf ABC-Waffen

Gorbatschow hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß seine Haltungsänderung in der Frage der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands durch das für Moskau positive Ergebnis des jüngsten Gipfels der Allianz in London⁵ ermöglicht wurde.

2 Bundeskanzler Helmut Kohl war vom 14. bis 16. Juli 1990 zu Besuch in der Sowjetunion. Siehe Dok. 161. Für die ergänzende Einschätzung der Abteilung II.3 zu den Ergebnissen des Kohl-Besuchs siehe Dok. 163. Zur amerikanischen Einschätzung siehe Dok. 164.

3 So im Original.

4 Der in Moskau abgeschlossene 2+4 Vertrag sah vor, dass ein wiedervereinigtes Deutschland, welches Mitglied der NATO ist, eine Heeresstärke von 370.000 Mann haben durfte. Diese Zahl wurde im Vorfeld von Stoltenberg und Genscher heftig diskutiert – Genscher plädierte für eine Stärke von höchstens 350.000 Mann, während Stoltenberg für ein stärkeres Heer (mit bis zu 395.000 Mann) eintrat.

5 Das Londoner NATO-Treffen hatte am 5./6. Juli 1990 stattgefunden. Siehe dazu bereits Dok. 159.

BK Kohl hat ferner massive Wirtschaftshilfe für die SU zugesagt und in Aussicht gestellt, sich auch bei anderen westlichen Staaten für eine derartige Hilfe verwenden zu wollen.

Bis Sommer 1991 soll ferner ein deutsch-sowjetischer Vertrag abgeschlossen werden, der laut BK Kohl Zusammenarbeit auf verschiedensten Gebieten und regelmäßige politische Konsultationen zum Inhalt haben soll.⁶

Die Reaktionen auf die deutsch-sowjetische Einigung sind weltweit einhellig positiv (der Fall Ridley in Großbritannien⁷ zeigt allerdings das Bestehen unterschiedlicher Reserven gegenüber dem Gewicht des künftigen Gesamtdeutschlands in einzelnen westeuropäischen Staaten).

Angesichts der in Moskau erzielten Einigung ist die „2+4“-Gesprächsrunde am 17. Juli in Paris⁸ unkontroversiell verlaufen. Die Außenminister beschloss, eine Deutschland-Erklärung auszuarbeiten, in welcher die äußeren Aspekte

6 Gesetz zu dem Vertrag vom 9. November 1990 über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, vgl. BGBl. 1991 II, Nr. 15, 8. Juni 1991. Im Anhang an den Gesetzestext ist der Vertragstext zu finden.

7 Am 14. Juli 1990 wurde der britische Secretary of State for Trade and Industry, Nicholas Ridley, aufgrund eines Interviews in der britischen Zeitschrift *The Spectator* zum Rücktritt gezwungen. In diesem Interview hatte er sich dahingehend geäußert, dass es sich bei der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion um eine deutsche Finte mit dem Ziel handle, die Herrschaft über Europa zu erringen („a German racket designed to take over the whole of Europe“), weshalb die Übertragung von Souveränitätsrechten auf die Europäische Gemeinschaft ebenso schlimm sei, als wenn man diese Rechte Adolf Hitler übertrüge. Vgl. Klaus-Rainer Jackisch, *Eisern gegen die Einheit – Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung*, Frankfurt/Main, 2004, S. 205–211. Siehe auch: Botschafter Walter Magrutsch an BMAA, London, 17. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.14/3-II.1/90. Darin stand nach Ausführungen zu den Ursachen in ihrer Gesamtheit (insbesondere auch mit Blick auf die europäische Integration) und dem Faktum, dass Ridley durch Thatcher zum Rücktritt bewogen wurde u. a. zu lesen: „[...] Gerade hierdurch wird aber die außenpolitische Dimension der gesamten Affäre noch delikater. Die Annahme und der Verdacht, dass Ridley letztlich nur das gesagt hat, was Thatcher privat und im Grunde ihres Herzens selbst denkt, bleibt im Raume stehen. Ridleys Auffassungen würden nicht ihrer Meinung und jener des Kabinetts entsprechen, hinterlässt wenig Überzeugungskraft. Die Art, wie ein sachkompetentes britisches Kabinettsmitglied die EG-Kommission einschätzt, wie es die Haltung Frankreichs sieht und vor allem wie Bonn attackiert wurde, dürfte daher voraussichtlich bis zum Ende der Regierungszeit Thatchers schwerlich zu vergessen sein. [...] Der ‚outburst‘ Ridleys ist zweifellos nicht von ungefähr gekommen. Er hat nur jahrelang unterschwellig fortdauernde und mit dem Herannahen eines größeren Deutschland verstärkte Ressentiments schockartig sichtbar werden lassen. [...] Das von Brüssel geplante EG-Europa werde unter dem Titel einer Vertiefung der Integration weniger eine kontrollierte Einbindung Deutschlands, sondern eine Verfestigung der Dominanz des größten Volks mit der größten Wirtschaftskraft in Europa auf lange Jahre hinaus herbeiführen. Man fühlt sich als der wirtschaftlich Schwächere ohnmächtig und frustriert, zumal auch der als privilegiert angesehene politische Rückhalt in Washington immer mehr als unrealistisch erkannt werden muss, was zuletzt wieder der deutsche Einfluss beim Londoner NATO-Gipfel bestätigt hat [...].“ Zu letzterem siehe Dok. 159.

8 Siehe dazu Dok. 166.

der deutschen Einheit geregelt werden sollen. Die Erklärung soll bei der nächsten „2+4“-Runde am 12. September in Moskau erörtert werden.⁹

Polnische Westgrenze

Bei der jüngsten „2+4“-Gesprächsrunde, an welcher auch der polnische Außenminister¹⁰ teilnahm, stand die Frage der polnischen Westgrenze im Mittelpunkt (der Bonner Bundestag und die DDR-Volkskammer hatten am 21. Juni eine Erklärung über die Unverletzlichkeit der Oder-Neisse-Linie und einen abzuschließenden Grenzvertrag zwischen Gesamtdeutschland und Polen verabschiedet).¹¹ Hierbei ließ Polen seine zuletzt erhobene Forderung fallen, wonach die volle Souveränität Deutschlands erst nach Ratifizierung dieses Grenzvertrages hätte wiederhergestellt werden sollen. Es wurde nunmehr Einigung darüber erzielt, daß der Vertrag in kürzestmöglicher Zeit nach Realisierung der deutschen Einheit unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zur Ratifizierung zugeleitet werden soll.¹² (Die BRD hat auch Polen wirtschaftliche Hilfe zugesagt.)

III. Wertung

Es kann nun damit gerechnet werden, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten noch vor Jahresende Wirklichkeit wird.

Durch die in Moskau bzw. Paris erzielte Einigung haben erreicht:

die BRD: die Realisierung der deutschen Einheit

der Westen: die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands

die SU: die Befriedigung ihrer Sicherheitsinteressen (deutsche Truppenstärke, deutscher Verzicht auf ABC-Waffen, erste Schritte zur Veränderung der NATO als Voraussetzung für ggstl. Einigung, darüber hinaus Faustpfand einer Truppenpräsenz östlich der Elbe auf 3–4 Jahre) sowie wirtschaftliche Hilfe durch BRD bzw. des Westens.

Aus gesamteuropäischer Sicht ebnet die Übereinkunft den Weg für eine zügige Fortsetzung der militärischen Verhandlungen in Wien¹³ und für die angestrebte Errichtung einer neuen politischen Architektur in Europa.

Für Österreich wird u. a. von Interesse sein, welche Auswirkungen die Bemühungen der westeuropäischen Staaten um die feste „Westbindung“ Deutschlands auf die Entwicklung der EG (Vertiefung, Europäische Union!) haben werden.

Wien, am 18. Juli 1990

Plattner m. p.

9 Siehe Dok. 170–172.

10 Krzysztof Skubiszewski, Außenminister Polens (1989–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer der DDR zur deutsch-polnischen Grenze vom 21. Juni 1990, in: Texte zur Deutschlandpolitik, III/8a – 1990, S. 411–412.

12 Siehe dazu Dok. 127, Anm. 14 und Dok. 141, Anm. 11.

13 Damit sind die Verhandlungen über die Konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE), die von 6. März 1989 bis 19. November 1990 in Wien stattfanden, gemeint. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10.

Dok. 163: Information. Sowjetische Position zur Deutschen Einheit, 19.7.1990

Information, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 19. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/176-II.3/90¹

Deutsche Einheit, Sowjetische Position

Ergänzend zur Information der Abt. II.1. (GZ. 22.17.01/173)² ist zur aktuellen sowjetischen Haltung in der deutschen Frage folgendes anzumerken:

1) Die von Präsident Gorbatschow gegenüber BK Kohl am 16. Juli³ eingegangenen Zugeständnisse gehen selbst über die Erwartungen derjenigen hinaus, die letztlich eine sowjetische Zustimmung zur NATO-Lösung für ein vereintes Deutschland unter Voraussetzung einer Sonderlösung für „Ostelbien“⁴ für möglich erachtet haben. Die von Kohl und Gorbatschow im Kaukasus vereinbarte Lösung sieht nämlich für die Zukunft, d. h. für die Zeit nach erfolgtem Abzug der sowjetischen Truppen nur noch in beschränktem Umfang einen militärischen Sonderstatus für das heutige Gebiet der DDR vor: vgl. die nicht völlig klare Zusage Kohls, dass in diesem Gebiet keine ausländischen Truppen stationiert sein werden. Demgegenüber wird in allen anderen Bereichen eine völlige sicherheitspolitische Integration Gesamtdeutschlands Platz greifen. (In den letzten drei Nummern der renommierten amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ findet man im Übrigen eine Reihe von Artikeln bekannter amerikanischer Fachautoren – Kirkpatrick,⁵ McBundy,⁶ etc. –, die allesamt zu erkennen gaben, dass sich [sic!], sie] nicht mit einer konsensualen NATO-Lösung rechneten.)⁷ Es erscheint daher legi-

1 Die Information wurde durch den Leiter der Abteilung II.3. Gesandten Ernst Sucharipa erarbeitet und erging an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, alle Abteilungen der Sektion II und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE. Die Information war zudem Bestandteil der Vorbereitungsmappe für BK Vranitzky anlässlich des ursprünglich für 25. und 26. Juli 1990 geplanten Besuches von Lothar de Maizière in Österreich der schließlich auf einen Besuchstag reduziert wurde. Siehe: Arbeitsbesuch von MP Lothar de Maizière 25./26. Juli 1990“, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Box „BM Choonhavan Chaticchai (Tailand), MP Calfa CSFR 1990, PM Silva (Portugal), MP Singh (Indien), Präs. Dubcek (CSFR), PM Kang Young-Hoon (Korea), PM Bhutto (Pakistan), Präs. Vassiliou George (Zypern), MP Maizière Lothar (DDR) 25. Juli 1990“.

2 Siehe Dok. 162.

3 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow im erweiterten Kreis, Archys/Bezirk Stawropol, 16. Juli 1990 (= Dokument 353), in: Deutsche Einheit, S. 1355–1367.

4 Subsummiert werden unter diesem Begriff die vormaligen preußischen Gebiete östlich der Elbe.

5 Korrekt: Jeane Kirkpatrick, Politikwissenschaftlerin, Kabinettsmitglied unter US-Präsident Ronald Reagan und Botschafterin bei der UNO (1981–1985), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Korrekt: McGeorge Bundy, Lehrender an der Carnegie Corporation (1990–1996), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Jeane J. Kirkpatrick, Beyond the Cold War, in: Foreign Affairs 69 (1990) 1: America and the world 1989/90, S. 1–16; McGeorge Bundy, From Cold War Toward Trusting Peace, in: ebd., S. 197–212.

tim, die Frage nach den Hintergründen für die über alle Erwartung positive Haltung der Sowjetunion oder – besser gesagt – Gorbatschows zu stellen:

2) Die von Gorbatschow eingenommene Position lässt sich als Folge einer Kombination von einerseits Neubestätigter innenpolitischer Stärke des sowjetischen Präsidenten aufgrund des „gewonnenen“ Parteitages⁸ und andererseits Anerkennung der außenpolitischen Schwäche seines Landes erklären: Im vollen Bewusstsein des ihm durch die Bestätigung seiner (derzeitigen) unanfechtbaren Rolle zugewachsenen außenpolitischen Spielraumes hat Gorbatschow – offenbar ohne weitere Abstimmung mit anderen immerhin auch maßgebenden Kräften (Militärs etc.) – erfolgreich versucht, aus dem sowjetischen Rückzug aus der DDR und der Aufgabe alter deutschlandspolitischer⁹ Positionen der Sowjetunion (Beharren auf Neutralität Gesamtdeutschlands) zum vielleicht letztmöglichen Zeitpunkt möglichst viel Kapital (im übertragenen wie vermutlich auch im eigentlichen Sinn des Wortes) herauszuschlagen.

3) Gorbatschow hat dabei immerhin folgende Pluspunkte für sein Land sicherstellen können:

- Reduktion der gesamtdeutschen Truppenstärke auf 370 000 Mann und damit immerhin (bei Einbezug der Mannschaftsstärke der NVA¹⁰) um 45 %;
- offensichtliche Übernahme der – erheblichen – Kosten des sowjetischen Truppenabzuges durch Gesamtdeutschland (siehe Absichtserklärung betr. Vereinbarung über Auswirkungen der DM-Umstellung);
- weitere aktive Bemühungen der BRD für westliche Hilfe an Sowjetunion;
- Zusage für Abschluss eines bilateralen umfassenden Vertrages (wohl politische Konsultationen und Wirtschaftshilfe);

4) Die Vereinbarung Kohl-Gorbatschow ist ohne vorherige Information der westlichen Partner abgeschlossen worden und signalisiert damit auch eine künftige Eigenständigkeit deutscher Außenpolitik.

5) Präsident Gorbatschow könnte auch mit dem Gedanken spekulieren, dass nach erfolgtem sowjetischen Truppenabzug in der BRD die negative Stimmung gegen ausländische¹¹ Militärpräsenz generell weiter anwachsen könnte und somit vielleicht in weiterer Zukunft doch noch ein traditionelles Ziel sowjetischer Politik erreicht werden könnte.

8 Der XXVIII. Parteitag der KPdSU fand vom 2. bis 13. Juli 1990 statt. Gorbatschow wurde als Generalsekretär der KPdSU wiedergewählt. Seine Machtposition innerhalb der Partei war jedoch geschwächt, da die Gegner des Reformkurses im ZK bereits eine Mehrheit besaßen.

9 So im Original.

10 NVA=Nationale Volksarmee.

11 So im Original.

6) In Summe handelt es sich bei den Vereinbarungen vom 16.7. – wie Gorbatschow selbst festhielt – um gelungene „Realpolitik“. Ob es dem sowjetischen Präsidenten gelingen wird, dieses Ergebnis auch innenpolitisch abzusichern, wird auch von der weiteren Reaktion im Westen abhängen: zu lautes Triumphieren kann hier schädlich wirken, ist aber andererseits angesichts des deutschen „Alleinganges“ (siehe oben) auch nicht zu erwarten.

Wien, am 19.07.1990
Sucharipa m. p

Dok. 164: Bericht. US-Reaktionen auf die deutsch-sowjetische Einigung, 19.7.1990

Botschafter Friedrich Hoess an BMAA, Washington, 19. Juli 1990, Zl. 384-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.18.03/3-II.9/90¹

Die deutsch-sowjetische Einigung; Reaktionen in den USA (Info)

Seitens der Administration zeigt man sich über die erzielte Einigung zwischen Kohl und Gorbatschow befriedigt. Sie sei nach dem im Erstbezugsbericht² skizzierten Szenario abgelaufen. Auch die nach dem Parteikongress erwartete Flexibilität Gorbatschows sei richtig kalkuliert gewesen. Das Washingtoner Gipfeltreffen Bush-Gorbatschow³ sowie die Londoner NATO-Erklärung⁴ und die Beschlüsse am Weltwirtschaftsgipfel in Houston⁵ betreffend die Berücksichtigung der deutschen Interessenslage bei der Gewährung von Wirtschaftshilfe an die SU seien die entscheidende Grundlage für die deutsch-sowjetische Einigung gewesen.

- 1 Der Bericht wurde im Verfolg der Fernschreiben Nr. 25125 vom 17. Mai 1990, Nr. 25160 vom 6. Juli 1990 und Nr. 25166 vom 17. Juli 1990 erstattet und war als Fernschreiben Nr. 25168 an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Im BMAA wurde er von der Abteilung II.9 in Bearbeitung genommen. Gesandter Yuri Standenat veranlasste am 19. Juli 1990 seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn, Berlin, Paris, London und Moskau, Abteilungsleiter Gesandter Anton Prohaska zeichnete den Bericht am 8. August 1990 ab. Sämtliche Unterstreichungen wurden durch Standenat vorgenommen.
- 2 Das Fernschreiben Nr. 25125 vom 17. Mai 1990 erliegt nicht bei den Akten.
- 3 Zum Gipfeltreffen Bush-Gorbatschow in Washington vom 30. Mai bis 3. Juni 1990 siehe Dok. 154.
- 4 Der NATO-Gipfel fand am 5./6. Juli 1990 in London statt. Siehe Dok. 159.
- 5 Der G7-Gipfel fand vom 9. bis 11. Juli 1990 in Houston, Texas statt. Gorbatschow hatte Bush im Vorfeld in einem Brief ersucht, dahingehend zu wirken, dass seine wirtschaftlichen Reformen eine entsprechende finanzielle Unterstützung von außen erführen. Angesichts des Fehlens eines angemessenen Reformprogramms lehnten die meisten Teilnehmer eine sofortige Hilfestellung ab. Die Erklärung vom 11. Juli forderte die Sowjetunion zu weiteren Reformen auf und stellte in diesem Zusammenhang Unterstützung in Aussicht.

Der Eindruck, Präsident Bush und Außenminister Baker seien über Ort, Zeitpunkt und Gesprächsrahmen der Einigung überrascht gewesen, wird durch Erklärungen der Genannten gegenüber den Massenmedien unterstrichen und von mit der Administration vertrauten Gesprächspartnern bestätigt.

Demnach sei man mit dem bisher bekanntgewordenen Inhalt der Einigung einverstanden. Man hätte es aber vorgezogen, bei den entscheidenden Gesprächen Mitredner gewesen zu sein, weil dies dem tatsächlichen Anteil des amerik. Präsidenten am Zustandekommen der Einigung (vor allem Wortlaut der Londoner NATO-Erklärung)⁶ besser entsprochen hätte.⁷

Einige Gesprächspartner verhehlen auch nicht ihre Überraschung über den Fortschritt, den die deutsch-sowjetischen Gespräche, die schließlich zur Einigung am 16. Juli⁸ geführt hätten, offenbar bereits vorher erzielt hätten. Ein Umstand, der den Verbündeten von deutscher Seite nicht mitgeteilt worden sei. Ohne solche Vorverhandlungen wäre nämlich eine Einigung technisch gar nicht möglich gewesen. Gleichwohl sei man mit dem Ergebnis sehr zufrieden und Präsident Bush habe dies auch in seinen Telefonaten am 16. Juli mit Gorbatschow (45 Minuten) [und] mit Kohl zum Ausdruck gebracht.⁹

Etwas verunsichert zeigen sich manche Beobachter über Umfang und Inhalt des vereinbarten Kooperationsabkommens bzw. eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der SU.¹⁰ Besonders letzter könnte nämlich die NATO Doktrin neu entscheidend berühren. Die Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands im Bündnis könnte dadurch relativiert werden.

Überhaupt, so meinen diese Gesprächspartner, habe durch die von Gorbatschow gewählte Symbolik hinsichtlich Art und personeller Zusammensetzung der entscheidenden Gespräche ein neues Kapitel im Ringen um die Mitte Europas und den Abzug der USA aus dieser Region begonnen. Es sei nämlich nicht auszuschließen, dass durch die Befristung des zu schließenden Stationierungsvertrages für sowjetische Truppen in Ostelbien,¹¹ der daran orientierte Vertrag betreffend die künftige westliche Truppenpräsenz in Berlin in der deutschen Öffentlichkeit die Neigung wachsen könnte, nach Ablauf der Stationierungsfrist für sowjetische Truppen auch den Abzug der Bündnistruppen zu verlangen, womit ein seit vierzig Jahren verfolgtes sowjetisches Ziel erreicht wäre.

Hoess

6 Siehe Dok. 159.

7 Der gesamte Absatz wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

8 Siehe dazu Dok. 161.

9 Das Telefonat Bush-Gorbatschow fand am 17. Juli 1990 statt. Siehe dazu Dokument 104, in: The Last Superpower Summits. Auch das Gespräch Bush-Kohl fand am 17. Juli statt. Siehe Dokument 355, in: Deutsche Einheit.

10 Hierbei handelte es sich offenbar um Nachwirkungen des „Rapallo-Syndroms“. Zum deutsch-sowjetischen Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 siehe bereits Dok. 135, Anm. 10.

11 Der Begriff „Ostelbien“ bezeichnete die vormaligen preußischen Gebiete östlich der Elbe. Er stand und steht synonymhaft auch für die DDR.

Dok. 165: Information. Besuch de Maizière in Österreich, 25.7.1990

Information für den Herrn Bundeskanzler, Wien, 23. Juli 1990, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „BM Choonhavan Chatichai (Tailand), MP Calfa CSFR 1990, PM Silva (Portugal), MP Singh (Indien), Präs. Dubcek (CSFR), PM Kang Young-Hoon (Korea), PM Bhutto (Pakistan), Präs. Vassiliou George (Zypern), MP Maiziere Lothar (DDR) 25.7.90“¹

Besuch seiner Exzellenz des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Herrn Lothar de Maizière in Österreich, 25. und 26. Juli 1990

[...] ²

Botschaftsrat Werner Brandstetter an BMAA, Berlin (Ost), 25. Juli 1990³

Besuch von Premierminister Lothar de Maizière in Wien (Info)

Trotz Regierungskrise in Berlin findet gemäß fernmündlichem Gespräch mit Büro Premierminister de Maizière dessen Wien Besuch wie geplant statt. Einzige Änderung besteht darin, dass PM de Maizière nach dem Frühstück am 26.7. nicht nach St. Gilgen weiterreisen, sondern mit Sondermaschine nach Berlin zurückkehren wird.⁴

Letzter Stand der Regierungskrise:

Büro des Premierministers hat bestätigt, dass sich die Liberalen aus der Koalition zurückgezogen haben. SPD habe in ultimativer Form Entscheidungen über Weiterverbleib der Koalition bis Freitag, 27.7., aufgeschoben. PM de Maizière sei

- 1 Die vollständigen Vorbereitungsunterlagen sind nur im Kreisky-Archiv überliefert. Ein Großteil der hier wiedergegebenen Materialien wurde von der Abteilung II.3 des BMAA erarbeitet. Siehe: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol, GZ. 43.18.09/6-II.3/90. Die relevanten Vorbereitungsunterlagen sind weitgehend ident mit Dok. 160. Auf eine Wiedergabe der detaillierten Informationen zu bilateralen Themen wurde verzichtet. In Ermangelung eines Gesprächsprotokolls, das bisher nicht aufzufinden war, werden die Tischrede Vranitzkys sowie auszugsweise die „Gesprächsnotizen“ des BMAA, die der Gesprächsführung Vranitzkys dienen sollten, wiedergegeben.
- 2 Ausgelassen wurde Schreiben Kultur- und Presserätin Helga Schmid an BMAA, Berlin (Ost), 26. Juli 1990 über die Berichterstattung der DDR-Medien zum Besuch von Ministerpräsident Lothar de Maizière in Österreich und die Liste der Teilnehmer an den Wirtschaftsgesprächen am 25. Juli 1990.
- 3 Das Fernschreiben Nr. 25106 wurde im Verfolg von Fernschreiben Nr. 25103 vom 17. Juli 1990 (siehe dazu Anm. 5) an die Protokollabteilung (A 1.1), die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Für die Überlieferung des BMAA siehe ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol, GZ. 43.18.09/9-II.3/90.
- 4 De Maizière reiste allerdings bereits am 31. Juli erneut nach Österreich und traf mit Kohl in St. Gilgen am Wolfgangsee zusammen, wo sich die beiden deutschen Regierungschefs über „die Verhandlungen zum Einigungsvertrag und zum Wahlvertrag“ austauschten. Siehe Europa-Archiv 16/1990, Z. 170.

auch bereit, ein Minderheitskabinett zu führen und sei bezüglich der Erfolgsaussichten zuversichtlich.⁵

Protokoll/BKA über og. Programmänderung fernmündlich informiert.

Brandstetter

[...]⁶

Besuch von MP de Maizièrre 25./26. Juli 1990
Tischrede des Herrn Bundeskanzlers

Es freut mich besonders, dass sie sich in diesem arbeitsintensiven Sommer, mitten in einer wirklich historischen Phase der europäischen Entwicklung, die Zeit genommen haben, um nach Österreich zu kommen. Wir begrüßen ihren Besuch daher auch als Ausdruck ihres Interesses am Ausbau der Beziehungen zu Österreich. Sie werden feststellen, dass auch auf unserer Seite größtes Interesse daran besteht, den sich so rasch verändernden Bedingungen in enger Zusammenarbeit Rechnung zu tragen.

- 5 Bei der Regierungskrise im Juli drohte „der Streit um den Wahlmodus der gesamtdeutschen Wahlen“ die „DDR-Regierungskoalition zu sprengen“. In diesem ging es um die „Sperrklausel“ die den Einzug von Kleinparteien in das gesamtdeutsche Parlament verhindert hätte. Die CDU hatte im Verein mit den Allianzparteien, der PDS, dem Bündnis 90 und den Grünen „die Annahme dieser Anträge verhindert“. Nach mehreren „Krisensitzungen“ wurde die Entscheidung darüber aufgeschoben (es sollte in Beratungen mit den Präsidien des Bundestags und der Volkskammer gelöst werden) und die Koalition somit „vorläufig gerettet“. „Das für die Parteienlandschaft so brisante Problem, das für eine Reihe von Gruppierungen eine Überlebensfrage darstellt, wurde damit nicht beseitigt, seine Lösung nur aufgeschoben und – wie in vielen anderen Bereichen auch – zumindest teilweise nach Westen abgeschoben.“ Botschafter Erich Binder und Botschaftsrat Werner Brandstetter an BMAA, Berlin (Ost), 23. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.03.00/38-II.3/90. Nach schweren Meinungsverschiedenheiten in innen- und wirtschaftspolitischen Fragen sowie der Entlassung von zwei SPD-Ministern hatte die SPD die DDR-Koalitionsregierung am 20. August verlassen. Ministerpräsident Lothar de Maizièrre führte diese als Minderheitsregierung fort und übernahm von Markus Meckel zusätzlich das Amt des Außenministers. Siehe dazu die Berichte Brandstetters vom 17. und 20. August 1990 erliegend unter ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.03.00/40-II.3/90 und GZ. 43.03.00/41-II.3/90.
- 6 Ausgelassen wurden Programminformationen zum Besuch und das Fernschreiben von Botschafter Erich Binder an BMAA, Berlin (Ost), 17. Juli 1990 in dem dieser u. a. noch mitgeteilt hatte: „Nach eben erfolgter Absprache mit dem deutschen Bundeskanzler wird Herr de Maizièrre Donnerstag, den 25.7., nach dem Frühstück, mit von deutscher Seite zu Verfügung gestellten Autos an den Urlaubsort BK Kohls nach St. Gilgen fahren, dort bis zum Nachmittag bleiben und anschließend mit dem Auto nach München reisen. Die Betreuung durch die österreichische Seite endet nach dem hiesigen Verständnis mit dem Frühstück.“ Weiters ausgelassen wurde das Fernschreiben von Botschafter Binder an BMAA, Berlin (Ost), 13. Juli 1990, mit nunmehr überholten organisatorischen Informationen zum Besuch von de Maizièrre.

Mit großer Anteilnahme haben wir die Ereignisse des letzten Jahres in der DDR verfolgt. Noch immer klingt uns das „Wir sind das Volk“ in den Ohren, diese endgültige Artikulation der Grundlage jeder demokratischen Gemeinschaft. Mit Ihnen ist zum ersten Mal in den achtzehnjährigen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten ein DDR-Regierungschef in Wien, der tatsächlich eine demokratische Republik vertritt. Sie können sich auf einen klaren Wählerauftrag stützen und es sei mir gestattet anzumerken, dass Sie sich dieser so wichtigen – wenn auch vordergründig, vielleicht nicht immer dankbar erscheinenden – Aufgabe mit allgemein anerkannter Bravour entledigen.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist von größter politischer Tragweite. Sie verkörpert wie kein anderes Ereignis die Überwindung der Teilung unseres Kontinentes. Die grundlegende Änderung des politischen Klimas in Europa erlaubt es endlich, eine tragfähige Friedensordnung an die Stelle der jahrzehntelangen Blockkonfrontation zu setzen. Deutschland kommt in einer solchen Friedensordnung naturgemäß eine zentrale Rolle zu. Beide deutschen Staaten, die in absehbarer Zeit wieder zu einem Staat zusammenwachsen werden, haben in eindrucksvoller Weise deutlich gemacht, dass sie bereit und in der Lage sind, dieser Herausforderung gerecht zu werden.

Eine solche Übergangsphase, noch dazu, wenn sie mit einem tiefgreifenden Systemwandel verbunden ist, bringt bedeutende Umgestaltungsprobleme mit sich. Umso bemerkenswerter erscheint uns die stille Entschlossenheit und die politische Reife, mit denen man in der DDR an die vielfältigen Fragen herangeht.

Die vorige Woche in Moskau⁷ und Paris⁸ erreichte Klärung der äußeren Aspekte der Vereinigung ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Ziel, das noch vor einem Jahr als unerreichbar gelten musste. Die politische Leistung aller Beteiligten, vor allem auch der Mut und die Weitsicht von Präsident Gorbatschow, sind sehr zu würdigen. Dennoch ist klar, dass sich die Schaffung der nötigen Voraussetzung für die deutsche Einheit in der DDR, angesichts ihrer Komplexität und der berechtigten Anliegen der Bevölkerung, mindestens ebenso bedeutend und anspruchsvoll gestaltet.

Seien sie sicher, dass Österreich gerne bereit ist, zu diesem großen Vorhaben nach Kräften beizutragen. Die österreichische Wirtschaft ist sehr daran interessiert, sich in der DDR zu engagieren. Wir haben noch zu einer Zeit, als wir bei vergleichbaren Anlässen von „beispielhaften Beziehungen zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ sprechen mussten, gute Kontakte hergestellt. Schon unter diesen sehr hemmenden Bedingungen hatten wir in der DDR wertvolle und leistungsfähige Partner gefunden. Umso leichter sollte es uns fallen, die Weichen für wahrhaft freundschaftliche Beziehungen zu unseren Nachbarn in der DDR zu stellen.

7 Bundeskanzler Helmut Kohl war vom 14. bis 16. Juli 1990 zu Besuch in der Sowjetunion. Siehe Dok. 161 sowie für die Wertung der Ergebnisse Dok. 162–164.

8 Zum dritten 2+4-Ministertreffen am 17. Juli 1990 in Paris siehe Dok. 166.

Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, daher bitten, mit mir das Glas auf unsere gemeinsame europäische Zukunft, auf die erfolgreiche Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben und Ihr persönliches Wohlergehen zu erheben.

Gesprächsnotizen⁹

1. Vereinigungsprozess BRD – DDR: Berichterstattung erweckt den Eindruck, dass im Vorfeld des 2. Staatsvertrages gewisse Meinungsverschiedenheiten innerhalb der DDR-Regierungskoalition stärker akzentuiert werden. Ist das nur als Beginn des Wahlkampfes zu werten, oder bestehen grundsätzliche Differenzen über den sich abzeichnenden Fahrplan?

Fragen von Interesse im Zusammenhang mit der Vereinigung:

- Zeitrahmen für Abzug sowjetischer Truppen (3–4 Jahre) realistisch?
- Welche finanziellen Belastungen zeichnen sich daraus für das vereinigte Deutschland ab?
- Verhältnis Bevölkerung – sowjetische Truppen?
- Inhalt des 2. Staatsvertrages?

2. Bilaterale Beziehungen:

2.1. Allgemein: Schon zu Zeiten der „beispielhaften Beziehungen zwischen Länder unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen“ haben wir gute Kontakte hergestellt. Unter diesen sehr hemmenden Bedingungen hatten wir in der DDR wertvolle und leistungsfähige Partner gefunden. Umso leichter sollte es uns nun fallen, die Weichen für wahrhaft freundschaftliche Beziehungen zu unseren Nachbarn in der DDR/in den fünf neuentstehenden Ländern zu stellen.

Österreich ist grundsätzlich sehr daran interessiert, die traditionellen Beziehungen zu diesem Raum und seinen Menschen – Beziehungen, die ja sehr viel länger zurückreichen als die achtzehnjährigen diplomatischen Beziehungen zur DDR – wesentlich auszubauen.

2.2. Österreichische Präsenz in Berlin: Wir gehen davon aus, dass Berlin wieder Hauptstadt Deutschlands sein wird.

Wie sieht MP de Maizièrre die Entwicklung in dieser Frage?

Derzeit ist daran gedacht, die Delegation in (West-)Berlin in ein Generalkonsulat umzuwandeln, die Botschaft in (Ost-)Berlin würde bis zur endgültigen Verlegung der Hauptstadt als Außenstelle der ÖB Bonn geführt.

⁹ Ausgearbeitet vom Sachbearbeiter der Abteilung II.3 Legationssekretär Hans Peter Manz, Wien, 23. Juli 1990.

2.3. Wirtschaft: Die österreichische Wirtschaft ist sehr daran interessiert, sich weiterhin in diesem Raum zu engagieren und die neuen Möglichkeiten bestmöglich zu nutzen.

Wie beurteilt MP de Maizière die Möglichkeiten, vor allem auch angesichts der BRD-Konkurrenz? Welche Bereiche bieten sich aus seiner Sicht besonders an?

Die rasche und pragmatische Lösung der Freihandelsfrage im industriell-gewerblichen Sektor ist besonders begrüßenswert.¹⁰ Österreich hofft auf ebensolche Lösungen im Agrarbereich, sobald diesbezügliches Verhältnis DDR-EG geregelt ist.

2.4. Enteignetes Grundvermögen/Treuhandverwaltungen: DDR und BRD haben sich grundsätzlich geeinigt, solches Vermögen – abgesehen von dem zwischen 1945 und 1949 auf besatzungsrechtlicher oder – hoheitlicher Grundlage enteignetem – den ehemaligen Eigentümern oder deren Erben zurückzustellen. Davon sind auch zahlreiche Österreicher betroffen, die wohl – ungeachtet des geltenden Vermögensvertrages – eine solche Rückstellung anstreben werden.¹¹

10 Siehe dazu bereits Dok. 160, Anm. 17.

11 Die österreichische Position zur „Rückerstattung oder Entschädigung von Vermögen in der DDR“ lautete: „Zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 21. August 1987 zur Regelung offener Vermögensrechtlicher Fragen ein Vertrag abgeschlossen, der am 1. Juni 1988 in Kraft getreten ist und unter BGBl. Nr. 188/1988, veröffentlicht wurde. Nach diesem Vertrag verpflichtet sich die DDR zur Leistung einer Globalentschädigung an Österreich, die nach dem Verteilungsgesetz-DDR, Bundesgesetz vom 22. Jänner 1988, BGBl. Nr. 189/1988, unter die österreichischen Anspruchswerber (insgesamt etwa 1.000) durch die zuständigen österreichischen Behörden zu verteilen ist. Von dem oberwähnten Vertrag und dem in Rede stehenden Verteilungsgesetz werden Vermögensverluste durch DDR-Maßnahmen solcher österreichischer Personen erfasst, die sowohl am 8. Mai 1945 als auch am 21. August 1987 die österreichische Staatsbürgerschaft besessen haben. Die Anträge auf Entschädigung der in Frage kommenden Personen sind zum Teil bereits abgewickelt, zum Teil aber noch nicht. Von der Globalentschädigung sind noch zwei Raten ausständig.“

In der Zwischenzeit haben sich die Regierungen der DDR und der BRD dahingehend geeinigt, enteignetes Grundvermögen – abgesehen von jenem zwischen 1945 und 1949 auf besatzungsrechtlicher oder hoheitlicher Grundlage enteigneten – grundsätzlich den ehemaligen Eigentümern oder deren Erben zurückzugeben sowie Treuhandverwaltungen und ähnliche Maßnahmen mit Vermögensbeschränkungen über Grundeigentum, Gewerbebetriebe und sonstiges Vermögen aufzuheben. Die für die Abwicklung der Rückstellung erforderlichen Gesetze sind jedoch seitens der DDR noch zu erlassen. Details insbesondere hinsichtlich der Antragsstellung durch die Anspruchswerber sind derzeit noch nicht bekannt.

Wie allfällige Anträge österreichischer Staatsbürger auf Rückstellung von Vermögenswerten angesichts des Bestehens des obzitierten behandelt werden, kann derzeit nicht beurteilt werden. Das DDR-Außenministerium war jedenfalls anlässlich eines kürzlichen Besuches des Leiters der Sektion IV [Erik Nettel] in Berlin nicht in der Lage, sich zu dieser Frage klar zu äußern.“ Es zeichnete sich bereits ab, dass Österreicher nun versuchen würden, im Behördenweg ihre Vermögensverluste zurückzufordern und eine Neuregelung zu verlangen obwohl der Vermögensvertrag eine abschließende Regelung darstellte. „Auf Grund der in der DDR eingetretenen politischen Veränderung sowie im Hinblick auf die künftige Vereinigung vom ha. Standpunkt besteht in Bezug auf den Vermögensvertrag kein Hindernis, dass die von der DDR

Lassen sich bereits Grundlinien der noch zu erlassenden Durchführungsbestimmungen erkennen?

2.5. Sichtvermerkfragen (falls von DDR-Seite angesprochen): DDR hat bereits bei Abschluss des SV-Abkommens (Februar 1990)¹² und neuerlich am 22.5.1990 um Einbeziehung von DDR-Kinderausweisen, Seefahrtsbüchern und nach Möglichkeiten auch von Personalausweisen ersucht. Frage wird vom BMI derzeit geprüft.

2.6. Kulturelle und Wissenschaftliche Zusammenarbeit: In diesem bisher durch zahlreiche Abkommen stark reglementierten Bereich wird es zweifellos zu einer starken Entstaatlichung kommen. Dennoch kann das große österreichische Interesse an einer Fortsetzung und Intensivierung der Beziehungen auch auf diesem Gebiet nur unterstrichen werden.

[...]¹³

Österreich-DDR; Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen BRD und DDR auf Österreich¹⁴

Ab 2. Juli wendet die DDR gegenüber Nicht-EG-Mitgliedstaaten einen dem EG-Außenzolltarif weitgehend entsprechenden Zolltarif an. Sie hat aber ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, auf Basis der Gegenseitigkeit den Inhalt der bestehenden Freihandelsregelungen Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften bis zum endgültigen Vollzug des deutschen Einigungsprozesses zur Anwendung zu bringen.

Wegen der Bedeutung der österreichischen Wirtschaftsinteressen hat der Nationalrat am 5. Juli 1990 ein Gesetz¹⁵ beschlossen, welches die Anwendung der Bestimmungen der Freihandelsabkommen Österreich-EG auf Waren aus der DDR unter bestimmten Voraussetzungen vorsieht. Nähere Modalitäten wurden in einer Besprechung mit einer DDR-Delegation am 5.7.1990 festgelegt.

Die Liberalisierung wird zunächst nur im industriell-gewerblichen Sektor stattfinden. Die DDR hat jedoch zugesagt, sobald das Verhältnis zur EG im Agrar-

übernommene Verpflichtung auch durch einen gesamtdeutschen Staat übernommen wird. Die Frage der Weitergeltung der zwischen Österreich und der DDR geschlossenen Verträge ist nach ha. Ansicht zunächst zwischen den Außenministern der beiden Staaten hinsichtlich jedes einzelnen Vertrages zu prüfen. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.“

12 Ein diesbezügliches Abkommen war am 13. Februar 1990 geschlossen worden und mit 1. März 1990 in Kraft getreten. Siehe dazu bereits Dok. 110, Anm. 22. und Dok. 111.

13 Ausgelassen wurden die Hintergrundinformationen „Information. Deutsche Einheit, derzeitiger Stand“ (siehe Dok. 162), „Information. Deutsche Einheit, Sowjetische Position“ (siehe Dok. 163) und „DDR-Innenpolitik“ (siehe dazu in Dok. 160) sowie die Informationen zum KSZE-Gipfel 1990 und das VVSBM Executive Summary.

14 Sachbearbeitung: Abteilung III.3, Wien, 13. Juli 1990.

15 Siehe dazu bereits Dok. 160, Anm.17.

bereich geregelt ist, ehestmöglich Gespräche mit dem Ziel zu führen, die zwischen Österreich und der EWG bestehenden Präferenzregeln auch auf den Handel mit der DDR – unter Berücksichtigung der bestehenden Wirtschaftsvereinbarung vom 24.11.1989¹⁶ – auszudehnen.

[...] ¹⁷

Dok. 166: Bericht. Gegenwärtiger Stand der „2+4“-Gespräche, 27.7.1990

Botschafter Friedrich Bauer und Gesandter Alfons Kloss an BMAA, Bonn, 27. Juli 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/185-II.1/90¹

2+4-Gespräche; gegenwärtiger Stand (Info)

Lt. einem AA-Teilnehmer an 2+4-Gesprächen (Mitarbeiter² Botschafter Kastrup's)³ kann Stand der Verhandlungen nach der letzten Runde in Paris⁴ und SU-Visite BK Kohls⁵ wie folgt zusammengefasst werden:

1. Die wichtigsten noch offenen Punkte der 2+4-Vereinbarung seien in den letzten 14 Tagen gelöst worden. In den nächsten Wochen werde von den Delegationen Endreaktion der Texte vorbereitet (SU wolle bis Mitte August Gesamtentwurf vorlegen). Der Gesamttext soll Ende August bzw. Anfang September auf Beamtenebene der 2+4 in Bonn und Berlin⁶ zusammengestellt werden. Nach derzei-

16 Siehe dazu bereits Dok. 77, Anm. 10 und Dok. 78.

17 Ausgelassen wurden Detailinformation zu EG-DDR, Vermögens- und Sichtvermerksfragen.

1 Der Bericht war als Fernschreiben Nr. 25153 an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Er wurde am 27. Juli in der Abteilung II.1 von Gesandten Marius Calligaris in Bearbeitung genommen, der seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Washington, Moskau, Paris, London, Berlin und Warschau veranlasste.

2 Es könnte sich um Christian Pauls handeln. In Frage kommen aber auch Friedrich Gröning, Julius Luy oder Martin Ney. Eine eindeutige Identifizierung ist auf Grund der vorhandenen Angaben nicht möglich.

3 Dieter Kastrup, Leiter der Politischen Abteilung (Abteilung 2) im Auswärtigen Amt (1988–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 Zum dritten 2+4 Außenministertreffen am 17. Juli 1990 in Paris siehe: Dokument 129–130, in: Die Einheit; Dokument 354, in: Deutsche Einheit; Dokument 202, in: Die Außenpolitik der DDR; Dokument 219, in: DBPO III/VII: German Unification; Dokument 66, in: La diplomatie française.

5 Bundeskanzler Helmut Kohl war vom 14. bis 16. Juli 1990 zu Besuch in der Sowjetunion. Siehe Dok. 161 sowie für die Wertung der Ergebnisse Dok. 162–164.

6 Auf dem siebenten 2+4-Beamtentreffen am 19. Juli 1990 in Bonn wurden die Arbeiten an der Präambel abgeschlossen. Weitere Entwürfe der Vertragsteile wurden zwischen den Staaten aufgeteilt, die Bundesrepublik und die DDR sollten einen gemeinsamen Entwurf über all jene

tigem Stand der Dinge könnte lt. AA Vereinbarung an sich bereits bei nächstem 2+4 AM-Treffen in Moskau (12. September d.J.)⁷ abgeschlossen werden. Vieles würde allerdings dafür sprechen, die Vereinbarung erst bei dem nach Moskau angesetzten 2+4-Treffen in Washington (in Verbindung mit AM-Anwesenheit bei UN-GV)⁸ anzunehmen. Eine letzte, als „krönender Abschluss“ gedachte 2+4-Zusammenkunft in Großbritannien würde sich dann allerdings erübrigen (auf Beamtenebene sei britischerseits großes Verständnis für einen derart „verkürzten“ Fahrplan aufgebracht worden).

2. vorgesehener Inhalt der 2+4-Vereinbarung:

- Präambel (bereits fertiggestellt)
- Ablösung der Rechte und Verantwortungen der 4 Mächte in Deutschland und Berlin
- Grenzregelung (5 mit Polen in Paris abgestimmte Prinzipien: vereinigtes Deutschland umfasst nur BRD, DDR und Berlin, Verpflichtung zu Eliminierung der auf Wiedervereinigung abzielenden Bestimmungen des Grundgesetzes, Verzicht auf deutsche Gebietsansprüche, Abschluss des deutsch-polnischen Grenzvertrages, Erklärung der 4 Mächte zu endgültigem Charakter der deutschen Grenzen)
- „take-note“-Bestimmungen: hier nehmen die 4 Mächte unter anderem zur Kenntnis: Deutschen Verzicht auf Herstellung und Besitz von ABC-Waffen, Erklärung zu Reduzierung gesamtdeutscher Streitkräfte, Aussage betreffend militärischen Status des Territoriums der ehemaligen DDR
- Schlussbestimmungen

3. In Paris sei unter den 6 endgültige Klarheit darüber hergestellt worden, dass die 2+4-Regelung jede Art von Friedensvertrag bzw. „friedensvertragsähnliche“ völkerrechtliche Vereinbarung ersetzen wird. Damit sei lt. AA auch die Frage von Reparationen „vom Tisch“ (polnische Ansprüche auf Abgeltung von Zwangsarbeit polnischer Staatsbürger sollen im Zusammenhang mit umfassendem polnisch-deutschen Vertrag über bilaterale Beziehungen n. J. gesondert geregelt werden). Noch zu prüfen sei die Frage des völkerrechtlichen Inkrafttretens der 2+4-Vereinbarungen (unterschiedliche Ratifikationsverfahren mit verschiedenen Fristen). Beim KSZE-Gipfel in Paris⁹ sollten die übrigen Staaten lediglich Gelegenheit erhalten, die 2+4-Einigung zur Kenntnis zu nehmen.

Fragen, die nicht im Rahmen der 2+4 getroffen werden sollten, erstellen. Die Endredaktion des 2+4-Vertrages wurde im Zuge des achten 2+4-Beamtentreffens vom 4.–7. September 1990 in Ostberlin und des darauffolgenden neunten Beamtentreffens vom 11. September 1990 in Moskau abgeschlossen. Siehe dazu Dokument 230 und 232, in: Die Außenpolitik der DDR.

7 Siehe Dok. 170–172.

8 Die UN-Generalversammlung dauerte vom 18. September bis 21. Dezember 1990. Das letzte 2+4-Außenministertreffen fand am 1./2. Oktober in New York statt und diente der Kenntnisnahme der Ergebnisse.

9 Das KSZE-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs fand vom 19. bis 21. November 1990 in Paris statt.

4. Die noch in der Tagesordnung der 2+4-Gespräche reflektierte Forderung der SU, die deutsche Einigung mit Entscheidungen über neue Sicherheitsstrukturen in Europa zu verbinden, sei zuletzt von der SU nicht mehr aktiv betrieben worden. Einziger Hinweis darauf sei nunmehr eine vage Formulierung in der Präambel der Vereinbarung, wo allgemein auf die Anliegen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung in Europa sowie auf die KSZE (einschließlich der möglichen Schaffung von Institutionen) Bezug genommen wird.

5. Der erfolgreiche Verhandlungsverlauf der 2+4 sei neben dem sowjetischen Einlenken auch wesentlich durch die energische und positive Rolle der US-Delegation (auch gegenüber den anderen beiden Westalliierten!) möglich gewesen. Lt. AA-Gesprächspartner sei in Paris umso irritierender das DDR-Auftreten empfunden worden. Offenbar verstimmt über den Alleingang BK Kohls in der SU in Sachen deutscher Einigung hätte DDR-Delegation noch krampfhaft versucht, eigene Akzente zu setzen, wodurch Beratungen unnötig kompliziert worden seien (Forderung nach Reduzierung gesamtdeutscher Streitkräfte unter die Schwelle von 370.000 Mann, Verbot der Stationierung von Atomwaffen in Gesamtdeutschland etc.). Diese und andere DDR-„Pflichtübungen“ seien allerdings auch von den SU in keiner Weise unterstützt worden.

Bauer/Kloss

Dok. 167: Bericht. Äußere Aspekte der deutschen Einigung, 27.8.1990

Gesandter Alfons Kloss an BMAA, Bonn, 27. August 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/207-II.1/90¹

Deutsche Einigung, äußere Aspekte (Info)

Die Festlegung der DDR-Volkskammer,² den Beitritt zur BRD nunmehr am 3. Oktober zu vollziehen, ist nicht nur innenpolitisch von Regierung und Opposition nach dem zermürenden hin und her³ der letzten Wochen mit großer Er-

1 Der Bericht wurde als Fernschreiben Nr. 25165 erstattet und war an die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Er wurde im BMAA von der Abteilung II.1 am 28. August 1990 in Bearbeitung genommen. Abgezeichnet von Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner und Gesandten Marius Calligaris erfolgte die Depeschenweiterleitung Nr. 85701 an die österreichischen Botschaften in Washington, Moskau, London, Bonn und Berlin. Im BMAA lag der Bericht zudem der Abteilung II.3 vor, für die ihn Legationsrat Josef Litschauer am 28. August als gesehen abzeichnete. Sämtliche Unterstreichungen wurden von Plattner vorgenommen.

2 30. Vollsitzung der DDR-Volkskammer am 22. August 1990. In den frühen Morgenstunden des 23. August 1990 wurde schließlich der Beschluss des Beitritts zur Bundesrepublik gefasst.

3 So im Original.

leichterung aufgenommen worden, sondern stellt nunmehr auch außenpolitisch die von AM Genscher stets geforderte „logische Sequenz“ von Einigung der 2+4 vor deutscher Vereinigung sicher. Bemühungen, im Hinblick auf die katastrophale Lage der DDR den Beitritt noch vor Abschluss der äußeren Aspekte sofort – wie es hier geheißen hat „im freien Fall“ – zu vollziehen, hatte im AA in letzter Zeit für gewisse Unruhe gesorgt.

Außenpolitisch steht die BRD nunmehr bis zum 3. Oktober vor der Aufgabe, in einem höchst intensiven Geflecht von Verhandlungen sowohl die 2+4-Vereinbarung abzuschließen als auch damit unmittelbar zusammenhängende Verträge mit der SU auszuhandeln. Lt. AA kann diesbezüglich Stand der Dinge wie folgt skizziert werden:

1. 2+4-Verhandlungen: Bei allen Beteiligten herrsche Einvernehmen darüber, die Verhandlungen bei nächstem AM-Treffen in Moskau am 12. September⁴ d. J. abzuschließen. Es sei Wunsch der SU, möglichst auch schon in Moskau zu unterzeichnen (Westalliierte hätten an sich keine Probleme damit, BRD sei daher geneigt – trotz anfänglicher Bedenken wegen „Optik“ – zuzustimmen). Nach Treffen Genscher-Schewardnadse vom 17. August d. J.⁵ sei v. a. noch Frage der „Suspendierung“ der Rechte der Alliierten bis zum völkerrechtlichen Inkrafttreten der 2+4-Vereinbarung offen. Während Westalliierte zu derartiger Suspendierung ab Datum der Unterzeichnung – zwecks sofortiger Beendigung der alliierten Rechte bei deutscher Vereinigung – bereit wären, habe Schewardnadse mit dem Argument nicht zugestimmt, die Aufgabe der sowjetischen Rechte müsste dem eigentlichen Ratifikationsvorgang durch den Obersten Sowjet vorbehalten bleiben (Oberster Sowjet würde jedoch rasch ratifizieren!).⁶ Lt. AA sei zu hoffen, dass SU in dieser Frage bis zum 12. September noch einlenken werde – ansonsten würde der neue deutsche Staat nach seiner Vereinigung bis zur Ratifikation der 2+4-Vereinbarung doch noch mit einer beschränkten Souveränität belastet sein.

In der Substanz entspreche der in Moskau präsentierte sowjetische 2+4-Vertragsentwurf dem soweit erreichten Konsens, enthalte teils aber auch Forderungen, die im 2+4-Rahmen nicht berücksichtigt werden könnten (z. B. Bestandsgarantie für Verträge SU-DDR, deutsche Verpflichtung zur Erhaltung sowjetischer Kriegsdenkmäler in DDR). Für die Endredaktion des Abkommens (westlicher

4 Die Unterstreichung wurde auch am Seitenrand handschriftlich markiert. Auf der vierten 2+4-Außenministerkonferenz am 12. September 1990 in Moskau wurde der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ unterzeichnet. Siehe Dok. 170–172.

5 Siehe dazu die Aufzeichnung des Dolmetschers Hartmann vom 17. August 1990 über das Vier-Augen-Gespräch von Bundesaußenminister Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Šewardnadze am 17. August 1990 in Moskau (= Dokument 41) sowie den Vermerk des Leiters des Referats 213, Neubert, vom 18. August 1990 über das Delegationsgespräch von Bundesaußenminister Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Šewardnadze am 17. August 1990 in Moskau (= Dokument 42), in: Diplomatie für die deutsche Einheit, S. 222–227, S. 227–240. Vermerk des Referats 213, 18. August 1990 (= Dokument 140), in: Die Einheit, S. 656–662.

6 Die Ratifizierung durch den Obersten Sowjet erfolgte am 15. März 1991.

Titel-Vorschlag: „Convention on the final settlement with respect to Germany“ in Beamtengesprächen bis zum 12. September d. J.⁷ werden jedoch keine ernsthaften Probleme gesehen. Um auch die Kenntnisnahme der 2+4-Regelung durch die KSZE-Staaten vor der deutschen Vereinigung sicherzustellen, sollen die 35 nunmehr bereits anlässlich des AM-Treffens in New York Anfang Oktober⁸ und nicht erst beim KSZE-Gipfel in Paris⁹ informiert werden.

2. Der „Stationierungs- und Abzugsvertrag“¹⁰ mit der SU, der den Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der DDR in den nächsten 3 bis 4 Jahren regelt, werde ebenfalls auf der Grundlage eines sowjetischen Entwurfs (kurzer Vertragstext, 4 technische Protokolle: Abzugs- und Transportfragen, Waren- und

- 7 Die Endredaktion des 2+4-Vertrages wurde im Zuge des achten 2+4-Beamtentreffens vom 4.–7. September 1990 in Ostberlin und des darauffolgenden neunten Beamtentreffens vom 11. September 1990 in Moskau abgeschlossen. Siehe dazu 2+4-Prozeß: Bericht über das 8. Beamtentreffen im Rahmen der 2+4-Gespräche (= Dokument 230), in: Die Außenpolitik der DDR, S. 939–959. Ulrich Albrecht zur neunten Beamtenrunde in Moskau (= Dokument 232), in: Die Außenpolitik der DDR, S. 962–963.
- 8 Treffen der Außenminister der KSZE-Staaten in New York am 1./2. Oktober 1990.
- 9 Das KSZE-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs fand vom 19. bis 21. November 1990 in Paris statt.
- 10 Zu den Verhandlungen des Aufenthalts- und Abzugsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, siehe Hanns Jürgen Küsters, Entscheidung für die Einheit. Einführung in die Edition, in: Deutsche Einheit, S. 224–229; von 24. bis 25. August 1990 fanden in Moskau die ersten Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik bezüglich eines Aufenthalts- und Abzugsvertrages statt. Siehe dazu Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 27. August 1990 (= Dokument 398) und Vorlage des Vortragenden Legationsrats I Kaestner an Ministerialdirektor Teltschik, Bonn, 27. August 1990 (= Dokument 399), in: Deutsche Einheit, S. 1498–1500 und S. 1500–1502. Vgl. Vorlage des Leiters der Unterabteilung 20, Hofstetter, für Bundesminister Genscher, 27. August 1990 (= Dokument 143), in: Die Einheit, S. 671–676. Die zweite Verhandlungsrunde fand am 31. August und 1. September 1990 in Moskau statt. Vgl. Vorlage des Vortragenden Legationsrats Westdickenberg an Ministerialdirektor Teltschik, Bonn, 3. September 1990 (= Dokument 410), in: Deutsche Einheit, S. 1518–1520. Die Verhandlungen starteten am 13. August 1990 in Moskau und wurden anschließend alternierend auch in Bonn geführt. Genscher und Schewardnadse waren in ihrem Gespräch am 24. September 1990 in New York einig, dass die Verhandlungen zu einem baldigen Abschluss führen sollten. Vgl. Fernschreiben des D2, Kastrup, vom 24. September 1990 über das Gespräch von Bundesaußenminister Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Šewardnadze am 24. September 1990 in New York (= Dokument 49), in: Diplomatie für die deutsche Einheit, S. 261–263. Die letzten offenen Verhandlungspunkte wurden in Bonn Anfang Oktober 1990 mit dem sowjetischen Botschafter in der Bundesrepublik Wladislaw P. Terechow ausverhandelt, siehe dazu Ortez des Referatsleiters 012, Bettzuege, 18. Oktober 1990 (= Dokument 168), in: Die Einheit, S. 759–762. Für den Wortlaut des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 12. Oktober 1990 siehe BGBl. 1991, II, S. 258–290. Siehe auch inklusive Vertragstext im Anhang Gesandter Alfons Kloss an BMAA, Bonn, 18. Oktober 1990, Zl. 482-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.05.83/4-II.1/90.

Dienstleistungsversorgung, Rechtshoheit und Justiz, Übergabe von Liegenschaften der SU-Armee) derzeit mit Hochdruck verhandelt. Der BRD gehe es dabei um ein Maximum an Klarheit: im vorgegebenen Abzugsrahmen von 3 bis 4 Jahren sollte bereits bei Vertragsabschluss konkret festgelegt werden, welche Einheiten wann abziehen (BRD-Interesse: vorrangig Rückzug kampfstarker, im Westen der DDR stationierter Verbände – wie Panzerarmeen, Jagdbombergeschwader). Zentral sei auch eine erhebliche Beschränkung der Aktivitäten sowjetischer Truppen zu Land und zu Luft, BRD verlange in jedem Fall vorherige Zustimmung (ehemaliges Territorium der DDR könne nicht weiterhin als „gigantischer SU-Truppenübungsplatz“ fungieren).

3. Für den „Überleitungsvertrag“¹¹ der v. a. die Auswirkungen der Einführung der DM auf die Aufenthaltskosten der sowjetischen Truppen regeln soll, hätte die SU einen Entwurf präsentiert, dessen finanzielle Aspekte lt. AA noch einige Kopfzerbrechen bereiten würden. In der Öffentlichkeit bekannt gewordene sowjetische Forderungen von 2,5 Mrd. DM seien lt. AA „mehr als unvollständig“ (!). Die SU wolle sich Abzug ihrer Truppen jedenfalls teuer abkaufen lassen¹² (im Gegenzug zu DM-Milliarden würde SU u. a. heruntergewirtschaftete Liegenschaften in DDR zurückstellen). Neben finanziellen Fragen des Aufenthalts (bzw. Abzuges)

11 Zu den Verhandlungen über den „Überleitungsvertrag“ siehe Dokument 149 und 156 in: Die Einheit; und die Dokumente 418, 418a, 418b, in: Deutsche Einheit Für das „Abkommen über einige überleitende Maßnahmen“ vom 9. Oktober 1990 siehe: BGBl. 1990 II, S. 1654. Zur finanziellen Dimension siehe Anm. 12. Siehe auch inklusive Vertragstext im Anhang Gesandter Alfons Kloss an BMAA, Bonn, 18. Oktober 1990, Zl. 481-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.05.83/4-II.1/90.

12 Im August 1990 schrieb der sowjetische Außenminister Schewardnadse an Genscher, dass der Truppenabzug frühestens in fünf bis sieben Jahren möglich wäre. Den Abzug machte Schewardnadse von deutscher finanzieller Unterstützung abhängig. Der stellvertretende sowjetische Außenminister und Botschafter Kwizinski forderte sodann Bonn auf, sowohl für die Kosten der verbleibenden Truppenstationierung, den Rücktransport wie auch für den Bau neuer Unterkünfte für die Rückkehrer aufzukommen. Widrigenfalls wurde ein Aufruhr unter den Truppenteilen nicht ausgeschlossen. Kwizinskijs Nachfolger Botschafter Wladislaw P. Terechow konkretisierte im September die Forderungen, die sich auf 3,5 Milliarden D-Mark Stationierungskosten von 1990 bis 1994, auf 3 Milliarden D-Mark Transportkosten, 11,5 Milliarden D-Mark für den Bau von 72.000 Wohnungen einschließlich der notwendigen Infrastruktur, 500 Millionen D-Mark für ein Programm zur Weiterbildung und Erziehung sowie bis zu 17,5 Milliarden D-Mark für die Rückgabe sowjetischer Immobilien in der DDR beliefen. Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher, Finanzminister Waigel und Wirtschaftsminister Haussmann waren konzessionsbereit und boten 8 Milliarden D-Mark an, während Gorbatschow auf einer weit höheren Summe bestand, da allein der Wohnungsbau 11 Milliarden D-Mark betrage, nicht eingerechnet die Transport- und Aufenthaltskosten. Aufgrund der von Gorbatschow dramatisch geschilderten Lage bot Kohl 11 bis 12 Milliarden D-Mark an, worauf Gorbatschow seiner Hoffnung Ausdruck gab, sich auf 15 bis 16 Milliarden zu verständigen. Kohl bot zusätzlich zu den 12 Milliarden D-Mark einen zinslosen Kredit von 3 Milliarden D-Mark an. Der Weg für den Überleitungsvertrag mit der Bundesrepublik war damit freigekauft. Siehe dazu auch die Aufschlüsselung von Gesandten Alfons Kloss an BMAA, Bonn, 18. Oktober 1990, Zl. 481-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.05.83/4-II.1/90.

der sowjetischen Truppen sei ein wesentlicher Bestandteil des Vertrags deutsche Hilfe beim Wohnungsbau für die in die SU zurückgekehrten Truppen (Errichtung von Wohnungen im Gesamtausmaß von bis zu 500.000m²). Lt. AA würde es im deutschen Interesse liegen, auch diesen Teil des „Rückzugsprogramms“ möglichst zügig durchzuziehen – daher sollten auch besser direkt deutsche Firmen die Aufträge übernehmen. Für ein drittes Element des Überleitungsvertrags, deutsche Hilfe bei der Umschulung in die SU zurückgekehrter Armeeangehöriger, fehle der SU noch jegliche Bedarfsstruktur. Die BRD werde als Langzeitprogramm ein ziviles Weiterbildungs- bzw. Umschulungsprogramm nach einschlägigem Bundeswehrmuster anbieten (Errichtung von Fachschulen, Spezialkurse in zivilen Unternehmen etc.).

4. Der Umfassende Vertrag, der die bilaterale Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage stellen soll (vgl. no. FS-Zl. 25124 v. 23.7. d.J.),¹³ sei in Grundzügen bereits absehbar (wesentliche Inhalte des Moskauer Vertrags¹⁴ bzw. der Erklärung anlässlich des Gorbatschow-Besuchs in Bonn 1989,¹⁵ Aussage zu KSZE-Prinzipien, Institutionalisierung, Rüstungskontrolle, Absichtserklärungen zur weiteren Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen u. a.). In dem Abschnitt betreffend bilaterale politische Konsultationen werden auch regelmäßige Treffen der Regierungschefs und Fachminister vorgeschlagen.

5. Auf sowjetischen Wunsch werde die wirtschaftliche Zusammenarbeit Gegenstand eines eigenen Abkommens sein. Inhalt sei ein umfassendes Angebot von BRD-Know how in marktwirtschaftlichen Schlüsselbereichen, konkrete Zusammenarbeitsprojekte in Industrie, Handel und Landwirtschaft sowie die Absichtserklärung der BRD, die SU bei der Herstellung „tragfähiger Kontakte“ zu einschlägigen internationalen Organisationen zu unterstützen (EG, GATT, OECD etc.). Umfangreiche weitere BRD-Kredite seien nicht vorgesehen. Wirtschaftsminister Haussmann¹⁶ und Finanzminister Waigel¹⁷ (für den Überleitungsvertrag) haben dieser Tage in Moskau Verhandlungen auf Regierungsebene aufgenommen, diese sollen Anfang September in Bonn fortgesetzt werden.

6. Der Stationierungs- und Abzugsvertrag sowie der Überleitungsvertrag sollen bis zum Abschluss der 2+4-Gespräche am 12. September d.J. fertiggestellt sein, eine formelle Annahme sei aber erst durch ein gesamtdeutsches Parlament nach dem 3. Oktober d.J. vorgesehen. Um der SU jedoch schon zum 2+4-Abschluss Klarheit über das entsprechende deutsche Engagement verschaffen zu können,

13 Das Fernschreiben konnte nicht aufgefunden werden. Siehe dazu später Dok. 169, Anm. 11.

14 Zum „Moskauer Vertrag“ siehe Dok. 1, Anm. 17.

15 Zur gemeinsamen Erklärung siehe Dok. 41, Anm. 3.

16 Helmut Haussmann, Bundesminister der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (1988–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

17 Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland (1989–1998), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

sei in Aussicht genommen, dass BK Kohl in einem persönlichen Schreiben an Präsident Gorbatschow¹⁸ schon im Vorhinein die beiden Vertragstexte sowie die bis dahin feststehenden Eckdaten des umfassenden bilateralen Vertrags und des Wirtschaftsabkommens übermittelt. Lt. AA solle Gorbatschow damit auch die erforderliche Sicherheit gegeben werden, um innenpolitisch sein Einlenken betreffend die deutsche Vereinigung besser verkraften zu können. Vor allem sollte dadurch auch eine Zustimmung der SU in der Frage der Suspendierung der alliierten Rechte vor Ratifizierung der 2+4-Vereinbarung erleichtert werden.

Dok. 168: Gespräch de Maizière – Brandstetter über DDR-Vorhaben für die letzten Wochen vor der Vereinigung, 30.8.1990

Botschaftsrat Werner Brandstetter an BMAA, Berlin (Ost), 30. August 1990, ZI. 436-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/212-II.3/90¹

DDR; Vorhaben für die letzten Wochen vor der Vereinigung; Gespräch mit PM de Maizière

Bei der Verabschiedung von Premierminister de Maizière am Flughafen Schönefeld vor seiner heutigen Abreise nach Wien zur KSZE-Konferenz,² in der Eigenschaft als amtierender Außenminister,³ hatte der Gefertigte Gelegenheit zu einem ca. halbstündigen Gespräch mit dem PM.

Dabei ging der PM auf die wesentlichen Vorhaben seiner Regierung für die letzten Wochen vor der Vereinigung ein:

- Einigungsvertrag: Der PM teilte den in den letzten Tagen feststellbaren Optimismus bezüglich der Verabschiedung des Einigungsvertrages, es sei nunmehr doch gelungen, den Parteienhader i. G. weitgehend zurückzudrängen.
- Abschluss des 2+4-Prozesses

18 Das intendierte Schreiben von Kohl an Gorbatschow gab es aufgrund der guten Fortschritte bei den Vertragsverhandlungen nicht mehr. Siehe dazu Dok. 169, Anm. 11.

1 Der Bericht wurde als Fernschreiben Nr. 25133 erstattet und war an die Sektionen II und III, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers gerichtet. Er wurde im BMAA am 30. August 1990 von der Abteilung II.3 durch Legationsrat Josef Litschauer in Bearbeitung genommen. Dieser veranlasste seine Weiterleitung an die österreichische Botschaft Bonn sowie an das „Bundeskanzleramt/Kabinett des HBK z. H. Ges. Nowotny“ mit der „Zusätzliche Mitteilung: für BKA – letzter Absatz!“. Im BMAA nahm zudem die Abteilung II.1 Einsicht.

2 Lothar de Maizière nahm am 30. August 1990 an der Sitzung der am 27. August wiederaufgenommenen KSE-Verhandlungen teil. Europa-Archiv 16/1990, Z 192.

3 Seit dem Rückzug der SPD aus der Regierung am 20. August hatte Lothar de Maizière auch das Amt des Außenministers von Markus Meckel übernommen.

- Vorbereitung einer Gesetzesflut, die im Zusammenhang mit Einigungsvertrag notwendig werden wird.
- Schaffung von gesetzlichen Übergangsregelungen für jene Bereiche, die in Hinkunft durch Landesrecht geregelt werden, zur Überbrückung der Zeitspanne bis zur Konstituierung der Länder. Aufbau der Länderstrukturen.
- Übergangsmaßnahmen zum Abbau des Wirtschaftsdirigismus, der in geordneten Bahnen bewerkstelligt werden muss. Hierzu gehören insbesondere die Fragenkomplexe Treuhandanstalt⁴ und Landwirtschaft.
- Abbau der bisher überdimensionierten DDR-Verwaltung.
- Besondere Sorge scheint dem PM die Straßenverkehrssituation in der DDR zu bereiten. Er erwähnte, dass allein im Monat Juli in der DDR über 200.000 Kraftfahrzeuge neu zugelassen wurden, was der Gesamtzulassungszahl des Jahres 1989 entspricht. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die mangelnde Infrastruktur und die gegebene Umweltsituation ein Problem, das man irgendwie in den Griff bekommen müsse.

Der Premierminister und seine Umgebung meinten – mit einem Anflug von Understatement – im Zusammenhang mit dem immerhin international bedeutenden Anlass der ggstdl. Reise, dass man in letzter Zeit eine solche Fülle von einmaligen oder historischen Ereignissen durchgemacht habe, dass für die Würdigung einzelner bedeutender Ereignisse kaum Zeit bleibe.

Gesprächsweise erwähnte der PM auch, dass er vor dem 2. Dezember wohl kaum Zeit haben werde, Wien genauer kennenzulernen. Der Herr Bundeskanzler habe sztl.⁵ das Angebot gemacht, dass er (de Maizièrè) nach dem 2.12. zu einem längeren Aufenthalt nach Österreich kommen möge. Er hoffe sehr, darauf zurückkommen zu können.

Brandstetter

- 4 Die Treuhand-Anstalt arbeitete auf Grundlage des von der DDR-Volkskammer am 17. Juni 1990 beschlossenen Treuhandgesetzes sowie den Bestimmungen des Einigungsvertrages. Sie war als Anstalt des öffentlichen Rechts konzipiert und unmittelbar dem Bundesfinanzministerium unterstellt. Nach Artikel 25 Einigungsvertrag hatte die Treuhand die Aufgabe, die „früheren volkseigenen Betriebe wettbewerblich zu strukturieren und zu privatisieren“. Ihr oblag daher die Umwandlung zentralwirtschaftlich organisierter Wirtschaftsstrukturen in eine sozial- und marktwirtschaftliche Ordnungsform.
- 5 Bundeskanzler Vranitzky dürfte diese Einladung an de Maizièrè bei dessen Arbeitsbesuch am 25. Juli 1990, der angesichts der innenpolitischen Situation in der DDR verkürzt stattfand, ausgesprochen haben. Siehe zum Besuch Dok. 165, zur Vorbereitung Dok. 160.

Dok. 169: Bericht. Bundesrepublik-Sowjetunion. Äußere und bilaterale Aspekte der deutschen Vereinigung, 3.9.1990

Gesandter Martin Sajdik an BMAA, Moskau, 3. September 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/217-II.3/90¹

SU, äußere und bilaterale Aspekte der deutschen Vereinigung (Info)

Die SU und die BRD befinden sich derzeit in faktisch permanenten Verhandlungen zu den verschiedensten Themenbereichen, an denen dutzende Experten aus mehreren Ressorts (AA, Finanzen, Verteidigung, Außenhandel) teilnehmen. Ziel ist es, möglichst viele Fragen der künftigen bilateralen Beziehungen zwischen dem vereinten Deutschland und der SU noch vor dem 12.9., dem Datum der Paraphierung (Unterzeichnung?) des „2+4“-Abkommens in Moskau, einer Klärung zuzuführen. Schwierigstes Problem ist dabei, einen akzeptable (finanzielle) Regelung für die Stationierung, den Abzug und die Wiedereingliederung der SU-Soldaten in ihre Heimat zu finden.² In der Vorwoche hielt sich eine dt. 40-Mann-Delegation unter Leitung von Staatssekretär Köhler,³ BaFin,⁴ sowie eine Gruppe von (Militär)experten – unter Führung von Ministerialdirigent Hofstetter,⁵ AA – in Moskau auf, um Stationierungsvertrag und Überleitungsabkommen zu verhandeln.⁶ Ab 3.d.M. werden die Gespräche in Bonn fortgesetzt.⁷ Am 5.d.M. reist der stellvertr. MP der SU, Sitarjan,⁸ Vorsitzender der SU-Außenwirtschaftskommission, in die Bundeshauptstadt.⁹ Sowohl im SU-AM als auch in der ho. BRD-Botschaft zeigt

1 Der Bericht wurde in Verfolg von Fax 347/90 vom 20. August 1990 als Fernschreiben Nr. 25252 erstattet und war für die Sektion II, das Generalsekretariat und das Kabinett des Bundesministers bestimmt. Im BMAA wurde er von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen. Legationsrat Josef Litschauer veranlasste am 4. September 1990 die Weiterleitung an die österreichische Botschaft Bonn mit Fernschreiben Nr. 55040. Im BMAA lag der Bericht der Abteilung II.1 (gezeichnet i. V. Legationssekretär Marius Calligaris am 4. September 1990) vor. In der Abteilung II.3 zeichneten ihn zudem Legationssekretär Hans Peter Manz am 5. September 1990 und Abteilungsleiter Gesandter Ernst Sucharipa ab.

2 Siehe dazu bereits Dok. 167, Anm. 10–12.

3 Horst Köhler, CDU, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen (1990–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

4 BaFin = Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

5 Rolf Hofstetter, Leiter der Unterabteilung 20 im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland (1989–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Siehe dazu bereits Dok. 167, Anm. 10–12.

7 Die Gespräche wurden in einer dritten Verhandlungsrunde vom 6. bis 8. September 1990 in Bonn fortgesetzt.

8 Stepan Sitarjan, Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR (1989–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Für den Gesprächsverlauf siehe: Schreiben des Bundesministers Waigel an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 6. September 1990 (= Dokument 413) und Notiz des Referatsleiters Westerhoff für den Chef des Bundeskanzleramtes Seiders, Bonn, 6. September 1990 (= Dokument 414), in: Deutsche Einheit, S. 1524–1526.

man sich besorgt, den Überblick über den Verlauf der jeweiligen Verhandlungen zu verlieren, und klagt über Koordinationsprobleme.

SU-AM und ho. BRD-Botschaft hoben folgende Aspekte des derzeitigen Verhandlungsstands der einzelnen Abkommen hervor:

1) „2+4“-Abkommen

Es sei noch immer unklar, ob am 12.d.M. die Außenminister der 6 das Abkommen bloß paraphieren oder schon unterzeichnen werden. Im SU-AM zeigt man sich optimistisch, unterzeichnen zu können, die ho. BRD-Botschaft lässt diese Frage – weiterhin – offen.

Lt. SU-AM sei das Dokument selbst noch nicht zur Gänze ausverhandelt, vereinbart seien bisher Präambel und die Bestimmungen über die Grenzen Deutschlands.

Für die von der BRD geforderte Suspendierung der Alliierten-Rechte vor der Ratifizierung sieht man im SU-AM keine Notwendigkeit. Ohne Zustimmung des Obersten Sowjets sei dies schwierig, Probleme mit der Ratifizierung werde es im SU-Parlament ohnehin nicht geben. Das BRD-Argument hinsichtlich einer beschränkten Souveränität Deutschlands im Falle der Nicht-Suspendierung erscheine nicht einleuchtend, wer könne bei Anwesenheit von ausländischen Truppen auf seinem Territorium überhaupt von voller Souveränität sprechen. Unter klarem Verweis auf den Konnex zu den bilateralen Verträgen räumt man im SU-AM aber ein, dass auch zu dieser Frage eine für alle annehmbare Lösung gefunden werden kann.

2) Bilaterale Verträge:

a) politischer Rahmenvertrag („großer“ Vertrag)

Die BRD präsentierte einen Gegenentwurf zum während des Genscher-Besuches am 16.v.M. übergebenen sowjet. Vorschlag.¹⁰ Ohne Details bekanntzugeben, erklärte man im SU-AM, es gebe „offene Momente“. Entsprechend ihrer Vereinbarung von Archys werden Kohl und Gorbatschow einander vor dem 12.d.M. Briefe schreiben, in denen die Grundzüge des Vertrags in Form politischer Absichtserklärungen festgelegt werden.¹¹

10 Schewardnadse übergab Genscher bei dessen Aufenthalt in Moskau am 17. August 1990 die sowjetischen Vertragsentwürfe für einen Aufenthalts- und Abzugsvertrag. Vgl. Vermerk des Leiters des Referats 213, Neubert, vom 18. August 1990 über das Delegationsgespräch von Bundesaußenminister Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Šewardnadze am 17. August 1990 in Moskau (= Dokument 42), in: Diplomatie für die deutsche Einheit, S. 227–240. Am 22. August 1990 übermittelte Referatsleiter 213, Neubert, der Botschaft in Moskau den bundesdeutschen Vertragsentwurf mit der Bitte diesen dem sowjetischen Außenministerium zuzuleiten. Vgl. ausführlicher Die Einheit, Dokument 140, Anmerkung 7.

11 Die Sowjetunion hatte bei den Verhandlungen in Moskau bzw. Archys eine umfassende bilaterale Vertragsregelung mit der Bundesrepublik angestrebt. Kohl lehnte dies ab, sagte jedoch zu, dass „zunächst ein abgestimmter Brief des BK an G[orbatschow]“ gerichtet werden würde, dessen Inhalt bis zum Sommer 1991 in eine vertragliche Form gegossen werden könnte. Vgl.

Man dürfe nicht vergessen, so das SU-AM, dass dies ein Abkommen zwischen Staaten sei, die verschiedenen Bündnissystemen angehören. Die BRD müsse Rücksicht auf ihre NATO-Partner nehmen.

b) Abkommen über Wirtschaftszusammenarbeit

Die erste Gesprächsrunde mit BM Haussmann diene einem allgemeinen Meinungsaustausch. Kernproblem sei die Rechtsnachfolge in Bezug auf die fast 400 Verträge zwischen der SU und der DDR im Wirtschaftsbereich. In 2 Expertentreffen mit der DDR machte man mit DDR-Vertretern eine Bestandsaufnahme jener Verträge, die weitergeführt, abgeändert bzw. annulliert werden sollten. Ab 4. d.M. wird mit der BRD „auf trilateraler Basis“ weiterverhandelt werden. Die SU wolle jedenfalls durch die Vereinigung wirtschaftlich nicht schlechter gestellt werden, dies gilt namentlich für die zollrechtliche Behandlung von SU-Exporten. EG-Präsident Delors sei sowjetischerseits während seines Besuchs im Juli auf diesen Aspekt aufmerksam gemacht worden und habe eine für die SU befriedigende Lösung zugesagt. Der Fragenkreis der Rechtsnachfolge bei den Wirtschaftsverträgen sei für die SU von entscheidender Bedeutung, die DDR ist – noch – der größte Handelspartner der SU, zwischen vielen SU- und DDR-Betrieben bestehen direkte Produktionskooperationsvereinbarungen, über deren weitere Erfüllung man sich in der SU angesichts der prekären Wirtschaftslage einiger DDR-Unternehmen Sorge.

c) Stationierungsabkommen und Überleitungsvertrag¹²

Das SU-AM spricht in Bezug auf diese beiden Verträge vom „schwierigsten Kapitel“ der Regelung der künftigen sowjet.-dt. Beziehungen, es stehe noch „ein harter Kampf“ bevor. Da, so die ho. BRD-Botschaft, das mit der DDR 1957 abgeschlossene Truppenstatut¹³ nicht mehr weiter gelten kann, müsse alles neu verhandelt werden.

Die Einheit, Dokument 140, Anm. 8. Zu diesem Schreiben sollte es jedoch aufgrund der positiven Verhandlungsfortschritte gar nicht erst kommen. Anstelle der brieflichen Zusicherung, verabredeten Kohl und Gorbatschow ein Telefongespräch am 7. September 1990, in dem Kohl versicherte, dass er den bilateralen umfassenden Vertrag „bald nach dem Wiedervereinigungsdatum, nach dem 3. Oktober 1990, mit dem Präsidenten unterzeichnen“ wolle. Siehe dazu Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow, 7. September 1990 (= Dokument 415), in: Deutsche Einheit, S. 1527–1530, hier S. 1527. Zur sowjetischen Gesprächsüberlieferung vgl. Telefonat Gorbatschows mit Bundeskanzler Kohl am 7. September 1990 (= Dokument 110), in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 513–517. Für den Wortlaut des am ersten Jahrestag des Falls der Berliner Mauer am 9. November 1990 in Bonn unterzeichneten Vertrags über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR („Umfassender Vertrag“) siehe BGBl. 1991, II, S. 703–709.

12 Siehe dazu bereits Dok. 167, Anm. 10–12.

13 Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen. 12. März 1957, Gesetzblatt der DDR 1957, I, S. 238–244.

„Die Deutschen müssen verstehen, dass durch die Währungsunion für uns alles teurer wurde, man sogar das Taggeld der einfachen Soldaten nun in Westmark zahlen muss. Natürlich wollen wir für die Infrastruktur, die wir hinterlassen werden, wie Unterkünfte, Flughäfen etc. eine ordentliche Ablöse erzielen“, erklärte unter Bezugnahme auf den Waigel-Besuch in der Vorwoche der sowjetintern für die Verhandlungen zuständige stellvertr. Finanzminister, Sytnin,¹⁴ gegenüber dem Gefertigten. Sytnin gab sich ferner verärgert über die ungarische Verhandlungsposition bei den „Ablöse“-Gesprächen und verwies insbesondere auf den hochmodern ausgerüsteten SU-Militärflughafen bei Budapest sowie auf das sowjetische Spital in der ungarischen Hauptstadt, das sich, so Sytnin, sehr für ein Joint Venture eignen würde. Auf den Einwand des Gefertigten, die SU fordere von der Mongolei keine Zahlungen für dort – in der Wüste Gobi – zurückgelassene Militärobjekte, meinte Sytnin: „von den Mongolen ist sowieso nichts zu holen“.

Das SU-AM ließ durchblicken, es gebe sowjetintern einige Unstimmigkeiten, vor allem hinsichtlich der Festlegung der Orte, in denen die für die „Heimkehrer“ zu bauenden Wohnungen (500.000m²/Jahr) errichtet werden sollen. Für die deutschen Bauunternehmen, welche die deutsche Verhandlungsdelegation beraten, sei es, so die BRD-Botschaft, schwer, präzise Kostenkalkulationen aufzustellen, ohne die Infrastruktur zu kennen.

Offen ist auch die Höhe der deutschen Zahlungen für die Stationierung der SU-Streitkräfte (SU-Forderung: 2,5 Mrd. DM/Jahr).¹⁵ Für alle sich aus dem Überleitungsvertrag ergebenden Fragen, so auch die Bewertung der Militärobjekte, müsste nach Ansicht des SU-AM eine gemischte su-dt.¹⁶ Kommission gegründet werden. Der Stationierungsvertrag hätte seinerseits nach SU-Ansicht Regelungen zu folgenden Fragen zu beinhalten: Desertion von SU-Soldaten, Abhaltung von Manövern der SU-Truppen.

Sajdik

14 Der vollständige Name konnte nicht ermittelt werden. Es gibt in dieser Zeit auch keinen stellvertretenden Finanzminister dieses Namens. Wir danken Peter Ruggenthaler und seinen Moskauer Kollegen für die Unterstützung bei der Recherche.

15 Siehe dazu Dok. 167, Anm. 12.

16 sowjetisch-deutsche.

Dok. 170: Information. Verwirklichung der deutschen Einheit, 14.9.1990

Information, Gesandter Johann Plattner, Wien, 14. September 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/222-II.1/90¹

*Verwirklichung der deutschen Einheit***1) Innere Aspekte:**

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen den beiden Teilen Deutschlands ist seit 1. Juli 1990 in Kraft.

Am 31. August haben die BRD und die DDR den „Einigungsvertrag“ über die politischen und rechtlichen Aspekte der deutschen Einheit unterzeichnet.² Das Ratifikationsverfahren soll bis Ende September abgeschlossen sein. Der Vertrag sieht u. a. Berlin als Hauptstadt Deutschlands vor. Über den Regierungssitz soll das künftige deutsche Parlament entscheiden.

Die DDR-Volkskammer hat beschlossen, daß der Beitritt der DDR zur BRD am 3. Oktober (nach dem KSZE-Außenministertreffen in New York)³ erfolgen soll. Damit wird die deutsche Einheit vollzogen.

Ab diesem Datum wird bis zu den Wahlen im Dez. 90 ein Übergangsparlament im Amt sein, in welchem zusätzlich 144 Abgeordnete der (ehemaligen) DDR-Volkskammer sitzen (Aufteilung gemäß Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien).

Am 2. Dezember 1990 werden Wahlen im vereinten Deutschland stattfinden.

2) Äußere Aspekte:

Die Außenminister der „2+4“-Staaten haben am 12. September 1990 den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ unterzeichnet.⁴

In der Präambel des Vertrags werden u. a. erwähnt: die Veränderungen in Europa, das Prinzip der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, die KSZE-

1 Die Information wurde in der Abteilung II.1 durch Gesandten Marius Calligaris erarbeitet und auf Veranlassung von Abteilungsleiter Gesandten Johann Plattner am 14. September 1990 an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Sektionsleiter, alle Abteilungen der Sektion II und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“ verteilt.

2 Zu den Verhandlungen betreffend den „Einigungsvertrag“ siehe Die Einheit, Dokument 129, Anm. 2, Dokument 132, Anm. 23 und Dokument 148, Anm. 1. Am 16. August 1990 wurde schließlich ein erster Vertragsentwurf erstellt, vgl. Dokumente 383–386, in: Deutsche Einheit. Am 31. August 1990 unterzeichneten Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der Parlamentarische Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten, Günther Krause, in Ost-Berlin den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands („Einigungsvertrag“). Dieser trat am 29. September 1990, in Kraft. Zum Vertragstext siehe BGBl. 1990, II, S. 889–1245.

3 Das KSZE-Außenministertreffen in New York fand am 1./2. Oktober 1990 statt.

4 Die vierte 2+4-Außenministerkonferenz fand am 12. September 1990 in Moskau statt. Für den Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990, siehe BGBl. II, 1990, S. 1318–1329. Ein Abdruck befindet sich in Die Einheit, Dokument 152, S. 700–706.

Schlußakte als Grundlage einer Friedensordnung in Europa, Bereitschaft zur Stärkung der Sicherheit, Rüstungskontrolle und Schaffung institutioneller Vorkehrungen hierfür, die Überzeugung, daß die Vereinigung Deutschlands einen Beitrag zu Frieden und Stabilität darstellt.

Die 10 Artikel des Vertrages haben nachstehenden wesentlichen Inhalt:

1. Das vereinigte Deutschland umfaßt die BRD, DDR und Berlin. Polens Westgrenze wird durch Vertrag zwischen Deutschland und Polen bestätigt werden. Keine deutschen Gebietsansprüche gegen andere Staaten.

2. Bekräftigung der Erklärung, daß von deutschem Boden nur Friede ausgehen soll.

3. Verzicht Deutschlands auf ABC-Waffen. Beschränkung der deutschen Streitkräfte auf 370.000 Mann (Land- und Luftstreitkräfte maximal 345.000) entsprechend der Erklärung der BRD vor Wiener Abrüstungsverhandlungen am 30.8.1990.⁵

4. Deutschland und die Sowjetunion werden Vertrag über Bedingungen des Aufenthalts sowjetischer Streitkräfte auf DDR-Gebiet und in Berlin sowie über deren Abzug bis Ende 1994 abschließen.⁶

5. Bis zum Abschluß dieses Abzuges nur Stationierung deutscher Verbände der Territorialverteidigung auf DDR-Gebiet, welche nicht in NATO-Strukturen integriert sind. Danach auch Stationierung integrierter deutscher Verbände möglich, aber keine Stationierung oder Verlegung ausländischer Streitkräfte auf dieses Gebiet (auch keine Manöver; über letzteres hatte es bis zum Schluß Differenzen gegeben).

Für Dauer des Aufenthaltes sowjetischer Truppen auf DDR-Gebiet Verbleib von Truppen der drei Westmächte in Berlin (über deutschen Wunsch; hierüber noch bilaterale Verträge zu schließen).⁷

5 Die zuvor am 8. August 1990 unterbrochenen Abrüstungsverhandlungen über konventionelle Streitkräfte (VKSE) in Wien waren am 27. August 1990 wieder aufgenommen worden. Vgl. Europa-Archiv, Nr. 13–14 (1990), Z 150. Am 30. August erklärte Bundesaußenminister Genscher den Teilnehmern, dass sich die Bundesrepublik „im Einvernehmen mit der Regierung der DDR“ verpflichte, die Streitkräfte eines vereinten Deutschlands innerhalb von 3 bis 4 Jahren auf 370.000 Mann insgesamt zu reduzieren. Die Reduktion starte mit dem Inkrafttreten des ersten KSE-Vertrages. Auch DDR-Ministerpräsident de Maizière erklärte anschließend auf der Konferenz sein volles Einverständnis mit Genschers Ausführungen. Zu den Ausführungen der beiden amtierenden Außenminister siehe Drahtbericht des Leiters der bundesdeutschen KSE-Delegation in Wien, Hartmann, 30. August 1990 (= Dokument 147), in: Die Einheit, S. 681–684, insbesondere auch Anmerkungen 1 und 4.

6 Siehe dazu bereits Dok. 167, Anm. 10–12 und Dok. 169, Anm. 10–11.

7 Der im Zwei-plus-Vier Vertrag erwähnte abzuschließende Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (siehe dazu bereits Dok. 167, Anm. 10–12 und Dok. 169, Anm. 10–11) fixierte den Abzug der sowjetischen Truppen bis 1994. Für den befristeten Verbleib französischer, britischer und amerikanischer Streitkräfte auf dem Gebiet wurde am 25. September 1990

6. Recht Deutschlands Bündnissen anzugehören wird durch ggstl. Vertrag nicht berührt.

7. Alliierte beenden Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland. Daher volle Souveränität Deutschlands.

8. Vertrag bedarf der Ratifikation. Depositarmacht Deutschland.

9. Inkrafttreten am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde.

10. Hinterlegung der Urschrift des Vertrages bei deutscher Regierung.

Der Vertrag wird der KSZE-Außenminister-Konferenz in New York (1./2. Oktober 1990) vorgelegt werden.

Die Notwendigkeit der Ratifikation des Vertrages durch die Parlamente der Unterzeichnerstaaten entspricht einem Wunsch der Sowjetunion. Die volle Souveränität Deutschlands wird de iure also erst nach Abschluß des Ratifikationsverfahrens hergestellt.

Die Außenminister der vier Alliierten werden jedoch am 1. Oktober in New York eine Erklärung unterzeichnen, wonach ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland mit Wirkung vom Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands (3. Oktober) bis zum Inkrafttreten des ggstl. Vertrages ausgesetzt werden. De facto wird die Souveränität Deutschlands bereits ab diesem Datum wirksam sein.

Die BRD hat sich verpflichtet, der SU für die Kosten der Stationierung der sowjetischen Truppen auf DDR-Gebiet bis 1994 und für deren Rückzug (insbesondere für zu errichtende Wohnungen in der SU) einen Betrag von DM 12 Mrd., verteilt auf vier Jahre, zu bezahlen.⁸

Außerdem wurde am 13. September 1990 ein Vertrag über „gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ der beiden Staaten paraphiert.⁹ In diesem aus 22 Artikeln bestehenden Vertrag werden jährliche gegenseitige Konsultationen auf höchster politischer Ebene und der Ausbau der Zusammenarbeit auf allen Gebieten vereinbart.

Die politischen Ziele der Bonner Regierung, die Verwirklichung der deutschen Einheit unter Beibehaltung der Westbindung, wurden bei Gewährung nur geringfügiger politischer Zugeständnisse (Verringerung des militärischen Potentials, Verzicht auf ABC-Waffen, Souveränitätsbeschränkung hinsichtlich Truppen-

eine Vereinbarung durch Notenwechsel zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten getätigt. BGBl. 1990, II, S. 1250–1252. Am 12. September 1994 folgte nach dem Ende des sowjetischen Abzugs am 31. August 1994 ein weiterer Notenwechsel. Siehe dazu: BGBl. 1994, II, S. 3714–3715. Siehe dazu eingehend Dokument 158, in: Die Einheit.

⁸ Siehe Dok. 167, Anm. 12.

⁹ Kohl und Gorbatschow unterzeichneten den deutsch-sowjetischen Vertrag am 9. November 1990 in Bonn anlässlich des ersten Jahrestages des Falls der Berliner Mauer. Siehe dazu bereits Dok. 169, Anm. 11 und auch Dok. 172. Bei dieser Gelegenheit unterfertigten die Fachminister beider Staaten auch weitere Kooperationsverträge in den Bereichen Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik sowie auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialwesens, vgl. Europa-Archiv Nr. 3 (1991), D 63.

stationierung auf heutigem DDR-Gebiet) erreicht. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung der Teilung Europas geschaffen.

Wien, am 14. September 1990
Plattner m.p.

Dok. 171: Bericht. Deutsche Wertung des „2+4“-Vertrages, 18.9.1990

Botschafter Friedrich Bauer und Gesandter Alfons Kloss an BMAA, Bonn, 18. September 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/227-II.1/90¹

2+4-Vertrag, deutsche Wertung (Info)

Mit der Unterzeichnung des 2+4-Vertrags vom 12. d. M. in Moskau² wurde das in Ottawa im Februar d. J.³ gesetzte Ziel erreicht: die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit sind geregelt. AM Genscher hat dies eine „historische Stunde für ganz Europa, eine glückliche Stunde für die Deutschen“ bezeichnet. Verlauf und Ergebnis der Beratungen werden hier als Erfolg der zielstrebigsten und energischen Verhandlungsführung der Bundesregierung – getragen von der „Gunst der Stunde“ – anerkannt. Besonderer Dank offizieller Stimmen gilt in diesem Zusammenhang der vorbehaltlosen Unterstützung der deutschen Anliegen durch die USA sowie dem persönlichen Engagement Präsident Gorbatschows (v. a. anlässlich seines Treffens mit BK Kohl im Kaukasus).⁴

Die letzte Verhandlungsrunde in Moskau wird im AA wie folgt kommentiert:

1. Sämtliche Delegationen waren mit der festen Absicht nach Moskau gekommen, die noch offenen Punkte auf politischer Ebene zu lösen und den Vertrag zu unterzeichnen. Relativ rasch konnte Einvernehmen über die Frage der nicht-nuklearen Verwendbarkeit konventioneller Waffensysteme auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erzielt werden. Eine ursprünglich (offenbar auf Drängen der

1 Der Bericht erging als Fernschreiben Nr. 25170 an das BMAA und war für die Sektion II, das Generalsekretariat, das Kabinett des Bundesministers bestimmt. Er wurde am 18. September 1990 in der Abteilung II.1 von Gesandten Marius Calligaris in Bearbeitung genommen, Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner veranlasste am 19. September 1990 seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Washington, Moskau, London und Paris.

2 Siehe dazu bereits Dok. 170, Anm. 4.

3 Die „Open-Skies“-Konferenz der KSZE fand vom 12. bis 14. Februar 1990 in Ottawa statt. Am Rande dieser Konferenz wurde am 13. Februar 1990 eine grundsätzliche Einigung auf die 2+4-Formel für die Verhandlungen über die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung erzielt. Siehe Dok. 124.

4 Bundeskanzler Helmut Kohl war vom 14. bis 16. Juli 1990 zu Besuch in der Sowjetunion. Siehe Dok. 161 sowie für die Wertung der Ergebnisse Dok. 162–164.

SU-Militärs) sowjetischerseits geforderte sehr restriktive Formulierung hätte einen Großteil der schweren konventionellen Waffen der Bundeswehr (die nur theoretisch auch nukleare Aufgaben erfüllen können – z. B. Artillerie) erfasst, diese Position wurde jedoch bald revidiert. Die jetzt gefundene Regelung (Art. 5, Abs. 3) klärt, dass die erlaubten Systeme „für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und dafür vorgesehen sind“.⁵

2. Weit schwieriger gestaltete sich die Frage möglicher Manöver der westlichen Alliierten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach Abzug der SU-Truppen. Während die SU jegliche Truppenbewegungen der Westalliierten in das ehemalige DDR-Territorium ausschließen wollte, legten die USA und Großbritannien großen Wert darauf, auch dieses Gebiet nach dem Abzug der SU-Truppen 1994 in ihre militärischen Aktivitäten einbeziehen zu können. Damit sollte die gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft unterstrichen und die durch die Nichtstationierung ausländischer NATO-Truppen eingeräumte „Sonderrolle“ des ehemaligen DDR-Territoriums reduziert werden (auch wenn aus der Sicht der BRD keine militärische Notwendigkeit für derartige Manöver gesehen wird). Erst nach langwierigen Verhandlungen ist es – praktisch in letzter Minute – gelungen, einen für alle Teile akzeptablen Kompromiss zu finden: ausländische NATO-Truppen dürfen demnach in das ehemalige DDR-Territorium „weder stationiert noch verlegt werden“, zusammen mit einer zusätzlichen Protokollnotiz⁶ erlaubt dies die Interpretation, dass Manöver (vorherrschendes Understanding: unter der VSBM-Ankündigungsschwelle⁷) zulässig sind. Die bis zuletzt unnachgiebige britische Verhandlungsführung in dieser Frage ist hier von der Presse im Detail kritisch behandelt worden.

5 In Artikel 3 bekräftigten die Bundesrepublik und die DDR „ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen“ und erklärten „daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird“. Auch „die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968“ galten für das vereinte Deutschland fort. Artikel 5, Absatz 3 lautet: „Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger. Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventioneller andere Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind. Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.“

6 Vereinbarte Protokollnotiz zu dem Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990, BGBl. II, 1990, S. 1318–1329, hier S. 1328: „Alle Fragen in bezug auf die Anwendung des Wortes ‚verlegt‘, wie es im letzten Satz von Artikel 5 Abs. 3 gebraucht wird, werden von der Regierung des vereinten Deutschland in einer vernünftigen und verantwortungsbewußten Weise entschieden, wobei sie die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei, wie dies in der Präambel niedergelegt ist, berücksichtigen wird.“

7 Gemäß § 38.1.1 des Wiener Dokuments 1990 der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen der KSZE vom 17. November 1990 unterliegen militärische Akti-

3. Nachdem in der Substanz des Vertrags alle Fragen gelöst waren und sich für die SU zugleich das Ergebnis des Überleitungsvertrags (konkrete deutsche Zusagen im Wert von 15 Milliarden DM) bzw. des Generalvertrags mit der BRD bereits absehen ließ, ist es AM Genscher gelungen, auch noch die sowjetische Zustimmung zur Suspendierung der alliierten Rechte und Vorbehalte für Berlin und Deutschland ab dem Datum der deutschen Vereinigung zu erreichen. Dabei hat sich die deutsche Einschätzung bestätigt, dass es der SU v. a. darauf ankam, das „Gesamtpaket“ der deutschen Leistungen zu kennen (vgl. ho. FS-Bericht 25165 vom 27. August d.J.),⁸ um dann im Gegenzug in der Frage der Suspendierung einlenken zu können. Anlässlich des AM-Treffens der KSZE am 1./2. Oktober d.J.⁹ sollen nun die 4 Alliierten eine entsprechende (kurze) Suspendierungsvereinbarung abschließen. Rein rechtlich treten die somit ab 3. Oktober d.J. „suspendierten“ alliierten Rechte erst mit der Ratifikation des 2+4-Vertrags außer Kraft. Lt. hiesiger Einschätzung sollte die Ratifikation in Frankreich, der SU und Deutschland bis Weihnachten möglich sein, unsicher sei noch die Ratifikationsdauer in der USA (Rolle des Senats), in Großbritannien bedürfe der Vertrag keiner eigentlichen Ratifikation.
4. Lediglich als Fußnote wäre zu vermerken, dass verschiedene sowjetische Forderungen aus den 2+4-Verhandlungen nicht im Vertragstext selbst, sondern in einem „gemeinsamen Brief“ der beiden deutschen AM an die übrigen 4 AM¹⁰ reflektiert sind (Frage der Enteignung der sowjetischen Besatzungsmacht in der DDR, Pflege der Kriegsdenkmälern, Verbot extremistischer Parteien, Frage der Weitergeltung von Vertragsverpflichtungen der DDR). Lt. AA enthalte der Brief „nichts anderes als die bestehende deutsche Rechtslage“, der Brief könne daher nicht als Berufungsgrundlage für zusätzliche sowjetische Forderungen dienen.

Bauer/Kloss

vitäten bei Beteiligung von mindestens 13.000 Mann (einschließlich Unterstützungstruppen) oder mindestens 300 Kampfpanzer der Ankündigung. Diese Passage wurde im BMAA am Seitenrand mit einem Fragezeichen versehen.

⁸ Siehe Dok. 167.

⁹ Die KSZE-Außenministerkonferenz fand am 1./2. Oktober 1990 in New York statt. Dort wurden die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten suspendiert und der 2+4-Vertrag den KSZE-Staaten zur Kenntnis gebracht.

¹⁰ Gemeinsamer Brief des Bundesministers des Auswärtigen Hans-Dietrich Genscher und des amtierenden Außenministers der DDR Lothar de Maizière an die Außenminister der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, in: Texte zur Deutschlandpolitik, III/8b – 1990, S. 678–680.

Dok. 172: Aktenvermerk. Sowjetische Bewertung des „2+4“-Abkommens, 19.9.1990

Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 19. September 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/266-II.3/90¹

„2+4“-Abkommen; Ergebnisse und Bewertung aus sowjetischer Sicht

Die nachstehende Zusammenfassung basiert auf der umfangreichen Berichtserstattung der Vertretungsbehörden,² v.a. der ÖB Moskau,³ und ergänzt die Analysen der Abt. II.1⁴ zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Generell kann das Verhandlungsergebnis als bedeutender Erfolg der sowjetischen Außenpolitik gewertet werden. Es lässt sich dabei nicht auf die Formel „D-Mark gegen Vertrag“ reduzieren. Tatsächlich decken sich die – aus einer Position der relativen Schwäche – erzielten Regelungen weitgehend mit den Zielen der sowjetischen Außenpolitik. Auch wenn dieser Erfolg angesichts der großen inneren Schwierigkeiten der SU nicht überbewertet werden darf und derzeit wohl überwiegend dazu gebraucht wird, die innenpolitische Kritik an Gorbatschow zu widerlegen, ist auf folgende Punkte hinzuweisen:

1) Sicherheitspolitik: Der Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands, dem Verzicht auf die lange angestrebte Neutralität Deutschlands und dem Abzug der sowjetischen Truppen aus der bisherigen DDR stehen gegenüber: keine NATO-Manöver in der bisherigen DDR (= kein Näherrücken der NATO an die SU), Truppenbegrenzung für Deutschland auf 370.000, völkerrechtlich wirksamer Verzicht auf ABC-Waffen. Die SU kommt damit ihrem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in der Mitte Europas einen Schritt näher, stellt man in Rechnung, dass damit auch allfällige Ambitionen ehemaliger Satellitenstaaten (v.a. Ungarns), der NATO (oder vielleicht einmal der WEU) beizutreten, de facto unterbunden werden.

2) Politische Landschaft: Die Reaktionen einiger EG-Staaten auf die deutsche Einheit machen deutlich, dass die stärkere Ostbindung Deutschlands („umfassender Vertrag“ SU-BRD)⁵ geeignet ist, gewissen Integrationsmodellen entgegenzu-

1 Die von Sachbearbeiter Legationsrat Hans Peter Manz erstellte Information erging auf Veranlassung des Leiters der Abteilung II.3 an das Kabinett des Bundesministers, das Generalsekretariat, die Sektionsleiter, die Sektion III, die Abteilung II.1, II.7 und II.8 sowie an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE. Vor Hinterlegung zeichneten in der Abteilung II.3 noch Legationsrat Josef Litschauer (am 22. Oktober, Legationsrätin Heidemaria Gürer-Zankl (am 2. Oktober) ab.

2 Siehe z. B. Dok. 171.

3 Siehe z. B. Dok. 169.

4 Siehe Dok. 170.

5 Zum Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR vom 9. November 1990 („Umfassender Vertrag“) siehe bereits Dok. 169, Anm. 11.

wirken. Die zwangsläufige Bonner Rücksichtnahme auf eigene Interessen in der SU dürfte eine Ausgrenzung der SU, die sich immer als europäische Macht verstanden hat, aus der neuen europäischen Architektur wesentlich erschweren.

Diese Entwicklung ist grundsätzlich positiv zu beurteilen, weil sie – eine geordnete Weiterführung der sowjetischen Reformpolitik vorausgesetzt – vertrauensbildend wirkt und zur Vermeidung neuer (alter) Antagonismen beiträgt.

Aus sowjetischer Sicht ist sie positiv, weil sie gegen das Konzept einer „Festung Europa“ wirksam ist (vgl. frühere Vorbehalte der SU gegen EG als Instrument des „Kalten Krieges“).

3) Wirtschaft: Die Sicherung der Partnerschaft mit der bedeutendsten Wirtschaftsmacht Europas hat neben bedeutenden finanziellen Aspekten aus sowjetischer Sicht weitere positive Konsequenzen: geringere Abhängigkeit vom jeweiligen Verhältnis zu den USA, vermutlich geringere Betonung der „conditionality“ durch Deutschland, EG-Anbindung.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die SU für aus ihrer Sicht verhältnismäßig geringe (weil mittelfristig praktisch unvermeidliche) Konzession eine hohe Abgeltung erhält und gleichzeitig ihre Position in Europa stärkt. Die Aufgabe der DDR allein bringt bedeutend mehr Wirtschaftshilfe und politischen Good-Will ein als die Entlassung aller anderen früheren Satellitenstaaten aus der sowjetischen Hegemonie zusammen.

Das Ergebnis ist zu begrüßen, weil es

- a) zu einer dauerhaften Verminderung der Spannungen zwischen Ost und West in Europa einen weiteren wichtigen Beitrag leistet,
- b) den österreichischen Vorstellungen über die neue europäische Architektur grundsätzlich entspricht und
- c) Gorbatschow eine (vermutlich letzte) Chance einräumt, die SU – unter der Bedingung eines geordneten Übergangs zu Marktwirtschaft und Föderalismus – weitgehend zusammenzuhalten.

Wien, am 19. September 1990
Sucharipa m. p.

Dok. 173: Bericht: 4 ½ Jahre in Bonn. Versuch eines Ausblicks, 20.9.1990

Botschafter Friedrich Bauer an BMAA, Bonn, 20. September 1990, Zl. 438-RES/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 502.01.19/10-II.1/90¹

4 ½ Jahre Bonn; Versuch eines Ausblicks

Die essentiellen Grundzüge der österreichischen und deutschen Ostpolitik, insbesondere im Rahmen der KSZE, sind fast kongruent. Dafür mag man viele Erklärungen finden. Hauptgrund scheint mir zu sein, dass sich sowohl die Partner der großen Koalition in Österreich als auch Regierungsparteien und SPD-Opposition über die elementaren Erfordernisse der außenpolitischen Zielsetzungen einig sind.

So gibt es zwischen Österreich und der BRD immer wieder Auseinandersetzungen „nur“ mit wirtschaftlichem Hintergrund: atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf,² Giftmüllschiff Petersberg,³ Nachtfahrverbot und Schwer-LKW-Transit.⁴

Allen Konfliktthemen ist gemeinsam, dass sich nach raschem Aufbau des Konfliktpotentials über die Printmedien – mit Ausnahme des Schwer-LKW-Transits

- 1 Der Abschlussbericht Botschafter Bauers wurde im BMAA von der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen, Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner veranlasste am 27. September 1990 seine Weiterleitung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „KSZE“. In der Abteilung II.1 zeichnete zudem Gesandter Marius Calligaris am 26. und 28. September 1990 ab.
- 2 Das seit 1985 in Bau befindliche Wiederaufbereitungslager Wackersdorf rief nicht nur in der Bundesrepublik umfassende Proteste seitens der Anti-Atombewegung hervor, sondern führte auch zu bilateralen Verstimmungen mit seinen Nachbarstaaten. Der Auftritt der österreichischen Umweltministerin Marilies Flemming, die die bereits zuvor eingelangten 453.000 Einwendungen aus Österreich mit ihrem persönlichen Auftreten am 22. Juli 1988 bei einem Verhandlungstermin in Bayern unterstrich, veranlasste die Bundesrepublik die weiteren Verhandlungen mit Österreich über ein Abkommen zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen vorübergehend auszusetzen, bis die öffentlich verkündete Klagsdrohung seitens Flemming zurückgenommen werde. Siehe dazu bereits Dok. 11, Anm. 6 und 7.
- 3 Siehe dazu bereits Dok 34, Anm. 3.
- 4 Siehe dazu bereits Dok. 11, Anm. 8. Die in den 1980er-Jahren stetig steigende Belastung durch den alpenquerenden Verkehr, insbesondere den Schwerverkehr, führte 1990 zu einem „Transitkrieg“ zwischen den betroffenen westösterreichischen Bundesländern Tirol, Salzburg und Vorarlberg sowie dem Freistaat Bayern auf der anderen Seite. Auslöser für die Eskalation des Konfliktes war die notwendig gewordene Sperrung der einsturzgefährdeten Kufsteiner Autobahnbrücke Anfang Juli 1990, wodurch sich der Verkehr auf die Inntalroute in Richtung Brenner verlagerte. Italien folgte mit der Sperrung sämtlicher Transitübergänge zu Österreich für den Schwerverkehr. Vgl. Der Spiegel Nr. 35, 27. August 1990. Eine vorläufige Lösung des Transitproblems erfolgte mit Unterzeichnung des Transitvertrages 1992 zwischen Österreich und den EG, siehe Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße samt Anhängen I bis X, BGBl. Nr. 823/1992.

bis zur Untertunnelung der Alpen – in der Öffentlichkeit die Situation wieder beruhigt und keine Ressentiments zurück bleiben. Die BRD nimmt ihre wirtschaftlichen Interessen beinhart wahr. Die Härte der Auseinandersetzungen nimmt vor bayerischen Landtagswahlen oder österreichischen Wahlgängen zu und schwillt dann rasch wieder ab.

Das vereinte Deutschland wird um die Jahrtausendwende zur ersten europäischen Wirtschaftsmacht, die ihre wirtschaftlichen Interessen ebenso hartnäckig verfolgen wird wie bisher – wenn nicht sogar stärker. In der EG wird fast nichts ohne Deutschland, aber nichts gegen Deutschland gehen. Wie wirtschaftliche in politische Macht umgesetzt wird, darüber steht noch die Beurteilung aus.

Bis dahin ist es aber noch ein langer Weg. Nicht nur die ehemalige DDR ist zu sanieren. Auch die früheren kommunistischen Staaten werden von Deutschland mitzualimentieren sein. Der Umfang all dieser Leistungen, dazu noch die Hilfestellung an die Sowjetunion als Preis der deutschen Einheit, ist ziffernmäßig nicht annähernd abschätzbar. Es wird sich aber um gewaltige Summen handeln.

Zwangsläufig wird sich die deutsche Finanzpolitik an Keynes⁵ orientieren müssen: hohe Kreditaufnahmen bei immer wieder aufkommenden inflationären Tendenzen. Selbst Steuererhöhungen, insbesondere Verbrauchersteuern, werden daran nichts ändern. Alle Staaten in und um die EG werden zwangsläufig mitmachen müssen; insbesondere Österreich, das ohnehin über den Hartwährungsverband⁶ an die Deutsche Mark angebunden ist.

Es ist sogar möglich, dass der deutsche Motor den Europäern einen Konjunkturweg weist, der sich erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg von der dahinsiechenden Wirtschaftsentwicklung der USA abhebt, ohne gänzlich entkoppelt zu werden. Euro-Dollars und anderes Floating Capital werden vor allem über deutsche Banken den Weg in das ertragreiche Europa finden. Über die politischen Folgen dieser möglichen Entwicklung darf heute schon nachgedacht werden.

Österreich wird sämtliche ökonomischen Chancen und Risiken dieser Entwicklung mitzutragen haben. Persönlich sehe ich mehr Vor- als Nachteile.

Nach der Jahrtausendwende wird Deutschland reicher, wirtschaftlich mächtiger, selbstbewusster und mancher Deutsche arroganter dastehen.

Fazit: Jetzt sollten wir alles daran setzen, sobald als möglich als gleichberechtigtes Mitglied in die EG einzuziehen. Im Windschatten der schwierigen und kostspieligen deutschen Einigung und des Zusammenwachsens Europas unter deutscher finanzieller Federführung sollten wir es in den Gremien der EG so rasch als möglich erlernen, wie sich ein europäischer Kleinstaat gegenüber europäischen Großen mit wechselnden Mehrheiten behaupten kann. Unser Durchhaltevermö-

5 Auf John Maynard Keynes geht ein Ansatz in der Volkswirtschaftslehre zurück (der so genannte Keynesianismus) welcher eine interventionistische, auf die Sicherung von Vollbeschäftigung ausgerichtete Wirtschaftspolitik empfiehlt. In Krisenzeiten ist der Staat dazu angehalten, die fehlende private Nachfrage auszugleichen und durch Investitionen die Wirtschaft zu beleben.

6 Siehe dazu bereits Dok. 153, Anm. 27.

gen beim Nachtfahrverbot und anderen Beschränkungen des alpenquerenden Schwer-LKW-Verkehrs gegen die mächtigen Deutschen – so wird es bei den kleinen europäischen Staaten gesehen – ist der erste Teil der Nagelprobe.

An Europas Gestaltung im 3. Jahrtausend, die heute beginnt, sollten wir nicht als Zaungast, sondern als voll Mitwirkende in den EG teilnehmen können. Österreichs Nationalbewusstsein und europäische Gesinnung schließen einander nicht aus. Im Gegenteil: wenn wir es halbwegs klug anstellen, werden sie zu einer qualifizierten Einheit, zu einem neuen österreichischen Selbstwertgefühl, das sich vom Nachbarn gleicher Zunge ebenso abgrenzt wie es sich mit ihm verbindet.

Der Botschafter
Bauer

Dok. 174: Bericht. Die letzten Tage der DDR, 28.9.1990

Botschafter Erich Binder an BMAA, Berlin (Ost), 28. September 1990, Zl. 294-RES/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.03.00/27-II.3/90¹

Die letzten Tage der DDR; ein Stimmungsbild

Das Brandenburger Tor erstrahlt in neuem Glanz, der Bundesadler prangt (maßstabgetreu, jedoch kleiner als das Vorbild im Wasserwerk)² im Reichstag, die Vorbereitungen für das Vereinigungsfest laufen auf Hochtouren.

Die Stimmungslage jedoch erscheint gespalten. Die wirklich große Freude scheint nicht aufkommen zu wollen. Zu groß sind die unmittelbaren Sorgen, die Umstellungsschwierigkeiten. Nüchternen Betrachtern ist klar, daß die Vereinigung zweier Staaten mit konträren Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen nicht in wenigen Monaten alle Schwierigkeiten überwinden kann. Bei allem Optimismus für eine mittelfristige Perspektive rechnen viele Gesprächspartner jedoch vorläufig mit der Fortsetzung der rasanten Talfahrt. Aus so manchem Munde klingen die Bekenntnisse zum Vereinigungskurs wie einstudierte Lippenbekenntnisse, wie sie in der Vergangenheit abgelegt werden mußten. „Natürlich wollen wir die Vereinigung, wir haben uns dies nur anders vorgestellt.“ „Gegenüber der Vergangenheit kann es trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten nur besser werden.“ So oder ähnlich klingen viele Aussagen. Ein gewisses Maß an Verunsicherung ist in

1 Der Bericht wurde im BMAA von der Abteilung II.3 in Bearbeitung genommen wo Legationssekretär Hans Peter Manz i. V. am 17. Oktober 1990 seine Weiterleitung an die österreichischen Botschaften in Bonn und Warschau veranlasste.

2 Wegen der dringenden Sanierung des alten Bonner Plenarsaales, in dem der Deutsche Bundestag seit 1949 tagte, mussten die Parlamentarier ab 1986 in ein altes Wasserwerk im Bonner Regierungsviertel ausweichen.

allen Gesellschaftsschichten festzustellen, vor allem deshalb, da ein guter Teil der Bevölkerung einfach nicht weiß wie es weitergeht.

Schließlich funktionieren die alten Strukturen nicht mehr und die neuen noch nicht. Die alten Probleme sind noch nicht vollständig überwunden, dafür sieht man sich neuen Problemen, die man bisher kaum kannte, gegenüber: Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Streiks, Demonstrationen, ja sogar Straßenkrawalle (inszeniert von Links- und Rechtsradikalen), bis hin zum Chaos im Straßenverkehr.

Während das Unbehagen des kleinen Mannes von den oben dargelegten Unsicherheiten des täglichen Lebens herrührt, sehen sich weite Kreise der bisherigen DDR-Intelligenz durch die historische Entwicklung der Fundamente ihres Gedankengebäudes beraubt. Bezeichnend erscheint in diesem Zusammenhang ein Gespräch, das ein Botschaftsvertreter kürzlich mit dem bekannten Schriftsteller Stefan Hermlin führte. Dieser erwähnte, daß sich eine Reihe von Intellektuellen sogar mit dem Gedanken des Auswanderns tragen. Auf die Frage wohin, antwortete er: „Vielleicht nach Österreich.“

Ein ähnlich düsteres Stimmungsbild wie bei Schriftstellern und Künstlern ist aus naheliegenden Gründen bei dem Heer der hiesigen Beamten festzustellen. Nur wenige von ihnen werden die Möglichkeit haben, ihren Beruf im gesamtdeutschen Staat auszuüben. Andererseits besteht in vielen Betrieben und Einrichtungen die Situation, daß so mancher Nutznießer des alten Systems noch immer an den Schalthebeln sitzt, was wiederum zu Frustration bei jenen führt, die vom alten System benachteiligt waren und von den neuen Verhältnissen noch nicht profitieren konnten.

Auch die Sorge, daß in einem mächtigen, vereinten Deutschland das „häßliche Gesicht“ der Deutschen wieder zum Vorschein kommen könnte, vernimmt man verschiedentlich. (Zu Fragen der Vergangenheitsbewältigung siehe auch Ber. Zl. 275-RES/90 vom 06.09.1990)³ Der erwähnte Stefan Hermlin, bei dem es auf-

3 Dort stand u. a. zu lesen: „[...] Zu bewältigen wird sowohl die jüngste Vergangenheit von vier Jahrzehnten SED-Herrschaft sein als auch die Vergangenheit der Nazi-Herrschaft. Das SED-Regime hatte ja bekanntlich jede Mitverantwortung der DDR für die Verbrechen Nazi-Deutschlands abgelehnt und jede offene Diskussion, die über die offizielle Sprachregelung hinausging, unterbunden. Ein erstes Aufweichen jener starren Position, die ernsthafte Beiträge zur Vergangenheitsbewältigung unmöglich machte, zeigte sich bereits zu Ende der Ära Honecker, als dieser den Präsidenten des jüdischen Weltkongresses, Bronfman, in Berlin traf. Der erste konkrete Schritt wurde jedoch erst im April d. J. von der Volkskammer mit der Anerkennung der Mitverantwortung gesetzt. [...] In der hiesigen Gesellschaft hat man jedoch zum Teil diese Schritte noch nicht mitvollzogen. Über 50 Jahre Diktatur werfen lange Schatten. Sorge bereitet vor allem das Unwesen von Neonazi-Gruppen. [...] Die mit dieser Situation verbundenen Probleme (Konkurrenz um rare Arbeitsplätze, Schwarzhandel, Kriminalität) schüren die Ausländerfeindlichkeit, die in der gegebenen sozialen Unsicherheit und den wirtschaftlichen Problemen einen fruchtbaren Nährboden finden. [...] Der 3. Oktober verspricht zwar ein Jubelfest zu werden. Das Fest könnte allerdings insbesondere von den Problemen der Bewältigung der SED- und Stasi-Herrschaft überschattet werden. Dabei geht es um einige äußerst sensible Fragenkomplexe:

grund seiner persönlichen Geschichte nicht verwundert, steht mit diesen Bedenken nicht alleine. Über die Probleme mit neonazistischen Umtrieben unter Jugendlichen wurde bereits berichtet.⁴ Diese sind neben Berlin vor allem in den empfindlichen grenznahen Gebieten zu Polen feststellbar. In diesem Zusammenhang wird mit Verwunderung festgestellt, daß in Polen die Zahl derjenigen, die sich als Deutsche bezeichnen, rasant anwächst. Dies gilt vor allem für Schlesien und dürfte in den katastrophalen wirtschaftlichen Bedingungen in der Region begründet sein. Aber selbst in Gegenden Polens, wo es seit der Nachkriegszeit keine Deutschen mehr gibt, wie in Pommern, sei es, wie man hört, zu Pro-Deutschland-Demonstrationen gekommen. In Stettin sollen Demonstranten Spruchbänder mit „Wir sind ein Volk“ getragen haben.

Auch innerdeutsch sind Mißgriffe in Ton und Umgangsform auf der Tagesordnung. So mahnte der Vorsitzende der SPD-Ost, Thierse,⁵ die Delegierten aus

1. Stasi-Akten: Zunächst hatte die Volkskammer im letzten Moment einen Passus im Einigungsvertrag verhindert, demzufolge die 6 Millionen vorhandenen Stasi-Akten (aneinander gereiht 160km) in das Bundesarchiv in Koblenz übersiedeln hätten sollen. Die Besetzer der Stasi-Zentrale sind auch mit der nunmehrigen Regelung nicht zufrieden, daß die Akten vorläufig auf DDR-Gebiet verbleiben und das gesamtdeutsche Parlament über das weitere Schicksal entscheiden soll. Argumente der Besetzer: Betroffen ist die DDR-Bevölkerung, nicht Gesamtdeutschland; Gefahr des Mißbrauchs; Recht auf Einsicht durch die Opfer.

Nicht ganz ersichtlich ist für den Beobachter allerdings, aus welchen Gründen die Stasi-Akten ausgerechnet auf DDR-Gebiet, wo doch noch viele Täter offen oder verborgen existieren, sicherer sein sollten als in Koblenz.

Ein weiteres Problem stellt sich bei der Aufarbeitung der Stasi-Aktivitäten darin, daß die wirklich Verantwortlichen wahrscheinlich schwer zu überführen sein werden. Wie der letzte Stasi-Chef, Großmann, dem „Spiegel“ glaubhaft anvertraute, hätte die Stasi in einem sehr frühen Stadium der Wende mit großangelegter Aktenvernichtung begonnen.

2. Eine weitere Altlast stellen die Ermittlungen gegen die höchsten SED-Funktionäre dar, die sich im übrigen nicht gerade durch besondere Effizienz auszeichnen dürften. Es wird letztlich der Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik obliegen, diese Altlast zu bewältigen.

3. Was soll mit den zahllosen SED-Funktionären und Kollaborateuren in der staatlichen, Bezirks- und Kommunalverwaltung geschehen, insbesondere in jenen Bereichen, wo viele von ihnen weiterhin gebraucht werden [...].

4. Auch die Frage, was mit den Opfern des SED-Regimes geschehen soll, ist nur in Ansätzen geklärt. Der Einigungsvertrag inkorporiert zwar die gemeinsame Erklärung von BRD und DDR über die Ansprüche an enteigneten Vermögenswerten, enthält sich aber weiterhin der Festschreibung genauerer Richtlinien. [...]

5. Im Vergleich zu diesen Problemen mutet eine Frage geradezu banal an, die allerdings auch die hiesigen Gemüter bewegt: Was soll mit den zahlreichen Denkmälern der kommunistischen Herrschaft geschehen und wie soll man mit den vielen Straßennamen verfahren, die an verdiente Kommunisten erinnern?“ Botschaftsrat Werner Brandstetter an BMAA, Berlin (Ost), 6. September 1990, Zl. 275-Res/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol, GZ. 43.03.00/43-II-3/90.

4 Siehe dazu ebenfalls Anm. 3 und Dok. 114, Anm. 8. Zur früheren Wahrnehmung Dok. 40, Anm. 7.

5 Wolfgang Thierse, Vorsitzender der SPD (DDR) (Juni–Oktober 1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

dem Westen in seiner Rede vor dem Vereinigungsparteitag,⁶ sie mögen sich nicht als Sieger aufspielen.

Die Deutschen des Ostens werden noch auf Jahre hinaus in Situationen kommen, in denen sie sich als Deutsche zweiter Klasse fühlen. Die Presse meldete dieser Tage, daß Detlev Rohwedder, Vorsitzender der Treuhandanstalt, kritisiert haben soll, daß manche westdeutsche Unternehmer im Osten wie Kolonialherren auftreten.⁷ Auch Ministerpräsident de Maizièrre, mit dem der Gefertigte anläßlich eines Abschiedsempfanges Gelegenheit hatte ein Gespräch zu führen, äußerte sich in ähnlichem Sinn. Er meinte, daß es bedauerlicherweise de facto nicht zu der von ihm angestrebten Vereinigung zweier souveräner Staaten gekommen sei, sondern daß die DDR im Grunde genommen angeschlossen wurde, wobei die Bedingungen weitgehend von Bonn bestimmt wurden.

Diese Skizze von Problemen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sich ihrer bewußt zu werden und sie zu bewältigen, wird eine wichtige Aufgabe des vereinten Deutschland sein. Trotz der mitunter zwiespältigen Stimmung im Lande, dürfte dennoch bei der Mehrheit der Optimismus überwiegen, daß diese Schwierigkeiten in wenigen Jahren überwunden sein werden und sich Außenminister Genschers Vorhersage vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen,⁸ daß von Deutschland nunmehr Frieden ausgehen wird, bewahrheitet.

Der Botschafter:
BINDER m. p.

6 Die SPD und die Ost-SPD traten am 26. September 1990 separat in Berlin zusammen, der Vereinigungsparteitag erfolgte am 27. September. Thierse hielt die Eröffnungsrede siehe dazu: Vorstand der SPD (Hg.), Protokolle der Parteitage SPD (Ost) und der SPD (West), Berlin 26. September 1990, Bonn 1990.

7 Es konnte nicht eruiert werden in welchem Printmedium diese Aussagen wiedergegeben wurden.

8 Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26. September 1990, vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 115/1990, Auszug: „Die Welt begleitet die Vereinigung der Deutschen mit Wohlwollen, Sympathie und mit Freundschaft. Dafür empfinden wir Dankbarkeit. Besinnung auf Geschichte und Verantwortung, nicht nationalistischer Überschwang bestimmen die Gefühle der Deutschen in diesen historischen Tagen. Das unendliche Leid, das in deutschem Namen über die Völker Europas und der Welt gebracht wurde, werden wir nicht vergessen. Wir gedenken aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken in besonderer Weise der unsäglichen Leiden des jüdischen Volkes. Wir erkennen unsere Verantwortung, und wir nehmen sie an. An die Generalversammlung der Vereinten Nationen richte ich die Botschaft: Wir Deutschen vereinen uns in dem Willen, dass alles das nie wieder geschehen darf. Unser Volk wird wieder vereint in einem demokratischen Staat leben. Unser gemeinsamer Staat wird auf die Achtung der unveräußerlichen Menschenrechte gegründet sein. Vom Boden des vereinten Deutschland wird nur Frieden ausgehen.“

Dok. 175: Bericht. Besuch Vranitzkys in Paris, 1.10.1990

Botschafter Wolfgang Schallenberg an BMAA, Paris, 2. Oktober 1990, Zl. 545-RES/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 518.01.57/3.II.1/90¹

Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky; offizieller Besuch in Paris, 1. Oktober 1990

Bundeskanzler Vranitzky stattete auf Einladung von Premierminister Rocard² am Montag, 1. Oktober 1990, einen eintägigen offiziellen Besuch in Paris ab. Ein solcher Besuch war seit längerer Zeit geplant gewesen, musste jedoch wegen Terminschwierigkeiten mehrfach verschoben werden.³ Es war schließlich, mit Hilfe direkter Kontakte, gelungen, wenn auch kurzfristig, an diesem Tag Termine bei Präsident Mitterrand und Premierminister Rocard zu fixieren. Der letzte offizielle Besuch auf Ebene Regierungschefs war übrigens jener von Premierminister Pierre Mauroy in Österreich vom 22.–24. Februar 1984.

Der Herr Bundeskanzler war von Bundesminister a.D Abg. Dr. Jankowitsch,⁴ Frau Ges. Dr. Eva Nowotny⁵ und seinem Pressesekretär Mag. Krammer⁶ begleitet.

Premierminister Rocard gab ein Mittagessen zu Ehren des Herrn Bundeskanzlers, das Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen der beiden Regierungschefs bot, welche anschließend, teilweise unter vier Augen, fortgesetzt wurden. Als Regierungsvertreter nahmen Außenhandelsminister Rausch⁷ sowie Beamte des Elysee, darunter die persönliche Beraterin des Staatspräsidenten, Madame Guigou,⁸ des Matignon⁹ und des Außenministeriums an dem Mittagessen teil. Premierminister Rocard zeigte sich außerordentlich herzlich.

1 Der Bericht war an die Sektionen II und III des BMAA gerichtet und wurde in der Abteilung II.1 in Bearbeitung genommen. Abteilungsleiter Gesandter Johann Plattner verfügte am 8. Oktober 1990 seine Weiterleitung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste KSZE. Im BMAA wurde der Bericht zudem von Vertretern der Abteilungen II.3 und II.7 abgezeichnet. Sämtliche Unterstreichungen wurden durch Plattner vorgenommen.

2 Michel Rocard, Premierminister Frankreichs (1988–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

3 Die Reise fand nach mehreren Verschiebungen wegen Terminschwierigkeiten erst am 1. Oktober statt. Vranitzky und Mitterrand waren aber am 7. Mai 1990 in Bordeaux zusammengetroffen. Siehe dazu Dok. 147.

4 Peter Jankowitsch, Abgeordneter zum Nationalrat (1983–1986, 1987–1990 und 1992–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

5 Eva Nowotny, Mitglied des Kabinetts der Bundeskanzler Fred Sinowatz und Franz Vranitzky, zuständig für Außenpolitik (1983–1992), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Karl Krammer, Mitglied des Kabinetts von Bundeskanzler Franz Vranitzky zuständig für Presse (1986–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

7 Jean-Marie Rausch, Minister für Außenhandel Frankreichs (1988–1991), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

8 Élisabeth Guigou, Beraterin des Präsidenten François Mitterrand (1988–1990), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

9 Hôtel Matignon: Amtssitz und Residenz des französischen Premierministers.

Präsident Mitterrand empfing den HBK anschließend zu einem länger als vorgesehen dauernden Gespräch.

Der Herr Bundeskanzler war von fünf Journalisten begleitet und führte mit diesen, ebenso wie mit den ho. akkreditierten Korrespondenten österreichischer Zeitungen und Vertretern der französischen Presseagentur, Informationsgespräche.

Die hauptsächlichsten Themen beider offiziellen Gespräche waren die europäische Integration und der österreichische EG-Beitritt, der KSZE-Prozess und die Zukunft Europas sowie die Krise im arabischen Raum.

1) Gespräch mit Premierminister Rocard

1.1. Integration

Rocard zeigte laut Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers eine bemerkenswert freundschaftliche Unterstützung für den österreichischen EG-Beitrittswunsch, noch klarer ausgedrückt als in der Vergangenheit. Er sagte ferner zu, sich für eine möglichst rasche Ausarbeitung der Avis¹⁰ einzusetzen.

1.2. K. S. Z. E.

Rocard: Frankreich habe keine Einwände gegen den Sitz des geplanten Zentrums für Konfliktverhütung¹¹ in Wien.

1.3. Golf-Krise

Rocard betonte, man müsse alles tun, um eine bewaffnete Auseinandersetzung zu vermeiden, auch wenn hiezu viele Monate Geduld notwendig seien. Rocard kam von sich aus auf die Reise des Herrn Bundespräsidenten nach Irak¹² zu sprechen und erklärte, diese habe auf französischer Seite „Stirnrunzeln“ verursacht. Er ließ sich vom HBK die tatsächlichen Umstände erklären.

10 Die Stellungnahme der Europäischen Kommission (Avis) erfolgte schließlich am 31. Juli 1991, nachdem sich diese wegen der intensiveren Vorbereitungen zur Realisierung des Binnenmarktes und des Ratifikationsprozesses des Maastrichter Vertrages verzögert hatte.

11 So im Original. Dieser Satz wurde im BMAA an beiden Seitenrändern handschriftlich markiert. Der Sitz des OSZE-Sekretariats wurde in Wien angesiedelt, das Dokumentationszentrum in Prag.

12 Der spätesten seit der Kuwait-Invasion ab 2. August 1990 im Westen isolierte Saddam Hussein, ließ im Jahr 1990 mehrere Geiseln aus westlichen Ländern nehmen, um so Besuche der jeweiligen Regierungsvertreter zu erzwingen. Kamen sie in den Irak, durften sie zumeist die Geiseln heimholen. Bundespräsident Kurt Waldheim, der auch in den Irak fuhr, um Hussein zu besuchen und die österreichischen Geiseln wieder mitzunehmen, wurde u. a. dafür kritisiert, sich für die politischen Ziele des irakischen Diktators instrumentalisieren zu lassen. Die Vermittlungsversuche Waldheims zwischen der UNO und dem Irak scheiterten und im Jänner wurde Kuwait militärisch durch die UNO befreit. Der Außenpolitische Bericht 1990 notierte: „Durch den Besuch von Bundespräsident Kurt Waldheim ist es Österreich als erstem Staat gelungen, einem Großteil seiner ca. 140 Geiseln am 25. August 1990 en bloc die Ausreise zu ermöglichen. Eine solche globale Befreiung konnten in der Folge noch Spanien, Frankreich, Brasilien, Argentinien, Deutschland, Schweden und Neuseeland erreichen.“

2) Gespräch mit Präsident Mitterrand

2.1. Golfkrise

HBK: Österreich trägt den Boykott voll mit und erteilte Überflugsgenehmigungen für Flugzeuge der USA und Großbritanniens. Dies ist mit unserer Neutralitätspolitik vereinbar. Die Neutralität lässt einen größeren Spielraum in den internationalen Beziehungen. Österreich verfolge die Vorschläge des Präsidenten mit großem Interesse. Anwendung von Waffengewalt wäre äußerst problematisch und sollte nur ein letzter Schritt sein.

Mitterrand: Die Entwicklung hänge vom Erfolg des Embargos ab. Wenn das Embargo in absehbarer Zeit Erfolg hat, könnte die Entwicklung in gewünschtem Sinne gehen. Wenn dies nicht der Fall sei, könne ein Krieg nur schwer vermieden werden, außer Saddam Hussein werde flexibler.¹³ Er sei jedoch ein irrationaler, gefährlicher Mensch. Wenn das Embargo einen Krieg vermeiden soll, wird es voraussichtlich einige Monate dauern müssen. Es stellt sich die Frage, ob bei den Beteiligten hierfür genügend Geduld gegeben sei. Die Lage sei jedenfalls sehr ernst. Frankreich sei völlig solidarisch mit den Entscheidungen der UNO. Erst wenn Irak seine Absicht des Rückzugs aus Kuwait erklärt und die Geiseln – es gebe davon 7000 bis 8000 – freilasse, könne man anfangen, zu hoffen. Diese seine Vorstellungen seien für die USA offenbar zu diplomatisch gewesen. Es sei eine Verhärtung auf beiden Seiten festzustellen. Frankreich habe immer die gleiche Haltung eingenommen. Man müsse bedenken, dass Frankreich mehr Soldaten in die Region entsandt habe als Großbritannien. Es herrsche allgemein eine Kriegsstimmung.

Wichtig sei, den Vereinten Nationen die führende Rolle zu geben.

Beide Gesprächspartner stimmten überein, dass zwar gegenwärtig praktisch alle Staaten das Embargo mittragen, das jedoch bei kriegesischen Auseinandersetzungen und den ersten Toten die Stimmung umschlagen könnte.

2.2. Europäische Integration

HBK betonte Österreichs Beitrittswillen. Es wäre wichtig, dass in überschaubarer Zeit ein Verhandlungsmandat von Brüssel erteilt werde. Die Jahreswende 1992/93 müsste spätestens für die Verhandlungen ins Auge gefasst werden. Österreich sei ab sofort bereit, an der Währungsunion teilzunehmen und so eine Vorleistung zu erbringen. Ferner sei eine Steuerreform ab Anfang 1991 vorgesehen, die vor allem hinsichtlich der Mehrwertsteuer Österreich einer EG-Konformität annähern soll. Österreich strebe den Beitritt nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen an. Es würde einen konstruktiven Beitrag zur europäischen Integration leisten, es möchte und werde ein guter Partner sein.

In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage der deutschen Vereinigung. Man könne sicher sein, dass Österreichs Identität und Österreichs Politik vollkommen autonom sein werden. Das EG-Mitglied Deutschland werde uns nicht näher oder ferner stehen als andere EG-Mitglieder. Schließlich dankte der

13 Diese Passage wurde am Seitenrand handschriftlich markiert.

HBK für die grundsätzlich positive Einstellung des Präsidenten und der französischen Regierung gegenüber Österreichs Beitrittswunsch.

Mitterrand: Diese Frage könne nicht vor 1993 behandelt werden. Die EG habe viele Probleme zu lösen.

Die Wirtschafts- und Währungsunion beginne unter schwierigen Vorzeichen. Die politische Union bleibe vorderhand ein vager Begriff. Auch die vollständige Realisierung des Binnenmarktes sei noch nicht durchgeführt.

Er sehe jedoch keine Einwände dagegen, dass die EG-Kommission schon vorher die österreichische Kandidatur prüfe. Es gebe jedoch kein Aufgreifen von Kandidaturen vor Fertigstellung des Binnenmarktes.

Durch Geschichte, Geographie und sein Wesen („nature“) sei Österreich genauso europäisch wie alle anderen EG-Mitglieder. Es sei sicherlich nicht normal, dass Österreich nicht bei der EG sei. Es gebe keine Argumente gegen einen EG-Beitritt Österreichs, keine Argumente, die spezifisch Österreich betreffen. Das Problem sei nicht das „ob“. Eines Tages werde Österreich Mitglied sein, aber sicher nicht vor 1993. Österreich werde wohl keine besonderen Probleme bieten. Die Gemeinschaft sei jedoch derzeit voll mit sich selbst beschäftigt. Es bestehen Divergenzen mit Großbritannien und Dänemark über die Finalitäten.

Bundeskanzler: Österreich habe Verständnis für die Terminvorstellungen. Vorbereitungsarbeiten auf Beamten- bzw. Expertenebene würden jedoch ein Momentum zum Ausdruck bringen, ohne den Zeitfaktor zu ändern.¹⁴

Mitterrand: Dagegen sehe er keine Einwände.

Auf die Frage des HBK erklärte Mitterrand, dass es schwer sei zu sagen, ob es heute innerhalb der EG weniger Widerstände gegen die interne Integration gebe als vorher. Frau Guigou bezeichnete die Situation als jeweils sehr verschieden.

Mitterrand: Je näher man zum Ziel kommt, desto größer werden die Hindernisse. So sei man Ende 1990 der Währungsunion nicht näher gerückt, als man es Anfang des Jahres war. Es gebe Widerstände aus Wirtschafts- und Finanzkreisen Deutschlands. Es gebe eine Diskussion innerhalb Deutschlands, obwohl BK Kohl positiven politischen Willen zeige. Großbritannien sei ebenfalls ablehnend eingestellt. Allerdings gab er dem HBK Recht, der sagte, dass Großbritannien nach anfänglicher Ablehnung erfahrungsgemäß oft beschlossenen Lösungen zustimmt.

2.3. KSZE.

Mitterrand: Wie immer gebe es auch hier Schwierigkeiten im letzten Moment. Die USA haben wissen lassen, sie seien zu der Gipfelkonferenz am 19. November nur bereit, wenn Einigung über den Vertrag betreffend konventionelle Abrüstung¹⁵ erzielt werden kann. Wahrscheinlich wollten die USA mit dieser Haltung die

14 Dieser Absatz wurde im BMAA am Seitenrand handschriftlich markiert.

15 Auf der Pariser KSZE-Gipfelkonferenz vom 19. bis 21. November 1990 wurde nach erfolgter Einigung im Vorfeld der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) am 19. November unterzeichnet. Siehe dazu bereits Dok. 20, Anm. 10. Zum Vertragstext siehe: 20 Jahre KSZE 1973–1993, S. 369–392.

Verhandlungen beschleunigen und auf die Sowjetunion Druck ausüben, da die Russen dieses Treffen unbedingt wollen. Bei diesem Treffen werde jedenfalls das ganze Europa vertreten sein.

HBK: Wien tue sein möglichstes, um in diesen Dingen zu helfen. Man habe auch mit Interesse den Besuch von Präsident Mitterrand in der ČSSR verfolgt.¹⁶ Man müsse für den Termin des Gipfeltreffens zuversichtlich sein, da dessen Nichteinhaltung ein Rückschlag wäre.

Auch die USA bräuchten ihrerseits die Sowjetunion für die Probleme des Mittleren Ostens.

HBK schildert die österr. Beurteilung der Entwicklung in den osteuropäischen Staaten. Der Reformprozess werde komplizierter und schwieriger werden als es viele vorausgesehen haben. Es gehe hier nicht nur um wirtschaftliche Fragen, sondern auch um politische. Wie die Kommunalwahlen zeigen, gebe es in Ungarn heute schon eine Demokratiemüdigkeit.

Mitterrand: Die ČSSR hat Probleme mit der Slowakei.

HBK fügte hinzu, dass die Situation in Jugoslawien noch ärger sei.

Mitterrand: Es sei zu wünschen, dass im Zusammenhang mit der KSZE in Europa ständige Strukturen geschaffen werden. Dies würde regelmäßige Treffen der Verantwortlichen bedeuten, die sich zuerst mit gewissen leichteren Problemen befassen sollen. So erwerbe man die Gewohnheit zusammenzuarbeiten. Die schwierigeren Probleme könnten später behandelt werden.

HBK: Österreich strebe den Sitz des Zentrums für Konfliktverhütung an. Für das Sekretariat käme Prag in Frage.¹⁷

Mitterrand: Die verschiedenen Sitze müssten in Europa verteilt werden. Prag wäre als Sitz des Sekretariates nicht schlecht, obwohl schon jetzt Helsinki dagegen Einspruch erhebt. Die Kandidatur Wiens für das Konfliktverhütungszentrum nahm er ohne Widerspruch entgegen.

Auch dieses Gespräch verlief in herzlicher Atmosphäre.

Die Themen Neutralität und Staatsvertrag, nach denen sich die Journalisten erkundigten, kamen nicht zur Sprache.

Der gefertigte Missionschef begleitete den HBK während seines Aufenthaltes und nahm auch am Mittagessen und am Gespräch mit Präsident Mitterrand teil.

Der Botschafter
(Dr. Wolfgang Schallenberg)¹⁸

16 Mitterrand hatte am 13./14. September 1990 die Tschechoslowakei besucht.

17 Siehe dazu bereits Anm. 11.

18 Zudem handschriftlich signiert.

Dok. 176: Erklärung Vranitzkys zur deutschen Einigung, 3.10.1990

Erklärung von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky anlässlich der deutschen Einigung am 3. Oktober 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.03.00/26-II.1/90¹

Der heutige Tag der deutschen Einigung ist auch für Österreich ein Tag der Genugtuung, der Freude und der Hoffnung. Mit diesem Tag geht nicht nur eine jahrzehntelange schmerzliche und unnatürliche Trennung unseres Nachbarlandes, sondern darüber hinaus auch eine Nachkriegsordnung zu Ende, die durch Gegensatz und Misstrauen gekennzeichnet war.

Am heutigen Tag ist dem deutschen Volk zu gratulieren, das nunmehr in Ausübung seines Rechts auf freie Selbstbestimmung, aber auch im Einvernehmen mit seinen Nachbarn und Partnern seine Einheit und Souveränität wiedererlangt hat. Das historische Datum der deutschen Vereinigung ist aus österreichischer Sicht kein isoliertes Ereignis. Wir betrachten die deutsche Einheit als einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung einer neuen und stabilen europäischen Friedensordnung, die durch Vertrauen, Zusammenarbeit und gegenseitige Anerkennung

- 1 Zudem gratulierte Vranitzky seinem Amtskollegen am 3. Oktober 1990 auch per Brief: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Ich danke für Ihren Brief, der mir soeben von Botschafter [Dietrich] Graf von Brühl überreicht wurde, und möchte Ihnen an diesem großen Tag der deutschen Geschichte auch die aufrichtigen Glückwünsche der österreichischen Bundesregierung, die von den Menschen unseres Landes mitgetragen werden, übermitteln, an die ich meine ganz persönlich empfundene Gratulation anschließe. Gerade in Österreich wurde die Teilung Europas, die die Nachkriegsordnung diesem Kontinent auferlegt hat, immer besonders schmerzlich empfunden, und wir begrüßen nun – im größeren Zusammenhang der politischen Veränderungen in Zentral- und Osteuropa – die erfolgreiche und mit internationaler Zustimmung erreichte Vereinigung Deutschlands auch als einen weiteren Schritt der grundlegenden Umgestaltung der politischen Verhältnisse in Europa. Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland auch in seiner neuen Form und unbeschadet der großen innen- und wirtschaftspolitischen Aufgaben, die nun vor Ihnen liegen, immer seinen Beitrag zu der neuen Architektur Europas, zu einem Europa der immer stärkeren Gemeinsamkeit in Freiheit, Frieden und Sicherheit, leisten wird. Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung und meinen besten persönlichen Grüßen.“ Beide Schriftstücke wurden dem BMAA durch Gesandte Eva Nowotny zur Kenntnis gebracht, wo sie von der Abteilung II.1 zu den Akten genommen wurde. Kohl dankte mit einem Schreiben vom selben Tag. Außenminister Alois Mock gratulierte seinem Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher mit folgenden Worten: „Am Tage der Vollziehung der deutschen Einheit ist es mir eine besondere Freude, Ihnen sowie dem gesamten deutschen Volk meine herzlichen Glückwünsche zu übermitteln. Die Einigung Deutschlands stellt einen historischen Moment in der Nachkriegsgeschichte Europas dar. Österreich als Nachbarstaat empfindet tiefe Genugtuung darüber, daß nach langer und unnatürlicher Trennung die beiden Teile Deutschlands in Freiheit wieder zueinander gefunden haben. Ihr diplomatisches Geschick und Ihr großer persönlicher Einsatz haben zur Verwirklichung dieses jahrzehntelangen Zieles einen substantiellen und entscheidenden Beitrag geleistet. Lassen sie mich der Überzeugung Ausdruck verleihen, dass das geeinte Deutschland ein wichtiger Baustein der Stabilität in der neuen politischen Architektur unseres Kontinents sein wird.“ Mock an Genscher, Wien, 3. Oktober 1990, erliegt in: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.1701/236-II.1/90.

gekennzeichnet ist. Mit dem heutigen Tag sind die Zeiten der Konfrontation in Europa endgültig durch jene der Kooperation abgelöst worden. Österreich wird jedenfalls seinen Beitrag zu einem gemeinsamen Europa der Vielfalt, wie es sich nun abzuzeichnen beginnt, leisten.

Die deutsche Einheit wäre wohl nicht denkbar ohne den Einsatz, den unerschütterlichen Glauben und die Hoffnung der Menschen, die sich unter größten Entbehrungen in ganz Osteuropa und natürlich auch in der ehemaligen DDR für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben. Die deutsche Einheit wäre aber auch nicht denkbar, ohne die Politik der Entspannung und des Dialogs seit den frühen 70er Jahren, ohne die Politik der Öffnung und Umgestaltung, die die Möglichkeit der Reform erst eröffnet haben.

Österreich unterstützt diese Entwicklung, die in der deutschen Vereinigung ihren großen und weiterhin sichtbaren ersten Höhepunkt gefunden habe. Österreich tut dies gerade auch in wachem Bewusstsein seiner eigenen Geschichte und der Geschichte seines Nachbarlandes Deutschland.

Das heutige Deutschland ist nämlich eines der Demokratie und der Verantwortung gegenüber der Völkergemeinschaft. Das heutige Österreich ist eines des ökonomischen Wohlstandes und der sozialen Sicherheit, das seinen Staatsbürgerinnen und -bürgern Vertrauen und Geborgenheit gibt. Es ist ein Staat, der durch seine erst seit 1955 gepflogene Außenpolitik und durch den Status der immerwährenden Neutralität eine nützliche und von seiner Bevölkerung mit Überzeugung getragene Rolle in der Staatenwelt einnimmt. Der Prozess der europäischen Einigung gibt diesem Österreich nun zusätzlich die Möglichkeit, seine Wirtschaftskraft und seine hohen sozialen und Umweltstandards einzubringen, wozu wir gern bereit sind. Seine Neutralität ist in diesem Prozess auch weiterhin Ausdruck seiner Souveränität, die es auch in Zukunft beibehalten will. Dies gilt es gerade auch an einem Tag festzuhalten, an dem Österreichs Nachbarland Deutschland endgültig seine volle Souveränität erlangt hat.

Die Anstrengung in Richtung eines gemeinsamen demokratischen, sozialen und wirtschaftlich erfolgreichen Europas der Vielfalt müssen auch nach dem heutigen Tag fortgesetzt werden. Nicht nur weil Europa selbst vor neuen Herausforderungen, besonders auf dem Gebiet der Umweltzerstörung und der sozialen Ungleichheit steht. Sondern auch, weil die Auflösung des Ost-West-Gegensatzes die globalen Probleme und die Konflikte in anderen Regionen der Erde, wie wir sie etwa aktuell gerade in der Golfkrise erleben, keineswegs noch gelöst hat. Die berechtigte Freude über die deutsche Einheit sollte uns deshalb Hoffnung und Mut geben, auch die globalen Probleme anzugehen.

Dok. 177: Bericht. Der Tag der deutschen Einheit und danach, 9.10.1990

Generalkonsulin Gabriele Matzner-Holzner an BMAA, Berlin, 9. Oktober 1990, Zl. 302-RES/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.03.00/28-II.1/90¹

Der Tag der deutschen Einheit und danach; ein Stimmungsbild

Das Fest der deutschen Einheit gestaltete sich als nationaler Familienspaziergang entlang der Festmeile zwischen Brandenburger Tor, Unter den Linden und Alexanderplatz. Die wiedervereinten Deutschen begingen ihr Fest in Würde, mit Disziplin und weitgehend ohne nationale Euphorie. Die vielfach angekündigten Krawalle blieben mit Ausnahme einer kleineren Straßenschlacht am Alexanderplatz am späten Nachmittag des 3. Oktober aus. Ohne die vielen, den Polizeieinsatz störenden Schaulustigen, hätte die Westberliner Polizei, die aus Sicherheitsgründen bereits ein paar Tage vor der Einheit das Kommando übernommen hatte, auch diese Ausschreitungen schneller unter Kontrolle gebracht.

Trotz der politischen Bedeutung des Ereignisses für Europa und darüber hinaus, blieb das Fest nach Ankündigung der Alliierten, nicht auf höchster Ebene präsent sein zu können, ein nach innen gerichtetes Fest. Die Deutschen zeigten sich im positiven Sinne mit sich selbst beschäftigt. Lediglich die Botschaft Bundeskanzler Kohls an die Regierungen der Welt und einige Passagen der Rede von Bundespräsident Weizsäcker beim Staatsakt in der Berliner Philharmonie erinnerten an die weltpolitische Bedeutung des Ereignisses und die damit verbundene Verantwortung Deutschlands.

Berlin, jene Stadt, die wie keine andere unter der Teilung Deutschlands zu leiden hatte, und die wie keine andere sowohl Brennpunkt der Nachkriegsordnung Europas war als auch der sich nun herausbildenden europäischen Ordnung sein wird, hat unter Beweis stellen können, daß es fähig ist, Hauptstadtfunktionen wahrzunehmen. Der im großen und ganzen würdevolle Ablauf der Feierlichkeiten hat Berlins Aussichten, auch Regierungssitz zu werden, zumindest nicht geschmälert. Der gediegene Rahmen, den das Reichstagsgebäude für die erste Sitzung des gesamtdeutschen Parlaments bot, wurde positiv vermerkt.

Indessen ist in Berlin wieder der Alltag eingekehrt. Trotz der – wie mehrfach berichtet – zahlreichen anstehenden Probleme gestaltet sich auch dieser ruhig. Obwohl der 3. Oktober das berufliche Ende für den Großteil der ca. 200.000 ehemaligen Staatsbediensteten der DDR bedeutete, sind bislang keine nennenswerten Protestaktionen zu verzeichnen, abgesehen von im privaten Gespräch nicht zu verbergender persönlicher Frustration von ehemaligen Amtsinhabern. Der Übergang wird – sofern die Freisetzung nicht schon früher erfolgte – durch die

1 Der von Sachbearbeiter Konsul Werner Brandstetter verfasste Bericht war an die Sektion II des BMAA gerichtet. Dort wurde er vom Leiter der Abteilung II.1 Gesandten Johann Plattner am 15. Oktober 1990 in Bearbeitung genommen und an die österreichische Botschaft Bonn weitergeleitet.

sogenannte „Warteschleife“ bei Weiterbezug von 70 % des letzten Gehalts für – je nach Dienstalter – 6 bis 9 Monate und durch Ruhestandsregelungen sowie Umschulungskurse gemildert.

In der Zwischenzeit schreitet auch die Konstituierung der Außenstellen der Bonner Ministerien voran. Dabei hat sich in den letzten Tagen gezeigt, daß diese sehr wohl um Aufarbeitung noch anhängiger Dossiers von vor dem 3. Oktober bemüht sind. Allerdings hat die Außenstelle des Auswärtigen Amtes in Beantwortung einer diesbezüglichen Anfrage noch an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR soeben fernmündlich mitgeteilt, daß das Generalkonsulat auch bezüglich alter Aktenvorgänge nicht direkt an die Außenstelle des Auswärtigen Amtes herantreten kann, sondern dies nur im Wege der ÖB Bonn möglich sein wird. (Hiezu ergeht gesonderter Bericht.)²

Es zeichnet sich ab, daß zumindest einige Ansprechpartner aus den alten Ministerien wenigstens vorübergehend erhalten bleiben, indem sie von den Außenstellen übernommen worden sind. Inwieweit das Generalkonsulat diese Kontakte wird nützen können, kann in Anbetracht der dargelegten Situation noch nicht abgeschätzt werden.

Die Probleme der Landwirtschaft der Länder des Ostens dürften sich durch verstärkte Lieferungen in die Sowjetunion zumindest vorübergehend entspannt haben. Große Hoffnung wird in die personelle Reform der Treuhandanstalt durch „Blutaufrischung“ mit westdeutschen Managern sowie in klein- und mittelbetriebliche Privatinvestitionen gesetzt. Zumindest in Ostberlin hat sich die Versorgung mit Lebens- und Konsumgütern deutlich verbessert, allerdings bei zum Teil immer noch überzogenen Preisen, was darauf zurückzuführen ist, daß die alten Monopole – nunmehr allerdings in Kooperation mit westlichen Investoren – im wesentlichen weiterbestehen.

Die Wahlkämpfe für die Landtags- und Bundestagswahlen verlaufen ebenfalls unspektakulär und bis jetzt weitgehend ohne die befürchtete Schlammschlacht um gegenseitige Stasi-Vorwürfe.

So erfreulich sich dieses positive, auf persönlichen Wahrnehmungen des Generalkonsulats beruhende Stimmungsbild eine Woche nach der deutschen Einheit darstellt, bleiben dennoch potentielle Störfaktoren bestehen. Viel Fingerspitzengefühl, gewaltige Anstrengungen und Solidarität werden in den nächsten Monaten erforderlich sein, um diese abzubauen.

Gabriele Matzner m. p.
(Dr. Gabriele Matzner)

2 Dieser Bericht administrativer Natur konnte nicht aufgefunden werden.

Dok. 178: Gespräch Mock – Schewardnadse in Wien, 18.10.1990

Aktenvermerk, Botschafter Erich Maximilian Schmid, Wien, 18. Oktober 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 83.19.02/1181-II.SL/90¹

Gespräch HBM/AM Schewardnadse am 18.10.1990

Anlässlich seines Treffens mit dem französischen Außenminister in Wien² hatte AM Schewardnadse Gelegenheit zu einem kurzen Gespräch mit dem HBM.

Anknüpfend an freundliche Einleitungsworte des sowjetischen Außenministers über Wien betonte der HBM den Stellenwert der Stadt als internationalen Treffpunkt und als Sitz der VN. In der neuen politischen Situation in Europa werde über alles, darunter auch über die immerwährende Neutralität Österreichs, diskutiert. Wir legen aber Wert auf die Feststellung, daß eine Diskussion nicht einen Positionswechsel bedeutet: die Neutralität habe unser Profil in der Welt stark bestimmt und uns Möglichkeiten für ein verstärktes internationales Engagement eröffnet; wir wollen sie nicht jetzt, wo das internationale Klima freundlicher geworden ist, „wie einen Pelzmantel“ ablegen, eine Bemerkung, die AM Schewardnadse sehr gefiel.

Der HBM erwähnte dann die Diskussion über den Staatsvertrag, wobei er einleitend darauf hinwies, daß wir die Lösung der deutschen Frage zwar begrüßt haben, aber dieses Problem Österreich nicht direkt betreffe. Sehr wohl betroffen seien wir aber von den Folgen. Nicht nur Deutschland sei wieder voll souverän geworden, auch Finnland habe Teile seines Friedensvertrages für obsolet erklärt.³

- 1 Der Amtsvermerk über das Gespräch wurde aus Veranlassung von Botschafter Erich Maximilian Schmid an den Bundesminister, den Generalsekretär, die Abteilungen II.3, II.4, II.7, die Gruppe I.A und die österreichischen Botschaften in Moskau, Bonn, Washington, Paris, London, Kairo, Bagdad und Tel Aviv verteilt.
- 2 Dumas und Schewardnadse trafen am 18. Oktober zum Zwecke der Vorbereitung des für Ende Oktober geplanten Besuchs von Michail Gorbatschow in Paris zusammen. Mock traf auch mit Dumas zu einem Gespräch zusammen, das insbesondere Österreichs EG-Beitrittswunsch zum Gegenstand hatte. Siehe: Aktenvermerk. Arbeitsgespräch zwischen dem HBM und AM Dumas, Erich Maximilian Schmid, Wien, 19. Oktober 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 57.17.10/5-II.SL/90.
- 3 Finnland erklärte am 21. September 1990 einige Passagen seines Friedensvertrags von Paris 1947 für obsolet, zudem wurde die Bezeichnung Deutschlands als „Aggressor“ aus dem finnisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag (siehe zu diesem bereits Dok. 51a, Anm. 8) entfernt. Die Presse titelte „Finnland macht sich von Bestimmungen frei, die seine Souveränität einschränken“ und brachte den Wortlaut der „Umdeutung des Friedensvertrags und des Beistandspaktes mit der Sowjetunion“: „Der im Vertrag von 1948 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen Finnland und der Sowjetunion enthaltene Hinweis auf Deutschland als möglichen Angreifer spiegelt die Lagebeurteilung zum Zeitpunkt der Vertragsabfassung und überhaupt zu einer Zeit wider, die endgültig vorbei ist. Die Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere die Abschwächung der Konfrontation in Europa, die Vereinigung Deutschlands und die Situation, die durch den Abschluß internationaler Verträge in diesem Zusammenhang entstanden ist, zeigen, daß der Hinweis auf Deutschland

Österreich wolle hier nicht diskriminiert werden. Die Bundesregierung habe die Angelegenheit sorgsam geprüft und wolle sie in nächster Zeit so regeln, daß keine Verstimmung der Vertragspartner entstehe und die Berechenbarkeit unseres internationalen Verhaltens nicht in Frage gestellt werde.⁴

sachlich nicht mehr gilt. Indem sie dies feststellt, betont die finnische Regierung zugleich, daß der wesentliche Inhalt des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand auch unter den veränderten Verhältnissen seine Bedeutung bewahrt hat. Dies bedeutet, daß Finnland es nicht zulassen wird, sein Gebiet für einen Angriff gegen die Sowjetunion zu verwenden. Der Vertrag entspricht als solcher nach wie vor den finnischen Sicherheitsinteressen.“ Zu den „Deutschland betreffenden Bestimmungen des Pariser Friedensvertrags und die Beschränkungen der finnischen Souveränität“ hatte die finnische Regierung beschlossen: „Die Deutschland betreffenden Bestimmungen sind im Teil III des Vertrages enthalten. Ihnen zufolge war es Finnland untersagt Kriegsmaterial oder Zivilflugzeuge deutschen Ursprungs oder deutschen Modells zu beschaffen oder herzustellen. Finnland wurde außerdem verpflichtet, an der Zusammenarbeit zur Verhinderung der deutschen Wiederbewaffnung teilzunehmen. Die Vereinigung Deutschlands am 3.10.1990 schafft eine Situation in der die Deutschland betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrags ihre Bedeutung verlieren. Im Friedensvertrag (Artikel 10) verpflichtet sich Finnland die „volle Verbindlichkeit der anderen Verträge und Regelungen anzuerkennen, die die Alliierten und assoziierten Mächte im Hinblick auf Deutschland zur Wiederherstellung des Friedens geschlossen haben oder schließen werden“. Als Resultat der zwischen den beiden deutschen Staaten und den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs geführten 2+4-Verhandlungen wird Deutschland von allen Beschränkungen seiner Souveränität befreit. Unter diesen Umständen entfallen auch die letzten Grundlagen für die Einschränkung der Souveränität Finnlands durch die Deutschland betreffenden Bestimmungen des Pariser Friedensvertrags. Teil III des Friedensvertrags enthält auch andere die Souveränität Finnlands einschränkende Bestimmungen. Dazu gehören quantitative und qualitative Beschränkungen der Land-, See- und Luftstreitkräfte. Faktisch haben diese Beschränkungen ihre Bedeutung weitgehend verloren. Von diesen Beschränkungen ist keine wesentliche Behinderung der Entwicklung der finnischen Verteidigungskräfte ausgegangen. Behindert wurde die Entwicklung der finnischen Verteidigungskräfte hingegen durch das Verbot, deutsches Kriegsmaterial anzuschaffen (Artikel 19). In der Praxis hat sich bei der Auslegung der Bestimmungen von Teil III eine im wesentlichen liberale Linie durchgesetzt. Zum Beispiel herrscht die Auffassung, daß der Friedensvertrag Vorbereitungen für eine Mobilmachung nicht verhindert hätte. Dagegen sind die Bestimmungen des Teils III nicht mit dem Status vereinbar, den Finnland als selbständiger und souveräner Staat besitzt, als Staat, der Mitglied der UNO ist und der an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa teilnimmt. [...] Die militärisch beschränkenden Bestimmungen der Friedensverträge entstanden in einer Zeit, in der man die Wiederbewaffnung Deutschlands, seiner ehemaligen Verbündeten und anderer Länder, die mit Deutschland zusammengearbeitet hatten, verhindern wollte. Die Friedensverträge wurden jedoch während des Kalten Krieges zu einem Bestandteil des Kräftegleichgewichts-Systems. Die gründliche Veränderung der Lage in Europa ermöglicht es, daß diese die Souveränität beschränkenden Bestimmungen auch im Falle Finnlands als veraltet anerkannt werden. [...] In ihrem Beschluß betont die Regierung, daß ihre Feststellung, nach der die Bestimmungen des Teils III des Friedensvertrags ihre Bedeutung verloren haben, nichts an den Grundlagen der finnischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ändert.“ Siehe: „Eine Zeit, die endgültig vorbei ist“, in: Die Presse, 25. September 1990, S. 4.

4 Siehe dazu Dok. 179.

Zu den bilateralen Beziehungen erwähnte er einen Brief Ryschkows⁵ an den HBK über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, mit dem wir uns eingehend beschäftigten.

Die Erklärungen Gorbatschows und AM Schewardnadses zur Nahostfrage⁶ haben wir mit großem Interesse verfolgt, insbesondere den Hinweis auf die Notwendigkeit einer internationalen Konferenz unter der Ägide der VN. Auch der Mitterrand-Plan⁷ gehe in dieselbe Richtung und habe zu recht große Aufmerksamkeit erweckt.

AM Schewardnadse äußerte zunächst zur Deutschlandfrage seine Befriedigung darüber, daß es gelungen sei, eine widersprüchliche Entwicklung des inner-deutschen Prozesses gegenüber der Regelung der äußeren Aspekte zu vermeiden. Nachdem die Deutschlandfrage gelöst sei, müßte die neue politische Ordnung analysiert und auch Verträge, die obsolet geworden seien, sollten besprochen werden. Er gehe davon aus, daß hinsichtlich der Beibehaltung der grundlegenden Artikel des Staatsvertrages Einigung bestehe; hinsichtlich einzelner Artikel, die obsolet geworden seien, sei die Sowjetunion zu offiziellen Konsultationen bereit, um in freundschaftlicher Atmosphäre nach einer Lösung zu suchen. Bisher seien ja lediglich inoffizielle Kontakte in dieser Frage erfolgt.

Schewardnadse räumte ein, daß der Übergang zu einem völlig neuen wirtschaftlichen System in der Sowjetunion ein „schmerzhafter Prozeß“ sei und dankte für die österreichische Unterstützung.

In der Nahostfrage könne er keine neuen Konzeptionen anbieten. Der sowjetische „approach“, sei es, im Rahmen der bereits angenommenen Resolutionen des Sicherheitsrates⁸ weiterzuarbeiten. Zwischen der Aggression gegen Kuwait und dem palästinensischen Konflikt sehe er keine unmittelbare Verbindung. Die einzig richtige Entscheidung zur Lösung der Kuwaitfrage sei die Räumung des Landes durch den Irak. Parallel dazu sollten allerdings zunächst im Rahmen der 5 Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Konsultationen über eine Lösung des

5 Der Brief konnte in den Akten der Politischen Sektion des BMAA nicht aufgefunden werden.

6 Am 3. August 1990 veröffentlichten die Außenminister Baker und Schewardnadse eine gemeinsame Erklärung, in der beide den Einmarsch irakischer Streitkräfte in Kuwait verurteilten. Sie bekräftigten damit die Resolution 660 vom 2. August 1990 des UN-Sicherheitsrates. Am 9. September 1990 folgte eine gemeinsame Erklärung der Präsidenten Bush und Gorbatschow, in der das vereinte Vorgehen bekräftigt wurde.

7 Mitterrand stellte am 24. September 1990 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Vier-Stufen-Plan zur Lösung der Kuwait-Krise vor. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der USA gingen die französischen Pläne nicht von einem sofortigen irakischen Truppenabzug aus Kuwait aus. In einer ersten Phase sollten Geiseln freigelassen und eine Absichtserklärung des Iraks für einen Truppenrückzug erreicht werden. In den folgenden Phasen sollte die internationale Staatengemeinschaft den irakischen Abzug aus Kuwait überwachen.

8 Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte nicht zuletzt aufgrund des sowjetisch-amerikanischen Einverständnisses in dieser Frage zu diesem Datum neun Resolutionen zur Angelegenheit Irak-Kuwait angenommen. Es handelte sich um die Resolutionen Nr. 660–662, 664–667, 669–670 die im Zeitraum vom 2. August bis 25. September 1990 beschlossen wurden und den Abzug der irakischen Truppen forderten.

Palästina-probleme aufgenommen werden, wie die Sowjetunion dies bereits vorgeschlagen habe. Damit sei Israel natürlich nicht einverstanden, die US-Administration sei jetzt aber gegenüber Israel etwas aktiver geworden.

Abschließend betonte der HBM die Hoffnung, die wir alle in die enge Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion setzen.

Wien, am 18. Oktober 1990

E. M. Schmid m. p.

Dok. 179: Information. Mitteilung Österreichs an die Signatarstaaten des Staatsvertrages, 27.11.1990

Information, Botschafter Helmut Türk, Wien, 27. November 1990, Zl. 1155.22/86-I.A-GL/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 503.06.00/42-II.1/90¹

Staatsvertrag von Wien; Wegfall der Geltung der Artikel 12–16² und 22 Z. 13³

- 1 Die Information erging als Runderlass an alle effektiven Vertretungsbehörden im Ausland: „Unter Bezugnahme auf den Wegfall einzelner Bestimmungen des Staatsvertrages von Wien vom 15. Mai 1955 betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152, werden anbei die Mitteilungen an die vier Signatarstaaten des Staatsvertrages vom 6. November 1990, die dazugehörige Erläuterung sowie der endgültige Text der Erklärung des Herrn Bundesministers anlässlich der Nationalratsdebatte über den Staatsvertrag vom 22. November d. J. zur Kenntnisnahme übermittelt.“ Zu den vorhergehenden Diskussionen im BMAA siehe: Einsichtsbemerkung zu Zl. 805.00.02/16-II.7/90. Vereinigung Deutschlands; Frage der Relevierung von Art. 3 des Staatsvertrages, Gesandter Thomas Nowotny, Wien, 9. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/133-II.6/90.
- 2 Siehe Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vom 15.5.1955, BGBl. Nr. 152/1955, S. 726–745, hier S. 728–730. Diese Artikel umfassten ausschließlich militärische Regelungen. Artikel 12 „Verbot der Dienstleistung in den österreichischen Streitkräften für ehemalige Mitglieder nazistischer Organisationen und Angehörige bestimmter anderer Personenkreise“, Artikel 13 „Verbot von Spezialwaffen“, Artikel 14 „Verfügung über Kriegsmaterial alliierter und deutschen Ursprungs“, Artikel 15 „Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung“, Artikel 16 „Verbot betreffend Zivilflugzeuge deutscher und japanischer Bauart“.
- 3 BGBl. 152/1955, S. 732–733. Der Wortlaut des Artikels 22, Ziffer 13 lautet: „Österreich verpflichtet sich, mit Ausnahme der erzieherischen, kulturellen, caritativen und religiösen Zwecken dienenden Vermögensschaften keine der ihm als ehemalige deutsche Vermögenswerte übertragenen Vermögensschaften, Rechte und Interessen in das Eigentum deutscher juristischer Personen oder – sofern der Wert der Vermögensschaften, Rechte oder Interessen 260.000 Schillinge übersteigt – in das Eigentum deutscher physischer Personen zu übertragen. Österreich verpflichtet sich ferner, diejenigen in den Listen 1 und 2 dieses Artikels erwähnten Rechte und Vermögensschaften, welche von der Sowjetunion gemäß dem österreichisch-sowjetischen Memorandum vom 15. April 1955 an Österreich übertragen werden, nicht in ausländisches Eigentum zu übertragen.“

Mitteilung an die vier Signatarstaaten des Staatsvertrags

1. Der Staatsvertrag von Wien vom 15. Mai 1955 ist für Österreich von großer Bedeutung; er bildet eine Grundlage für die Stellung Österreichs als freier und unabhängiger Staat und gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Gemeinschaft. Der Staatsvertrag war darüber hinaus ein Meilenstein auf dem Weg zur Errichtung einer neuen europäischen Friedensordnung nach dem Ende des 2. Weltkriegs, dem 35 Jahre später die Unterzeichnung des „Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ am 12. September 1990 folgt.⁴ Als gleichberechtigter Partner der europäischen Friedensordnung begrüßt Österreich den Abschluss dieses Vertrags.

2. Der Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 enthält in seinem Teil II „Militärische und Luftfahrtbestimmungen“ (Artikel 12–16), Regelungen, die Bestimmungen der Friedensverträge von 1947 mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland nachgebildet sind. Derartige Regelungen werden von allen diesen Staaten, und zwar größtenteils schon seit langem, als obsolet betrachtet.

3. Seit dem Abschluss des Staatsvertrages sind grundlegende Veränderungen in Europa eingetreten, die sich in der Anwendungspraxis bezüglich einzelner der angeführten Bestimmungen sowie in der im Abschluss des zitierten Vertrages vom 12. September 1990 zum Ausdruck kommenden geänderten Rechtsüberzeugungen auch der Signatarstaaten manifestieren. Österreich ist daher der Auffassung, dass die Artikel 12–16 des Staatsvertrages obsolet sind. Dies gilt ebenfalls für die von einer analogen Zielsetzung wie die erwähnten Bestimmungen getragene Regelung des Artikels 22 Z. 13 dieses Vertrages. Hingegen erachtet sich Österreich weiterhin als völkerrechtlich verpflichtet, keine atomaren, biologischen oder chemischen Waffen herzustellen, zu besitzen oder zu Versuchen zu verwenden.

Erläuterung zur Mitteilung an die vier Signatarstaaten des Staatsvertrags

Bereits in der Anwendungspraxis der letzten Jahre in Bezug auf einzelne Bestimmungen des Artikel 12–16 sowie den Artikel 22 Z. 13 des Staatsvertrags von Wien vom 15. Mai 1955 kam die Rechtsmeinung der Vertragspartner zum Ausdruck, dass diese nicht mehr wirksam sind. Diese Praxis reflektiert eine grundlegende Änderung der Umstände, die sich u. a. in den durch die KSZE-Prinzipien geschaffenen Grundlagen für eine dauerhafte europäische Friedensordnung manifestierte.

Im Artikel II des Staatsvertrages hat sich Österreich verpflichtet, die volle Geltung von Abkommen oder Regelungen anzuerkennen, die von den Alliierten und Assoziierten Mächten bezüglich Deutschlands zur Wiederherstellung des Friedens herbeigeführt werden. Im Abschluss des „Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990, des sogenannten 2+4-Vertrages, durch die Signatarstaaten des Staatsvertrages ist somit der Aus-

4 Siehe dazu bereits Dok. 170, Anm. 4 und Dok. 171, Anm. 6 und 10.

druck eines Rechtsverständnisses auch im Hinblick auf diesen zu erblicken, wonach die Verpflichtungen Österreichs insbesondere im Zusammenhang mit der „Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung“ hinfällig geworden sind. Daraus folgt, dass die Signatarstaaten die Erfüllung der Österreich mit den genannten Bestimmungen auferlegten Verpflichtungen nicht mehr einfordern können.

Da diese Haltung auch der diesbezüglichen österreichischen Auffassung entspricht, liegt eine Übereinstimmung in der Rechtsüberzeugung vor, die bewirkt, dass die angeführten Bestimmungen des Staatsvertrages nicht länger gelten, weil sie obsolet sind. Das Verbot atomarer, biologischer und chemischer Waffen, auf die Österreich auch in anderen völkerrechtlichen Verträgen verzichtet hat, ist von dieser Rechtsüberzeugung nicht erfasst.

[...] ⁵

Dok. 180: Bericht. Deutschlands zukünftiger Weg und das Verhältnis zu Österreich, 18.1.1993

Botschafter Herbert Grubmayr an BMAA, Bonn, 18. Jänner 1993, Zl. 191-Res/93, Kopie aus der ehemaligen Botschaft Bonn im Archiv des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim (AIGUH), GZ. 502.01.19/1-II.1/93¹

Deutschlands zukünftiger Weg und das Verhältnis zu Österreich; Abschlussbericht 1990–1992

Einige Tage nach der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 habe ich meinen Dienst in Bonn angetreten. In diesem nunmehr größeren Deutschland sind in der relativ kurzen seitdem verflossenen Zeitspanne vielfache Wandlungen eingetreten, die sich dadurch auszeichnen, dass sie anfangs nur im Osten in ostentativer Weise vor sich gingen, während die sich gleichzeitig in der „alten Bundesrepublik“ anbahnenden Veränderungen längere Zeit weder von der Regierung noch von der Bevölkerung so richtig zur Kenntnis genommen wurden. Auch für den außenstehenden Beobachter war diese Entwicklung nicht ohne weiters zu bemerken.

5 Ausgelassen wurde die Erklärung von Bundesminister Dr. Alois Mock anlässlich der Nationalratsdebatte über den Staatsvertrag, siehe dazu Stenographisches Protokoll der XVIII. Gesetzgebungsperiode, 3. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 22. November 1990, S. 43–48.

1 Der Abschlussbericht Grubmayrs war an die Abteilung II.1, den Leiter der Sektion V, das Generalsekretariat, das Kabinett des Bundesministers und die Präsidentschaftskanzlei gerichtet. Das BMAA veranlasste seine Verteilung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemäß Liste „OMNIA“.

Die Wiedervereinigung wurde juristisch als Beitritt der neuen – erst wieder geschaffenen – Länder zu der alten Bundesrepublik auf Grund des früheren Artikels 23 des Grundgesetzes² konzipiert (man hatte daraufhin diesen Artikel eilig aufgehoben, um nicht Territorialansprüche gegen Polen zu signalisieren – Schlesien, Pommern, Ostpreußen hätten in einer – nicht zu fernen? – Zukunft vielleicht auch einmal auf diese Bestimmung zurückgreifen können). Der Einigungsvertrag versuchte der Fülle von Problemen, die sich aus der Verschmelzung zweier ideologischer konträrer Systeme ergeben, eine bundesrepublikanisch einwandfreie legale Basis zu geben. Aber es ergab sich keine glatte Rechenoperation $10\frac{1}{2} + 5\frac{1}{2} = 16$.

Der geistige Strukturwandel im Westen Deutschlands wird hier mit einer Art Verwunderung über sich selbst zur Kenntnis genommen: man hat nicht nur in einer finanziell immer schmerzhafter werdenden Operation die „Ossis“ inhaliert, sondern die Deutschen müssen plötzlich auch über die innere und äußere Neugestaltung ihres größeren Vaterlandes, welches durch den 2+4-Vertrag die volle äußere Souveränität wiedererlangt hat, sehr gründlich und zum Teil mit „agonizing reappraisals“ nachdenken.

Daraus ergeben sich eine Reihe von Detailproblemen, mit denen man sich heute mit mehr oder minder großem Erfolg herumschlägt. Im Inneren beunruhigen den Bürger im alten Bundesgebiet die von ihm gefürchteten negativen Auswirkungen des vom Bundeskanzler geforderten Solidarpaktes. Was das makrosozial und makroökonomisch heißt, ist klar: Konsum- und Investitionsverzicht im Westen zugunsten von Verbesserungen im Osten, sodass dort der Wiederaufbau schneller vorankommt und die Angleichung im Lebensstandard der neuen Bundesländer möglichst bald aus eigenem generiert werden kann. Die öffentlichen Transferleistungen aus dem Westen können nicht in der bisherigen Größenordnung weitergehen, darüber ist man sich einig (so sind z. B. die Renten im Osten, die am 1.1.1991 46 % der Westrenten betragen haben, per 1. Jänner d. J. auf 66 % der Renten in der alten Bundesrepublik angehoben worden: eine Rente, die 1991 773 DM betrug, beläuft sich heute auf 1.188 DM).

Außen- und innenpolitisch bedeutsam ist das Asylproblem, wo es in den letzten Tagen eine endgültige (?) Einigung der Parteien gegeben hat;³ sehr spät für

2 Zu Artikel 23 des Grundgesetzes siehe bereits Dok. 125, Anm. 3.

3 Aufgrund massiv steigender Asylwerberzahlen kam es in Deutschland 1993 zur Modifikation des Artikels 16 des Grundgesetzes betreffend politisch Verfolgte, um „Asylmissbrauch“ vorzubeugen. Nachdem sich CDU/CSU, SPD und FDP Ende 1992 auf den sogenannten „Asylkompromiss“ geeinigt hatten wurde dieser am 26. Mai 1993 im Bundestag beschlossen. Die wichtigsten Neuerungen betrafen die „Drittstaatenregelung“, „sichere Herkunftsstaaten“ und den Umgang mit Asylwerbern auf Flughäfen. Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes wurde aufgehoben und durch Artikel 16a ersetzt. Dieser lautete: (1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. (2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Euro-

viele Bürger hier, die nicht verstehen, wieso man solange Zeit braucht, um einen vernünftigen Kompromiss zustande zu bringen, der die als Asylbewerbung kassierte Einwanderungsflut eindämmen soll.

Bei den in diesem Zusammenhang ausgebrochenen Aggressionen gegen Ausländer bahnt sich jetzt anscheinend eine Wende an: Hier haben die Deutschen, die bei allen ihren Aktionen gründlich sind, nach „gründlichen“ Ausschreitungen eine aktive und offenbar auch effiziente „Trauerarbeit“ durchgeführt. Lichterketten und schärferes Vorgehen der Sicherheitsorgane haben eine Atempause gebracht. Jetzt müsste allerdings bald die Neuregelung des Asylverfahrens wirksam werden, um nicht neue Ausschreitungen zu provozieren. Ich werde bei meinen Abschiedsbesuchen immer wieder über unsere Erfahrungen mit dem Asylgesetz 1992⁴ gefragt, und oft höre ich Neid bei meinen Gesprächspartnern durch, dass die Österreicher das Problem schneller und wirksamer gelöst haben als sie selbst.

Ein Ausdruck der neuen internationalen Stellung ist auch die Forderung der Staatenwelt, Deutschland solle sich nicht nur mit Geld, sondern mit Taten in den internationalen Konfliktherden engagieren. Generalsekretär Boutros-Ghali⁵ war hier bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn⁶ sehr klar. Die Koalition hat sich jetzt

päischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden. (3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird. (4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen. (5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.“ Siehe: Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes Artikel 16 und 18) vom 28. Juni 1993, BGBl. 1993/Teil I, S. 1002.

4 Für das österreichische Asylgesetz siehe: BGBl. Nr. 8/1992, Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1991) vom 7. Jänner 1992.

5 Boutros Boutros-Ghali, Generalsekretär der Vereinten Nationen (1992–1996), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

6 Boutros-Ghali stattete Deutschland seinen ersten Besuch in seiner Funktion als Generalsekretär der Vereinten Nationen vom 10. bis 12. Jänner 1993 ab.

betreffend peace keeping and peace making⁷ auf eine gemeinsame Plattform zusammengerauft, aber die SPD spielt noch nicht mit, zu viel Überbordwerfen von moralisch-abstinenten Prinzipien hat man ihr in letzter Zeit abverlangt. In der Führung der Sozialdemokraten sieht man ein, dass man sich ändern muss – aber man setzt sich an der Mittelschicht und der Basis der Partei nicht durch und es ist leicht möglich, dass nun doch in einem konkreten „Einsatz“-Fall das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den wahrscheinlich nicht zu erlangenden Parlamentsentscheid supplieren müssen wird. Jedenfalls ist die Frage des Ausmaßes der internationalen Dispositionsfähigkeit Deutschlands ein Dauerbrenner der hiesigen Politik und trägt zu einer gewissen Perplexität des durchschnittlichen Deutschen bei: „Wie sollen wir eigentlich sein?“

Eine Frage, welche auch in diesen Rahmen hineinragt, ist die Übersiedlung von Parlament und Regierung nach Berlin. Hier gibt es laufend widersprüchliche Indikatoren über die zukünftigen Perspektiven. Eine Revision des einschlägigen Bundestagsbeschlusses vom Juni 1991⁸ (es handelt sich ja nicht einmal um ein Gesetz) nach den Wahlen von 1994 im Sinne eines Verbleibs eines Großteils des öffentlichen Geschehens in Bonn wird heute nicht mehr ausgeschlossen, obwohl man vor kurzem in Berlin einen kleinen konkreten Schritt in Richtung baulicher Vorbereitung des Bundestagsumzugs gesetzt hat. Bonn ist dagegen voll mit Aufklebern: „Wir sind die Steuerzahler, wir brauchen keinen Umzug nach Berlin“ ... Eine Verlagerung des politischen Schwergewichts nach Berlin wird mittelfristig auch außenpolitisch von Bedeutung sein: die Nähe der Grenze im Osten wird schmerzlicher spürbar werden, Hinterfragungen dieses Zustandes werden zunehmen, sofern die europäische Integration nicht bis dahin alle diese „kleinen“

7 Peace Keeping bzw. Peace Making bezeichnet friedenserhaltende Missionen im Rahmen von Militäreinsätzen der Vereinten Nationen. Diese Unternehmungen sind zu unterscheiden von Beobachtermissionen und peace enforcing, also friedenserzwingenden Maßnahmen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, die eine aufgrund von Einstimmigkeit zustandegekommene Resolution des UN-Sicherheitsrates voraussetzen und die ihrerseits Art, Dauer und Umfang des Militäreinsatzes bestimmen.

8 Der Bundestag tagte in der Hauptstadtfrage des geeinten Deutschlands mit einer namentlichen Abstimmung und einer mehrstündigen Debatte am 20. Juni 1991. Denkbar knapp entschieden sich 338 Abgeordnete für Berlin und 320 für Bonn. Die Unterlegenen versuchten noch lange, insbesondere unter Hinweis auf die Höhe der Kosten des Umzugs der Ministerien, die Entscheidung infrage zu stellen oder gar hinauszuzögern. Die Bundesregierung unter Helmut Kohl blieb aber standfest, beharrte auf dem Umzugsbeschluss und begann mit dem Neubau eines Regierungsviertels im Berliner Spreebogen. Aus finanziellen Gründen sollten nicht alle Ministerien einen Neubau erhalten. Das Außenministerium nutzte das ehemalige Gebäude des ZK der SED. Das ehemalige Reichstagsgebäude wurde für den Bundestag umfunktioniert. Bonn wurde dagegen Bundesstadt und erhielt wichtige Politikbereiche. Das Familien-, Sozial-, Landwirtschafts- und das Verteidigungsministerium verblieben dort wie auch das Bundeskartellamt. Der Bundesrechnungshof wurde an den Rhein verlegt. Die Region Bonn erhielt ferner Ausgleichszahlungen für den Verlust des Parlamentssitzes in Höhe von circa 1,6 Milliarden D-Mark.

nationalen Kinkerlitzchen überdeckt hat. Aber wird sie das wirklich so gründlich tun, bei so viel Betonung von Subsidiarität und Regionalismus?

Das Großergewordensein zeitigt ruckartige Äußerungen von Selbstbewusstsein, so wenn es um den Gebrauch der deutschen Sprache geht: In der Gemeinschaft, aber auch im Europarat gibt es da recht konkrete Bemühungen und das Gegenargument: „Dann kommen die Spanier auch“ wird hier nicht sehr ernst genommen. Man ist eben doch der Größere und Wichtigere und zahlen will man auch dafür (tunlichst unter Einschluss anderer Deutschsprachiger!). Auch die Anmeldung eines Anspruchs auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat für den Fall einer Berücksichtigung anderer Kandidaturen gehört dazu: Schließlich ist man nach den USA der größte finanzielle Beitragszahler.

Bei der Fülle an neuen Herausforderungen gibt es nicht nur im Osten, sondern auch hier in der Altrepublik nostalgische Erwägungen über „small is (was) beautiful“. Aber die Lokomotive der Geschichte ist wohl nicht mehr aufzuhalten, Deutschland ist auf dem Weg zu einer größeren internationalen Machtstellung, mit dem Paradoxon, dass es hiebei vorläufig einmal ärmer sein wird in per capita terms als die kleinere, souveränitätsbeschränkte, ganz ins westliche Bündnis eingeschachtelte alte Bundesrepublik. Das mag zur Verwirrung in den Köpfen der Deutschen beitragen. Aber in einem Punkt scheint sich das Selbstbewusstsein stark gehoben zu haben: Die materielle und seelisch-geistige und verbale Trauerarbeit steht einer immer größeren Bevölkerungsmehrheit zum Hals heraus. Ein praktischer Anlassfall: die Forderung nach Wiederaufnahme der Zahlungen, diesmal für die jüdischen Bürger in der ehemaligen DDR.⁹ Die heutige Generation fühlt sich schon stark abgehoben von den Vorgängen, die vor einem halben Jahrhundert passiert sind.

Ängste vor einer hegemonialen Stellung Deutschlands in Europa hat es immer gegeben, sie sind seit der Wiedervereinigung vielfach gewachsen. Die weitere poli-

9 In der DDR wurden von 1949 bis 1989 unter „Wiedergutmachung“ primär „Reparationen“ an die Sowjetunion verstanden. Die SED-Führung lehnte Verhandlungen über Entschädigungen sowohl mit Staaten des Warschauer Pakts als auch mit Israel ab. In der DDR wohnhafte Überlebende der NS-Verfolgung erhielten jedoch Entschädigung. Nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und der frei gewählten Regierung unter Lothar De Maizière distanzierte sich die Volkskammer am 12. April 1990 von der Zionismus-Resolution der UNO vom 10. November 1975, die diesen als „eine Form des Rassismus“ verurteilt und der die DDR-Regierung unter Erich Honecker ihre Zustimmung erteilt hatte. Die Volkskammer bekannte sich in einer Erklärung zur Mitverantwortung für den Holocaust, bat um Verzeihung für die Feindseligkeit der DDR-Politik gegenüber Israel und bedauerte den Antisemitismus in der DDR. Beide deutsche Staaten beschlossen sodann gemäß Volkskammer-Beschluß vom 14. April 1990, für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste der Opfer des NS-Regimes einzutreten. In der Kontinuität der Politik der Bundesrepublik war die Bundesregierung auch bereit, mit der Jewish Claims Conference (der 1951 gegründeten Organisation zur Vertretung der Ansprüche jüdischer Opfer des Nationalsozialismus) Vereinbarungen über eine ergänzende Fondslösung zu treffen, um Härteleistungen an die Verfolgten vorzusehen, die nach den gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik bisher keine oder nur geringfügige Entschädigungen erhalten haben.

tische und wirtschaftliche Entwicklung auf unserem Kontinent, aber auch der künftige Stellenwert der internationalen Organisationen und vor allem die Stärke des integrativen Impetus werden wesentlich darüber entscheiden, ob Deutschland seine Machtstellung innerhalb der multinationalen Gremien und im Einverständnis mit den anderen Staaten ausübt.

Andernfalls könnten wieder gewisse aus der Vergangenheit bekannte Gefahrenmomente auftauchen, wenn die Basis für eine Einbettung Deutschlands in eine internationale Weltordnung schwächer werden sollte. Trotz der gegenwärtigen Integrationsmüdigkeit in der Gemeinschaft und der Möglichkeit, dass sich die Konsensfreudigkeit in den Vereinten Nationen wieder verringern könnte, wenn zum Beispiel Russland ausschert, sind mittelfristig deutsche „Alleingänge“ nicht sehr wahrscheinlich, schon aus der inneren Stimmung heraus, von der ich nicht annehme, dass sie sich etwa bei den nächsten Wahlen in einem außenpolitisch spürbaren Rechtsruck auswirkt. Das deutsche Staatsschiff wird derzeit noch mehr auf den offenen Ozean hinausgestoßen, als dass es selbst schon mit Vollampf voraus dorthin tendiert.

Ziemlich offen scheint die Frage, wie die Regierungszusammensetzung in den nächsten Jahren beschaffen sein wird. Es wird viel von der großen Koalition gesprochen, manche Sozialdemokraten wünschen sich eine Ampelkoalition. Wesentlich für die Weichenstellungen in dieser Hinsicht wird die weitere Entwicklung in der FDP sein. Sie hat in der letzten Zeit kein sehr gutes Bild von sich gegeben, und der an sich einer großen Koalition abgeneigte Bundeskanzler könnte diese seine Meinung ändern, wenn der Koalitionspartner weiterhin „Mist“ macht und fortfährt, die Regierungsverdrossenheit in der Bevölkerung mit negativen Selbstdarstellungen anzuheizen. Ob Herr Kinkel¹⁰ das Steuer als Parteiobmann herumreißen wird? Werden ihm seine Europa- und Auslandsverpflichtungen dazu Zeit lassen?

Bis vor kurzem hätte ich noch geglaubt, dass der deutsche Kanzler nach den Wahlen 1994 ganz natürlicher Weise wieder Helmut Kohl heißen wird. Aber man sollte die Irrationalität des Wählerverhaltens nicht unterschätzen: Kohl wird dann 12 Jahre Regierungschef und 20 Jahre Parteiobmann gewesen sein. Er hat das window of opportunity aus dem Osten 1990 mit sicherem Instinkt ausgenutzt und den Deutschen die Wiedervereinigung beschert (heute sind ja nicht mehr alle so glücklich darüber). Aber wie war es mit Winston Churchill, der für England – man kann dies ruhig so vereinfachend sagen – den Krieg gewonnen hat? Er wurde 1945 mitten aus den Verhandlungen über die neue Weltordnung abgewählt und durch den eher farblosen Clement (Lord) Attlee¹¹ ersetzt. Ist etwa das sympathische Gesicht des nordischen Pfeifenrauchers Engholm¹² weniger attraktiv

10 Klaus Kinkel, FDP, Bundesminister des Auswärtigen (1993–1998), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

11 Clement Attlee, Premierminister Großbritanniens (1945–1951), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

12 Björn Engholm, SPD, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (1988–1993), siehe Personenregister mit Funktionsangaben.

als die Figur Mr. Attlees, auch wenn er einer in sich ziemlich zerstrittenen Partei vorsteht und die „honorable opposition“ mehr vom Ostseerand aus führt als aus der „SPD-Baracke“ in Bonn, von der aus er es eigentlich tun sollte? Dankbarkeit ist in der Politik bekanntlich eine ephemere Angelegenheit ... und das Wort von der Führungsschwäche des Bundeskanzlers wird von den Medien genüsslich gepflegt; wie viele Bundesbürger werden es bis zum Wahltag im Herbst 1994 in sich eingesogen haben?

Nun noch ein Wort zu den bilateralen Beziehungen. Man kann sie prima facie nur als ausgezeichnet charakterisieren. Gewisse sektorale Trübungen, die sich aus den Transitfragen ergaben, sind durch das Abkommen¹³ vorläufig entschärft worden. Jetzt muss man sehen, wie die Implementierung läuft und wie glatt die Beitrittsfestigkeit des Transitvertrages über die Bühne geht. Dass es gegen die lange Übergangsfrist des Abkommens in der Gemeinschaft Lobbyismus geben wird, steht außer Frage, eine wesentliche Rolle wird hiebei zweifellos eine allseits befriedigende Durchführung des komplizierten Vertragsinhaltes spielen.

Wenn man von diesem allerdings sehr wichtigen Detailkomplex absieht, bleibt noch die Frage, wie stellen sich heute im täglichen Umgang die erheblichen bilateralen Altlasten dar, was ist von den historischen Verklammerungen und Widersprüchlichkeiten derzeit noch spürbar? Und wie verhalten wir uns selbst in dieser Hinsicht? Eine ehrliche Beantwortung der letzteren Frage ist nicht immer sehr schmeichelhaft für uns: Je nach Opportunität anlehnend oder scharfe Grenzen ziehend, eine gewisse Ambivalenz wird sichtbar, wenn man alle Aspekte zusammen betrachtet. Wenn wir ein europäisches Petit haben, lehnen wir uns sehr massiv an den großen Nachbar und sicherlich hat Bundeskanzler Kohl sehr wesentlich dazu beigetragen, dass es demnächst zu offiziellen Beitrittsverhandlungen kommt (wobei allerdings nicht nur wir, sondern auch die anderen Kandidaten profitieren). Aber auch im administrativen Detail hängen wir uns des Öfteren sehr stark an das deutsche Vorbild an, Sprachschwierigkeiten bei unseren inneren Behörden spielen da wahrscheinlich eine gewichtige Rolle, aber auch der Drang, Umsetzungen von EG-Richtlinien möglichst BRD-konform zu gestalten, werden immer wieder fühlbar; schließlich ist Deutschland unser weitaus größter Wirtschaftspartner und die Versuchung, sich die Europaumsetzungen in einem vertrauten Milieu zu holen, dementsprechend groß ... und warum selbst über etwas nachdenken, was ein anderer schon einmal vorgekauft hat?

Nun muss man sagen, dass sich die deutschen Behörden in dieser Hinsicht sehr entgegenkommend und offen verhalten. Ich habe noch nie im Ausland so tiefe Einblicke in vertrauliche Dokumente erhalten wie bei meinen hiesigen Gesprächspartnern. Ohne diese überaus entgegenkommende Verhaltensweise

13 Vgl. dazu bereits Dok. 173, Anm. 4. Eine Lösung in der Transitproblematik wurde mit Unterzeichnung des Transitvertrages am 2. Mai 1992 zwischen Österreich und den EG gefunden, der am 1. Jänner 1993 in Kraft trat. Siehe Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße samt Anhängen I bis X, BGBl. Nr. 823/1992.

könnte die Botschaft die Flut von Anfragen, die wir aus Österreich bekommen, auch gar nicht bewältigen.

Es mag nun manche deutsche Partner, die einen recht guten Überblick über die Gesamtheit unserer Beziehungen und „Verflechtungen“ haben, zu einer gewissen Süffisanz verleiten, wenn sie bemerken, dass wir in einem – allerdings sehr wichtigen – Teilbereich, nämlich in unseren kulturellen Aktivitäten, bisweilen sehr radikale Trennungslinien ziehen, so in der Frage der Zusammenarbeit mit Goethe-Instituten, beim gemeinsamen Auftreten von Literaten und Künstlern, bei der staatsbürgerlichen Zuordnung von Komponisten etc. Dazu kommt, dass sehr viele österreichische Autoren ihre Werke bei deutschen Verlegern herausbringen, manche Maler aus Österreich eher hier reüssieren als zu Hause, etc.

Wo und wie kräftig soll man dem in Deutschland (und ja auch partiell bei uns zu Hause) sicher noch immer herumgeisternden Konzept der „deutschen Kulturation“ entgegensteuern, der Auffassung, es gäbe eben eine deutsche Literatur, wobei man darunter alle deutschsprachigen Literaturschöpfungen subsumiert? Ich habe in vielen Vorträgen, Diskussionen und privaten Gesprächen immer wieder darauf hinweisen müssen, dass wir nicht nur politisch und wirtschaftlich ein selbständiger Staat sind, sondern eben auch auf dem hier als fließend, allzu fließend betrachteten Gebiet der künstlerischen und geistigen Manifestation eine eigenständige österreichische Entwicklung existiert, die man nicht dem deutschen Regionalismus zurechnen kann (wie etwa: Bayern sind anders als Hamburger, ein Steirer eben auch ...). Nun treten viele österreichische Geistesschaffende und Künstler hier ohne spezielles Österreichticket auf, weil wir mit 2 noch so einsatzfreudigen Kulturdamen für ein 80 Millionenvolk beim besten Willen nicht alles abdecken können. Die Deutschen fragen sich dann manchmal, warum sind dann die Österreicher in Drittländern so pingelig?

Was soll man gegen die erwähnten „Umarmungen“ machen? Patentlösungen gibt es wohl kaum, notwendig wäre eine gewisse Ausgewogenheit: deutliche Abgrenzung im Prinzipiellen, ohne im Detail allzu schulmeisterlich oder kleinlich zu werden. Man könnte dies vielleicht so formulieren: Der Große sieht das immer anders als der Kleine, aber der Kleine sollte sich innerlich so groß fühlen (und auf kulturellem Gebiet steht uns dies auch zu), dass er es bisweilen auch großzügig übersehen oder mit distanzierter Sarkasmus quittieren kann, wenn ihn der andere im Einzelfall als Kleinen oder Dazugehörigen behandeln will...

Dass es bei aller Respektierung unserer staatlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit doch in vieler Hinsicht ein „Sonder“verhältnis gibt, zeigt sich auch bei der Behandlung des österreichischen Botschafters auf gesellschaftlichem Gebiet. Man wird zu praktisch innerdeutschen Runden auch auf sehr hohem Niveau eingeladen, wo kein anderer Diplomat oder höchstens ein oder zwei Großmachtvertreter gebeten sind. Dabei kommt dann auch schon einmal ein gewisser Annäherungsversuch vor, immer gut gemeint, aber doch deutlich. Da fragt man sich manchmal, soll man oder soll man nicht hingehen? Ist „Mitmachen“ schon ein nationaler Identitätsverlust? Ich habe solche Gelegenheiten fast immer wahr-

genommen: Ich glaube, der Nutzen vor allem für die Kontaktpflege und Informationssammlung ist größer als der imaginäre „Schaden“ des sich Vermischens...

Der Beitritt zur Gemeinschaft wird uns hier eine zusätzliche Profilierungschance geben, da ja praktisch wöchentlich irgendeine größere Entscheidung ansteht, vom Europäischen Rat hinunter in die vielfachen Verflechtungen der Komitologie.¹⁴ Werden wir sie wahrnehmen oder werden wir in manchen Klassenstunden wieder versuchen, vom großen Bruder „abzuschreiben“ und nur vielleicht in der Deutschstunde bei Handke¹⁵ aufschreien: „Oh Du mein Österreich“?

Glaubwürdigkeit ist alles in der menschlichen Gesellschaft. Sie immer zu bewahren ist im Verhältnis zu meinem bisherigen Empfangsstaat aus vielen historischen und größtenmäßigen Gründen keine leichte Aufgabe. Aber unsere Mitarbeit am neuen Europa im multilateralen Rahmen sollte uns diese Aufgabe erleichtern und allfällig bestehende Unsicherheiten beseitigen, vorausgesetzt, dass der Integrationsrahmen hält und damit allfällige Einzelgängervelleitäten – jenseits des Inns hintangehalten werden.

Der Botschafter:
(Grubmayr)

14 Bezeichnung des komplexen Ausschusssystem auf europäischer Ebene bestehend aus Regierungsvertretern und Experten in verschiedenen Politikfeldern zur vorbereitenden Abstimmung und Entlastung der Fachministerräte.

15 Peter Handke, österreichischer Schriftsteller.

Abkürzungsverzeichnis

2+4-Gespräche	Gespräche zwischen den Vertretern beider deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs
a.a.	ad acta
a.i.	ad interim
AA	Auswärtiges Amt
ABC-Waffen	Atomare, Biologische, Chemische Waffen
Abg.	Abgeordneter
ABM	Anti-Ballistic Missile
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AG	Arbeitsgemeinschaft
AHMin.	Außenhandelsminister
AHSt	Außenhandelsstelle
AL	Abteilungsleiter
AL	Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz
AM	Außenminister/Außenministerium
Anm.	Anmerkung
ao.	außerordentlich
APA	Austria Presse Agentur
APN	Presseagentur Novosti
Art.	Artikel
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
Assistant S. of S.	Assistant Secretary of State
ATS	österreichische Schilling
AUA	Austrian Airlines
AV	Aktenvermerk
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Ber.	Bericht
Ber. Zl.	Bericht Zahl
betr.	betreffend
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BK	Bundeskanzler
BKA	Bundeskanzleramt
BKdgW	Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
BKP	Balgarska Komunisticheska Partija/Bulgarische kommunistische Partei
BM	Bundesminister/in
BMAA/BMfaA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BNP	Bruttonationalprodukt
Bot.	Botschaft/Botschafter
BP	Bundespräsident
BR	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Bul.	Bulgarien

bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDA	Christdemokratischer Appell
CD&V	Christen-Democratisch en Vlaams/Christlich-Demokratisch und Flämisch
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CFE	Conventional Forces in Europe
CMEA	Council for Mutual Economic Assistance
COCOM	Coordinating Committee on Multilateral Export Controls
COMECON	Council for Mutual Economic Assistance
ČSFR	Československá federativní republika/Tschechoslowakische Förderative Republik
čsl.	tschechoslowakisch
CSBM	Confidence and Security-Building Measures
CSPD	Christlich Soziale Partei Deutschlands
ČSSR	Československá Socialistická republika/Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CW	Chemiewaffen
D. S. of S.	Deputy Secretary of State
d. h.	das heißt
d. J.	dieses Jahres
d. M.	dieses Monats
DA	Demokratischer Aufbruch
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DC	Democrazia Cristiana
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dez.	Dezember
DFP	Deutsche Forumpartei
dgl.	dergleichen/desgleichen
diesbez.	diesbezüglich
DJ	Demokratie Jetzt!
DM/D-Mark	Deutsche Mark
do.	diesorts/dortige
Dok.	Dokument
DOS	Department of State
Dr.	Doktor
DSU	Deutsche Soziale Union
dt.	deutscher
dzt.	derzeit/derzeitig
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
ECE	Economic Commission for Europe
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEC	European Economic Community
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaften
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EIB	Europäische Investitionsbank
einschl.	einschließlich
EP	Europäisches Parlament
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit

ER	Europarat
Erl.	Erlass
ERP	European Recovery Program
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUREKA	European Research Coordination Agency
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäischen Währungssystems
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
FM	Finanzminister
FO	Foreign Office
FOFA	Follow on Forces Attack
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FRG	Federal Republic of Germany
FS	Fernschreiben
G7	Gruppe der Sieben
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB	Großbritannien
GDR	German Democratic Republic
gem.	gemäß
Ges.	Gesandter
GG	Grundgesetz
ggst.	gegenständlich
ggstdl.	gegenständlich
ggstl.	gegenständlich
GK	Generalkonsulat
GS	Generalsekretär
GZ.	Geschäftszahl
ha.	hieramts
HBK	Herr Bundeskanzler
HBM	Herr Bundesminister
HGS	Herr Generalsekretär
ho.	hierorts
HSL	Herr Sektionsleiter
Hu.	Hungary
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung
HVK	Herr Vizekanzler
i.G.	im Ganzen/im Gegenstand
i. V.	in Vertretung
IISS	International Institute for Strategic Studies
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMEMO	Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR
IMF	International Monetary Fund
INF	Intermediate Range Nuclear Forces

INFAS	Institut für angewandte Sozialwissenschaft
insbes.	insbesondere
insges.	insgesamt
IPI	International Press Institute
IWF	Internationaler Währungsfonds
KGB	Komitet Gosudarstwennoj Besopasnosti/Komitee für Staatssicherheit
KI	Kulturinstitute
KKW	Kernkraftwerk
km	Kilometer
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KRK	Konventionelle Rüstungskontrolle
KSČ	Komunistická strana Československa/Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KSE	Konventionelle Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVAE	Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
KZ	Konzentrationslager
LDP/LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LR	Legationsrat
LS	Legationssekretär
m.p.	manu propria
Mag.	Magister
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
MCh	Missionschef
MDF	Magyar Demokrata Fórum/Ungarisches Demokratisches Forum
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MfAA	Ministerium für auswärtige Angelegenheiten
MfS	Ministeriums für Staatssicherheit
MID	Ministerstvo Inostrannych del/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR
Min.	Minister
Min. Prä.	Ministerpräsident
Mio.	Millionen
MPr.	Ministerpräsident
Mrd.	Milliarden
MSZP	Magyar Szocialista Párt/Ungarische Sozialistische Partei
n. J.	nächsten Jahres
N. Y.	New York
NN/N+N-Staaten	Neutrale und Nicht-Paktgebundene Staaten
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands (DDR)
NF	Neues Forum
NGO	Non-Governmental Organisation
NPT	Nuclear Non-Proliferation Treaty
NR	Nationalrat

Nr.	Nummer
NSC	National Security Council
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
Ö	Österreich
o.e.	oben erwähnt
ÖB	Österreichische Botschaft
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
offiz.	offiziell
ÖFVW	Verein österreichische Fremdenverkehrswerbung
og.	oben genannte
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖIAG	Österreichische Industrieholding AG
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖRK	Österreichisches Rotes Kreuz
ÖS	österreichische/r Schilling
österr.	österreichischen
ÖVP	Österreichische Volkspartei
oz./o.z.	obzitiert
P	Polen
PANAM	Pan American Airways
PASOK	Panellinio Sosialistiko Kinima
PCR	Partidul Comunist Român
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
PEN	Poets, Essayists, Novelists
PHARE	Poland and Hungary. Aid for Restructuring of the Economies
Pkt.	Punkt
PLO	Palestine Liberation Organization
PM	Premierminister
Präs.	Präsident
Prof.	Professor
Proz.	Prozent
PS	Parti socialiste (Frankreich)
PS	Partido Socialista (Portugal)
PSI	Partito Socialista Italiano
PSOE	Partido Socialista Obrero Español
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
RA	Rechtsanwalt
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RK	Rüstungskontrolle
RPR	Rassemblement pour la République
SAP	Sveriges socialdemokratiska arbetareparti/Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens
SBZ	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
SDI	Strategic Defense Initiative
SDP	Sozialdemokratische Partei der DDR
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschland
sh.	siehe
SNF	Short-Range Nuclear Forces
sog.	sogenannte

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPE	Sozialdemokratische Partei der Europäischen Gemeinschaft
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SR	Sicherheitsrat
START	Strategic Arms Reduction Talks
stellv.	stellvertretend
Stm.	Staatsminister
StRV	Staatsratsvorsitzender
StS.	Staatssekretär
StV	Staatsvertrag/Stellvertreter
stv.	stellvertretend
SU	Sowjetunion
SV	Sichtvermerk
szt.	seinerzeitig
TASS	Telegrafnoje Agentstwo Sowjetskogo Sojusa/Telegrafagentur der Sowjetunion
TBT	Test-Ban Treaty
TO	Tagesordnung
u. a.	unter anderem
UDF	Union pour la Démocratie Française
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UN-GV	United Nations-General Assembly
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
UNO	United Nations Organization
UNR	L'Union pour la nouvelle République
US/U.S.	United States
USA	United States of Amerika
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
USIA	Uprawnienie Sowjetskogo Imuschtschestwa w Awstirii/Verwaltung des sowjetischen Eigentums in Österreich
v. a.	vor allem
VAM	Vizeaußenminister
VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen
VEB	Volkseigener Betrieb
VEW	Vereinigte Edelmetallwerke
Vgl.	vergleiche
VK	Vizekanzler
VKSE	Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa
VM	Verrechnungsmark
VN	Vereinte Nationen
VOEST	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke
VP	Vizepräsident
VR	Volksrepublik
VRB	Völkerrechtsbüro
VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
VVSBM	Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
W.P./WP	Warschauer Pakt
WEU	Westeuropäische Union

WFT	Wiener Folgetreffen
wiiw	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
WJC	World Jewish Congress
WtZ	wirtschaftliche-technische Zusammenarbeit
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
z. B.	zum Beispiel
ZK	Zentralkomitee
Zl.	Zahl

Literaturverzeichnis

Verzeichnis häufig verwendeter Literatur und publizierter Quellen

20 Jahre KSZE

Auswärtiges Amt/Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), 20 Jahre KSZE 1973–1993. Eine Dokumentation, Bonn 1993.

A Cardboard Castle?

Vojtech Mastny/Malcolm Byrne (Hg.), A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact 1955–1991, Budapest 2005.

Außenpolitischer Bericht Jahr

Außenpolitischer Bericht 1985–1990. Bericht des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten, hg. vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Wien 1986–1991.

BGBI. Jahr, Abschnitt, Nummer

Bundesgesetzblatt, hg. vom Bundesministerium der Justiz, Bonn 1949 ff.

BGBI. Nummer/Jahr

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Wien 1945 ff.

Bonn und Ost-Berlin

Heinrich Potthoff, Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997.

Countdown zur deutschen Einheit

Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987–1990, Berlin 1996.

Das Ende der SED

Hans-Hermann Hertle/Gerd Rüdiger Stephan (Hg.), Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. Mit einem Vorwort von Peter Steinbach, 2. Aufl., Berlin 1997.

DBPO III/VII: German Unification

Documents on British Policy Overseas (DBPO), Series III, Volume VII: German Unification 1989–1990, hg. von Patrick Salmon/Keith Hamilton/Stephen Twigge, London 2010.

Der Kreml und die „Wende“ 1989

Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke et al. (Hg.), Der Kreml und die „Wende“ 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Regime. Dokumente, Innsbruck/Wien/Bozen 2014.

Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990

Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke et al. (Hg.), Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990. Interne sowjetische Analysen, Berlin 2015.

Deutsche Einheit

Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.

Deutschlands Vereinigung

Karl Kaiser, Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Mit den wichtigsten Dokumenten, Bergisch-Gladbach 1991.

Die Außenpolitik der DDR

Ines Lehmann, Die Außenpolitik der DDR 1989/1990. Eine dokumentierte Rekonstruktion, Baden-Baden 2010.

Die Einheit

Heike Amos/Tim Geiger (Bearb.), Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, hg. von Horst Möller/Ilse Dorothee Pautsch/Gregor Schöllgen/Hermann Wentker/Andreas Wirsching, Göttingen 2015.

Die Häber-Protokolle

Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985, Berlin 1999.

Diplomatie für die deutsche Einheit

Andreas Hilger (Hg.), Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amts zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90, München 2011.

GBL der DDR

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1949 ff.

Gehler, Vom Marshall-Plan zur EU

Michael Gehler, Vom Marshall-Plan zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart, Innsbruck/Wien/Bozen 2006.

Graf, Österreich und die DDR

Maximilian Graf, Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung, Wien 2016.

Honecker – Gorbatschow

Daniel Küchenmeister (Hg.), Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993.

„Im Kreml brennt noch Licht“

Detlef Nakath/Gero Neugebauer/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), „Im Kreml brennt noch Licht“. Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989/91, Berlin 1998.

Interne Dokumente zum Zerfall der SED und DDR

Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall der SED und DDR 1988/89, Berlin 1994.

„Koalition der Vernunft“

Heinrich Potthoff (Hg.), Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995.

La diplomatie française

Maurice Vaisse/Christian Wenkel (Hg.), *La diplomatie française face à l'unification allemande*, Paris 2011.

Masterpieces of History

Svetlana Savranskaya/Thomas Blanton/Vladislav Zubok (Hg.), *Masterpieces of History. The Peaceful End of the Cold War in Eastern Europe*, 1989, Budapest/New York 2010.

Michail Gorbatschow und die deutsche Frage

Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hg.), *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991*, München 2011.

Oplatka, Der erste Riß in der Mauer

Andreas Oplatka, *Der erste Riß in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze*, Wien 2009.

Potthoff, Im Schatten der Mauer

Heinrich Potthoff, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999.

RGBl.

Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.

Sarotte, 1989

Mary Elise Sarotte, 1989. *The struggle to create post-Cold War Europe*, Princeton 2014.

Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe/Band – Jahr

Texte zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Reihe III/Bd. 3 – 1985.

Texte zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Reihe III/Bd. 6 – 1988.

Texte zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Reihe III/Bd. 7 – 1989.

Texte zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Reihe III/Bd. 8a. – 1990.

Texte zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Reihe III/Bd. 8b. – 1990.

The Last Superpower Summits

Svetlana Savranskaya/Thomas Blanton (Hg.), *The Last Superpower Summits. Gorbachev, Reagan, and Bush. Conversations that Ended the Cold War*, Budapest/New York 2016.

Unterwegs zur Einheit

Hans-Dietrich Genscher, *Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit*, Berlin 1991.

Von Hubertusstock nach Bonn

Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), *Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987*, Berlin 1995.

Wolle, Die heile Welt der Diktatur

Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur, Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1999.

Zehn Jahre Deutschlandpolitik

Zehn Jahre Deutschlandpolitik. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969–1979. Bericht und Dokumentation, Bonn 1980.

Personenregister

(erstellt von Sarah Knoll)

Einleitende Vorbemerkungen

Das folgende Personenregister legt bei den Funktionsangaben den Fokus auf jene Funktionen, die für die Nennung im jeweiligen Dokument relevant sind. Ausnahmen davon stellen häufig erwähnte Akteure und Personen, deren verschiedene oder wechselnde Funktionen zur Kontextualisierung beitragen, dar. Dies trifft insbesondere auf DDR-Funktionäre, Politiker der Bundesrepublik und einige österreichische Diplomaten, deren Karriereverläufe nachvollziehbar gemacht werden sollen, zu. Sofern keine weiteren Angaben vorhanden sind, hatten die Personen den genannten Posten zur Zeit der Erstellung des Dokuments inne. Die angegebene Parteizugehörigkeit entspricht ebenfalls dem Zeitpunkt der Entstehung des Dokuments. Sich wandelnde Parteizugehörigkeiten von DDR-Bürgern, insbesondere jener Personen, die vor 1989/90 nicht politisch aktiv waren, werden in den Kurzbiographien sichtbar. Beim Verfassen der Kurzbiographien wurde unter anderem auf einschlägige Nachschlagewerke¹ und auf Register in thematisch verwandten Editionen² zurückgegriffen. Zudem danke ich Tim Geiger, Peter Ruggenthaler, Andreas Schmidt-Schweizer, Steven Van Hecke und Dominik Pick für die Unterstützung bei der Lösung der schwierigsten biographischen Fragen sowie Daniela Profohs vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres für die Recherchen der Lebensdaten einiger österreichischer Diplomaten.

Sarah Knoll

- 1 Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoß/Dieter Hoffmann/Andreas Herbst/Ingrid Kirschey-Feix (Hg.), *Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien* (5. Auflage), Berlin 2010; Siegfried Bock/Ingrid Muth/Hermann Schwiesau (Hg.), *DDR-Außenpolitik. Ein Überblick. Daten, Fakten, Personen* (III), Berlin 2010; Rudolf Agstner/Gertrude Enderle-Burcel/Michaela Follner (Hg.), *Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959*, Wien 2009; Rudolf Vierhaus/Ludolf Herbst (Hg.), *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002*, München 2002.
- 2 Heike Amos/Tim Geiger (Bearb.), *Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess*, hg. von Horst Möller/Ilse Dorothee Pautsch/Gregor Schöllgen/Hermann Wentker/Andreas Wirsching, Göttingen, 2015; Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke et al. (Hg.), *Der Kreml und die Wende 1989*, Innsbruck 2014; Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann (Bearb.), *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 (= Dokumente zur Deutschlandpolitik)*, hg. Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, München, 1998.

- Abrassimow, Pjotr A.** (1912–2009), KPdSU. Mitglied des Obersten Sowjets der UdSSR (1950–1958). Sowjetischer Botschafter in Polen (1957–1961), Frankreich (1973–1975) und der DDR (1962–1971 und 1975–1983). Ab 1961 Mitglied des ZK der KPdSU. **Dok. 1**
- Adamischin, Anatolij L.** (geb. 1934), KPdSU. Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1986–1990). Sowjetischer bzw. russischer Botschafter in Italien (1990–1992). **Dok. 106, 130, 135**
- Adam-Schwaetzer, Irmgard** (geb. 1942), FDP. Bundesschatzmeisterin der FDP (1984–1987). Stellvertretende FDP-Bundvorsitzende (1988–1994). Mitglied des Deutschen Bundestags (1980–2002). Staatsministerin im Auswärtigen Amt (1987–1991). Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1991–1994). **Dok. 146**
- Adenauer, Konrad** (1876–1967), CDU. Präsident des Parlamentarischen Rates (1948–1949). Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1949–1963) und zugleich Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten (1951–1955). Bundesvorsitzender der CDU (1950–1966). S. 14, 15, 17, 19, 21, 22, 35; **Dok. 15, 20, 48**
- Achromejew, Sergej F.** (1923–1991), KPdSU. Marschall der Sowjetunion. Militärischer Berater von Generalsekretär bzw. Präsident Michail Gorbatschow. **Dok. 156 (11)**
- Aguirre Oreja, Marcelino** (geb. 1935), Partido Popular. Minister für Auswärtige Angelegenheiten Spaniens (1976–1980). Generalsekretär des Europarates (1984–1989). Mitglied des Europäischen Parlaments (1989–1993). **Dok. 11**
- Albrecht, Hans** (1919–2008), SED. Kandidat (1954–1963) und Mitglied des ZK der SED (1963–1989). Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Suhle (1968–1989). Abgeordneter der Volkskammer (1971–1989). Dezember 1989 Parteiausschluss. **Dok. 87**
- Andersson, Sten** (1923–2006), Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (SAP). Sekretär der SAP (1962–1982). Sozialminister (1982–1985) und Außenminister Schwedens (1985–1991). **Dok. 72**
- Andreotti, Giulio** (1919–2013), Democrazia Cristiana (DC). Minister für auswärtige Angelegenheiten (1983–1989). Ministerpräsident Italiens (1972/73, 1976–1979 und 1989–1992). S. 72; **Dok. 85, 96, 128**
- Andriessen, Frans** (geb. 1929), Christdemokratischer Appell (CDA). EG-Kommissar für Beziehungen zum Parlament und Wettbewerb (1981–1985), Landwirtschaft und Fischerei (1985–1989) und Außenbeziehungen und Handelspolitik (1989–1993). **Dok. 146 (13)**
- Andropow, Jurij W.** (1914–1984), KPdSU. Sowjetischer Botschafter in Ungarn (1954–1957). Mitglied des ZK der KPdSU (1961–1984). Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit (KGB, 1967–1982). Generalsekretär der KPdSU (1982–1984). Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (1983/84). **Dok. 1, 11**
- Androsch, Hannes** (geb. 1938), SPÖ. Bundesminister für Finanzen (1970–1981). Vizekanzler Österreichs (1975–1981). S. 52
- Antall, József** (1932–1993), Magyar Demokrata Fórum (MDF). Vorsitzender des MDF (1990–1993). Ministerpräsident Ungarns (1990–1993). **Dok. 70 (1)**
- Anton, Fritz.** Mitglied der Girozentrale und Bank der österreichischen Sparkassen AG. **Dok. 131 (8)**
- Apel, Hans** (1932–2011), SPD. Abgeordneter zum Europaparlament (1965–1970). Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen (1972–1974). Bundesminister der Finanzen (1974–1978) und Verteidigung (1978–1982). Mitglied des Deutschen Bundestags (1965–1990) und dort stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion (1969–1972 und 1983–1988). **Dok. 2**
- Arafat, Jassir** (1929–2004), Fatah. Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO (1969–2004). Präsident des palästinensischen Autonomiegebiets (1996–2004). **Dok. 86**
- Arnold, Karl-Heinz** (geb. 1925). Persönlicher Mitarbeiter von Ministerpräsident Hans Modrow (1989–1990). **Dok. 107**

- Attali, Jacques** (geb. 1943). Außenpolitischer Berater von Präsident François Mitterrand (1981–1991). Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (1991–1993). **Dok. 131**
- Attlee, Clement** (1883–1967), Labour. Premierminister Großbritanniens (1945–1951). **Dok. 180**
- Axen, Hermann** (1916–1992), SED. Abgeordneter der Volkskammer (1954–1989). Leiter der Außenpolitischen Kommission (1962–1989) und Mitglied der Agitationskommission beim Politbüro (1963–1971). Kandidat (1963–1970) und Mitglied des Politbüros (1970–1989). Sekretär des ZK der SED verantwortlich für internationale Verbindungen und Fragen der internationalen, kommunistischen Arbeiterbewegung (1966–1989). Mitglied der „Arbeitsgruppe BRD“ (1976–1989). November 1989 ausgeschieden aus dem Politbüro. **Dok. 25, 67 (2)**
- Baer, Jean-Michel** (geb. 1950). Mitglied des Kabinetts des Präsidenten der EG-Kommission Jacques Delors (1985–1989). Leiter der EG-Vertretung in Frankreich (1989–1994). **Dok. 119**
- Bahr, Egon** (1922–2015), SPD. Bundesminister für besondere Aufgaben, Bundesbevollmächtigter für Berlin und Berater des Bundeskanzlers Willy Brandt im Bereich Ost- und Deutschlandpolitik (1972–1974). Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1974–1976). Bundesgeschäftsführer der SPD (1976–1981). Mitglied des Deutschen Bundestags (1972–1990) und dort Vorsitzender des Ausschusses für Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik (1980–1990). Juli 1990 Berater des DDR-Abrüstungs- und Verteidigungsministers Rainer Eppelmann. **Dok. 20, 24, 59 (6, 11), 69 (13), 71 (7), 79 (8)**
- Baker, James** (geb. 1930), Republikanische Partei. Stabschef im Weißen Haus (1981–1985). Finanzminister (1985–1988) und Außenminister der USA (1989–1992). **Dok. 84, 95, 103, 117, 119, 120, 121, 124, 139 (5), 140, 143, 149, 150, 152, 157, 164, 170, 171, 178 (6)**
- Balcerowicz, Leszek** (geb. 1947), PVAP. Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident Polens (1989–1991). **Dok. 158**
- Bangemann, Martin** (geb. 1934), FDP. Mitglied des Deutschen Bundestags (1972–1980 und 1987–1989). Generalsekretär (1974–1975) und Bundesvorsitzender der FDP (1985–1988). Bundesminister für Wirtschaft (1984–1988). Mitglied (1973–1984) und Vorsitzender der Liberalen und Demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament (1979–1984). EU-Kommissar für Binnenmarkt (1989–1993) und Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation (1993–1999). **Dok. 2**
- Barry, Robert L.**, Botschafter. Mitglied der US-amerikanischen Delegation in Wien (23.–25. Februar 1990). Senior Advisor des stellvertretenden Außenminister Lawrence Eagleburger. **Dok. 131 (6)**
- Basora, Adrian** (geb. 1938). Direktor für europäische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat der USA (1989–1992). **Dok. 131**
- Baudouin, Albert** (1930–1993). König der Belgier (1951–1993). **Dok. 70**
- Bauer, Friedrich** (geb. 1930). Österreichischer Botschafter in der DDR (1973–1977), Bundesrepublik Deutschland (1986–1990) und Russland (1990–1995). Leiter der Politischen Sektion (Sektion II) im BMAA (1979–1986). S. 34, 54, 55, 61, 62, 71, 87, 88, 92; **Dok. 13, 20, 33, 51a, 51b, 54, 57, 59, 66, 71, 76, 78 (13), 83, 84, 102, 117 (1), 132, 140, 149, 166, 171, 173**
- Begin, Menachem** (1913–1992), Likud. Ministerpräsident Israels (1977–1983). **Dok. 34**
- Behrends, Wolfgang** (geb. 1926). Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kanada (1983–1990). **Dok. 124**
- Beil, Gerhard** (1926–2010), SED. Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel (1969–1976). Erster Stellvertreter des Ministers für Außenhandel (1976–1986). Kandidat (1976–1981) und Mitglied des ZK der SED (1981–1989). Minister für Außenhandel bzw. Außen-

- wirtschaft der DDR (1986–1990). **Dok. 1 (44), 7, 22, 23, 27, 49, 77, 87, 107, 111, 112**
- Bejger Stanisław** (geb. 1929), PVAP. Botschafter Polens in Österreich (1988–1989). **Dok. 74**
- Benthien, Bruno** (1930–2015), LDPD. Abgeordneter der Volkskammer und dort Mitglied des Ausschusses für Arbeit- und Sozialpolitik (1976–1990). Minister für Tourismus der DDR (1989–1990). Mitglied im Bund Freier Demokraten (März–August 1990). **Dok. 107, 111, 112**
- Berghofer, Wolfgang** (geb. 1943), SED. Oberbürgermeister von Dresden (1986–1990). Oktober 1989 Mitinitiator des Dresdner Dialogs mit der oppositionellen „Gruppe der 20“. Dezember 1989 Mitglied des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages der SED. **Dok. 81, 87, 93**
- Berner, Franz** (geb. 1930). Presserat an der österreichischen Botschaft in Rom (1981–1990). Leiter des österreichischen Kulturinstituts in Rom (1990–1995). **Dok. 96 (1)**
- Bilak, Vasil** (1917–2014), KSČ. Sekretär und Mitglied des Präsidiums des ZK der KSČ (1968–1988). **Dok. 5 (6), 11, 59 (6)**
- Binder, Erich** (geb. 1928). Österreichischer Botschafter in Tunesien (1975–1978), Finnland (1978–1982), Thailand (1991–1993) und der DDR (1990). Leiter der Abteilung für Verkehrsangelegenheiten (Abteilung III.5 bzw. III.7) im BMAA (1983–1989). S. 88, 94; **Dok. 44 (1), 101, 107, 109, 110, 115, 117 (1), 136, 137, 144, 151, 157, 160, 165 (5, 6), 174**
- Bischoff, Norbert** (1894–1960). Politischer Vertreter (1946–1953) und österreichischer Botschafter in der UdSSR (1953–1960). S. 21
- Blackwill, Robert** (geb. 1939), Republikanische Partei. Principal Deputy Assistant Secretary für europäische Angelegenheiten (1982–1983). Sonderbeauftragter von Präsident Bush für europäische und sowjetische Angelegenheiten (1989–1990). **Dok. 152**
- Blech, Klaus** (geb. 1928). Chef des Bundespräsidialamts (1984–1989). Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau (1989–1991). **Dok. 134**
- Bohley, Bärbel** (1945–2010), Malerin und Bürgerrechtlerin. 1985/86 Mitbegründerin der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“. Jänner 1988 Verhaftung im Zuge der Liebknecht-Luxemburg Demonstration. Aufenthalt in England, August 1988 Rückkehr in die DDR. September 1989 Mitgründerin der Oppositionsgruppe Neues Forum (NF). Jänner 1990 Mitglied des NF-Arbeitsausschuss, 1991 Mitarbeiterin der Fraktion NF im Berliner Abgeordnetenhaus. **Dok. 60, 67**
- Böhme, Hans-Joachim** (1929–2012), SED. Mitglied des ZK der SED und Abgeordneter der Volkskammer (1981–1989). Mitglied des Politbüros (1986–1989). November 1989 aus dem Politbüro ausgeschieden. **Dok. 67**
- Böhme, Ibrahim** (1944–1999). Ab 1969 Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS. 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP). Oktober 1989 Wahl zum Geschäftsführer der SDP. Dezember 1989 Vertreter der SDP am Zentralen Runden Tisch. Februar 1990 Vorsitzender der SPD (DDR). September 1990 Mitglied der Volkskammer und SPD Fraktionsvorsitzender. April 1990 Niederlegung aller Parteiämter auf Grund der Tätigkeit als IM. **Dok. 107, 126, 136**
- Bölling, Klaus** (1928–2014), SPD. Regierungssprecher unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974–1982). **Dok. 58**
- Bondarenko, Alexander P.** (geb. 1922). Leiter der Abteilung 3 (Europa) im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1971–1991). **Dok. 29, 48, 61, 106, 130, 146**
- Boutros-Ghali, Boutros** (1922–2006). Generalsekretär der Vereinten Nationen (1992–1996). S. 49; **Dok. 180**
- Bowin, Alexander J.** (1930–2004), Journalist. Politischer Kommentator der sowjetischen Tageszeitung *Iswestija* (1972–1991). **Dok. 139, 161**
- Brandstetter, Werner** (geb. 1953). Mitarbeiter der Westabteilung (Abteilung II.1) im BMAA (1988–1991). 1990 zudem in der

- Botschaft in Ost-Berlin eingesetzt. **Dok. 73 (1), 129 (1), 165, 168, 174 (3), 177 (1)**
- Brandt, Willy** (1913–1992), SPD. Vorsitzender der SPD (1964–1987). Regierender Bürgermeister von Berlin (1957–1966). Mitglied des Deutschen Bundestags (1949–1957 und 1965–1992). Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler (1966–1969). Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1969–1974). Präsident der Sozialistischen Internationale (1976–1992). Mitglied des Europäischen Parlaments (1979–1983). S. 21, 22, 26, 30, 32; **Dok. 2, 20, 57, 59 (11), 95, 96, 107, 137**
- Breisky, Michael** (geb. 1940). Generalkonsul in Mailand (1982–1986). Mitarbeiter und dann Leiter der Südtirol- und Südeuropaabteilung (Abteilung II.2) im BMAA (1987–1993). **Dok. 33 (1), 96 (1)**
- Breschnew, Leonid I.** (1906–1982), KPdSU. Mitglied des ZK der KPdSU (1952–1982). Mitglied des Politbüros (1957–1982). Generalsekretär der KPdSU (1964–1982). Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (1977–1982). **Dok. 1 (6), 4, 27, 41, 43**
- Brezovsky, Ernst-Peter** (geb. 1961). Mitarbeiter des Völkerrechtsbüros des BMAA (1986–1988). Mitarbeiter der Ostabteilung (Abteilung II.3) des BMAA (1988–1989). Kulturattaché in London (1989–1991). **Dok. 21 (1), 22 (1, 3, 10, 16, 27), 25 (1, 7), 28 (1), 29 (1), 30 (1)**
- Bronfman, Edgar Miles** (1929–2013). Präsident des Jüdischen Weltkongresses (1979–2007). **Dok. 174 (3)**
- Brühl, Dietrich Graf von** (1925–2010). Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Österreich (1986–1990). **Dok. 56, 176 (1)**
- Brunner, Edouard** (1932–2007). Leiter der politischen Direktion im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA, 1984–1989). Botschafter der Schweiz in den USA (1989–1993). **Dok. 51b**
- Bukowski, Dietrich** (geb. 1932). Vertreter Österreichs beim Europarat in Straßburg (1980–1983). Kabinettschef des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc (1983–1985). Stellvertreter des Generalsekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Thomas Klestil und Leiter der Administrativen Sektion im BMAA (1985–1990). **Dok. 21, 22 (28), 24, 37 (1), 39 (1), 41 (1), 48 (1), 51a (1), 57 (1), 65 (1), 69 (1), 80 (1), 82 (1), 129 (1), 141 (1), 146 (1), 155 (1), 159 (1), 162 (1), 163 (1), 172 (1)**
- Bulganin, Nikolai A.** (1895–1975), KPdSU. Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR (1955–1958). **Dok. 124 (2)**
- Bundy, McGeorge** (1919–1996), Politikwissenschaftler. Nationaler Sicherheitsberater der USA (1961–1966). Professor für Geschichte an der New York University (1979–1989). Lehrender an der Carnegie Corporation (1990–1996). **Dok. 163**
- Busek, Erhard** (geb. 1941), ÖVP. Generalsekretär der ÖVP (1975–1976). Abgeordneter zum Nationalrat (1975–1995). Bundesminister für Wissenschaft und Forschung (1989–1994) und Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (1994–1995). Vizekanzler (1991–1995). Bundesparteiobmann der ÖVP (1991–1995). S. 58; **Dok. 131**
- Bush, George H. W.** (geb. 1924), Republikanische Partei. US-Botschafter bei den Vereinten Nationen (1971–1973). Leiter des amerikanischen Verbindungsbüros in China (1974–1975). Direktor des CIA (1976–1977). Vizepräsident unter Präsident Ronald Reagan (1981–1989). Präsident der USA (1989–1993). S. 87; **Dok. 41, 43, 51b, 59, 79, 80, 81, 82, 84 (5), 86, 89 (8), 91, 95 (3), 96, 124 (2), 143, 146, 150, 152, 154, 155, 156, 164, 178 (6)**
- Calice, Georg** (geb. 1934). Leiter der Abteilung für ECE, Energie, Umweltschutz und Raumordnung (Abteilung III.4 bzw. III.6) im BMAA (1983–1991). **Dok. 33 (1)**
- Callaghan, James L.** (1912–2005), Labour. Premierminister Großbritanniens (1976–1979). S. 35
- Calligaris, Marius** (geb. 1944). Mitarbeiter der Westabteilung (Abteilung II.1) des BMAA (1987–1991). **Dok. 11 (1), 20 (1), 37 (1), 41 (1), 51a (1), 51b (1), 63 (1), 70 (1), 71 (1, 10), 73 (1), 79 (1), 80 (1), 84 (1), 85 (1), 92 (1), 96 (1), 98 (1), 118 (1), 120**

- (1), 122 (1), 123 (1), 124 (1), 128 (1), 129 (1), 138 (1), 140 (1), 141 (1), 145 (1), 155 (1), 157 (1), 159 (1), 162 (1), 166 (1), 167 (1), 169 (1), 170 (1), 171 (1), 173 (1)
- Carlsson, Ingvar** (geb. 1934), Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (SAP). Stellvertretender Ministerpräsident (1982–1986) und Ministerpräsident Schwedens (1986–1991 und 1994–1996). Vorsitzender der SAP (1986–1996). **Dok. 35, 36**
- Carter, James E. „Jimmy“** (geb. 1924), Demokratische Partei. Gouverneur von Georgia (1970–1974). Präsident der USA (1977–1981). **Dok. 11**
- Ceașescu, Nicolae** (1918–1989), Partidul Comunist Român (PCR). Mitglied des Politbüros der PCR (1955–1989). Erster Sekretär des ZK der PCR (1965–1989) und Vorsitzender des Staatsrates (1967–1989). **Dok. 26, 31**
- Cede, Franz** (geb. 1945). Generalkonsul in Los Angeles (1988–1991). Österreichischer Botschafter in Russland (1993–1999). **Dok. 51b, 69 (1)**
- Cekuta, Robert** (geb. 1954). Leitender Angestellter für Wirtschaftsfragen der US-Botschaft in Wien. **Dok. 131 (6)**
- Ceska, Franz** (geb. 1936). Leiter der österreichischen Delegation in West-Berlin (1975–1977). Österreichischer Botschafter in Belgien (1982–1988). Ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen (1988–1991). **Dok. 51b (3)**
- Cheney, Richard „Dick“** (geb. 1941), Republikanische Partei. Stabschef im Weißen Haus unter Präsident Gerald Ford (1975–1977). Verteidigungsminister (1989–1993). Vizepräsident der USA (2001–2009). **Dok. 143, 152**
- Chirac, Jacques** (geb. 1932), Rassemblement pour la République (RPR). Bürgermeister von Paris (1977–1995). Premierminister (1974–1976 und 1986–1988). Staatspräsident Frankreichs (1995–2007). S. 96; **Dok. 73 (6)**
- Chotuljew** [Vorname unbekannt]. Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Österreich 1989. **Dok. 48**
- Chruschtschow, Nikita S.** (1894–1971), KPdSU. Generalsekretär der KPdSU (1953–1964). Ministerpräsident der UdSSR (1958–1964). S. 19, 21, 22; **Dok. 57**
- Chrystoph, Marina** (geb. 1962). Zweite Botschaftssekretärin an der österreichischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland (1990–1992). **Dok. 153 (1)**
- Churchill, Winston** (1874–1965), Conservative Party. Premierminister Großbritanniens (1940–1945 und 1951–1955). **Dok. 69 (5), 127 (15), 129 (2), 180**
- Colombo, Emilio** (1920–2013), Democrazia Cristiana (DC). Ministerpräsident Italiens (1970–1972). Präsident des Europäischen Parlaments (1977–1979). Vorsitzender des politischen Ausschusses des europäischen Parlaments (1979–1980). Minister für Auswärtige Angelegenheiten (1980–1983 und 1992–1993). **Dok. 11**
- Cossiga, Francesco** (1928–2010), Democrazia Cristiana (DC). Ministerpräsident (1979–1980). Staatspräsident Italiens (1985–1992). **Dok. 85**
- Craxi, Bettino** (1934–2000), Partito Socialista Italiano (PSI). Generalsekretär des PSI (1976–1993). Ministerpräsident Italiens (1983–1987). Mitglied des Europäischen Parlaments (1979–1983 und 1989–1992). S. 96; **Dok. 1 (40), 96**
- Cresson, Édith** (geb. 1934), Parti socialiste (PS). Ministerin für Landwirtschaft (1981–1983), Außenhandel und Tourismus (1983–1984), industrielle Weiterentwicklung und Außenhandel (1984–1986) und Europäische Fragen (1988–1990). Premierministerin Frankreichs (1991–1992). EU-Kommissarin für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung (1995–1999). **Dok. 73**
- Czyrek, Józef** (1928–2013), PVAP. Mitglied des Politbüros (1955–1989). Außenminister Polens (1969–1971 und 1980–1982). Staatsminister beim Amt des Präsidenten Wojciech Jaruzelski (August 1989–Dezember 1990). Enger Berater Wojciech Jaruzelskis. **Dok. 158**
- De Gaulle, Charles** (1890–1970), l'Union pour la nouvelle République (UNR). Staatspräsident Frankreichs (1959–1969). S. 29, 50; **Dok. 131**

- De Maizière, Lothar** (geb. 1940), CDU. Vorsitzender der CDU in der DDR (1989–1990). Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates zuständig für Kirchenfragen (1989–1990). Ministerpräsident (April–Oktober 1990) und zudem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (August–Oktober 1990). Bundesminister für besondere Aufgaben (Oktober–Dezember 1990). Abgeordneter des Deutschen Bundestags (1990–1991). S. 86, 93, 94; **Dok. 77, 78, 90, 105 (8), 107, 144, 146, 151, 154 (10), 160, 165, 168, 170 (5), 171, 174, 180 (9)**
- De Michelis, Gianni** (geb. 1940), Partito Socialista Italiano (PSI). Stellvertretender Ministerpräsident Italiens (1988–1989). Minister für Auswärtige Angelegenheiten (1989–1992). **Dok. 71, 85, 96, 128, 131**
- Deiss, Gerard** (geb. 1950). Erster Botschaftssekretär an der  sterreichischen Botschaft in der DDR (1983–1986). Mitarbeiter im Generalsekretariat des BMAA (1986–1990). **Dok. 1**
- Delors, Jacques** (geb. 1925), Parti socialiste (PS). Wirtschafts- und Finanzminister Frankreichs (1981–1984). Präsident der EG-Kommission bzw. der EU-Kommission (1985–1995). S. 59; **Dok. 7, 11, 51b, 71, 98, 104 (7), 142, 146, 147 (3), 153, 169**
- Diem, Karl** (geb. 1945). Gesandter in der Abteilung für Protokollwesen (Abteilung I.2) im BMAA (1987–1993). **Dok. 131 (8)**
- Dienstbier, Jiř ** (1937–2011), KS . Mitbegründer des demokratischen Bürgerforums. Außenminister der Tschechoslowakei (1989–1992). **Dok. 107 (23), 139**
- Diepgen, Eberhard** (geb. 1941), CDU. Mitglied im Bundesvorstand der CDU (1983–2002). Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus (1980–1984 und 1989–1991). Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (1971–2001). Regierender Bürgermeister von (West)Berlin (1984–1989 und 1991–2001). **Dok. 17, 79 (15)**
- Diestel, Peter-Michael** (geb. 1952). Dezember 1989 Mitbegründer der Christlich Sozialen Partei Deutschlands (CSPD). Jänner 1990 Mitbegründer der Deutschen Sozialen Union (DSU). DSU-Generalsekretär (Jänner–Juni 1990). Abgeordneter der Volkskammer (März–Oktober 1990). Stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Inneren im Kabinett Lothar de Maizière (April–Oktober 1990). **Dok. 160**
- Dohlus, Horst Paul** (1925–2007), SED. Leiter der Abteilung Parteiorgane beim ZK der SED (1960–1986). Kandidat (1976–1980) und Mitglied des Politbüros des ZK der SED (1980–1989). November 1989 Rücktritt mit dem gesamten Politbüro. Jänner 1990 Parteiausschluss. **Dok. 67 (2)**
- Dönitz, Karl** (1891–1980). Seit 1943 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine. Nach dem Selbstmord Hitlers 1945 Nachfolger in den Funktionen des Reichspräsidenten und Oberbefehlshabers der Wehrmacht. **Dok. 1 (33)**
- Dossi, Harald** (geb. 1961). Mitarbeiter des Völkerrechtsbüros im BMAA (1987–1988). Mitarbeiter des Verfassungsdienstes (Sektion V) im Bundeskanzleramt (1988–1993). **Dok. 7 (5)**
- Dregger, Alfred** (1920–2002), CDU. Oberbürgermeister von Fulda (1956–1970). Mitglied des Deutschen Bundestags (1972–1998). Stellvertretender (1976–1982) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (1982–1991). **Dok. 43, 96, 106**
- Duesterberg, Thomas**. Mitglied der US-amerikanischen Delegation in Wien (23.–25. Februar 1990). Seit 1989 Assistant Secretary of Commerce for International Economic Policy im Handelsministerium der USA. **Dok. 131 (6)**
- Duisberg, Claus-Jürgen** (geb. 1934). Leiter des Arbeitsstabs 20 (Deutschlandpolitik) im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland (1987–1990). **Dok. 84 (3), 59, 102**
- Dumas, Roland** (geb. 1922), Parti socialiste (PS). Minister für Europa (1983–1984) und äußeres Frankreichs (1984–1986 und 1988–1993). **Dok. 54, 63, 72, 119, 120, 124, 146, 147, 149, 157, 170, 171, 178**

- Eagleburger, Lawrence** (1930–2011), Republikanische Partei. Staatssekretär für politische Angelegenheiten im Außenministerium (1982–1984). Stellvertretender Außenminister (1989–1992) und Außenminister der USA (1992–1993). S. 80; Dok. 131, 152
- Ebeling, Hans Wilhelm** (geb. 1934). Dezember 1989 Mitbegründer der christlich-sozialen Partei Deutschlands (CSPD). Januar 1990 Mitbegründer der Deutschen Sozialen Union (DSU). Abgeordneter der Volkskammer (März–Oktober 1990). Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Kabinett Lothar de Maizière (April–Oktober 1990). Dok. 160
- Eberlein, Werner** (1919–2002), SED. Mitglied der Agitationskommission des Politbüros (1960–1964). Mitglied des ZK der SED (1981–1989). Kandidat (1985–1986) und Mitglied des Politbüros (1986–1989). Abgeordneter der Volkskammer (1986–1990). November 1989 Rücktritt mit dem gesamten Politbüro. Dok. 67
- Ehrlich, Helmuth** (geb. 1942). Gesandter an der österreichischen Botschaft in Großbritannien (1989–1993). Dok. 98 (1), 122
- Eichtinger, Martin** (geb. 1961). Legationssekretär im Kabinett des Außenministers Alois Mock (1988–1992). Dok. 70
- Eigner, Johannes** (geb. 1960). Mitarbeiter der österreichischen Botschaft in Moskau (1987–1995). Dok. 72
- Emminger, Otmar** (1911–1986). Präsident der Deutschen Bundesbank (1977–1979). S. 52
- Eisenhower, Dwight D.** (1890–1969), Republikanische Partei. Präsident der USA (1953–1961). Dok. 124 (2)
- Engels, Friedrich** (1820–1895), Philosoph, Gesellschaftstheoretiker und Mitbegründer der Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie des Marxismus. Dok. 32, 46
- Engholm, Björn** (geb. 1939), SPD. Mitglied des Deutschen Bundestags (1969–1983). Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (1981–1982). Mitglied des SPD-Parteivorstands (1984–1993). Mitglied des Präsidiums des SPD-Parteivorstands (1988–1993). Vorsitzender der SPD (1991–1993). Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (1988–1993). Dok. 36, 180
- Enlai, Zhou** (1898–1976), Kommunistische Partei Chinas. Premierminister der Volksrepublik China (1949–1976). S. 34
- Eppelmann, Rainer** (geb. 1943). September 1989 Mitbegründer der politischen Plattform Demokratischer Aufbruch (DA). DA-Vertreter am Zentralen Runden Tisch (1989/90). Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Hans Modrows (März–April 1990). Abgeordneter der Volkskammer (März–Oktober 1990). Minister für Abrüstung und Verteidigung im Kabinett Lothar de Maizière (April–Oktober 1990). September 1990 Eintritt in die CDU. Mitglied des Deutschen Bundestags (1990–2005). Dok. 75, 123, 126, 151, 156
- Eppler, Erhard** (geb. 1926), SPD. Mitglied des Deutschen Bundestags (1961–1976). Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1968–1974). Abgeordneter des Präsidiums der SPD (1973–1982 und 1984–1991). Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD (1975–1991). Beteiligt an der Erarbeitung des Positionspapiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ zwischen SPD und SED. Amtierender Kirchentagspräsident der Deutschen Evangelischen Kirche (1981–1983 und 1989–1991). Dok. 16 (8)
- Erhard, Ludwig** (1897–1977), CDU. Bundesminister für Wirtschaft (1949–1963). Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1963–1966). Dok. 125
- Eyskens, Mark** (geb. 1933), Christen-Democratisch en Vlaams (CD&V). Premierminister Belgiens (1981). Minister für Wirtschaft (1981–1985), Finanzen (1980–1981 und 1985–1988) und Äußeres (1989–1992). S. 66, 70; Dok. 54, 69, 70, 75, 90, 153 (24)
- Falin, Valentin M.** (1926–2018), KPdSU. Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland (1971–1978). Direktor der Presseagentur *Nowosti* (1986–1988). Kandidat (1986–1989) und

- Mitglied des ZK der KPdSU (1989–1990). Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU (1978–1983 und 1988–1991). S. 67; **Dok. 20, 130, 135**
- Felber, René** (geb. 1933), Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Mitglied des Schweizer Bundesrates (1987–1993). Vorsitzender des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA, 1988–1993). Bundespräsident der Schweiz (1992). **Dok. 64**
- Figl, Leopold** (1902–1965), ÖVP. Bundeskanzler (1945–1953). Bundesminister für die auswärtigen Angelegenheiten Österreichs (1953–1959). Abgeordneter zum Nationalrat (1945–1965). Präsident des Nationalrates (1945–1965). S. 15
- Fischer, Heinz** (geb. 1938), SPÖ. Bundesminister für Wissenschaft und Forschung (1983–1987). Abgeordneter zum Nationalrat (1971–1983 und 1987–2004). Präsident (1990–2002) und zweiter Präsident des Nationalrats (2002–2004). Stellvertretender Vorsitzender der SPÖ (1979–2004). Bundespräsident Österreichs (2004–2016). S. 71; **Dok. 25, 117 (9), 158 (1)**
- Fischer, Oskar** (geb. 1923), SED. Mitglied des ZK der SED (1971–1989). Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (1975–1990). Abgeordneter der Volkskammer (1976–1990). S. 37, 48, 77; **Dok. 6, 7, 18, 21, 22, 24, 27, 37, 40, 77, 86 (20, 23), 90, 107, 109, 111, 112, 113, 124**
- Fleck, Werner** (geb. 1931). Botschafter der DDR in Österreich (1973–1976). Botschafter der DDR in Frankreich (1976–1984). Leiter der Abteilung Westeuropa im MfAA (1985–1990). Staatssekretär und Erster Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (März–Mai 1990). Beauftragter für Koordinierung im MfAA. (Juni–Oktober 1990). **Dok. 37, 107**
- Flemming, Marilies** (geb. 1933), ÖVP. Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie (1987–1991). **Dok. 11, 21, 22, 77, 173 (2)**
- Fojtík, Jan** (geb. 1928), KSČ. Mitglied des Sekretariats (1970–1989) und ideologischer Sekretär des ZK der KSČ (1969–1989). Kandidat (1982–1988) und Mitglied des Politbüros (1988–1989). 1990 Parteiausschluss. **Dok. 5 (6)**
- Fox, John**. Mitglied der US-amerikanischen Delegation in Wien (23.–25. Februar 1990). Mitarbeiter der Planungsabteilung (Office of Policy Planning) im Außenministerium der USA. **Dok. 131 (6)**
- Friedländer, Ernst** (1895–1973). Stellvertretender Chefredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit* (1946–1950). Kolumnist bei den Zeitungen *Hamburger Abendblatt* und *Berliner Morgenpost* (1950–1960). Präsident des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung (1954–1958). Präsident der Europa-Union Deutschlands (1954–1957). **Dok. 48 (23)**
- Frischenschlager, Friedhelm** (geb. 1943), FPÖ. Bundesminister für Landesverteidigung Österreichs (1983–1986). S. 52
- Frohner, Adolf** (1934–2007). Österreichischer Maler, Grafiker und Bildhauer. **Dok. 49**
- Frölichsthal, Friedrich** (1927–2013). Österreichischer Botschafter in Ungarn (1972–1978) und Italien (1982–1991). Protokollchef im BMAA (1978–1982). **Dok. 85, 96, 117 (1)**
- Galinski, Heinz** (1912–1992). Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin (1949–1992). Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland (1988–1992). **Dok. 25**
- Gaus, Günter** (1929–2004), SPD. Journalist und Schriftsteller. Chefredakteur bei *Der SPIEGEL* (1969–1973). Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Ständiger Vertreter der Bundesregierung bei der DDR (1973–1981). **Dok. 71 (7), 79 (8)**
- Gebetsroithner, Judith** (geb. 1953). Erste Botschaftssekretärin an der österreichischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland (1986–1991). **Dok. 153 (1)**
- Geißler, Heiner** (geb. 1930), CDU. Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (1982–1985). Generalsekretär der CDU (1977–1989). Mitglied des Bundesvorstandes der CDU (1989–2000). Mitglied des Deutschen Bundestags

- (1965–1967 und 1980–2002) und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (1991–1998). Vizepräsident der Christlich-Demokratischen Internationale (1986–1993). **Dok. 20, 61 (5)**
- Genscher, Hans-Dietrich** (1927–2016), FDP. Bundesgeschäftsführer (1962–1964), stellvertretender Bundesvorsitzender (1968–1974) und Bundesvorsitzender der FDP (1974–1985). Mitglied des Deutschen Bundestags (1965–1998) und dort parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion (1965–1969). Bundesminister des Inneren (1969–1974) und Auswärtigen (1974–1992). Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland (1974–1992). S. 40, 46, 57, 60–62, 79, 81, 84, 87, 89, 91, 94; **Dok. 2, 11, 13, 15 (8), 21, 33, 34, 35, 43, 50, 52 (3), 54, 59, 60 (3), 64, 67, 69, 71, 75 (16), 80, 83, 84, 89, 96, 106, 116 (6), 119, 120, 121, 124, 127, 128, 129, 130, 131, 139, 140, 142, 143, 146, 149, 150, 152, 155, 156, 157, 159, 162, 167, 169, 170, 171, 174, 176 (1)**
- Gerassimow, Gennadij I.** (1930–2010). Leiter der Hauptabteilung für Information im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1986–1990). Außenpolitischer Sprecher von Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse. **Dok. 20, 21, 85**
- Gerdts, Michael H.** (geb. 1947). Mitarbeiter im Ministerialbüro des Auswärtigen Amts und persönlicher Referent des Außenministers Hans-Dietrich Genscher. **Dok. 140 (2)**
- Gerlach, Manfred** (1928–2011), LDPD. Vorsitzender der LDPD (1967–1990). Stellvertretenden Vorsitzender des Staatsrats und stellvertretender Vorsitzender des Volkskammerausschusses für Nationale Verteidigung (1960–1990). Amtierender Vorsitzender des Staatsrats (1989–1990). **Dok. 67, 77, 90, 94, 105 (9)**
- Gierek, Edward** (1913–2001), PVAP. Mitglied des ZK der PVAP (1954–1980). Erster Sekretär der PVAP (1970–1980). 1981 Parteiausschluss. **Dok. 1 (5)**
- Giscard d’Estaing, Valéry** (geb. 1926), Union pour la démocratie française (UDF). Staatspräsident Frankreichs (1974–1981). **Dok. 147**
- Glaeser, Wolfgang** (geb. 1940), NDPD. Sekretär des NDPD-Kreisvorstandes Brandenburg (1986–1990). Vorsitzender der NDPD (21.–23. Jänner 1990). Mitglied des Parteivorstandes der NDPD (Februar–März 1990). **Dok. 105 (11)**
- Gleissner, Heinrich** (1927–2016). Österreichischer Botschafter in Großbritannien (1979–1982). Leiter der Abteilung Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung (Abteilung II.8) im BMAA (1983–1992). **Dok. 33 (1), 74 (1)**
- Glemp, Józef** (1929–2013). Bischof von Ermland (1979–1981). Erzbischof von Warschau und Primas von Polen (1981–2009). **Dok. 76**
- González, Felipe** (geb. 1942), Partido Socialista Obrero Español (PSOE). Generalsekretär der PSOE (1974–1997). Ministerpräsident Spaniens (1982–1996). S. 97
- Gorbatschow, Michail S.** (geb. 1931), KPdSU. Sekretär des ZK der KPdSU (1978–1985) und Mitglied des Politbüros (1982–1991). Generalsekretär des ZK der KPdSU (1985–1991). Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR (1988–1989). Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR (1989–1990). Präsident der UdSSR (1990–1991). S. 9, 38–40, 61, 62, 77, 79, 81, 87–91; **Dok. 3, 4, 5, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 19 (3), 20, 21 (2), 22, 23, 27, 29, 30, 32, 34, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 46, 48, 51a, 51b (25), 59, 61, 62, 65, 66, 69, 70, 72, 79, 80, 81, 82, 84 (5), 85, 86, 89, 91, 93, 95, 99, 105 (17), 114, 116, 119 (5, 10), 120, 121, 122 (1), 127 (18), 129 (15, 18), 130, 135, 139, 140, 146, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 159, 161, 162, 163, 164, 165, 167, 169, 170 (9), 171, 172, 178**
- Gorinowitsch, Goral N.** (geb. 1924). Gesandter der Botschaft der UdSSR in der DDR (1971–1986). Leiter der Hauptabteilung für sozialistische Staaten Europas im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. **Dok. 114**
- Graf, Lorenz** (geb. 1946). Gesandter an der österreichischen Botschaft in der DDR (1986–1990). **Dok. 5 (9), 6 (1), 10 (5), 16**

- (1, 8), 17 (11), 19 (1), 22 (1), 25 (1), 26 (1), 27, 31 (1), 32, 36, 40 (1), 44 (1), 46 (1), 55 (1), 60, 67, 68, 75, 77 (5), 78 (5), 87, 88 (1), 94, 95, 97, 107, 109 (2), 111 (2), 123, 126, 136
- Graf, Robert** (1929–1996), ÖVP. Abgeordneter zum Nationalrat (1966–1986). Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten (1987–1989). S. 41
- Gratz, Leopold** (1929–2006), SPÖ. Klubobmann der SPÖ (1971–1973). Abgeordneter zum Nationalrat (1966–1973 und 1986–1989). Präsident des Nationalrats (1986–1989). Bürgermeister von Wien (1973–1984). Bundesminister für Unterricht und Kunst (1970–1971) und auswärtige Angelegenheiten (1984–1986). Dok. 7 (3), 22, 24
- Greinert, Walter** (geb. 1940). Ministerialrat in der Abteilung für Presse und Information (Abteilung I.3) im BMAA (1988–1993). Österreichischer Generalsekretär in New York (1993–1997). Dok. 131
- Grewé, Wilhelm** (1911–2000). Außerordentlicher Professor der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin (1942–1945). Ordinarius für öffentliches Recht und Völkerrecht an der Georg-August-Universität Göttingen (1945–1947). Berater von Bundeskanzler Konrad Adenauer (1949–1953). Leiter der Rechtsabteilung (1953–1954) und der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland (1955–1958). S. 16
- Grinewskij, Oleg A.** (geb. 1930). Leiter der sowjetischen Delegation bei den KSE- und VSBM-Verhandlungen in Wien. Dok. 156 (11)
- Gromyko, Andrej A.** (1909–1989), KPdSU. Ständiger Vertreter der UdSSR im UN-Sicherheitsrat (1946–1948). Außenminister der Sowjetunion (1957–1985). Mitglied des Politbüros (1973–1988). Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (1985–1988). S. 21, 22; Dok. 1
- Gröning, Friedrich** (geb. 1943). Stellvertretender Leiter des Referats 201 zuständig für das Atlantische Bündnis und Verteidigung im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland. Ab Mai 1990 Mitarbeiter des Arbeitsstabes 2+4. Dok. 166 (2)
- Großmann, Werner** (geb. 1929). Erster Stellvertreter des Leiters der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit der DDR (1983–1986). Stellvertretender Minister für Staatssicherheit und Leiter der Hauptverwaltung (1986–1990). Dok. 174 (3)
- Grósz, Károly** (1930–1996), USAP. Stellvertretender Leiter (1968–1974) und Leiter der ZK-Abteilung für Agitation und Propaganda (1974–1979). Mitglied des ZK der USAP (1980–1989). Mitglied des Politbüros (1985–1989). Ministerpräsident Ungarns (1987–1988). Generalsekretär der USAP (1988–1989). Dok. 13, 26, 62
- Gruber, Karl** (1909–1995), ÖVP. Bundesminister im Bundeskanzleramt zuständig für Auswärtige Angelegenheiten Österreichs (1945–1953). Staatssekretär im Bundeskanzleramt (1966–1969). Abgeordneter zum Nationalrat (1945–1954). Im Gefolge der „Affäre Waldheim“ ab Juni 1987 einschlägiger Sonderbeauftragter des BMAA für die USA, Spanien und Italien. S. 14, 15, 53
- Grubmayr, Herbert** (geb. 1929). Österreichischer Botschafter in der Sowjetunion (1985–1990) und Deutschland (1990–1993). S. 98; Dok. 58, 61, 65 (2), 8, 89, 106, 114 (15), 117 (1), 121, 127 (14), 130, 134, 151 (8), 161, 180
- Gueffroy, Chris** (1968–1989). Letztes erschossenes Todesopfer an der Berliner Mauer. S. 42
- Gufler, Bernhard** (1903–1973). US-Gesandter in West-Berlin (1955–1958). S. 22
- Guigou, Élisabeth** (geb. 1946), Parti socialiste (PS). Beraterin des Präsidenten François Mitterrand (1988–1990). Delegierte Ministerin für Europäische Angelegenheiten (1990–1993). Abgeordnete im Europaparlament (1994–1997). Dok. 175
- Gulbinowicz, Henryk Roman** (geb. 1923). Erzbischof des Bistums Breslau (1970–2004). Dok. 76
- Gürer-Zankl, Heidemaria** (geb. 1955). Legationsrätin in der Abteilung für Ost- und

- Südosteuropa (Abteilung II.3) im BMAA (1990/91). **Dok. 134 (1), 172 (1)**
- Gysi, Gregor** (geb. 1948), SED. Dezember 1989 Mitglied des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitags der SED. SED-PDS-Vertreter am Zentralen Runden Tisch (1989/90). Vorsitzender der SED-PDS bzw. der PDS (1989–1993). Abgeordneter der Volkskammer und Vorsitzender der PDS-Fraktion (März–Oktober 1990). Mitglied des Deutschen Bundestags (1990–2002). **Dok. 67, 77 (3), 87, 93, 95, 97, 103, 105, 114**
- Habib, Michael J.**, Mitglied der US-amerikanischen Delegation in Wien (23.–25. Februar 1990). **Dok. 131**
- Hack, Ulrich** (geb. 1939). Leiter der Abteilung Bürgerservice, Konsularfragen, Unterstützung und Heimsendung, Schutzmaßnahmen in Krisengebieten, Staatsbürgerschaftsangelegenheiten (Abteilung IV.5) im BMAA (1989–1997). **Dok. 88 (1)**
- Hager, Kurt** (1912–1998). Mitglied (1954–1989) und Sekretär des ZK der SED (1955–1989), verantwortlich für Wissenschaft, Volksbildung, Gesundheitswesen und Kultur. Mitglied des Politbüros (1963–1989). Abgeordneter der Volkskammer (1958–1989). Mitglied des Staatsrates (1976–1989). Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates (1979–1989). November 1989 ausgedient aus allen Ämtern. Jänner 1990 Parteiausschluss. **Dok. 16, 65, 67 (2)**
- Haider, Jörg** (1950–2008), FPÖ. Landeshauptmann von Kärnten (1989–1991, 1999–2008). Bundesparteiobmann der FPÖ (1986–2000). S. 53; **Dok. 11 (2)**
- Hagg, Walter** (geb. 1948). Gesandter an der österreichischen Botschaft in Rom (1988–1993). **Dok. 128**
- Hallstein, Walter** (1901–1982), CDU. Staatssekretär im Bundeskanzleramt (1950–1951). Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland (1951–1958). Präsident der Kommission der EWG (1958–1967). Mitglied des Deutschen Bundestags (1969–1972). S. 16
- Handke, Peter** (geb. 1942), österreichischer Schriftsteller. **Dok. 180**
- Hartmann, Günter** (geb. 1930), NDPD. Abgeordneter der Volkskammer (1978–1990) und dort Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten sowie Vorsitzender der NDPD-Fraktion (1986–1990). Stellvertretender Vorsitzender (1987–1989) und Vorsitzender der NDPD (1989–1990). **Dok. 105 (11)**
- Hartmann, Peter** (geb. 1935). Leiter der Gruppe 21 (Auswärtiges Amt) im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland (1987–1991). **Dok. 84 (9), 43, 142**
- Haschek, Helmut H.** (1930–1993). Generaldirektor der österreichischen Kontrollbank AG (1972–1993). **Dok. 131 (8)**
- Haughey, Charles J.** (1925–2008), Fianna Fáil. Ministerpräsident Irlands (1979–1981, 1982 und 1987–1992). Amtierender Vorsitzender des europäischen Rates (Januar–Juni 1990). **Dok. 141 (14), 146 (14)**
- Hausmann, Helmut** (geb. 1943), FDP. Generalsekretär der FDP (1984–1988). Bundesminister für Wirtschaft (1988–1991). Mitglied des Deutschen Bundestags (1976–2002). **Dok. 142, 167, 169**
- Havel, Václav** (1936–2011), Schriftsteller und Regimekritiker. Mitinitiator der Charta 77. Präsident der Tschechoslowakei (1989–1992) und der Tschechischen Republik (1993–2003). **Dok. 37, 140, 142**
- Hein, Christoph** (geb. 1944), Schriftsteller. 1989 Einforderung einer Protestresolution des PEN-Zentrums DDR gegen die Verhaftung von Václav Havel. 4. November 1989 Ansprache bei der Demonstration gegen die Politik der DDR am Alexanderplatz in Berlin. **Dok. 67**
- Heisbourg, François** (geb. 1949). Direktor des International Institute for Strategic Studies (IISS, 1987–1992). **Dok. 57 (1)**
- Hennig, Ottfried** (1937–1999), CDU. Bundesgeschäftsführer der CDU (1972/73). Mitglied des Deutschen Bundestags (1976–1992). Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für

- innerdeutsche Beziehungen (1982–1991) und für Verteidigung (1991–1992). **Dok. 20**
- Herger, Wolfgang** (geb. 1935). Abgeordneter der Volkskammer (1971–1990). Mitglied des ZK der SED (1976–1989). Erster Stellvertreter (1986–1987) und Vorsitzender des Ausschusses für Nationale Verteidigung (1987–1990). Leiter der Abteilung Jugend (1976–1985) und Sicherheitsfragen beim ZK der SED (1985–1989). Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK für Recht und Sicherheit (November/Dezember 1990). Mitarbeiter des Parteivorstands der SED-PDS (1989/90). **Dok. 67 (2)**
- Hermelin, Stephan** (1915–1997), Schriftsteller. Sekretär der Sektion Dichtkunst und Sprachpflege der Akademie der Künste der DDR (1952–1963). Nach Parteikritik Niederlegung der Ämter in der Akademie der Künste. 1976 Hauptinitiator und Verfasser der Wolf-Biermann-Resolution. **Dok. 174**
- Herndl, Kurt** (geb. 1932). Österreichischer Botschafter in Kanada (1989–1993). **Dok. 124**
- Hermann, Armin**. Leiter der Sektion für Pass-, Staatsbürgerschaft-, Flüchtlings- und Fremdenwesen im Bundesministerium für Inneres. **Dok. 56**
- Herrmann, Frank-Joachim** (1931–2005), SED. Mitglied der Agitationskommission des Politbüros (1967–1989). Persönlicher Mitarbeiter von Erich Honecker (1968–1989). Staatssekretär und Leiter der Kanzlei des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR (1980–1989). Kandidat (1981–1986) und Mitglied des ZK der SED (1986–1989). Februar 1990 aus dem PDS-Parteivorstand ausgeschieden. **Dok. 27**
- Herrmann, Joachim** (1928–1992), SED. Kandidat (1967–1971) und Mitglied des ZK der SED (1971–1989). Kandidat (1973–1978) und Mitglied des Politbüros (1978–1989), dort ab 1979 zuständig für Medien, befreundete Parteien, Blockparteien und die Nationale Front. Sekretär des ZK der SED (1976–1989). Mitglied (1958–1960 und 1963–1989) und Leiter der Agitationskommission des Politbüros (1978–1989). November 1989 Parteiausschluss. **Dok. 46, 105**
- Herter, Christian** (1895–1966), Republikanische Partei. Außenminister der USA (1959–1961). **Dok. 118.**
- Heuss, Theodor** (1884–1963), FDP. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1949–1959). S. 14
- Heym, Stefan** (1913–2001), Schriftsteller. Kolumnist der *Berliner Zeitung* (1953–1956). Seit 1956 offener Konflikt mit der SED-Staatsführung bezüglich der Inhalte seiner Texte. 1976 Mitunterzeichner der Wolf-Biermann-Resolution. 1979 Ausschluss aus dem Schriftstellerverband. Am 4. November 1989 Redner am Alexanderplatz in Berlin. November 1989 Mitinitiator und Unterzeichner des Aufrufes „Für unser Land“ und Wiederaufnahme in den Schriftstellerverband der DDR. **Dok. 67**
- Hietsch, Walter** (geb. 1936). Österreichischer Botschafter in Norwegen (1985–1990) und Australien (1990–1992). **Dok. 51b**
- Hiller, Wolfgang** (geb. 1960). Mitarbeiter der Abteilung für Wirtschaftliche Koordination (Abteilung IV.1) im Bundeskanzleramt (1989–1990). **Dok. 77 (9)**
- Hinrichs, Günther**. Ministerialrat. Sekretär des innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestags (1987–1990). **Dok. 59**
- Hitler, Adolf** (1889–1945). Reichskanzler, Reichspräsident und Oberbefehlshaber der Wehrmacht des Deutschen Reichs. **Dok. 59, 162 (7)**
- Hochleitner, Erich** (geb. 1930). Leiter der Sektion für Entwicklungshilfe (Sektion VII) im BMAA (1988–1991). **Dok. 41 (1), 48 (1), 51a (1), 57 (1), 65 (1), 69 (1), 80 (1), 82 (1), 129 (1), 141 (1), 146 (1), 155 (1), 159 (1), 162 (1), 163 (1), 172 (1)**
- Hoess, Friedrich** (1932–2007). Generalkonsul und Leiter der österreichischen Delegation in West-Berlin (1971–1975). Österreichischer Botschafter in den USA (1987–1992) und in Deutschland (1993–1997). Leiter der Abteilung für Internationale Atomenergieangelegenheiten und den Europarat (Abteilung II.6) im BMAA und damit Ständiger Vertreter Österreichs bei der Atomenergiebehörde.

- (1979–1981). **Dok. 51a, 51b, 117 (1), 119, 150, 152, 154, 164**
- Hofstetter, Rolf** (geb. 1935). Leiter der Unterabteilung 20 im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland (1989–1990). **Dok. 169**
- Honecker, Erich** (1912–1994), SED. Erster Sekretär des ZK der SED (1971–1976). Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR (1976–1989). Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats der DDR (1971–1989). S. 34, 35, 37–39, 48, 49, 62, 64, 67; **Dok. 1, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12 (4), 13, 15, 16, 17, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 27, 29, 30, 31, 32, 34, 35, 36, 40, 44, 47, 49, 5, 60, 62, 65, 67, 77, 87, 96, 105, 174 (3), 180 (9)**
- Honecker, Margot** (1927–2016), SED. Kandidatin (1950–1963) und Mitglied des ZK der SED (1963–1989). Stellvertretende Ministerin (1958–1963) und Ministerin für Volksbildung (1963–1989). Abgeordnete der Volkskammer (1949–1954 und 1967–1990). November 1989 Rücktritt von allen Funktionen. Februar 1990 Austritt aus der SED-PDS. **Dok. 44 (2), 46, 65**
- Höpcke, Klaus** (geb. 1933). Stellvertretender Minister für Kultur und Leiter der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel (1973–1989). Seit 1987 Mitglied des PEN-Clubs der DDR. Ab Dezember 1989 Mitglied des Präsidium des Parteivorstands der SED-PDS. Leiter der Kulturkommission beim Politbüro (1989/90). Mitglied des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitags der SED. PDS-Abgeordneter der Volkskammer (März–Oktober 1990). Landtagsabgeordneter in Thüringen (1990–1999). **Dok. 84, 93**
- Hoppe, Hans-Günter** (1922–2000), FDP. Stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender (1975–1987). Mitglied des Deutschen Bundestags (1972–1990) und dort Vorsitzender des innerdeutschen Ausschusses (1987–1990). **Dok. 59**
- Horn, Gyula** (1932–2013), USAP. Mitarbeiter der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten beim ZK der USAP (1969–1982) und deren Leiter (1982–1985). Staatssekretär für Äußeres (1985–1989). Minister für Auswärtige Angelegenheiten (1989–1994). Ministerpräsident Ungarns (1994–1998). S. 44, 46, 48; **Dok. 38, 45, 52 (3), 53, 71, 100, 129 (15)**
- Hornhues, Karl-Heinz** (geb. 1939), CDU. Mitglied des Deutschen Bundestags (1972–2002). Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, zuständig für die Bereiche Außen-, Verteidigungs-, Deutschlandpolitik und wirtschaftliche Zusammenarbeit (1989–1994). **Dok. 149**
- Howell, David** (geb. 1936), Conservative Party. Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des britischen Unterhauses. **Dok. 138 (6)**
- Höynck, Wilhelm Heinrich** (geb. 1933). Leiter der Unterabteilung 21 (Politische Abteilung) im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland. Seit Februar 1990 Vorsitzender der Projektgruppe „Deutsche Einheit“. Seit Juni 1990 stellvertretender Leiter der Abteilung 2 (Politische Abteilung) im Auswärtigen Amt. S. 87; **Dok. 66, 149, 153 (1)**
- Hoyos, Philipp** (geb. 1943). Gesandter an der österreichischen Botschaft in Washington (1989–1992). **Dok. 143**
- Hulse, Christopher** (geb. 1942). Leiter der Abteilung Ost- und Zentraleuropa im Ministerium für Auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten Großbritannien (1988–1992). S. 85
- Hurd, Douglas** (geb. 1930), Conservative Party. Minister für Inneres (1985–1989) und Auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten Großbritannien (1989–1995). S. 74; **Dok. 79, 98, 109, 119, 120, 124, 142, 149, 157, 170, 171**
- Hussein, Saddam** (1937–2006). Präsident des Iraks (1979–2003). **Dok. 175**
- Illgen, Rolf**. Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Tourismus, verantwortlich für Auslandstourismus. **Dok. 107**
- Indra, Alois** (1921–1990), KSČ. Leiter der Planungsabteilung des ZK der KSČ (1960–1962). Minister für Verkehr (1963–1968). Sekretär des ZK der KSČ (1968–1971). Mitglied des Präsidiums des ZK der KSČ und Vorsitzender des Parlaments (1971–1989). Parteiausschluss 1990. **Dok. 5 (6)**

- Jahsnowsky, Franz** (geb. 1930). Botschafter und Leiter der Protokollabteilung im MfAA der DDR (1973–1990). **Dok. 107**
- Jakeš, Miloš** (geb. 1922). Mitglied des ZK (1977–1989) und des Präsidiums des ZK der KSČ (1981–1989). Generalsekretär der KSČ (1987–1989). Rücktritt im November 1989, Parteiausschluss Dezember 1989. **Dok. 5 (6)**
- Jakowlew, Alexander N.** (1923–2005), KPdSU. Botschafter der UdSSR in Kanada (1973–1983). Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (1983–1985). Leiter der Abteilung für Propaganda beim ZK der KPdSU (1985–1986). Sekretär und Mitglied des ZK (1986–1990). Kandidat (1987) und Mitglied des Politbüros (1987–1990). **Dok. 34**
- Jankowitsch, Peter** (geb. 1933), SPÖ. Abgeordneter zum Nationalrat (1983–1986, 1987–1990 und 1992–1993). Vertreter Österreichs im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (1973–1974) und 1973 dessen Präsident. Ständiger Vertreter Österreichs bei der OECD in Paris (1978–1983). Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten (1986–1987). Staatssekretär für Europafragen im Bundeskanzleramt (1990–1992). **Dok. 130, 175**
- Jannuzzi, Giovanni** (geb. 1935). Stellvertretender politischer Direktor im Außenministerium Italiens. Leiter des politischen Sekretariats des Europäischen Rates (1987–1991). **Dok. 51b**
- Jaroszewicz, Piotr** (1909–1992), PVAP. Mitglied des ZK der PVAP (1948–1980). Mitglied des Politbüros (1964–1980). Stellvertretender Verteidigungsminister (1945–1950). Stellvertretender Ministerpräsident (1954–1956). Ministerpräsident Polens (1970–1980). **Dok. 1 (5)**
- Jarzelski, Wojciech** (1923–2014), PVAP. Armeegeneral. Erster Sekretär des ZK der PVAP (1981–1989). Ministerpräsident (1981–1985). Vorsitzender des Staatsrates (1985–1989). Präsident Polens (1989–1990). S. 84; **Dok. 10, 76, 91, 158**
- Jasow, Dmitri T.** (geb. 1924). Kandidat des ZK der KPdSU (1981–1987). Kommandeur der Truppen des Fernöstlichen Militärbezirks (1984–1987). Minister für Verteidigung der UdSSR (1987–1991). **Dok. 161**
- Jelzin, Boris N.** (1931–2007), KPdSU. Mitglied des ZK der KPdSU (1981–1990). Erster Sekretär des Stadtkomitees von Moskau (1985–1987). Kandidat des Politbüros (1985–1988). Erster Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Baubehörde im Rang eines Ministers (1988–1989). 1990 Austritt aus KPdSU. Mitglied des Obersten Sowjets (1989–1991). Präsident Russlands (1991–1999). **Dok. 153**
- Jodl, Alfred** (1890–1946). Chef des Wehrmachtsführungsstabs im Oberkommando der Wehrmacht. **Dok. 1 (33)**
- Johannes Paul II.** (bürgerlich Karol Józef Wojtyła, 1920–2005). Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche (1978–2005). **Dok. 33, 48 (25), 85**
- Jonas, Franz** (1899–1974), SPÖ. Abgeordneter zum Nationalrat (1953–1965). Bürgermeister von Wien (1951–1965). Bundespräsident Österreichs (1965–1974). S. 27
- Juster, Kenneth I.** (geb. 1954). Senior Advisor des stellvertretenden Außenministers Lawrence Eagleburger (1989–1992). **Dok. 131 (6)**
- Kádár, János** (1912–1989), USAP. Generalsekretär der USAP (1956–1988). Ministerpräsident Ungarns (1956–1958 und 1961–1965). **Dok. 26, 62 (6)**
- Kaestner, Uwe** (geb. 1939). Leiter des Referats 212 zuständig für Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika, Abrüstung und Rüstungskontrolle im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland (1987–1991). **Dok. 84 (3)**
- Kafka, Franz** (1883–1924), Schriftsteller. **Dok. 139**
- Kaminsky, Horst** (geb. 1927), SED. Staatssekretär und Erster stellvertretender Minister für Finanzen der DDR (1964–1974). Präsident der Staatsbank der DDR (1974–1990). **Dok. 126**

- Karasek, Franz** (1924–1986). Botschaftsrat an der österreichischen Botschaft in der UdSSR (1960–1964). S. 27
- Kass, Rüdiger** (geb. 1944). Leiter des Referats 223 zuständig für allgemeine Berlin-Fragen, Beziehungen zur DDR und Berlin-Fragen im Bereich Kultur, Bildung und Medien im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland (1987–1990). Mitarbeiter des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik. **Dok. 84 (3)**
- Kastrup, Dieter** (geb. 1937). Leiter der Politischen Abteilung (Abteilung 2) im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland (1988–1991). **Dok. 153, 156 (2), 166**
- Keitel, Wilhelm** (1882–1946). Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (1938–1945). **Dok. 1 (33)**
- Kempel, Willy** (geb. 1961). Mitarbeiter der Ostabteilung (Abteilung II.3) im BMAA (1986–1987). **Dok. 7 (2)**
- Kennedy, John F.** (1917–1963), Demokratische Partei. Präsident der USA (1961–1963). S. 19
- Kessler, Heinz** (geb. 1920), SED. Ab 1946 Mitglied des ZK der SED (1950–1989). Abgeordneter der Volkskammer (1950–1989). Minister für Nationale Verteidigung (1985–1989). Mitglied des Politbüros des ZK der SED (1986–1989). November 1990 Parteiausschluss **Dok. 7 (3), 22 (17)**
- Keynes, John Maynard** (1883–1946), Ökonom. **Dok. 173**
- Khamenei, Ali** (geb. 1939). Staatspräsident des Irans (1981–1989). Seit 1989 politischer und religiöser Führer des Iran. **Dok. 34**
- Khol, Andreas** (geb. 1941), ÖVP. Abgeordneter zum Nationalrat (1983–2006). Präsident des Nationalrats (2002–2006). S. 93; **Dok. 131 (8)**
- Kiesinger, Kurt Georg** (1904–1988), CDU. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1966–1969). S. 26
- Kimmit, Robert M.** (geb. 1947). Under Secretary of State for Political Affairs im Außenministerium der USA (1989–1991). Botschafter der USA in Deutschland (1991–1993). **Dok. 131**
- King, Thomas Jeremy** (geb. 1933), Conservative Party. Minister für Nordirland (1985–1989) und Verteidigung Großbritanniens (1989–1993). **Dok. 142**
- Kinkel, Klaus** (geb. 1936), FDP. Bundesminister des Auswärtigen (1993–1998). **Dok. 180**
- Kirchner, Martin** (geb. 1949). Stellvertreter der Vorsitzender des Landeskirchenrats der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen (1987–1989). September 1989 Mitunterzeichner des „Weimarer Briefes“ mit der Aufforderung an die CDU, drängende Probleme der DDR unbeschönigt wahrzunehmen. Generalsekretär der CDU (1989–1990), Entbindung vom Amt nachdem seine Tätigkeit als IM bekannt wurde. Abgeordneter der Volkskammer (März–Oktober 1990). **Dok. 107**
- Kirchschläger, Rudolf** (1915–2000). Österreichischer Gesandter in Prag (1967–1970). Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten (1970–1974). Bundespräsident Österreichs (1974–1986). S. 31, 33, 36, 50; **Dok. 1, 7 (3), 22, 160**
- Kirkpatrick, Jeane** (1926–2006). Politikwissenschaftlerin. Kabinettsmitglied unter Präsident Ronald Reagan und US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen (1981–1985). **Dok. 163**
- Kissinger, Henry** (geb. 1923), Republikanische Partei. Nationaler Sicherheitsberater (1969–1973) und Außenminister der USA (1973–1977). Direktor der amerikanischen Denkfabrik Council on Foreign Relations (1977–1981). **Dok. 131**
- Kleiber, Günther** (1931–2013), SED. Mitglied des ZK der SED (1967–1989). Abgeordneter der Volkskammer (1967–1989). Mitglied des Ministerrates der DDR (1971–1989). Minister für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau (1973–1986). Ständiger Vertreter der DDR beim RGW (1986–1988). Kandidat (1967–1984) und Mitglied des Politbüros (1984–1989). **Dok. 7 (12), 67 (2), 87**
- Klein, Hans** (1931–1996), CSU. Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1987–1989). Bundesminister für besondere Aufgaben und Leiter des

- Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1989–1990). Vizepräsident des Deutschen Bundestags (1990–1996). **Dok. 142, 152**
- Klestil, Thomas** (1932–2004), ÖVP. Generalkonsul in Los Angeles (1969–1974). Österreichischer Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York (1978–1982). Österreichischer Botschafter in den USA (1982–1987). Generalsekretär des österreichischen Außenministeriums (1987–1992). Bundespräsident Österreichs (1992–2004). **Dok. 18, 19, 21, 22 (28), 38, 39 (1), 41 (1), 42, 45 (1), 48, 51a (1), 51b (1), 52 (1), 54 (1), 65 (1), 69 (1), 70 (1), 80 (1), 86, 117 (1), 129 (1), 131, 141 (1), 146, 155 (1), 159 (1), 162 (1), 163 (1), 178 (1)**
- Klier, Freya** (geb. 1950), Regisseurin, Autorin und DDR-Bürgerrechtlerin. 1980 Mitbegründerin der autonomen Friedensbewegung. 1985 Berufsverbot. 1986 Beginn der Arbeit an einer Studie zu Jugend- und Erziehungswesen in der DDR. 1988 Verhaftung, Beschlagnahmung der Manuskripte und unfreiwillige Ausbürgerung aus der DDR. 1996 Mitinitiatorin und Gründungsmitglied des Bürgerbüros e. V. (Verein für die Aufarbeitung der Folgeschäden der SED-Diktatur). **Dok. 17**
- Kloss, Alfons** (geb. 1953). Legationsrat in der Abteilung Sicherheitspolitik (Abteilung II.7) im BMAA (1989–1990). Gesandter an der Österreichischen Botschaft Bonn (1990–1994). **Dok. 166, 167, 171**
- Kohl, Helmut** (1930–2017), CDU. Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz (1969–1976). Mitglied des Bundesvorstandes der CDU (1966–2000). Stellvertretender Bundesvorsitzender (1969–1973) und Bundesvorsitzender der CDU (1973–1998). Mitglied des Deutschen Bundestags (1976–2002). Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1982–1998). S. 46, 54, 56–58, 60, 61, 68–72, 74, 75, 79, 81, 84, 86–89, 93–95; **Dok. 1, 2, 3, 6, 11, 13 (16), 16, 20 (27), 24, 27, 29, 32, 33, 35, 40, 41, 42, 43, 48, 52 (3), 61, 66, 69, 71 (9), 72 (2), 74 (6), 75, 76, 78 (13), 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 88, 89, 90, 91, 92, 95, 96, 99, 101, 102, 103, 104, 106, 110, 111, 112 (10), 114, 115, 116, 118, 119, 121, 123, 125, 126, 127, 129, 130, 132, 137, 140 (4), 141, 142, 144, 145, 146, 148, 149, 150, 152, 154, 155, 156, 161, 162, 163, 164, 165 (4), 166, 167, 169, 170 (9), 171, 175, 176, 177, 180**
- Köhler, Horst** (geb. 1943), CDU. Leiter des Ministerbüros (1982–1987). Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen (1987–1990). Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen (1990–1993). Bundespräsident Deutschlands (2004–2010). **Dok. 169**
- König, Ewald** (geb. 1954). Journalist bei der Tageszeitung *Die Presse* (1977–2003), ab 1985 Deutschland-Korrespondent in Bonn und Ost-Berlin. S. 67
- König, Friedrich** (geb. 1933), ÖVP. Abgeordneter zum Nationalrat (1970–1999). Klubobmann des Parlamentsklubs der ÖVP (1986–1990). **Dok. 131 (8)**
- König, Gerd** (1930–2009), SED. Botschafter der DDR in der ČSSR (1973–1980). Kandidat (1976–1986) und Mitglied des ZK der SED (1986–1989). Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten (1982–1986). Botschafter der DDR in der UdSSR (1987–1990). S. 71; **Dok. 27, 81**
- Koschnick, Hans** (geb. 1929), SPD. Bürgermeister von Bremen (1967–1985). Mitglied des Bundesvorstands (1970–1991) und stellvertretender Vorsitzender der SPD (1975–1979). Mitglied des Deutschen Bundestags (1987–1994) und dort stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses sowie außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. **Dok. 2**
- Kotái, Géza** (1943–2009), USAP. Mitglied des ZK der USAP (1985–1989). Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen im ZK (1985–1988). **Dok. 26**
- Kotenjow, Wladimir W.** (geb. 1957). Botschaftssekretär an der sowjetischen Botschaft in Österreich 1989. **Dok. 48**
- Kotschemassow, Wjatscheslaw I.** (1918–1998), KPdSU. Botschafter der Sowjetunion in der DDR (1955–1960 und 1983–1990). **Dok. 65 (2), 95**
- Kovács, László** (geb. 1939), Magyar Szocialista Párt (MSZP). Stellvertretender

- Außenminister (1986–1989). Staatssekretär im Außenministerium (1989–1990). Mitglied des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten des ungarischen Parlaments (1990–1993) und dessen Vorsitzender (1993–1994). Minister für auswärtige Angelegenheiten Ungarns (1994–1998 und 2002–2004). **Dok. 13 (11), 28**
- Kowaljow, Anatolij G.** (1923–2002). Mitarbeiter des Apparats der Sowjetischen Kontrollkommission und der Sowjetischen Botschaft in der DDR (1953–1955). Leiter der für Frankreich, Spanien, Italien, Belgien und die Schweiz zuständigen Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1965–1971). Stellvertreter (1971–1986) und Erster Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1986–1991). **Dok. 106**
- Krabatsch, Ernst** (geb. 1940). Mitglied der DDR-Delegation bei den KSZE-Verhandlungen in Helsinki und Genf (1972–1975). Stellvertretender Leiter (1975–1977) und Leiter der Hauptabteilung Grundsatzfragen und Planungen im MfAA (1977–1986). Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten (1987–1990). Leiter der Abteilung für Grundsatzfragen im MfAA (Juli–Oktober 1990). **Dok. 47**
- Krammer, Karl** (geb. 1955). Mitglied des Kabinetts von Bundeskanzler Franz Vranitzky (1986–1993) und Kabinettschef (1993–1997). **Dok. 175**
- Krause, Günther** (geb. 1953). Abgeordneter der Volkskammer und Vorsitzender der CDU-Fraktion (März–Oktober 1990). Parlamentarischer Staatssekretär beim Amt des Ministerpräsidenten, Verhandlungsführer der DDR-Seite bei den Verhandlungen über die Staatsverträge DDR und Bundesrepublik Deutschland (April–Oktober 1990). Abgeordneter des Deutschen Bundestags (1990–1994). Bundesminister für besondere Aufgaben (1990–1991). Bundesminister für Verkehr (1991–1993). **Dok. 170 (2)**
- Krawczyk, Stephan** (geb. 1955), Liedermacher, Schriftsteller und Dissident. 1976 Beitritt zur SED. Mitglied der Folk-Gruppe Liedehrlich (1978–1983). Ab 1984 Kontakt zu oppositionellen Gruppen, 1985 Austritt aus der SED und wegen kritischer Texte Entzug der Zulassung als freiberuflicher Liedermacher. 1987 Mitarbeit beim illegalen Radiosender „Schwarzer Kanal“. 1988 Verhaftung und Nötigung zur „freiwilligen“ Ausreise, danach Abschiebung in die Bundesrepublik. **Dok. 15 (9), 17**
- Kreid, Harald** (geb. 1937). Leiter der Abteilung für multilaterale Wirtschaftsangelegenheiten (Abteilung III.5) im BMAA (1988–1992). **Dok. 33 (1)**
- Kreisky, Bruno** (1911–1990), SPÖ. Bundesparteivorsitzender der SPÖ (1967–1983). Abgeordneter zum Nationalrat (1956–1983). Staatssekretär im Bundeskanzleramt, zuständig für Auswärtige Angelegenheiten (1953–1959). Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten (1959–1966). Bundeskanzler Österreichs (1970–1983). S. 14, 19, 21, 22, 25–27, 30, 32, 35, 36, 50–52, 60; **Dok. 1, 57, 153 (27)**
- Kremsner, Artur** (1923–2010). Presse und Kulturrat an der österreichischen Botschaft in der DDR (1984–1985). **Dok. 1**
- Krenz, Egon** (geb. 1937), SED. Kandidat (1971–1973) und Mitglied des ZK der SED (1973–1989). Abgeordneter der Volkskammer (1971–1990). Kandidat (1976–1983) und Mitglied des Politbüros (1983–1989). Generalsekretär des ZK der SED (Oktober–Dezember 1989). Vorsitzender des Staatsrats der DDR und des Nationalen Verteidigungsrates (Oktober–Dezember 1989). Jänner 1990 Parteiausschluss. S. 41, 64, 65, 67, 70, 73; **Dok. 46 (5), 65, 66, 67, 71, 75, 77, 78, 80, 81, 89, 90, 105**
- Kriechbaum, Gerald** (geb. 1944). Gesandter an der österreichischen Botschaft in Ungarn (1987–1991). Generalkonsul in Chicago (1991–1996). **Dok. 53**
- Kristol, Irving** (1920–2009), Autor und Sozialwissenschaftler. Er übte maßgeblichen Einfluss auf die neokonservative Bewegung in den USA aus. **Dok. 57**
- Krjutschkow, Wladimir A.** (1924–2007). Stellvertretender Leiter des KGB

- (1978–1988). Leiter des KGB (1988–1991). Mitglied des ZK der KPdSU (1986–1991). Mitglied des Politbüros (1989–1990). **Dok. 58, 161**
- Kroker, Herbert** (geb. 1929). Abgeordneter der Volkskammer (1981–1986). Direktor des VEB Weimar-Werk für Landmaschinen (1986–1989). November 1989 Wahl zum Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt. Nach dem Rücktritt des gesamten Politbüros und des ZK, Leiter des zeitweiligen Arbeitsausschusses der SED und Mitglied des neugewählten Parteivorstands (November–Dezember 1989). **Dok. 93**
- Krolikowski, Herbert** (1924–2012). Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten (1963–1967 und 1973–1975). Botschafter der DDR in der ČSSR (1969–1972). Kandidat (1971–1976) und Mitglied des ZK der SED (1976–1989). Staatssekretär und Erster Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten (1975–1990). **Dok. 18, 21 (13), 37, 109, 115**
- Krolikowski, Werner** (geb. 1928), SED. Mitglied des ZK der SED (1963–1989). Mitglied des Politbüros (1971–1989). Mitglied der Wirtschaftskommission und der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz beim Politbüro (1976–1989). Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR (1976–1988). Sekretär des ZK der SED, zuständig für Landwirtschaft (1988–89). Mitglied des Staatsrates (1988/89). Dezember 1989 Parteiausschluss. **Dok. 67 (2), 87**
- Kroll, Hans** (1898–1967). Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der UdSSR (1958–1962). **S. 21**
- Krünes, Helmut** (geb. 1941), FPÖ. Abgeordneter zum Nationalrat (1986–1988). Bundesminister für Landesverteidigung (1986–1987). Abgeordneter des niederösterreichischen Landtags (1988–1989). **Dok. 7 (3), 22 (17)**
- Kunzmann, Karl-Heinz** (geb. 1930). Leiter des Referats 513 zuständig für Arbeits- und Sozialrecht, Aussiedelung Deutscher und Volksdeutscher und Hilfe für Deutsche im Ausland im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland (1986–1990). **Dok. 50**
- Kussbach, Erich** (geb. 1931). Leiter der österreichischen Delegation in Westberlin (1977–1981). Generalkonsul in Straßburg (1981–1985). Leiter der Abteilung für humanitäre Fragen, Flüchtlingsangelegenheiten und Reise- und Grenzverkehr (Abteilung IV.2) im BMAA (1986–1990). Leiter der Rechts- und Konsularsektion (Sektion IV, 1991–1993). **Dok. 56, 107 (22)**
- Kwizinski, Julij A.** (1936–2010). Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland (1986–1990). Erster Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1990–1991). **Dok. 20, 65 (2), 167 (12)**
- Kyaw, Dietrich von** (geb. 1934), Ministerialdirektor. Leiter der Unterabteilung 42 und seit November 1989 der Unterabteilung 41 im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland. Leiter der Arbeitsgruppe für wirtschafts- und währungspolitische Fragen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit. **Dok. 153**
- Lacchini, Michael** (geb. 1969). Mitarbeiter der Abteilung für Humanitäre- und Flüchtlingsangelegenheiten, Reise und Grenzverkehr (Abteilung IV.2) im BMAA (1989/90). **Dok. 88 (1)**
- Lacina, Ferdinand** (geb. 1942), SPÖ. Staatssekretär im Bundeskanzleramt (1982–1984). Bundesminister für Verkehr (1984), öffentliche Wirtschaft und Verkehr (1985–1986) und Finanzen (1986–1995). **Dok. 1, 18 (8), 78 (13), 110 (4), 131, 158**
- Lafontaine, Oskar** (geb. 1943), SPD. Mitglied des Bundesvorstands der SPD (1979–1999). Ministerpräsident des Saarlandes (1985–1998). 1990 Kanzlerkandidat der SPD. Stellvertretender Vorsitzender (1987–1995) und Vorsitzender der SPD (1995–1999). Präsident des Bundesrates (1992–1993). Bundesminister der Finanzen (1998–1999). **Dok. 118, 137, 144**
- Lahodynsky, Otmar** (geb. 1954), Journalist. Brüssel-Korrespondent der Tageszeitung *Die Presse* (1988–1995). **S. 93**

- Lambach, Frank** (geb. 1937). Leiter des Referats 210 zuständig für Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen, im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland. Seit Februar 1990 stellvertretender Vorsitzender der Projektgruppe „Deutsche Einheit“ im Auswärtigen Amt. **Dok. 59**
- Lambsdorff, Otto Graf** (1926–2009), FDP. Bundesvorsitzender der FDP (1988–1993). Mitglied des Deutschen Bundestags (1972–1998). Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (1977–1984). **Dok. 1, 2 (13), 17**
- Lang, Winfried** (1941–1999). Stellvertreter der Kabinettschef des Außenministers Alois Mock (1987–1991). **Dok. 49 (1)**
- Lansloot, Theo**. Botschafter Belgiens in der DDR. **Dok. 90**
- Lassmann, Christian** (geb. 1950). Gesandter an der österreichischen Botschaft in Belgien (1986–1990). **Dok. 90**
- Lautenschlager, Hans-Werner** (geb. 1927). Botschafter und Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York (1984–1987). Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1987–1992). **Dok. 146**
- Legtmann, Johann** (geb. 1930). Leiter der Abteilung für den Europäischen Binnenmarkt und der Arbeitsgruppe für Europäische Integration (Abteilung III.2a bzw. III.4) im BMAA (1987–1991). Österreichischer Botschafter in Luxemburg (1992–1995). **Dok. 51b**
- Leich, Werner** (geb. 1927). Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Thüringen (1978–1992). Vorsitzender der Konferenz der evangelischen Kirchenleitung in der DDR (1986–1990). Im Jänner 1990 Mitautor der „Loccumer Erklärung“, ein Plädoyer für eine baldige Herstellung der Einheit der evangelischen Kirche in Deutschland. **Dok. 22**
- Leifer, Paul** (geb. 1937). Österreichischer Botschafter in Jugoslawien (1985–1991). **Dok. 51a**
- Leitenbauer, Peter** (1938–2009). Gesandter in der Abteilung für ECE, Energie, Umweltschutz und Raumordnung (Abteilung III.4) im BMAA (1985–1989). Österreichischer Botschafter im Senegal (1989–1994). **Dok. 7 (8)**
- Lendvai, Paul** (geb. 1929), Journalist. **Dok. 131**
- Lenin, Wladimir I.** (1870–1924), Revolutionär und marxistischer Theoretiker. Regierungschef der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (1917–1924) und der Sowjetunion (1922–1924). **Dok. 11, 40**
- Lennkh, Georg** (geb. 1939). Ständiger Vertreter Österreichs bei der OECD in Paris (1982–1993). **Dok. 51a**
- Lichal, Robert** (geb. 1932), ÖVP. Bundesminister für Verteidigung Österreichs (1987–1990). **Dok. 151 (11)**
- Liebknacht, Karl** (1871–1919). Abgeordneter im Reichstag und Vertreter des linksrevolutionären Flügels der SPD (1912–1916). Gemeinsam mit Rosa Luxemburg treibende Kraft der „Gruppe International“, dem späteren Spartakusbund. S. 38; **Dok. 15, 17, 22**
- Ligatschow, Jegor K.** (geb. 1920), KPdSU. Kandidat (1966–1976) und Mitglied des ZK der KPdSU (1976–1990). Leiter der Abteilung für Parteiorganisation (1983–1985) und Sekretär des ZK der KPdSU (1983–1990). Mitglied des Politbüros (1985–1990). **Dok. 5, 153**
- Lintner, Eduard** (geb. 1944), CSU. Mitglied des Deutschen Bundestags (1976–1998). Vorsitzender des Ausschusses für Deutschlandpolitik und Berlin-Fragen der CDU/CSU-Fraktion (1982–1990). Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern (1991–1998). **Dok. 96**
- Litschauer, Josef** (geb. 1948). Legationsrat in der Ostabteilung (Abteilung II.3) des BMAA (1985–1993). **Dok. 4 (1), 5 (1), 7 (1), 8 (1), 15 (1), 26 (1), 28 (1), 29 (1), 30 (1), 33 (9), 34 (3), 36 (1), 44 (1), 48 (1), 49, 72 (1), 76 (1), 114 (1), 115 (1), 121 (1), 126 (1, 10, 14), 127 (1), 130 (1), 134 (1), 135 (1), 138 (1), 139 (1), 139 (1), 144 (1), 158 (1), 161 (1, 3), 167 (1), 168 (1), 169 (1), 172 (1)**
- Löffler, Margot** (später Klestil-Löffler, geb. 1954). Mitarbeiterin im Generalsekretariat des BMAA (1989–1992). Österreichische Botschafterin in der

- Tschechischen Republik (2004–2009) und Russland (2009–2014). **Dok. 49 (1), 131 (8, 24)**
- Loibl, Wolfgang** (geb. 1941). Gesandter an der österreichischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland (1987–1991). **Dok. 13 (1), 33 (1), 43, 50, 59 (1), 66, 71, 76, 79 (14), 83, 84, 102, 118, 120, 125, 140, 149, 156**
- Lončar, Budimir** (geb. 1924). Außenminister Jugoslawiens (1987–1991). **Dok. 71 (4)**
- Luft, Christa** (geb. 1938). Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates und Ministerin für Wirtschaft (1989–90). Abgeordnete der Volkskammer, Fraktion PDS (März–Oktober 1990). Abgeordnete des Deutschen Bundestags für die PDS (1994–2004). **Dok. 77**
- Lukanow, Andrej** (1938–1996). Minister für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen Bulgariens (1987–1989). Vorsitzender des Ministerrats Bulgariens (Februar–November 1990). **Dok. 139**
- Luy, Julius Georg** (geb. 1953). Mitarbeiter des Referats 210 zuständig für Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland. Ab Mai 1990 Mitarbeiter des Arbeitsstabes 2+4. **Dok. 166 (2)**
- Luxemburg, Rosa** (1871–1919). Bedeutende Vertreterin der europäischen und internationalen Arbeiterbewegung. Treibende Kraft der „Gruppe International“, dem späteren Spartakusbund. S. 38; **Dok. 15, 17, 22**
- Magrutsch, Walter** (1929–2014). Österreichischer Botschafter in Kanada (1979–1978), Brasilien (1978–1981) und Großbritannien (1987–1993). Leiter der Rechts- und Konsularsektion (Sektion IV) im BMAA (1982–1987). **Dok. 7 (5), 98 (1), 122, 138, 142, 162 (7)**
- Major, John** (geb. 1943). Conservative Party. Schatzkanzler (1989–1990). Außenminister (Juli–Oktober 1989). Premierminister Großbritanniens (1990–1997). **Dok. 59**
- Major, László** (1944–2008), USAP. Mitglied des ZK der USAP (1989). Leiter des Büros des ZK der USAP (1988–1989). **Dok. 26**
- Makarczyk, Jerzy** (geb. 1938). Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Polens (1989–1992). Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (1992–2002). **Dok. 158**
- Maleuda, Günther** (1931–2012), Demokratische Bauernpartei Deutschland (DBD). Vorsitzender der DBD (1987–1990). Abgeordneter der Volkskammer (1981–1990). Präsident der Volkskammer (1989–1990). Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates (1987–1990). **Dok. 94, 105 (10)**
- Manz, Hans Peter** (geb. 1955). Legationssekretär in der Ostabteilung (Abteilung II.3) im BMAA (1987–1991). **Dok. 12 (1), 30 (1), 39 (1), 44 (1), 49 (1), 66 (1), 86 (1), 88 (1), 96 (1), 100 (1), 105 (1), 111 (1), 113 (1), 114 (1), 115 (1), 130 (1), 133 (1), 134 (1), 135 (1), 138 (1), 139 (1), 144 (1), 151 (1, 11), 165 (9), 169 (1), 172 (1), 174 (1)**
- Marjai, József** (1923–2014), USAP. Mitglied des ZK der USAP (1976–1989). Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates (1978–1988). Vorsitzender des Ministerratsausschusses für internationale Wirtschaftsbeziehungen und Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der USAP (1978–1980). Minister für Handel Ungarns (1987–1988). **Dok. 26**
- Martelli, Claudio** (geb. 1943), Partito Socialista Italiano (PSI). Mitglied des europäischen Parlaments (1984–1989). Stellvertretender Ministerpräsident (1989–1992). Justizminister Italiens (1989–1992). **Dok. 85, 96**
- Martens, Wilfried** (1936–2013), Christen-Democratisch en Vlaams (CD&V). Ministerpräsident Belgiens (1981–1992). **Dok. 153 (24)**
- Marx, Karl** (1818–1883), Philosoph, Ökonom und Mitbegründer der Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie des Marxismus. **Dok. 32, 46**
- Maschke, Otto** (geb. 1931). Österreichischer Botschafter in Spanien (1986–1990). **Dok. 51b**
- Masur, Kurt** (1927–2015), Dirigent. Kapellmeister des Gewandhaus-Orchesters in Leipzig (1970–1997). Mitverfasser des

- Aufrufes „Keine Gewalt“ am 9. Oktober 1989. **Dok. 95, 103**
- Matlock, Jack** (geb. 1929). Botschafter der USA in der Tschechoslowakei (1981–1983) und in der Sowjetunion (1987–1991). **Dok. 134**
- Matthöfer, Hans** (1935–2009), SPD. Bundesminister für Forschung und Technologie (1974–1978), der Finanzen (1978–1982) und Post- und Fernmeldewesen (1982) der Bundesrepublik Deutschland. **S. 52**
- Matzner, Gabriele** (geb. Holzer, 1945). Österreichische Generalkonsulin in West-Berlin (1986–1992). **S. 94; Dok. 17 (11), 79, 177**
- Mauroy, Pierre** (1928–2013), Parti socialiste (PS). Ministerpräsident Frankreichs (1981–1984). **Dok. 175**
- Mazowiecki, Tadeusz** (1927–2013). Seit 1980 Berater und Publizist der Gewerkschaft Solidarność. Ministerpräsident Polens (1989–1990). Vorsitzender der liberalen Partei Unia Demokratyczna (1990–1995). **S. 82, 84; Dok. 51a, 76, 80, 127, 140, 158**
- McNamara, Robert** (1916–2009), Demokratische Partei. Verteidigungsminister der USA (1961–1968). Präsident der Weltbank (1968–1981). **Dok. 25**
- Meckel, Markus** (geb. 1952). Delegierter der Ökumenischen Versammlung in der DDR und der Europäischen Ökumenischen Versammlung (1988–1989). 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP). Stellvertretender Vorsitzender der SPD (DDR) (Februar–September 1990). Abgeordneter der Volkskammer (März–Oktober 1990). Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (April–August 1990). **Dok. 146, 149, 151 (8), 157, 165 (5), 168 (3)**
- Mehlhorn, Ludwig** (1950–2011), Bürgerrechtler. Seit 1975 Mitarbeiter in verschiedenen Friedens- und Menschenrechtskreisen. 1986 Mitinitiator des Antrags auf „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ an die Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und an die Bundessynode, Mitbegründer des gleichnamigen oppositionellen Arbeitskreises. September 1989 Mitbegründer der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt! (DJ). 1990 Mitarbeiter der DJ. **Dok. 60**
- Merkel, Angela** (geb. 1954), CDU. Stellvertretende Regierungssprecherin der DDR (April–Oktober 1990). Stellvertretende Vorsitzende der CDU (1991–1998). Generalsekretärin der CDU (1998–2000). Bundesministerin für Frauen und Jugend (1991–1994) und Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1994–1998). Seit 2000 Vorsitzende der CDU. Seit 2005 Bundeskanzlerin Deutschlands. **S. 93**
- Mertes, Michael** (geb. 1953). Leiter des Referats 521 zuständig für Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit des Bundeskanzlers im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland (1987–1993). **Dok. 84 (3)**
- Meyer, Christian** (geb. 1931). Generaldirektor im Ministerium für Außenhandel und Stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR (1986–1990). **Dok. 22, 107**
- Meyer, Wolfgang** (1934–2011). Leiter der Hauptabteilung Presse und Information im MfAA der DDR (1975–1989). Sprecher der Regierung Hans Modrows (1989–1990). **Dok. 44, 107**
- Michailow, Wladimir**. Journalist der *Pravda* und Deutschlandexperte. **Dok. 135**
- Mielke, Erich** (1907–2000), SED. Mitglied des ZK der SED (1950–1989). Stellvertretender Minister (1955–1957) und Minister für Staatssicherheit der DDR (1957–1989). Abgeordneter der Volkskammer (1958–1989). Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates (1960–1989) Kandidat (1971–1976) und Mitglied des Politbüros (1976–1989). November 1989 Rücktritt als Minister für Staatssicherheit und als Mitglied des Politbüros. Dezember 1989 Ausschluss aus der SED. **Dok. 65, 67 (2), 87**
- Mieuwenhuys, Philipp**. Berater des Kabinetts des belgischen Außenministers Mark Eyskens. **Dok. 90**
- Mikojan, Anastas I.** (1895–1978), KPdSU. Mitglied des Politbüros der KPdSU (1935–1966). Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (1964–1965). **Dok. 57 (13)**

- Mittag, Günter** (1926–1994), SED. Mitglied des ZK der SED (1962–1989). Mitglied des Politbüros (1966–1989). Leiter der Wirtschaftskommission des Politbüros (1976–1989). Abgeordneter der Volkskammer (1963–1989). Mitglied des FDGB-Bundesvorstands (1963–1989). Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates (1982–1989) und stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates (1984–1989). Oktober 1989 Entbindung von allen leitenden Funktionen, November 1989 Parteiausschluss. S. 64, 66; **Dok. 1, 7, 22, 23 (16), 27, 65, 67, 77, 87, 105**
- Mitterrand, François** (1916–1996), Parti socialiste (PS). Vorsitzender der Parti socialiste (1971–1981). Staatspräsident Frankreichs (1981–1995). S. 75, 95, 96; **Dok. 63, 69, 75, 79 (13), 81, 84 (17), 86, 89, 91, 95, 103, 104, 105, 113, 119 (4), 122 (1), 129, 131, 140, 141, 146, 147, 150 (4), 152, 175, 178**
- Mitzscherling, Peter** (1928–1996), SPD. Mitglied des Deutschen Bundestags (1980–1989). Senator für Wirtschaft Berlins (1989–1991). **Dok. 79**
- Mock, Alois** (1934–2017), ÖVP. Klubobmann (1978–1987) und Bundesparteiobmann der ÖVP (1979–1989). Abgeordneter zum Nationalrat (1970–1987 und 1994–1999). Bundesminister für Unterricht (1969–1970) und Auswärtige Angelegenheiten (1987–1995). Vizekanzler Österreichs (1987–1989). S. 40, 44, 54, 59, 60, 66–69, 71, 74, 77–80, 82, 83, 86, 88, 89, 95; **Dok. 1 (44), 4 (1), 7 (7), 11, 18 (9), 21, 22, 34, 37, 39 (1), 41 (1), 45, 50, 51a (1), 51b (1), 52 (1), 54, 65 (1), 69 (1), 70, 71, 73, 77, 80 (1), 82, 86, 92, 98, 99, 107, 112, 113, 117, 129 (1), 131, 141 (1), 146 (1), 147, 153 (3), 155 (1), 159 (1), 162 (1), 163 (1), 176 (1), 178, 179 (1, 5)**
- Modrow, Hans** (geb. 1928), SED. Abgeordneter der Volkskammer (1958–1990). Kandidat (1958–1967) und Mitglied des ZK der SED (1967–1989). Leiter der Abteilung Agitation beim ZK (1971–1973). Erster SED-Bezirkssekretär in Dresden (1973–1989). Mitglied des Politbüros (November/Dezember 1989). Vorsitzende des Ministerrates der DDR (1989–1990). Stellvertretender Vorsitzender der SED-PDS (1989–1990). Abgeordneter des Deutschen Bundestags (1990–1994). S. 67–70, 73, 75–79; **Dok. 67, 71, 75, 77, 78, 79, 83, 84, 86, 87, 88, 89, 90, 93, 95, 101, 102, 103, 104, 105, 107, 109 (1), 110, 111, 112, 114, 115, 116, 117, 118, 120, 123, 125, 126, 127, 133, 135, 139, 160**
- Moissejew, Michail A.** (geb. 1939), General. Leiter des Generalstabes der sowjetischen Streitkräfte (1988–1991) und Erster stellvertretender Verteidigungsminister. **Dok. 159 (6)**
- Molden, Fritz** (1924–2014), österreichischer Widerstandskämpfer, Journalist, Verleger und Diplomat. Im Gefolge der „Affäre Waldheim“ ab Juni 1987 einschlägiger Sonderbeauftragter des BMAA für Dänemark, Norwegen, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande. S. 53
- Momper, Walter** (geb. 1945), SPD. Landesvorsitzender der SPD in Berlin (1986–1992). Mitglied im SPD-Bundesvorstand (1988–1993). Regierender Bürgermeister von Berlin (1989–1991). Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (1975–1995 und 1999–2011) und dort Vorsitzender der SPD-Fraktion (1985–1992). S. 70; **Dok. 71 (7), 78, 79, 95, 101 (3)**
- Mortier, Gérard** (1943–2014), belgischer Opern- und Theaterintendant. **Dok. 70**
- Mozart, Wolfgang Amadeus** (1756–1791), Komponist. **Dok. 70**
- Mückenberger, Erich** (1910–1998), SED. Mitglied des ZK der SED (1950–1989). Kandidat (1950–1958) und Mitglied des Politbüros (1958–1989). Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission (1971–1989). November 1989 Rücktritt mit dem gesamten Politbüro. Jänner 1990 Parteiausschluss. **Dok. 67 (2)**
- Mueller-Graaf, Carl-Hermann** (1903–1963). Leiter der bundesdeutschen Wirtschaftsdelegation in Wien (1953–1955). Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Österreich (1955–1961). S. 15
- Müller, Gerhard** (geb. 1928), SED. Erster Sekretär der SED Bezirksleitung Erfurt (1980–1989). Mitglied des ZK der SED

- (1981–1989). Abgeordneter der Volkskammer (1985–1989). Kandidat des Politbüros (1985–1989). Dezember 1989 Parteiausschluss. **Dok. 67 (2), 87**
- Müller, Peter** (1912–1998). Österreichischer Generalkonsul in West-Berlin (1962–1965). S. 22
- Mullins, Janet** (geb. 1949). Leiterin des Referats für Legislativangelegenheiten im Außenministerium der USA (1989–1992). **Dok. 131**
- Mussi, Ingo** (geb. 1935). Österreichischer Botschafter in Israel (1976–1981) und Schweden (1986–1989). **Dok. 35 (2), 51a, 51b**
- Neilands, Nikolajs** (1930–2003), KPdSU. Mitglied des Obersten Sowjets und des Volksdeputiertenkongresses der UdSSR (1989–1991). Stellvertretender Außenminister der Sowjetrepublik Lettland (1980–1990). **Dok. 61, 139**
- Németh, Miklós** (geb. 1948), USAP. Leiter der Abteilung Wirtschaft beim ZK der USAP (1987–1988). Mitglied des Politbüros (1988–1989). Ministerpräsident Ungarns (1988–1990). Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (1990–2000). S. 44, 46; **Dok. 26, 52 (3), 62 (6), 100**
- Nettel, Erik** (1928–2007). Leiter des Völkerrechtsbüros im BMAA (1969–1976). Leiter der österreichischen Delegation bei der UNO in Genf (1976–1983). Österreichischer Botschafter in Frankreich (1983–1988). Leiter der Rechts- und Konsularsektion (Sektion IV) im BMAA (1988–1991). **Dok. 39 (1), 41 (1), 48 (1), 51a (1), 52, 56, 57 (1), 65 (1), 69 (1), 80 (1), 82 (1), 86 (1), 129 (1), 141 (1), 146 (1), 155 (1), 159 (1), 162 (1), 163 (1), 165 (1), 172 (1)**
- Neuer, Walter** (1932–2016), Ministerialdirigent. Leiter des Kanzlerbüros im Bundeskanzleramt (1987–1994). **Dok. 142**
- Neumann, Alfred** (1909–2001), SED. Abgeordneter der Volkskammer (1949–1990). Kandidat (1954–1958) und Mitglied des Politbüros (1958–1989). Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates (1968–1989). Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates (1960–1989). November 1989 Rücktritt mit dem gesamten Ministerrat und aus dem Politbüro ausgeschieden. Jänner 1990 Ausschluss aus der SED-PDS. **Dok. 67 (2)**
- Ney, Martin** (geb. 1956). Mitarbeiter des Arbeitsstabes 2+4 (Mai–November 1990). **Dok. 166 (2)**
- Nickel, Uta** (geb. 1941), SED. Stellvertretende Vorsitzende der Bezirksplankommission Leipzig (1979–1981). Abgeordnete des Bezirks Leipzig (1986–1988). Stellvertreterin des Ministers (1988–1989) und Ministerin für Finanzen und Preise im Kabinett Hans Modrow (1989/90). **Dok. 77, 126 (7)**
- Nier, Kurt** (geb. 1927), SED. Leiter der 4. Europäischen Abteilung (Nordeuropa) im MfAA (1968–1973). Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, zuletzt zuständig für Westeuropa, BRD, Berlin (West), USA, Kanada, Australien und Japan (1973–1989). **Dok. 18, 37, 86, 107**
- Niklas, Manfred** (geb. 1940). Leiter des Büros des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (1975–1990). **Dok. 107**
- Nowak, Josef A.** (1941–2003), Journalist. Chefredakteur der *Austria Presse Agentur* (1987–1997). **Dok. 131 (8)**
- Nowotny, Eva** (geb. Rohl, 1944). Mitglied des Kabinetts der Bundeskanzler Fred Sinowatz und Franz Vranitzky, zuständig für Außenpolitik (1983–1992). Österreichische Botschafterin in Frankreich (1992–1997). **Dok. 6 (16), 7 (1), 49 (1), 78 (1), 147 (1), 148 (1), 158, 168 (1), 175, 176 (1)**
- Nowotny, Thomas** (geb. 1937). Österreichischer Generalkonsul in New York (1978–1983). Leiter der Abteilung für Grundsatzfragen und Europarat (Abteilung II.6) im BMAA (1983–1993). S. 63; **Dok. 51b, 57, 69 (1), 117, 179 (1)**
- Ogrinz, Tassilo** (geb. 1937). Österreichischer Botschafter in Cote d'Ivoire (1980–1985), Luxemburg (1985–1988) und Marokko (1994–1998). Leiter der Abteilung für EG und EG-Staaten, allgemeine Integration

- und Europäisches Parlament (Abteilung III.3) im BMAA (1988–1993). **Dok. 51b**
- Ortleb, Rainer** (geb. 1944), LDPD. Vorsitzender der LDPD (Februar–März 1990). Vorsitzendes des Bundes Freier Demokaten (FDP, März–August 1990). Bundesminister für besondere Aufgaben (1990–1991) und Bildung und Wissenschaft (1991–1994). Mitglied des Deutschen Bundestags (1990–1998). **Dok. 105 (9)**
- Ortner, Gustav** (geb. 1935). Protokollchef (Leiter der Abteilung I.1) im BMAA (1988–1996). Österreichischer Botschafter im Vatikan (1997–2000). **Dok. 70 (1)**
- Orzechowski, Marian** (geb. 1931), PVAP. Mitglied des ZK der PVAP (1966–1989). Rektor der Universität Breslau (1971–1975). Rektor der Polnischen Akademie der Wissenschaften (1984–1986). Außenminister Polens (1985–1988). **Dok. 5**
- Őszi, István** (geb. 1944). Mitarbeiter des ungarischen Außenministeriums. Stellvertretender Außenminister Ungarns (1988–1990). **Dok. 28, 53**
- Otto, Alexander** (geb. 1924). Österreichischer Botschafter in Portugal (1985–1989). **Dok. 51b**
- Pahr, Willibald** (geb. 1930). Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten (1976–1983). Botschafter Österreichs in der Bundesrepublik Deutschland (1983–1985). Generalsekretär der Welttourismusanorganisation der Vereinten Nationen (1985–1989). Flüchtlingsbeauftragter des Innenministeriums (1990–1995). **Dok. 2, 7 (3), 22 (17)**
- Palme, Olof** (1927–1986), Sveriges socialdemokratiska arbetarepartiet (SAP). Ministerpräsident Schwedens (1969–1976 und 1982–1986). **Dok. 34 (16)**
- Papandreou, Andreas** (1919–1996), PASOK. Ministerpräsident Griechenlands (1981–1989 und 1993–1996). **Dok. 1 (40)**
- Parak, Franz** (geb. 1932). Österreichischer Botschafter in der Schweiz (1987–1993). **Dok. 64**
- Pauls, Christian** (geb. 1944). Stellvertretender Leiter des Referats 205 zuständig für Großbritannien, gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland und Nordische Staaten und des Referats 212 zuständig für Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen u.a KSZE im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland. Ab Februar 1990 Mitarbeiter der Projektgruppe „Deutsche Einheit“. Ab Mai 1990 Mitarbeiter des Arbeitsstabes 2+4. Delegationsmitglied bei den KSE-Verhandlungen in Wien (Oktober/November 1990). **Dok. 166 (2)**
- Peres, Schimon** (1923–2016), HaAvoda. Vorsitzender der HaAvoda (1977–1992). Minister für Auswärtige Angelegenheiten (1986–1988, 1992–1995 und 2001/02). Ministerpräsident (1984–1986 und 1995–1996). Finanzminister (1988–1990). Staatspräsident Israels (2007–2014). **Dok. 34**
- Péter, János** (1910–1999), USAP. Außenminister Ungarns (1961–1973). **S. 25, 26**
- Pittermann, Bruno** (1905–1983), SPÖ. Vorsitzender der SPÖ (1957–1967). Abgeordneter zum Nationalrat (1945–1971). Vizekanzler Österreichs (1957–1966). **S. 23**
- Plattner, Johann** (geb. 1932). Österreichischer Botschafter im Iran (1979–1983), Südafrika (1983–1986) und der Türkei (1993–1997). Leiter der Westabteilung (Abteilung II.1) im BMAA (1987–1992). **S. 90; Dok. 6 (1), 9, 11, 34, 36 (1), 37 (1), 41, 44 (1), 51a, 51b, 59 (1, 7), 61, 63 (1), 64 (1), 69, 73 (1), 79 (1), 80, 83 (1), 84 (1), 85 (1), 88 (1), 92, 95 (1), 98 (1), 99, 114 (1), 115 (1), 118 (1), 120 (1), 122 (1), 123 (1), 124 (1), 125 (1), 127 (1), 128 (1), 129, 135 (1), 136 (1), 138 (1), 140 (1), 141, 143 (1), 145 (1, 4, 5, 6, 12), 146, 149 (1), 150 (1), 151 (1), 152 (1), 153 (1), 155, 156 (1), 159, 162, 167 (1), 170, 171 (1), 173 (1), 175 (1), 177 (1)**
- Podgorny, Nikolai W.** (1903–1983), KPdSU. Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR (1965–1977). Mitglied des Politbüros (1960–1977). **S. 27**
- Pohl, Gerhard** (1937–2012), CDU. Mitglied der Volkskammer (1981–1990) und dort parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion. Mitglied des CDU-Parteivorstands (1990). Minister für

- Wirtschaft im Kabinett Lothar de Maizière (April–August 1990). **Dok. 144, 151 (8), 160 (3)**
- Pöhl, Karl-Otto** (1929–2014). Präsident der Deutschen Bundesbank (1980–1991). **Dok. 132**
- Pohl, Wolfgang** (geb. 1940), SED. Erster Sekretär der SED-Stadt-Bezirksleitung Magdeburg-Nord (1978–1989). Ab Dezember 1989 Mitglied des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitags der SED und stellvertretender Vorsitzender der SED-PDS bzw. PDS sowie Leiter der Kommission Organisation und Parteilieben. Abgeordneter der Volkskammer (März–Oktober 1990). **Dok. 93**
- Pollitzer, René** (geb. 1995). Botschaftsrat an der Österreichischen Botschaft in London (1987–1991). **Dok. 98 (1)**
- Polster, Anton** (geb. 1964), österreichischer Fußballspieler. S. 65; **Dok. 68 (5)**
- Poppe, Ulrike** (geb. 1953), Bürgerrechtlerin. Beteiligung am Arbeitskreis „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ (1987–1989). September 1989 Mitbegründerin der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt! (DJ). Mitglied des DJ-Sprechrat (1989–1991). Vertreterin der DJ am Runden Tisch (1989/90). Mitarbeiterin der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Die Grünen (1990). **Dok. 60 (7)**
- Posch, Georg** (geb. 1951). Botschaftsrat an der österreichischen Botschaft in Italien (1987–1991). **Dok. 85 (1)**
- Possaner, Hans-Georg** (1940–2006), Journalist. Mitarbeiter der Tageszeitung *Der Standard*. **Dok. 131 (8)**
- Price, Lionel**. Leiter der Europa-Abteilung im Außenministerium Großbritanniens (1990). Leiter der Abteilung Wirtschaft bei der Bank of England. **Dok. 138**
- Prill, Norbert** (geb. 1946). Leiter der Gruppe 52 zuständig für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, politische Planung und Pressestelle im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland (1987–1993). **Dok. 84 (3)**
- Proektor, Daniil M.** (1917–1999). Professor am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IMEMO, 1969–1999). **Dok. 135, 139**
- Prohaska, Anton** (geb. 1940). Vertreter Österreichs bei der UNESCO in Paris (1979–1983 und 1994–1998). Leiter der Abteilung Amerika (Abteilung II.9) im BMAA (1990–1992). **Dok. 119 (1), 131, 143 (1, 2, 9), 150 (1), 152 (1), 154 (1), 164 (1)**
- Quayle, James Danforth** (geb. 1947), Republikanische Partei. Vizepräsident der USA (1989–1993). **Dok. 152**
- Raab, Julius** (1891–1964), ÖVP. Bundeskanzler Österreichs (1953–1961). Abgeordneter zum Nationalrat (1927–1934 und 1945–1964). Bundesparteiobermann der ÖVP (1952–1960). S. 19–21, 28
- Rafsanjani, Akbar Hashemi** (1934–2017). Staatspräsident Irans (1989–1997). **Dok. 34**
- Rakowski, Mieczysław** (1926–2008), PVAP. Mitglied des ZK der PVAP (1975–1990). Stellvertretender Ministerpräsident (1981–1985). Stellvertretender Parlamentspräsident (1985–1988). Ministerpräsident Polens (1988/89). Erster Sekretär der PVAP (1989–1990). **Dok. 33, 91**
- Rapacki, Adam** (1909–1970), PVAP. Außenminister Polens (1956–1968). **Dok. 84 (9)**
- Ratford, David**. Assistant Under-Secretary of State im Außenministerium Großbritanniens. **Dok. 98**
- Rau, Johannes** (1931–2006), SPD. Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen (1958–1999). Mitglied des Parteivorstands (1968–1999), des Parteipräsidiums (1978–1999) und stellvertretender Vorsitzender der SPD (1982–1999). Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (1978–1998). Bundespräsident Deutschlands (1999–2004). **Dok. 1, 2**
- Rauchfuß, Wolfgang** (1931–2005), SED. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates (1965–1989). Mitglied des ZK der SED (1967–1989). Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED (November/Dezember 1989). Abgeordneter der Volkskammer (1967–1990). Minister für Materialwirtschaft (1974–1989). November 1989 Rücktritt mit der gesamten

- Regierung. Staatssekretär im Kabinett Hans Modrows (1989–1990). Ab März 1990 Mitarbeiter der Treuhandanstalt bzw. zeitweiser Beauftragter des „East German Investment Trust“. **Dok. 67 (2)**
- Rausch, Jean-Marie** (geb. 1929). Minister für Außenhandel Frankreichs (1988–1991). **Dok. 175**
- Rauscher, Hans** (geb. 1944), Journalist. Stellvertretender Chefredakteur bzw. Chefredakteur der Tageszeitung *Kurier* (1982–1997). **Dok. 131 (8)**
- Reagan, Ronald** (1911–2004), Republikanische Partei. Gouverneur von Kalifornien (1967–1975). Präsident der USA (1981–1989). **Dok. 3 (5), 11, 19 (3), 23 (6), 24, 51b (25)**
- Reder, Walter** (1915–1991), SS-Sturmabführer. Kommandeur einer Aufklärungsabteilung der 16. SS-Panzer Grenadier-Division „Reichsführer SS“. S. 52
- Reh, Klaus** Sektionsleiter im Ministerium für Außenhandel der DDR. **Dok. 107**
- Reich, Jens** (geb. 1939), Bürgerrechtler und Molekularbiologe. Ab 1985 Mitarbeit in oppositionellen Gruppen. September 1989 Koautor des Aufrufs „Aufbruch 89–Neues Forum“. Abgeordneter der Volkskammer der DDR für das Neue Forum in der Fraktion Bündnis 90/Grüne (März–Oktober 1990). Abgeordneter des Deutschen Bundestags (Oktober–Dezember 1990). **Dok. 60, 78**
- Reiche, Steffen** (geb. 1960). Oktober 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP). Jänner 1990 Mitglied des Parteivorstands der SPD (DDR). Abgeordneter der Volkskammer (März–Oktober 1990). Abgeordneter des Landtages von Brandenburg (1990–2005). S. 70; **Dok. 78**
- Reichelt, Hans** (geb. 1925), Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD). Mitglied des Parteivorstands der DBD (1950–1990). Abgeordneter der Volkskammer der DDR (1950–1990). Minister für Land- und Forstwirtschaft (1955–1963). Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (1972–1989). Minister für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft (1989–1990). **Dok. 36**
- Reichmann, Hans** (1990–1993). Vertreter Österreichs beim Europarat in Straßburg (1958–1963). Leiter der Rechtsabteilung im BMAA (1964–1969 und 1974–1975). Österreichischer Botschafter im Vatikan (1969–1974). Im Gefolge der „Affäre Waldheim“ ab Juni 1987 einschlägiger Sonderbeauftragter des BMAA für Frankreich, Belgien und Luxemburg. S. 53
- Reinhold, Otto** (1925–2016), SED. Wirtschaftswissenschaftler. Mitglied des ZK der SED (1967–1989). Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften (1962–1989). 1987 an der Erarbeitung des Positionspapiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ zwischen SPD und SED beteiligt. **Dok. 16 (8), 24**
- Reissig, Rolf** (geb. 1940), Sozialwissenschaftler und Politikwissenschaftler. Ordentlicher Professor an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (1981–1989). 1987 an der Erarbeitung des Positionspapiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ zwischen SPD und SED beteiligt. Leiter der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (1989–1990). **Dok. 16 (8)**
- Rejc, Denise** (geb. 1962). Mitarbeiterin der Amerikabteilung (Abteilung II.9) im BMAA (1990–1991). **Dok. 131 (8, 24), 141 (1), 152 (1)**
- Renner, Karl** (1870–1950), SPÖ. Staatskanzler (1945). Bundespräsident Österreichs (1945–1950). S. 12
- Rettnr, Gunter** (1942–1998), SED. Stellvertretender Leiter der Abteilung West (1983–1985, ab 1984 Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft) beim ZK der SED. Leiter der Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft beim ZK der SED (1985–1989). Kandidat (1986–1988) und Mitglied des ZK der SED (1988–1989). **Dok. 75**
- Reyn, Alex.** Leiter des Kabinetts des belgischen Außenministers Mark Eyskens. **Dok. 90**

- Richter, Edelbert** (geb. 1943), Evangelischer Theologe. Mitbegründer verschiedener oppositioneller Gruppen und Theoretiker der DDR-Opposition. Mitglied des Initiativkreises zur Gründung der Partei Demokratischer Aufbruch (DA) und Beteiligung an der Ausarbeitung des Parteiprogramms (1989). März 1990 Abgeordneter der Volkskammer für die SPD (DDR). Abgeordneter des Europäischen Parlaments (1991–1994). **Dok. 60**
- Ridley, Nicholas** (1929–1993), Conservative Party. Staatssekretär für Umwelt (1986–1989) und für Handel und Industrie (1989–1990) Großbritanniens. **Dok. 98 (1), 142, 162**
- Riegler, Josef** (geb. 1938), ÖVP. Abgeordneter zum Nationalrat (1975–1983 und 1991–1993). Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft (1987–1989) und Föderalismus und Verwaltungsreform (1989–1991). Vizekanzler Österreichs (1989–1991). Bundesparteiobmann der ÖVP (1989–1991). S. 93; **Dok. 54 (2), 151**
- Robson, John E.** (1931–2002). Stellvertreter der Finanzminister der USA (1989–1992). **Dok. 131**
- Rocard, Michel** (geb. 1930), Parti socialiste (PS). Minister für Landwirtschaft (1983–1985). Premierminister Frankreichs (1988–1991). **Dok. 73 (4), 175**
- Roelands, Frans.** Generalsekretär im belgischen Außenministerium. **Dok. 90**
- Rohwedder, Detlev** (1932–1991), SPD. Juli 1990 vom Ministerrat der DDR zum Vorsitzenden der Treuhandanstalt bestimmt. 1991 Präsident der Treuhandanstalt. **Dok. 174**
- Roman, Petre** (geb. 1946). Ministerpräsident Rumäniens (1989–1991). **Dok. 111**
- Romberg, Walter** (1928–2014). Leiter der Abteilung Wissenschaft, Information, Edition und Bibliothek am Institut für Reine Mathematik der Akademie der Wissenschaften der DDR (1978–1990). Oktober 1989 Beitritt zur Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP). Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Hans Modrow (Februar–April 1990). Minister der Finanzen im Kabinett Lothar de Maizière (April–August 1990). 18. Mai 1990 Mitunterzeichner des 1. Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Abgeordneter des Europaparlaments (1990–1994). **Dok. 126, 155 (2)**
- Ronneburger, Uwe** (1920–2007), FDP. Mitglied des Deutschen Bundestags (1972–1975 und 1980–1990) und dort stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender (1973–1975 und 1983–1990) sowie Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen (1980–1983) und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses (Mai–Dezember 1990). **Dok. 24**
- Roosevelt, Franklin D.** (1882–1945), Demokratische Partei. Präsident der USA (1933–1945). **Dok. 69 (5), 127 (15), 129 (2)**
- Rose, Harald** (geb. 1927). Ständiger Beobachter (1965–1968) und Ständiger Vertreter der DDR bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf (1982–1987) und zugleich Botschafter beim Genfer Abrüstungsausschuss. Leiter der UNO-Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (1971–1982 und 1988–1990). **Dok. 37**
- Rotter, Adrian** (1897–1967). Leiter der österreichischen Vertretung in Bonn (1954–1955). Österreichischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland (1955–1958). S. 15
- Rudofsky, Hans Georg** (geb. 1930). Österreichischer Botschafter in Finnland (1986–1990). S. 15; **Dok. 51a, 51b**
- Rühe, Volker** (geb. 1942), CDU. Generalsekretär der CDU (1989–1992). Bundesminister für Verteidigung (1992–1998). Mitglied des Deutschen Bundestags (1976–2005). Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (1982–1989 und 1998–2002). **Dok. 59, Dok. 61, 71, 79**
- Ruhfus, Jürgen** (geb. 1930). Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in den USA (1987–1992). **Dok. 152**
- Ryder, Richard** (geb. 1940), Conservative Party. Wirtschaftssekretär im Schatzamt (1989–1990). Paymaster General (Generalzahlmeister) der britischen Regierung (1990). Parlamentarischer Sekretär und Parlamentarischer Haupt-

- geschäftsführer (Chief Whip) der Conservative Party im House of Commons (1990–1995). **Dok. 98 (1)**
- Ryschkow, Nikolai I.** (geb. 1929), KPdSU. Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Gosplan der UdSSR (1979–1982). Mitglied des ZK der KPdSU (1981–1991). Sekretär und Leiter der Wirtschaftsabteilung des ZK der KPdSU (1982–1985). Mitglied des Politbüros (1985–1990). Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR (1985–1991). **Dok. 5, 48, 151 (8), 178**
- Sacharow, Andrei D.** (1921–1989), Physiker und Dissident. Mitarbeiter des sowjetischen Kernwaffenprogramms (1948–1968). 1970 Gründer des Komitees zur Durchsetzung der Menschenrechte, Forderung nach einer Demokratisierung der Sowjetunion. 1975 Friedensnobelpreis. Verbannung nach Gorki (1980–1986). 1988 Leiter der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften. **Dok. 11**
- Saikow, Lew N.** (1923–2002). Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU (1985–1990). Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsrats der UdSSR (1985–1990). Mitglied des Politbüros der KPdSU (1986–1990). Erster Sekretär des KP-Stadtkomitees von Moskau (1987–1989). **Dok. 161**
- Sajdik, Martin** (geb. 1949). Botschaftssekretär, zuständig für Presse und Information (1980–1985) und Gesandter (1989–1991) an der österreichischen Botschaft in der Sowjetunion. **Dok. 58, 65 (2), 72, 89, 114, 121, 135, 139, 151 (8), 161, 169**
- Sallinger, Rudolf** (1916–1992), ÖVP. Präsident der Bundeswirtschaftskammer (1964–1990). Obmann des Österreichischen Wirtschaftsbundes (1966–1990). Abgeordneter zum Nationalrat (1966–1990). **Dok. 112**
- Scanlan, Francis T.** Leitender Angestellter für politische Angelegenheiten der US-Botschaft in Wien. **Dok. 131 (6)**
- Schabowski, Günter** (1929–2015). Chefredakteur *Neues Deutschland* (1978–1985). Abgeordneter der Volkskammer (1981–1990). Mitglied (1981–1989) und Sekretär des ZK der SED (1986–1989). Kandidat (1981–1984) und Mitglied des Politbüros (1984–1989). Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin (1985–1989). Jänner 1990 Parteiausschluss. **Dok. 67, 68**
- Schalck-Golodkowski, Alexander** (1932–2015). Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo, 1966–1989). 1967 Ernennung zum Offizier im besonderen Einsatz (OibE) des Ministeriums für Staatssicherheit, ab 1975 im Rang eines Oberst. Stellvertretender Minister für Außenwirtschaft (1967–1975). Staatssekretär für Außenhandel (1975–1989). Mitglied der Wirtschaftskommission beim Politbüro (1976–1989). Mitglied des ZK der SED (1986–1989). Dezember 1989 Parteiausschluss. **Dok. 87, 89**
- Schallenberg, Wolfgang** (geb. 1930). Leiter der kulturpolitischen Sektion (Sektion V) im BMAA (1982–1988). Österreichischer Botschafter in Frankreich (1988–1992). Generalsekretär des BMAA (1992–1995). **Dok. 51a, 51b, 63, 73, 117 (1), 145, 175**
- Schamir, Jitzchak** (1915–2012), Likud. Minister für auswärtige Angelegenheiten (1980–1983). Ministerpräsident Israels (1983–1984 und 1986–1992). **Dok. 34**
- Schatalin, Stanislaw S.** (1934–1997), KPdSU. Wirtschaftswissenschaftler. Mitglied des Instituts für Wirtschaft und Mathematik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Seit Dezember 1989 Mitglied der Staatskommission für Wirtschaftsreform. 1990 Leiter einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines einheitlichen Programms zum Übergang zur Marktwirtschaft. Mitglied des Präsidialrats (März–Dezember 1990). **Dok. 161**
- Schäuble, Wolfgang** (geb. 1942), CDU. Seit 1972 Mitglied und seit 2017 Präsident des Deutschen Bundestags. Parlamentarischer Geschäftsführer (1981–1984) und Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (1991–2000). Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes (1984–1989). Bundesminister des Innern (1989–1991 und 2005–2009) der Finanzen (2009–2017).

- Seit 1989 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU und Bundesvorsitzender der CDU (1998–2000). **Dok. 6, 96, 170 (2)**
- Scheel, Walter** (1919–2016), FDP. Bundesvorsitzender der FDP (1968–1974). Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1961–1966) und des Auswärtigen (1969–1974). Vizekanzler (1969–1974). Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1974–1979). **Dok. 59 (11)**
- Scheich, Manfred** (geb. 1933). Leiter der österreichischen Vertretung bei der EG in Brüssel (1983–1986). Leiter der wirtschafts- und integrationspolitischen Sektion (Sektion III) im BMAA (1987–1993). **Dok. 39 (1), 41 (1), 48 (1), 51a (1), 57 (1), 65 (1), 69 (1), 70 (1), 80 (1), 82 (1), 86 (1), 98, 129 (1), 131, 138 (6), 141 (1), 146 (1, 13), 155 (1), 159 (1), 162 (1), 163 (1), 172 (1)**
- Schell, Manfred** (geb. 1944). Chefredakteur der deutschen Tageszeitung *Die Welt* (1985–1992). **Dok. 33 (4)**
- Schewardnadse, Eduard A.** (1928–2014). Erster Sekretär der KP Georgiens (1972–1985). Mitglied des ZK der KPdSU (1976–1990). Kandidat (1978–1985) und Mitglied des Politbüros (1985–1990). Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (1985–1991). Staatsoberhaupt Georgiens (1992–1995). Präsident Georgiens (1995–2003). S. 42, 49, 77, 80, 87; **Dok. 5, 6 (17), 15 (8), 23 (6), 40, 45, 48, 59 (18), 61, 69, 72, 85, 89, 98, 106, 114, 117, 119, 121, 124, 129, 130, 139, 140, 143, 146, 149, 150, 152 (25), 156, 157, 159 (6), 161, 167, 169 (10), 170, 171, 178**
- Schikin, Gennadi S.** (1938–2006). Botschafter der Sowjetunion in Österreich (1986–1990). Seit Juni 1990 Botschafter in der DDR bzw. Leiter der Außenstelle der Sowjetunion in Berlin. S. 71, 78, 79; **Dok. 6 (16), 42, 48, 82, 117**
- Schiwkow, Todor** (1911–1998), Kommunistische Partei Bulgariens (BKP). Kandidat (1945–1948) und Mitglied des ZK der BKP (1948–1989). Kandidat (1950–1951) und Mitglied des Politbüros (1951–1989). Generalsekretär der BKP (1954–1989). Vorsitzender des Staatsrates (1971–1989). **Dok. 13**
- Schlecht, Otto** (1925–2003). Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (1973–1991). **Dok. 125**
- Schleiff, Henning** (geb. 1937), SED. Oberbürgermeister von Rostock (1975–1990). **Dok. 144**
- Schmelzer, Robert** (1914–1996). Chefredakteur der *Ruhr Nachrichten* (1949–1967) und der *Frankfurter Neue Presse* (1967–1979). Herausgeber der *Westfalenpost* (1988–1987). **Dok. 48 (23)**
- Schmid, Erich Maximilian** (geb. 1929). Österreichischer Botschafter in Peru (1971–1974), Indonesien (1974–1979), Indien (1983–1987) und Japan (1991–1994). Politischer Direktor (Leiter Sektion II–Politische Sektion) im BMAA (1987–1990). **Dok. 28, 34 (1), 37, 39 (1), 41 (1), 42 (1), 45, 48, 51a, 52 (1), 57 (1), 65 (1), 69 (1), 70 (1), 80 (1), 82 (1), 86, 104, 111, 117, 129 (1), 131 (1, 8, 24), 133, 141 (1), 146 (1), 153, 155 (1), 158 (1), 159 (1), 162 (1), 163 (1), 172 (1), 178**
- Schmid, Franz** (geb. 1930). Österreichischer Botschafter in Ungarn (1988–1992). Leiter der Sektion für Entwicklungshilfe (Sektion VII) im BMAA (1985–1988). **Dok. 51a**
- Schmidt, Helga** (geb. 1939). Kultur und Presserätin an der österreichischen Botschaft in der DDR (1987–1990). **Dok. 165 (2)**
- Schmidt, Erich** (geb. 1943), SPÖ. Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie (1983–1986). Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft (1986–1987). Abgeordneter zum Nationalrat (1979–1983 und 1987–1988). **Dok. 1**
- Schmidt, Helmut** (1918–2015), SPD. Mitglied des Deutschen Bundestags (1953–1962 und 1965–1987). Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (1967–1969). Stellvertretender Vorsitzender der SPD (1968–1983). Bundesminister der Verteidigung (1969–1972) und der Finanzen (1972–1974). Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1974–1982). Mitherausgeber von *Die Zeit* (1983–2015). S. 51, 52, 60; **Dok. 1, 20 (27)**

- Schneider, Rudolf.** Vorstandsdirektor der Creditanstalt AG. **Dok. 131 (8)**
- Schnur, Wolfgang** (1944–2016), Rechtsanwalt. Rechtsvertreter zahlreicher Oppositioneller. Oktober 1989 Mitbegründer der politischen Plattform Demokratischer Aufbruch (DA). Teilnehmer am Zentralen Runden Tisch (1989–1990). Mitbegründer der Allianz für Deutschland bestehend aus DA, Deutsche Soziale Union (DSU) und CDU. März 1990 Parteiausschluss nach Bekanntwerden seiner Tätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS. **Dok. 75**
- Scholz, Rupert** (geb. 1937), CDU. Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (1985–1988). Bundesminister der Verteidigung (1988/89). Mitglied des Deutschen Bundestags (1990–2002). **Dok. 32**
- Schori, Pierre** (geb. 1938), Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (SAP). Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Schwedens (1982–1991). **Dok. 51b**
- Schotta, Charles.** Mitglied der US-amerikanischen Delegation in Wien (23.–25. Februar 1990). Deputy Assistant Secretary im Finanzministerium der USA. **Dok. 131 (6)**
- Schramek, Karl** (geb. 1949). Direktor des österreichischen Kulturinstituts in Budapest (1983–1985). Mitarbeiter der Abteilung für Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung (Abteilung II.8) im BMAA (1985–1990). **Dok. 48**
- Schulz, Karl Werner** (1953–1989). DDR-Flüchtling, der im August 1989 bei einem Unfall ums Leben kam. **Dok. 50 (7)**
- Schürer, Gerhard** (1921–2010), SED. Mitglied des ZK der SED (1963–1989). Vorsitzender der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat der DDR (1965–1989). Ko-Vorsitzender der Paritätischen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit DDR-UdSSR (1966–1989). Kandidat (1973–1989) und Mitglied des Politbüros (November/Dezember 1989). Jänner 1990 Parteiausschluss. **Dok. 7 (12), 67 (2), 77**
- Schurkin, Witaly W.** (geb. 1928). Direktor des Europa-Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (1987–1999). **Dok. 106**
- Schüssel, Wolfgang** (geb. 1945), ÖVP. Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten (1989–1995) und auswärtige Angelegenheiten (1995–2000). Vizekanzler (1995–2000). Bundeskanzler Österreichs (2000–2007). Abgeordneter zum Nationalrat (1979–1989 und 2006–2011). Bundesparteibeamter der ÖVP (1995–2007). **Dok. 107 (25), 111, 112**
- Scowcroft, Brent** (geb. 1925), Republikanische Partei. Nationaler Sicherheitsberater der USA (1975–1977 und 1989–1993). **Dok. 152**
- Segalla, Viktor** (geb. 1943). Gesandter in der Abteilung für bilaterale Wirtschafts- und Finanzpolitik und internationale Wirtschaftsangelegenheiten (Abteilung III.1) im BMAA (1988–1989). **Dok. 33 (1)**
- Seidel, Jutta** (geb. 1950). 1982 Unterzeichnerin des Aufrufes „Frauen für den Frieden“. 1984 Gründerin des Arbeitskreises „Ärzte für den Frieden“. 1989 Mitinitiatorin der Oppositionsgruppe Neues Forum (NF). **Dok. 67**
- Seidel, Karl** (geb. 1930). Leiter der Abteilung BRD im MfAA der DDR (1970–1990). **Dok. 126**
- Seinitz, Kurt** (geb. 1947), Journalist. Seit 1972 Leiter des Ressorts Außenpolitik der österreichischen Tageszeitung *Kronen Zeitung*. **Dok. 131 (8)**
- Seiters, Rudolf** (geb. 1937), CDU. Mitglied des Deutschen Bundestags (1969–2002) und dort Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (1971–1976 und 1982–1984) sowie erster Parlamentarischer Geschäftsführer (1984–1989). Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes (1989–1991). Bundesminister des Inneren (1991–1993). S. 70, 73; **Dok. 75, 78, 79, 84, 86, 88, 112, 114**
- Shultz, George P.** (geb. 1920), Republikanische Partei. Professor für Industriebeziehungen an der University of Chicago (1957–1959), ab 1962 Dekan der Universität. Berater im US State Department (1959–1960). Minister für Arbeit

- (1969–1970) und Finanzen (1972–1974). Außenminister der USA (1982–1989). **Dok. 11, 21, 24, 35**
- Siebert, Walter** (geb. 1929), SED. Staatssekretär im Ministerium der Finanzen der DDR (1980–1990). Nach der Abberufung von Uta Nickel ab 29. Jänner 1990 amtsführender Minister der Finanzen. **Dok. 126**
- Sindermann, Horst** (1915–1990), SED. Kandidat (1958–1963) und Mitglied des ZK der SED (1963–1989). Mitglied des Politbüros (1967–1989). Vorsitzender des Ministerrates (1973–1976). Abgeordneter der Volkskammer (1963–1989). Präsident der Volkskammer (1976–1989). Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates (1976–1989). Dezember 1989 Parteiausschluss. **Dok. 25, 32, 67 (2), 87**
- Sinowatz, Fred** (1929–2008), SPÖ. Bundesparteivorsitzender der SPÖ (1983–1988). Abgeordneter zum Nationalrat (1971–1983 und 1986–1988). Bundesminister für Unterricht und Kunst (1971–1983). Vizekanzler (1981–1983). Bundeskanzler Österreichs (1983–1986). S. 36, 53; **Dok. 1, 7 (3), 22**
- Sitarjan, Stepan A.** (geb. 1930), KPdSU. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR (1989–1991). **Dok. 169**
- Sitzlack, Georg** (geb. 1923). Ab 1973 Staatssekretär und Präsident des staatlichen Amtes für Atomicherheit und Strahlenschutz der DDR. **Dok. 22, 77**
- Skubiszewski, Krzysztof** (1926–2010). Außenminister Polens (1989–1993). S. 82, 83; **Dok. 69 (22), 127, 158 (1), 162**
- Sljunkow, Nikolai N.** (geb. 1929), KPdSU. Stellvertretender Vorsitzender des Gosplans der UdSSR (1974–1983). Erster Sekretär der KP Weißrusslands (1983–1987). Sekretär (1987–1990) und Leiter der Wirtschaftsabteilung beim ZK der KPdSU (1987–1988). Mitglied des ZK der KPdSU (1986–1990). Kandidat (1986–1987) und Mitglied des Politbüros (1987–1990). **Dok. 27**
- Snyder, Joe.** Botschafter der USA in Österreich. **Dok. 159 (1)**
- Soares, Mário** (1924–2017), Partido Socialista (PS). Präsident Portugals (1986–1996). **Dok. 63 (1)**
- Sommerbauer, Heinz** (geb. 1954). Kabinettschef im Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr unter Rudolf Streicher (1988–1992). **Dok. 78 (11)**
- Somogyi, Andreas** (geb. 1938). Österreichischer Botschafter in Brasilien (1976–1979 und 1990–1994), Rumänien (1979–1983) und Polen (1987–1989). Legationsrat in der Abteilung II.1 (Westeuropa) im BMAA (1985/86). **Dok. 4, 10, 33 (8), 51a, 91**
- Spallinger, Kurt** (geb. 1944). Gesandter in der Abteilung Asien (Abteilung II.10) im BMAA (1989–1993). **Dok. 141 (1)**
- Späth, Lothar** (1937–2016), CDU. Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1978–1991). Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg (1979–1991). **Dok. 120, 148**
- Spera, Danielle** (geb. 1957), Journalistin. Moderatorin der Nachrichtensendung *Zeit im Bild* des ORF (1988–2010). **Dok. 131 (8)**
- Spethmann, Dieter** (1926–2016). Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG (1973–1991). **Dok. 67**
- Staffelmayer, Emil** (geb. 1933–2002). Österreichischer Botschafter in Marokko (1981–1985) und Italien (1991–1997). Kabinettschef des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten Alois Mock (1987–1991). **Dok. 78 (1)**
- Stalin, Josef** (1878–1953). Generalsekretär des ZK der KPdSU (1922–1953). S. 14; **Dok. 59 (6), 69 (5), 127 (15), 129 (2), 139**
- Standenat, Yuri** (geb. 1942). Gesandter in der Amerikaabteilung (Abteilung II.9) im BMAA (1990–1994). **Dok. 152 (1), 164 (1)**
- Stanzl, Werner** (geb. 1941). Redakteur der Tageszeitung *Der Standard*. Korrespondent in Bonn und Brüssel (1989–1992). **Dok. 59**
- Staribacher, Josef** (1921–2014), SPÖ. Abgeordneter zum Nationalrat (1961–1970). Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Österreichs (1970–1983). S. 50; **Dok. 7 (22)**
- Steger, Norbert** (geb. 1944), FPÖ. Vizekanzler Österreichs (1983–1987). Bundesparteiohmann-Stellvertreter (1978–1980). Bundesparteiohmann der FPÖ (1980–1986). S. 53

- Steglich, Peter** (geb. 1936). Leiter der Abteilung Nordeuropa im MfAA der DDR (1974–1976). Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Grundsatzfragen und Planung (1977–1990) und in dieser Funktion Leiter der DDR-Delegation auf den KSZE-Folgetreffen in Madrid (1980–1983), in Wien (1986–1989) und weiteren KSZE-Konferenzen. **Dok. 37, 123**
- Reichsfreiherr vom und zum Stein, Heinrich Friedrich Karl** (1757–1831), Preussischer Beamter und Reformers. **Dok. 107 (17)**
- Steiner, Dietrich** (geb. 1944). Stellvertreter des Botschafters und Leiter der Politischen Abteilung in der Botschaft der DDR in Österreich (1987–1990). Mitarbeiter in der Abteilung Westeuropa im MfAA der DDR (Juni–November 1990). **Dok. 52**
- Steiner, Ludwig** (1922–2015), ÖVP. Leiter der politischen Sektion und Stellvertreter des Generalsekretärs im BMAA (1972–1979). Abgeordneter zum Nationalrat (1979–1990). Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (1979–1991). S. 49; **Dok. 48, 61**
- Stern, Maram** (geb. 1956). Bevollmächtigter des World Jewish Congress. **Dok. 86 (20)**
- Sterzinsky, Georg** (1936–2011). Bischof des Bistums Berlin (1989–2011). Erzbischof von Berlin (1994–2011). 1991 Ernennung zum Kardinal. **Dok. 90**
- Stillfried, Bernhard** (1925–2011). Leiter der kulturpolitischen Sektion (Sektion V) im BMAA (1988–1990). **Dok. 39 (1), 41 (1), 48 (1), 51a (1), 57 (1), 65 (1), 69 (1), 70 (1), 80 (1), 82 (1), 86 (1), 129 (1), 141 (1), 146 (1), 155 (1), 159 (1), 162 (1), 163 (1), 172 (1)**
- Stoltenberg, Gerhard** (1928–2001), CDU. Bundesminister für wissenschaftliche Forschung (1965–1969), der Finanzen (1982–1989) und der Verteidigung (1989–1992) der Bundesrepublik Deutschland. Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (1971–1982). **Dok. 142, 150, 152, 162**
- Stoph, Willi** (1914–1999), SED. Mitglied des ZK der SED (1950–1989). Mitglied des Politbüros (1953–1989). Abgeordneter der Volkskammer (1950–1989). Minister für Inneres (1952–1955) und nationale Verteidigung (1956–1960). Vorsitzender des Ministerrates (1964–1973 und 1976–1989). Vorsitzender (1973–1976) und stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates (1976–1989). Dezember 1989 Parteiausschluss. S. 66, 67; **Dok. 7, 47, 67 (2), 87**
- Strasser, Helmuth** (geb. 1934). Österreichischer Botschafter in der DDR (1981–1985) und in Griechenland (1985–1990). **Dok. 1, 51b**
- Strauß, Franz Josef** (1915–1988), CSU. Stellvertretender Vorsitzender (1952–1961) und Vorsitzender der CSU (1961–1988). Bundesminister für besondere Aufgaben (1953–1955), Atomfragen (1955–1956), Verteidigung (1956–1962) und Finanzen (1966–1969) der Bundesrepublik Deutschland. Mitglied des Deutschen Bundestags (1949–1978). Ministerpräsident Bayerns (1978–1988). S. 36; **Dok. 1, 2, 11 (6), 48, 132**
- Streicher, Rudolf** (geb. 1939), SPÖ. Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Austria Metall AG (1981–1986). Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr (1986–1991). Generaldirektor der Steyr-Daimler-Puch AG (1992–1998). **Dok. 11, 23, 111, 112**
- Streit [Vorname unbekannt]**. Mitarbeiter im Referat E A 3 (EG, Außenwirtschaftspolitik, Beziehungen zu den EFTA-Staaten) im Bundesministerium für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. **Dok. 125**
- Streletz, Fritz** (geb. 1926), Generaloberst. Stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung und Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee (1979–1989). **Dok. 55, 86**
- Štrougal, Lubomír** (geb. 1924), KSČ. Mitglied des ZK der KSČ (1958–1989). Minister für Land-, Forst und Wasserwirtschaft (1959–1961) und Inneres (1961–1965). Stellvertretender Ministerpräsident (1968–1970) und Ministerpräsident der ČSSR (1970–1988). **Dok. 5 (6)**
- Sucharipa, Ernst** (1947–2005). Stellvertretender Kabinettschef (1984–1985) und

- Kabinettschef (1985–1987) von Außenminister Leopold Gratz. Leiter der Ostabteilung (Abteilung II.3) im BMAA (1987–1990). Politischer Direktor (Leiter Sektion II–Politische Sektion) im BMAA (1990–1993). Botschafter Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York (1993–1999). Direktor der Diplomatischen Akademie (1999–2005). S. 63, 85, 90, 91; **Dok. 5 (1), 7 (1), 9, 10, 12 (1), 14, 16, 17, 18, 21, 22, 23, 30, 33 (1, 6, 7), 38, 39, 41 (3), 42, 46 (1), 47 (1), 48, 49 (1), 52, 57, 61 (1, 10, 12), 62, 65, 69 (1), 70 (1), 74, 77, 78 (1), 80 (1), 82, 86, 89 (1), 100, 111, 113, 115 (1), 116, 117 (1), 119 (10), 129 (18), 130 (1,8), 131, 134 (1), 135 (1, 4, 14, 16, 17), 139 (1), 163, 169 (1), 172**
- Sudhoff, Jürgen** (geb. 1935). Sprecher des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland (1977–1981). Stellvertretender Sprecher und stellvertretender Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1982–1985). Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1987–1991). Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Frankreich (1991–1995). **Dok. 146**
- Sulek, Jerzy** (geb. 1939). Leiter der Abteilung Europa im polnischen Außenministerium. **Dok. 158**
- Sununu, John Henry** (geb. 1939), Republikanische Partei. Gouverneur von New Hampshire (1983–1989). Stabschef des Weißen Hauses der USA (1989–1991). **Dok. 152**
- Świąćicki, Marcin** (geb. 1947). Minister für Außenhandel Polens (1989–1991). Abgeordneter des polnischen Parlaments (1989–1991 und 1993–1996). Bürgermeister von Warschau (1994–1999). **Dok. 158 (1)**
- Synnott, Hilary** (1945–2011). Leiter der West-Europa-Abteilung im Außenministerium Großbritanniens (1989–1991). 1990 Mitglied der britischen 2+4-Delegation. **Dok. 99, 138**
- Sytschow, Wjatscheslaw W.** (geb. 1933). Generalsekretär des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, 1983–1991). **Dok. 7**
- Tae-woo, Roh** (geb. 1932), Demokratische Gerechtigkeitspartei. Präsident Südkoreas (1988–1993). **Dok. 84 (11)**
- Tauschitz, Othmar** (geb. 1925), General. Kommandant der Luftstreitkräfte (1969–1975). Leiter der Luftabteilung im Bundesministerium für Landesverteidigung (1976–1980). Generaltruppeninspektor des Österreichischen Bundesheeres (1986–1990). **Dok. 7 (3), 22 (17)**
- Teltschik, Horst** (geb. 1940), CDU. Leiter des Büros des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (1977–1982). Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Leiter der Abteilung für Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik und äußere Sicherheit im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland (1982–1990). S. 69, 88; **Dok. 119 (2), 146, 156, 167 (10)**
- Terechow, Wladislaw P.** (geb. 1933). Gesandtschaftsrat an der Botschaft der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland (1981–1986). Abteilungsleiter, zuständig für Kader und Bildung, im sowjetischen Außenministerium (1988–1990). Botschafter der UdSSR bzw. der Russländischen Föderation in Deutschland (1990–1997). **Dok. 156, 167 (10)**
- Thatcher, Margaret** (1925–2013), Conservative Party. Ministerin für Kultur und Wissenschaft (1970–1974). Vorsitzende der Conservative Party (1975–1990). Premierministerin Großbritanniens (1979–1990). S. 74, 85, 95; **Dok. 79, 80, 92, 98 (1), 106, 122, 128, 129, 138, 142, 146, 148, 150 (4), 153, 162 (7)**
- Thierse, Wolfgang** (geb. 1943). Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (1977–1990). Oktober 1989 Beitritt zur Oppositionsgruppe Neues Forum (NF). Ab Jänner 1990 Mitglied der SPD (DDR). Vorsitzender der SPD (DDR, Juni–September 1990). Stellvertretender Vorsitzender der SPD (1990–2005). Abgeordneter der Volkskammer der DDR (März–Oktober 1990). Abgeordneter des Deutschen Bundestags (1990–2013).

- Präsident des Deutschen Bundestags (1998–2005). **Dok. 174**
- Tichy-Schreder, Ingrid** (geb. 1941), ÖVP. Kammerrätin der Wirtschaftskammer Wien (1975–2000). Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich (1985–2000). Abgeordnete zum Nationalrat (1979–1999). Stellvertreterin des ÖVP-Bundesparteibmanns Josef Riegler (1989–1991). **Dok. 22**
- Tisch, Harry** (1927–1995), SED. Mitglied des ZK der SED (1963–1989). Kandidat (1971–1975) und Mitglied des Politbüros (1975–1989). Mitglied des Staatsrates und des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front (1975–1989). Vorsitzender des Bundesvorstands des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB, 1975–1989). November 1989 Rücktritt aus dem Politbüro, Entbindung als Mitglied des Staatsrates und Ausschluss aus dem FDGB. Dezember 1989 Parteiausschluss. **Dok. 65, 67 (2), 87**
- Toeplitz, Heinrich** (1914–1998), CDU. Abgeordneter der Volkskammer (1951–1990). Mitglied des Politischen Ausschusses bzw. des Präsidiums des CDU-Hauptvorstandes (1952–1989). Präsident des Obersten Gerichtshofs (1960–1986). Stellvertretender Vorsitzender der CDU in der DDR (1966–1989). Vorsitzender des Ausschusses der Volkskammer der DDR zur „Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen“ (1989/90). **Dok. 87**
- Torovsky, Rudolf** (geb. 1934). Österreichischer Botschafter in Algerien (1979–1982). Leiter der Abteilung für Sicherheitspolitik (Abteilung II.7) im BMAA (1983–1989). **Dok. 74 (1)**
- Trojan, Carlo** (geb. 1942). Stellvertretender Generalsekretär (1987–1997) und Generalsekretär der EG/EU-Kommission (1997–2001). **Dok. 104 (7), 160**
- Trudeau, Pierre** (1919–2000), Liberal Party of Canada. Vorsitzender der Liberal Party of Canada (1968–1984). Justizminister (1967–1968). Premierminister Kanadas (1968–1979 und 1980–1984). **Dok. 1 (40)**
- Tschernenko, Konstantin U.** (1911–1985), KPdSU. Mitglied des ZK der KPdSU (1971–1985). Kandidat (1977–1978) und Mitglied des Politbüros (1978–1985). Generalsekretär der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (1984/85). **Dok. 1, 3 (6), 8**
- Türk, Helmut** (geb. 1941). Leiter des Völkerrechtsbüros im BMAA (1982–1993). Österreichischer Botschafter in den USA (1993–1999). **Dok. 179**
- Ulbricht, Walter** (1893–1973), SED. Mitglied des Politbüros (1949–1973). Generalsekretär der SED (1950–1971). Vorsitzender des Staatsrates (1960–1973). S. 19; **Dok. 83**
- Ullmann, Wolfgang** (1929–2004). Mitarbeit im oppositionellen Arbeitskreis „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ (1986–1989). September 1989 Erstunterzeichner des Gründungsaufrufs der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt! (DJ). Mitglied des DJ-Sprecherrats (1989–1991). Mitinitiator und Teilnehmer am Zentralen Runden Tisch. Minister ohne Geschäftsbereich in der zweiten Regierung Hans Modrows (Februar–April 1990). Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Grüne und Vizepräsident der letzten Volkskammer der DDR (April–Oktober 1990). Abgeordneter des Deutschen Bundestags für Bündnis 90/Die Grünen (1990–1994). **Dok. 156**
- Unterberger, Andreas** (geb. 1949), Journalist. Redaktionsmitglied der Tageszeitung *Die Presse* (1973–2004) und Ressortleiter für Außenpolitik (1984–1995). **Dok. 131 (8)**
- Velayati, Ali Akbar** (geb. 1945). Außenminister Irans (1981–1997). **Dok. 34, 98**
- Verzetnitsch, Friedrich** (geb. 1945), SPÖ. Mitglied des Bundesrates (1984–1986). Abgeordneter zum Nationalrat (1986–2006). Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB, 1987–2006). **Dok. 131**
- Vetter von der Lilie, Karl** (geb. 1938). Gesandter an der österreichischen Botschaft in Frankreich (1986–1990). **Dok. 63 (1)**

Vlasi, Azem (geb. 1948). Vorsitzender des Bundes der Kommunisten des Kosovo (1986–1988). **Dok. 70**

Vogel, Hans-Jochen (geb. 1926), SPD. Oberbürgermeister von München (1960–1972). Landesvorsitzender der bayerischen SPD (1972–1977). Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1972–1974) und Justiz (1974–1981). Regierender Bürgermeister von Berlin (Januar–Juni 1981). Mitglied des Deutschen Bundestags (1972–1981 und 1983–1994). Parteivorsitzender (1987–1991) und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (1983–1991). **Dok. 2, 59 (6)**

Vogel, Wolfgang (1925–2008), Rechtsanwalt. Ab 1969 offiziell Bevollmächtigter der DDR für die Regelung humanitärer Fragen bei der Bundesregierung. Ab 1973 persönlicher Beauftragter des Staatsratsvorsitzenden für die Lösung humanitärer Probleme. 1989 Vermittler bei den Besetzungen der Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Prag, Budapest und Warschau. **Dok. 17, 50, 87**

Voigt, Karsten (geb. 1941), SPD. Mitglied des SPD-Parteivorstands (1984–1995) und des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei der Europäischen Gemeinschaft (SPE, 1985–1994). Mitglied des Deutschen Bundestags (1976–1998) und dort Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. **Dok. 84**

Vranitzky, Franz (geb. 1937), SPÖ. Stellvertretender Vorsitzender (1976–1981) und Vorsitzender des Vorstandes der Österreichischen Länderbank AG (1981–1984). Bundesminister für Finanzen (1984–1986). Bundesparteivorsitzender der SPÖ (1988–1997). Bundeskanzler Österreichs (1986–1997). S. 37, 44, 49, 53, 54, 56–59, 67–70, 75, 76, 84, 95, 96; **Dok. 6 (16), 7, 11 (1, 6, 7), 18, 21, 22, 23, 24, 30 (4), 48 (5), 49, 54 (2), 73, 75, 77, 78, 79, 86 (21), 105, 107, 110, 111, 112, 117 (9), 146, 147, 148, 158, 160, 165, 168, 175, 176, 180**

Vukovich, Martin (geb. 1944). Gesandter an der österreichischen Botschaft in der Sowjetunion (1986–1989). Leiter der Abteilung für Europäische Sicherheit und

Zusammenarbeit (Abteilung II.7) im BMAA (1989–1995). **Dok. 48, 108, 117 (1), 131, 146 (9)**

Wagner, Gerhard (geb. 1938). Österreichischer Botschafter in Polen (1989–1994). **Dok. 127, 158**

Waigel, Theodor „Theo“ (geb. 1939), CSU. Mitglied des Deutschen Bundestags (1972–2002). Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland (1989–1998). Vorsitzender der CSU (1988–1999). Vorsitzender des CSU-Fachausschusses Außenpolitik (1991–2002). **Dok. 48, 59 (6), 142, 155 (2), 167, 169**

Waldheim, Kurt (1918–2007). Österreichischer Botschafter bei den Vereinten Nationen (1964–1968 und 1970–1971). Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten (1968–1970). Generalsekretär der Vereinten Nationen (1972–1981). Bundespräsident Österreichs (1986–1992). S. 27, 53–55; **Dok. 11 (5), 24, 112, 175**

Wałęsa, Lech (geb. 1943). Seit 1970 Mitglied eines Streikkomitees in der Danziger Werft und ab 1978 Mitglied der „Freien Gewerkschaft der Ostseeküste“. Ab August 1980 Vorsitzender des Streikkomitees in der Lenin-Werft. Vorsitzender der Gewerkschaft Solidarność (1980–1990). Staatspräsident Polens (1990–1995). **Dok. 1 (5), 66, 80, 127**

Walters, Vernon A. (1917–2002). Stellvertretender Direktor der CIA (1972–1976). Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen (1985–1989). Botschafter der USA in der Bundesrepublik Deutschland (1989–1991). **Dok. 119 (2), 152**

Washietl, Engelbert (geb. 1941), Journalist. Deutschland-Korrespondent bei *Die Presse* (1979–1985). Stellvertretender Chefredakteur *Die Presse* (1985–1988). Leiter des Wiener Büros der *Salzburger Nachrichten* (1988–1995). **Dok. 131 (8)**

Wehner, Herbert (1906–1990), SPD. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (1966–1969). Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (1969–1983). **Dok. 84 (9)**

Weinberger, Heinz (1929–2005). Österreichischer Botschafter in Belgien (1988–1993). **Dok. 51a, 51b, 70**

- Weizsäcker, Richard von** (1920–2015), CDU. Mitglied des Bundesvorstandes der CDU (1966–1984). Mitglied des Deutschen Bundestags (1969–1981) und dessen Vizepräsident (1979–1981). Regierender Bürgermeister von Berlin (1981–1984). Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1984–1994). **Dok. 6, 11, 95, 107, 177**
- Weninger, Michael** (geb. 1951). Erster Botschaftssekretär an der österreichischen Botschaft in Warschau (1986–1991). **Dok. 33 (2)**
- Wessely, Helmut** (geb. 1945). Gesandter an der österreichischen Botschaft in der Schweiz (1987–1992). **Dok. 64 (1)**
- Whitehead, John C.** (1922–2015). Stellvertretender Außenminister der USA (Deputy Secretary of State, 1985–1989). **Dok. 25**
- Wilhelm I.** (1797–1888). Regent bzw. König von Preußen (1858–1888) und erster deutscher Kaiser (1871–1888). **Dok. 51a**
- Willerding, Hans-Jochen** (geb. 1952), SED. Mitglied des Büros und Sekretär des Zentralrats der FDJ (1979–1989). Abgeordneter der Volkskammer (1981–1990) und dort Vorsitzender der FDJ-Fraktion (1982–1990). Kandidat (1986–1989) und Mitglied des ZK der SED (November 1989). Kandidat des Politbüros (November 1989). Dezember 1989 Rücktritt aus dem ZK und Wahl ins Präsidium der SED-PDS. Ab Februar 1990 Leiter der PDS-Kommission Internationale Beziehungen. **Dok. 93**
- Wilms, Dorothee** (geb. 1929), CDU. Mitglied des Deutschen Bundestages (1976–1994). Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (1980–1982). Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft (1982–1987) und für innerdeutsche Beziehungen (1987–1991). **Dok. 68**
- Wischnewski, Hans-Jürgen** (1922–2005), SPD. Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1966–1968). Mitglied des Parteivorstands der SPD und des Parteipräsidiums (1970–1985). Staatsminister im Auswärtigen Amt (1974–1976) und im Kanzleramt (1976–1979) sowie Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin. Schatzmeister der SPD (1984–1985). Mitglied des Deutschen Bundestags (1957–1990). **Dok. 2**
- Wojtkowski, Ryszard** (geb. 1956). Kabinettsdirektor des Premierministers Polens (1983–1991). **Dok. 158**
- Wolf, Christa** (1929–2011), SED (1949–1989). Schriftstellerin. Kandidatin des ZK der SED (1963–1967). Ab 1974 Mitglied der Akademie der Künste der DDR und ab 1981 Mitglied der Akademie der Künste in Berlin (West). Am 4. November 1989 Rednerin auf der Demonstration gegen die Politik der DDR auf dem Berliner Alexanderplatz. November 1989 Unterstützerin des Aufrufes „Für unser Land“. **Dok. 67**
- Wolf, Klaus** (1934–2008). Leiter der Hauptabteilung Information im MfAA (1980–1986). Botschafter der DDR in Österreich (1986–1990). S. 75; **Dok. 104, 133**
- Wolf, Markus** (1923–2006), SED. Leiter des Außenpolitischen Nachrichtendienstes (APN, 1951–1952). 1953 Eingliederung des APN als Hauptabteilung XV (später Hauptverwaltung Aufklärung) in das MfS. Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA, 1953–1986). Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit (1956–1986). Dezember 1989 Mitglied des zeitweiligen Arbeitsausschusses der SED. **Dok. 87**
- Wollenberger, Vera** (geb. Lengsfeld, 1952). Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften der DDR (1975–1980). 1981 Mitbegründerin der Friedenskreis Pankow. 1983 SED-Ausschluss und Berufsverbot. Ab 1986 Mitglied der Gruppe Gegenstimmen. Jänner 1988 Verhaftung und Verurteilung wegen versuchter „Zusammenrottung“ bei der Berliner Liebknecht-Luxemburg-Demonstration. Februar 1988 Abschiebung nach England. November 1989 Rückkehr in die DDR, Eintritt in die Grüne Partei in der DDR und Wahl in deren Sprecherrat. Abgeordnete der Volkskammer (März–Oktober 1990). Mitglied des Deutschen Bundestags

- (1990–2005) zunächst für Bündnis 90/Die Grünen, ab 1996 CDU. **Dok. 17**
- Wolte, Wolfgang** (geb. 1931). Leiter der österreichischen Vertretung bei der EG in Brüssel (1987–1993). **Dok. 146 (13)**
- Wörner, Manfred** (1934–1994), CDU. Abgeordneter des Deutschen Bundestags (1965–1988) und dort stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion (1969–1972). Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags (1976–1980). Bundesminister für Verteidigung (1982–1988). NATO-Generalsekretär (1988–1994). **Dok. 13, 51b, 150 (4), 159**
- Woschnagg, Georg** (geb. 1939). Österreichischer Botschafter in Kenia (1981–1986). Stellvertreter des Ständigen Vertreters Österreichs bei der EU (1987–1996). **Dok. 51b**
- Woutsas, Georg** (geb. 1961). Mitarbeiter der Abteilung Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung (Abteilung II.8) im BMAA (1987–1988). **Dok. 3 (1), 4 (1)**
- Wunderbaldinger, Franz** (geb. 1927). Österreichischer Botschafter in der DDR (1985–1990) und Dänemark (1990–1992). S. 40, 41, 64, 73, 75; **Dok. 3, 4 (4), 5 (1, 10), 6, 7, 8, 12, 15, 16 (9), 17, 19, 23 (1), 25, 26, 29, 31, 35, 37, 40, 44, 46, 47, 51a, 55, 57, 60, 65 (2, 7), 67, 75, 77 (5), 78 (5), 87, 88, 93, 94, 95, 97, 101, 103, 105, 107 (30)**
- Ziegler, Gerhard** (geb. 1948). Gesandter im Kabinett des Bundesministers Alois Mock (1987–1995). **Dok. 131**
- Ziegler, Klaus** (geb. 1930). Österreichischer Botschafter in Luxemburg (1988–1992). **Dok. 51a**
- Zimmermann, Warren** (1934–2004). Botschafter der USA in Moskau (1973–1975 und 1981–1984). Leiter der US-Delegation beim Wiener KSZE-Folgetreffen (1986–1989). Botschafter der USA in Jugoslawien (1988–1992). **Dok. 17**

Sachregister

ABC-Waffenverzicht, deutscher Dok. 106, 135, 161, 162, 166, 170, 171, 172

Abkommen und Verträge

- Friedensvertrag vom 28.6.1919 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und dem Deutschen Reich (Vertrag von Versailles) Dok. 51a, 120, 149
- Vertrag von Rapallo, 16.4.1922 Dok. 135, 164
- Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR („Hitler-Stalin-Pakt“) Dok. 31
- EAC-Zonenprotokoll vom 12.9.1944, London, über die Festlegung der Grenzen des deutschen Besatzungsgebietes (Grenze Deutschlands vom 31.12.1937 sowie die Groß-Berlins vom 27.1.1920) Dok. 134
- Londoner Abkommen vom 14.11.1944 zwischen Großbritannien, der UdSSR und den USA über das Kontrollsystem in Deutschland (Londoner Protokoll) Dok. 134
- Erklärung vom 5.6.1945 in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik (Berliner-Deklaration) Dok. 69, 145
- Communiqué vom 2.8.1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) Dok. 15, 59, 69, 106, 127, 129, 140, 156
- Friedensverträge vom 10.2.1947 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien bzw. Ungarn Dok. 178
- Vertrag zwischen Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und den Niederlanden vom 17.3.1948 über Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten, und zur kollektiven Selbstverteidigung in Brüssel (Brüsseler Vertrag) Dok. 34
- Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und Finnland vom 6.4.1948 Dok. 51a, 178
- NATO-Vertrag vom 4.4.1949 Dok. 122, 161
- Abkommen vom 6.7.1950 zwischen der DDR und Polen über die deutsch-polnische Grenze (Görlitzer Abkommen) Dok. 76, 127, 146
- Vertrag vom 18.4.1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag) Dok. 7
- Abkommen vom 28.7.1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention) S. 45
- Vertrag vom 26.5.1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten Dok. 69, 129
- Abkommen vom 27.2.1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) Dok. 76, 158
- Vertrag vom 23.10.1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthaltsvertrag) Dok. 63, 122
- Vertrag vom 23.10.1954 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) Dok. 63, 122, 142
- Vertrag vom 23.10.1954 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag) Dok. 63
- Vertrag vom 23.10.1954 über die WEU Dok. 34, 63
- Staatsvertrag vom 15.5.1955 betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich *siehe österreichischer Staatsvertrag*
- Vertrag vom 20.9.1955 über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR S. 16
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage

- („Vertrag von Luxemburg“ bzw. „Saar-Vertrag“) vom 27.10.1956 Dok. 125
- Abkommen vom 12.3.1957 zwischen der DDR und der UdSSR über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen (Truppenstationierungsvertrag) Dok. 169
- Römische Verträge vom 25.3.1957 (EWG- und EURATOM-Vertrag) Dok. 7, 11, 51b, 69, 126, 129, 153, 160
- Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen vom 1.7.1968 (Nichtverbreitungsvertrag) Dok. 21, 48, 161, 171
- Abkommen vom 20.6.1969 zwischen der DDR und Ungarn über den visafreien grenzüberschreitenden Verkehr Dok. 50
- Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR (Moskauer Vertrag) Dok. 1, 61, 63, 69, 167
- Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag) Dok. 1, 57, 69, 76, 127, 146
- Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971 Dok. 1, 27, 42, 69, 117
- Abkommen vom 17.12.1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) (Transitabkommen) Dok. 1
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über Fragen des Verkehrs vom 26.5.1972 (Verkehrsvertrag) Dok. 1
- Anti-Ballistic Missile Treaty zwischen der UdSSR und den USA vom 26.5.1972 (ABM-Vertrag) Dok. 6, 26, 41
- Vertrag vom 21.12.1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (Grundlagenvertrag) Dok. 1, 61, 66, 69, 78, 86, 102, 105; S. 23, 30, 31
- Abkommen vom 28.12.1972 zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Dok. 7, 165; S. 29, 50
- Abkommen vom 28.12.1972 zwischen der Republik Österreich sowie den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Dok. 7; S. 29, 50
- Vertrag vom 11.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Vertrag) Dok. 1, 61
- Abkommen vom 15.7.1974 zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der DDR über den internationalen Straßenverkehr Dok. 7
- Vereinbarung vom 16.1.1975 über die Zusammenarbeit zwischen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft Österreichs und der Kammer für Außenhandel der DDR Dok. 7
- Rahmenvereinbarungen vom 9.6.1975 zur Förderung von Kooperationsprojekten, insbesondere zur Förderung gemeinsamer Exporte in Drittländer zwischen der österreichischen Kontrollbank AG und der Deutschen Außenhandelsbank AG Dok. 7
- Vertrag vom 7.10.1975 zwischen der DDR und der UdSSR über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand Dok. 27
- Abkommen vom 31.3.1978 zwischen der Republik Österreich und der DDR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens Dok. 7
- Vereinbarung vom 18. Juni 1979 über die Zusammenarbeit zwischen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft Österreichs und der Kammer für Außenhandel der DDR auf dem Gebiet der Handelsgerichtsbarkeit Dok. 7
- Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 2.4.1980 Dok. 45
- Langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen vom 10.11.1980 zwischen der österreichischen Bundesregierung und der DDR samt Briefwechsel Dok. 7
- Vertrag vom 11.11.1980 zwischen der Republik Österreich und der DDR über den Rechtsschutz von Erfindungen, industri-

- ellen Mustern und Modellen sowie von Warenzeichen Dok. 7
- Abkommen vom 18.11.1982 zwischen der Republik Österreich und der ČSSR zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses in Zusammenhang mit Kernanlagen Dok. 11
 - Abkommen vom 23.11.1982 zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr (Transferabkommen) Dok. 21
 - Abkommen vom 5.11.1984 zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der DDR über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit Dok. 7
 - Übereinkommen vom 14.6.1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengen-Abkommen) Dok. 73
 - Vertrag vom 24.10.1985 zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes Dok. 7, 22, 77
 - Abkommen vom 4.11.1985 zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der DDR über die gebührenfreie Erteilung von Sichtvermerken beziehungsweise Visa für Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben Dok. 7
 - Einheitliche Europäische Akte vom 17. bzw. 28.2.1986 Dok. 11, 51b, 71, 153 *siehe auch EG/Europäische Gemeinschaft(en)*
 - Abkommen vom 29.4.1987 zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen Dok. 11
 - Vertrag vom 21.8.1987 zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen (Vermögensvertrag) Dok. 1, 7, 21, 22, 165
 - Abkommen vom 30.11.1987 zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus Dok. 21–23, 77, 86, 88, 107
 - INF-Vertrag zwischen der UdSSR und den USA vom 8.12.1987 Dok. 8, 11, 19, 21, 23, 27, 33, 41, 51b
 - Abkommen vom 3.5.1988 zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes Dok. 22, 77
 - Viertes Übereinkommen vom 28.6.1988 über ein Arbeitsprogramm zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für die Jahre 1988 bis 1991 Dok. 21, 22, 77
 - Abkommen vom 13.12.1988 über die wirtschaftliche, industrielle und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Betrieben der Verstaatlichten Industrie Österreichs und Unternehmungen sowie Kombinat der DDR Dok. 77
 - Vereinbarung vom 24.11.1989 zur Fortsetzung der vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik in den nächsten Jahren Dok. 78
 - Abkommen vom 18.12.1989 zwischen der UdSSR und den Europäischen Gemeinschaften über Handel und wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit Dok. 33
 - Vertrag vom 26.1.1990 zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik betreffend den Schutz von Herkunftsangaben und anderer geographischer Bezeichnungen Dok. 1, 7, 21, 22, 37, 77, 86, 107, 111, 112
 - Abkommen vom 13.2.1990 zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

- tischen Republik über die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht Dok. 77, 86, 105, 197, 110–113, 165
- Abkommen vom 26.2.1990 zwischen der UdSSR und der ČSSR über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte Dok. 129
- Abkommen vom 10.3.1990 zwischen der UdSSR und Ungarn über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte Dok. 129
- Vertrag vom 18.5.1990 über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR *siehe Staatsvertrag*
- Vertrag vom 31.8.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschland *siehe Einigungsvertrag*
- Abkommen vom 9.10.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über einige überleitende Maßnahmen *siehe Überleitungsabkommen*
- Vertrag vom 12.10.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik *siehe Aufenthalts- und Abzugsvertrag*
- Vertrag vom 12.9.1990 über abschließende Regelung in bezug auf Deutschland *siehe Zwei-plus-Vier-Vertrag*
- Vertrag vom 9.11.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit *siehe Umfassender Vertrag*
- Vertrag vom 9.11.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik *siehe Umfassender Vertrag*
- Vertrag vom 19.11.1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) *siehe KSE*
- Vertrag vom 17.6.1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit Dok. 76
- START-Vertrag zwischen der UdSSR und den USA vom 31.7.1991 Dok. 11, 48, 120, 154
- Vertrag über die Europäischen Union vom 7.2.1992 (Maastricht-Vertrag) Dok. 11, 34, 146, 153, 175
- Abkommen vom 2.5.1992 zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße (Transitvertrag 1992) Dok. 173, 180
- Vertrag vom 2.10.1997 zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte (Vertrag von Amsterdam) Dok. 34
- Abrüstung und Rüstungskontrolle** *siehe auch Genfer Abrüstungskonferenz, KSE-Verhandlungen, VSBM-Verhandlungen*
- Open Skies-Verhandlungen Dok. 124 *siehe auch Konferenzen und Verhandlungen*
- START Dok. 11, 48, 120, 154
- Nulllösungen Dok. 51b, 154, 156
- Afghanistan** Dok. 11, 20, 21, 22, 82, 154
- sowjetischer Einmarsch in Dok. 20
- AL (Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz)** Dok. 9
- Albanien** Dok. 13, 39, 51a, 62
- Allianz für Deutschland** Dok. 137, 144; S. 86
- Antisemitismus** Dok. 40, 180; S. 55
- Arche (grün-ökologisches Netzwerk in der Evangelischen Kirche)** Dok. 60
- Archys** Dok. 163, 169; S. 89–90
- Armenien** *siehe UdSSR*
- Genozid Dok. 131
- Aserbaidshan** Dok. 20, 25
- Atomwaffen** *siehe Waffen und Waffensysteme*
- Internationales Treffen für kernwaffenfreie Zonen vom 20.–22.6.1988 in Ost-Berlin Dok. 18, 21–23
- Aufenthalts- und Abzugsvertrag (Vertrag vom 12.10.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Beendigung des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik)** Dok. 167, 169, 170

- Auswärtiges Amt** Dok. 13, 43, 50, 59, 66, 69, 83, 120, 127, 140, 142, 146, 149, 153, 156, 166, 169, 177; S. 16, 23, 24, 30, 35, 45, 59, 61, 87, 88, 90
- Baltikum** *siehe Estland, Lettland, Litauen, UdSSR*
- Belgien** Dok. 7, 11, 12, 16, 17, 22, 23, 34, 51a, 51b, 69, 70, 90, 120; S. 83, 97
- Berlin** Dok. 1, 3, 7, 9, 15, 16, 22, 25, 29, 31, 34–36, 41–44, 59, 63, 68–70, 75, 76, 79, 88, 90, 94, 95, 105, 106, 109, 116, 122, 124, 125, 127, 129, 133, 134, 140, 145, 146, 149, 152, 153, 157, 160, 162, 164–166, 170, 171, 177, 180; S. 19–22, 24, 25, 36, 42, 65, 73, 91, 93, 94, 100
- Beendigung des Sonderstatus Dok. 145; S. 91
 - Berlin (Ost) Dok. 1, 3–10, 12–27, 29, 31, 32, 35–37, 40, 41, 43, 44, 46, 47, 49–51a, 52, 53, 55–61, 64–69, 71, 73, 75–79, 81, 83–91, 93–95, 97–99, 101, 103–105, 107, 109, 111–115, 117–127, 132, 134, 137, 141, 142–146, 150, 152, 153, 155, 157, 160, 165, 166, 174; S. 15, 24, 27, 34, 36, 38, 40, 41, 45, 47, 49, 62, 63, 65, 66, 70, 73, 74, 76, 84, 86–88, 94, 100
 - Berlin (West) Dok. 1, 3, 6, 15–17, 22, 25, 27, 29, 31, 34, 35, 41, 42, 48, 67, 68, 76, 79, 84, 87, 88, 95, 101, 106, 107, 140, 141, 160, 162, 165; S. 21, 22, 24, 36, 67, 70, 94, 100
 - Feiern zum 750-jährigen Bestehen von Dok. 7, 16, 22
 - Hauptstadtfrage Dok. 116, 134, 141, 160, 165, 170, 177, 180
 - Übersiedlung nach Dok. 134, 141, 180
- Bern** Dok. 64; S. 62
- Bonn** Dok. 1–3, 6, 8–11, 13, 15, 16, 20, 33, 34, 40, 41, 43, 44, 50, 51a, 57, 59, 61, 66, 69, 71, 75, 76, 79, 80, 83–85, 88, 95, 102, 103, 106, 108, 112, 114, 118, 120, 123, 125–127, 129, 130, 134, 125, 140–146, 149–153, 155, 156, 160, 162, 165–167, 169, 170, 172–174, 177, 180; S. 14–16, 23–25, 29, 30, 32, 34, 35, 37, 45, 46, 57–63, 67, 71, 72, 74, 79, 83, 84, 86–88, 91, 92, 97–99
- Übersiedlung nach Berlin *siehe Berlin*
- Botschaftsflüchtlinge** *siehe Flüchtlinge aus der DDR*
- Breschnew-Doktrin** Dok. 4, 12, 41, 43
- Brief zur deutschen Einheit** Dok. 1, 20, 66, 69, 129
- Brüssel** Dok. 7, 11, 25, 34, 41, 42, 45, 47, 51b, 54, 59, 70, 80, 81, 90, 96, 98, 106, 114, 124, 135, 140, 141, 143, 146, 159, 162, 175; S. 50, 51, 54, 58–60, 93
- Budapest** Dok. 1, 3, 4, 12–14, 28, 43, 50, 52, 53, 56, 58, 70, 71, 131, 152, 155, 169; S. 45–47, 99
- Bukarest** Dok. 1, 4, 12–14, 45, 47, 98, 156
- Bulgarien** Dok. 5, 7, 13, 14, 16, 25, 28, 30, 33, 38, 39, 62, 100, 131, 139, 147, 148, 179
- Bund Freier Demokraten (BFD)** Dok. 137
- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (BKdGW)** *siehe Österreich*
- Bundeskanzleramt**
- Bundesrepublik Deutschland Dok. 6, 43, 59, 69, 75, 102, 142, 146, 169; S. 9, 59, 87
 - Österreich Dok. 77, 146, 168
- Bundestag** Dok. 1, 2, 6, 15, 20, 24, 25, 36, 43, 48, 50, 59, 69, 71, 79, 80, 83, 84, 96, 106, 108, 118, 125, 127, 130, 134, 141, 142, 146, 149, 151, 155, 162, 165, 174, 177, 180; S. 70
- Bundesverfassungsgericht (BVerfG)** Dok. 61, 69, 76, 85, 106, 117, 129, 134, 151, 180
- Urteil vom 31.7.1973 Dok. 61, 69, 76, 85, 106, 117, 129, 134
 - Urteil vom 7.7.1975 Dok. 69
- Bundeswehr** Dok. 15, 35, 84, 120, 140, 143, 156, 161, 167, 171
- Bündnis 90/Grüne** Dok. 60, 94, 123, 137, 156, 160, 165
- Burgenland** *siehe Österreich*
- CDU (Christlich-Demokratische Union Deutschlands)** Dok. 2, 6, 11, 13, 20, 43, 59, 61, 66, 71, 72, 77, 79, 84, 87, 95, 99, 106, 142, 146, 149, 160, 162, 169; S. 26, 63, 74, 93
- CDU/CSU Dok. 1, 2, 6, 15, 20, 35, 43, 59, 96, 106, 137, 149, 151, 160, 180
- CDU (Ost)** Dok. 78, 90, 94, 105, 107, 137, 144, 160, 162, 165; S. 85, 86, 93
- Chemie Linz AG** *siehe Österreich*
- Chile** Dok. 45
- China** Dok. 11, 40, 43, 60, 135; S. 26
- Niederschlagung der Proteste am 3./4.6.1989 (Tiananmen-Massaker) Dok. 46, 105; S. 42
- COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)** Dok. 23, 79

Creditanstalt-Bankverein *siehe Österreich*
CSU (Christlich-Soziale Union in Bayern)

Dok. 2, 48, 57, 59, 79, 137, 142, 152, 160
siehe auch CDU/CSU

ČSSR/ČSFR/Tschechoslowakei Dok. 5, 7,
 11, 13, 16, 19, 22, 28, 30, 33, 38, 39, 45, 50,
 53, 57, 59, 61, 62, 65, 77, 85, 98, 100, 105,
 107, 108, 120, 124, 129, 131, 138, 151, 153,
 154, 156, 162, 163, 165 175; S. 10, 33, 39,
 83 *siehe auch Flüchtlinge aus der DDR*

DBD (Demokratische Bauernpartei
Deutschlands) Dok. 94, 105, 137

Delors-Plan Dok. 98, 153 *siehe auch*
EG/Europäische Gemeinschaft(en)

Demokratie Jetzt Dok. 60, 94, 101, 123, 137

Demokratischer Aufbruch (DA) Dok. 60,
 94, 123, 137, 160

Demonstrationen in der DDR Dok. 46, 66,
 67, 76–78, 84, 90, 94, 105, 160, 174; S. 38,
 41, 64, 65

- in Leipzig („Montagsdemonstrationen“) Dok. 60, 81, 95, 89, 103, 105
- vom 17.1.1988 Dok. 15, 17, 22; S. 38
- vom 4.11.1989 Dok. 65

Der Streit der Ideologien und die gemein-
same Sicherheit (Dialogpapier vom
27.8.1987) Dok. 16, 25, 36, 59

Deutsche Bundesbahn Dok. 9, 79, 80, 88
Deutsche Bundesbank Dok. 88, 132, 146;
 S. 52

Deutsche Reichsbahn (DDR) Dok. 8, 9, 61,
 79, 80, 88

Distel, politisches Kabarett-Theater Dok. 31

Drei Mächte (Frankreich, Großbritannien,
USA) Dok. 1, 63, 69, 79, 122, 129

Dresden Dok. 7, 25, 27, 61, 67, 81, 83, 87, 88,
 95, 101–103, 111, 114, 115, 118, 123, 137;
 S. 74, 75

- Katholikentreffen vom 10.–12.7.1987 in Dok. 7

DSU (Deutsche Soziale Union) Dok. 137

EBRD (European Bank for Reconstruction
and Development) Dok. 78, 98, 117, 131
 – Sitzfrage Dok. 78

ECE (Economic Commission for
Europe) Dok. 1, 7, 33

EDU (European Democrat Union/Europä-
ische Demokratische Union) Dok. 98,
 150

EEA (Einheitliche Europäische Akte)

Dok. 11, 51b, 71, 153 *siehe auch Abkom-*
men und Verträge

EFTA (European Free Trade Association)

- Osteuropa, Beziehungen zur Dok. 45, 74
- Verhandlungen mit den EG Dok. 7,
 11, 48, 64, 83, 98, 125, 131, 146, 147,
 153; S. 51 *siehe auch EG/Europäische*
Gemeinschaft(en)

EG/Europäische Gemeinschaft(en)

- Beitritt Österreichs *siehe Österreich*
 - Binnenmarkt Dok. 7, 11, 19, 21, 51a, 98,
 104, 105, 111, 146, 148, 153, 175; S. 57, 58, 60
 - DDR, Zusammenarbeit mit bzw. Integra-
 tion der Dok. 80, 81, 86, 90, 105, 110, 125,
 126, 131, 138, 141, 146, 148, 160, 165
 - Europäische Politische Union Dok. 71,
 141, 146, 148, 153, 175
 - EPZ (Europäische Politische Zusammen-
 arbeit) Dok. 11, 34, 41, 51b, 58, 98, 99, 153
 - Eureka (European Research Coordina-
 tion Agency) Dok. 11
 - Europäische Wirtschafts- und Wäh-
 rungsunion (WWU) Dok. 71, 98, 129,
 140, 141, 146, 153, 162, 175 *siehe auch*
Delors-Plan
 - Europäisches Parlament Dok. 51b, 142,
 146, 153
 - Idee einer Europäischen Konföderation
 Dok. 152
 - Kommission der EG Dok. 7, 11, 51b, 64,
 71, 80, 82, 86, 98, 104, 141, 146, 147, 151,
 153, 160, 162, 175; S. 54, 60, 97
 - Polen, Beziehungen zu den Dok. 70, 73,
 77, 158
 - Präsidentschaft des Rates der EG Dok. 11,
 51b, 59, 73, 103, 141, 153; S. 51
 - RGW, Zusammenarbeit mit den Dok. 1,
 7, 22, 23, 41, 86, 114, 140
 - USA, Beziehungen zu den Dok. 23, 41,
 51b, 101, 119, 131, 140, 142, 143, 148, 152,
 153, 172, 173
 - Verhandlungen mit der EFTA *siehe EFTA*
- Eigentumsverhältnisse in der DDR** Dok. 47,
 84, 86, 97, 111, 125, 136, 140, 144, 145,
 151, 160, 165
- Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik**
der DDR Dok. 5, 16, 22, 39, 40, 46, 62; S. 42
- Einigungsvertrag (Vertrag vom 31.8.1990**
zwischen der Bundesrepublik Deutsch-
land und der DDR über die Herstellung

- der Einheit Deutschlands; „zweiter Staatsvertrag“) Dok. 127, 151, 160, 165, 168, 170, 174, 180; S. 90, 91
- Estland Dok. 19, 126 *siehe auch UdSSR*
- Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR *siehe UdSSR*
- Europäische Investitionsbank (EIB) Dok. 98, 117, 147, 160
- Europäische Union (EU) Dok. 34, 51a, 51b, 54, 71, 141, 142, 146, 148, 153, 156, 162, 175; S. 54, 90, 97–99
- Europarat Dok. 11, 21, 22, 45, 48, 51b, 59, 61, 70, 74, 117, 138, 145, 158, 180; S. 83
- Evangelische Akademie in Tutzing Dok. 59, 117, 119, 127, 150, 156
- Evangelische Kirchenleitung in der DDR Dok. 7, 12, 14–17, 22, 30, 60, 90, 94, 95, 105, 111
- EWK (Europäischer Wirtschaftsraum) Dok. 7, 98, 146, 147; S. 69, 97, 98
- EWS (Europäisches Währungssystem) Dok. 46; S. 52
- FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) Dok. 65, 94
- FDP (Freie Demokratische Partei) Dok. 1, 2, 6, 17, 20, 24, 35, 57, 59, 71, 80, 120, 132, 137, 142, 151, 162, 180
- Finnland Dok. 7, 21, 22, 36, 51a, 86, 178, 179; S. 18, 26, 98
- Flüchtlinge aus der DDR Dok. 6, 65
- über ČSSR (Prag) Dok. 1, 50, 60, 61; S. 6, 45
 - über Polen (Warschau) Dok. 60; S. 45
 - über die Ständige Vertretung in Ost-Berlin Dok. 50
 - über Ungarn Dok. 50, 52, 53, 61; S. 44–47
 - österreichische Unterstützung für Dok. 50, 54, 56; S. 40
- FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) Dok. 11; S. 46, 47
- Frankreich Dok. 1, 11, 13, 16, 17, 20, 22, 23, 34, 48, 51a, 51b, 54, 57, 63, 69, 72, 73, 79, 83, 89, 91, 92, 95, 99, 103–105, 113, 114, 119, 120, 124, 125, 127, 129–131, 135, 141, 145–147, 149, 153, 156, 162, 171, 175; S. 50, 60, 72, 75, 96, 97 *siehe auch Drei Mächte; Streitkräfte in der Bundesrepublik, Vier Mächte*
- Friedensvertrag mit Deutschland Dok. 20, 59, 69, 76, 79, 114, 115, 117, 129, 130, 134, 135, 138–141, 143, 145, 146, 149, 153, 155–158, 166; S. 21, 80, 82, 90
- G7 (Gruppe der sieben führenden westlichen Industriestaaten) Dok. 156, 161, 164
- G24 (Gruppe der 24 für wirtschaftliche Hilfe für die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten) Dok. 131
- GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) Dok. 11, 34 *siehe auch Europäische Union (EU)*
- Genf Dok. 1, 6, 7, 20, 21, 24, 118; S. 21 *siehe auch Konferenzen und Verhandlungen, Vereinte Nationen (VN)*
- Genfer Abrüstungskonferenz (Conference on Disarmament, CD) Dok. 21 *siehe auch Waffen und Waffensysteme*
- Georgien *siehe UdSSR*
- Geraer-Forderungen Dok. 1, 6, 36
- Gesellschaft der Freunde der Wiener Philharmoniker Dok. 70
- Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft Dok. 114
- Golfkrise Dok. 175, 176, 178 *siehe auch Irak; Kuwait*
- Grenzfrage/Grenzen Deutschlands *siehe auch Deutsches Reich*
- innerdeutsche Grenze Dok. 1, 36, 40, 41, 57, 59, 61, 69, 70, 77–79, 96, 105, 106, 115, 118–121, 139, 145, 146, 156, 169; S. 42, 47, 65
 - Gemeinsame Erklärung der Volkskammer der DDR und des Deutschen Bundestages vom 21.6.1990 über die Grenze zwischen dem vereinigten Deutschland und Polen Dok. 141, 142, 158, 162
 - Oder-Neiße-Grenze/Westgrenze Polens Dok. 48, 69, 76, 85, 99, 100, 108, 123, 127, 129, 133, 134, 138, 140–142, 145, 146, 153, 158, 170; S. 61, 72, 80–84
- Griechenland Dok. 8, 12, 51b; S. 98
- Großbritannien Dok. 1, 21, 34, 59, 69, 78, 92, 95, 98, 99, 109, 119, 120, 122, 127, 129, 134, 138, 140, 141, 142, 147, 148, 153, 155–157, 162, 166, 171, 175, 180; S. 29, 50, 74, 84, 98 *siehe auch Drei Mächte; Streitkräfte in der Bundesrepublik, Vier Mächte, London, Königswinterkonferenz*
- Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 Dok. 76, 162, 166; S. 12–13

- Präambel Dok. 20, 59, 68, 69, 129
- Artikel 16 Dok. 180
- Artikel 18, Asylregelung Dok. 180
- Artikel 23 Dok. 3, 125, 134–136, 141, 142, 146, 150, 155, 156, 180
- Artikel 116 Dok. 141
- Artikel 146 Dok. 125
- Paragraph 218 (Schwangerschaftsabbruch) Dok. 151

Gruppe der 20 (DDR) Dok. 101

Die Grünen Dok. 2, 11, 59, 120, 126

Grüne Partei (DDR) *siehe Bündnis 90*

IAEA (International Atomic Energy Agency) Dok. 21, 23

IMES GmbH („Internationale Meßtechnik“ Import-Export-GmbH) Dok. 87

Infas (Institut für angewandte Sozialforschung) Dok. 137

Initiative Frauen für den Frieden Dok. 60

Initiative Frieden und Menschenrechte Dok. 137

Institut für die Wissenschaften vom Menschen (Wien) Dok. 146

Institute for East-West-Security-Studies (St. Paul, Minnesota/USA) Dok. 13

IPI (International Press Institute) Dok. 147

Irak Dok. 34, 175, 178 *siehe auch Golfkrise*

Iran Dok. 34, 98

Irland Dok. 21, 51b; S. 98

Island S. 12

Israel Dok. 25, 34, 40, 86, 105, 178, 180

Italien Dok. 1, 8, 11, 12, 34, 48, 57, 69–71, 85, 89, 96, 113, 128, 131, 156, 173, 179; S. 29, 53, 58, 65, 72, 96, 98

IWF (Internationaler Währungsfonds)/IMF (International Monetary Fund) Dok. 98, 102, 127

Japan Dok. 131, 179

Jüdischer Weltkongress (JWC) *siehe WJC (World Jewish Congress)*

Jugoslawien Dok. 11, 16, 18, 30, 39, 45, 51a, 62, 70, 71, 100, 131, 140, 146, 148, 175

- Konflikt Dok. 11, 30, 51a, 70, 131, 140, 146, 148, 175
- Kosovo Dok. 70, 131, 146
- Nationalitätenprobleme in Dok. 30, 51a, 131
- Zerfall Dok. 70, 131, 148

Kambodscha Dok. 69, 82, 154

Kanada Dok. 21, 41, 43, 117, 120, 131, 146, 148 *siehe auch Streitkräfte in der Bundesrepublik*

Konferenzen und Verhandlungen *siehe auch KSZE, Zwei-plus-Vier-Verhandlungen*

- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA vom 4.–11.2.1945 in Jalta (Konferenz von Jalta) Dok. 69, 127, 129, 131
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA vom 17.7.–2.8.1945 in Potsdam (Potsdamer Konferenz) Dok. 15, 59, 69, 106, 127, 129, 140, 156
- Neun-Mächte Konferenz vom 28.9.–3.10.1954 in London Dok. 129
- NATO-Ministerratstagung vom 7.–9.5.1955 in Paris Dok. 129
- Vier-Mächte-Konferenz in Genf, 18.–23.7.1955 Dok. 124
- Vier-Mächte-Konferenz in Genf am 11.5.1959 Dok. 118
- „Wiener Gipfel“ amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen 1961 in Wien, 3./4.6.1961 S. 19, 22
- EG-Gipfel in Den Haag am 1./2.12.1969 Dok. 11; S. 50
- Schlusskonferenz vom 30.7.–1.8.1975 auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Helsinki (Helsinki-Konferenz) Dok. 3, 13, 34, 47, 80, 81, 85, 86, 91, 117; S. 31
- EFTA-Konferenz in Wien am 3.5.1977 S. 51
- Tagung des NATO-Rats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 9./10.6.1982 in Bonn Dok. 156
- KVAE-Konferenz in Stockholm vom 17.1.1984–19.9.1986 *siehe VSBM-Verhandlungen/Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen*
- Tagung des Exekutivkomitees des RGW von 24.–26.1.1984 in Moskau Dok. 1
- amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen am 11./12.10.1986 in Reykjavik Dok. 1
- Gipfeltreffen des Warschauer Pakts am 10./11.6.1986 in Budapest Dok. 3
- Außenministertreffen der Warschauer-Pakt-Staaten am 24./25.3.1987 in Moskau Dok. 6

- Gipfeltreffen des Warschauer Pakts vom 27.–29.5.1987 in Ost-Berlin Dok. 15
 - EG-Gipfeltreffen am 4./5.12.1987 in Kopenhagen Dok. 11
 - Konsultativtreffen des Warschauer Pakts in Warschau am 15./16.7.1988 Dok. 57
 - Tagung des NATO-Rats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 29./30.5.1989 in Brüssel Dok. 41, 42, 43, 47
 - Erstes KSZE-Treffen über die menschliche Dimension vom 30.5.–23.6.1989 in Paris Dok. 45
 - Tagung des Politisch-Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 7./8.7.1989 in Bukarest Dok. 45, 47
 - Treffen der Außenminister des Warschauer Pakts am 26./27.10.1989 in Warschau Dok. 74
 - WEU-Ministerrat am 13./14.11.1989 in Brüssel Dok. 70
 - Sondertagung des Europäischen Rats am 18.11.1989 in Paris Dok. 73, 81
 - amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen am 2./3.12.1989 vor Malta *siehe Malta*
 - NATO-Ministerratstagung auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 4.12.1989 in Brüssel Dok. 80
 - Gipfeltreffen des Warschauer Pakts am 4.12.1989 in Moskau Dok. 89
 - Tagung des Europäischen Rats am 8./9.12.1989 in Straßburg Dok. 96
 - Treffen der Botschafter der Vier Mächte am 11.12.1989 im Gebäude des Alliierten Kontrollrats in Berlin Dok. 95, 98, 134
 - EG-EFTA-Außenministertreffen in Brüssel vom 18./19.12.1989 Dok. 98
 - Sondersitzung des EG-Ministerrats am 20.1.1990 in Dublin Dok. 128
 - Weltwirtschaftsforum vom 1.–7.2.1990 in Davos Dok. 104, 110, 112, 115, 116, 120
 - G 24 Tagung in Paris am 9.2.1990 Dok. 131
 - Open Skies-Konferenz vom 12.–28.2.1990 mit NATO-Ministerrat am 13.2.1990 in Ottawa Dok. 119, 124, 126, 127, 129–131, 134, 140, 141, 145, 171; S. 80
 - EPZ-Ministertreffen am 20.2.1990 in Dublin Dok. 128
 - Außenministertagung des Warschauer Pakts am 17.3.1990 in Prag Dok. 135, 138; S. 83
 - Sondersitzung der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) am 23.3.1990 in Kirchberg/Luxemburg Dok. 140
 - Tagung des Ministerkomitees des Europarats am 23./24.3.1990 in Lissabon S. 83
 - Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (KWZE) vom 19.3.–11.4.1990 in Bonn *siehe KSZE*
 - Sondertagung des Europäischen Rats am 28.4.1990 in Dublin Dok. 128, 138, 145
 - amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen vom 31.5.–3.6.1990 in Washington und Camp David Dok. 150, 152, 154; S. 87
 - Zweites KSZE-Treffen über die menschliche Dimension vom 5.–29.6.1990 in Kopenhagen Dok. 45, 76, 80
 - Tagung des Politisch-Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 7.6.1990 in Moskau Dok. 155, 156, 159
 - NATO-Ministerratstagung am 7./8.6.1990 in Turnberry Dok. 141, 155
 - Tagung des Europäischen Rats am 25./26.6.1990 in Dublin Dok. 156
 - Tagung des NATO-Rats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 5./6.7.1990 in London Dok. 141, 152–156, 159, 160, 162, 164; S. 89
 - Weltwirtschaftsgipfel vom 9.–11.7.1990 in Houston *siehe Weltwirtschaftsgipfel*
 - Konferenz der Außenminister der KSZE-Staaten am 1./2.10.1990 in New York Dok. 48, 167, 170, 171
 - KSZE-Konferenz der Staats- und Regierungschefs vom 19.–21.11.1990 in Paris Dok. 45, 47, 48, 80, 96, 100, 101, 111–113, 117–120, 127, 133, 141, 142, 143, 145, 146, 147, 149, 150, 153, 156, 157, 164–167, 175
 - Drittes KSZE-Treffen über die menschliche Dimension vom 10.9.–4.10.1991 in Moskau Dok. 34, 45, 80
 - IV. KSZE-Folgekonferenz vom 24.3.–10.7.1992 in Helsinki *siehe KSZE/Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*
- Königswinterkonferenz** Dok. 142 *siehe auch Großbritannien*
- Kopenhagen** Dok. 11, 45, 76, 80, S. 97
- KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjet-**

- union)** Dok. 1, 3–5, 27, 40, 65, 106, 150, 152, 153, 161, 163; S. 77, 81
- KSE-Verhandlungen/Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE)** Dok. 11, 13, 18, 19, 20, 23, 27, 47, 48, 59, 71, 79, 86, 96, 97, 111–113, 119, 120, 127, 142, 143, 146, 147, 150, 152, 153, 155, 156, 159, 160, 162, 168, 170, 175
- KSZE/Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**
- Folgetreffen (II.) vom 11.11.1980–9.9.1983 in Madrid Dok. 34
 - Folgetreffen (III.) vom 4.11.1986–15.1.1989 in Wien *siehe WFT (Wiener Folgetreffen)*
 - Folgetreffen (IV.) vom 24.3.–10.7.1992 in Helsinki Dok. 120
 - Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (KWZE) vom 19.3.–11.4.1990 in Bonn Dok. 66, 80, 146
 - Gipfeltreffen 1990 („Helsinki II“)/KSZE-Konferenz der Staats- und Regierungschefs vom 19.–21.11.1990 in Paris *siehe Konferenzen und Verhandlungen*
 - Korb II (Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt) Dok. 19, 66, 156
 - Korb III (Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen) Dok. 19, 66
 - Neutrale und nichtgebundene Staaten (N+N) Dok. 13, 18, 21, 45
 - Schaffung eines Konfliktverhütungszentrums Dok. 156
 - Schaffung eines Verifikationszentrums Dok. 156
 - Schlussakte von Helsinki vom 1.8.1975 *siehe Abkommen und Verträge*
- Kuwait** Dok. 175, 178 *siehe auch Golfkrise*
- Länder der Bundesrepublik Deutschland** Dok. 1, 2, 20, 61, 69, 97, 102, 104, 125, 134–136, 140, 141, 151, 155, 160, 165, 168, 180
- Länderbank** *siehe Österreich*
- LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands)** Dok. 59, 77, 90, 94, 105, 107
- Leipzig** Dok. 25, 60, 81, 103, 111, 137, 151, 160 *siehe auch Demonstrationen*
- Messen in Dok. 1, 78, 107; S. 24, 41
- Lettland** Dok. 19, 126, 139 *siehe auch UdSSR*
- Litauen** Dok. 76, 126, 146, 154; S. 74 *siehe auch UdSSR*
- London** Dok. 48, 76, 78, 98, 99, 117, 122, 128, 129, 131, 134, 135, 138, 140–143, 145, 147–159, 162, 164, 166, 171, 178; S. 89, 95
- Luxemburg** Dok. 7, 11, 22, 34, 51a, 69, 76, 92, 125, 132, 140, 160; S. 83, 98
- Luxemburger Erklärung vom 9.4.1984** *siehe EWR (Europäischer Wirtschaftsraum)*
- Malta/amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen am 2./3.12.1989 vor Malta** Dok. 54, 80, 81, 82, 84, 86, 89, 91, 154
- Maueröffnung** Dok. 67–71, 76, 77, 79, 90, 105, 127, 146, 169, 170
- Menschenrechte** Dok. 8, 12, 15, 16, 37, 43, 47, 59, 60, 62, 66, 85, 94, 98, 137, 146, 152, 154, 158, 174, 176, 180; S. 97
- Minderheiten/Minderheitenschutz** Dok. 25, 30, 41, 76 *siehe auch Ungarn, Rumänien, Polen*
- Ministerium für Außenhandel der DDR** Dok. 1, 7, 22, 23, 27, 77, 87, 107, 111
- Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR** Dok. 37, 47, 59, 107, 109, 123, 126, 165, 177; S. 20
- Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR** Dok. 29, 48, 61, 81, 106, 135, 146, 153; S. 49
- Ministerium für Staatssicherheit (MfS)/Amt für Nationale Sicherheit der DDR (AfNS)** Dok. 12, 50, 65, 77, 87, 105, 107, 144, 160; S. 39, 47, 64, 69
- Stürmung des Gebäudes in der Normanntenstraße am 15.1.1990 Dok. 107
- Mittel- und Osteuropa** Dok. 1, 7, 13, 19, 22, 51a, 51b, 71, 84, 106, 122, 129, 152, 156, 158, 159; S. 40, 58, 59, 61, 63, 70, 71, 83, 98
- Mongolei/Mongolische Volksrepublik** Dok. 57, 169
- Moskau** Dok. 1, 3, 5–7, 13, 23, 25, 27, 29, 32–34, 40, 42, 43, 45, 57–59, 61, 65, 66, 69, 72, 79–81, 89, 91, 93, 106, 114, 116–119, 121, 127, 129, 130, 134, 135, 139, 140, 143, 150–153, 155, 156, 158, 159, 161, 162, 165–167, 169–172; S. 11, 16, 19–21, 27, 28, 37, 38, 49, 61, 63, 71, 73, 77–80, 87, 89, 91, 93
- MS Petersberg, Giftmüllschiff** Dok. 34, 173

Namibia Dok. 2, 45

- Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Windhuk Dok. 139, 143

Nationalsozialismus/„Drittes Reich“

Dok. 1, 59, 61, 69, 91, 106, 117, 121, 127, 134; S. 99

NATO (North Atlantic Treaty Organization) *siehe auch Konferenzen und Verhandlungen, Neutralität Deutschlands*

- Bundesrepublik Deutschland Dok. 20, 24, 35, 41–43, 48, 57, 63, 69, 73, 80, 84, 116, 117, 119, 120, 127, 129, 142, 143, 146, 150, 152–154, 156, 162, 169; S. 15, 29
- Bündniszugehörigkeit des geeinten Deutschland/Ausdehnung der NATO-Strukturen auf das Territorium der DDR Dok. 57, 84, 116, 118–120, 122, 126, 127, 129–131, 134, 135, 138–143, 145, 146, 149–156, 158, 159, 161, 162, 170–172; S. 77–81, 87, 89, 90
- Doppelbeschluss vom 12.12.1979 Dok. 11, 34, 51
- EG, Beziehungen zu den Dok. 51b, 73, 119, 146
- Militärstrategie Dok. 57, 146, 150, 151, 153, 159, 164
- Österreich Dok. 24, 25, 148, 155
- Osterweiterung Dok. 116, 119, 126, 151; S. 79
- USA Dok. 20, 41, 51b, 57, 80, 120, 131, 140, 143, 146, 149, 152, 156, 163; S. 79, 80
- Warschauer Pakt, Beziehungen zur Dok. 1, 3, 4, 13, 20, 21, 27, 41–43, 48, 57, 84, 111, 117, 118, 120, 127, 130, 135, 138, 139, 140, 143–146, 149, 151–156, 159–163

NDPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) Dok. 94, 105, 107, 137

Neues Forum *siehe Bündnis 90*

Neutralität Deutschlands Dok. 57, 84, 115–118, 120, 126, 127, 130, 134, 135, 143, 146, 158, 163, 172; S. 14, 15, 17, 19, 22, 77–80, 91

New York Dok. 48, 66 *siehe auch Konferenzen und Verhandlungen*

- Sitz der Vereinten Nationen Dok. 21, 61, 69

Niederlande Dok. 8, 11, 12, 16, 17, 22, 23, 34, 69, 92, 98, 104, 120; S. 83, 98

N+N-Staaten *siehe KSZE*

Norwegen Dok. 34, 51b; S. 6, 8, 90, 91

NVA (Nationale Volksarmee) Dok. 1, 35, 55, 86, 140, 163, 175

Oder-Neiße-Grenze *siehe Grenzfrage*

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) Dok. 51a, 86, 111, 167

ÖFVW (Österreichische Fremdenverkehrswerbung) Dok. 111

ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) Dok. 131

ÖIAG (Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft) Dok. 77

ÖNB (Österreichische Nationalbank) Dok. 86

Open Skies-Verhandlungen *siehe Abrüstung und Rüstungskontrolle*

Österreich

- Aide-mémoire der österreichischen Bundesregierung an die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedsländer vom 15. Februar 1990, Dok. 146
- Abbau von Sicherungsanlagen an der österreichisch-ungarischen Grenze *siehe Ungarn*
- Ablösung des sowjetischen Eigentums in Österreich Dok. 153
- Anschluss vom 12.3.1938 Dok. 11, 106; S. 15, 16, 28, 55
- Asylgesetz 1992 Dok. 180
- Bundesrepublik Deutschland, Transitkonflikt mit *siehe Transitfrage*
- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft Dok. 160
- Burgenland Dok. 2, 54; S. 44
- Chemie Linz AG Dok. 22
- Creditanstalt-Bankverein Dok. 18
- Europapolitik/Verhältnis/Beitrittsantrag zur EG Dok. 21, 23, 25, 34, 45, 51b, 54, 61, 70, 73, 98, 131, 146, 147, 153, 155, 158, 175, 178, 180; S. 28, 29, 49–52, 54, 57–60, 70, 72, 74, 76, 86, 87, 90, 92, 96–99
- Frankreich, Beziehungen zu Dok. 147, 175, 179; S. 96–97
- Großbritannien, Beziehungen zu Dok. 98, 99, 148, 179; S. 45, 74, 95, 96
- Hartwährungspolitik Dok. 153, 173
- Kandidatur für Sitz im UN-Sicherheitsrat Dok. 22, 86, 160 *siehe auch Vereinte Nationen (VN)*
- Kurdenmorde Dok. 98
- Länderbank Dok. 18
- Neutralität Dok. 1, 7, 18, 19, 21, 23, 25, 30, 37, 45, 48, 51a, 51b, 54, 57, 70, 73, 78, 84,

- 98, 106, 113, 146, 153, 158, 175, 176, 178;
S. 14–19, 21, 23, 24, 26–28, 30, 33, 50, 51,
57, 60, 78
- Osthandel Dok. 1, 7, 22, 23, 37, 78, 86,
107, 111, 112, 158, 160, 165; S. 25, 36, 37,
51, 75, 88, 92
- P. E. N.-Club Dok. 17
- Plasser&Theurer Dok. 22
- Polen, Beziehungen zu siehe Polen
- Semperit AG Dok. 22
- Simmering-Graz-Pauker AG Dok. 22
- Sitz der Vereinten Nationen Dok. 1, 21,
22, 178
- Teilnahme an EPZ siehe *EG/Europäische
Gemeinschaft(en)*
- UdSSR, Beziehungen zu Dok. 42, 48,
61, 82, 106, 117, 121, 178, 179; S. 19–22,
27–29, 64, 65, 71, 78, 79, 92
- USA, Beziehungen zu Dok. 11, 51b, 131,
175, 179; S. 22, 24, 53, 54, 80
- Vereinigte Edelstahlwerke AG Dok. 22
- Verhandlungen mit der DDR über
Rechtshilfe in Strafsachen Dok. 7, 21, 22,
37, 77, 86
- Verhandlungen mit der DDR über ein
Investitionsschutzabkommen Dok. 48,
83, 84, 86, 105, 107, 111
- VOEST-Alpine AG Dok. 22, 77; S. 36, 53
- Waagner-Biro AG Dok. 22
- Waldheim-Affäre Dok. 11, 25; S. 53–55
- Weinskandal Dok. 2; S. 53, 55
- Wunsch nach Ausrichtung der KSZE-
Gipfelkonferenz 1990 in Wien Dok. 98,
105, 111–113, 117, 133, 146, 147
- Österreichischer Staatsvertrag** Dok. 1, 11,
106, 135, 138, 145, 153, 175, 178, 179;
S. 15–18, 23, 26, 28, 29, 51, 92
- Art. 12 Dok. 179; S. 16
- Art. 13 Dok. 179; S. 16
- Art. 14 Dok. 179; S. 16
- Art. 15 Dok. 179; S. 16
- Art. 16 Dok. 179; S. 16
- Art. 22 Dok. 179
- Wegfall der Geltung von Bestimmungen
Dok. 178, 179; S. 92
- ÖVP (Österreichische Volkspartei)** Dok. 11,
21, 23, 45, 48, 61, 77, 111, 131; S. 15, 19, 41,
49, 51, 53, 54, 58, 69, 93
- Palästina** siehe *PLO*
- Pariser Club** Dok. 33, 158
- PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus)** siehe *SED/SED-PDS*
- P. E. N.-Club** siehe *Österreich*
- Pentagonale** Dok. 70, 158; S. 58
- Plasser&Theurer** siehe *Österreich*
- PLO (Palestine Liberation Organization)**
Dok. 34, 86, 105, 178
- Polen** Dok. 5, 14, 16, 22, 28, 30, 38, 39, 43,
46, 57, 59, 62, 64, 74, 76, 77, 127, 130, 131;
S. 10 siehe auch *Flüchtlinge, Grenzfrage,
Pentagonale, Zwei-plus-Vier (2+4) Ver-
handlungen PVAP (Polnische Vereinigte
Arbeiterpartei)/PZPR (Polska Zjed-
noczona Partia Robotnicza)*
- Bundesrepublik Deutschland, Beziehun-
gen zu Dok. 1, 10, 13, 33, 61, 64, 71, 72, 74,
76, 91, 106, 127, 142, 146, 153, 158, 162,
166, 180; S. 61
- DDR, Beziehungen zu Dok. 1, 10, 12, 22,
37, 59, 65, 76, 127, 151
- deutsche Minderheit in Dok. 76, 127, 174
- Kommunistische Partei siehe *PVAP (Pol-
nische Vereinigte Arbeiterpartei)/PZPR
(Polska Zjednoczona Partia Robotnicza)*
- Österreich, Beziehungen zu Dok. 45, 70,
73, 78, 98, 110, 111, 158; S. S. 82–84.
- Reformen in, Dok. 30, 33, 39, 45, 59, 62,
65, 98, 109, 131, 158, 160; S. 40, 42
- Solidarność Dok. 1, 33, 70
- Verschuldung Dok. 158
- Zwangsarbeiter Dok. 76, 127
- Portugal** Dok. 22, 34, 43, 51b, 147, 162, 163,
165; S. 98
- Prag** Dok. 5, 7, 175; S. 45, 83 siehe auch *Kon-
ferenzen und Verhandlungen, Flüchtlinge
aus der DDR*
- Presse und Medien**
- ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrich-
tendienst) Dok. 81
- Aktuelle Kamera (DDR) Dok. 67
- AP (Associated Press) Dok. 83
- APA (Austria Presse Agentur) S. 68
- Neue AZ (Arbeiter-Zeitung) – Wiener
Tagblatt Dok. 107, 118; S. 21
- Berliner Morgenpost Dok. 79
- FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung)
Dok. 34, 83, 102; S. 55, 57
- Financial Times Dok. 142
- Foreign Affairs Dok. 163
- Iswestija Dok. 89, 114, 117, 130, 135, 139,
161

- Moscow News Dok. 58
- Moskowskije nowosti Dok. 31
- ND (Neues Deutschland) Dok. 1, 3, 5, 6, 8, 10, 15, 17, 20, 22, 26, 27, 31, 32, 35, 40, 44, 46, 47, 55, 65, 66, 74, 75, 77, 78, 81, 87, 88, 90, 115, 116, 120; S. 24, 67
- The New York Times Dok. 39
- Nordsee-Zeitung Dok. 13
- Prawda Dok. 4, 8, 20, 89, 117, 129, 130, 135
- Die Presse Dok. 3, 4, 73, 98, 106, 116, 131, 146, 178
- Die Presse am Sonntag S. 69
- „Schwarzer Kanal“ (illegaler DDR-Radiosender) Dok. 17
- Sojetskaja Rossija Dok. 139
- Der Spiegel Dok. 15, 59, 71, 114, 142, 156, 173; S. 58
- Sputnik Dok. 31
- Stampa Sera Dok. 85
- Der Standard Dok. 2, 59, 131
- Süddeutsche Zeitung Dok. 44, 113, 155; S. 55, 57, 59
- Tanjug (Telegrafska agencija nove Jugoslavije) Dok. 70
- TASS (Telegrafnoe Agentstwo Sovetskogo Sojuza) Dok. 72, 89, 114, 117, 121, 130, 139, 161
- Die Welt Dok. 33; S. 57
- Wiener Kronen Zeitung Dok. 44, 107, 131
- ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen) Dok. 71, 114
- PSI (Partito Socialista Italiano) Dok. 96**
- PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)/PZPR (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza) Dok. 1, 4, 43, 66, 91**
- Quadragonale (Vierer-Kooperation)**
 - Treffen am 11.11.1989 in Budapest Dok. 70
- Rechtsextremismus/Rechtsradikalismus in der DDR Dok. 106, 110, 114, 174**
- REP (Die Republikaner) Dok. 48, 50, 57, 59, 83, 108, 111, 129, 146, 160**
- Reparationen (Ansprüche an Deutschland) Dok. 76, 134, 140, 166, 180; S. 90**
- Revolution in der DDR, friedliche Dok. 20, 34, 72, 79, 95, 96, 105, 112, 122, 144; S. 40–43, 62–67**
- RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)/COMECON (Council for Mutual Economic Assistance) Dok. 1, 3–5, 7, 12, 16, 22, 26, 30, 41, 47, 79, 86, 107, 110, 111, 114, 140, 160; S. 38**
- Rumänien Dok. 5, 7, 13, 14, 23, 28, 30, 31, 34, 38, 39, 45, 53, 62, 98, 100, 111, 131, 147, 148, 179; S. 39, 45, 85**
 - ungarische Minderheit in Dok. 25, 26
 - deutsche Minderheit in Dok. 25
- Runder Tisch in der DDR siehe Zentraler Runder Tisch**
- Saarland siehe Abkommen und Verträge**
- Salzgitter**
 - Zentrale Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen Dok. 1, 36, 101
- Schweiz Dok. 1, 11, 18, 25, 34, 43, 45, 50, 51b, 64, 76, 89, 92, 116, 146; S. 23, 50, 83**
- Schweden Dok. 7, 21, 22, 35, 51a, 68, 86, 92, 147, 148, 156, 175; S. 23, 50, 98**
- SDI (Strategic Defense Initiative)/Star Wars-Programm Dok. 3, 41**
- SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)/SED-PDS/PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) Dok. 1, 3–7, 10, 15–17, 20–23, 25–27, 31, 32, 36, 40, 44, 46, 47, 50, 59, 62, 65–69, 71, 75, 77–79, 81–84, 86, 87, 89, 90, 93–95, 97, 102, 103, 105–107, 110, 111, 114, 118, 137, 140, 144, 162, 174, 180; S. 12, 19, 20, 37–43, 45, 48, 64–66, 68, 70**
 - V. Parteitag S.19
 - VII. Parteitag der SED vom 17.–22.4.1967 in Ost-Berlin Dok. 27
 - VIII. Parteitag der SED vom 15.–19.6.1971 in Ost-Berlin Dok. 5
 - IX. Parteitag der SED vom 18.–22.5.1976 in Ost-Berlin Dok. 26
 - XI. Parteitag der SED vom 17.–21.4.1986 in Ost-Berlin Dok. 3, 5, 15, 27
 - Sonderparteitag der SED am 8./9.12.1989 bzw. 16./17.12.1989 in Ost-Berlin Dok. 77, 87, 93, 97, 105; S. 73
- Selbstbestimmungsrecht Dok. 20, 34, 43, 57, 59, 66, 83, 85, 92, 96, 99, 100, 101, 103, 105, 106, 115, 117, 129, 135, 153; S. 61, 66, 72, 74, 75, 81, 82, 85**
- Semperit AG siehe Österreich**
- Simmering-Graz-Pauker AG siehe Österreich**
- Sozialistische Internationale (SI) Dok. 3**
- Spanien Dok. 34, 51b, 57, 127, 147, 175; S. 97**

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) Dok. 1, 2, 6, 16, 20, 24, 35, 57, 59, 71, 79, 80, 83, 84, 97, 114, 118, 132, 137, 151, 155, 160, 162, 174; S. 26, 36–39, 57, 70

SPD (DDR) Dok. 78, 94, 97, 107, 114, 118, 123, 126, 136, 137, 144, 160, 162, 165, 168, 174; S. 12, 86

SPÖ (Sozialistische Partei Österreichs/ab 1991 Sozialdemokratische Partei Österreich) Dok. 7, 11, 23–25, 45, 111, 117, 130, 131; S. 12, 19, 23, 30, 37, 50, 52–54, 71

Staatsukzession *siehe Völkerrechtliche Verpflichtungen (der DDR), Fortgeltung der*

Staatsbank der DDR Dok. 88, 126

Staatsbürgerschaft (DDR) Dok. 1, 17, 25, 69, 129; S. 28

Staatsvertrag (Vertrag vom 18.5.1990 über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR) Dok. 140, 155, 160

Staatsvertrag, zweiter *siehe Einigungsvertrag*
Streitkräfte, gesamtdeutsche *siehe auch Bundeswehr, NVA*

– Truppenstärke Dok. 35, 130, 143, 146, 153, 156, 159, 161, 162, 166, 170, 172; S. 89

Streitkräfte in der Bundesrepublik

Deutschland, alliierte Dok. 20, 63, 79, 84, 116, 120, 122, 126, 129, 143, 150, 152, 155–157, 161, 162, 169, 170, 171, 178

– Belgien Dok. 120

– Frankreich Dok. 142, 153

– Großbritannien Dok. 142, 153

– Kanada Dok. 120

– Niederlande Dok. 120

– USA Dok. 51b, 57, 79, 118, 120, 142, 156

Streitkräfte der UdSSR in der DDR Dok. 20, 57, 59, 71, 79, 84, 91, 108, 118, 120, 127, 129, 134, 139, 140, 143, 145, 146, 150, 152, 153, 155–158, 163–165, 167, 169–172

Transitfrage *siehe auch Österreich*

– Brenner Dok. 11, 173

– Nord-Süd-Transit Dok. 11, 34, 146, 173, 180; S. 58, 60

– Transitvertrag 1992 Dok. 173, 180 *siehe auch Abkommen und Verträge*

Treuhand-Anstalt Dok. 165, 168, 174, 177

Tschernobyl

– Reaktorkatastrophe vom 26.4.1986 Dok. 11

Türkei Dok. 25, 34, 131

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) *siehe auch Streitkräfte der UdSSR; Vier Mächte*

– Armenien Dok. 20

– Baltische Republiken (Estland, Lettland, Litauen) Dok. 25, 31, 36, 120, 126, 127

– Bundesrepublik Deutschland Dok. 1, 3, 6, 32, 41, 43, 44, 59, 69, 89, 127, 130, 145, 149, 156, 161 169; S. 16, 21, 37, 61–62, 77, 79, 87–91

– DDR Dok. 1, 3, 5, 6, 7, 16, 17, 20, 27, 29, 30, 31, 32, 44, 59, 65, 81, 89, 114, 118, 145, 149; S. 16, 38–40, 49, 63–64, 71, 73, 78, 79

– Deutsche Einheit Dok. 20, 29, 41, 43, 57, 59, 63, 65, 66, 69, 81, 89, 100, 114, 118, 129, 130, 135, 138, 149, 154, 156, 161–164, 166, 167, 169–172; S. 61, 62, 64, 65, 71–73, 76–81, 86–91

– Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften der Dok. 106

– Gemeinsames Haus Europa Dok. 21, 105

– Georgien Dok. 40

– Glasnost/Perestroika/Reformpolitik Dok. 5, 12, 16, 17, 20, 25, 27, 35, 37, 41, 44, 51a, 57, 64, 65, 66, 89, 93, 105, 106, 120, 131, 149, 156, 158, 161; S. 38–40, 61, 62

– Lieferverpflichtungen der DDR an die Dok. 27, 31, 129, 146, 177

– Nationalitätenkonflikte Dok. 20, 25, 26, 30, 58; S. 81

– Österreich *siehe Österreich*

– Wiederaufleben des Nationalismus Dok. 25, 31, 127, 154

Überleitungsabkommen (Abkommen vom 9.10.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über einige überleitende Maßnahmen) Dok. 167, 169, 171

Übersiedler (aus DDR in Bundesrepublik Deutschland)/Ausreise Dok. 50, 71, 79, 84, 118, 123, 129, 132; S. 79

Umfassender Vertrag (Vertrag vom 9.11.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit) Dok. 162, 169, 170, 172, S. 91

Ungarisches Demokratisches Forum *siehe Ungarn*

Ungarn *siehe auch Flüchtlinge*

- Abbau von Sicherungsanlagen an der österreichisch-ungarischen Grenze Dok. 37, 58, 59; S. 43–50
- Minderheiten Dok. 26 *siehe auch Rumänien*
- Reformpolitik Dok. 26, 30, 33, 38, 39, 45, 47, 51a, 62, 65, 98, 109; S. 39, 40, 42, 44
- Ungarisches Demokratisches Forum 38
- USAP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) Dok. 26, 38, 43, 51a, 58, 62
- Zusammenarbeit mit der EWG Dok. 7, 26, 33, 45, 59, 73
- Zusammenarbeit mit dem Europarat Dok. 22, 45, 70

UNO *siehe Vereinte Nationen***Uruguay** *siehe WTO (World Trade Organization)*

- USA** Dok. 11, 13, 33, 51a, 51b, 84, 117, 134, 135, 138, 140, 142, 143, 145, 147–153, 156, 157, 164, 166, 167, 171, 178; S. 12, 19–22, 53, 54, 79, 80, 87, 90 *siehe auch Drei Mächte; Streitkräfte in der Bundesrepublik; Vier Mächte*
- Bundesrepublik Deutschland, Beziehungen zur Dok. 13, 14, 41, 48, 59, 119, 120, 140, 143, 150, 152, 154–156, 172; S. 79, 80, 87, 90
 - DDR, Beziehungen zur Dok. 22, 25, 37, 95, 119, 120, 129, 154, 171
 - EG, Beziehungen zu den *siehe EG/Europäische Gemeinschaft(en)*
 - KSZE, Haltung zur Dok. 131, 146, 148, 175
 - NATO *siehe NATO*
 - Österreich, Beziehungen zu *siehe Österreich*
 - UdSSR, Beziehungen zur Dok. 19, 41, 43, 48, 51a, 51b, 57, 98, 120, 129, 134, 140, 143, 150, 152, 154–156, 159, 164, 175; S. 19, 87
 - Wiedervereinigung, Haltung zu Dok. 13, 57, 69, 84, 92, 95, 114, 119, 120, 129, 134, 135, 140, 143, 146, 152, 154, 156, 164, 166, 171, 175; S. 87, 90

USAP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) *siehe Ungarn***USIA (Verwaltung des sowjetischen Eigentums in Österreich)** *siehe Österreich***Vereinigte Edelmetallwerke AG** *siehe Österreich***Vereinigte Linke** Dok. 93, 94**Vereinte Nationen (VN)**

- Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945 Dok. 98, 117, 180
- ECE (Economic Commission for Europe) Dok. 1, 7, 33
- Generalversammlung Dok. 23, 57, 69, 98, 129, 166, 174; S. 94
- Peace-keeping/Peace-making Dok. 180
- Sicherheitsrat Dok. 86, 98, 160, 178, 180 *siehe auch Österreich*
- Sitze der Dok. 1, 21, 22, 61, 69, 178
- UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) Dok. 50

Verfassung der DDR (1974) Dok. 67, 69, 84, 86, 94, 97, 102, 105, 111, 118, 125, 141

- Art. 1 Dok. 69, 78, 86, 105
- Art. 8 Dok. 69
- Art. 12 Dok. 111

Vertragsgemeinschaft, deutsch-deutsche

- Koppelung mit gesamteuropäischen Prozess Dok. 54, 69, 80, 92, 101, 106, 111, 112, 115, 117, 127, 129, 132, 133, 142, 153, 155; S. 5, 70, 85
- Stufenplan Dok. 81, 83, 116, 135

Vier Mächte (Frankreich, Großbritannien, UdSSR, USA)

- Alliierte Militärkommissionen Dok. 63, 79, 118, 120, 122, 124, 141, 145, 157, 162, 171
- Berliner-Deklaration vom 5.6.1945 *siehe Abkommen und Verträge*
- Entmilitarisierungsplan für Deutschland 1958 (Herter-Plan) Dok. 118
- Vier-Mächte-Konferenzen *siehe Konferenzen*
- Vier-Mächte-Rechte in Deutschland Dok. 59, 63, 69, 71, 79, 116, 117, 124, 129, 140, 141, 145, 149, 152–154, 157, 161, 166, 167, 169–171; S. 91

VOEST-Alpine AG *siehe Österreich***Volkskammer der DDR** Dok. 4, 25, 32, 36, 67, 77–79, 86, 87, 94, 100–102, 104, 105, 107, 110, 111, 114, 115, 118, 120, 123, 124, 135, 138–141, 144–146, 156, 160, 162, 165, 167, 168, 170, 174, 180; S. 85, 86 *siehe auch Wahlen***Völkerrechtliche Verpflichtungen der DDR, Fortgeltung der/Staatensukzession** Dok. 129, 135, 146, 152, 153, 171**VSBM-Verhandlungen/Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen**

- Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) vom 17.1.1984–19.9.1986 in Stockholm Dok. 1, 11, 21, 33, 34, 156
- Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) vom 9.3.1989–4.3.1992 in Wien Dok. 11, 18, 20, 23, 48, 86, 120, 131, 146, 153, 156, 159, 165, 171
- Wiener Dokument vom 17.11.1990 Dok. 45, 171

Wagner-Biro AG *siehe Österreich*

Waffen und Waffensysteme

- Atomwaffen Dok. 7, 10, 11, 19, 21–24, 32, 41, 42, 47, 48, 57, 84, 106, 113, 120, 130, 135, 142, 143, 166, 171, 172, 150, 152, 153, 156, 159
- biologische Waffen Dok. 143, 155, 171, 179
- chemische Waffen Dok. 6, 21, 26, 47, 143, 154, 155, 171, 179
- Kurzstreckensysteme (SNF) Dok. 8, 21, 33, 41, 47, 51, 142, 150, 152, 156, 159
- Mittelstreckensysteme/INF Dok. 1, 8, 11, 19, 21, 23, 27, 33, 41, 51

Wahlen

- Bundestagswahlen Dok. 2, 20, 71, 80, 85, 108, 114, 125, 134, 177, 180
- Fälschung Dok. 46, 105, 144, S. 41
- gesamtdeutsche Dok. 50, 103, 108, 118, 122, 125, 127, 140–142, 144, 151, 155–157, 162, 165, 170; S. 19, 20, 60
- Kommunalwahlen Dok. 40, 46, 105, 137, 140, 144, 152, S. 41
- Volkskammerwahlen Dok. 60, 67, 70, 71, 79, 84, 86, 94, 100–102, 105, 107, 110, 111, 114, 118, 120, 122–124, 129, 132, 135, 141, 144, 145, 151; S. 73, 84–86

Warschau Dok. 1, 4, 10, 12, 14, 23, 33, 50, 60, 64–66, 69, 74, 76, 91, 126, 127, 131, 134, 135, 138, 149, 158, 166, 174; S. 45, 57, 61, 81, 82, 84

Warschauer Pakt (WP)/Warschauer

Vertragsorganisation (WVO) Dok. 1,

3–7, 10, 12, 14–16, 20, 21, 23, 25–28, 30, 32, 38, 45, 47, 50, 57–59, 62, 65, 66, 74, 77, 81, 84, 87, 89, 91, 93, 100, 105, 111–113, 116, 118, 120, 124, 126, 127, 131, 135, 138, 140, 143, 146, 147, 149–159, 180; S. 10, 38, 39, 42, 43, 57, 72, 83 *siehe auch* NATO

– Austritt der DDR Dok. 120, 153, 156

– Auflösung Dok. 133, 153, 155, 156

Weimar Dok. 25, 27

Weltbank Dok. 33, 127

Weltkrieg

- Erster Weltkrieg Dok. 86, 120, 154
- Zweiter Weltkrieg Dok. 1, 3, 11, 15, 33, 39, 69, 76, 89, 92, 100, 103, 106, 117, 125, 127, 129, 130, 134, 146, 151, 153, 154, 173, 178, 179; S. 11, 18, 55, 79, 80, 87, 91, 99

Weltwirtschaftsgipfel

- in Houston (9.–11.7.1990) Dok. 152, 156, 158, 161, 164

WEU (Westeuropäische Union) Dok. 34, 51b, 63, 70, 71, 83, 131, 140, 172

WFT (Wiener Folgetreffen) Dok. 7, 17, 18, 20, 21, 23, 31, 34–37, 45, 47, 48, 76, 98, 133; S. 40, 42 *siehe auch* KSZE/Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

- Schlussdokument Dok. 37, 45; S. 40, 42

Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf Dok. 11, 173

Wiedergutmachung/Entschädigungs-
zahlungen Dok. 32, 76, 127, 180

Wien Dok. 11, 18, 19, 21, 22, 25, 33, 34, 48, 52, 56, 70, 77, 86, 107, 110, 111–113, 117, 120, 131, 133, 146, 147, 152, 156, 158, 160, 165, 168, 175, 178, 179; S. 13–15, 20, 23–26, 30, 34–38, 40, 42, 44, 46, 49, 51, 54, 57, 59, 62–66, 68, 74–76, 78–81, 83–85, 88, 89, 96, 97 *siehe auch* WTF (Wiener Folgetreffen), KSE-Verhandlungen/Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE), VSBM-Verhandlungen/Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen

- Wunsch nach Ausrichtung der KSZE-Gipfelkonferenz 1990 in Wien *siehe Österreich*

- Sitz der Vereinten Nationen *siehe Österreich*

Wiener Institut für Internationale Wirt-
schaftsvergleiche Dok. 30

Wiener Verhandlungen *siehe* KSE-Verhandlungen/Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE), VSBM-Verhandlungen/Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen

Wirtschafts- und Finanzhilfen

- für die DDR Dok. 8, 70, 71, 73, 75, 79, 80, 83, 84, 86, 101–103, 113, 123, 125, 126, 135, 146; S. 69, 70, 72, 79
- für mittel- und osteuropäische Staaten (MOE) Dok. 30, 33, 51a, 70, 73, 76, 78, 98, 107, 110, 117, 127, 131, 158, 162
- für UdSSR Dok. 51a, 130, 140, 156, 161–164, 167, 172, 173, 178; S. 88–91

Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (WWSU) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR Dok. 101,

104, 111, 120, 124, 125, 132, 140, 141, 146, 151, 152, 160, 162, 170; S. 79, 87, 88, 92

Wirtschaftslage in der DDR Dok. 3, 5, 7, 8, 12, 16, 19, 22, 23, 25, 27, 30–32, 35–38, 44, 46, 57, 59, 62, 65–67, 71, 77–79, 83, 84, 86, 89, 90, 93–95, 97, 101, 102, 105, 107, 109–112, 114, 118, 123, 125, 129, 132, 136, 137, 144–146, 149, 151, 160, 167–169, 174, 177; S. 36–39, 64, 69,**WJC (World Jewish Congress)** Dok. 74, 86; S. 53**WTO (World Trade Organisation)**

- GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) Dok. 7, 23, 111, 156, 167
- GATT-Ausdehnungsgesetz 1970 Dok. 23
- Uruguay-Runde Dok. 23

Zehn-Punkte-Plan/-Programm

Dok. 80–86, 89–92, 95, 101, 116, 118, 126, 146; S. 70–72, 88

Zentraler Runder Tisch in der DDR Dok. 86, 107; S. 73, 76**Zwei-plus-Vier (2+4) Verhandlungen**

Dok. 126, 127, 129–131, 134, 135, 140–143,

145, 146, 149–157, 160, 162, 166, 168, 169, 171, 178, 180, S. 81–84, 87, 88, 90, 91

- deutsch-deutsches Vorbereitungstreffen auf Beamtenebene am 9.3.1990 in Ost-Berlin Dok. 124, 140
 - Erstes Zwei-plus-Vier-Beamtentreffen am 14.3.1990 in Bonn Dok. 124, 135, 140, 141
 - Zweites Zwei-plus-Vier-Beamtentreffen am 30.4.1990 in Ost-Berlin Dok. 141, 143, 145, 146
 - Erstes Zwei-plus-Vier-Ministertreffen am 5.5.1990 in Bonn Dok. 129, 138, 140, 141, 143, 145, 146, 149, 150, 151, 152, 153, 155, 156; S. 87
 - Zweites Zwei-plus-Vier-Ministertreffen am 22.6.1990 in Ost-Berlin Dok. 150, 152, 153, 155–157; S. 88
 - Drittes Zwei-plus-Vier-Ministertreffen am 17.7.1990 in Paris Dok. 127, 141, 146, 152, 155, 162, 165, 166; S. 90
 - Siebtes Zwei-plus-Vier-Beamtentreffen am 19.7.1990 in Bonn Dok. 166
 - Achtes Zwei-plus-Vier-Beamtentreffen am 4.–7.9.1990 in Ost-Berlin Dok. 166, 167
 - Neuntes Zwei-plus-Vier-Beamtentreffen am 11.9.1990 in Moskau Dok. 166, 167
 - Viertes Zwei-plus-Vier-Ministertreffen am 12.9.1990 in Moskau Dok. 152, 153, 155, 162, 166, 167, 169–171; S. 91
 - Beteiligung Polens Dok. 125, 127, 135, 138, 141, 142, 145, 146, 149; S. 81–84
- Zwei-plus-Vier-Vertrag (Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12.9.1990)** Dok. 127, 167, 170–172, 179; S. 91

